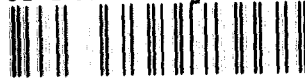




011-2-8

UB Braunschweig 84

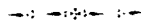


4725-970-4

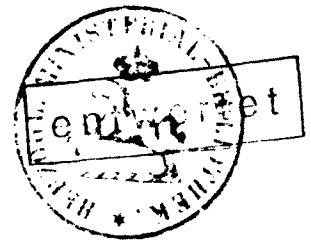
Handwritten signature and a circular stamp, possibly a library or archival mark.



Inhalts - Verzeichnis
über die
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
in
Braunschweig
im Jahre 1904 1905.



Druck der Weissenhans Buchdruckerei.



Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 7. April 1904.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 1
---	------------

II 21. April 1904.

2. Antrag Büdel u. Gen.: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates und Antrag R a t h e: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle	4
3. Gehaltsaufbesserung für die Stadtgeistlichen	21
4. Gemeinde-Kirchensteuer für 1904/05	21
5. Ausbau eines Teiles der Maschstraße	22
6. Kosten für Aufstellung der Döderschen Baracken	23
7. Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten	23
8. Anwendung dieser Vorschriften auf kirchliche Bauten	25
9. Vermietung von Schul-Kellerräumen	26
10. Instandsetzung eines Fußweges der Pflegehausstraße	27
11. Verlängerung des Gashauptrohres in der Hamburgerstraße	28
12. Erwerb einer Fläche zur Ruffbergstraße	28
13. Antrag Günther: Stadtseitige Uebernahme der Kosten für die Waldspiele u.	28
14. Erwerb und Verkauf von Straßenflächen an der Maschstraße	40
15. Antrag R a t h e: Trennung der Stellung des Kreisbranddirektors von der eines städtischen Baumeisters	40
16. Antrag R a t h e: Erhöhung der Hundesteuer	41
17. Beschlussfassung wegen des Zirkus- und Theaterbaues	42

IV

	Seite
18. Hinterbliebenenbezüge für die Witwe und die Kinder eines Feuerwehrmannes	44

III. 2. Mai 1904.

19. Wahl von Mitgliedern zur Teilnahme an der Feier der Enthüllung des Herzog Wilhelm-Denkmals	49
--	----

IV. 19. Mai 1904.

20. Antrag Esdorn: Erhöhung der Löhne für die Nachtwächter	55
21. Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten	65
22. Aenderung der Fluchtlinie für die Nordseite des Hutfiltern	71
23. Ablösung einer Rentenzahlung	71
24. Hundesteuer-Erlaßgesuche	72
25. Antrag R a t h e: Erhöhung der Hundesteuer	72
26. Verbreiterung der Hennebergstraße	76
27. Verlegung von Gasrohren	84
28. Verpflegungskosten für das Schwesternhaus vom Roten Kreuz	84
29. Verkauf einer Grundfläche an der Maschstraße	86
30. Abkommen wegen der Zahlung von Kanalbaukosten	86
31. Plattenbelag auf der Wabestraße	87
32. Vermietung eines Schulkellers	87
33. Herrichtung von Klosetts in einer Schule	87
34. Erweiterung der Freibadeanstalt	90
35. Anfrage R o c h: Springen der Fontänen auf dem Monumentsplatze	93
36. Antrag J a s p e r: Bezeichnung der Bürger im Adreßbuche	93

V. 9. Juni 1904.

37. Erwerb von Grundflächen zum Bau einer Bürgerschule	97
38. Umgestaltung der Stelle des Kreisbranddirektors	106
39. Heranziehung der Warenhäuser u. zu einer Umsatzsteuer	113

VI. 23. Juni 1904.

40. Heranziehung der Warenhäuser u. zu einer Umsatzsteuer (Fortsetzung)	146
41. Feststellung von besonderen Wegegeldbeiträgen	198
42. Erwerb von Flächen zur Salzbadlumerstraße	199
43. Verkauf einer Fläche am Hutfiltern	199
44. Vorgärten für die Wolfenbüttler- und Campestraße	199

VII. 30. Juni 1904.

45.	Herstellung von Gaszuleitungen	202
46.	Verlegung eines Gashauptrohres in der Helenenstraße	211
47.	Einfriedigung des städtischen Bauplatzes am Augustplatz	211
48.	Gesuch um Uebernahme von Kosten der Maschstraße	215
49.	Erwerb von Flächen bei der Bodestraße	215
50.	Erwerb von Flächen zur verlängerten Heinrichstraße	215
51.	Vermietung eines Schulkellers	216
52.	Verbreiterung der Hennebergstraße	217
53.	Kanalisierung des Maschplatzes	217
54.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	218
55.	Kostenfestsetzung für die Johannis- und die Paulikirche	218
56.	Asphaltierung eines Teiles des Ruhfäutchenplatzes	219
57.	Ausbau der Auguststraße und des Regidienmarktes	219
58.	Änderungen in der Umgebung der neuen Garnisonkirche	220
59.	Antrag Löschigt: Planierung des Bauplatzes am Augustplatz	221
60.	Heranziehung der Warenhäuser zc. zu einer Umsatzsteuer (Schluß)	222
61.	Heranziehung der Wanderlagerbetriebe zu einer Umsatzsteuer	226
62.	Anfrage R i e k e: Neupflasterung der Leonhardsstraße	227
63.	Anfrage N o l t e: Pflasterung der Dammelsburgerstraße	227

VIII. 7. September 1904.

64.	Erwerb einer Fläche zur Neuenstraße	230
65.	Austausch von Flächen beim neuen Wasserwerke	230
66.	Aus schmückung der Fallerlebertorbrücke	232
67.	Verlängerung des Kanals der Hildesheimerstraße	241
68.	Ausbau eines Teiles des Bültenweges	242
69.	Bewilligung von Mitteln für die neue Haushaltungsschule	242
70.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee	244
71.	Ausbau der Howaldtstraße zwischen Helmstedter- und Hochstraße	244
72.	Ausbau der Howaldtstraße zwischen Hochstraße und der proj. Straße Nr. 48, sowie Ausbau der letzteren	244
73.	Erwerb einer Fläche zur Hildesheimer- und Noßstraße	245
74.	Ausbau zc. einer Verbindungsstraße zwischen Ritterstraße und Delschlagern	245
75.	Verkauf einer Fläche der alten Höfenstraße	246
76.	Anlage einer Wasserleitung für den Burggraben	246
77.	Ersatzwahlen für verschiedene Deputationen	247
78.	Uebernahme von Privatarbeit durch zwei städtische Beamte	248

IX. 6. Oktober 1904.

79.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	250
80.	Einrichtung von Wasserklosetts für verschiedene Schulen	251

VI

	Seite
81. Verbreiterung der Sidonienbrücke	251
82. Errichtung einer statistischen Stelle	252
83. Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters	259
84. Ausbau der Hochstraße	261
85. Instandsetzung eines Teiles des Aegidienmarktes	262
86. Erweiterung der Wasserfassung des neuen Wasserwerkes	263
87. Beschaffung von Mitteln für die Gemeine Kirchenkasse	278
88. Bauprojekt für ein Lehrerinnenseminar 2c.	282
89. Neueinrichtungen für das Gaswerk	290
90. Erweiterung der Oberrealschule	291
91. Ausbau 2c. eines Teiles der Kramerstraße	293
92. Erklärung der Howaldt- und einer angrenzenden Straße zu Ortsstraßen	293
93. Beschwerde wegen der Gaslieferung	294
94. Antrag Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße	297
95. Antrag Bunge: Beseitigung der Schuttentladestelle an der Raffertstraße	298
96. Antrag Jaspersen. Gen.: Stellung der Magistrats zur Einheitschule	298

X. 3. November 1904.

97. Antrag Lössigitz: Instandsetzung des Bauplatzes am Augustplatz	305
98. Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	306
99. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch	307
100. Erweiterung der Straßenbeleuchtung	327
101. Antrag Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße 2c.	329
102. Antrag Jaspersen. Gen.: Stellung des Magistrates zur Einheitschule	330
103. Aufnahme einer Klage des Viehhändlers Weinberg	346
104. Ermietung von Wohnräumen für einen Schuldiener	346
105. Hundesteuer-Erlaßgesuch	347
106. Kanalisierung eines Teiles des Wendennüßlengrabens	347
107. Aenderung des Fußweges im Kattreppeln	348

XI. 24. November 1904.

108. Statut für ein Kaufmannsgericht	352
109. Hundesteuer Erlaßgesuch	373
110. Banlichkeiten beim Altstadttrathause und Verlängerung des Mietvertrages mit der Weinhandlung von Wittmeyer	373
111. Mittel für Triangulierung des Stadtgebietes	376
112. Ausbesserung von Lichtmasten im Bürgerparke	377
113. Beihilfe für den Ausschuß zur Denkmalspflege	377
114. Mittel für Anbringung neuer Straßenschilder	377
115. Erneuerung von Fenstern im Wirtschaftsgebäude des Bürgerparks	378
116. Kostenverwilligung für die diesjährige Viehzählung	378
117. Projekt zum Ausbau eines Teiles des Büldenweges	379
118. Aenderung der Pflasterung des Johannishofes	379

	Seite
119. Mittel für die Reinigung der Dferkanäle	380
120. Geschäftsordnungs-Debatte	380

XII. 8. Dezember 1904.

121. Lohnerhöhung für die städtischen Heizer	382
122. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig	384
123. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen von 1899/00 bis 1901/02	389
124. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse zc. für 1903/04	390
125. Weitervermietung des Ratskellers	393
126. Aenderung des Ortsbauplanes östlich des Westbahnhofes	393
127. Belegung eines Teiles des Fußweges der Salzdhannerstraße mit Platten	393
128. Verkauf von Flächen der alten Höfenstraße	394
129. Bepflanzung städtischer Plätze mit Bäumen	394
130. Hundesteuer-Erlaßgesuche	398
131. Kanalisierung des Grabens an der Eisenbittlerstraße	398
132. Bauarbeiten im Pflegehause und Anschaffung von Mobilien	400
133. Beschaffung von Turmuhren für die Johannis- und Paulikirche	400
134. Ankauf des Grundstücks Ritterstraße <i>Nr.</i> 27	404
135. Aufstellung eines Etats für die Anlagsteuer	405
136. Beschaffung von Milchkochapparaten für das Pflegehaus	405
137. Antrag Wesemeier: Hergabe des Altstadtrathausaales zu Vorträgen	406
138. Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Dfer am Maschplatz	417
139. Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichts in den unteren Bürgerschulen	417
140. Anfrage Günther: Notstandsarbeiten	419
141. Geschäftsordnungs-Debatte	419

XIII. 22. Dezember 1904.

142. Bildung eines Gesundheitsausschusses	422
143. Vorprojekt für eine neue Bürgerichule	426
144. Aenderung des Statuts für ein Kaufmannsgericht	430
145. Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichts in den unteren Bürgerschulen	430
146. Anfrage Günther: Notstandsarbeiten	444
147. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	449
148. Antrag Esdorn: Neupflasterung der Gildens- und der Echternstraße	450
149. Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenbittlerstraße	450
150. Anfrage Niede: Handhabung der Polizeistunde	450
151. Ausbau eines Teiles der Nordstraße	457
152. Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Dfer am Maschplatz	457
153. Einrichtung von Klassen der Hilsschule im ehem. Stadthause	457
154. Anschaffung von zwei Schreibmaschinen	458

VIII

	Seite
155. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre 1903/04	458
156. Verlegung der Dienststunden für das Arbeitsamt	464
157. Aufhebung des Stülkenteiles und Verkauf von Straßenflächen	465
158. Antrag Löschigk: Zentralisierung des Sanitäts- und des Unfallwesens	465

XIV. 26. Januar 1905.

159. Stantoranlagen für den Burg- und Wendemühlengraben	468
160. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	470
161. Antrag Esdorn: Neupflasterung der Wilden- und der Echternstraße	471
162. Vorprojekt für Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes	471
163. Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenbühlstraße	478
164. Antrag Löschigk: Zentralisierung des Sanitäts- und des Unfallwesens	479
165. Ausführung von Arbeiten zur Erweiterung und Erneuerung des Rohrnetzes der Licht- und Wasserwerke	479
166. Hundesteuer-Erlaßgesuche	480
167. Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Beschaffung von Schulbüchern zc. für Kinder der katholischen Schule	480
168. Baulichkeiten im Feuerlöschgebäude, Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr	481
169. Beschaffung von Mobiliar zc. für das neue Museum	488
170. Errichtung einer Lese- und Bücherhalle	493
171. Zustandsetzung der Fußgängerbrücke im Bürgerparke	500

XV. 16. Februar 1905.

172. Erwerb einer Fläche zur Kramerstraße	507
173. Hundesteuer-Erlaßgesuch	508
174. Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Wasserwerks	508
175. Ankauf des Domeseees zc.	512
176. Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr	514
177. Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für das Feuerlöschgrundstück	532
178. Uebernahme einer Nebenbeschäftigung durch den Kreisbranddirektor	532
179. Bau einer Tferbrücke auf dem Mieselgute	534
180. Anschließung von Wasserflosetts an den Straßenkanal	534
181. Plattenbelag auf einem Teile der Leonhardstraße	534
182. Plattenbelag auf einem weiteren Teile der Leonhardstraße	535
183. Aenderung in der Bewirtschaftung des Mieselgutes	535
184. Erwerb einer Fläche zu einer Verbindungsstraße an der Korfesstraße	537
185. Ueberlassung eines Unterrichtsraumes der Gewerbeschule	537
186. Einrichtung neuer Klassen bei den Bürgerschulen	538

XVI. 2. März 1905.

187. Entwurf eines Ortsbaustatuts	540
188. Aenderung des Teilortsbauplanes für die Kl. Burg zc.	576

	Seite
189. Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße	577
190. Ankauf eines Grundstücks nördlich der Hildesheimerstraße	577
191. Ankauf von Grundflächen zum Ausbau einer Straße bei der Hildesheimer- straße	578
192. Verrechnung des Gewinnes der Gaswerke im Jahre 1903/04	578
193. Ausbau eines Teiles der Thomaestraße	579
194. Plattenbelag auf der Leisewitzstraße	579
195. Einrichtung einer Preßgasanlage im Schlachthause	581

XVII. 9. März 1905.

196. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Fortsetzung)	584
197. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	593
198. Antrag Jasper: Erwerb des Bürgerrechtes	593
199. Anfrage Wiehle: Unfall im städtischen Krankenhaus	594
200. Anfrage Wesemeier: Notstandsarbeiten	597
201. Gutachtliche Äußerung über die beabsichtigte Wiedereinführung des Strecken- tarifs der Straßeneisenbahn	601
202. Entwurf eines Statuts über das Halten von Hunden	606
203. Hundesteuer-Erlassgesuch	615
204. Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche	615
205. Verlängerung des Anschlußgleises zum Lagerplatz am Westbahnhofe zc.	615
206. Anfrage Nolte: Zustandsetzung eines Straßenüberganges an der Schubert- straße	616
207. Antrag Bunge: Ueberweisung von Wählerlisten an einen Stadtverordneten	616

XVIII. 16. März 1905.

208. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Schluß)	620
209. Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc.	626
210. Plattenbelag in der Kastanienallee	657
211. Ausbau zc. der Schloßstraße	657

XIX. 20. März 1905.

212. Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc. (Schluß)	660
213. Erwerb einer Fläche in der Nähe der Kastanienallee	680
214. Antrag Essdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	681
215. Anordnung von Vorgärten für die Wallpromenaden zc.	682
216. Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hildesheimerstraße vorgesehene Straßen	687
217. Antrag Koch: Schillerfeier betreffend	688
218. Anfrage Nieke: Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter	688
219. Antrag Stegmann: Verteilung eines Schiller-Gedächtnisbuchs	689

XX. 30. März 1905.

220.	Änderung des Statuts über das Halten von Hunden	692
221.	Vorprojekt für Errichtung einer Realschule	692
222.	Anträge Blasius, Brückmann, Hanswaldt und Stegmann: Nachmittagsunterricht in den Bürgerschulen	694
223.	Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	713
224.	Antrag Jasper: Erwerb des Bürgerrechtes	713
225.	Hundsteuer-Erlaßgesuch	724
226.	Verkauf von Böschungsterrain des Wendenringes	725
227.	Antrag Esdorn: Änderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	725
228.	Entwurf eines Ortsbaustatuts	727
229.	Anträge Koch und Stegmann: Schillerfeier betreffend	737
230.	Verbesserung des Unfallwagens	742
231.	Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße	742

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abkommen wegen Zahlung von Kanalbaukosten 86.

Ablösung einer Rentenzahlung 71.

Abweisung einer Klage 468.

Adreßbuch betr. 93, 96.

Änderung des Fußweges im Mattreppeln 348.

Änderung des Ortsbauplanes 71, 76, 393, 576.

Änderung in der Umgebung der Garnisonkirche 220.

Altstadt-Kathaus betr. 4, 373, 406.

Anfragen der Herren:

Günther: Notstandsarbeiten 419, 444;

Koch: Fontänen des Monumentspl. 93;

Költe: Instandsetzung des Straßenüberganges an der Schubertstr. 616, Umpflasterung der Vammelsburgerstraße 227;

Nieke: Handhabung der Polizeistunde 450,

Neupflasterung der Leonhardstraße 227,

Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter 688;

Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes in den Bürgerschulen 417, 430, 694;

Wesemeier: Notstandsarbeiten 597;

Wiehle: Unfall im städt. Krankenhaus 594.

Ankauf des Doveses 512.

Ankauf von Grundstücken 404, 512, 577, 578, 615.

Anlage einer Wasserleitung für den Burggraben 246.

Anträge, selbständige, der Herren:

Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße 297, 329;

Bunge: Beseitigung einer Schuttentladestelle 298,
Pflasterung der Kreuzstraße 593, 713,
Ueberweisung von Wählerlisten an einen Stadtverordneten 616;
Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städt. Beamte 449, 470, 681, 725,
Einkommensverhältnisse der städt. Beamten 65, 304,
Erhöhung der Nachwächterlöhne 55,
Neupflasterung der Gilden- u. der Echternstr. 450, 471;
Wünther: Uebernahme der Kosten für die Waldspiele 28;
Jasper: Bezeichnung der Bürger im Adressbuche 93, 96,
Erwerb des Bürgerrechtes 593, 713,
Stellung des Magistrates zur Einheitschule 298, 330;
Büdel: Vermehrung der Mitglieder des Magistrates 4;
Kathe: Besetzung der erledigten Stadtratsstelle 4,
Erhöhung der Hundesteuer 41, 72,
Stellung des Kreisbranddirektors 40;
Koch: Schillerfeier 688, 737;
Löschigt: Planierung des Bauplatzes am Augustplatz 221, 305,
Zentralisierung des Sanitäts- und Unfallwesens 465, 479;
Meyerhoff: Fußweg an der Eisenbändlerstraße 450, 478;
Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke am Maschplatz 417, 457,
Verteilung eines Schiller-Gedenkbuches 689, 737;
Wesemeier: Hergabe des Altstadt-Rathausaales zu Vorträgen 406.

Arbeitsamt betr. 464.
Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 576.
Archivgebäude-Errichtung 471.
Armengeld-Wiedereinzahlung 660.
Asphaltierung von Straßen und Plätzen 219.
Aufhebung des Stuhlenteiles 465.
Aufstellung eines Etats für die Umsatzsteuer 405.
Ausbau von Straßen und Plätzen 22, 219, 242, 244, 244, 244, 245, 261, 293, 379, 457, 579, 657.
Ausbesserung von Lichtmasten 377.
Ausführung städt. Bauarbeiten 23, 25, 382.
Aus schmückung der Fallerslebenbrücke 232.
Austausch von Straßenflächen 230.

Badeanstalten betr. 90, 629.
Bäume-Anpflanzung 394.
Bahnhofsumbau 504.
Barackenaufstellung 23.
Bauarbeiten, städtische 23, 25, 382.
Bau einer Bürgerschule 97, 426.
Baugenossenschaft betr. 679.
Baulichkeiten im Altstadt-Rathause 373.
Baulichkeiten im Feuerlöschgebäude 481.
Bauprojekt für ein Lehrerinnenseminar 282.
Beihilfe für den Ausschuß für Denkmalspflege 377.
Beluchtungsanlage für das Feuerlöschgrundstück 532.
Beluchtung von Straßen u. 259, 327.
Bepflanzung städt. Plätze mit Bäumen 394.
Beschaffung von Mitteln für die Gemeinde Kirchenkasse 278.
Beschwerde wegen der Gaslieferung 294.
Bibliothekgebäude-Errichtung 471.
Bismarckbund betr. 4, 250, 692.
Brücken betr. 232, 251, 417, 457, 500, 504, 534.
Bücherhallen-Einrichtung 493, 514.
Bürgerpark betr. 377, 378.
Bürgerrechts-Erwerb 593, 713.
Denkmalspflege betr. 377.
Deputation für Museum, Archiv und Bibliothek 631.

XII

Dienstliche Bezeichnung städtischer Beamten 65, 304.

Döckersche Baracken 23.

Dowefee-Ankauf 512.

Einfriedigung eines städt. Bauplatzes 211.

Einheitschule betr. 298, 330.

Einladung zur Besichtigung des mech.-techn. Laboratoriums 576.

Eintritt des Stadtrats Lange 145.

Eintritt des Stadtrats Wagner 54.

Eintritt des Stadtverordneten Frick 304.

Eintritt des Stadtverordneten Probst 230.

Einweihung der Brüdernkirche 422.

Eisenbahnübergang an der Helmstedterstr. 638.

Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke 458.

Entwurf eines Ortsbaustatuts 540, 584, 620, 727.

Entwurf eines Statuts über das Halten von Hunden 606, 692.

Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer 668.

Erklärung des Magistrates 202.

Ermietung von Wohnräumen für einen Schuldiener 346.

Errichtung einer statistischen Stelle 252.

Erweiterung der Freibadanstalt 90.

Erweiterung der Straßenbeleuchtung 327.

Erwerb von Grundflächen 28, 40, 97, 199, 215, 215, 230, 245, 507, 508, 537, 680.

Etat für die Umsatzsteuer 405.

Feststellung besonderer Wegegeldbeiträge 198.

Feuerlöschgebäude betr. 481, 532.

Feuerlöschwesen betr. 4, 634.

Feuerwehr betr. 44, 481, 514, 634.

Nachtlinien-Menderung 71, 76, 393, 576.

Fontänen auf dem Monumentsplatz 93.

Fußweg-Menderung und Herstellung 87, 348, 379, 393, 450, 478, 534, 535, 579, 657.

Gasrohr-Legung 28, 84, 202, 211, 479.

Gaswerk betr. 290, 294, 578, 665.

Gehaltsaufbesserungen für die Stadtgeistlichen 21.

Gehaltsaufbesserungen für städt. Beamte 65, 304, 449, 470, 681, 725.

Gemeinde-Einkommensteuer-Erhöhung 668.

Gemeinde-Kirchensteuer 21.

Gemeine Kirchenkasse 278.

Geschäftsordnungsdebatte 380, 419.

Gesuche hiesiger Einwohner 4, 215, 230, 305, 382, 422, 504, 576, 620.

Gesundheitsausschuß-Bildung 422.

Gewerbegericht betr. 646.

Gewerbeschule betr. 537.

Haushaltsrechnungen betr. 389.

Haushaltsschule betr. 242, 656.

Heranziehung der Wanderlagerbetriebe zur Umsatzsteuer 226.

Heranziehung der Warenhäuser zur Umsatzsteuer 96, 113, 146, 222, 405.

Herrichtung von Wasserfloßes 87, 251, 534.

Herzog Wilhelm-Denkmal betr. 49.

Hinterbliebenenbezüge für die Angehörigen eines Feuerwehrmannes 44.

Hoftheater betr. 259.

Hundestatut betr. 606, 692.

Hundesteuer-Erhöhung 41, 72, 606, 692.

Hundesteuer-Erlaßgesuche 72, 218, 250, 347, 373, 398, 480, 508, 615, 724.

Instandsetzung von Brücken 251, 500.

Instandsetzung von Straßen u. 27, 219, 221, 227, 227, 262, 297, 305, 305, 329, 379, 616.

Kämmereikasse betr. 390.

Kanalbaukosten betr. 86.

Kanalisierung von Straßen u. 217, 241, 347, 398, 468, 534.

Katalogisierung der Bücher der Stadtbibliothek 632.

Katholische Schule betr. 480, 576, 584.

Kaufmannsgerichte betr. 352, 430, 646.

Kirchen betr. 21, 21, 25, 218, 220, 278, 400, 422, 504.

Klagen betr. 346, 468.

Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten 306.

Kostenfestsetzung für die beiden neuen Kirchen 218.

Kosten für Aufstellung der Döckerschen Baracken 23.

Krankenhaus, städtisches 594.

Krankenversicherung betr. 54.

Kreisbranddirektorstelle betr. 40, 106, 532.

Lagerplatz am Westbahnhofe 615.

Landwehrverband betr. 576.

Lehrerinnenseminar 282.

Leichenwagen-Beschaffung 55.

Leser- und Bücherhalle betr. 493, 514.

Lichtmasten im Bürgerparke 377.

Licht- und Wasserwerke betr. 458.

Lohnerhöhungen betr. 55, 382, 481, 636, 639, 643, 662.

Magistrats-Erklärung 202.

Magistratsmitglieder-Vermehrung 4, 54, 145.

Markthalle betr. 651.

Mietvertrag-Verlängerung mit Rittmeyer 373.

Milchkoch-Apparat-Beschaffung 405.

Milchverkehr betr. 307.

Mobiliarbeschaffung für das Museum 488.

Museum betr. 488.

Nachmittagsunterricht in den Bürgerschulen 417, 430, 694.

Nachtwächterlohn-Erhöhung 55, 636, 639.

Neustadtmühle betr. 668.

Notstandsarbeiten betr. 419, 444, 597.

Oberrealschule betr. 291.

Ortsbauplan-Änderungen 71, 76, 393, 576.

Ortsbanstatut betr. 540, 584, 620, 727.

Ortsstraßen-Erklärung 293.

Pflasterung von Straßen und Plätzen 227, 450, 471, 593, 713.

Pflegehaus betr. 400, 405.

Plätzebepflanzung mit Bäumen 394.

Plattenbelag betr. 87, 348, 379, 393, 534, 535, 579, 657.

Polizeistunde-Handhabung 450.

Privatarbeiten städtischer Beamten 248, 532.

Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen 389.

Rathaus-Reinigung 649.

Ratskeller-Vermietung 393.

Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse 390.

Reinigung der Okerkanäle 380.

Rieselgut betr. 534, 535.

Rote Kreuz betr. 84, 620.

Sanitäts- und Unfallwesen betr. 465, 479.

Schillerfeier betr. 688, 689, 737.

Schlachthaus betr. 581.

Schreiber-Gartenverein betr. 96.

Schreibmaschinen-Beschaffung 458.

Schulen betr. 26, 87, 87, 97, 216, 242, 251, 282, 291, 298, 330, 346, 417, 426, 430, 457, 480, 537, 538, 576, 584, 656, 694.

Schuttentladestelle-Beseitigung 298.

Schugvorschriften für gewerbliche Arbeiter 688.

Sedanfest betr. 633.

Spielplatz-Beschaffung 305.

Stadtgeistlichen betr. 21.

Stadthaushaltsplan betr. 626, 660.

Stadtratsstellen-Vermehrung 4, 54, 145.

Statistische Stelle betr. 252.

Statut, betr. den Verkehr mit Milch u. 307.

Statut für ein Kaufmannsgericht 352, 430.

Stautoranlagen betr. 468.

Straßenbeleuchtung betr. 327.

Straßenbahn betr. 97, 601.

Straßenreinigungsarbeiter betr. 662.

Straßenschilder-Anbringung 377.

Straßen u., welche behandelt worden sind:

Aegidienmarkt 219, 262;

Augustplatz 211, 221, 305;

Auguststraße 219;

Bammelsburgerstraße 227;

Bodestraße 215;

Bültenweg 242, 329;

Campestraße 199;

Chemnitzstraße 327;

Döringstraße, fl. 297, 329;

Echternstraße 450, 471;

Eisenbüttlerstraße 398, 450, 478;

XIV

Fallerleberstraße 327;
 Fallerlebertore, am 327;
 Ferdinandsstraße 327;
 Friedrich-Wilhelmsplatz 327;
 Gildenstraße 450, 471;
 Hamburgerstraße 28, 327;
 Heinrichstraße 215;
 Helenenstraße 211;
 Hennebergstraße 76, 217, 577, 742;
 Hildesheimerstraße 97, 241, 245, 577,
 578, 687;
 Hochstraße 261;
 Höfenstraße 246, 394;
 Howaldtstraße 244, 244, 293;
 Humboldtstraße 84;
 Hutfiltern 71, 199;
 Kastanienallee 244, 657, 680;
 Katharinenkirche, a. d. 615;
 Kattreppeln 348;
 Kl. Burg 576;
 Korfesstraße 244, 537;
 Kramerstraße 293, 507;
 Kreuzstraße 593, 713;
 Laffertstraße 298, 327;
 Leisewitzstraße 579;
 Leonhardplatz 628;
 Leonhardstraße 227, 534, 535;
 Majchplatz 217, 417, 457;
 Majchstraße 22, 40, 86, 215;
 Monumentsplatz 93;
 Neuestraße 230;
 Nordstraße 457;
 Nußbergstraße 28;
 Öthilienteil 465;
 Pflgehausstraße 27;
 Riddagshäuserweg 327;
 Ritterstraße 404;
 Roßstraße 245;
 Rühfäutchenplatz 219, 327;
 Salzdhallmerstraße 199, 393;
 Schloßstraße 245, 657;
 Schubertstraße 616;
 Steinweg 84;
 Theaterpromenade 84;
 Thomaestraße 579;
 Wabestraße 87;

Wendenring 725;
 Wendenstraße 327;
 Wolfenbüttlerstraße 199.
 Streckentarif der Straßeneisenbahn 601.
 Teilortsbauplan = Menderung 71, 76, 393,
 576.
 Theater- und Zirkusbau betr. 42.
 Tod des Stadtrats Götte 95.
 Triangulierung des Stadtgebietes 376.
 Turmuhr betr. 400.
 Uebernahme von Privatarbeiten durch städtische
 Beamte 248, 532.
 Umbau des Bahnhofes 504.
 Umgestaltung der Stelle des Kreisbrand-
 direktors 40, 106.
 Umsatzsteuer der Warenhäuser zc. 96, 113,
 146, 222, 226, 405.
 Unfallwagen-Verbesserung 742.
 Unfallwesen betr. 465, 479.
 Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten
 306.
 Urkundenbuch der Stadt 384.
 Verbreiterung der Hennebergstraße 76, 217.
 Verbreiterung der Sidonienbrücke 251.
 Vergebung städtischer Arbeiten 23, 25, 382.
 Verkauf von Grundflächen 40, 86, 199, 246,
 394, 465, 725.
 Verlegung von Gasrohren 28, 84, 211.
 Vermehrung der Magistratsmitglieder 4, 54,
 145.
 Vermietung des Katskellers 393.
 Vermietung städtischer Räume 26, 87, 216.
 Verpflegungskosten für das Schwesternhaus
 vom Noten Krenz 84.
 Viehzählung betr. 378.
 Vorgärten für verschiedene Straßen 199, 577,
 682, 687, 742.
 Vorprojekt für ein Archivgebäude 471.
 Vorprojekt für eine Bürgerschule 97, 426.
 Vorprojekt für eine Realschule 692.
 Vorschriften für die Ausführung städtischer
 Bauarbeiten 23, 25, 382.
 Vorwärtigen-Wahl 1.

Wählerlisten = Ueberweisung an einen Stadt=
 verordneten 616.
 Wahl des Stadtrats Lange 145.
 Wahl des Stadtrats Wagner 54.
 Wahl des Vorsitzenden 1.
 Wahlen für verschiedene Deputationen 247.
 Wahl von Mitgliedern für die Feier der
 Enthüllung des Herzog Wilhelm = Denk=
 mals 49.
 Waldspiele betr. 28, 250.
 Wanderlager = Besteuerung 226.
 Warenhäuser = Besteuerung 96, 113, 146,
 222, 405.

Wasserklosett = Anlegung 87, 251, 534.
 Wasserleitungsanlage für den Burggraben 246.
 Wasserrohranlagen betr. 479.
 Wasserwerk betr. 230, 263, 458, 508, 512.
 Wegegeld = Beiträge betr. 198.
 Wegewärter = Löhne betr. 643.
 Wiedereinzichung von Armeugeldern 660.
 Wirtschaftsgebäude im Bürgerparke 378.

Zirkus = und Theaterbau betr. 42.

1904/1905.

N^o 1.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. April 1904.



Tagesordnung:

Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Frühling, Böschigt, Schmidt und Wesemeier; später erscheint Herr Blasius.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich eröffne die Sitzung mit dem Bemerken, daß der Vorsitzende des Magistrates nach § 6 des Verwaltungsstatuts berufen ist, die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Rechnungsjahre einzuberufen. Die Wahl des Vorsitzenden würde der Alterspräsident vorzunehmen haben. Nach einer mir gewordenen Mitteilung ist Herr Müller im Jahre 1835 geboren. Ich bitte denjenigen Herrn aus der Versammlung, welcher früher geboren

ist, sich zu melden! — Es meldet sich niemand; ich konstatiere, daß Herr Müller das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung ist und bitte ihn, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschieht.)

Herr Müller: Hochgeehrte Versammlung! Wir sind in das neue Verwaltungsjahr eingetreten; ich möchte daher zunächst der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses neue Jahr für unser liebes Braunschweig ein segensbringendes sein möge und daß uns in demselben Schicksalsschläge erspart bleiben möchten.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich den beiden verehrten Vorsitzenden der letzten Finanzperiode den Dank der Versammlung aussprechen für ihre umsichtige, gewissenhafte und treue Pflichterfüllung in diesem schweren Amte. Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich schlage vor, die Wahl des Vorsitzenden durch Stimmzettel vorzunehmen und bitte Sie, den Stimmzettel mit einem Namen zu beschreiben. (Geschieht.)

Es sind 29 Stimmzettel abgegeben, von denen 26 den Namen des Herrn Wolff tragen, während 3 unbeschrieben sind. Herr Wolff ist demnach gewählt. Ich frage Herrn Wolff, ob er die Wahl annehmen will?

Herr Wolff: Ich nehme dankend an.

Herr Müller: Ich bitte nunmehr, zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden zu schreiten.

Herr Beplies: Zum stellvertretenden Vorsitzenden schlage ich Herrn Kiefe vor. Die langjährige Tätigkeit, welche Herr Kiefe in dieser Versammlung schon ausgeübt hat und seine Geschäftskennntnis werden ihn vorzugsweise zu diesem Posten befähigen.

Herr Müller: Ich bitte, einen Zettel mit einem Namen zu beschreiben. (Geschieht.)

Es sind dieses Mal 30 Stimmzettel abgegeben, von denen 20 den Namen des Herrn Hauswaldt und 9 den Namen des Herrn Kiefe tragen, während einer unbeschrieben ist. Herr Hauswaldt ist also gewählt. Ich richte die Frage an Herrn Hauswaldt, ob er die Wahl annimmt?

Herr Hauswaldt: Ja, ich nehme die Wahl mit Dank an.

Herr Müller: Damit ist die Tagesordnung erledigt, ich schließe die Sitzung.

Dauer von 4 bis 4^{1/2} Uhr.

1904/1905.N^o 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. April 1904.

Tagesordnung:

I. Antrag Fiedel u. Gen.: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates und Antrag Kathe: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle	Seite 4
II. Gehaltsaufbesserung für die Stadtgeistlichen	" 21
III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1904/05	" 21
IV. Ausbau eines Teiles der Maschstraße	" 22
V. Kosten für Aufstellung der Döckerischen Baracken	" 23
VI. Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten	" 23
VII. Anwendung dieser Vorschriften auf kirchliche Bauten	" 25
VIII. Vermietung von Schul-Kellerräumen	" 26
IX. Zustandekunft eines Fußweges der Pflegehausstraße	" 27
X. Verlängerung des Gashauptrohres in der Hamburgerstraße	" 28
XI. Erwerb einer Fläche zur Rußbergstraße	" 28
XII. Antrag Günther: Stadtsseitige Uebernahme der Kosten für die Waldspiele zc.	" 28
XIII. Erwerb und Verkauf von Straßenflächen an der Maschstraße	" 40
XIV. Antrag Kathe: Trennung der Stellung des Kreisbranddirektors von der eines städtischen Baumeisters	" 40

XV.	Antrag Rath: Erhöhung der Hundesteuer.	Seite 41
XVI.	Bechlussfassung wegen des Zirkus- und Theaterbaues	" 42
XVII.	Hinterbliebenenbezüge für die Witwe und die Kinder eines Feuerwehrmannes.	" 44

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer und Stadträte Heymann, Meyer, Hamdohr und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Müller und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Versammlung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Der Bismarckbund Braunschweig hat eine Anzahl Einlaßkarten zu der am 22. April im großen Saale des Wilhelmgartens stattfindenden Bismarck-Gedenkfeier übersandt, welche zur Verwendung ausgelegt werden.
- 2) Schreiben des Magistrates, nach welchem die städtische Bauverwaltung Anweisung erhalten hat, fortan im Falle der Benutzung des Saales im Altstadtrathause zu Vorträgen und dergleichen behufs Deckung der Kosten für Reinigung, Heizung, Beleuchtung und eventuell Stromverbrauch in jedem Falle eine Pauschalvergütung von 20 M zu erheben.
- 3) Das Herzogliche Staatsministerium gibt der Herzoglichen Kreisdirektion und diese dem Magistrate davon Kenntnis, daß der Stadt Braunschweig zu den ihr aus der besonderen Förderung des Feuerlöschwesens im Jahre 1903/04 erwachsenen Kosten eine Beihilfe von 9000 M aus dem Fonds für das Feuerlöschwesen bewilligt worden ist. Der Magistrat teilt dieses der Versammlung mit und bemerkt dabei, daß die Beihilfe gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 1500 M erfahren habe.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag Füdel und Gen.: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates und

Antrag Rath: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle.

Die in der Sitzung vom 24. März d. Js. gestellten und begründeten Anträge lauten:

A. Antrag Füdel und Gen.:

„Die Versammlung hält es für dringend erwünscht, daß der Leiter des städtischen Bauwesens und ein neu zu wählender Leiter des gesamten städtischen Schulwesens als stimmberechtigte Mitglieder des Magistrates

angestellt werden, und ersucht den Magistrat, diese Angelegenheit in Gemeinschaft mit einer Deputation der Stadtvorordneten zu prüfen."

B. Antrag Rathe:

"Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldtunlichst Vorschläge betreffs der zu besetzenden Stadtratsstelle zu machen."

Namens der vereinigten Statuten- und Finanzkommission berichtet über die Anträge Herr Wolters: Da die Mitglieder der Versammlung mit ganz vereinzelt Ausnahmen der im Anschluß an die letzte Versammlung stattgehabten Kommissionsberatung beigewohnt haben, so erscheint es mir angebracht, das heutige Referat auf die Mitteilung zu beschränken, welches Ergebnis die Beratung gehabt hat und an die Gründe zu erinnern, welche zu diesem Ergebnis geführt haben.

Die vereinigten Kommissionen unterbreiten aber der Versammlung folgende Vorschläge:

- „1) zur Besetzung der ausgeschriebenen Stadtratsstelle baldigst zu schreiten;
- 2) eine Aenderung des § 18 des Verwaltungsstatuts dahin herbeizuführen, daß die Möglichkeit gegeben ist, als weitere besoldete und stimmführende Mitglieder des Magistrates einen Baumann und einen Schulmann zu wählen, und zugleich in eingehende Erwägungen darüber einzutreten, ob sich eine derartige Besetzung empfiehlt;
- 3) den Magistrat zu ersuchen, schon jetzt die Leiter der städtischen Bauverwaltung und die Leiter der hiesigen städtischen Schulen in möglichst weitem Umfange zu den Kommissions- und Plenarsitzungen zu entsenden."

Für diese Vorschläge waren folgende Gründe maßgebend:

Zu 1. Abgesehen von der Frage, ob überhaupt ein Techniker in den Magistrat eintreten soll oder nicht, hielt man es für richtig, bei der bisherigen Gepflogenheit stehen zu bleiben, daß die Dezernate im Magistrate besoldeten Mitgliedern übertragen werden und nicht auch den unbesoldeten Mitgliedern selbständige Dezernate zu übertragen seien. Man war ferner der Meinung, daß der Eintritt eines bautechnischen und eines schultechnischen Mitgliedes in den Magistrat nicht die Folge haben könnte, daß die Arbeiten der juristischen Mitglieder des Magistrates so eingeschränkt würden, um deren Zahl von 4 auf 3 zusammenschmelzen lassen zu können. Die vereinigten Kommissionen sind, bestärkt durch die Erklärungen vom Magistratsstische, vielmehr der Ansicht, daß es dringend geboten erscheine, ein viertes juristisches Mitglied des Magistrates wieder einzustellen.

Zu 2. Es war zunächst in Ueberlegung genommen, ob man die Wahl eines vierten juristischen Magistratsmitgliedes mit einer solchen von technischen Mit-

gliedern verbinden und demnach im Zwangsverhältnis dieses Mitglied mit einem bautechnischen und einem schultechnischen Mitgliede des Magistrates gemeinschaftlich wählen soll, also, ob man die Zustimmung zu dem einen von dem anderen abhängig machen sollte. Davon ist jedoch Abstand genommen worden. Man hat vielmehr in der Kommissionsberatung der lebhaften Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es dringend geboten sei, der nun schon mehrere Monate dauernden ungemeinen Arbeitsüberlastung des Magistrates endlich ein Ziel zu setzen. Entsprechend der großen Zahl von 26 Antragstellern neigte man in der Kommission der Annahme zu, daß dem Eintritt technischer Mitglieder in den Magistrat Bedenken nicht entgegenständen und daß prinzipiell der Eintritt von Technikern in den Magistrat nur wünschenswert und erstrebenswert sei; eine bestimmte Beschlusfassung ist hierüber indessen nicht erfolgt. Auch hat der Magistrat in diesem Punkte eine prinzipiell ablehnende Haltung nicht eingenommen. Trotz dieses gewissermaßen prinzipiellen Anerkennens der Richtigkeit des Gedankens sind die vereinigten Kommissionen danach zu dem Beschlusse gekommen, daß der gegenwärtige Augenblick zur Durchführung des Gedankens aus persönlichen und sachlichen Gründen nicht der richtige sei. Die persönlichen Gründe sind schon in der Kommission genügend auseinandergelegt worden, eine Erörterung in öffentlicher Sitzung ist nicht geeignet. Aber auch die sachlichen Schwierigkeiten blieben nicht unbeachtet und handelte es sich dabei namentlich um die Frage, wie sich die Organisation des Schul- und Bauwesens nach Durchführung dieser Aenderung gestalten solle. Alle diese Gründe haben die vereinigten Kommissionen dahin geführt, zunächst für die Durchführung des Gedankens nur den Boden vorzubereiten und die ihr entgegenstehenden statutarischen Hindernisse schon jetzt zu beseitigen. Der § 18 des Verwaltungsstatuts besagt aber, daß zum besoldeten Mitgliede des Magistrates nur gewählt werden kann, wer die Fähigkeit zum Richteramte oder zum höheren Staats-Verwaltungsdienste erlangt hat. Es ist nun die Meinung der vereinigten Kommissionen, durch Annahme des Vorschlages Nr. 2 eine Aenderung des § 18 in der Art vorbereiten zu wollen, daß später auch für den Eintritt technisch vorgebildeter Mitglieder in den Magistrat die Möglichkeit geschaffen würde.

Zu 3: Die vereinigten Kommissionen haben aber außerdem noch der Meinung Ausdruck gegeben, daß es vor der demnächstigen Ausführung des Gedankens schon jetzt wünschenswert sei, zu den Sitzungen der einzelnen Kommissionen und des Plenums die Leiter und Dezernenten des Bau- und des Schulwesens zuziehen zu können. Aus diesem Grunde wird empfohlen, an den Magistrat die Bitte zu richten, von dem § 60, Abs. 2 der Städteordnung recht häufig Gebrauch zu machen und auch den Vorsitzenden der verschiedenen Kommissionen zu empfehlen, an den Magistrat generell oder speziell einen entsprechenden Wunsch zu richten.

Herr Fröhling: Dieses Referat und die Anträge der vereinigten Kommissionen befriedigen mich nicht. Nach der wirklich großen Anzahl von 26 Unterschriften, welche der Antrag gefunden hat, bin ich der Meinung, der Antrag hätte wohl mehr verdient, als daß er nur mit einigen guten Wünschen bedacht (Zustimmung) und die Sache so hingestellt wäre, als wenn die Durchführung des Antrages wohl etwas ganz Erfreuliches sein würde, aber keine besondere Notwendigkeit und Dringlichkeit darin liege und sie noch hinausgeschoben werden könnte. Die Gründe, welche zu diesem Entschlusse geführt haben, sowohl sachlicher, als persönlicher Art, müssen von den Kommissionen als sehr schwerwiegend angesehen sein, weil sonst nicht dieselben Herren, welche den Antrag unterschrieben haben, jetzt die Hand dazu böten, ihn wieder zu beseitigen. Denn der Antrag der Kommissionen ist nichts weiter, als eine Beseitigung des Antrages Südel, wenn auch in honetter Form. (Widerspruch.) Wenn die Gründe gegen diesen Antrag aber wirklich so schwerwiegender Natur wären, so hätten die 26 Antragsteller das eigentlich auch schon vorher wissen müssen, denn es hat sich doch inzwischen an den Verhältnissen nichts geändert, und wenn wir die Anträge der Kommissionen jetzt annehmen, so würden wir damit den 26 Antragstellern sagen, daß sie ihren Antrag recht voreilig gestellt hätten. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn die Herren Antragsteller in der Kommissions-sitzung vielleicht aus Opportunitätsgründen für den Antrag der Kommissionen gestimmt haben, so liegt darin eine große Selbstbeschränkung (Widerspruch), aber für die übrigen Antragsteller ist es eine arge Zumutung, daß wir uns dieser Auffassung jetzt einfach anschließen sollen. Ich vermag das beim besten Willen nicht, sondern ich stehe auf dem Boden des Antrages und halte ihn für notwendig, denn die Gründe, welche gegen den Antrag Südel vorgebracht worden sind, sind für mich in keiner Weise überzeugend. Welches sind denn die uns mitgeteilten Gründe? Zunächst handelt es sich um sachliche Gründe, indem gesagt worden ist, es sei keine Erleichterung, sondern eine Erschwerung der Geschäfte des Magistrates, wenn Techniker hineingewählt würden. Wenn die Herren den vierten Juristen im Magistrate nicht entbehren können, so wollen wir ihn gern hineinwählen; denn es hat nicht im Sinne der Antragsteller gelegen, eine Erschwerung oder Erleichterung im Geschäftsgange des Magistrates durch ihren Antrag herbeizuführen. Wir wollten mit dem Antrage allein eine Vervollkommnung des Magistratskollegiums bezwecken. Heute, wo nur Juristen im Magistratskollegium sitzen, ist dasselbe einseitig zusammengesetzt; wir wollten aber durch den Antrag erreichen, daß der Magistrat instand gesetzt würde, auch über technische Sachen aus eigener Kenntnis und Entscheidung Beschlüsse zu fassen. Die heutige Stellung der höchsten technischen Beamten der Stadt ist nicht der Bildung und den Leistungen derselben entsprechend: die Herren werden wohl gefragt und können zu der Frage ihre Meinung sagen, im übrigen haben sie aber nichts zu sagen und über ihre Arbeiten wird in ihrer

Abwesenheit lediglich von Nichtfachverständigen Beschluß gefaßt; das ist nicht der richtige Standpunkt. Heute kann bei Vausachen im Magistrate nur über das Formelle und die begleitenden Nebenumstände beraten werden, der eigentliche Inhalt der Sache, also die technische Frage, kann überhaupt nicht erörtert werden, weil in dem Kollegium Sachverständige nicht vorhanden sind. Der Antrag Südel bezweckte nun, diesen Zustand, den wir für unhaltbar ansehen, zu beseitigen. Wir sind der Meinung, daß das Magistratskollegium aus der eigenen Ueberzeugung und Meinung seiner Mitglieder heraus seine Entschlüsse auch in technischen Fragen muß schöpfen können und daß es befähigt sein muß, auch in technischen Fragen selbst Direktiven zu erteilen, sowie die Ausführung seiner Beschlüsse durch die Beamten zu überwachen und zu begutachten. Das kann aber nur geschehen, wenn im Magistrate ein technisch vorgebildetes Mitglied sitzt.

Wenn nun dieser Ansicht entgegengehalten werden sollte, daß wir jetzt ja die neuen „Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten“ haben, die diese Abhilfe erreichen lassen, so möchte ich zunächst noch darauf hinweisen, daß in der Debatte über die Kirchenbau-Ueberschreitungen besonders hervorgehoben worden ist, daß nicht die einzelne Person, sondern das System die Schuld trage. Daran lassen Sie uns festhalten und lassen Sie es nicht bei den guten Worten bewenden, sondern lassen Sie uns das System ändern! Durch die neuen Vorschriften allein kann dem Uebel nicht abgeholfen werden, weil es sich dabei nur um eine Kontrolle durch die Stadtverordneten-Versammlung handelt und nicht um den Geist, in dem die Arbeiten vorbereitet und ausgeführt werden durch den Magistrat. Die Menderung muß also auch beim Magistrate selbst geschehen und das soll bewirkt werden dadurch, daß ein bautechnisches Mitglied in denselben hineingewählt wird. Es wurde als Gegengrund auch noch betont, daß unser jetziger Herr Oberbürgermeister sehr erfahren in allen technischen Fragen sei, so daß er wohl der ausgezeichnetste technische Verwaltungsbeamte sei und den Techniker im Magistrate entbehrlich mache. (Zustimmung.) Das ist aber eine Ausnahme, die auf der Persönlichkeit beruht und deshalb, namentlich bei der großen sonstigen Arbeitslast des Oberbürgermeisters nicht Veranlassung sein kann, das jetzige System weiter bestehen zu lassen.

Wenn dann weiter gefragt worden ist, wie die Organisation der städtischen Bauverwaltung geändert werden soll, so ist das allerdings ein sehr schwieriger Punkt, von dem ich anerkennen muß, daß er den Kommissionen Grund gegeben haben kann, bedenklich zu sein. Wie steht es aber heute mit der Organisation? Ist denn die erhaltenswert? Durchaus nicht! Wir haben eine Form der städtischen Bauverwaltung, die ganz veraltet und durch die Zeit längst überholt und durchbrochen ist. Der Leiter der städtischen Bauverwaltung macht formell alles; er bekommt vom Magistrate alles zugeschrieben, er muß die Arbeiten an die ver-

schiedenen Abteilungen verteilen und hinterher alles unterschreiben. Das hat sich schon lange als sachlich undurchführbar erwiesen. Die Abteilungsvorstände haben tatsächlich längst eine große, fast vollständige Selbständigkeit in ihren Arbeiten, nur formell besitzen sie sie nicht. Diese Selbständigkeit sollte den Herren aber auch formell endlich zugestanden werden. Es ist kein normaler Zustand, wenn dem einen Beamten die Verantwortung und dem andern selbständig die Arbeit übertragen wird. Die bisherige Organisation war für kleine Verhältnisse eingerichtet und paßt nicht mehr für die heutigen großen Verhältnisse, sie muß deshalb geändert werden. Wenn weiter nichts geschehen sollte, als den Leiter der städtischen Bauverwaltung einfach in den Magistrat zu übernehmen, so würde damit allerdings wenig genügt sein und es könnte auch ferner vorkommen, daß derjenige, der Auskunft haben will, sich nach wie vor an den Abteilungschef wendete. Damit allein würde uns nicht geholfen sein, sondern mit der Aufnahme eines Technikers in den Magistrat muß auch eine Neuorganisation der Bauverwaltung verbunden werden, wozu die städtischen Baubeamten zu hören wären und bei der den Abteilungsvorständen eine Selbständigkeit einzuräumen wäre, die ihrer Stellung und der Wichtigkeit ihrer Arbeiten entspricht.

Ich möchte deshalb beantragen, nicht einfach die Sache mit einem allgemeinen Wunsche unter den Tisch fallen zu lassen, sondern direkt auszusprechen, daß die der Aenderung entgegenstehende Statuten-Bestimmung geändert werde. Wenn die vier juristischen Magistratsmitglieder unbedingt unentbehrlich sind — es würde sich vielleicht mit drei auskommen lassen, jedoch will ich auch nicht gegen vier sein — so müßte die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder auf 5 und die der unbesoldeten auf 6 erhöht werden. Von den 5 besoldeten Mitgliedern würden 3 oder 4 die juristischen Examina gemacht haben müssen, während das fünfte Mitglied ein Techniker sein müßte. Gleichzeitig würde uns damit auch eine entsprechende Aenderung der Organisation der städtischen Bauverwaltung vorzulegen sein. In das Ausland brauchen wir dabei nicht zu gehen, denn wir haben in unseren städtischen Baubeamten ein technisch so erfahrenes und bewährtes Ingenieur- und Architektenkorps, daß wir mit demselben auch die Organisationsänderung sicher und zweckentsprechend durchführen können. Wenn wir die städtische Bauverwaltung in der Weise neu organisieren und den Magistrat sachverständig machen, auch über technische Sachen nach eigenem Urteil zu beschließen, so haben wir nach allen Richtungen hin erreicht, was wünschenswert ist und haben ein Magistratskollegium, das nicht lediglich in juristischen Fragen, sondern auch in technischen kompetent ist.

Hierdurch würden gleichzeitig auch manche Mißstimmungen unter den Baubeamten aus dem Wege geräumt werden, denn es ist vielfach Mißstimmung darüber

vorhanden, daß alle die vielen Anträge auf Verbesserung der Stellung der Techniker immer kein Gehör finden. (Widerspruch.) Das ist wirklich so.

Die Personenfrage wird sich dann auch unschwer lösen lassen, denn die Stellung ist nicht so schwer auszufüllen. Jeder von unseren oberen städtischen Baubeamten würde dazu imstande sein. Es ist nur fraglich, ob auch jeder sie annehmen würde, denn es gibt viele Techniker, die nicht die Stellung des freischaffenden Baumeisters aufgeben mögen, um dafür eine Verwaltungsstelle einzutauschen, und das würde natürlich die Magistratsstelle sein. Alle Oberbeamten können natürlich nicht in den Magistrat hinein, diejenigen aber, die nicht hineinkommen, werden ihre Befriedigung dafür sehr wohl in dem eigenen freien, selbständigen Schaffen finden können.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen eine Aenderung des Statuts Nr. 1 herbeizuführen dahingehend, daß § 18 den Wortlaut erhält:

Der Magistrat besteht aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern. Von den besoldeten Mitgliedern müssen wenigstens 4 die Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Staats-Verwaltungsdienste erlangt haben;

und der Versammlung gleichzeitig mit dieser Statutenänderung eine Vorlage, betreffend Neuorganisation der städtischen Bauverwaltung zugehen zu lassen, sowie einen Vorschlag zur Besetzung der fünften Magistratsstelle durch einen Techniker.“

Die Einreihung eines Schulmannes in den Magistrat würde ich wegen der vielen entgegenstehenden Schwierigkeiten vorläufig fallen lassen, da ich glaube, daß der Techniker dringender ist, indem wenigstens die Hälfte aller hier behandelten Sachen technischer Natur sind, Schulfragen dagegen viel weniger in Betracht kommen.

Es ist nun auch gesagt worden, es müßte mit der Erhöhung der Zahl der Magistratsmitglieder auch eine Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten verbunden werden. Diese Frage möchte ich aber in die heutigen Beratungen nicht einbeziehen, weil der Stoff ohnehin schon reichhaltig genug ist. Notwendig ist die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten jedenfalls nicht, wenn die Zahl der Magistratsmitglieder vermehrt werden soll; ich habe wenigstens eine Bestimmung darüber nicht finden können. Sollte aber die Versammlung solche Vermehrung für wünschenswert halten, so bleibt es ihr unbenommen, später einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Herr Fiedel: Man könnte sich eigentlich freuen über die Unterstützung, welche Herr Frühling dem Antrage angedeihen lassen will, jedoch muß ich mich dagegen ver-

wahren, daß wir uns dem neuen Antrage blindlings anschließen wollen. Nach der bündigen Erklärung vom Magistratsstische, daß es absolut notwendig sei, vier juristische Mitglieder zur Bearbeitung der einzelnen Ressorts zu haben, war es naturgemäß, daß wir uns dem direkt ausgesprochenen Wunsche fügten und den Antrag stellten, ein viertes Magistratsmitglied sofort zu wählen. Wenn es dann ferner notwendig erschien, die in dem Antrage weiter ausgesprochenen Wünsche durch eine Aenderung des Verwaltungsstatuts herbeizuführen, so ist doch damit, daß diese Sache jetzt unsererseits verfolgt wird, keineswegs ein Aufgeben des ursprünglichen Antrages bedingt; wir würden vielmehr jeden Augenblick nach der Aenderung des Statuts in der Lage sein, den Antrag zu erneuern. Ich habe also durch die Zustimmung zu dem Kommissionsantrage keineswegs einen Rückzug angetreten, sondern mich nur der Gepflogenheit gefügt, zunächst die Einleitung des beabsichtigten Schrittes vorzubereiten. Herrn Frühling stimme ich in allen seinen Ausführungen bei, jedoch mache ich darauf aufmerksam, daß er mit seinem Antrage genau dasselbe erreichen wird, was die Kommissionen mit ihrem Antrage zu erreichen hoffen; wir kommen aber keinen Schritt weiter, ehe nicht das Statut abgeändert worden ist. Durch den Kommissionsantrag wird die Zahl der Magistratsmitglieder direkt festgelegt; wird aber der Antrag des Herrn Frühling angenommen, so muß, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, auch einen Schulmann in das Magistratskollegium aufzunehmen, abermals eine Aenderung des Statuts veranlaßt werden, und das scheint mir nicht zweckmäßig zu sein.

Herr Asmann: Herr Frühling hat zum mindesten recht, wenn er befürchtet, daß der Antrag, welcher hier mit so großer Unterstützung erschien und schon im voraus die Mehrheit der Versammlung auf sich vereinigte, scheinbar kaum noch ein anständiges Begräbniß erhalten soll. Aus den Worten des Herrn Referenten klang allerdings kaum die Zuversicht heraus, daß es in absehbarer Zeit möglich sein würde, einen Baubeamten in den Magistrat hineinzubekommen, und zwar scheint mir die Sache an der Personenfrage scheitern zu sollen. Das darf aber nicht geschehen. Wenn wir der Ueberzeugung sind, daß ein Baubeamter in den Magistrat kommen muß, so wird es doch auch möglich sein, die Personenfrage zu erledigen. Sollten wir dabei den einen oder anderen seiner Meinung nach verletzen müssen, so steht das städtische Interesse höher, als der persönliche Ehrgeiz eines einzelnen Beamten. Ich kann die Ausführungen des Herrn Frühling nur voll und ganz unterstützen und bin der Meinung, daß die letzten Erfahrungen im städtischen Bauwesen uns von selbst auf den Gedanken bringen müssen, daß es an der Zeit sei, endlich Remedur zu schaffen und ein Magistratsmitglied zu wählen, welches die Verantwortung im Bauwesen mit trägt. Es bestreitet keiner, daß der Magistrat seine Schuldigkeit in diesen Sachen getan hat, soweit das im Rahmen seiner Befugnisse lag, aber es wäre für die Versammlung doch etwas anderes gewesen,

wenn ein verantwortlicher Baubeamter im Magistrate gefessen hätte, als daß sie sich an einen außerhalb des Magistratskollegiums stehenden Baubeamten halten sollte. Wenn wir solche Sachen, wie die Ueberschreitungen bei den Kirchenbauten hier unter den heutigen Verhältnissen zu beraten haben, so sind wir nicht in der Lage, sie so zu kritisieren dem Magistrate gegenüber, als wenn ein technischer Leiter oder doch ein Baubeamter im Magistrate säße. Im übrigen denkt kein Mitglied der Versammlung, mag es den Antrag unterzeichnet haben oder nicht, daran, dem Magistrate durch den Antrag ein Mißtrauensvotum für die früher vorgekommenen Sachen zu erteilen. Wir wollen vielmehr dem Magistrate ein Mitglied zur Hand geben, das voll und ganz auch die bautechnischen Sachen beherrscht. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Baubeamter an unseren Verhandlungen direkt teilnehmen kann, oder ob er sich erst aus den Berichten darüber informieren muß, was wir eigentlich wollen. Die Verhältnisse haben den Antrag gezeitigt und deswegen ist es auch notwendig, daß wir an die Arbeit herangehen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Ich habe die Ausführungen des Herrn Südel nicht ganz verstehen können, aber ich habe die Ueberzeugung, daß hier ein Rückzug angetreten werden soll. (Widerspruch und Zustimmung.) Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Wahl eines technischen Magistratsmitgliedes nicht eher vollzogen werden kann, bis das Statut geändert ist.

Der weiter geäußerte Wunsch, daß der Magistrat die leitenden bautechnischen und schultechnischen Beamten mehr zu unseren Verhandlungen heranziehen möchte, ist hier schon oft genug laut geworden und hat auch die Praxis die Notwendigkeit solcher Zuziehung bewiesen. Trotzdem ist dem Wunsche bislang nur in recht geringem Maße Folge gegeben, vielleicht, weil der Magistrat gemeint hat, er könne die Sachen hier ebenfogut vertreten. Solange wie der Magistrat uns gegenüber allein verantwortlich ist, wird er uns auch allein Rede und Antwort stehen müssen und nicht einen Beamten in die Versammlung bringen wollen, der die Vorlagen mit verteidigen und ihn in Schutz nehmen soll. Das mag ihm wohl Veranlassung gegeben haben, von dem § 60 der Städteordnung keinen ausgiebigeren Gebrauch zu machen, jedoch haben wir ein großes Interesse daran, daß hiervon mehr Gebrauch gemacht wird, als bisher. Ich möchte Sie bitten, die Anschauung des Herrn Frühling zu unterstützen, damit baldmöglichst der Magistrat verstärkt werden kann.

Wenn nun weiter gesagt worden ist, daß es nicht absolut notwendig sei, mit der Verstärkung des Magistrates auch eine Vermehrung der Anzahl der Stadtverordneten vorzunehmen, so ist das an sich vollkommen richtig, aber vom praktischen Standpunkte aus ist es doch wohl sehr selbstverständlich, daß bei der Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder auch eine Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten und zwar im gleichen Verhältnis vorzunehmen ist. Geschieht das

nicht, so wird ja das ganze Verhältniß der Stadtverordneten zum Magistrate in bezug auf die beiderseitige Stärke verschoben, und das wird niemand beabsichtigen. Das bisherige Stärkeverhältniß der beiden städtischen Körperschaften ist doch wohl aus dem Gedanken heraus geschaffen, daß die Angestellten der Stadt nicht bei irgend einer Gelegenheit unter allen Umständen gleich die Majorität bekommen können. Von diesem Gesichtspunkte aus bin ich der Meinung, daß gleichzeitig mit der Statutenänderung auch die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten in Betracht zu ziehen ist. Eine solche Vermehrung kann ja weder für die eine, noch die andere Richtung in der Versammlung ein Vorteil sein, weil sie bei dem Dreiklassenwahlsystem schließlich jeder Richtung zugute kommt.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Herrn Jäpper eingegangen folgenden Inhalts:

„Das Verwaltungsstatut ist wie folgt zu ändern:

§ 18. Der Magistrat besteht aus mindestens 4 besoldeten und 5 unbesoldeten Mitgliedern. 4 der besoldeten Mitglieder müssen die Fähigkeit zum Richteramte oder zum höheren Verwaltungsdienste haben.

§ 3 (neuer Absatz 2). Die Versammlung der Stadtverordneten besteht aus mindestens 36 Mitgliedern. Bei einer Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder ist auch die Zahl der Stadtverordneten derart zu vermehren, daß diese stets viermal so groß ist, wie jene.“

Herr Buchler: Ich habe den Antrag Jüdel nicht mit unterschrieben, weil ich ihn für über das Ziel hinauschießend gehalten habe. Die letzten Erfahrungen bei den Kirchenbauangelegenheiten haben sowohl den Antrag, als auch die Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten gezeitigt. Die früheren Verhältnisse werden sich doch aber durch diese Vorschriften auch ohne den Antrag wesentlich ändern. Herr Frühling hat vorhin selbst erwähnt, daß bei der Person unseres jetzigen Herrn Oberbürgermeisters eigentlich ein technisch gebildetes Magistratsmitglied gar nicht nötig sei, und doch wünscht er ein solches Mitglied. Bei der jetzigen Organisation der städtischen Bauverwaltung steht allerdings eines ihrer Mitglieder bedeutend höher, als alle anderen Mitglieder, aber bei der Einreihung eines bautechnischen Mitgliedes in das Magistratskollegium wird dieses Verhältniß nicht geändert, sondern die Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder der städtischen Bauverwaltung würde dann noch geringer sein, als heute. Deshalb bin ich der Meinung, wenn die Versammlung einzelne Ressorts der städtischen Bauverwaltung selbständiger machen möchte, als sie bisher gewesen sind, so brauchen wir dazu keine Statutenänderung und erreichen doch, was Herr Frühling wünscht. Ich halte weder die Vermehrung des Magistrates, noch der Stadtverordneten für notwendig. Es

dürfen hierbei auch nicht die Verhältnisse maßgebend sein, welche lezthin zu den unliebsamen Vorkommnissen geführt haben, denn man kann doch auf denselben Fehler nicht immer wieder aufspöpfen; es würde einem ja sonst schließlich vorkommen, als ob hier nur Fehler gemacht würden.

Herr Wolters: Zur sachlichen Seite der Angelegenheit will ich mich nicht mehr äußern, sondern nur zu deren formeller Behandlung. Es scheint mir nämlich der Antrag Frühling nicht eine Beseitigung, sondern eine Erweiterung des Antrages 2 der vereinigten Kommissionen zu sein. Während der Antrag Frühling die Aenderung des § 18 des Verwaltungsstatuts schon wörtlich enthält, haben die Kommissionen diese Aenderung noch nicht genau festgelegt, sondern wollen darüber noch eine Vorlage des Magistrates abwarten. Weit darüber hinaus geht dann allerdings der Antrag Jasper.

Herr Jasper: Den Ausführungen der Herren Frühling und Alßmann kann ich nur vollkommen beipflichten. Herrn Wolters möchte ich aber entgegenen, daß mein Antrag auf Aenderung des § 18 des Verwaltungsstatuts nur eine praktische Anwendung des von den Kommissionen selbst vorgeschlagenen Wunsches bedeuten soll, indem ich die ganze Sache nicht einfach ausklingen lassen möchte, sondern sie in einer bestimmten, präzisen Form dem Magistrate überreicht wissen will, so daß der Magistrat zustimmen oder ablehnen kann. Stimmt der Magistrat zu, was ich hoffe, so kann er möglichst bald die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums einholen, damit der Wunsch des Herrn Frühling tunlichst bald in die Erscheinung treten kann. Ich habe einen anderen Antrag gestellt, wie Herr Frühling, nicht um ihm in den Rücken zu fallen, sondern weil mir dessen Vorschläge, die ich im übrigen billige, nicht weit genug gehen, indem sie nicht die Möglichkeit offen lassen, auch den Leiter des städtischen Schulwesens, wenn nicht jetzt, so doch bald, in die Zahl der Magistratsmitglieder aufzunehmen, und wir bei Annahme des Antrages Frühling in die Verlegenheit kämen, das Statut noch einmal ändern zu müssen. Aus diesen Gründen will ich von vornherein die Möglichkeit geben, die Zahl der besoldeten Mitglieder des Magistrates nach Belieben zu vermehren, und bedarf es hierzu dann nur eines übereinstimmenden Beschlusses des städtischen Verwaltungskörpers, nicht aber auch einer nochmaligen Statutenänderung.

Im übrigen unterscheidet sich mein Antrag noch dadurch von dem des Herrn Frühling, daß ich auch eine Festlegung des Stärkeverhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordneten verlange. Diesen Punkt halte ich nicht für so unwesentlich, wie er nach den Ausführungen des Herrn Frühling scheinen könnte. Es ist infolge unseres ganzen Gemeindevahlrechtes leider das Recht der Gemeindegemeinden, an der Stadtverwaltung mitzuwirken, auf ein Minimum beschränkt; man kann auch das Dreiklassenwahlsystem als alles andere, nur nicht als schön und gerecht erklären; deshalb muß aber das Minimum dessen, was den Gemeindegemeinden nach dem Ge-

sehe zugiebilligt ist, ihnen auch zukommen und darf nicht noch beschränkt werden durch die Wahl einer größeren Zahl von Magistratsmitgliedern ohne gleichzeitige Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten. Das Verhältniß in der Zahl der beiden städtischen Körperschaften ist durchaus nicht unwesentlich bei allen den Aufgaben, welche beide Körperschaften gemeinsam zu erfüllen haben. Wenn der Herr Referent in der Kommission meinte, daß sich das Stimmverhältniß bei einer Vermehrung der Magistratsmitglieder ohne gleichzeitige Vermehrung der Stadtverordneten nur ganz geringfügig verschiebe, so mag es als geringfügig angesehen werden, ob der Magistrat in einer gemeinschaftlichen Sitzung 12 oder 14 Mitglieder in der Versammlung auf seiner Seite haben muß, um einen Beschluß durchzubringen; in kritischen Zeiten ist es aber jedenfalls nicht gleichgültig, ob das Stimmverhältniß in solcher Weise verschoben wird. Ich habe mich bei meinem Antrage darauf beschränkt, das Recht der Gemeindegossen zu wahren, indem ich zwischen Magistrat und Stadtverordneten daselbe Stimmverhältniß beibehalten sehen möchte, welches das Landesgesetz schon jetzt vorschreibt. Sollten hierdurch wirklich ein paar Stühle für diesen Saal neu beschafft werden müssen, so kann es darauf nicht ankommen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auf die Sache selbst in materieller Beziehung einzugehen, liegt für mich keine genügende Veranlassung vor. Der Magistrat tut wohl besser, abzuwarten, was die Versammlung beschließen wird. Nur auf einige hier berührte Punkte möchte ich eingehen. Zunächst ist es nicht richtig, wenn Herr Altmann sagt, der Magistrat stände der Sache mißtrauisch gegenüber; der Magistrat hat sich damit überhaupt noch gar nicht befaßt, also kann er ihr auch nicht mißtrauisch gegenüberstehen. Ich persönlich habe in der Kommission erklärt, daß ich nicht gegen die Aenderung wäre, es müßte nur zunächst das Statut entsprechend geändert werden. Ich verstehe auch nicht, wie sich Herr Frühling so entschieden gegen den Antrag der vereinigten Kommissionen wenden konnte, welcher doch voll und ganz das bezweckt, was die 26 Antragsteller gewollt haben. Sie können aber ruhig den Wortlaut der Aenderung des Statuts dem Magistrate überlassen, da der bis jetzt von den Herren Frühling und Jasper vorgeschlagene Wortlaut mir nicht zu passen scheint. Wenn z. B. Herr Jasper beantragt, zu sagen, der Magistrat solle mindestens sovielen Mitglieder umfassen, so bin ich zweifelhaft, ob eine variierende Zahl der Magistratsmitglieder durch das Statut festgelegt werden kann. Meiner Ueberzeugung nach wird das Herzogliche Staatsministerium die Aenderung des Statuts gar nicht genehmigen, wenn nur eine Minimalzahl und nicht auch eine Maximalzahl darin angegeben ist. Wer soll denn über die wirkliche Zahl der Magistratsmitglieder entscheiden? Die vereinigte Versammlung? Wenn die sich aber nicht einigt? Außerdem paßt es auch nicht, wenn Herr Jasper mit dem Antrage auf Vermehrung der Magistratsmitglieder den An-

trag verbindet, daß die Anzahl der Stadtverordneten viermal so groß sein solle, wie die Anzahl der Magistratsmitglieder. Würde man z. B. beschließen, den Magistrat aus 11 Personen bestehen zu lassen, so würden nach dem Antrage Jasper die Stadtverordneten 44 Köpfe stark sein müssen. Wie würden Sie bei dieser Zahl aber mit dem Dreiklassenwahlsystem durchkommen? (Herr Alkmann: Dann nehmen wir einen Stadtverordneten mehr!) Wenn Sie dann einen Stadtverordneten mehr einstellen, so hat aber nach Ihrer eigenen Theorie wieder die Versammlung das Uebergewicht gegen den Magistrat.

Herr Frühling will unter den 5 besoldeten Magistratsmitgliedern mindestens 4 Juristen haben, während er die Vorbildung des fünften Mitgliedes nicht weiter bezeichnet. Wenn aber die Eigenschaft des fünften Mitgliedes nicht durch Statut festgelegt ist, so würde die vereinigte Versammlung nicht daran gebunden sein, einen Baumann oder einen Schulmann zu wählen und könnte auch noch einen weiteren Juristen, oder einen sonstigen Bürger der Stadt in den Magistrat wählen. Aus allen diesen Gründen wird es das richtigste sein, dem Antrage der vereinigten Kommissionen zuzustimmen.

Herr Kolte: Ich habe den Antrag Südel mit unterschrieben, weil ich dessen Tendenz durchaus billige. Aus den Verhandlungen der Kommission und des Plenums geht aber hervor, daß die Ausführung des in dem Antrage enthaltenen Gedankens außerordentlich schwierig und die Angelegenheit noch nicht genügend geklärt ist. Deshalb scheint mir der Antrag der Kommissionen durchaus zweckmäßig zu sein. Dieser Antrag trägt der Tendenz des ursprünglichen Antrages vollkommen Rechnung, indem er beabsichtigt, eine Aenderung des Statuts in der gewünschten Richtung herbeizuführen, und mehr kann zur Zeit nicht gut erreicht werden. Es ist auch unrichtig, wenn einige Herren meinen, die Angelegenheit endige wie das Hornberger Schießen u. dgl. m. Nehmen wir den Kommissionsantrag an, so beschließen wir, daß der Sache in bestimmter Richtung nähergetreten werde.

Herr Alkmann: Wenn es richtig ist, was Herr Kolte sagt, daß die Sache vor sich gehe, so werden wir alle zufrieden sein, auch freut es mich, vom Herrn Oberbürgermeister gehört zu haben, daß der Magistrat der Sache nicht mißtrauisch gegenüberstehe. Daß ich übrigens mit meiner Ansicht nicht allein stehe, zeigen schon die Ausführungen des Herrn Buchler; es müssen also die Ausführungen des Magistrates in der Kommission doch dahin gegangen sein, daß die Sache noch nicht spruchreif wäre. Wenn Herr Buchler übrigens meint, daß ein in das Magistratskollegium gewähltes technisches Mitglied seine Selbständigkeit verlieren würde, so muß ich allerdings ein solches Mitglied bedauern. Es wäre doch wohl ein schlechtes Zeugnis auch für die bisherigen Magistratsmitglieder, wenn jemand durch den Eintritt in den Magistrat sein Rückgrat verlöre. Ich habe das auch noch nicht bemerkt, denn die Herren sind häufig so selbständig gegen uns aufgetreten, wie

man es nicht besser wünschen kann. Es kann also unmöglich richtig sein, daß ein Beamter durch den Eintritt in den Magistrat seine Selbständigkeit verlieren muß, wohl aber kann unter den heutigen Verhältnissen der umgekehrte Fall vorliegen, daß die städtischen Baubeamten eine solche Selbständigkeit besitzen, daß der Magistrat dagegen machtlos ist. Wir sind, teilweise wenigstens, von dem Gedanken geleitet, daß der Magistrat bei der jetzigen Organisation diesen Beamten gegenüber nicht Macht genug besitzt. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß die technischen Beamten auf Grund ihrer Fachkenntnisse hier und da erklären, das geht so nicht, wie der Magistrat das haben will, und selbst wenn der Herr Oberbürgermeister sich technische Kenntnisse angeeignet hat, so wird er sich doch mehr oder weniger dem Urteile des Bautechnikers unterordnen müssen. Sobald aber ein Baubeamter hier in der Versammlung mitzuwirken hat, wird er sich bald überzeugen müssen, daß nicht allein die Kunst und die Ideale, sondern vor allen Dingen auch das Interesse der Stadt bei der Beurteilung der Bauten u. maßgebend ist. Deshalb wünschte ich, daß ein solcher Herr mit im Magistrate säße.

Herr Lord: Wenn Herr Buchler meint, daß unser Antrag hervorgegangen sei aus den Fehlern, die jüngst von der städtischen Bauverwaltung gemacht worden sind, so irrt er. Der Gedanke des Antrages ist viel älter, und er ist bisher nur immer gescheitert an dem passiven Widerstande des verstorbenen Oberbürgermeisters Bockels. Jetzt aber, wo eine neue Kraft an der Spitze der Stadtverwaltung steht, fanden die Vertreter des Antrages den Augenblick für gekommen, den Antrag neu aufleben zu lassen. Im übrigen bin ich für die schärfere Tonart des Herrn Frühling. Nur habe ich mich über eine Aeußerung desselben gewundert, daß mit der Durchführung seines Antrages auch die ewigen Klagen der städtischen Baubeamten über Zurücksetzungen aufhören würden. An uns sind solche Klagen aber nicht herangetreten, und ob der Magistrat sie etwa unterschlagen hat, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Materiell haben wir unsere höheren Baubeamten so gestellt, wie die Oberlehrer; ich weiß also auch nicht, woher die Klagen kommen sollen.

Herr Frühling: Der Herr Oberbürgermeister findet, daß kein Unterschied ist zwischen meinem Antrage und dem Antrage der Kommissionen. Mein Antrag ist aber eine Erweiterung des Kommissionsantrages, denn während dieser es dem Magistrate überläßt, zu entscheiden, ob eine Aenderung in der jetzigen Einrichtung notwendig ist, habe ich einen bestimmten Antrag gestellt. Nach den Bestimmungen der Städteordnung soll die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder durch Statut festgestellt werden. Dieser Vorschrift gegenüber halte ich es nicht für zulässig, für die Zahl der Mitglieder zwei Grenzen zu nehmen, wie das Herr Jasper mit seinem Antrage beabsichtigt. Den Wortlaut des Antrages überlasse ich gern dem Magistrate. Daß ich in meinem Antrage für das fünfte Magistratsmitglied

die Vorbildung frei gelassen habe, war Absicht, denn ich wollte für diese Stelle nicht ein bestimmtes Examen vorschreiben, sondern wollte bei der Wahl die Persönlichkeit entscheidend sein lassen. Dabei hege ich allerdings keinen Zweifel, daß die vereinigte Versammlung einen Bautechniker wählen wird. Deshalb bitte ich nochmals um Annahme meines Antrages.

Wenn ich sodann über die Klagen der städtischen Baubeamten gesprochen habe, so meine ich damit nicht etwa Klagen, die mir seitens dieser Beamten zugegangen sind. Derartige Klagen liegen mir nicht vor. Wohl ist mir aber bekannt, daß nicht nur in den Kreisen der hiesigen städtischen Baubeamten, sondern in allen Kreisen der Techniker die Anschauung vorherrscht, daß die Stellung, welche die Bestimmungen über die Qualität der Magistratsmitglieder den Technikern zuweisen, eine nicht gerechtfertigte und nicht angemessene ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hierüber Mißstimmung vorhanden ist. Wenn sie nicht laut geworden ist, so liegt das eben daran, daß die Herren in strengster Pflichterfüllung ihrem Dienst obliegen und zufolge ihrer vornehmen Gesinnung mit ihrer Meinung zurückhalten und Klagen nicht laut werden lassen. Deshalb kann aber nicht gesagt werden, die Klagen seien nicht vorhanden. Wenn die berechtigten Erwartungen der Beamten aber immer wieder getäuscht werden, so wird die Mißstimmung um sich greifen und schließlich üble Folgen für die Stadt haben; denn derjenige, welcher sich dauernd in seinen Erwartungen getäuscht sieht, wird schließlich nach einer anderen, besseren Stellung Umschau halten. Das würde aber für unsere Stadt nicht von Vorteil sein. Geeignete Personen für die technische Stelle im Magistrate haben wir also genug, sorgen Sie nur für eine andere Organisation und für Beseitigung der jetzt bestehenden Ungerechtigkeiten in der Stellung der Beamten.

Herr Jasper: Es ist ausführlich erörtert worden, daß eine Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder durch Zuwahl eines bautechnischen Mitgliedes notwendig ist, und halte ich es auch für selbstverständlich, daß dem Wunsche Rechnung getragen werden muß. Während nun aber zu diesem Punkte die verschiedensten Redner Stellung genommen haben, stelle ich fest, daß über eine entsprechende Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten außer dem Herrn Oberbürgermeister niemand ein Wort verloren hat. Ich halte es für sehr bezeichnend, daß diese Frage von den Herren, welche den Antrag auf Vermehrung der Magistratsmitglieder gestellt haben, für so vollkommen belanglos gehalten wird. Zunächst gebe ich dem Herrn Oberbürgermeister insofern recht, als mein Antrag allerdings besserungsbedürftig ist, indem er die Zahl der Stadtverordneten absolut auf das vierfache der Zahl der Magistratsmitglieder festsetzen will. Es wird hierdurch die Möglichkeit geschaffen, daß durch die Multiplikation der Zahl der Magistratsmitglieder mit 4 eine Zahl entsteht, die nicht durch 3 teilbar ist, und

das ist allerdings bei unserm Dreiklassenwahlsystem nicht angängig. Deshalb will ich am Schlusse meines Antrages sagen:

„daß diese mindestens viermal so groß ist, wie jene“.

Es ist das so zu verstehen: wenn sich bei 11 Magistratsmitgliedern 44 Stadtverordnete ergeben würden, so wäre die nächst höhere, durch 3 teilbare Zahl, also 45, zu nehmen. Soll darüber hinaus noch eine Zahl beschlossen werden, so sollte uns das nur lieb sein. Es ist aber besonders festzustellen, daß das Stimmverhältnis der Stadtverordneten gegenüber dem Magistrate nicht zu Ungunsten der Stadtverordneten beeinträchtigt wird. Wenn der Herr Oberbürgermeister dagegen geltend machen sollte, daß es nicht angängig sei, eine Mindestzahl ohne eine Höchstzahl festzusetzen, so dürfte dieses Bedenken nicht stichhaltig sein, weil ein Organ vorhanden ist, das jeweils darüber entscheidet, ob und inwieweit von der Statutenänderung Gebrauch gemacht werden soll. Das ist nicht etwa die vereinigte Versammlung, sondern die Stadtverordnetenversammlung für sich und der Magistrat für sich. Ob das Ministerium dem Antrage zustimmen wird, läßt sich abwarten. Vorläufig haben wir von der Seite eine Äußerung darüber noch nicht bekommen und brauchen wir nicht schon vorher anzunehmen, daß es sich ablehnend verhalten werde; ich sehe wenigstens keinen Grund ein, weshalb das Ministerium eine Abneigung dagegen haben sollte, wenn aber doch, so kann ihr immer noch Rechnung getragen werden.

Vorsitzender: Ich kann nicht umhin, auch einige Worte hierzu zu sagen. Zunächst bekenne ich mich zu denjenigen Leuten, die voreilig gewesen sind und dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, daß eine derartige Aenderung in der Besetzung des Magistrates stattfinden möge. Der Wunsch selbst ist aber uralte, denn solange ich Mitglied der Versammlung bin, haben wir in einem größeren Kreise stets den Wunsch gehabt, daß solche Aenderung eintreten möchte, und wurde dieser Wunsch auch überall in der Versammlung geteilt. Aber es erlahmte allmählich das Interesse, den Wunsch zu verwirklichen, weil der verstorbene Herr Oberbürgermeister ihm nachdrücklich Opposition machte. Als nun der Wechsel in der Besetzung des Oberhauptes der Stadt eintrat, dachten mehrere Mitglieder der Versammlung, daß es jetzt Zeit sei, mit dem Antrage herauszukommen. Ich gehöre mit zu den Personen, welche den Antrag verwirklicht sehen möchten, aber wir haben in der Kommissionsverhandlung, an der Herr Frühling nicht hat teilnehmen können, doch eingesehen, daß die konkrete Verwirklichung der Sache auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Insbesondere hat der Herr Oberbürgermeister in der Kommissionsitzung hervorgehoben, daß die Tatsache der Bewährung dieser Einrichtung in anderen Städten nicht an der Organisation, sondern an der Persönlichkeit liege. Das hat aber einen großen Eindruck auf uns gemacht. In der Kommission bildete sich daher die Ansicht, daß es unter Umständen allerdings wertvoll sei, ein bau-

technisches Mitglied im Magistrate zu haben, daß man dieses aber nicht statutarisch festlegen solle. Man will nur die Möglichkeit schaffen, nach § 18 des Statuts noch weitere Mitglieder des Magistrates wählen zu können.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, die Anträge des Herrn Referenten in ihren einzelnen Punkten zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Punkt 1 des Antrages der vereinigten Kommissionen, welcher dahingeht, zur Besetzung der ausgeschriebenen Stadtratsstelle baldigst zu schreiten? — Der Antrag ist angenommen.

Sodann stimmen wir ab über den Antrag Jasper. Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist mit 19 : 14 Stimmen abgelehnt.

Es folgt der erste Teil des Antrages Frühling, dahingehend, daß der § 18 des Statuts den Wortlaut erhalte: „Der Magistrat besteht aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern. Von den besoldeten Mitgliedern müssen wenigstens 4 die Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Staats-Verwaltungsdienste erlangt haben.“

Herr Frühling: Ich bitte, meinen Antrag nicht zu trennen.

Vorsitzender: Das muß ich ablehnen. Wer ist für den eben verlesenen ersten Teil des Antrages Frühling? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Punkte 2 des Kommissionsantrages, lautend: „eine Aenderung des § 18 des Verwaltungsstatuts dahin herbeizuführen, daß die Möglichkeit gegeben ist, als weitere besoldete und stimmführende Mitglieder des Magistrates einen Baumann und einen Schulmann zu wählen und zugleich in eingehende Erwägungen darüber einzutreten, ob sich eine derartige Besetzung empfiehlt“. Wer stimmt für diesen Antrag? — Der Antrag ist angenommen.

Nun folgt der zweite Teil des Antrages Frühling, welcher dahin geht: „den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung gleichzeitig mit der Statutenänderung eine Vorlage, betreffend Neuorganisation der städtischen Bauverwaltung zugehen zu lassen und einen Vorschlag zur Besetzung der fünften Magistratsstelle durch einen Techniker zu machen“. Wird dieser Antrag gutgeheißen? — Der Antrag gelangt zur Annahme.

Schließlich kommt noch der Antrag 3 der vereinigten Kommissionen: „den Magistrat zu ersuchen, schon jetzt die Leiter der städtischen Bauverwaltung und die Leiter der hiesigen Schulen in möglichst weitem Umfange zu den Kommissions- und Plenarsitzungen zu entsenden“. Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist angenommen.

Es sind danach angenommen die sämtlichen Anträge der vereinigten Kommissionen und der zweite Teil des Antrages Frühling.

II. Gehaltsaufbesserung für die Stadtgeistlichen.

Das Kirchenkasten-Kollegium hat den Magistrat ersucht, einer Aufbesserung des Gehalts der Geistlichen in der Weise zuzustimmen, daß das Gehalt einschließlich der zu 1000 M bewerteten Dienstwohnung wie folgt bemessen werde: Anfangsgehalt 5100 M, dann nach je 3 Jahren steigend auf die Sätze 5400 M, 5900 M, 6400 M, 6900 M, 7200 M und 7500 M. Behufs Deckung der dadurch entstehenden Mehrkosten ist einstweilen ein Dispositionsfonds von 6000 M in den Generaletat eingestellt worden. Der Magistrat ersucht, dieser Gehaltsfeststellung zuzustimmen mit der Maßgabe, daß die Zahlung der Gehälter in Gemäßheit des vorstehenden Tarifs und unter Berücksichtigung der bereits abgelaufenen Dienstjahre vom 1. April d. Js. ab erfolge.

Wie der Herr Vorsitzende in Behinderung des Referenten mitteilt, hat die Statutenkommission gegen die Vorlage nichts einzuwenden und gibt deren Genehmigung anheim.

Herr Hauswaldt: Als Mitglied des Kirchenkasten-Kollegiums habe ich an dem Beschlusse mitgewirkt. Die Geistlichen sind schon vor verschiedenen Jahren wegen Aufbesserung ihrer Gehälter vorstellig geworden, jedoch wurde das Gesuch vom Kirchenkasten-Kollegium und vom Magistrate mit der Begründung abgelehnt, daß mit der Aufbesserung gewartet werden sollte, bis die übrigen Beamten des Herzogtums aufgebessert seien und auch die neue Pfründenvorlage perfekt geworden sei. Das ist nun geschehen. Der Landtag hat beschlossen, die Landgeistlichen bis zu 6000 M im Gehalte zu erhöhen, die städtischen Oberlehrer kommen bis zu 7000 M, die staatlichen aber bis zu 6300 M mit 600 M Wohnungsgeldzuschuß. Man hat die Gehaltsätze der Geistlichen derart normiert, daß die mittleren Gehaltsätze mit einer größeren Steigerung bedacht sind, als die oberen Sätze, damit die Geistlichen gerade in den mittleren Jahren, wo sie die größte Sorge um die Familie haben, in die Lage versetzt werden, ihren Pflichten nachzukommen. Es liegt aber nicht allein im Interesse der Geistlichen, sondern auch der ganzen evangelischen Gemeinde, die hiesigen Stadtgeistlichen so zu dotieren, daß man bei Neuwahlen nicht auf ganz junge Leute zurückzugreifen braucht, sondern auch ältere Geistliche wählen kann. Ich bitte ebenfalls, der Sache zuzustimmen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1904/05.

Der Magistrat überreicht der Versammlung den Generaletat der Gemeinde-Kirchenkasse für das Jahr 1904/05 mit dem Bemerken, daß die einzelnen Ansätze der Ausgaben behufs ordnungsmäßiger Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse für erforderlich gehalten werden. Aus der Zusammenstellung der Einnahmen bittet der

Magistrat zu ersehen, daß zur Deckung der Fehlsomme der Betrag von 82000 M durch Kirchensteuern aufgebracht werden muß. Diese Steuern sind im Vorjahre in Höhe von 6 % der Gemeinde-Einkommensteuer mit 92815 M ausgeschrieben und sind darauf bis jetzt rund 83000 M eingegangen. Es darf daher angenommen werden, daß die obigen 82000 M ohne Erhöhung des Prozentfußes im laufenden Jahre eingehen werden. Wegen des im Etat ausgeworfenen Dispositionsfonds von 6000 M zur Aufbesserung des Gehalts der Stadtgeistlichen wird auf die soeben genehmigte Vorlage Bezug genommen. Schließlich ersucht der Magistrat die Versammlung, zuzustimmen, daß im Jahre 1904/05 eine Kirchensteuer in Höhe von 6 % der den Pflichtigen zur Last fallenden Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Herr Wolters: Es handelt sich hierbei nicht darum, den Etat zu genehmigen, sondern Kenntnis davon zu nehmen. Eine Erhöhung der Kirchensteuer ist in diesem Jahre noch nicht notwendig, vermutlich, weil aus dem Vorjahre ein Uberschuß von 12847,72 M hat mit herübergenommen werden können. Namens der Finanzkommission ersuche ich, die Vorlage als erledigt zu erklären.

Herr Hauswaldt: Ich muß dem Herrn Referenten gegenüber bemerken, daß wir den Etat doch zu genehmigen haben. Wir sind in unserer Willensäußerung nur insofern etwas eingeschränkt, als wir eventuell zwangsweise zur Genehmigung des Etats angehalten werden können.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

IV. Ausbau eines Teiles der Maschstraße.

Unter Vorlegung eines Entwurfs zum Ausbau der Maschstraße zwischen Celler- und Gartenstraße berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Grunderwerbskosten zu 6700 M, die Baukosten zu 15500 M und der Einheitsbeitrag der Anlieger zu 129 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden sind. Die betreffende Teilstrecke der Maschstraße hat zurzeit eine Breite von etwa 7,20 m, während sie durch den Ausbau unter Hinzunahme der westlichen Vorgärten auf eine Breite von 13,70 m gebracht und alsdann derartig ausgebaut werden soll, daß sie eine 8 m breite Fahrbahn und Fußwege von je 2,85 m Breite erhält. Die Fahrbahn soll mit Kleinpflaster auf chauffierter Unterlage befestigt werden, die Fußwege will man durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgrenzen und mit einem Belage aus Zementplatten zc. befestigen. Dem Ersuchen des Magistrates auf Genehmigung des Projektes nebst Kosten- und Verteilungsberechnung,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, zu.

V. Kosten für Aufstellung der Döckerischen Baracken.

In der Sitzung vom 27. August 1903 — Seite 108 ff. des Berichtes — hat sich die Versammlung grundsätzlich mit den vom Magistrate angeordneten Maßregeln zur Bekämpfung der damals ausgebrochenen Typhusepidemie einverstanden erklärt. Zu diesen Maßregeln gehört insbesondere die Aufstellung der beiden Döckerischen Baracken im Pflegehausgarten. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Bezahlung der hierdurch entstandenen Kosten im Betrage von 2674,85 M einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung durch die Finanzkommission, für welche Herr Fiedel berichtet, geschieht.

VI. Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten.

Der Magistrat kann sich zur Aufnahme einer Bestimmung, wie sie der § 7 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten nach dem Beschlusse der Versammlung in der Sitzung vom 10. März d. J. — Seite 445 des Berichtes — enthalten soll, nicht bereit finden. Nach dieser Bestimmung darf die Verdingung der Bauarbeiten nicht an Generalunternehmer erfolgen. Wenn dieses bisher auch stadtseitig nur selten, fast nie, erfolgt ist, so können sich nach der Ansicht des Magistrates doch Verhältnisse ergeben, die eine solche Vergebung nicht nur als erwünscht, sondern sogar als notwendig erweisen. Es wird daher anheimgegeben, von einer derartigen Bestimmung Abstand zu nehmen und den neu aufgenommenen Schlußsatz des § 7 wieder zu streichen.

Gleichzeitig ersucht der Magistrat, die gemäß § 12 der Vorschriften von der Versammlung zu wählenden Mitglieder der Deputation demnächst zu wählen.

Herr Frühling: Die Baukommission hat den Antrag des Magistrates auf Streichung des neuen Schlüssatzes im § 7 mit Freuden begrüßt. Schon in der Deputation waren wir der Meinung, daß die Aufnahme einer solchen Bestimmung nicht angezeigt wäre, und auch die Baukommission hat diese Ansicht geteilt. Nachher ist der in der Versammlung gestellte Antrag doch genehmigt, obwohl ich mich in meinem Referate dagegen gewandt hatte, indem ich ausführte, daß eine Gefahr nicht vorliege, weil die Vergebung an Generalunternehmer stadtseitig fast niemals geschehe und auch selten eine Summe von weniger als 5000 M dabei in Frage kommen werde, so daß die Vergebung der Genehmigung der Deputation unterliege. Vor allem aber meinten wir, daß die Bestimmung nicht aufgenommen werden könnte, weil es Fälle gebe, wo eine solche Vergebung an Generalunternehmer gar nicht zu umgehen sei. Zum Beispiel könnte doch die Legung einer Rohrleitung nicht an verschiedene Unternehmer vergeben werden, was aber nach dem Wortlaute der Bestimmung zu geschehen hätte, weil Steinseker, Erdarbeiter u. dabei beschäftigt

werden. Würden solche Arbeiten an verschiedene Unternehmer vergeben, so ließe sich bei einem Rohrbruche kein Schuldiger finden, sondern der eine schöbe die Schuld auf den andern. Es muß also die Möglichkeit vorhanden sein, Sachen, die zu einander gehören, auch an einen Unternehmer zu vergeben. Wir können Ihnen also nur dringend die Streichung des Passus empfehlen.

Der Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

Herr Frühling: Wir kommen nun zu der Wahl der Deputation. Die Baukommission enthält sich besonderer Vorschläge, meint aber, daß es zweckmäßig wäre, wenn der größte Teil der zu wählenden vier Herren der Baukommission entnommen würde, damit eine Kontinuität mit dieser geschaffen würde. Ferner möchte ich auf den Beschluß der Versammlung aufmerksam machen, daß die beiden in die Deputation zu wählenden Stadtverordneten sich an städtischen Arbeiten und Lieferungen nicht beteiligen dürfen. Dieser Zusatz zu den Vorschriften würde hier maßgebend sein. Wenn beschlossen ist, die „beiden“ Stadtverordneten, so sind natürlich die beiden Stellvertreter auch mit einbegriffen. Nach dem Wortlaute der Bestimmung handelt es sich dabei auch nicht bloß um die Beteiligung an Bauarbeiten, sondern um städtische Arbeiten und Lieferungen irgend welcher Art. Ich bitte, nunmehr Wahlvorschläge zu machen.

Herr Löschigt: Ich möchte an erster Stelle als Mitglieder der Deputation die Herren Frühling und Wolters vorschlagen.

Herr Lange: Als Vertreter schlage ich Herrn Kiefe vor.

Herr Jasper: Bei der Gelegenheit fällt mir auf, daß die Fassung der Zusatzbestimmung des § 12 redaktionell recht bedenklich ist, wenn gesagt worden ist, daß sich die beiden Stadtverordneten der Deputation nicht an städtischen Arbeiten und Lieferungen beteiligen dürfen. Es müßte auf die Stellvertreter doch wohl dieselbe Bestimmung Anwendung finden.

Vorsitzender: Das ist doch aber selbstverständlich.

Herr Wiehle: Ich schlage als Mitglieder der Deputation die Herren Wolters und Kiefe, als deren Stellvertreter die Herren Löschigt und Stegmann vor.

Herr Esdorn: Ich bringe die Herren Nolte und Frühling in Vorschlag.

Herr Nolte: Ich muß bitten, von meiner Wahl abzusehen, da es mir bei meiner großen Arbeitslast unmöglich ist, ein solches Amt zu übernehmen.

Herr Löschigt: Ich bitte ebenfalls, von meiner Person abzusehen und in erster Linie Herrn Frühling zu wählen.

Herr Blasius: Ich schlage Herrn Lange vor.

Herr Lange: Ich bitte, von meiner Person bestimmt abzusehen.

Herr Meyerhoff: Als Stellvertreter bitte ich Herrn Bues mit ins Auge zu fassen. Ebenso empfehle ich die Wahl des Herrn Rathe.

Herr Rathe: Ich muß die Wahl ablehnen.

Herr Nolte: Ich beantrage, die Herren Frühling und Rieke als Mitglieder der Deputation und die Herren Wolters und Stegmann als deren Stellvertreter durch Zurf zu wählen. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Können wir uns nicht darüber einigen, die Herren Frühling und Rieke als Mitglieder der Deputation durch Zurf zu wählen? (Widerspruch.) Dann bitte ich, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen, und zwar zunächst die beiden Mitglieder der Deputation zu wählen. (Geschicht.) - Es sind 34 Stimmzettel abgegeben, davon tragen 29 den Namen des Herrn Frühling, 20 den Namen des Herrn Wolters, 15 den Namen des Herrn Rieke, 2 den Namen des Herrn Sander und je 1 den Namen der Herren Hymann und Bues. Die Herren Frühling und Wolters sind demnach gewählt

Nunmehr wählen wir in gleicher Weise die beiden Ersatzmänner. (Geschicht.) - Es sind wiederum 34 Stimmzettel eingeliefert, wovon 7 unbeschrieben sind und einer nur einen Namen trägt. Stimmen haben erhalten die Herren Rieke 18, Buchler 15, Bues 11, Stegmann 2 und Lange, Ribbentrop, Sander und Wolters je 1. Demnach sind gewählt die Herren Rieke und Buchler.

Herr Rieke: Unter den vorliegenden Verhältnissen verzichte ich auf die Wahl.

Vorsitzender: Dann schreiten wir zur Wahl eines anderen Stellvertreters. (Zwischenrufe.) Es ist die Wahl des Herrn Bues durch Zurf beantragt worden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Wahl? - Herr Bues ist mit Mehrheit gewählt worden.

VII. Anwendung der Vorschriften unter VI auf kirchliche Bauten.

Der Magistrat hat die in der Sitzung vom 17. März 1904 — Seiten 196, 497 und 508 des Berichtes — gefasste Resolution dem Kirchenkasten-Kollegium mit dem Ersuchen zugehen lassen, über den Vorbehalt der Stadtverordneten Beschluß zu fassen, wonach die Vollenbung der kirchlichen Bauten unter Beobachtung derjenigen Grundsätze erfolgen soll, welche für die Ausführung städtischer Bauarbeiten aufgestellt worden sind. Das Kirchenkasten-Kollegium hat sich mit diesem Vorbehalt einverstanden erklärt, sofern zugestanden wird, daß bei Vergebung kirchlicher Bauarbeiten die im § 12 der Grundsätze gedachte Deputation durch ein Mitglied des Kirchenkasten-Kollegiums verstärkt wird. Dem Ersuchen des Magistrates, diesem Vorbehalte zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet.

VIII. Vermietung von Schul-Kellerräumen.

Die Verträge, welche vor sechs Jahren wegen der Vermietung von Kellerräumen der Schule an der Wilhelmstraße abgeschlossen wurden, sind zum größten Theile am 1. April d. Js. abgelaufen. Der Magistrat ersucht, die mit drei Mietern auf weitere sechs Jahre abgeschlossenen Verträge zu einem Mietpreise von 15 M., 18 M. und 10 M. zu genehmigen.

Herr Lord: Dieser Gegenstand bildete den einzigen Punkt auf der diesmaligen Tagesordnung der Schulkommission. Er hat ein gewisses finanzielles Interesse, weshalb ich für einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit erbitte.

Gut unterkellerte Räume sind eine Wohltat für den Besitzer, und wohl der Stadt, die viele solche Gebäude ihr eigen nennt. Da ist die alte prächtige Schule an der Wilhelmstraße, ein Bauwerk, so von der Grenze des Mittelalters, das allein schon imstande sein sollte, den Fremdenverkehr ganz erheblich zu fördern. (Heiterkeit.) Und wie es wohlgerichtet ist im Unter- und Obergeschoß, so sind auch seine Keller geräumig, lustig, trocken und dunkel, alles Eigenschaften, die man von einem guten Keller billigerweise verlangen kann. Es sei erlaubt, hier einzuschalten, daß viele geräumige und trockene Keller geräumigen und trockenen Rednern vorziehen (Heiterkeit), von welch' letzteren einer alten „Raabenweisheit“ zufolge doch nur die wenigsten nach Korinth kommen, obgleich sie gewöhnlich die dicksten Rosinen in der Tasche haben. (Heiterkeit.) — Was Wunder also, daß sich die benachbarten Bewohner der Schule schon seit den Zeiten des seligen Herrn Olim um die Keller bemühten. Aber wie alles im Leben zu Ende geht, so auch diese Verträge. Die Kontrakte der meisten der seitherigen beatorum possidentium sind mit dem 1. April d. Js. abgelaufen. Mit dem einen der seitherigen Pächter hat der Magistrat auf weitere sechs Jahre abgeschlossen; der zweite ist zurückgetreten und an seiner Stelle hat ein anderer, gleichfalls auf sechs Jahre gepachtet. Der dritte endlich, der auf unbestimmte Zeit gemietet hatte, hat sein Haus verkauft und gebeten, ihn aus der Pacht zu entlassen. Dafür ist mit einem andern, unter den Bedingungen des Vorpächters, abgeschlossen. Ich würde auch in der Lage sein, die Namen der Pächter auf die Nachwelt zu bringen, wenn die geehrten Herren das wünschen sollten. (Heiterkeit.) Der Gesamtpreis der Pacht würde etwas schwer auf die Zunge fallen; ich nenne Ihnen deswegen lieber die einzelnen Pachtsummen: 15, 18 und 10 M. (Heiterkeit.) Die Schulkommission empfiehlt Ihnen die Genehmigung der Verträge; sie hält aber eine zweite Lesung der Vorlage nicht für nötig. (Große Heiterkeit.)

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Instandsetzung eines Fußweges der Pflegehausstraße.

Das unterm 21. Januar d. Js. — Seite 309 des Berichtes — an den Magistrat gerichtete Ersuchen, in diesem Frühjahr die Fußwege der Pflegehausstraße zwischen Geller- und Klosterstraße mit Platten belegen zu lassen, hat den Magistrat erneut zu der Prüfung veranlaßt, ob es nicht ratsam sei, schon jetzt den Ausbau dieser Straßenstrecke in die Wege zu leiten. Diese Frage ist verneint worden und zwar hauptsächlich deshalb, weil bei der guten Beschaffenheit der Fahrbahn eine neue Befestigung derselben zurzeit nicht erforderlich erscheint, und weil außerdem auch der Stadt nicht zugemutet werden kann, lange Zeit auf Wiedereinziehung eines großen Teiles der Straßenbaukosten zu verzichten, was sich hier nicht würde umgehen lassen.

Es wird deshalb empfohlen, sich auf die notwendige Verbesserung des am meisten begangenen südlichen Fußweges zu beschränken und diesen in einer Breite von 1,20 m mit Zementplatten zu belegen. Dem Antrage auf Genehmigung dieses Vorschlages unter Bewilligung der Kosten im Betrage von 1060 M

stimmt Herr Rieke namens der Baukommission zu.

Herr Sander: Ich bedaure, daß eine Verbreiterung der Straßenstrecke noch nicht angängig ist, bescheide mich aber in diesem Punkte; jedoch möchte ich bitten, wenigstens die beiderseitigen Fußwege mit Platten zu belegen. Wenn nur der südliche Fußweg Platten erhalten soll, so ist das eine Halbheit, die wir nicht machen sollten. Ich muß auch konstatieren, daß gerade die Bewohner der Rudolfstraße immer auf der anderen Straßenseite gehen, und die Frequenz hier mindestens ebenso stark ist, wie auf der südlichen Straßenseite. Die Kosten dürfen uns aber nicht hindern, beide Seiten der Fußwege mit Platten zu belegen.

Herr Löschigt: Ich freue mich, daß wir auf meine Anregung wenigstens etwas bekommen haben. Der Verkehr wird sich schon nach den Verhältnissen richten und bei schmutzigem Wetter die befestigte Straßenseite benutzen.

Herr Stadtrat Meyer: Die Gründe, weshalb die Straße nicht schon jetzt ausgebaut werden soll, sind in der Vorlage zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso kann sich der Magistrat nicht entschließen, beide Fußwege mit Platten zu belegen, weil die Kosten der anderen Seite von der Stadt getragen werden müßten. Außerdem müßten die Niveauverhältnisse geändert werden, was wieder Kosten verursachte. Ich glaube deshalb, daß es ausreichend ist, wenn zunächst nur der eine Fußweg befestigt wird.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

X. Verlängerung des Gashauptrohres in der Hamburgerstraße.

Die Witwe Auguste Hampe, Hamburgerstraße 29, hat um Anschluß an die städtische Gasleitung gebeten. Wird dem Antrage stattgegeben, so würde das Gasrohr vom Schwesternhause vom Roten Kreuz ab mit einem Kostenaufwande von 437 M um 80 m zu verlängern sein. Die Antragstellerin, welche eine Gastwirtschaft betreibt, erbietet sich, in ihrem Hause 22 Flammen anlegen und benutzen zu lassen, so daß auf eine Verzinsung des Anlagekapitals und einen genügenden Gewinn zu rechnen ist. Den Antrag, die Verlängerung des Gasrohres zu genehmigen und die erforderlichen Kosten zu verwilligen,

empfiehlt Herr Südel namens der Finanzkommission zur Annahme.

Herr Wesemeier: Ich möchte an den Magistrat die Bitte richten, sich der Beleuchtung des Hasenwinkels mehr als bisher anzunehmen. Bei der schlechten Beleuchtung dieser Straße ist es vorgekommen, daß halbwüchsige Burschen abends über die Kirchhofseinfriedigung gesprungen sind und vorbeigehende Frauen in Angst versetzt haben. Solche Zustände dürften hier aber nicht vorkommen.

Der Magistratsvorlage wird zugestimmt.

XI. Erwerb einer Fläche zur Rußbergstraße.

Zu dem beschlossenen Ausbau der Rußbergstraße, welcher auf Kosten des Maurermeisters Wesche und Genossen erfolgt, ist noch eine 1,70 a große Fläche erforderlich, die deren Eigentümer, Bauunternehmer Heinrich Jakobi, zum Preise von 16 M pro qm abtreten will. Dem Antrage des Magistrates, sich mit dem Erwerbe dieser Fläche zu dem angegebenen Preise einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rathe berichtet, zu.

XII. Antrag Günther: Stadtseitige Uebernahme der Kosten für die Waldspiele u.

Der in der Sitzung vom 31. März d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 607 des Berichtes — lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Einwilligung dazu gibt, daß die Waldspiele für Kinder, sowie die Verschickung von Kindern hiesiger Einwohner in die Sommerfrische auf städtische Kosten übernommen werden.“

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Blasius: Die Statutenkommission schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen. Sie ist dabei von dem Grundsatz ausgegangen, daß es nicht Sache der Stadt sei, auch derartige Einrichtungen auf die Stadtkasse zu übernehmen und daß es sich empfiehlt, es

beim bisherigen Verfahren zu belassen, nach welchem durch einen Verein Sammlungen bei mildtätigen Persönlichkeiten veranstaltet sind, denn hierbei ist stets ein so guter Fonds herausgekommen, daß, wenn die Stadt einen Zuschuß dazu gibt, man gut dabei fahren wird. Man hat auch besonders hervorgehoben, daß es zu vielen Weitläufigkeiten führen würde, wenn die Stadt die ganze Verantwortlichkeit übernehmen sollte. Auf der anderen Seite ist gesagt worden, daß es höchst wünschenswert und zu hoffen wäre, wenn alle die bemittelten Kreise der Stadt, welche wohl imstande seien, Beiträge zu geben, sich dieser Pflicht nicht entzögen; man sollte aber bei der bisherigen Gepflogenheit bleiben, und es dem betreffenden Komitee überlassen, die Kinder in die Ferienkolonien zu schicken, oder mit ihnen Waldspiele zu arrangieren.

Herr Günther: Der eben gehörte Einwurf ist nicht neu, sondern wird meinem Antrage jedesmal gemacht, so oft ich ihn auch gestellt habe. Schon in der Kommission ist vom Herrn Oberbürgermeister und vom Herrn Referenten ausgeführt worden, daß es nicht Sache der Stadt sei, die Kinder in die Ferienkolonien zu schicken; ich behaupte aber, daß gerade die Stadt die Verpflichtung dazu hat, um eine gesunde Generation sich zu erhalten und zu erziehen. Sobald unsere Schulärzte erklären, die und die Kinder haben es nötig, in die Ferienkolonien oder nach anderen Orten verschickt zu werden, um ihrer Gesundheit aufzuhelfen, hat die Stadt die Verpflichtung dafür einzutreten, wenn die betreffenden Eltern es nicht können. Es ist schon lobend hervorgehoben, daß seit einer Reihe von Jahren aus den Mitteln der Wohltätigkeit eine große Zahl von Kindern auf diese Weise gepflegt wurde; die betreffenden Wohltäter haben also die Notwendigkeit anerkannt, einzelne Kinder in die Ferienkolonien zu schicken; es ist mir daher unbegreiflich, warum die städtischen Behörden diese Notwendigkeit nicht anerkennen wollen. Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters soll die Sache einmal an dem dazu erforderlichen großen Geldeaufwande und außerdem daran scheitern, daß notwendigerweise verschiedene Kinder, deren Eltern glaubten, sie seien auch mit in die Ferienkolonien zu verschicken, zurückgewiesen werden müßten und nun der Stadt deswegen die größten Vorwürfe gemacht würden. Der leichtere Grund ist durchaus nicht stichhaltig. Wenn die Schulärzte glauben, daß die und die Kinder in die Ferienkolonie müssen, andere aber nicht, so bleiben diese eben fort, und kann ihnen auf andere Weise, vielleicht durch Waldspiele zc., aufgeholfen werden. Solche Differenzen sind also leicht zu schlichten.

Was nun die Waldspiele als solche anbetrifft, so hat Herr Blasius gemeint, sie seien nicht so notwendig, weil die Mütter mit den Kindern in den Wald gehen könnten, wodurch dasselbe erreicht würde. Das scheint aber nach der Ansicht anderer Leute nicht zuzutreffen, denn vor mir liegt ein Aufruf, in dem ausgesprochen ist, daß seitens der Schulinspektoren anerkannt worden sei, daß die Wald-

spiele für die Kinder von wohlthätigem Einfluß gewesen seien. „Es ist“, so heißt es in dem Aufruf weiter, „kein Wunder, daß die Schulvorsteher mit den Eltern den Wunsch teilen, daß in den diesjährigen Ferienwochen die Waldspiele wiederum und zwar, wenn möglich, noch in erweitertem Umfange ins Leben gerufen werden. Mußten doch in den beiden früheren Jahren viele Hunderte von Anmeldungen zurückgewiesen werden.“ Ich muß mich daher wundern, daß Herr Blasius als Arzt den Standpunkt einnimmt, meinen Antrag abzulehnen und zu äußern, daß die Waldspiele nicht so notwendig seien. Wenn die Arbeiterfrauen Zeit hätten, mit ihren Kindern in den Wald zu gehen, wie andere Frauen, so wäre das etwas anderes, aber die wenigsten Frauen sind in der glücklichen Lage, mit ihren Kindern täglich in das Holz gehen zu können. Außerdem ist es auch ganz etwas anderes, Kinder unter bestimmter Aufsicht in den Wald zu schicken, als mit ihnen einfach spazieren zu gehen.

Da ich glaube, ziemlich sicher annehmen zu können, daß mein Antrag abgelehnt wird, so will ich noch ein übriges tun und einen anderen Antrag einbringen auf Gewährung größerer Mittel für die Ferienkolonien und die Waldspiele, ohne deren Ausführung und Ueberwachung durch die Stadt. Während der Antrag, 1000 M für die Ferienkolonien zu gewähren, schon einmal abgelehnt ist, will ich den Antrag dahin ändern, daß die 1000 M für die Ferienkolonien und die Waldspiele aufgewendet werden. In der Kommission ist allerdings gesagt worden, daß die Waldspiele vielleicht gar nicht wieder eingeführt würden, indem diejenigen, welche bisher die Mittel dazu hergegeben haben, dieses in Zukunft nicht mehr tun werden; in solchem Falle hätte die Stadt aber umsomehr die Pflicht, hier helfend einzugreifen. Mein abgeänderter Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um die Zustimmung zur Gewährung einer Summe von 1000 M für die Ferienkolonien und die Waldspiele zu ersuchen.“

Im vorigen Jahre sind neben den 100 M aus der Ottmerstiftung noch 300 M bewilligt worden, man hat also doch eine Steigerung vorgenommen, und halte ich es unter den gegebenen Verhältnissen in diesem Jahre für um so notwendiger, die Summe noch weiter bis auf 1000 M zu erhöhen.

Herr Schöttler: Ich war leider nicht in der Versammlung der Statutenkommission zugegen, weshalb ich hier meinen Standpunkt klar legen und gestehen muß, daß ich mich mit dem Beschlusse der Kommission nicht befreunden kann. Es ist richtig, daß die Stadt durch die Annahme des Antrages Günther eine Belastung erfahren würde in einer Höhe, die man augenblicklich noch gar nicht absehen kann. Es läßt sich aber andererseits nicht leugnen, daß er nur ein Schritt weiter ist auf dem Wege, den wir bereits betreten haben, denn indem wir Schulärzte anstellten, taten wir den ersten Schritt und wenn wir für die Gesundheit der Kinder mehr

tun wollen, so sehe ich kein Prinzip, welches der Durchführung des Antrages entgegenstände; es handelt sich vielmehr nur um die Frage der mehr oder weniger großen Zweckmäßigkeit. In bezug auf die Ferienkolonien scheint mir die Sache auch bedenklich zu sein, weil man gar nicht absehen kann, was für eine Belastung der Stadt dabei herauskommen wird. Man hat sich wohl auf das Urteil der Ärzte berufen, aber die sind wohl meistens geneigt, jeden als der Ferienkolonien bedürftig zu erklären, das halte ich für ganz selbstverständlich. (Heiterkeit.) Dann würde der Stadtsäckel aber sehr in Anspruch genommen werden und es würde außerdem noch der Uebelstand eintreten, daß bei der Ablehnung von Anträgen auf uns eine große Verantwortung fallen würde. Deshalb scheint es mir mit den Ferienkolonien etwas weit gegangen zu sein.

Dagegen könnte man die Waldspiele recht gut mit der Schule in Verbindung bringen, denn ich sehe nichts anderes darin, wie alle anderen Ausflüge, die auch von der Schule gemacht werden, wenn auch nicht so regelmäßig, sondern mehr oder weniger von dem Willen der Schulleitung oder des betreffenden Lehrers abhängig. Der Unterschied bei den Waldspielen würde nur der sein, daß das Ganze in eine gewisse Organisation gebracht wird und würde dieses auch weniger bedenklich sein, wie bei den Ferienkolonien, weil jeder hieran teilnehmen kann, der es will. Natürlich muß man die Durchführbarkeit prüfen; ich glaube, daß es durchführbar sein würde, aber bestimmt behaupten kann ich es nicht. Mit dem einen Plaze, dem Lechlumerholze, würde man dann natürlich nicht auskommen. Die zweite Schwierigkeit wäre, das nötige Aufsichtspersonal zu gewinnen, denn es käme bei den Waldspielen doch auf eine Mehrbelastung der Lehrer heraus, die allerdings durch eine Entschädigung derselben ausgeglichen werden könnte; aber es fragt sich trotzdem, ob sich eine genügende Zahl Lehrer bereit finden lassen würde, diese Arbeit in den Ferien zu übernehmen. Ich halte es für unbedenklich, den Antrag Günther in bezug auf die Waldspiele anzunehmen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß ich schon alle Schwierigkeiten, welche diese Einrichtung bieten kann, für beseitigt halte; es würde vielmehr noch in eine Untersuchung eingetreten werden müssen, ob sie überhaupt durchführbar ist, wünschenswert ist sie unbestreitbar. In bezug auf diesen Punkt wird ein Prinzip nicht im Wege stehen.

Herr Rathe: Es ist tief bedauerlich gewesen, daß im vorigen Jahre von jener Seite so schwere Vorwürfe gegen die Leute ergangen waren, welche sich sonst so lebhaft für die Waldspiele interessierten und die Mittel zusammengebracht haben, um diese Spiele zu ermöglichen. Bisher haben wir jedes Jahr mit Vergnügen die Summe bewilligt, um die Waldspiele wieder zu erreichen. Wenn wir aber dem Antrage Günther stattgeben und die Waldspiele stadtseitig übernehmen wollen, so erscheint mir die dafür geforderte Summe viel zu gering zu sein. Wer sollte denn überhaupt an den Waldspielen teilnehmen? Wie schwer würde es sein, aus den

vielen Kindern diejenigen herauszusuchen, welche unbedingt der Erholung und Kräftigung durch die Waldspiele bedürfen und die sich an den Spielen auch gern beteiligen? Jedenfalls wäre es dringend zu wünschen, daß diejenigen Leute, welche die Sache bis jetzt in die Hand genommen haben, sich nicht durch die vorgekommenen Anfechtungen beirren lassen, auf dem früheren Wege weiter fortzuschreiten und die Waldspiele wieder einzurichten, und daß wir dann auch wieder eine Summe dafür bewilligen. Das würde der Sache sehr nützlich sein. Es wird auch für das ganze Empfinden der Einwohner besser sein, in dieser Weise zu verfahren, als wenn wir die Waldspiele obligatorisch einführen wollten.

Herr Blasius: Herr Günther hat vorhin gesagt, ich hätte behauptet, die Waldspiele wären nicht wichtig. Es ist mir das im Traum nicht eingefallen, ich habe in der Kommission vielmehr nur gesagt, daß ich die Ferienkolonien für wichtiger hielte, als die Waldspiele. Uebrigens ist es bisher immer üblich gewesen, daß von den vertraulichen Mitteilungen in der Kommission hier nicht weiter Gebrauch gemacht worden ist, wenn aber Herr Günther von diesem Brauch abweichen will, so muß man sich das merken. Prinzipiell bin ich mit Herrn Günther darin einig, daß beide Veranstaltungen zweckdienlich sind. Auf eine weitere Diskussion dieses Punktes lasse ich mich aber nicht ein. Sodann hat Herr Schöttler den Ärzten einen Vorwurf gemacht, den ich nicht auf ihnen sitzen lassen kann. Da ich seit 22 Jahren die Kinder für die Ferienkolonien hier ausgesucht habe, so trifft mich der Vorwurf auch, und ich erkläre, daß mir oft Kinder vorgeführt worden sind, die ich abgewiesen habe. Ich kann deshalb nicht zu denen gehören, die alle Kinder in die Ferienkolonien schicken wollen. Den heutigen Vorschlag des Herrn Günther habe ich aber mit Freuden begrüßt.

Herr Herzberg: Was die Waldspiele betrifft, so stimme ich den Ausführungen der Herren Günther und Schöttler bei und meine, daß die Stadt schon durch die Zuziehung der Lehrer zu den Waldspielen im Lechlumer Holze eine gewisse Verpflichtung übernommen hatte. Herr Rathe hat nun nicht unterlassen können, zu behaupten, daß die im Vorjahre gegen die Veranstalter der Waldspiele erhobenen Vorwürfe in unzutreffender Weise gemacht seien. Wenn Herr Rathe mit solcher Behauptung hervortritt, so muß ich ihn auch bitten, die Vorwürfe näher zu bezeichnen. Wir haben den Veranstaltern solche Vorwürfe nicht gemacht, sondern haben gesagt, daß es nicht zu entscheiden wäre, wer die Schuld an der unter den Kindern ausgebrochenen Epidemie trüge. Unsere Vorwürfe richteten sich damals gegen den Magistrat, welcher die Kosten für die Verpflegung der kranken Kinder nicht ohne weiteres auf die Stadtkasse übernommen hatte, sondern sie als Armenunterstützung betrachtete. Herrn Schöttler gegenüber habe ich aber auch das Vertrauen zu den Ärzten, daß sie nicht alle sich meldenden Kinder für die

Ferienkolonien bedürftig erklären werden. Im übrigen läßt sich die Einstellung weniger der Kräftigung bedürftiger Kinder dadurch umgehen, daß die Schulärzte zusammentreten und die Bedingungen feststellen, welche für die Beteiligung der Kinder entscheidend sein sollen. Daß die meisten Kinder bedürftig sind, an den Veranstaltungen teilzunehmen, ist eine Tatsache und so wird es auch kommen, daß die Ärzte in den meisten Fällen die sich meldenden Kinder auch für einer Erholung und Kräftigung bedürftig erklären. Das liegt aber nicht an dem Arzte, sondern an den heutigen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft.

Vorsitzender: Wenn Sie sich den stenographischen Bericht über die Sitzung vom 27. August vorigen Jahres auf Seite 118 zc. durchlesen, so werden Sie allerdings finden, daß gegen die Veranstalter der Spiele die heftigsten Vorwürfe erhoben worden sind.

Herr Hauswaldt: Ich möchte Herrn Günther ersuchen, seinen Antrag dahin zu ändern, daß 500 M für die Waldspiele und 500 M für die Ferienkolonien aufgewendet werden sollen, da ich glaube, daß die Waldspiele nicht wieder zustande kommen werden. Es ist übrigens eine mehr als naive Anschauung des Herrn Herzberg, wenn er behauptet, es seien bei der vorjährigen Debatte keine Vorwürfe gegen die Veranstalter der Waldspiele erhoben. Herr Jasper hat bei der Gelegenheit erklärt: Ich will hier nicht untersuchen, welche der beteiligten Faktoren, die die Kinder in den Wald gelockt haben, die Schuld an dem Unglück trägt" (Ruf: Das ist kein Vorwurf!) Wenn das keine Vorwürfe sind, weiß ich nicht, was Sie noch so nennen. Es werden sich wohl keine Leute finden, welche die Kinder wieder in den Wald locken. Ich bitte deshalb den Antrag zu teilen, damit wenn die Waldspiele nicht zustande kommen, wenigstens den Ferienkolonien die 500 M zugute kommen.

Herr Günther: Ich habe selbstverständlich meinen letzten Antrag nur gestellt für den Fall, daß der erste nicht angenommen wird, was anscheinend sicher ist. Wie notwendig es ist, den Waldspielen eine größere Unterstützung zu teil werden zu lassen, können Sie schon daran sehen, daß Herr Rathe erklärt hat, selbst die von mir beantragte Summe sei zu niedrig, wenn man die Waldspiele in nachhaltiger Weise durchführen wolle. Ich gebe Herrn Rathe vollständig recht und bemerke, daß ich für diesen Zweck im Vorjahre 5000 M beantragt hatte; wenn man aber nicht mehr bekommt, muß man schließlich auch mit einer kleineren Summe zufrieden sein. In der vorletzten Sitzung sind ja sogar die von Herrn Blasius hierfür beantragten 500 M abgelehnt worden. Die Notwendigkeit eines größeren Zuschusses zu den Waldspielen ersieht man auch aus einem mir vorliegenden Aufrufe, in dem es heißt, daß in den früheren Jahren viele hunderte von Anmeldungen hätten zurückgewiesen werden müssen, mithin hat das aufgekommene Geld nicht ausgereicht. Auch bei den Ferienkolonien war dieses der Fall, denn auch hier genügten die Mittel nicht.

Es hätte auch diese Sache viel nachhaltiger betrieben werden können und es wird schon nicht ausbleiben, daß wir noch dazu schreiten müssen. Gerade so wie das Armenwesen in der Hand der Stadt liegt, werden wir auch noch dazu übergehen, diese Einrichtung in die Hand zu nehmen, denn sobald wir erst die Schulärzte in Tätigkeit haben, wird schon der Vorschlag gemacht werden, die Einrichtung der Ferienkolonien und Waldspiele seitens der Stadt zu treffen.

In dem schon erwähnten Aufruf wird dann weiter gefordert, es möchten die Kinder in den Schulen Sammlungen veranstalten. Wahrscheinlich beabsichtigt man damit, die Kinder schon frühzeitig zur Wohltätigkeit zu erziehen, jedoch halte ich diese Art der Sammlung nicht für angebracht. Es heißt nämlich in dem Aufrufe: „Wir wenden uns an alle Mitbürger, nicht bloß an die Wohlhabenden; jede auch die kleinste Gabe ist willkommen! Vor allem aber pochen wir auch wieder an die Sparkassen solcher Kinder bittend an, denen es Freude macht, von dem eigenen kleinen Besitztum einen Teil für die weniger glücklichen Altersgenossen abzugeben! (Herr Hauswaldt: Sehr richtig!) Schon im letzten Jahre hat mancher Lehrer in den höheren Schulen freiwillige Spenden aus der Hand seiner Schüler für unsere Waldspiele empfangen. Ein Hinweis in dieser Richtung würde sicher genügen, um diesem freundlichen Beispiel reichlich Nachahmung zu verschaffen!“

Wenn Herr Hauswaldt auch sagt „Sehr richtig“, so halte ich es doch nicht für richtig, wenigstens vom moralischen Standpunkte aus, und ich kann es nicht billigen, daß man sich selbst an die Kinder wendet. (Widerspruch.) Stadt und Staat haben die Verpflichtung, hier einzutreten, denn die Wohltätigkeit ist nur etwas Halbes. Sie beweisen auch durch die Wohltätigkeit nur, daß es notwendig ist, in diesen Dingen etwas zu tun. Liegt solche Notwendigkeit aber vor, so ist es besser, daß voll und ganz etwas geschieht und daß die Allgemeinheit eintritt. Die Reichen werden auch viel besser zu den Ausgaben herangezogen, wenn die Stadt die Sache in die Hand nimmt, als wenn nur einzelne Wohltäter sich daran beteiligen. Es ist ja an sich dankenswert, daß etwas geschieht, aber es reicht für das vorliegende Bedürfnis nicht hin. Aus diesem Grunde ersuche ich, meinem Antrage zuzustimmen. Wenn er auch nur einige Stimmen mehr bekommt, als im vorigen Jahre, so sind wir doch schon einige Schritte weiter gekommen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der Antrag geteilt wird; ich ändere ihn daher in der Weise ab, daß je 500 M für die Ferienkolonien und für die Waldspiele bewilligt werden möchten.

Herr Jasper: Herr Rathe hat sich heute wieder bemüht gefunden, den Vorwurf zu erheben, daß wir im vorigen Jahre Vorwürfe gegen die Veranstalter der Waldspiele erhoben hätten und der Herr Vorsitzende hat gemeint, das noch besonders unterstreichen zu müssen. Ich glaubte, daß Herr Rathe nach der noch-

maligen Darlegung unserer Ansicht in der Sitzung vom 31. März d. J. zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß er sich auf dem Holzwege befände. Ich kann darauf nur entgegnen, was schon Herr Herzberg gesagt und was auch gegenüber der angeblichen Feststellung des Herrn Vorsitzenden durchaus richtig ist, daß von uns Vorwürfe gegen die Veranstalter der Waldspiele nur in sehr geringem Maße erhoben sind. (Heiterkeit.) In erster Linie richtete sich unser Vorwurf gegen das Vorgehen des Magistrates und ich persönlich habe damals erklärt, daß ich nicht darüber richten wollte, wer die Schuld an dieser Typhusepidemie trüge; ich hätte nicht zu untersuchen, ob die Veranstalter der Waldspiele oder diejenigen, welche die Sammlungen dafür veranstaltet hätten, oder die Molkerei die Schuldigen wären, sondern ich hätte es nur zu tun mit dem ungerechtfertigten Vorgehen des Magistrates. Hiermit habe ich mich denn auch im wesentlichen befaßt. Der Herr Vorsitzende hat auch nicht auf meine Ausführungen hingewiesen, sondern auf die des Herrn Stegmann. Dieser beschäftigte sich damals mit der gesamten Wohltätigkeit, wie es Herr Günther heute auch getan hat, und dieser Standpunkt richtete sich ebenfalls nicht gegen die Veranstalter der Waldspiele, sondern gegen die Form, in welcher die bürgerliche Gesellschaft beliebt hat, Wohlthaten zu üben und das große Unrecht, was sie an der Gesamtheit verübte, an solcher kleinen Stelle wieder gut zu machen. Die Ausführungen richteten sich ferner dagegen, wie damals der Bettelsack geschwungen wurde, um den durch die vielen Erkrankungen angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

In einer der letzten Sitzungen hat es Herrn Hauswaldt beliebt, einer seine Abstimmung kritisierenden Aeußerung von uns den Zwischenruf entgegenzusetzen „das geht Sie nichts an, wie ich stimme“. Wenn das von der gegnerischen Seite geschieht, so muß sie sich dies auch von uns gefallen lassen, daß wir diese nicht sehr passende Redewendung gebrauchen und sagen, das geht Sie nichts an, wie wir hier sprechen und abstimmen. Ich kann aber dabei die Versicherung geben, daß wir nach bestem Gewissen hier unsere Stellung zu den einzelnen Gegenständen der Verhandlung einrichten. Der von mir damals gebrauchte Ausdruck „in den Wald locken“ war allerdings zu weitgehend, ich bitte aber dabei zu berücksichtigen, in welchem Zusammenhange die Aeußerung gefallen ist. Ich habe gesagt, ich wolle keinen Vorwurf erheben und untersuchen, ob die Veranstalter der Waldspiele eine Schuld treffe, folglich liegt auch kein Vorwurf für diese in dem Ausdruck „in den Wald locken“.

Herr Stegmann: Da ich mich im vorigen Jahre gegen die Art der Veranstaltung der Waldspiele gewandt habe, so will ich nicht den Schein aufkommen lassen, als ob ich von meinen damaligen Aeußerungen etwas zurückzunehmen hätte. Ich habe damals auch Vorwürfe gegen die Veranstalter der Waldspiele erhoben und habe unter anderm angeführt, daß den Kindern die schlechte abgerahmte Milch als eine

Wohltat zugewendet worden sei, eine Milch, welche nicht einmal die Hunde hätten faufen wollen. Wenn ich hiermit den Veranstalter der Waldspiele einen Vorwurf gemacht habe, so wird das wohl mit Recht geschehen sein. Infolgedessen habe ich auch kein Wort von meinen damaligen Äußerungen zurückzunehmen und ich glaube auch nicht, daß mein Freund Jasper das beabsichtigt hat. Was wir gesagt haben, hatte seine Berechtigung.

Herr Schöttler scheint die Ärzte schlecht zu kennen, wenn er fürchtet, sie würden allzusehr darauf bedacht sein, möglichst viele Kinder für die Ferienkolonien auszuwählen. In Arbeiterkreisen hat man ganz andere Erfahrungen mit den Ärzten gemacht, denn die Mitglieder der Krankenkassen, die Invaliden und Unfallrentner können das Gegenteil behaupten, indem sie selbst dann noch als arbeitsfähig erklärt werden, wenn sie nicht mehr arbeiten können. Eine solche Befürchtung liegt also nicht vor. Wenn Sie davon überzeugt sind, daß etwas für die armen Kinder getan werden muß, so ist es Pflicht der Stadt, daß von ihrer Seite etwas geschieht. Aus diesem Grunde muß aber der Antrag Günther angenommen werden. Wenn ferner gesagt wird, es lasse sich nicht absehen, wie viel gezahlt werden müsse, so meine ich, ist es nicht zu viel, selbst wenn 10 000 M aufzuwenden sind. Nach dem Etat bekommen eine ganze Anzahl Vereine, die uns vollständig fern stehen, regelmäßige Jahresbeiträge und hier will man nicht eintreten? Durch den Empfang von Wohltaten wird auf die Empfänger stets das Odium der Armenunterstützung geladen, so daß sie die Wohltaten als etwas Erniedrigendes empfinden müssen. Ich würde wenigstens meine Kinder nicht in die Ferienkolonien schicken, wenn sie dadurch von der Wohltätigkeit abhängig gemacht würden. Es ist die Pflicht der Stadtverwaltung, dem Antrage Günther zu entsprechen.

Vorsitzender: Herr Schöttler hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat aufzufordern, Gutachten darüber einzufordern, ob die Waldspiele mit dem Schulunterrichte in Verbindung gebracht werden können.“

Herr Rathe: Es hat mir leid getan, daß Herr Günther sich heute abermals gegen die Wohltätigkeit und auch gegen die Sammlungen in den Schulen gewendet hat. Ich weiß in Ihren Kreisen besser bescheid, als Sie glauben und kenne Sie auch ganz genau: Sie freuen sich alle zusammen, wenn Ihr Kind einem anderen notleidenden Kinde einen Pfennig gibt, daß Ihr Kind ein Herz zeigt. Und das wollen wir ja alle gern, wir wollen die Herzen der Kinder herausbringen und wollen ihnen den Geist der Wertschätzung und Zusammengehörigkeit wecken. Das erreichen wir aber am besten, wenn wir den Kindern einimpfen, sie sollen wohltätig sein, was sie auch bei den Sammlungen für die Waldspiele betätigen können. Ich wollte nur wünschen, daß sich hier immer mehr Leute zusammensänden, die eine offene Hand für die Bedürftigen haben. (Zustimmung.)

Herr Schöttler: Der erste Antrag Günther hat keine Aussicht auf Annahme, da aber der zweite Antrag Günther vielleicht zur Annahme kommt, so möchte ich nicht unterlassen, Ihnen meinen Antrag noch als Ergänzung zu empfehlen. Der Antrag könnte allerdings zur Folge haben, daß man mit weiteren Forderungen an uns herantreten würde, jedoch würde ich solche Forderungen nicht scheuen. Je größer unsere Stadt wird, desto mehr müssen wir meiner Ansicht nach für die Gesundheit der Kinder Sorge tragen, und ich sehe in der Verknüpfung der Waldspiele mit dem Schulunterrichte ein Mittel, auf diesem Gebiete wieder einen Schritt vorwärts zu tun. Ich bitte deshalb, den Antrag vom hygienischen Standpunkte aus zu betrachten und sich nicht durch die vorjährige Debatte beeinflussen zu lassen.

Herr Ashmann: Herr Rathe sagte, er kenne uns und wisse ganz genau, daß wir uns freuen, wenn unsere Kinder anderen armen Kindern etwas zukommen ließen. Er hat sich also auf den Standpunkt gestellt, daß wir nicht herzlos seien, wie das öfter behauptet wird, indem man sagt, wir sähen es gern, wenn alles verarmt und verkommt. Herr Rathe hat zugegeben, daß unsere Herzen für die Armut schlagen. Ich muß aber offen sagen, daß ich in der letzten Zeit erschüttert bin in der Meinung, daß das alles wahr sei, was über die Wohltätigkeit gesagt wird. Ich will dabei nur an einen Fall erinnern. Hier besteht eine Genossenschaft, die, zu etwa 90 % aus Arbeitern bestehend, regelmäßig von ihren Ueberschüssen erhebliche Summen für Notleidende aufgewendet hat; wenn diese das aber tut, so kann man überzeugt sein, daß sie nicht damit prunken, sondern nur den Ärmsten damit zu Hilfe kommen will. Was ist nun die Folge davon gewesen, daß sie aus ihren Ueberschüssen solche Aufwendungen machte? Man drohte, sie mit einer Extrasteuer bis zu 36 000 M jährlich zu belegen, wenn sie derartige Ausgaben nicht einstellen wollte. (Unruhe.) Ich habe ein merkwürdiges Gefühl dabei gehabt, als ich las, daß man solche Genossenschaften bis zu 2 % des Umsatzes veranlagten wollte, wenn sie zu derartigen Zwecken etwas aufwendeten. Um das zu begreifen, hat sich mein Herz allerdings erst wenden müssen. Nach der Begründung des betreffenden Antrages in der Landesversammlung spiegelte sich bei mir ein Bild davon wieder, welche Meinung über Wohltätigkeit in den betreffenden Kreisen vorhanden ist. Ohne den betreffenden Herrn, welcher diesen Vorschlag in der Landesversammlung vertreten hat, irgendwie verdächtigen zu wollen, mußte ich doch heute darauf bezugnehmen. Sie werfen uns vor, als in der Erregung über die Erkrankung vieler hundert Kinder dem einen oder anderen von uns einige unbedachte Worte entschlüpfen sind, wir wollten die Kinder nicht in den Wald schicken, deshalb mußte ich hier den Spieß umkehren. Als ich gesehen hatte, daß man eine Genossenschaft, die jährlich für wohltätige Zwecke diverse Summen ausgegeben hatte, extra dafür besteuern wollte, habe ich wirklich an dem Opfermut

derjenigen gezweifelt, die sehr gut etwas opfern konnten und habe auch bezweifelt, daß die ganze Sache ehrlich gemeint ist.

Herr Hauswaldt: Es ist wohl langweilig, aber doch lehrreich, zu beobachten, wie die Herren vorgehen. Heute wollen die Herren Sozialdemokraten das nicht gewesen sein, was sie hier im vorigen Jahre gewesen sind. (Widerspruch.) Herr Herzberg behauptet zunächst, es wäre in der Sitzung vom 27. August v. J., um die es sich hier handelt, gar nichts davon gesagt worden, sondern die Debatte hätte sich um ganz andere Sachen gedreht. Mit Genehmigung des Herrn Vorsitzenden möchte ich aus dem Berichte über jene Versammlung nur zwei kurze Stellen verlesen, um den Gegenbeweis zu erbringen. Herr Stegmann sagte nach dem stenographischen Berichte (Seite 118) u. a. folgendes:

„Sodann möchte ich einiges zu den Waldspielen selbst bemerken, deren vorzügliche Einrichtung Herr Hauswaldt so sehr rühmt. Ist denn die Sache in ihrer Ausführung wirklich so lobenswert gewesen? Wenn man den armen Kindern, die zum Teil sogar kränklich waren, wirklich etwas Gutes bieten wollte, so hätte man ihnen nicht eine derartige Milch zum Löschen ihres Durstes geben sollen. Dieses abscheuliche, ausgepreßte Zeug, was man Magermilch nennt, und das für 2 ℔ bis höchstens 3 ℔ das Liter im Großhandel zu haben ist, würden Sie wahrscheinlich Ihren Kindern auch nicht geben. Nein, diese Art von Wohltätigkeit zeigt denn doch ein ganz eigenartiges Gesicht. Die Herren und Damen, welche die Spiele veranstaltet haben, kann man nicht von dem Vorwurfe frei sprechen, daß sie nicht genügende Aufmerksamkeit auf die Spiele verwandten, mögen sie auch den besten Willen gehabt haben.“

Herr Jasper kommt dann noch mit der berühmten Redensart:

„Ich will hier nicht untersuchen, welche der beteiligten Faktoren, die die Kinder in den Wald gelockt haben, die Schuld an dem Unglück trifft, und ob alles so bestellt gewesen ist, wie es sein mußte. Mir ist z. B. gesagt worden, daß die ganze Einrichtung viel zu wünschen übrig gelassen habe, und daß nicht nur die Milch schlecht gewesen, sondern sie auch in einer so unsauberen Weise behandelt sei, um eine Ansteckungsgefahr leicht herbeizuführen.“

Die Sache verhält sich also genau so, wie wir sie aufgefaßt haben. Wenn aber in diesem Jahre für die Waldspiele weniger aufkommt und dafür weniger Zuneigung im Publikum sein sollte, so liegt die Schuld auf Ihrer Seite. (Zustimmung.) Was den mir von Herrn Jasper vorgeworfenen Zwischenruf in der Sitzung vom 17. März d. J. — Seite 477 des Berichtes — angeht, so will ich bemerken, daß mir damals von Herrn Herzberg meine Abstimmung vorgeworfen

wurde und ich darauf erwiderte: Es geht Sie doch nichts an, wie ich stimme. Dieser Ansicht bin ich auch jetzt noch.

Herr Blasius: Den Antrag des Herrn Schöttler möchte ich warm befürworten. Ich halte es für einen sehr glücklichen Gedanken, daß die Waldspiele mit der Schule in Verbindung treten sollen. Da nun die unglückliche Magermilch hier wieder aufs Tapet gebracht ist, so muß ich nochmals darauf hinweisen, daß die Magermilch alle nahrhaften Eiweißsubstanzen, Milchzucker und Salze noch enthält und ihr nur die Fettsubstanzen entzogen sind. Die Magermilch ist also ein durchaus empfehlenswertes Nahrungsmittel und wird vielfach Kranken und Konvaleszenten verordnet. Man kann den Leitern der Waldspiele nicht dankbar genug sein, daß sie die Kinder haben mit Magermilch erfrischen wollen. Ich möchte die Herren daher bitten, nicht immer einen Stein auf die Magermilch zu werfen. (Heiterkeit.) Kaufen Sie diese Milch nur und geben Sie sie ruhig Ihren Kindern.

Herr Ribbentrop: Herr Altmann hat hier erklärt, es sei eine hiesige Genossenschaft bedroht worden, 36 000 M. jährliche Steuern zu zahlen, weil sie Unterstützungen für die Ferienkolonien gegeben habe. Das glaubt Herr Altmann wohl selber nicht. Eine solche Ansicht ist so ungeheuerlich, daß ich ihr widersprochen haben möchte, damit sie nicht unwidersprochen in unseren Blättern erscheint. In den sozialdemokratischen Blättern mag sie ruhig stehen, die liest doch keiner. (Ruf: Sie sind ja selbst Abonnent des Volksfreundes!) Daß ich Abonnent des Volksfreundes bin, will ich durchaus nicht bestreiten, ich lese ihn des Abends mit vielem Vergnügen, denn er ist mir sehr nützlich, wenn ich nicht einschlafen kann; ich langweile mich so sehr dabei, daß das Einschlafen unmittelbar erfolgt. Hier handelt es sich aber darum, alle möglichen anderen Sachen vorzubringen, um den schlechten Eindruck zu verwischen, den die Verhandlungen vom 27. August v. Js. auf das große Publikum gemacht haben und den Vorwurf der Schuld abzuwenden, wenn in diesem Jahre keine Waldspiele stattfinden sollten. Hier ist der Moment gegeben, wo man den Eltern der Kinder zurufen kann: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Die Eltern werden es aber denjenigen nachtragen, welche den Fortfall der Waldspiele verschuldet haben. (Zustimmung!)

Herr Bues: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Herr Altmann: Ich möchte gegen den Schluß sprechen, weil ich von Herrn Ribbentrop persönlich angegriffen bin.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Herr Altmann (zu einer persönlichen Bemerkung): Wenn Herr Ribbentrop hier äußert, daß meine Mitteilung wohl niemand glauben würde, so muß ich darauf erwidern, daß Herr Ribbentrop anscheinend keine Zeitung gelesen hat. Der allgemeine Konsumverein Braunschweig sollte deswegen mit einer Extrasteuer belegt werden, weil er mehrfach Unterstützungen gegeben hatte. Es war das wenigstens

einer der Gründe, welche für eine solche Sonderbesteuerung in der Kommissionsberatung vorgebracht waren.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Hierbei lehnt die Versammlung den ursprünglichen Antrag Günther auf stadtseitige Uebernahme der Kosten für die Waldspiele ab, genehmigt dagegen den neuen Antrag Günther auf Bewilligung von je 500 M für die Ferienkolonien und die Waldspiele, sowie den Antrag Schöttler auf Einforderung eines Gutachtens darüber, ob die Waldspiele mit dem Schulunterricht in Verbindung gebracht werden können.

XIII. Erwerb und Verkauf von Straßenflächen an der Maschstraße.

Zu der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbreiterung der Maschstraße sind von dem dem Schlachtermeister Fritz Reinecke gehörigen Grundstücke *M. ass. 6541* = 20 qm an die Stadt abzutreten. Da diese Fläche zurzeit bebaut ist, der Eigentümer aber mit der Absicht umgeht, dieses Gebäude in absehbarer Zeit niederzulegen, so hat der Magistrat mit ihm einen Kaufvertrag dahin verlautbart, daß er der Stadt die 20 qm schon jetzt gegen einen Preis von 18 M pro Quadratmeter verkauft und daneben die Verpflichtung übernimmt, die Fläche der Stadt frei von Baulichkeiten bis spätestens zum 1. April 1914 zu übergeben. Indem der Magistrat ersucht, den mit Herrn Reinecke aufgenommenen Vertrag zu genehmigen, gibt er gleichzeitig anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Besitzer des Grundstücks *M. ass. 5035*, Herrn Stöcker, eine vor seinem Grundstücke gelegene 1,5 qm große Fläche zu dem gleichen Einheitspreise verkauft werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIV. Antrag Rathe: Trennung der Stellung des Kreisbranddirektors von der eines städtischen Baumeisters.

Der in der Sitzung vom 24. März d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 548 des Berichtes — lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Stellung des Kreisbranddirektors von der eines städtischen Baumeisters zu trennen.“

Vor Eintritt in die Beratung des Antrages nimmt das Wort

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hat beschlossen, eine Vorlage in diesem Sinne an die Versammlung zu bringen; ich möchte daher Herrn Rathe bitten, den Antrag zurückzuziehen.

(Geschieht.)

XV. Antrag Rathe: Erhöhung der Hundesteuer.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Abgabe für Hunde von 10 M auf 20 M, eventuell auf 15 M zu erhöhen.“

Herr Rathe (zur Begründung): Es ist schon seit längerer Zeit meine Absicht gewesen, Ihnen mit einem derartigen Antrage zu kommen und, obwohl ich weiß, daß dieser Antrag bei einer großen Zahl von Einwohnern nicht auf besondere Sympathien stößt, halte ich mich doch für verpflichtet, ihn einzubringen. Zur Stellung des Antrages sehe ich mich hauptsächlich aus folgenden Gründen veranlaßt: Die Erfahrung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, daß die Zahl der Hunde durchschnittlich um 100 Stück im Jahre zugenommen hat. Ferner ist durch die teilweise Beseitigung des Maulkorbzwanges eine größere Belästigung von Kindern und Erwachsenen durch die Hunde eingetreten. Da die Einwohner aber durch die Nichtbeschaffung des Maulkorbes sparen, so können sie auch eine höhere Hundesteuer zahlen. Ferner veranlaßte mich die Verunreinigung der Straßen, Häuser und öffentlichen Anlagen durch die Hunde zu dem Antrage. Der Besitzer eines Hauses an frequenter Lage muß sicher das dreifache der Hundesteuer für das Reinigen seines von den vorbeilaufenden Hunden beschmutzten Grundstückes jährlich bezahlen. Außerdem kommen hierbei die immer größer werdenden Anforderungen an die Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen in Frage, denen ebenfalls Rechnung getragen werden muß. Auch heute ist diese Kasse wieder erheblich in Anspruch genommen, ja selbst die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken werden zu dem Zwecke mit verwendet, was auf die Dauer nicht zulässig erscheint. Endlich habe ich gefunden, daß alle größeren Städte unserer näheren Umgebung eine höhere Hundesteuer erheben, als wir: Hannover nimmt z. B. 16 M, Magdeburg 20 M, die anderen Städte nehmen fast durchgehends 20 M und gehen sogar bis zu 50 M hinauf. Mein Antrag geht also nicht zu weit. Die Höhe der Hundesteuer möchte ich in dem Antrage nicht festlegen, sondern möchte den Magistrat ersuchen, uns darüber eine Vorlage mit bestimmten Vorschlägen zu machen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Vorsitzender: Es ist von Herrn Meyerhoff mit Unterstützung von zwei weiteren Mitgliedern der Versammlung beantragt worden, den nächsten Punkt in vertraulicher Sitzung zu behandeln. Da die Verhandlung über diesen Antrag in vertraulicher Sitzung stattfinden muß, so schließe ich die öffentliche Sitzung. —

Es ist in vertraulicher Sitzung beschlossen worden, die beiden folgenden Gegenstände in öffentlicher Sitzung zu behandeln; ich eröffne daher die öffentliche Sitzung wieder.

XVI. Beschlußfassung wegen des Zirkus- und Theaterbaues.

In der Angelegenheit, betreffend die Errichtung eines Zirkus- und Theatergebäudes auf dem städtischen Bauplatze am Sieges- bzw. Augustplatz sind zwischen dem Magistrat resp. der von den städtischen Behörden gewählten Deputation einerseits und der Firma Rasche & Kraßsch andererseits umfassende Verhandlungen gepflogen. Die Deputation war ebenso wie der Magistrat bei diesen Verhandlungen stets von der Ansicht ausgegangen, daß, wenn die Kosten des gesamten Unternehmens auf 800 000 M zu bemessen und hiervon 400 000 M durch Aktien aufzubringen seien, die übrigen in Form eines Hypothekendarlehns zu beschaffenden 400 000 M zur Verfügung stehen müßten, bevor die Stadt den erforderlichen Gesellschaftsvertrag abschließen könne. Diesen Standpunkt hat insbesondere die Deputation bei der am 23. Februar d. Js. zwischen ihr und der genannten Firma stattgehabten mündlichen Verhandlung eingenommen und hat daher die bestimmte Erklärung der Firma, die fraglichen 400 000 M verzinslich zu 4 % stünden zur Verfügung und der Darleiher wünsche nur, daß sein Name einstweilen nicht genannt werde, bestens akzeptiert. Hinterher hat jedoch der Darleiher — Ingenieur Roettger — seine Zusage zurückgenommen; anderweite Versuche der Firma, das Hypothekkapital zu beschaffen, sind aber erfolglos geblieben. Die Firma bestreitet jetzt, irgend welche Verpflichtung zur Beschaffung des Hypothekkapitals übernommen zu haben, sie ist vielmehr der Ansicht, daß dies lediglich Sache der zu gründenden Gesellschaft sei. Dem gegenüber ist der Magistrat der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtung in der Deputationsitzung vom 23. Februar d. Js. in bündiger Form seitens der Firma übernommen wurde und daß sich die Stadt ohne vorgängige Beschaffung oder Sicherung des Hypothekkapitals auf das in Rede stehende Rechtsgeschäft nicht wohl würde einlassen können. Nach der Ansicht der Firma soll die Stadt ihr auf 100 000 M bewertetes Grundstück sofort bei Gründung der Gesellschaft in die Masse einschießen, ohne daß ihr irgend welche Gewähr dafür geboten wird, daß das zur Errichtung des Etablissements erforderliche Kapital zur Verfügung steht, bzw. demnächst gestellt werden kann.

Da das Hypothekkapital aber bislang nicht hat beschafft werden können, obwohl die Verhandlungen seit länger als Jahresfrist gepflogen wurden, so bezweifelt der Magistrat, daß die Beschaffung überhaupt zu erhoffen ist und hält deshalb für geboten, die weiteren Verhandlungen mit der Firma abzubrechen. Es wird anheimgegeben, dieser Maßnahme zuzustimmen.

Aus den letzten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Firma Rasche & Kraßsch sei folgendes hervorgehoben:

Am 15. März d. Js. hat der Magistrat die Firma aufgefordert, zunächst eine Regelung der hypothekarischen Belastung des Gesellschaftsgrundstücks vorzunehmen

und diese Sache so schnell wie möglich zu erledigen. Am 21. März erwiderte die Firma, die gewünschte Zusage nicht geben zu können, weil die Aktiengesellschaft noch nicht existiere und die Gesellschaft nachher selbst die erforderlichen Kapitalien sich suchen und Bauverträge abschließen müsse. Die Firma halte es für geboten, zunächst einen Gesellschaftsvertrag in der gesetzlich vorgeschriebenen Form abzuschließen. In diesem Vertrage solle die Höhe des Grundkapitals mit 400 000 M. bestimmt und ferner festgesetzt werden, daß davon 200 000 M. von den mit der Firma verbundenen Gründern und 200 000 M. von der Stadt hergegeben werden, sowie daß auf die Anleihe der Stadt 100 000 M. durch sofortige Auflassung des städtischen Grundstücks an die Gesellschaft beglichen werden. Die Firma lehnte es aber ab, Garantie dafür zu geben, was die Gesellschaft hinterher wegen Beschaffung der Hypothekkapitalien zc. beschließen werde.

Am 31. März schrieb der Magistrat an die Firma, er könne den Inhalt des vorstehenden Schreibens auch in rechtlicher Beziehung nicht als zutreffend erachten, und er müsse dabei stehen bleiben, daß die Stadt sich nur dann an dem geplanten Unternehmen beteiligen könne, wenn spätestens bei Abschluß des Gesellschaftsvertrages die feste Zusage der Herleihung eines Hypothekkapitals von 400 000 M., verzinslich mit höchstens 4 %, auf mindestens fünf Jahre in bündiger Form erteilt würde. Da die Firma die früher gemachte Zusage jetzt zurücknehme, so sei Magistrat und Deputation zu der Erklärung genötigt, die Verhandlungen als gescheitert anzusehen, falls nicht binnen zwei Wochen von der Firma der Nachweis erbracht werde, daß wegen Hergabe des Hypothekkapitals eine feste Zusage erteilt worden sei.

Die Firma antwortete am 9. April, daß sie niemals die Verpflichtung übernommen habe, das Hypothekkapital zu beschaffen, sie habe vielmehr nur ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Bau für 700 000 M. einschließlich Inventar zu übernehmen und 200 000 M. für Aktien litt. A zu beschaffen, wenn die Stadt dieselbe Summe in der bekannten Weise hergeben würde. Auf andere Bedingungen könne sich die Firma nicht einlassen. Wenn städtischerseits das Projekt jetzt zum Scheitern gebracht werden solle, so bitte die Firma, es ihr bald mitzuteilen, damit sie nicht noch weiter Zeit und Geld an dem Projekte verliere. Sie müsse es auch ablehnen, für die etwaige Nichtausführung des Zirkusbaues verantwortlich gemacht zu werden, und sie werde jederzeit imstande sein, durch Veröffentlichung der gepflogenen Schriftstücke zu beweisen, daß sie die Schuld nicht treffe. Die Errichtung eines Zirkusbaues werde in absehbarer Zeit für Braunschweig ausgeschlossen sein, wenn dieses Projekt nicht verwirklicht werde. Im übrigen würde die Firma auch nichts dagegen haben, wenn ihr Projekt ein halbes Jahr ruhen bleibe und man ihm dann vielleicht größeres Entgegenkommen zeige.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Der Deputation liegt es fern, der Firma den Vorwurf zu machen, daß sie an dem

Scheitern des Projektes schuld sei, das Projekt scheiterte daran, daß zurzeit die Geldverhältnisse nicht derartig liegen, um ein so großes Hypothekkapital für ein derartiges Etablissement zu finden. Wir stehen indessen vor dem Punkte, sagen zu müssen, selbst nachdem die Stadt sich bereit erklärt hat, das große Opfer von 200 000 M für ein solches Etablissement zu bringen, ist es nicht möglich, mit der Firma Rasche & Kragisch das Unternehmen zu schaffen. Da es aber im Interesse der Stadt wünschenswert erscheint, daß die Sache endlich zu einem Abschlusse kommt, so hat der Magistrat den vorstehenden Antrag an uns gerichtet. Es erscheint auch nicht mehr als recht und billig, dem Ersuchen der Firma zu entsprechen und ihr einen endgültigen Beschluß der städtischen Behörden mitzuteilen, da sie schon viele tausend Mark Kosten für das Projekt aufgewendet hat. So leid es mir persönlich tut — ich hätte sehr gern ein solches Etablissement hier erstehen sehen — so müssen wir doch heute sagen, es ist nicht möglich, wir müssen mit der Sache zu Ende kommen. Namens der Finanzkommission gebe ich daher anheim, zu beschließen, daß der Magistrat die Sache als erledigt ansieht und der Firma eine entsprechende Mitteilung zugehen läßt.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

XVII. Hinterbliebenenbezüge für die Witwe und die Kinder eines Feuerwehrmannes.

Der am 22. März d. Js. bei einer auf dem Hofe des hiesigen Feuerwehrgebäudes vorgenommenen Uebung verletzte und infolge der Verletzung gestorbene Feuerwehrmann Wilhelm Habermann II hat eine Witwe und zwei Kinder im Alter von 7 und 1 Jahren hinterlassen. Für diese Hinterbliebenen hat in Gemäßheit des § 40 des Gesetzes vom 2. April 1874, betreffend das Feuerhilfswesen, die Kreiskommunalkasse in ausreichender, den Verhältnissen der Hinterbliebenen angemessener Weise zu sorgen. Der Magistrat hält es für richtig, für die Berechnung des Witwen- und Waisengeldes diejenigen Grundsätze anzuwenden, welche das Unfallversicherungsgesetz in seinen Paragraphen 6, 10, 15 und 16 aufstellt. Habermann hatte 9 Dienstjahre hinter sich, sein letztes Bargehalt betrug 1100 M, hierzu kommen noch 50 M für freie Dienstkleidung und Schuhzeug, sowie 70 M für Wachdienst im Theater etc. Der gesamte Lohn betrug demnach zurzeit des Todes 1220 M; davon entfallen nach dem oben angezogenen Gesetze je 20 % auf die Witwe und jedes der beiden Kinder, also je 244 M, so daß der Witwe zurzeit 732 M jährlich zu bewilligen sein würden. Es wird anheimgegeben, der Witwe Habermann für sich und ihre Kinder, für diese jedoch nur bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres, insgesamt jährlich 732 M Hinterbliebenenbezüge zu gewähren. An eine Erhöhung des Wittwengeldes soll gedacht werden, sobald das Erziehungsgeld für die Kinder in Wegfall gekommen ist.

Herr Weichsel: Die Statutenkommission hat sich der Vorschläge des Magistrates angenommen, sie möchte jedoch einige Ergänzungen dazu beantragen. Wenn in dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetze gesagt worden ist, daß die Waisengelder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gezahlt werden sollen, so ist die Statutenkommission der Ansicht gewesen, daß es nach der durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffenen Lage besser sei, die Waisengelder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre zu zahlen. Ferner möchte die Kommission vorschlagen, schon jetzt zu bestimmen, daß nach dem Fortfall der Waisengelder die Witwe Habermann dauernd eine Rente von 30 % des letzten Jahreseinkommens ihres Mannes erhalte und daß bei einer etwaigen Wiederverheiratung der Witwe das Witwengeld zwar fort falle, die Waisengelder aber bis zum vollendeten 16. Lebensjahre der Kinder fortgezahlt werden. — Es könnte nun auch die Möglichkeit vorliegen, daß der Tod Habermanns durch ein Verschulden anderer Angestellten der Stadt herbeigeführt sei und den Hinterbliebenen noch höhere Ansprüche zuständen. Diesen Ansprüchen möchte die Statutenkommission nicht vorgegriffen sehen, sondern der Witwe Habermann überlassen, sie eventuell geltend zu machen. Es hat in dieser Sache auch bereits ein gerichtliches Verfahren stattgefunden, jedoch ist dasselbe eingestellt worden, weil ein strafrechtlich zu verfolgendes Verschulden der betreffenden Aufsichtspersonen nicht vorliegt. Ich glaube deshalb, es würde richtig sein, diesen Punkt hier auszuscheiden und der Witwe zu überlassen, ihre etwaigen Rechte geltend zu machen.

Die Kommission beantragt daher, den Antrag des Magistrates mit folgenden Zusätzen anzunehmen: 1) das Waisengeld für die Kinder wird bis zum vollendeten 16. Lebensjahre gewährt; 2) vom Fortfall der Waisengelder an erhält die Witwe Habermann 30 % statt 20 % des Einkommens ihres Mannes als Witwengeld und 3) im Falle der Wiederverheiratung der Witwe fällt das Witwengeld fort, die Waisengelder werden aber bis zum Höchstbetrage von 60 % des Einkommens fortgezahlt.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte erklären, daß der Magistrat mit den Zusatzanträgen der Statutenkommission einverstanden ist.

Herr Ohlendorf: Ich stelle hierzu noch folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Kosten der Beerdigung des im Dienste verunglückten Feuerwehrmanns Habermann stadtseitig zu übernehmen.“

Diesen Antrag hatte ich schon in einer früheren Sitzung eingereicht, zog ihn jedoch zurück, als mir der Herr Vorsitzende erklärte, daß die Stadt nach den vorhandenen Gesetzen diese Kosten ohne weiteres zu übernehmen hätte. Da dies aber nicht der Fall zu sein scheint, so sehe ich mich veranlaßt, den Antrag wieder einzubringen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Stadt einen ihrer Beamten,

der während des Dienstes verunglückt, auf ihre Kosten beerdigen läßt, und ich hätte eigentlich einen solchen Antrag als überflüssig angesehen. Wenn ich auch weiß, daß der Frau schon eine kleine Unterstützung, wahrscheinlich aus der Ottmerstiftung, magistratsseitig bewilligt worden ist, so bitte ich doch, meinen Antrag anzunehmen, da die Frau sehr unvermögend sein soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Schon aus dem Referate des Herrn Weichsel wird Herr Ohlendorf entnommen haben, daß eine Verpflichtung für die Stadt nicht besteht, die Beerdigungskosten zu übernehmen, sondern sie nur verpflichtet ist, für eine angemessene Unterhaltung der Hinterbliebenen zu sorgen. Den bereits von der Witwe Habermann gestellten Antrag auf stadtseitige Übernahme der Beerdigungskosten hat der Magistrat abgelehnt und zwar aus folgenden Gründen: Es ist der Witwe zunächst ein Sterbegeld von 60 M. gezahlt, sodann hat ihr der Magistrat aus der Ottmerstiftung 50 M. verwilligt und außerdem werden ihr noch 40 M. Beiträge von der Invaliden-Versicherungs-Anstalt zurückgezahlt werden, so daß sie insgesamt 150 M. erhält. Die Begräbniskosten haben 102 M. betragen; es verbleibt ihr also noch ein Ueberschuß von 48 M. Was uns aber besonders veranlaßt hat, den Antrag abzulehnen, ist der Umstand, daß sich unter den Begräbniskosten auch 16 M. für Droschken befinden und für solche Zwecke die Stadt ihre Gelder nicht aufwenden kann.

Herr Ohlendorf: Wenn ich mich zurückversehe in die Verhandlungen vom 15. Januar d. Js., in welchen beschlossen wurde, das Begräbnis des Oberbürgermeisters Pockels auf Kosten der Stadt zu übernehmen, so muß ich mich wundern, heute hier derartiges von dem Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer hören zu müssen. Ich habe geglaubt, wie Sie damals von uns verlangten, dem Antrage aus Rücksichten der Pietät zuzustimmen, daß Sie auch der Bewilligung dieses kleinen Betrages zustimmen würden. Es ist mir unbegreiflich, wie der Magistrat zu einem derartigen Beschlusse hat kommen können, und ich möchte dringend ersuchen, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Stegmann: Es ist meiner Meinung nach eine Ehrenpflicht der Stadt, diese kleine Summe zu übernehmen. Wenn der Herr Oberbürgermeister bemerkt, die Stadt übernehme die Begräbniskosten auch schon deshalb nicht, weil drei Droschken gestellt seien und die Stadt solche unnötigen Kosten nicht tragen könne, so will ich darauf erwidern, daß diese Kosten gerade stadtseitig bezahlt werden müßten, weil die Droschken von einem Oberfeuerwehrmanne bestellt sind und nicht von der Witwe Habermann. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die Frau auch diese Kosten nicht zu tragen hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn die Sache so verlaufen ist, wie Herr Stegmann eben angegeben hat, so liegt die Sache anders, wie der Magistrat angenommen hat. Wie kann aber Herr Ohlendorf diesen Fall vergleichen mit dem

Begräbnis des verstorbenen Oberbürgermeisters Pockels! Wenn die Stadt ihrem verstorbenen Oberbürgermeister eine Ehrung erweisen will, so kann das doch nicht in Vergleich gezogen werden mit der Unterstützung einer armen Frau, der die Mittel zum Begräbnis ihres Mannes fehlen? Unter den von Herrn Stegmann vorgetragenen Umständen bin ich bereit, die Sache nochmals im Magistrate zur Sprache zu bringen und einen Beschluß darüber zu veranlassen, ob der Frau noch eine weitere Unterstützung gewährt werden kann.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage nach dem Antrage der Statutent Kommission und ebenso der Antrag Ohlendorf angenommen. Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

1904/1905.

№ 3.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 2. Mai 1904.

Tagesordnung:

Wahl von Mitgliedern zur Teilnahme an der Feier der Enthüllung des Herzog-Wilhelm-Denkmalz.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Nßmann, Göcke, Müller, Riefe und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das Herzogliche Staatsministerium ist in einer sehr schwierigen Lage wegen der Unterbringung der Teilnehmer an der Enthüllungsfeier. Bezüglich der Beteiligung der hiesigen städtischen Behörden ist nun ein Ausweg getroffen worden, dahingehend, daß sie durch eine Deputation,

bestehend aus den Mitgliedern des Magistrates und neun Stadtverordneten vertreten werden sollen. Ich möchte daher bitten, die neun Herren zu wählen.

Vorsitzender: Was die Wahl der neun Herren anbelangt, so habe ich mitzuteilen, daß die sozialdemokratischen Kollegen erklärt haben, in der Deputation nicht vertreten sein zu wollen. Ich möchte vorschlagen, zunächst die beiden Vorsitzenden der Versammlung und außerdem die Vorsitzenden der verschiedenen Kommissionen, soweit sie nicht an der Beteiligung behindert sind, in die Deputation zu wählen. Behindert sind die Herren Blasius, Büdel, Rathe, Meyerhoff, Nolte, Ribbentrop und Schöttler, welche schon anderweit eine Einladung erhalten haben. Demnach bleibt Herr Frühling allein übrig. Außer diesen drei Herren empfiehlt es sich vielleicht, noch die sechs am längsten im Amte befindlichen Stadtverordneten zu wählen. Als solche habe ich festgestellt die Herren Brückmann, Bues, Koch, Lange, Löschigt und Lord. Sollte ich ein älteres Mitglied übersehen haben, bitte ich, mich zu korrigieren.

Auf Antrag des Herrn Büdel werden die neun Herren durch Ruf in die Deputation gewählt.

Herr Hauswaldt: Ich habe ein Schreiben vom Magistrate erhalten, nach dem man sich beim Sekretariate um zwei Eintrittskarten zum Rathause für die Enthüllungsfest bemühen sollte. Das habe ich getan, die Karten sind mir aber versagt, weil der Stadtschreiber erklärte, er müßte erst die Wahl der Deputierten abwarten, ehe er die Karten vergeben könne. Gegenüber dem Schreiben des Magistrates macht diese Erklärung jedenfalls einen seltsamen Eindruck.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache liegt folgendermaßen. Bei Aufstellung der Listen hat sich ergeben, daß die Plätze im Rathause äußerst beschränkt sein werden. Nun kam der Stadtschreiber heute morgen nach der Magistratsitzung zu mir und fragte, ob es nicht möglich wäre, daß diejenigen der Herren Stadtverordneten, welche anderweit an der Enthüllungsfest teilnehmen, wenigstens auf die eine Karte verzichten. Ich bitte daher, dem Sekretär keinen Vorwurf zu machen, denn er tut nur seine Schuldigkeit, da ich ihm gesagt habe, ich wollte die Sache hier vorbringen. Wenn also jemand schuld hat, so bin ich es und übernehme es auch. Wenn die Herren sich mit den vorhandenen Plätzen begnügen wollen, so lassen wir es bei der ersten Abrede und jeder bekommt zwei Karten, obwohl der Platz sehr beengt werden wird.

Herr Fasper: Nachdem der Herr Vorsitzende erklärt hat, daß meine Parteigenossen es abgelehnt haben, in der Deputation vertreten zu sein, erlaube ich mir, diesen Standpunkt dahin kurz zu begründen, daß unsere grundsätzlich ablehnende Stellung gegenüber der Monarchie wohl bekannt genug ist und daß wir auch keinen Anlaß sehen, den letzten Herzog von Braunschweig besonders zu ehren, da er eine besondere Fürsorge für die Stadt Braunschweig niemals bekundet hat. Ich muß

es aber zurückweisen, wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, es sollen neun Stadtverordnete an der Feier teilnehmen. Die Stadtverordneten können dazu doch nicht kommandiert werden. Ich nehme aber gern Kenntnis davon, daß der Herr Vorsitzende an uns herangetreten ist und es für recht erkannt hat, daß die Vertreter der dritten Klasse wohl Anspruch darauf hätten, in der Deputation vertreten zu sein.

Vorsitzender: Ich möchte die Herren fragen, ob Sie auf Plätze im Rathause reflektieren?

Herr Herzberg: Wir verzichten alle darauf.

Herr Rathe: Ich möchte Herrn Jäzper erwidern, daß er nicht das Recht hat, hier als Vertreter der von der dritten Klasse gewählten Stadtverordneten zu sprechen, da auch von unserer Partei noch ein Vertreter darunter ist. Wir hoffen, daß sich das überhaupt bald ändern wird.

Vorsitzender: Eine solche allgemeine Debatte kann ich unmöglich zulassen. — Ich schließe die Sitzung.

Dauer von 5 bis 5¹/₄ Uhr.

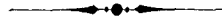
1904/1905.N^o 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. Mai 1904.



Tagesordnung:

I.	Antrag Esdorn: Erhöhung der Löhne für die Nachtwächter	Seite 55
II.	Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten.	" 65
III.	Änderung der Fluchtlinie für die Nordseite des Hutfiltern.	" 71
IV.	Ablösung einer Rentenzahlung.	" 71
V.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 72
VI.	Antrag K a t h e: Erhöhung der Hundesteuer	" 72
VII.	Verbreiterung der Hennebergstraße	" 76
VIII.	Verlegung von Gasrohren.	" 84
IX.	Verpflegungskosten für das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.	" 84
X.	Verkauf einer Grundfläche an der Maschstraße.	" 86
XI.	Abkommen wegen der Zahlung von Kanalbaukosten	" 86
XII.	Plattenbelag auf der Wabestraße.	" 87
XIII.	Vermietung eines Schulkellers	" 87
XIV.	Herrichtung von Wasserlosetts in einer Schule	" 87
XV.	Erweiterung der Freibadeanstalt	" 90
XVI.	Anfrage K o c h: Springen der Fontänen auf dem Monumentplätze	" 93
XVII.	Antrag J a s p e r: Bezeichnung der Bürger im Adreßbuche.	" 93

Am Magistratsstische die Herren Stadträte Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg und Wagner, sowie Herr Regierungs-Massessor Happe.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Frühling, Supprian und Müller; später erscheint Herr Hauswaldt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich der geehrten Versammlung zur Kenntniß zu bringen, daß nach der Mitteilung des Magistrates der seitherige Rechtsanwalt Robert Wagner die auf ihn gefallene Wahl zum Mitgliede des hiesigen Magistrates angenommen und sein Amt am 5. Mai 1904 angetreten hat. Wir haben den Herrn hier zum ersten Male zu begrüßen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das gedeihliche Verhältniß zwischen den städtischen Behörden sich auch in der Person des neuen Magistratsmitgliedes betätigen möge.

Sodann macht der Herr Vorsitzende die Versammlung mit folgenden Eingängen bekannt:

1. Schreiben des Magistrates in betreff des Krankenversicherungsgesetzes, folgenden Inhalts: Die Versammlung hat in der Sitzung vom 18. Februar 1904 — Seite 397 des Berichtes — an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, Erwägungen und Untersuchungen anzustellen, ob es angängig und durchführbar sei, die Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut auch auf die unter § 2, Abs. 4 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Personen (Hausgewerbetreibende) auszudehnen und der Versammlung über das Ergebnis dieser Untersuchungen zur gegebenen Zeit Mitteilung zu machen. Der Magistrat hat sich darauf an 50 Städte mit mehr als 50000 Einwohnern gewendet und von diesen folgendes erfahren: 19 Städte besitzen den ortstatutarischen Krankenversicherungszwang der Hausgewerbetreibenden, während er bei 31 Städten noch nicht besteht. Wenn auch von der ersterwähnten Gruppe fast durchgängig die Erklärung abgegeben wird, das betr. Ortsstatut habe sich im allgemeinen bewährt, so ist es dem Magistrate doch aufgefallen, daß eine Reihe der dabei in Betracht kommenden Stadiverwaltungen nicht umhin gekonnt hat, die Schwierigkeiten zuzugeben, mit denen die Durchführung verknüpft ist. Dahin gehören insbesondere die Städte Augsburg, Barmen, Berlin, Halle a. S. und Frankfurt a. M. Mit Rücksicht auf die von diesen Städten angeführten Mängel ist es begreiflich, wenn nur wenige Städte der befragten zweiten Gruppe sich geneigt erklärt haben, Erwägungen über den Erlaß eines entsprechenden Statuts anzustellen, soweit sie überhaupt nach den örtlichen Verhältnissen nicht die Bedürfnisfrage verneinen. — Obwohl nun der Magistrat die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse eines großen Teiles derselben für sehr wünschenswert hält, muß er doch die Bedenken, welche sich dem

ortsstatutarischen Vorgehen entgegenstellen, für durchschlagend halten. Dagegen erachtet er es für seine Pflicht, nichts zu versäumen, was der reichsgesetzlichen Regelung der Angelegenheit dienlich sein könnte, und hat deshalb an das Herzogliche Staatsministerium die Bitte gerichtet, auf die baldige Einführung des Krankenversicherungszwanges der Hausgewerbetreibenden im Deutschen Reiche unter Beseitigung der erwähnten Zweifel und Schwierigkeiten hinzuwirken.

2. Schreiben des Magistrates in Sachen der Beschaffung eines Leichenwagens, folgenden Inhalts:

Die Versammlung hat am 19. November 1903 — Seite 244 des Berichtes — beschlossen, dem Magistrate zur Erwägung und Veranlassung des weiteren einen vom Stadtverordneten Bues gestellten Antrag zu überweisen, nach welchem der Magistrat ersucht wurde, die bisherige Beförderung von Leichen verunglückter Personen aufzuheben und einen hierzu geeigneten Wagen anzuschaffen, welcher von derselben Stelle aus, wie der Sanitätswagen, angefordert werden könne. Der Magistrat hat sich dementsprechend mit Herzoglicher Polizeidirektion in Verbindung gesetzt, da nach seinem Dafürhalten die Vergung von Leichen der durch ein Verbrechen, einen Unglücksfall oder durch Selbstmord getöteten Personen grundsätzlich als ein Teil der staatlich auszuführenden Feststellung des Tatbestandes anzusehen ist. Herzogliche Polizeidirektion hat darauf mitgeteilt, daß der Tischlermeister Giffée vom 1. April d. Js. ab den Transport aufgefundener Leichen besorgen werde. Außerdem hat der Magistrat für zweckmäßig gehalten, Maßregeln zu treffen, welche es verhüten, daß die Beförderung Verunglückter durch den Sanitätswagen abgelehnt wird, weil die Betreffenden in der Zeit zwischen der Anforderung und dem Eintreffen des Wagens verstorben sind. Der Kreisbranddirektor ist mit der Anweisung versehen, daß in derartigen Fällen ausnahmsweise durch den Sanitätswagen die Leichenbeförderung erfolgen möge.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag Esdorn: Erhöhung der Löhne für die Nachtwächter.

Der in der Sitzung vom 31. März d. Js. — Seite 606 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Löhne der Nachtwächter um 5 M monatlich zu erhöhen.“

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Südel: Wir alle werden wohl einer Meinung darin sein, daß die Löhne der Nachtwächter keineswegs hohe sind und daß den Leuten namentlich in Anbetracht ihrer Tätigkeit während der Nacht an sich wohl eine Erhöhung ihres Einkommens zu gönnen sei. Dem gegenüber ist aber schon bei der Besprechung des Stats zur Sprache gebracht

worden, daß die Tätigkeit der Nachtwächter, sowie die Zeitdauer ihres Dienstes keineswegs eine anstrengende und übermäßig lange sei, indem sie sich nur auf 6, höchstens 7 Stunden erstrecke, daß fernerhin der Begehr nach der Anstellung im Nachtwachwesen ein ziemlich bedeutender sei, indem ständig eine große Anzahl von Gesuchen vollständig geeigneter Personen vorliege, die bei dem von einer Seite behaupteten sehr häufigen Wechsel der Personen um Anstellung nachsuchen. Es mußte auch darauf Bedacht genommen werden, den Einfluß, welchen eine derartige Erhöhung der Löhne mit sich bringen würde, zu prüfen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß weitere große Gruppen von städtischen Arbeitern sich melden würden, wenn man diesem Wunsche nachgeben wollte. Der finanzielle Einfluß dieses Antrages ist unbedeutend, denn er würde insgesamt nur eine Erhöhung der Ausgaben um 4680 M mit sich bringen. Welche Folgen aber der Antrag in Zukunft auf die finanzielle Lage der Stadt ausüben würde, ist nicht zu ermessen. Die Finanzkommission hat deshalb nach eingehender Besprechung des Antrages auch beschlossen, die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß es dringend erwünscht erscheint, wenn aus dem Kreise der Versammlung heraus Anträge nicht in so bestimmter Fassung, wie das hier der Fall ist, eingebracht werden. Es ist für die Versammlung und auch für die Kommission kaum möglich, zu prüfen, was aus einem solchen einzelnen Antrage entstehen kann, sondern es müssen stets eingehende Erhebungen des Magistrates vorausgehen, um die ganze Tragweite des Antrages zu ermessen. Deshalb würde es wünschenswert sein, wenn die Mitglieder der Versammlung sich darauf beschränkten, Anregungen zu geben, die den Magistrat zu weiteren Erhebungen veranlassen würden. Die Finanzkommission empfiehlt im übrigen in ihrer bedeutenden Mehrheit, den Antrag Esdorn dem Magistrate zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen.

Herr Wesemeier: Die Begründung der Kommission ist eine ganz eigenartige: man sagt, den Nachtwächtern wäre eine Lohnerhöhung wohl zu gönnen und man spricht damit aus, daß deren Löhne zu niedrig sind, aber wenn man den Nachtwächtern ihre niedrigen Löhne erhöhe, so würden auch die anderen Arbeiter kommen und eine Lohnerhöhung fordern. Solche Konsequenzen zu ziehen, ist aber sehr gefährlich. Wenn das zutrifft, so wird dadurch bewiesen, daß die Löhne der übrigen städtischen Arbeiter nicht auf der Höhe stehen, wo sie stehen müßten und daß der damalige Antrag Ohlendorf, welcher eine 10prozentige Lohnerhöhung für alle städtischen Arbeiter verlangte, begründet war. Da dieser Antrag aber von der Versammlung abgelehnt worden ist, so würden wir zunächst auch schon damit zufrieden sein, wenn dem Antrage Esdorn Folge gegeben würde.

Zur Begründung der Ablehnung des Antrages wird nun kommissionsseitig angeführt, die Arbeitszeit der Nachtwächter sei nur eine geringe, sie betrüge nur 6—7 Stunden. Sieben Stunden muß man aber mindestens rechnen, da sie so

lange im Dienste tätig sein müssen. Sodann wird noch auf die Nebenbeschäftigung der Nachtwächter Bezug genommen. Aber welcher Nachtwächter hat denn eine Nebenbeschäftigung? Die Nebenbeschäftigung wird bei den Leuten auch noch von besonderen Bedingungen abhängig gemacht. So wird ihnen z. B. verboten, öffentlich bemerkbare Arbeiten zu verrichten, wodurch es dem nichtgelernten Arbeiter äußerst schwer gemacht wird, überhaupt eine Nebenbeschäftigung zu finden. So sind im vorigen Sommer zwei Nachtwächter, welche bei Maring arbeiteten, gezwungen, die Arbeit wieder niederzulegen. Während man also dem Schuhmacher, dem Schneider etc. gestattet, sich noch Arbeit zu suchen, geniert man sich anscheinend, den Nachtwächter noch auf der Straße arbeiten zu lassen, um nicht öffentlich zu zeigen, daß der Mann noch Nebenbeschäftigung verrichten muß. Wenn man aber selbst anerkennt, daß der Nachtwächter noch Nebenverdienst haben muß, so soll man ihn doch so entlohnen, daß er sich nebenher nicht mehr zu bemühen braucht.

Als Grund der Ablehnung des Antrages wird weiter bemerkt, daß ein großes Angebot von Leuten vorhanden sei und deshalb die Stellen nicht so schlecht sein könnten, wie vom Antragsteller angenommen werde. Diesen Grund soll man aber auch einmal von der Gegenseite betrachten: das große Angebot rührt nicht daher, daß die betreffende Stelle gut ist, sondern daß die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt schlecht sind. Daß wir es aber mit einem gewaltigen Wechsel in dem Personale der Nachtwächter zu tun haben, beweist schon der Umstand, daß seit Neujahr 21—22 Nachtwächter von ihrem Posten fortgegangen sind, also ein volles Drittel ihre Stelle aufgegeben haben. Dieser starke Wechsel zeugt doch wohl davon, daß die Stellung der Nachtwächter keine besonders gute ist. Man soll die Leute nur einmal selbst fragen, wie sie mit ihrer Stellung zufrieden sind, und wird dann vielleicht eine andere Meinung erhalten. Seit der Einbringung des Antrages hat man den Nachtwächtern schon eine Besserung in der Weise zuteil werden lassen, daß sie nicht mehr jede 17., sondern jede 14. Nacht frei bekommen und die Kontrolleure jede 9. Nacht. Warum will man aber diesen Bediensteten nicht jede 7. Nacht freigeben, wie man es doch bei den übrigen städtischen Arbeitern auch tut? Durch die Mehranstellung von 2—3 Personen würde sich das schon erreichen lassen. Die Nachtwächter sollen Vertrauen zu ihrer vorgesetzten Behörde haben, was durchaus notwendig ist, aber dann soll man ihnen auch humaner entgegenreten und ihnen auch Urlaub bewilligen. Während der Hundeaussstellung sind hier mehrere Nächte hindurch sechs Nachtwächter postiert worden, die aus der Stadt zurückgezogen wurden, was als ungehörig zu bezeichnen ist. Zu solchem Zwecke möge man Privatwächter, nicht aber städtische Wächter anstellen. In der Kreuzstraße sind z. B. manche Stellen ganz unbeseht geblieben, weil es an Wächtern gefehlt hat.

Bis vor zwei Jahren hatten die Nachtwächter noch dadurch einen besonderen Verdienst von etwa 15 Mark monatlich, daß sie das Wecken und Schließen für Einwohner ihres Bezirkes besorgten. Wenn man ihnen bei dem Fortfall dieses Nebeneinkommens auch eine Lohnerhöhung von 5 M monatlich hat zukommen lassen, so ist das doch kein Entgelt dafür. Weshalb hat man den Wächtern dieses Nebeneinkommen überhaupt entzogen? Die Sicherheit der Stadt hat doch wirklich nicht darunter gelitten. Man soll deshalb wenigstens dem Antrage Esdorn Folge geben.

Herr Esdorn: Wenn der Herr Referent sagt, die Dienstzeit der Nachtwächter betrüge nur 6—7 Stunden, so stimmt das, denn es ist ihnen eine Dienstzeit von 6 Stunden vorgeschrieben worden. Sie wollen dabei aber berücksichtigen, daß es sich um eine nächtliche Dienstzeit handelt, die besser bezahlt werden muß, als eine Tagesarbeit. Ferner ist zu bedenken, daß die Wächter fast jeden Morgen auf der Polizeidirektion erscheinen müssen, um Anzeigen zu erstatten, wodurch ihnen wieder Zeit verloren geht. Es stimmt auch, daß sich viele Personen zu den Stellen der Nachtwächter melden, ob sie aber alle dazu geeignet sind, scheint mir wegen des großen Wechsels in dem Personale doch zweifelhaft zu sein. In dem Antrage auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung, welcher im vorigen Jahre von jener Seite gestellt war, lag meiner Ansicht nach manch' guter Kern; wir brauchten allerdings nicht alle Löhne im Bausch und Bogen um 10% zu erhöhen, aber es sind genug Arbeiter vorhanden, welche die Erhöhung gut vertragen konnten, in erster Linie die Nachtwächter. Wenn weiter gesagt wird, es würden bei Genehmigung des Antrages auch alle anderen städtischen Arbeiter um eine Lohnerhöhung einkommen, so muß ich darauf erwidern, daß die Nachtwächter unter den städtischen Arbeitern am schlechtesten gestellt sind, nur mit Ausnahme der Arbeiter des Kieselgutes. Sie hatten bis vor kurzem nur jede 17., und haben jetzt nur jede 14. Nacht frei, was zu wenig ist. Wir bewilligen allen unseren städtischen Arbeitern einen Sommerurlaub; den Nachtwächtern soll ein Urlaub auch in Aussicht gestellt sein, aber bekommen haben sie ihn noch nicht. Unser Nachtwächterkorps besteht schon heute meist aus tüchtigen und zuverlässigen Leuten, und der Polizeinspektor Bussenius meint, wir könnten das Einkommen dieser Leute ruhig erhöhen, weil die Stadt sich am besten dabei stände. Die von mir beantragte Lohnerhöhung ist ja nur gering, aber sie würde die Nachtwächter doch zufriedenstellen. Bis vor zwei Jahren erwuchs diesen Bediensteten noch eine große Nebeneinnahme durch das Wecken und Schließen, welche ihnen vollständig verloren gegangen ist. Es wird den Leuten weiter aufgegeben, sie sollen Nebenarbeiten möglichst nur im Hause ausführen, aber was kann hier ein verheirateter Mann, der doch mit 70 Mark monatlich nicht auszukommen vermag, noch groß verdienen? Vom Herrn Oberbürgermeister ist auch erwähnt worden, die Wächter erhielten außer ihrem

Lohne noch Kleider geliefert. Das ist richtig, sie erhalten alle sechs Jahre einen Mantel und alle vier Jahre eine Zoppe geliefert. Wenn ein Wächter sechs Jahre im Dienste bleibt, so kann er seinen Mantel allerdings schonen, aber bei dem häufigen Wechsel unter dem Wächterpersonale wird ein solcher durch mehrere Hände gegangener Mantel im sechsten Jahre nicht mehr so aussehen, wie man es für einen städtischen Wächter verlangen muß, ebenso können unter solchen Verhältnissen die Zoppen keine vier Jahre aushalten. Die Kleidung der Wächter läßt tatsächlich zu wünschen übrig und es würde mich freuen, wenn der Magistrat Veranlassung nähme, in dieser Beziehung einmal vorzugehen und den Wächtern eine bessere Kleidung zu gewähren. Wir müssen dafür sorgen, daß die Wächter gut bezahlt werden; dann kann die Polizei sich auch noch besseres Personal als heute aussuchen. Ich bitte deshalb nochmals, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Meyer: Herrn Wesemeier gegenüber, der die Zahl der Nachtwächter bemängelt hat, möchte ich bemerken, daß erst vor wenigen Jahren 10—14 Wächter mehr eingestellt worden sind und zwar auf Wunsch und Drängen der Herzoglichen Polizeidirektion, welche bekanntlich die Aufsicht über das Wächterpersonal zu führen hat. Es ist auch wohl selbstverständlich, daß bei dem Wachsen der Stadt die Zahl der Nachtwächter mit wachsen muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen. Da in neuerer Zeit die Polizei einen Wunsch auf weitere Vermehrung des Wächterpersonals nicht geäußert hat, so muß unsererseits dessen Zahl als ausreichend angesehen werden.

Was die Lohnfrage betrifft, so ist anzuerkennen, daß der Lohn der Nachtwächter nicht als ausreichend angesehen werden kann, aber trotzdem dürfte die Stadt keine Veranlassung haben, auf die geäußerten Wünsche einzugehen. Einmal werden die Nachtwächter nicht in dem Maße beschäftigt, daß sie als voll ausgenutzt angesehen werden können. Nun höre ich hier zum ersten Male, daß die Leute von der aufsichtführenden Behörde insofern in ihrem Nebenverdienste beschränkt werden, als sie keine Arbeit ausführen sollen, die sich auf der Straße abspielt. Das würde ich allerdings bedauern. Was die Herzogliche Polizeidirektion zu dieser Maßnahme veranlaßt hat, ist mir nicht bekannt. So kümmerlich aber, wie Herr Wesemeier das Einkommen der Wächter hinstellt, ist es denn doch nicht. Nach der Durchschnittsleistung, welche man von den Nachtwächtern verlangt, entfällt auf die Stunde immer noch ein Betrag von 33—35 S und, je nachdem man die Beschäftigungsdauer auf 6 oder $6\frac{1}{2}$ Stunden rechnet, noch mehr. Besonders erhöht sich das Einkommen auch noch, wenn man die den Nachtwächtern gelieferte Kleidung mit in Berechnung zieht. Die von Herrn Esborn in dieser Beziehung gegen die Stadtverwaltung erhobenen Vorwürfe kann ich nicht für berechtigt halten. Eine gewisse Tragedauer muß für die Kleidung vorgeschrieben werden. Außerdem ist auch die Bestimmung getroffen, daß ein Mantel, der nach

Ablauf der Tragedauer noch gut ist, in das Eigentum seines Trägers übergeht; wir haben aber Fälle gehabt, daß nach Ablauf von sechs Jahren die Mäntel noch gut waren und die betreffenden Wächter sich freuten, einen neuen Mantel zu erhalten und den alten behalten zu dürfen. Wenn der Mantel den Inhaber wechselt, wird er allerdings nicht so sorgsam behandelt, als wenn ihn derselbe Mann während der ganzen sechs Jahre trägt. Im großen ganzen ist das Personal aber so erzogen, daß es auf die gute Behandlung seiner Kleidung achtet. Wenn der Herr Antragsteller andeutet, daß die Kleidung verlottert sei, so muß ich diese Anschuldigung zurückweisen. Es kommt wohl alle vier Wochen einmal vor, daß ein Nachtwächter eine Toppe vorzeigt, die Schaden gelitten hat; in solchem Falle hat der Magistrat sich nie geweigert, die Reparaturkosten zu übernehmen, oder die Toppe durch eine neue zu ersetzen.

Schließlich möchte ich noch einen zweiten Gesichtspunkt in den Vordergrund schieben, der dafür spricht, von einer Erhöhung der Löhne Abstand zu nehmen und eine möglichst niedrige Haltung der Ausgaben für Nachtwächter anzustreben. Von Staats wegen ist nämlich die Absicht laut geworden, das gesamte Nachtwachwesen zu übernehmen und die Stadt wird dann einen Zuschuß zu den Kosten zu leisten haben. Dieser Zuschuß wird aber bemessen werden zunächst nach den Ausgaben, welche die Stadt bisher gehabt hat, und außerdem nach dem, was uns noch vorgerechnet werden wird. Ursprünglich hatte das Nachtwachwesen mit der Polizeiverwaltung nichts zu tun, die Leute hatten nur die Nachtwachen zu stellen. Mit der Zeit hat sich dieses Verhältnis aber verschoben und jetzt sind die Leute gehalten, als Polizeibeamte während der Nacht aufzutreten. Jedenfalls verlangt die Herzogliche Polizeidirektion, daß von den Leuten auch die polizeiliche Seite des Nachtwachdienstes ausgeübt wird. Da die Stadt meines Erachtens keine Veranlassung hat, auch die Kosten für die Nachtpolizei zu tragen, so müssen wir bei einer etwaigen Ablösung des Nachtwachwesens darauf bedachtnehmen, nur das zu zahlen, was das Nachtwachwesen kosten wird, nicht aber auch die Aufwendungen zu tragen, welche zur Aufrechterhaltung der Polizei während der Nacht notwendig sind. Je höher sich also die Kosten des Nachtwachwesens gestalten, desto günstiger wird die Position für den Staat. Es liegt demnach im allgemeinen Interesse der Stadt, sich jetzt mit den Ausgaben etwas zurückzuhalten und lieber den einzelnen Beamten leiden zu lassen, als die Gesamtheit.

Herr Rößigk: Ich bedauere, daß durch den häufigen Wechsel im Wächterpersonale die Sicherheit in der Stadt leidet. Wenn ein Nachtwächter seinen Bezirk lange verwaltet, so kennt er ihn besser, als wenn ein häufiger Wechsel stattfindet. Wie sich der Dienst des Nachtwächters auf das Polizeiwesen und das Nachtwachwesen verteilt, vermag ich nicht zu unterscheiden. Wenn er eine Unge-

hörigkeit bei seinem Beganke findet, so ist es doch wohl schwer, zu sagen, ob er jemanden als Polizeibeamter oder als Nachtwächter arretiert. Außerdem glaube ich kaum, daß mit einer Lohnzulage von 5 M monatlich das erreicht wird, was wir wollen, daß nämlich das hiesige Nachtwachwesen auf eine Stufe gebracht wird, wie es einer Großstadt würdig ist. Ob sich diese Verhältnisse ändern werden, wenn der Staat das Nachtwachwesen übernehmen sollte, bleibe dahingestellt. Jedenfalls glaube ich, daß die Verhältnisse der Nachtwächter nicht besser liegen, als ihre Leistungen. Wenn den Leuten eine Zulage nicht bewilligt werden soll, so dürfte es sich empfehlen, daß der Magistrat in Erwägung zieht, ob nicht die Uebernahme der Nachtwächter auf den Staat beschleunigt werden kann.

Herr Jasper: Die von Herrn Stadtrat Meyer gegen die Lohnerhöhung vorgebrachten Gründe scheinen mir nicht stichhaltig zu sein, während die von Herrn Födel vorgetragenen Gründe schon von den Herren Esdorn und Wesemeier widerlegt worden sind. Herr Stadtrat Meyer hat behauptet, die jetzigen Löhne der Nachtwächter seien nicht kümmerlich zu nennen, weil sie, auf Stunden umgerechnet, 33—35 \mathcal{M} pro Stunde ausmachen. Es ist zunächst fraglich, ob der Satz als Stundenlohn nicht als verhältnismäßig gering bezeichnet werden muß, namentlich wenn man berücksichtigt, daß es sich um Nachtarbeit handelt, die besonders hoch gelohnt werden muß. Außerdem ist der Berechnung eine Arbeitszeit von sechs Stunden zugrunde gelegt worden, während die effektiv geleistete Arbeit einen viel größeren Zeitraum in Anspruch nimmt, da nicht nur die Wege zum und vom Dienste, sondern auch der Dienst am Morgen, bestehend in der Erstattung von Anzeigen u., mit angerechnet werden müssen. Auch das Vorführen der Polizeihunde u. nimmt die Zeit der Nachtwächter in Anspruch, ohne daß sie dafür einen besonderen Lohn erhalten. Herr Stadtrat Meyer ist dann weiter darauf eingegangen, daß den Nachtwächtern nur in beschränktem Maße die Uebernahme von Nebenarbeit gestattet würde und hat das bedauert. Ich möchte den Herrn Stadtrat bitten, wenn er das wirklich bedauert, seinerseits die erforderlichen Schritte zu tun, um den Leuten dazu zu verhelfen, daß ihnen wieder wie früher gestattet wird, ihrer Nebenbeschäftigung in unbeschränkter Weise nachzugehen. Mit einem platonischen Bedauern ist den Leuten wenig geholfen. Auch der weiter angeführte Grund hat mich befremdet, daß Herr Stadtrat Meyer meint, die Zahl der Nachtwächter müsse genügend sein, jedenfalls sehe die aufsichtführende Stelle, nämlich der Polizeiinspektor Bussenius, diese Zahl für genügend an. Es wäre aber wirklich schlimm, wenn der Herr anderer Meinung wäre, weil er sonst sehr pflichtwidrig gegen das Interesse der Stadt handeln würde. Herr Wesemeier hat schon angeführt, daß die Besetzung der Stellen in der Außenstadt nicht so durchgeführt werde, wie es die Sicherheit erfordere. Hieraus schon sollte man den Schluß ziehen, die Frage zu prüfen und zu sagen, ich werde mich mit der leitenden

Stelle in Verbindung setzen, um festzustellen, ob dieser Vorwurf begründet ist oder nicht.

Als fernerer Grund für die Ablehnung hat Herr Stadtrat Meyer angeführt, daß die Stadt ein allgemeines Interesse an der Niederhaltung der Nachtwächterlöhne habe, weil über kurz oder lang der Staat das Nachtwachwesen übernehmen wolle und wir keine Veranlassung hätten, Aufwendungen zu machen für Einrichtungen, die wir nach dem Gesetze nicht zu tragen haben. Noch vor einigen Sitzungen war aber meiner Erinnerung nach der Herr Stadtrat hierüber anderer Meinung, indem er mir auf meine Frage in der Sitzung vom 31. März d. Js. — Seite 568 des Berichtes — geantwortet hat, daß einmal vor etwa zwei Jahren solche Verhandlungen geschwebt haben, jetzt aber wieder alles ruhig und nicht daran zu denken sei, daß eine Aenderung stattfinden werde. Nun soll mit einem Male die Uebernahme des Nachtwachwesens durch den Staat wieder nahe bevorstehen. Herr Stadtrat Meyer muß über die Vorgänge hinter den Kulissen ja besser unterrichtet sein als ich, aber selbst wenn solche Uebernahme nahe bevorstände, so ist das doch kein Grund, den Nachtwächtern nicht zu geben, was sie zu ihres Lebens Nothdurft haben müssen. Von Herrn Stadtrat Meyer ist seinerzeit selbst zugegeben worden, daß die Frage, inwieweit die Stadt verpflichtet sei, für das Nachtwachwesen zu sorgen, zweifelhaft erscheine; wenn das aber zweifelhaft ist, so muß unter den beiden beteiligten Verwaltungsbehörden Klarheit darüber geschaffen werden, wer die Mittel dafür aufzubringen hat, und es darf nicht, weil ein unheilvoller und unklarer Zustand zwischen den beiden Behörden herrscht, alles zum Nachtheile der Nachtwächter unterlassen werden, was durchaus notwendig ist. Die Leute sind doch nicht schuld daran, wenn Staat und Stadt sich nicht im klaren sind, wer die Kosten zu tragen hat, und schließlich leidet auch die Sicherheit der Stadt, wenn nicht ausreichend bezahlte Leute den Nachtwachdienst zu versehen haben. Schon aus diesem Grunde darf man die Lohnerhöhung nicht ablehnen.

Schließlich möchte ich noch die Aeußerung des Herrn Referenten zurückweisen, daß wir keine ganz bestimmten Initiativanträge stellen sollen. Früher sollen unsere Anträge zu allgemein gehalten sein, an denen man nichts fassen und greifen konnte — Herr Ohlendorf stellte einen ganz allgemein gehaltenen Antrag auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung für alle städtischen Arbeiter, worauf es hieß, man müsse einzeln vorgehen da, wo gerade etwas nicht in Ordnung sei — und jetzt wird ein genauer Antrag eingebracht, nun ist auch das nicht recht. Recht würde es dem Herrn Referenten wohl nur sein, wenn gar keine Anträge gestellt würden, damit es hier so gemächlich herginge, wie in der braunschweigischen Landstube. Mundtot brauchen wir uns aber nicht machen zu lassen.

Herr Fiedel: Gegen die letzten Worte des Herrn Vorredners muß ich mich wenden. Wenn die Finanzkommission ersucht, nicht so bestimmte Anträge zu stellen,

so hat das seinen vollberechtigten Grund. Wollten wir heute beschließen, irgend eine Kategorie der städtischen Arbeiter beliebig im Lohne zu erhöhen, so weiß niemand von uns, welchen Einfluß das auf die städtischen Finanzen haben wird. Wer kann aber in der Finanzkommission die Lage der städtischen Finanzen feststellen? Wir können keine derartige Lohnerhöhung empfehlen, ehe nicht der Magistrat seinerseits die Sache ebenfalls geprüft und festgestellt hat, welche Folgen ein solcher Antrag haben wird. Das ist der Standpunkt, auf dem wir nach Ansicht der großen Mehrheit der Finanzkommission stehen bleiben müssen. Meiner Ansicht nach würde dasselbe erreicht sein, wenn Herr Esdorn beantragt hätte, die Lage der Verhältnisse der Nachtwächter zu prüfen und, wenn tunlich, deren Löhne zu erhöhen. So aber haben wir hier mit einer ganz bestimmten Summe zu tun, deren Tragweite wir nicht übersehen können. Daß Herr Wesemeier der Kommission den Vorwurf macht, sie habe anerkannt, daß die Nachtwächterlöhne nicht gerade reichlich seien und sie beantrage dennoch die Ablehnung des Antrages, so ist mir das unbegreiflich. Wir haben den dringendsten Wunsch, die Lebenshaltung unserer gesamten Bevölkerungsklassen zu erhöhen, ein Wunsch, der seit Jahrhunderten und aber Jahrhunderten in der Welt besteht und der schon vor mehreren Jahrhunderten in dem Worte eines Königs seinen Ausdruck fand: Ich wünsche, daß jeder meiner Untertanen am Sonntag sein Huhn im Topfe hat. Aber anzukämpfen gegen die Verhältnisse vermag ein einzelner in der Stadtverordnetenversammlung nicht. Herr Wesemeier gibt zu, daß hier ein großer Mangel an Arbeitsgelegenheit vorhanden ist: wenn aber in einem bestimmten Kreise von Arbeitern die Löhne in die Höhe gehen, so wird der betreffende Ort in der Arbeitsbetätigung mehr zurückgehen und die Arbeitslosigkeit noch größer werden. Wir haben in der Kommission zwar die Ablehnung des Antrages beschlossen, haben aber gleichzeitig empfohlen, dem Magistrat den Antrag zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Der Magistrat wird dann eine genaue Prüfung der einschlägigen Verhältnisse vornehmen und uns darauf seine Beschlüsse vorlegen, worauf wir entscheiden können, ob wir in der Lage sind, den Wünschen des Magistrates zu folgen, oder ob wir unsererseits die Lohnerhöhung nach dem Antrage Esdorn ohne Rücksicht auf die Mehrbelastung der Stadt beschließen wollen. Unser Antrag dürfte demnach allen berechtigten Wünschen entsprechen. Würden wir aber den Antrag Esdorn annehmen, so könnte niemand dessen Konsequenzen übersehen.

Herr Esdorn: Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer soll ich gesagt haben, die Kleidung der Nachtwächter sei verlottert; soweit bin ich aber nicht gegangen, sondern ich habe nur bemängeln wollen, daß man sage, sie erhielten Dienstkleidung, während sie nur im Winter einen Mantel und im Sommer eine Toppe erhielten, was man doch nicht eine vollständige Dienstkleidung nennen könne. Außerdem habe ich gemeint, daß der Mantel keine sechs und die Toppe keine vier

Jahre halten könne. Unter dem Begriff „Dienstkleidung“ verstehe ich auch, daß die Wächter stadtseitig eine Hose geliefert erhalten. Man schreibt ihnen vor, daß sie im Dienst in dunkler Hose zu erscheinen haben; dann wäre es aber nicht mehr als recht und billig, daß sie auch eine solche Hose bekommen. Auf der Polizeidirektion ist mir auch gesagt worden, daß die Nachtwächter einen sehr strammen Dienst hätten, der dem der Polizeibeamten gleiche. Mein Antrag könnte gar nicht besser begründet werden, als durch den Bericht des Polizeiinspektors Bussenius vom Oktober 1899, der damals befürwortete, daß die Wächterkontrollreure den Lohn der Oberfeuerwehrlente und die Wächter den Lohn der Feuerwehrlente erhielten. Diese Forderung ist schon vor fünf Jahren in dem Berichte sehr sachlich begründet worden. Mein Antrag fordert aber viel weniger. Dem Herrn Referenten muß ich darin recht geben, daß ich eine bestimmte Lohnerhöhung nicht hätte fordern sollen, weil ich dann damit rechnen konnte, daß eine noch höhere Aufbesserung der Nachtwächterlöhne erfolgen würde; ich würde der Versammlung dankbar sein, wenn die Lohnerhöhung statt auf 5 M auf 15 M festgesetzt würde.

Herr Stegmann: Ich finde es bedauerlich, daß wegen einer so geringen Lohnerhöhung so gefeilscht werden muß. Herr Löschigk hatte recht, wenn er meinte, er bezweifle, daß mit einer Erhöhung um 5 M den Nachtwächtern geholfen wäre, und ich hätte auch gewünscht, daß Herr Esborn eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 M beantragt hätte. Von Herrn Jasper ist schon auf die irrtümliche Ansicht des Herrn Stadtrat Meyer bezüglich des Stundenlohnes von 33 bis 35 S hingewiesen worden. Es kommt bei den Nachtwächtern, auf den Tag berechnet, immer nur ein Lohnsatz von 2 M heraus, während die übrigen städtischen Arbeiter 3 M und darüber erhalten. Hiernach werden die Nachtwächter schlechter bezahlt, als die übrigen städtischen Arbeiter. Herrn Stadtrat Meyer gegenüber, der meint, die Nachtwächter hätten bei ihrer kurzen Dienstzeit noch Kräfte genug zu Nebenverdiensten, halte ich es für unbillig, von den Nachtwächtern zu verlangen, daß sie am Tage noch arbeiten. Es wird bei der Tätigkeit der Nachtwächter zu wenig berücksichtigt, daß die Nachtarbeit schwieriger ist, als die Tagarbeit; man braucht nur einmal eine Nacht nicht zu schlafen, dann merkt man am folgenden Tage schon, wie das angreift. (Heiterkeit.) Wenn aber der Nachtschlaf immer entbehrt werden muß, so greift das die stärksten Naturen an, wie jeder Arzt bestätigen muß. Bei solcher Sachlage wundere ich mich nur, daß Herr Blasius nicht für den Antrag eingetreten ist. Nach einem in meinem Besitz befindlichen Gutachten des Reichsgesundheitsamtes greift die Nachtarbeit erheblich mehr an, als die Tagarbeit und ist der Schlaf auch bei Tage nicht so gut, als in der Nacht, weil man am Tage zu viel gestört werde einerseits durch das Tageslicht und andererseits durch das Tagesgeräusch. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse würde

sich die Stadt ein trauriges Zeugnis ausstellen, wenn sie diese geringe Forderung ablehnen wollte.

Herr Ribbentrop: Wir sind meiner Meinung nach berechtigt, zu fordern, daß die uns gemachten Angaben auch richtig sind. Der Betreffende haftet für die Richtigkeit und mag sich zuverlässige Gewährsmänner aussuchen. Die hier vorhin gemachte Angabe, daß seit Neujahr 21 Nachtwächter entlassen seien, ist falsch, es sind vielmehr nur 9 ausgeschieden und zwar 4 freiwillig, 4 wegen Trunkenheit im Dienst und 1 wegen Ueberganges zu einem anderen Geschäfte.

Herr Wesemeier: Die von den Herren Stadtrat Meyer und Jüdel für die Ablehnung des Antrages vorgebrachten Gründe sind auf eine Seite gestimmt. Herr Stadtrat Meyer sagt, die Ablehnung liege im Interesse der Stadt und der Herr Referent meint, wenn die Löhne zu hoch werden, wird die Arbeitsgelegenheit zu gering. Eine Stadtbehörde sollte aber eigentlich nicht so denken, daß sie ein Interesse an der Niedrighaltung der Löhne einer Arbeiterkategorie habe. Das würde ein rückschrittlicher Standpunkt sein, den ich nicht billigen kann; auch ist es nicht richtig, daß bei hohen Löhnen die Arbeitsgelegenheit zurückgeht, weil dann in den großen Städten, welche doch die höchsten Löhne zahlen, die Arbeitsgelegenheit zurückgehen müßte. Wenn das der Fall wäre, würden die großen Städte bald nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte sein, während gerade der umgekehrte Fall vorliegt. Außerdem können die Nachtwächterlöhne auf die Arbeitsgelegenheit auch keine Einwirkung ausüben, da diese Löhne von bestimmt festgelegten Zahlen abhängig sind. Ferner möchte ich dringend empfehlen, daß bei der weiteren Beratung dieser Angelegenheit durch den Magistrat auf die Mehreinstellung von zwei bis drei Hilfswächtern Rücksicht genommen wird, damit den Nachtwächtern jede siebente Nacht freigegeben werden kann. Im übrigen behaupte ich trotz des von Herrn Ribbentrop beliebten Tones doch noch, daß seit Neujahr 21 oder 22 Nachtwächter entlassen oder abgegangen sind.

Herr Ribbentrop: Die von mir gemachten Angaben habe ich direkt von der Herzoglichen Polizeidirektion bekommen; sie sind mit den einzelnen Namen belegt und demnach richtig und zuverlässig.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Esdorn abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

II. Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten.

Der in der Sitzung vom 31. März d. Js. — Seite 606 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

- 1) die zur Erreichung des Höchstgehalts von 2900 M der städtischen Bureaugehilfen erforderlichen Dienstjahre von 27 auf 18 herabzusetzen,
- 2) die Gewährung eines angemessenen Wohnungsgeldzuschusses für die städtischen Beamten ins Auge zu fassen und
- 3) eine angemessene Dienstbezeichnung für die städtischen Bureaugehilfen einzuführen."

Herr Fudel (als Berichterstatter der Finanzkommission): Die Geschichte dieses Antrages entwickelt sich folgendermaßen: Im September v. Js. haben die in dem Antrage erwähnten Beamten eine längere Eingabe an den Magistrat gerichtet, in welcher sie ein gleichartiges Gesuch eingehend begründen. Es ist in der Eingabe hervorgehoben und von der Finanzkommission auch als zutreffend anerkannt, daß die Herren das Höchstgehalt erst im Alter von 57 bis 58 Jahren, also in einem ziemlich hohen Lebensalter erreichen. Das Durchschnitts-Anstellungsalter dieser Beamten beträgt nämlich 30 bis 31 Jahre. In dem Gesuche wird auch auf die Gehaltsverhältnisse der gleichartigen Beamten im Staatsdienste hingewiesen und bemerkt, daß diese sich in manchen Stellungen günstiger stehen, als die betr. städtischen Beamten. Dieses Gesuch ist vom Magistrat, wenn auch durch die damaligen Verhältnisse etwas verspätet, abgelehnt worden. Herr Esdorn hat sich darauf der Sache angenommen und den vorstehenden Antrag gestellt.

Vorweg will ich bemerken, daß nach einer Zusammenstellung des Magistrates die Durchführung des Antrages eine finanzielle Belastung der Stadt in Höhe von 19 000 M ergeben würde, daß aber bei der notwendigen Hinzunahme einer weiteren Beamtengruppe zu der Gehaltserhöhung eine jährliche Mehrausgabe von 23 750 M entstehen würde.

Bei Prüfung der Gehaltsätze für die städtischen Beamten werden Sie finden, daß bei den verschiedenen Abteilungen auch die Reihe der Dienstjahre, welche zur Erreichung des Höchstgehaltes notwendig ist, außerordentlich von einander abweicht. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die tatsächliche Beschäftigung und Leistung der Bureaugehilfen eine außerordentlich verschiedene ist. In der Finanzkommission wurde auch noch besonders hervorgehoben, daß fast jedes Mitglied der Versammlung mit dem einen oder anderen Beamten dieser Gruppe bei Gelegenheit der Steuerfestsetzung u. schon in nähere Berührung gekommen sei und daß diese Herren dabei ihre Pflicht und Schuldigkeit im höchsten Maße getan haben. Doch auch hier liegt der Fall vor, daß wir schwer in der Lage sind, die Tätigkeit der einzelnen Beamtengruppen so beurteilen zu können, wie das seitens des Magistrates der Fall sein muß und auch der Fall ist. Auch der Magistrat hat darauf hingewiesen, daß es sehr schwer sein würde, sich ohne weiteres für den Antrag zu entscheiden. Es ist vom Magistrat anerkannt worden, daß eine Besserung der Verhältnisse dieser

Beamten, insbesondere eine schnellere Erreichung des Höchstgehaltes erwünscht sei, jedoch wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß zuvor eine eingehende Prüfung des ganzen Statuts über die Befolgung der städtischen Beamten stattfinden müsse, um zu sehen, ob nicht noch bei anderen Beamtengruppen eine Aufbesserung im Gehalte als berechtigt anzuerkennen sein würde. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit und die Leistungen der Bureaugehilfen eine sehr verschiedene sei und daß deshalb geprüft werden müsse, ob es nicht wünschenswert sei, aus der Klasse XV der Gehaltsordnung einige Unterabteilungen mit verschiedenen Gehaltsstufen zu bilden. Hierdurch würde die Möglichkeit entstehen, einzelnen Angehörigen dieser Beamtengruppe, die sich nicht besonders bewährt hätten, ein etwas geringeres Gehalt zu geben. Jedenfalls bedarf auch diese Frage einer eingehenden Vorberatung des Magistrates, und es würde ohne diese eingehende Vorberatung eine Beschlußfassung unsererseits voreilig sein, weil deren Konsequenzen von uns nicht ohne weiteres ermessen werden können. Die Finanzkommission schlägt deshalb auch hier vor, den Punkt 1 des Antrages dem Magistrate zur wohlwollenden Berücksichtigung zu überweisen.

Der Punkt 2 des Antrages ist zurückgezogen. Nebenbei will ich erwähnen, daß die Durchführung dieses Teiles des Antrages eine kolossale Belastung der Stadt hervorrufen würde und daß ein Steuersimplum nötig wäre, um diese Ausgabe zu decken.

Auch den Punkt 3 des Antrages bitten wir, dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen. Dieser Antrag ist davon abhängig, welches Ergebnis die Prüfung der Frage einer Teilung der Beamtengruppe XV haben wird.

Herr Tasper: Ich kann in diesem Falle den Ausführungen des Herrn Referenten zustimmen und ich glaube nicht, mich dadurch mit meinen Ausführungen zu dem vorigen Punkte der Tagesordnung in Widerspruch zu setzen, denn hier liegt die Sache tatsächlich verwickelter. Außerdem ist es auch nicht Sache der Versammlung, genaue Statuten auszuarbeiten, sondern es genügt eine Anregung, um den Magistrat zu veranlassen, der Versammlung einen neuen Satzungsentwurf zur Genehmigung vorzulegen. An der Geschichte dieses Antrages kann ich übrigens darlegen, daß es nicht richtig sein würde, dem Wunsche des Herrn Referenten zu entsprechen und von Initiativanträgen abzusehen. Der Herr Referent hat erwähnt, daß eine Petition der Bureaugehilfen seinerzeit an den Magistrat gelangt und, etwas verspätet, abgelehnt worden sei. Er hat aber verschwiegen — vielleicht ist es ihm nicht bekannt — in welcher Form diese Ablehnung erfolgt ist. Die Petition war zu Lebzeiten des Herrn Oberbürgermeisters Wockels eingereicht und ist von Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer abgelehnt worden. Letzterer, der bei anderer Gelegenheit hier geäußert hat, er würde den Wünschen seiner Beamten jederzeit ein offenes Ohr leihen, hat in diesem Falle für gut befunden, die ablehnende Antwort

nicht an die Unterzeichner der Petition gelangen zu lassen und ihnen Gründe für die Ablehnung anzugeben, sondern er hat den Vorstand eines Bureau's beauftragt, den Unterzeichnern die Ablehnung ohne weitere Angabe von Gründen mitzuteilen. Jetzt erklärt nun derselbe Magistrat in der Finanzkommission, daß es wünschenswert sei, eine Besserung der betreffenden Beamten in der von Herrn Esdorn beantragten Weise eintreten zu lassen. Also noch vor kurzem die unbegründete Ablehnung des Gesuches der Bureaugehilfen und jetzt die Schwentung — ich will aber keinen ursächlichen Zusammenhang damit annehmen, da irgend eine andere Fügung dabei im Spiele gewesen sein kann — also die Geneigtheit, eine Besserung eintreten zu lassen. Das Recht der Initiativanträge, das der Herr Referent vorhin beschränken wollte, ist also durchaus wünschenswert und notwendig, damit im Interesse der Stadt und der städtischen Beamten geschieht, was vom richtigen sozialen Gesichtspunkte auch geschehen muß. Ich bitte, dem Antrage der Finanzkommission zuzustimmen, und den Magistrat bitte ich, nicht in allzu lange Erwägungen über den Fall einzutreten, sondern recht bald mit einem anderweiten Statut, das vielleicht auch die technischen Beamten besser stellt, vor die Versammlung zu treten. Wir werden dann noch Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Herr Fiedel: Es steht aktenmäßig fest, daß Herr Oberbürgermeister Hetemeyer folgendes getan hat: er hat dem Stadtssekretär Oppermann geschrieben, dieser werde beauftragt, den Gesuchstellern zu eröffnen, daß ihrem Antrage mit Rücksicht auf die finanziellen Wirkungen zurzeit nicht entsprochen werden könne, daß es aber auch nicht angängig sei, die Gehälter einzelner Klassen der städtischen Beamten jetzt schon wieder aufzubessern. Von einer grundlosen Ablehnung des Gesuches kann also keine Rede sein. Herr Stadtssekretär Oppermann hat sodann aktenmäßig bescheinigt, daß er die Mitteilung am folgenden Tage weitergegeben habe.

Nun noch eine persönliche Bemerkung. Ich glaube fast, Herr Jasper hat mich falsch verstanden. Ich bin kein Gegner von Initiativanträgen, sondern ich bedauerte nur, wenn sie in so bindend fester Form erfolgen, wie das hier geschehen ist. Es genügte in diesem Falle, wenn der Magistrat ersucht wurde, die Gehälter der Bureaugehilfen aufzubessern, nicht aber festzulegen, daß diese Beamten statt nach 27 Jahren schon nach 18 Jahren das Höchstgehalt erreichen. Es muß dem Magistrate überlassen bleiben, hinterher mit bestimmten Vorschlägen zu kommen.

Herr Meyerhoff: Ich stimme auch dafür, daß die Herren schon in früheren Jahren in den Genuß der höheren Gehaltsätze kommen. Wenn aber in dem anderen Punkte des Antrages gesagt wird, die Titulatur dieser Beamten sei nicht zeitgemäß, so möchte ich dem Magistrate zur Erwägung anheimstellen, ob er nicht nach gutem Muster vorgehen und die städtischen Beamten ähnlich wie beim Gerichte bezeichnen will. Dort heißt der erste Beamte der Gerichtsschreiberei einfach „Gerichtsschreiber“.

Unsere höchsten städtischen Beamten führen den Titel „Oberbürgermeister“ und „Stadttrat“, haben also durchgängig gut deutsche Bezeichnungen. Weshalb sollen wir den mittleren Beamten nicht den Titel geben, der ihnen von Rechts wegen zukommt, nämlich „Stadtschreiber“ und „Magistratschreiber“. Wir haben im Handwerk die Bezeichnungen „Meister“, „Gesellen“ und „Lehrlinge“, also lassen Sie uns auch hier deutsche Bezeichnungen nehmen und die Herren „Stadtschreiber“ und „Magistratschreiber“ nennen, dann können sie zufrieden sein mit ihrem Titel.

Herr Rieke: Ich kann mich in diesem Punkte mit dem Antrage der Kommission einverstanden erklären, weil die Skala der Beamtengehälter so vielseitig ist, daß eine Vorerhebung durch den Magistrat stattfinden muß. Für Sachen, die nicht der Wohlfahrt der Allgemeinheit dienen, haben wir schon Unsummen von Geld bewilligt, aber hier und bei den Nachtwächtern stützt man sich an Kleinigkeiten. Die Beschwerden der städtischen Beamten über die Gehaltsverhältnisse sind so alt, wie das Gehaltsregulativ selbst. Vor nicht langer Zeit haben wir einen Bureauvorsteher gewählt, von dem behauptet wurde, er sei der älteste Beamte, obwohl ich dieser Angabe sofort widersprochen habe. Es hat sich dann auch herausgestellt, daß noch ältere Beamte vorhanden sind, welche überschlagen wurden. Solche Vorgänge erregen natürlich Mißstimmungen unter den Beamten, namentlich wenn sie sich dadurch finanziell bedrückt fühlen, wie das hier der Fall ist, wo der beförderte Beamte sich um 600 M. besser steht, als sie. Derartige Maßnahmen bilden die Veranlassung zu der erwähnten Petition. Bei der Beratung des Antrages im Magistrat möge man darauf sehen, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit hergestellt werde, damit niemand mehr sagen könne, der Staat bezahle seine Beamten besser, als die Stadt.

Herr Jasper: Den deutschtümelnden Kollegen Meyerhoff möchte ich darauf hinweisen, daß auch Magistrat kein deutsches Wort ist. (Ruf: Ratschreiber.) Das mag ein deutsches Wort sein, wenn ich auch in der Sprachforschung nicht so bewandert bin wie Sie, um das fest behaupten zu können. Herrn Födel will ich entgegnen, daß seine altentworfene Feststellung durchaus das Gegenteil von dem beweist, was er herausliest und daß meine Behauptung richtig gewesen ist. Was hat Herr Födel verlesen? Der Stadtsekretär Oppermann, nicht der Herr Oberbürgermeister selbst, hat den betr. Beamten eröffnet, daß ihr Gesuch abgelehnt worden sei und hat altentworfend die Finanzlage vorgeschützt, wenn ich nicht irre mit dem Bemerken, daß eine Berücksichtigung des Gesuches „schon jetzt“ nicht angängig sei. Die Finanzlage hat sich seit dem Tage der Eröffnung dieses Magistratsbeschlusses bis heute aber kaum geändert, so daß der Hinweis auf die Finanzlage der Stadt damals nur ein leerer Vorwand gewesen sein kann und als ein stichhaltiger Grund nicht anzusehen ist. Ebenso läßt sich der Ausdruck „schon jetzt“ nicht als Grund der Ablehnung bezeichnen und es

bleibt somit die Schwenkung des Magistrates infolge des Initiativantrages bestehen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte den Herrn Oberbürgermeister gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er einen leeren Vorwand für die Ablehnung des Besuches gebraucht habe. Er hat jedenfalls triftige Gründe dafür gehabt, als er die Antwort niederschrieb, und er wird von der Richtigkeit der Gründe auch überzeugt gewesen sein, zumal er über die Finanzlage der Stadt doch jedenfalls am besten informiert ist. Demnach ist die Behauptung des Herrn Jasper ganz haltlos.

Herr Esdorn: Da die Richtigkeit der von mir mitgeteilten Gehaltsverhältnisse von der Kommission anerkannt worden ist, so ist der Zweck meines Antrages auch erreicht. Ich stimme deshalb dem Antrage der Kommission umso lieber zu, als ich den von ihr vorgezeichneten Weg für den richtigeren halte. Als man seinerzeit die Gehaltsätze dieser Beamten auf 2900 M. erhöht hat, glaubte man sicher, ihnen damit viel zu bieten, aber wie liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit? Bis jetzt erhält das Höchstgehalt nur ein einziger Beamter, und ich glaube, daß bei 27 Dienstjahren kaum 10 % der Beamten es überhaupt erreichen werden. Mit denselben Worten, welche Herr Hauswaldt neulich gebrauchte, um die Gehaltserhöhung für die Geistlichen zu befürworten, möchte auch ich diese Gehaltserhöhung empfehlen und betonen, daß die Beamten gerade in den mittleren Lebensjahren ein höheres Einkommen haben müssen, um sich und ihre Familie anständig durchzubringen. Aus der mir von vielen größeren Städten vorliegenden Zusammenstellung habe ich entnommen, daß diese Beamten das Höchstgehalt mit 16—21 Dienstjahren erreichen; ich will daher hoffen, daß wir im nächstjährigen Haushaltsplane einen Posten zur Aufbesserung der Gehälter der Bureaugehilfen vorfinden werden, durch welchen diese Beamtenkategorie einigermaßen zufriedengestellt wird.

Was die Bezeichnung der Beamten betrifft, so möchte ich den Magistrat bitten, den Wünschen des Herrn Meyerhoff nicht Folge zu geben, sondern ein anderes deutsches Wort z. B. „Buchhalter“, oder aber „Assistent“ dafür zu wählen. Will man das letztere Wort vermeiden, so sind die Herren auch zufrieden, wenn sie „Buchhalter“ genannt werden. Der Magistrat kann hierauf um so eher eingehen, als die Aenderung der Bezeichnung ja nichts kostet.

Herr Meyerhoff: Ich weiß, daß „Magistrat“ kein deutsches Wort ist, wir können deshalb die Beamten „Ratschreiber“ und „Stadtschreiber“ nennen; ich bitte den Magistrat ganz besonders, diese Bezeichnungen in Erwägung zu ziehen, da sie das richtige treffen. Wer ist ein städtischer Buchhalter? Doch nur der zweite Rassenbeamte in jeder Hebestelle, während die übrigen Beamten keine Buchhalter sind. Kommen Sie auch nicht mit der Bezeichnung „Assistent“, sonst kommen wir schließlich noch dahin, daß die Bureaubeamten als „Assessoren“ und „Referendare“

bezeichnet sein wollen. (Seiterkeit.) In Berlin war man ja mit solchen Wünschen schon hervorgetreten.

Die Versammlung stimmt hierauf dem Antrage der Finanzkommission zu.

III. Aenderung der Fluchtlinie für die Nordseite des Gutfiltern.

Bei der Absteckung der Fluchtlinie für das neu zu bebauende Grundstück des Herrn Mathy, Gutfiltern 7, hat sich herausgestellt, daß das westlich angrenzende Grundstück nicht diejenige Lage hat, welche in den Ortsbauplan eingetragen ist, sondern um 0,45 m weiter zurückliegt. Da es augenscheinlich ist, daß diese unrichtige Angabe für die Festsetzung der am 11. Februar 1877 durch das Herzogliche Staatsministerium genehmigten Fluchtlinie mit bestimmend gewesen ist, hierdurch aber die für den starken Verkehr ohnehin schon geringe Breite des Gutfiltern eine weitere Einschränkung erfahren und das neu zu errichtende Mathysche Gebäude bei Einhaltung der festgesetzten Fluchtlinie um 0,45 m vor das benachbarte Grundstück vorspringen würde, so erscheint es der städt. Bauverwaltung geboten, die am 11. Februar 1887 genehmigte Fluchtlinie aufzuheben und durch einen gebrochenen Linienzug zu ersetzen. Der Magistrat gibt anheim, sich hiermit einverstanden zu erklären und ihn gleichzeitig zu ermächtigen, das der Straße zuzuliegende Terrain für den Einheitspreis von 250 M zu erwerben.

Auf Befürwortung der Baukommission, für welche Herr Bues berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

IV. Ablösung einer Rentenzahlung.

Auf Grund des am 4. Dezember 1838 vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigten Auseinandersetzungsvertrages ist die Stadt Wolfenbüttel verpflichtet, an die Armenkasse der Stadt Braunschweig wegen des von dieser aufgegebenen Mitbenutzungsrechtes des Militär- und Armenhospitals in der Auguststadt zu Wolfenbüttel eine jährliche Entschädigung von 120 M zu zahlen. Der Magistrat in Wolfenbüttel wünscht diese regelmäßig wiederkehrende Rentenzahlung durch einen einmaligen Betrag abzulösen. Bei Annahme einer Verzinsung von $3\frac{1}{2}\%$ würde sich die Ablösungssumme auf $120 \times 28,57 \text{ M} = 3428,40 \text{ M}$ stellen. Der Magistrat hat diese Summe nach unten auf 3425 M abgerundet und gibt anheim, sich mit der Ablösung der obigen Verpflichtung durch eine sofort zahlbare Summe von 3425 M einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung des Herrn Esdorn, welcher für die Finanzkommission berichtet, geschieht.

V. Hundesteuer = Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Witwen Dreher, Rau, Höppner, Dörre und Lanquillon, der Ehefrauen Kruse, Pflüger und Schröder, sowie der Einwohner Vosse, Bantje und Bülm um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund wurden genehmigt.

Das Gesuch der Witwe Hänig um Erlaß der Steuer für einen angeblichen Ziehhund wird behufs weiterer Aufklärung an den Magistrat zurückverwiesen.

Ein Gesuch der Feldmarksgemeinden um Befreiung je eines Hundes der Feldhüter von der Steuer findet nicht die Genehmigung der Versammlung, weil die Feldmarksgemeinschaften besondere Realgemeinden bilden und diesen ein solcher Steuererlaß nicht gewährt werden könne, auch wenn die Hunde indirekt der Wohlfahrt der Stadt dienen.

Dem Gesuche des Kaufmanns Isaak, welcher nur 16 Tage hier gewohnt hat, um Erlaß der Hundesteuer entspricht die Versammlung. Dagegen wird das Gesuch des Invaliden Waterlohn um Befreiung der Steuer für einen Wachhund aus prinzipiellen Rücksichten abgelehnt. Auch die Gesuche des hiesigen Wach- und Schließinstitutes, sowie eines einzelnen Wächters desselben, welche von der Steuer für ihre Wächterhunde befreit sein möchten, werden abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß es sich um ein gewerbsmäßiges Unternehmen handle.

VI. Antrag Rathe: Erhöhung der Hundesteuer.

Herr Vord: In der Sitzung vom 21. April d. Js. — Seite 41 des Berichtes — hat Herr Rathe den Antrag gestellt und begründet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Abgabe für Hunde von 10 M auf 20 M, eventuell auf 15 M, zu erhöhen.“

Der Antrag hat in vielen Kreisen der Stadt eine arge Verstimmung hervorgerufen; das darf uns aber nicht hindern, die Frage sachlich und ruhig zu prüfen. Ich muß gestehen, daß ich, obgleich seit einigen Dezennien selbst Hundebesitzer, den Antrag in der Finanzkommission warm befürwortet habe. Es ist kein Zweifel: der Hund ist der beste Freund des Menschen, der treue Wächter des Hauses, seine Anhänglichkeit an den Menschen ist sprichwörtlich geworden. Aber diesen guten Eigenschaften stehen andere gegenüber, und ich meine, wir müssen hierbei auf die Basis der realen Wirklichkeit zurückkehren, um die vorliegende Frage unparteiisch zu prüfen. Da ist zunächst die Zerstörungswut der Hunde zu berücksichtigen: kaum ist im Frühjahr eine neue Anlage gemacht, so wird sie namentlich von großen Hunden, die wir hier in einer Uebersahl haben, gründlich zerstört. Einen andern heiklen Punkt will ich nur streifen, das ist die Liebeslust der Hunde. Sie alle kennen die Szenen, die sich zum größten Ergötzen der Jugend fast täglich auf den Straßen abspielen. Es läßt sich hierauf nicht weiter eingehen, jedenfalls

ist aber sicher, daß die Bestrebungen der Gesellschaft für ethische Kultur durch diese Vorgänge nicht gefördert werden. Das schlimmste ist aber eine gewisse künstlerische Betätigung der Hunde, Denkmäler zu setzen und zwar meistens an solchen Stellen, wohin sie am wenigsten gehören. (Heiterkeit.) Die Denkmalskommission hat sich allerdings ihrer noch nicht angenommen, immerhin stehen sie zum Abscheu der Menschheit oft tagelang an ihren Plätzen. (Heiterkeit.)

Die Finanzkommission ist mit mir der Ansicht, daß die Hundesteuer hauptsächlich den Zweck verfolgt, die Anzahl der gehaltenen Hunde möglichst zu beschränken. Schon in dem letzten vom Herrn Oberbürgermeister Bockels bearbeiteten Verwaltungsberichte ist dieser als der hauptsächlichste Grund für die Erhebung der Hundesteuer hingestellt worden, während der finanzielle Grund mehr in den Hintergrund getreten ist. Auch in der Finanzkommission ist man der Ansicht, daß es hierbei nicht auf eine finanzielle Plusmacherei abgesehen werden soll, sondern daß man durch eine Erhöhung der Steuer hauptsächlich die Vermehrung der Hunde, speziell aber der großen Hunde, hintanhaltend will. Die Vermehrung der Hunde hat hier seit Jahrzehnten eine fortwährende Steigerung erfahren, und als ich vor etwa 8 Jahren den Antrag stellte, die großen Hunde an der Leine zu führen, behauptete ich, daß es sich mathematisch genau berechnen lasse, wann die Anzahl der Hunde in Braunschweig größer sei, als die Zahl der Menschen. (Heiterkeit.) In der Kommission sind nun bezüglich der Besteuerung der Hunde die verschiedensten Vorschläge gemacht worden; sie empfiehlt, prinzipiell einer höheren Besteuerung der Hunde zuzustimmen und den Magistrat zu ersuchen, ein neues Statut auszuarbeiten, welches der Versammlung zur Genehmigung vorzulegen sein wird. Ueber die Höhe der Steuer kann sodann bei der Durchberatung des Statuts gesprochen werden. Diesen Antrag habe ich namens der Finanzkommission der Versammlung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Herr Nolte: Der Antrag an sich ist, wie das auch vom Herrn Referenten geschehen, mit großer Freude zu begrüßen. Ich möchte indessen den Magistrat bitten, dabei in Erwägung zu ziehen, ob man nicht gegen den Unfug, welchen die Hunde in den Anlagen treiben, in ähnlicher Weise vorgehen kann, wie das die Stadt Magdeburg getan hat. Jedenfalls hat Magdeburg aus dem Bedürfnis heraus Maßregeln ergriffen, welche geeignet sind, die dortigen Anlagen gegen den Unfug der Hunde wirksam zu schützen.

Herr Koch: Ich habe bei früherer Gelegenheit schon einmal den Antrag gestellt, vorzuschreiben, daß die Hunde in den öffentlichen Anlagen an einer kurzen Leine geführt werden, jedoch hat dieser Antrag damals keinen Anklang gefunden. Ich würde mich freuen, wenn der Magistrat demnächst bei der Ausarbeitung des Statuts diesen Antrag mit berücksichtigen wollte.

Herr Jasper: Ich will nicht näher eingehen auf die Tätigkeit der Hunde, soweit sie in dem Setzen von Denkmälern ihren Ausdruck findet. Diese Denkmäler haben das mit vielen anderen Denkmälern gemein, daß sie in keinem guten Geruche stehen. Ebenso will ich nicht auf die berechtigten Gefühle der Hunde, welche der Herr Referent erwähnt hat, eingehen, sondern ich will nur anheimgeben, man möchte bei der Erhöhung der Hundesteuer der Gerechtigkeit und Billigkeit mehr dadurch Ausdruck geben, daß man nicht eine einheitliche Steuer für jeden Hund erhebt und sie auch nicht abstuft nach der Schulterhöhe der Hunde oder der Größe der Denkmäler, welche sie setzen, sondern, wie es auch sonst bei jeder anderen Steuer geschieht, nach dem Einkommen des Hundebesizers. Es ist doch bei Steuern ein sonst allgemein anerkannter Grundsatz, daß man sie von der Leistungsfähigkeit ihrer Träger abhängig macht. Herr Stadtrat Meyer hat auch in der Kommission angeführt, daß dieser Grundsatz an sich der Billigkeit entsprechen würde, er hat indessen weiter erwähnt, daß zu befürchten stände, die reichen Leute würden bei Einführung solcher Vorschrift Strohmänner vorschieben, um dadurch einen geringeren Steuersatz für sich zu erreichen. Ich habe bisher aber noch ein größeres Vertrauen zu den besitzenden Klassen gehabt, als daß ich ein solches Vorgehen von ihnen erwartete. Jedenfalls glaube ich, daß sich auch diese Bedenken bei eingehender Beratung des Statuts überwinden lassen, und ich bitte, meinem Vorschlage näherzutreten. Von unserer Seite könnte einem neuen Statute nur zugestimmt werden, wenn dadurch eine Entlastung, oder wenigstens keine stärkere Belastung der ärmeren Klassen eintritt.

Herr Ribbentrop: Es gibt eine Menge Einwohner, die auf das Halten von Hunden angewiesen sind und die unter einer Erhöhung der Hundesteuer schwer leiden würden. Deshalb möchte ich bitten, davon abzusehen. Dagegen unterstütze ich die Anregung lebhaft, das neue Statut so ernst und schwer wie möglich in der Richtung auszustatten, daß dem Unfug der Hunde auf den Straßen und namentlich den Promenaden gesteuert wird. In vielen anderen Städten dürfen die Hunde in den Wallanlagen auch nicht frei umherlaufen, und es empfiehlt sich, die Hundefänger anzuweisen, frei umherlaufende Hunde festzunehmen. Wer unsere Promenaden öfter besucht, wird mit Ingrimms bemerken, daß eben fertiggestellte Anlagen häufig am anderen Tage schon wieder von den Hunden zerstört sind. Ich kann die Anwohner der öffentlichen Plätze auch nicht davon freisprechen, daß sie ihre Hunde häufig nutzlos umherlaufen lassen, nur um ihre eigenen Grundstücke zu schonen. Sie versündigen sich aber dadurch an der Allgemeinheit und müßten einen derartigen Unfug nicht dulden.

Herr Rathe: Die hier gegebenen Anregungen sind sehr dankenswert und bezeugen zugleich, wie notwendig eine Aenderung der bestehenden Vorschriften ist. Der eine meint, man solle strenge polizeiliche Maßregeln gegen die Hunde ergreifen,

ihnen einen Strick um den Hals legen und sie an der Leine führen lassen; der andere vertritt den praktischen Standpunkt und sagt: Faßt die Leute da, wo sie am empfindlichsten sind und das ist der Geldbeutel, dadurch wird sich die Zahl der Hunde zum Nutzen der Allgemeinheit von selbst verringern. Außer den schon angeführten Gründen möchte ich auch noch erwähnen, daß die Gesundheit der hiesigen Bevölkerung stark gefährdet wird, wenn das Halten von Hunden in der bisherigen Weise weiter um sich greift. Gerade die vielen kleinen und mittleren Hunde, welche in den Familien mit den Kindern spielen, bilden eine große Gefahr, ohne daß die Eltern der Kinder wissen, welcher Gefahr sie diese aussetzen. Erst wenn es zu spät ist, wird oft erkannt, wie gefährlich das Hundehalten ist. Dazu kommt, daß häufig uralte, mit allen möglichen ekelhaften Krankheiten behaftete Tiere in den Familien gehalten werden, weil die Leute erklären, sich nicht von den Tieren trennen zu können. Allen solchen Mißständen würde man durch die Erhöhung der Hundesteuer wirksam entgegenreten können, selbst auf die Gefahr hin, etwas hart zu erscheinen, und es würde diese Maßnahme auch besser sein, als wenn man mit Polizeimaßregeln kommt und anordnet, daß die Hunde an der Leine geführt werden sollen. Wenn man für einzelne Hunde 800 bis 1000 M. zahlt und wenn selbst unbemittelte Leute 20 M. für einen Hund ausgeben, so kann auch eine erhöhte Hundesteuer erhoben werden.

Herr Löffig: Ich möchte ebenfalls bitten, dem Antrage zuzustimmen. Außerdem bitte ich aber Gleichheit und Freiheit für die Hunde einzuführen. Wer ein Hundeliebhaber ist, mag auch die höhere Steuer für seinen Hund bezahlen, aber man soll nicht anordnen, daß ein Teil der Hunde mit einem Maulkorbe herumlaufen muß, während ein anderer Teil sich ohne Maulkorb bewegen kann. Jeder bissige Rötter muß ebenso, wie ein bissiges Pferd einen Maulkorb tragen, aber harmlose Tiere braucht man nicht damit zu versehen. Lassen Sie uns also die Hunde höher besteuern, aber geben Sie ihnen die Maulkorbfreiheit.

Herr Esdorn: Wenn wir zu einer höheren Hundesteuer schreiten wollen, so lassen Sie uns wenigstens den ärmeren Volksklassen keine höhere Steuer auferlegen. Das Vorschieben von Strohmännern läßt sich sehr gut vermeiden, wenn der Verkauf der Hundemarken verboten wird. (Ruf: Ist schon jetzt der Fall.) Wir sind innerhalb 14 Tagen 5 Hundemarken gestohlen, die meinem Hunde jedenfalls von solchen Leuten abgenommen sind, die ein Geschäft damit treiben. Es wäre deshalb sehr angebracht, auch den Handel mit Hundemarken besser zu überwachen. Während man also die ärmeren Klassen, welche häufig einen Hund notwendig gebrauchen, mit einer Steuererhöhung verschonen wolle, empfehle ich, namentlich die großen Renommierhunde mit einer höheren Steuer, die meinetwegen 50 M. betragen kann, zu belegen.

Die Versammlung stimmt hierauf einer Erhöhung der Hundesteuer im Prinzip zu und erklärt sich auch mit der Herausgabe eines Statuts einverstanden, durch welches das freie Umherlaufen der Hunde in den Anlagen zc. tunlichst verhindert werden soll.

VII. Verbreiterung der Hennebergstraße.

Die Verhandlungen über einen vom Tischlermeister Glig eingebrachten Antrag auf Zulassung einer 10 m breiten hufeisenförmigen Straße auf dem vormalig Meyerschen Grundstück südlich der Hennebergstraße haben der städtischen Bauverwaltung Veranlassung gegeben, beim Magistrat die Frage der Verbreiterung der Hennebergstraße auf der Strecke zwischen Wolfenbüttlerstraße und Bürgerpark in Anregung zu bringen mit der Begründung, daß bei der zu erwartenden Verlegung des Staatsbahnhofes nach Süden die Hennebergstraße in erster Linie dazu bestimmt erscheint, sowohl den Verkehr zwischen Bahnhof und östlicher Außenstadt, sowie zwischen letzterem Stadtteil und der westlichen Außenstadt aufzunehmen. Die Hennebergstraße hat jetzt eine Breite von 12 m und auf ihrer nördlichen Seite 2 m breite, allerdings durch Vorbauten stark beeinträchtigte Vorgärten; für die südliche Seite sind in dem Ortsbauplane bislang Vorgärten nicht vorgesehen; es würde ihre Einführung auch ohne pekuniäre Opfer nicht mehr möglich sein, weil Herr Glig als Eigentümer des anliegenden Grundstücks für den Eck Wolfenbüttlerstraße und Hennebergstraße gelegenen Teil desselben bereits ein vom Stadtbauamte genehmigtes Bauprojekt besitzt. Mit Rücksicht hierauf und von der Erwägung geleitet, daß, wenn überhaupt eine Verbreiterung der Hennebergstraße in Zukunft erforderlich sein sollte — und diese Frage hat der Magistrat mit der städtischen Bauverwaltung bejahen zu sollen geglaubt — es ratsamer sei, gleich jetzt vor Eintritt einer Bebauung des vormalig Meyerschen Grundstücks die Verbreiterung der Hennebergstraße auf der ganzen hier in Betracht kommenden Strecke vorzunehmen, ist der Magistrat mit Glig wegen Abtretung eines 4 m breiten Streifens seines Grundstücks in einer gesamten Größe von 500—520 qm in Verbindung getreten. Wie zu befürchten, stellt derselbe zunächst ungeheuerliche Forderungen; er hat solche aber nachträglich ermäßigt auf 54 M pro Quadratmeter der abzutretenden Fläche und 20 000 M Entschädigung für Wertverminderung der Restfläche, erhob dabei aber das Verlangen, daß ihm angesichts der geringen Tiefe von 4,35 m, welche sein Grundstück in dem an der Wolfenbüttlerstraße gelegenen Teile habe, ein Streifen von nicht 4 m, sondern von 4,35 m Breite abgenommen werde. Dieser Wunsch kann als unbillig nicht angesehen werden, da anderenfalls nach der Wolfenbüttlerstraße zu eine Fläche so geringer Tiefe übrig bleibt, daß eine Ausnutzung so gut wie unmöglich ist. Die gesamte Aufwendung, welche die Stadt zur Durchführung der Verbreiterung machen müßte, würde sich

demnach auf rund 50 000 M belaufen. Diese Summe ist noch reichlich hoch, jedoch fürchtet der Magistrat, daß eine etwa im Wege des Zwangsenteignungsverfahrens ermittelte Entschädigung auch nicht geringer ausfallen würde. Das Stadtbauamt ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis zur Verbreiterung der Hennebergstraße nur dann anerkannt werden müsse, wenn der Bahnhof die durch Projekt A bezeichnete Lage erhalte, komme aber, wie nicht unwahrscheinlich, der Bahnhof dahin zu liegen, wo ihn Projekt D vorsehe, so erscheine die verlängerte Elmstraße zur Aufnahme des Bahnhofsverkehrs gegeben und eine Verbreiterung der Hennebergstraße überflüssig. Diese Auffassung ist nach dem Dafürhalten des Magistrates um deswillen nicht ganz zutreffend, weil die Hennebergstraße in dem Falle der Durchführung des Bahnhofprojektes D zwar bezüglich des Bahnhofsverkehrs entlastet werde, im übrigen aber erst recht berufen erscheine, als Teil einer Verbindungsstraße zwischen westlicher und östlicher Außenstadt zu dienen. Die Ungewißheit der Verkehrsentwicklung einerseits und die Höhe der eventuell aufzuwendenden Kosten andererseits läßt es dem Magistrate erwünscht erscheinen, vor weiterer Verhandlung mit dem Tischlermeister Glig, sich der grundsätzlichen Zustimmung der Versammlung zu versichern, und er richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf der aus den gemachten Mitteilungen zu entnehmenden Basis eine Verbreiterung der Hennebergstraße angestrebt wird.

Herr Buchler (namens der Baukommission): Die Minorität der Baukommission hat sich auf den Standpunkt des Magistrates gestellt und gesagt: Mag der Bahnhof hinkommen, wohin er will, so wird die Hennebergstraße dabei eine ganz wesentliche Rolle zur Vermittlung des Verkehrs von der Campestraße nach dem neuen Bahnhofs und nach der westlichen Vorstadt spielen. Es ist auch nicht in Abrede zu stellen, daß der direkteste Weg von der Campestraße nach dem Bahnhofs A durch die Hennebergstraße geht. Anders liegt die Sache aber, wenn Sie bedenken, daß der Bahnhof aller Wahrscheinlichkeit nach nicht dahin kommt, wo ihn das Projekt A vorsieht. Kommt der Bahnhof aber weiter hinaus, so würde die Hennebergstraße nur zur Vermittlung des Verkehrs zwischen der Ost- und Westseite der Stadt dienen können, zur Vermittlung des Bahnhofsverkehrs aber nicht. Ferner hat sich die Minorität auf den Standpunkt gestellt, daß es egal sein müsse, welche Kosten dadurch verursacht würden, jedenfalls lasse sich heute die Verbreiterung der Hennebergstraße billiger ausführen, als in Zukunft, wenn die Straße voll bebaut sein werde. Die Majorität hat dagegen den Standpunkt eingenommen, daß so exorbitante Kosten nicht gerechtfertigt seien für das, was dadurch erzielt werden solle. Wenn jemand für ein Terrain 30 M pro qm bezahlt habe und er fordere 54 M nebst einer Exentaentschädigung von 20 000 M wieder, so sei das zu viel und zwar auch selbst dann, wenn man sich sagen müßte, es wäre sehr angenehm, wenn die Straße verbreitert werden könnte.

Die Richtung der Straße ist nicht als günstig zu bezeichnen, sofern das Projekt B oder D zur Ausführung kommen sollte; sie wendet sich zunächst nach Westen und nimmt dann eine nordwestliche Richtung an. Von der Minorität wird behauptet, daß die Gefälle-Verhältnisse in der Gegend der Elmstraße nicht günstig seien, während die Majorität sich auf den Standpunkt nicht hat stellen können, indem sie die Gefälle-Verhältnisse für außerordentlich günstig hält. Die Mehrheit hat sich deshalb dahin entschieden, die Versammlung zu ersuchen, sich mit den Wünschen des Magistrates nicht einverstanden zu erklären, also eine Verbreiterung der Hennebergstraße abzulehnen. Es ist auch noch ein Kompromißantrag eingebracht worden, nach welchem dem Magistrate anheimgegeben werden sollte, das Projekt der Verbreiterung mit 40000 M zu unterstützen, aber auch diesen Vorschlag hat die Kommission mit Mehrheit abgelehnt. Es wird Ihnen also Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist allerdings Zukunftsmusik, die den Magistrat geleitet hat, die Vorlage auszuarbeiten, aber ich glaube, es wäre dem Magistrate mit Recht ein Vorwurf daraus zu machen, wenn er den jetzt günstigen Zeitpunkt der Verbreiterung der Hennebergstraße unbenuzt hätte vorübergehen lassen. Da diese Straße ihrer gesamten Lage nach berufen erscheint, von der Wolfenbüttlerstraße ab den Anfang für eine Verbindungsstraße nach dem Westen zu bilden, so meinte der Magistrat, es sei notwendig, der Versammlung diese Vorlage zu unterbreiten. Jedenfalls läßt sich schon heute übersehen, daß der demnächst von der Hennebergstraße zu bewältigende Verkehr sich nicht vergleichen läßt mit ihrem jetzigen Verkehre. Kommt der Bahnhof nach dem Projekte D 1200 m hinter dem jetzigen Empfangsgebäude zu liegen, so wird die Hennebergstraße die einzige Verbindung zwischen dem neuen und dem alten Bahnhofe, im rechten Winkel gedacht, sein. Eine solche Verbindungsstraße muß aber notwendigerweise einmal hergestellt werden. Wie stark der Verkehr dort einmal werden wird, ist natürlich heute noch nicht zu übersehen. Die Hennebergstraße, welche als Fortsetzung der Ringstraße gedacht ist, dürfte auch berufen sein, den Lastverkehr zwischen der südwestlichen Vorstadt und dem demnächstigen Güterbahnhofe im Osten der Stadt aufzunehmen. Auch aus diesem Grunde ist der Magistrat der Ansicht, daß es wünschenswert erscheint, wenn die Stadt schon jetzt Schritte tut, die Hennebergstraße um 4 m zu verbreitern. Bedenken haben wir im Magistrate auch gehabt, ob die Summe von 50000 M hierfür schon jetzt aufzuwenden ist, zumal sie bis zur wirklichen Notwendigkeit der Verbreiterung durch den Zinsverlust zu einer sehr hohen Summe angewachsen sein wird; es ist jedoch andererseits damit zu rechnen, daß eine Verbreiterung der Straße ungeheure Schwierigkeiten mit sich bringen wird, sobald das ehemals Meyersche Grundstück erst einmal voll bebaut

sein wird. Ich stelle deshalb erneut in Ihre wohlwollende Erwägung, ob Sie nicht doch den Antrag des Magistrates annehmen wollen.

Herr Meyerhoff: Ich gehöre zu der Minorität der Baukommission. Wenn Sie sich den Stadtplan näher ansehen, so werden Sie finden, daß es ganz gleichgültig ist, ob das Bahnhofprojekt B oder D genehmigt wird: eine andere Durchgangsstraße nach dem neuen Bahnhofe und auch nach dem Wilhelmitore läßt sich von der östlichen Außenstadt auf der ganzen Strecke von der Elmstraße bis zum Augusttore nicht herstellen. Wer heute diesen Weg mit seinem Lastfuhrwerke zurücklegen will, muß in das Augusttor hineinfahren, dann über die Auguststraße, Friedrich-Wilhelmstraße zc. wieder aus dem Wilhelmitore hinausfahren, weil er bekanntlich die Promenade nicht benutzen darf. Ich gehöre sicher nicht zu denen, die für den Magistrat durch dick und dünn gehen, aber hier stehe ich ganz auf seiner Seite. Denken Sie nur daran, wie schwer seinerzeit bei der Sonnenstraße gesündigt worden ist, nur um Geld zu sparen. Heute läßt sich diese Straße nur verbreitern, wenn man Millionen daran wenden will. Bei der Hennebergstraße wäre aber das Geld gut angewendet, jedoch brauchen wir keine 50 000 M zu opfern. Meiner Ansicht nach ließe sich bei einer Aufwendung von 40 000 M der Hebel ansetzen; denn wenn ich auch die Entschädigung für das abzutretende Terrain bewilligen würde, so muß ich doch die geforderte Abfindungssumme von 20 000 M für die Wertminderung des Restgrundstückes für viel zu hoch halten. Nach der Ansicht der Kommissionmehrheit soll die Verlängerung der Elmstraße durch den Bürgerpark als Zufuhrstraße zum neuen Bahnhofe genügen; sie genügt aber meiner Ansicht nach nicht. Schon die Steigungsverhältnisse halte ich dort für viel ungünstiger als hier, und wenn man sie durch Aufschüttung eines Dammes im Bürgerparke bessern will, so teilt man letzteren in drei Teile, was sich doch wohl nicht sehr hübsch machen würde.

Es ist auch in der Kommission erwogen worden, ob man nicht die Vorgärten der anderen Seite der Hennebergstraße zu ihrer Verbreiterung erwerben könnte, aber es wurde mit Recht dagegen eingewendet, daß diese auch nicht billig zu haben sein würden. Ferner möchte ich noch darauf hinweisen, daß später jedenfalls auch eine Linie der Straßeneisenbahn über die Campestraße und die Hennebergstraße als Fortsetzung der Ringstraße nach dem Bahnhof anzulegen sein würde, was wir bei dieser Vorlage schon jetzt mit berücksichtigen müssen. Wir dürfen bei der Beurteilung der Vorlage nicht auf heute und morgen sehen, sondern müssen weiter anschauen und hier etwas zum Wohle der kommenden Geschlechter schaffen. Bei dem demnächstigen Bahnhofsumbau darf es uns auf Beträge von 50 000 M bei unseren Beschlüssen nicht ankommen, deshalb dürfen wir uns auch hier nicht gegen eine solche Summe sträuben. Möge man die zur Verbreiterung der Hennebergstraße erforderliche Summe jetzt von der Kammereikasse vorschießen lassen und sie

demnächst bei dem Bahnhofsbau verrechnen. Ich bin bereit, einen Antrag zu stellen, dahingehend, daß der Magistrat ermächtigt werde mit dem Eigentümer des ehemals Meyer'schen Grundstücks nochmals über den Erwerb der zur Straßenverbreiterung erforderlichen Fläche zu verhandeln auf der Grundlage, daß wir eine Entschädigung von 50 000 M nicht ausgeben wollen.

Herr Rathe: Auch ich gehörte zur Kommissionsminderheit und ich möchte dringend bitten, dem Antrage Meyerhoff zuzustimmen. Wir können dem Magistrate nur dankbar sein, daß er uns in weiser Voraussicht mit solcher Vorlage kommt, und ich wünschte nur, es wäre früher an anderen Stellen, namentlich bei der Sonnenstraße, der gleiche Standpunkt vertreten, dann hätten wir viel Geld sparen können. Zwischen der östlichen und westlichen Außenstadt muß notwendigerweise eine kürzere Verbindung geschaffen werden, die uns schon jetzt von ungeheurem Vorteil sein würde, da der Umweg durch die Stadt tatsächlich zu groß ist. Ich bitte, den Antrag Meyerhoff anzunehmen; eine Entschädigung von 50 000 M erscheint auch mir viel zu hoch.

Herr Wolters: Nachdem die Ansicht der Kommissionsminderheit hier zum Ausdruck gebracht ist, dürfte es an der Zeit sein, daß auch ein Vertreter der Kommissionsmehrheit sich zur Sache äußert. Im vorigen Jahre hat ein Antrag auf Verbreiterung der Hennebergstraße dem Stadtbauamte vorgelegen, der aber aus folgenden Gründen abgelehnt worden ist: Nach der Ansicht des Stadtbauamtes konnte eine Verbreiterung der Hennebergstraße nur in Frage kommen, wenn der neue Personenbahnhof nach dem Projekte A ausgeführt werden würde und der Personenverkehr sich infolgedessen zum Teile nach der Hennebergstraße zu entwickeln würde. Von der Aufnahme des Lastverkehrs durch die Hennebergstraße ist aber damals nicht die Rede gewesen. Die natürliche Verbindung für diesen Verkehr liegt auch nicht auf der Henneberg-, sondern auf der Elmstraße. Also nur mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß der Personenverkehr die Verbreiterung der Hennebergstraße wünschenswert erscheinen lasse, hat das Stadtbauamt zu der Ansicht bestimmt, eine solche Verbreiterung für zweckmäßig zu halten; im anderen Falle aber sie abzulehnen. Die gegen eine direkte Verbindung der Elmstraße mit der Eisenbühlstraße vorgebrachten Bedenken sind nicht zutreffend, da die Niveauverhältnisse ein Hindernis nicht bilden. Sollte der Verkehr es demnächst wünschenswert erscheinen lassen, nicht bloß die Elmstraße, sondern auch die Hennebergstraße dem Lastverkehre zu öffnen, so erfährt doch die letztere Straße noch eine wesentliche Entlastung durch die Obergstraße. Unter solchen Umständen ist aber die Verbreiterung der Hennebergstraße das große Opfer von 50 000 M nicht wert, zumal die Stadt diesen Betrag allein tragen müßte, weil die Anlieger zu dessen teilweiser Uebernahme nicht herangezogen werden könnten. Ich bitte um Ablehnung der Magistratsvorlage.

Vorsitzender: Herr Meyerhoff hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, in weitere Unterhandlungen zur Verbreiterung der Hennebergstraße mit dem Bauunternehmer Glig behufs Abtretung der zur Straße nötigen Flächen seines Grundstücks zu treten, unter der Voraussetzung, daß der geforderte Preis wesentlich ermäßigt werde.“

Herr Kolte: Ich muß sagen, daß ich den Standpunkt der Kommissionsmehrheit nicht verstehe. Wer sich mit einem Blick auf die Karte die vorliegenden Verhältnisse vergegenwärtigt, dem muß es einleuchten, daß die Absicht des Magistrates von der Notwendigkeit diktiert ist. Einmal hat man zu berücksichtigen, daß die Entfernung von der Oker bis zur Elmstraße ziemlich groß ist und dann soll diese schmale Straße den ganzen Verkehr aufnehmen, welcher sich in verhältnismäßig naher Zukunft dort entwickeln wird? Wohin der Bahnhof kommt, ist hierbei einerlei, da soviel feststeht, daß er an seiner jetzigen Stelle nicht bleiben wird. Durch seine Verlegung wird aber an seiner jetzigen Stelle ein riesiges Bauterrain erschlossen werden und dort ein großer Verkehr entstehen. Ich stehe auf dem Standpunkte der Magistratsvorlage, selbst wenn sich ein billigerer Preis für das zu übernehmende Terrain nicht erzielen lassen sollte; schließe mich aber eventuell auch dem Antrage Meyerhoff an.

Herr Buchler: Wenn Herr Rathe meint, die Verbreiterung der Hennebergstraße sei schon unter den heutigen Verhältnissen notwendig, so muß ich dem widersprechen. Man kommt heute weder über die Oker, noch über das Eisenbahnterrain, und hinter der Eisenbahn liegen nur Fabriken. Die Herren sprechen von der zukünftigen Gestaltung der Bahnhofsverhältnisse, als ob das heute schon eine absolut sichere Sache wäre. Gerade weil das noch niemand weiß, ist ja die Baukommission zu dem Beschlusse gekommen, die Vorlage abzulehnen. Wir würden uns dort mit 50 000 M festlegen und außerdem Zins auf Zins häufen, ohne zu wissen, ob die Verbreiterung überhaupt notwendig ist. Wenn die Stadt demnächst an anderer Stelle der Wolfenbüttlerstraße eine Verbindungsstraße schaffen will, so wird ihr als Besitzerin des Hinterlandes das nicht schwer fallen, weil sie ein wertvolles Tauschobjekt bieten kann.

Herr Bues: Ich habe auch gegen die Vorlage gestimmt, weil mir die 80 m Straßenlänge keine 50 000 M wert sind. Hinter dem Meyerschen Grundstücke können wir als Eigentümer des Bürgerparkes die Straße so breit anlegen, wie wir wollen, deshalb schadet es nichts, wenn wir sie hier etwas einschränken. Wenn wir jetzt außerdem ohne weiteres erklären, wir wollen und müssen das Terrain haben, so läßt sich der Eigentümer nicht zwei Pfennige abhandeln, obgleich er selbst vor $\frac{3}{4}$ Jahren bedeutend weniger für das Terrain gezahlt hat und der Terrain-

streifen vorn absolut wertlos für ihn ist, indem er nur eine Breite von 4 m hat. Da außerdem die zukünftige Stelle des Bahnhofes noch nicht sicher ist und niemand außer den „Neuesten Nachrichten“ weiß, wohin der Bahnhof kommen wird, so konnte ich mich für die Festlegung der 50 000 M nicht entscheiden. Es gibt außerdem noch ganz andere Straßendurchbruchprojekte, bei denen man das Geld besser aufwenden könnte.

Herr Riecke: Ich habe mich gegen die Forderung erklärt, nicht nur, weil sie zu hoch, sondern weil sie geradezu als unverschämt zu bezeichnen ist. Es geht hier wie immer: wenn die Stadt etwas zu verkaufen hat, will niemand etwas geben, wenn sie aber etwas kaufen muß, werden unangemessene Forderungen gestellt. Der jetzige Besitzer Glig spielt eigentlich nur den Strohmann, denn es stecken noch andere Leute dahinter. Außerdem kann ich mich nicht dazu entschließen, noch 20 000 M für die Wertminderung des Grundstücks zu bewilligen, nur weil der Herr sein Grundstück vorn nicht bebauen kann. Wohin der Bahnhof kommt, weiß auch noch niemand. Der preussische Eisenbahnfiskus scheint sich damit noch recht lange Zeit nehmen zu wollen, denn er beabsichtigt, noch an dem alten Bahnhofe einen größeren Umbau vorzunehmen. Wenn die Hennebergstraße sich nicht verbreitern läßt, so kann man vielleicht auch auf eine Verbreiterung der Badetwete bedacht nehmen, da uns doch die Niveauverhältnisse nicht abschrecken können. Die hier von der Stadt geforderten Opfer sind zu groß und ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß schon einmal solche Opfer gebracht wären. Der Grund, daß die Hennebergstraße die Fortsetzung der Ringstraße werden solle, ist für mich auch nicht ausschlaggebend, da der Ring immer nur ein halber Ring ist und doch nie vollendet werden wird. Vielleicht läßt sich diese Sache in Zukunft noch besser erledigen, als heute angenommen wird.

Herr F ü d e l: Wenn die Ablehnung der Vorlage dahin führen könnte, daß der jetzige Besitzer des vormals Meyerschen Grundstücks seine Forderung, die auch ich als außerordentlich hoch bezeichnen muß, wesentlich ermäßigte, so würde ich der Ablehnung gern zustimmen. Andererseits kann ich aber nicht verstehen, wie gerade Vertreter der Industrie die Notwendigkeit der Verbreiterung ablehnen können. Es handelt sich hier um die natürliche Verbindung des Ostens mit dem Westen der Stadt, welche wir doch notwendig haben müssen. Wenn gesagt wird, dort liegen die Fabriken hindernd im Wege, so ist das an sich richtig, aber die Verbindung muß aus der Innenstadt heraus geschaffen werden, denn eine Verbreiterung der innenstädtischen Straßen würde doch noch ganz andere Kosten verursachen, als die Erschließung dieser Straße. Meiner Ansicht nach muß alles aufgeboten werden, um die Verbreiterung der Hennebergstraße zu ermöglichen, weshalb ich mich dem Antrage Meyerhoff gern anschließe.

Es darf hierbei auch nicht vergessen werden, daß sich aller Voraussicht nach der gesamte Lastverkehr demnächst unter ganz anderen Verhältnissen, nämlich auf viel größeren, schwereren und breitspurigeren Fuhrwerken bewegen wird.

Herr Rathe: Wenn Herr Rieke, der mehr als 25 Jahre der Versammlung angehört und schon so oft erwähnt hat, daß die Stadt bei dieser und jener Gelegenheit „Schöppenstedtsch“ zu spät gekommen sei, hier gegen die Verbreiterung der Hennebergstraße das Wort ergreift, so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll. Meiner Meinung nach ist es auch ein Schöppenstedter Streich, wenn man hier die Zeit vorübergehen läßt, um eine praktische und notwendige Straßenverbindung zu erreichen. Wer sich die Sache auf dem Stadtplane ansieht, muß sagen: wenn der Bahnhof dort nicht neu gebaut wird, so hat die Kommissionsmehrheit recht, wenn er aber gebaut wird, hat sie nicht recht. Sobald der Bahnhof gegen seinen jetzigen Platz nur um 1000 m zurückkommt, müssen wir eine gute Verbindungsstraße zwischen Osten und Westen haben. Die Niveauverhältnisse sind aber bei der Campe- und der Hennebergstraße so günstig, daß wir uns darüber nur freuen können. Es läßt sich annehmen, daß sich der Verkehr vom neuen Bahnhofe nach der östlichen Innenstadt über die Hennebergstraße, nach der östlichen Außenstadt aber über die Elm- bezw. Eisenbüttlerstraße abwickeln wird. Wir können natürlich heute und morgen noch nicht darauf rechnen, daß diese Verbindungsstraße notwendig ist, sondern es können bis zur Fertigstellung des neuen Bahnhofes noch 15 Jahre vergehen, aber dann ist es eben zu spät, hier noch eine Straßenverbreiterung vorzunehmen. Der Besitzer des Grundstücks hat einen genehmigten Bauplan in der Tasche, und er mag jetzt dort hinbauen was er will, wir müssen selbst für den kleinsten Bau eine große Summe bezahlen, wie wir am Bültenswege gesehen haben. Bedauerlich bleibt es dabei aber doch, daß dem Manne ein Bau auf einem Grundstück von 4,30 m Breite hat genehmigt werden können. Ich habe hier so oft hören müssen, daß stadtseitig bei dem Ausbau von Straßen Fehler gemacht seien; lassen Sie uns hier nicht neue Fehler dazu machen. Denken Sie an den oberen Teil der Wendensstraße gegenüber dem alten Krankenhaus, wo man die gegenüberliegenden Gebäude billig haben konnte, ihren Ankauf aber dennoch ablehnte; erinnern Sie sich der Sonnenstraße, wo man die vorstehenden Gebäude ebenfalls hätte ankaufen müssen. Nehmen Sie daher den Antrag Meyerhoff an, der Ihnen in Ihrem Gewissen keinerlei Beschränkung auferlegt.

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Rieke empfiehlt, die Badetwete zu verbreitern, so möchte ich dem entgegenhalten, daß diese Verbreiterung einmal sehr viel Geld kosten würde und dann gerade der schönste Teil des Bürgerparkes bei der Ruine durchschnitten werden würde. Wo sollen dann außerdem die Badeanstalten bleiben? Das Projekt würde wahrscheinlich dreimal so teuer werden, wie dieses. Ferner ist gesagt worden, wir hätten hinter der Hennebergstraße genug

Terrain, um die Straße wenigstens dort nach Belieben zu verbreitern. Was tue ich aber mit einer breiten Straße, wenn sie in ihrem weiteren Teile wieder enger wird? Die Anlegung der Ringstraße ist seinerzeit beschlossen worden, jedoch liegt es in der Natur der Sache, daß sie immer nur stückweise fertig werden kann; wir dürfen uns indes ihrer endlichen Fertigstellung nicht gewaltjam entgegenstellen. Diejenigen Stadtverordneten, welche seinerzeit an der Genehmigung der Ringstraße mitgewirkt haben, haben sich dadurch ein Verdienst für Jahrhunderte erworben. Wäre die Ringstraße nicht gekommen, hätten wir niemals einen ordentlichen Bauplan bekommen, sondern es wäre in der früheren wilden Weise weiter gewirtschaftet worden. Durch die Annahme meines Antrages vergibt sich niemand etwas, jeder kann später noch für oder gegen das Straßenprojekt Stellung nehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Meyerhoff, nach Ablehnung des Magistratsantrages, angenommen.

VIII. Verlegung von Gasrohren.

Um dem Gaswerke an der Taubenstraße eine größere Gasabgabe an den Osten der Stadt zu ermöglichen und mit Rücksicht darauf, daß dieses Werk in Zukunft alle Verbrauchszunahmen von Gas decken muß, sind einige Auswechselungen bzw. Verlegungen von Gasrohren erforderlich, nämlich:

1) von der Humboldtstraße durch den demnächst auszubauenden westlichen Teil dieser Straße und der anschließenden Straße am Fallerslebertore bis zur Fallerslebertorpromenade zum Anschluß an das daselbst liegende 300 mm weite Rohr ein 330 m langes und 200 mm weites Gashauptrohr mit einem anschlagsmäßigen Kostenaufwande von 4688 M;

2) von der Theaterpromenade durch den Steinweg bis zum Bohlwege und zum Anschluß an das dort liegende Gasrohr ein 324 m langes und 300 mm weites Gashauptrohr mit einem anschlagsmäßigen Kostenaufwande von 10 000 M.

Dem Antrage des Magistrates, diese Kosten mit zusammen 14 688 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, zu.

IX. Verpflegungskosten für das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.

Wie der Magistrat schon in der am 21. Januar 1904 — Seite 297 des Berichtes — beratenen Vorlage bemerkte, wollte er darauf zurückkommen, welche Entschädigung dem Schwesternhause vom Roten Kreuz im Jahre 1903/04 für die Verpflegung städtischer Kranken zustehe, sobald der Umfang der Mehrleistungen festgestellt sei. Gleichzeitig hat sich damals der Magistrat die Erörterung der Frage vorbehalten, ob etwa und wie die mit dem Schwesternhause vereinbarten Kranken-

verpflegungssätze für die Folgezeit zu erhöhen seien. Nach der jetzt vorliegenden Zusammenstellung sind im Schwesternhause während des Rechnungsjahres 1903/04 auf Kosten der städtischen Armenkasse verpflegt worden: erwachsene Kranke an 5325 Verpflegungstagen (gegen 4821 Tage im Vorjahre) und Kinder an 4804 Verpflegungstagen (gegen 5134 im Vorjahre). Die Gesamtzahl der Verpflegungstage hat also 10129 gegen 9955 des Vorjahres betragen, während das Schwesternhaus nach dem mit ihm getroffenen Abkommen die Verpflichtung übernommen hatte, regelmäßig 25 Betten täglich, also für 9125 Verpflegungstage zur Verfügung zu halten. Aus denselben Gründen, welche zu der Gewährung einer nachträglichen Vergütung von 3000 M für das Jahr 1902/03 geführt haben, hält es der Magistrat für billig, eine entsprechende Entschädigung auch für das Jahr 1903/04 zuzugestehen, und es wird hierfür der Betrag von 3600 M für angemessen gehalten.

Was sodann die Bemessung des Verpflegungssatzes für die Zeit seit dem 1. April d. Js. betrifft, so hat der Magistrat mit dem Vorstande des Schwesternhauses vereinbart, diesen Satz für Erwachsene und Kinder gleichmäßig auf 2 M festzusetzen, nachdem festgestellt worden ist, daß der betreffende Satz im Herzoglichen Krankenhause und im städtischen Krankenhause nicht unbeträchtlich über 2 M hinausgeht.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Vorstande des Schwesternhauses vom Roten Kreuz wegen des abgelaufenen Rechnungsjahres eine nachträgliche Vergütung seiner Mehrkosten mit 3600 M gewährt werde und daß außerdem vom 1. April 1904 ab eine Aenderung des § 5 b des Vertrages vom 15./16. Oktober 1900 in der Weise stattfinde, daß die tägliche Entschädigung bei Verpflegung städtischer Armer in genannter Anstalt ohne Altersunterschied 2 M beträgt.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr F ü d e l: Die Magistratsvorlage wird in ihrem gesamten Umfange von der Finanzkommission zur Annahme empfohlen. Schon in den früheren Verhandlungen ist erwähnt worden, wie dringend erwünscht es sei, einer derartigen Verpflegung von Kranken in einer Privatanstalt dadurch überhoben zu sein, daß das städtische Krankenhaus erweitert, oder für einen Neubau Vor Sorge getroffen würde. Wie damals, so hat auch jetzt der Magistrat darauf hingewiesen, daß es fraglich erscheine, ob es nicht Sache des Staates sei, die armen Kranken verpflegen zu lassen. Außerdem hat der Magistrat mitgeteilt, daß wir in nächster Zeit eine Vorlage zu gewärtigen hätten, nach welcher das städtische Krankenhaus einen Erweiterungsbau in Form eines Pavillons erhalten würde. Diese Erweiterung soll aber nicht vorgenommen werden, um die Zahl der aufzunehmenden Kranken zu erhöhen, sondern um eine Verbesserung der dortigen Verhältnisse herbeizuführen. Namentlich beabsichtigt man, unruhige

und unreine Kranke in den Pavillon aufzunehmen und diese von den übrigen Kranken zu trennen. Unter den obwaltenden Verhältnissen hält die Finanzkommission es für wünschenswert, den Vertrag mit dem Schwesternhause bestehen zu lassen und den erhöhten Verpflegungssatz zu bewilligen. Hierbei wurde auch noch hervorgehoben, daß es sich bei einer starken Inanspruchnahme des Schwesternhauses vielleicht empfehlen würde, eine Vergrößerung des städtischen Krankenhauses oder einen Neubau an anderer Stelle vorzunehmen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

X. Verkauf einer Grundfläche an der Maschstraße.

Von dem zur Verbreiterung der Maschstraße erworbenen Grundstücke *M. ass.* 3335 bleibt eine Fläche von 1,32 a zu anderweiter Verfügung frei. Diese Fläche hat der Stadt bei Außerachtlassung des Wertes des vordem darauf befindlichen Gebäudes 18 *M.* für 1 qm, also 2376 *M.* gekostet. Sie ist für den Fall ihrer Bebauung mit Straßenkosten belastet bezüglich der Maschstraße in Höhe von 2610 *M.* und bezüglich der Straße Hinter der Masch in Höhe von 1000 *M.* Da das Grundstück zu einer selbständigen Bewirtschaftung und Ausnutzung zu klein ist und als Reflektanten somit eigentlich nur die Besitzer der beiden Nachbargrundstücke in Betracht kommen, so erscheint es dem Magistrat völlig ausgeschlossen, bei einem Verkaufe den Selbstkostenpreis von 5986 *M.* zu erzielen, wie denn die städtische Bauverwaltung den Wert überhaupt nur zu 4000 bis 4500 *M.* geschätzt hat. Aber ein Angebot auch nur in dieser Höhe zu erhalten ist dem Magistrat nicht gelungen, vielmehr hat der Betriebsinspektor Klöbscher nur 3500 *M.* geboten, hierbei aber gleichzeitig Befreiung von den Straßenkosten ausbedungen. Da sich in absehbarer Zeit eine günstigere Verkaufsgelegenheit vermutlich nicht bieten wird, so ersucht der Magistrat, ihn zum Verkauf der bezeichneten Fläche an Herrn Klöbscher zum Preise von 3500 *M.* frei von Straßenbaukosten zu ermächtigen.

Auf Befürwortung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XI. Abkommen wegen der Zahlung von Kanalbaukosten.

Zwecks Entwässerung der beiden an der Wörthstraße errichteten Gebäude *M. ass.* 5921 und 5980 ist im Jahre 1894 auf Antrag des Bauunternehmers Rosenthal die östliche Strecke dieser Straße kanalisiert worden, nachdem zuvor der Antragsteller die Verpflichtung übernommen hatte, den nach Abzug der Kanalsteuer von den 4prozentigen Zinsen des Anlagekapitals sich ergebenden Fehlbetrag alljährlich zu zahlen und nachdem er zur Erfüllung dieser Verpflichtung hinreichende Sicherheit gestellt hatte. Da die Kosten der Kanalanlage 1934,⁶³ *M.* betragen haben, die

vierprozentigen Zinsen sich demnach auf 77,39 M berechnen, so hat Herr Rosenthal nach Abzug der Kanalsteuer von 33,75 M noch jährlich 43,64 M an die Stadt zu zahlen. Mit Rücksicht darauf, daß eine weitere Bebauung der an dem betreffenden Teile der Wörthstraße gelegenen Grundstücke ziemlich unwahrscheinlich ist, hat Herr Rosenthal gebeten, ihn von Einzahlung des Kanalsteuerfehlbetrages zu entbinden und ihm die Sicherheit von 1300 M, unter Abzug von 400 M als Entschädigung für den der Stadt in den nächsten Jahren weiter erwachsenden Kanalsteuerausfall zurückzugeben. Dem Ersuchen des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Bauunternehmer Rosenthal gegen eine an die Stadt zu zahlende Abfindung von 400 M von der vorerwähnten Verpflichtung befreit werde,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für welche Herr Rieke berichtet.

XII. Plattenbelag auf der Wabestraße.

Die Mehrzahl der Anlieger der Wabestraße zwischen dem Hagenringe und der Bodestraße hat den Antrag gestellt, die jetzt chaussierten Fußwege der Straße mit Platten zu belegen. Der Magistrat ist mit dem Antrage einverstanden und ersucht, daß von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Projekt, wonach der Plattenbelag 1,8 m breit wird und der Anliegerbeitrag sich auf 8,10 M für 1 m stellen wird, zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Rathe den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

XIII. Vermietung eines Schulkellers.

Ein im Gebäude der Mädchenschule an der Wilhelmstraße gelegener Keller war bis Ostern d. J. an den Schuhmachermeister Herm. Meyer zum Jahresmietpreise von 20 M verpachtet und hat seitdem leer gestanden. Nachdem sich jetzt ein neuer Mieter in dem Kaufmann Hans Engelhardt gefunden hat, ist mit ihm ein Mietkontrakt für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis Ostern 1910 unter den üblichen Bedingungen abgeschlossen worden. Die Versammlung wird ersucht, die Genehmigung zu dem Mietvertrage zu erteilen,

was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Lord berichtet, geschieht.

XIV. Herrichtung von Wasserflosetts in einer Schule.

Auf einen früher von der Versammlung ausgesprochenen Wunsch berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Aborte der folgenden städtischen Schulen noch an das Kanalnetz angeschlossen werden müssen: der Bürgerschulen an der Ottmer-,

Oster- und Sophienstraße, am Bültentwege und dem Hohenstiege, sowie der Oberrealschule. Sämtliche Anstalten noch im Laufe dieses Jahres anzuschließen, erscheint unmöglich, da zur Ausführung der Arbeiten lediglich die großen Sommerferien zur Verfügung stehen und die Beschaffung der erforderlichen Materialien bis zu diesem Zeitpunkte sich nicht wird bewerkstelligen lassen. Vielleicht ist es aber möglich, noch für eine der betreffenden Schulen die erforderlichen Rohre und Klosettbecken zu beschaffen, sobald eine schnelle Aufgabe dieser Gegenstände erfolgen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, zunächst die Schule an der Dttmerstraße mit solchem Anschluß zu versehen. Das vorgelegte Projekt sieht das für die neueren Bürgerschulen zur Ausführung gebrachte System mit gußeisernen Sammelrohren vor. Die Kosten der betreffenden Einrichtung und des Anschlusses der Schule an das Kanalnetz belaufen sich auf 5300 M. Die Versammlung wird ersucht, dieses Projekt zu genehmigen.

Namens der Finanzkommission ersucht Herr Wolters um Genehmigung der Vorlage.

Herr Brückmann: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob bei der Anlage auch eine automatische Entleerung vorgesehen ist, oder ob die Entleerung durch Menschenhand stattfinden muß.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Die Wasserklosetts in den städtischen Schulen sind sämtlich derart eingerichtet, daß sich unter den Sitzen ein Saugrohr befindet, in welches kleine senkrechte Rohre münden, die bis zu einer gewissen Höhe ständig mit Wasser gefüllt sind. Die Entleerung dieser Rohre erfolgt regelmäßig nach Schluß der Pause in der Weise, daß ein größeres Ventil gezogen und die Zuführung frischen Wassers veranlaßt wird. Eine automatische Einrichtung läßt sich nicht anbringen, weil sie nicht im Keller, sondern im Abort selbst liegt und hier die Frostgefahr zu groß ist. Im übrigen würde ich eine automatische Vorrichtung, wie ich sie in Nürnberg gesehen habe, für sehr zweckmäßig halten.

Herr Blasius: Ich habe mir die automatische Vorrichtung in Nürnberg ebenfalls angesehen und muß sagen, daß sie mir außerordentlich gefallen hat. Die Adresse des Lieferanten stelle ich gern zur Verfügung.

Herr Büdel: Es scheint mir bedenklich zu sein, daß die Entleerung erst nach Schluß der Pausen stattfinden soll; ich frage deshalb an, ob es nicht möglich ist, auch innerhalb der Pausen solche Entleerungen vorzunehmen.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Während der Benutzung der Klosetts kann deren Entleerung nicht vorgenommen werden. Ein Uebelstand hat sich aber bei der hiesigen Einrichtung noch nicht herausgestellt, weil die Abgänge ziemlich tief in die Becken hineinfallen.

Herr Brückmann: Ich stelle eine derartige automatische Einrichtung bei mir gern zur Besichtigung. Sie ist sehr einfach und jederzeit einstellbar. Die Klein-

finder-Bewahranstalt hat eine Einrichtung, die von Menschenhand bedient wird und bei der sich häufig Unzuträglichkeiten herausgestellt haben. Es kann allerdings sein, daß die Wasserbassins vor Frost geschützt sein müssen.

Herr Lange: Es handelt sich bei Herrn Brückmann um eine ganz andere automatische Entleerung, wie sie der Herr Stadtbaumeister Osterloh meint. Die von Herrn Brückmann erwähnte Einrichtung kann überall und jederzeit eingestellt werden; es findet dabei eine Spülung und Entleerung des ganzen Systems statt, wie sie auch notwendig ist. Eine Entleerung der Klosetts nach den Pausen, also ganz nach Willkür, ist zu verwerfen und führt zu Unzuträglichkeiten, wie wir sie in der Mädchenschule schon gehabt haben.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Unsere Einrichtung war zuerst in Hamburg eingeführt und wurde von dort warm empfohlen. Es ist mir auch nicht bekannt, daß große Unzuträglichkeiten dabei vorgekommen sein sollen; es ist das unmöglich, wenn der Bedient aufpaßt. Ob eine automatische Einrichtung bei offenen Aborten möglich ist, kann ich nicht sagen. Jedenfalls handelt es sich darum, ob die Wasserzuführung vom Keller aus vor sich gehen kann. Außerdem ist es nicht leicht, eine Kontrolle auszuüben, wenn jedes Kind in der Lage ist, die Vorrichtung zu handhaben.

Herr Meyerhoff: So weit ich die hiesige Einrichtung kennen gelernt habe, hat sie sich sehr gut bewährt. Wenn sie auch nicht automatisch ist, so wird doch durch Öffnen des Schiebers im Moment alles fortgeschafft. Die hiesige Pusarentasferne besitzt eine gleiche Anlage. Jedenfalls gehört zu der automatischen Einrichtung ein frostfreier Raum. Unsere Anlagen in der Schule an der Wilhelmstraße funktionieren vorzüglich und es ist mir auch von einer Störung nichts bekannt; es kann dabei nur durch eine große Bummelerei des Schuldieners etwas vorkommen. Die Exkremente fallen dort direkt in das Wasser, so daß eine Gefahr vor Verseuchung zc. nicht vorliegt. Herrn Blasius möchte ich um Auskunft darüber bitten, ob in dem Wasser schädliche Keime während der kurzen Zeit der Pause zur Entwicklung kommen können.

Herr Wolters: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, die Summe zu bewilligen und die Baukommission zu beauftragen, sich wegen der Ausführung der Anlagen mit der städtischen Bauverwaltung in Verbindung zu setzen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich bin mit dem Vorschlage einverstanden. Ich würde mich schon früher zum Worte gemeldet haben, um zu erklären, daß die hier gegebenen Anregungen bei der Ausführung der Anlage Beachtung finden sollten, wenn mich nicht die Mitteilung des Herrn Stadtbaumeisters Osterloh, daß eine nach dem Wunsche des Herrn Brückmann auszuführende Anlage sich erheblich teurer stellen würde, bedenklich gemacht hätte. Es würde sich daher empfehlen, die Baukommission gleichzeitig zu ermächtigen, auch die etwaigen Mehrkosten zu bewilligen.

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Ich möchte empfehlen, unter diesen Verhältnissen nicht auf eine zu schnelle Ausführung der Anlage zu dringen, weil erst eine genaue Prüfung derselben stattfinden muß. Es ist auch erforderlich, besonders konstruierte Teile dazu zu beschaffen, was sich bis zu den großen Ferien kaum wird bewerkstelligen lassen. Möglicherweise läßt sich die Anlage mit automatischer Entleerung in diesem Jahre überhaupt nicht mehr herstellen, während sich die von der städtischen Bauverwaltung in Aussicht genommene Anlage voraussichtlich noch fertigstellen lassen würde.

Herr Blasius: Bedenken gesundheitlicher Beziehung sind gegen die jetzige Einrichtung nicht vorhanden. Ob die Exkremente 10 oder 15 Minuten später in den Kanal gelangen, hat gesundheitlich gar keine Bedeutung. Da sich das hier verwendete System nicht nur in Hamburg, sondern auch in einer großen Reihe weiterer Städte bewährt hat, so möchte ich vorschlagen, für dies Mal noch das bisherige System zu wählen, damit die Anlage der Wasserklosetts nicht noch um ein Jahr verschoben wird.

Herr Wolters: Wir könnten vielleicht den Zusatz beschließen, das bisherige System wieder zu nehmen, sofern die Baukommission mit der städtischen Bauverwaltung zu der Ueberzeugung gelangt, daß das andere System sich in diesem Jahre nicht mehr einrichten läßt.

Herr Brückmann: Wenn sich Herr Stadtbaumeister Osterloh die Anlage bei mir wird angesehen haben, wird er selbst zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nicht viel teurer sein kann. Lassen Sie uns die vom Magistrate geforderten Kosten um 200 M erhöhen, dann reicht die Summe hin.

Herr Sander: Nach der Ansicht des Herrn Stadtbaumeisters Osterloh ist es nicht möglich, die von Herrn Brückmann empfohlene Einrichtung noch in diesem Jahre herzustellen. Da über unser jetziges Abortsystem aber noch keine Klage geführt worden ist und es sich durchaus bewährt hat, so verstehe ich nicht, weshalb wir zu einem anderen System greifen sollen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission abgelehnt, dagegen der Antrag der Finanzkommission mit dem Zusatzantrage des Herrn Wolters angenommen.

XV. Erweiterung der Freibadeanstalt.

Die zu diesem Zwecke eingesetzte Deputation hat in ihrer Sitzung vom 25. April d. Js. beschlossen, mit Rücksicht auf die Ungewißheit des Bahnhofspjektes und der eventuellen Wiederinbetriebsetzung des alten Wasserwerkes sowohl von einer wesentlichen Erweiterung der Freibadeanstalt, als auch von einer Verlegung der Anstalten nach den Filtern zurzeit abzusehen, vielmehr zu empfehlen, innerhalb des Terrains der Freibadeanstalt die südliche Bude seitlich zu verschieben

und einige neue Buden an diese anzuschließen, so daß zwischen diesen Buden und der Oker resp. dem Bassin ein größerer freier Raum entsteht. Innerhalb dieses Raumes würden Laufbretter oder dergleichen herzurichten, vielleicht auch zwei freistehende Bänke mit Kleiderhaltern aufzustellen sein. Nach dem daraufhin ausgearbeiteten Projekte der städtischen Bauverwaltung würde die vorhandene südliche Bude um etwa 11 m in südlicher Richtung — bis an die Grenze des seither der Freibadeanstalt gehörigen Terrains bezw. an die früher hier befindliche Brücke — verschoben und neben derselben in einem Abstände von 3 m ein neues dreiteiliges Zellengebäude von 9 m Länge und 4,20 m Tiefe vorgesehen, so daß der Zugang zu der alten Bude erhalten bleibt. Der zwischen den beiden Buden befindliche Raum ist rückseitig mit einer Planke abgeschlossen gedacht und durch Aufstellung von Bänken ausgenutzt. In der Mitte des 6 m breiten und 14 m langen freien Raumes zwischen den Zellengebäuden und der Abprungbühne bezw. dem Bassin für Nichtschwimmer sind zwei freistehende Bänke mit Kleiderhaltern angenommen. Die freibleibende Fläche des vorgedachten Raumes sollte mit Lattenrosten abgedeckt werden, wie solche auf den Gängen neben dem Bassin für Nichtschwimmer angebracht sind. Die Kosten der geplanten Erweiterung der Badeanstalt belaufen sich auf 3700 M. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des Projektes und Bewilligung der geforderten Kosten, sowie um sofortige Beratung der Vorlage.

Nachdem Herr Stadtrat Meyer die Vorlage an den ausgehängten Plänen eingehend erläutert hatte, wird in deren sofortige Beratung eingetreten.

Herr Günther: Ich habe dem Vorschlage zugestimmt, obwohl mir die Erweiterung, wie sie in der Vorlage vorgesehen war, nicht genügt. Die kleine Erweiterung der Bassins nach der Stadtseite zu, dazu in schräger Richtung, genügt nicht. Ich halte es für richtiger, wenn eine zweite Badeanstalt gebaut wird. Da der Vorschlag des Magistrates, die Filter des Wasserwerks zu einer Badeanstalt einzurichten, zurzeit nicht in nähere Erwägung gezogen werden kann, weil es noch nicht feststeht, ob der Platz nicht zu den neuen Bahnhofsanlagen erforderlich werden wird, so mußte auch dieses Projekt vorläufig zurückgestellt werden. Ein weiterer Vorschlag, eine Badeanstalt hinter Hollands Garten bei der Biegung der Oker vielleicht als Damenbad anzubringen, wäre recht gut, jedoch läßt sich im Augenblick daran auch nichts machen. Vom Herrn Oberbürgermeister Metemeyer ist in der Kommission ausgeführt worden, der Besuch der Freibadeanstalt sei gar nicht so groß, daß man sagen könne, sie genüge den Anforderungen nicht. Das trifft aber nicht zu. Ich habe mich näher danach erkundigt und erfahren, daß dort täglich bei normalem Wetter schon 200—400 Personen verkehren, aber an den Sonntagen und an den Sonnabend Abenden sollen 1500—2000 Menschen dort sein. Zu dieser Zeit wimmelt es nur so von Menschen im Wasser und das

Badewasser kann dann schon mehr Sauche genannt werden. Eigentlich müßte es verboten werden, dort in solcher Masse zu baden, weil das Wasser geradezu gesundheitsgefährlich ist. Ein einziger Schluck von solchem Wasser kann schon unheilbringend sein. Ich halte deshalb die Errichtung einer zweiten Anstalt für nötig. Meiner Ansicht nach wäre es am Plage, eine weitere Badeanstalt im Norden der Stadt zu bauen, jedoch wurde mir erwidert, daß dieses nicht ausführbar sei, weil das Okerwasser dort zu schmutzig sei, eine Zuführung von Wasser aus dem Kennel mittels Röhren aber außerordentlich teuer sein würde. Ich finde solche Röhrenanlage aber gar nicht zu teuer, wenn wir die Röhren nicht gerade durch die Stadt legen wollen, wo das Pflaster aufgerissen werden muß, sondern wenn wir sie im Okerbett selbst weiterführen. Wenn das auch 50000 M kosten sollte, so ist das Opfer doch für eine solche, die Gesundheit der Bevölkerung fördernde Sache wirklich nicht zu groß. Wir haben neulich für zwei Kirchen eine große Summe bewilligt, obwohl diese bei weitem nicht so besucht werden, wie eine Badeanstalt, denn in der ganzen Woche stehen sie leer und am Sonntag geht niemand hinein; man führt also für große Summen Bauten auf, die nicht benutzt werden, während man hier glaubt, sparen zu müssen. Ich werde mit einem derartigen Antrage deshalb demnächst wieder kommen.

Ferner möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob die am 21. Januar d. Js. — Seite 316 des Berichtes — eingesetzte Deputation hiermit ihre Tätigkeit abgeschlossen hat, oder ob sie noch weiter tätig zu sein hat. Sodann habe ich zu bemerken, daß trotz der sehr vorgerückten Jahreszeit an der Freibadeanstalt noch nicht das geringste geschehen ist, während sie in anderen Jahren schon am 15. Mai eröffnet wurde. Ich möchte deshalb den Magistrat ersuchen, dafür zu sorgen, daß recht bald etwas in dieser Sache geschieht.

Herr Stadtrat Meyer: Die Anfrage des Herrn Günther möchte ich dahin beantworten, daß die Aufgabe der Deputation hiermit beendet ist, da sie nur zu diesem Zwecke eingesetzt worden war.

Herr Günther: Ich stelle dann den Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Errichtung neuer Badeanstalten im Auge zu behalten und sobald als tunlich eine dahingehende Vorlage zu machen.“

Herr Stadtrat Meyer: Ich glaube raten zu sollen, diesen Antrag einstweilen nicht zu stellen, weil der Magistrat die Sache ohnehin im Auge behalten und mit einer Vorlage kommen muß, sobald die Bahnhoffrage geklärt sein wird. Sollte das nicht geschehen, kann immer noch eine Anregung aus der Versammlung erfolgen. (Der Antrag Günther wird zurückgezogen.)

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Die Einrichtung der beiden Badeanstalten wird stets von dem Pächter selbst besorgt, und er zieht Zimmerleute nur insoweit

zu, als er die Arbeiten nicht allein vollführen kann. Bis jetzt ist aber wegen Stellung dieser Leute eine Anfrage bei der städtischen Bauverwaltung noch nicht eingegangen, während das sonst bis Mitte Mai zu geschehen pflegt. Ob die Verzögerung etwa damit zusammenhängt, daß die Oser noch nicht abgelassen war, vermag ich nicht zu sagen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich stelle in Aussicht, daß sich der Magistrat auch dieser Sache annehmen wird.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XVI. Anfrage Koch: Springen der Fontänen auf dem Monumentsplatze.

Die Anfrage lautet:

„Da im vergangenen Jahre die Fontänen des Monumentsplatzes nur Sonntags einige Stunden angestellt worden sind und in diesem Jahre noch gar nicht, so erlaubt sich der Unterzeichnete die Anfrage bei dem Magistrate, aus welchem Grunde diese Unterlassung geschieht?“

Herr Koch (zur Begründung): Schon im vergangenen Jahre ist im Publikum recht oft Klage darüber geführt worden, daß die Springbrunnen des Monumentsplatzes Wochentags überhaupt nicht und Sonntags nur wenige Stunden in Tätigkeit gesetzt werden. In diesem Jahre hat man überhaupt noch nichts davon gesehen. Wir sind aber schon so weit in der Jahreszeit vorgeschritten, der Monumentsplatz prangt jetzt in seinem schönsten Blüten Schmucke, daß man auch die Fontänen endlich in Tätigkeit sehen möchte. Meiner Ansicht nach müssen letztere alltäglich bei schönem Wetter springen, und wir können das auch um so eher erwarten, als das Wasser ja auf städtische Kosten geliefert wird.

Herr Stadtrat Meyer: Ich bin augenblicklich nicht in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, da die Fontänen der Promenadenverwaltung unterstehen.

XVII. Antrag Jasper: Bezeichnung der Bürger im Adreßbuche.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Herausgeber des Adreßbuches unserer Stadt zu veranlassen, in dem Adreßbuche diejenigen Einwohner, welche das Bürgerrecht der Stadt haben, besonders kenntlich zu machen.“

Zur Begründung führt Herr Jasper folgendes aus: Im § 15 der Städteordnung ist angeordnet, welche Gemeindegemeinschaften zum Erwerbe des Bürgerrechtes befähigt und verpflichtet sind. Die Ausführung dieser Bestimmung muß aber kontrolliert werden können. Es wird nun von uns, und in neuerer Zeit auch von Herrn Rathe dahin gestrebt, diese gesetzliche Bestimmung möglichst durchzuführen. Deshalb halte ich es für angezeigt, zur öffentlichen Kenntnis zu bringen,

wer das Bürgerrecht bereits besitzt. In dem Hannoverischen Adreßbuche sind die Bürger z. B. mit einem Stern ausgezeichnet. Der Magistrat muß aber hierbei mitwirken, da er über die Bürgerrolle das Verfügungsrecht besitzt.

Die sofortige Beratung des Antrages wird beschlossen.

Herr Meyerhoff: Ich bitte nicht einen Stern, sondern ein Kreuz als Auszeichnung zu wählen, da wohl fast sämtliche Hausbesitzer Bürger sind und diese durch ein Kreuz besser bezeichnet werden, als durch einen Stern, denn gekreuzigt werden sie namentlich durch unsere famose Steuergesetzgebung in ganz empfindlicher Weise.

Der Antrag wird sodann angenommen,
und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1904/1905.N^o 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Juni 1904.

Tagesordnung:

- | | |
|--|----------|
| I. Erwerb von Grundflächen zum Bau einer Bürgerichule | Seite 97 |
| II. Umgestaltung der Stelle des Kreisbranddirektors | " 106 |
| III. Heranziehung der Warenhäuser u. zu einer Umsatzsteuer | " 113 |

Am Magistratsstische die Herren Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg, Seele und Wagner, sowie Herr Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig. Als Kommissar des Magistrates war bei Punkt I der Tagesordnung zugegen Herr Schuldirektor Professor Schaarschmidt.

Entschuldigt die Herren Ribbentrop, Weichsel und Wesemeier; später erscheinen die Herren Hauswaldt, Rathe, Lange und Riefe.

In der vorausgegangenen gemeinschaftlichen Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten gedachte Herr Stadtrat Haake des vor einigen Tagen verstorbenen Stadtrats Götte, welcher sich in 28jähriger Tätigkeit als Mitglied des

Magistrates um das Wohl der Stadt außerordentlich verdient gemacht habe. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet sodann die Sitzung der Stadtverordneten und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser gegen die Einführung einer Umsatzsteuer für Warenhäuser; ein Exemplar der Eingabe ist dem Referenten für Punkt III der Tagesordnung überwiesen, während die beiden anderen Exemplare zur Verfügung der Versammlung gestellt werden.

2. Einladung des Braunschweiger Schreiber-Garten-Vereins zu der am 19. Juni stattfindenden Feier der Einweihung seines am Rautheimer Wege gelegenen Vereinshauses.

3. Schreiben des Magistrates in Sachen der Bezeichnung der hiesigen Bürger im Adreßbuche. Bekanntlich hatte die Versammlung in der letzten Sitzung — Seite 93 des Berichtes — den Magistrat ersucht, den Herausgeber des hiesigen Adreßbuches zu veranlassen, in diesem diejenigen Einwohner, welche das Bürgerrecht der Stadt erworben haben, kenntlich zu machen. Da auch der Magistrat dem Antrage grundsätzlich zustimmt, so hat er sich mit dem Inhaber der Verlagssfirma Joh. Heinr. Meyer, Herrn Heinrich Kleucker, dieserhalb in Verbindung gesetzt. Wenn auch letzterer trotz der entstehenden Mehrkosten an und für sich nicht abgeneigt ist, die gewünschte Bezeichnung vorzunehmen, so mußte ihm doch darin beigeppflichtet werden, daß die zu machenden Angaben nur dann wirklichen Wert haben, wenn sie zuverlässig und vollständig zu erlangen sind. Aus der Bürgerrolle allein würden sie nicht übernommen werden können, weil die nach der Eintragung vorgekommenen Veränderungen berücksichtigt werden müssen und weil bei gleichlautenden Namen die Feststellung der Persönlichkeit nur durch genaue Wohnungsangabe ausführbar ist. Die Grundlage für letztere bilden die alljährlich Anfang Oktober den Hausbesitzern zugehenden Hausbogen. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Angaben der Beteiligten über die Erwerbung des Bürgerrechtes nur sehr unvollkommen sind, indem die betreffenden Fragen ganz unbeantwortet bleiben oder die gegebene Auskunft häufig den Tatsachen nicht entspricht. Eine sorgfältige Vergleichung mit der Bürgerrolle würde also die notwendige Voraussetzung für die Benutzung der Hausbogen bilden. Für solche Vergleichung dürfte aber ein Zeitraum von ungefähr vier Wochen nötig sein, welcher sich in der Zeit von Mitte Oktober bis zum Jahreschlusse im Steuerbureau wegen anderweiter dringender Arbeiten nicht erübrigen läßt. Eine frühere Verteilung der Hausbogen ist indessen wegen des Umzugstermins am 1. Oktober nicht angängig. Wenn dem Herausgeber des Adreßbuches die Hausbogen erst vier Wochen später als jetzt zur Verfügung gestellt werden, so würde dadurch eine

Verzögerung des Erscheinens des Adreßbuches um dieselbe Zeitdauer eintreten. Hierdurch dürfte aber für den Herausgeber und auch für die hiesigen Einwohner eine erhebliche Benachteiligung entstehen, weil die Kauflust dem Werke gegenüber zweifellos nachlassen würde. — Unter diesen Umständen ist der Magistrat mit dem Herausgeber des Adreßbuches der Meinung, daß die Einfügung der gewünschten Bezeichnungen in zuverlässiger Weise nur durch die Verzögerung des Erscheinens des Adreßbuches um mindestens vier Wochen erkaufte werden könnte und daß ein derartiger Aufschub im allgemeinen Interesse vermieden werden muß; er bedauert deshalb, dem Ersuchen der Versammlung einstweilen nicht entsprechen zu können.

4. Der Magistrat teilt der Versammlung ferner mit, daß er dem am 21. Januar d. Js. — Seite 303 des Berichtes — ausgesprochenen Wunsche, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, daß der Platz auf der Plattform der Straßenbahnwagen hinten rechts frei gelassen werde, bezw. Schaffnerplatz sei, nicht beizutreten vermöge. Nach der Angabe der Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft sind die Plätze rechts und links auf dem Hinterperron die beliebtesten Stehplätze des Publikums, weil man dort vor Zugluft geschützt ist. Würde der Platz dem Schaffner überwiesen, so würde ihn das Publikum sehr vermissen. Die Straßenbahnwagen hätten gegen früher eine vollständig andere Bauart: rechts und links neben der Tür sei eine vorspringende Messingstange oder Holzwand angebracht, die denjenigen, welcher dort stehe, zur Hälfte oder noch mehr decke. Seit Einführung dieser Wagentype sei die Verfügung, daß der Platz rechts auf dem Hinterperron für den Schaffner bestimmt werde, in verschiedenen Städten wieder aufgehoben worden, wenn sie auch in einigen Städten bestehen geblieben sei. — In Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Polizeidirektion hält der Magistrat diese Ausführungen für zutreffend und kann daher dem Antrage der Versammlung keine Folge geben. —

Unmehrer wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Erwerb von Grundflächen zum Bau einer Bürgerschule.

Der Vorstand der städtischen Bürgerschulen hält die Errichtung einer neuen, bis zum Jahre 1906 fertigzustellenden unteren Bürgerschule im Nordwesten der Stadt für erforderlich. Der Magistrat pflichtet dieser Anschauung bei und hat deshalb auf den Erwerb eines geeigneten Grundstücks Bedacht genommen. Von den verschiedenen Angeboten erschien ihm dasjenige des Dekonomen Franz Dreves das vorteilhafteste zu sein. Herr Dreves erklärt sich bereit, seine beiden, an der Nordseite der Hildeheimerstraße gelegenen Pläne zu 36,70 a und 39,30 a der Stadt zum Preise von 6,50 M pro qm zu überlassen und gleichzeitig den Verkauf des angrenzenden Planes A. 169 zu 20 a zu vermitteln. Diese Pläne würden zusammen mit dem der von Kalmischen Stipendienstiftung gehörigen 25,40 a großen

Plane *Nr.* 166 vollauf genügen, um eine 48klassige Schule darauf zu errichten. Für den Plan *Nr.* 169 wurden 7,50 *M.*, für den Plan *Nr.* 166 aber 7 *M.* pro qm gefordert. Da diese Preise dem Magistrate angemessen erscheinen, hat er mit Herrn Dreves und den Eigentümern des Planes *Nr.* 169 einen notariellen Kaufvertrag abgeschlossen.

Was die Größe des zu erbauenden Schulgebäudes betrifft, so würde nach dem augenblicklichen Bedürfnis ein Gebäude mit etwa 24 bis 30 Klassen genügen; jedoch erklärt sich der Magistrat, in Anerkennung der von der Versammlung gelegentlich der Verhandlungen über die Errichtung der Schule an der Comeniusstraße geltend gemachten Gründe mit der Errichtung eines 48klassigen Gebäudes einverstanden. Dieses würde sich sehr wohl so einrichten lassen, daß in ihm eventuell eine untere und eine mittlere Bürgerschule würde untergebracht werden können. Die Zugänglichkeit des Grundstücks ließe sich unschwer dadurch beschaffen, daß eine der angrenzenden Straßen einstweilen nur bis an das Grundstück ausgebaut würde. Auf den Erwerb der dem Schulhofe vom Grundstücke *Nr.* 170 zuzulegenden geringen Teilfläche wird nach der Ansicht des Magistrates bis dahin verzichtet werden können, daß die projektierte Straße *Nr.* 307 ausgebaut wird.

Hiernach gibt der Magistrat anheim, dem Ankaufe der vorbezeichneten vier Grundstücke zuzustimmen.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Blasius: Die Schulkommission hat sich zunächst mit der Frage beschäftigt, ob überhaupt zu Ostern 1906 Platz für neu einzuschulende Kinder geschaffen werden muß. Zurzeit sind etwas über 200 Kinder provisorisch in solchen Klassenräumen untergebracht worden, die nicht eigentlich zu einem Schulgebäude gehören. Sodann wird nach der Statistik der letzten Jahre alle Ostern eine Anzahl von 200 bis 300 Kindern neu einzuschulen sein, so daß bis Ostern 1906 ungefähr 800 Kinder für eine neue Schule vorhanden sein werden. Die Kommission hat demnach einstimmig das Bedürfnis für eine neue Schule anerkennen müssen.

Sodann hat die Kommission sich mit der Platzfrage befaßt. Es ist bekanntlich früher mehrfach in der Versammlung der Wunsch ausgesprochen worden, man möchte in dem südöstlichen Teile der Stadt, dem sogenannten Krähenfelde, eine Bürgerschule unterbringen. Wir haben auch diesen Plan eingehend besprochen; es hat sich jedoch gezeigt, daß wegen der Nähe der Eisenbahn in dieser Gegend ein passender Bauplatz nicht zu finden war und daß außerdem dort eine für eine untere Bürgerschule genügende Anzahl von Kindern nicht vorhanden war. Nach den Mitteilungen des Herrn Professor Schaarschmidt sind in der Gegend nämlich nur rund 500 Schüler vorhanden, eine Zahl, welche eine doppelklassige Bürgerschule nicht zu füllen vermag. Für die Knaben, welche eine mittlere Bürgerschule besuchen, ist die Schule an der Ottmerstraße aber so nahe gelegen, daß deren

Schulweg als nicht zu weit angesehen werden kann. Außerdem ist es nach der Ansicht des Herrn Professor Schaarschmidt auch richtiger, von dem Neubau einer Schule im Krähenfelde solange abzusehen, bis die Bahnhoffrage endgültig entschieden ist. Aus den Akten kann man ferner entnehmen, daß man unter anderem auch in Aussicht genommen hatte, auf dem Terrain an der Hennebergstraße nach der Oker zu eine Schule zu errichten. Der dort liegende Platz würde sich aber für eine Schule nicht eignen, weil er fast 2 m unter dem Straßenterrain liegt und eventuell dem Hochwasser ausgesetzt sein würde. Schließlich blieb nur der in der Vorlage erwähnte Bauplatz übrig, nachdem auch mit verschiedenen Grundbesitzern im Nordwesten der Stadt Verhandlungen über den Erwerb eines Bauplatzes gepflogen waren. Die Kommission hat anerkannt, daß die Lage des betr. Grundstücks sich sehr gut eignet, um eine zweckmäßige Einschulung der Kinder aus der angrenzenden Gegend vorzunehmen und eine Entlastung der nach Osten und Westen zu liegenden Bürgerschule eintreten zu lassen.

Was die Größe der Schule anlangt, so schlägt die Kommission vor, die Errichtung eines Schulgebäudes, welches den zeitigen Bedürfnissen entspricht, im Prinzip zu genehmigen. Es hat keinen Zweck, dort sofort ein 48klassiges Schulgebäude hinzustellen, das kaum zur Hälfte gefüllt wird, sondern man will es der Zukunft überlassen, das Gebäude dem Bedürfnisse entsprechend zu vergrößern. Dagegen empfiehlt die Kommission, den Bauplatz schon jetzt in dem beantragten Umfange zu erwerben. — Hiernach beantragt die Schulkommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Bues: Als die Schule an der Bürgerstraße gebaut wurde, hatte man schon projektiert, eine Schule vor dem Augusttore zu erbauen; bei dem Bau der folgenden Schule wurde von diesem Plane ebenfalls Abstand genommen, weil das Grundstück an der Wendenmashstraße der Stadt bereits gehörte. In der näheren Umgebung der Wendenmashstraße war damals fast kein Kind für die Schule vorhanden und mußten die Kinder von allen Seiten herangezogen werden, um die Schule zu füllen. Darauf kam die Schule an der Comeniusstraße, welche ebenfalls nicht in den Südosten der Stadt gelegt werden konnte und zwar mit der Begründung, weil sie eine mittlere Knabenschule werden sollte, für die es dort an Kindern fehlte. Jetzt soll nun wieder eine Schule in einem entgegengesetzten Stadtteile errichtet werden, nämlich gerade in jener Stadtgegend, welche schon jetzt die meisten Schulen hat. Sehen Sie sich den Stadtplan einmal näher an, dann werden Sie finden, daß im Osten der Stadt von den 18 städtischen Bürgerschulen nur 4 liegen, während die übrigen zum größten Teile dem Westen zugeteilt sind. Hieraus kann man klar entnehmen, daß das Augusttor absichtlich in dieser Weise vernachlässigt wird. Wenn gesagt wird, es fehle dort an Kindern, so will ich darauf nur erwidern, daß ebenfogut, wie jetzt die kleinen Mädchen aus der Gegend

jenseits der Eisenbahn nach dem Prinzenwege zur Schule gehen müssen, man auch von der anderen Seite Kinder hierher kann zur Schule gehen lassen. Ich will also nur konstatieren, daß seit drei Schulbauten das Augusttor zurückgesetzt worden ist.

Herr Blasius: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, als ob absichtlich hier eine Benachteiligung des Augusttorbezirkes stattfinden soll. Wir haben uns in der Kommission lange über diesen Punkt unterhalten und haben alles mögliche versucht, um eine Schule nach der Gegend zu bringen; wenn uns dann aber in der sachlichsten Weise bewiesen wird, daß zurzeit keine Schule dorthin kommen kann, so müssen wir uns eben bescheiden.

Herr Stadtrat Meyer: Auch namens des Magistrates muß ich die Unterstellung des Herrn Bues zurückweisen. Es tut mir leid, daß Herr Bues nicht in der Sitzung der Schulkommission zugegen gewesen ist, sonst hätte er die Gründe genauer gekannt, welche dafür sprachen, zurzeit von der Errichtung einer Schule im Augusttordistrikt abzusehen. Der von Herrn Blasius angeführte Grund, daß es in dieser Gegend an der für eine Schule nötigen Zahl Kinder fehlt, ist allein schon so ausschlaggebend, daß nicht dagegen anzukommen ist. Es wird gerade auf Anregung aus der Versammlung dahin gestrebt, zur Ersparung von Kosten die Schulen so groß wie möglich zu bauen; wollte man nun aber der Anregung des Herrn Bues folgen, so würde man die Gebäude noch kleiner als bisher herstellen. Sobald die Bahnhofsverhältnisse geregelt sein werden, wird man auch im Südosten der Stadt mit der Errichtung eines Schulgebäudes vorgehen und es wird dann auch nicht an Kindern dazu fehlen.

Herr Fiedel: Ich möchte Herrn Bues darin unterstützen, daß für die Errichtung einer mittleren Mädchenschule vor dem Augusttore ein großes Bedürfnis vorliegt. Wer jeden Morgen den vielen Mädchen begegnet, die nach der Innenstadt der Schule zustreben, wird ein solches Bedürfnis anerkennen müssen, auch wenn diese Zahl vielleicht für eine größere doppelklassige Schule nicht ausreichen mag. Ich bitte deshalb, diese Frage nicht aus den Augen zu lassen.

Herr Schuldirektor Professor Schaarschmidt: Als es sich darum handelte, den städtischen Behörden mit Anträgen bezüglich der Erweiterung der unteren Bürgerschulen zu kommen, habe ich vorher die allergenauesten Ermittlungen über die in den einzelnen Stadtgegenden wohnenden Kinder angestellt. Dabei hat sich ergeben, daß aus dem sogenannten Krähenfelde — gerechnet von der Campestraße (einschl.) ab südlich — nur etwa 500 Kinder die untere Bürgerschule besuchen. Im Laufe der letzten Tage habe ich sodann noch Ermittlungen über die aus dieser Gegend die mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder anstellen lassen und gefunden, daß etwa 240 Knaben die mittlere Bürgerschule an der Ottmerstraße besuchen,

während nur etwa 100 Mädchen vorhanden sind, die zu der mittleren Schule am Schulwege gehen. Nun kam es darauf an, festzustellen, wohin die neue Schule am besten gelegt werden könne. Würde man sie im Krähenfelde errichten, so müßte notwendigerweise ein großer Teil derjenigen Kinder, welche vom Krähenfelde aus nördlich wohnen, dorthin eingeschult werden. Dann würde aber wieder der nächstgelegenen unteren Schule an der Leonhardstraße das Schülermaterial fehlen. Man hätte sich also nur so helfen können, daß eine Verlegung verschiedener Schulen vorgenommen wäre, indem man in das Schulhaus an der Leonhardstraße die 4. mittlere Mädchenschule vom Schulwege verlegt hätte, während die erste mittlere Mädchenschule an der Wilhelmstraße nach dem Schulwege gekommen wäre und das Schulhaus an der Wilhelmstraße für eine untere Schule eingerichtet würde. Eine solche Umgestaltung würde sich aber nach vielen Seiten hin als ganz unzutraglich herausstellen. Bei Beantwortung der Frage, wohin man mit dieser neuen Schule gehen sollte, ergab sich dann, daß sich durch die Erweiterung der Stadt im Westen in der Schule an der Sophienstraße eine große Ueberfüllung geltend machte und auch die Gegend in der Nähe der Zutespinnerei eine Ueberbevölkerung zeigte. Diese Umstände wiesen darauf hin, daß man bei der Auswahl eines Platzes für die Schule das Augenmerk auf die Gegend an der Hildesheimerstraße richten mußte. Es kommt bei neuen Schulbauten nicht nur darauf an, eine bestimmte Gegend zu berücksichtigen, sondern es muß zu gleicher Zeit auch dafür gesorgt werden, die übrigen Schulen zu entlasten, weil infolge des immerhin noch großen Zuzuges von außen, den wir alljährlich haben, sich im Laufe des Jahres eine Ueberfüllung in einzelnen Klassen sämtlicher unteren Bürgerschulen geltend macht. Wir stehen nämlich seit einigen Jahren unter der ganz eigenartigen Erscheinung, daß unsere unteren Bürgerschulen sich zwar vermehren und zwar ziemlich stark vermehren — wir haben in diesem Jahre einen Ueberschuß von nahezu 250 Kindern gegenüber dem Abgange gehabt —, daß indessen dieser Ueberschuß nicht etwa in neu eingeschulten sechsjährigen Kindern besteht, sondern daß die Zahl der neu einzuschulenden Kinder sowohl in diesem, als im vorigen Jahre abgenommen hat, während der Zuwachs aus solchen Kindern besteht, die bereits an anderen Orten eingeschult waren, also aus Kindern, deren Eltern hier zugezogen sind. Dagegen ist der Uebergang von Kindern der mittleren auf die unteren Schulen ein verhältnismäßig ganz unerheblicher, der gar nicht in Betracht kommt. Gerade dieser Umstand hat dazu geführt, daß ich dem Schulvorstande vorgeschlagen habe, man möchte das Augenmerk auf die Gegend an der Hildesheimerstraße richten. Man würde dadurch in die Lage kommen, nicht bloß den Ueberschuß auf Jahre hinaus unterzubringen, sondern man würde durch die Verschiebung der übrigen Schulbezirke auch dahin gelangen können, die anderen unteren Schulen der Außen- und Innenstadt zu entlasten. Diesen Erwägungen hat sich der Schulvorstand mit dem

Magistrate und der Schulkommission der Stadtverordneten-Versammlung ange-schlossen.

Herr Günther: Ich gehöre zu den Befürwortern des Baues einer Bürger-schule vor dem Augusttore und bin vielfach dafür eingetreten; ich habe mich jedoch in der Kommissionsitzung davon überzeugt, daß es augenblicklich wegen des Bahnhofsbau'es schwer halten dürfte, dort einen geeigneten Platz zu finden. Die Schuld an der ganzen Kalamität ist aber die Zerteilung unserer städtischen Bürgerschulen, denn bei einer Einheitschule würden wir die Schwierigkeiten nicht haben. Es ist jetzt nun auch die Idee aufgetaucht, eine Doppelschule zu erbauen und darin eine mittlere und eine untere Bürgerschule unterzubringen. Das wäre an sich das richtigste, jedoch müßte dann zwischen den beiden Schulhöfen ja eine recht hohe Wand gezogen werden, damit die Kinder der beiden Schulen nicht mit einander in Berührung kommen können. Der Grundgedanke der Trennung beider Schulgattungen ist doch hauptsächlich der, daß die Kinder der „besseren“ Eltern nicht mit den andern Kindern in Berührung kommen sollen. (Widerspruch.) Der Herr Professor Schaarschmidt schüttelt hierzu allerdings mit dem Kopfe, jedoch kenne ich keinen andern Grund für die Trennung der mittleren und unteren Bürgerschulen, da das Ziel in beiden Schulen dasselbe ist. (Widerspruch.) Es gehen Dummköpfe aus den mittleren Schulen und kluge Jungen aus den unteren Schulen hervor, also spielt bei dem Unterschiede zwischen beiden Schulen nur der Geldbeutel eine große Rolle. Hätten wir es in der Hand, so würden wir dahin wirken, daß die besser gestellten Eltern ihre Kinder auch in die unteren Bürgerschulen schickten, dann würden wir mit einem Schlage die Einheitschule haben. Der Besuch der mittleren Schulen läßt ja schon nach, nur ist der von Herrn Professor Schaarschmidt dafür angeführte Grund nicht richtig. Dieser Grund würde nur dann zutreffen, wenn die Zugezogenen nur Kinder in den mittleren Jahren mitbrächten, neue aber nicht mehr dazu bekämen. Es geht vielmehr ein Zug durch die hiesige Bevölkerung, sich zu sagen, daß die Kinder in den unteren Bürgerschulen dasselbe lernen, wie in den mittleren und sie deshalb ebensogut den unteren Schulen zugeschickt werden können. Wenn alles das, was auf Schul- und Ärzte-Kongressen über diese Frage schon verhandelt worden ist, erst in den Köpfen unserer Herren Pädagogen Platz gefunden hätte, würden wir ebenfalls bald zur Einheitschule kommen. Zurzeit sollen in der Gegend des Augusttor-bezirks nur 500 Kinder der unteren Bürgerschulen wohnen; rechnet man aber die dortigen Kinder der mittleren Bürgerschulen hinzu, so sind es 800 Kinder, für die sich der Bau einer Schule schon lohnen würde, sofern man beide Richtungen zu-sammenfassen wollte. Darum: will man dort eine Schule bauen, so müßte man entweder auf eine sehr große Bevölkerungszunahme rechnen, oder man müßte die beiden Klassen von Schulen zusammenlegen.

Wenn wir noch einige Jahre mit dem Bau einer Schule im Augusttorviertel warten, so werden wir vermutlich — es ist das allerdings eine Zukunftsidee — an der Peripherie der jetzigen Stadtgrenze eine große Schule errichten können, um die Kinder der angrenzenden Dörfer darin mit unterzubringen. Es könnte das natürlich nur geschehen, wenn der Staat ein Beträchtliches zu den Kosten beitragen würde. Damit wäre auch zugleich die Landschulfrage gelöst. In der Kommission ist auch die Rede davon gewesen, daß man die Schule an der Ottmerstraße zu einer unteren Bürgerschule umwandeln könnte und deren jetzige Schüler einer anderen Schule zugewiesen werden könnten; Herr Professor Schaarschmidt hat aber dagegen eingewendet, es sei das nicht tunlich, einmal, weil die Schule zu klein dazu sei und außerdem auch, weil die mittleren Schulen anders gebaut seien, als die unteren. Die mittleren Schulen haben z. B. keine Badeeinrichtungen, ein Fehler, den ich schon oft genug getadelt habe. Auch auf Aerzte-Kongressen ist verschiedentlich ausgeführt worden, daß die Badeanstalten auch für die Kinder der mittleren Schulen notwendig sind. Ich bedaure, daß unter diesen Umständen ein Schulhausbau im Augusttorbezirke von der Schulkommission nicht für möglich gehalten wird. Würde man die Verhältnisse des Bahnhofsbauwerks nicht in Betracht zu ziehen haben, wäre es doch wohl möglich gewesen, dort eine Schule zu errichten. Es wird dieses aber das letzte Mal gewesen sein, daß das Augusttor mit einer Schule umgangen ist.

Herr Nolte: Der Grund, weshalb im Augusttorbezirke jetzt keine Schule gebaut werden kann, ist von verschiedenen Seiten schon dahin präzisirt worden, daß eine genügende Anzahl von Kindern dort nicht vorhanden ist. Die Sachlage wird sich aber ändern, sobald die Bahnhoffrage ihre Erledigung gefunden haben wird. Zu Gunsten der Vorlage möchte ich noch hervorheben, daß hier eine Frucht der Anregung vorliegt, welche Herr Frühling früher einmal gegeben hat. Herr Frühling hat nämlich bei dem Bauprojekte für die Schule an der Comeniusstraße ausgeführt, daß es im Interesse der hiesigen Steuerzahler sehr wichtig sei, künftig größere Schulhäuser zu bauen, weil man dadurch ganz erhebliche Mittel z. B. an Nebengebäuden erspare. Diese Ersparnis dürfte bei Annahme der Magistratsvorlage gegenüber der Errichtung von zwei 24klassigen Schulen etwa 100 000 M betragen. Ein derartiges Objekt dürfte aber schon erheblich genug sein, um die hier gegen das vorliegende Bauprojekt vorgeführten Bedenken zu zerstreuen. Die Sache liegt doch so, daß die beiden Schulen an der Bürger- und Sophienstraße zurzeit schon überfüllt sind und die Schule an der Pestalozzistraße auch bereits voll besetzt ist, während sich die Stadt augenblicklich gerade im Westen sehr stark entwickelt. In etwa zwei Jahren werden dort 600—800 Kinder in den vorhandenen Schulgebäuden nicht mehr untergebracht werden können, so daß eine Unterkunft geschaffen werden muß. Sollte sich aber in absehbarer Zeit eine Schüleranzahl, die zur Füllung einer 48klassigen unteren Schule ausreicht, nicht finden, so läßt

sich dort eine untere mit einer mittleren Bürgerschule verbinden, für welche die nötige Schülerzahl wohl alsbald vorhanden sein wird. Aber selbst, wenn dieses alles nicht zutreffen sollte, so bliebe immer noch übrig, daß man den jetzt anzukaufenden großen Bauplatz an der einen Seite durch Verkauf einiger Bauplätze verkleinerte, und nur ein kleineres Schulhaus auf dem zurückgehaltenen Plaze errichtete, wobei die Stadt noch kein schlechtes Geschäft machen würde. Das spricht aber alles dringend für die Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Koch: Nach den Ausführungen des Herrn Professor Schaarschmidt scheint es mir fraglich zu sein, ob in den Augusttorbezirk überhaupt eine Schule kommen wird. Es tut mir leid, daß dieser Bezirk so stiefmütterlich behandelt wird, denn es ist mir gesagt worden, daß dort die Wohnungen leer stehen, weil vielfach die Mieter erklären, sie wollten ihre Kinder nicht so weite Schulwege machen lassen. Wenn man eine Schule dorthin baut, so werden sich auch schon die nötigen Kinder dazu finden.

Herr Schmidt: Ich möchte einigen praktischen Bedenken gegen die Vorlage Ausdruck geben. Unsere Schulgebäude sind häufig so gelegt, daß sie von drei Straßen umgeben sind. Ob es praktisch ist, das zu tun und auf diese Weise das störende Geräusch dreier Straßen in die Schule zu übertragen, möchte ich bezweifeln. Das hier projektierte Schulgebäude hat 150 m Frontlänge nach der Straße zu; es ist wohl selbstverständlich, daß eine nach der Straße hin gerichtete Fassade besser ausgeführt werden muß, als wenn das Gebäude mit seiner Hauptfront von der Straße abgewendet ist. Wir werden doch wohl mehr und mehr darauf hingewiesen werden, unsere Schulen billiger als bisher zu bauen, da die Lasten schwer zu tragen sind, deshalb könnte man auch in diesem Punkte sparen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte darauf erwidern, daß der vorgelegte Plan nur eine Skizze bedeutet, während das eigentliche Projekt der Versammlung noch vorgelegt werden wird. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Stellung des Gebäudes noch eine andere wird, als hier angedeutet ist.

Herr Bues: Es hat mir fern gelegen, dem Magistrate und der Schulkommission die angedeuteten Unterstellungen zu machen, aber es muß doch wohl zugestanden werden, daß nach den heutigen Verhandlungen viel für meine Ansicht spricht. Wenn Herr Rolte meint, daß nur 500 Kinder für eine Schule in der Umgebung der Wolfenbüttlerstraße vorhanden seien, so ist das richtig, aber die Leute mit Kindern ziehen eben nicht gern in jene Gegend, weil sie wissen, daß dort keine Schule ist. Als die Schule an der Wendenmaischstraße gebaut wurde, fehlte es dort auch an Kindern, aber Herr Professor Schaarschmidt erklärte, man könne aus den angrenzenden Gegenden Kinder dort hinziehen. Nun, mache man es doch vor dem Augusttore ebenso. Es kommt also nur auf den guten Willen an und die Sache ist geregelt.

Herr Jasper: Ich möchte an zuständiger Stelle den Wunsch vortragen, bei der Ausgestaltung dieser Schule die Beschlüsse des Nürnberger Kongresses möglichst zu berücksichtigen. Da Herr Blasius diese Beschlüsse selbst gutgeheißen hat, so wird er auch hier dafür eintreten. Daran, daß die Schule in den Westen der Stadt kommt, wird sich unter den vorliegenden Verhältnissen nicht viel ändern lassen.

Herr Rieke: Wenn eine Stadtgemeinde sich zur rechten Zeit in den Besitz von Schulgrundstücken setzt, so hat niemand etwas dagegen einzuwenden; aber diese Vorlage kommt mir denn doch vor, als ob wir damit überfallen würden. Nicht nur Herr Bues, sondern viele andere mit ihm haben angenommen, daß endlich einmal das Augusttor eine Schule erhalten sollte und nun kommt man mit dieser Vorlage. Wenn ich auch nach den heutigen Erörterungen für das Augusttor nicht eintreten will, so kann ich doch für die sofortige Errichtung einer 48klassigen unteren Bürgerschule an der Hildesheimerstraße nicht stimmen, weil möglicherweise die Zeit kommen kann, daß die Schule leer steht. Sobald nämlich die Bahnhofsfrage entschieden ist, wird man im Westen der Stadt keine neue 48klassige Schule mehr gebrauchen können, weil sich die Bauwut dann mehr der Nähe des Bahnhofs zuwenden wird. Der Baugrund ist an der Hildesheimerstraße allerdings ziemlich billig, aber ich möchte fragen, ob der Platz auf seine Grund- und Bodenverhältnisse schon untersucht worden ist. Ich halte das für sehr nötig, damit wir dort nicht ähnliche Verhältnisse kriegen, wie bei der Schule an der Heinrichstraße, sondern damit die neue Schule auch gesundheitlich auf der Höhe steht. Wenn wir jetzt größere Schulen bauen wollen, so ist das umso notwendiger, als in anderen Städten schon bei Schulen mit 1400 Kindern die Kosten sich auf 200—230 M pro Schüler stellen, während sie bei uns noch 360 M und darüber betragen. Immerhin wäre es richtig, daß eine Stadtgemeinde die Mittel für eine Schule an der rechten Stelle anwendete und da sparte, wo hier das Sparen noch nicht so recht am Platze war. Manche Ausgaben sind allerdings auch dadurch entstanden, daß wir andere Vorschriften für solche Bauten erhalten haben.

Herr Blasius: In der Schulkommission ist gründlich und ausführlich auch über die hygienischen Verhältnisse des Bauplatzes verhandelt worden. Das Grundwasser steht dort 2,20 m unter der Erdoberfläche, der Boden ist reiner, jungfräulicher Sand, also läßt sich nicht das mindeste dagegen einwenden. Herrn Jasper möchte ich erwidern, daß ich selbstverständlich möglichst bestrebt sein werde, die von mir in Nürnberg aufgestellten Grundsätze auch hier zu verfechten; ob sie sich aber immer mit unsern Finanzen in Einklang werden bringen lassen, müssen wir abwarten.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

II. Umgestaltung der Stelle des Kreisbranddirektors.

Der Stadtbaumeister Röttcher hat angezeigt, daß er das ihm am 1. April 1898 übertragene Nebenamt eines Kreisbranddirektors und Kommandeurs der Gesamtfeuerwehr niederlegen werde. Der Magistrat ist nach wie vor der Ansicht, daß die Vereinigung der beiden Ämter eines Kommandeurs der Gesamtfeuerwehr und eines die Baupolizeisachen beim Stadtbauamte bearbeitenden Baubeamten in einer Person durchaus zweckmäßig sei und hat deshalb versucht, Herrn Röttcher zu bestimmen, das erstgedachte Amt weiter zu versehen, zumal der Betrieb des Feuerhilfswesens hier noch nicht den Umfang erreicht hat, daß es dieserhalb geboten erscheinen könnte, das Amt des Branddirektors schon jetzt zu einem selbstständigen zu machen. Nachdem indessen der Genannte erklärt hat, bei seiner Entschließung verharren zu müssen und nachdem ferner die Versuche des Magistrates, unter den übrigen städtischen Beamten einen geeigneten Ersatzmann, der den fraglichen Dienst nebenamtlich versehen könnte, aussindig zu machen, erfolglos geblieben sind, wird nichts anderes übrig bleiben, als den fraglichen Posten schon jetzt im Hauptamte zu besetzen. Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß der betreffende Beamte durch den Feuerhilfsdienst nicht genügend würde beschäftigt werden, und da andererseits durch die Schaffung des neuen Amtes der Stadt erhebliche Mehrkosten erwachsen, so wird es sich empfehlen, dem Inhaber der fraglichen Dienststelle nebenher noch andere Geschäfte zu übertragen, deren Besorgung ihn nicht hindert, sein Hauptamt ordnungsmäßig zu versehen.

In erster Linie würde dabei in Frage kommen die Prüfung und dauernde Ueberwachung der elektrischen Leitungen, die der Stadt künftig übertragen werden soll und eventuell die Annahme eines besonderen Beamten bedingen würde. Da das Stadtbauamt für diese Prüfung und Ueberwachung zufolge der Vorschriften in den §§ 60 und 82 der Landesbauordnung zuständig ist, so würde der Branddirektor in bezug auf diesen Dienstzweig als Hilfsbeamter des Stadtbauamts tätig werden müssen.

Außerdem empfiehlt der Magistrat, nach zuvoriger Verhandlung mit der Herzoglichen Polizeidirektion, der Errichtung und dauernden Unterhaltung eines Wohnungsamtes zuzustimmen, das berufen sein soll, die Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung zu überwachen. Schon gelegentlich der Verhandlungen betreffend Erhebung einer Wohnungsenquete ist allseitig anerkannt worden, daß hier in zahlreichen Wohnhäusern Zustände herrschen, welche die Gesundheit der Bewohner in hohem Maße gefährden, sei es weil die Wohnräume und die darin befindlichen Feuerstätten nicht ordnungsmäßig im Stande gehalten werden oder weil sie zum dauernden Aufenthalte von Menschen überhaupt ungeeignet oder weil sie überfüllt sind. Es erscheint ausgeschlossen, daß die in Fällen dieser Art in

erster Linie zum Eingreifen berufene Herzogliche Polizeidirektion eine so eingehende und dauernde Kontrolle wird ausüben lassen, wie im Interesse der Sache dringend geboten erscheint; dazu fehlt es der genannten Behörde insbesondere an dem nötigen Personale. Nach der Ansicht des Magistrates würde der Leiter des Feuerhilfswesens sehr wohl in der Lage sein, dem Wohnungsamte, das aus ihm und einigen technischen Hilfsbeamten zu bestehen hätte, und mit der Herzoglichen Polizeidirektion bezw. dem Stadtbauamte würde Hand in Hand zu arbeiten haben, vorzustehen, sofern ihm die erforderlichen technischen Kenntnisse nicht fehlen. Daraus folgt, daß zu dem genannten Amte eine Persönlichkeit zu berufen sein würde, die als Baumann oder auch als Ingenieur ausgebildet ist. Wenn aber diese Vorbildung gefordert wird, so muß naturgemäß für die fragliche Stelle auch ein entsprechendes Gehalt ausgeworfen werden. Der Magistrat ist ferner der Ansicht, daß zu diesem Zwecke das im Gehaltstarife für geprüfte Baumeister ausgeworfene Gehalt von 3400—5800 M als angemessen zu erachten ist, wovon etwa die eine Hälfte dem Feuerlöschetat und die andere der Kammereikasse zur Last zu legen sein würde. Die Uebertragung weiterer bezw. anderer Funktionen würde bei Annahme des betreffenden Beamten vorzubehalten sein.

Danach wird anheimgelassen,

der Umgestaltung der bisher im Nebenamte versehenen Stelle des Kreisbranddirektors und Kommandeurs der Gesamtfeuerwehr zu einem Hauptamte zuzustimmen und zur Befoldung des Inhabers das obengedachte Gehalt zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die Finanzkommission schlägt der Versammlung im Einvernehmen mit dem Magistrate eine gegen die Vorlage etwas veränderte Einrichtung vor, indem empfohlen wird, das Amt des Kreisbranddirektors allerdings im Hauptamte zu besetzen, aber damit die beiden in Aussicht genommenen Nebenämter nicht ohne weiteres zu verbinden, damit die Schlagfertigkeit der Feuerwehr und die stete Bereithaltung ihres Leiters nicht darunter leiden. Die Kommission hat es nach Anhörung eines Sachverständigen auch nicht als ausreichend erachtet, daß für die Stelle ein lediglich bautechnisch gebildeter Herr in Aussicht genommen wird, sondern gemeint, eine solche Persönlichkeit zu wählen, die eine spezielle feuerwehertechnische Ausbildung erfahren hat. Auch in auswärtigen Städten werden in dieser Beziehung jetzt höhere Anforderungen gestellt. Es gibt einige Stellen im deutschen Reiche, besonders zeichnet sich hierdurch Berlin aus, die es sich zur Aufgabe machen, Herren in spezieller Weise für den Feuerwehrdienst auszubilden. Solche Herren haben eine bautechnische oder ingenieurtechnische Bildung genossen und werden dann einer speziellen Ausbildung im Feuerwehrdienste, und zwar theoretischer und praktischer Art, unterworfen. Nachdem dieses geschehen ist, werden sie zur

Absolvierung praktischer Dienstleistungen nach anderen Städten mit gut organisierten Feuerwehren geschieht, worauf sie dann eine Prüfung ablegen müssen, die sie im höchsten Maße zur Ausfüllung eines Postens als Branddirektor befähigt. Die Wahl eines derartig vorgebildeten Leiters der Gesamtfeuerwehr ist umsomehr zu empfehlen, als für die Zukunft gewisse Aenderungen in der Organisation unserer städtischen Feuerwehr in Frage kommen können, die durch deren neu zu wählenden Leiter mit zu behandeln sein werden. Die hierbei in Betracht kommenden Fragen betreffen eine Vermehrung der Feuerwehr und auch die Einrichtung von Feuerwachen außerhalb der Tore. So lange sich auch die Dienstleistung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr bewährt haben mag, so ist von ihr doch infolge der verbesserten Einrichtungen der Pflichtfeuerwehr eine gleiche Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit wie von dieser nicht zu erwarten. Andererseits ist aber die Anzahl der Mannschaften unserer Berufsfeuerwehr nicht ausreichend genug, um nicht an deren Vermehrung denken zu müssen. In der Kommission ist von dem Sachverständigen auch darauf hingewiesen worden, daß die Stadt Braunschweig unter den deutschen Städten nach der Zahl ihrer Einwohner zwar erst an 28. Stelle erscheint, daß sie aber nach ihrer bebauten Fläche die 8. Stelle einnimmt. Es wird daher für unsere Feuerwehr nötig sein, in Zukunft mit noch größerer Schnelligkeit als jetzt an Ort und Stelle zu sein.

Wenn nun die Kommission empfiehlt, von einer Verbindung des Amtes eines Kreisbranddirektors mit den in Aussicht genommenen beiden Nebenämtern zunächst abzusehen, so wird sie dabei von dem Gedanken geleitet, daß die Schlagfertigkeit und stete Bereithaltung der Feuerwehr darunter leiden könnte. Die Kommission beabsichtigt dabei also nicht etwa, die Gründung eines städtischen Wohnungsamtes zu hintertreiben, sondern sie bittet nur für den Augenblick davon abzusehen. Bei der Annahme dieses Antrages würde es hinsichtlich der Ueberwachung der Wohnungen beim alten bleiben, so daß die Wohnungs-enquete-Kommission, bestehend aus einem städtischen Baumeister, einem Techniker, einem Arzte und einem Beamten der Herzoglichen Polizeidirektion, in bisheriger Weise ihr Amt weiterführt. Diese Herren haben diejenigen Straßen, bei denen man ungünstige Wohnungsverhältnisse voraussetzt, besucht und Berichte darüber eingereicht. Zuletzt ist nur noch der städtische Techniker mit dem Polizeibeamten tätig gewesen, während man den Arzt und den Baubeamten nur im Notfalle zugezogen hat. Man glaubt außerdem auch, daß ein Herr, welcher eine spezielle feuerwehrtechnische Ausbildung erhalten hat, nicht ohne weiteres imstande sein würde, den Ansprüchen zu genügen, welche an einen gelernten Elektrotechniker gestellt werden müssen. Die Stadt muß aber zur Ueberwachung der elektrischen Leitungen eine Persönlichkeit haben, die in elektrotechnischer Beziehung den Beamten des Elektrizitätswerkes mindestens ebenbürtig ist. In der Finanzkommission ist wohl auch gesagt worden, es ließe sich mit dem

Ämte des Branddirektors vielleicht die Leitung des hiesigen Straßenreinigungswesens verbinden, man hat jedoch darauf erwidert, daß man den guten Gang desselben nicht durch Einschlebung einer neuen Persönlichkeit stören sollte. Die Kommission ersucht, diesen Ausführungen zuzustimmen, im übrigen aber das Gehalt der neuen Stelle nach der Magistratsvorlage festzusetzen.

Herr Stadtrat Meyer: Zu den Vorschlägen der Finanzkommission hat nicht der Magistrat als solcher seine Zustimmung gegeben, sondern ich als Dezernent habe mich dazu geäußert, wenn auch nicht in der von Herrn Wolters angeführten Weise, daß der Branddirektor vollständig mit Nebenämtern verschont werden sollte. Ich stehe vielmehr noch heute auf dem Standpunkte, daß die Tätigkeit des Mannes als Kommandeur der Gesamtfeuerwehr nicht ausreicht, um ihn in absehbarer Zeit voll zu beschäftigen und daß es dem Magistrate vorbehalten werden muß, ihn auch noch mit Nebenämtern zu beschäftigen. Es möge dahingestellt bleiben, ob gerade die Leitung des Wohnungsamtes oder die Ueberwachung der elektrischen Leitungen geeignete Nebenämter sein würden, aber es wird sich schon ein passendes Gebiet finden, in dem der Beamte zum Nutzen der Stadt tätig sein kann. Für ganz ausgeschlossen halte ich die Beaufsichtigung der elektrischen Leitungen durch den Beamten nicht, weil die Vorbildung der Herren eine ganz verschiedene ist, indem sie entweder Baufach oder Elektrotechnik studiert haben. Sollte daher der Magistrat zufällig einen Herrn in Vorschlag bringen, der die Elektrotechnik zu seinem Hauptstudium gemacht hat, so stände doch nichts im Wege, daß er die Beaufsichtigung der elektrischen Leitungen im Nebenamte mit übernehme. Andererseits wird aber der Magistrat keinen Wert darauf legen, daß die Versammlung sich schon heute wegen der Art der Nebenämter bindet, weshalb ich bitte, diese Frage ganz offen zu lassen.

Herr Herzberg: Im großen ganzen bin ich mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden. Meiner Meinung nach dürfen nicht zu viel Ämter auf die Schultern eines Beamten geladen werden, weshalb es sich empfiehlt, den Magistrat zu bitten, dem Herrn höchstens solche Nebenaufgaben zuzuweisen, die seine Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen. Wichtig ist es auch, daß man ins Auge gefaßt hat, die Feuerwehr noch mehr auszubauen und in die Außenstadt Feuerwachen zu legen. Die Abtrennung des Wohnungsamtes von diesem Posten kann ich auch nur billigen, weil die Aufgaben, welche den Leiter des Wohnungsamtes erwarten, so wichtig und weitreichend sind, daß sie eine Arbeitskraft für sich erfordern. Ich möchte indessen den Magistrat ersuchen, aus dieser Abtrennung nicht etwa die Verrechtigung abzuleiten, die Sache des Wohnungsamtes ad calendas graecas hinauszuschieben, sondern deswegen möglichst bald an uns heranzutreten. Ebenso hoffe ich, daß das Ergebnis der Wohnungsenquete mit Hindernissen in der Begründung dieser Vorlage enthalten sein wird.

Herr Födel: Als Vorsitzender der Finanzkommission möchte ich feststellen, daß diese beschlossen hat, den Magistrat zu ersuchen, bei der Ausschreibung der Stelle eines Branddirektors ausdrücklich die eventuelle Uebernahme von Nebenämtern vorzusehen und die Auswahl der Nebenämter von den persönlichen Eigenschaften des demnächstigen Stelleninhabers abhängig zu machen. Hierin liegt dann auch, daß dieserhalb demnächst die Versammlung noch besonders gefragt werden soll.

Herr Jasper: Den Ausführungen des Herrn Herzberg wegen des Wohnungsamtes kann ich nur beipflichten. Die Kommission hat auch beschlossen, diese Sache nicht unter den Tisch fallen zu lassen, sondern sie tunlichst zu fördern. Wenn dem gegenüber aber der Herr Referent sagt, es sollte bezüglich der Wohnungsenquete in alter Weise weiter gearbeitet werden, so ist das insofern nicht richtig, als neuerdings eine Verminderung der Arbeitskräfte in der Enquete-Kommission eingetreten ist. Außerdem würde es auch nicht im Interesse der Sache liegen, wenn in dem alten — man könnte fast sagen — Schlendrian weiter gearbeitet würde. Es liegt dringend im Interesse der städtischen Hygiene, daß eine Aufklärung über die hiesigen Wohnungsverhältnisse gegeben wird, weshalb es sich empfiehlt, nicht in der alten Weise, sondern etwas schärfer die Sache in die Hand zu nehmen.

Bei den Verhandlungen in der Kommission ist es mir sodann zweifelhaft geworden, wie man sich die Ausgestaltung des Feuerwehrwesens gedacht hat. Es wurde erwähnt, daß es vielleicht einer selbständigen Deputation unterstellt werden könnte, ähnlich wie es bei der Straßenreinigung der Fall ist. Ich weiß jedoch nicht, welche Befugnis einer solchen Deputation innewohnt und ob unsere bisherigen Deputationen überhaupt zur Zufriedenheit gearbeitet haben. Gerade bei der Straßenreinigungs-Deputation ist doch wohl nicht alles so bestellt, wie es sein sollte; eine andere, für das Pflegehaus bestellte Deputation besteht aber zurzeit nur aus zwei Herren und ist ihrer Aufgabe auch nicht vollständig gewachsen, so daß deren Erweiterung dringend wünschenswert erscheint.

Herr Stadtrat Meyer: Die Vorlage bezweckt nichts anderes, als zuzustimmen, daß die Stelle eines Branddirektors, welche bisher im Nebenamte verwaltet wurde, in Zukunft im Hauptamte besetzt werden soll, und daß, in der Annahme einer nicht ausreichenden Beschäftigung, ihr noch Nebenämter beigegeben werden möchten. Eine Aenderung der Organisation der Feuerwehr steht hier dagegen gar nicht in Frage, namentlich auch nicht eine Zurückziehung der freiwilligen Wehren; ebenso ist von der Einsetzung einer Deputation für das Feuerwehrwesen in der Kommission nur insofern die Rede gewesen, als angefragt wurde, ob nicht die Feuerwehr auch einer Deputation unterstellt werden könnte, worauf ich glaube geantwortet zu haben, daß das nicht anginge, weil auch der

Staat, nämlich speziell die Herzogliche Polizeidirektion, dabei ein Wort mitzusprechen habe.

Was ferner die Anregung hinsichtlich der Wohnungs-enquete betrifft, so verstehe ich hier den Standpunkt des Herrn Jasper nicht, wenn ich auch den Wunsch teile, daß möglichst schnell in der Sache vorwärts gegangen werden möchte. Nachdem erreicht worden ist, daß eine Wohnungs-enquete durchgeführt wird und daß zu deren Durchführung bestimmte Mittel ausgesetzt sind, kommen Sie damit, es müßten noch mehrere Beamte zu dem Zwecke eingestellt werden. Wir können uns doch freuen, daß wir die Einrichtung überhaupt haben, und es ist nicht richtig, daß jetzt langsamer damit vorgegangen wird, als früher, obwohl jetzt gleichzeitig nur zwei Herren, statt der früheren vier, die Wohnungen besichtigen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß bei zwei Herren die gründliche Besichtigung der Wohnungen schneller vor sich geht, als wenn die Zahl der Besichtigter eine größere ist. Aus diesem Grunde kann ich es aber nicht für so notwendig halten, die Einrichtung eines Wohnungsamtes mit besonderem Nachdruck zu betreiben, zumal dieses erst mit Beendigung der Enquete seine Aufgabe erhält.

Herr Stadtrat von Frankenberg: In bezug auf die Pflegehausdeputation möchte ich bemerken, daß sich die maßgebenden Bestimmungen in dem § 92 des Verwaltungsstatutes befinden. Hiernach besteht die Pflegehausdeputation aus zwei Deputierten der Armendirektion und dem städtischen Oberarmenarzte. Diese Einrichtung hat sich aber durchaus bewährt und es ist ein Bedürfnis nach Abänderung in denjenigen Kreisen, welche sich mit dem Armenwesen bisher eingehend beschäftigt haben, noch nicht hervorgetreten. Wenn eine Deputation für das Feuerlöschwesen eingerichtet werden sollte, so bedürfte es einer Ergänzung des Verwaltungsstatutes.

Vorsitzender: Ich möchte die folgenden Redner bitten, sich etwas strenger an die Materie zu halten und nicht alle möglichen Sachen in die Debatte zu bringen.

Herr Löschigk: Ich muß meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Herr Dr. Jasper alle die in der 4½ stündigen Kommissions-sitzung besprochenen Sachen hier wieder aufrollt, obwohl er, namentlich als Jurist, in den Kommissions-verhandlungen genügende Aufklärung erhalten haben sollte. Ich halte ein solches Vorgehen für die reine Zeitverschwendung und möchte bitten, die Versammlung damit nicht aufzuhalten. In der Welt ist ja bekanntlich nichts vollkommen, bei Ihnen nicht und auch bei der Straßenreinigung nicht; es nützt jedoch nichts, wenn wir uns auch alle Tage darüber ärgern, daß die Straßen noch nicht rein genug sind.

Herr Fiedel: Als Vorsitzender der Kommission muß ich feststellen, daß ich im Anfange der Kommissionsverhandlungen an den Sachverständigen die Frage

richtete, ob es nicht möglich sei, über das Feuerwehrewesen eine Deputation zu setzen. Als dieser erklärte, daß das untunlich sei, ist die Frage überhaupt nicht wieder erwähnt worden, und die Finanzkommission als solche hat jedenfalls nicht daran gedacht, dem neuen Branddirektor eine Deputation vorzusetzen.

Herr Wolters: Bezüglich des Wohnungsamtes möchte ich den Ausführungen noch hinzufügen, daß der Bautechniker Grebe von der städtischen Bauverwaltung nach wie vor in die Wohnungen geht und über deren Befund berichtet, daß also die Enquete ihren regelrechten Fortgang nimmt.

Herr Herzberg: Ich muß mit einigen Worten auf die hier angeschnittenen Sachen eingehen, obwohl es der Herr Vorsitzende nicht wünschte.

Vorsitzender: Das kann ich zu meinem Bedauern nicht mehr zulassen, da uns eine derartige Debatte von der zu verhandelnden Materie zu weit abbringt. Es ist das allerdings von anderer Seite auch geschehen, aber wenn solche Nebenfragen in der Debatte einmal angeschnitten werden, so läßt wohl jeder Vorsitzende deren Verührung zu, wenn sich daran aber lange Debatten knüpfen und der eigentliche Hauptverhandlungsgegenstand nur so nebenbei erledigt werden soll, so muß ich dagegen Protest erheben. Außerdem bin ich auch nur ein schwacher Mensch, der zur Einsicht des Guten wohl einmal zu spät kommt und nicht sofort ein Abschweifen von dem zur Verhandlung stehenden Gegenstande bemerkt.

Herr Jasper: Ich muß entschieden widersprechen, daß Herr Wolters den Beschluß der Finanzkommission vollständig wiedergegeben hat, denn sie hat weiter beschlossen, daß der Magistrat ersucht werden solle, die Einrichtung des Wohnungsamtes nicht aus den Augen zu lassen. Es scheint fast, als ob die Äußerung des Herrn Vorsitzenden wegen des schwachen Menschen auch sonst noch zutrifft.

Herr Wolters: Ich glaube ausdrücklich gesagt zu haben, daß die Finanzkommission keineswegs der Meinung sei, das Wohnungsamt damit unter den Tisch fallen lassen zu wollen. Deutlicher kann man sich doch wohl nicht ausdrücken.

Herr Jüdel: Ich muß feststellen, daß wir ausdrücklich sagten, wir wollten mit diesem Beschlusse keineswegs beabsichtigen, die Wohnungsenquete künftig nicht fortzuführen.

Herr Jasper: Derartige Äußerungen sind unerheblich, wenn sie nicht die Versammlung zum Beschlusse erhebt. Jedenfalls kann man verlangen, daß auch diese Klausel mit zur Beschlußfassung gestellt wird.

Vorsitzender: Ich möchte Ihnen vorschlagen, folgendes zu beschließen: Die Umgestaltung der Stelle des Kreisbranddirektors und Kommandeurs der Gesamtfeuerwehr zu einem Hauptamte wird genehmigt, die in der Magistratsvorlage vorgesehene Nebenbeschäftigung dieses Beamten wird ausgeschieden, es werden vielmehr Vorschläge wegen der Uebertragung von Nebenbeschäftigungen noch erwartet, und das magistratsseitig beantragte Gehalt wird bewilligt. Schließlich befür-

wortet die Versammlung noch besonders, daß durch die Abtrennung der Leitung des Wohnungsamtes von diesem Hauptamte keineswegs die Meinung aufkommen darf, daß die Wohnungsenquete stocken soll, sondern daß die Versammlung im Gegenteil eine kräftige Förderung dieser Angelegenheit wünscht.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

III. Heranziehung der Warenhäuser etc. zu einer Umsatzsteuer.

Durch das Landesgesetz *N* 23 vom 28. März d. J. ist den Gemeinden die Befugnis erteilt, stehende gewerbliche Unternehmungen, welche von den Grundsätzen und Formen, unter denen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen, und welche geeignet erscheinen, die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen, zu einer besonderen Gemeindegewerbsteuer (Umsatzsteuer) heranzuziehen. Wenn dies geschieht, so ist nach § 6 des Gesetzes der Ertrag der Steuer zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks zu verwenden, und zwar in der Weise, daß zwei Drittel von dem Ertrage der Steuer der Gemeinde, welche sie erhebt, zur Erfüllung des obigen Zweckes überlassen werden, während ein Drittel auszufondern und an die Staatskasse abzuführen ist, um nach Bestimmung des Herzoglichen Staatsministeriums dem Interesse des gesamten Handwerks und Kleinhandels des Herzogtums zu dienen.

Der Magistrat hält die gesetzgeberische Absicht, Mittel zu finden, um dem Handwerk und dem Kleinhandel in den heutigen schwierigen Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnissen emporzuhelfen, für richtig, wenn er auch anerkennt, daß es zweifelhaft sein mag, ob nicht von diesem Standpunkte aus eine ohne weiteres maßgebende landesrechtliche Vorschrift den Vorzug gegenüber der Hinweisung auf Beschlüsse der Gemeindebehörden verdient hätte. Nachdem aber der letztgenannte Weg im Gesetz eingeschlagen ist, meint er, daß man etwaige Wünsche wegen der Zweckmäßigkeit eines anders gearteten Vorgehens zurückstellen und mit den sogleich zu erörternden Einschränkungen von der erteilten Befugnis Gebrauch machen solle. Da die Landtagsverhandlungen über die Umsatzsteuer und das dabei vorgebrachte Für und Wider noch allgemein in frischer Erinnerung sein werden, so will sich der Magistrat zur Begründung der Sache auf den Hinweis beschränken, daß es der Billigkeit und den Grundsätzen des wirtschaftlichen Ausgleichs wohl am meisten entspricht, wenn die Aufwendungen, welche zur Förderung der genannten, gefährdeten Gewerbszweige gemacht werden sollen, zum großen Teil von denjenigen Geschäftsinhabern aufgebracht werden, deren Betriebsweise ganz besonders Kleinhandel und Handwerk mit Schädigungen bedroht.

Bedenklich würde es indes nach seinem Dafürhalten sein, wenn man alle in § 1 Absatz 2 des Gesetzes beispielsweise angeführten Geschäfte zu der Steuer heran-

zöge. So berechtigt die Maßregel gegenüber den unter Absatz 1 daselbst fallenden Großbetrieben des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser, den Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarken-Geschäften und ähnlichen, sowie den Zweiggeschäften auswärtiger Betriebe ist, so erblickt er in den Vereinen zur Herstellung von Gegenständen und zu deren Verkauf auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften) und den Vereinen zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Abfaß im kleinen (Konsumvereine) grundsätzlich gesunde Gebilde, die durch Ausschaltung des Zwischenhandels die Vermögenslage ihrer Mitglieder zu verbessern bemüht sind. Die beiden erwähnten Vereinsarten wünscht er deshalb, soweit nicht im Ausnahmefalle von ihnen ein Großbetrieb nach Art der Warenhäuser eingerichtet und deshalb von anderen Gesichtspunkten aus die Erhebung der Umsatzsteuer geboten ist, von dieser frei zu lassen. Es spricht hierfür auch die fernere Erwägung, daß die Veranlagung der Steuer auf Antrag der Gemeinde durch die staatliche Aufsichtsbehörde nach deren billigem Ermessen erfolgen soll, und daß die Staatsbehörde, wie in den Landtagsverhandlungen ausdrücklich hervorgehoben ist, das Recht hat, den ihr zu niedrig erscheinenden Besteuerungsvorschlag der Gemeinde entsprechend bis zu der allgemein maßgebenden Höchstgrenze von 2 v. H. des Umsatzes zu erhöhen (vergl. Sitzungsbericht Nr. 20 vom 17. März 1904 S. 427). Eine Entscheidung über die Abstufung der Umsatzsteuer bei den in üblicher Art betriebenen Konsumvereinen im Vergleich zu Warenhäusern würde also den Gemeindebehörden nicht zustehen, und wenn der Magistrat auch das Vertrauen zu den staatlichen Dienststellen hat, daß sie möglichst mit seinen Vorschlägen im Einklange zu bleiben bemüht sein werden, so ist doch eine unbedingte Gewähr dafür bei dem Wechsel der Menschen und Meinungen nicht gegeben. Der Magistrat vermag auch ein dringendes Bedürfnis, die Konsumvereine schlechthin den Warenhäusern gleichzustellen, nicht anzuerkennen, selbst wenn dabei die Höhe der Heranziehung zur Umsatzsteuer vorbehalten bleiben würde.

Was die Feststellung der einzelnen zur Umsatzsteuer heranzuziehenden Betriebe anlangt, so wird die Versammlung in der Voraussetzung der Zustimmung zu den vorstehenden Ausführungen ersucht, zur leichteren Handhabung der Veranlagung die Finanzkommission zu ermächtigen, mit dem Magistrat über diejenigen Betriebe, welche nach beiderseitigem Dafürhalten unter das Gesetz fallen, und über die in Vorschlag zu bringende Höhe der Steuer Beschluß zu fassen. Nach Maßgabe dieser Beschlüsse wird alsdann magistratsseits eine Liste aufgestellt und der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Entscheidung darüber vorgelegt werden, ob und inwieweit die Heranziehung der darin genannten Betriebe zur Umsatzsteuer statthaft ist. Soweit die Entscheidung der Aufsichtsbehörde die Zulässigkeit der Steuer an sich betrifft, steht gegen dieselbe den städtischen Behörden wie den Beteiligten die Klage bei

Herzoglichem Verwaltungsgerichtshofe offen, während die aufsichtsbehördliche Bestimmung über die Höhe der Steuer von beiden Teilen durch Beschwerde an Herzogliches Staatsministerium angefochten werden kann.

Da § 8 des Gesetzes bezüglich der Bekanntmachung und der Zeit der Entrichtung der Steuer auf § 58 Abs. 2 ff. und § 59 des Gemeindeabgabengesetzes verweist, so wird empfohlen, an die Stelle der Bekanntmachung der Steuer durch Auslegung der Hebeliste eine besondere Mitteilung an jeden einzelnen Pflichtigen anzuordnen (§ 58 Abs. 4 daselbst) und über die Fälligkeit der Steuer die Bestimmung zu treffen, daß dieselbe in vierteljährlichen Beträgen gleichzeitig mit dem in demselben Kalendervierteljahr fällig werdenden Betrage der Gemeindegewerbesteuer bei der Kasse einzuzahlen ist (§ 59 Abs. 1 ebenda).

Was endlich die Verwendung der endgültig bei der Stadtgemeinde verbleibenden zwei Drittel des Steuerertrages betrifft, so soll dabei nach der Begründung des Gesetzes als Grundsatz gelten, daß die Beträge dem Kleinhandel und dem Handwerk gleichmäßig zu gute kommen sollen, und daß sie, soweit sie für die regelmäßigen jährlichen Aufwendungen nicht gebraucht werden, für bestimmte größere Verwendungen zurückgelegt werden können.

Unter den zu fördernden Bestrebungen hat die Regierungsvorlage unterschieden:

- 1) die Hebung des Gemeinns und des Standesgefühls im Kleinhandel und Kleingewerbe (Vereins- und Innungswesen, Unterstützung von Hilfs-einrichtungen und dergl.);
- 2) die Steigerung der geschäftlichen Tüchtigkeit der Kleinkaufleute und Handwerker (Ausbau des Lehrlingswesens, Ausgestaltung des Fortbildungs- und Fachschulwesens; Fachkurse, Meisterkurse, Unterstützung einheimischer und Beschickung auswärtiger Fachausstellungen, Verleihung von Preisen für besondere Leistungen, Gewährung von Stipendien und dergl.);
- 3) die wirtschaftliche Stärkung der Einzelnen durch Zusammenschluß der Kleinkaufleute und Handwerker (Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Werkgenossenschaften, Kredit- und Hilfsvereine, gemeinsame Beschaffung von Maschinen u. a. m.).

Wenn auch nach der magistratsseits in nahe Aussicht genommenen Einführung des Fortbildungszwangs für gewerbliche Lehrlinge und Arbeiter unter 18 Jahren, welcher Maßregel der Fortbildungsschulzwang für kaufmännische Angestellte bereits seit Jahren vorangegangen ist, die Aufwendungen für das Fortbildungsschulwesen den Ertrag der Umsatzsteuer am stärksten für sich in Anspruch nehmen werden, befinden sich doch unter den ferner aufgezählten, der Förderung für würdig bezeichneten Bestrebungen verschiedene Aufgaben, denen wir je nach Maßgabe der

verfügbaren Mittel, über deren Höhe sich ein sicheres Urteil heute noch nicht gewinnen läßt, Unterstützung angebreiten zu lassen für wünschenswert halten. Es wird deshalb ratsam sein, den der Stadt zufließenden Steuerertrag bei der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen einstweilen zu vereinnahmen und den städtischen Behörden die Bestimmung über die dem Gesetz entsprechende Verwendung vorzubehalten.

Von dem Erlasse eines Statuts wird im Hinblick auf die Erklärungen, welche regierungsseitig im Landtage abgegeben sind (Sitzungsbericht Nr. 18 vom 15. März 1904 S. 377) Abstand genommen werden dürfen, zumal da es sich bei der Neuheit der Einrichtung um einen Versuch handelt, über dessen Ausgestaltung in den Einzelheiten Erfahrungen gesammelt werden müssen.

Die Versammlung wird hiernach ersucht, den folgenden Grundsätzen über Erhebung einer Umsatzsteuer zuzustimmen.

G r u n d s ä t z e

über die Heranziehung der Warenhäuser usw. zu einer Umsatzsteuer
in der Stadt Braunschweig.

1. Auf Grund des Landesgesetzes Nr. 23 vom 28. März 1904 werden folgende hiesigen gewerblichen Unternehmungen:

- a. Großbetriebe des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser,
- b. Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarkengeschäfte und ähnliche,
- c. Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe

zu einer besonderen Umsatzsteuer herangezogen, wenn sie von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen und geeignet erscheinen, die in der Stadt Braunschweig ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen.

Auf Produktionsgenossenschaften und Konsumvereine erstreckt sich die Heranziehung nicht, falls nicht ihr Geschäftsbetrieb unter a.-c. des vorstehenden Absatzes fällt und auf ihre Betriebsweise die soeben angeführten Voraussetzungen zutreffen.

2. Die Heranziehung erfolgt auf Grund einer Liste, die der Stadtmagistrat im Einverständnis mit der Finanzkommission der Stadtverordneten aufstellt und in welcher außer den Namen der betreffenden Geschäfte die Höhe der vorgeschlagenen einzelnen Steuerbeträge anzugeben ist. Diese Liste wird der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorgelegt. Die Einlegung der zulässigen Rechtsmittel bleibt dem Stadtmagistrate überlassen.

3. Die Bekanntmachung der Umsatzsteuer gegenüber den einzelnen Pflichtigen erfolgt durch besondere Mitteilung an jeden derselben.

4. Die Umsatzsteuer ist in vierteljährlichen Beträgen gleichzeitig mit dem in demselben Kalendervierteljahr fällig werdenden Betrage der Gemeindegewerbesteuer bei der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen einzuzahlen. Soweit die Ausschreibung verspätet erfolgt, hat der Stadtmagistrat den Fälligkeitstag anderweit im Ausschreiben zu bestimmen.

5. Die eingezahlten Beträge der Umsatzsteuer werden bei der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen mit zwei Dritteln vereinnahmt, während ein Drittel an die Staatskasse abgeführt wird.

Die städtischen Behörden werden über die dem Gesetze entsprechende Verwendung der vereinnahmten Beträge je nach Bedarf Bestimmung treffen.

6. Die vorstehenden Grundsätze treten vom 1. Juli 1904 ab in Wirksamkeit, mit der Maßgabe, daß die Vorbereitung der von da ab erfolgenden Heranziehung zur Umsatzsteuer schon vorher beginnen kann.

Herr Wolters (als Berichterstatter der Finanzkommission): Das Gesetz beginnt mit den Worten: „Die Gemeinden sind befugt.“ Dies ist in doppeltem Sinne zu verstehen. Die Versammlung hat sich zunächst prinzipiell darüber zu entscheiden, ob man überhaupt willens ist, das Gesetz anzuwenden. Die Regierung erwartet eine solche Erklärung der städtischen Behörden, sie wird im Falle der Ablehnung voraussichtlich zu weiteren Maßnahmen, zum Erlaß eines neuen Gesetzes schreiten, wonach der Staat Umsatzsteuern erhebt. Kommt die Versammlung zur Bejahung der prinzipiellen Frage, so ist eine weitere Entscheidung darüber zu treffen, ob alle im § 1 Abs. 2 genannten Geschäftsgruppen, wenn die gesetzlichen Merkmale des § 1 Abs. 1 erfüllt sind, der Umsatzsteuer unterworfen werden sollen, oder ob einige jener Gruppen, z. B. die letzten beiden, d und e, gleichviel ob die gesetzlichen Merkmale des § 1 Abs. 1 erfüllt sind oder nicht, von der Besteuerung überhaupt ausgeschlossen werden sollen. Da es sich hier um die Anwendung oder Nichtanwendung eines ganzen Gesetzes handelt, so halte ich es für nötig, zunächst in großen Zügen den Inhalt dieses Gesetzes hier vorzuführen.

Preußen und Bayern haben eine entsprechende Staatssteuer eingeführt, während Württemberg und Sachsen den Gemeinden die fakultative Erhebung der Steuer überlassen. Es ist auch im braunschweigischen Landtage erwogen worden, ob nicht eine Staatssteuer eingeführt werden möchte, jedoch ist die Entscheidung dahin gegangen, daß die fakultative Einziehung der Steuer durch die Gemeinden vorzuziehen sei. Die Freunde der Staatssteuer hatten gemeint, daß eine Gemeinde vielleicht ein solches gewerbliches Unternehmen nicht besteuere, das weniger die eigene Gemeinde als den weiten Umkreis schädige. Da müsse der Staat eingreifen können. Es sei auch möglich, daß gerade die städtischen Behörden in

Braunschweig beschließen könnten, solche Steuer überhaupt abzulehnen. Auf beide Einwände ist die Antwort bereits im Landtage erteilt. Dem Selbstverwaltungsrechte entspricht es, die Erhebung auch einer solchen Steuer zunächst den Gemeinden freizustellen. Macht die hiesige Gemeinde nicht davon Gebrauch, so ist freilich eine andere Frage, ob nicht der Staat seinerseits weitere gesetzgeberische Maßregeln ergreifen wird und muß. Am besten können die Gemeinden über Veranlagung und Verwendung urteilen.

Bei der Frage, welche gewerblichen Unternehmungen der Steuer unterworfen werden sollen, sind die einzelnen Bundesstaaten auch verschieden vorgegangen. Von Preußen ist eine schematische, allerdings klare und präzise Einrichtung getroffen dahingehend, daß es sämtliche im Kleinhandel und Kleingewerbe üblichen Verkaufsgegenstände in vier große Warengruppen einteilt und sagt, diejenigen Handlungen, welche Waren aus mindestens zwei dieser Warengruppen führen und einen Jahresumsatz von mindestens 400 000 M. haben, unterliegen der Steuer. Dabei bleibt es gleich, ob es sich um Warenhäuser, um Produktivgenossenschaften, um Konsumvereine usw. handelt; soweit sie Gewerbesteuer zahlen, sind sie auch der Umsatzsteuer unterworfen. In Bayern findet eine Veranlagung nach der Art des Geschäftsverfahrens statt. Es soll das ethische Moment berücksichtigt werden, ob gewerbliche Unternehmungen gewisser Art illoyal betrieben werden oder nicht, folgerichtig werden dort nur gewisse Gruppen von Warenhäusern, z. B. Versandgeschäfte, zur Steuer herangezogen, während Konsumvereine und Produktivgenossenschaften davon befreit bleiben. Das braunschweigische Gesetz sagt im § 1:

„Die Gemeinden sind befugt, stehende gewerbliche Unternehmungen, welche von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen, und welche geeignet erscheinen, die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen, neben den nach dem Gewerbesteuergesetz vom 27. März 1893 *Nr.* 4 und dem Gemeindeabgabengesetz vom 11. März 1899 *Nr.* 12 zu erhebenden Gewerbesteuern, zu einer besonderen Gemeindegewerbesteuer (Umsatzsteuer) heranzuziehen.“

Das Gesetz stellt also verschiedene Voraussetzungen auf, bei deren Zusammenreffen gewerbliche Unternehmungen der Umsatzsteuer unterliegen. Dabei ist die bayerische Berücksichtigung des ethischen Moments über Bord geworfen und es als gleichgültig angesehen, ob es sich um einen loyalen oder einen illoyalen Geschäftsbetrieb handelt. Auch sind Regierung und Landtag folgerichtig vorgegangen und haben das Gesetz auf die Produktivgenossenschaften und die Konsumvereine ausgedehnt. Während die erste der drei Voraussetzungen, das Abweichen in den Grundsätzen, die kaufmännische Idee, die Tendenz eines Unternehmens im

Auge hat, so besteht das zweite gesetzliche Merkmal darin, daß ein zur Steuer zu veranlagendes gewerbliches Unternehmen von den Formen, unter denen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen muß. Es wird in vielen Fällen die Verschiedenartigkeit und die unnatürliche Zusammendrängung von Verkaufsgegenständen dabei in Frage kommen. So wird man als dem Handelsgebrauch zuwiderlaufend betrachten, wenn in einem Geschäfte z. B. neben Glas- und Porzellanfachen auch Apfelsinen, Unterhosen, Siringe, Klaviere, Photographien zc. zu haben sind. Neben der Verschiedenartigkeit kann es aber auch als ein Abweichen von den Formen des regelmäßigen gewerblichen Geschäftsbetriebes angesehen werden, wenn Handel oder Gewerbe nur einen Gegenstand betrifft, z. B. wenn mehrere tausend Personen gemeinschaftlich eine Schlachterei betreiben oder ein Lebensmittel, z. B. Brot, fabrizieren würden. Das dritte gesetzliche Merkmal geht dahin, daß das gewerbliche Unternehmen geeignet sein muß, die übrigen anfassigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen und zwar dem Grade nach und auch der Ausdehnung nach. Gemeint ist darunter der ruinöse Einfluß auf die anderen Geschäfte. Das Gesetz fordert nicht den Nachweis der Schädigung, sondern läßt es genügen, wenn das Unternehmen durch seine Art und Einrichtung dazu im Stande ist.

Im § 1 des Gesetzes heißt es sodann weiter: „Einer solchen Steuer können „unter den genannten Voraussetzungen“ „beispielsweise“ unterworfen werden:“ und nun fügt das Gesetz fünf Geschäftsgruppen an. Diese sollen die möglichen Fälle keineswegs erschöpfen. Stets müssen aber die drei gesetzlichen Voraussetzungen zu gleicher Zeit zutreffen. Die erste Gruppe (a) betrifft die Großbetriebe des Kleinhandels also nur dann, wenn sie nach Art der Warenhäuser eingerichtet sind und wenn sie zugleich die gesetzlichen Merkmale erfüllen. In ländlichen Gemeinden ist es sehr wohl gebräuchlich, daß in einem Geschäfte Verkaufsgegenstände der verschiedensten Art vorhanden sind, weil sich dort Einzelgeschäfte nicht halten können; diese Art von Geschäften will man aber nicht der Steuer unterwerfen. Sodann Gruppe b: Nicht jedes Abzahlungsgeschäft soll getroffen werden, sondern es sollen diejenigen ausgeschlossen sein, bei denen der Abzahlungsmodus gebräuchlich ist, z. B. in der Klavierindustrie, der Nähmaschinenindustrie, bei buchhändlerischen Unternehmungen, welche Konversationslexika zc. auf Abzahlung verkaufen usw. Man beabsichtigt vielmehr, solche Geschäfte zu treffen, bei denen die Abzahlung dem Normalbetriebe anderer Geschäfte zuwiderläuft, wie z. B. bei Luxuswaren u. dergl. Auch bei der Besteuerung der Versteigerungsgeschäfte denkt man z. B. nicht das ehrsame Gewerbe der Auktionatoren zu treffen, sondern nur solche Geschäfte, die von der Versteigerung von Ramschwaren, Partiewaren zc. fortgesetzt leben. Hinsichtlich der

Ausverkaufsgeschäfte will man nicht auch solche treffen, die vielleicht am Schlusse des Jahres oder der Saison einen Ausverkauf veranstalten, sondern nur solche, die fortgesetzt Ausverkäufe veranstalten und lediglich hiervon leben. Als Rabattmarkengeschäfte im Sinne des Gesetzes sind nicht solche anzusehen, welche nur Rabattmarken als Dividendenausweis für ihre Kunden ausgeben, sondern welche durch die Ausgabe von Rabattmarken den Kundenkreis nach einzelnen Geschäften hinlenken wollen. Was die Gruppe c, die „Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe“, anlangt, so soll nicht etwa jedes auswärtige Geschäft, welches hier eine Filiale betreibt, getroffen werden. Das Unterhalten von Filialen kann bei Unternehmungen der in Frage kommenden Art ebenso natürlich und notwendig sein, wie bei Versicherungsgesellschaften, der Reichsbank u. d. Das Gesetz will nur solche Zweiggeschäfte treffen, die von einem auswärtigen Muttergeschäft abhängen und sich hier der Besteuerung entziehen. Der entscheidende Gesichtspunkt ist hierbei die wirtschaftliche Einheit des auswärtigen Stammgeschäftes mit den einheimischen Filialgeschäften. Es ist gleichgültig, ob das heimische Zweiggeschäft unter derselben Firma auftritt oder ob es vorgeschobene Inhaber aufweist. Insbesondere soll also auch das Strohmännchen getroffen werden.

Der Wortlaut der Punkte d und e des braunschweigischen Gesetzes entspricht allerdings genau dem Wortlaute des Reichsgesetzes für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom Jahre 1892, trotzdem bedeutet aber das Wort Produktivgenossenschaften in beiden Gesetzen nicht ganz dasselbe. Bei dem Reichsgesetze umfaßt der Paragraph nicht nur solche Produzenten, welche Artikel fabrizieren und auf gemeinschaftliche Rechnung verkaufen, sondern auch Konsumenten die produzieren, während das braunschweigische Gesetz nur die letzte dieser Gruppen umfaßt. Zur Vermeidung von Zweifeln ist schon im Landtage eine authentische Interpretation des Ausdrucks gegeben und gesagt worden, es handle sich nur um Vereinigungen von produzierenden Konsumenten. Selbstverständlich ist auch hier nur eine Veranlagung zur Umsatzsteuer möglich, wenn die im § 1 des Gesetzes hervorgehobenen allgemeinen gesetzlichen Merkmale zutreffen. Ebenso soll (e) nicht jeder Konsumverein ohne weiteres zur Steuer herangezogen werden. Auf dem Lande kann z. B. die Bildung eines Konsumvereins nötig sein, und es wäre ungerecht, solche Vereine zu einer besonderen Steuer heranzuziehen.

Ich komme nun zu der Steuerveranlagung und der Steuererhebung. Die Besteuerung tritt erst auf Antrag der Gemeinde ein. Geht dieser Antrag nicht voran, so ist die Aufsichtsbehörde nicht in der Lage, eine Besteuerung vorzunehmen. Der Maßstab für die Besteuerung ist der Umsatz. Das Gesetz trifft die empfindliche Stelle, da es sich meist um Massenartikel handelt. Preußen erhebt eine Skala, die bei 400 000 M. Umsatz beginnt und von 100 000 M. zu 100 000 M. steigt. Das braunschweigische Gesetz macht einen individuellen Unterschied und gibt der

Aufsichtsbehörde einen dehnbaren Maßstab an die Hand, indem es sagt, die Warenhäuser zc. können bis zu 2 % vom Umsatze herangezogen werden, je nach dem Umfange der Schädigung gegenüber dem Kleingewerbe.

Bezüglich der Verwendung der Gelder tritt hier ein neuer Gesichtspunkt in die Erscheinung, der sich in den Gesetzen der übrigen deutschen Bundesstaaten nicht vorfindet. Das braunschweigische Gesetz schreibt im § 6 vor, daß der Steuerertrag verwendet werden muß zugunsten des nothleidenden Kleinhandels und Kleingewerbes. Die übrigen Bundesstaaten gehen anders vor, indem Preußen und Bayern den Erlös der Staatskasse überweisen, während die übrigen Staaten ihn den Gemeindefassen zuführen. Im übrigen ist unsere Staatsbehörde auch befugt, den von den Gemeinden beschlossenen Steuerfuß bis auf die durch das Gesetz gezogenen Schranken von 2 % zu erhöhen, oder ihn herunterzusetzen, wie aus den Ausführungen des Landtagsabgeordneten Krüger hervorgeht.

Ich komme nun zu der Frage der prinzipiellen Entscheidung in der vorliegenden Sache. Wer auf einer höheren Warte steht, als nur auf der Zinne der Partei, gleichviel ob er Freund oder Gegner der Vorlage ist — alle werden ohne weiteres zugeben müssen, daß das braunschweigische Gesetz mit Geschick die Gefahren und Klippen, an denen andere Gesetze gescheitert sind, zu überwinden versucht hat. Andererseits sind in das braunschweigische Gesetz auch neue Gesichtspunkte hineingetragen, insbesondere ist der Grundsatz der Verwendung des Erlöses aus der Steuer für das Kleingewerbe und den Kleinhandel von einer solchen sozialpolitischen Bedeutung, daß man ihm eine gewisse Größe der Auffassung nicht absprechen kann. Das preussische Gesetz war sehr herben Anfeindungen in der gewerblichen und wissenschaftlichen Welt ausgesetzt. Es ist niemandem besser bekannt, als den gesetzgebenden Faktoren selbst, daß auch das braunschweigische Gesetz nicht als etwas Ideales bezeichnet werden kann. Wer sich aber in die von dem Gesetze behandelte Materie versenkt, der wird bald einsehen, mit welchem widerspruchsvollen und widerspenstigen Stoffe man es zu tun hat; es ist dabei ein Exempel zu lösen, das ohne Rest nie ganz aufgehen wird. Was aber alle Bedenken zu Boden schlägt, ist die zweifache Erkenntnis: es ist unbestreitbar, daß das Kleingewerbe und der Kleinhandel in eine solche wirtschaftliche Not und Bedrängnis gekommen sind, daß der Staat die Verpflichtung hat, einzugreifen; ferner haben sich bei gewissen Großbetrieben des Kleinhandels Machenschaften eingeschlichen, die gebieterisch fordern, daß dem Kleinbetriebe von Staats- oder Gemeindegewegen zu Hilfe gekommen wird. Nachdem verschiedene Bundesstaaten mit gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete vorangegangen sind, ist auch Braunschweig mit vollem Rechte dazu übergegangen, die Hand an die Klinken der Gesetzgebung zu legen.

Von der Minderheit der Finanzkommission und auch außerhalb dieses Kreises, erst heute von dem Verbande deutscher Waren- und Kaufhäuser, ist nun in einer hier vorliegenden Eingabe gegen das braunschweigische Gesetz eine Anzahl Einwendungen erhoben worden. Der erste dieser Einwände geht dahin, daß besonders bei der Feststellung der gesetzlichen Merkmale und bei der Normierung des Steuerfases das Gesetz so dehnbar gefaßt sei, daß diese Sachen zu leicht der Willkür unterliegen könnten. Wenn auch das preußische Gesetz den Vorzug einer ungemein präzisen Fassung haben mag, so ist es aber auch ebenso roh und gewaltsam. In Preußen wird jedes derartige Geschäft zc. nach einer bestimmten Skala zu der Steuer herangezogen, während Braunschweig die Geschäfte individualisiert und sagt, es kann ein solches Unternehmen nur unter ganz bestimmten Merkmalen zur Steuer veranlagt werden. Auch bezüglich der Höhe des Steuerfases ist ein gewisses Ermessen am Platze, da es sowohl dem Staate als auch der Gemeinde und dem Zensiten gegenüber ungerecht erscheint, zu sagen, daß die Umsatzsteuer auf jeden Fall erhoben werden soll, sobald der Umsatz eines Geschäftes eine gewisse Höhe erreicht hat. Der Grundsatz des freien Ermessens ist auch anderen Steuersystemen keineswegs fremd, da er z. B. bei der Gewerbesteuer, bei der Veranlagung zu den kommunalen Weggeldbeiträgen zc. Anwendung findet; es wird deshalb leicht klar, daß der Spielraum des freien Ermessens den beiderseitigen Interessen dient.

Die zweite Einwendung geht dahin, daß es sich hier um ein Sondergesetz handelt. Wenn man allerdings so vorgehen würde, wie Württemberg, das den Gemeinden sagt: wenn ihr ein Steuerbedürfnis habt, so nehmt es von den Warenhäusern, so würde dieses ein kaltherziger Standpunkt und der Einwurf begründet sein. Wenn aber eine Verwendung der Steuer innerhalb derselben Branche von Geschäften erfolgt, so hat der Gedanke der Steuererhebung doch eine gewisse Ausgleichung im Gefolge. Der Großbetrieb des Kleinhandels wird etwas geschwächt, um das notleidende Kleingewerbe zc. zu stärken.

Innerhalb der Kommission ist auch noch hervorgehoben worden, daß das Gesetz dem Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zu nahe trete, aber dem gegenüber frage ich: was ist respektabler, die zwingende Art und Weise wie Preußen vorgeht, oder die braunschweigische Vorschrift, nach der in das Ermessen der Gemeinde gestellt wird, zu prüfen, ob überhaupt und eventuell welche der gewerblichen Unternehmungen fähig sind, zur Steuer veranlagt zu werden. Auch was die Verwendung der Steuer anlangt, so hat ursprünglich in dem Gesetzentwurfe gestanden, daß das Herzogliche Staatsministerium den Gemeinden erst die Zustimmung zur Erhebung der Steuer erteilen wollte. Das ist aber hinterher herausgestrichen worden und es hat jede Gemeinde wegen der Heranziehung der einzelnen Firmen zur Steuer ihr eigenes Verfügungsrecht.

Gegen die Steuer wird auch geltend gemacht, daß wieder einmal eine Erwerbsklasse, wenn auch diesmal aus dem unteren Mittelstande, in Folge künstlicher Schürung sich daran machen wollte, sich mit Hilfe des Staates Sondervorteile zu verschaffen. Ebenso ist von den Gegnern der Steuer darauf hingewiesen worden, daß der Kleinhandel an seiner wirtschaftlichen Lage selbst schuld sei. Selbst zugegeben, daß etwa durch mangelhafte kaufmännische Vorbildung und unzureichende Kapitalkräfte, durch nicht genügende Befähigung, sowie durch die Art der Geschäftsführung der Kleinhandel zu wünschen übrig läßt, so steht doch die Not, in welcher er sich befindet, fest. Es liegt aber im allgemeinen Interesse des Staates, solche selbständigen Existenzen zu schützen. Das Staatsgebäude darf nicht nur auf einzelnen Säulen ruhen, sondern muß auf vollgewachsenem Boden errichtet sein, wenn es Bestand haben soll. Auch der bäuerliche Kleinbesitz ist, wie schon im Landtage hervorgehoben wurde, gegenüber dem Großgrundbesitz zu schützen.

Als wichtigster der Einwände ist derjenige zu betrachten, welcher meint, der gegen die Warenhäuser geführte Schlag wäre ein Schlag ins Wasser, sie würden nach wie vor wachsen, blühen und gedeihen. Allerdings die Steuer beabsichtigt nicht, die Warenhäuser zu vernichten, wenn es auch Leute gibt, die am liebsten eine Erdrösselungssteuer für die Warenhäuser einführen möchten. Im Landtage hat schon der Vertreter einer kleinen Stadt gesagt, es seien die Warenhäuser seine lieben Freunde, deshalb wolle er ihnen an die Nieren gehen. Ein solcher Standpunkt ist nicht richtig. Die Steuer soll die Warenhäuser nicht vernichten, sondern nur belasten. Nicht gegen den Großbetrieb als solchen richtet sich die Steuer, — das wäre auch ein vergebliches Beginnen — sondern man sucht durch sie einen wirtschaftlichen Ausgleich zu schaffen zwischen Groß- und Kleinbetrieb. So falsch es deshalb auch sein würde, eine Steuer bis zu einem unmöglichen Prozentsatz zu erheben, so gerecht muß die Steuer, in mäßigen Grenzen erhoben, angesehen werden, wenn sie das Kleingewerbe schützen soll.

Hiermit können die Einwände, welche von einer Minderheit der Finanzkommission gegen die Steuer im allgemeinen erhoben wurden, als ausgeglichen betrachtet werden. Das Gesetz selbst will als ein Versuch betrachtet sein, hervorgegangen aus den Anregungen des Landtages, und man hat diesem Versuche zugestimmt, um die unbestreitbare Not des Kleinhandels und Kleingewerbes zu heben. Es ist nun auch die Pflicht der städtischen Behörden, den Notleidenden die rettende Hand nicht zu versagen.

Nunmehr gehe ich auf die Vorlage im einzelnen ein. . . .

Vorsitzender: Es ist mir der Wunsch vorgetragen worden, hier zunächst in eine Generaldebatte über die Vorlage einzutreten. Sind Sie damit ein-

verstanden? — Ich konstatiere das Einverständnis der Versammlung und eröffne die Generaldebatte.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat hat die großen Schwierigkeiten der Regelung dieser Angelegenheit nicht verkannt, und diese Schwierigkeiten sind auch schon von der Landesregierung und im Landtage, ebenso wie vom Herrn Berichterstatter gewürdigt worden. Wir sind aber der Meinung, daß wir vor diesen Schwierigkeiten nicht zurückschrecken dürfen, wenn es gilt, einem Stande zu helfen, der selbst mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und wir meinen ferner, daß wir auf dem Wege der sozialen Fürsorge nicht stehen bleiben sollen, wenn es sich einmal nicht um Arbeiter, sondern um die selbständigen kleinen Gewerbetreibenden und Händler handelt. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, der Versammlung mit der Vorlage zu kommen, und ich darf Sie wohl bitten, ihr im großen ganzen zuzustimmen. Wir haben insbesondere auch keine Bedenken gehabt, die Vorlage einzubringen, nachdem einmal den Gemeinden durch das Gesetz das Bestimmungsrecht, hiervon Gebrauch zu machen oder nicht, überlassen ist, da wir nicht abwarten wollten, bis man sich regierungsseitig vielleicht entschließen würde, in anderer Weise vorzugehen. Es würde damit nicht nur viel Zeit verloren gehen, sondern es könnte auch sein, daß später die Bestimmungen des Gesetzes nicht so aufrecht erhalten werden würden. Deshalb glaube ich, daß die Versammlung unserer Vorlage gern zustimmen wird, zumal es auch an der Zeit ist, heute schon Stellung zu der Frage zu nehmen. Ich hoffe, daß Sie uns nicht im Stiche lassen werden, wenn wir hier den Versuch gemacht haben, neue Bahnen zu beschreiten und ich denke, daß diese Bahn die richtige sein wird. Es ist durchaus nicht beabsichtigt, allgemein die Intelligenz zu besteuern, zugunsten der Nichtintelligenten, und zwar kann davon schon deshalb nicht die Rede sein, weil es im Kleinhandel und Kleingewerbe eine große Masse höchst intelligenter Leute gibt. Gerade darum wäre es ein Jammer, wenn man diese Elemente versinken ließe, ohne ihnen zu helfen.

Herr Abmann: Ich hätte mich in meinen Ausführungen bedeutend kürzer fassen können, wenn nicht die Finanzkommission so erhebliche Aenderungen zu den Vorschlägen des Magistrates beschlossen hätte.

Wenn der Herr Referent meint, daß das braunschweigische Gesetz wesentliche Abweichungen von den betreffenden Gesetzen der anderen Bundesstaaten aufweise und es den großen Vorzug besitze, daß es über die größten Klippen der anderen Gesetze hinwegführe, auch den Vorteil habe, bedeutend klarer zu sein, als die Gesetze der anderen Staaten, so bin ich der Ansicht, daß es besser ist, das erst abzuwarten und dann zu urteilen. Wir werden erst später sehen, ob das Gesetz in seiner Ausführung nicht große Schwierigkeiten zeigt und Herr Dr. Wolters dann anderer Meinung hierüber wird. Von der juristischen Seite aus betrachtet

mag Herr Wolters recht haben, aber uns interessiert nur dessen wirtschaftliche Seite und es kommt uns darauf an, zu sehen, ob es seinen Zweck auch erfüllen kann und wird. Das Gesetz soll geschaffen sein, um einer in der Notlage befindlichen Bevölkerungsklasse zu helfen und sie zu schützen. Dagegen ließe sich nichts einwenden, wenn es nicht geschehen sollte auf Kosten einer bestimmten Gruppe von Konsumenten, die es am allerwenigsten über haben. Welchen Zweck hätte das Gesetz wohl, wenn es nicht darauf ausginge, die Preise der Lebensmittel zu erhöhen und auf diese Weise den Verdienst der Kleinhändler zu vermehren. Man sagt nämlich, die Kleinhändler können bei ihren Geschäften nicht auskommen, weil sie durch die Konsumvereine und die Warenhäuser in ihren Preisen so gedrückt werden, daß für sie ein rentabler Betrieb nicht mehr möglich ist. Dabei untersucht man aber nicht, inwieweit die Kleinhändler vielleicht in ihren Spekulationen unvorsichtig gewesen sind. Man hat auch im Landtage gesagt, daß die Interessenten nicht immer in der rechten Weise für sich eingetreten seien.

Aus den hier gehaltenen Reden könnte man vielleicht schließen, als wenn die Regierung und die sonstigen Befürworter der Umsatzsteuer schon immer für diese Idee gewesen wären, das ist aber anders. Noch vor ganz kurzer Zeit standen Handelskammer und Regierung auf einem anderen Standpunkte und die Regierung hat damals mit unzweideutiger Offenherzigkeit erklärt, daß sie in der Sache nicht vorgehen wolle. Nachdem aber der Landtag dreimal angebohrt hatte — und bei der heutigen Zusammensetzung des Landtages ist das nicht verwunderlich — fand sich die Regierung veranlaßt, dem Druck nachzugeben und einen Gesetzentwurf vorzulegen. Aus der ganzen Begründung des Entwurfes geht schon hervor, mit welchem Mißmut die Regierung an diese Arbeit gegangen ist. Der Herr Minister hat auch angeführt, daß man den Entwurf dem Syndikus der Handelskammer, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann, verdanke. Dieser Herr war seinerzeit auch gegen die Besteuerung der Konsumvereine, während sich seine Meinung inzwischen geändert hat. Das liegt aber hauptsächlich daran, daß der Kleinhandelsstand verstanden hat, zu schreien, wie es bekanntlich die nothleidenden Landwirte auch tun. Der preussische Minister hat den Leuten ja ebenfalls empfohlen, ordentlich zu schreien, sonst würden sie nichts erreichen. Wenn sich die Konsumenten-Organisationen bis jetzt nicht so still verhalten hätten, würde man zu diesem gewaltsamen Schritte gegen die Konsumenten wohl nicht gekommen sein.

Wie aus der Begründung des Gesetzes hervorgeht, gibt die Regierung selbst zu, daß, trotzdem Preußen schon seit Jahren die Umsatzsteuer hat und auch in Sachsen der Kampf um die Steuer schon lange tobt, die sächsische Regierung sich doch nicht hat entschließen können, die Steuer einzuführen. Es ist den Gemeinden in Sachsen nur erlaubt, ein entsprechendes Statut zu erlassen, aber die Regierung selbst hat sich ablehnend verhalten.

Wenn bei der Einführung der Steuer hauptsächlich die Frage in Betracht kommt, mit den aufkommenden Geldern den Kleinhandelsstand zu schützen und wieder lebensfähig zu machen, so bin ich davon überzeugt, daß kein einziger Befürworter der Steuer an diese Idee glaubt. Diejenigen, welche selbst dazu beigetragen haben, tausende von Existenzen zu vernichten, nämlich die großen Fabrikanten, lachen ja darüber, wenn man jetzt den kleinen Handwerkern mit dem Befähigungsnachweis und dergleichen Dingen helfen will. Seit langen Jahren ist im Reichstage wiederholt der Versuch gemacht worden, dem kleinen Handwerker zu helfen, jedoch immer mit negativem Erfolge, weil den Leuten das nötige Betriebskapital fehlt. Das wird immer so bleiben, selbst wenn sich die Umsatzsteuer auch auf die Konsumvereine und die Produktivgenossenschaften erstrecken sollte, auch selbst dann, wenn der Handwerksmeister jährlich 10 M. von der Steuer herausbezahlt erhalten sollte. In Preußen sollen die Leute noch kleinere Beträge erhalten haben. Bei ernsthafter Beleuchtung kommt einem diese Sache wirklich höchst sonderbar vor. Es ist eine Tatsache, daß die Kreise, welche die Umsatzsteuer als Beruhigungsmittel befürworten, um den Mittelstandsrettern nachzugeben, samt und sonders selbst nicht davon überzeugt sind, daß damit dem Kleinhandelsstande geholfen werden kann. Man könnte hier ja auch einmal einen Versuch machen und den kleinen Brauereien eine Unterstützung von 50 M. jährlich geben, um sie gegen die neun großen Brauereien wieder konkurrenzfähig zu machen. Durch den Großbetrieb im Kleingewerbe sind allerdings viele kleine Geschäfte hart bedrängt worden, andererseits sind aber durch die Fabriken viele kleine Handwerker überflüssig geworden, die sich entschließen mußten, in dieselben Fabriken zu gehen, deren Inhaber ihnen die Existenz genommen haben. Das ist einmal der Gang der Entwicklung, über den wir uns nicht wundern sollten; noch viel weniger durften wir aber mit einem solchen Glücksgesetz kommen, bei dem einem Teile der Bevölkerung Honig um den Bart geschmiert wird. Wird man durch die Anwendung des Gesetzes für den Kleinhandel überhaupt höhere Preise erzielen? Man muß dabei allerdings voraussetzen, daß man es vom Standpunkte der Moral aus überhaupt für richtig hält, die Nahrungsmittelpreise zu erhöhen. Aber auch, wenn man die Preise der Warenhäuser und der Konsumvereine wirklich um 2 % erhöhte, werden dadurch die Kleinhändler wieder konkurrieren können? Daran glaubt doch wohl keiner. Bei der Begründung des Gesetzes sind den kleinen Kaufleuten schöne Worte gesagt, daß man sie in den Stand setzen will, tüchtige Zebrlinge auszubilden u. dergl. m. Wenn man damit das Handwerk und den Handelsstand retten könnte, würden beide schon längst gerettet sein. Obwohl man weiß, daß dadurch nichts gebessert werden wird, kann man es doch nicht unterlassen, Erbitterung unter den kleinen Leuten hervorzurufen, denn die Mitglieder der Konsumvereine sind im großen ganzen kleine Leute, denen man die Preise für die Lebens-

mittel erhöhen will. Ich will zugeben, daß die Kaufleute ihre Preise auch erhöhen können, aber da bleibt es nicht bei 2 $\frac{1}{2}$ %, sondern man rundet auf 5 % nach oben ab und verteuert dann die Lebensmittelpreise noch mehr. In den Reden des Landtages und auch in der Kommission habe ich so schöne Lieder singen hören über den Nutzen der Konsumvereine und der Produktivgenossenschaften, welche die kleinen Leute so sehr heben und trotzdem sieht man hier, daß alle diese schönen Dinge nicht fassen können, sondern es heißt einfach: weil durch die Konsumvereine ein Teil der Kleinhändler geschädigt wird, müssen sie besteuert werden. Wenn wir uns auf diese Politik begeben wollen, so ist es natürlich, daß dem, was im Landtage beschlossen worden ist, hier auch Folge gegeben wird. Der kleine Schuhmachermeister muß dann auch etwas bekommen, weil er durch die großen Schuhwarenfabriken geschädigt wird; auch die Nagelschmiede müssen wieder aufgebeffert werden, damit sie den großen Fabriken nicht unterliegen, ebenso die kleinen Müller u. a. Oder glauben Sie, daß diese Leute nicht ebenfogut eine Existenzberechtigung haben, wie die Kleinhändler zc.?

Eine solche Politik ist eine vollständig verkehrte, selbst wenn es möglich wäre, dadurch dem Handelsstande zu helfen, woran aber niemand glaubt. Sie ist verkehrt, weil dadurch die wirtschaftlich Schwachen getroffen werden gegenüber den wirtschaftlich Starken. Der Herr Minister hat selbst gesagt, wir wollen die wirtschaftlich Schwachen schützen, aber bei dieser Gelegenheit hört man dieses Loblied nicht so genau, vermutlich, weil es sich um Arbeiter handelt. In den Arbeiterkreisen wird auch über das in der Kommission erwähnte eherne Lohngesetz nur noch gelächelt, weil das längst verschwunden ist und keiner mehr daran denkt. Wenn wir den Gründen nachgehen, die vorgebracht werden, um zu beweisen, daß auch vom moralischen Standpunkte aus die Steuer als gerechtfertigt anzusehen ist, so erfahren wir verschiedene Dinge. Es ist zunächst gesagt worden, die Warenhäuser zahlten keine Steuer; wenn das zutrifft, so ist es als verwerflich zu bezeichnen. Man sollte sich aber darüber nicht so ohne weiteres entrüsten, denn es gibt hier noch andere Möglichkeiten, die Steuern zu hinterziehen. Bekanntlich haben wir hier einen Großgrundbesitzer, welcher viele Häuser besitzt und der zu einem Vermögen von 800 000 M. eingeschätzt wird, einen Mann, der in Equipagen fährt und Weltausstellungen besuchen kann, der aber Kommunalsteuern nicht bezahlt. Wenn sich irgendwo Gelegenheit zu Grundstücksspekulationen bietet, dann stecken solche Leute viel Geld hinein, und dennoch weisen sie nach, daß sie kein Einkommen haben, aber ihr Vermögen steigert sich von Jahr zu Jahr, weil die Grundstücke naturgemäß an Wert gewinnen. Und wenn sie dann eines Tages die Grundstücke wieder verkauft haben, so haben sie etliche hunderttausend Mark gewonnen und trotzdem ist von ihnen noch nicht einmal das Einkommen eines Arbeiters versteuert worden. Es gibt also auch ohne solche Ausnahmegesetzgebung immer noch Wege, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen.

Warum sollen nun aber die Konsumvereine mit bestraft werden, wenn die Warenhäuser unlautere Praktiken üben? Es wird doch allseitig anerkannt, daß die Konsumvereine schon jetzt ziemlich hohe Steuern bezahlen, weshalb will man sie also noch mehr belasten? Der hiesige allgemeine Konsumverein zahlt jährlich 8000 M Steuern, also mehr, als 80 kleine Handelstreibende, wenn man nach dem Vorgange der Handelskammer deren Einnahme auf durchschnittlich 30 000 M schätzt. Es ist auch schon wiederholt angeführt worden, daß die Klein Händler früher rigorös vorgegangen sind und selbst die Veranlassung gegeben haben, daß die Konsumvereine ins Leben gerufen wurden. Selbst in der Regierungsvorlage ist gesagt worden, daß die Klein Händler vorsichtiger hätten sein müssen und sich die Konsumvereine nicht über den Kopf wachsen lassen durften. Ich erinnere mich z. B. auch, daß mir der Vorsitzende der Handelskammer einmal sagte, die Klein Händler wären nicht zu überzeugen, daß sie ihre Waren vorteilhafter gemeinschaftlich einkaufen, der eine geniere sich zuzugestehen, daß er drei Tonnen Heringe gebrauche, während der andere vielleicht vier Tonnen haben müsse. Etwas anders ist es jetzt allerdings geworden, indem auch von den Händlern eine Einkaufsgenossenschaft gegründet wurde. Wenn das aber bei den Händlern recht ist, warum sollen sich nicht auch die Arbeiter ungestraft zu einer Genossenschaft zusammentun können? Man sagt jetzt, ein Konsumverein sei ein ungewöhnlicher Vorgang und um deswegen müsse die Steuer kommen. Wann aber ist es wohl jemandem eingefallen, einem anderen einen Vorwurf daraus zu machen, daß er seine Waren an dieser oder jener Stelle gekauft hat? Der Offizierverein kauft doch auch seine Waren seit Jahrzehnten wo er will und gibt sie wieder an seine Mitglieder ab. Die besitzenden Klassen haben ja stets dem Arbeiter einen Vorwurf daraus gemacht, daß er von hohen Idealen und vom Zukunftsstaate rede; wenn nun aber der Arbeiter praktische Arbeit verrichten und sich zur Selbsthilfe zusammentun will, dann sind sie gleich zur Hand, um sein Streben einzuschränken.

Es wird allerdings gesagt, daß man die Vernichtung der Konsumvereine nicht wolle — es wäre das auch nicht angängig, weil es gegen die Gewerbeordnung verstoßen würde — aber es wird doch nicht zu den Seltenheiten gehören, daß manche Genossenschaft infolge der Steuer aufgehoben wird. Im großen ganzen, das will ich gern zugeben, wird ein gut arbeitender Konsumverein durch die Steuer weder gestört, noch aufgerieben werden. Wenn die Behauptung zutrifft, daß in Preußen die Warenhäuser durch die Steuer zurückgegangen sind, so wäre das allerdings ein Beweis dafür, daß das Gesetz doch stranguliert. Halten Sie das nicht für einen Verstoß gegen die Gewerbeordnung? Oder sind Sie der Meinung, daß die Landesregierung verklagt werden kann wegen des unfäglichen Elendes, welches sie durch das Gesetz verursacht hat, oder will sie, bezw. die Gemeinde, freiwillig für die Schäden eintreten? Ich glaube es kaum. Staat und Gemeinden werden sagen,

wir sind für die Folgen des Gesetzes nicht verantwortlich. Aber Sie werden zugeben müssen, daß es dem Arbeiter verflucht ernst ist mit seinen paar Groschen. Wenn es wirklich dahin kommt, daß die Konsumvereine in ihrem segensreichen Betriebe durch dieses Gesetz gestört werden und die Arbeiter sich sollten davon abwenden, so bleiben Sie dafür verantwortlich und haben gleichzeitig bewiesen, daß Sie die Gewerbeordnung verletzt haben. Wir müssen uns eigentlich sagen, daß die ganze Sache den Wust von Aerger und Verdruß gar nicht wert ist, der ihretwegen heraufbeschworen wurde. Sie werden den Vorwurf nicht von sich abwälzen können, daß Sie bei Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die Konsumvereine die Preise der Lebensmittel erhöht haben. Wenn Sie das aber nicht wollen, werden Sie die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Kommissionsantrages, annehmen müssen.

Ich betrachte die Umsatzsteuer überhaupt für eine ungerechte Steuer, weil sie durch ein Ausnahmegesetz eingeführt wird, welches diejenigen nicht trifft, die ebensogut getroffen werden könnten. Deshalb kann ich mir nicht denken, daß Sie solcher Ungerechtigkeit noch Vorschub leisten wollen. Wollen Sie die stärkere Heranziehung des Kapitals, so werden Sie uns zu jeder Zeit zu Ihrer Unterstützung bereit finden, um Mittel für die hier vorgesehenen Zwecke zu schaffen. Diese Mittel mögen vielleicht auch aus öffentlichen Fonds genommen, nicht aber durch ein Ausnahmegesetz beschafft werden. Wenn ferner gesagt wird, die Inhaber der Warenhäuser seien Fremdlinge, so kann das nach außen hin nicht imponieren. Die Praktiken der Warenhäuser kann ich durchaus nicht allgemein gutheißen, aber mit der Umsatzsteuer werden Sie die Warenhäuser nicht beseitigen, sondern höchstens noch mehrere hervorziehen und sie noch weiter ausbauen. Wenn wir aber schon von vornherein einsehen, daß ein solches Gesetz nicht lohnt, so sollen wir es doch lieber gar nicht machen. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn der Besitzer eines Warenhauses mit einem Arbeitereinkommen zur Gemeindesteuer veranlagt sein wollte und wir könnten nichts dagegen machen. Wenn das vorkäme, müßte unsere Steuergesetzgebung eben anders eingerichtet und die Steuer nach dem Verbrauch erhoben werden, dann würde es schon anders werden. Sie wollen aber die Besitzer der Warenhäuser gar nicht treffen, weil Sie sonst auch andere treffen müßten, die heute stolz einhergehen und sagen: Herr Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin wie diese da. Die Konsumvereine . . .

Vorsitzender: Sie kommen hier bei der Generaldebatte fortwährend auf Sachen, mit denen wir uns jetzt noch nicht zu beschäftigen haben. Wir kennen ja die Vorschläge der Finanzkommission in bezug auf die Konsumvereine noch gar nicht, also können wir doch auch noch nicht darüber sprechen.

Herr Aßmann: Ich weiß leider, welche Schwenkung bezüglich der Konsumvereine vorgekommen ist und daß der Vorschlag der Kommission besteht, die Konsumvereine zur Steuer heranzuziehen. Bei der Begründung des Gesetzes im

Landtage hat der Minister in ausführlicher Rede darauf hingewiesen, daß er ein Freund der Konsumvereine wäre und sie unter keinen Umständen geschädigt sehen wollte, aber dennoch hielt er es für richtig, sie etwas extra zu besteuern . . .

Vorsitzender: Das geht aber wirklich nicht. Ihre Partei hat die Generaldebatte angeregt, sie ist zugelassen, und nun können Sie doch nicht ohne weiteres in die Spezialdebatte eintreten.

Herr Aßmann: Ich muß es wunderbar finden, daß der wichtigste Punkt von der Debatte ausgeschlossen werden soll. (Widerspruch.)

Wenn die Umsatzsteuer hier erhoben werden soll zur Unterstützung der Kleinhändler, so muß ich aber auch darauf hinweisen, daß die Anzahl der Geschäfte hier im Verhältnis stärker gestiegen ist, als die Einwohnerzahl. In den Jahren 1887—1900 ist nämlich die Zahl der Geschäfte von 649 auf 999, also um 53% gestiegen, während sich die Einwohnerzahl nur um 40% in demselben Zeitraume vermehrt hat. Daneben haben wir das Blühen der Warenhäuser und Konsumvereine gesehen, so daß also die Vermehrung der Handelsgeschäfte dadurch nicht zum Stillstande gebracht worden ist. Das haben doch aber nicht etwa die Konsumenten verschuldet? Trotzdem sollen jetzt die Konsumenten dafür bluten. Wenn Sie aber wirksam für die Kleinhändler tätig sein wollen, dann dürfen Sie nicht mit einer Umsatzsteuer von 2% anfangen, sondern müssen 20—25% nehmen, weil sonst nicht so viel herauskommt, daß die Kleinhändler dabei existieren können.

Der Herr Referent hat auch gesagt, daß von der Steuer diejenigen Geschäfte getroffen werden sollen, welche von den gewöhnlichen Gepflogenheiten abgehen. Es ist aber gar nicht etwas so Ungewöhnliches, wenn Porzellan, Glas, Klaviere, Zigarren u. nebeneinander geführt werden, denn es gibt eine ganze Anzahl Materialwarengeschäfte, die noch ganz andere Dinge nebeneinander führen. Vor dem Wilhelmitore ist ein Geschäft, das seit etwa 15 Jahren besteht und Lebensmittel neben Kurzwaren führt. Was ist denn dagegen einzuwenden? Wenn die Kundschaft damit zufrieden ist, so soll man solche Geschäfte doch ruhig zufrieden lassen. Ich kann die ganze Art, wie vorgegangen werden soll, nicht unterschreiben.

Außerdem finde ich es wunderbar, daß mir nicht gestattet sein soll, die Produktivgenossenschaften und die Konsumvereine zu erwähnen, obwohl der Herr Referent das doch auch getan hat.

Vorsitzender: Ich möchte Herrn Aßmann nochmals bemerken, daß es sich hier um die Generaldebatte handelt und der Referent noch kein Wort von den Konsumvereinen gesprochen hat, also auf diesen Gegenstand auch noch nicht eingegangen werden kann. Ich möchte dringend bitten, meinen Wünschen Folge zu leisten.

Herr Aßmann: Wenn sich auch der Herr Vorsitzende darüber aufregen mag, so muß ich wohl oder übel die Konsumvereine doch nebenbei erwähnen. Die

ganze Art und Weise, wie die Sache heute behandelt wird, scheint mir darauf hinauszulaufen, für den Kleinhandel Mittel zu beschaffen.

Nach dem Landtagsberichte, Seite 387, ist von dem Abgeordneten Födel gesagt worden, der Kleinhandel sei naturgemäß auf den Ort seines Sitzes und die nächste Umgebung im wesentlichen beschränkt; träten da Verhältnisse ein, die ihn beengen, die seine Existenz erschweren, so sei es ganz ungeheuer schwer, hier Wandel zu schaffen. Der Großhandel dagegen müsse, wenn er bestehen solle, sich ausdehnen, er müsse über den Rahmen des Ortes, an dem er ansässig sei, hinaus. Das hört sich gut an, aber ich möchte nur wissen, wie sich die Sache gedacht wird. Der Landtagsabgeordnete Hauswaldt hat ja bei seinem Referate im Landtage auch darauf hingewiesen, daß es nicht immer gleichgültig sei, wie die Geschäfte eingerichtet seien. Wie Sie überhaupt mit der Steuer zurecht kommen wollen, weiß ich nicht. Herr Hauswaldt sagt selbst, wir wollen uns hüten, mit der Umsatzsteuer unsere alten, gut fundierten Geschäfte zu treffen. Glauben Sie nicht, daß die hiesigen großen Spezialgeschäfte dem Kleinhandel ebenso gut ein Dorn im Auge sind und deren Existenz bedrückt haben, wie die Warenhäuser? Oder meinen Sie, daß der Notstand unter dem Kleinhandel erst eingetreten ist, seitdem die Warenhäuser vorhanden sind? Ich glaube es nicht. Wir haben hier alte, gute Geschäfte, die ich auch nicht belastet sehen möchte, jedoch verstehe ich nicht, wie man vor diesen Halt machen will. Der Herr Referent sagt, es wäre deshalb kein Landesgesetz gemacht, um alle Geschäfte gleichmäßig damit zu treffen. Ich glaube ja auch, daß es unangenehm wirken würde, wenn wir ein Landesgesetz hätten, nach welchem alles besteuert werden müßte. Deshalb bleiben schließlich nur die Warenhäuser übrig und die jetzt nicht zu nennenden Genossenschaften. Ich behaupte aber, daß die Kleinhändler über die großen Geschäfte von Langerfeldt, Witting, Lohmann &c. genau so entrüstet sind, wie über die Warenhäuser. Bei diesen großen Geschäften ist nur das Auftreten nobler, als bei den Warenhäusern, welche gerade durch die Art ihrer Reklame einen Haß unter den Kleinhändlern hervorgerufen haben. Trotzdem kann es doch aber den Kleinhändlern gleichgültig sein, ob sie ihre Existenz durch die Warenhäuser, oder durch die übrigen großen Geschäfte verlieren. Ein hiesiges Geschäft mit 21 Verkaufsstellen, welches als Hauptartikel Milch, daneben aber Käse, Butter, Brot, Eier und auch Bier führt, soll nicht unter die Steuer fallen. Wenn ein solches Geschäft, ebenso wie das Geschäft von Börner, ausgeschlossen bleiben soll, so möchte ich wissen, wo dabei die Konsequenz bleibt und ob die Kleinhändler damit zufrieden sein werden.

Sie haben nach alledem vor, in einseitiger Weise hier ein Warenhausgesetz zu machen. Sie haben sich dabei auf Preußen berufen, aber das preußische Gesetz hat wenigstens den Vorzug, daß es alle Gruppen gleichmäßig trifft. Die Heißsporne im preußischen Landtage haben sich erst vor kurzem wieder veranlaßt

gesehen, eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu beantragen, aber der Minister Möller wimmelte sie ab und erklärte, daß das nicht möglich sei, weil infolge Rückganges der großen Warenhäuser eine Wirkung des Gesetzes unzweifelhaft konstatiert werden könne. Also obwohl man in Preußen mit der Steuer nicht zufrieden ist, will man sie doch hier einführen. Aus einem Berichte der Handelskammer über den Handelstag könnte ich Ihnen vorlesen, daß darauf hingewiesen ist, wie unrecht es wäre, die Warenhäuser zu besteuern. Sonderbar ist es auch, daß man vor der Einführung des Gesetzes erst den ersten Gerichtshof gefragt hat, ob das Gesetz auch zulässig ist. Dieser hat sich dadurch aber in seinem Urteile festgelegt. Trotzdem werden sich indessen noch große Schwierigkeiten herausstellen, und wir werden ja sehen, wer recht behält. — Ich bitte also, die Steuer im Prinzip abzu lehnen, da ich deren Grundsatz nicht für richtig halten kann.

Vorsitzender: Diese Ausführungen haben gezeigt, daß die Generaldebatte doch schwer von der Frage zu trennen ist, welche Unternehmungen von der Steuer getroffen werden sollen. Es wäre deshalb wohl richtiger, wenn der Herr Referent das jetzt vorträge.

Herr Wolters: Die Kommission hat zu entscheiden gehabt, welche Gruppen zu der Steuer herangezogen werden sollen. Der Magistrat sagt mit Recht, Konsumvereine und Produktivgenossenschaften seien grundsätzlich gesunde Gebilde. Wie sie sich betätigen, bewegen sie sich völlig auf reichsgesetzlichem Boden. Es muß auch zugegeben werden, daß die Mitglieder dieser Vereinigungen einen ganz bedeutenden wirtschaftlichen Vorteil genießen. So betrug z. B. im vorigen Jahre der Umsatz eines hiesigen Konsumvereins 1 880 000 M und es ist davon ein Reingewinn von 140 000 M erzielt worden, wovon 120 000 M an die Mitglieder verteilt wurden. Ferner ist nicht zu verkennen, daß die Konsumvereine sozialpolitische Bedeutung besitzen, indem sie die Barzahlung eingeführt haben und auf diese Weise erzieherisch bei ihren Mitgliedern wirken. Sie sind auch vielfach ein gutes Steuerobjekt für Staat und Gemeinde. Wenn ein Verein, wie der hiesige allgemeine Konsumverein, in einem Jahre an Staat und Gemeinde 10 881 M Steuern entrichtet, so hat er damit einen erheblichen Beitrag für die Zwecke der Allgemeinheit geleistet. Wenn auch diese Gesichtspunkte berechtigen, an die Konsumvereine einen anderen Maßstab anzulegen, als an Warenhäuser, so muß man doch in Konsequenz dessen, was das Gesetz als Merkmal für den Eintritt der Besteuerung hinstellt, dazu kommen, auch ihnen eine Steuer aufzuerlegen. Aus dem braunschweigischen Gesetze ist das illoyale Prinzip von Bayern ausgemerzt und als Voraussetzung für die Besteuerung hingestellt worden, daß nur ein Abweichen von den Grundsätzen und Formen, unter denen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, stattzufinden hat. Es ist hier ganz gleich, ob ein Warenhaus oder Konsumverein mit unlauteren Machen-

schaften arbeitet oder nicht. In Konsequenz dieser Auffassung sind auch seinerzeit von der Regierung und von der Landesversammlung die Produktivgenossenschaften und die Konsumvereine in das Gesetz hineinbezogen worden. Aber man ist von Anfang an auf einen ganz anderen Maßstab bedacht gewesen, als bei den übrigen Geschäftsgruppen, indem man nur $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ % des Umsatzes bei den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften zu nehmen gedenkt. Es läßt sich ein Unterschied machen in der Höhe der Besteuerung bei den Warenhäusern und bei den Konsumvereinen, aber nicht in der grundsätzlichen Steuerpflicht. Es muß auch anerkannt werden, daß die Schädigungen, welche die Konsumvereine dem Kleinhandel und Kleingewerbe zufügen, mindestens ebenso groß sind, wie bei den Warenhäusern. Nach den angestellten statistischen Erhebungen haben 700—800 Kleinhändler der hiesigen Stadt kaum einen so großen Umsatz, wie die wenigen Konsumvereine, welche hier existieren. Aus diesen Gründen schlägt Ihnen die Finanzkommission vor, die sämtlichen im § 1 des erwähnten Gesetzes aufgeführten gewerblichen Unternehmungen als steuerpflichtig zu betrachten und es weiterer Entscheidung zu überlassen, ob man gerechterweise in der Höhe der Veranlagung der verschiedenen Geschäftsgruppen einen wesentlichen Unterschied machen will.

Vorsitzender: Es ist dazu von Herrn Hauswaldt folgender Antrag eingegangen:

„Vereine, zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkauf derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften), welche mit dem Verkauf ihrer Produkte über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehen,

Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ablass im kleinen (Konsumvereine), welche

- a. Waren an Nichtmitglieder verkaufen,
- b. Gegen unbar verkaufen,
- c. mit anderen Geschäften des Kleinhandels Rabattverträge abschließen,
- d. Zweigvereine an anderen Orten unterhalten,
- e. ihre Ueberschüsse anders verwenden, als ausschließlich zur Rückvergütung an ihre Mitglieder,

sind steuerpflichtig.“

Herr Alßmann: Die letzten von Herrn Hauswaldt gestellten Änderungsanträge enthalten nicht gerade das, was man im Landtage hat in das Gesetz bringen wollen. Ich bedaure unendlich, daß die Finanzkommission beantragt hat, die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zur Steuer heranzuziehen. Die Handelskammer stand seinerzeit auf einem andern Standpunkte als heute. In der Versammlung der mitteldeutschen Handelskammern, welche hier am 30. April

1901 stattfand, nahm die Handelskammer eine ganz andere Stellung zu der Frage ein. In dem Verichte über die Verhandlungen ist wörtlich gesagt worden:

„Eine in erträglicher Höhe gedachte Sondersteuer würde aber dem Kleinhändler lediglich die Mißgunst der ärmeren Klassen der Bevölkerung, die den Hauptteil der Konsumvereinsmitglieder ausmachen, zuziehen, die in der Steuer nur eine neue Belastung der sogenannten Besitzlosen zugunsten des Mittelstandes erblicken würden, ohne den Kleinhandel mit Sicherheit aus seiner gedrückten Lage zu befreien. Würde ihm auch die Ueberwindung der Differenz zwischen seinen und den Preisen der Vereine um etwas erleichtert, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Konsumvereine sich bemühen würden, durch Vergrößerung ihres Abzugsgebietes verstärkte Aufnahme der Eigenproduktion, engeren Anschluß an ihre Großeinkaufsgenossenschaften, ihre Rentabilität zu erhöhen: eine Verstärkung des Konkurrenzkampfes auf beiden Seiten wäre die mutmaßliche Folge.“

Herr Regierungsassessor Bartels stellte als Referent der Handelskammer bei anderer Gelegenheit fest, welche Vorteile die Konsumvereine für ihre Mitglieder haben und kam dabei zu dem Schlusse, daß die Käufer des allgemeinen Konsumvereins im Jahre 1900 etwa 100 000 M. weniger Vorteil gehabt hätten, wenn der gleiche Umsatz in anderen kleinen Geschäften erzielt worden wäre. Hieraus geht hervor, daß die Konsumvereine ihren Mitgliedern als Stütze dienen. Wir stehen doch sonst auf dem Standpunkte, daß es gerecht und naturgemäß ist, wenn sich das wirtschaftliche Leben der Zeit entsprechend entwickelt, aber bei den Konsumvereinen soll dieser Satz anscheinend nicht gelten.

Wenn ferner darauf hingewiesen wird, daß durch die Produktivgenossenschaften das Handwerk geschädigt werde, so kann ich allerdings nicht behaupten, daß die übrigen Geschäfte es nicht fühlen sollten, wenn der allgemeine Konsumverein einen so bedeutenden Umsatz hat. Will man ferner die wirtschaftlich Schwachen schützen, so sind die in den Konsumvereinen organisierten Mitglieder doch wohl die ersten, welche Anspruch auf Schutz hätten. Wenn es sich dann um die Produktivgenossenschaften und speziell um die Bäckerei des allgemeinen Konsumvereins handelt, so will ich nur darauf hinweisen, daß hier schon Fortschritte erzielt worden sind, wie sie das Bäckergerwerbe noch gar nicht kennt. Als der Bundesrat die Verfügung erließ, daß in den Bäckereien nicht länger als zwölf Stunden pro Schicht gearbeitet werden dürfe, erklärten die Bäckermeister, damit nicht auskommen zu können. Der allgemeine Konsumverein hat eine achtstündige Arbeitszeit und zahlt dabei Löhne, welche die Löhne der Bäckermeister weit übertreffen. Solche Genossenschaft sollte man nicht bestrafen, sondern unterstützen. Eine Unterstützung verlangen wir aber nicht, weil wir uns selbst helfen. Bei anderen Genossenschaften, z. B. bei den landwirtschaftlichen,

den Baugenossenschaften zc. geben sich die Regierungen Mühe, sie zu unterstützen, und den Produktionsgenossenschaften will man die Existenz erschweren. Wenn die Bauunternehmer so unsinnig sind und trotz des vorhandenen Ueberschusses an Wohnungen immer weiter bauen, auch in jedem Hause einen Laden haben wollen, so können sie uns doch nicht dafür verantwortlich machen. Bei der letzten Steuer-einschätzung hörten wir von einem Mitgliede des Magistrates, es sei von einigen Bürgern angeregt worden, die Stadt möchte eine Schlachterei einrichten, um billiges Fleisch zu erzielen, weil die Schlachter trotz der niedrigen Viehpreise so hohe Preise nähmen, daß dieses bald als Wucher bezeichnet werden könne. Wenn nun aber unter diesen Verhältnissen die Konsumenten übereingekommen wären, eine Genossenschaftsschlachterei einzurichten, so hätte ich das Geschrei einmal hören mögen, welches die Mittelstandsretter angestimmt hätten.

Es ist häufig auch davon die Rede, daß die Kommune durch die Konsumvereine geschädigt würde, was jedoch nicht der Fall ist. Ein hiesiges städtisches Institut hat von dem allgemeinen Konsumverein sogar einen ziemlichen Vorteil. Die städtische Neustadtmühle war nahe daran, nicht mehr existenzfähig zu sein, weil dort niemand mehr mahlen ließ. Heute läßt der allgemeine Konsumverein mehr als zwei Drittel des sämtlichen von ihm verbrauchten Getreides dort vermahlen und hat dadurch den Betrieb der Mühle wieder rentabel gemacht. Das sind die Unternehmungen, welche Sie durch eine Extra-Umsatzsteuer noch bestrafen wollen. Wir wollen keine Unterstützung von der Stadt, aber wir wollen uns frei und selbstständig entwickeln können, und wir wollen auch die uns stadtseitig auferlegten regulären Steuern gern bezahlen. Die von dem allgemeinen Konsumvereine zu zahlende Einkommen- und Gewerbesteuer beträgt jährlich 13 000 M. Die Einkommensteuer könnten wir leicht umgehen, wenn wir unsere Läden mit einer mechanischen Schlußvorrichtung versehen und erklärten, daß wir keine offenen Läden hätten; hierdurch würden jährlich 11 000 M. gespart werden. Wir tun das aber nicht, weil wir der Gemeinde ihr Einkommen auch gönnen, in dem wir uns sagen, daß an die Gemeinde finanzielle Anforderungen gestellt werden, welche sie nur befriedigen kann, wenn auch die Steuerzahler ihren Verpflichtungen nachkommen. Von einem „Einkommen“ des Vereins kann aber keine Rede sein, weil der entstehende Ueberschuß nur durch den gemeinschaftlichen Wareneinkauf erzielt wird. Wenn sich aber mehrere Herren ein Stück Stoff zu Anzügen kommen lassen, oder ein Faß Wein und verteilen das untereinander, so versteuern sie den dadurch erzielten Gewinn auch nicht. Deshalb bitte ich, das gleiche Recht auch für die Arbeiter und die Konsumvereine gelten zu lassen, also der Magistratevorlage zu folgen.

Vorsitzender: Herr Dr. Jasper hat beantragt, die Vorlage des Magistrates abzulehnen.

Herr Hauswaldt: Ich muß zugestehen, daß der Herr Referent und mit ihm die Majorität der Finanzkommission ganz logisch vorgeht, wenn sie, dem Gesetze folgend, die Konsumvereine mit als steuerpflichtig aufführen, und ich kann auf der anderen Seite nicht verstehen, wie der Magistrat so ganz ohne weiteres die Produktivgenossenschaften und die Konsumvereine von der Besteuerung freilassen wollte. Wenn man die Sache von dem logischen Gesichtspunkte aus betrachtet, kann man das Vorgehen der Finanzkommission nur für durchaus konsequent ansehen. Bei der Beurteilung des Gesetzes sprechen aber gewisse ethische Momente mit, welche nicht unter den Tisch fallen dürfen. Ich bin deshalb dafür eingetreten, daß die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften, so lange sie sich in ihren gegebenen Grenzen halten, von diesem Gesetze nicht betroffen werden dürfen; Landtag und Finanzkommission sind aber strenger und konsequenter gewesen. Trotzdem möchte ich bitten, von diesem Prinzipie abzugehen. Ich habe mir erlaubt, den vom Landtage abgelehnten Antrag wieder einzubringen, an welchem ich wohl einige kleine Aenderungen vorgenommen habe, der in seinem Grundgedanken aber dadurch nicht geändert wird.

Sobald also eine Produktivgenossenschaft sich bildet und nur für ihre Mitglieder arbeitet, will ich sie von dieser Extrasteuer befreit sehen, weil ich mir sage, daß die Vorteile größer sind, als die auch von mir anerkannte Schädigung des Kleingewerbes. Ebenso möchte ich die Konsumvereine unter den im Antrage erwähnten Bedingungen nicht mit der Steuer belegt sehen. Der Punkt e meines Antrages, nach welchem die Konsumvereine ihre Ueberschüsse nicht anders verwenden dürfen, als ausschließlich zur Rückvergütung an ihre Mitglieder, wenn sie steuerfrei bleiben wollen, kann ruhig akzeptiert werden, so sehr er auch schon angegriffen worden ist, denn die Konsumvereine leiden dadurch nicht. Allerdings können diese Vereine dann nicht ihrem guten Herzen folgen und von ihren Ueberschüssen Summen für humanitäre Zwecke verwenden, sondern sie müssen strenge bei ihrer Sache bleiben. Sobald Sie den Punkt e aus meinem Antrage scheiden wollen, würde ich nicht mehr in der Lage sein, für die Sonderstellung der Konsumvereine einzutreten. Lassen Sie den Punkt e fallen, so geben Sie den Generalversammlungen der Konsumvereine eine solche Machtfülle, daß sie nach allen Richtungen hin Einrichtungen mit ihren Einnahmen treffen können. Man könnte sich wohl mit den Ausgaben für humanitäre Zwecke einverstanden erklären, aber man wird nie wissen, wo die humanitären Zwecke aufhören und die politischen Zwecke anfangen. Wenn z. B. bei Streiks Gelder an hungernde Leute aus den Kassen der Konsumvereine gezahlt werden, so weiß man nicht, sind das humanitäre oder politische Zwecke. Deshalb habe ich zum Schutze und im Interesse der Konsumvereine selbst den Punkt e mit in den Antrag einbezogen, um die Konsumvereine zu zwingen, auf ihrem Gebiete zu bleiben. Der Konsumverein als solcher leidet nicht unter der Beschränkung, wenn auch das angenehme Gefühl,

Wohltaten zu üben, ihm dann nicht mehr möglich ist. Ich möchte also bitten, diese Ausnahmen zu machen, selbst auf die Gefahr hin inkonsequent zu erscheinen. Wie ich schon in der Finanzkommission mitteilte, wird ein in Salder bestehendes großes Gemischtwarengeschäft von der Umsatzsteuer nicht getroffen werden, weil die Gemeinde Salder von dem Gesetze keinen Gebrauch machen wird, um dieses ihr sehr wertvolle Geschäft nicht zu treffen. Ebenso können wir ja auch sagen: unsere drei Konsumvereine sind uns so wertvoll, daß wir ihnen diese Ausnahmestellung einräumen wollen. Beabsichtigen Sie aber, von meinem Antrage etwas abzustreichen, so lassen Sie uns nur lieber die Vorschläge der Finanzkommission annehmen.

Was den Punkt c meines Antrages betrifft, so sollen davon solche Konsumvereine getroffen werden, welche mit anderen Geschäften des Kleinhandels ein Abkommen treffen dahingehend, daß diese Geschäfte den Mitgliedern der Konsumvereine beim direkten Einkauf in den Geschäften einen besonderen Rabatt gewähren.

Vorsitzender: Mir erscheint es sehr bedenklich, ob die von Herrn Hauswaldt beantragten Einschränkungen gegenüber dem § 1 des Gesetzes vom 28. März 1904 zulässig sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Hauswaldt nimmt eine vermittelnde Stellung ein zu den Vorschlägen des Magistrates und der Finanzkommission; ich habe indessen dieselben Bedenken, welche der Herr Vorsitzende schon äußerte und gestatte mir, zum Beweise dafür, daß diese Bedenken zutreffend sind, auf den Wortlaut des Absatzes 2 im § 1 des Gesetzes vom 28. März d. J. hinzuweisen (siehe Seite 119 dieses Berichtes). Wenn der Gesetzgeber einen bestimmten Rahmen für die Voraussetzungen aufgestellt hat, unter denen die Besteuerung erfolgen soll, wie das im Absatz 1 des § 1 (siehe Seite 118 dieses Berichtes) geschehen ist, dann sind Sie nicht berechtigt, diesen Rahmen durch irgend einen anderen Rahmen zu ersetzen. Ich würde wenigstens einen solchen Beschluß für sehr bedenklich halten und glaube, daß er durch den Verwaltungsgerichtshof ebenso aufgehoben würde, als wenn man beschließen wollte, jedes Warenhaus ohne Ausnahme zur Steuer heranzuziehen. Der Abgeordnete Floto I hat auch im Landtage ausdrücklich hervorgehoben, daß mit dem Gesetze nicht etwa der Stab über jede Produktivgenossenschaft gebrochen werden solle, sondern daß nur diejenigen als steuerpflichtig anzusehen seien, welche unter den Absatz 1 des § 1 fallen. Das darf nicht verschoben werden, aber ich bin auch der Meinung, daß man gut tut, nicht noch weiter zu spezialisieren. Ich möchte die Versammlung bitten, es bei dem Magistratsvorschlage bewenden zu lassen, weil ich mir sage, selbst dieser Vorschlag wird eine praktische Bedeutung insofern nicht haben, als nach meinem Dafürhalten die hiesigen Konsumvereine nicht unter die Gesichtspunkte des § 1,1 des Gesetzes zu bringen sein werden, weil sie zurzeit eine sehr erhebliche Abweichung von den Grundsätzen und Formen, unter

welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, nicht aufweisen, während ich die Benachteiligung der übrigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes zugebe. Wenn Sie deshalb der Vorsicht des Magistrates folgen, so werden Sie doch wohl das richtige treffen.

Herrn Altmann gegenüber möchte ich noch bemerken, daß er einen Angriff gegen eine Persönlichkeit, nämlich den Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann, gerichtet hat, die sich hier nicht verteidigen kann, indem er ihm vorwarf, daß er erst die Steuerfreiheit und dann die Steuerpflicht der Konsumvereine betont habe. Es kann aber gar nicht davon die Rede sein, daß die Konsumvereine durch die Bank steuerpflichtig gemacht werden sollen, sondern man will doch nur gewisse Auswüchse bei den Konsumvereinen treffen, und diese Auswüchse will auch der Magistrat treffen. Meiner Ansicht nach dürfen wir getrost sagen, daß die von Herrn Regierungsrat Stegemann ausgearbeitete Regierungsvorlage sehr vorteilhaft von der preussischen Gesetzesvorlage absticht. Dort haben wir eine Geheimratsarbeit, die den grünen Tisch an allen Ecken und Enden erkennen läßt, hier ist eine aus dem praktischen Leben geschöpfte Vorlage, die den Nöten des geschäftlichen Lebens gerecht werden will. Wenn Herr Altmann ferner fragt, was mit dem aufkommenden Gelde angefangen werden soll, so kann ich darauf erwidern, daß wir, da der Magistrat die Angelegenheit mit Ihnen regeln will und unter Ihnen viele praktische Leute sind, nicht so unvernünftig sein und das Geld verzetteln werden. Mein Gedanke ist der, daß wir die beteiligten Gewerbetreibenden zu verständiger Selbsthilfe anregen, indem wir dem jungen Nachwuchs durch eine zweckentsprechende Ausbildung die Mittel an die Hand geben, sich emporzuarbeiten. Davon kann aber keine Rede sein, daß wir in den Gewerbebetrieb irgend welche Summen hineinstecken. Herr Altmann meint auch, man hätte gegen die übrigen Großbetriebe der Stadt, auf welche die Klein Händler ebenfalls schimpften, vorgehen sollen; das wäre aber vollständig verkehrt gewesen. Wenn er sich ferner dahin äußert, daß die Klein Händler doch niemals zufriedengestellt sein würden, so kann ich ihn mit seinen eigenen Worten schlagen, wenn ich auf Maßnahmen verweise, die zugunsten anderer Gruppen der Bevölkerung getroffen sind. Wie viel ist wohl für die Arbeiterschaft geschehen, aber keineswegs aus dem Gesichtspunkte, um dadurch eine vollständige Zufriedenheit hervorzurufen, denn daß die nicht erzielt werden konnte, haben wir uns sehr wohl gesagt. Hätten wir aber nach dem Recepte des Herrn Altmann gehandelt, so hätten wir zugunsten der Arbeiter keinen Schritt tun dürfen. Dieses Argument des Herrn Altmann zerfällt also in nichts, während andererseits das, was er zum Schutze der Konsumvereine gesagt hat, in vieler Weise zutreffend gewesen ist.

Herr Stegemann: Nachdem verschiedene deutsche Bundesstaaten in der Sache vorgegangen waren, ist es ja selbstverständlich, daß auch die braunschweigische Re-

gierung und der braunschweigische Landtag hierbei nicht fehlen durften. Von einer Körperschaft, die in der Weise gewählt ist, wie der braunschweigische Landtag, kann man nichts anderes erwarten. Der Magistrat hätte im übrigen uns mit der Vorlage gar nicht kommen sollen, da weder ein Antrag aus der Versammlung, noch von außen dieserhalb eingegangen ist. Wenn es sich um die Fürsorge für Arbeiter handelt, ist der Magistrat nicht so flink bei der Hand. Da Herr Stadtrat von Frankenberg dieses bestritten hat, so kann ich darauf nur antworten, daß alles, was von dem Magistrate getan ist, die Arbeiter mit schweren Kämpfen haben erringen müssen, denn freiwillig ist ihnen nichts gegeben. Was die städtische Fürsorge für die Arbeiter betrifft, so verweise ich nur auf die Beratung des Ortsbaustatuts und der von unserer Seite beantragten Lohnerhöhungen für städtische Arbeiter. Also mit der Fürsorge für die Arbeiter ist es nicht weit her. Noch mehr habe ich mich aber gewundert über das Verhalten der Vertreter der Industrie und namentlich auch des Herrn Wolters. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Sie glauben, mit solchen kleinen Mitteln dem Handwerk und dem Kleinhandel helfen zu können. Alles, was bis jetzt für das Kleingewerbe geschehen ist, hat nichts geholfen, wie sogar die Mittelstandsretter Jacobsfötter und Dertel im Reichstage haben zugestehen müssen. Auch der Minister Möller hat schon bezüglich der preußischen Warenhaussteuer erklärt, sie hätte nur dazu geführt, daß sich die Warenhäuser noch mehr ausgedehnt hätten. Die Vertreter der Industrie sind so stolz auf die Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels. Wem ist das aber zu verdanken? Nur allein den großen Betrieben und nun wollen Sie hier gegen Großbetriebe eine so kleinlich-antisemitische Politik treiben? Wenn in dieser Weise vorgegangen wäre, so würde Handel und Industrie noch weit zurück sein. Sie werden auch nicht bestreiten, daß die Warenhäuser und die Konsumvereine der heutigen Zeitrichtung vollständig entsprechen, denn es gehen viele Leute aus Stadt und Land in die Warenhäuser, um ihren Bedarf zu decken, ja selbst die Kleinhändler gehen zum Teil hinein und kaufen ihre Waren zum Wiederverkauf dort.

Das Gesetz ist auch schon deshalb total ungerecht, weil es die Geschäfte nach dem Umsatz zur Steuer heranziehen will und nicht nach dem Gewinne. Wenn von dem Herrn Referenten dem Gesetze ein besonderes Lob gesungen und gesagt wurde, es sei besser als das preußische, indem man nachher prüfen könne, welche Geschäfte von der Steuer getroffen werden sollten, nun so glaube ich, daß diese Art Prüfung viel schädlicher ist, weil dabei nicht immer in unparteiischer Weise vorgegangen werden wird und manche dabei frei ausgehen, die gerade getroffen werden müßten. Das Verfahren führt auch zu Konsequenzen, die eine schwere Schädigung des wirtschaftlichen Lebens bedeuten würden, da die Großbetriebe der Industrie, des Verkehrs u. mit Recht ebenfalls von der Steuer betroffen werden müßten. Herr Wolters sollte auch bedenken, daß die großen Brauereien die kleinen immer mehr

auffaugen. Die Statistik beweist doch klar und deutlich, wie die Vernichtung der kleinen Brauereien mehr und mehr vor sich geht. Die großen Brauereien sind es auch, die den Kleinhändlern die Geschäftskonkurrenz machen mit dem Flaschenbierhandel.

Außerdem nützt das Gesetz gar nichts, wie sich in anderen Staaten herausgestellt hat, wohl aber hat es eine große Anzahl von Leuten erheblich geschädigt. Die Warenhäuser haben davon noch den wenigsten Schaden, denn sie suchen sich auf die verschiedenste Weise zu helfen, aber andere Leute werden dadurch bedeutend geschädigt. Ich möchte Ihnen im Gegensatz zu der Ansicht unserer Handelskammer die Ansicht der Dresdener Handelskammer anführen; dieselbe hat sich in der von Herrn Rßmann schon angedeuteten Weise dahin ausgesprochen, daß die Steuer eine ungerechte ist. Sie sagt in ihrem Gutachten:

„Die grundsätzlichen Bedenken gegen die volkswirtschaftlichen Gefahren einer Umsatzsteuer betrachtet unsere Kammer als ausschlaggebend.

Dazu kommt, daß eine nach dem Umsatze bemessene Besteuerung nicht gerecht sein kann. Es ist eine der wichtigsten Fortschritte der neueren Steuerpolitik, daß man die Steuerbelastung möglichst nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen abstuft. Wenn aber eine Steuer nach dem rohen Maßstabe des erzielten Gesamtumsatzes bemessen werden soll, dann verzichtet man von vornherein auf die billige Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit. Je nach den Verhältnissen der einzelnen Handelszweige und nach den Schwankungen des Geschäftsganges wird der Reingewinn einen größeren oder geringeren Teil des Umsatzes ausmachen.“

Hinsichtlich der Konsequenzen der Umsatzsteuer äußert sich die Dresdener Handelskammer wie folgt:

„Die Behörde soll jetzt zugunsten der in den Wettbewerb der weniger zahlreichen größeren Geschäfte mit Ausnahmemaßregeln eingreifen, wenn dieser Wettbewerb keineswegs unlauter, sondern höchstens unbequem ist; ohne daß man jedoch daran denkt, nun etwa auch die vielleicht am meisten schutzbedürftigen kleinsten Geschäfte gegen den Wettbewerb der mittleren in gleicher Weise zu schützen. Eine solche Anwendung der Steuergesetzgebung ist aber als sehr gefährlich zu bezeichnen. Würde sie auf dem einen Gebiete des Kleinhandels durchgesetzt, oder würde sie hier gar (was wir freilich noch nicht befürchten wollen) den gewünschten Erfolg haben, so wären ähnliche Ansprüche der Kleinbetriebe in anderen Erwerbszweigen auf Schutz durch dasselbe Mittel auf die Dauer unabweisbar.

Überall, wo der Wettbewerb der Großbetriebe für bestimmte Gruppen von Gewerbetreibenden Mißstände mit sich bringt (und das ist in zahlreichen anderen Gewerbsständen ebenso der Fall wie im Kleinhandel), wird die Umsatzsteuer mit demselben Rechte als Schutzmittel der Schwächeren begehrt werden. Das gilt beispielsweise von zahlreichen Zweigen des Handwerkes oder der Hausindustrie gegenüber den Fabriken, ferner von den kleinen Bankiers gegenüber den Großbanken, von den kleinen Fluß- und Seeschiffern gegenüber den Schiffahrtsgesellschaften und den großen Reedereien; es gilt ferner von den Droschkenbesitzern gegenüber den Straßenbahnen, von den Dienstmannsgenossenschaften gegenüber dem Fernsprecher, von den Fuhrwerksbesitzern und den Botenfuhrleuten gegenüber der Reichspost und der Staatsseisenbahn, von den kleinen Zeitungen gegenüber den großen usw. Auch in der Landwirtschaft könnten schließlich die kleinen und mittleren Bauern mit gleichem Rechte Umsatzsteuern gegen die Rittergüter und Großgrundbesitzer beanspruchen. Ebenso wie die Konsumvereine würden auch die Bezugs- und Absatzgenossenschaften der Handwerker und Landwirte durch eine nach dem Umsatz bemessene, progressive Steuer bedroht werden, weil sie zahlreichen Händlern zum Teil sehr empfindlichen Wettbewerb bereiten. Wenn man in der geschilderten Weise den genossenschaftlichen Bezug von Kolonialwaren bei den Verbrauchern (Konsumvereinen) einschränken will, wird man folgerichtig auch gegen die Großeinkaufsgenossenschaften der Kolonialwarenhändler Umsatzsteuern verlangen müssen; denn diese schmälern den Absatz der Großhändler.“

Auf demselben Standpunkte stehen wir auch. Das sind die Konsequenzen, zu denen ein solches Gesetz führt. Es sind nicht nur fromme Wünsche, daß auch andere Gewerbe eine solche Umsatzsteuer fordern, sondern sie sind schon da, denn an die sächsische Ständekammer ist bereits eine Eingabe gerichtet, welche ersucht, die Fabriken und deren Zweiggeschäfte zu besteuern. Wenn man böshast sein wollte, möchte man gerade denjenigen Leuten, die solche Steuer im Handelsgewerbe einführen wollen, wünschen, daß sie selbst einmal davon betroffen werden möchten. Vielleicht würde Herr Wolters, wenn die Brauereien mit einer Extrasteuer belegt würden, sie auch auf seine Lieferanten abwälzen, oder aber er würde dazu übergehen noch „besseres“ Bier zu brauen als bisher. (Herr Wolters: Wenn das möglich wäre, ja!) Darüber, daß die Steuern nichts nützen, will ich auch noch einige Zitate anführen. Der frühere Reichstagsabgeordnete und Führer der Mittelstandsbewegung, Jacobsfötter, sagte auf der am 16. Februar d. J. in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer folgendes:

„Kein Mensch weiß heute ein wirksames Mittel gegen die Warenhäuser anzugeben, nachdem auch die Besteuerung sich als ein untauglicher Versuch zu ihrer Eindämmung erwiesen hat.“

Und auf der Konferenz der Gewerbekammern in Plauen am 21. Oktober v. J. sagte der Vertreter der Dresdener Gewerbekammer:

„Wenn gesagt worden ist, warum eigentlich die Städte Sachsens, die doch wohl das Recht haben, eine derartige Steuer den Warenhäusern aufzulegen, es nicht getan haben, so liegt das an dem Umstande, daß man sich auch in Handwerkerkreisen sagt, daß eine Umsatzsteuer das kaum erreichen würde, was man sich von ihr verspricht, und zwar aus einem einfachen Grunde. Wenn heute einem großen Basar eine Umsatzsteuer von so und soviel auferlegt wird, so wird das nächste sein, daß der Inhaber zu seinen Lieferanten sagt: ich zahle jetzt Umsatzsteuer, du mußt mir die Ware um so und so viel billiger liefern. Und wer wird darunter wieder leiden? der Gewerbetreibende; der würde durch die Umsatzsteuer gedrückt werden in seinen Preisen; der Lieferant, der Handwerker hätte eventuell diese Umsatzsteuer aufzubringen, welche das Warenhaus treffen soll.“

Auf derselben Gewerbekammerkonferenz bewies ein Fachmann, Strumpffabrikant Schüppel aus Burchardsdorf, daß die Umsatzsteuer auf die Lieferanten abgewälzt werde. Er sagt:

„Als in Preußen die Warenhaussteuer eingeführt wurde, bekam man von dort aus von verschiedenen Warenhäusern die Mitteilung, man hätte in Zukunft die 2 % Warenhaussteuer zu tragen als Lieferant, und man solle sich schriftlich darüber erklären, ob man die tragen wolle oder nicht. Gewisse Lieferanten nun, die es nicht notwendig hatten, mit den Berliner Warenhäusern zu arbeiten, die haben sich geweigert; die Folge davon ist gewesen, daß sie keine Aufträge mehr bekommen haben. Man hat also wohl oder übel die 2 % übernehmen müssen. Die Warenhäuser machen es einfach so: Am Ende des Jahres wird der Betrag für gelieferte Waren zusammengerechnet und hat der Lieferant 2 % von demselben in bar an das betreffende Warenhaus einzusenden. Als das nun mit den 2 % so gut gegangen war, verlangten sie, der Lieferant sollte sich 3 % Abzug gefallen lassen. Das mußte auch geschehen, und so verdienen die Warenhausinhaber noch 1 % daran. Daraus ergibt sich, daß nicht das Warenhaus die Steuer bezahlt, sondern entweder der Lieferant, der Arbeiter oder der Konsument.“

Also selbst die Mittelstandskretter sind zu der Einsicht gekommen, daß die Steuer ungerecht ist und auch nichts nützt. Auch selbst im hiesigen Landtage ist von einigen Rednern ausgeführt worden, daß die Steuer nichts nützt, also wozu

will man sie einführen? Den Ausführungen des Herrn Altmann nickte Herr Südel verschiedentlich zu und trotzdem ist er ein Befürworter der Steuer. Es ist aber eine durchaus unehrliche Politik, wenn man weiß, eine Steuer nützt nichts und führt sie doch ein. Ich bitte daher, die Vorlage dem Magistrate vor die Füße zu werfen und sie abzulehnen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag auf Abbruch der Verhandlungen über diesen Gegenstand eingebracht worden. Ist jemand gegen die Vertagung?

Herr Hauswaldt: Ich möchte bitten, zu versuchen, diese Materie heute zum Schluß zu bringen, da wir sonst nächstes Mal dieselben Sachen noch einmal zu hören bekommen.

Herr Blasius: Ich bitte um Annahme des Antrages. Es sind dabei noch so vielerlei Sachen zu erörtern, daß wir damit heute nicht fertig werden können. Dabei nehme ich aber an, daß die Herren, welche uns heute schon längere Zeit unterhalten haben, nächstes Mal mit den Erörterungen nicht noch einmal kommen. Bei der Wichtigkeit der Sache halte ich es für unmöglich, heute den Verhandlungen noch mit Aufmerksamkeit zu folgen. Außerdem sind auch einige dringende Sachen in vertraulicher Sitzung zu beraten.

Mit knapper Mehrheit wird darauf beschlossen, die Verhandlung zu vertagen, worauf die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen wird.

Dauer von 4¹/₄ bis 8¹/₄ Uhr.

1904/1905.N^o 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Juni 1904.

Tagesordnung:

- | | |
|--|-----------|
| I. Heranziehung der Warenhäuser etc. zu einer Umsatzsteuer (Fortsetzung) | Seite 146 |
| II. Feststellung von besonderen Wegegebührenbeiträgen | " 198 |
| III. Erwerb von Flächen zur Salzdhumerstraße | " 199 |
| IV. Verkauf einer Fläche am Hutfiltern. | " 199 |
| V. Vorgärten für die Wolfenbüttler- und Campestraße | " 199 |

Am Magistratstische die Herren Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg, Seele und Wagner, sowie Herr Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Bues, Lange, Lupprian, Weichsel und Wesemeier.

In der vorausgegangenen gemeinschaftlichen Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wurde unter dem Voritze des Herrn Stadtrat Haake der

Stadtverordnete, Herr Lange, zum unbefoldeten Mitgliede des Magistrates gewählt.

Die Sitzung der Stadtverordneten wird sodann von dem Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Heranziehung der Warenhäuser etc. zu einer Umsatzsteuer. (Fortsetzung.)

Vorsitzender: Wir nehmen die in der vorigen Sitzung — Seite 143 des Berichtes — abgebrochene Debatte wieder auf. Es erhalten zunächst diejenigen Herren das Wort, welche sich schon in der vorigen Sitzung dazu gemeldet hatten. Wir haben uns also noch in der Generaldebatte, einschließlich der Frage zu bewegen, welche Gattungen von Geschäftsbetrieben zur Steuer herangezogen werden sollen.

Herr Rolte: Ich muß den Standpunkt der Magistratsvorlage für zweckmäßig, angemessen und billig halten. Dagegen scheint es mir nicht angemessen zu sein, die Handhabe dazu zu bieten, daß den unbemittelten Volksklassen die Gelegenheit, gut und billig zu kaufen, erschwert wird, daß also die Konsumvereine mit einer Steuer belegt werden, auch wenn sie nicht mißbräuchlich vorgehen. Der Zweck der Konsumvereine, den Käufern Gelegenheit zu bieten, gut und billig zu kaufen, scheint mir vom wirtschaftlichen Standpunkte aus ein ganz vorzüglicher Gedanke zu sein, den man unterstützen und nicht erschweren sollte, sofern die Barzahlung aufrecht erhalten wird. Eine Erschwerung würde aber eintreten, wenn man dem Antrage der Finanzkommission zustimmt. Ich will nicht sagen, daß man bei den einzelnen Gewerbetreibenden schlecht kauft, sondern man wird dort ebenfogut kaufen können, als in den Konsumvereinen; aber, daß man hier billiger kaufen kann, ist doch wohl zweifellos (Widerspruch) und das ist im wesentlichen auf Rechnung des Barverkaufs zu setzen. Es ist nicht richtig, daß die Gewerbetreibenden den Barverkauf genügend begünstigen, denn wenn das geschähe, würden sie auch imstande sein, den Käufern billigere Ware zu liefern. Dieser Umstand spricht entschieden dafür, daß die Konsumvereine nicht mit einer Steuer belegt werden.

Ich kann auch den Standpunkt der Kommission nicht als richtig anerkennen, daß es logisch wäre, die sämtlichen Kategorien des Gesetzes unter die Steuer zu bringen: das Gesetz gibt nur den Rahmen, unter dem es erlaubt, die einzelnen Gattungen zur Steuer heranzuziehen und sagt: „Die Gemeinden sind befugt etc.“ Deshalb halte ich es nicht für logisch, mit der Finanzkommission zu sagen, wir müssen dem Gesetze entsprechend alle Kategorien zur Steuer heranziehen. Im Gegenteil, das Gesetz will den Gemeinden die Wahl überlassen, welche Institutionen sie heranziehen wollen. Es ist durchaus nicht logisch, dem Gesetze durch dick und dünn zu folgen. Ich werde deshalb für die Magistratsvorlage, eventuell aber für den Antrag Hauswaldt, stimmen. Wenn hier Zweifel über die Zulässigkeit des

Antrages Hauswaldt laut geworden sind, insofern, als er verschiedene Einschränkungen hinsichtlich der Konsumvereine enthalte, die nicht in Uebereinstimmung mit dem Gesetze sein sollen, so halte ich solche Bedenken nicht für richtig. Meiner Ansicht nach ist es zulässig, Bestimmungen mit in das Statut aufzunehmen, wie sie der Antrag Hauswaldt enthält, und zwar aus dem Grunde, weil das Gesetz nur den Rahmen gibt, der die betreffenden Bestimmungen nach außen hin umgrenzen und verhindern soll, daß nicht noch weiter gegangen werden kann, während er andererseits zuläßt, daß die gezogenen Grenzen eingeschränkt werden.

Herr Herzberg: Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon in der vorigen Sitzung ein Lied zu Lob und Preis des Verfassers des braunschweigischen Gesetzes gesungen; ich kann jedoch in dieses Lied nicht einstimmen, denn es ist selten ein so dehnbare Gesetz zur Verabschiedung gekommen, wie dieses. Das Gesetz ist gegen den unlauteren Wettbewerb gerichtet (Widerspruch); aber ich möchte fast sagen, daß das Gesetz selbst einen unlauteren Wettbewerb darstellt auf dem Gebiete der Gummifabrikation: es ist ein Kautschukgesetz, das man so und so dehnen kann, und solchem Gesetze ein besonderes Lob zu erteilen, liegt doch wohl keine Veranlassung vor. Leider kann man gegen das Gesetz durch das Gesetz selbst nicht angehen. Ueber seine Einzelheiten ist Zeit genug bei der Spezialberatung zu sprechen; ich will jetzt nur darauf hinweisen, daß Herr Hauswaldt durch die Stellung seiner Anträge hinlänglich bewiesen hat, wie dehnbar das Gesetz ist. Der Herr Stadtrat von Frankenberg und auch der Herr Vorsitzende haben zwar gemeint, daß diese Anträge außer dem Rahmen des Gesetzes fielen, das ist aber nicht der Fall, denn der Rahmen ist so weit gezogen, daß die Anträge noch hineinfallen. Die Ausführungen, welche im Gesetze gegeben sind, gelten nur als Beispiele, weshalb ich in dieser Beziehung die Anträge Hauswaldt in Schutz nehmen möchte; sie bilden eben nur das Mittel, um in dem Gesetze einen festen Boden zu gewinnen, der sonst zerfließt, als wenn man in Wasser greift. An und für sich muß ich mich aber gegen die Anträge Hauswaldt wenden, weil ich keine Verbesserung, sondern nur eine Verböserung des Gesetzes darin erblicken kann.

Der Magistrat hat sich die Begründung des Gesetzes ungeheuer leicht gemacht: er hat sich auf die Verhandlungen des Landtages berufen und wenn man diese nachschlägt, so wird wieder auf die Begründung des Gesetzes und die Kommissionsverhandlungen zurückgegriffen; sieht man aber die Begründung nach, so sucht man vergebens nach einem festen Punkte. Wenn aber die Notwendigkeit bewiesen werden soll, durch ein Gesetz so tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Volksklassen einzugreifen, so hätte man doch wenigstens verlangen müssen, daß das zahlenmäßig geschehe, der Beweis für die Notwendigkeit des Gesetzes also statistisch durch Zahlen erbracht werde. Aber in der Begründung ist nichts von Zahlen und bestimmten Dingen enthalten, statt dessen findet man tiefsinnige philosophische Erörterungen

über den Begriff des Wortes „wirksam“. Das heißt den Beteiligten Steine statt Brot zu geben. Man hat wohl recht gut gewußt, weshalb man in der Begründung des Gesetzes das Zahlenmaterial weggelassen hat, weil dieses nämlich gegen das Gesetz gesprochen haben würde.

Als der Kapitalismus sich zu regen begann, dachte niemand daran, die tausende von Existenzen, welche der industrielle Großbetrieb zugrunde richtete, zu schützen, wahrscheinlich, weil man befreit aufatmete, daß die deutsche Industrie gelöst wurde von den Fesseln des Feudalismus und des Zunftwesens. So entwickelte sich die deutsche Weltindustrie, welche mit so vielem Glück auf dem Weltmarkte konkurrenziert hat. Jetzt aber, wo der Großbetrieb sich auch des Handels bemächtigt hat, ist man darauf aus, die Gesetzgebung zu mißbrauchen, um eine unbequeme Konkurrenz zu bekämpfen. Man kann hier mit Recht sagen: Weh dir, daß du ein Enkel bist, oder mit anderen Worten: den letzten beißen die Hunde. Obwohl man nämlich zugibt, daß die Konsumvereine einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten, wendet man doch hier alle Mittel an, um sie niederzuhalten. Es scheint mir aber außerdem auch, als ob mit dem Essen erst der Appetit käme, denn ich sehe in dem Gesetze nur den Anfang einer Bewegung, die darauf hinausläuft, den Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung, wie ihn die Warenhäuser, Konsumvereine u. darstellen, zu strangulieren. Bei der Willfährigkeit des Ministeriums gegen reaktionäre Einflüsterungen scheint mir das ziemlich sicher zu sein. Diesmal hat man zwar noch gesagt, man wolle den Warenhäusern nicht ernstlich zu Leibe gehen, weil deren Vernichtung nicht möglich sei.

Man hat auf die Verwendung der aus der Steuer aufkommenden Erträge das Hauptgewicht gelegt: sie sollen zum Besten des Kleinhandels und des Klein-gewerbes verwendet werden. Daß diese beiden wirtschaftlichen Betriebsweisen rückständig sind, wird wohl von niemandem bezweifelt werden; ebenso steht es fest, daß die Warenhäuser und Konsumvereine einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Weil diese aber einen kleineren Aufschlag auf die Waren nehmen, als die Kleinhändler und nicht so viel Tribut auf den Konsumenten legen (Widerspruch), sollen sie bestraft werden. Was weicht denn bei den Warenhäusern und den Konsumvereinen so grundsätzlich von den gewöhnlichen Formen der steuerpflichtigen Gewerbe ab? Sie verringern, oder beseitigen den Geschäftsgewinn und entlasten den Konsumenten. Das ist das ungesekliche, was von uns unter Strafe gestellt werden soll, und sonach stellt sich die Steuer nicht als eine Steuer dar, sondern als eine Buße. (Widerspruch.) Herr Wolters sagte auch, die Warenhäuser würden aus dem Grunde mit besteuert, weil sie ganz unnatürliche Warengruppen führen. Das ist aber auch im übrigen Handel schon immer geschehen. Als hier die Mittelstandsbewegung begann, wurde ein Zirkular an „vertrauenswürdige“ Leute geschickt, in

dem aufgefördert wurde, für die Umsatzsteuer Stimmung zu machen. Von Interesse waren die Unterschriften unter dem Zirkulare. Es fand sich z. B. ein Kolonialwarenhändler darunter, der Papier und Petroleum, Butter und Kokosmatten, Spielfarten und Seife, Wein und Wurstwaren, also alle möglichen nicht zusammengehörigen Waren, führte. Auch Inhaber großer Spezialgeschäfte waren darunter. Aber schädigt denn z. B. ein großes Spezialgeschäft in Hosentöpfen den Kleinhandel nicht ebenso, wie jeder andere Großbetrieb im Kleinhandel? Es wird dem entgegengehalten, daß für Spezialgeschäfte ein Bedürfnis vorhanden sei, aber für Warenhäuser und Konsumvereine liegt ebenfalls ein Bedürfnis vor. Die Industrie ist längst zur Massenproduktion übergegangen und diese bedingt wieder die Massenverteilung der Produkte durch die Warenhäuser. Der Kleinhandel nimmt für die Massenproduktion einen viel zu hohen Gewinn; er verteuert dadurch den Absatz und schmälert die Konsumtionsfähigkeit des Publikums. Aus diesem Grunde mußte sich die Großindustrie andere Geschäfte aussuchen, und das waren die Warenhäuser.

Die Konsumvereine erfüllen das berechtigte Bedürfnis, Waren gut und billig zu kaufen. An diesen kann man am besten nachweisen, was für ein steuerpolitisches Monstrum das ganze Gesetz ist. Der Allgemeine Konsumverein hatte im Jahre 1903 im ganzen 5430 Mitglieder und einen Umsatz von 1801442,95 M., also pro Kopf 331,76 M. Bei einer Umsatzsteuer von 1 % entfiel also auf den Kopf des Mitgliedes ein Betrag von rund 3,30 M., bei 1,5 % = 4,95 M. und bei 2 % = 6,60 M. Nun bedenken Sie, daß gut 90 % dieser Mitglieder kleine Leute, Arbeiter, sind, welche ein Jahreseinkommen von 900—1200 M. haben, also eine Gemeinde = Einkommensteuer bezahlen, deren Einheitsatz 90 S.—1,10 M. beträgt. Legen wir aber zu der Einkommensteuer eine Umsatzsteuer von 1 %, so würde dieses einen Steuerzuschlag von $33\frac{1}{3}$ % bedeuten und bei 2 % einen solchen von $66\frac{2}{3}$ %. Würden wir hier beantragen, auf die Einkommen der reichen Leute einen Steuerzuschlag von $66\frac{2}{3}$ % zu legen, so würden Sie alle aufspringen und sagen, nun ist der Zukunftsstaat da. Aber auf die armen Leute legt man leichten Herzens eine solche Steuer. Wie wenige werden durch eine solche Steuer selbst im besten Falle gerettet werden, gegenüber der großen Masse von Leuten, die dadurch schwer betroffen werden. Man sagt, die Steuer soll besonders von denjenigen genommen werden, welche dem Kleinhandel und dem Kleingewerbe den Schaden zugefügt haben. Bei dem Kleinhandel mag die Schädigung durch die Warenhäuser und Konsumvereine zugegeben werden, aber wie liegt es bei dem Kleinhandwerke? Sind wirklich diejenigen Unternehmungen, welche mit der Umsatzsteuer belegt werden sollen, die Ursache für das Niedergehen des Kleinhandwerks? Das kann nicht der Fall sein. Das Warenhaus bildet für dessen Schädigung doch nur eine Zwischenform, denn die eigentliche Ursache des Niederganges ist

nicht das Warenhaus, sondern die Großindustrie, und gegen diese richtet sich die Steuer überhaupt nicht. Gegen die Produktion wendet sich das Gesetz nur in dem einen Falle, wo es sich um Produktivgenossenschaften handelt und davon gibt es hier nur eine einzige, nämlich die Bäckerei des Allgemeinen Konsumvereins. Daß diese aber das Handwerk schädigen soll, kann ich nicht anerkennen.

Das Hauptgewicht legt die Vorlage auf die Verwendung der Steuererträge: die Steuer soll zur Rettung des Kleinhandels und Kleinhandwerks verwendet werden. Die Vorlage unterscheidet dabei zwei Dinge: es sollen unmittelbare Staatshilfe wie das Fortbildungsschulwesen und Selbsthilfe wie das Genossenschaftswesen in Anspruch genommen werden. Wird der Zweck aber damit erfüllt? Die Staatshilfe hat alle Mittel, die uns hier vorgeschlagen werden, längst angewendet, und wenn man darin ein besonderes großes sozialpolitisches Moment der Vorlage sehen will, so kann ich mich dem nicht anschließen, denn diese Art Staatshilfe ist längst versucht und hat mit einem glänzenden Fiasko geendigt. Selbst Leute, welche in der Mittelstandspolitik die ersten Rufer im Streite sind, haben das zugeben müssen. Der antisemitische Abgeordnete Werner sagte am 6. März 1900 im Reichstage, daß die ganze Mittelstandspolitik nicht nur nicht genügt, sondern noch geschadet habe. Die Mittelstandspolitik durch die Innungen zc. läuft auf eine Fesselung des Handwerks hinaus, während der Großbetrieb frei bleibt für seine Entwicklung. Was das Genossenschaftswesen betrifft, so liegt das Komische darin, daß man gerade das als Mittel zur Rettung der Mittelstandsparteien ansieht, was man in den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften bekämpft. Was ist dann die Folge? Nehmen wir z. B. an, daß die Schuhmacher sich mittels Staatshilfe zu einer Einkaufsvereinigung zusammentun so ist doch die Folge, daß sehr viele Leder-Kleinhändler geschädigt werden. Im besten Falle handelt es sich bei allen Rettungsmaßnahmen nur um eine Galgenfrist, denn wenn bei der Großindustrie der Absatzmarkt durch die Steuer auch vielleicht zuerst an einer Stelle unterbunden wird, so wird sie sich bald an anderer Stelle zu helfen wissen. Je drückender die Steuer ist, desto mehr wird durch sie der Umsatz angespornt werden und um so größer ist dann die Schädigung des Kleinhandels zc. Diese Politik läuft darauf hinaus, die kleinen Geschäfte zu stärken und zu vermehren, das heißt aber doch nur den Teufel durch Beelzebub austreiben, da man dann die Konkurrenz unter ihnen nur verschärft. Es ist schon nachgewiesen worden, daß das Wachstum der Kleinhandelsgeschäfte das Wachstum der Bevölkerung des Herzogtums weit übertrifft. Warum bekämpft man nicht die überzähligen Kleinhandelsgeschäfte? In dieser Beziehung schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Ministers Hartweg an, welche er am 1. Februar 1898, also zu einer Zeit machte, da er noch auf dem Standpunkte stand, eine solche Umsatzsteuer nicht annehmen zu wollen. Er sagte damals: Man wird unter so kleinen Ver-

hältnissen, wie in unserm Herzogtum, nichts erreichen; wenn auf diesem Wege überhaupt etwas zu erreichen ist, so muß das von einem größeren geographischen Begriffe, also etwa vom Reiche ausgehen. Aber im Reiche hat man für solche Dinge kein Geld, weil man es für den Militarismus und die Weltmachtpolitik gebraucht. Geschehen mußte indessen etwas, da man die Mittelständler so lange schon hingehalten hat und da sie, wie die Kommission des Landtages ausführte, staatsstützend sind, so müssen sie für ihr politisches Wohlverhalten als Prämie ein solches Gesetz bekommen, von dessen Aussichtlosigkeit eigentlich alle überzeugt sind. Es geht hier, wie im ärztlichen Leben, wo zur Beruhigung des Kranken etwas verordnet wird, ut aliquid fieri videatur, damit es den Anschein habe, als ob etwas geschehe.

Die Steuer ist ein Tribut auf die Masse der Konsumenten, auf das Publikum, die Arbeiter. Von den bürgerlichen Sozialpolitikern wird das Sparen so sehr gerühmt, ja, es gibt solche, wie z. B. Eugen Richter, die in dem Sparen die Wiedergeburt des Volkes, die Lösung der sozialen Frage erblicken. Hier aber wird der Spartrieb unter Strafe gestellt. Es ist auch von der Besteuerung der Intelligenz die Rede gewesen, und ich habe mich gewundert, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich gegen diesen Ausdruck meines Freundes Altmann wandte. Einmal ist der Ausdruck nicht das geistige Eigentum des Kollegen Altmann, sondern er stammt von dem preußischen Handelsminister Möller, und außerdem entspricht die darin liegende Anschauungsweise, die Sie für staatszerhaltend ansehen, auch dem Grundgedanken der Wahlgesetze zum braunschweigischen Landtage und zur Stadtverordneten-Versammlung, in welchem zum Ausdruck gebracht worden ist, daß dem Kapital auch eine größere Intelligenz innewohnt.

Es wird vielfach gesagt, die Sozialdemokraten verbreiteten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, aber hier sind nicht wir es, sondern diejenigen, welche das Gesetz erlassen haben. Wenn Sie die sozialen Verhältnisse fördern wollen, dürfen Sie nicht solche Maßnahmen treffen, die einen Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bilden. Beim Kleinhandel und Kleinhandwerk ist man darauf aus, die Produktionskosten zu vermindern, um den Profit zu erhöhen, bei dem Arbeiter aber, dessen einzige Ware die Arbeitskraft ist, vergrößert man durch eine solche Auflage auf die Lebensmittel, die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft dienen, die Produktionskosten. Das ist ein ungleiches Maß. Man macht auch von der deutschen Sozialpolitik, welche zugunsten der Arbeiterschaft getroffen sein soll, soviel Aufhebungs; angesichts solcher Gesetze zerfließt sie aber in nichts. Das Reich bringt Schutzzölle, das Land und die Kommunen Umsatzsteuern, da kann man mit Recht sagen: auf der einen Seite wird mit Löffeln gegeben, auf der anderen Seite aber mit Scheffeln genommen.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Landtagsverhandlungen kommen. Die ganzen Verhandlungen und Bestrebungen der Landesregierung haben ohne Zweifel einen humoristischen Anstrich insofern, als sie zum Ausdruck bringen, daß der Kleinhandel die einzige Art ist, wie auf reelle Weise die Waren vertrieben werden. Der humoristische Anstrich zeigt sich aber ferner dadurch, daß gerade der braunschweigische Staat bestrebt ist, den unlauteren Wettbewerb durch ein Gesetz zu bekämpfen, obwohl seine ganze Finanzgebarung auf der schlimmsten Sorte unlauteren Wettbewerbes beruht, nämlich auf dem Lotteriespiel.

Herr Stadtrat von Frankenberg erinnerte in der vorigen Sitzung daran, daß man sich bei Ablehnung der Vorlage vielleicht regierungsseitig entschließen könnte, in anderer Weise gesetzlich vorzugehen. Bei dem ganzen Gesetze ist es nur allein auf die Stadt Braunschweig abgesehen, und dies hat auch Herr Hauswaldt in seinem Referate angedeutet, daß er im Landtage erstattete. Dort hieß es:

„Ja, in der Stadt Braunschweig soll die Sache sehr schwierig werden; es wird sehr zweifelhaft werden, ob die Gemeindevertretung der Stadt Braunschweig, die Stadtverordneten, beschließen, dieses Gesetz anzuwenden. Wir haben in unserer Gemeindevertretung elf Sozialdemokraten und es brauchen nur noch sieben andere Stadtverordnete dagegen zu stimmen, so wird die Stadt Braunschweig, trotzdem die gesetzliche Unterlage geschaffen, dies Gesetz nicht anwenden.“

Darauf erwiderte der Minister Hartwig:

„Meine Herren! Es ist vom Abgeordneten Hauswaldt darauf hingewiesen, daß es nicht ganz zweifellos sei, welche Stellung die städtischen Behörden zu der Frage, ob nun auch auf Grund dieses Gesetzes in der Stadt Braunschweig die Umsatzsteuer erhoben werden soll, einnehmen werden. Nun, ich sollte glauben, daß, abgesehen von den Sozialdemokraten in der Versammlung, obwohl ich auch von denen, wie ich nachher noch weiter ausführen werde, nicht verstehe, warum sie dagegen sein müssen, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung einstimmig ohne weiteres von dieser ihnen durch dieses Gesetz gegebenen Befugnis Gebrauch machen und die Gelegenheit wahrnehmen müßten, die Verhältnisse hier zu bessern. Ich fürchte nicht, daß hier in der Stadt Braunschweig davon kein Gebrauch gemacht wird. Sollte es aber geschehen, meine Herren, dann verliert allerdings das Gesetz in der Tat wesentlich an Wirksamkeit.“

Und später sagte er noch deutlicher:

„Es kann sehr wohl sein, meine Herren, daß wir uns schon nach zwei Jahren auf diesem Gebiete hier wieder sprechen werden, und wir werden das zweifellos dann tun müssen, wenn die Stadt Braunschweig wider Erwarten in der Majorität ihrer Organe sich nicht verpflichtet und ver-

anlaßt fühlen sollte, von dem Gesetze Gebrauch zu machen. Das würde schon ein Anlaß sein, der uns bewegen würde, der geehrten Versammlung in der nächsten Periode einen neuen Gesetzesentwurf vorzulegen, um eben dann auf andere Weise zu erreichen, was erreicht werden muß."

Als ich das gehört und hinterher gelesen hatte, traute ich meinen Ohren und Augen nicht. Vergewärtigen wir uns doch einmal die Sachlage: An uns kommt ein Gesetz, wir prüfen die Sachlage eingehend und lehnen es etwa ab, dann kommt das Herzogliche Staatsministerium und sagt: Ihr müßt, ob Ihr wollt oder nicht! Für einen solchen gegen uns versuchten Druck fehlt mir die parlamentarische Ausdrucksweise. Wir prüfen hier die Dinge nach bestem Wissen und Gewissen und lassen uns von keinem Ministerium die Pistole auf die Brust setzen. In derselben Sitzung erklärte der Minister:

"Im Herzogtum Braunschweig ist noch niemals seitens der Regierung irgendwie in unberechtigter Weise in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingegriffen. Ich glaube sagen zu dürfen, daß weder unter einem früheren, noch unter dem jetzigen „reaktionären“ Minister jemals Fälle unberechtigter Eingriffe vorgekommen sind."

Darauf kann ich nur bemerken, daß ich es als einen unberechtigten Eingriff in unsere Selbstverwaltung ansehen muß, wenn die Regierung nach der etwaigen Ablehnung dieser Vorlage mit einem neuen Zwangs Gesetze kommen sollte. Diese Aeußerung des Ministers hat aber gezeigt, was für eine Achtung er vor der Selbstverwaltung der Stadt hat, und es war für mich beschämend, daß keiner der städtischen Abgeordneten sich bei der Gelegenheit der Selbstverwaltung angenommen hat. Der Abgeordnete Hauswaldt und der Minister Hartweg haben im Landtage gesagt, das Gesetz sei nur ein Versuch; wir sollten aber unsere Bürgerschaft für zu gut halten, um als Versuchskaninchen für solche Experimente zu dienen.

Herr Jasper: Die Darlegungen der Vorredner, denen ich nicht viel hinzufügen will, haben unwiderleglich dargetan, daß wir unsere Zeit nützlicher verwenden könnten, als mit derartigen Versuchsgeschäften. Ich habe daher beantragt, die ganze Vorlage des Magistrates rundweg abzulehnen. Auch diejenigen Herren von der bürgerlichen Seite, welche sich bisher zu der Vorlage geäußert haben, müssen zugeben, daß die Vorlage, wie sie uns hier mundgerecht gemacht werden soll, für uns nicht zu gebrauchen ist. Ebenso hat Herr Stadtrat von Frankenberg einen guten Teil der Vorlage bekämpfen müssen, wenigstens soweit die Finanzkommission beliebt hat, Neuerungen in den Entwurf des Magistrates einzufügen. Auch Herr Wolters wird es nicht ganz leicht geworden sein, so für das Kind der Finanzkommission einzutreten, wie er es getan hat, denn die Stimmung, in der er seinerzeit die Kommissions-sitzung verließ, war anders als rosig zu bezeichnen. Er war damals sehr wenig erbaut von den Kommissionsverhandlungen und hatte ein

bedenkliches Schütteln des Kopfes; es hat sich dieses aber gelegt, wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß in den Köpfen der Kommissionsmitglieder höhere Vernunft gewaltet haben müsse. Gegenüber einem solchen Gesetze, das von der Regierung selbst nur als ein Entwurf bezeichnet wird, haben wir doch nicht die Aufgabe, diesen Versuch so zu gestalten, daß wir das etwa Brauchbare daraus hervorsuchen, um es für das Kleinhandwerk und den angeblich bedrängten Kleinhandel nutzbar zu machen. Die Vorlage krankt auch daran, daß ihre Bestimmungen einen so dehnbaren Begriff darstellen, daß man damit kaum etwas anzufangen vermag. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. der Begriff „Warenhaus“ in keiner Weise festgelegt worden ist. Andere Staaten haben sich wenigstens die Mühe gegeben, diesen Begriff irgendwie zu umgrenzen. Von einem Gesetze muß man doch wenigstens verlangen, daß dasjenige, was man besteuern will, auch für jedermann deutlich und offensichtlich bezeichnet wird. Das hat die Regierung nicht getan, wahrscheinlich, weil es ihr zu schwierig war. Der Begriff „Warenhaus“ muß aber scharf abgegrenzt werden, damit man weiß, welche Geschäfte darunter zu verstehen sind. Auch darf ein Warenhaus nicht so hoch besteuert werden, daß die Steuer größer ist, als der Reinertrag. Es läßt sich nämlich der Fall sehr wohl denken, daß bei einem sehr großen Absatze sich doch ein recht geringfügiger Gewinn ergibt, und trotzdem soll auch in solchem Falle eine hohe Steuer auf das Warenhaus gelegt werden. Da ich den Grund hierfür nicht einzusehen vermag, so muß ich schon deshalb die Sache ablehnen. Abzahlungsgeschäfte sind anderwärts der Umsatzsteuer nicht unterworfen, und ich weiß auch nicht, wie solche Geschäfte den Kleinhandel schädigen sollen. Ueber Konsumvereine ist hier schon so viel gesprochen worden, daß ich diesen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen brauche.

Zum Schluß will ich nur noch auf das rechtliche Moment hinweisen. Ihnen allen wird in den letzten Tagen ein Anschreiben des Verbandes der Warenhäuser zugegangen sein, in welchem der Versuch gemacht wird, den Entwurf als rechtlich haltlos hinzustellen. Wenn ich nun auch nicht mit der Eingabe der Ansicht bin, daß das Gesetz gegen den Wortlaut der Verfassung verstößt, so meine ich doch, daß es mindestens gegen den Sinn und den Geist unserer Landesverfassung verstößt, wie das jede Sondergesetzgebung tut. Das Gesetz verstößt aber gegen die Reichsverfassung und die Reichsgewerbeordnung, indem die Steuer als eine Erdrösselungssteuer wirken soll, was ich trotz der entgegengesetzten Ansicht des Herrn Hauswaldt annehmen muß. Es soll nämlich eine so hohe Steuer auf die betreffenden Betriebe gelegt werden, daß sie nicht weiter existieren können. Das ist aber nicht angängig, weil wir Gewerbefreiheit haben und eine Steuer, welche über die Reinerträge der betreffenden Betriebe hinausgeht, nicht auf letztere gelegt werden darf. Schon aus diesem Grunde würde ein in dieser Richtung von uns zu fassender Beschluß ungültig sein, und ich zweifle nicht, daß unser Verwaltungs-

gericht ein etwa erlassenes Statut aufheben wird. Ich bitte deshalb, meinem Antrage zuzustimmen und die Magistratsvorlage ohne weiteres abzulehnen. Ebenso beantrage ich namentliche Abstimmung.

Herr Esborn: Nachdem unser Berichterstatter, Herr Dr. Wolters, Ihnen in bekannt vorzüglicher Weise die Vorlage erläutert hat, sie auch vom Magistratsratte aus durch Herrn Stadtrat von Frankenber, in aner kennenswerten Worten befürwortet worden ist und von sozialdemokratischer Seite vier Herren sich dagegen gewandt haben, will ich mir auch einige Worte dazu gestatten. — Zunächst möchte ich mich dabei mit dem Unterantrage Hauswaldt beschäftigen. Abgesehen davon, daß bereits rechtliche Bedenken gegen diesen Unterantrag vorgebracht worden sind, würde ich es auch für einen Fehler halten, ihm Folge zu geben. Wir hätten dann nämlich zu erwarten, daß wir von den hier bestehenden drei Konsumvereinen den Beamtenkonsumverein und den Beamtenhaushaltsverein unter die Steuer einbezogen sähen, während der große Allgemeine Konsumverein mit seinen über die ganze Stadt verzweigten zehn Filialen, das Lieblingskind der Herren Almann und Genossen, ungeschoren bliebe. Weshalb hier aber mit zweierlei Maß gemessen werden soll, kann ich nicht verstehen, und ich hoffe, die große Mehrzahl der Herren Kollegen wird mir beipflichten, wenn Sie meine späteren Ausführungen gehört haben werden. Zur Abkürzung der Debatte möchte ich Herrn Hauswaldt bitten, seinen Antrag zurückzuziehen, zumal schon von zwei Juristen Bedenken rechtlicher Natur dagegen vorgebracht worden sind.

Nunmehr komme ich zu den Ausführungen der Herren Almann und Stegmann in der vorigen Sitzung. Es ist bekannt und erklärlich, daß die schärfsten Gegner des Gesetzes die Konsumvereine und unter diesen wieder die Arbeiter-Konsumvereine sind, oder, wollen wir das Kind beim rechten Namen nennen, so ist es die sozialdemokratische Partei als solche. (Unruhe. Lebhafter Widerspruch.) Daß diese Partei bestrebt ist, den Mittelstand zu vernichten, das brauche ich Ihnen nicht mehr auseinanderzusetzen; ein ehrlicher Sozialdemokrat bestreitet das auch überhaupt nicht mehr. Deshalb möchte es sich erübrigen, den Herren da drüben noch Beweise dafür zu erbringen. Aber darin liegt auch die Gefahr, daß die unheilvolle Entwicklung der Konsumvereine gerade den Mittelstand, der seit Jahrhunderten die beste Stütze des Staates gewesen ist, zu vernichten droht und seine Angehörigen zu Proletariern macht. Die Sozialdemokratie weiß sehr wohl, daß der Staat sich in erster Linie auf einen kräftigen Mittelstand, auf die breiten Schichten einer zufriedenen Bevölkerung stützen muß. Und an diesem Grundpfeiler der Staats- und Gesellschaftsordnung rütteln die Konsumvereine. (Widerspruch und Unruhe.)

Vorsitzender: Lassen Sie uns auch jetzt in Ruhe verhandeln. Sie sind vorhin ja auch nicht unterbrochen worden.

Herr Esdorn (fortfahrend): Die Konsumvereine und Warenhäuser sind es, die uns die Proletarier und damit die treuesten Anhänger der Sozialdemokratie schaffen. Auf dem Kreuznacher Verbandstage des Allgemeinen Verbandes Deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wurden 99 Konsumvereine ausgeschlossen, weil sie das offen ausgesprochene Bestreben hatten, den Mittelstand zu ruinieren. Aus dem auch Ihnen jedenfalls von Herrn Ahmann zugesandten Jahresberichte des hiesigen Allgemeinen Konsumvereins ersehen Sie auf Seite 7, daß die ausgeschlossenen Konsumvereine sich am 18. Mai 1903 in Dresden zu einem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine zusammengeschlossen haben, und diesem Verbande soll sich der größte Teil der organisierten Konsumvereine Deutschlands bereits angeschlossen haben. Das „organisiert“ ist wohl dahin zu verstehen, daß diese Vereine unter der Leitung organisierter Genossen stehen. Diesem Verbande gehörten vor kurzem schon 628 Vereine mit rund 480 000 Mitgliedern an. Hier- nach ist jetzt schon ein Sechstel der sozialdemokratischen Wähler wiederum in Konsumvereinen organisiert. (Widerspruch.) Man muß es der Partei lassen, sie versteht es vorzüglich, ihre Leute durch Konsumvereine, Gewerkschaften, Krankenkassen zc. zusammenzuführen. (Zwischenrufe: Macht es doch ebenso!) Sie verschafft dadurch einerseits ihren Agitatoren einträgliche Stellungen und macht andererseits eine große Anzahl Angestellter gewissermaßen von der Partei abhängig. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit nur daran, daß bei dem Grimmitzauer Streif unter der Sammelliste im Volksfreunde auch die Verkäuferinnen vom Allgemeinen Konsumvereine verzeichnet waren. Das führe ich nur an, weil von jener Seite wohl behauptet werden wird, der Allgemeine Konsumverein habe nichts mit der Partei zu tun.

Herr Stegmann hat uns in der vorigen Sitzung Gutachten der Dresdener Handelskammer verlesen; es ist mir daher mit gütiger Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden auch wohl gestattet, Ihnen einiges über das Verhältnis der Konsumvereine zur Sozialdemokratie aus dem Dekret N. 30 der sächsischen Staatsregierung zu verlesen. Es heißt darin unter anderem:

„Zahlreiche, der Sozialdemokratie anhängende Arbeiter sind wegen der wirtschaftlichen Vorteile, die die Konsumvereine ihren Mitgliedern bieten, diesen Vereinen beigetreten, unbekümmert um die Stellung der Partei zu diesen Unternehmungen. Die Partei hat nun diese Sachlage zu benutzen und in den durch Gesetz organisierten Krankenkassen, wie in den auf freiem Zusammentreten ihrer Mitglieder beruhenden Konsumvereinen Einfluß zu gewinnen gesucht. Es gelang ihr in vielen Fällen, Einrichtungen, die lediglich der Wohlfahrt der Arbeiter dienen sollten, zu Sammelpunkten der Parteipolitik zu machen, die dazu benutzt werden,

die Arbeiter an die Partei zu fesseln und sie von der Partei abhängig zu machen."

Ein sehr großer Teil der Konsumvereine sind eben heute ein Kampfmittel der Sozialdemokratie zur Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes, aber nicht allein einzelne Gewerbe werden durch sie bedrängt, sondern, wie ich schon anführte, durch die Proletarisierung großer Volksmassen wird unser Volk in seiner Gesamtheit bedroht. Es gibt kaum noch einen Erwerbsstand, der nicht wenigstens indirekt unter der Ausdehnung der Konsumvereine zu leiden hätte und deshalb verlangen heute schon große Nationalökonomien ein völliges Verbot der Konsumvereine, wie Professor Suchsland und viele andere es offen in ihren Vorträgen aussprechen. Außer Herrn Ußmann und seinen Freunden wurden nun nicht allein in der Magistratsvorlage, sondern auch von unserem Kommissionsreferenten die großen Vorteile hervorgehoben, die die Konsumvereine bieten sollen. Gestatten Sie mir, daß ich auch hierauf näher eingehe. Da heißt es zunächst, die Mitglieder kaufen bedeutend billiger. Dies trifft durchaus nicht immer zu. Ich habe hier die letzte Preisliste des wohl, wenn ich recht unterrichtet bin, größten Konsumvereins Deutschlands, des Breslauer Konsumvereins mit 81 378 Mitgliedern vom Schlusse des letzten Jahres. Sie werden mir zugeben, daß dieser Verein mit einem Umsatze von annähernd 14 Millionen Mark wohl in der Lage ist, ebenso billig einzukaufen, wie der hiesige, auf den ich übrigens auch noch weiter zu sprechen komme.

Dieser Verein hat seinen Mitgliedern für ihre Bezüge im letzten Jahre sogar 11 % Dividende gezahlt. Ich habe nun die Preisliste dieses Vereins mit einer gleichzeitig erschienenen Preisliste eines größeren Breslauer Kolonialwarengeschäfts verglichen und dabei folgendes gefunden:

	Detailgeschäft	Konsumverein	teurer
Fleisch-Extrakt Liebig . . . $\frac{1}{1}$ kg	6,90 M	7,60 M	10,14 %
" " " . . . $\frac{1}{8}$ "	1,00 "	1,10 "	10,00 "
Gaedtes Kakao . . . $\frac{1}{2}$ "	2,40 "	2,60 "	8,33 "
" " " . . . $\frac{1}{8}$ "	0,67 "	0,75 "	11,90 "
Webers Feigen-Kaffee . Kart. à 250 g	38,00 S	46,00 S	21,00 "
Mehl (Kaiser-Auszug) . . . $\frac{1}{2}$ kg	16,50 "	18,00 "	9,00 "
Weizenmehl 00 . . . bei 100 "	24,00 M	27,80 M	11,60 "

(Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Herr Esdorn: Hierzu wird mir aus Breslau noch folgendes mitgeteilt:

„Fast alle Artikel, welche der Verein ebenso billig, oder gar noch billiger verkauft, sind von so minimaler Bedeutung, daß sie überhaupt nicht ins Gewicht fallen (Wichse, Cremestärke, Flaschentinte, Maggi zc.). Außer

diesen steht aber in der Konsumvereinsliste z. B. Weizenmehl auch mit 14 S p. Pfd. Dieser bedeutende Artikel wurde aber sofort nach Listenausgabe erhöht und kostet jetzt 2 Pfd. 31 S , 1 Pfd. 16 S , während ein Detailgeschäft mit 14 S , einzelne Kaufleute gar noch mit 13 S verkaufen. Dann sind billig die Kohlen. Diese sind aber ab Lager zu kaufen und für Anfuhr und Abtrag 6—8 S pro Zentner zu entrichten, während die Kohlenhändler frei Keller liefern. Ferner ist Korn und Vikör zu erwähnen. Es ist wohl eher ein Unglück zu nennen, daß das größte Gift für soziales Glück, für Sitte und Moral, so wohlfeil zu haben ist, und man kann daraus ersehen, daß die Konsumvereine durchaus nicht das Paradies der Menschheit erstreben, sondern eben nur verdienen wollen, denn diese Artikel sind für unsern Verein trotz ihrer Billigkeit immer noch sehr lohnend."

Ja, dieses schöne Volksbeglückungsmittel, der Branntwein, scheint ja auch im hiesigen Allgemeinen Konsumvereine eine große Rolle zu spielen. Aus dem uns zugesandten Jahresberichte ersehen wir, daß zusammen in den Marken Loeschig, Müller und Nordhäuser 44 170 Liter umgesetzt sind. Es ist überhaupt schwer, die Preise des hiesigen Allgemeinen Konsumvereins zu kontrollieren, denn dieser ist so vorsichtig und gibt keine Preisliste heraus. (Widerspruch.)

Ab und zu jedoch finden wir im „Volksfreund“ und auch in den „Neuesten Nachrichten“ Inserate mit Preisen vom Allgemeinen Konsumverein. Ich habe hier ein solches aus der Weihnachtszeit und dabei gefunden, daß auch der hiesige Konsumverein ganz gute Preise hat, bei denen er wohl 8% Dividende verteilen kann.

Ich fand dort unter anderen:

	Allgemeiner Konsumverein	hiesige Geschäfte	teurer
Zuckerhonig	Pfd. 40 S	Pfd. 35 S	14,3 %
Pflaumenmus	„ 18 „	„ 16 „	12,5 „
Sauerkohl	„ 7 „	„ 5—6 „	16 $\frac{2}{3}$ —40 „
usw.			

Also mit den billigen Preisen ist es nicht so weit her. Was den Allgemeinen Konsumverein betrifft, so sagen die Geschäftsleute, daß sie mit dessen Preisen ganz gut auskommen können. (Heiterkeit.) Es liegt mir daran, festzustellen, daß der Allgemeine Konsumverein nicht billiger ist, als die hiesigen Geschäftsleute. Weiter heißt es von den Konsumvereinen, daß sie durch den Grundsatz der Barzahlung die Mitglieder zur Sparsamkeit, Ordnung und Pünktlichkeit in der Wirtschaft erziehen. Ja, das will ich nicht verkennen, das ist ein großer Fortschritt. Aber ist denn nicht das System der Barzahlung in vielen Detailgeschäften ebenfalls eingeführt, und Sie können es mir glauben, keiner wäre froher als die Kaufleute

und Handwerker, wenn sie nur gegen Barzahlung liefern könnten und dürften. Sorgen Sie dafür, daß durch Reichsgesetz jedes Pumpen verboten wird, wir sind sehr damit einverstanden, aber ich glaube, Herr Dr. Jasper mit der größten Anzahl seiner Kollegen nicht. Aber wie liegt es denn jetzt? Ja, in den Konsumvereinen und Warenhäusern wird bar bezahlt, aber beim Schuster und Schneider pumpt man Jahre lang oder man bezahlt überhaupt nicht, was auch nicht selten vorkommt. Gewiß, in der Barzahlung liegt ein großer erzieherischer Wert, aber dieserhalb bedürfen wir die Konsumvereine nicht.

Weiter wird von den Befürwortern der Konsumvereine gesagt, diese schalteten den Zwischenhandel aus. Dies ist, wörtlich genommen, richtig, bringt aber keinen Vorteil mit sich. Nach dem Echo, dem sozialdemokratischen Organe Hamburgs, wurde auf dem soeben in Hamburg abgehaltenen ersten Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, also dieser vorhin schon genannten Organisation, in dem Jahresberichte bemerkt:

„Wenn unsere Gegner behaupten, daß von dem Reingewinn, welchen die Konsumvereine verteilen, 5000 Kleinhändler leben könnten, so halten wir ihnen ruhig entgegen, daß in der Konsumgenossenschaftsbewegung 6440 Personen, wovon nahezu die Hälfte Familienväter, lohnende und sichere Beschäftigung finden, daß die meisten von diesen nicht gewillt sind, ihre Existenz gegen die unsichere eines Krämers einzutauschen.“

Also hier wird doch offen zugegeben, daß von einer Ausschaltung des Zwischenhandels gar keine Rede sein kann. Nicht der Händler, also die Menschen-schicht, die die Waren beschaffen und dann wieder vereinzeln, sondern nur der selbständige Handel wird ausgeschaltet und dafür treten eine ebenso große Anzahl abhängiger Existenzen in die Erscheinung. Daß dies nicht im allgemeinen Volksinteresse liegt, habe ich Ihnen bereits ausgeführt, wohl aber ist das ganze Sinnen und Trachten der sozialdemokratischen Partei hierauf gerichtet. Nein, das Uebergewicht der Konsumvereine liegt, wie auch unsere Landesregierung bei Begründung der Vorlage sehr richtig ausführte, in dem Zusammenschlusse einer durch das eigene Interesse an das Unternehmen festgebundenen Kundschaft. Ferner können die Konsumvereine kostspielige Reklame, sowie fein ausgestattete Läden entbehren. Durch letzteres wird natürlich der Grundbesitz wieder sehr geschädigt.

Um Ihnen nun aber noch in Kürze die Nachteile der Konsumvereine vorzuführen, gestatten Sie mir wieder, daß ich Ihnen verlese, was das vorhin schon genannte Dekret der Kgl. sächsischen Staatsregierung darüber sagt:

„Schon der eine Umstand, daß die Konsumvereine fast nur Massenartikel mit schnellem und sicherem Umsatze führen, andere, nicht in Massen verlangte, leicht verderbende Waren aber dem Kleinhandel überlassen, schränkt die von ihnen gebotenen Vorteile ein. Sodann ist der Einzelkaufmann

in der Regel erheblich leichter erreichbar", — jetzt wohl kaum mehr deshalb, wenn man sieht, daß der Konsumverein „Vorwärts“ weit über 30 Filialen über ganz Dresden verbreitet hat — „bietet zumeist eine größere Auswahl von Waren, bessere Sachkenntnis als der Lagerhalter eines Konsumvereins und eine weitergehende Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Kunden. Tüchtige Einzelkaufleute haben vor den Angestellten der Konsumvereine eine kaufmännische Ausbildung und Praxis, größere Beweglichkeit (schwerfällige kollegiale Verwaltung der Vereine!) und stärkeres Eigeninteresse, den bei der Mehrzahl der Menschen wirksamsten Sporn zu tüchtigen Leistungen, voraus.

Der schwerstwiegende Nachteil, den die Konsumvereine veranlassen, ist die Schädigung, die sie dem Kleinhandel zufügen, indem sie ihm Kunden entziehen und nur die minderwertigen Kunden lassen.“

Dieser Beurteilung kann ich mich ganz anschließen und wenn ich nun die Vorteile und Nachteile der Konsumvereine mit einander abwäge, so komme ich allerdings zu dem Schlusse, daß die Nachteile bei weitem überwiegend sind, und daß daher im allgemeinen Volksinteresse eine mäßige Besteuerung wohl am Platze ist.

Jetzt komme ich zu den Warenhäusern. Hierbei kann ich mich aber kurz fassen. Das für und wider ist in der Landesversammlung, in der Presse, in öffentlichen Vorträgen usw. soviel erörtert, daß ich glaube, dem vorzüglichen sehr objektiven Berichte des Kommissionsreferenten kaum noch etwas beifügen zu brauchen. Nur auf einige Einzelheiten möchte ich noch eingehen und mich vor allem mit der letzten Eingabe des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser näher beschäftigen.

Wir werden in dieser Petition zunächst gebeten, die Steuervorlage glatt abzulehnen; da die Warenhäuser hierauf wohl selbst nicht rechnen, sollen wir wenigstens zu erreichen suchen, daß derselben ein dem § 5 des preussischen Gesetzes ähnlicher Paragraph beigelegt wird. Ich nehme an, daß Ihnen dieser § 5 bekannt ist, nach dem die Steuer 20 % des gewerbesteuerpflichtigen Betrages nicht überschreiten darf. Diesen größten Fehler am preussischen Gesetze hat unsere Regierung und Landtag Gott sei Dank nicht gemacht, darüber können wir uns nur freuen. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist eine Kommission eingesetzt worden zur Verbesserung des Gesetzes und diese hat bereits beschlossen, den § 5 des Gesetzes wieder aufzuheben. Wenn wir hierüber überhaupt zu bestimmen hätten, so glaube ich, würden wir damit am leichtesten fertig. Natürlich wird auch wieder vorgebracht, daß das Gesetz mit der Reichsgewerbeordnung im Widerspruch stände. Der Herr Referent hat dies schon, wie auch andere rechtliche Bedenken, genügend zurückgewiesen, so daß ich hierauf nicht näher einzugehen brauche. Aber manche Unrichtigkeiten resp. Annahmen der Warenhäuser muß ich entschieden bekämpfen.

Es wird dort zunächst gesagt, daß die Warenhäuser den besseren Spezialgeschäften durch Zuführung von Kundschaft erhebliche Vorteile bieten. Wenn hiermit gesagt sein soll, daß ein Kunde nach einmaligem Kaufen im Warenhause hieraus die Lehre gezogen hat und für die Folge nur in besseren Spezialgeschäften kauft, so mag es richtig sein, sonst muß ich es geradezu als Ironie bezeichnen. Ferner wird darin gesagt, die Warenhäuser führen ihren Geschäftsbetrieb nach dem Grundsatz strengster Reellität. Der beste Beweis hierfür sei die Tatsache, daß die meisten Verurteilungen auf Grund unlauteren Wettbewerbes nicht die Warenhäuser, sondern deren Konkurrenten oder auch Fabrikanten getroffen haben. — Wer im geschäftlichen Leben steht und nur einigermaßen die Manipulationen der Warenhäuser beobachtet, der weiß, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Ich glaube, auf Anfrage würde unsere Staatsanwaltschaft mir bestätigen, daß fortwährend Prozesse wegen unlauteren Wettbewerbes gegen die Warenhäuser schweben. Zuzugeben ist allerdings, daß sie mit äußerstem Raffinement die vom Gesetze offen gelassenen Maschen aufzufinden wissen, wo sie noch durchhüpfen können. Ich könnte Ihnen über eine sehr große Anzahl von Verurteilungen wegen unlauteren Wettbewerbes berichten, will aber darauf verzichten, da die meisten von Ihnen doch längst darüber orientiert sind. Das traurigste hierbei ist nur, daß den Warenhäusern betreffs der Lockvögel nicht beizukommen ist.

Von Interesse ist es vielleicht, wenn ich Ihnen bei dieser Gelegenheit über zwei Sachen, die erst kürzlich hier bei uns passiert sind, berichte.

1. Königs Kursbuch wird hier in den Warenhäusern billiger verkauft, als es verkauft werden darf, aber aus dem Zirkular von Albert König geht folgendes hervor:

„In dem Kampf gegen die Warenhäuser, welche Königs Kursbuch zum Preise von 40 \mathfrak{M} , 38 \mathfrak{M} und 37 \mathfrak{M} verkaufen und öffentlich anzeigen, habe ich leider bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Schon vor langer Zeit habe ich meinen sämtlichen Auslieferungsstellen verboten, das Kursbuch überhaupt an Warenhäuser zu liefern, durch diese haben sie direkt nicht beziehen können, sie haben aber Buchhandlungen gefunden, welche so gewissenlos sind, um wenige Pfennige sich zu Handlangern dieser Schleuderer zu machen. Um diese Buchhandlungen heraus zu finden, habe ich die Mai-Juni-Ausgabe mit unmerklichen Ziffern versehen und dann Exemplare in den Warenhäusern kaufen lassen. Dadurch habe ich feststellen können, von welchen Auslieferungsstellen das betreffende Exemplar bezogen worden ist, nicht aber die Buchhandlung, welche es geliefert hat. Um auch das zu ergründen, habe ich mich an die Buchhandlungen, welche größere Bezüge gemacht haben, gewendet und um Angabe ihrer Abnehmer von größeren Partien gebeten; meine Bitte ist

aber entweder ablehnend oder mit Grobheiten beantwortet worden. Ich habe mich dann auch an mehrere Warenhäuser gewandt und versucht, sie zur Aufgabe der mich schädigenden Schleuderei zu veranlassen, aber nur ein einziges Warenhaus, und zwar das von Alex. Loewenberg in Hamburg, ist darauf eingegangen und hat mir eine Erklärung gesandt, in welcher sich Loewenberg „ehrenwörtlich“ verpflichtet, das Kursbuch nicht unter 50 \mathcal{M} zu verkaufen. Trotzdem zeigt Loewenberg auch jetzt noch das Kursbuch für 38 \mathcal{M} an; ein Vorgehen meinerseits gegen ihn ist noch in der Schwebe. Ein anderes Warenhaus hat mir erklären lassen, daß es selbst, wenn ihm der Bezug unterbunden würde, das Kursbuch für 50 \mathcal{M} kaufen und für 38 \mathcal{M} verkaufen würde, weil das die beste Reklame für seine Firma sei.“

Es wird Ihnen bekannt sein, daß vor 3–4 Wochen Königs Kursbuch für 40 \mathcal{M} bei Kloppe ausging. Ein anderes Warenhaus bezieht nun von Kloppe dieses Kursbuch und klebt über den Kloppe'schen Stempel einen Zettel mit der eigenen Firma. Als der Käufer eines solchen Buches zufälligerweise den Zettel abreißt, findet er den Stempel des Warenhauses Kloppe darunter. Das zweite Warenhaus verkaufte das Buch zu 38 \mathcal{M} , worauf Kloppe den Preis auf 35 \mathcal{M} ermäßigte.

Nun noch ein anderes Beispiel: Scherl's „Woche“ soll mit 25 \mathcal{M} verkauft werden und wird an Warenhäuser mit Ausnahme der Berliner nicht abgegeben. Das hiesige Warenhaus Tieß hat nun alles Mögliche versucht, die „Woche“ zu bekommen und ist zu folgendem Manöver übergegangen: Es hat große Annoncen-Aufträge gegeben und sagte sich, dann müßte die Annoncenexpedition ihm die „Woche“ besorgen. Auf Anfrage erklärte sich der eine hiesige Vertreter der „Woche“, Herr Dessau, bereit, die „Woche“ der Expedition zu 20 \mathcal{M} zu liefern. 8 Tage darauf hört er, daß bei Tieß die „Woche“ zu 21 und 20 \mathcal{M} , später sogar zu 10 \mathcal{M} verkauft wird. Er sieht dieses Manöver noch 8 Tage an und als die Annoncenexpedition wiederkommt und Exemplare holt, gibt er solche mit einem Zeichen versehen hin. 2 Stunden darauf schickt er nach Tieß und läßt sich die „Woche“ holen und bekommt eine seiner selbstgelieferten Nummern. Selbstverständlich ist Tieß das Handwerk sofort gelegt worden.

Diese wenigen Beispiele werden Ihnen genügen; ich könnte Ihnen sonst hierin soviel vorführen, daß ich die ganze heutige Sitzung damit ausfüllen würde. Vom kaufmännischen und auch vom allgemeinen Standpunkte aus betrachtet ist die Geschäftsführung in den meisten Warenhäusern als etwas Unmoralisches zu bezeichnen. Denn kaufmännisch ist es vollständig falsch, reguläre Waren unter Einkauf zu verkaufen, selbst für den Fall, daß man damit Käufer anlocken will, um an anderen Waren dann desto mehr zu verdienen. Ich muß mich daher als

Kaufmann im Interesse des Handels und auch der Industrie gegen diese Auswüchse anzusprechen, da hierunter das Ansehen des ganzen Standes leidet.

Daß in dieser Eingabe auch wieder hervorgehoben wird, die Warenhäuser böten den Konsumenten große Vorteile, ist schon oft behauptet und auch widerlegt worden. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Jeder denkende Mensch weiß, was er davon zu halten hat. Es wird dann weiter berichtet, die hiesigen Warenhäuser machten dem übrigen Detailhandel noch keine erhebliche Konkurrenz, da sie von dem auf 80 Millionen für Braunschweig veranschlagten Umsatz erst kaum 6 %, also zirka 5 Millionen hätten. Ja, es ist sehr bedauerlich, daß diese im Interesse der nothleidenden Menschheit nach Braunschweig gekommenen Warenhäuser von unseren Mitbürgern nicht besser unterstützt werden.

Ferner wird angeführt, daß der Konsum sich durch die Warenhäuser steigerte, da die Waren besser vor Augen geführt würden. Diesem kann man im gewissen Sinne beipflichten. An Putz und sonstigem Firlefanz wird in den Warenhäusern viel mehr als bisher in den Geschäften gekauft; ob dies aber im allgemeinen Volksinteresse liegt, zumal meist Minderbemittelte dort kaufen, will ich dahingestellt sein lassen.

Namentlich sollen aber die in der Nähe der Warenhäuser bestehenden besseren Spezialgeschäfte erhebliche Vorteile durch den gesteigerten Verkehr haben. Auch dies mag teilweise, aber nicht immer zutreffen. Fragen Sie nur unsere guten Geschäfte in der Schuhstraße: Witting, Herbst, Mehrkorn, Lohmann, Wenning &c.; ich glaube, diese wären die Warenhäuser lieber heute als morgen wieder los.

Daß die Warenhäuser selbst hohe Mieten zahlen und daß in der besten Geschäftsgegend, wo sie sich doch immer niederlassen, auch die Mieten der anderen Läden hohe sind, ist bekannt. Hierdurch haben aber nur einzelne wenige Vorteil, während der Grundbesitz in seiner Gesamtheit gerade hierdurch enormen Schaden hat. Daß wir mit der Besteuerung der Warenhäuser auch den Weg zum sozialdemokratischen Zukunftsstaate beschreiten sollen, will ich nur erwähnen, damit die Herren da drüben sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Selbstverständlich wird auch das Abwälzen der Steuer auf andere Schultern wieder vorgebracht. Wenn dies Abwälzen den Warenhäusern wirklich so leicht wäre, dann kann ich nur deren furchtbare Agitation gegen die Steuer nicht begreifen. Nein, das Abwälzen gelingt nicht, und deshalb die große Aufregung.

Nun muß natürlich auch noch die Intelligenz herhalten. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon anerkannt, daß er auch unter den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden recht viel intelligente Leute gefunden habe. Ich will den Warenhäusern durchaus nicht ihre Intelligenz absprechen, aber nicht dadurch allein machen sie ihr großes Geschäft und bedrohen den Kleinhandel, sondern durch die rücksichtslose Benützung und die brutale Anwendung des Großkapitals und

unter Formen, die bisher im Handel und Gewerbe nicht üblich waren und die ein anständiger Kaufmann und Handwerker verabscheut. Ich komme zum Schluß.

Das Warenhaus Kloppe u. Co. hatte in einer auch wohl Ihnen allen zugesandten Broschüre seinen Ausführungen ein Motto vorangestellt:

„Fürst Bismarck sagt in seinen Gedanken und Erinnerungen: Ein Staat, der auf Recht und Ordnung hält, darf nicht damit anfangen, eine Klasse von Staatsbürgern auszuplündern, um eine andere zu beschenken.“

Herr Minister Hartweg erwiderte darauf im Landtage unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß er das für ein sehr zweideutiges Wort hielte und daß er glaube, Fürst Bismarck würde, wenn er heute lebte, mit einer kleinen Aenderung wohl sagen:

„Ein Staat der auf Recht und Ordnung hält, darf nicht dulden, daß eine Klasse der Staatsbürger die andere ausplündert.“

Das dürfte den Ansichten des verstorbenen Reichskanzlers besser entsprechen. Ich darf Sie erinnern an eine Rede, die Fürst Bismarck an ihn besuchende Handwerker im Jahre 1895 hielt, in der er unter anderm sagte:

„Der Staat hat gar kein Interesse daran, daß große Massengeschäfte entstehen, die ihm schließlich doch nur dasselbe an Einkommensteuer bezahlen, was sie an Steuerkraft laufend kleinen Existenzen entziehen; umgekehrt sollte dem Staate, politisch gedacht, doch mehr an der wirtschaftlichen Zufriedenheit dieser zahlreichen kleinen Leute, als an dem Ausblühen einer einzigen Großexistenz gelegen sein. Es liegt also nichts im Wege, durch eine Umsatzsteuer den Großexistenzen des Erwerbes die Lust auszutreiben.“

Das war also das Urteil unseres großen Bismarck. Ich könnte hierüber noch weiteres mitteilen, aber ich will darauf verzichten, da auch noch andere Redner zu Worte kommen wollen. Herr Stegmann nahm in letzter Sitzung auch bezug auf das Gutachten der Mitglieder der Dresdener Handelskammer. Diese haben aber ein Gutachten zu einem viel weitergehenden Gesekentwurfe, der alle Großbetriebe mit einer Umsatzsteuer belegen will, abgegeben. Der Mitberichterstatte der Kommission sagte dort, daß dies Gutachten nicht maßgebend sein könne, es hätten dort 11 Großkaufleute die 3 Mitglieder des Kleinhandels überstimmt. Herr Ahmann hatte ganz recht, auch unsere Handelskammer nahm früher in dieser Frage eine andere Stellung ein. Durch eingehende Bearbeitung der Frage ist sie heute aber mit dem Beschlusse unserer Kommission einverstanden. Ich glaube, sowohl Herr Hauswaldt als Referent und Befürworter im Landtage, sowie Herr Dr. Wolters als unser Referent, sind durch eifriges Studium der Frage ursprünglichen Gegnern jetzt Freunde der Vorlage geworden. Manchem unter Ihnen dürfte es ebenso ergehen, sobald Sie sich eingehend mit der Materie

beschäftigen. Wer die Vorlage nicht durch eine sozialdemokratische Brille beseht, muß ihr zustimmen, muß auch dem weitergehenden Antrage der Kommission zustimmen. Heute vor 5 Wochen hat die Dresdener Stadtverordnetenversammlung die, wie ich vorhin schon bemerkte, viel weitergehende Umsatzsteuer mit großer Majorität, die Warenhaussteuer aber mit 62 gegen 6 Stimmen zum Beschluß erhoben. Ich bitte Sie, folgen Sie dem Vorschlage der Kommission und nehmen Sie, wenigstens von bürgerlicher Seite, ihren Antrag einstimmig an.

Herr Fiedel: Ich werde dem hier gegebenen Beispiele nicht folgen und die politische Seite des Gesetzes nicht berühren. Schon an anderer Stelle habe ich über das Gesetz gesprochen, weshalb ich glaube, mir versagen zu können, den Entwicklungsgang des Niederganges des Kleinwerbes hier darzulegen, ebenso wie ich es nicht für nötig halte, die Entstehungsgeschichte der neuen Erscheinungen auf dem Gebiete des Kleinhandels zu wiederholen. Herr Ahmann hat in der vorigen Sitzung, wie gern anerkannt werden soll, in sachlicher Weise die Vorlage besprochen. Er hat sich jahrelang mit der Materie beschäftigt und gilt als eines der hervorragenden Mitglieder im deutschen Konsumvereinswesen, so daß er sehr wohl in der Lage war, diese Frage zu erörtern. Alles was er in dieser Beziehung gesagt hat, muß ich, mit Ausnahme einiger Folgerungen und Nebenbemerkungen, als berechtigt anerkennen. Bei seinen Ausführungen hat er sich wiederholt auch auf die Ausführungen der mitteldeutschen Handelskammern und insbesondere der hiesigen Handelskammer berufen. Es ist richtig: die hiesige Handelskammer und ihre Vertreter haben früher vollständig auf dem Standpunkte gestanden, daß sie einer Sondersteuer, also einer Umsatzsteuer, nicht zustimmen könnten; sie haben aber stets und ständig dabei hervorgehoben, daß sie die bedrückte Lage des Kleinhandels durchaus anerkennen und ihre Bemühungen unentwegt fortsetzen würden, um einen Weg zu finden, der traurigen Lage des Kleinhandels entgegenzuarbeiten und eine Besserung hervorzubringen. Dabei haben sie stets gesagt, der beste und der einzige Weg sei die Selbsthilfe. Wir haben dann aber auch immer hervorgehoben, daß es uns dringend erwünscht erschiene und sehr unangenehm berührte, wenn hier im Lande entstandene Geschäfte selbst bei einem großen Warenumsatze kein steuerpflichtiges Einkommen brächten und deshalb nicht zur Steuer herangezogen werden könnten, sei es, daß sie ihre Waren unter Preis anboten, oder daß innere Verhältnisse der Geschäfte es ermöglichten, zu bestehen, ohne ein Einkommen zu haben, indem sie nämlich den hier erworbenen Teil des Geschäftsnutzens an anderer Stelle in Rechnung stellten. Hier einzugreifen hielten wir für unsere erste Aufgabe.

Die Versammlung wird sich erinnern, daß dieser Gedanke bereits vor etlichen Jahren einmal im Landtage durch den Antrag Lupprian zur Sprache gekommen ist. Es handelte sich dabei um einen Antrag, der darauf hinauslief, durch eine

Erweiterung des Gewerbesteuergesetzes zu ermöglichen, derartige Geschäfte mit erhöhter Steuer zu treffen. Leider ließen steuertechnische Schwierigkeiten damals den Antrag nicht zur Annahme gelangen. Wir haben also schon damals wenigstens den Gedanken gehabt, eine Steuer zur Bekämpfung der Neuerungen auf dem Gebiete des Handels zur Stütze des Kleinhandels zu schaffen. Zu einer Umsatzsteuer konnten wir uns aber damals noch nicht entschließen. Inzwischen hat sich die Lage des Kleinhandels mehr und mehr verschlechtert und der Notschrei um Hilfe wurde immer lauter, während wir noch keine Mittel gefunden hatten, um den Wünschen des Kleinhandels gerecht zu werden. Da entschloß sich nach wiederholten Anträgen aus der Landesversammlung unsere Landesregierung, den Versuch mit der Umsatzsteuer zu machen, um den Wünschen des Kleinhandels und Kleingewerbes entgegenzukommen. Die Regierung trat sodann an uns mit der Frage heran: Wie wollt Ihr Euch jetzt zu diesem Entschlusse stellen? Es war für uns eine schwere Aufgabe, uns Klarheit darüber zu verschaffen, was wir tun sollten; wir mußten uns aber sagen: wenn ein Faktor unserer Gesetzgebung, der in seiner weitgrößten Mehrheit aus wirtschaftlichen Kreisen zusammengesetzt ist, die mit dem Handel direkt nichts zu tun haben, die schwierige Lage des Kleinhandels anerkennt und die Regierung aufgefordert hat, ihm auf gesetzgeberischem Wege beizuspringen, so konnten wir als die Vertretung des Handels diesem Bestreben nicht von vornherein entgegentreten. Es ist richtig, daß es dem Gefühle eines Kaufmanns widerstrebt, einer Sondersteuer zuzustimmen, aber sollten wir uns da durchaus ablehnend verhalten, mußten wir uns nicht fragen, ob die große Menge des Kleinhandels noch der Berücksichtigung wert war? Sollten wir hierbei ganz allein dem Verstande folgen? Wir haben uns daraufhin entschlossen, auch unser Gefühl mitsprechen zu lassen, das dahin ging, wenigstens denjenigen Kreisen des Handels, die so schwer zu leiden haben, zu zeigen, daß wir Mitgefühl mit ihnen haben und versuchen wollen, durch unsere Mithilfe ihnen wenigstens Mut zu machen, um im Kampfe um die Existenz festzustehen und durch Selbsthilfe ihnen eine Festigkeit zu geben, die ihnen heute fehlt. Es wurde dabei auch anerkannt, daß selbstredend eine Erneuerung innerhalb des Kleingewerbes und Kleinhandels eintreten müsse, wenn sie existenzfähig bleiben sollen. Ferner wurde hervorgehoben, daß dieser Stand tatsächlich überlastet ist schon durch die Menge der Personen, welche ihm angehören, die viel zu groß sei, um mit genügendem Nutzen den Zwischenhandel zu bewirken und die andererseits auch sehr viele Existenzen enthalte, welche nicht hineingehören, weil es ihnen an der nötigen Vorbildung fehle. Diesem Stande wollten wir also den Mut geben, weiter zu kämpfen und sich zu reorganisieren. Wir haben uns dann schließlich einstimmig bereit erklärt, der Regierung unsere Mitwirkung zuzusagen und waren bemüht, dem Gesetze denjenigen Inhalt zu geben, auf welchen wir besonderen Wert

legten. Für uns handelte es sich einmal darum, daß es ermöglicht wurde, diejenigen Unternehmungen zu besteuern, welche bei einem großen Umsatze gar kein Einkommen hatten, oder doch nur ein solches, das nicht im Verhältnis zu dem Umsatz stand, die also dem Kleinhandel am meisten zu schädigen in der Lage waren, ohne irgend welche Steuern zu bezahlen. Andererseits waren wir bemüht, zu verhindern, daß das Gesetz als solches schematisiert wurde. Gerade im Gegensatz zu den Herren von vorhin, die da meinten, daß in dem Gesetze Summi enthalten sei, haben wir das Bestreben gehabt, es so zu machen, daß es den Verhältnissen anzupassen war und nicht von vornherein eine ganz bestimmte Marschroute gegeben wurde. Es ist nicht zu leugnen, daß im kaufmännischen Leben die Empfindung für recht und unrecht und für das, was dem Handel im allgemeinen schadet, durch feste Bestimmungen nicht auszudrücken ist. Wenn gesagt worden ist, das preussische Gesetz böte durch seine bestimmten Anordnungen einen festen Halt, so vergessen Sie nicht, daß das Gesetz schon einige 70 Erklärungen durch das Ministerium hat erfahren müssen, um es dahin zu bringen, wo es jetzt ist. Wir haben uns auch gesagt, daß es dem kaufmännischen Empfinden widerspricht, wenn durch Gesetz demjenigen Steuern auferlegt werden, der seine Einnahme aus dem Geschäfte schon versteuert in einer Höhe, wie sie tatsächlich dem Umsatze des Geschäftes annähernd entspricht. Der Versuch, eine derartige Bestimmung in das Gesetz zu bringen, ist uns aber nicht gelungen.

Wenn man sich einmal zu dem Entschlusse durchgerungen hat, zu der Erhebung einer Umsatzsteuer seine Zustimmung zu geben, so war es für uns auch fraglos, daß man sich nicht darauf beschränken durfte, nur eine bestimmte Erscheinung auf dem Gebiete des Kleinhandels allein zu fassen, sondern man mußte Fürsorge treffen, daß alle Schädlinge des Kleinhandels, mochten sie schon bestehen, oder noch entstehen können, durch das Gesetz getroffen werden konnten. Hierdurch kamen wir darauf, daß es prinzipiell und logisch durchaus notwendig sein würde, die Konsumvereine mit in das Gesetz hineinzubeziehen. Ich bin der Letzte, der das segensreiche Wirken der Konsumvereine für die Konsumenten nicht anerkennt; sie haben ganz außerordentliches geleistet, aber sie ähneln doch in vielfacher Beziehung, namentlich was die Vielseitigkeit der Waren angeht, den Warenhäusern, wenigstens wenn man den Standpunkt von Preußen als Kennzeichnung des Warenhauses berücksichtigt. Es ist schmerzlich, daß man diese segensreichen Einrichtungen besteuern muß, aber das Gesetz gibt uns ja die Möglichkeit, sie ganz gering zu besteuern und, soviel ich weiß, wird die Steuer höchstens $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ % vom Umsatz betragen. Es ist das einigermaßen versöhnend, wenn man bedenkt, daß die Konsumvereine durch die immensen Vorteile, welche sie gegenüber dem Kleinhandel haben, doch wohl in der Lage sein dürften, allenfalls eine gelinde Besteuerung zu tragen, ohne daß die Konsumenten davon irgendwie nennenswert betroffen werden. Wenn Herr Herz-

berg seine Rechnung noch einmal revidieren wollte, so würde er finden, daß die von ihm angegebenen Prozentsätze nicht zutreffen. Die Schädigungen sind in Wirklichkeit nicht so groß, wie sie hier angegeben wurden. Besonders möchte ich noch darauf hinweisen, daß jede stets wiederkehrende und unvermeidliche Veränderung der Preislage durch Konjunkturen einen viel größeren Einfluß auf die Belastung der Konsumenten haben würde, als dieses Gesetz. Die Konsumvereine an sich sind tatsächlich kräftig genug geworden, um eine so kleine Steuer ohne Schädigung ihrer selbst tragen zu können.

Ich habe hier ein sehr interessantes Buch, das gelegentlich des zehnjährigen Bestehens der Großeinkaufs-Genossenschaft in Hamburg herausgegeben ist, und dessen Lektüre ich Ihnen nur empfehlen kann. Es läßt sich daraus entnehmen, mit welcher Riesenkonzessenz die Konsumvereine ihren Weg gegangen sind und welche außerordentlichen Fortschritte sie im Laufe der Zeit gemacht haben, denn die Konsumvereinsliche Einkaufs-Genossenschaft hat es im Jahre 1903 schon zu einem Umsatze von 26,5 Millionen Mark gebracht. In dem Buche wird auch darauf hingewiesen und mit Dank anerkannt, daß die rasche Entwicklung der Einkaufs-Genossenschaft nur der Beihilfe des Kapitals zu danken sei.

Was die Konsumvereine jetzt schon sind, wissen wir, aber was sie noch zu werden gedenken und wie die ganze Bestrebung unzweifelhaft dahin geht, zugunsten der allgemeinen Genossenschaft den Mittelstand und speziell den kleinen Kaufmann zu beseitigen, werden Sie aus dem Vorerwähnten ersehen können. Es heißt hierüber in dem Buche:

„Obwohl die Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland eine mehr als fünfzigjährige, in England, in ihrem Mutterlande, eine mehr als hundertjährige Geschichte hat, obwohl die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften in jedem dieser beiden Länder bereits eine Million überschreitet, wodurch eine Bevölkerungsziffer von fünf Millionen Köpfen repräsentiert wird, und obwohl die Konsumgenossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit an Einfluß und Bedeutung den größten wirtschaftlichen Organisationen der Gegenwart kühn zur Seite gestellt werden kann, befindet sich diese Bewegung, wenn wir ihren Erfolg mit ihren Zielen, wenn wir das Erreichte mit dem zu erreichenden Möglichen vergleichen, immer noch in ihren Anfängen.“

Sie sehen, wohin die Konsumvereine streben.

Herr Altmann hat in seiner früheren Rede gemeint, wenn wir Geld brauchten, um dem Kleingewerbe zu helfen, so möchten wir das Kapital heranziehen. Von jeher bin ich persönlich der Ansicht gewesen, daß die größeren Einnahmen auch ganz wesentlich höher zu belasten seien, und es ist mir noch heute eine Freude, zu einer höheren Progression der Einkommensteuer im Anfange meiner Tätigkeit als

Stadtverordneter mitgeholfen zu haben. Damals war es meine volle Ueberzeugung, daß die größeren Kapitalien stärker herangezogen werden müßten, aber wir müssen auch hierbei gewisse Grenzen einhalten. Die Stadt kann die Steuer nicht übermäßig erhöhen, wenigstens kann sie nicht über das Verhältnis von ihr zu anderen gleichartigen Städten hinausgehen, wenn sie nicht künstlich den Zuzug von außen, den sie notwendig gebraucht, verhindern will. Heute sind wir auch keineswegs so in der Lage, die Steuer zu erhöhen, wie damals. Zu der Zeit hatten wir noch die geringe Personalsteuer und keine Einkommensteuer; heute liegen die Verhältnisse anders und wir werden auch damit zu rechnen haben, daß die jetzige Staatssteuer noch einmal über kurz oder lang eine Erhöhung erfahren wird, und dann liegen die Steuerverhältnisse hier so, daß niemand mehr Veranlassung hat, aus steuerlichen Rücksichten Braunschweig als Wohnsitz aufzusuchen. Es handelt sich hierbei wesentlich darum, daß wir der Stadt Leute mit größeren Vermögen und Renten zuführen, aber auch solche mit werbendem Kapitale. Auch die werbenden Kapitale dürfen wir nicht höher belasten, weil sich sonst größere Werke schwer hüten würden, nach hier zu kommen. Die Steuer, welche wir aber heute den Warenhäusern zc. auferlegen wollen, kommt in dieser Beziehung gar nicht in Frage, denn wenn sie die Geschäfte, welche wir damit belegen wollen, der Stadt fern hielte, würden wir das als einen Segen betrachten.

Es ist sodann noch hervorgehoben worden, daß das hier vorliegende Gesetz zu der weiteren Konsequenz führen könnte, daß auch andere industrielle Betriebe mit der Forderung hervortreten würden, den Kleineren gegen den Größeren zu schützen. Tatsächlich haben ja die kleineren Mültereien schon solche Ansprüche erhoben, jedoch sind die Herren auf ganz falscher Fährte. Das Gebiet des Kleinhandels ist vollständig von dem Großhandel und auch von der Industrie zu unterscheiden. Der Kleinhandel ist im wesentlichen auf sein örtliches Gebiet angewiesen, sobald er darüber hinausgeht und versucht, seinen Handel durch Reisende zc. auszu dehnen, verläßt er das Gebiet des Kleinhandels und geht über in den Großhandel, welcher, ebenso wie die Industrie, den Weltmarkt zur Verfügung hat. Eine Steuer, die den Warenhäusern und Konsumvereinen auferlegt wird, trifft nur den örtlichen Handel, während eine auf die Großindustrie gelegte Steuer sie in ihrer Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkte hindern würde gegenüber den Industrien anderer Staaten und Länder, die solche Steuer nicht haben. Die schweren Lasten der sozialen Steuern hat die deutsche Industrie getragen und hat sie gern auf sich genommen, und wir haben jetzt den Erfolg zu verzeichnen, daß auch andere Länder mit solcher Belastung vorgehen werden, weil sie noch zu tragen war.

Es ist dann auch die Frage erörtert worden, ob es möglich sei, das Gesetz in der Weise auszulegen, wie es Herr Hauswaldt vorgeschlagen hat, der die Konsum-

vereine nur unter gewissen Bedingungen zur Steuer heranziehen will. Das halte ich für durchaus zulässig. Der Rahmen des Gesetzes ist absichtlich so weit gefaßt, damit es jeder einzelnen Gemeinde ermöglicht werden soll, ihrem eigenen Ermessen und Bedürfnisse entsprechend das Gesetz für sich einzurichten.

Auch über die Art der Veranlagung ist gesprochen worden. Dabei wird ebenfalls wieder ein gut Teil Empfinden und Gefühl mitsprechen, weil wir nur dann erreichen, was wir wollen. Andererseits werden wir aber auch vollständig in der Lage sein, jedwedes kaufmännische Unternehmen, gleichgültig in welcher Form es besteht, wenn es dem Tenor des Gesetzes entgegenhandelt, zur Steuer heranzuziehen.

Nach allen diesen Erörterungen bitte ich Sie, die Vorlage nach dem Antrage der Finanzkommission anzunehmen und dabei zu berücksichtigen, daß das Gesetz tatsächlich nicht allein mit dem Verstande, sondern auch mit dem Gefühl beurteilt werden muß. Alle diejenigen, welche den tatsächlichen Wunsch haben, dem Kleinhandel und Kleingewerbe zu helfen und ihm Mut zu machen, im Kampfe festzustehen und sich nicht einem verzweiflungsvollen Hinstorben hinzugeben, müssen es auf ihr Gewissen nehmen, daß sie nicht nur der Vernunft folgen, sondern sie müssen sich sagen: wir folgen unserm Gefühl und stimmen dem Gesetze zu.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Dr. Jasper hat in ähnlicher Weise wie die Eingabe des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser auszuführen versucht, daß unsere Vorlage ungesetzlich sei, und hat die Sachlage so dargestellt, als ob wir befürchten müßten, daß das Verwaltungsgericht eine derartige Besteuerung für unzulässig erklären würde. So schwarz brauchen wir aber wirklich nicht zu sehen. Selbst Herr Alßmann hat nicht so schwarz geblickt; er hat sogar dem Verwaltungsgerichte Vorwürfe darüber gemacht, daß es sich über die Vorlage im bejahenden Sinne gutachtlich geäußert hat. Nachdem das Gericht das aber einmal getan hat, ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben, so wird man jetzt nicht zu befürchten haben, daß es wieder umfällt und das Gesetz für unzulässig erklärt. Wenn Herr Herzberg meint, das hier beabsichtigte Vorgehen zum Schutze des Mittelstandes wäre verfehlt, weil schon alles in der Richtung versucht worden sei, so möchte ich Herrn Herzberg fragen: wann haben wir denn obligatorische Fortbildungsschulen und Meisterkurse gehabt? Doch noch niemals. Die anderwärts auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen sind aber noch so kurz, daß man zu einem abschließenden Urteile in der Frage noch nicht kommen kann. Wir können also deshalb noch nicht grau in grau malen: wir gehen erst in die Entwicklung hinein mit frischer Kraft und wollen uns den Mut nicht nehmen lassen. Die eigentliche Handwerksgesetzgebung besteht doch erst einige Jahre und beginnt kaum zu wirken.

Ferner hat Herr Herzberg gemeint, wenn die Schuhmacher sich zu einer Einkaufsgenossenschaft zusammentun, so würden die kleinen Lederhändler geschädigt werden. Ob aber die Schuhmacher ihr Leder gerade bei einem Kleinhändler einkaufen, darüber mögen die Anschauungen doch wohl geteilt sein, jedoch gestehe ich gern zu, daß Herr Herzberg auf dem Ledermarkte besser bewandert sein mag, als ich. Wenn Herr Herzberg weiter meint, daß die Warenhäuser nicht die einzige Ursache des Niederganges des Handwerkes seien, so liegt darin ein Körnchen Wahrheit; aber gerade weil die Verhältnisse so liegen, deshalb muß man ja auf Mittel und Wege, das Handwerk zu fördern, indem man den jungen Handwerker ausbilden und den Meister unterweisen will, wie er am besten seine eigene Kraft ausnützen kann.

Ueber die Worte des Herrn Südel, daß nicht so sehr die Vernunft, sondern das Gefühl dazu gedrängt habe, in dieser Weise gesetzgeberisch vorzugehen, habe ich mich sehr gefreut. Das ist eine schöne und berechtigte Regung, und ich kann nur wünschen, daß unsere Gesetzgebung nicht immer nur eine verstandesgemäße sein, sondern auch dem Gefühle Rechnung tragen möchte. Nur in einem Punkte weiche ich von der Ansicht des Herrn Südel ab: Das Gefühl sollte uns hindern, gegen die Konsumvereine so allgemein vorzugehen, wie es die Finanzkommission und auch Herr Hauswaldt will. Das Gefühl sollte uns dahin bringen, zu sagen, lieber wollen wir die Hand von den Konsumvereinen lassen, als eine große Reihe von Mitbürgern, die um ihr Dasein schon schwer ringen, zu schädigen. (Zustimmung.) Ich muß auch meinerseits an der Auffassung festhalten, daß es gesetzgeberisch nicht angängig ist, in der Weise vorzugehen, wie es Herr Hauswaldt vorgeschlagen hat. Obgleich ich sonst mit Herrn Nolte übereinstimme, halte ich doch an diesem Bedenken fest. Das Gesetz gestattet nicht, die Konsumvereine beliebig zur Steuer heranzuziehen, sondern nur dann, wenn sie wesentlich von den Grundsätzen und Formen eines ordentlichen Geschäftsbetriebes steuerpflichtiger Gewerbe abweichen. Nun will Herr Hauswaldt den Verkauf gegen unbar als eine solche wesentliche Abweichung betrachten. Wie viele steuerpflichtige Geschäfte verkaufen aber gegen unbar? Sollte also darin wohl schon die Quelle der Besteuerung zu finden sein? Hiergegen würde allerdings vielleicht das Verwaltungsgericht sein Veto einlegen. Herr Südel hat gemeint, wir könnten uns bei der Besteuerung der Konsumvereine in sehr bescheidenen Grenzen halten und es könnte sich nur um eine Steuer von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ % des Umsatzes handeln. Wissen wir denn aber, wenn wir diesen Vorschlag im Einvernehmen mit der Finanzkommission machen werden — abgesehen davon, daß ihm der Magistrat schwerlich zustimmen wird — ob uns die Kreisdirektion nicht übertrumpft? Dafür bietet uns das Gesetz durchaus keine Gewähr. Die Herzogliche Kreisdirektion ist nämlich bezüglich der Festsetzung der Umsatzsteuer an die Vorschläge der städtischen Behörden nicht gebunden, sondern kann darüber

hinausgehen. Sie wird nicht gleich bis zu 2 % gehen, aber wie weit sie heute oder später gehen wird, das weiß im Augenblick niemand. Lassen Sie uns deshalb lieber die Hände davon lassen, ehe wir uns die Finger verbrennen.

Herr Schöttler: Das Gesetz ist da und es kann sich für uns nur darum handeln, wie wir uns dem Gesetze gegenüber stellen wollen. Es ist gesagt worden, wir sollten die Magistratsvorlage ohne weiteres ablehnen. Was würde aber der Erfolg der Ablehnung sein? Nach den Verhandlungen im Landtage ist gar nicht daran zu zweifeln, daß wir dann ein neues Gesetz bekommen werden. Ob uns dieses aber nicht unangenehmer treffen würde, als das jetzige Gesetz, ist mir doch sehr fraglich. Ich bin überzeugt, das neue Gesetz würde die Steuer in eine Staatssteuer verwandeln und die Veranlagung würde sodann von der Staatsbehörde ausgehen, so daß uns die Möglichkeit, regulierend zu wirken, entzogen wäre. Das ist der durchschlagende Grund, welcher mich für die Magistratsvorlage einnimmt. Wir müssen dem Gesetze entsprechen, um die Sache in der Hand zu behalten und zwar meiner Meinung nach aus zwei Gründen. Der erste Grund besteht darin, daß wir jetzt die Möglichkeit haben, die Konsumvereine der Magistratsvorlage entsprechend von der Steuer frei zu lassen, wenn die Versammlung sich dafür entscheiden sollte. Das ist aber meines Erachtens ein sehr großer Vorteil, denn in bezug auf die Konsumvereine stehe ich auf dem Standpunkte, welcher vom Magistratsfische aus und auch von Herrn Nolte hier entwickelt worden ist. Auch bezüglich unserer Warenhäuser, bezw. derjenigen Geschäfte, welche ihnen nahestehen, halte ich es für wesentlich richtiger, wenn wir die Entscheidung darüber, ob sie zur Steuer herangezogen werden sollen, oder nicht, nicht der Staatsbehörde überlassen. Ich glaube, daß der vom Magistrate hierzu in Aussicht genommene Ausschuß viel besser wirken kann, als die Staatsbehörde.

Wenn ich mir die Begründung der Vorlage ansehe und daraus die Erläuterung herausgreife, welche über die Warenhäuser gegeben worden ist, so bin ich nicht im Zweifel darüber, daß eine Definition des Begriffs „Warenhaus“ überhaupt nicht gegeben worden ist, sondern daß der Staat sich an uns wendet, und sagt: Entscheidet Ihr Euren gesunden Menschenverstande gemäß. Man kann dafür auch sagen „nach Willkür“, denn im Grunde genommen kommt es auf eins heraus; ich ziehe aber die erstere Ausdrucksweise vor. Bekommt aber die Staatsbehörde diese Entscheidung in die Hand, so wird die Sache formalistischer gehandhabt werden, als sie seitens einer Gemeindebehörde gehandhabt werden kann. Ich stelle mir z. B. vor, daß ein Kaufmann dem Warenhausgesetze noch nicht untersteht, und sich vorgenommen hat, eine etwas veränderte Geschäftsgewerbetreibungsgebarung einzuführen; dann wird er sich immer erst fragen, ob er das auch darf, ohne unter die Warenhaussteuer zu kommen. Andererseits kann es auch vorkommen, daß ein Warenhausbesitzer wegen dieser Steuer sein Warenhaus aufgeben will, und das wäre ja das schönste, was wir erzielen könnten. Wenn in dem letzteren

Fälle der betreffende Besitzer nach einer staatlichen Behörde geht, um sich zu erkundigen, was er zu tun habe, um seinem Geschäfte den Charakter eines Warenhauses zu nehmen, so wird sich diese auf den formalen Standpunkt stellen und sagen: Das ist zweifelhaft, führen Sie eine gerichtliche Entscheidung herbei, da ein solcher Fall noch nicht vorliegt. Ist es da nicht viel richtiger, wenn wir eine städtische Behörde haben, die sich auf den starr formalistischen Standpunkt nicht zu stellen braucht und mit der sich leichter und besser verhandeln läßt? Das ist ein ganz wesentlicher Vorteil, und wenn wir uns derartige Vorteile retten wollen, dürfen wir die Vorlage nicht ablehnen, sondern müssen sie annehmen. Stellen wir uns aber auf diesen Standpunkt, so ist meinem Gefühle nach die Magistratsvorlage zweifellos vorzuziehen. Ich stehe also auf dem Boden der Magistratsvorlage, obgleich darin gesagt worden ist, der Magistrat hätte es lieber gesehen, wenn wir eine Staatsgesetzgebung bekommen hätten. Auf dem letzteren Standpunkte stehe ich eben nicht. Ich weiß nicht, ob es formell notwendig ist, gegenüber dem Antrage der Finanzkommission, die Vorlage des Magistrates wiederherzustellen; sollte das erforderlich sein, so will ich einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Das wesentliche, was ich Ihnen ans Herz legen möchte, ist: Verschmerzen Sie durch die Ablehnung der Vorlage nicht den Vorzug, daß wir die Sache nach Möglichkeit in der Hand behalten. Gemacht wird sie doch, und sie wird für uns entschieden schlechter, wenn wir die jetzige Vorlage ablehnen.

Herr Günther: Ich weiß nicht, ob sich Herr Esdorn bewußt geworden ist, daß seine Behauptung, der Allgemeine Konsumverein sei eine rein sozialdemokratische Einrichtung, eine ganz kommune Denunziation ist. (Unruhe.) Durch eine solche Behauptung können viele Mitglieder, z. B. solche, welche in den Eisenbahn-Werkstätten beschäftigt sind, in die Gefahr gebracht werden, ausscheiden zu müssen, weil sie einem sozialdemokratischen Institute nicht angehören dürfen. Der Allgemeine Konsumverein ist nicht sozialdemokratisch und will es auch nicht sein, ja, es gibt eine große Anzahl von Parteigenossen, welche Gegner der Konsumvereine sind. Hätte sich Herr Esdorn mehr um diese Sache gekümmert, so müßte er das wissen. Dadurch, daß die Mehrzahl der Mitglieder eines Konsumvereins Anhänger der sozialdemokratischen Partei sind, wird doch nicht der Verein als solcher sozialdemokratisch. Jedenfalls kümmert sich der Verein um die Sozialdemokratie nicht.

Was die Sache selbst betrifft, so möchte ich dazu folgendes bemerken: Es wird bei der Behandlung der Frage viel zu wenig Gewicht darauf gelegt, welchem Zwecke die Steuern dienen sollen. Als Hauptzweck wird angegeben, die in schwieriger Lage befindlichen kleinen Gewerbetreibenden zu unterstützen und ihnen aus ihrer drückenden Lage herauszuhelfen. Ich bestreite aber sehr, daß dieser Zweck mit der Vorlage erreicht werden kann. Selbst in der Vorlage der Regierung und des Magistrates sind nicht ganz gelinde Zweifel darüber enthalten, ob den betreffenden damit überhaupt zu

helfen sei, und man scheint dort auch zu meinen, daß der Staat ihnen nicht helfen kann, wenn sie sich nicht selbst helfen. Schon früher habe ich Gelegenheit genommen, mit verschiedenen Handwerkern darüber zu sprechen und diese haben über die beabsichtigten Maßnahmen gelacht und gesagt: es ist ganz undenkbar, daß uns damit geholfen werden kann, wir werden, so lange es geht, uns selbst helfen und dann gehen wir zugrunde. Es ist auch nicht wahr, daß die Warenhäuser und Konsumvereine an der Schädigung der kleinen Gewerbetreibenden schuld sind, denn die kleinen Handwerker stehen schon seit dreißig Jahren auf dem Aussterbeetat, als es noch keine Warenhäuser und nur sehr wenige Konsumvereine gab, und der goldene Boden ist dahin, ruiniert von dem Großhandel. Deshalb verstehe ich nicht, wie man sagen kann, die Handwerker leiden unter den Warenhäusern. Bedenken Sie einmal folgendes: Unser Kollege Brückmann hat eine große Fabrik, in der er Blechdosen verfertigt. Das ist aber eine Beschäftigung für Klempner. Wie viele Klempner würden wohl Beschäftigung erhalten, wenn sie diese Massen von Dosen in Auftrag erhielten? Freilich ist dabei zu bedenken, daß die Klempner gar nicht in der Lage sein würden, die Dosen zu den jetzigen Preisen herzustellen. Das ist die Konkurrenz des Großgewerbebetriebes, und dieser, nicht aber die Warenhäuser, sind an dem Niedergange schuld. Wenn aber dem Kleingewerbe die geringfügige Steuer, welche aus den Warenhäusern und den Konsumvereinen aufkommen würde, helfen sollte, so würde ihm sein Lebtag nicht geholfen werden. Nach der Ansicht des Ministers Hartweg würde die Steuer etwa 60 000 M. aufbringen. Da es nun in Braunschweig vielleicht 8 000—10 000 Handwerker und Gewerbetreibende gibt, so bleibt doch für den einzelnen nichts übrig. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg meint, es sei hier an obligatorische Fortbildungsschulen noch nicht gedacht worden, so irrt er sich, denn schon in den 80er Jahren haben wir einen dahingehenden Antrag gestellt.

An allen diesen Sachen liegt der Niedergang des Kleinhandwerkes auch nicht, sondern nur daran, daß es ihm an Mitteln fehlt, sich aufrecht zu halten. Und nun will ich weiter fragen, woher kommen denn überhaupt die vielen kleinen Gewerbetreibenden? Es sind das diejenigen Personen, welche bei den verschiedenen Krisen aus den Fabriken ausgestoßen sind. Sie gehören zu der eigentlichen Reservearmee der Fabriken. Wenn nämlich irgendwo in den Fabriken ältere Arbeiter ihr Brot verlieren, wie das in den letzten Jahren bei der großen Krise massenhaft vorgekommen ist, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich einer anderen Beschäftigung zuzuwenden, und was ist das nächste? Sie beginnen einen kleinen Handel, ein Höfergeschäft u. dergl. m. mit eigenem oder erborgtem Gelde, um recht bald einzusehen, daß sie nicht existieren können. Dieses sind gleichzeitig auch die Elemente, welche die Warenhäuser in Nahrung setzen: sie kaufen dort die Waren, z. B. Wachs, Seife, Streichhölzer, ein und verkaufen sie einige Pfennig teurer wieder. Bei diesen kleinen Geschäften spielt auch das Pump-

system noch eine große Rolle, und wenn gesagt wird, es müßte durch Gesetz das Pumpen verboten werden, so ist das doch eine eigene Sache. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Leute, die kein Geld haben, um nach einem Warenhaufe oder Konsumvereine zu gehen und dort gegen bar einzukaufen; sie sehen deshalb danach, die Ware bei einem Höker geborgt zu bekommen und gehen, wenn sie sich bei einem solchen festgepumpt haben, zu einem andern. Aus diesem Grunde befinden sich die Höker in einer fortwährenden Kalamität. Ferner kommt hierbei noch ein gewisser Selbstständigkeitstrieb in Betracht. Es gibt Handwerker, die es satt haben, sofern sie einige Mittel besitzen, unter einem fortwährenden Drucke zu stehen und die sich selbständig machen wollen. Sie mieten sich einen Laden und gehen schließlich an der eigenen Konkurrenz wieder zugrunde. Natürlich sind daran nur die Warenhäuser und Konsumvereine schuld, während genau genommen die Verhältnisse es sind.

Magistrat und Regierung wissen ganz genau, daß dem Kleingewerbebetriebe auf diese Weise nicht zu helfen ist und ich meine, die Regierung durfte nicht aus bloßer Gefälligkeit oder Gefühlssache diese Vorlage an den Landtag bringen, sondern sie mußte standhaft bleiben und solche Vorlage nicht machen. Ueber die Schädigung des Kleinhandels durch Warenhäuser ist hier schon so viel gesprochen worden, daß ich mich nicht weiter darüber auslassen will. Gegen die Warenhäuser ist u. a. auch vorgebracht worden, daß die Arbeiterfrauen vielfach durch die Auslage aller möglichen Artikel verführt würden, sich Sachen zu kaufen, die sie nicht notwendig gebrauchen und daß hierdurch die Warenhäuser schädigend wirken. Solche Lockartikel finden sich aber in jedem Schaufenster vor und es müßte dann auch verboten werden, sie dort auszulegen, wenn man konsequent handeln wollte. In Spezereigeschäften, Fleischgeschäften, Bäckerläden zc. finden sich Waren ausgelegt, die man gern kaufen möchte, so daß diese Läden ebenso gut zur Begehrlichkeit verführen, wie ein Warenhaus. Außerdem ist es noch nicht das schlimmste, die Begehrlichkeit anzuregen, da die Menschheit nicht von Knickern, sondern von denjenigen lebt, die konsumieren. Wenn die Gewerbetreibenden und Handwerker zu ächzen haben, so liegt das mit an der heutigen Krisis und der heutigen Produktionsweise, bei der darauf losproduziert wird und hinterher danach gesehen werden muß, die Waren wieder unterzubringen. Es müßte vom Staate darauf eingewirkt werden, wie das die Sozialdemokratie schon längst angestrebt hat, daß die planlose Produktion beseitigt wird. Mittlerweile wird man dann wohl auch dahinterkommen, in welcher Weise der Notlage des Handwerks gesteuert werden muß. Wenn wir alle die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker unterstützen und die dazu nötigen Gelder aufbringen wollten, so müßten auch die großen Fabriken und sonstigen großen Einkommen erheblich höher als jetzt besteuert werden. Erst dann würden wir größere Mittel in die Hand bekommen, um das Handwerk zu

unterstützen. Glaubt man durch die Fortbildungsschule Hilfe bringen zu können, so darf das doch nur auf Kosten der Allgemeinheit und nicht der Warenhäuser und Konsumvereine geschehen. Wenn man den Leuten nicht mit anderen Mitteln unter die Arme greifen kann, so läßt sich ihnen, wie auch die Regierung schon anerkannt hat, nicht helfen.

Die billigen Preise der Konsumvereine können es aber auch nicht sein, welche die Leute zum Kaufen anlocken, denn Herr Esdorn hat ja selbst gesagt, daß die Konsumvereine höhere Preise haben, als die Kleinhändler. (Heiterkeit.) Den Konsumvereinen kann also der Vorwurf nicht gemacht werden, daß sie den Handelstreibenden die Käufer weglocken.

Was würde nun die Folge der Einführung dieser Steuer sein? Die Warenhäuser werden sich schon zu helfen wissen, um ohne Schaden davon zu kommen; sie werden einzelne Artikel um einen Pfennig im Preise aufschlagen und dadurch auf die Kosten kommen, ja sogar noch einen Gewinn zu erzielen suchen. Den Schaden haben allein die Konsumenten, welche den teureren Preis der Ware zu bezahlen haben, und dazu gehören auch die Handwerker, denen man helfen will. Das große Publikum wird also geschädigt und den Handwerkern wird nicht geholfen. Der Vorwurf, daß die Sozialdemokraten den Handwerkern nicht helfen wollen, ist durchaus ungerecht. Wenn es nur ein greifbares Mittel gäbe, um ihnen zu helfen, so würden wir sofort zusassen, denn mit ihnen würden wir auch den Arbeitern helfen und so die allgemeine Lebenslage heben. Auch mit dem Antrage Hauswaldt ist nichts geholfen und wir sind vor allen Dingen für die Ablehnung der ganzen Magistratsvorlage, da wir nicht einsehen können, welchen Nutzen sie bringen soll.

Es ist sodann auch gesagt worden, es wäre schon so viel für die Arbeiter geschehen; ich wüßte aber gar nicht, wo etwas geschehen wäre. (Heiterkeit.) Was geschehen ist, war doch ganz geringfügiger Art, denn unsere meisten Anträge wurden abgelehnt, und wenn einmal ein Antrag angenommen ist, so haben Sie sich in einer Notlage befunden und ihn annehmen müssen. Als ich z. B. den Antrag stellte, daß den Kindern in der Schule Frühstück gewährt werden möchte, wurde erwidert, das wäre eine schöne Sache, dann brauchten ja die Eltern für ihre Kinder gar nicht mehr zu sorgen. Uns kann man also den Vorwurf nicht machen, daß wir für die Arbeiter nichts getan hätten. Wo wir überall für Verbesserungen eintreten, so geschieht es nur für die Allgemeinheit, nicht aber für eine besondere Klasse der Bevölkerung. Wir sind die Vertreter der Arbeiterklasse und diese hat es freilich am meisten nötig, daß ihr geholfen wird. — Die Behauptung, daß die Konsumvereine am besten in der Lage seien, die Steuer zu tragen, muß ich bestreiten. Wenn ihnen die Steuer auferlegt wird, so entgeht sie denen, welche am Jahreschlusse die sogenannte Dividende beziehen und welche die paar Mark

sehr gut gebrauchen können. Während also auf der einen Seite dem Handwerk geholfen werden soll, haben auf der anderen Seite die Mitglieder der Konsumvereine einen direkten Schaden. Auf diese Weise kann dem Handwerke und dem kleinen Gewerbetreibenden nicht geholfen werden; ich ersuche deshalb, den Antrag Jäpper anzunehmen.

Vorsitzender: Im Anfange wurde ich verhindert, der Rede des Herrn Günther zu folgen. Nach dem Stenogramme hat Herr Günther zu Beginn seiner Rede gesagt, er wisse nicht, ob es Herrn Esdorn zum Bewußtsein gekommen sei, daß er sich einer ganz kommunen Denunziation schuldig gemacht habe. Hierfür rufe ich Herrn Günther zur Ordnung. Eine solche Äußerung entspricht nicht der Würde der Versammlung.

Herr Kolch: Die Vorlage soll dazu dienen, den Kleinhändlern und Gewerbetreibenden emporzuhelfen. Wollen wir aber darin etwas erreichen, so müssen wir ganze Arbeit machen, indem wir den Vermittlungsantrag Hauswaldt ablehnen und uns auf den Standpunkt der Kommission stellen. Aus den Verhandlungen über das Gesetz und über diese Vorlage haben Sie entnehmen können, in welcher wirtschaftlich schwierigen Lage der Handwerkerstand sich befindet. Wenn Sie dies aber anerkennen, so helfen Sie ihm auch, ebenso wie wir hier jederzeit für die städtischen Beamten und Arbeiter eingesprungen sind. Der Stand kommt aus der Not und Bedrängnis gar nicht heraus und die Nahrungsorgen gucken aus allen Türen. Wenn die Gläubiger der Handwerker darauf drängten, ihr Geld zu bekommen, dann würden viele Existenzen auf der Straße liegen. Wir haben für die Beamten gesorgt, welche im höheren Lebensalter eine Pension bekommen, wir haben die Arbeiter außerdem gegen die Folgen von Krankheiten und Unfällen geschützt, aber wo bleibt für diesen Stand etwas übrig, der von der Hand in den Mund lebt und einer traurigen Zukunft entgegen sieht? Bei den Stadtverordnetenwahlen haben die Herren drüben sich in ihren Flugblättern als die rettenden Engel des kleinen Handwerkers hingestellt, nun mögen sie einmal zeigen, daß sie ein Herz für ihn haben. Gerade dieser kleine Handwerkerstand hat durch seine Stimmen den Herren zu ihren Sitzen in der Versammlung verholfen und hat, ohne der sozialdemokratischen Partei anzugehören, durch die Stimmabgabe seiner Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen Ausdruck geben wollen. Das sollten die Herren bei dieser Vorlage besonders berücksichtigen.

Wenn Herr Nolte meint, der Kleinhändler möge auch nur gegen bar verkaufen, so muß ich darauf erwidern, daß der Kleinhändler gegen die Konsumvereine, welche mit einem zinsfreien Kapitale arbeiten, nicht ankommen kann. Sehen Sie sich doch den Jahresbericht des Allgemeinen Konsumvereins an, welche Unsummen an Material-, Bäckerei- und anderen Waren, sowie an Spirituosen er umgesetzt hat; dagegen kann sich kein Kleinhändler wehren. Herr Altmann sagte,

der Allgemeine Konsumverein zahlte mehr als 8000 M an Einkommensteuer. Wir sind aber 80 Kleinhändler, die je 100 M bezahlen, viel lieber, als der eine Verein mit den 8000 M Steuern. Ferner hat Herr Ahmann gesagt, die Kleinhändler schämten sich, gemeinschaftlich einzukaufen. Das ist nicht der Fall, wohl aber schämen sie sich, wenn sie beim Einlauf der Waren sie nicht bezahlen können. Woher kommt das? So lange man im Publikum Geld hat, geht es nach den Konsumvereinen und Warenhäusern; wenn aber kein Geld mehr da ist, wendet man sich an den kleinen Geschäftsmann und pumpt. Wie traurig die Lage des Handwerks ist, will ich Ihnen durch ein Beispiel beweisen. Als vor einigen Jahren einige hiesige Kirchengemeinden getrennt wurden, hatten sich zu der Kirchendienerstelle einer dieser Gemeinden mehr als 50 kleine Handwerker gemeldet.

Von diesen Leuten geht ein Notschrei durch ganz Deutschland. Ich habe hier ein Blatt aus Stuttgart, in dem eine Einladung zum Beitritt in den Deutschen Bund gegen Vernichtung von Geschäfts- und Gewerbetreibenden durch Konsumvereine und Warenhäuser enthalten ist, welche im Eingange lautet:

„Durch die außerordentliche Zunahme der Konsumvereine an Mitgliedern, sowie die Neuerrichtung von zahllosen Warenhäusern werden viele Geschäfts- und Gewerbetreibende von Jahr zu Jahr immer mehr in der Erhaltung ihrer Existenz bedroht, weshalb es ein dringendes Bedürfnis aller Gegner der Konsumvereine und Warenhäuser ist, ohne Rücksicht auf Parteistellung und Konfession, sich zu einem großen Deutschen Bunde zu vereinigen.“

Herr Ahmann hat auch die zwölfstündige Arbeitszeit im Bäckereigewerbe kritisiert. Wenn Herr Ahmann aber seine Konsumvereinsbäckerei, in der 26—30 Gesellen arbeiten und die alle möglichen Maschinen hat, mit einem kleinen Bäckereibetriebe vergleichen will, in dem so viele Pausen vorkommen, so versteht das eben Herr Ahmann nicht zu beurteilen und wenn er auch noch so tüchtig ist. Wollen wir den kleinen Gewerbebestand retten, so müssen wir auch die Konsumvereine mit in die Steuer einbeziehen; ich bitte daher, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen.

Herr Wiehle: Bei der Beurteilung der Vorlage sind wir noch lange nicht zu der Erkenntnis gekommen, daß eine Notwendigkeit für einen derartigen Statutenentwurf vorliegt. Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob mit dem Geseze auch getroffen wird, wer damit getroffen werden soll, oder ob es imstande ist, die Schäden, welche die Großindustrie dem Handwerke schlägt, zu mildern, so müssen wir diese Frage verneinen. Ich nehme sogar an, daß eine große Anzahl unter Ihnen ernstlich nicht daran glaubt, daß durch solche kleinen Mittel dem Kleinhandel geholfen werden kann. Den Kleinhandel schädigt hauptsächlich der Umstand, daß dessen Vertreter nicht genügend kaufmännisch ausgebildet sind. Und diese mangelhafte Ausbildung kommt daher, weil der Lehrling im Handel und Ge-

werbe nicht mehr das ist, was er ehemals war, bei dem Händler ist er Hausdiener und Lehrling in einer Person, bei dem Handwerker ist er alles andere, nur nicht Lehrling, er ist Kinder mädchen, Hausbursche, Ausläufer, kurz Mädchen für alles. (Widerspruch). Ist die Lehrzeit zu Ende, so hat er weder beim Händler, noch beim Handwerker etwas gelernt. Mit solchen mangelhaften Vorkenntnissen macht sich dann später der junge Mann selbständig. Es fehlt ihm der geschäftliche Unternehmungsgeist, er kann nicht kalkulieren und es ist kein Wunder, wenn er Schiffbruch leidet. Dazu kommt dann noch die Geldfrage: wer kein größeres Vermögen hat, vermag heutzutage auch nicht selbständig zu werden.

Das kann man besonders in einer Branche beobachten, der ich beruflich nahe stehe, nämlich im Brauereigewerbe. Man sagt, das Handwerk soll gepflegt werden; ich glaube aber, wenn der Brauereiarbeiter das, was er als Lehrling gelernt hat, in der Brauerei anwenden wollte, so würde man ihn auslachen. Brauereibesitzer zu werden, dazu gehören heutzutage Millionen, aber Aktionär kann man schon billiger werden. Wenn der Lehrling hier seine Kenntnisse verwerten will, so wird er einfach herausgeschmissen; er muß Arbeiter sein und bleiben. Die großen Brauereien beweisen am besten, daß das Handwerk und Kleingewerbe in kurzer Frist niedergedrückt werden soll, denn sonst würden sie durch ihren Flaschenbierhandel nicht so viele Existenzen vernichtet haben. Ich habe nicht genug staunen können, wie Herr Dr. Wolters hier von den notleidenden Kleinhändlern sprach; es hätte ihm doch wohl näher gelegen, sich um seine notleidenden Arbeiter zu kümmern. Gerade er mit seiner großen Brauerei hat in hervorragender Weise sehr viele kleine Existenzen von Flaschenbierhändlern auf dem Gewissen.

Wer heutzutage kein Geld hat, ist nicht in der Lage, mit den Großbetrieben konkurrieren zu können; wer seine Waren in Massen einkauft, der kauft eben billiger, als der Kleinhändler. Das ist der springende Punkt: der Kleinhändler hat kein Geld, um sich den Markt des Großwareneinkaufs zu nütze zu machen. Deshalb werden alle Mittel, dem Kleingewerbe zu helfen, nicht verfangen. Persönlich bin ich der Meinung, daß wir unter allen Umständen die Vorlage ablehnen müssen, unbekümmert um die von Herrn Schöttler angedeutete Gefahr. Ich bewundere, wie Herr Esdorn so naiv sein und sagen kann, die Handwerker und Kleinhändler wären die Stützen des Staates. Gewiß, sie waren es, so lange sie sich vom Staate die Taschen füllen lassen konnten, dann war es aber damit vorbei. Sind die Kleinhändler wohl zufriedene Leute, sind die Menschen überhaupt zufrieden? (Heiterkeit). Sie lachen darüber, aber wenn z. B. Herr Dr. Wolters ein zufriedener Mensch wäre, so würde er als Junggeselle schon längst seine Brauerei aufgegeben und sich zur Ruhe gesetzt haben, um von seinem Gelde zu leben. Deshalb ist das Wort „zufrieden“ hier nicht am Platze. Mit solchen Mitteln kann also dem Kleinhändler nicht geholfen werden; man will ihm nur

etwas zeigen, damit er wenigstens eine zeitlang zufrieden ist. Ueber die vorgeschlagenen Mittel zur Hebung des Kleingewerbes werden die Leute selber nur lachen. Ich bitte, die Vorlage abzulehnen.

Herr Ribbentrop (zur Geschäftsordnung): Herr Alßmann vertritt einen Großbetrieb des Kleinhandels, nämlich den Allgemeinen Konsumverein, und Herr Ohlendorf ist ebenfalls Angestellter dieses Vereins. Nach dem § 56 der Städteordnung hat sich ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse beteiligtes Mitglied der Versammlung der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten. Danach bin ich der Ansicht, daß diese beiden Herren sich an den Verhandlungen nicht beteiligen dürfen.

Vorsitzender: Diese Auslegung der Bestimmung ist doch wohl zu eng. Man kann ungeheuer viel Angelegenheiten finden, bei denen einzelne Stadtverordnete ein gewisses Interesse haben. Eine derartige Beschränkung kann doch in Fällen vorliegender Art wohl nur eintreten, wenn ein Stadtverordneter für ein spezielles Etablissement als dessen Inhaber oder Leiter ein Sonderinteresse vertreten und dabei besondere Vorteile herausholen, d. h. gerade die Verhältnisse dieses Etablissements besonders gestalten will, nicht aber, wenn er von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu einer Bevölkerungs- oder Industrieklassen betreffenden Vorlage Stellung nimmt, selbst wenn sein Etablissement von ihr mit betroffen wird. Vor einer so engherzigen Auffassung muß ich warnen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich darf diesen Ausführungen wohl noch hinzufügen, daß ich bei einer etwaigen Zustimmung zu der Ansicht des Herrn Ribbentrop den Antrag stellen müßte, auch die Kleingewerbetreibenden, welche dann ebenfalls ein Sonderinteresse vertreten, von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschließen.

Vorsitzender: Wer ist dafür, daß die Herren Alßmann und Ohlendorf von der Teilnahme an diesen Verhandlungen ausgeschlossen werden? — Das ist die Minderheit.

Herr Alßmann: Ich bedaure unendlich, daß ich noch einmal das Wort nehmen muß, aber die Ausführungen des Herrn Esdorn nötigen mich dazu und sind, wenn sie zuträfen, geeignet, uns mit der Staatsanwaltschaft in Verührung zu bringen. Es würde Herrn Esdorn aber wohl nicht gelingen, wenn er als Zeuge vor den Staatsanwalt geladen würde, zu beweisen, daß der Allgemeine Konsumverein ein sozialdemokratischer Verein ist. Solche Gesetzwidrigkeiten sollte sich niemand zuschulden kommen lassen. Wenn Herr Esdorn ferner sagt, daß bei Annahme des Antrages Hauswahlt der Allgemeine Konsumverein nicht besteuert werden würde, während die beiden anderen hiesigen Konsumvereine die Steuern bezahlen müßten, so kann ich darauf nur erwidern, daß ich auch nicht für die Besteuerung dieser beiden Vereine zu haben bin. Ich verlange für den Allgemeinen Konsumverein kein Ausnahmerecht, wohl aber möchte ich darauf hinweisen, daß

dieser Verein seit Jahren Einkommensteuer bezahlt, was viele andere Konsumvereine nicht brauchen, weil sie durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes davon befreit worden sind. Herr Esdorn begründet seine Behauptung, der Allgemeine Konsumverein sei sozialdemokratisch, auch auf die Vorgänge, welche sich auf dem Kreuznacher Genossenschaftstage zugetragen haben. Hierdurch hat Herr Esdorn allerdings ein schwaches Verständnis für die ganze Sache gezeigt, und ich glaube annehmen zu sollen, daß das absichtlich geschehen ist, um nach außen hin ein großes Brillantfeuerwerk loslassen zu können, von dem er sich wohl eine besonders gute Wirkung verspricht. Herr Esdorn sagte dann weiter, die Verkäuferinnen des Allgemeinen Konsumvereins hätten für die Streikenden in Grimmitzschau auch Geld gezeichnet, mithin müßte der Verein ein sozialdemokratischer sein. Was liegt aber darin, wenn die Verkäuferinnen für diesen Zweck Geld sammeln und hinschicken, dadurch wird doch der Verein noch nicht sozialdemokratisch? Wenn z. B. die Angestellten des Herrn Esdorn für die Reichstagswahl in Schmalkalden Geld stiften, so ist doch deshalb dessen Geschäft noch kein antisemitisches. Ich kenne hier überhaupt kein antisemitisches Knopfgeschäft, wenn ich auch den antisemitischen Inhaber eines Knopfgeschäftes kenne, aber dessen Waren werden doch dadurch nicht antisemitisch. Mit solchen Phrasen soll man hier wegbleiben.

Herr Esdorn führte dann weiter zum Beweise dafür, daß die Konsumvereine nicht besonders leistungsfähig seien, den Breslauer Konsumverein an. Es wäre mir lieber gewesen, wenn er den hiesigen Allgemeinen Konsumverein als abschreckendes Beispiel angeführt hätte, weil sich die Breslauer Verhältnisse hier schwer kontrollieren lassen. Mit den angeführten Warenpreisen hat es sich Herr Esdorn leicht gemacht, indem er Artikel herausgriff, deren gleiche Qualität sich nicht feststellen ließ. So hat er den Artikel Mehl erwähnt, ohne anscheinend zu wissen, wie verschieden gerade die Qualität des Mehles, selbst bei gleicher Bezeichnung ist. Wenn nicht festgestellt worden ist, daß das gleichartig bezeichnete Mehl (000, Kaiserauszug und dergleichen) aus derselben Mühle stammt, so kann auch nicht behauptet werden, daß es dieselbe Qualität ist. Jede Mühle führt 000 und Kaiserauszugsmehl, aber in ganz verschiedener Qualität. Wenn Herr Esdorn diese Unterschiede nicht kennt, so tut er mir leid. Er wird aber doch wohl wissen, daß auch Knöpfe mit der Bezeichnung „Primaqualität“ sehr verschiedener Art sein können. Ferner glaubt er aus den Zahlen über den Branntweinverbrauch im Konsumvereine den Schnapssteufel an die Wand malen und beweisen zu können, daß im Vereine riesig viel gesoffen werden müßte und die Mitglieder dem Alkoholismus zugeführt würden. Ich habe mir einmal ein Exempel gemacht, wieviel von dem Schnapsverbrauche eines Jahres auf das Mitglied entfällt und habe gefunden, daß auf eine Familie 8 Liter oder 400 Löffelgläser entfallen, also etwas mehr als ein Löffelgläschen täglich. Wenn Sie glauben, daß eine Arbeiterfamilie

daran stirbt, oder dadurch dem Alkoholismus verfällt, so irren Sie doch wohl. Wir trinken vielleicht alle mehr als ein Viskörgläschen täglich und sind deshalb doch noch keine Alkoholisten. Ich wenigstens trinke alltäglich ein Gläschen Schnaps und bin, wenn auch kein Abstinenzler, so doch auch kein Alkoholist; zum mindesten fühle ich mich aber sehr wohl dabei. Dieser Umstand kann doch dem Konsumvereine unmöglich den Vorwurf eintragen, daß er der Völlerei Vorschub leiste. Wir halten unsere Jahresberichte durchaus nicht geheim, sondern wir haben sie auch der Handelskammer zukommen lassen. Aber eine solche Auslegung, wie sie Herr Esdorn beliebt, darf man nicht ohne Zurückweisung hinnehmen.

Herr Esdorn sagte auch, die Warenhäuser sollten zum Zukunftsstaate führen, das glaubt er aber doch wohl selbst nicht, und wenn selbst jemand diesen Unsinn geschrieben hätte, so würde er wohl nicht geglaubt werden. Herr Fudel hat darauf hingewiesen, daß es sich bei der Beurteilung dieser Vorlage um eine Gefühlsache handle und die Handelskammer aus Rücksichten des Gefühls zu ihrer heutigen Stellungnahme gekommen sei. Im April 1901 tagte hier der Verband mitteldeutscher Handelskammern, um die Resultate aus den Untersuchungen über die Kleinhandelsfrage zu ziehen; der Verband stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß es ungerecht sein würde, die Konsumvereine zu besteuern, und heute ist es Gefühlsache gewesen, dafür einzutreten. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon in drastischer Weise diese Art von Gefühlsache geschildert und ich kann mich dem nur anschließen. Wenn Herr Koch meinte, daß ich kein Verständnis für den Bäckerbetrieb hätte, so gebe ich das zu, weil ich kein gelernter Bäcker bin, aber ich glaube doch, recht gehabt zu haben, daß die Bäcker sich so sehr dagegen wehrten, eine 12stündige Arbeitszeit für die Gesellen einzuführen. Der beste Beweis liegt darin, daß die Bäckermeister sich früher ganz wohl bei der langen Arbeitszeit der Gesellen gefühlt und es im allgemeinen bald zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht haben. Es wäre also doch wohl möglich, auch mit einer kürzeren Zeit auszukommen. Herr Esdorn hat auch beliebt, hier Vorlesungen darüber zu halten, was das sächsische Ministerium über die Konsumvereine und deren Angestellte gesagt hat; ich will Sie nicht mit Vorlesungen belästigen, sonst könnte ich Ihnen auch vorlesen, was die sächsische Regierung an die beiden Kammern geschrieben hat und wie sie sich lobenswert über die Konsumvereine ausspricht. Wenn die Regierung sich in anderer Weise gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen hat, so hat das mit den Konsumvereinen nichts zu tun. Jedenfalls bitte ich Sie, Konsumvereine und Sozialdemokratie nicht miteinander zu verquicken.

Herr Ohlendorf: Herr Dr. Wolters sagte als Referent, daß das preußische Gesetz gegenüber dem braunschweigischen gewaltsam sei. Ich muß gestehen, ein so großer Unterschied ist zwischen den beiden Gesetzen nicht, das eine ist so roh und gewaltsam wie das andere, denn das braunschweigische Gesetz will auch wie das preußische,

dem Mittelstande etwas geben und dem, der noch weniger hat, etwas nehmen. Herrn Hauswaldt möchte ich darüber interpellieren, ob er mit seinem Antrage bezwecken will, daß ein hiesiger Konsumverein keine Filiale auf einem Nachbardorfe gründen darf. (Zustimmung.) Ein solcher Antrag ist doch aber ganz zwecklos, weil die Einwohner des betreffenden Dorfes sich dort eben selbst einen Konsumverein gründen werden, wenn ein Bedürfnis dafür vorliegt. Ebenso ist die Bestimmung überflüssig, den Verkauf von Waren an Nichtmitglieder zu verbieten, da doch längst ein Gesetz besteht, welches solchen Verkauf unter Strafe stellt. Außerdem will er, daß die Ueberschüsse der Konsumvereine nicht zu anderen Zwecken, als zu Rückvergütungen verwendet werden dürfen. Wenn Herr Hauswaldt einmal eine unserer Generalversammlungen als Gast besuchen wollte, so würde er erfahren, daß eine solche Bestimmung völlig überflüssig wäre, da sie ohnehin schon befolgt wird. Wenn aber trotzdem die Mehrheit der Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins es fertiggebracht hat, zu glauben, daß der Verein auch für die Wohltätigkeit etwas übrig habe, so ist es andererseits nicht zu verstehen, daß Sie einem Vereine, der selbst für die Allgemeinheit noch etwas übrig hat, das verwehren wollen, da doch sonst immer die Wohltätigkeit von Ihnen gepflegt wird. Ich möchte deshalb Herrn Hauswaldt ersuchen, seinen Antrag zurückzuziehen.

Sodann will ich auf die Agitation des Herrn Esdorn, wie er sie hier beliebt hat, eingehen und bemerken, daß ich keinen parlamentarischen Ausdruck dafür finde, wie er hier vorgegangen ist. Mein Freund Günther hat vorhin vom Herrn Vorsitzenden eine Rüge erhalten, aber wenn der Herr Vorsitzende die Ausführungen des Herrn Esdorn genau verfolgt hätte, so würde dieser für seine beleidigenden Angriffe auf uns wohl auch eine Rüge erhalten haben. Er hat zunächst den Zentralverband deutscher Konsumvereine einen sozialdemokratischen genannt, obwohl er meiner Ueberzeugung nach weiß, daß das nicht der Fall ist. Wenn er die Sache genauer verfolgt hat, so muß er wissen, daß Männer mit an der Spitze des Zentralverbandes stehen, die weit von sozialdemokratischer Gesinnung entfernt sind. Das wissen Sie und wenn Sie trotzdem sagen, der Zentralverband sei sozialdemokratisch, so verstehe ich nicht, wie ich das mit dem Anstande zusammenbringen soll. Ebenso ist es mit der wunderlichen Ansicht des Herrn Esdorn und seiner Freunde in betreff der sozialdemokratischen Konsumvereine. Wenn z. B. ein Freund des Herrn Esdorn in einer Versammlung erklärt, daß die Frauen am Jahreschlusse gar nicht wüßten, was sie mit dem durch ihren Kauf in dem Konsumvereine ersparten Gelde anfangen sollten, so ist es doch kaum zu glauben, daß man mit solchen armseligen Argumenten Stimmung für die Umsatzsteuer zu machen sucht. Ich möchte wohl wünschen, daß Herr Esdorn einmal das Gros der Mitglieder des Allgem. Konsumvereins kennen lernte, dann würde er zu seinem Erstaunen finden, daß sie teilweise sogar seiner eigenen Partei angehören und zum

Teil sogar auch bei ihm kaufen. Die von Herrn Esdorn angeführten Gründe sind aber wirklich so fadenscheiniger Natur, daß er keine Ursache gehabt hätte, die Sache auf das politische Gebiet zu zerren, wohin sie nicht gehört. Was soll es, die Zeichnung von einigen Pfennigen, mit denen Notleidende unterstützt werden sollen, hier als eine politische Tat zu kennzeichnen. Um solche Unterstützungen zu geben, braucht man selbst noch kein Sozialdemokrat zu sein, sondern nur ein menschliches Herz zu besitzen. Das weiß Herr Esdorn ebenso gut wie ich, um so unschöner ist es aber, in solcher Weise vorzugehen und der Öffentlichkeit gegenüber den Anschein zu erwecken, als ob der Allgem. Konsumverein ein sozialdemokratischer Verein wäre.

Wunderlich war auch die Preisliste des Herrn Esdorn, die wahrscheinlich Engrospreise, aber keine Detailpreise der betr. Händler enthalten hat. Herr Esdorn will hier bei einem Kaufmann das Pfund Sauerkohl für 5—6 \mathcal{M} gekauft haben, während ihn der Allgem. Konsumverein für 7 \mathcal{M} verkauft haben soll. Das läßt sich ja machen, der betr. Kaufmann benutzt den Sauerkohl als Lockmittel, wie es nach Ihrer Meinung die Warenhäuser tun, und schlägt dann auf andere Waren einen um so höheren Gewinn.

Ich möchte mir nun gestatten, Ihnen auch etwas zu verlesen. (Widerspruch.) Ich kann darauf nicht verzichten, weil es von Einfluß auf Ihre Abstimmung sein kann. Was ich Ihnen vorlesen will, hat jemand gesagt, der zu Ihnen gehört, und der vielleicht dem größten Teile von Ihnen bekannt ist. Der Oberbürgermeister Dr. Struckmann in Hildesheim hat nämlich auf dem Hannoverschen Städtetage, wo seitens eines Parteigenossen des Herrn Esdorn die Frage angeschnitten und beantragt wurde, sich für die Einführung einer Umsatzsteuer zu erklären, gesagt:

„In den Konsumvereinen haben sich gerade Personen zusammengeschlossen, deren Hebung der Lage auch uns als Verwaltung der Städte besonders am Herzen liegen muß. Die notdürftigste Klasse sind doch gerade die Arbeiter, und dazu kann ich mich nicht herbeilassen, auch nur den Schein zu erwecken, als habe ich dazu beigetragen, daß den Arbeitern die Möglichkeit genommen werden solle, in völlig erlaubter Weise sich zusammenzuschließen, um Vorteile zu erringen, selbst wenn dadurch andere geschädigt werden. Gerade diejenigen, welche die Konsumvereine beseitigt wissen wollen, haben das Genossenschaftsgesetz für sich in ganz ungeheurer Weise ausgenutzt. Sehen Sie sich nur einmal die Genossenschaften der Landwirte an. Der Bauer verkauft bei uns sein Vieh nicht mehr selbst, sondern durch die Genossenschaft.

Wir haben in Hildesheim z. B. auch einen Rohstoff-Einkaufsverein der Schuhmacher. Dadurch werden doch nach Ihrer Ansicht die Lederhändler unzweifelhaft geschädigt. Ja, soll man denn nun auch, wie Sie

es bei den Konsumvereinen verlangen, diese Rohstoff-Einkaufsgenossenschaft zugunsten der Lederhändler verbieten? Es erforderte dies doch dann die Gerechtigkeit, aber das wollen Sie bei diesen Genossenschaften absolut nicht. Was wollen Sie denn, wenn Sie von hier nach Hause kommen, den Arbeitern Ihrer Stadt sagen auf die Frage: Wie wollt Ihr uns begründen, daß Ihr uns, und zwar nur uns, verwehren wollt, etwas zu tun, was gesetzlich erlaubt ist? Meine Herren, mit solchen unerfüllbaren Forderungen richten Sie nur Schaden an, denn die Arbeiter schließen daraus, daß in der Stadtverwaltung und hier auf dem Städtetage zweierlei Recht besteht."

So geht es noch eine ganze Reihe weiter, und ich kann Sie nur bitten, zu beherzigen, was er gesagt hat. Er ist Abgeordneter der nationalliberalen Partei, welcher ein Teil von Ihnen wohl auch angehört. Es ist auch verwunderlich, daß die Bestrebungen zugunsten der Notlage sich nur auf einen Beruf erstrecken. Warum greifen Sie nicht auch die Großbetriebe der Handwerker an? Bei diesen kommen allerdings keine Arbeiter in Betracht. Herr Koch sagt, der Allgemeine Konsumverein hat eine große Bäckerei, die besteuert werden muß, aber an die große Bäckerei von Habekost denkt er nicht. In anderen Branchen geht es übrigens ebenso. Wir hatten hier früher mindestens die doppelte Zahl von Droschken, deren Eigentümer doch wohl auch dem Mittelstande zuzurechnen sein dürften. Hat sich aber wohl jemand darum gekümmert, als durch die Straßeneisenbahn 20—30 Droschkenbesitzer ruiniert wurden? Dabei handelte es sich allerdings um Aktionäre, die den Verdienst einsteckten, und hier sind es Arbeiter, denen man etwas abziehen will. Wie viele Händler sind nicht dadurch ruiniert worden, daß die großen Brauereien angefangen haben, ihr Bier in Flaschen selbst abzufassen? Früher bezogen hunderte von Händlern das Bier in Fässern und zogen es zum Verkaufe auf Flaschen ab, heute müssen diese Leute zusehen, wie sie den entgangenen Verdienst auf andere Weise wieder ersetzen. Dagegen sagt niemand etwas, sondern man scheint sich erst dann für solche Sachen zu interessieren, wenn Arbeiter die Schädigung anderer hervorrufen sollen.

Was nun die in die Debatte gebrachte politische Seite der Vorlage anlangt, so will ich dazu folgendes bemerken: Wenn Sie glauben, uns als politische Partei durch die Vorlage zu treffen, so irren Sie sich sehr. Unter den Mitgliedern des Allgemeinen Konsumvereins — und Sie können wohl annehmen, daß ich die Mitglieder kenne — sind sicher weit über die Hälfte Nichtsozialdemokraten. Aber auch die nichtsozialdemokratischen Mitglieder werden Ihre Haltung in dieser Frage nicht verstehen, sondern werden sagen, die Sozialdemokraten hatten recht, daß sie gegen die Umsatzsteuer losgegangen sind. Sie haben uns also durch Ihr Vorgehen nur genügt.

Vorsitzender: Es liegt ein Schlufantrag des Herrn Hauswaldt vor. Wer ist gegen den Schluß? — Niemand. Ich schließe also die Generalberatung, und lasse zunächst über den Antrag Jasper abstimmen, welcher bezweckt, die Vorlage ohne Eintritt in die Spezialberatung abzulehnen. Wird der Antrag auf namentliche Abstimmung genügend unterstützt? Das ist der Fall, ich lasse deshalb namentlich abstimmen. —

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Herren Ahmann, Bunge Günther, Herzberg, Jasper, Ohlendorf, Peplies, Kiefe, Stegmann und Wiehle abgelehnt. —

Wir treten nunmehr in die Spezialberatung ein. Hierzu liegen folgende Anträge vor:

- 1) der Antrag der Finanzkommission, welcher bezweckt, über die Magistratsvorlage noch hinauszugehen und die sämtlichen im Gesetze vorgesehenen Geschäftsbetriebe, also auch die Konsumvereine und die Produktivgenossenschaften, zu der Umsatzsteuer heranzuziehen;
- 2) der Antrag Schöttler auf Wiederherstellung der Magistratsvorlage;
- 3) der Antrag Hauswaldt, lautend:

„Vereine, zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkauf derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften), welche mit dem Verkauf ihrer Produkte über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehen,

Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Abfaß im kleinen (Konsumvereine), welche

- a. Waren an Nichtmitglieder verkaufen,
 - b. Gegen unbar verkaufen,
 - c. mit anderen Geschäften des Kleinhandels Rabattverträge abschließen,
 - d. Zweigvereine an anderen Orten unterhalten,
 - e. ihre Ueberschüsse anders verwenden, als ausschließlich zur Rückvergütung an ihre Mitglieder,
- sind steuerpflichtig“;

- 4) der Antrag Jasper: „Die Versammlung wolle beschließen: In Ziffer 1 erhält der Satz 2 folgende Fassung: Auf Produktivgenossenschaften und Konsumvereine erstreckt sich die Heranziehung nicht.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Antrag Jasper war schon in der Finanzkommission gestellt, aber abgelehnt worden. Eine vollständige Ausschließung der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften von der Steuer würde auch meines Erachtens zu radikal sein. Wenn sich ein Konsumverein so entwickelt und die Einrichtungen zeigt, wie sie das Gesetz vom 28. März 1904 im § 1, 1

bezeichnet, so möchte doch wohl die Voraussetzung gegeben sein, einen solchen Konsumverein zur Steuer heranzuziehen. Ein Fall, daß hiervon bei den hiesigen Konsumvereinen schon jetzt Gebrauch gemacht werden könne, liegt, soviel ich diese Vereine kenne, nicht vor; immerhin könnte er aber einmal vorkommen und die Magistratsvorlage verfolgt auch den Zweck, die Konsumvereine auf ihrer jetzigen Bahn zu halten.

Nun noch ein Wort in bezug auf die Stellungnahme der Versammlung zur Magistratsvorlage. Ich weiß nicht, wie das Ergebnis der Abstimmung sein wird. Wenn z. B. der Antrag der Finanzkommission und der Antrag Hauswaldt eine Mehrheit in der Versammlung nicht finden sollten, dann wird es sich bei verschiedenen Mitgliedern darum handeln, ob das angestrebte Bessere der Feind des Guten werden soll oder nicht. Ich möchte die Herren, welche für diese beiden Anträge sind, bitten, bei deren etwaiger Ablehnung sich mit der Magistratsvorlage zu begnügen, denn es geziemt uns doch wohl nicht, daß wir, weil nicht alles erreicht werden konnte, mit ganz leeren Händen vor den Kleinhandel und das Kleinhandwerk, ja vor das ganze Land hintreten; ich bitte also, sich in diesem Falle für die Magistratsvorlage zu entscheiden.

Herr Jasper: Mein Antrag ist eher bekämpft, als begründet. Er unterscheidet sich von dem, was die Magistratsvorlage will, dadurch, daß er an die Stelle des bedenklichen kautschukartigen Satzes, „falls nicht ihr Geschäftsbetrieb unter a—c des vorstehenden Absatzes fällt u.“ eine klare Bestimmung setzen will. Herr Stadtrat von Frankenberg hat gemeint, die Klausel müßte in der Magistratsvorlage enthalten sein, da sie gewisse Manipulationen in den Konsumvereinen treffen wolle, welche eine solche Art und Weise des Geschäftsbetriebes belieben, wie sie in der Ziffer 1 des § 1 des Gesetzes näher bezeichnet worden ist. Eine derartige Vorschrift braucht aber nicht besonders gegeben zu werden, weil es allgemeine Voraussetzung des Gesetzes ist, unter der die Konsumvereine u. zur Steuer herangezogen werden dürfen. Wenn ferner gesagt wird, daß unsere Konsumvereine zurzeit gar nicht dazu angetan seien, der Steuer unterworfen zu werden, so soll man doch nicht solchen unklaren kautschukartigen Satz in die Bestimmungen aufnehmen, sondern einfach sagen, die Umstände sind augenblicklich nicht dazu angetan, die Konsumvereine zu besteuern, mithin werden sie nicht der Steuer unterworfen. Bei der Annahme der Magistratsvorlage könnten sonst Magistrat und Finanzkommission einmal sagen: die und die Konsumvereine scheinen uns bedenklich zu werden, wir wollen sie deshalb zur Steuer heranziehen. Das geschähe dann, ohne daß die Versammlung darum gefragt würde. Ich bitte deshalb, der Bestimmung meinem Antrage gemäß eine klare, unzweideutige Fassung zu geben.

Herr Wolters begründet nochmals den Standpunkt der Finanzkommission gegenüber der Magistratsvorlage und dem Antrage Hauswaldt

Herr Buchler: Bisher sind die Konsumvereine von dem Nutzen besteuert worden, den sie gaben, aber gerade darin liegt ja eine vollständige Willkür, denn es gibt Konsumvereine, die gar keinen Ueberschuß verteilen und solche, die nach Art und in der Höhe des Allgem. Konsumvereins Dividende auszahlen, während wieder andere Vereine vielleicht das Doppelte an Dividende verteilen. Auf jeden Fall würde hier also die Steuer von dem seitens des betr. Konsumvereins vollständig willkürlich festgesetzten Reingewinn zu zahlen sein. Ich begreife deshalb absolut die Stellung des Magistrates nicht, wenn er sagt, die Konsumvereine sollen bei anständiger Geschäftsgebarung von der Steuer befreit bleiben. Die Konsumvereine müßten von dem Gewinne besteuert werden, welchen sie zu erzielen hätten, wenn sie davon, wie andere Geschäftsleute, bestehen müßten. Wie hoch ein solcher Gewinn sein muß, davon können Sie sich in der Broschüre des Herrn Altmann aus dem Jahre 1901 überzeugen, nach welcher ein Geschäftsmann 25—30 % mehr Gewinn erzielen muß, wenn er bestehen will, als ein Konsumverein. Herr Altmann hat auch selbst zugegeben, daß eine mäßige Umsatzsteuer vielleicht von 1 % den Konsumvereinen nichts ausmache. (Widerspruch.) Er hat damit auch insofern recht, als die Konsumvereine ja schon jetzt Steuern bezahlen. Diesen Punkt haben die Herren noch gar nicht berührt, obwohl er ganz wesentlich für den Standpunkt der Finanzkommission spricht.

Herr Fiedel: Ich will nur kurz bemerken, daß mir von dem Herrn Minister Hartweg erklärt worden ist, er würde seinerseits eine Besteuerung der Konsumvereine über $\frac{1}{2}$ % hinaus nicht zulassen, daß aber innerhalb dieser Grenze ein Unterschied gemacht werden solle zwischen den Konsumvereinen, welche schon zur Einkommensteuer herangezogen worden seien und solchen, die noch keine Einkommensteuer bezahlen.

Herr Hauswaldt: Lehnen Sie unter allen Umständen die Magistratsvorlage ab, da der Satz: „falls nicht ihr Geschäftsbetrieb unter a—c des vorstehenden Absatzes fällt und auf ihre Betriebsweise die soeben angeführten Voraussetzungen zutreffen“, zu Unklarheiten führen würde. Bei Annahme der Magistratsvorlage müßte der Allgem. Konsumverein von der Steuer getroffen werden, denn wodurch soll er sich von einem Warenhause wohl unterscheiden? Darum bitte ich Sie dringend, diesen Satz schon der Klarheit wegen unter allen Umständen wegzulassen. Nun bleiben noch drei Möglichkeiten. Durch den Antrag der Finanzkommission treffen Sie die Konsumvereine mit und überlassen es billigem Ermessen, sie möglichst schwach zur Steuer heranzuziehen. Es folgt dann der gegenteilige Antrag, welcher die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften ganz frei lassen will und zwischen beiden steht mein Vermittlungsvorschlag, der die Grundsätze festlegen will, nach welchen die Kommission demnächst arbeiten soll. Die einzelnen Punkte meines Antrages sind nicht willkürlich gegriffen, sondern der einschlägigen Literatur ent-

nommen. Wenn aber jemand glaubt, die Punkte seien überflüssig, so muß er doch auch zugestehen, daß sie keinen Schaden tun und ihnen deshalb erst recht zugestimmt werden kann. Nehmen Sie meinen Vorschlag an, so tun Sie nichts weiter, als die Machtvollkommenheit der Kommission festzulegen und entsprechend zu beschränken. Die Kommission hat aber eine sehr große Machtvollkommenheit, denn sie kann manche Kategorien von Geschäften ganz auslassen, ohne daß die Aufsichtsbehörde deren Heranziehung zur Steuer zu dekretieren vermag. Ich finde, daß es von Vorteil sein würde, diese charakteristischen Merkmale festzulegen und bitte um Annahme meines Vorschlages.

Herr Asmann: Die Ausdrucksweise der Magistratsvorlage ist doch recht zweifelhaft, da sie nicht bestimmt festlegt, was unter einem warenhausähnlichen Betriebe zu verstehen ist. Schon in der Kommissionssitzung wurde an den Vertreter des Magistrates die Anfrage gerichtet, wann er einen Konsumverein als Warenhaus betrachte, worauf Herr Stadtrat von Frankenberg ausführte, daß er bei der Beantwortung dieser Frage an verschiedene Warenhauspraktiken denke, z. B. an das Photographieren der Kunden u. Der Magistrat könnte hierüber aber auch anderer Meinung werden. Es ist also immer eine eigene Sache, wenn der Magistrat in jedem Falle entscheiden sollte, wann in einem Konsumvereine der Warenhausbetrieb anfängt. Wenn der Herr Minister Hartweg erklärt hat, es sollte von den Konsumvereinen höchstens eine Steuer von $\frac{1}{2}$ % genommen werden, so hätte ja der betreffende Antrag Hauswaldt im Landtage angenommen werden können, aber den lehnte der Herr Minister ab; also an Ministerworten darf auch gedeutet werden. Gegen die Anträge des Herrn Hauswaldt habe ich insofern große Bedenken, als sie zu denselben Schwierigkeiten und Definitionen führen werden, wie die Magistratsvorlage. Man muß dabei z. B. auch fragen, ob der Verkauf von Weißbrot, das den Leuten ins Haus gebracht und alle 8 Tage an den Verein bezahlt wird, als bar oder unbar anzusehen ist. Wenn man sich auf den Buchstaben versteifen will, so ist der Verkauf eigentlich gegen unbar, obwohl bei uns niemand mehr Weißbrot erhält, der es nicht bis zum Mittwoch bezahlt hat. Die weitere Frage, was unter einem Zweigverein zu verstehen sei, ist ja schon erörtert worden. Wenn hiernach ein Konsumverein eine Filiale in Glickmarode oder Kl. Schöppenstedt anlegt, so ist das als ein Zweigverein nicht zu betrachten. (Widerspruch.) Also soll es doch ein Zweigverein sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Hauswaldt und der Magistrat wollen beide zu demselben Ziele kommen und der Kommission eine gewisse Richtschnur geben. Ueber die Zweckmäßigkeit des Vorgehens in dieser oder jener Richtung mag man verschiedener Meinung sein, aber jedenfalls ist eine Gleichmäßigkeit in der Entscheidung der Kommission besser gewährleistet, wenn wir ihr in bezug auf die Warenhäuser und Konsumvereine dieselbe Richtschnur geben, als wenn

wir für die Konsumvereine einen anderen Rechtsboden schaffen, als bei den Warenhäusern. Es ist auch nicht vollständig zutreffend, was Herr Hauswaldt über die Warenhäuser sagt, denn auch die Warenhäuser werden nicht ohne weiteres, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen zur Steuer herangezogen. Mir scheint es, als ob man in der Praxis mit der Magistratevorlage sehr gut würde auskommen können, denn mit der Finanzkommission werden wir uns schon verständigen. Der von mir in der Finanzkommission angeführte Kniff der Warenhäuser mit dem Photographieren der Kunden sollte nur ein Beispiel sein, auch das Führen von Lockartikeln, der rasche Wechsel von Verkaufsgegenständen zc. würden unter diesen Gesichtspunkt fallen.

Herr Nolte: Wenn Herr Wolters meint, die Magistratevorlage sei nicht logisch, so muß ich wiederholt den entgegengesetzten Standpunkt vertreten und behaupten, daß gerade der Antrag der Finanzkommission nicht logisch ist, weil er dem Standpunkte des Gesetzes nicht entspricht. Das Gesetz will den Gemeinden freie Hand lassen und führt nur beispielsweise an, welche Gruppen von Geschäftsbetrieben der Steuer unterworfen werden können, während, wenn der Standpunkt der Finanzkommission richtig wäre, hätte gesagt werden müssen: wenn überhaupt eine Steuer erhoben werden soll, dann müssen die und die Betriebe besteuert werden. Das ist aber nicht der Fall.

Herr Jasper: Diesen Ausführungen stimme ich voll und ganz zu; es dürfen nur solche Betriebe besteuert werden, welche unter die gegebenen Voraussetzungen fallen. Im übrigen hat mich aber der Vorredner nicht davon überzeugt, daß der Punkt a der Grundsätze nötig ist und er scheint auch übersehen zu haben, daß der Absatz 2 des § 1 des Gesetzes auf der Grundlage des Absatzes 1 verstanden werden kann. Auch ist es nicht richtig, daß wir der Ansicht des Herrn Stadtrat von Frankenberg zufolge alles nehmen müssen, was das Gesetz vorschreibt.

Ebenso bitte ich, dem Räte des Herrn Südel nicht Folge zu leisten, da ihn sein Gefühl mißleitet haben wird. Er baut zu felsenfest auf Ministerworte, aber Minister kommen und gehen und die Worte des einen werden oft nicht gehalten von dem andern. Das ist eine Art von Leimruten, und für Gimpel möchte ich die Herren nicht halten, daß sie auf diesen Leim gehen.

Zur Abstimmung selbst will ich bemerken, daß ich namentliche Abstimmung beantrage, und zwar getrennt nach Konsumvereinen und nach Produktivgenossenschaften.

Herr Südel: Gegenüber dem Herrn Vorredner will ich nur bemerken, daß, falls die Worte des Herrn Ministers nicht in Erfüllung gehen sollten, wir in der Lage sind, unsern heutigen Beschluß wieder aufzuheben. Wenn die Regierung ihr Wort wirklich nicht halten würde, so wäre ich der erste, welcher beantragte, unsern Beschluß wieder rückgängig zu machen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, die sich darum dreht, welcher Antrag zuerst zur Abstimmung kommen soll, wird mit dem Antrage Jasper als dem weitgehendsten begonnen. Der Antrag Jasper geht dahin, dem Satz 2 in Ziffer 1 die Fassung zu geben:

„Auf Produktivgenossenschaften und Konsumvereine erstreckt sich die Heranziehung nicht.“

Die Abstimmung ist eine namentliche und erfolgt getrennt bezüglich der Produktivgenossenschaften und der Konsumvereine. Es stimmen gleichmäßig für beide Teile des Antrages die Herren Ahmann, Bunge, Günther, Herzberg, Jasper, Lord, Nolte, Ohlendorf, Peplies, Riefe, Stegmann und Wiehle; dagegen stimmen die Herren Blasius, Brückmann, Buchler, Esdorn, Frühling, Göde, Hauswaldt, Jüdel, Kathe, Koch, Löschig, Meyerhoff, Müller, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Schöttler und Wolters. Der Antrag ist demnach in beiden Teilen mit 18 : 12 Stimmen abgelehnt worden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag der Finanzkommission (Seite 186 des Berichtes) und zwar auch getrennt nach Produktivgenossenschaften und Konsumvereinen. Das Ergebnis ist in beiden Teilen dasselbe; es stimmen für den Antrag die Herren: Buchler, Esdorn, Frühling, Jüdel, Kathe, Koch, Meyerhoff, Ribbentrop, Sander, Schmidt und Wolters; gegen denselben die Herren: Ahmann, Blasius, Brückmann, Bunge, Göde, Günther, Hauswaldt, Herzberg, Jasper, Löschig, Lord, Müller, Nolte, Ohlendorf, Peplies, Riefe, Schöttler, Stegmann und Wiehle.

Der Antrag ist mit 19 : 11 Stimmen gleichfalls abgelehnt worden.

Nach einer weiteren Geschäftsordnungsdebatte gelangt der Antrag Hauswaldt — Seite 186 des Berichtes — ungetrennt zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Herren: Blasius, Esdorn, Frühling, Hauswaldt, Kathe, Koch, Löschig, Meyerhoff, Nolte, Ribbentrop, Sander, Schmidt und Wolters; dagegen die Herren: Ahmann, Brückmann, Buchler, Bunge, Göde, Günther, Herzberg, Jasper, Jüdel, Lord, Müller, Ohlendorf, Peplies, Riefe, Schöttler, Stegmann und Wiehle.

Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden und zwar mit 17 : 13 Stimmen.

Herr Jasper zieht darauf den Antrag auf Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages Hauswaldt zurück.

Nunmehr wird der Punkt 1 der vom Magistrate aufgestellten „Grundsätze über die Heranziehung der Warenhäuser usw. zu einer Umsatzsteuer“ zur Beratung gestellt. Dieser Punkt lautet:

„1. Auf Grund des Landesgesetzes Nr. 23 vom 28. März 1904 werden folgende hiesigen gewerblichen Unternehmungen:

- a. Großbetriebe des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser,
- b. Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarkengeschäfte und ähnliche,
- c. Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe

zu einer besonderen Umsatzsteuer herangezogen, wenn sie von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen und geeignet erscheinen, die in der Stadt Braunschweig ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen.

Auf Produktivgenossenschaften und Konsumvereine erstreckt sich die Heranziehung nicht, falls nicht ihr Geschäftsbetrieb unter a — c des vorstehenden Absatzes fällt und auf ihre Betriebsweise die solchen angeführten Voraussetzungen zutreffen“.

Zu dem Punkte 1a hat Herr Jasper beantragt, hinter dem Worte „Warenhäuser“ hinzuzusetzen:

„soweit sie nach dem preussischen Warenhausgesetze als Warenhäuser zu gelten haben.“

Herr Jasper: Nachdem durch die Ablehnung der vorhergehenden Anträge eine Spezialdebatte notwendig geworden ist, beantrage ich, jeden einzelnen Abschnitt des Punktes 1, also zunächst den Abschnitt a, zur Besprechung zu stellen.

Herr Hauswaldt: Wir sind durch die Abstimmung in eine unglückselige Lage gekommen. Ich würde für den Antrag der Finanzkommission gestimmt haben, wenn ich wußte, daß mein Antrag nicht die Mehrheit in der Versammlung gefunden hätte. Da aber der Kommissionsantrag vor meinem Antrage zur Abstimmung kam, so mußte ich dagegen stimmen. Infolgedessen sind nun beide Anträge gefallen. Jetzt befinden wir uns in der unglücklichen Situation, daß wir die ganze Sache ablehnen, oder die Magistratsvorlage annehmen müssen. Ist es nun nicht möglich, aus der Lage dadurch zu kommen, daß wir die ganzen „Grundsätze“ ablehnen und folgenden Antrag annehmen?

„Die Versammlung beschließt, von dem Rechte, welches der Gemeinde durch das Gesetz vom 28. März 1904 Nr. 23 gegeben ist, Gebrauch zu machen, und bevollmächtigt den Magistrat mit den einleitenden Schritten.“

Das ist dem Sinne nach der eben abgelehnte Kommissionsantrag, welchen ich als meinen Antrag wieder aufnehme.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, Herr Hauswaldt ist in der Lage, seinen Zweck auf noch einfachere Weise zu erreichen. Nachdem der Magistrat längst die einleitenden Schritte in dieser Sache getan hat, will es mir nicht recht erscheinen, daß er erst noch dazu bevollmächtigt werden soll. Sie sind souverän info-

weit, als Sie sich, nachdem Herr Hauswaldt triftige Gründe gegenüber der Priorität seines Antrages vorgebracht hat, schlüssig machen könnten, hinter dem Punkte 1 c noch die Produktivgenossenschaften und Konsumvereine als Punkte d und e einzufügen.

Vorsitzender: Herr Hauswaldt sagt, er sei mit seinen Gesinnungsgenossen dadurch in eine üble Lage gekommen, daß über seinen Antrag zuletzt abgestimmt worden sei. Wie ist es nun aber wohl mit denen, welche den umgekehrten Standpunkt eingenommen haben? (Zustimmung.) Ich verwahre mich also dagegen, daß bei der Abstimmung ein Fehler gemacht worden sei. Bei umgekehrter Reihenfolge wäre die andere Partei in die gleiche Lage gekommen. Im übrigen liegt hier kein Statut vor, sondern ein einfacher Beschluß der Versammlung, welcher immer wieder umgestoßen werden kann.

Herr Jasper: Ich halte die Ansicht des Herrn Vorsitzenden für unzulässig, daß die Abstimmung noch einmal vorgenommen werden könne, nachdem sie schon einmal ordnungsmäßig stattgefunden hat. Herr Hauswaldt befindet sich in der Lage des betrühten Lohgerbers, dem die Felle weggeschwemmt sind, und er sucht nun hintenherum zu erreichen, was er auf gesetzlichem Wege nicht erreichen konnte. An einem derartigen Gebaren könnten wir nicht teilnehmen, weil unsere Abstimmung fest steht und von uns kein Kinderspiel hier getrieben wird. (Unruhe.)

Vorsitzender: Ich muß bitten, solche Äußerungen zu unterlassen. Mit dem Brusttone der Ueberzeugung wird hier vorgebracht, daß etwas Unrechtes oder Ungeheßliches geschehen solle, obwohl niemand daran denkt. Was steht im Wege, wenn jetzt eine Anzahl Herren einen neuen Antrag einbringt, daß über denselben verhandelt und abgestimmt wird?

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich wollte dasselbe sagen, was der Herr Vorsitzende eben vorgetragen hat. Es dreht sich jetzt um die verschiedenen Geschäftsgruppen, welche in die Steuer einbezogen werden sollen und wir könnten beschließen, jetzt auch die Punkte d und e aufzunehmen zu wollen.

Herr Alßmann (zur Geschäftsordnung): Ich muß dieses Vorgehen als recht merkwürdig betrachten. Sämtliche vorliegende Anträge sind erledigt, jetzt scheint einem das Ergebnis der Abstimmung nicht zu gefallen und nun meinen Sie, wir könnten nicht weiter beraten? Wir haben aber doch die Magistratsvorlage, weshalb sollen wir mit deren Beratung nicht fortfahren? Wenn jemand später die heutige Beschlußfassung nicht für richtig hält und sie geändert haben will, so können wir wieder in neue Verhandlungen eintreten, aber heute abend geht das nicht, denn das würde einen Konflikt bedeuten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn sich die Versammlung in dieser Sache auf den Standpunkt des Herrn Hauswaldt stellen will, so braucht sie nur zu beschließen, hinter c noch die Punkte d und e einzufügen und den zweiten

Satz des Punktes 1 zu streichen. Das würde sich sachlich mit dem decken, was die Finanzkommission gewollt hat.

Herr Kolte (zur Geschäftsordnung): Ich halte das nicht für zulässig. Die Anträge sind abgelehnt und können nicht mit anderen Worten, aber mit demselben Sinne noch einmal zur Abstimmung kommen.

Vorsitzender: Ich stelle jetzt den Punkt 1a der „Grundsätze“ zur Besprechung.

Herr Jasper: Der Magistrat beantragt unter a seiner „Grundsätze“ die Großbetriebe des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser zu besteuern, er hat aber unterlassen zu sagen, was er unter solchen Betrieben versteht, was also Warenhäuser sind. Es ist im Landtage auch von Herrn Hauswaldt hervorgehoben worden, daß es ein besonderer Vorzug des Gesetzes sei, recht kautschukartig und dehnbar zu sein. Je mehr aber ein Gesetz der Willkür Tür und Tor öffnet, desto weniger gut ist es, und daß es bei diesem Gesetze so liegt, ist klar. Ich frage mich deshalb, ob es möglich ist, die Bestimmungen der „Grundsätze“ so einzunengen, daß sie einigermaßen faßbar werden. Und dabei liegt es nahe, eine Anlehnung an die Bestimmungen anderer Staaten zu finden, welche schon vor Braunschweig auf den gescheuten oder man kann auch sagen den dummen Gedanken gekommen waren, zur Hilfe des Mittelstandes die Warenhäuser zu besteuern, wie das z. B. in Preußen und Bayern der Fall ist. Zunächst will ich aber fragen, weshalb gerade die Warenhäuser besteuert werden sollen und was unter einem Warenhause zu verstehen ist. Man hat z. B. gesagt, daß es ein Unterschied sei, ob ein Warenhaus oder ein gewöhnliches Handelshaus vorhanden ist. Es liegt doch aber kein Grund vor, einem braunschweigischen Staatsangehörigen zu verbieten, seinen Profit durch ehrlichen Handel zu suchen, gleichgültig, ob er seine Tätigkeit auf den Verkauf von Schnaps oder Bier und anderen Sachen ausdehnt, wenn er sich nur der Reellität befleißigt und gute Stoffe resp. Waren liefert. Warum soll z. B. Herr Löschigt nicht auch einmal Kleider verkaufen dürfen? Dadurch würde er nicht weniger ehrenwert dastehen, und weshalb soll er nicht noch andere Waren zu seinem Geschäfte nehmen dürfen? Es ist doch eine Tatsache, daß jemand, der mehrere Arten von Waren hat, es dem Publikum nur bequem macht für seine Einkäufe und er deshalb nicht einer besonderen Steuer unterworfen werden darf.

Als ein weiteres Erkennungszeichen hat man erwähnt, daß die Warenhäuser sich dadurch von gewöhnlichen Geschäften unterscheiden, daß die ersteren nur gegen bar verkaufen, während die Händler Waren auf Kredit verkaufen. Herr Esborn hat mir auch zum Vorwurf gemacht, daß ich ein besonderer Freund der Pumpwirtschaft sein sollte. Ich weiß nicht, weshalb er mir das vorwirft. Besser wäre es wohl gewesen, wenn er sich dieserhalb unter seinen eigenen Parteigenossen und namentlich unter den berühmten Führern der antisemitischen Partei umsehen

wollte, denn unter diesen soll mancher sein, der mit dem Kreditnehmen sehr gut umzugehen weiß. Man braucht aber gar nicht zu pumpen, und Herr Esdorn verwirft es ja auch. Deshalb kann man doch auch nicht sagen, daß es verwerflich sei, wenn die Warenhäuser die Barzahlung eingeführt haben. Außerdem sollen sich die Warenhäuser noch dadurch unterscheiden, daß sie ihren Geschäftsbetrieb auf mehrere Stockwerke ausdehnen. Die gleiche Einrichtung findet man aber auch bei Langerfeldt und auch Herr Rathe wird sich dafür interessieren, daß man diese unter Strafe stellen will, obwohl die Feuergefährlichkeit in anderen Geschäften, die ihren Betrieb auf mehrere Etagen ausgedehnt haben, doch wohl ebenso groß ist, wie in Warenhäusern. Herr Rathe meint, daß die Warenhäuser schon deshalb so besonders feuergefährlich seien, weil der Spritzenmeister nicht mit der langen Leiter auf dem Grundstücke umwenden könne. Als Freund der Bauunternehmer schimpft er aber andererseits auf den Spritzenmeister, daß er ein so unbilliges Verlangen stellt. Bei den Warenhäusern werden dagegen alle möglichen Anträge gestellt, um sie zu veranlassen, ihren Grund und Boden nicht so auszunutzen, wie es die heutige kapitalistische Gesellschaft vorschreibt und selbst tut. Man kann also nicht behaupten, daß die Warenhäuser feuergefährlicher sind als andere Geschäfte. In München ist von den sozialdemokratischen Stadtverordneten darauf gedrungen, daß dort die Warenhäuser das Menschenmögliche in bezug auf Feuer-sicherheit leisten, und unsere Polizei wird wohl auch darauf sehen, daß sie für das Wohl des laufenden Publikums eintritt.

Ich wüßte also wirklich nicht, welche Kennzeichnung für die Warenhäuser getroffen werden kann. Die Herren Fiedel und Hauswaldt werden allerdings sagen: hier im Plenum geht es nicht zu machen, aber in der Kommission können wir es nach Willkür machen; wir haben allerdings keine einheitlichen Grundsätze, aber unser Gefühl sagt uns schon, was ein Warenhaus ist und was nicht. Wenn man mit verstandesmäßigen Gründen nicht weiter kann, so versucht man es mit dem Gefühlsdusel des Herrn Fiedel. (Unruhe.)

Ich habe wohl weniger meinen letzten Antrag begründet, als vielmehr den Prinzipalantrag, über den ich vor meinem Antrage abgestimmt zu sehen wünsche, nämlich die Ziffer a ganz zu streichen. Nachdem das ganze Nachwerk, „Grundsätze“ betitelt, abgelehnt sein wird, dürfte es ein leichtes sein, auch die einzelnen Teile abzulehnen. Falls aber dennoch die Mehrheit der Versammlung die Warenhäuser besteuern will, möchte ich auch über meinen Unterantrag abgestimmt wissen. Im § 6 des preussischen Gesetzes ist ausgeführt worden, daß solche Gewerbebetriebe zu besteuern sind, welche aus mehr denn zwei Gruppen der dort bezeichneten Warengruppen Artikel vertreiben, und die einen Umsatz von mindestens 400 000 M im Jahre haben müssen. Auch eine solche Bestimmung halte ich für wünschenswert. Wenn also mein Antrag auf Streichung des Punktes a der „Grundsätze“

abgelehnt werden sollte, dann bitte ich, wenigstens die preußischen Bestimmungen anzunehmen. Im übrigen erkläre ich ganz offen, daß ich kein besonderer Freund des preußischen Gesetzes bin, daß ich es aber noch für besser halte, als unsere Vorlage. Wenn jemand eine noch bessere Beschreibung des Begriffes „Warenhaus“ geben kann, so wäre ich ihm dafür dankbar.

Herr Rathe: Nachdem 4 $\frac{1}{2}$ Stunden über diese Vorlage verhandelt worden ist, wird es selbst jemandem, der sich Mühe gegeben hat, den Verhandlungen zu folgen, schwer werden, zu einem bestimmten Abschlusse zu kommen. Eins freut mich aber bei der unendlich langgezogenen Debatte, daß es klar geworden ist, wie die Herren drüben eifrig bestrebt waren, dem Großkapitale beizuspringen. Was sind die Warenhäuser denn weiter, als ein Zusammenschluß einzelner Großkapitalisten, welche in allen möglichen Großstädten Warenhäuser einrichten? Ebenso ist es in den Konsumvereinen, welche durch das Kapital einer Gesamtheit gebildet werden. Hat doch der hiesige Allgemeine Konsumverein im vorigen Jahre einen Umsatz von fast zwei Millionen Mark erzielt! Der Mittelstand und die kleinen Geschäfte können sich bei den Herren bedanken, daß sie so sehr für das Großkapital eintreten. Was mir Herr Jasper entgegenschleuderte, verhält sich folgendermaßen: Ich habe gesehen, daß im fünften Stocke eines Warenhauses Leute saßen und arbeiteten, die durch eine kaum gangbare Treppe mit unten verbunden waren; darauf habe ich gesagt, man sollte den Warenhäusern nicht gestatten in derartiger Weise zu bauen. Die Feuerwehr kann an solcher Stelle nichts helfen, denn in demselben Momente, wo bei einem Feuer die Spiegelscheiben springen und herunterschlagen, sind alle Leute, die hier helfen wollen und die, welche im Hause sind, gefährdet, wie man das seinerzeit bei dem Karstadt'schen Brande gesehen hat. Daß man aber als vernünftiger Mensch gegen solche Sachen auftreten muß, halte ich für meine heiligste Pflicht.

Herr Wolters: Die von Herrn Jasper angeregte Einteilung der Warenhäuser nach preußischem Muster ist unmöglich, ohne das ganze Gesetz umzustößen.

Herr Hauswaldt: Ich stelle folgenden Antrag:

„Die Versammlung beschließt, von dem Rechte, welches der Gemeinde durch das Gesetz vom 28. März 1904, Nr. 23, gegeben ist, Gebrauch zu machen, und bevollmächtigt den Magistrat, die nötigen Schritte im Einverständniß mit der Finanzkommission zu ergreifen.“

Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so brauchen wir uns heute abend nicht mehr mit den „Grundlagen“ zu beschäftigen, und ich glaube auch, wir tun am besten, die Verhandlungen mit einem derartigen Antrage zu Ende zu bringen. Wir legen damit die einzelnen Ausführungsbestimmungen in die Hand des Magistrates und der Finanzkommission, was auch recht gut geschehen kann.

Herr Alßmann: Ich bin gegen diesen Antrag. Wir können jetzt nicht die Ausführung des Gesetzes dem Magistrat und der Finanzkommission überlassen,

nachdem die Abstimmung über einzelne Anträge nicht so ausgefallen ist, wie sie sich Herr Hauswaldt gewünscht hat.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nach der ausführlichen Besprechung der Angelegenheit halte ich den Antrag Hauswaldt für eine außerordentlich glückliche Lösung der Sache. Ich würde für meine Person mich mit dem Antrage durchaus einverstanden erklären, und ich darf dabei wohl für den Magistrat erklären, daß er an seinen „Grundsätzen“ auch für die Zukunft festhalten wird. Durch den Antrag Hauswaldt würden wir meiner Ueberzeugung nach zu einem besseren Ergebnis kommen, als wenn vielleicht unsere „Grundsätze“ nicht angenommen würden und uns dann die gemeinsame Grundlage für unser Weiterarbeiten fehlte.

Herr Jasper: Der Antrag ist doch nur so zu verstehen, daß Herr Hauswaldt das, was ihm vorher — seiner Meinung nach leider Gottes — nicht geglückt ist, auf diese Weise wieder einholen will; ich halte deshalb den Antrag für geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Sachlich will ich dazu bemerken, daß er noch viel schlimmer ist, als die Magistratsvorlage, weil er der eigensten Willkür noch viel mehr Tor und Tür öffnete, als irgend welche Vorschriften, die der Magistrat beliebt hat, uns zur Annahme zu empfehlen. Wir tappten dann eben ganz im Dunkeln. Es wäre damit alles der Gnade des Herrn Hauswaldt überlassen (Heiterkeit), der bestimmen könnte, wer besteuert werden solle und wer nicht. Wenn es so auch in anderen Sachen gemacht werden sollte, dann können wir gleich alle Vorlagen in die Hände des Herrn Hauswaldt legen, der zum Diktator von Braunschweig gemacht werden könnte. (Heiterkeit und Unruhe.) Er will sich durch seinen Antrag eine Macht in die Hand legen, die zu erreichen ihm hier in der Versammlung nicht gelungen ist, und er will seine Wünsche — mögen sie auch noch so lauter sein — in der Kommission durchzusetzen suchen. Herr Hauswaldt will mit seinem Antrage die Versammlung einfach bei Seite schieben, um seinen Willen in der Kommission durchzusetzen. Eine Versammlung, die auf Ehre hält, kann solchen Antrag niemals zulassen.

Herr Nolte: Ich halte den Antrag Hauswaldt für unzulässig. In § 45 der Städteordnung heißt es:

„Die Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich:

- 1) wenn statutarische Bestimmungen, polizeiliche Reglements und dauernde oder vorübergehende Einrichtungen im Gemeinwesen beschlossen, aufgehoben oder abgeändert werden sollen,“

Hier handelt es sich aber um eine dauernde oder vorübergehende Einrichtung im Gemeinwesen, und dazu ist ein Beschluß der Versammlung, nicht aber der Kommission nötig. Die Versammlung kann also der Finanzkommission solchen Auftrag gar nicht geben. Daß meine Auffassung richtig ist, geht auch klar aus

den Bestimmungen hervor, welche der § 61 der Städteordnung über die „Kommissionen“ gibt. Dort heißt es:

„Die Stadtverordneten können die zu beratenden Gegenstände vor der Verhandlung in den Versammlungen durch Kommissionen aus ihrer Mitte begutachten lassen.“

Vorsitzender: Ein gesetzliches Mittel, den Antrag zu verhindern, habe ich nicht.

Herr Jasper: Es liegt doch allein beim Vorsitzenden der Versammlung, ob er Anträge zulassen will, oder nicht. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Das Recht habe ich nicht, wenn ich auch manchmal wünschte, es zu besitzen. (Heiterkeit.) Es ist jedenfalls nicht zu bezweifeln, daß der Antrag Hauswaldt sich innerhalb der den Stadtverordneten gezogenen Grenzen — § 51 der Städteordnung — hält, weshalb ich den Standpunkt des Herrn Nolte nicht für richtig halten kann.

Herr Hauswaldt: Wenn Herr Nolte recht hätte, würde ich den Antrag sofort zurückziehen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß die Versammlung sehr häufig der Finanzkommission aufgegeben hat, über wichtige Dinge, z. B. über Millionenanleihen, zu beschließen. Wenn sich aber bei dem einen oder anderen der Herren Bedenken gegen den Antrag erheben, so stimmen Sie doch dagegen.

Vorsitzender: Wir stimmen jetzt über den Antrag Hauswaldt ab. Wer ist für diesen Antrag? — Er ist abgelehnt worden. —

Ich bin jetzt am Ende meiner Kräfte angekommen und kann die Debatte nicht mehr verfolgen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, auf morgen wieder eine Versammlung einzuberufen (Widerspruch), weil ich in den nächsten Wochen am Erscheinen behindert bin und der zweite Vorsitzende, Herr Hauswaldt, so sehr an der Debatte beteiligt ist, daß er den Vorsitz nicht gut wird führen können. Da sich gegen die Abhaltung einer Versammlung am morgenden Tage lebhafter Widerspruch erhebt, so werde ich auf nächsten Donnerstag eine Versammlung einberufen und versuchen, derselben beizuwohnen. (Zustimmung.)

Herr Brückmann: Ich bitte, noch darüber abstimmen zu lassen, ob die Versammlung im Prinzipie damit einverstanden ist, von dem ihr zustehenden Rechte der Besteuerung der Warenhäuser zc. Gebrauch zu machen.

Vorsitzender: Damit kommen wir nicht weiter. Wir müssen die Beratung hier heute abbrechen, weil der Magistrat das größte Gewicht darauf legt, noch einige kleinere Vorlagen erledigt zu sehen.

II. Feststellung von besonderen Wegegeldbeiträgen.

Der Magistrat überreicht zwei Verzeichnisse derjenigen hiesigen gewerblichen Unternehmungen, welche für das Rechnungsjahr 1904/05 mit außerordentlichen

Beiträgen zu den Kosten der Unterhaltung der außerstädtischen Straßen und der Interessentenwege heranzuziehen sind. Neu ist darunter ein Beitrag des Milchgeschäftes von Heinrich Hilleke mit 10 M.

Dem Antrage des Magistrates auf Festsetzung dieser Beiträge in der angegebenen Höhe,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für welche Herr Brückmann berichtet, zu.

III. Erwerb von Flächen zur Salzdhumerstraße.

Das dem Restaurateur Bode gehörige Grundstück, Salzdhumerstraße № 106, springt in einer Breite von 20 m etwa 4 m über die westliche Fluchtlinie der Straße in dieselbe vor. Diese 80 qm große Fläche ist nach dem Ortsbauplane der Salzdhumerstraße zuzulegen und würde ihr auch bereits zugelegt sein, wenn sie nicht zu 61 qm mit einem Wohnhause bebaut wäre. Der Magistrat ist indessen mit dem Eigentümer wegen Erwerbes der beiden unbebauten Flächen von zusammen 19 qm in Verhandlung getreten und hat solche zu dem dort üblichen Einheitspreise von 20 M gekauft. Dem Ersuchen, diesem Kaufe zuzustimmen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Rathe den Ankauf namens der Baukommission befürwortet hatte.

IV. Verkauf einer Fläche am Gutfiltern.

Nach der von der Versammlung am 19. Mai d. Js. — Seite 71 des Berichtes — genehmigten Abänderung des Ortsbauplanes vor dem dem Zigarrenfabrikanten Rathy gehörigen Grundstücke, Gutfiltern № 7, sind von diesem Grundstücke an die Stadt 2,5 qm zur Straße abzutreten, während demselben 0,1 qm zuzulegen sind. Zu dem Erwerbe der 2,5 qm ist der Magistrat bereits ermächtigt, nicht ermächtigt ist er aber bislang zur Veräußerung der abzutretenden Fläche von 0,1 qm. Der Magistrat ersucht, diesen Verkauf zum Preise von 25 M zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Kieke den Antrag namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

V. Vorgärten für die Wolfenbüttler- und Campestraße.

Vom Magistrate wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die Wolfenbüttlerstraße auf der Strecke Augusttorbrücke bis Campestraße, bezw.

Hennebergstraße Vorgärten in einer Breite von 3 m und für die Campestraße auf ihrer Nordseite solche in einer Breite von 2 m angeordnet werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird dem Antrage zugestimmt,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4¹/₄ bis 9 Uhr.

1904/1905.

Nr. 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. Juni 1904.

Tagesordnung:

I. Herstellung von Gaszuleitungen	Seite 202
II. Verlegung eines Gashauptrohres in der Heleneustraße	" 211
III. Einfriedigung des städtischen Bauplatzes am Augustplatz	" 211
IV. Gesuch um Uebernahme von Kosten der Maschstraße	" 215
V. Erwerb von Flächen bei der Bodestraße	" 215
VI. Erwerb von Flächen zur verlängerten Heinrichstraße	" 215
VII. Vermietung eines Schulkellers	" 216
VIII. Verbreiterung der Hennebergstraße	" 217
IX. Kanalisierung des Maschplatzes	" 217
X. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 218
XI. Kostenfestsetzung für die Johannis- und die Paulikirche	" 218
XII. Asphaltierung eines Teiles des Kuhfäutchenplatzes	" 219
XIII. Ausbau der Auguststraße und des Regidienmarktes	" 219
XIV. Aenderungen in der Umgebung der neuen Garnisonkirche	" 220
XV. Antrag Böschigk: Planierung des Bauplatzes am Augustplatz	" 221
XVI. Heranziehung der Warenhäuser etc. zu einer Umsatzsteuer (Schluß)	" 222
XVII. Heranziehung der Wanderlagerbetriebe zu einer Umsatzsteuer	" 226
XVIII. Anfrage Rieke: Neupflasterung der Leonhardstraße	" 227
XIX. Anfrage Nolte: Pflasterung der Bammelsburgerstraße	" 227

Am Magistratsstische die Herren Stadträte Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange, sowie Herr Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Blasius, Göcke, Lupprian, Ribbentrop, Weichsel und Wesemeier.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Herr Stadtrat Meyer: Ich habe namens des Magistrates zur Geschäftsordnung den Antrag zu stellen, die Beratung der Vorlagen, betreffend die Heranziehung der Warenhäuser etc., sowie der Wanderlagerbetriebe zu einer Umsatzsteuer an den Schluß der heutigen Tagesordnung zu stellen. Es wird dieser Antrag kaum einer näheren Begründung bedürfen. Wir haben gesehen, daß die Behandlung der ersterwähnten Vorlage eine recht weitreichende geworden ist, und wir fürchten, daß die Interessen der Stadt geschädigt werden können, wenn die übrigen Vorlagen heute nicht zur Beratung kommen.

Vorsitzender: Dem Antrage steht nichts im Wege, so daß ich danach verfahren werde.

I. Herstellung von Gaszuleitungen.

Nach den Verwaltungsberichten der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke hat seit einigen Jahren ein Sinken des Leuchtgasverbrauches seitens der Privaten stattgefunden. Während bis zum Rechnungsjahre 1899/1900 noch eine stete Steigerung des Verbrauchs zu verzeichnen war, hat von 1900/01 ab stets eine Abnahme festgestellt werden müssen und zwar 1900/01 gegen das Vorjahr um 1,62 %, 1901/02 um 1,87 % und 1902/03 um 3,05 %. Da ein weiteres Sinken des Verbrauchs nicht ausgeschlossen ist, wird man bemüht sein müssen, einen Zuwachs an Konsumenten zu gewinnen. Der Magistrat glaubt, im Einvernehmen mit der Deputation, als ein solches Mittel einen billigeren und einfacheren Anschluß an die Gasleitung bezeichnen zu dürfen.

Nach dem Regulativ für die Abgabe von Gas hat der Abnehmer die Kosten des Anschlusses zu tragen, und es wird vorgeschlagen, daß die Kosten der Anschlußleitung von dem Hauptrohre bis an die betr. Grundstücksgrenze seitens des Gaswerkes getragen werden. Bisher war es üblich, in Häusern mit mehreren Geschossen für jedes derselben vom Keller aus, woselbst die Gasmesser aufgestellt wurden, eine Steigleitung hinaufzuführen, wodurch erhebliche Kosten verursacht wurden. Eine Herabminderung würde stattfinden, wenn für sämtliche Geschosse nur eine Steigleitung eingebaut und in jedem Geschosse ein Gasmesser aufgestellt wird. Nach § 3 des Regulativs für die Abgabe von Gas sind die betr. Arbeiten bis 1 m hinter dem aufzustellenden Gasmesser durch das Gaswerk zu bewirken.

Die Einführung der vorbezeichneten Maßregel würde die Folge haben, daß auch die Steigleitung und im Anschluß daran die Arbeiten bis 1 m hinter dem aufzustellenden Gasmesser durch das Gaswerk bewirkt werden müßten. Die sonstigen Einrichtungen innerhalb der Wohnungen bleiben den Privat-Installateuren überlassen.

Der Magistrat gibt anheim, zu genehmigen, daß bei Anschluß eines Grundstücks an die städtische Gasleitung die Kosten von dem Gashauptrohre bis an die Grundstücksgrenze von dem Gaswerke getragen und die Bestimmungen des Regulativs entsprechend geändert werden.

Herr Födel: Die Finanzkommission hat der Vorlage zugestimmt und gibt anheim, auch Ihrerseits der neuen Regelung dieser Angelegenheit die Zustimmung zu erteilen. Man ist hier dem Vorgange anderer Städte gefolgt, die diesen Weg mit Erfolg beschritten haben.

Herr Hauswaldt: Ich habe in der Kommission allerdings für die Vorlage gestimmt, aber seitdem meine Meinung geändert, und will dieses kurz begründen. Für den ersten Teil der Vorlage will ich eintreten, daß nämlich die Stadt den Hausbesitzern die Gasleitung frei bis an die Grundstücksgrenze legt, aber ich bin nicht bereit, dafür zu stimmen, daß die Stadt die Gasleitung bis oben unter's Dach durch ihre Bediensteten will legen lassen. Durch einen solchen Beschluß würde die Einschränkung der städtischen Konkurrenzarbeit gegenüber den gewerbetreibenden Geschäften, welche sich mit diesen Arbeiten befassen, erheblich erschwert werden. Nicht allein, daß den Gewerbetreibenden die Arbeit weggenommen würde, sondern es besteht bei diesen auch die Furcht, daß der Hausbesitzer, wenn er erst einmal die städtischen Arbeiter in seinem ganzen Hause beschäftigt hat, auch die übrigen Arbeiten von ihnen ausführen läßt. Nun wird immer auf Magdeburg exemplifiziert. Dort liegt die Sache aber folgendermaßen: Die Stadt legt zur Hebung des Gaskonsums die Röhren auf ihre Kosten auch in die Häuser, jedoch läßt sie bei dem Mangel eines eigenen Installationsbureaus die Arbeiten durch gewerbetreibende Meister ausführen. Dazu würde ich meine Zustimmung auch geben, nicht aber auch dazu, daß das hiesige städtische Installationsbureau seine Tätigkeit immer noch weiter ausdehnt. Ich möchte deshalb bitten, den zweiten Teil der Vorlage noch einmal an die Kommission oder an den Magistrat zurückzuverweisen, um mit dem Vorstande der hiesigen Klempnerinnung Rücksprache darüber zu nehmen, was zu geschehen hat, damit wir diese nicht noch mehr als bisher schädigen. Es ist das nichts mehr, als eine billige Rücksichtnahme auf unsere Mitbürger. Mein erster Gedanke war, es möchte den städtischen Installateuren jede weitere, als die hier vorgesehene Arbeit einfach verboten werden, aber ich habe mir sagen lassen, daß das mit vielen Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten verbunden sein

würde. Wir kommen deshalb weiter damit, wenn wir die Vorlage noch einmal zurückverweisen.

Herr Böschigt: Ich möchte diese Ausführungen voll und ganz unterschreiben. Von großem Vorteile würde es aber auch für die Hausbesitzer und die Installateure sein, wenn durch Statut angeordnet werden könnte, daß die Leitung durch alle Etagen des betreffenden Hauses gelegt werden müßte, weil sonst immer wieder ein neues Rohr zu legen wäre, wenn noch eine andere Etage Gasleitung haben sollte.

Herr Sander: Ich kann mich mit der Vorlage ebenfalls nicht befreunden und bin dafür, daß den Eigentümern die Gasleitung frei ins Haus, aber nur bis in den Keller gelegt wird. Das Legen der Leitung im Hause selbst müßte den Installateuren, oder wenigstens der freien Konkurrenz überlassen bleiben. Auch die Führung nur eines Steigrohrs durch das Haus halte ich für unpraktisch. Es kann der Fall eintreten, daß an dem Rohre abends etwas undicht wird und es muß die Leitung für das ganze Haus abgestellt werden, was zu großen Unannehmlichkeiten führen kann. Wenn z. B. die Undichtigkeit unten liegt und es ist in der ersten Etage große Gesellschaft, so kann man sich denken, welche Widerwärtigkeiten durch das plötzliche Abstellen der Gasleitung entstehen können. Die Unkosten, welche durch das Legen mehrerer Steigrohre für den Hausbesitzer entstehen, sind verschwindend gering gegenüber den vielerlei Unannehmlichkeiten, welche ihm aus dem hier vorgeschlagenen Verfahren erwachsen. Außerdem ist es auch wegen des beschränkten Raumes durchaus nicht angenehm, im Korridore die Gasuhr stehen zu haben, selbst wenn sie unter der Decke angebracht wird; eine Zierde des Korridors ist solche Uhr jedenfalls nicht. Wenn angenommen wird, der Gaskonsum werde durch diese Maßnahmen erheblich gehoben und die Privat-Installateure würden hierdurch mehr Arbeit bekommen, so bezweifle ich das entschieden. Wenn die städtischen Arbeiter erst im Hause sind und die Gasleitungen bis in die oberste Etage hinaufgeführt haben, so wird jeder vernünftige Hausbesitzer auch die übrige Arbeit von diesen Leuten machen lassen, zumal er sich genieren wird, wegen der Legung der kleinen Rohre noch zu einem Privat-Installateur zu gehen.

Herr Esdorn: Es ist schon vielfach von den Installateuren über die Konkurrenz des städtischen Privateinrichtungsgeschäftes und zwar mit Recht geklagt worden, weshalb ich den Antrag des Herrn Hauswaldt nur unterstützen kann. Wir sollten an die Genehmigung der Vorlage die Bedingung knüpfen, daß bei diesem Geschäfte nicht noch mehr Arbeiter eingestellt werden als bisher, dann könnte auch nicht mehr Arbeit geleistet werden.

Herr Schöttler: Das wesentliche der Vorlage liegt darin, daß wir ermöglichen wollen, jeder Etage einen eigenen Gasmesser zu geben, ohne daß es nötig ist, die ganze Anlage im Keller anzubringen. Hierdurch wird die

Anlage verteuert und auch unbequem, wogegen man, wenn der Gasmesser sich in der Etage befindet, seinen Gasverbrauch selbst ablesen kann. Außerdem bin ich auch der Ansicht, daß man leichter geneigt sein wird, Gas zu beziehen, wenn man die Gasuhr im Korridore hat, als wenn sie im Keller steht. Wenn wir aber diesem Gedanken zustimmen, so können wir nicht anders, als sagen, daß die Steigleitung nur von der Stadt gemacht werden darf, weil wir bis zum Gasmesser unsere eigenen Rohre haben müssen. Ueber die Konkurrenz, welche den Installateuren bereitet wird, kann man allerdings zweierlei Meinung sein. Meiner Ansicht nach werden sie dadurch eher mehr, als weniger Arbeit bekommen. Wenn hier gesagt worden ist, jeder vernünftige Hausbesitzer würde in Zukunft die städtischen Arbeiter behalten, sofern sie die Leitung bis unter das Dach gelegt haben, so kann man das auch schon heute sagen. Man muß doch aber bedenken, daß bei Neubauten das Steigrohr angebracht wird, wenn das Haus im Rohbau vollendet ist, während die innere Einrichtung der Anlage erst später vorgenommen wird, so daß die städtischen Arbeiter dann gar nicht mehr im Hause sind. Es geschieht also weiter nichts, als daß die Arbeit der Steigrohrverlegung den Installateuren entzogen wird, wogegen man die Hoffnung hegen darf, daß sie auch wieder mehr Arbeit erhalten und dadurch ein Ausgleich stattfindet.

Herr Födel: Ich möchte nur noch darauf aufmerksam machen, daß ja auch jetzt alle Arbeiten bis zur Gasuhr von den städtischen Bediensteten ausgeführt werden. Im übrigen ist auf die verschiedenen Wünsche und Beschlüsse der Versammlung seitens der Deputation im vollsten Maße Rücksicht genommen worden, da fast in jeder Sitzung darauf hingewiesen wird, wie dringend erwünscht es sei, den Installateuren keine Konkurrenz zu machen, und die jetzigen Installationsbeamten nur da zu verwenden, wo es von Privaten gewünscht wird. Daraus können den Installateuren also nicht sehr viele Nachteile erwachsen. An den paar Steigrohren kann ihnen auch nichts gelegen sein, sondern hauptsächlich an den Beleuchtungskörpern, wobei die städtische Konkurrenz aber gar nicht in Frage kommt. Durch eine Zurückweisung der Vorlage würden wir nichts erreichen, weshalb ich einen solchen Beschluß für überflüssig halten muß. Wenn Bedenken gegen den zweiten Teil der Vorlage wirklich vorliegen sollten, so bitte ich, diesen Teil behufs nochmaliger Erörterung in der Deputation abzulehnen.

Herr Stadtrat Meyer: Die Vorlage ist ausgegangen von dem Wunsche der Deputation, den Gaskonsum zu erhöhen und man glaubte, dies zu erreichen, wenn man stadtseitig das Gasrohr nicht nur bis an das Kellergeschoß, sondern auch bis in die oberen Etagen, soweit dort Gas konsumiert werden soll, führte. Daneben wird es als eine berechnete Forderung angesehen, daß man den Installateuren nicht unnötig Konkurrenz macht. Von der Deputation ist indessen auch nur als

Norm angenommen, stadtseitig das Gasrohr bis zur Uhr zu leiten, und hiervon kann auch nicht abgewichen werden. Die durch die Legung des Steigrohrs entstehende Konkurrenz schlage ich nicht hoch an, zumal niemand gezwungen sein würde, eine weitere Zweigleitung in der Wohnung selbst durch die städtischen Arbeiter legen zu lassen. Es ist das jetzt schon bekannt und wenn es hier noch öffentlich ausgesprochen wird, so sehe ich nicht ein, wie durch unsere Vorlage eine verstärkte Konkurrenz hervorgerufen werden soll. Wenn die stadtseitige Legung des Steigrohrs abgelehnt werden sollte, so hat es keinen Zweck, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, weil der Magistrat dann nicht darauf eingehen wird, das Rohr bis in das Kellergeschoß zu legen. Wir glaubten, die Mehrausgabe nur deshalb übernehmen zu können, weil wir dadurch einen stärkeren Gaskonsum erhofften. Wenn die Versammlung die Stadt nur verpflichten will, die Leitung bis in das Kellergeschoß zu legen, so steht der zu erwartenden Mehreinnahme kaum ein Äquivalent gegenüber. Halten Sie aber die Bedenken des Herrn Hauswaldt für so schwerwiegend, daß Sie meinen, den zweiten Teil der Vorlage ablehnen zu müssen, so lehnen sie nur die ganze Vorlage ab.

Herr Jasper: Ich bitte um Annahme der Vorlage und zwar wesentlich aus den eben angeführten Gründen. Die Vorlage will den Konsumenten eine Erleichterung und eine Verbilligung bei dem Bezuge des Gases verschaffen. Herr Hauswaldt sieht in dem etwaigen Anwachsen des Gaskonsums vielleicht eine Gefahr insofern aufsteigen, als wir dann über kurz oder lang ein neues Gaswerk haben müssen, aber das kann uns nicht hindern, für die Vorlage einzutreten, wenn die Interessen der Allgemeinheit die Neuerung für wünschenswert und nötig halten. Ganz und gar kann ich aber nicht zustimmen, daß man die Klempnerinnung ausschlaggebend darüber hören soll, ob die Vorlage ihren Wünschen entspricht oder nicht. In erster Linie haben wir hier die Interessen der Stadt zu wahren und die liegen darin, daß sie ein Interesse daran hat, eine Kontrolle über die Anlage des Gasrohrs mindestens bis zur Gasuhr auszuüben, damit sie gesichert ist, eine solide ausgeführte Arbeit zu erhalten und sie nicht Gefahr läuft, durch unsolide ausgeführte Arbeit hinterher gezwungen zu sein, höhere Summen für Reparaturen zc. aufwenden zu müssen. Herr Esdorn scheint auch umgefallen zu sein, indem zwei Seelen in seiner Brust wohnen: in der Kommission war er menschenfreundlich und wollte den Konsumenten entgegenkommen, jetzt scheint er aber bedenklich geworden zu sein und zu fürchten, daß das Kleingewerbe geschädigt werden könnte. Solche Interessen dürfen aber nicht bei allen Vorlagen maßgebend sein, sondern in erster Linie muß immer das Interesse der Stadt und der Allgemeinheit in Frage kommen. Der Grund, daß das eine Steigrohr mehr gefährdet ist, als wenn mehrere Rohre vorhanden sind, indem es einmal während einer Gesellschaft, die Herr Sander besonders zu lieben scheint, defekt werden könnte, scheint mir auch

nicht stichhaltig zu sein, weil ja das Steigrohr jeder einzelnen Etage defekt werden kann.

Herr Sander: Die Hauptschwierigkeiten bei der Anlegung von Gas bestanden in der Zuleitung von der Straße bis ins Haus, welche so hohe Kosten erforderte, daß sich jeder scheut hat, sie aufzuwenden. Wenn daher die Stadt die Leitung bis ins Haus hinein frei legen wollte, so würde der Konsum beinahe ebenso gehoben werden, als wenn noch ein Steigrohr ins Haus gelegt wird. Mit Herrn Jasper stimme ich darin überein, daß die städtischen Interessen immer im Vordergrunde stehen müssen; die Stadt hat aber auch ein Interesse daran, die Bürger steuerkräftig zu erhalten und das geschieht nicht, wenn den Leuten solche Konkurrenz geschaffen wird. Wenn er weiter meint, daß die Gefahr der Abstellung der Gasleitung ebenso stark sei, wenn man zwei oder drei Rohre oder nur eins habe, so ist er ziemlich unbefangen in dieser Sache. Wenn nur ein Rohr vorhanden ist, muß doch bei einem Defekt das ganze Haus abgestellt werden, sonst aber nur eine Etage.

Herr Löschigt: Ich bin auch der Ansicht, daß der erste Teil der Vorlage ebenso wichtig ist, wie der zweite. Wenn ein Haus gebaut wird und soll Gasleitung haben, so muß jedesmal auf Kosten der Stadt die Straße aufgerissen werden, was doch schon großes Entgegenkommen zeigt, und nun soll die Gasleitung noch bis in das Haus frei gelegt werden. Ich bitte wiederholt, den ersten Teil der Vorlage anzunehmen, den zweiten aber abzulehnen.

Herr Hauswaldt: Herr Jasper hat eine seltsame Art zu debattieren, indem er gegen Äußerungen seiner Gegner spricht, die diese gar nicht getan haben. Das ist mir schon öfter aufgefallen, weshalb ich das Verfahren besonders kennzeichnen möchte. Ich habe z. B. von der Notwendigkeit einer neuen Gasanstalt hier absolut nichts gesagt; es handelt sich dabei um Klänge aus der Kommissionsfigung, die Herr Jaspar stets liebt, in das Plenum hinüberzuziehen, obwohl das hier bisher nicht Sitte gewesen ist, sondern als eine vertrauliche, interne Angelegenheit behandelt wurde.

Ich möchte den zweiten Teil der Vorlage nicht abgelehnt, sondern nur abgeändert sehen. In Magdeburg wird in jeder Etage ein Gasmesser aufgestellt, welchen die Stadt verleiht; da dort aber ein städtisches Installationsbureau nicht vorhanden ist, so machen Meister aus der Stadt die Anlage, welche die städtischen Beamten dann zu kontrollieren und abzunehmen haben. Warum sollte das hier nicht möglich sein? Wir könnten die Steigrohre von Privatmeistern im Auftrage der Stadt herstellen lassen und bedingen uns nur aus, daß sie ordnungsmäßig angelegt werden.

Vorsitzender: Derartige Kontrollbestimmungen sind in dem süß schlummernden Ortsbaustatut enthalten. (Heiterkeit.)

Herr Schmidt: Ich bin mir nicht ganz klar darüber, ob ich als Techniker von dieser Sache weniger verstehe und weshalb soviel von den Steigrohren die Rede ist. Die Stadt möge doch das Leitungrohr bis in das Haus legen und dem Besitzer überlassen, ob er mit einem oder mit vier Steigrohren in die Höhe gehen will. Sie vergessen auch, daß an den stadtseitig ausgeführten Installationen die Stadt ein wesentliches finanzielles Interesse besitzt, da sie ein Einkommen von 40 000 M daraus gehabt hat. Da auch die Gaspreise heruntergesetzt sind, so bleibt doch nichts anders übrig, wenn auch noch diese Einnahme herabgedrückt wird, als mit einer Steuererhöhung vorzugehen. Wenn bei mir der Mann mit der roten Mütze erscheint, so schließe ich ihm alles auf, selbst meine geheimsten Gemächer, kommt aber ein Privatmann, so trage ich schon Bedenken, weil der Installateur selbst nicht wissen kann, ob der Mann, den er vielleicht erst kurze Zeit beschäftigt, zuverlässig ist. Ich möchte deshalb nicht so weit gehen und sagen, daß die Stadt keine Installationen machen soll. Wir müssen ein bestimmtes Personal bei der Stadt behalten, um die Arbeiten technisch gut ausführen zu lassen und müssen schon darum die Installationsarbeiten beibehalten. Ich bitte, dem ersten Punkte der Vorlage zuzustimmen und den zweiten Punkt dahin abzuändern, daß es jedem Hauseigentümer überlassen bleibt, so viel Steigrohre anzulegen, wie er will.

Herr Meyerhoff: Es ist richtig, daß wir die Arbeiter doch haben müssen, ob wir diese Arbeiten machen oder nicht, aber der Verdienst wird sich auch nicht wesentlich verringern, wenn wir dem Antrage Hauswaldt gemäß den Installateuren einen Teil der Arbeit überlassen, weil wir durch vermehrte Gasanlage wieder mehr Arbeit erhalten werden. Gerade das Anbohren des Hauptrohres, das Ausgraben und Aufreißen des Pflasters verursacht die Hauptkosten der Anlage. Wenn ein Haus 15 m hoch ist und es müssen 15 m Rohr hinaufgelegt werden, so ist das nicht schlimm im Vergleich zu den Kosten der Zuleitung. Wenn die Herren sich entschließen könnten, den ersten Teil der Vorlage anzunehmen und den zweiten Teil abzulehnen, so würde damit allen Interessen Rechnung getragen werden. Warnen möchte ich aber, die ganze Vorlage abzulehnen, damit die vielen Bemühungen der Deputation, den Gaskonsum zu steigern, nicht vergeblich gewesen sind.

Herr Stadtrat Haake: Wenn Herr Schmidt meint, die Stadt möchte das Rohr bis zum Gasmesser legen, so ist das ja auch die Absicht, nur will die Stadt die Kosten nur bis an die Grundstücksgrenze übernehmen, weil manche Grundstücke Vorgärten bis zu 20 m Länge haben, durch welche die Rohre nicht auf Kosten der Stadt gelegt werden können. Was die Installationsarbeiten betrifft, so steht Herr von Feilisch auf dem Standpunkte, daß die in der Magistratsvorlage erwähnten Arbeiten von der Direktion der Licht- und Wasserwerke ausgeführt werden müssen,

weil es schon der Kontrolle wegen nicht gestattet werden könnte, die Arbeiten von Privatleuten ausführen zu lassen.

Herr Jasper: Ich habe nicht behauptet, wie Herr Hauswaldt mir zu unterstellen beliebt, daß er hier gesagt habe, es werde durch eine Vermehrung des Gaskonsums eine Erweiterung des Gaswerkes nötig sein und dadurch Schaden für die Stadt erwachsen. Die Methode, welche er bei mir zu rügen geruht, wendet er also selbst an. Er hat aber selbst zugegeben, daß er das, was ich von ihm als seine Meinung behauptet habe, in der Kommission vertreten hat, und es ist unter Männern doch wohl Sitte, daß man für die Worte, welche man an einer Stelle geäußert hat, auch an anderer Stelle einsteht. Ich werde mir das Recht nicht nehmen lassen, solche Äußerungen zu verwerten, wo es mir paßt. Wenn Herr Hauswaldt auch in dieser Beziehung anderer Meinung geworden sein sollte, so wäre mir das an sich gleichgültig, jedenfalls berührt mich eine Kritik des Herrn sehr wenig. Zu dem sachlichen Antrage des Herrn Hauswaldt bemerke ich, daß es mir sehr sonderbar erscheinen würde, wenn wir hier die Klempnerinnung befragen sollten. Daraus könnte ich nur die Folgerung entnehmen, daß, wenn bei einer Magistratsvorlage einmal Arbeiterfragen in Betracht kämen, z. B. bei dem Ortsbaustatut, auch die Arbeiterorganisationen mit ihren Wünschen gehört würden und zwar maßgebend, wie es Herr Hauswaldt hier ebenfalls bezüglich der Klempnerinnung wünscht.

Die Äußerungen des Herrn Schmidt scheinen mir mehr für als gegen die Vorlage zu sprechen, daß also auch die Steigrohre von der Stadt ausgeführt werden, denn nur dann hat er eine Gewähr dafür, daß die Arbeit solide, und von Leuten ausgeführt wird, denen er trauen kann.

Herr Ahmann: Die Vorlage weist eine Besserung gegen den jetzigen Zustand auf, nach welchem eine Gasuhr im Keller aufgestellt werden muß, um den gesamten Gasverbrauch im Hause festzustellen, während für die verschiedenen Abzweigungen im Hause besondere Uhren aufgestellt werden und der Hauswirt es sich gefallen lassen muß, daß das auf den Uhren der Inquilinen ermittelte Quantum von dem Gesamtverbrauch des Hauses abgerechnet wird. Der Magistrat ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, diese Kleinigkeitskrämerei aufzuheben. Eigentlich müßte nach der jetzigen Theorie der Wirt für den ganzen Gaspreis haftbar sein, aber der läßt sich mit Recht nicht darauf ein. Es liegt also ein großer Vorteil darin, wenn jeder Konsument seine Gasuhr bekommt.

Nach der Ansicht des Herrn Hauswaldt soll die Abnahme der Leitungen zc. wie bei den elektrischen Anlagen, durch städtische Beamte, selbstverständlich gegen entsprechende Gebühr, erfolgen; aber dann geht wieder das Geschrei der Hausbesitzer los, daß sie eine Gebühr bezahlen sollen, ohne daß eine besondere Arbeit dafür geleistet worden ist. Wir hoffen, daß sich der Gaskonsum durch die hier beab-

sichtigsten Maßnahmen hebt; geschieht das aber, dann hebt sich auch die Arbeit der Installateure. Das wäre ja aber grade Wasser auf die Mühlen der Mittelstandserretter, denn hierdurch würde doch der kleine Handwerker Arbeit bekommen. Wenn die Grundstückseigentümer der Stadt die weitere Arbeit ebenfalls übertragen wollen, so ist das ihr gutes Recht. Es ist auch mit Unrecht darauf hingewiesen worden, daß die Stadt hieraus eine besondere Einnahme zieht, nur kann ich Herrn Schmidt nicht beipflichten, wenn er dafür eintritt, daß wieder eine Gasuhr in den Keller kommen soll. Ich möchte wünschen, daß jede Etage ihre Uhr bekommt und die Stadt mit jedem Gasconsumenten direkt abrechnet.

Herr Esdorn: Ich wollte mich Herrn Jasper gegenüber verwahren, daß ich umgefallen sei und daß er mir etwas vorwirft, was ich gar nicht gesagt habe. Er mag darin recht haben: ich besitze ein großes Interesse für das Kleingewerbe und nicht nur für den Arbeiter, dadurch unterscheide ich mich von ihm.

Vorsitzender: Es wäre mir angenehm, wenn die persönlichen Spitzen aufhörten, wir sind doch nicht bei den Warenhäusern! (Heiterkeit.)

Herr Födel: Der § 3 unseres Regulativs lautet im Eingange:

„Der Gasmesser wird ab Seiten der Lichtwerke gegen Miete für die Dauer der Gasentnahme geliefert. Die Aufstellung des Messers, die Verbindung desselben mit den beiderseitigen Gasröhren und zwar bis auf eine Entfernung von 1 m hinter dem Gasmesser wird ausschließlich durch die Lichtwerke für Rechnung des Abnehmers bewirkt.“

Wenn diese Bestimmung aufrecht erhalten werden soll, so würde der zweite Teil der Magistratsvorlage hinfällig werden. Sollte aber die Versammlung Bedenken tragen, das Regulativ zu ändern, so würde es genügen, den ersten Teil der Vorlage anzunehmen. In diesem Falle kann das Licht- und Wasserwerk tun und lassen was es will. Im übrigen braucht über den zweiten Teil der Vorlage gar nicht abgestimmt zu werden, da ihn der Magistrat nur zur Kenntnissnahme mitgeteilt hat.

Herr Meyerhoff: Dadurch, daß die Leitung bis zum Keller gelegt wird, wird, wie ich Herrn Ahmann erwidern möchte, niemand behindert, für jede Etage ein Steigrohr zu legen, oder aber ein einziges Steigrohr fürs ganze Haus. Die Uhr soll schon jetzt 1 m vor- und rückwärts unbedingt vom Gaswerk gelegt werden. Schon hieraus geht hervor, daß die Privatindustrie gegen den jetzigen Zustand nicht geschädigt werden soll. Ich bitte, die Vorlage in folgender Form anzunehmen: das Gaswerk legt die Rohre bis in den Keller, bezw. das Souterrain des Hauses und legt die Steigleitung nur auf Verlangen des Hausbesizers.

Herr Födel: Dieser Antrag würde der Magistratsvorlage entgegenstehen, nach welcher das Gasrohr in Verbindung mit dem Hauptrohr auf Kosten der Stadt nur bis an die Grundstücksgrenze gelegt werden soll. Das ist aber

notwendig, weil bei der Verschiedenheit der Vorgärten der eine Hausbesitzer größere Vorteile hätte, als der andere.

Herr Meyerhoff: Für mich ist die Hauptsache, das Rohr frei bis ins Haus hinein zu verlegen. Es ist mir darauf erwidert worden, daß dieses sehr schwierig durchzuführen sein würde, weil ein Haus 50 m zurückliegen könnte. Das kann allerdings einmal vorkommen, aber im allgemeinen handelt es sich doch nur um 3—4 m Rohr. Wenn wir meinen Antrag annehmen, zeigen wir den Konsumenten Entgegenkommen und beschränken die Privatindustrie gar nicht.

Herr Stadtrat Haake: Ich muß mich gegen den Antrag des Herrn Meyerhoff aussprechen, daß die Rohrlegung auf Kosten der Stadt bis an die Gasuhr geschehen soll; der Magistrat würde darauf nicht eingehen können.

Vorsitzender: Wer ist für den Antrag Meyerhoff? — Der Antrag ist abgelehnt worden. — Wer will den Antrag Hauswaldt annehmen? — Auch dieser Antrag wird abgelehnt. — Wer stimmt für die Magistratsvorlage einschl. der Aenderung des Regulativs? — Ich konstatiere die Annahme der Vorlage.

II. Verlegung eines Gashauptrohres in der Helenenstraße.

Der Eigentümer des Grundstücks Helenenstraße 6 (frühere Boller'sche Tapetenfabrik) hat gebeten, dem Grundstück Gas zuzuführen und angegeben, daß ein Verbrauch von zirka 3600 cbm Gas für Leuchtzwecke und zirka 1700 cbm für Heizzwecke stattfinden würde. Gleichzeitig hat sich der Eigentümer, Herr Helmold, verpflichtet, für die nächsten fünf Jahre jährlich 3600 cbm Gas für Leuchtzwecke zu entnehmen, oder den tarismäßigen Betrag dafür zu bezahlen. Der Magistrat gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen und die entstehenden Kosten für ein 260 m langes und 100 mm weites Eisenrohr mit 1450 M zu bewilligen, gleichzeitig auch sich damit einverstanden zu erklären, daß statt der dort vorhandenen 4 Petroleumlaternen 4 Gaslaternen mit 280 M Kosten aufgestellt werden.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, wird den Anträgen zugestimmt.

III. Einfriedigung des städtischen Bauplatzes am Augustplatz.

Der Architekt C. Eggeling hat für den städtischen Bauplatz am Augustplatz 105 000 M geboten. Da der Magistrat es für richtiger hält, den Platz zu städtischen Zwecken zu reservieren, so hat er dieses Angebot abgelehnt, gleichzeitig aber beantragt, den Platz angemessen einzuzäunen. Nach dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung ist die Einfriedigung als eine 2 m hohe Planke aus tannenen Pfählen und einseitig behobelten Brettern mit einer Eingangstür und einer Ein-

fahrt angenommen worden. Die Versammlung wird ersucht, der Einfriedigung des Platzes zuzustimmen und hierfür 700 M zu verwilligen.

Herr Frühling: Die Baukommission hat konstatiert, daß der Standpunkt, den fraglichen Bauplatz nicht zu verkaufen, sich in Uebereinstimmung mit den früher von der Versammlung gefaßten Beschlüssen befindet und dieser Punkt deshalb hier ausscheidet. Gegen die magistratsseitig beantragte Ausführung des Bauzaunes um den Platz haben sich indessen erhebliche Bedenken in der Kommission erhoben. Wir sind der Meinung, daß ein solcher Bauzaun nichts weniger als eine Verschönerung der Umgebung des Platzes bedeuten würde, sondern im Gegenteil eine sehr große Verunzierung, weil ein Bauzaun niemals schön ist, selbst wenn er mit Delfarbe gestrichen wird. Der offene Platz bietet dagegen einen angenehmen und hübschen Ausblick, auch dient er der umwohnenden Jugend als ein sehr erwünschter Spielplatz, den wir ihr nicht nehmen möchten. Eine besondere Befestigung des Platzes ist auch nicht mehr nötig, weil sie sich schon von selbst gebildet hat. Es haben sich allerdings die Nachbarn über das Spielen der Kinder und speziell darüber beschwert, daß letztere gelegentlich mit Steinen in den Danneschen Garten werfen, jedoch kann das kein Grund sein, deshalb den Platz einzuzäunen, weil das Werfen mit Steinen hierdurch nicht verhindert werden würde. Ferner ist hierbei zu erwägen, ob nicht eine Verpflichtung gegenüber der Polizei vorliegt, die Einzäunung vorzunehmen. Der Platz hat aber so lange ohne Einfriedigung gelegen, daß dieser Zustand auch noch weiter bestehen bleiben kann. Sollte man aber polizeilicherseits wirklich den Anspruch auf Einzäunung erheben, so kann dem mit dem Erwidern entgegengetreten werden, daß hiervon abgesehen werde, weil der Platz vorläufig als Kinderspielplatz liegen bleiben soll. Wir beantragen deshalb, die Bewilligung der 700 M abzulehnen.

Herr Stadtrat Meyer: Der letzte Grund des Herrn Referenten hat etwas Bestehendes, zumal bei den städtischen Behörden eine gewisse Vorliebe für die Schaffung von Kinderspielplätzen besteht. Andererseits wird mir aber jeder recht geben, daß der Platz in seinem jetzigen Zustande einen scheußlichen Eindruck macht. Eigentlich durften wir den Platz gar nicht uneingezäunt liegen lassen, aber die Hoffnung wurde von Monat zu Monat stärker, ihn als Bauplatz verwerten zu können. Diese Hoffnung ist nun aber zuschanden geworden, und wenn wir auch die Absicht haben, ihn möglichst bald als Bauplatz zu verwerten, so liegt doch ein Bauprojekt noch nicht vor und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß darüber noch längere Zeit vergehen kann. Durch das Polizei-Strafgesetzbuch ist die Einzäunung von Plätzen vorgeschrieben und wird deren Unterlassung unter Strafe gestellt. Die Stadt hält selbst nach Kräften darauf, daß die Privatgrundstücke eingefriedigt werden; es muß daher, was dem einen recht, dem andern billig sein. Als weggeworfenes Geld kann man die Aufwendung der 700 M für die geschmackvoll projektierte Planke

schon deshalb nicht betrachten, weil sie nach demnächstiger Bebauung des Platzes noch an anderer Stelle Verwendung finden und der Stadt noch lange Jahre Dienste verrichten kann. Ich möchte deshalb dennoch empfehlen, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Sodann muß ich noch der Äußerung des Herrn Referenten widersprechen, daß dort nur gelegentlich mit Steinen geworfen sein solle. Nein, es ist das wiederholt vorgekommen, denn der inzwischen verstorbene Besitzer des an der Nordwestecke des Siegesplatzes gelegenen Grundstücks hat sich wiederholt darüber beklagt, daß ihm die Fenster eingeworfen seien.

Herr Müller: Ich möchte diesen Ausführungen zustimmen. Unter den vorliegenden Verhältnissen muß recht bald an den Bau einer neuen sechsstufigen Realschule gedacht werden, für die dieser Platz als ideal zu bezeichnen ist. Da nun aber bei dem Neubau so wie so eine Planke gezogen werden muß, so könnte diese doch schon jetzt aufgestellt werden und dort bis zur Vollendung des Schulgebäudes stehen bleiben. Den Kindern kann auch trotz der Planke der Platz zum spielen überlassen bleiben. Ich möchte aber dringend warnen, den „großartig schönen“ Blick auf die Hintergebäude der Mönchstraße dort weiter bestehen zu lassen, denn etwas Häßlicheres kann man sich kaum denken. Indem ich bitte, die Magistratsvorlage anzunehmen, gebe ich anheim, die Kosten für den Anstrich der Planke zu streichen und nur 577,75 M dafür zu bewilligen, da nach einem Jahre der Neubau der Schule doch in Angriff genommen werden muß, die Kosten des Anstriches also gespart werden können.

Herr Bues: Ich bin in der Kommission auch für die Planke eingetreten, weil die Polizei eine Einfriedigung des Platzes verlangen kann und der Nachbar Danne ganz bedeutend unter dem jetzigen Zustande zu leiden hat. Wenn heute die Vorlage abgelehnt werden sollte, so wird sich Herr Danne um Schutz an die Polizei wenden. Ein öffentliches städtisches Interesse, den Platz nicht einzuzäunen, kann hier unmöglich vorliegen, da er auch eingezäunt als Spielplatz benutzt werden kann. Ich bitte daher, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Niese: Die anderen städtischen Spielplätze sind doch auch nicht eingezäunt, und solange der Platz nicht bebaut ist, ist er ebenfalls ein Spielplatz. Ich möchte im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner beantragen, einige Fuder Sand auf den Platz zu fahren, in dem sich die Kinder herumwälzen können. Wenn Herr Müller meint, man solle die schlechten Hinterhäuser der Mönchstraße durch die Planke verdecken, so möchte ich einmal fragen, wie hoch die Planke eigentlich werden soll, um dieses zu ermöglichen? Ein Verkleben der Planke mit Plakaten wird man doch wohl nicht beabsichtigen. Herr Stadtrat Meyer sagte, der Anlieger sei tot, welcher sich über das Werfen mit Steinen beklagt habe, nun, dann kann

ihm ja nichts mehr geschehen. Erinnern Sie sich doch auch Ihrer Jugend, Sie haben wohl auch einmal mit Steinen geworfen.

Herr Wolters: Ich kann nicht anerkennen, daß eine Verpflichtung vorliegt, den Platz einzuzäunen. Es handelt sich hier um eine Zwischenzeit bis zur Verwendung des Platzes als Bauplatz und wir haben in solchem Falle bei Privatgrundstücken auch von der Verpflichtung abgesehen, einen Platz einzufriedigen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich kann diesen Ausführungen nicht zustimmen. Einer städtischen Stelle steht die Entscheidung darüber, ob ein Platz eingefriedigt werden soll oder nicht, gar nicht zu, sondern nur der Herzoglichen Polizeidirektion, und das Stadtbauamt vermag nur insofern einen stärkeren Einfluß darauf auszuüben, als es beantragen kann, einen Bauplatz einzufriedigen. Ferner möchte ich noch einen Rechtsirrtum des Herrn Rieke aufklären, welcher die Spielplätze der Stadt hiermit in Vergleich zieht: die Spielplätze, wie z. B. der Amalienplatz, sind öffentliche Spielplätze, während es sich hier um einen im Privatbesitze der Stadt befindlichen Platz handelt.

Herr Meyerhoff: Ich möchte Herrn Müller entgegentreten, der meinte, man solle die Hintergebäude der Mönchstraße mit der Planke verdecken. Das ist doch ganz unmöglich. Auch bei der Theaterpromenade ist es nicht ausführbar gewesen, die Hintergebäude der Mauernstraße zu verdecken. Außerdem würde ich es auch für falsch halten, den Platz mit einer Planke zu umgeben und ihn dann trotzdem den Kindern zum Spielen freizugeben, weil die Kinder hinter der Planke viel mehr Dummheiten machen würden, als auf einem offenen Platz. Herrn Rieke stimme ich bei. Ein ähnlicher Antrag ist schon einmal von der Baukommission gestellt, von der Versammlung aber abgelehnt worden, weil ihr die Kosten zu hoch waren. Es handelte sich darum, den Platz zu begraben und man war sich nicht klar darüber, ob er begrandet oder besamt werden sollte. Die Kosten waren auf 800 M geschätzt worden, während man heute 700 M für eine Planke ausgeben will, die keinen Zweck hat. Wenn Herr Müller meint, die Planke könnte später wieder benutzt werden, so ist das richtig, aber das Abreißen und Wiederaufstellen kostet auch immer Geld. Wenn uns Herr Danne anzeigt, so wollen wir abwarten, ob uns die Polizei zu einer Einzäunung des Platzes veranlassen wird. Meiner Ansicht nach ist das Grundstück des Herrn Danne jetzt mehr geschützt, als wenn der Platz eingezäunt wäre, weil dann die Jungen direkt vor seinem Hause spielen werden. Nehmen Sie daher den Antrag der Kommission an.

Herr Löschigt: Ich würde es für besser halten, den Platz für die 700 M instand zu setzen, als ihn einzufriedigen, sofern sich der Magistrat entschließen könnte, ihn vorläufig als Spielplatz herzugeben. Sobald der Platz durch Anfahren einiger Fuder Sand in Ordnung gebracht sein wird und auch die dort liegenden Steine beseitigt sind, werden die Klagen der Anlieger über das Werfen mit

Steinen schon von selbst verstummen. Man gönne doch der Jugend, daß sie sich austobe.

Herr Rathe: Ich bin nicht so ängstlich wie der Magistrat, daß uns von der Polizei aufgegeben werden könnte, den Platz einzufriedigen. Wenn bei einem Bürger mal dies oder jenes nicht ganz den Vorschriften entspricht, so ist schon am zweiten oder dritten Tage ein Polizeibeamter da, aber dieser Platz liegt schon zehn Jahre uneingefriedigt da, ohne daß sich die Polizei darum bekümmert hätte.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Baukommission auf Verwerfung der Vorlage angenommen.

IV. **Gesuch um Uebernahme von Kosten der Maschstraße.**

Verschiedene Anlieger der Maschstraße bitten die Versammlung, die bei dem Ausbau der Maschstraße zwischen Celler- und Gartenstraße für Kleinpflaster in Anrechnung gebrachten Kosten für die Anlieger in der Weise zu ermäßigen, daß nur die Kosten für einfache Chaussierung der Fahrbahn berechnet werden, die Differenz aber der allgemeine Straßenbaufonds bezahle.

Da ein gleicher Antrag dem Magistrate vorliegt, dieser sich aber in der Sache noch nicht schlüssig gemacht hat, so wird die Eingabe auf Antrag der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, bis dahin zurückgestellt.

V. **Erwerb von Flächen bei der Bodestraße.**

Die Bauunternehmer Ohse und Antoni beabsichtigen die Bebauung eines Teiles der in dem durch Bodestraße und projektierte Straße *N* 100 gebildeten Winkel gelegenen Grundflächen der Feldmark Hagen und sind deshalb aufgefordert worden, die auf dieses Grundstück entfallenden Straßenbaukosten für die Straße *N* 100 sicher zu stellen. Sie haben gebeten, solches zu einem Teile in der Weise tun zu dürfen, daß sie die zur Straße abzutretenden Flächen zu 59 qm und 2,12 a sowie die zur Straße *N* 99 abzutretenden Flächen zu 87 qm, 1,21 a und 72 qm schon jetzt an die Stadt zu einem endgültig erst später festzusetzenden, zurzeit aber mit 12 *M* pro qm anzurechnenden Preise an die Stadt verkaufen. Es wird magistratsseitig ersucht, diesen Antrag zu genehmigen.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission gibt Ihnen Genehmigung der Vorlage anheim. Der hier abgeschlossene Vertrag weicht von dem früheren Brauche insofern ab, als hier nicht eine Kaution in Geld gestellt worden ist, sondern die zur Straße erforderlichen Grundflächen der Stadt sofort überwiesen wurden.

Die Vorlage wird genehmigt.

VI. **Erwerb von Flächen zur verlängerten Heinrichstraße.**

Zum Ausbau der östlich der Bodestraße gelegenen Strecke der Heinrichstraße, der projektierten Straße *N* 93, ist die Zulegung zweier im Eigentum der Bau-

unternehmer Ohje und Antoni stehenden Grundstücke *Nr.* 154 und 155 der Feldmark Hagen zu 26 und 96 qm Umfang erforderlich. Die Unternehmer sind bereit, dieses Terrain in Tiefe von 30 m von der östlichen Fluchlinie der Bodestraße zu 18 M pro qm, im übrigen zu 11 M pro qm zu verkaufen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß der Kaufpreis verrechnet werden soll in und mit denjenigen Straßenaufkosten, welche auf die Grundstücke *Nr.* 154 und 155 entfallen. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, den darüber abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

VII. Vermietung eines Schulkellers.

Zwischen dem Magistrate und der Ehefrau des Zigarrenarbeiters Künstling ist ein Mietvertrag abgeschlossen worden, nach welchem der Frau Künstling ein unter dem Schulgebäude an der Wilhelmstraße *Nr.* 95 gelegener, 11,75 qm großer Keller zum Jahrespreise von 10 M und zwar vom 1. Juni 1904 ab, vermietet wird. Der Magistrat ersucht, zu diesem Vertrage seine Genehmigung zu erteilen.

Herr Lord: Und will sich nimmer erschöpfen und leeren. (Heiterkeit.) Diese Keller unter der Schule wachsen sich nachgerade zu einem Labyrinth aus und der Referent wird Veranlassung nehmen müssen, den Magistrat um einen Ariadnefaden zu bitten, um aus dem Keller wieder herauszufinden. Es hat sich nun eine Pächterin für diese Abteilung des Kellers gefunden, welche dafür das nette Sümmchen von zehn Mark jährlich bezahlen will; der Magistrat hat aber in seiner unendlichen Güte gestattet, daß sie ihn im laufenden Jahre für 8 Mark erhalten soll, weil bei Beginn der Pachtzeit schon 2 Monate verstrichen waren. (Heiterkeit.) Die Schulkommission, welche den Antrag nicht vorberaten hat, empfiehlt dessen Genehmigung. (Heiterkeit.)

Herr Kieke: Die Sache ist eben ja recht idyllisch vorgetragen, aber es dürfte im Interesse der Stadt liegen, in den Kellerverhältnissen eine Aenderung zu treffen. Die Stadt könnte unter der Schule an der Wilhelmstraße sehr schöne Keller haben, wenn nicht kleine Gucklöcher, sondern größere Fenster darin angebracht wären. Bei den jetzigen Fensterverhältnissen sind die Keller ganz muffig und zur Aufbewahrung von Lebensmitteln wenig geeignet. Der frühere Pächter dieses Kellers zahlte 18 M Pacht, aber es sind ihm darin mehr Kartoffeln verkauft, als er Pacht gezahlt hat. Die städtische Bauverwaltung sollte hierauf doch einmal Rücksicht nehmen, zumal es der Festigkeit des Gebäudes nichts schaden kann, wenn in dessen Wände größere Fenster gebrochen werden. Auch unschön würde diese Aenderung nicht aussehen und den im Keller liegenden Holzbalken könnte es auch nur nützlich sein, wenn Luft und Licht daran käme. Zur

Erhaltung und Gesundung des Gebäudes würde diese Aenderung wesentlich beitragen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

VIII. Verbreiterung der Hennebergstraße.

Auf Beschluß der Versammlung vom 19. Mai d. Js. — Seite 76 ff. des Berichtes — hat der Magistrat sich mit den jetzigen Inhabern des Meyerschen Grundstücks an der Hennebergstraße, den Herren Ohse und Antoni, nochmals in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, ob sie bereit seien, das bei einer Verbreiterung der Hennebergstraße abzutretende Terrain von etwa 500 qm zu einem Einheitspreise von 30 M der Stadt zu überlassen. Die genannten Eigentümer haben darauf erklärt, daß sie das Terrain zu diesem Preise nicht abgeben könnten. Der Magistrat fragt nunmehr an, ob es bei dem ablehnenden Beschlusse vom 19. Mai d. Js. bewenden soll.

Herr Buchler: Die Baukommission hält die Forderung der Eigentümer für zu hoch und empfiehlt, die Bewilligung nicht auszusprechen, also den ablehnenden Beschluß vom 19. Mai d. Js. aufrecht zu halten. In der Zwischenzeit ist auch beschlossen worden, 3 m breite Vorgärten an der Hennebergstraße anzuordnen, so daß hierdurch die Möglichkeit geschaffen ist, die Vorgärten im Bedarfsfalle zu expropriieren.

Herr Stadtrat Meyer: Erläuternd möchte ich hierzu bemerken, daß die Vorgärten sich auf den westlichen Teil der Hennebergstraße beziehen, nicht aber auch auf diesen Bauplatz.

Dem Antrage der Baukommission wird sodann zugestimmt.

IX. Kanalisierung des Maschplatzes.

Der auf dem Maschplatze hergerichtete Abzugskanal entbehrt noch der Vorflut und entwässert in die Oker. Da die Vorflut durch einen in das Terrain der projektierten Straße M 262 zu verlegenden Kanal geschaffen werden kann, so ist der Magistrat mit den Besitzern der in die projektierte Straße fallenden großen Fläche wegen der Kanalliegung in Verbindung getreten und hat auch bei einem derselben, dem Gärtner Eduard Bewig, das erhoffte Entgegenkommen gefunden. Es ist deshalb mit Herrn Bewig ein entsprechender Vertrag abgeschlossen worden. Durch die notwendig gewordene Führung des Kanals in gebrochener Linie werden die Herstellungskosten von 3000 M auf 3300 M erhöht; es wird deshalb ersucht, den Mehrbetrag von 300 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rathe berichtet, geschieht.

X. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche des Milchhändlers Faulbaum, der Ehefrau Kleine, der Ehefrau Köhler und der Händlerin Niechers um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund werden genehmigt; die Gesuche der Witwe Hänig und des Arbeiters Aug. Huchthausen um Erlaß der Steuer für einen Wachhund aber verworfen.

Der Major von Falkenhayn ist im November v. Js. hierher versetzt worden und hat seinen Hund schon in seinem früheren Wohnorte versteuert. In der Annahme, daß eine Doppelbesteuerung auch auf diesem Gebiete nicht zulässig sei, wird um Erlaß der Steuer für 1903/04 gebeten. Auf Antrag der Statutenkommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, wird das Gesuch verworfen.

XI. Kostenfestsetzung für die Johannis- und die Paulikirche.

In Sachen, betreffend die Ausführung der kirchlichen Bauten für die Johannis- und die Pauli-Gemeinde hat die Versammlung am 17. März 1904 — Seite 486 ff. des Berichtes — beschlossen, die zur Fertigstellung der Bauten notwendigen Mittel ohne gleichzeitige Festlegung einer bestimmten Summe zu bewilligen, die Höhe der letzteren vielmehr von einem einzuliefernden und zu genehmigenden Nachweise über die bereits ausgeführten und noch auszuführenden Arbeiten und Lieferungen abhängig zu machen. Unter Uebersendung der inzwischen von der städtischen Bauverwaltung beigebrachten Nachweisungen ersucht der Magistrat, sie als ausreichend anzuerkennen und unter Billigung ihres Endergebnisses die Höhe der am 17. März im Prinzipie bewilligten Summe unter Anrechnung der derzeit abschlägig zur Verfügung gestellten 250000 M nunmehr auf 357560 M festzusetzen. Die gegenwärtige Vorlage weicht in ihrer finanziellen Anforderung insofern von der früheren ab, als sie um 7000 M hinter der letzteren zurückbleibt.

Herr Frühling: Wie aus der von Herrn Stadtbaurat Winter vorgelegten Nachweisung hervorgeht, ist es ihm gelungen, noch eine weitere Ersparnis von 25790 M an der ursprünglichen Nachforderung von 371800 M eintreten zu lassen. Da bei anderen Punkten aber bereits eine Ueberschreitung gegen den damals vorgelegten Anschlag und zwar in Höhe von 11550 M stattgefunden hatte, so ist die Ersparnis auf 14240 M zusammengeschrumpft. Aus diesem Grunde beantragt der Magistrat, die nachzubewilligende Summe auf 357560 M festzusetzen. Die Baukommission hat den Anschlag nochmals geprüft und ist der Meinung gewesen, daß sich noch weitere Ersparnisse erzielen lassen, weshalb sie noch 15500 M gestrichen hat, so daß die Gesamtsumme um 29740 M ermäßigt werden könnte. Es wird vorgeschlagen, die Magistratsvorlage mit der Aenderung zu genehmigen, daß die nachzubewilligende Summe nicht 357560 M, sondern nur 342060 M beträgt.

Herr Nolte; Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob schon etwas darüber feststeht, wie der Turm der Paulikirche bedacht werden soll. Jedenfalls würde es sich schon wegen der Gleichmäßigkeit mit dem grünen Dache der Kirche empfehlen, das Turmdach mit Kupfer zu belegen.

Herr Frühling: In dieser Beziehung ist dem Stadtbaurat Winter keinerlei Einschränkung auferlegt worden, sondern wir werden gut tun, uns seiner Ansicht zu fügen.

Vorsitzender: Es ist allerdings auch mir zu Ohren gekommen, daß man aus Sparsamkeitsrücksichten eine andere Art der Bedachung wählen wolle.

Herr Frühling: Wir haben in der Kommission nichts darüber gehört und sind der Meinung gewesen, daß die Bedachung in der bisher geplanten Weise ausgeführt werden soll.

Herr Stadtrat Meyer: Zur Aufklärung möchte ich folgende Mitteilungen machen: Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 17. März d. Js. abschläglich 250 000 M zur Fortführung der Bauten bewilligt hatte, ist die städtische Bauverwaltung angewiesen worden, die Bauten ordnungsmäßig fortzuführen, und zwar hat der Magistrat als selbstverständlich angesehen, daß die mit den Bauunternehmern abgeschlossenen Verträge Gültigkeit behielten. Ausgeschlossen waren dagegen alle diejenigen Sachen, welche erst noch im Kostenanschlage vorzusehen waren. Soweit ich habe übersehen können, ist bezüglich des Turmbaues eine Aenderung gegen früher nicht eingetreten und ich glaube daher, daß die hier ausgesprochenen Befürchtungen unbegründet sein werden.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

XII. Asphaltierung eines Teiles des Ruhfäutchenplatzes.

Das Herzogliche Staatsministerium hat sich bereit erklärt, die zu 7500 M veranschlagten Kosten der Asphaltierung des Ruhfäutchenplatzes vor dem Herzog Wilhelm-Denkmal auf die Staatskasse, bezw. den Denkmalsfonds zu übernehmen. Dem Antrage des Magistrates, der Asphaltierung der betreffenden Straßenstrecke zwischen der Einmündung der Dankwardstraße und dem Denkmalsplatze zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden.

XIII. Ausbau der Auguststraße und des Regidienmarktes.

Unter Ueberreichung eines Projektes über den Ausbau der Auguststraße und des Regidienmarktes zwischen der Ruhstraße und der Stobenstraße ersucht die städtische Bauverwaltung, diesem Projekte zuzustimmen und hierfür 30 000 M zu bewilligen. Da im Haushaltsplane für diesen Zweck 36 700 M vorgesehen sind, hierfür aber nicht die Instandsetzung des ganzen Regidienmarktes, sondern nur des

in der Verlängerung der Auguststraße gelegenen Straßenzuges bewirkt werden kann, der übrige Teil des Megidienmarktes aber ebenfalls der Instandsetzung bedürftig ist, so wird weiter vorgeschlagen, daß für den noch verfügbaren Betrag von 6700 M die Fußwege an der Ost- und Nordseite des Marktplatzes bis zur Mandelnstraße ordnungsmäßig ausgebaut werden und der Marktplatz selbst teilweise abgetragen und mit den bei der Instandsetzung der Auguststraße verfügbar werdenden alten, aber noch brauchbaren Pflastersteinen wieder neu gepflastert werde. Ein bezüglicher Kostenanschlag wird noch eingereicht werden. Das Ersuchen des Magistrates, diesen Anträgen zuzustimmen,

befürwortet Herr Wolters namens der Baukommission.

Herr Koch: Ich möchte anfragen, ob man diesen Platz nicht mit gärtnerischen Anlagen versehen; oder doch wenigstens mit Bäumen bepflanzen könnte. Der Topfmarkt ließe sich ja an das Augusttor verlegen.

Herr Frühling: Diese Frage ist auch schon in der Baukommission erwogen worden. Wir wären sehr gerne geneigt gewesen, der Anregung zuzustimmen, wenn nicht der Topfmarkt dort abgehalten würde, für den wir keinen anderen Platz wissen.

Herr Wolters: Nicht nur der Topfmarkt steht der Ausführung des Gedankens hindernd im Wege, sondern auch der Umstand, daß der Platz als Spielplatz benutzt wird, den wir der anwohnenden Jugend nicht entziehen möchten.

Herr Stadtrat Meyer: Das Projekt über die endgültige Gestaltung des Platzes wird der Versammlung noch vorgelegt werden, und ich halte es für denkbar, daß dort einige Bäume Aufstellung finden können.

Herr Sander: Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Magistrat die Frage richten, ob in diesem Jahre die Regulierung und Pflasterung des Wollmarktes vorgenommen werden wird? Die Anlieger sind nachgerade ungeduldig geworden und wünschen die endliche Erledigung dieser Sache.

Herr Stadtrat Meyer: Zur Pflasterung der innenstädtischen Straßen stehen uns nur 36000—40000 M jährlich zur Verfügung, welche zu der Auguststraße und dem Megidienmarkte Verwendung finden sollen, so daß in diesem Jahre der Wollmarkt wohl nicht an die Reihe kommen wird. Wenn die Herren derartige Wünsche haben, so bitte ich, sie rechtzeitig zu äußern, damit sie im nächsten Jahre Berücksichtigung finden können.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Änderungen in der Umgebung der neuen Garnisonkirche.

Die Garnison-Bauverwaltung ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, den an der Westgrenze der neuen Garnisonkirche gelegenen Graben zuwerfen zu lassen, und den großen Mast der elektrischen Lichtleitung für den

Stadtpark zu versehen, sowie die Leitung selbst in die Erde zu verlegen. — Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung beantragt der Magistrat, die beiden unteren Enden des Grabens aufzumauern, den Graben selber aber an dem Kirchengrundstücke entlang zuzuwerfen und das von Norden herkommende Grabenwasser durch einen neuen Einschnitt abzufangen, sowie einen neuen Zweigkanal an dem Kirchengrundstücke entlang anzulegen. Die hierdurch erwachsenden Kosten sind zu 800 M anzunehmen. Außerdem wird die Ersetzung der oberirdischen Leitung der elektrischen Beleuchtungsanlage des Stadtparkes durch eine unterirdische Leitung und zwar von dem ersten bis zu dem zweiten ungefähr 36 m weiter nördlich befindlichen Maste, empfohlen und beantragt, hierfür weitere 190 M zu bewilligen, so daß eine Gesamtforderung von rund 1000 M in Antrag gestellt worden ist.

Auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XV. Antrag Löschigk: Planierung des Bauplatzes am Augustplatz.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Platz am Augustplatz planieren zu lassen und mit Grand zu befahren.“

Wegen der Begründung des Antrages verweist Herr Löschigk auf die Verhandlungen bei Punkt III der Tagesordnung und bittet gleichzeitig um sofortige Beratung des Antrages.

Herr Wolters: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir gar nicht wissen können, welche Kosten der Antrag hervorrufen kann.

Herr Meyerhoff: Es hat schon einmal ein Projekt vorgelegen, nach welchem der Platz wie unsere Schulplätze mit Steinschlag belegt und dann begrandet werden sollte. Ich würde eine Ueberschüttung des Platzes mit grobem Sande für ausreichend halten, während eine Begradigung und Entwässerung zu teuer werden dürfte. Wahrscheinlich würde der Magistrat auch hierauf nicht eingehen.

Herr Löschigk: Wir liegt nur an einer Planierung des Platzes und an dessen Säuberung von Steinen. Wenn dann noch einige Fuder Grand durch die städtischen Fuhrwerke angefahren werden, so ist der Platz genügend und ohne große Kosten instand gesetzt worden.

Herr Stadtrat Meyer: Ich stehe der Sache ziemlich skeptisch gegenüber. Der Platz liegt nun seit sechs Jahren in seinem jetzigen Zustande, während die Zeit abzusehen ist, daß er anderweit benutzt wird. Wollen Sie aber trotzdem noch diese Aufwendungen machen, so möchte ich wenigstens ersuchen, eine bestimmte Summe zu verwilligen.

Herr Koch: Ich möchte beantragen, 50 M dafür zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Herr Frühling: Meiner Ansicht nach können wir nicht ohne weiteres über den Antrag abstimmen. Es erscheint mir überhaupt zweifelhaft, ob es gut ist, den Platz noch zu regulieren, weil er augenblicklich festgetreten ist und wieder schlechter gemacht wird, wenn daran herumgearbeitet wird. Bringen wir aber Sand darauf, dann gibt es Staub. Ich bin für Verweisung des Antrages an eine Kommission.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden und der Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XVI. Heranziehung der Warenhäuser etc. zu einer Umsatzsteuer. (Schluß.)

Vorsitzender: Wir fahren nunmehr fort in der in der letzten Sitzung abgebrochenen Beratung über die Umsatzsteuer. Zu dem Punkte 1 a der „Grundsätze“ hatte Herr Jasper beantragt, hinter dem Worte „Warenhäuser“ hinzuzufügen: „soweit sie nach dem preussischen Warenhausgesetze als Warenhäuser zu gelten haben“. — Seite 192 des Berichtes.

Wer ist für diesen Zusatz? — Der Zusatz ist abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem Punkt 1 b:

„Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarkengeschäfte und ähnliche“.

Da sich niemand zum Worte meldet, gehen wir über zu 1 c:

„Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe“.

Auch hier wird das Wort nicht verlangt. Ich stelle nunmehr den ganzen Punkt 1 der „Grundsätze“ nach dem Wortlaute der Magistratsvorlage zur Abstimmung. Dieser Punkt lautet:

„1. Auf Grund des Landesgesetzes *Nr.* 23 vom 28. März 1904 werden folgende hiesigen gewerblichen Unternehmungen:

- a. Großbetriebe des Kleinhandels nach Art der Warenhäuser,
- b. Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarkengeschäfte und ähnliche,
- c. Zweiggeschäfte auswärtiger Betriebe

zu einer besonderen Umsatzsteuer herangezogen, wenn sie von den Grundsätzen und Formen, unter welchen der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe regelmäßig ausgeübt wird, wesentlich abweichen und geeignet erscheinen, die in der Stadt Braunschweig ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen.

Auf Produktivgenossenschaften und Konsumvereine erstreckt sich die Heranziehung nicht, falls nicht ihr Geschäftsbetrieb unter a—c des vorstehenden Absatzes fällt und auf ihre Betriebsweise die soeben angeführten Voraussetzungen zutreffen.“

Wer ist für die Annahme des Punktes 1 der „Grundsätze“? Der Punkt ist genehmigt.

Der Punkt 2 lautet:

„2. Die Heranziehung erfolgt auf Grund einer Liste, die der Stadtmagistrat im Einverständnis mit der Finanzkommission der Stadtverordneten aufstellt und in welcher außer den Namen der betreffenden Geschäfte die Höhe der vorgeschlagenen einzelnen Steuerbeträge anzugeben ist. Diese Liste wird der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorgelegt. Die Einlegung der zulässigen Rechtsmittel bleibt dem Stadtmagistrate überlassen.“

Herr Günther: Ich halte es nicht für richtig, daß die Finanzkommission in Gemeinschaft mit dem Magistrate diese Funktionen haben soll; ich beantrage deshalb, in dem Punkte 2 zu sagen:

„ . . . , die der Stadtmagistrat im Einverständnis mit den Stadtverordneten aufstellt . . . “

Es ist unbedingt notwendig, daß wir uns unsere Mitwirkung hieran wahren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, es auch in dieser Beziehung bei der Magistratsvorlage zu belassen. Der Magistratsantrag ist gewiß als ein Vertrauensvotum gegenüber der Finanzkommission anzusehen, aber sie ist dieses Vertrauen auch voll und ganz wert. Außerdem sprechen auch praktische Gründe für den vom Magistrate vorgeschlagenen Wortlaut. Es eignen sich nämlich die Einzelheiten, ob und in welcher Höhe bei diesem oder jenem Geschäfte Steuern in Aussicht zu nehmen sind, nicht zur Erörterung in einer Vollversammlung, weshalb ich bitten möchte, dem Wortlaute der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Günther: Ich möchte zweifeln, daß diese Fassung überhaupt gesetzlich zulässig ist. Die Kommissionen sind doch nur da, um Vorlagen des Magistrates vorzubereiten. Das ist aber hier ganz etwas anderes: hier sollen der Finanzkommission direkte Funktionen übertragen werden, was nicht zulässig sein kann. Es ist auch nicht richtig, daß es nicht zweckdienlich und angebracht sei, solche Sachen hier in der Versammlung zu besprechen. Fürchtet man, daß bei der Verhandlung Erörterungen vorkommen können, welche geeignet sind, die betreffenden Geschäfte zu schädigen, so kann man die Beratung in die vertrauliche Sitzung verlegen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte es nicht nur für zweckmäßig, so vorzugehen, sondern auch für juristisch vollständig unbedenklich. Wie weit erteilt man nicht anderen Kommissionen Vollmachten? Handelt es sich bei der Vergebung von Anleihen nicht häufig um Millionen? Und doch wird die Finanzkommission dazu bevollmächtigt. Auch wegen der Belegung der Straßen mit Platten ist der Baukommission eine große Selbständigkeit beigelegt worden. Dazu

kommt, daß die außerordentlich wichtige steuerrechtliche Tätigkeit, also namentlich die Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer, durch einen besonderen Ausschuß vorgenommen wird. Der Magistrat hätte allerdings auch beantragen können, die Funktionen einer bestimmten Deputation zu überweisen, jedoch hat er es vorgezogen, die Finanzkommission in Vorschlag zu bringen. Wir würden in der Vollversammlung nur lang ausgepönnene Debatten ohne praktischen Wert haben.

Herr Nßmann: Der Herr Vorredner würde recht haben, wenn es sich hier um eine allgemeine Besteuerung handelte, der alle hiesigen Einwohner nach ihren Verhältnissen unterworfen wären. Es handelt sich aber um eine Ausnahmemaßregel, bei der auch Ausnahmbestimmungen gerechtfertigt erscheinen. In dem Antrage Günther liegt durchaus kein Mißtrauensvotum gegenüber der Finanzkommission oder dem Magistrat. Wenn die Magistratsvorlage zur Annahme gelangte, würde die Versammlung nicht einmal imstande sein, die Steuerveranlagungen daraufhin nachprüfen zu können, ob auch die „Grundsätze“ eine richtige Auslegung erfahren haben. Es kann sich also gar nicht darum handeln, private Angelegenheiten der betr. Geschäfte hier zu erörtern und diese dadurch vielleicht zu schädigen, sondern es kann sich nur um eine Besprechung der Grundsätze drehen, genau so wie jetzt über die Sache verhandelt worden ist.

Der Antrag Günther wird darauf abgelehnt und der Punkt 2 in der Fassung der Magistratsvorlage angenommen.

Die Punkte 3—6 lauten:

„3. Die Bekanntmachung der Umsatzsteuer gegenüber den einzelnen Pflichtigen erfolgt durch besondere Mitteilung an jeden derselben.

4. Die Umsatzsteuer ist in vierteljährlichen Beträgen gleichzeitig mit dem in demselben Kalendervierteljahr fällig werdenden Betrage der Gemeindegewerbesteuer bei der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen einzuzahlen. Soweit die Ausschreibung verspätet erfolgt, hat der Stadtmagistrat den Fälligkeitstag anderweit im Ausschreiben zu bestimmen.

5. Die eingezahlten Beträge der Umsatzsteuer werden bei der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen mit zwei Dritteln vereinnahmt, während ein Drittel an die Staatskasse abgeführt wird.

Die städtischen Behörden werden über die dem Gesetze entsprechende Verwendung der vereinnahmten Beträge je nach Bedarf Bestimmung treffen.

6. Die vorstehenden Grundsätze treten vom 1. Juli 1904 ab in Wirksamkeit, mit der Maßgabe, daß die Vorbereitung der von da ab erfolgenden Heranziehung zur Umsatzsteuer schon vorher beginnen kann.“

Der Punkt 3 wird ohne Besprechung genehmigt.

Zu den Punkten 4 und 5 bemerkt Herr Wolters: Nach dem Vorschlage des Magistrates soll das rechnerische Ergebnis der Steuer bei der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen gebucht werden. Die Finanzkommission ist hierüber anderer Meinung und empfiehlt, die Einnahmen und Ausgaben in einem besonderen Etat zu buchen. Wir halten es für richtig, die Verwendung des Geldes in einer so übersichtlichen Weise vorzunehmen, wie es der Absicht des Gesetzes entspricht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe gegen diesen Vorschlag keinerlei Bedenken geltend zu machen, jedoch darf ich wohl annehmen, daß der Magistrat ermächtigt wird, für das laufende Jahr die Einnahmen und Ausgaben bei einer der bestehenden Kassen zu verrechnen. Bei Aufstellung des nächstjährigen Etats wird dann eine übersichtliche Zusammenstellung erfolgen.

Zum Punkt 6: Herr Wiehle: Ich möchte beantragen, die Steuer erst vom nächsten Jahre ab zu erheben. Dann brauchen wir die Einnahmen nicht der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen zu überweisen, sondern können gleich einen besonderen Etat aufstellen. Ich beantrage deshalb, die Steuer erst vom 1. April 1905 ab zu erheben.

Herr Jasper: Es dürfte sich empfehlen, diesen Antrag anzunehmen, denn abgesehen von etatlichen Schwierigkeiten, welche durch die Annahme des Magistratsantrages entstehen würden, ist eine Einführung von morgen ab schon deshalb nicht durchführbar, weil die Einschätzung sich bis morgen gar nicht bewerkstelligen läßt und die „Grundsätze“ von morgen ab unmöglich in die Praxis eingeführt werden können. Da auch Nachzahlungen nicht zu ermöglichen sind, so bleibt nichts übrig, als den Antrag Wiehle anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte, auch in diesem Punkte nicht von der Magistratsvorlage abzugehen. Nachdem wir bis zum 30. Juni vorgerückt sind, können allerdings die Worte: „mit der Maßgabe, daß die Vorbereitung der von da ab erfolgenden Heranziehung zur Umsatzsteuer schon vorher beginnen kann“, wegfallen, weil die wenigen Stunden bis zum 1. Juli nicht mehr nutzbringend zu verwerten sind. Was aber die vor uns liegenden 9 Monate betrifft, so sehe ich nicht ein, weshalb wir auf deren Steuerertrag verzichten sollen. Steuertechnisch läßt sich das ohne jede Schwierigkeit machen und der erste Steuerzahlungstermin kann vielleicht für das Mal mit dem zweiten Termin zusammenfallen. Weshalb sollen wir auf eine Einnahme von etwa 45 000 M verzichten?

Der Antrag Wiehle wird darauf abgelehnt und die Magistratsvorlage auch in den Punkten 4—6 mit der Maßgabe genehmigt, daß der Punkt 6 lautet: „Die vorstehenden Grundsätze treten vom 1. Juli 1904 ab in Wirksamkeit.“

Damit ist die gesamte Vorlage erledigt.

XVII. Heranziehung der Wanderlagerbetriebe zu einer Umsatzsteuer.

Nach dem § 1 des Landesgesetzes *Nr.* 22 vom 28. März 1904 sind die Gemeinden befugt, zu beschließen, daß die Veranlagung der Steuer für den Wanderlagerbetrieb oder für bestimmte Zweige oder Arten desselben nicht nach dem Steuersatze des § 4, Abs. 1 des Landesgesetzes vom 7. Juni 1890 *Nr.* 23 (d. h. für die Stadt Braunschweig 50 *M.* für jede angefangene Woche), sondern nach dem Umsatze mit der Maßgabe erfolgen solle, daß in jedem Falle mindestens der eben angegebene Betrag zur Erhebung gelange.

Die Feststellung der Steuer, welche fünf vom Hundert, bei auktionsmäßigem Verkauf zehn vom Hundert, des Umsatzes nicht übersteigen darf, erfolgt seitens der Gemeindebehörde bei der gesetzlich geforderten Anmeldung des Betriebes auf Grund einer Schätzung des zu erwartenden Umsatzes. Sobald eine Erneuerung oder Ergänzung der Warenvorräte bezw. Verkaufsgegenstände stattfindet, oder aus anderen Gründen die Schätzung sich als unzutreffend herausstellt, kann eine weitere Festsetzung der Steuer erfolgen. Auf der anderen Seite hat der Steuerpflichtige nach Beendigung des Betriebes einen Rechtsanspruch auf Rückzahlung der etwa über den nachgewiesenen tatsächlichen Umsatz hinaus erhobenen Steuerbeträge.

Mit Rücksicht auf die Schädigungen, welche seitens derartiger Betriebe den angefahrenen Gewerbetreibenden und häufig auch den vertrauensvoll kaufenden Abnehmern zugefügt werden, stellt sich der Magistrat auf den Standpunkt, als Steuersatz die gesetzliche Höchstgrenze von fünf bezw. zehn vom Hundert des Umsatzes vorzuschlagen. Die Versammlung wird daher ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. Juli d. Js. ab in der hiesigen Stadt von der erwähnten Befugnis durch Heranziehung der Wanderlagerbetriebe zu einer Steuer von fünf vom Hundert, bei auktionsmäßigem Verkauf aber von zehn vom Hundert des Umsatzes Gebrauch gemacht werde und den Magistrat zu entsprechendem weiteren Vorgehen zu ermächtigen.

Herr Hauswaldt: Namens der Finanzkommission habe ich Genehmigung der Vorlage zu empfehlen, da die Sätze nicht als zu hoch angesehen werden können. In den Jahren 1891 bis 1904 sind an Steuerbeträgen aufgekomen: 1891 = 800 *M.*, 1892 = 650 *M.*, 1893 = —, 1894 = 50 *M.*, 1895 = 250 *M.*, 1896 = 900 *M.*, 1897 = 2300 *M.*, 1898 = 1100 *M.*, 1899 = 900 *M.*, 1900 = 1500 *M.*, 1901 = 850 *M.*, 1902 = 1800 *M.*, 1903 = 1950 *M.* und 1904 = 350 *M.*

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XVIII. Anfrage Kiefe: Neupflasterung der Leonhardstraße.

Die Anfrage lautet:

„Aus welchen Gründen wird schon jetzt das noch gut erhaltene Pflaster der Leonhardstraße durch neues ersetzt, da diese Straße erst vor kurzem neu gepflastert worden ist?“

Herr Kiefe (zur Begründung): Da die Straße erst im vorigen Jahre neu gepflastert ist, so muß es wundernehmen, daß man die zur Pflasterung verwendeten Schlackensteine schon wieder aufreißt und durch Kopfsteine ersetzt. Wenn man auch zugeben muß, daß die Schlackensteine schlecht werden, sobald die obere Kruste abgetreten ist, so lehrt in dem vorliegenden Falle aber der Augenschein, daß nur selten ein Stein schlecht ist und das Straßenpflaster noch lange halten können. Ich bin nicht dafür, die Arbeit zu beschränken, aber wir haben noch Straßen genug, die der Pflasterung dringend bedürftig sind, wie die Gildenstraße, der Wollmarkt, die Breitestraße zc., so daß Arbeit genug vorhanden ist. Außerdem hat die Leonhardstraße nicht einen so regen Fuhrverkehr, wie die Wendenstraße, Auguststraße zc. Auf mich macht die Sache den Eindruck, als wenn die Neupflasterung der Leonhardstraße vor der Zeit vorgenommen würde. Da auch verschiedene Anwohner anderer Straßen sich schon beschwert haben, daß ihre Straßen nicht in Ordnung gebracht würden, so wäre es bei einer reellen Wirtschaft wohl am Platze gewesen, die Straßen, welche es am nötigsten haben, zuerst zu nehmen. Auf der Schöppenstedterstraße hat man die alten Findlinge zum Pflastern wieder verwendet.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist richtig, daß die Leonhardstraße erst vor wenigen Jahren neu befestigt ist und hierzu Schlackensteine verwendet wurden. Diese Steine haben sich nicht bewährt, weshalb man von deren weiterer Verwendung abgekommen ist. Die städtische Bauverwaltung hat jedenfalls eine Neupflasterung der Leonhardstraße für notwendig gehalten. Für den regen Verkehr dieser Straße hat sich das Pflaster nicht widerstandsfähig genug gezeigt, und ich muß mit Rücksicht auf die technischen Kenntnisse der Beamten der städtischen Bauverwaltung annehmen, daß die Pflasterung auch wirklich notwendig gewesen ist. Ich werde Veranlassung nehmen, mich danach weiter zu erkundigen.

XIX. Anfrage Nolte: Pflasterung der Bammelsburgerstraße.

Herr Nolte: Zur Begründung der Anfrage:

„Ist Aussicht vorhanden, daß die Bammelsburgerstraße alsbald mit Kleinpflaster versehen wird?“

möchte ich folgendes bemerken. Im diesjährigen Etat ist die Pflasterung der Bammelsburgerstraße mit Kleinpflaster vorgesehen und auch der Augenschein lehrt,

daß es durchaus nötig ist, diese Arbeit baldmöglichst vorzunehmen. Die Straße ist in einem ganz miserablen Zustande, der bei dem starken Verkehre, der dort herrscht und namentlich während der Masch geherrscht hat, immer noch schlimmer geworden ist. Selbst die Schleinitzstraße ist bei ihrem viel geringeren Verkehre bereits mit Kleinpflaster versehen. Die Verhältnisse in der Bammelsburgerstraße sind jetzt um so unerträglicher, als in diesem Jahre die städtischen Wassermagen besonders wenig Wasser spenden.

Herr Stadtrat Meyer: Da die Pflasterung der Bammelsburgerstraße im Etat vorgesehen ist, so darf ich auch annehmen, daß sie noch zur Ausführung kommt. Eine bestimmte Reihenfolge, in der die Straßen gepflastert werden sollen, ist der städtischen Bauverwaltung niemals vorgeschrieben, sondern stets in deren Ermessen gestellt.

Vorsitzender: Die Angelegenheiten der öffentlichen Sitzung sind damit erledigt. Da weiteres Material zur Verhandlung nicht vorliegt, so möchte ich diese als die letzte Sitzung vor den Ferien ansehen. Ich schließe damit die öffentliche Sitzung.

Dauer von 4 bis 6³/₄ Uhr.

1904/1905.N^o 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. September 1904.

Tagesordnung:

I. Erwerb einer Fläche zur Neuenstraße	Seite 230
II. Austausch von Flächen beim neuen Wasserwerke	" 230
III. Ausschmückung der Falterslebertorbrücke	" 232
IV. Verlängerung des Kanals der Hildesheimerstraße	" 241
V. Ausbau eines Teiles des Bültensweges	" 242
VI. Bewilligung von Mitteln für die neue Haushaltungsschule	" 242
VII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee	" 244
VIII. Ausbau der Howaldtstraße zwischen Helmstedter- und Hochstraße	" 244
IX. Ausbau der Howaldtstraße zwischen Hochstraße und der proj. Straße N ^o 48, sowie Ausbau der letzteren	" 244
X. Erwerb einer Fläche zur Hildesheimer- und Roßstraße	" 245
XI. Ausbau zc. einer Verbindungsstraße zwischen Ritterstraße und Delschlagern	" 245
XII. Verkauf einer Fläche der alten Höfenstraße	" 246
XIII. Anlage einer Wasserleitung für den Burggraben	" 246
XIV. Ersatzwahlen für verschiedene Deputationen	" 247
XV. Uebernahme von Privatarbeit durch zwei städtische Beamte	" 248

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Ramdohr und Wagner, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwieg. Als Kommissar des Magistrates nahm Herr Stadtbaumeister Menadier an den Verhandlungen zu Punkt III der Tagesordnung teil.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Buchler, Fiedel, Lupprian, Ribbentrop, Schmidt, Schöttler, Weichsel, Wolff und Wolters.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Hauswaldt, eröffnet und geleitet.

Der Herr Vorsitzende begrüßt zunächst den an Stelle des Herrn Lange gewählten Apotheker Herrn August Probst als neues Mitglied der Versammlung und heißt ihn zu gemeinsamer Arbeit willkommen.

Sodann bringt der Herr Vorsitzende eine Bittschrift des Deutschen Kellnerbundes Union Ganymed zur Kenntnis, in der gebeten wird, bei Verpachungen staatlicher oder städtischer Gastwirtschaftsbetriebe fachlich ausgebildete Bewerber vor nichtfachlich ausgebildeten zu bevorzugen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Erwerb einer Fläche zur Neuenstraße.

Der Bäckermeister Wilhelm Junfer ist anlässlich der Neubebauung seines an der Neuenstraße gelegenen Grundstücks *N* ass. 2653 aufgefordert worden, die von dem Grundstück zur Straße abzutretende 15 qm große Teilfläche der Stadt zu überlassen. Seine anfangs auf 200 *M* pro qm gestellte Forderung hat Herr Junfer hinterher auf 150 *M* ermäßigt, welchen Preis der Magistrat für angemessen hält. Dem Antrage des letzteren, diesen Ankauf zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Bues berichtet, zu.

II. Austausch von Flächen beim neuen Wasserwerke.

Die Stadt ist gemäß § 7 des Expropriationsgesetzes für verpflichtet erachtet worden, von dem Grundstücke der Ehefrau des Rentners Holland nicht nur die für das städtische Wasserwerk erforderliche 6,74 a große Fläche, sondern auch noch eine 5,41 a große Fläche zu erwerben. Da diese für das Wasserwerk nicht erforderlich, auch wegen ihrer lang ausgezogenen spigen Form ungünstig zu bewirtschaften ist, so wurde sie der benachbarten Herzoglichen Kammer zum Kauf oder Tausch angeboten. Letztere ist bereit, den Tausch bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu befürworten in der Weise, daß dafür eine gleich große, an dem städtischen Eigentume entlang laufende Fläche der Stadt überwiesen werde. In der Ueberzeugung, daß der beabsichtigte Austausch der Stadt infolge der dadurch herbeigeführten günstigeren Gestaltung ihrer Länderei zum Vorteil gereicht,

wird die Versammlung ersucht, sich mit dem Austausch einverstanden zu erklären und zu genehmigen, daß die eingetauschte Fläche dem Gärtner Kiefer bis zum 1. Oktober 1910 zu dem bisherigen Preise weiter verpachtet werde.

Im Namen der Baukommission empfiehlt Herr Bues, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Müller: Ich glaube, die Gelegenheit benutzen zu sollen, um hier folgendes vorzutragen. Seit vielen Jahren haben wir nicht einen so anhaltend heißen und trockenen Sommer gehabt, wie in diesem Jahre; um so erfreulicher ist es aber für uns, daß uns bei der großen Dürre unser neues Wasserwerk nicht im Stiche gelassen hat. Fast drei Monate sind wir ohne einen anhaltenden Regen gewesen und trotzdem hat uns unser neues Wasserwerk stets reichliches, gutes und gesundes Wasser geliefert. Wir können deshalb unseren städtischen Behörden nur dankbar sein, daß sie derzeit die Initiative ergriffen haben, um der Stadt das Wasserwerk zu schaffen. Ich nenne vor allem zwei Namen, die bei dieser Gelegenheit energisch eingegriffen und das Zustandekommen des Werkes besonders gefördert haben, das sind die Namen Pockels und Lange. Wir können unserm verstorbenen Oberbürgermeister Pockels nicht dankbar genug sein für diese wertvolle Hinterlassenschaft. Meiner Ansicht nach geziemt es sich, hier nicht nur im Namen der Versammlung, sondern der ganzen Bürgerschaft den Männern öffentlich den Dank auszusprechen für ihre große Mühewaltung.

Herr Nolte: Da einmal Namen genannt sind, so glaube ich, daß dabei unser jetziger Herr Oberbürgermeister vergessen worden ist. (Zustimmung.) Ich möchte nicht, daß versäumt würde, dessen Namen bei dieser Gelegenheit zu nennen.

Herr Jasper: Ich weiß nicht, was diese Aussprachen mit der zur Beratung stehenden Vorlage zu tun haben. Es handelt sich hier um einen Terrainaustausch, der in gar keiner Verbindung zu den eben gehörten Auslassungen steht. Außerdem liegt auch zu irgend welchen Dankesbezeugungen gar kein Anlaß vor, denn was von Seiten der städtischen Behörden geschehen ist, war eben deren Pflicht und Schuldigkeit. Ob aber das Wasserwerk auf die Dauer den an dasselbe zu stellenden Anforderungen genügen wird, muß erst die Zukunft lehren. Jedenfalls liegt kein Grund vor, eine solche Vorlage zu besonderen Ovationen für einzelne Persönlichkeiten zu benutzen.

Herr Müller: Ich glaubte, im Sinne aller Bürger zu handeln, wenn ich die Anregung gab. Auch bin ich der Ansicht, daß sich die Vorlage sehr gut dazu eignete, diesem Danke Ausdruck zu geben. Jedenfalls würde ich mich auch zum zweiten Male nicht besinnen, das zu tun.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

III. Ausschmückung der Fallersebertorbrücke.

In dem von der Versammlung am 4. Februar d. Js. — Seite 354 des Berichtes — genehmigten Kostenanschlage über den Umbau der Fallersebertorbrücke waren für Beschaffung und Aufstellung von vier Stück Kalkstein- oder Sandsteinfiguren auf den Hauptpostamenten der Brücke 9000 M. vorgesehen; über die Durchführung dieser künstlerischen Ausstattung hat sich die Versammlung indessen unter entsprechender Ermächtigung der Baukommission das weitere vorbehalten. Magistrat und Baukommission haben sich denn auch schon vor längeren Wochen dahin geeinigt, vier Standbilder von Soldaten in braunschweigischen Uniformen verschiedener Zeitepochen nach von Bildhauer Siedentop hieselbst gefertigten Modellstizzen zur Aufstellung zu bringen, solche aber mit Rücksicht darauf, daß ein hiesiger Einwohner, der ungenannt bleiben will, zwecks Verwendung anderen Materials dem Stadtbaumeister Menadier 6000 M. zur Verfügung gestellt hatte, nicht aus Stein, sondern aus Kupfer anfertigen zu lassen. Die städtische Bauverwaltung schlägt nun vor, die Standbilder in Hohl-Galvanobronze ausführen zu lassen, wie sie durch eine galvanoplastische Kunstanstalt in Weislingen-Steige gewonnen, bezw. verwertet wird. Dieses Material hat gegenüber Kupfertreibarbeit den Vorzug unbedingter Modelltreue, jedoch den Nachteil, im Preise etwas höher zu stehen. In dieser Ausführung würden die vier Standbilder in Ueberlebensgröße 17500 M. kosten, so daß noch 2500 M. nachverwilligt werden müßten. Die städtische Bauverwaltung hegt die Hoffnung, einen annähernd gleichen Betrag an dem übrigen für den Umbau der Brücke verwilligten Baufonds ersparen zu können. Mit Rücksicht darauf, daß die Trefflichkeit der Arbeit sicher zu erwarten steht, wird die Versammlung ersucht, die erwähnten 2500 M. noch nachzuverwilligen.

Herr Lord: Namens der Finanzkommission habe ich Ihnen zu empfehlen, die Summe nicht zu verwilligen. Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Arbeit der Stadt Braunschweig, die sich glücklich schätzen kann, einen Meister wie Herrn Rindleben in ihren Mauern zu haben, erhalten bleiben soll. Sie ist ferner der Meinung, daß die in der Vorlage geschilderten Vorzüge des Materials bei dieser Arbeit nicht so zum Ausdruck kommen könnten, wie vielleicht bei anderen Kunstwerken, z. B. bei Portraits etc. Sie ist auch der Meinung, daß die seitherige Manier der Kupfertreiberei, wie sie in hervorragender Weise das Kunstinstitut von Rindleben betreibt, genügen wird, um die Figuren herzustellen. Die Finanzkommission bittet also, die angeforderte Summe zu verweigern und den Magistrat aufzufordern, die Arbeit an Meister Rindleben zu vergeben.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist selbstverständlich auch bei uns Grundsatz, die Arbeiten tunlichst in der Stadt Braunschweig zu vergeben. Wenn hier ein anderer Vorschlag gemacht worden ist, so sind dabei seitens der städtischen

Bauverwaltung technische Rücksichten maßgebend gewesen. Wir haben es daher für richtig gehalten, Herrn Stadtbaumeister Menadier zu veranlassen, hier zu erscheinen, um Ihnen die Gründe für die Entscheidung der städtischen Bauverwaltung vorzutragen.

Herr Stadtbaumeister Menadier: Wenn die Standbilder in einem edleren Materiale ausgeführt werden sollen, so könnte, da Marmor hierbei wohl nicht in Frage kommt, nur Bronzeuß, Kupfertreibarbeit und Galvanobronze gewählt werden. Der Bronzeuß würde erheblich teurer zu stehen kommen, als die anderen Verfahren, weshalb davon mit Rücksicht auf die Kosten Abstand zu nehmen sein dürfte. Bei der Kupfertreibarbeit würden die Figuren in einer Stärke von $1\frac{1}{2}$ —2 mm ausgeführt werden, die einzelnen Teile der Figuren würden zusammengefügt und gehämmert und durch ein im Innern der Standbilder befindliches eisernes Gerüst gehalten. Immerhin sind die vielen Fugen, welche sich in einem derartigen Standbilde vorfinden, nicht so dicht, daß nicht Feuchtigkeit hineinkäme. Das Wasser, welches sich aber im Innern der Figuren niederschlägt, verursacht ein Rosten des Eisens, und die Dauer solcher Standbilder wird dadurch erheblich in Frage gestellt. Bei verschiedenen größeren Standbildern aus Kupfertreibarbeit haben sich denn auch schon Bedenken in dieser Beziehung gezeigt. In dem Innern der Standbilder kann man Schutzmaßregeln nicht treffen, so daß in früherer oder späterer Zeit deren Zerstörung in Aussicht steht. Es kommt auch noch hinzu, daß die Figuren dem Auge des Beschauers ziemlich nahe sind und die verschiedenen Nähte und Fugen dadurch leicht in die Erscheinung treten. Das Verfahren der Geislinger Kunstanstalt, welches absolut einwandfrei ist, bringt das Werk des Künstlers in vollständiger Naturtreue zum Ausdruck, was bei der Kupfertreibarbeit, wenn es sich um Einzelheiten handelt, in dem Maße kaum möglich sein wird. Außerdem ist die Stärke des Materials bei Galvanobronze erheblich größer, indem sie 4—5 mm gegenüber $1\frac{1}{2}$ —2 mm bei der Kupfertreibarbeit beträgt. Aus diesen Gründen haben wir geglaubt, das Geislinger Verfahren in Vorschlag bringen zu sollen.

Herr Nolte: Als ich zufällig hörte, daß bei der Ausführung der Figuren von der Kupfertreibarbeit des Herrn Rindleben Abstand genommen werden sollte, habe ich das sehr bedauert. Auch die von Herrn Stadtbaumeister Menadier soeben angeführten Gründe können mich nicht davon überzeugen, daß es besser wäre, die Figuren auf galvanischem Wege herstellen zu lassen. Um mich über die verschiedenen Verfahren zu orientieren, habe ich Herrn Rindleben ersucht, mit mir Rücksprache zu nehmen, was auch geschehen ist. Ich möchte Ihnen nun Mitteilung darüber machen, was ich von Herrn Rindleben erfahren habe. Was jedoch zunächst den angeblichen Vorteil der Modelltreue bei dem galvanischen Verfahren anlangt, so muß man allerdings anerkennen, daß dieses das Modell

genau wiedergibt. Aber ist denn das unter allen Umständen ein Vorteil? Ich erinnere dabei nur an die Photographie. Diese besitzt auch absolute Naturtreue, aber trotzdem ist sie nicht so wertvoll wie z. B. ein Kupferstich, der wieder selbst als ein Kunstwerk angesehen werden muß. Wenn Meister Rindleben ein Modell in Kupfertreiberei nacharbeitet, so schafft er dadurch gewissermaßen wieder ein neues Kunstwerk; und wenn dieses auch nicht so absolut, ich möchte sagen, so photographisch treu wird, wie ein auf galvanischem Wege hergestelltes Werk, so hat es doch wieder seine großen Vorzüge gegenüber dem letzteren. Erfahrungen darüber, wie die Haltbarkeit solcher auf galvanischem Wege hergestellten Werke sein wird, besitzen wir noch nicht. Meister Rindleben konnte mir darüber nichts Bestimmtes sagen; er will aber vom Bildhauer Kircheisen gehört haben, daß dieser das Verfahren wegen verschiedener dabei zutage getretener Mängel nicht wieder anwenden lassen wolle. Ferner spricht gegen das vom Magistrate vorgeschlagene Verfahren, daß bei dem auf galvanischem Wege hergestellten Werke das Modell verloren geht, während es bei der Treibarbeit erhalten bleibt, was immerhin ein Vorteil ist, sowie daß Reparaturen der auf galvanischem Wege hergestellten Sachen sich im höchsten Grade schwierig gestalten, während sie bei aus Kupfer getriebenen Kunstwerken äußerst leicht auszuführen sein sollen. Wenn nun auch Herr Rindleben zugab, daß die in Treibarbeit hergestellten Werke nicht für die Ewigkeit halten würden, so erklärte er aber andererseits, daß wirklich übele Erfahrungen auf diesem Gebiete noch gar nicht vorlägen. Nach den jetzigen Erfahrungen müsse man sogar annehmen, daß solche Werke sehr lange hielten, wie denn z. B. die Siegesgöttin auf dem Brandenburger Tore in Berlin und der Herkules auf Wilhelmshöhe schon mehr als hundert Jahre auf ihren, dem Winde und Wetter sehr ausgesetzten Plätzen ausgehalten hätten. Wie Herr Rindleben ferner sagte, läßt sich zur Erhaltung solcher Denkmäler auch dadurch viel tun, daß, wie z. B. bei dem Kaiser Wilhelm-Denkmal in Koblenz, an dem Kunstwerke für das Publikum nicht sichtbare Klappen angebracht werden, die zur Erleichterung von Erhaltungsarbeiten und Reparaturen dienen. Dazu kommt aber endlich noch der Umstand, daß es wünschenswert erscheint, zur Unterstützung des heimischen Kunsthandwerkes so viel als möglich zu tun, zumal Herr Rindleben seine Sache ausgezeichnet versteht, wie eine große Anzahl von ihm angefertigter Denkmäler überzeugend dartun.

Wenn nun aber tatsächlich so große Bedenken gegen die Haltbarkeit der Treibarbeit vorliegen sollten, so hat mich Herr Rindleben ermächtigt, hier zu erklären, daß er den Bronzeguß der Statuen für denselben Preis ausführen wolle, wie die Treibarbeit in Kupfer kosten würde. Der Guß würde sich nur dadurch um etwa 2000 M. verteuern, daß die Modelle für ihn in Originalgröße hergestellt werden müßten.

Vorsitzender: Von den Herren Meyerhoff und Genossen ist ein Antrag folgenden Inhalts eingegangen:

„Die Versammlung wolle beschließen, zur Herrichtung der Standbilder auf der Fallerslebentorbrücke 2500 M nachzubewilligen unter der Voraussetzung, daß sie in Bronze hier gegossen werden, und ersucht die städtischen Behörden, mit Herrn Kindeleben wegen Anfertigung der Standbilder in Unterhandlung zu treten.“

Herr Stegmann: Wenn ich recht gehört habe, führte der Herr Referent aus, daß die Figuren 17 500 M kosten sollen und davon schon 9000 M bewilligt seien. Meines Wissens ist uns aber hierüber noch gar keine Vorlage zugegangen. Wie dem aber auch sei, ich erkläre mich gegen die Bewilligung, obwohl ein freiwilliger Geber 6000 M zu den Kosten zuschießen will. Ich halte es außerdem auch gar nicht für nötig, daß für die Ausschmückung der Brücke soviel Geld ausgegeben werden soll, und meine, daß selbst an den 9000 M noch gespart und das Geld für nützlichere Sachen verwendet werden kann. Besser wäre es schon, wenn man das Geld zur Ausbesserung der übrigen Brücken verwenden wollte. Besonders muß ich mich aber gegen die Art der geplanten Brückenausschmückung wenden. Die Sache läuft doch darauf hinaus, den Militarismus noch mehr zu verherrlichen, als es bisher schon geschehen ist. Bedenkt man die Opfer, welche das Volk fortgesetzt für den Militarismus bringen muß, bedenkt man das in seinem Gefolge befindliche Drillwesen, das Duellunwesen zc., so könnte man sich wirklich glücklich schätzen, wenn man gar nichts von dem Militarismus zu sehen bekäme, statt ihn hier noch zu verherrlichen und ständig vor Augen zu führen. Jedenfalls wäre eine Ausschmückung durch Kandelaber mit künstlerischer Ausgestaltung der Brückenköpfe empfehlenswerter, als die in der Vorlage geplante Ausschmückung. Ich erkläre mich deshalb gegen die Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn dem Antrage des Herrn Stegmann Folge gegeben werden sollte, so käme der Magistrat in eine unangenehme Lage insofern, als er schon Aufwendungen für den Brückenschmuck gemacht hat, indem die Modelle zu den Figuren hergestellt worden sind und der Künstler dafür entschädigt werden muß. Herr Stegmann irrt sich auch, wenn er meint, daß der Versammlung hierüber eine Vorlage noch nicht zugegangen sei. Wir haben der Versammlung im Februar d. Js. eine Vorlage wegen Neubaus der Brücke unterbreitet und es waren in dem beigegebenen Kostenanschlage 9000 M ausgeworfen für die künstlerische Ausschmückung der Brücke, dabei war auch bemerkt worden, daß beabsichtigt würde, auf die vier Brückenpfeiler Kriegerfiguren zu stellen. Ueber die Art der Ausgestaltung des Brückenschmuckes — wobei es sich im wesentlichen um den seitlichen Schmuck, nicht um die Figuren handelte — sollte mit der Baukommission weiter verhandelt werden. Das ist von dem Dezerenten des Ma-

gistrates geschehen, und die Baukommission hat sich damit einverstanden erklärt, daß die verwilligten 9000 M, unter Zuhilfenahme der von einem ungenannten Geber zur Verfügung gestellten 6000 M, verwendet werden sollten, um solche Soldatenfiguren herzurichten. Herr Stegmann kann also nicht sagen, daß der Magistrat nicht vorschriftsmäßig vorgegangen sei.

Auf die Ausführungen des Herrn Stegmann über den Militarismus will ich nicht näher eingehen: es handelt sich hier doch lediglich darum, etwas Historisches in den Soldatenfiguren zur Anschauung zu bringen und es ist dabei wohl ganz einerlei, ob sich die Ansichten über den Militarismus geändert haben sollen oder nicht. Die bedeutsamen Tatsachen aus der Vergangenheit schafft man nicht aus der Welt, auch wenn man ein Gegner des Militarismus ist. (Zustimmung.)

Herr Meyerhoff: Ich möchte mich gegen die Anfertigung der Figuren im Niederschlagsverfahren, aber auch gegen ihre Herstellung in Treibarbeit erklären. Herr Stadtbaumeister Menadier hat schon auf einige Uebelstände bei dem letzteren Verfahren hingewiesen. Es ist richtig, die Kupfertreibarbeit leidet dadurch, daß es sich um eine Verbindung verschiedener Metalle handelt und ein fortwährendes Arbeiten der beiden Metalle Kupfer und Eisen gegen einander stattfindet. Wir sehen das am besten bei dem Siegeswagen auf unserm Schlosse, von dem schon große Teile des Innern der Pferde und auch deren Hufe mit Zement ausgefüllt sein sollen, um das Kunstwerk zu erhalten. Aus diesen Gründen neige ich mich der Ansicht zu, daß das beste Material immer noch die Bronze bleibt gegenüber dem Niederschlagsverfahren und der Treibarbeit. Ich bin der Ueberzeugung, daß Herr Kinkelben für die Summe die vier Statuen auch in Bronze herstellen wird, und das wäre entschieden vorzuziehen, denn Bronze bleibt ewig. Man gräbt ja noch nach Jahrtausenden Bronzestücke aus, die sich gut gehalten und als ein unvergängliches Material erwiesen haben, während Kupfer in Verbindung mit Eisen nur eine begrenzte Dauer besitz. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen. Ich mache auch noch darauf aufmerksam, daß das Kunstinstitut des Meisters Kinkelben, welches augenblicklich wenig zu tun hat, durch diesen Auftrag Arbeitsgelegenheit erhielte, die der betreffenden Arbeiterschaft zugute käme. Schon deshalb müssen wir der heimischen Industrie die Arbeit überweisen.

Herr Blasius: Ich glaube, daß Herr Stegmann nicht im Sinne der größeren Mehrheit unserer Braunschweiger Bevölkerung gesprochen hat. Meiner Ansicht nach hängen wir Braunschweiger an unseren alten braunschweigischen Uniformen und Soldaten mit jeder Faser unseres Herzens, und wir werden uns alle freuen, wenn die Figuren der alten Soldaten erst auf der Brücke stehen.

Was die technische Seite der Ausführung betrifft, so hat natürlich das Treiben aus Kupferplatten den großen Nachteil, daß alle Atmosphärenteilchen möglicherweise in die Figuren eindringen können und daher ein solches getriebenes Kupferwerk den hiesigen

Witterungsverhältnissen nicht so widerstehen kann, wie ein fester Guß oder die Ueberbronzierung eines Modells. Nachdem uns Herr Nolte mitgeteilt hat, daß Meister Rindleben bereit sei, die Statuen für den gleichen Preis zu gießen, müssen wir uns meiner Ansicht nach auf den Standpunkt stellen, alles zu tun, um vier in Bronze gegossene Figuren auf die Brücke zu bekommen. Ich möchte daher Herrn Meyerhoff bitten, seinen Antrag in der Weise umzuändern, daß um vier in Bronze gegossene und von Herrn Rindleben zu fertigende Figuren, sowie um einen neuen Kostenanschlag gebeten wird. Bei solcher Ausführung kann es nicht darauf ankommen, ob die Figuren auch noch etwa 1000 M. mehr kosten.

Herr Jasper: Die Darstellung des Herrn Oberbürgermeisters ist nur teilweise richtig. In dem Berichte über die Sitzung vom 4. Februar d. J. ist ausgeführt worden, daß zur künstlerischen Ausschmückung der Brücke die Aufstellung von Figuren vorgesehen worden sei und daß vielleicht eine Darstellung von Kriegerern in alten braunschweigischen Uniformen gewählt werden könne. Herr Frühling hat sodann berichtet, daß die Baukommission die Vorlage geprüft und insofern zu beanstanden gefunden habe, als ihr die künstlerische Ausgestaltung der Brücke nicht zusage. Darüber solle denn auch mit der Baukommission noch verhandelt werden. Diese weitere Verhandlung mit der Baukommission faßt nun der Herr Oberbürgermeister so auf, als ob die Versammlung es in das Belieben der Baukommission gestellt habe, wie die Ausgestaltung der Brücke erfolgen solle. Das ist aber nicht der Wille der Versammlung gewesen, sondern ich meine, daß die Baukommission wieder an das Plenum hätte berichten müssen, wie sie die künstlerische Ausgestaltung der Brücke in Vorschlag zu bringen habe. Es geht uns doch bei jedem Bauwerke eine Vorlage zu, welche die künstlerische Ausgestaltung des Bauwerkes mit berücksichtigt und die uns einen Einblick gewährt, wie die Dinge gestaltet werden sollen.

Mag dem nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls gibt uns die Vorlage des Magistrates heute Gelegenheit, noch einzugreifen, wenn irrtümlich eine falsche Auffassung Platz gegriffen haben sollte. Ich begrüße diese Gelegenheit um so freudiger, als ich den Vorschlag der Baukommission, die Brücke durch vier Kriegergestalten zu verschönern, nicht für zweckmäßig und angebracht halte. Herr Stegmann hat schon hervorgehoben, daß die hier geplante Ausgestaltung eine Huldigung an das System des Militarismus darstelle, und ich kann dem nur beipflichten. Der Herr Oberbürgermeister hat diese Ansicht dadurch nicht widerlegt, daß er sagte, es sei das historisch. Auch Henning Brabandt und andere zivilistische Personen und Berufe sind historisch geworden und haben in Braunschweig vielleicht größere Bedeutung erhalten, als die von Herrn Blasius so über die Hutschnur gepriesenen kriegerischen Vorbeeren. Auch das finanzielle Element kommt hier in Frage insofern, als zu erörtern ist, ob die städtischen Mittel nützlich oder

unnützlich aufgewendet werden sollen. Es läßt sich zwar nicht verkennen, daß auch die Ausgestaltung einer Brücke Gelegenheit bietet zu künstlerischer Entfaltung. Eine erhebliche Ausgabe dafür läßt sich aber nur rechtfertigen, wenn wirklich etwas Künstlerisches geboten wird. Auch vom ästhetischen Standpunkte aus kann ich das Projekt nicht billigen. Ursprünglich hatte ich die Ansicht, daß die Modelle noch viel schlechter ausfallen würden, als sie in Wirklichkeit ausgefallen sind. Aber schlecht genug sind sie doch und schlecht ist die ganze Idee, welche sich anlehnt an ein Projekt, das wir in der Siegesallee versteinert finden, wo die Figuren in Reih und Glied aufgestellt sind. Es mag das militärisch schön sein, aber für künstlerisch schön kann ich es nicht halten. Ich möchte deshalb bitten, von der Ausführung des Projektes überhaupt Abstand zu nehmen. Wenn in der Sache aber schon etwas geschehen sollte, so würde ich beantragen, wenigstens einen Teil der Kosten zu streichen und es bei der künstlerischen Ausgestaltung der Brücke zu lassen, wie sie bei der Bammelsburgerbrücke stattgefunden hat, den überschießenden Betrag aber vielleicht der Volks-Lesebibliothek, oder einem sonstigen gemeinnützigen Unternehmen zuzuwenden. Ob nun die Ausführung in der einen oder der anderen Weise als technisch wünschenswerter zu erachten ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Jedenfalls scheint es mir wunderbar, daß man bei diesen Figuren ein anderes Verfahren bevorzugen will, während man beim Herzog Wilhelm-Denkmal ruhig das bisher übliche Verfahren anwendete und von der Galvanoplastik ab sah. Vielleicht haben die maßgebenden Personen gemeint, daß das Herzog Wilhelm-Denkmal dort nicht so dauernd zu stehen brauchte, wie diese Kriegerfiguren auf der Brücke. Dem Militarismus scheint man hier ja ein ewiges Denkmal setzen zu wollen.

Herr Frühling: Die Sache hat so gelegen, daß in den der Versammlung vorgelegten Zeichnungen die Kriegerfiguren mitenthalten waren. Damals ist auch die Idee, solche Figuren dort aufzustellen, von keiner Seite angegriffen worden. Angegriffen wurde lediglich der Unterbau unter den Postamenten, wo sich große Untiere als Brückenhalter befanden. Hierüber wurde gesprochen und dabei der Wunsch laut, eine andere Lösung zu finden. Das ist, wie die Baukommission glaubt, in befriedigender Weise geschehen. Die Meinung, daß die Sache der Versammlung noch einmal zur Beratung hätte vorgelegt werden müssen, kann ich nicht teilen, denn für diesen Fall hätte die Vorlage damals zurückgewiesen werden müssen. Da sie aber genehmigt wurde, so ist meiner Meinung nach ein weiterer Beschluß der Versammlung über die Frage der Ausstattung nicht einzuholen gewesen.

Was die weitere Frage betrifft, ob die Figuren auswärts oder hier ausgeführt werden sollen, so möchte ich mich dringend dafür verwenden, daß die Ausführung hier erfolge. Wir haben alle Veranlassung, das Kunstinstitut des Herrn Rindleben

lebensfähig zu erhalten und da augenblicklich fast gar keine derartige Arbeiten vorliegen, so haben wir geradezu die Pflicht, dem Institute diese Arbeit zuzuwenden. Was die Wahl, ob Bronzeguß oder Treibarbeit genommen werden soll, betrifft, so ist das eine reine Kostenfrage. Bronzeguß ist selbstverständlich besser als Treibarbeit, aber auch viel teurer, und ob Sie die vier überlebensgroßen Modelle für 2500 M erhalten werden, möchte ich sehr bezweifeln. Wenn man ursprünglich für die künstlerische Ausgestaltung der Brücke 9000 M bewilligt hat, so ist das ein überaus geringer Betrag und es läßt sich behaupten, daß der Künstler dabei nur seine reine Handwerksarbeit bezahlt erhält, aber die künstlerische Arbeit gar nicht angerechnet hat. Dieses Entgegenkommen eines Braunschweiger Künstlers ist jedenfalls anzuerkennen, und man kann nur annehmen, daß der junge Künstler hat zeigen wollen, was er vermag. Die Modelle mögen hier und da zu Ausstellungen Veranlassung geben, wie das bei jedem Werke der Fall ist, aber jedenfalls sind sie für den Preis vorzüglich ausgefallen. Ich möchte deshalb nicht raten, den Antrag Meyerhoff anzunehmen, da 2500 M zu dem Zwecke nicht ausreichen. Lieber weisen Sie die Sache noch einmal an die Kommission zurück und lassen Sie uns eine neue Vorlage erbitten, aus der hervorgeht, was die Ausführung in Bronzeguß gegenüber Treibarbeit mehr kosten würde. Heute können wir jedenfalls noch nicht beschließen, unter Bewilligung von 2500 M Bronzeguß zu verlangen.

Herr Bunge: Ich kann mich den Ausführungen der Herren Stegmann und Jasper nur vollkommen anschließen, denn ich sehe nicht ein, daß wir für solche Sachen Geld bewilligen sollen, wenn wir noch eine ganze Reihe dringenderer Sachen zu erledigen haben. So ist z. B. schon vor längerer Zeit der Antrag angenommen worden, die Sidonienbrücke zu verbreitern und doch ist bislang in der Sache nichts geschehen. Der Herr Oberbürgermeister erklärte im letzten Winter, es läge kein dringendes Bedürfnis zur Verbreiterung der Brücke vor, jedoch läßt sich darüber streiten, denn ich halte die Verbreiterung für sehr dringend und meine, daß es ein Skandal ist, die Brücke in ihrem jetzigen Zustande zu belassen. Jedenfalls wäre es richtiger, zuerst daran zu denken, die schon vorhandenen Brücken ordnungsmäßig herzustellen, damit die Passanten nicht die Stiefel darauf hängen lassen müssen. Die hier zur Beratung stehende Vorlage interessiert mich nicht eher, bis der Magistrat Veranlassung nimmt, der Sidonienbrücke einen neuen Bohlenbelag zu geben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es kann uns nur angenehm sein, wenn Herr Bunge für die betreffende Vorlage stimmen wird; ich hoffe, daß das geschieht, denn vorgestern ist die Vorlage wegen Instandsetzung der Sidonienbrücke an die Versammlung abgegangen.

Herr Meyerhoff: Herrn Frühling gegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß die Modelle zum Galvanisieren ebenso künstlerisch exakt ausgeführt sein müssen,

als die Modelle, nach denen gegossen werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die geforderte Summe für solche Ausschmückung nicht hoch genannt werden kann, auch halte ich dafür, daß wir mit allen Mitteln danach streben müssen, die Arbeit hier machen zu lassen und zwar so dauerhaft, daß sie Jahrhunderte überdauern möge. Mag man über die Sache denken, wie man will: die historische braunschweigische Tracht ist im Heere verschwunden und zwar wahrscheinlich zu unserer aller Leidwesen. Wenn nun hier dem Volke vorgeführt werden soll, wie die Großväter und Urgroßväter in ihren Uniformen ausgesehen haben, so weckt das die Vaterlandsliebe, und ich glaube, es wird das auch solchen Leuten gefallen, die in manchen Sachen anderer Meinung sind und die ihren Votalpatriotismus bei jeder Gelegenheit zur Schau tragen.

Mein Antrag läßt auch zu, dem Wunsche des Herrn Frühling Folge zu geben und die ganze Sache noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen, damit mit Herrn Rindleben nochmals unterhandelt werden kann. Wenn auch Meister Rindleben unter diesen Verhältnissen nichts an der Arbeit verdienen kann, so wird er doch eine Ehre darin suchen, die Arbeit für seine jetzige Vaterstadt herzustellen und sein Geschäft hochzuhalten. Es kommt in jedem Geschäfte einmal vor, daß jemand in den sauren Apfel beißen und Opfer bringen muß, und dazu hat sich Herr Rindleben auch bereit erklärt.

Herr Frühling: Ich habe nicht von dem hohl-galvanoplastischen Verfahren gesprochen, sondern von der Herstellung der Figuren durch Treibarbeit, auch habe ich von vornherein empfohlen, die Arbeit hier ausführen zu lassen. Wenn das aber geschieht, so können wir getriebene Figuren für den schon bewilligten Betrag mit der außerordentlichen Zuwendung des ungenannten Einwohners bekommen; wollen wir indessen die Figuren gießen lassen, so müssen wir auch die zurzeit noch nicht bekannten Kosten für die größer herzustellenden Modelle tragen. Mir erscheint es bedenklich, das Anerbieten Rindlebens anzunehmen, den Bronzeguß zu demselben Preise auszuführen, wie die Treibarbeit, da Herr Rindleben dann mehr tut, als er pekuniär leisten kann. Ich halte es nicht für richtig, die Preise so zu drücken und meine, daß mit Herrn Rindleben erst noch einmal unterhandelt werden muß, ehe wir uns entscheiden.

Herr Nolte: Um in der Sache weiterzukommen, möchte ich mir folgenden Vorschlag erlauben: wir nehmen den Antrag der Finanzkommission an und sprechen dabei den Wunsch aus, der Magistrat möchte versuchen, die Figuren in Bronzeguß zu bekommen, falls dies für einen nicht zu hohen Preis zu ermöglichen wäre.

Herr Esdorn: Ich bin auch der Meinung, daß Bronzeguß viel teurer zu stehen kommen wird, als hier angegeben worden ist. Wenn wir daher in Treibarbeit etwas Gutes bekommen können, so ist es besser, dabei zu bleiben und das auch beim Herzog Wilhelm-Denkmal angewendete Verfahren zu nehmen.

Herr Meyerhoff: Ich habe meinen Antrag gestellt, weil mir heute morgen jemand gesagt hat, Herr Rinkleben sei erbötig, die Bronzearbeit für denselben Preis auszuführen, wie die Niederschlagsarbeit.

Herr Rieke: Ohne zur Sache selbst sprechen zu wollen, möchte ich nur bemerken, daß man den Künstler im Preise nicht drücken darf, wenn man die Arbeit einem hiesigen Handwerker übertragen will.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Hierbei lehnt die Versammlung den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission ab und genehmigt den Antrag der Finanzkommission auf Ablehnung der mehr geforderten Mittel. Der dahin abgeänderte Antrag Meyerhoff, den Magistrat zu ersuchen, mit Herrn Rinkleben wegen der Herstellung der Figuren in Bronzeßuß in Verhandlung zu treten und der Versammlung sodann mit einer neuen Vorlage zu kommen, wird ebenfalls abgelehnt.

IV. Verlängerung des Kanals der Hildesheimerstraße.

Die Firma G. Scheller & Co. hat als Eigentümerin der hart am Stadtgebiete auf Lehdorfer Feldmark schon vor Jahren errichteten Tintenfabrik beantragt, ihr Grundstück an das städtische Kanalnetz anzuschließen. Nachdem die angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß der Anschluß durch eine von der städtischen Bauverwaltung auf 4000 M veranschlagte Verlängerung des auf der Hildesheimerstraße befindlichen Abzugskanals ermöglicht werden kann, hat sich der Magistrat bereit erklärt, dem Wunsche der Firma unter folgenden Bedingungen stattzugeben:

- 1) Der Kanal wird auf Kosten der Antragstellerin hergerichtet und geht sofort in den Besitz der Stadt über.
- 2) Für die Einleitung der Abwässer hat die Firma eine Extrakanalsteuer zu zahlen, doppelt so hoch, wie sie zu entrichten wäre, wenn der Betrieb auf städtischem Gebiete läge, mindestens aber in einer Höhe von 50 M. Einsteuerten wird der Satz der Abgabe auf 50 M jährlich festgesetzt.
- 3) Die Reinigung und Unterhaltung des Kanals erfolgt auf städtische Kosten seitens der Stadt.
- 4) Der Stadt steht das Recht zu, nach eigenem Ermessen die Mitbenutzung des Kanals sowohl Anliegern der Feldmarksgemeinde Lehdorf, als auch der Stadt Braunschweig zu gestatten, und sie bestimmt gleichzeitig, welcher Kostenbeitrag der Firma Scheller & Co. seitens der betr. Anlieger dann zurückzuerstatten ist. Für eigene Zwecke, insbesondere zur Entwässerung der Straße kann die Stadt den Kanal kostenlos mitbenutzen.
- 5) Die Zurückerstattung der Baukosten seitens der Stadt erfolgt, sobald durch die einfache Kanalsteuer eine Verzinsung der Herstellungskosten zu 4 % eintritt.

Da die Firma Scheller & Co. bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so wird die Versammlung ersucht, das Abkommen gutzuheißen,
was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

V. Ausbau eines Teiles des Bültenweges.

Nachdem die von der Versammlung am 31. März d. Js. — Seite 604 des Berichtes — gutgeheißene Aenderung des Ortsbauplanes, betreffend die Einmündung der Spargelstraße und der Nordstraße in den Bültenweg, endgültig genehmigt worden ist, legt der Magistrat das schon unterm 3. Dezember 1903 unterbreitete, aber wegen der gedachten Aenderung des Ortsbauplanes an den Magistrat zurückgegebene Projekt über den Ausbau des Bültenweges zwischen der Nordgrenze des Grundstücks *N* ass. 3752 und der Einmündung des Langenkampes, nebst Kostenanschlag und Kostenverteilungsberechnung nach Vornahme der durch die Abänderung des Ortsbauplanes notwendig gewordenen Einbesserungen mit dem Ersuchen um Genehmigung wieder vor.

Wie Herr Frühling berichtet, empfiehlt die Baukommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Sander: Ich möchte bitten, den Ausbau der Straße möglichst noch vor Eintritt des Winters ausführen zu lassen. Die Mieter flüchten dort mehr und mehr, weil sie im Winter nicht zu ihren Wohnungen kommen können. Dadurch wird aber in der Gegend eine Masse Kapital entwertet.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

VI. Bewilligung von Mitteln für die neue Haushaltungsschule.

Nachdem Herzogliches Konsistorium die probeweise Einführung des Haushaltungsunterrichtes in der Schule an der Pestalozzistraße, sowie die Annahme einer Hauswirtschaftslehrerin in vorläufig provisorischer Stellung bei den hiesigen Bürgerschulen genehmigt hatte, hat der Magistrat die Einrichtung der Schule so gefördert, daß sie am 13. Juni d. J. hat eröffnet werden können. Störungen im Betriebe sind bislang nicht vorgekommen.

An laufenden Ausgaben wird der Betrieb in diesem Jahre erfordern: für Remuneration der Lehrerin 1100 *M*, für Lebensmittel 700 *M* und für unvorhergesehene Sachen 200 *M*, zusammen 2000 *M*. Die Versammlung wird ersucht, diese Kosten zu bewilligen. Die Kosten der ersten Einrichtung der Schule hat der Magistrat mit 2076,07 *M* bereits auf den Schulhausbaufonds übernommen.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Lord: Nach dem der Vorlage beigegebenen Berichte des Schuldirektors, Prof. Schaarschmidt,

werden in der Schule an jedem Wochentage 20 Mädchen unterrichtet, was zusammen an sechs Wochentagen 120 Mädchen ausmacht. Hiervon besuchen 97 Mädchen die 9. untere Bürgerschule an der Pestalozzistraße und 23 Mädchen die benachbarte 3. untere Bürgerschule an der Sidonienstraße. Alle diese Mädchen werden zu Ostern konfirmiert werden. Es ist die Einrichtung getroffen, daß die Mädchen ihre Kochprodukte an ordnungsmäßig gedeckten Tischen auch verzehren. Pro Kopf der zu unterrichtenden Mädchen werden täglich 15 S für Lebensmittel bewilligt, so daß hierdurch 700 M Kosten erwachsen. Der Unterricht findet in den Nachmittagsstunden von 2—5 Uhr statt, er dehnt sich aber häufig bis 6 Uhr aus.

Mit der Aufsicht über den Unterricht ist der Schulinspektor A. Oppermann betraut worden. In dem Berichte des Schuldirektors wird nun noch ein Betrag von 240 M für das laufende Jahr und von 288 M für jedes folgende volle Jahr gefordert als Entschädigung für den aufsichtführenden Schulinspektor. Dieser von dem Vorstande der städtischen Bürgerschulen gestrichene Betrag ist nach dem Maße bemessen, welchen der aufsichtführende Schulinspektor der städtischen Fortbildungsschule erhält. Die Schulkommission ist der Ansicht, daß die Belastung des aufsichtführenden Schulinspektors eine so umfangreiche ist, um das stadtseitig nicht umsonst verlangen zu können. Ich habe mich bei den Staatsberatungen wiederholt gegen das Remunerationswesen ausgesprochen, aber in diesem Falle, wo dem Herrn eine außer dem Rahmen der Schule liegende neue Arbeit zufällt, kann die Stadt wohl schwerlich verlangen, daß er die Arbeit umsonst übernimmt. Die Schulkommission ist deshalb der Meinung, daß die Versammlung dem Magistrate vorschlagen möchte, diese Ausgabe wieder einzustellen und dem aufsichtführenden Schulinspektor eine Entschädigung von jährlich 288 M — für dieses Jahr wegen der späteren Eröffnung der Schule aber nur 240 M — zu bewilligen. Dem betreffenden Schulinspektor erwächst durch die Kochschule tatsächlich eine ziemlich erhebliche Belastung, indem er sie an den Wochennachmittagen oft beaufsichtigen und auch die Einkäufe der Lehrerin kontrollieren und deren Rechnungslegung entgegennehmen und prüfen muß. Auch hat er die Autorität der Lehrerin, zumal es sich hier um eine Hilfslehrerin handelt, durch seine Persönlichkeit zu stärken zu suchen.

Ich beantrage daher, neben den laufenden Ausgaben von 2000 M noch 288 M für den aufsichtführenden Schulinspektor zu bewilligen. Dabei spricht die Schulkommission noch die Erwartung aus, daß der Magistrat, wenn sich diese Einrichtung bewähren sollte, auf der hier betretenen Bahn bald vorwärtsschreiten und vielleicht schon im nächsten Etat vorschlagen möge, auch noch in anderen hiesigen Bürgerschulen solche Haushaltungsschulen einzurichten.

Der Vorlage wird darauf nach dem Antrage der Schulkommission zugestimmt.

VII. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee.

Bezüglich der projektierten Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee hat die Versammlung am 24. März d. J. — Seite 518 des Berichtes — verschiedene Aenderungen unter dem Vorbehalte genehmigt, daß die Anlieger sich zum Ausbau der Straße verpflichten. Obwohl der Inbenuzungnahme der an ihr errichteten Wohngebäude insofern große Bedenken entgegenstehen, als es dem in die Straße zu verlegenden Entwässerungskanale an der erforderlichen Vorflut fehlt, so haben die Unternehmer aus der Erwägung heraus, daß die Schaffung der Vorflutkanäle um deswillen in nicht allzu ferner Zeit zu erwarten stehe, weil zwei derselben schon in den Neubauetat der Kanalbaukasse aufgenommen seien und der dritte von ihnen selbst einstweilen bezahlt werden könne, dennoch beantragt, einen Vertrag mit ihnen abzuschließen. Dem Antrage des Magistrates, diesen Vertrag zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

VIII. Ausbau der Howaldtstraße zwischen Helmstedter- und Hochstraße.

Nach dem zur Vorlage gelangenden Projekte zum Ausbau der Howaldtstraße zwischen der Hoch- und Helmstedterstraße betragen die Grunderwerbskosten 1800 M, die Baukosten 3700 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger rund 46,60 M für 1 m Frontlänge. Der Magistrat ersucht, den Ausbau nebst dem Kostenanschlag und der Verteilungsberechnung zu genehmigen. Hiernach soll die Straße auf eine Breite von 7,40 m gebracht und derartig ausgebaut werden, daß 4,50 m auf die Fahrbahn und je 1,45 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig hohen Kosten, welche durch Niederlegung und Wiederherstellung der Einfriedigungsmauer des Hildebrandschen Grundstücks entstehen würden, soll von der Zulegung der von diesem Grundstück zur Straße abzutretenden kleinen Fläche von 12 qm Inhalt vorläufig Abstand genommen werden.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Baukommission, für welche Herr Rathe berichtet, wird sie von der Versammlung angenommen.

IX. Ausbau der Howaldtstraße zwischen Hochstraße und der proj. Straße N. 48, sowie Ausbau der letzteren.

Der Magistrat legt ein Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung vor über den Ausbau der Howaldtstraße zwischen Hochstraße und der projektierten Straße N. 48, sowie über den Ausbau der letzteren Straße. Die Kosten des Ausbaues der erstbezeichneten Straßenstrecke sind auf 27 000 M veranschlagt

worden, während die Anlieger 120,³⁰ M für 1 m Frontlänge zu zahlen haben werden. Die Straße soll auf eine Breite von 10 m gebracht und derartig ausgebaut werden, daß 6 m auf die Fahrbahn und je 2 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen.

Die projektierte Straße № 48 zwischen der Giersberg- und der Homaldfstraße soll ebenfalls in einer Breite von 10 m mit 6 m breiter Fahrbahn angelegt werden. Die Grunderwerbskosten belaufen sich auf 8920 M, die Straßenbaukosten auf 7500 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger auf rund 86,⁴⁰ M für 1 m Frontlänge.

Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung beider Straßenprojekte stimmt die Versammlung nach dessen Befürwortung durch die Baukommission, für welche Herr Rathe berichtet, zu.

X. Erwerb einer Fläche zur Hildesheimer- und Roßstraße.

Der Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen der Roß- und der Goslarschenstraße hat der städtischen Bauverwaltung Veranlassung gegeben, darauf hinzuweisen, daß der westliche Fußsteig der Roßstraße bei seiner Einmündung in den Fußsteig der Hildesheimerstraße sich von 4 m auf 3 m verenge und daß es im Interesse des Verkehrs wünschenswert erscheine, ihn durch Hinzunahme einer geringen Fläche des angrenzenden Winkelmannschen Grundstücks zu verbreitern. Diese Anregung der Bauverwaltung erschien dem Magistrate um so beachtenswerter, als der Fußsteig der Hildesheimerstraße an der hier in Betracht kommenden Stelle 4,⁹⁶ m breit ist. Der Magistrat hat deshalb eine 1,4 qm große Fläche des Winkelmannschen Grundstücks zum Einheitspreise von 25 M angekauft und gibt anheim, den Ankauf zu genehmigen. Nach Hinzunahme dieser Fläche würde der Fußweg der Roßstraße eine Breite von etwa 4,5 m erhalten können.

Der Vorlage wird seitens der Versammlung zugestimmt, nachdem Herr Fröhling ihre Genehmigung namens der Baukommission empfohlen hatte.

XI. Ausbau u. einer Verbindungsstraße zwischen Ritterstraße und Delschlägern.

Die Firma Lehmann Oppenheimer & Sohn hat unter Vereiterklärung zur Kostenübernahme die Zulassung einer Verbindungsstraße zwischen Ritterstraße und Delschlägern beantragt. Es ist unschwer zu erkennen, daß eine Durchschneidung des zwischen Delschlägern und Ritterstraße gelegenen Blocks dem öffentlichen Interesse mehr entsprechen würde, wenn sie in der Richtung Alint—Ackerhof erfolgte. Da das aber nur möglich ist nach Erwerb der an der Ritterstraße gelegenen Grundstücke № ass. 2456—2458, die Firma zu solchem Erwerbe indessen nur bereit ist, wenn die Stadt einen entsprechenden, vielleicht auf 42000 M zu bemessenden Zuschuß leistet,

so hält es der Magistrat für richtig, auf diesen Wunsch zu verzichten, weil die Höhe des Zuschusses nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu erwartenden Vorteile stehen würde. Der Magistrat ist der Ansicht, man solle sich mit der von der genannten Firma geplanten und für den betreffenden Stadtteil durchaus vorteilhaften Straßenanlage begnügen, und hat mit ihr wegen Ausbaues dieser Straße einen Vertrag abgeschlossen. An die Versammlung ergeht nunmehr das Ersuchen, diesen Vertrag zu genehmigen und die betreffende Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen, auch für den Delschlägern bei Einmündung der neuen Straße eine anderweite Baulinie zu genehmigen.

Zu dem Vertrage wird noch bemerkt, daß die Firma das sämtliche zum Ausbau der geplanten Straße erforderliche, sowie das nach der beantragten Aenderung der Baulinie für den Delschlägern dieser Straße zuzulegende Terrain der Stadt unentgeltlich überweist mit Ausnahme zweier Flächen. Der Erwerb dieser Flächen würde der Stadt zur Last fallen, doch scheint es dem Magistrate unbedenklich, ihn bis zur Niederlegung der darauf befindlichen Gebäude zu verschieben.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Meyerhoff: Die Genehmigung der Vorlage kann nur warm empfohlen werden. Es wird dadurch auch in absehbarer Zeit die Möglichkeit geschaffen, die Straße nach der Promenade durchzuführen und dadurch den Verkehr des Magnitores zu entlasten. Bei den beiden stadtfseitig zu erwerbenden Flächen handelt es sich um etwa 1½ qm umfassende Abschnitte von Grundstücken an der Ritterstraße.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XII. Verkauf einer Fläche der alten Höfenstraße.

Die vor dem Grundstücke des Herrn Schlegel an der Höfenstraße gelegene und verfügbar gewordene alte Straßenfläche von 8 qm wünscht Herr Schlegel zum Einheitspreise von 8 M zu kaufen. Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung beantragt der Magistrat, dem Verkaufe zuzustimmen und auch die daran geknüpfte Bedingung zu genehmigen, daß die Stadt die Umsetzung der vorhandenen Einfriedigung auf die neue Straßengrenze übernehme.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Rietke berichtet, genehmigt.

XIII. Anlage einer Wasserleitung für den Burggraben.

Schon im Jahre 1901 hat die städtische Bauverwaltung angeregt, das Wasser des Heinrichsbrunnens mittels einer Rohrleitung in den östlich der Burg Dankwarderode gelegenen Graben zu leiten. Das damals aufgestellte Projekt zu 3500 M fand aber nicht die Zustimmung des Magistrates. Bei Prüfung der Frage, ob die Zuführung des Wassers nicht in billigerer Weise mittels einer

eisernen Druckrohrleitung möglich sei, hat sich herausgestellt, daß schon eine 60 mm weite gußeiserne Rohrleitung genügt, und sich deren Herstellungskosten auf 2100 M ermäßigen lassen. Hierdurch würde erreicht werden, daß dem Burggraben ständig frisches Wasser zugeführt und eine Erneuerung des ganzen Wassers anstatt wie bisher nach je fünf Wochen bereits nach Verlauf von vier Tagen eintreten würde. Nach einer Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums soll diese Zuleitung nunmehr auf Kosten des Fonds zur Errichtung eines Denkmals für den hochseligen Herzog Wilhelm erfolgen, der Magistrat gibt daher anheim, zu genehmigen, daß die Zuleitung in den in Betracht kommenden städtischen Straßen verlegt werde.

Dem Antrage wird von der Versammlung entsprochen, nachdem ihn Herr Frühling namens der Baukommission warm befürwortet hatte.

XIV. Ersatzwahlen für verschiedene Deputationen.

Nachdem der Stadtverordnete Herr Bruno Lange zum Mitgliede des Magistrates erwählt worden ist und damit die ihm übertragenen Mandate als Mitglied 1. der Partideputation, 2. des Vorstandes der Oberrealschule, 3. der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke und 4. der Quellwasserdeputation erloschen sind, ersucht der Magistrat, die erforderlichen Ersatzwahlen vorzunehmen.

Die durch Stimmzettel vorgenommenen Wahlen hatten, nachdem Herr Blasius über die Vorschläge zur Ersatzwahl berichtet hat, folgendes Ergebnis:

Bei der Wahl eines Mitgliedes der Partideputation erhalten die Herren Günther 11, Koch 8, Ribbentrop 5 und Wolters 2 Stimmen; es muß daher Stichwahl zwischen den Herren Günther und Koch stattfinden. Hierbei wird Herr Koch mit 14 Stimmen gewählt, während Herr Günther 12 Stimmen erhält.

Zum Mitgliede des Vorstandes der Oberrealschule wählt die Versammlung Herrn Schöttler mit 15 Stimmen, während Herr Günther 11 Stimmen erhält.

In die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke wird Herr Probst mit 14 Stimmen gewählt, während 12 Stimmen auf Herrn Ohlendorf entfallen.

Bei der Wahl eines Mitgliedes der Quellwasserdeputation erhalten Herr Wesemeier 13 und Herr Probst 12 Stimmen, während ein Zettel unbeschrieben ist. Die Versammlung tritt der Anschauung des Herrn Oberbürgermeisters bei, daß der unbeschriebene Zettel als ein gültiger nicht anzusehen sei und daher Herr Wesemeier die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinige. Herr Wesemeier gilt demnach als gewählt.

XV. Uebernahme von Privatarbeit durch zwei städtische Beamte.

Die Gemeinde Braunlage wünscht von dem Direktor der städtischen Licht- und Wasserwerke, Herrn von Feilisch, ein fachmännisches Gutachten über die zur Errichtung einer Steinkohlengasanstalt vorliegenden Bauprojekte. — Außerdem beabsichtigt der Magistrat in Schöningen, den Ingenieur Herrn Beuthner für den Neubau der dortigen Gasanstalt mit der Stelle eines Sachverständigen zu beauftragen. Als solcher würde Herr Beuthner während der Ausführung und Aufstellung der Defen und Apparate, die höchstens drei Monate beansprucht, wöchentlich einen Besuch zu machen haben, der sich auf die Nachmittagsstunden beschränken kann.

Den Anträgen der beiden Herren auf Genehmigung zu der Annahme der Nebenbeschäftigung schließt sich der Magistrat an.

Die Genehmigung wird auf Befürwortung der Statutenkommission, für welche Herr Blasius berichtet, erteilt,
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¹/₄ Uhr.

1904/1905.N^o 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Oktober 1904.

Tagesordnung:

I.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	Seite 250
II.	Einrichtung von Wasserlosetts für verschiedene Schulen	" 251
III.	Verbreiterung der Sidonienbrücke	" 251
IV.	Errichtung einer statistischen Stelle.	" 252
V.	Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters	" 259
VI.	Ausbau der Hochstraße	" 261
VII.	Instandsetzung eines Theiles des Megidienmarktes.	" 262
VIII.	Erweiterung der Wasserfassung des neuen Wasserwerkes	" 263
IX.	Beschaffung von Mitteln für die Gemeine Kirchenkasse	" 278
X.	Bauprojekt für ein Lehrerinnenseminar u.	" 282
XI.	Neueinrichtungen für das Gaswerk	" 290
XII.	Erweiterung der Oberrealschule	" 291
XIII.	Ausbau u. eines Theiles der Kramerstraße	" 293
XIV.	Erklärung der Hohnalt- und einer angrenzenden Straße zu Ortsstraßen	" 293
XV.	Beschwerde des Herrn Kalms wegen der Gaslieferung	" 294
XVI.	Antrag Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße	" 297
XVII.	Antrag Bunge: Beseitigung der Schuttentladestelle an der Laffertstraße	" 298
XVIII.	Antrag Jasper u. Gen.: Stellung des Magistrates zur Einheitschule	" 298

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Asmann, Blasius, Buchler, Frühling, Günther und Nolte. Ausgeschieden wegen Fortzuges Herr Herzberg.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet und leitet die Versammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Herr Vorsitzende folgende Eingänge bekannt:

- 1) Einladung des Bismarckbundes zu dem am 8. Oktober d. Js. aus Anlaß des hier tagenden Deutschen Bismarckbundes stattfindenden Kommerse.
- 2) Mitteilung des Magistrates in Sachen der Waldspiele: In der Sitzung vom 21. April d. Js. — Seite 36 des Berichtes — sei der Magistrat ersucht worden, Gutachten darüber einzufordern, ob die Waldspiele mit dem Schulunterrichte in Verbindung gebracht werden könnten. Der Schuldirektor Professor Schaarschmidt, zur gutachtlichen Äußerung darüber aufgefordert, schreibt: „Die Verbindung der Waldspiele mit dem Schulunterrichte ist nicht zu empfehlen. Die Schule darf nicht neue, über ihre Aufgaben weit hinausreichende Aufgaben übernehmen; sie hat schon mehr als genug zu tun, um den an sie gestellten Anforderungen möglichst gerecht zu werden. Die Waldspiele gedeihen am besten außerhalb der Ordnungen und Geseze der Schule bei möglichster Bewegungsfreiheit und unter tunlichst weitgehender Mitwirkung außerhalb der Schule stehender Persönlichkeiten. Die Schulaufsichtsbeamten können die Verantwortung für die Waldspiele nicht übernehmen, sie sind durch ihr Hauptamt, sowie durch die Fortbildungsschulen reichlich in Anspruch genommen. Außerdem haben sie die Sommerferien ebenso nötig zu ihrer Erholung wie die Lehrer und Lehrerinnen. Die Waldspiele müssen getragen und gestützt werden durch das Interesse des großen Publikums, deshalb muß dasselbe auch den größten Teil der erforderlichen Geldmittel aufbringen. Die städtischen Behörden sind zum Unterhalt der segensreich wirkenden Waldspiele nicht verpflichtet, so sehr auch deren materielle Unterstützung zu wünschen ist.“

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hat sich diesen Ausführungen angeschlossen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Vorsitzender: Eine Anzahl Gesuche hat noch zurückgestellt werden müssen, weil der betreffende Stadtplan, den Wünschen der Versammlung entsprechend, erst

noch mit den Hausnummern derjenigen Gebäude versehen werden soll, die an der Grenze des Nachtwächterbeganges liegen.

Ein Gesuch ist dagegen schon heute spruchreif, nämlich das des Polizeiinspektors Bussenius, der um Erlaß der Steuer für die Wachhunde gebeten hat. Nach der Mitteilung des Magistrates nützen diese Wachhunde im unmittelbaren Dienste der Stadt so viel, daß der Erlaß der Hundesteuer angesichts dieser, der Stadt direkt geleisteten Dienste wohl angebracht erscheint. Die Statutenkommission gibt daher anheim, diese Steuer zu erlassen.

Herr Wesemeier: Ich muß mich gegen diesen Antrag erklären, weil die Hunde nicht Eigentum einer Behörde, sondern Privateigentum des Polizeiinspektors Bussenius sind, der den Nachtwächtern die Hunde zum Mitführen übergeben hat. In der Dienstanweisung der Nachtwächter ist aber nicht die Rede davon, Hunde mitführen zu müssen, trotzdem hat man ihnen die Hunde, welche sie gern wieder los werden möchten, aufgebürdet. Es handelt sich hier also um ein Privatvergnügen des Polizeiinspektors Bussenius, für das die Stadt ihre Steuern erheben muß.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf angenommen.

II. Einrichtung von Wasserklosetts für verschiedene Schulen.

Unter Vorlegung der Projekte und Kostenanschläge über die Einrichtung von Klosetts mit Wasserspülung in verschiedenen Schulen ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß im nächsten Rechnungsjahre solche Klosetts angelegt werden in den Bürgerschulen an der Osterstraße, am Bültenwege, am Hohenstiege und an der Sophienstraße mit einem Aufwande von 7300 M, 7500 M, 4400 M und 7000 M, zusammen 26 200 M und in der Oberrealschule mit einem Aufwande von 3600 M.

Auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Niese berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

III. Verbreiterung der Sidonienbrücke.

Die städtische Baubehörde legt einen Entwurf zur Verbreiterung der Sidonienbrücke, bestehend in Kostenanschlag und Plänen, mit dem Bemerkten vor, daß die Kosten, welche auch eine Erneuerung der Geländer und des Brückenbelages, sowie eine Abänderung der ungünstigen Gefälleverhältnisse der jetzigen Brücke umfassen, auf 4000 M veranschlagt worden sind. Für die Brücke, welche zurzeit eine nutzbare Breite von 2,40 m besitzt, ist eine Verbreiterung auf 4,60 m vorgesehen und zwar hauptsächlich unter Verwendung alter Hölzer. Zu diesem Zwecke ist die Verlängerung der alten, je 3 Pfähle enthaltenden Brückenjoche durch Einrammen von zwei weiteren Pfählen und durch Verlängerung der Holme auf das Maß von 5,60 m und die Verlegung von weiteren Tragbalken in jeder der

5 Brückenöffnungen in Aussicht genommen. Außerdem wird beabsichtigt, das Steigungsverhältnis der beiden stadtsseitig gelegenen Öffnungen zu verringern und bis auf das Verhältnis von 1:25 zu bringen. An Stelle des jetzt vorhandenen und vollständig abgängigen Bohlenbelages ist die Ausführung eines Belages von Gußasphalt auf Gerloffs Stabfußboden in Aussicht genommen.

Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung dieses Projektes zuzustimmen und die veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Herr Bues (Berichterstatter): Die Baukommission hat den Standpunkt eingenommen, daß ein eisernes Geländer sicherer und besser und dem Verfall nicht so leicht unterworfen wäre, wie ein hölzernes, weshalb sie beantragt, ein eisernes Geländer zu nehmen und dafür 500 M mehr zu bewilligen. Außerdem ersucht sie, als Belag der Brücke Monnier-Platten zu nehmen, wodurch sich 1000 M ersparen lassen. Im übrigen wird anheimgegeben, der Vorlage zuzustimmen, und die Gesamtkosten mit 3500 M zu bewilligen.

Herr Bunge: Es ist erfreulich, daß man etwas an der Brücke bessern will, da sie sich in einem so schlechten Zustande befindet, daß notgedrungen etwas geschehen muß. Richtiger wäre es aber, wenn gleich von vornherein in Aussicht genommen würde, die Brücke befahrbar herzustellen. Bei Durchführung der Magistratsvorlage kann es sich doch nur um ein Provisorium handeln, weil später ohne Zweifel eine befahrbare Brücke hergestellt werden muß. Ich beantrage daher:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Sidonienbrücke so herstellen zu lassen, daß sie auch befahren werden kann.“

Herr Stadtrat Meyer: Diese Frage ist bereits in der Kommission behandelt worden, und auch der Magistrat hat sie schon in den Kreis seiner Erörterungen gezogen. Der Wunsch nach einer befahrbaren Brücke ist wohl allgemein, aber er muß trotzdem zurückgestellt werden, weil die angrenzende Wallpromenade nicht mit Lastfuhrwerk befahren werden darf und daher das Fahren an der Sidonienstraße zu Ende sein würde. Bevor wir vom Staate nicht die generelle Erlaubnis erhalten, die Promenadenstrecke befahren zu dürfen, würde eine Fahrbrücke nur eine dekorative Bedeutung haben. Deshalb beschränken wir uns jetzt lieber und bewilligen die Mittel zu einer Fußgängerbrücke. Der von der Baukommission vorgeschlagenen Aenderung bezüglich des Geländers stimmt der Magistrat gern zu.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Bunge abgelehnt und der Antrag der Baukommission angenommen.

IV. Errichtung einer statistischen Stelle.

Auf Anregung der Versammlung in der Sitzung vom 18. Februar d. Js. — Seite 395 des Berichtes — ist der Magistrat der Frage näher getreten, ob es

zweckmäßig sei, statistische Erhebungen über städtische Angelegenheiten im weiteren Umfange als bisher anzustellen, und hat diese Frage bejaht. Er ist grundsätzlich geneigt, eine Einrichtung zu treffen, durch die in umfassender Weise die Sammlung und Verarbeitung statistischen Stoffes aus dem Gebiete der verschiedenen städtischen Verwaltungszweige ermöglicht wird. Im Gegensatz zu einer Reihe anderer Städte trägt der Magistrat einstweilen noch Bedenken, ein besonderes statistisches Amt mit einer gewissen Selbständigkeit ins Leben zu rufen, sondern er hält es für wünschenswert, dem Beispiele der Stadt Görlitz folgend, zunächst in Angliederung an die übrigen seitens des Magistrates wahrzunehmenden Geschäfte eine städtische statistische Stelle zu schaffen, deren Leitung unter seiner Oberaufsicht einem bestimmten Magistratsmitgliede obliegen und deren Geschäftsführung, abgesehen von der nötigen Schreibhilfe, durch einen Bureaubeamten besorgt werden würde. Bei dieser Art ihrer Gestaltung wird sich die statistische Stelle nach der Ansicht des Magistrates am leichtesten in den Rahmen der städtischen Verwaltungstätigkeit einfügen und im Verkehr gegenüber den einzelnen Abteilungen am wenigsten zu Reibungen Anlaß geben. Auch ist die Gleichstellung der statistischen Stelle und ihres Leiters mit denen an anderen Orten, wo statistische Ämter bestehen, innerhalb des Verbandes Deutscher Städte-Statistiker nach den mit dessen Vorstände gepflogenen Verhandlungen zu erwarten.

Die Tätigkeit dieser statistischen Stelle würde etwa folgende Sachen zu umfassen haben:

- 1) Die Mitwirkung bei der Bearbeitung und Herausgabe von Verbandsberichten in bestimmten Zwischenräumen.
- 2) Die Beantwortung der Fragen, welche alljährlich seitens des Verbandes Deutscher Städte-Statistiker an die beteiligten Städte gestellt und hauptsächlich bei der Herausgabe des statistischen Jahrbuches Deutscher Städte verwertet werden.
- 3) Die Mitwirkung bei Volks-, Berufs- und Gewerbebezählungen.
- 4) Die Aufstellung einer Statistik der Löhne der in städtischen Betrieben beschäftigten Personen, ihrer Arbeitsverhältnisse zc., sowie ähnlicher statistischer Arbeiten, deren Verwertung für die städtischen Behörden von Bedeutung ist.

Was die Kosten der Einrichtung anlangt, so kommt dabei in erster Linie die Besoldung eines Bureaubeamten in Betracht, der mit der Ausfertigung des ihm überwiesenen Stoffes voll beschäftigt sein wird. Der Magistrat hält es für angängig, diesen Beamten der Abteilung XV (Bureaugehilfen mit einem Gehaltsätze von 1500—2900 M) einzureihen. Durch die Unterbringung der statistischen Stelle im Rathause entstehen keine besonderen Kosten, jedoch sind noch die Ausgaben für Schreibarbeiten, Drucksachen, Porto zc. zu berücksichtigen.

Die Versammlung wird ersucht, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1905 ab hier eine statistische Stelle in der angegebenen Weise eingerichtet werde.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Schöttler: Die Kommission ist der Ansicht, daß der Weg, welchen der Magistrat einschlagen will, um die für uns erwünschten statistischen Daten zu gewinnen, als richtig betrachtet werden muß. Es erschien der Kommission auch zweckmäßig, wenn ein solches statistisches Amt sich allmählich je nach dem wachsenden Bedürfnisse entwickle und nicht sofort fertig dastehe. Wir haben heute tatsächlich gar keine Unterlagen dafür, welche Aufgaben und welche Arbeitslast dem neuen Amte erwachsen werden. Da wir aber den Umfang der Arbeiten zu wenig kennen, so erscheint es richtiger, wenn man die Sache nicht schon von vornherein großartig in Szene setzt, sondern die Einrichtung in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise trifft, und sieht, was sich daraus entwickeln wird. Wir haben es ja in der Hand, die Stelle zu vergrößern, wenn sie nicht leistet, was sie leisten soll. Von einer Seite wurde diesem Punkte in der Kommission wohl zugestimmt, jedoch dabei der Wunsch ausgesprochen, man möchte an die Spitze der Stelle nicht ein Magistratsmitglied, sondern von vornherein einen Mann mit hervorragenden Kenntnissen als Statistiker stellen, der auch die sozialen Verhältnisse übersehe, so daß er mehr selbständig arbeiten könne, während ein Bureaubeamter nur auf Anweisung arbeiten werde und in der Hauptsache doch wohl nur zu dem Zwecke da sei, um die mehr mechanischen Arbeiten auf sich zu nehmen. Die Kommission ist indessen in ihrer großen Mehrheit der Ansicht, es vorläufig bei den Vorschlägen des Magistrates zu belassen und zwar mit Rücksicht auf die in der Vorlage angeführten Gründe. Ich gebe daher anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Jasper: Wir haben hier wieder einmal das Schauspiel, daß die sämtlichen Herren an sich sehr geneigt scheinen, einem Antrage zuzustimmen und alles mögliche zu tun, um Braunschweig so zu stellen, wie man es von einer Großstadt verlangen kann und wie es sich seit Jahren in anderen Großstädten bewährt hat, daß sie aber, wenn es an die praktische Ausführung gehen soll, allerlei Bedenken haben und meinen, wir hätten noch keine Erfahrungen gemacht und es könne das, was andere Städte in gleicher Lage erfahren haben, für uns nicht maßgebend sein, sondern wir müßten langsam, so langsam vorgehen, daß von einem Fortschritte gar keine Rede mehr sein kann. Es kann aber von großem Nachteil für eine Gemeinde sein, eine Sache zu langsam zu behandeln, so löblich es andererseits auch sein mag, an eine gewagte Sache zu schnell heranzutreten. Bei der hier in Frage stehenden sozialpolitischen Aufgabe halte ich jedenfalls ein zu langsames Vorgehen für recht schädlich, denn wenn wir der Magistratsvorlage folgen, bleibt im Grunde genommen alles beim alten. Die Aufgaben, welche die

statistische Stelle nach den Vorschlägen des Magistrates haben soll, sind keine anderen, als die Magistratsmitglieder jetzt schon gehabt haben. In Zukunft soll ein einziges Magistratsmitglied insbesondere dazu berufen sein, die Arbeiten zu leiten, und während bisher eine ganze Reihe von Bureaubeamten hin und wieder mit diesen Arbeiten beschäftigt wurde, sollen sie jetzt auf einen Bureaubeamten übertragen werden. Es handelt sich also um eine Verschiebung der Arbeiten innerhalb der Beamtschaft, aber eine Erweiterung der Aufgaben, eine größere und umfangreichere Gestaltung derselben soll nicht eintreten. Daß aber die bisherige Einrichtung nicht zureichend war, hat sich gerade bei dem Anlaß gezeigt, welcher die Grundlage zu dem Antrage auf Einrichtung eines statistischen Amtes bildete, bei der Aufstellung einer Lohnstatistik über die städtischen Arbeiter. Hierbei haben die untergeordneten Stellen nur mit großen Schwierigkeiten die Unterlagen zusammenstellen können, um der Versammlung einen Ueberblick über die Lohnverhältnisse zu ermöglichen, den der Magistrat vielleicht schon ohnedies gehabt hat, der ihm aber trotzdem noch recht gut zustatten gekommen ist. Aber auch noch andere, bereits früher erwähnte Aufgaben sind vorhanden, die dem Amte obliegen würden. Vor allem kann die zu erwartende Berufs- und Gewerbebezahlung nicht so nebenher erledigt werden, wenn sie den städtischen Interessen dienstbar gemacht werden soll. In anderen Städten von gleicher Größe hat man längst erkannt, wie wertvoll eine solche Statistik, insbesondere auch die Wohnungs- und Gesundheitsstatistik ist. Wenn auch die Stadt Görlitz sich anderweit behelfen mag, so weise ich doch darauf hin, daß Magdeburg, Hannover, Hamburg, Köln a. Rh. 2c. statistische Ämter haben mit einem wissenschaftlich gebildeten Herrn an der Spitze, der in gewissem Umfange selbständig handeln und die Arbeiten wissenschaftlich angreifen kann, ohne sich auf ihre rechnerische Bearbeitung beschränken zu müssen. Ein Magistratsmitglied kann diesem Amte neben seinen sonstigen Berufsgeschäften nicht die nötige Sorgfalt widmen. Ich beantrage daher,

ein vollkommenes statistisches Amt mit einem wissenschaftlich gebildeten Beamten und dem nötigen Bureaupersonal einzurichten, sowie die hierzu erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die von Herrn Jäpper erhobenen Vorwürfe, dahingehend, daß der ursprüngliche Antrag von der Mehrheit der Versammlung angenommen worden sei und man nachher vor der Ausführung des Beschlusses zurückschrecke, sind nicht zutreffend. Der Antrag, hier ein statistisches Amt einzurichten, ist nicht angenommen worden, sondern man hat sich im Gegenteil in der Finanzkommission sowohl, als auch in der Vollversammlung mit den Vertretern des Magistrates auf einen mit der jetzigen Stellungnahme übereinstimmenden Standpunkt gestellt und beschlossen, es möchte in Zukunft in ausgedehnterem Maße als bisher die Aufstellung von statistischem Material erfolgen

und eine entsprechende Vorlage gemacht werden. Das ist geschehen, und es läßt sich auch wohl annehmen, daß die Mehrheit der Vorlage zustimmen wird. Herr Jasper hat allerdings insofern recht, als er meint, es gehe hier, wie vielfach auch anderwärts, daß einem der Sperling in der Hand lieber sei, als die Taube auf dem Dache. Das statistische Amt werden wir vielleicht auch in nicht zu ferner Zeit bekommen, aber zunächst wollen wir dafür eine Grundlage schaffen und Material sammeln, um uns zu befähigen, über die Leistungsfähigkeit der Stelle einen Ueberblick zu gewinnen. Wir wollen nicht unbedacht vorgehen, sondern besonnen weiter schreiten zu dem zu erreichenden Ziele.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen war es dem Magistrate schlechterdings unmöglich, der Versammlung in so ausgiebiger Weise mit statistischem Material aufzuwarten, als es in deren Wünschen lag; haben wir aber erst eine statistische Stelle, so ist damit eine Grundlage geschaffen, um den Wünschen der Herren besser als bisher gerecht werden zu können. Es versteht sich dabei von selbst, daß zuzeiten der Berufs-, Gewerbe- und Volkszählungen der statistischen Stelle noch weiteres Hilfspersonal überwiesen werden wird. Die Herren können daher getrost der Vorlage zustimmen und vertrauen, daß die statistische Stelle sich bemühen wird, dasjenige Material zu schaffen, welches den Wünschen der Herren entspricht.

Herr Esdorn: Mir ist der Sperling in der Hand auch lieber, als die Taube auf dem Dache. Trotzdem teile ich aber in mancher Beziehung die Ansicht des Herrn Jasper, da ich kaum glauben kann, daß ein derartiges wichtiges Amt noch von einem Magistratsmitgliede, das schon stark beschäftigt ist, nebenher verwaltet werden kann. Diese Sache ist überhaupt von einer so weitgehenden Bedeutung, daß ich den früher ausgesprochenen Wunsch hier wiederholen muß, derartige wichtige Vorlagen den Stadtverordneten vorher in Abschrift zugehen zu lassen. Mir ist es unmöglich, dem Vortrage des Herrn Referenten zu folgen und mich daraufhin sogleich in der Sache schlüssig zu machen, sondern ich würde es für richtiger halten, eine solche Frage erst einmal im Hause zu überlegen.

Vorsitzender: Da bin ich aber doch anderer Ansicht. Die Vorlage ist so einfach und so verständlich, daß ich nicht begreife, wie jemand darauf kommen kann, sie vervielfältigen lassen zu wollen. Ich lasse doch gewiß viele Vorlagen vervielfältigen, aber bei dieser einfachen Sache ist mir der Gedanke wirklich nicht gekommen.

Herr Jasper: Herr Stadtrat von Frankenberg hat Gründe dafür, weshalb nicht schon jetzt ein statistisches Amt eingerichtet werden soll, nicht gegeben, sondern er hat nur erklärt, wir sind im Magistrate der Meinung und die Mehrheit der Versammlung wird auch der Meinung sein, daß eine statistische Stelle vorläufig genügt. Er hat sich also ohne weitere Ueberlegung auf den Machtstandpunkt

gestellt und gesagt, wir haben für unsere Ansicht die Mehrheit; Gründe aber dafür, weshalb die Mehrheit mit dem Magistrate dieser Ansicht ist, hat er nicht vorgebracht, sondern er hat nur gesagt, wir haben in der Sache noch keine Erfahrungen und der Sperling in der Hand ist mir lieber, als die Taube auf dem Dache. In anderen Städten sind doch aber Erfahrungen genug gesammelt und die statistischen Aemter haben dort ihre Aufgabe zum Wohl der Städte gelöst; es ist daher nicht einzusehen, weshalb die guten Erfahrungen anderer Städte nicht auch unserer Heimatsstadt nutzbar gemacht werden sollen. Selbstverständlich ist mir auch etwas lieber, als gar nichts, aber etwas Vollkommenes ist mir lieber als etwas Mangelhaftes. Da also Gründe gegen meinen Antrag nicht vorliegen, sondern höchstens der Mehrheitsstandpunkt maßgebend sein soll, so habe ich keine Veranlassung, den Antrag fallen zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es liegt mir fern, Herrn Dr. Jasper überzeugen zu wollen; ich muß mich aber dagegen verwahren, daß Gründe für die Vorlage nicht vorhanden gewesen wären. Ein etwas aufmerksameres Zuhören bei dem Referate des Herrn Schöttler würde Herrn Jasper wohl vor diesem Vorwurfe bewahrt haben. Im Interesse der Versammlung werde ich die in der Magistratsvorlage enthaltenen Gründe hier aber nicht noch einmal zu wiederholen brauchen. Die dort angeführten Gründe gipfeln keineswegs in der Finanzfrage, sondern es sind wohl erwogene persönliche Gründe. Wir scheuen eben die Möglichkeit, daß ein mit den hiesigen Verhältnissen nicht bekannter Herr mit seinen statistischen Kenntnissen hier gleich festfährt und gegen die Verwaltungsgrundsätze des Magistrates verstößt. Das sind Gründe, die wohl nicht jedermann überzeugen, aber doch sich hören lassen können.

Herr Hauswaldt: Ich kenne die Gründe des Magistrates nicht, gehöre aber zu der Mehrheit der Versammlung, die auf ihre Macht pocht ohne jeden Verstand, wie Herr Jasper sagt. Ich folge aber trotzdem nicht der Menge, sondern habe meinen Standpunkt aus besonderen Gründen eingenommen. Ich kenne eine große Statistik, nämlich die meines Berufsartikels, welche sich langsam ausgebildet hat und die ihre großen Vorzüge, aber auch ihre großen Nachteile hat. Wenn ich auch sehr viel für die Statistik über habe, so weiß ich andererseits doch auch, daß sie eine sehr gefährliche Wissenschaft ist; Sie können mit einer Statistik beweisen, was Sie wollen, und ich mache mich anheischig, damit das Gegentheil von dem zu beweisen, was schon mit ihr bewiesen worden ist. Jedenfalls würde ich es für verfehlt halten, hier jemand an die Spitze eines statistischen Amtes zu stellen, der unsere Verhältnisse nicht kennt. Was Hannover, Köln a. Rh., Hamburg zc. mit ihrer viel größeren Einwohnerzahl in dieser Beziehung tun, kann uns gleichgültig sein. Wenn sich das Institut langsam ausbildet, so wird es auch bald nötig sein, an dessen Spitze einen sachmännisch gebildeten Mann zu stellen, zumal dieser heut-

zutage fast für denselben Preis zu haben ist, wie ein Subalternbeamter, aber zurzeit halte ich es noch für gänzlich überflüssig. Ich habe auch gefunden, daß sich solches Institut viel besser einführt, wenn man es klein beginnt, als wenn es gleich groß eingesetzt wird. Wir sind in unseren Anschauungen gar nicht so weit auseinander, denn die berühmte Mehrheit will dem Institute nur eine gewisse Entwicklungszeit gönnen und es erst dann voll einsetzen.

Herr Wesemeier: Der Herr Referent bemerkte zur Begründung des Antrages der Kommission, daß man noch nicht wisse, welche Arbeitslast der einzurichtenden Stelle erwachsen würde. Diese Arbeitslast ist aber vollständig bekannt aus den Erfahrungen, welche man an anderen Orten längst gesammelt hat und aus der Notwendigkeit, die sich auch hier schon herausgebildet hat. Denken Sie an die Wohnungsenquête und an die damit in Verbindung stehenden Arbeiten der Herren Dr. Henking und Dr. Reck. Welchen Wert hat nicht schon diese geringe Statistik. Die beiden Herren haben auch den Wunsch geäußert, es möchten größere Bezirke, möglichst aber die ganze Stadt untersucht werden, um ein einheitliches Bild zu schaffen. Heute wissen wir nicht, wieviele bewohnbare und bewohnte Räume wir in der Stadt haben, wieviele Personen in einem Raume wohnen usw. Welche große Arbeitslast erfordert diese Feststellung allein! Es müßten auch die Preise der zum Lebensunterhalte käuflichen Artikel festgestellt und veröffentlicht werden, was hier bislang nicht geschehen ist. In der kleinen Stadt Schöningen z. B. werden in gewissen Zwischenräumen die Preise für Brot, Butter etc. veröffentlicht. Das halte ich auch für eine Aufgabe des statistischen Amtes. Wenn solche Veröffentlichungen auch manchen Geschäftsmann vor den Kopf stoßen mögen, so halte ich sie doch für notwendig und ersprießlich. Einen eigentümlichen Standpunkt nimmt in dieser Sache Herr Hauswaldt ein, wenn er meint, es sei sehr gefährlich, mit einer Statistik zu arbeiten. Wahrscheinlich hat diese Ansicht die Mehrheit am meisten bei ihrer Stellungnahme geleitet. Wenn aber von der Stadtverwaltung eine wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit an die Spitze eines statistischen Amtes gesetzt wird, so muß man doch das Vertrauen zu ihr haben, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen das vorliegende Material bearbeitet und damit an die Öffentlichkeit tritt. Sofern man aber solches Material für äußerst gefährlich erklären will, so gewinnt die ganze Geschichte dadurch von vornherein ein zweifelhaftes Gesicht. Wir haben in anderen Städten auf diesem Gebiete schon genug Erfahrungen gesammelt und wünschen, daß in der Stadt Braunschweig, die doch auch mit der Zeit eine Großstadt geworden ist, etwas mehr auf statistischem Gebiete geschieht, als bisher. Weshalb wollen wir aber bei solcher Sachlage noch so furchtbar vorsichtig sein und vorläufig noch kein statistisches Amt einsetzen? Die materiellen Gründe können dabei doch unmöglich ausschlaggebend sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Wohnungsenquête hat Herr Wese-meier zu Unrecht mit dieser Frage verquidelt. Die Herren haben selber den Beschluß gefaßt, daß diese Sache dem Branddirektor übertragen werden soll, und ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß dazu ein Techniker gehört, während daneben das statistische Bureau das gefundene Material verwerten kann. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß wir uns hier um des Kaisers Bart streiten: Sie wollen an der Spitze des Bureaus einen wissenschaftlich gebildeten Mann haben und wir stellen Ihnen solchen zur Verfügung. Wenn der Magistrat hinterher zu der Ueberzeugung kommt, daß diese neue Arbeit seinem Mitgliede zu viel wird, so werden wir Ihnen schon von selbst mit dem Antrage auf Einstellung eines fachwissenschaftlich gebildeten Beamten kommen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten und dabei der Antrag Jasper abgelehnt, der Antrag der Statutenkommission aber angenommen.

V. Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters.

Zu den Kosten der Beleuchtung und Bedienung der in der Umgebung des Herzoglichen Hoftheaters angebrachten, indessen zur Straßenbeleuchtung nicht erforderlichen Gaslaternen hatte auf Grund eines im Jahre 1862 abgeschlossenen Vertrages die Herzogliche Hoftheater-Intendantur bisher einen jährlichen Beitrag von 480 M zu zahlen. Mit Zustimmung der Versammlung in der Sitzung vom 10. Januar 1901 — Seite 183 des Berichtes — ist dieser Vertrag während der Dauer des Umbaues des Theaters außer Kraft gesetzt worden. Nach beendetem Umbau sind am Theater jetzt mehr Laternen als früher aufgestellt worden, und es liegen überdies, nachdem der Vorbau geschlossen, die innerhalb desselben angebrachten drei Laternen im Gebäude selbst. Da Gasmesser in die einzelnen Leitungen nicht wohl eingebaut werden können, so muß mit der Herzoglichen General-Hofintendantur ein neues Abkommen getroffen werden. Dabei ist vorgesehen, daß die Bedienung und Unterhaltung der Laternen und Glühstrümpfe fortan seitens der Intendantur bewirkt wird, so daß sich der für die einzelne Laterne zu zahlende Zuschuß nicht unerheblich ermäßigt. Während nun die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke den seitens des Hoftheaters zu zahlenden Beitrag auf 681 M ermittelt hat, ist derselbe von der General-Hofintendantur, unter Abzug von 516,50 M Unterhaltungskosten auf 421,50 M ermittelt worden.

Wenn der Magistrat auch die Berechnung der Deputation für richtig hält, so ist er doch der Ansicht, daß es sich im Hinblick auf die großen Vorteile und Unannehmlichkeiten, welche der Einwohnerschaft aus der Unterhaltung des Hoftheaters erwachsen, empfiehlt, Entgegenkommen zu zeigen. Aus diesem Grunde möchte er vorschlagen, ohne Rücksicht auf die wirklichen Kosten eine Pauschalvergütung von

500 M jährlich zu fordern. Da Herzogliche General-Hofintendantur bereit ist, auf ein solches Abkommen einzugehen, so wird dessen Genehmigung anheimgegeben.

Herr Schmidt: Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich allen denen, welche zu dem Umbau des Hoftheaters die Hand geboten haben, gleichzeitig in Ihrem Namen den Dank dafür ausspreche, daß an Stelle des alten ein neues Gebäude entstanden ist, welches im Aeußeren wohl dem alten fast gleich, jedoch im Innern vollständig neu geworden ist.

Zu der Vorlage selbst übergehend, gebe ich namens der Finanzkommission deren Genehmigung anheim. Im übrigen habe ich mich am Sonntag davon überzeugt, daß der Platz um das Theater bei voller Beleuchtung nur angemessen erhellt ist.

Herr Rathe: Ich glaube, wir alle sind im Interesse des Verkehrs und der Entwicklung der Stadt den beteiligten Organen sehr dankbar, daß sie uns in solcher Weise entgegengekommen sind und uns das Theater in einer der Neuzeit entsprechenden Einrichtung erhalten haben. Angesichts dieser Verhältnisse bedaure ich aber, daß der Magistrat nicht die gesamte Beleuchtung des Platzes übernommen hat. Das wäre doch wohl beinahe unsere Pflicht gewesen. Nachdem die Stadt hinter dem Hoftheater so viele neue Straßen angelegt hat, besitzt sie noch ein größeres Interesse als früher daran, die Umgebung des Hoftheaters gut beleuchtet zu sehen. Wenn wir nicht Mondschein im Kalender haben, dann ist diese Umgebung so schlecht beleuchtet, daß der Zustand einer Großstadt nicht würdig erscheint. Nachdem der Staat solche Aufwendungen für das Hoftheater gemacht hat, dürfte es auch unsere Pflicht sein, ihm entgegenzukommen und die Umgebung eines Instituts genügend zu beleuchten, das uns Fremdenverkehr bringt. Ich hätte daher gewünscht, daß wir die Beleuchtung dem Theater kostenlos zur Verfügung gestellt hätten. (Widerspruch.)

Herr Südel: Es handelt sich hierbei gar nicht um die Umgebung des Hoftheaters, sondern um die Beleuchtung des Eingangs zum Theater. Die Straßenbeleuchtung außerhalb des Theaters liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Wenn Herr Rathe dafür hat sprechen wollen, so kann ich ihm mitteilen, daß eine Verbesserung der Außenbeleuchtung des Hoftheaters in Aussicht genommen ist. Bei dieser Vorlage handelt es sich lediglich um eine Aenderung, die mit dem früheren Vertrage in engem Zusammenhange steht.

Herr Rathe: Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Sache so liegt, wie Herr Südel hier auseinandergelegt hat. Wenn aber die beiden großen Randelaber vor dem Theater nicht angezündet sind, so ist der Platz nur sehr mangelhaft beleuchtet, wie denn überhaupt die ganze Stadt während der Sonntagsruhe und nach dem Ladenschluß sehr traurig beleuchtet ist. Letzteres fällt gegenüber der Dunkelheit am Theater nicht so sehr auf, weil gerade am Theater ein

sehr lebhafter Verkehr herrscht. Meiner Meinung nach müßten wenigstens die beiden großen Randelaber fortwährend brennen und nicht nur während der Theater Vorstellungen, während wir die 500 M im öffentlichen Interesse auf unsere Kappe nehmen könnten.

Herr Esdorn: Den Standpunkt des Herrn Rathe kann ich nicht teilen. Wenn uns die Theaterleitung 500 M für die Beleuchtung anbietet, so haben wir keine Veranlassung, sie ihr zu schenken. Lieber können wir die Beleuchtung vor dem Theater besser ausstatten, als bisher.

Herr Müller: Ich möchte nochmals anregen, die Kaiser Wilhelm-Brücke und die sogenannte Rettunginsel auf der Kaiser Wilhelm-Straße besser zu beleuchten.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

VI. Ausbau der Hochstraße.

Ueber den Ausbau der Hochstraße ist ein Projekt ausgearbeitet worden, welches einen Kostenaufwand von 17306,50 M für die Strecke zwischen der Giersberg- und der Howaldtstraße und von 13000 M für die Strecke bis zur Husarenstraße erfordert. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Der erstere Teil der Hochstraße hat zurzeit eine durchschnittliche Breite von etwa 6 m und soll nach dem Projekte auf eine Breite von 13,70 m gebracht und derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 2,85 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll chaussiert werden und die Fußwege will man in einer Breite von 1,50 m mit einem Belage aus Zementplatten versehen. Der andere Teil der Hochstraße hat zurzeit eine zwischen 9 und 13,7 m wechselnde Breite und ist mit einer Fahrbahn, sowie an der Ostseite auch mit einem Fußwege versehen. Diese Straßenstrecke soll in ihrer ganzen Ausdehnung ebenfalls auf 13,7 m verbreitert und derartig ausgebaut werden, daß auf die beiderseitigen Fußwege 3,20 m bezw. 3,15 m und auf die Fahrbahn 7,35 m entfallen. Fahrbahn und Fußwege sollen in gleicher Weise wie auf der angrenzenden Straßenstrecke hergestellt werden. Der Anliegerbeitrag stellt sich auf der gesamten Strecke auf 72,40 M für 1 m Frontlänge. Der Magistrat empfiehlt, das Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung zu genehmigen.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission gibt die Genehmigung der Vorlage anheim. Eine Anliegerin der Hochstraße schildert in einer Eingabe, daß sie durch den Ausbau der Straße in eine Notlage geraten würde und ersucht, den Ausbau zu unterlassen. So gern wir unsere Mitbürger auch vor einer Notlage bewahren möchten, so unmöglich ist es uns jedoch, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen. Außerdem drängt ja die Stadt die Anlieger nicht zur Zahlung, sondern sie kommt billigen Wünschen entgegen, wenn sie auch eventuell das Baukapital als Sicherheit

auf das betr. Grundstück eintragen läßt. Auf die Wünsche einzelner Anlieger beim Straßenbau einzugehen, ist ganz unmöglich.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

VII. Instandsetzung eines Theiles des Negidienmarktes.

Unter Vorlegung eines Entwurfs über die Instandsetzung des nordöstlichen Theiles des Negidienmarktes berichtet die städtische Bauverwaltung, daß für den Platz zwei etwas von einander abweichende Anordnungen zur Darstellung gebracht worden sind. Der Unterschied zwischen beiden beruht hauptsächlich in den verschiedenen Breiten der Fußwege, für welche bei Anordnung I eine Breite von 2,50 m, bei Anordnung II aber eine Mindestbreite von 4 m zugrunde gelegt worden ist. Da der Raum für die Anlage von breiteren Fußwegen vorhanden und durch die größere Fußwegbreite auch die Möglichkeit der Anpflanzung von Laubbäumen gegeben ist, so tritt die städt. Bauverwaltung für die Genehmigung der Anordnung II ein. Die Kosten der Instandsetzung sind zu 9800 M veranschlagt worden. Da aber durch den gleichzeitigen Ausbau des Negidienmarktes ein Teil der in dem Kostenanschlage für die Instandsetzung der Auguststraße vorgesehenen Anschlußarbeiten in Fortfall kommt und da außerdem die betr. Pflasterarbeiten zu einem erheblich billigeren Preise haben vergeben werden können, als in dem Anschlage angenommen war, so rechnet die städtische Bauverwaltung darauf, daß die durch den Ausbau der Auguststraße und des Negidienmarktes entstehenden Kosten den Betrag von 36 700 M nicht überschreiten werden, so daß nur noch 6700 M zu verwilligen sein würden. Der Magistrat gibt anheim, den Entwurf in Anordnung I mit der Abweichung zu genehmigen, daß nicht die Außenseiten des östlichen und nördlichen Fußsteiges, sondern die Außenseiten des eigentlichen Platzes ringsum mit Bäumen bepflanzt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Bues empfiehlt die Baukommission gleichfalls, dem Projekte I zuzustimmen.

Herr Koch: Ich hatte geglaubt, man würde den Negidienmarkt mit gärtnerischen Anlagen versehen. Da indessen der Platz für den Topfmarkt nicht zu entbehren sein soll, so bin ich auch mit der Magistratsvorlage einverstanden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal auf den leidigen Spohrplatz zurückkommen. Es ist in den Zeitungen, hier in der Versammlung und auch im Landtage auf den Zustand des Platzes hingewiesen worden, aber bisher ohne jeden Erfolg. Wer jahrelang hinter einer solchen Planke gewohnt hat, der muß sich höchst unglücklich fühlen. Da außerdem hinter der Planke nur noch altes Gerümpel liegt und die Herzogliche Baudirektion zugesagt hatte, den Platz bis zum Herbst zu säubern, so möchte ich den Magistrat bitten, wegen der Freigabe des Platzes nochmals vorstellig zu werden.

Herr Schmidt: Es hat sich seit einiger Zeit die Mode herausgebildet, daß die Trottoirplatten 2 cm höher gelegt werden, als die Bordsteine. Ich halte das für einen großen Mißstand und ich möchte fragen, ob dazu ein praktischer Grund vorliegt, oder ob es nur eine Idee des ausführenden Baumeisters ist und ob der Mißstand in Zukunft nicht beseitigt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Belpfer Sandsteinplatten sich schneller abnutzen, als die harten Granitbordsteine. Wenn man nun die Platten in derselben Höhe legen würde, wie die Bordsteine, so würde bald das Wasser auf dem Trottoir stehen. Deshalb sind nicht nur jetzt, sondern auch schon früher die Platten etwas höher gelegt worden.

Herr Schmidt: Dann möchte ich bitten, wenigstens die Kante der Platten etwas abzuschrägen.

Herr Müller: In dem nicht mit Platten versehenen Teile der Fasanenstraße sind neben den Bäumen tiefe Löcher entstanden, welche bei Glätteis eine Gefahr für die Passanten werden können, für die eventuell die Stadt aufkommen muß. Ich möchte den Magistrat auch bitten, dafür zu sorgen, daß die Fußwege recht bald mit Platten belegt werden und daß die Anlieger dann eine möglichst lange Zahlungsfrist erhalten.

Herr Riecke: Es empfiehlt sich, die Platten auf eine befestigte Unterlage zu bringen, damit sie nicht bei jedem Witterungswechsel hochfrieren oder durch die Baumwurzeln hochgetrieben werden, wie man das auf der Nordseite der Fasanenstraße sehen kann.

Die Versammlung stimmt darauf dem Antrage der Baukommission zu.

VIII. Erweiterung der Wasserversorgung des neuen Wasserwerkes.

Nachdem die Arbeiten behufs Errichtung eines neuen Wasserwerkes am Bienenröderwege und der später von den städtischen Behörden beschlossenen Erweiterung der Wasserversorgung beendet, auch sämtliche Zahlungen geleistet sind, macht der Magistrat der Versammlung folgende Mitteilungen:

- 1) Bevor zur Ausführung des neuen Werkes geschritten wurde, waren bekanntlich an verschiedenen Stellen Bohrversuche unternommen, um geeignetes Quellwasser in genügender Menge aufzuschließen, und zwar sind derartige Arbeiten ausgeführt:
 - a. in den Jahren 1892 und 1893 in den Feldmarken von Mascherode und Melverode,
 - b. in den Jahren 1893 und 1894 in den Feldmarken von Klein-Stöckheim und Broigern
und
 - c. in den Jahren 1895 und 1896 in der Nähe des Dorfes.

Während die Ausführung der unter a und b erwähnten Arbeiten unter Leitung des Baurats Wittgau erfolgte, sind die unter 1 c erwähnten Arbeiten unter Leitung der Quellwasserdeputation ausgeführt; das auf Grund der dabei gewonnenen Resultate vom Baurat Wittgau ausgearbeitete Projekt, demzufolge unter Aufwendung von 574500 M das am Domesee zu erschließende Wasser dem Reinwasserbassin des alten Wasserwerkes zugeführt werden sollte, wurde seitens der Versammlung in der Sitzung vom 12. November 1896 beanstandet, und sodann in der Sitzung vom 22. April 1897 auf Antrag des Magistrats genehmigt, daß die von dem inzwischen zu Räte gezogenen Baurat Thiem in Leipzig für erforderlich erachteten weiteren Versuchsarbeiten vom Baurat Thiem selbst, jedoch unter Aufsicht der Quellwasserdeputation, am Domesee ausgeführt würden.

Da die Ergebnisse dieser letzteren Arbeiten ebenso günstig ausfielen, wie diejenigen der von der Deputation allein ausgeführten, so erklärte sich die Versammlung in der Sitzung vom 29. Dezember 1898 damit einverstanden, daß der Baurat Thiem mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Projektes beauftragt und zu dem Zwecke der von jenem vorgelegte Vertragsentwurf vollzogen werde.

In der Sitzung vom 3. Mai 1900 wurde dann nicht nur das Thiemsche Projekt, ein völlig neues selbständiges Werk am Bienröderwege zu erbauen, gutgeheißen, sondern auch genehmigt, daß dem Baurat Thiem die Ausführung der Arbeit unter Aufsicht der Quellwasserdeputation übertragen würde. Die Kosten waren — abgesehen von den Grunderwerbskosten und dem Thiemschen Honorare (für die Ausführung) zu 1326000 M veranschlagt.

Den oben erwähnten Beschlüssen gemäß ist inzwischen verfahren worden.

- 2) Die Kosten der unter 1 erwähnten in den Jahren 1892 bis 1896 ausgeführten Versuchsarbeiten haben insgesamt 66544,83 M betragen; sie sind in verschiedenen Einzelposten von der Versammlung bewilligt und mit deren Zustimmung endgültig teils zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerkes teils zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse verrechnet worden. Dagegen sind die Kosten sowohl der Thiemschen Versuchsarbeiten am Domesee als auch die Neubaukosten und die Kosten für Grunderwerb am Domesee zunächst von der Stadtkasse vorgeschossen und später aus Anleihemitteln gedeckt worden.

Die Kosten für die Versuchsarbeiten haben 67019,56 M betragen; ihre Höhe wurde bedingt durch den Umstand, daß der Baurat Thiem die Herstellung einer größeren einheitlichen Brunnenanlage und einen ununterbrochenen 2—3monatigen Pumpenbetrieb mittels dreier Lokomobilen für er-

forderlich erklärte und daß ferner auf Beschluß der Deputation die Brunnenanlage so ausgeführt wurde, daß ihre Beibehaltung später möglich war. Unter Hinzurechnung von 6006 M Honorarkosten (gezahlt an Baurat Thiem und dessen Ingenieur Behrend für Leitung der Versuchsarbeiten) und 18852 M, welche dem Baurat Thiem in Gemäßheit des mit ihm abgeschlossenen, von der Versammlung am 29. Dezember 1893 genehmigten Vertrags für Ausarbeitung des Hauptprojekts zu zahlen waren, stellten sich die vor Beginn der Ausführung der neuen Anlage erwachsenen Gesamtkosten hiernach auf 91877,56 M.

Die Kosten des neuen Werkes selbst haben — abgesehen von den Grunderwerbskosten und dem Ausführungshonorare des Baurats Thiem 1218394,97 M betragen, so daß gegenüber dem Kostenanschlage von 1326000 M = 107605,03 M gespart sind. Eine genaue Abrechnung mit Belegen wird die Quellwasserdeputation einreichen und nach erfolgter Revision auf Anfordern vorlegen. Um der Versammlung schon jetzt einen Ueberblick über die Kosten der einzelnen Teile der Gesamtanlage zu gewähren, mögen die größeren Posten hier aufgeführt werden. Es bestrugen die Kosten für:

a. die Bauleitung (abgesehen vom Ausführungshonorare des Baurats Thiem)	15 411,26 M
b. das Betriebsgebäude rund	128 500,00 M
c. die Spülleitung	17 187,85 M
d. die Enteisungsanlage mit Reinwasserbassin rund	192 700,00 M
e. die Gußrohrlieferung	194 419,53 M
f. die Verlegung des Druckrohres	58 624,26 M
g. die Schieberlieferung	14 502,90 M
h. die Pumpmaschinen	192 501,02 M
i. die Dampfkesselanlage	39 942,62 M
k. den Wasserturm rund	180 500,00 M
l. die Wasserfassung	36 507,00 M
m. die Erweiterung der Wasserfassung	46 214,04 M

Außer den obengedachten 1218394,97 M Baukosten (im engeren Sinne) sind Kosten erwachsen:

1) für Grunderwerb am Dowesee	94 875,10 M
2) für Ueberlassung des zum Kammereivermögen gehörigen Grundstücks am Giersberge an das neue Werk	44 424,00 M
3) das Ausführungshonorar des Baurats Thiem zu	37 704,00 M
4) Bauzinsen zu	16 394,86 M

während an Einnahmen (für verfügbar gebliebenes Material und Geräte) 12 268,²⁰ M erzielt sind.

Der sich hiernach ergebenden Ausgabe von 13 995 24,⁷³ M werden, wenn die Kosten der ganzen neuen Anlage ermittelt werden sollen, die obengedachten Versuchskosten nebst Projektierungshonorar zu 91 877,⁵⁶ M hinzuzurechnen sein, weil diese Beträge als unmittelbar für das neue Werk aufgewandt anzusehen sein dürften.

Die Gesamtkosten des letztern stellen sich danach auf

1491 402,²⁹ M,

während der durch die Erhöhung des Wassergeldes (von 10 auf 12½ $\%$ pro Kubikmeter) zu verzinsende und zu amortisierende Betrag in der Magistratsvorlage vom 25. April 1900 auf rund 1 500 000 M beziffert war.

- 3) Um dem Wasserwerke die Möglichkeit zu gewähren, die für dasselbe seitens der Stadtkasse vorgeschossenen Beträge zurückzuzahlen, sind ihm von dem Erlöse der Anleihe des Kreiskommunalverbandes Braunschweig vom Jahre 1900 nominell 1 600 000 M darlehnsweise überwiesen und zwar

zum 1. Oktober 1901 (nach Erzielung eines Verkaufsfurses von 97½ $\%$) bar 975 000 M

und

zum 1. Oktober 1902 (nach Erzielung eines Verkaufsfurses von 99¼ $\%$) bar 595 500 M

mithin überhaupt bar . . 1 570 500 M.

Aus diesen Mitteln sind die oben unter 2 gedachten Kosten zu 1491 402,²⁹ M, abgesehen von dem dem Wasserwerke einstweilen gegen 4 $\%$ ige Verzinsung kreditierten Kaufpreise des Giersberggrundstücks zu 44 424 M, bestritten, so daß davon jetzt noch 1 570 500 M — 1491 402,²⁹ M + 44 424 M = 123 521,⁷¹ M verfügbar sind.

Der Magistrat ist im Einvernehmen mit der Quellwasserdeputation der Ansicht, daß von einer Rückzahlung dieser Summe an die Kammereikasse Abstand zu nehmen, vielmehr zunächst der Kaufpreis für das Wasserturmgrundstück am Giersberge zu 44 424 M vom Wasserwerke an die Kammereikasse zu zahlen und der Rest zu 79 097,⁷¹ M verfügbar zu halten sei, um die Wasserfassung des neuen Werkes zu erweitern und überdies nochmals Bohrungen ausführen zu lassen.

Was die Erweiterung der Wasserfassung betrifft, so bittet der Magistrat, aus dem Berichte des Direktors von Feilisch vom 23. September 1904 erschen zu wollen, daß das neue Werk im verflossenen Sommer zeitweilig nur unter Gefährdung der Betriebssicherheit den an dasselbe gestellten Anforderungen genügt hat, und daß daher entweder eine Erweiterung der Wasserfassung oder die Errichtung eines zweiten Hochbehälters geboten erscheint. Da die Erweiterung der

Wasserfassung (an beiden Endpunkten in nördlicher Richtung) zulässig erscheint und die dafür aufzuwendenden Kosten, abgesehen von den Kosten für Grunderwerb, zu 50 000 M veranschlagt sind, während der vorhandene Wasserturm rund 180 500 M gekostet hat, so dürfte die Erweiterung der Wasserfassung durch Anlegung von 34 neuen Rohrbrunnen den Vorzug verdienen.

Der Magistrat hält für geboten, diese Arbeit sobald als möglich ausführen zu lassen und empfiehlt,

damit die Quellwasserdeputation zu betrauen, auch derselben im Einvernehmen mit dem Magistrate die Entscheidung der Frage zu überlassen, welche Grundstücke für die Anlage ausgewählt und bei mangelnder Einigung über den Erwerbspreis bezw. über die Entschädigung für Einräumung dinglicher Rechte enteignet werden sollen.

Im Falle gütlicher Einigung über die Kaufpreise würde dagegen die Genehmigung der Versammlung einzuholen sein.

Da es endlich zweifelhaft erscheint, ob die Wasserfassung über die jetzt in Aussicht genommenen Endpunkte hinaus demnächst nochmals würde erweitert werden können, während andererseits der Wasserkonsum jährlich um etwa 5 Prozent zunimmt, so hält es der Magistrat für angezeigt, beizeiten nochmals an anderen Stellen in der Umgebung des Stadtgebietes und zwar gleichfalls durch die Quellwasserdeputation Bohrarbeiten mit Pumpenbetrieb ausführen zu lassen und gibt daher ferner anheim,

zu beschließen, daß zu dem Zwecke von den obengedachten verfügbaren Mitteln der genannten Deputation die Summe von 10 000 M zur Verfügung gestellt werde.

Ob die Summe von 79 097,91 M zur Deckung auch der Grunderwerbskosten genügen wird, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen. —

Der vorerwähnte Bericht des Direktors der städtischen Licht- und Wasserwerke vom 23. September 1904 lautet:

„Der diesjährige trockene Sommer hat an das städtische Grundwasserwerk so hohe Anforderungen auf Wasserlieferung gestellt, daß es im Interesse der Betriebssicherheit des Werkes dringend geboten erscheint, dessen Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die gegenwärtige Ausdehnung der Wasserfassung sollte imstande sein, das für zwei Pumpmaschinen bei 60 Umdrehungen in der Minute erforderliche Wasser von 200 Sekundenlitern oder 720 Stundenkubikmetern zu liefern ohne Berücksichtigung des Einspritzwassers für die Kondensatoren dieser Maschinen. Aus den vorliegenden graphischen Darstellungen der stündlichen Schwankungen des Wasserverbrauchs und der gepumpten Wassermenge an den Tagen der größten Abgabe im vergangenen Sommer ist ersichtlich, daß die Wasserfassung während der Tagesstunden mit über 800 kbm in der Stunde, am 16. Juli sogar einmal mit

1074 cbm beansprucht werden mußte, um einen gewissen Wasserstand im Turmbehälter und den nötigen Druck im Rohrnetz zu erhalten. Die Ueberanstrengung der Wasserfassung war nur dadurch möglich, daß man in den Heberleitungen und in den Vorpumpen eine Saughöhe von 7,4 m durch schnelleren Gang der Maschinen erzeugte und somit die Grenzen der Betriebssicherheit überschritt.

Die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks kann durch zwei Mittel gehoben werden; das eine besteht in der Einrichtung eines neuen Turmbehälters und das andere in einer Vergrößerung der Wasserfassungen. Da eine Erweiterung der Rohrbrunnenanlage möglich und erheblich billiger ist, wie die Errichtung eines zweiten Hochbehälters, so schlage ich vor, die I. Wasserfassung um 16 Brunnen und die II. Wasserfassung um 18 Brunnen zu vergrößern. Durch beide Anlagen wird nicht nur ein erheblicher Zuwachs an Ergiebigkeit zu erwarten sein, sondern die Qualität des neu zu erschließenden Wassers, welches dem diluvialen Schuntertal angehört, wird besser sein als diejenige des jetzt abgefaßten Grundwassers. Die letzte Annahme ist deshalb zulässig, weil die am 24. August 1904 von mir ausgeführte Wasseruntersuchung der Brunnen 24, 26, 28, 30 der I. Fassung und der Brunnen 56, 58, 59 und 60 der II. Fassung beziehungsweise folgende Chlorgehalte ergab: 21, 21, 23, 21 und 54, 57, 46, 44 lmg, während das Leitungswasser an diesem Tage 54 lmg Chlor enthielt."

Die Finanzkommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Südel, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Rathe: Es ist dem Magistrate Dank zu wissen, daß er schon jetzt mit einer Vorlage zur Erweiterung des Wasserwerkes kommt. Nach den Ausführungen des Magistrates hat das Wasserwerk in diesem Sommer kaum für die Stadt ausgerichtet. Es ist deshalb von mir schon im Laufe des Sommers angeregt worden, das Leitungswasser, welches für uns eine Lebensfrage ist, nicht weiter zum Besprengen der Straßen zu benutzen, sondern Vorrichtungen zu treffen, um in Zukunft das Okerwasser hierzu verwenden zu können. Solche Vorkehrungen lassen sich sehr leicht schaffen. Ich möchte daher bitten, den Magistrat gleichzeitig zu ersuchen, die Besprengung der Straßen im nächsten Jahre nicht mit dem teuren Leitungswasser vorzunehmen.

Herr Stegmann: Ich vermiße in der Vorlage Angaben über den Stand des Wasserspiegels im allgemeinen. Deshalb möchte ich anfragen, wie hoch eigentlich der Wasserspiegel im Frühjahr gewesen ist und ob Aussicht vorhanden ist, daß die frühere Höhe des Wasserstandes wieder erreicht werden wird. Wenn das der Fall ist, dann brauchen wir vielleicht keine 34 neue Brunnen. — Sodann möchte ich an die Dankerstattung des Herrn Müller in der vorigen Sitzung anknüpfen. (Unruhe.) In der vorigen Sitzung dankte Herr Müller dem Magistrate dafür, daß er uns mit gutem Wasser

so reichlich versorgt habe, und heute schon sind wir vor die Notwendigkeit gestellt, eine neue Vorlage über das Wasserwerk zu beraten, weil wir im letzten Sommer Matthäi am letzten waren. Ein derartiges Lob finde ich sehr deplaciert. Er hat damit dem Magistrate einen sehr schlechten Dienst erwiesen und sich selbst hat er ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.) Ich wollte sagen: sich selbst hat er kein gutes Zeugnis ausgestellt. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Wollen Sie mit Ihren weiteren Ausführungen nicht warten, bis ich zu Worte gekommen bin? Ich rufe Sie wegen des gebrauchten Ausdrucks zur Ordnung.

Herr Stegmann: Ich habe den Ausdruck aber schon selbst verbessert.

Vorsitzender: Aber in einer Weise, die ihn höchstens noch verschlimmert hat. Ich muß bitten, derartige Anzapfungen zu unterlassen, die gehören nicht hierher.

Herr Stegmann: Jedenfalls muß ich bitten, daß solche deplacierten Lobhudeleien, die man hier von Zeit zu Zeit zu hören bekommt, in Zukunft unterlassen werden.

Herr Löschigt: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir mit den Leistungen des Wasserwerkes sehr zufrieden sein können und daß wir selbst in der trockensten Zeit dieses Sommers mit unserm Wasser nicht Matthäi am letzten gewesen sind. Ich habe es tief bedauert, daß man durch die Presse die Mitteilung in das Publikum gebracht hat, wir hätten wegen Wassermangels die Straßenbesprengungen einstellen müssen. Die Besprengungen sind nur an einem Sonntabend einmal inhibiert worden, dafür sollte aber am Sonntag morgen um so intensiver gesprengt werden. Das Wasserwerk hat den gestellten Anforderungen stets vollständig genügen können.

Die Magistratsvorlage halte ich aber insofern nicht für richtig, als ich bezüglich der Beschaffung weiteren Wassers andere Wege eingeschlagen sehen möchte. Den vom Magistrate empfohlenen Grunderwerb haben wir nicht unter 20 000 M und 180 000 M kommt ein zweiter Wasserturm. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob wir diese 200 000 M leicht ausgeben könnten, aber bei näherer Ueberlegung müssen wir doch zugestehen, daß das eine Wasserwerk nicht ausreicht, um den gesamten Wasserbedarf der Stadt für alle Zukunft zu decken. Außerdem habe ich schon früher das Bedenken geltend gemacht, daß wir von dem Wasserwerke nur eine Rohrzuführung in die Stadt haben, welche uns bei einem Rohrbruche einmal in große Verlegenheit bringen kann. Da wir nun bei dem neuen Wasserwerke Geld gespart haben, so würde ich es für praktisch und im Interesse der Bürgerschaft liegend erachten, wenn wir im Süden der Stadt noch einen Wasserturm neben das alte Wasserwerk setzten und dort gleich nach Wasser bohrten.

Die 70 000 M., die wir nach der Magistratsvorlage noch an das neue Wasserwerk anwenden wollen, sind für die Dauer auch nicht ausreichend. Bei der Genehmigung dieses Werkes hatten wir gedacht, daß wir nun einmal zehn Jahre Ruhe haben würden, jedoch ist es jetzt anders gekommen. Wenn das Wasserwerk für unsere Bedürfnisse nicht ausreicht, so liegt das nicht daran, daß es nicht genug Wasser liefert, sondern daß der Konsum der Stadt größer geworden ist, als wir zu jener Zeit angenommen haben. Das ist so, wenn Sie auch lachen, Herr Dr. Jasper. Der Bedarf ist kolossal gestiegen infolge des großen Konsums. (Heiterkeit.) Besser wäre es daher gewesen, wenn der Magistrat gesagt hätte, wir wollen zuerst im Süden der Stadt nach weiterem Wasser bohren und bis dahin die übrigen Ausgaben unterlassen. Es läßt sich nicht annehmen, daß wir im nächsten Jahre wieder einen so trockenen Sommer haben werden (Widerspruch), aber wenn es doch der Fall sein sollte, so können wir bis dahin schon Hilfe haben, sofern wir im Winter und Frühjahr Bohrungen im Süden der Stadt vornehmen lassen (Widerspruch) und das gefundene Wasser dem alten Wasserwerke zuführen; auch kann dann der neue Wasserturm fertig sein. Der Baurat Thiem hat damals schon beantragt, ein größeres Reservoir anzulegen, als es der Wasserturm am Giersberge besitzt. Das Reservoir ist entschieden zu klein, namentlich wenn ein so kolossaler Wasserverbrauch stattfindet, wie im letzten Sommer.

Bei der einen Rohrzuführung nach dem Wasserturme kann immer einmal ein Rohrbruch vorkommen, der uns in eine große Gefahr zu versetzen vermag. Es wird wohl gesagt, ein solcher Rohrbruch sei in kurzer Zeit überwunden, aber es ist doch ein verfluchter Unterschied, ob ein Bruch an einem zölligen oder einem Rohre von 1 m lichter Weite vorkommt, namentlich, wenn man sieht, welche Unterbrechungen in der Wasserlieferung schon bei kleinen Rohrbrüchen auf der Straße vorkommen. Tritt ein Bruch bei dem großen Zuleitungsröhre nach dem Wasserturme ein, so muß man notgedrungen eine zwölfstündige Unterbrechung in der Wasserzuführung annehmen, und ich möchte das Unglück nicht sehen, wenn wir einmal zwölf Stunden von dem Wasserwerke abgeschnitten und allein auf den Turm angewiesen werden und es bräche dann ein größeres Feuer aus.

Ich möchte deshalb anregen, lieber die Erweiterung der Wasserfassung am Domesee noch zu unterlassen und dafür die erforderlichen Mittel zu neuen Bohrungen und zu einem Wasserturme im Süden der Stadt zu bewilligen. — In der Deputation ist auch schon erwogen worden, das Wasser zu den Straßenbesprengungen aus der Oker zu entnehmen, jedoch kostet eine solche Einrichtung so viel Geld, daß man dafür schon Leitungswasser verwenden kann. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Frage der Straßenbesprengung mit Okerwasser ist schon erörtert worden, als die Verhandlungen wegen des Wasserwerkes eingeleitet wurden. Aber nicht nur die technischen Schwierigkeiten hielten

uns davon ab, sondern auch das Gutachten des Herrn Blasius, der darauf hinwies, daß es ebenso gefährlich sei, das Okerwasser auf die Straße zu bringen, als es im Hause zum waschen zu benutzen. Wenn das aber vom wissenschaftlichen Standpunkte aus unzulässig ist, so dürfen wir damit doch nicht kommen. (Heiterkeit.)

Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Magistrat als solcher an dem Wasserwerke unschuldig ist, da er sich seiner Machtbefugnisse begeben und eine Deputation eingesetzt hat, die den Bau des Werkes zu leiten hatte. In dieser Deputation saß schon früher Herr Kieke und jetzt ist noch Herr Wesemeier hineingewählt worden, so daß zwei Freunde des Herrn Stegmann darin sind; wir wollen abwarten, ob es nach dem Eintritt des Herrn Wesemeier besser darin wird. Sie werden aber von Herrn Kieke nicht gehört haben, daß Fehler in der Deputation gemacht worden sind. — Was die Frage eines zweiten Wasserturmes anlangt, so will ich dazu bemerken, daß der Turm am Giersberge 2000 cbm faßt und wir bei einem zweiten Turme zwei Reservoirs von 4000 cbm Inhalt haben würden. Wenn dann solche Ansprüche an das Wasserwerk gestellt werden sollten, wie im letzten Sommer, so würde auch der zweite Turm nicht allzuviel helfen. Es ist festgestellt worden, nicht etwa, daß das Wasserwerk zeitweilig nicht mehr leistungsfähig gewesen ist, sondern daß eine gewisse Unzuträglichkeit dadurch entstanden ist, daß der Konsum sich auf einzelne Stunden in ungeheurer Weise konzentriert hat. Unter solchen Umständen kann man noch einen dritten Turm bauen, der auch nicht weit hinreichen wird. Das Werk war eingerichtet auf 16000 cbm und diesen Ansprüchen hat es vollständig genügt. Der Magistrat kann aber nicht dafür, daß der Konsum sich so kolossal gehoben hat, und es ist das ein Zeichen dafür, daß die Stadt wächst. Herr Böschigk hat sodann angeregt, ob nicht ein zweiter Turm auch Ersatz bieten würde für ein zweites Zuführungsrohr. Das läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Wenn wir im Westen der Stadt wirklich einen zweiten Turm errichteten, so würde er das zweite Rohr auch immer nur auf eine verhältnismäßig kurze Zeit speisen. Jedenfalls ist die Frage der Erwägung wert, ob es wünschenswert sei, ein zweites Zuführungsrohr zu erhalten; wenn wir aber im Süden Wasser anschließen würden, so haben wir ja ein zweites Zuführungsrohr vom alten Wasserwerke her. Deshalb sollten wir lieber den Bau eines zweiten Turmes noch zurückstellen.

Herr Schöttler: Eine Gefahr, daß die Stadt kein Wasser mehr haben würde, hat hier auch im letzten trockenen Sommer nicht bestanden; wir sind vielmehr über diesen Sommer so brillant weggekommen, wie es nur möglich gewesen ist. Und das erklärt sich nur dadurch, daß das Werk mehr geleistet hat, als wofür es gebaut worden ist. Wir könnten die Sache ruhig noch eine Weile ansehen, weil wir eine so starke Inanspruchnahme des Werkes nicht so leicht

wieder haben werden, wie im abgelaufenen Sommer, wenn man das auch nicht genau wissen kann. Wir müssen aber mit unserer Wasserversorgung dem wirklichen Bedarf immer etwas voraus sein, und das erzielen wir am sichersten, wenn wir draußen die neuen Brunnen bauen. Die Brunnen sind im nächsten Sommer fertig und können dann ihre Schuldigkeit tun, so daß wir sehr schnell eine bedeutende Sicherheit für unsere künftige Wasserversorgung gewinnen, auch wenn der Konsum sich noch weiter heben sollte. Nun kommen wir aber hinten am Domesee auch einmal zu Ende, und da wäre es am besten, das alte Wasserwerk wieder zu verwerten. Es sind das aber insofern noch ungefangene Fische, als wir nicht wissen, ob wir in der Gegend überhaupt Wasser finden werden. Man hat dort früher schon Bohrungen gemacht, die aber kein Ergebnis gehabt haben, jedoch glaubt man jetzt, dem Wasser auf der Spur zu sein und es durch tiefere Bohrungen zu erhalten. Das sind aber Sachen, die Zeit erfordern, denn wir müßten dort ähnliche Vorarbeiten machen, wie am Domesee und müßten auch Dauer-Pumpversuche anstellen. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir Wasser finden, sondern wir müssen auch wissen, wieviel Wasser wir finden. Darüber können aber Jahre vergehen, und wir müssen doch auch für die Zwischenzeit gedeckt sein. Deshalb ist es erforderlich, erst einmal die Brunnen am Domesee zu bohren und außerdem für die fernere Zukunft in der Weise vorzuarbeiten, daß wir im Süden der Stadt weitere Bohrungen ausführen lassen.

Herr Fudel: Um die Bedenken wegen der Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes noch weiter zu zerstreuen, möchte ich folgendes anführen: Am 16. Juli d. Js., wo das Werk am stärksten in Anspruch genommen war, lieferte es 16966 cbm, während die Gesamtförderung 16686 cbm betrug; es haben also dem Turme nur 280 cbm entnommen werden müssen. In der Nacht zwischen 12 und 4 Uhr wurden stündlich durchschnittlich rund 200 cbm angefordert, der Bedarf steigerte sich nun stündlich, indem zwischen 4 und 5 Uhr 300 cbm, zwischen 5 und 6 Uhr 495, zwischen 6 und 7 Uhr 976, zwischen 7 und 8 Uhr 757, zwischen 8 und 9 Uhr 930, zwischen 9 und 10 Uhr 870, zwischen 10 und 11 Uhr 1054, zwischen 11 und 12 Uhr 1226, zwischen 12 und 1 Uhr 878, zwischen 1 und 2 Uhr 863, zwischen 2 und 3 Uhr 992, zwischen 3 und 4 Uhr 915, zwischen 4 und 5 Uhr 1039, zwischen 5 und 6 Uhr 961, zwischen 6 und 7 Uhr 1177 cbm angefordert wurden, um dann zwischen 7 und 8 Uhr wieder auf 822 cbm zu sinken. Zwischen 8 und 9 Uhr sank der Bedarf auf 539 cbm, zwischen 9 und 10 Uhr auf 562 cbm, zwischen 10 und 11 Uhr auf 226 cbm und zwischen 11 und 12 Uhr stieg er wegen der Straßen Sprengung wieder auf 573 cbm. Wenn man bedenkt, daß das Wasserwerk auf eine Gesamtleistung von 16000—17000 cbm innerhalb 24 Stunden eingerichtet ist, so kann man mit dieser Leistung sehr wohl zufrieden sein. Was könnte uns nun wohl passiert sein, wenn an das Werk noch höhere

Anforderungen gestellt worden wären? Wir hätten vielleicht in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr und zwischen 6 und 7 Uhr nicht genug Wasser gehabt, während in den übrigen Stunden immer Wasser genug vorhanden gewesen wäre. Unsere Maschinen waren stets in der Lage, Wasser in ausreichender Menge zu liefern. Am 4. August, dem zweithöchsten Verbrauchstage, ist der höchste Stundenverbrauch schon auf rund 1000 cbm gesunken und die Durchschnittsleistung des Werkes hat 850 cbm betragen, so daß der Turm nur ganz wenig zur Aushilfe gebraucht worden ist. Eine Gefahr für die Stadt, wasserlos zu sein, ist also niemals vorhanden gewesen; nur für eine Stunde hätte einmal der eine oder andere in Verlegenheit gesetzt werden und vielleicht seine Springbrunnen nicht speisen können. Hiernach kann aber das Wasserwerk als vollständig leistungsfähig angesehen werden. Für uns erscheint es jetzt wünschenswert, das verfügbare Wasserquantum noch zu vergrößern dadurch, daß wir die Wasserauffassung erheblich erweitern. Das würde aber durch den Bau eines zweiten Turmes, der nur 2000 cbm Vorrat schaffen könnte, nicht erfüllt werden, weil das Quantum nicht ausreicht, um den Bedarf auf die Dauer zu decken. Persönlich möchte ich deshalb empfehlen, der Vorlage des Magistrates zuzustimmen. Mit den Bohrungen soll sofort im Süden der Stadt begonnen werden, um jeden Augenblick in der Lage zu sein, sobald sich Wasser findet, mit neuen Maßnahmen hervorzutreten, um die Stadt mit gutem Trinkwasser zu versorgen.

Herr Wesemeier: Es hat sich wohl jeder gefreut, daß wir so gutes und schönes Wasser bekommen haben, aber es ist trotzdem beachtenswert, daß nach zwei Jahren schon wieder eine neue Vorlage kommen muß, um weitere Wassermassen zu beschaffen. Das hat von Herrn Stegmann zum Ausdruck gebracht werden sollen. Jedenfalls ist die Leistungsfähigkeit des Werkes seinerzeit überschätzt worden. Herr Oberbürgermeister Ketemeyer sagte, es wäre eine tägliche Leistung von 16000 cbm von dem Werke gefordert worden und diesem Ansprüche hätte es genügt. Es sind hier aber nur einzelne Tage aus dem heißen Sommer dieses Jahres angeführt worden, nämlich der 16. Juli, wo wir 280 cbm über das angegebene Quantum verbraucht haben und der 4. August, an dem das angenommene Quantum nicht überschritten worden ist. Es ließe sich aber erst dann ermes sen, ob das angenommene Quantum Wasser geliefert worden ist, wenn man den Wasserverbrauch für den ganzen Sommer feststellen könnte. Ich kann deshalb vorläufig noch nicht annehmen, daß allein der vermehrte Konsum an dem Wassermangel schuld sei.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat heute, meines Erachtens mit Recht, für den Magistrat den Dank des Herrn Müller zurückgewiesen, indem er die Verantwortung für das Wasserwerk auf die Deputation abgeschoben hat. Das beweist

aber, daß man mit derartigen Aeußerungen vorsichtiger sein soll, namentlich gegenüber Stellen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, mehr Wasser schaffen zu müssen, und da sagte Herr von Feiligh in der letzten Deputations-Sitzung, daß die unterirdischen Ströme, welche man erschließen könne, bekannt seien. (Widerspruch.) Wenn es aber feststeht, daß sich im Süden der Stadt zwischen Melverode und hier ein solcher Strom befindet, so ist die Sache nicht so schwer durchzuführen, denn es braucht dort nur gebohrt zu werden und die Sache ist erledigt. (Widerspruch und Heiterkeit.) Im übrigen finde ich es merkwürdig, daß man früher so viele unnütze Bohrungen vorgenommen hat, obgleich die Lage der unterirdischen Ströme bekannt gewesen sein soll. Bei der heutigen Sachlage müssen wir der Vorlage zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte nicht, daß dem Magistrate wieder ein Vorwurf aufgehaßt würde, wenn es mit dem Finden von Wasser anders kommen sollte. Deshalb bestreite ich, daß Herr von Feiligh in der Sitzung der Deputation erklärt haben soll, daß er wisse, wo die Wasserströme zu finden seien. Das weiß Herr von Feiligh nicht, weil es eben niemand weiß. Es kommt auch jetzt wieder darauf an zu experimentieren, bis wir Wasser gefunden haben, und es hilft uns alle Wissenschaft nicht darüber hinweg. In der großen Vorlage über das Wasserwerk am Domesee hat der Magistrat erklärt, wir haben die und die Resultate erzielt und es ist nach menschlichem Ermessen anzunehmen, daß das Wasser so und so lange reichen wird, was auch eingetroffen ist. Wenn diese Annahme aber nicht eingetroffen wäre, so könnte der Magistrat allein auch die Schuld nicht auf sich nehmen, denn in diesem Falle wäre die Versammlung, welche der Vorlage zugestimmt hat, ebenfalls schuldig.

Herr Jasper: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn Herr Löschigk meinen Namen nicht genannt hätte. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Löschigk, daß ich bei seiner Rede gelacht hätte, möchte ich bemerken, daß ich keine Gelegenheit vorübergehen lassen will, über eine Rede des Herrn Löschigk heiter zu sein. Es war auch in diesem Falle heiter anzusehen, wie er sich um die Tatsache herumwand, daß das Wasser nicht ausgereicht hatte, und er verstieg sich dabei dem Sinne nach zu dem Ausspruche: das Wasser reichte nicht aus, aber das Wasserwerk reichte aus. Schroffer kann man den Eindruck seiner Rede nicht kennzeichnen. Selbstverständlich hat er sich etwas Vernünftiges bei seinen Worten gedacht, und er hat offenbar einen Unterschied machen wollen, ob der Wassermangel auf die verminderte Leistungsfähigkeit des Werkes, oder auf Dinge zurückzuführen sei, die außerhalb des Werkes liegen. Das war der Sinn der Rede, aber in seinen Worten lag etwas anderes. Die ganze Dreherei und Wenderei, die Herr Löschigk hier in so drastischer Weise zum Ausdruck gebracht hat, zieht sich aber

auch durch die Reden der anderen Herren und ist sogar in der Vorlage enthalten. Es soll eben nicht direkt zugegeben werden, daß nicht alles so geklappt hat, wie es in Aussicht gestellt worden war, und doch muß man die notwendige Neueinrichtung damit begründen, daß der gegenwärtige Zustand nicht ausreichen wird, wenn wir wieder einen heißen Sommer erhalten sollten. Man muß wohl oder übel zugestehen, daß man sich geirrt hat, vielleicht bei der Annahme der Konsumsteigerung und nicht so sehr bei der Leistungsfähigkeit des Werkes. Es würde gar nichts schaden, wenn man seinen Irrtum zugeben würde, aber es geschieht doch nicht, obwohl daraus ein Vorwurf für irgend welche Persönlichkeit oder Körperschaft gar nicht zu resultieren braucht. Unter solchen Umständen hat man aber auch keinen Grund, besonders dankbar gegen irgend jemand zu sein, was hier geschehen ist, und nur das haben wir zurückweisen wollen.

Ich habe sodann noch andere Bedenken gegen die Vorlage vorzubringen, die im wesentlichen dahin gehen, daß sie der Quellwasserdeputation eine zu weitgehende Machtbefugnis in die Hand gibt. Die Deputation ist hiernach, wie auch der Herr Oberbürgermeister eben bestätigt hat, in der Lage, im weitesten Umfange über alle Mittel zu verfügen und uns mit Millionen und aber Millionen zu belasten. Ich stelle diese Bedenken allerdings zurück gerade aus den vom Herrn Oberbürgermeister vorhin angeführten Gründen, daß nämlich jetzt zwei meiner Freunde in der Deputation sind, zu denen ich das Vertrauen habe, daß sie die Stadt nicht in eine große Schuldenlast stürzen werden. Im übrigen halte ich es für notwendig, die Vorlage anzunehmen.

Herr Rieke: Nachdem ich seinerzeit Gelegenheit gehabt hatte, die Pumpversuche am Domesee zu beobachten, die an 23 Tagen mit 28 Pferdekraften ausgeführt wurden und nachdem ich von dem ärztlichen Gutachten über die Qualität des Wassers Kenntnis genommen hatte, trug ich keine Bedenken, der Vorlage zuzustimmen. Und wenn ich heute der Vorlage auf sofortige Bohrung der Brunnen ebenfalls zustimme, so geschieht es, weil ich es für das richtigste halte, diesen Weg einzuschlagen und weil ich glaube, daß wir nicht drum wegkommen. Die Abendsprengungen allein reichen aber nicht aus, sondern es muß auch am Tage gesprengt werden, sonst bekommen die Kinder und namentlich auch die Säuglinge den Tagesstaub und nehmen daran Schaden. Wenn ich auch nicht unter die Erde gucken kann, so glaube ich doch mit einiger Bestimmtheit annehmen zu sollen, daß unter dem Querumer Holze eine ganze Masse Wasser steht. Legen wir aber die Brunnen in jener Gegend an, so haben wir auch das Enteisungsverfahren in der Nähe und brauchen hierfür nicht noch besonders Geld auszugeben. Wenn wir im Süden der Stadt bohren, werden wir im Wasser mehr Eisen und Ammoniak bekommen, als im Norden. Ich möchte, daß die Magistratsvorlage so rasch wie möglich zur Durchführung käme, dann

haben der Magistrat, die Quellwasser-Deputation und wir alle unsere Schuldigkeit getan.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte der Mythe entgegentreten, daß in diesem Sommer nicht genug gesprengt worden wäre. Wir haben uns jeden Morgen vom Wasserwerke sagen lassen, wieviel Wasser am Tage zuvor verbraucht worden ist. Da nun die Leistungsfähigkeit des Werkes auf 18 000 cbm angegeben ist und 17 000 cbm schon verbraucht waren, so bestand immerhin die Möglichkeit, daß am anderen Tage noch mehr verbraucht wurde; es war deshalb richtig, erst den Mittag abzuwarten, um das Erfordernis an Wasser kennen zu lernen. Aber niemals ist es eingetreten, daß wir die Sprengung vollständig hätten unterlassen müssen. Wenn wir aber vor die Frage gestellt sein würden, ob es richtig sei, der Straße oder den Konsumenten das Wasser zu entziehen, so würden wir erklärt haben, wir wollen lieber die Straße, als die Abnehmer dursten lassen. (Zustimmung.)

Herr Stegmann: Dazu möchte ich bemerken, daß tatsächlich sehr sparsam gesprengt worden ist, und es wäre wirklich zu wünschen, daß im nächsten Sommer mehr gesprengt würde. Herrn Oberbürgermeister Metemeyer möchte ich erwidern, daß es mir nicht eingefallen ist, dem Magistrate einen Vorwurf daraus zu machen, daß er mit dieser Vorlage kommen mußte; ich habe vielmehr nur die Situation kennzeichnen wollen, daß in einer Sitzung dem Magistrate ein Lob erteilt und in der anderen wieder zurückgenommen wird. Wenn verschiedene Redner sagen, wir wären im Sommer nicht Matthäi am letzten gewesen, so scheint mir doch aus den heutigen Verhandlungen hervorzugehen, daß wir nahezu am Ende gewesen sind. Man könnte das am deutlichsten erfahren, wenn meine Anfrage beantwortet worden wäre, wie der Wasserstand gewesen ist, und wie er sich voraussichtlich in Zukunft gestalten wird. Darauf habe ich aber eine Antwort nicht erhalten.

Herr Schmidt: Wir vergessen die Zeit, als das Wasserwerk entstanden ist. Damals waren wir mit bescheidenen Wünschen auf die Erschließung von Quellwasser hervorgetreten, wie das deutlich aus den mitgeteilten Zahlen hervorgeht, nach denen wir ein Wasserwerk einrichten wollten, das 720 cbm Wasser in der Stunde lieferte. Diese Forderung ist dann auch voll und ganz erfüllt worden, da man das Quantum Wasser an der betreffenden Stelle gefunden hat und die Techniker danach ihr Versprechen erfüllt haben. Dagegen haben wir nicht voraussehen können, daß der Wasserverbrauch an einzelnen Tagen um die Hälfte steigen würde. Wir können aber trotzdem mit den Leistungen des Werkes zufrieden sein, und haben mit Rücksicht auf den erhöhten Konsum jetzt Veranlassung, uns nach neuen Wasserquellen umzusehen. Ich glaube nicht, daß wir um einen zweiten Wasserturm herumkommen werden, jedoch wird das die Zeit lehren. Der Kostenpunkt hat seinerzeit hierbei nicht mitgesprochen, denn damals war unsere

Sorge mehr auf das erforderliche Quantum Wasser, als auf dessen Aufbewahrung gerichtet.

Wie die Herren diese Sache mit dem in der vorigen Sitzung von Herrn Müller ausgesprochenen Danke in Zusammenhang bringen können, verstehe ich nicht; es ist doch eine einfache gesellschaftliche Form und Pflicht, daß man jemandem, der mehr getan hat, als ihm pflichtmäßig oblag, den Dank für seine Mühewaltung ausspricht. Andere Mittel haben wir nicht, um solchem Herrn unsere Anerkennung zu zollen. Wenn Herr Lange mehr getan hat, als er zu tun verpflichtet war, so kann man ihm wohl das unschuldige Vergnügen gönnen, daß man sagt, wir danken dir auch für deine Bemühungen um das Wohl der Stadt. Und wenn ein städtischer Beamter für uns die halbe Nacht die Straßen abläuft, so kann man ihm dafür wohl den Dank aussprechen. Ich möchte deshalb Verwahrung dagegen einlegen, daß die Herren sich gegen eine öffentliche Pflicht hier ins Zeug legen. Geradezu wunderbar finde ich es aber von Herrn Jasper, daß er solche Stellung hier einnimmt. Der Herr, der doch in einem anderen Kreise aufgewachsen ist und für gesellschaftliche Formen etwas übrig haben müßte, sollte sich Herrn Rieke zum Muster nehmen, der uns hier ein lieber Kollege ist und solchen Ton niemals angeschlagen hat.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Dankesangelegenheit nun aber ruhen zu lassen, denn zu solchen Debatten sind wir wirklich nicht hier. Es ist höchst unerquicklich, daß diese Debatte geführt worden ist.

Herr Wolters: Herr Wesemeier hat bezweifelt, daß die Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes in so hervorragender Weise vorhanden gewesen ist. Wenn Sie aber die Berichte der Direktion an der Hand der aufgenommenen Zahlen durchsehen, so ist der Beweis sehr leicht zu führen, zumal da die Zahlen nicht bezweifelt werden können.

Sodann hat Herr Jasper gemeint, es sollte hier etwas verschleiert werden. Wenn der Herr einmal nach dem Wasserwerke gegangen wäre und hätte sich den Zeiger angesehen — man kann nämlich den Wasserstand jeden Augenblick sehen — so würde er sich überzeugt haben, daß wir stets Reserve gehabt haben und eine Not an Wasser nicht vorhanden gewesen ist. Das Wasserwerk hat während des ganzen Sommers mit Kondensation gearbeitet und die Reserve ist niemals erschöpft gewesen. Schließlich ist auch gesagt worden, ob die Brunnenanlage nicht vergeblich sein würde, da Wasser nicht mehr vorhanden wäre. Die Quellwasser-Deputation hat sich aber aus folgenden Gründen zu ihren Anträgen entschlossen. Es werden neben den jetzigen Brunnen hufeisenförmig zwei Reihen Brunnen angelegt, die umliegenden Stellen werden durch Proberohre nachkontrolliert und auf diese Ziffern baut sich der heutige Entwurf auf. Zuletzt hat sodann Herr Jasper noch gesagt, es wäre der Quellwasser-Deputation eine zu große Machtbefugnis ein-

geräumt worden, indem sie über Millionen verfügen könnte. Da aber das ganze Wasserwerk aus den Beschlüssen dieser Deputation hervorgegangen und sie stets sehr vorsichtig vorgegangen ist, auch ihre Beschlüsse im allgemeinen wohl richtig gewesen sind, so kann ich wirklich keine Bedenken finden, diesen kleinen Betrag der Deputation noch zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Besprechung beantragt worden. Will jemand gegen den Schluß sprechen?

Herr Jasper: Ich bin gegen den Schluß, weil ich etwas persönlich zu erwidern habe.

Vorsitzender: Dazu würde Ihnen auch nach dem Schluß der Besprechung noch Gelegenheit gegeben werden. Ich schließe die Besprechung.

Herr Jasper (zu einer persönlichen Bemerkung): Herr Schmidt hat es für angemessen erachtet, hier eine Vorlesung über den guten Ton in allen Lebenslagen und insonderheit in der Stadtverordnetenversammlung zu halten und gesellschaftliche Erziehungsformen zu erörtern. Von gesellschaftlichen Gepflogenheiten kann aber in der Stadtverordnetenversammlung keine Rede sein. Wir haben hier darüber zu urteilen, ob Magistrat und Deputation ihre Pflicht getan haben, aber zu besonderen Dankbezeugungen haben wir keine Veranlassung. Im übrigen muß ich mir verbitten, daß Herr Schmidt Kritik übt an dem, was ich außerhalb des Sitzungssaales tue und bin.

Herr Müller: Ich bitte um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Vorsitzender: Ich möchte dringend bitten, das zu unterlassen. Seien Sie versichert, daß viele Mitglieder der Versammlung das empfinden, was Sie sagen wollen, auch ohne daß Sie es zum Ausdruck bringen. (Zustimmung.)

Herr Müller: Dann verzichte ich auf's Wort.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesamte Magistratsvorlage angenommen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe leider den Antrag nicht formuliert, zuzustimmen, daß die dem Wasserwerke kreditierten 44421 M bar der Stadtkasse wieder zuzuführen sind, und bitte, dieses noch zu beschließen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung auch diesem Antrage zustimmt.

(Zustimmung)

IX. Beschaffung von Mitteln für die Gemeine Stadtkasse.

Der diesjährige Haushaltsplan der Kämmereikasse sieht im Kap. II des Extraordinariums die Beschaffung von 1370400 M im Wege der Anleihe vor. Ob es erforderlich sein wird, diesen Betrag im vollen Umfange flüssig zu machen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, zumal kein Bedenken entgegensteht, für die zu

Zwecken des Extraordinariums erforderlichen Mittel, soweit irgend angängig, das Vorratsvermögen der städtischen Licht- und Wasserwerke und den Schulhausbaufonds zu verwenden. Auf die Dauer läßt sich jedoch die Beschaffung anderweiter Mittel nicht vermeiden, und es ist daher beizeiten Beschluß darüber zu fassen, wie solche zu beschaffen seien.

Es dürfte sich nach der Ansicht des Magistrates nicht empfehlen, abermals den Weg der Anleihe durch Ausgabe von Inhaberpapieren zu beschreiten, vielmehr hält er für zweckmäßig, diejenigen Kapitalien zurückzuziehen, welche die Stadt und der Kreiskommunalverband Braunschweig dem Verbande der evangelischen Kirchengemeinden ihrerseits dargeliehen haben. Es sind nämlich vorgeliehen:

I. Vom Kreiskommunalverbande:

zur Erwerbung des Areals behufs Erweiterung des Zentralfriedhofes und zur Bestreitung der Baukosten der Kirchen zu St. Johannis und St. Pauli nominell 400 000 M (bar 397 000 M). Davon hat die Zentralfriedhofskasse den Nominalwert von 104 500 M zu verzinsen.

II. Von der Kämmereikasse:

- 1) zur Bestreitung der Kosten der Bebauung und der ersten Einrichtung des Zentralfriedhofes zusammen 300 000 M (bar), die zur Zeit bis auf die Summe von 272 562,12 M abgetragen sind;
- 2) zur Erwerbung von Kirchenbaupläzen für die St. Johannis- und St. Pauli-Gemeinde nominell 140 000 M (bar 130 400 M);
- 3) zur Bestreitung der Kirchenbaukosten zusammen 158 000 M.

Der Verband der Stadtkirchen schuldet mithin der Gemeinde Braunschweig zur Zeit überhaupt 970 562,12 M.

Da die Gemeinde Kirchenkasse nicht in der Lage ist, aus eigenen Mitteln diese Darlehne zurückzuzahlen, so würde sie ihrerseits zunächst an dritter Stelle eine Anleihe aufzunehmen haben und müßte in gleicher Weise auch diejenigen Mittel beschaffen, deren sie behufs Bestreitung der Restkosten für die beiden Kirchen zu St. Johannis und zu St. Pauli noch in Höhe von rund 390 000 M bedarf. Endlich wird der Gemeinde Kirchenkasse in nicht allzuferner Zeit eine weitere Ausgabe von etwa 300 000 M dadurch erwachsen, daß für die neu errichtete St. Jakobi-Gemeinde ein eigenes Gotteshaus errichtet wird. Das Gesamtbedürfnis der Gemeinde Kirchenkasse ist hiernach auf rund 1 650 000 M zu bemessen.

Das Herzogliche Finanzkollegium hat sich auf Anfrage bereit erklärt, dieses Kapital in vorausgesetzter Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums ohne Bestellung entsprechender Sicherheit mit der Maßgabe vorzuleihen, daß die Abnahme in Teilbeträgen je nach Bedarf des Schuldners erfolgt, der Zinsfuß auf $3\frac{1}{2}\%$ p. a. festgesetzt wird, die Amortisation nach Belieben des Schuldners geschieht und daß

in Ansehung der Rückzahlung (abgesehen von der Amortisation) eine einjährige Kündigungsfrist festgesetzt werde.

Dabei macht indessen das Herzogliche Finanzkollegium wegen der fehlenden Realsicherheit im Hinblick auf § 20 des Gesetzes Nr. 72 vom 20. August 1867 zur Bedingung, daß als Schuldner nicht die Gemeinde Kirchenkasse, sondern die Stadt Braunschweig auftrete.

Der Magistrat hält es einerseits im Hinblick auf die Steuerkraft der zur Zahlung von Kirchensteuer verpflichteten evangelisch-lutherischen Gemeindegossen für unbedenklich, diese Schuld namens der politischen Gemeinde zu kontrahieren, zumal ja diese auch ihrerseits der Gemeinde Kirchenkasse die obengedachten Darlehne ohne Bestellung einer besonderen Sicherheit gewährt hat und andererseits sieht er zurzeit keine andere Möglichkeit, den Bedarf der Gemeinde Kirchenkasse zu decken, während die Stadt gesetzlicher Vorschrift zufolge die für kirchliche Zwecke erforderlichen Mittel ihrerseits zu beschaffen gezwungen ist.

Die obigen Bedingungen erscheinen dem Magistrate durchaus annehmbar, zumal da nicht zu befürchten ist, daß der Staat von dem vorbehaltenen Kündigungsrechte in absehbarer Zeit Gebrauch machen wird. Die Amortisation würde in der Weise vertragsmäßig festzulegen sein, daß sie wenigstens alljährlich mit $1\frac{1}{2}\%$ und den durch die Teilabträge ersparten Zinsen zu geschehen habe.

Die Aufnahme des Darlehens könnte in der Weise geschehen, daß die Stadt nach ihrem eigenen Bedarfe die einzelnen Teilbeträge in Höhe der von ihr den Kirchen gewährten Darlehne abhebt und dagegen die Gemeinde Kirchenkasse liberiert, bezw. die nach dem Bedarfe der Gemeinde Kirchenkasse weiter erforderlichen Mittel vom Herzoglichen Leihhause anfordert und der Gemeinde Kirchenkasse gegen deren urkundliche Verpflichtung zur Verzinsung, Tilgung und Rückzahlung überweist. Das Kirchenkassenkollegium hat sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Indem sich der Magistrat vorbehält, wegen Bemessung des für Zwecke der St. Jakobi-Gemeinde erforderlichen Darlehens demnächst weitere Anträge zu stellen, ersucht er,

ihn zu ermächtigen, die vorgedachten 970 562,12 M und 390 000 M mit rund 1 360 000 M in der erläuterten Weise flüssig zu machen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Die Kommission bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, zu erreichen, daß das Herzogliche Leihhaus der Gemeinen Kirchenkasse das Geld direkt vorleihe. Jetzt steht die Stadt wieder dazwischen und es ist daher nicht möglich, die Summe aus dem Etat fortzulassen. Gegen bestehende Gesetze ist aber nichts zu machen, weshalb ich zu empfehlen habe, die Vorlage anzunehmen. Es würde dadurch eine große Vereinfachung geschaffen und die Gemeinde Kirchenkasse wenigstens rechnerisch finanziell selbständig gemacht werden.

Herr Jasper: Ich stimme mit dem Herrn Referenten vollkommen darin überein, daß es sehr wünschenswert wäre, die politische und die kirchliche Gemeinde zu trennen und auch darin, daß die Vorlage eine Annäherung in dieser Richtung bringt. Andererseits kann ich aber den Schritt, den wir durch diese Vorlage vorwärts machen, nicht für erheblich ansehen, sondern es wird dadurch nur eine optische Täuschung hervorgerufen. Bei dieser Sachlage halte ich es taktisch für richtiger, auch das letzte Mittel zu versuchen, um auf die Instanzen einzuwirken, die berufen sind, eine Aenderung dieses unleidlichen Zustandes herbeizuführen. Daher beantrage ich,

den Antrag des Magistrates abzulehnen und statt dessen den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle zu beantragen, die bestehenden Gesetze dahin zu ändern, daß die politische Gemeinde von der Kirchengemeinde völlig getrennt werde, und von der Gemeinde Kirchenkasse eine Realsicherheit nicht anzufordern.

Herr Hauswaldt: Der Herr Vorredner hat bei seinem Antrage das Ansprechen des Magistrates ganz außer acht gelassen. Er stellt in den Vordergrund die Trennung der politischen Gemeinde von der Kirchengemeinde, obwohl es sich darum hier erst an zweiter oder dritter Stelle handelt. Wenn wir den Antrag des Herrn Jasper annehmen, so würde die Folge sein, daß der Magistrat, da das Geld beschafft werden muß, in der nächsten Sitzung damit kommen würde, die 1360000 M. durch eine Anleihe flüssig zu machen. Damit würde aber Herr Jasper seinen Zweck, die höchsten und allerhöchsten Behörden zu drücken, nicht erreichen. Die uns vorgesetzten Behörden sind darüber unterrichtet, daß seitens der kirchlichen und der politischen Organe die Scheidung zwischen den beiden Gemeinden gewünscht und angestrebt wird. Ich möchte dringend bitten, den Antrag Jasper nicht anzunehmen, sondern der Vorlage zuzustimmen; denn ich kann beim besten Willen nicht einsehen, daß deren Ablehnung uns förderlich sein kann.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich bin auch der Ansicht, daß der Antrag des Herrn Jasper nicht zum Ziele führen würde. Es würde dadurch nicht die zuständige kirchliche Behörde in eine Zwangslage versetzt werden, sondern der einzige leidende Teil würde der Magistrat sein, und das möchten wir doch nicht gern auf uns nehmen. Anders liegt es mit dem zweiten Teile des Antrages, über den sich sprechen läßt, ob nämlich nicht die kirchlichen Gemeinden vom Leihhause ein Darlehn verlangen können ohne eine Realsicherheit. Man könnte solche Einrichtung natürlich nicht auf die Stadt Braunschweig beschränken. So unbedenklich es aber auch sein würde, ein derartiges Gesetz für größere Gemeinden zu schaffen, so bedenklich würde es sein, das Gesetz auf die Dorfgemeinden auszudehnen. Gerade dieser Gesichtspunkt spricht ohne Frage für die Annahme, darüber machen

wir uns keine Illusionen, daß die Trennung von politischer und kirchlicher Gemeinde bei den hohen Behörden auf Schwierigkeiten stoßen wird. Sie werden sich sagen, die Kirche hat ihre gesicherte Position dadurch, daß das Gesetz der Gemeinde die Pflicht auferlegt, für die kirchlichen Lasten aufzukommen. Wie soll nun eine Behörde, die auch das Wohl der Kirche im Auge hat, dazu kommen, der Kirche diese günstige Position zu nehmen? Auch das zweite Gesetz ist aber nicht so schnell zu erwarten, um mit der Beschaffung der Mittel bis dahin warten zu können; es bleibt daher nichts anderes übrig, als auf die Vorschläge des Magistrates einzugehen und die kleine Unannehmlichkeit mit in den Kauf zu nehmen.

Herr Wolters: Wenn wir die in der Vorlage empfohlene Operation nicht machen, so würden wir zum Wege der Anleihe schreiten, bei der die Stadt ebenso haßbar sein würde, wie bei der Durchführung der Vorlage.

Herr Jasper: Die Tragweite meines Antrages ist mir vollkommen klar gewesen und ich scheue doch nicht davor zurück, obwohl wir bei einer Anleihe in den Verdacht geraten können, für eigenen Zweck Geld zu gebrauchen. Wenn sich bei der Gelegenheit herausstellen sollte, daß wir keine Anleihe zu einigermaßen günstigen Bedingungen aufnehmen können, weil wir der Kirchenkasse gegenüber Realsicherheit leisten müssen und unsern Kredit dabei auf dem öffentlichen Geldmarkte in Anspruch genommen haben, so würde dadurch zum Ausdruck kommen, wie schädlich die Verquickung der beiden Gemeinden ist. Wenn aber durch dieses Einsteigen für die Realsicherheit der Kirchenkasse die politische Gemeinde in ihrer Kreditfähigkeit geschädigt werden sollte, so sehe ich nicht ein, weshalb nicht eine Scheidung gemacht werden soll, um den letzten Schein eines Rechtes aus der Hand zu geben.

Herr Südel: Ich möchte mich dagegen verwahren, daß die bisherige Belastung der Stadt Einfluß gehabt haben könnte auf den Kurs der begebenen Anleihen. Der Kurs wird nicht hierdurch, sondern durch die vorliegenden Geldverhältnisse beeinflusst.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage gutgeheißen und der Antrag Jasper in seinen beiden Teilen abgelehnt.

X. Bauprojekt für ein Lehrerinnenseminar etc.

Nach Genehmigung des Vorprojektes wegen Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung des Lehrerinnenseminars und einer sechsstufigen Übungsschule auf dem Grundstücke des alten Stadtkassengebäudes sowie der Neubebauung der beiden städtischen Grundstücke Nr. 9 und 10 in der Kleinen Burg durch die Versammlung in der Sitzung vom 10. September 1903 hat der Magistrat durch die städtische

Bauverwaltung spezielle Projekte und Kostenanschläge ausarbeiten lassen. Dazu wird folgendes bemerkt:

- 1) Wie schon in der Vorlage vom 2. August 1903 hervorgehoben ist, bedingt die fachgemäße Ausführung der in Rede stehenden Bauten eine Verschiebung der nach dem Kloster St. Agidien führenden Straße und eine Veränderung der Grenze zwischen dem Klostergrundstücke und dem Grundstücke der alten Stadtkasse. Mit der Straßenverschiebung und dem Austausch der beiden Flächen zu 1,6 qm und 1,5 qm hat sich die das Kloster vertretende Herzogliche Kammer, Direktion der Domänen, unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß ihr behufs Ausführung der im Kostenanschlage der städtischen Bauverwaltung näher bezeichneten Bauten und Arbeiten stadtseitig 2000 M gezahlt werden, daß ferner eine städtische Fläche zu 1,1 qm an das Klostergrundstück abgetreten wird und die auf der jetzigen Grenze stehende Einfriedigung und die im jetzigen Zugangswege liegenden unterirdischen Anlagen (Kanal und Wasserrohr) auf Kosten der Stadt verlegt werden.

Im Einvernehmen mit der städtischen Bauverwaltung hält der Magistrat diese Bedingungen für gerechtfertigt und annehmbar, wobei er bemerkt, daß die Kosten der Verlegung der unterirdischen Anlagen in den zu 3750 M ermittelten Kosten für Befestigung des neuen Straßenzuges mit enthalten sind.

- 2) Das neue Schulgebäude soll an der Westseite des älteren Gebäudes der höheren Mädchenschule aufgeführt werden, wobei in Aussicht genommen war, beide Gebäude durch je eine Öffnung in jedem Geschosse miteinander zu verbinden. Im Erdgeschosse und ersten Obergeschosse des Neubaus soll die sechsklassige Übungsschule, im zweiten Obergeschosse dagegen das Seminar untergebracht werden. Das erforderliche Abortgebäude ist in der Südwestecke des Grundstücks vorgesehen.
- 3) Für das neue Schulgebäude ist eine Niederdruck-Dampfheizung in Aussicht genommen. Es empfiehlt sich, mittels dieser künftig auch das ältere Gebäude der höheren Mädchenschule, dessen Klassenzimmer zurzeit mit Öfen versehen sind, zu beheizen, zumal die hierfür aufzuwendenden Anlagelkosten nur 8000 M betragen werden.
- 4) Die beiden Schulknechte der höheren Mädchenschule sind zurzeit in den nach dem Projekte in Wegfall kommenden Gebäuden auf dem Grundstücke der alten Stadtkasse untergebracht. Nach dem Projekte soll zur Schaffung von zwei neuen Dienstwohnungen für diese Beamten auf den Grundstücken Nr. 9 und 10 in der Kleinen Burg und zwar hart an dem künftigen Zugangswege des Klosters St. Agidien ein selbständiges Gebäude nach Be-

seitigung der auf diesen beiden Grundstücken zurzeit vorhandenen Bauwerke, die teils völlig abgängig, teils höchst minderwertig sind, aufgeführt werden. Da von den straßenseitigen Zimmern des neuen Gebäudes aus der Schulhof bequem übersehen werden kann, so erscheint die Unterbringung der Schuldieners außerhalb des Schulgrundstücks selbst unbedenklich.

- 5) Wie bekannt, ist zurzeit das Grundstück *N* 9 der Straßenreinigungsdeputation überwiesen. In dem selbständigen Hintergebäude befindet sich außer der Dienstwohnung für einen der drei Aufseher der Versammlungsraum der Mannschaften der Straßenreinigung, während in dem (völlig abgängigen) Vordergebäude die Materialien (Besen, Walzen, Streugrand und dergleichen) aufbewahrt werden und ein provisorischer Pferdestall eingerichtet ist, in dem die beim Kehren der Straßen benutzten Pferde während der Nachtpause untergebracht werden. In zwei Räumen des erstgedachten Gebäudes, sowie in einem auf dem Hofe erbauten Schuppen sind außerdem Materialien und Geräte der Kanalbauabteilung der städtischen Bauverwaltung untergebracht. Für alle diese Zwecke auch ferner Räume tunlichst im Mittelpunkt der Stadt zur Verfügung zu haben, erscheint durchaus geboten, und das Projekt sieht daher vor, daß das Schuldienerhaus dreistöckig aufgeführt wird, so daß das Erdgeschoß (mit besonderem Ausgange nach dem Hofe) dem vorhin genannten Aufseher als Dienstwohnung würde überwiesen werden können, während für die übrigen Zwecke der Straßenreinigung und des Kanalbaues bezw. der Unterhaltung der Kanäle die in dem Projekte zur Anschauung gebrachten Bauwerke aufgeführt werden sollen. Von diesen Bauwerken ist die Wagenremise zur Unterbringung des zurzeit auf dem Grundstück der alten Stadtkasse stehenden Leichenwagens der Domgemeinde bestimmt, wobei bemerkt wird, daß die Stadt vertragsgemäß zu dessen Aufbewahrung verpflichtet ist.
- 6) Das Gesamtprojekt ist von den Vorständen der höheren Mädchenschule und der Bürgerschulen sowie von der Straßenreinigungsdeputation im allgemeinen gutgeheißen; nur hielten die Schulvorstände die Herstellung einer Verbindung zwischen dem neuen und alten Schulgebäude in den beiden oberen Geschossen für überflüssig, während die Straßenreinigungsdeputation behufs Schaffung eines Lagerraumes die Unterkellerung des Mannschaftsraumes empfahl. Diesen Vorschlägen gemäß sind Projekt und Kostenanschlag geändert und es ist überdies nachträglich die Anbringung einer Beleuchtungsanlage in den drei Seminarklassen, und auf dem Schuldienergrundstücke die Herrichtung einer verschließbaren Grube zur Aufbewahrung des Streusandes vorgesehen.

7) Nach dem Kostenaufschlage vom 11. Mai 1904 bezw. den mit den Berichten der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Aenderungen desselben werden die Kosten betragen für:

a. das Schulgebäude	104 920 M.
b. die Herstellung einer Verbindung zwischen dem Neubau und dem älteren Gebäude der höheren Mädchenschule	1 400 M.
c. Einrichtung einer Niederdruck-Dampfheizung in dem älteren Schulgebäude	8 000 M.
d. das Abortgebäude	7 600 M.
e. das Schuldienerhaus	39 500 M.
f. Nebenanlagen des neuen Schulgebäudes	9 600 M.
g. den Ausbau des neuen Straßenzuges	3 750 M.
h. bauliche Aenderungen im Stiftsgrundstücke	2 000 M.
i. Nebengebäude auf den Grundstücken Nr. 9 und 10, Kleine Burg	17 000 M.
k. Herrichtung einer Wagenremise und Erweiterung des Schuppens daselbst	1 900 M.
l. Nebenanlage daselbst	4 450 M.
m. Mobiliar des Schulgebäudes	12 500 M.

zusammen 212 620 M.

Wenngleich die Gesamtanlage in erster Linie im Interesse des Lehrerinnen-seminars hergerichtet werden soll, so ist doch andererseits zu berücksichtigen, daß durch die Eröffnung der sechsklassigen Übungsschule die übrigen Bürgerschulen entlastet werden, und es dürfte daher gerechtfertigt erscheinen, einen dem Verhältnis der Klassenzahl beider Anstalten zu einander (3 zu 6) entsprechenden Teil derjenigen Kosten, welche gleichzeitig auch als unmittelbar zu gunsten der Übungsschule aufgewandt gelten müssen, aus dem Schulhausbaufonds zu bestreiten. Dahin sind zu rechnen die vorstehend unter a, d, f, g, h und m aufgeführten Beträge zu insgesamt 140 370 M., wovon dem Schulhausbaufonds $\frac{2}{3}$ mit 93 580 M. zur Last zu legen sein würden. Die übrigen Kosten würden wenigstens zum Teil über kurz oder lang ohnehin aufzuwenden gewesen sein, da sowohl das alte Stadtklassengebäude, sowie ein Teil der Gebäude auf dem Grundstücke Kleine Burg Nr. 9 sich in höchst mangelhaftem Zustande befinden. Gleichwohl aber hält der Magistrat für gerechtfertigt, auch einen wenngleich nur geringen Teil dieser letztgedachten Kosten und zwar der für das Schuldienerhaus erforderlichen aus dem Schulhausbaufonds zu bestreiten, weil einer der beiden Schuldiener der höheren Mädchenschule auch die Wartung der Übungsschule zu übernehmen haben wird.

Demnach wird empfohlen, dem genannten Fonds insgesamt rund 100 000 M zur Last zu legen, während die Restkosten aus dem Extraordinarium der Stadtkasse zu bestreiten sein werden. Hiernach ersucht der Magistrat,

der Ausführung des Gesamtprojektes einschließlich der geplanten Straßenverlegung und der vorgedachten Terrainveräußerung und Grenzveränderung zuzustimmen und die Kosten mit insgesamt 212 620 M und zwar in Höhe von 100 000 M zu Lasten des Schulhausbaufonds und in Höhe von 112 620 M zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen.

Namens der vereinigten Schul- und Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die vereinigten Kommissionen empfehlen, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen. In dem Keller des Schulgebäudes war wegen der Höhen- und Wasserstandsverhältnisse eine Küche nicht unterzubringen, und ebenso hat man von deren Unterbringung im vierten Geschoß abgesehen, zumal nach dem Gutachten des Schulvorstandes ein dringendes Bedürfnis dafür nicht vorlag. Es liegt hier zum ersten Male ein bis ins einzelne hinein ausgeführter Kostenanschlag nebst Massenberechnung vor, woran die Kommissionen ebenfalls nichts auszusetzen haben. Einige Punkte der Vorlage haben Anlaß zur Erörterung gegeben, und zwar zunächst die Heizungsanlage. Nach der sachverständigen Auskunft des Baubeamten soll eine gleiche Anlage im Herzoglichen Hoftheater angebracht sein und bestens funktionieren. Ferner hat man die Frage besprochen, ob es zweckmäßig sei, das Schuldienerhaus an der hier vorgesehenen Stelle zu errichten, oder ob eine Abtrennung dieses Hauses von dem eigentlichen Schulgrundstücke sich wegen der schlechteren Ueberwachung des Schulhofes nicht empfehle. Man hat sich aber auch hier dem fachtechnischen Gutachten des Schulvorstandes angeschlossen, daß für das Schuldienerhaus kaum ein günstigerer Platz hätte gewählt werden können. Auch wegen der Kosten für dieses Haus hat man keine Bedenken mehr gehabt. Schon bei der Beratung des Vorprojektes sind die Kosten für das Gebäude herabgesetzt worden. Man hatte hierbei vielleicht gewisse Reminiszenzen an die Pfarrhäuser der beiden neuen Kirchengemeinden, aber schließlich brach sich doch die Ueberzeugung durch, daß eine weitere Beschnidung der Kosten nicht möglich sei. Mit der Bitte um Genehmigung der Vorlage will ich noch die Bemerkung verknüpfen, daß die Gesamtsumme des Kostenanschlages sich um 2000 M ermäßigt, weil dieser Betrag schon einmal bewilligt worden ist.

Herr Rathe: Man muß dieser wohl vorbereiteten und durchgearbeiteten Vorlage wohl auch hinsichtlich des Schuldienerhauses, das man außerhalb des Grundstückskomplexes legen will, zustimmen, und ich will nur wünschen, daß die Trennung sich bewähren und nicht zu Unzuträglichkeiten führen mag. Dabei möchte ich bitten, den Magistrat zu ersuchen, für die Schuldiener im Schulgebäude selbst einen Raum zu schaffen, wo sie für den Direktor und die Lehrer der Anstalt leicht zu

erreichen sind. Im übrigen muß ich aber sagen, daß es mir reichlich viel erscheint, wenn für das Wohnhaus zweier Schuldiener und eines Beamten der Straßenreinigung ohne den Bauplatz 39 500 M ausgegeben werden sollen. Es sind etwa 150 qm zu bebauen, und ein solches Haus darf doch unmöglich mehr als 30 000 bis 32 000 M kosten. Wir haben wirklich nicht nötig, an jener Stelle einen derartigen Lutz zu treiben, der weit über das Ziel hinaus schießt. Man kann hier doch unmöglich mehr als 150—175 M für 1 qm bebauter Fläche rechnen. Ich möchte also ersuchen, in dieser Beziehung etwas sparsamer vorzugehen, da wir mit der Zeit so wie so noch zu größerer Sparsamkeit übergehen müssen, wenn wir ohne Steuererhöhung auskommen wollen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die letzte Bemerkung kann ich nur bestätigen: wir werden nächstes Jahr ohne Steuererhöhung wohl nicht auskommen. Im übrigen ist es nicht angängig, bei dem Schuldienerhause 6000 M zu streichen, zumal der Anschlag doch nicht maßgebend ist für die Begrenzung der Ausgaben nach unten. Die Sache ist jetzt so geregelt und das von der Versammlung eingeführte Verfahren bei der Vergebung von Bauarbeiten so praktisch, daß der Magistrat gar nicht in der Lage ist, zu viel Geld ausgeben zu können. Bei diesem Verfahren hat sich vielmehr schon gezeigt, daß es zweckmäßig erscheint, wenn die Bauverwaltung nicht dem niedrigsten Angebote den Zuschlag erteilt, weil die Gefahr besteht, daß dabei der Handwerkerstand zugrunde gehen würde. (Hört!) Herr Rathe muß daher die Sache sowie geschehen nicht auffassen, sondern er kann höchstens sagen, es soll ein Zimmer weniger gebaut oder die Fassade einfacher gestaltet werden u. dgl. m. Wenn Herr Rathe solche Vorschläge machen kann, so sind wir gern bereit, sie zu erörtern, aber mit einem einfachen Abstriche an der Bau Summe läßt sich nichts machen.

Herr Hauswaldt: Ich bin der Ansicht des Herrn Rathe, jedoch bin ich nicht Techniker genug, um sagen zu können, wo hier speziell gespart werden kann. Es ist mir ganz unerfindlich, wie man für ein dreigeschoßiges Haus mit je 4 Zimmern 39 500 M ausgeben kann. Ich habe in der Gertrudenstraße ein dreigeschoßiges Haus mit 8 Zimmern in der Etage bauen lassen, was nur 21 800 M gekostet hat, trotzdem gutes Material dazu genommen ist. Wenn wir unsere städtischen Gebäude nicht durch die städtische Bauverwaltung herstellen ließen, sondern sie in Entreprise gäben, so würden wir sie wohl für zwei Drittel ihrer Kosten erhalten; ich möchte daher bitten, einmal solchen Versuch zu machen und ich glaube, wir werden Unternehmer genug finden, die den Bau uns für den billigeren Preis herstellen. (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es mag sein, daß der Preis des Hauses zu hoch erscheint, aber die Veranschlagung entspricht, wie ich wiederhole, dem von den städtischen Behörden festgelegten Verfahren. Sie können von der

städtischen Bauverwaltung nicht mehr verlangen, als daß sie einen Anschlag vorlegt, worin jeder einzelne Stein bestimmt und veranschlagt ist. Ich stehe auf dem Standpunkte: wenn unsere sachverständige Baubehörde einen Bau veranschlagt hat und zwei Kommissionen dieser Versammlung haben nichts daran zu beanstanden gefunden, so habe ich keine Bedenken, der Veranschlagung zuzustimmen. Aber immerhin handelt es sich dabei nur um einen Anschlag, und wenn hinterher die Sachen nicht so viel kosten, so wird auch das Geld nicht dafür ausgegeben. Das Haus des Herrn Hauswaldt in der Gertrudenstraße kenne ich; ja, so baut unsere städtische Bauverwaltung allerdings nicht.

Herr Wolters: Der vorhin vom Herrn Oberbürgermeister ausgesprochenen Bitte, man möchte wegen der Ersparung von Baukosten praktische Vorschläge machen, kann ich mich nur anschließen. Wenn der Versammlung der Betrag von 39 500 M für das Haus zu hoch ist, so muß sie sagen, wir wollen nicht so viel oder kleinere Zimmer haben, dann läßt sich über einen Abstrich sprechen. (Widerspruch.) Glauben die Herren aber, daß an sich zu teuer gebaut wird, so ist zu berücksichtigen, daß später die Deputation in Funktion tritt und die Aufträge zu vergeben hat. Diese hat dann zu prüfen, ob die Kostenanschläge richtig sind. Bemäkeln Sie aber die Bauidee als solche, so müssen Sie praktische Minderungs-vorschläge machen. Nachdem das Gebäude schon bei der Beratung des Vorprojektes aufs äußerste zusammengestrichen ist und nachdem auch der heute behinderte Vorsitzende der Baukommission seine Zustimmung zu dem Anschlage gegeben hat, können wir uns bei diesen vielen sachverständigen Äußerungen wohl begnügen.

Herr Rathe: Es läßt sich an dem Hause doch wohl manches ersparen, so z. B. an der Fassade, die nicht hinten und vorn einen Turm zu haben braucht. Es gehört ein einfaches Bürgerhaus dahin, mehr ist nicht nötig. Wenn man so luxuriöse Beamtenwohnhäuser herstellen will, so müßte sich schon der Wohnung wegen jeder freuen, städtischer Beamter oder Arbeiter zu sein.

Herr Meyerhoff: Ich bin erstaunt darüber, daß Herr Rathe, der doch Mitglied der Baukommission ist, an dem Wohnhause einen Turm entdeckt hat; ich sehe weder hinten noch vorn einen Turm. Vor der Vergebung solcher Bauten in Entreprise möchte ich aber die Stadt zu schützen suchen. Bei einem Unternehmer fallen in erster Linie die Handwerker und in zweiter auch die Abnehmer hinein. Der Entrepreneur kann Ihnen auch weiter nichts liefern, als Sie sich selbst beschaffen können. Wenn Sie solchen Bau einem Unternehmer übergeben, so muß er seinen Gewinn auf Kosten der Güte der Arbeit herausholen. Weshalb gibt denn die Militärverwaltung ihre Bauten nicht in Entreprise? Weil sie weiß, daß die Gebäude dauerhaft sein müssen. Ich beglückwünsche die Herren, die mit

einem Unternehmer hineingefallen sind; sie werden sich wohl vor dem zweiten Male hüten.

Herr Sander: Ohne der städtischen Bauverwaltung ein Loblied singen zu wollen, muß ich doch sagen, sie baut anders, als Privatleute. Wie es aber mit den Bauten geht, so geht es auch mit anderen Sachen. Wenn man z. B. einen Wagen von Herrn Kathe kauft und der kostet bedeutend mehr, als bei einem anderen Wagenfabrikanten, so darf man deshalb doch dem kaufenden Publikum nicht sagen, es möchte nicht zu Herrn Kathe gehen. (Heiterkeit.) Der Preisunterschied liegt eben im allgemeinen in der Qualität der Ware. Herrn Hauswaldt möchte ich bemerken, daß wir nach einigen Versuchen sehr bald wieder davon abkommen würden, unsere Bauten in Entrepriße zu geben. Bei der Ausführung solcher Bauten leidet hauptsächlich der Handwerker, der in seinen Preisen gedrückt wird. Anlässlich der Debatte über die Warenhaussteuer wurde mit hochklingendem Tone gesagt, wir müssen den Mittelstand und die Handwerker heben, aber dies klingt wirklich nicht danach. Der General-Unternehmer wird stets die Handwerker drücken, der Auftraggeber kommt aber dabei trotzdem nicht zu seinem Rechte und das Ende vom Liede ist, der Mittelstand geht verloren.

Herr Böschigt: Ich freue mich, daß die von der Versammlung eingesetzte Deputation nach der Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters so gut gearbeitet hat. (Rufe: „Keine Anerkennung!“ Heiterkeit.) Wenn Herr Frühling hier wäre, würde er meiner Ueberzeugung nach für das Bedellenhaus keine 39500 Al bewilligt haben.

Herr Hauswaldt: Ich will von meinem Hause an der Gertrudenstraße nicht weiter sprechen: es ist das ein bescheidenes massives Haus und hat noch keine Reparaturen erfordert. Wenn das Haus dem Herrn Oberbürgermeister nicht gefällt, so tut es mir leid; aber ich will doch darauf hinweisen, daß die hiesige Baugenossenschaft auch solide baut, aber solche Summen wie die städtische Bauverwaltung lange nicht für ihre Häuser ausgibt. Ich bin wirklich der letzte, welcher, wie das hier so schauerlich hingestellt wird, den Handwerksmeistern das Blut unter den Fingern wegflecken will. Es soll hier nur sparsamer gebaut werden, die Baugenossenschaft baut auch billiger, aber Türme und sonstige Verzierungen kennt sie nicht. (Ruf: „Es ist gar kein Turm vorhanden, sondern nur eine Lufarne!“) Ich nenne das einen Turm. Wir bauen hier kleine Paläste und das ist nicht nötig.

Herr Kiefe: Dieselben Einwendungen gegen die Wohnungen der Schuldiener, welche wir heute hier gehört haben, sind auch schon in der Kommissions-sitzung zur Sprache gekommen. Gewiß, auf den ersten Blick erscheint das Haus zu teuer zu sein, aber unsere Vorschriften für die Vergabung städtischer Arbeiten

werden uns schon vor zu hohen Ausgaben schützen. Bei den Tiefbauten haben diese Vorschriften bereits vorzüglich gewirkt, denn die für die Auguststraße bewilligte Summe hat beinahe für den Regidienmarkt mit hingereicht. Es ist dabei allerdings nicht zu verkennen, daß die Steinsehermeister über zu geringen Verdienst schreiben und die Gesellen einen Stundenlohn von 60 \mathcal{M} haben müssen. Den großen Vorteil haben wir aber von der Einrichtung, daß nicht mehr so regellos gebaut wird.

Herr Rathe: Ich möchte meine Aeußerung von vorhin dahin berichtigen, daß an dem Schuldienerhause nicht zwei Türmchen, sondern zwei Giebelausbaue vorgesehen sind.

Herr Wolters: Nachdem hier der Geist des Vorsitzenden der Baukommission beschworen ist, möchte ich auch noch einmal das Wort nehmen. Bei Beratung des Vorprojectes hat Herr Frühling selbst geäußert, die Ansätze entsprächen demjenigen, was in letzter Zeit für Schulbauten aufgewandt worden sei, so daß man in der Kommission nicht für erforderlich gehalten habe, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die Sätze etwa herabgesetzt werden könnten. Damals ist auch die Deckenhöhe von 3,5 m auf 2,9 m herabgesetzt worden, welcher Wunsch in der jetzigen Vorlage volle Berücksichtigung gefunden hat. Wenn damals nur 32000 \mathcal{M} gefordert waren, so ist die Erhöhung auf 39500 \mathcal{M} darauf zurückzuführen, daß man bei der Aufstellung eines Vorprojectes die Veranschlagung nicht so genau machen kann, wie nachher bei dem definitiven Projekte, welchem die speziellen Kostenanschläge und die Massenberechnung zugrunde gelegt wird. Hierbei zeigt sich dann erst, ob die ursprüngliche Annahme zutreffend gewesen ist. Im übrigen ist gegen den früheren Bau nichts geändert worden.

Herr Meyerhoff: Herr Hauswaldt zog vorhin eine Parallele mit den Häusern der Baugenossenschaft. Diese Häuser sind aber gar nicht so billig gebaut. Verschiedene Privatunternehmer an der Comenius- und der Rußbergstraße haben billiger gebaut, als die Baugenossenschaft. Aber letztere verkauft ihre Häuser schnell wieder und den Schaden trägt eventuell der neue Erwerber, während die Stadt an ihren Häusern sehr wenig Reparaturen hat.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen

XI. Neueinrichtungen für das Gaswerk.

Das Gaswerk an der Taubenstraße ist in seinem jetzigen baulichen Zustande für eine höchste Tagesabgabe von 15000 cbm Gas eingerichtet. Dagegen ist die Anlage der trockenen Gasreinigung zurückgeblieben, da solche nur für 7500 cbm ausreicht. Durch Einführung der Gasteilung in den Reinigerkasten ist zwar die Anlage leistungsfähiger geworden, doch wird es mit Rücksicht darauf, daß

dieses Gaswerk den gesamten Zuwachs an Gasverbrauch künftig zu decken hat, erforderlich, die Gasreinigeranlage zu verdoppeln. Für diesen Zweck wird geplant, vier neue Reinigungskasten mit Rahmen und Ventilen aufzustellen und einen neuen Regenerierraum für die Gasreinigungsmasse zu erbauen. Um den öftern Transport dieser Masse zwischen dem Kasten und dem Regenerierraum zu erleichtern, soll eine Hängebahnanlage geschaffen werden.

Die Kosten würden betragen für:

die Bauarbeiten	13 200 M
die Apparate mit Zubehör . .	23 500 "
die Hängebahnanlage	7 000 "
unvorhergesehene Arbeiten . .	2 300 "
<hr/>	
zusammen	46 000 M.

Auf Antrag der Deputation für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke gibt der Magistrat anheim, diese neuen Einrichtungen zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 46 000 M zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Schmidt, die Vorlage zu genehmigen, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, daß die Arbeiten bald zur Vergebung und Ausführung kommen möchten.

Herr Stadtrat Haake: Was die Bauarbeiten anbetrifft, so sind sie bereits in beschränkter Submission vergeben worden. Wegen der Maschinen, die hier nicht angefertigt werden können, sind von zwei auswärtigen Werken Anschläge angefordert worden und haben wir dem billigsten Werke den Zuschlag erteilt.

Die Vorlage wird angenommen.

XII. Erweiterung der Oberrealschule.

Nachdem zu Ostern 1904 bei der städtischen Oberrealschule eine dritte Sexta als Stamm einer ins Leben zu rufenden sechsstufigen Realschule eingerichtet ist, ergibt sich die Notwendigkeit, zu Ostern 1905 eine dritte Quinta folgen zu lassen. Ebenso ist mit der Tatsache zu rechnen, daß die zu Ostern 1904 vorgenommene Teilung der Obersekunda eine dauernde sein wird und daß folgeweise Ostern 1905 neben der zweiten Obersekunda auch eine zweite Unterprima wird eingerichtet werden müssen. Während die zweite Obersekunda einstweilen noch im Hauptgebäude ein Unterkommen gefunden hat, ist die dritte Sexta im Obergeschoß des Volksschulengebäudes untergebracht worden. Das Gebäude wird zu Ostern 1905 frei werden, und es können alsdann darin noch weitere drei Klassen Platz finden. Zu dem Zwecke werden jedoch noch verschiedene bauliche Änderungen vorzunehmen sein, die etwa 2500 M kosten werden. Die Unterbringung von vorläufig drei

und demnächst voraussichtlich vier Klassen in dem Gebäude würde selbstverständlich nur provisorisch sein können. Wegen der dauernden Abstellung des Raummangels sind Verhandlungen eingeleitet worden, die so schnellig als möglich zum Abschluß gebracht werden sollen. Die Beschaffung des Inventars für die neu einzurichtenden Klassen würde kosten: für die dritte Quinta 1060 M und für die zweite Unterprima 760 M, zusammen also 1820 M.

Was die Lehrkräfte betrifft, so wird für die dritte Quinta die Heranziehung eines Bürgerschullehrers genügen, während für die Oberklassen zwei neue wissenschaftlich gebildete Lehrkräfte zu engagieren sein werden. Daneben empfiehlt der Schulleiter die feste Anstellung des seit längerer Zeit an der Oberrealschule tätigen Kandidaten des höheren Schulamts Heineke.

Der Magistrat hat im Einvernehmen mit dem Schulvorstande beschlossen, diesen Anträgen Folge zu geben und die erforderlichen Mittel in den nächstjährigen Haushaltsplan einzustellen, gleichzeitig hat er aber den Schulleiter ermächtigt, die Stellen der beiden neu einzustellenden wissenschaftlich gebildeten Lehrer schon jetzt auszusprechen, weil dieses nicht wohl bis zur Staatsberatung verschoben werden kann. Ebenso muß auch die Anfertigung des Inventars für die beiden neuen Klassen schon im Laufe des Winters erfolgen. Hiernach wird der Versammlung anheimgegeben, die vorgedachten Kosten von 4320 M zu verwilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß zu Ostern 1905 zwei wissenschaftlich gebildete Lehrkräfte gegen Gewährung des sachungsgemäßen Anfangsgehaltes angenommen werden.

Nach dem Berichte des Herrn Brückmann empfiehlt die Schulkommission die Annahme der beiden Anträge.

Herr Esdorn: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob wir bald eine Vorlage wegen der neuen Realschule zu erwarten haben, für die bekanntlich der Platz am Augusttore außersehen sein soll?

Herr Brückmann: Im Anschluß hieran habe ich noch eine weitere Magistratsvorlage vorzutragen, die den Wünschen des Herrn Esdorn in etwas entgegenkommt:

Bei den wegen Beseitigung des Raummangels in der Oberrealschule gepflogenen Verhandlungen ist allseitig anerkannt worden, daß die günstigste Lösung sich durch den Ankauf des zwischen der Turnhalle und dem Grundstücke der Volkshalle gelegenen Engelhardt'schen Grundstückes erzielen lassen würde. Dann könnte man nicht nur das jetzt vorhandene, den Hof beengende Abortgebäude beseitigen, sondern auch die Höfe der beiden Grundstücke M 31 und 32 dem Schulhofe angliedern. Außerdem würde, sofern die beiden Hauptgebäude der Grundstücke M 31 und 32 nicht für geeignet befunden werden sollten, um in ihnen hofwärts gelegene Klassenräume dauernd unterzubringen, entweder an Stelle dieser Gebäude

ein neues Klassengebäude, oder aber eine neue Aula errichtet werden können; die jetzige Aula würde dann zur Unterbringung von drei Klassenräumen ausreichen. Endlich kommt in Betracht, daß der Erwerb des Engelhardt'schen Grundstücks schon um deswillen dringend wünschenswert erscheint, weil es in den städtischen Gesamtbesitz tief hineinragt und dessen angemessene Ausnutzung einschränkt. Der Magistrat hat deshalb mit dem Besitzer des Grundstücks, Zigarrenfabrikant Engelhardt, Verhandlungen wegen Ankaufs des Grundstücks eingeleitet und es für den Preis von 42000 M angekauft. Es wird ersucht, den hierüber aufgenommenen Vertrag zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Statutenkommission wird auch dieser Vorlage zugestimmt.

XIII. Ausbau u. eines Teiles der Kramerstraße.

Nach dem von der städtischen Baubehörde aufgestellten Entwurf zum Ausbau der Kramerstraße zwischen der Ebert- und der Schüttlerstraße betragen die Grunderwerbskosten 11500 M, die Baukosten 11000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger 131 M für 1 m Frontlänge. Die Straße soll bei einer Gesamtbreite von 13,70 m derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 2,85 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll auf chausseierter Unterlage mit Kleinpflastersteinen abgepflastert werden, während man letztere mit einem Zementbelage von 1,80 m Breite befestigen will.

Dem Ersuchen des Magistrates, das Bauprojekt zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kramerstraße auf der bezeichneten Strecke zur Ortsstraße erklärt werde,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Kieke berichtet.

XIV. Erklärung der Howaldtstraße und einer angrenzenden Straße zu Ortsstraßen.

Nachdem die städtischen Behörden den Ausbau der projektierten Straße № 48 des Ortsbauplanes und der Howaldtstraße zwischen der Straße № 48 und der Hochstraße beschlossen haben, ist es erforderlich, diese Straßen zu Ortsstraßen zu erklären. Der Magistrat ersucht daher, zuzustimmen, daß eine entsprechende Erklärung abgegeben werde,

was geschieht, nachdem Herr Meyerhoff den Antrag namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

XV. Beschwerde des Herrn Kalms wegen der Gaslieferung.

Herr Stadtrat Haake: Bei dem Eingange solcher Beschwerden ist in der Regel so verfahren, daß die Sache zuerst dem Magistrate zur Berichterstattung überwiesen und erst dann darüber öffentlich verhandelt wird. Die vorliegende Sache ist indessen schon so geklärt, daß der Magistrat nichts dagegen hat, wenn darüber sofort öffentlich verhandelt wird.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß der Magistrat mit der Erklärung nicht in unsere Befugnisse eingreifen will, da es doch unsere Sache sein dürfte, über die Behandlung der Eingabe zu befinden. (Zustimmung am Magistrats-tische.)

Zur Sache selbst erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter der Finanzkommission.

Herr Südel: Der Hoftraiteur Kalms hat an die Versammlung eine Beschwerde über das jetzige Gas gerichtet, aus der folgendes hervorgehoben werden soll:

Im vorigen Winter seien die Gaskonsumenten nur Probiersteine für die Fabrikation von schlechtem Gas gewesen. Hierdurch habe sich bei ihm verschiedentlich gezeigt, daß die Gasrechnungen durch die Hin- und Herschwankungen bedeutend höher geworden seien, obgleich er eine geringere Zahl von Brennstunden gehabt habe. In dem dieserhalb geführten Schriftwechsel habe die Lichtdeputation zuerst der Kalms'schen Gasanlage die Schuld beigemessen, jedoch sei hinterher von der städtischen Gasverwaltung selbst festgestellt worden, daß die Leitung keine Schuld trage. Von Rechts wegen hätte müssen den durch das Probieren geschädigten Gaskonsumenten der Schaden ersetzt werden, was jedoch bislang nicht geschehen sei. Da jetzt bei Beginn der Winterfaison wieder dieselben schlechten Erscheinungen beim Gas hervorgetreten seien, wende er sich an die Versammlung mit der Bitte um Abstellung der Schäden. Die Mißstände zeigten sich in den fortwährenden Schwankungen des Gasdrucks und durch das schnellere Abnutzen der Glühstrümpfe, er müßte, wo früher eine Flamme genüge, jetzt deren zwei brennen lassen. Mit der Herabsetzung des Gaspreises um 1 Pfennig habe die Stadt zu Unrecht nur verdient, denn das jetzige Gas sei nach der Ansicht vieler Bürger keine 12 Pfennig wert, und er wolle gern wieder 17 Pfennig für das frühere bessere Gas bezahlen, wenn die Stadt unbedingt einen solchen Nutzen aus dem Gaswerke haben müsse.

In Braunschweig scheine keine Meinung zu sein, dem Geschäftsmann und Handwerker das Leben durch Zuwendung eines Mitnutzens am Gaswerke zu erleichtern, und es seien die Unkosten für einen Geschäftsmann hier größer, als in jeder anderen Stadt Deutschlands, während andererseits infolge des schlechten

Fremdenverkehrs die Einnahmen immer geringer würden. Die hiesige Stadt mache durch die wenige Lichtfülle auf den Geschäftsstraßen nach Schluß der großen Warenhäuser einen geradezu traurigen Eindruck. Da von der Stadt nicht ins Auge gefaßt sei, die Straßen elektrisch zu beleuchten, so sollte man doch den Konsumenten von Gas und elektrischem Licht durch bedeutend billigere Preise Gelegenheit geben, sich nach dem 8 Uhr Ladenschluß mit gutem Licht auszudehnen, um dadurch auch der Stadt am Abend ein besseres Aussehen zu geben. Wenn es hier so weiter gehe, so sehe man abends keine Fremden mehr, und man könne es auch diesen nicht übel nehmen, wenn sie lieber in einer Stunde nach Hannover führen. —

Die Eingabe ist, wie Herr Födel berichtend fortfährt, dem Direktor der Lichtwerke überwiesen worden, um darüber eine genügende Aufklärung zu geben, was geschehen ist.

Als richtig muß anerkannt werden, daß Herr Kalms verschiedene Eingaben an die Deputation gerichtet hat. Die Sache ist dann jedesmal untersucht worden, soweit die Briefe sich zur Beantwortung eigneten, welche Eigenschaft einige vermischen ließen. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Kalms'sche Leitung in Ordnung war. Es muß eingeräumt werden, daß bei uns zurzeit gewisse Unzuträglichkeiten in den Gasleitungen bestehen. Die Hauptrohre in den Straßen haben durch den langjährigen Gebrauch des schweren Gases teerige und graphitartige Ablagerungen angefaßt, die als Kondensprodukte des früheren schweren Gases anzusehen sind. Durch den Benzolreichtum des jetzigen leichteren Gases werden kleine Partikelchen des Teeres von den Rohrwandungen mit Kostfeilchen abgelöst und mit fortgerissen, um sich dann in den engeren Hausleitungen festzusetzen. Infolge dessen haben eine Menge Gasleitungen gereinigt werden müssen, und zwar sind im August 199 und im September 120 Rohrleitungen gereinigt worden. Es gibt aber kein Mittel, diesem Uebelstande anders und rascher abzuhelpen, und es wird auch noch einige Zeit vergehen, bis ein normaler Zustand geschaffen sein wird. Jeder Gaskonsument muß darauf achten, ob solche Verunreinigung stattgefunden hat, worauf die Reinigung durch das Lichtwerk schnell bewirkt werden kann. Auch die Gasleitung des Café Lück ist im vergangenen Jahre einmal gereinigt und der Gasmesser ausgewechselt worden, weil die Lager der Trommelwelle ausgelaufen waren. Andere Beanstandungen der Gasbeleuchtung des betr. Lokals konnten immer auf den mangelhaften Zustand der Brenner, auf minderwertige Glühkörper und auf die verschiedenartig gefärbten, lichtundurchlässigen Milchglasglocken zurückgeführt werden. Die empfohlenen Verbesserungsvorschläge fanden aber nach dem Berichte des Herrn von Feilichsch kein Gehör.

Die von Herrn Kalms erwähnten Schwankungen des Gasdrucks sind Herrn von Feilichsch unverständlich. Er hat im Januar und Februar fünf Druckmessungen

an der betreffenden Zuleitung vor und hinter dem Messer vorgenommen und sie neuerdings zweimal wiederholt. An den Stunden des höheren Bedarfs steigt der Druck dadurch, daß die Werke ihn entsprechend dem Verbräuche erhöhen. Durch diese geringfügige Druckänderung, die durch die Wasserwiderstände wieder ausgeglichen wird, sind aber Schwankungen in der Leuchtkraft der Glühkörper nicht wahrnehmbar. Sonst sind Schwankungen im Gasdruck überhaupt nicht festzustellen gewesen.

Wenn sodann Herr Kalms das weitere hervorhebt, daß die Konsumenten von Gas im letzten Winter als Probiersteine gebraucht seien, so will ich dazu mitteilen, daß die Probezeit in den ersten Tagen des Februar 1903 nur 5 Tage gedauert hat und vorher öffentlich bekannt gemacht war. In der Zeit vom 1. bis 7. März 1903 ist sodann nochmals ein Versuch mit 16 kerzigem Gase gemacht worden, der nicht öffentlich angezeigt und auch von niemand bemerkt war. Auf die Beleuchtung und die Kosten haben diese Proben einen Einfluß nicht gehabt. Weitere Proben fanden bis zum März 1904 nicht statt. Wenn sich Herr Kalms über die Güte des jetzigen Gases beschwert und lieber schwereres Gas haben will, so will ich daran erinnern, daß das jetzige Gas für offene Flammen allerdings ungünstiger ist, als das frühere schwere Gas, während es für Auerlichtbrenner nach den vorliegenden Beweisen besser ist.

Es ist sodann weiter untersucht worden, worauf die schlechte Beleuchtung des Kalmschen Lokals zurückzuführen sein kann und es sind aus dem Lokale selbst zwei Strümpfe entnommen und auf ihre Leuchtkraft untersucht worden. Die Leuchtkraft im Schnittbrenner ergibt bei 120 l Verbrauch in der Stunde 16 Normalkerzen, während früher bei 150 l Verbrauch 20 Normalkerzen erzielt wurden. Bei einem Verbrauch von 100 l bei 30 mm Druck und von 110 l bei 35 mm Druck, sowie von 120 l bei 40 mm Druck in der Stunde und Anwendung von Strümpfen verschiedenartiger Qualität finden sich folgende Normalkerzen verzeichnet:

bei Strümpfen	Gasdruck vor dem Brenner von		
	30 mm	35 mm	40 mm
des städt. Lichtwerkes (Müller & Gareis) . .	62,7	81,6	90,4
„Auerlicht“	84,1	94,2	103,6
des Herrn Kalms (Voge):			
erste Sorte	59,4	66,0	68,0
zweite Sorte	47,8	48,1	50,8

Das Verhältnis steigert sich also, sobald der Druck größer wird, zugunsten der städtischen Strümpfe. Hiernach erscheint es ganz erklärlich, daß die Klagen des Herrn Kalms über die schlechte Beleuchtung berechtigt sind, aber die Schuld liegt allein an seinen eigenen Einrichtungen insofern, als er Strümpfe verwendet, die auch nicht annähernd die Leuchtkraft anderer Strümpfe haben. Es ist also der Nachweis geliefert worden, daß die Beschwerden des Herrn Kalms in dieser Richtung vollständig unbegründet sind.

Sodann kommt er in der Eingabe auf die bessere Beleuchtung der Stadt und die Einführung elektrischer Beleuchtung zu sprechen. Das ist eine reine finanzielle Frage. Um auch diese Sache hier hinsichtlich des Kostenpunktes erledigen zu können, haben wir geglaubt, das Lichtwerk bitten zu müssen, uns eine entsprechende Aufstellung zu machen. Dabei ist der Gedanke zugrunde gelegt worden, die Straßen und Plätze Friedrich-Wilhelmsplatz, Friedrich-Wilhelmstraße, Kohlmarkt, Poststraße, Altstadtmarkt, Hutfiltern, Damm, Münzstraße, Ruhfäutchenplatz, Gasparistraße, Hagenmarkt, Bohlweg, Steinweg, Damm elektrisch zu beleuchten. Es stehen dort zurzeit 173 Laternen, an deren Stelle, wenn sie durch elektrisches Licht ersetzt werden sollen, 44 Bogenlampen bei einer mittleren Entfernung von 60—70 m treten müßten. Die Anlagekosten würden 44 000 M und die Betriebskosten bei einer Brennstundenzahl von 1600 Stunden jährlich 31 152 M betragen, wofür wir an Gas 3653,76 M ersparen würden, so daß eine Mehrausgabe von jährlich 27 498,24 M entstände. Wenn wir aber die 173 Gaslaternen dadurch verbessern wollten, daß wir Doppelbrenner einsetzten, so würden jährlich 5349,16 M Mehrkosten und außerdem 1038 M Anlagekosten entstehen. Ich möchte diese Sache nur erwähnt haben, um zu zeigen, welche Kosten durch Einführung des elektrischen Lichtes auf den vorgenannten Straßen und Plätzen erwachsen würden.

Die Finanzkommission beantragt hiernach, die Beschwerde des Herrn Kalms als unbegründet zurückzuweisen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XVI. Antrag Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß auf Kosten der Stadt

- 1) der Teil des zur Kl. Döringstraße führenden Interessentenweges und auch die Kl. Döringstraße ordnungsmäßig hergerichtet werde, sei es durch Makadamisierung oder durch Kleinpflaster,

2) ein Trottoir in angängiger Breite auf diesen kurzen Straßenzügen angelegt,

und

3) eine Gaslaterne auf der Kl. Döringstraße angebracht werde."

Herr Brückmann (zur Begründung): Von den Eigentümern der dort liegenden Häuser bin ich aufgefordert worden, den vorstehenden Antrag zu stellen, und ich begründe diesen wohl am besten damit, daß ich den mir übersandten Brief verlese. (Geschieht.) Wer Gelegenheit gehabt hat, die dortigen Zustände namentlich bei schlechtem Wetter kennen zu lernen, der muß sagen, daß die ausgesprochene Bitte berechtigt ist. Wenn man ferner berücksichtigt, daß die Anlieger ziemlich unbemittelt sind und die jetzigen Anlagen aus eigenen Mitteln bezahlt haben, so wird man den Antrag gern unterstützen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XVII. Antrag Bunge: Beseitigung der Schuttentladestelle an der Laffertstraße.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Abladestelle am Ende der Laffertstraße und des Cyriatsringes, wo der Straßenehricht und der Kanalschlamm abgeladen werden, an einen anderen Platz zu verlegen,“

wird von Herrn Bunge damit begründet, daß die betr. Anlieger ungehalten seien über die Ablagerung des Urats an der Stelle. Es werde dadurch ein so schlechter Geruch verbreitet, daß niemand ein Fenster öffnen könne.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Dieselbe Sache ist auch von der Herzoglichen Polizeidirektion zur Sprache gebracht worden, worauf die städtische Bauverwaltung zur Äußerung aufgefordert wurde und erklärte, daß der vorhandene Kompost beseitigt und anderweitig untergebracht werden solle. Wenn das noch nicht geschehen ist, so kann es bald geschehen.

Der Antrag gilt damit als erledigt.

XVIII. Antrag Jasper und Gen.: Stellung des Magistrates zur Einheitsschule.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung bedauert die ablehnende Haltung, welche der Magistrat gegenüber dem Braunschweigischen Lehrertage in seinem Schreiben auf die an ihn ergangene Einladung eingenommen hat, da der Magistrat hierdurch zu erkennen gab, daß er der hochwichtigen Frage der Einheits-

schule wenig Bedeutung beimißt, und nicht geneigt scheint, Erörterungen von Fachleuten in dieser Angelegenheit zu hören."

Zur Begründung führt Herr Jasper aus: Der 76. Braunschweigische Lehrertag hat in den Mauern unserer Stadt getagt, und an diesen hat Herr Oberbürgermeister Ketemeyer ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Einer seitens des geehrten Vorstandes an mich entsandten Deputation gegenüber habe ich mich bereit erklärt, namens des Stadtmagistrates den 76. Lehrertag zu begrüßen. Inzwischen sind dem Magistrate mit der Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen und Veranstaltungen des Lehrertages in Abdruck die Leitsätze zu dem Vortrage: Die allgemeine Volksschule, übersandt, aus dem sich ergibt, daß der Herr Referent die einheitliche Volksschule, mithin die Beseitigung der jetzt bestehenden Gliederung in mittlere und untere Bürgerschulen, für empfehlenswert erachtet, und es ist ferner dem Magistrate bekannt geworden, daß der hiesige Lokalverein diese Leitsätze bereits gebilligt hat. Bei dem bekannten Stimmenverhältnis kann es daher kaum zweifelhaft sein, daß auch der Braunschweiger Landeslehrerverein der Ansicht des Herrn Referenten beipflichten wird. Der Stadtmagistrat erachtet diese Ansicht für unzutreffend: er ist der Ueberzeugung, daß es im wohlverstandenen Interesse der Schule, der Gemeinde und des Staates liegt, die vor Jahrzehnten auf Beschluß der maßgebenden Organe ins Leben gerufene und nach deren Ansicht segensreiche Organisation unverändert beizubehalten; er bedauert daher lebhaft das Vorgehen der Lehrerschaft, zumal es derselben unmöglich entgangen sein kann, daß die Behörde, der die Herzogliche Landesregierung das Patronat der städtischen Bürgerschulen überlassen hat, sich wiederholten auf die Schaffung der Einheitschule abzielenden Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegenüber entschieden ablehnend verhalten hat.

Noch mehr bedauert der Magistrat die zum Ausdruck gebrachte Ansicht des Herrn Referenten, daß die allgemeine Volksschule den Forderungen des wahren Christentums und dem Grundsatze der staatlichen Gerechtigkeit „Gleiches Recht für alle!“ entspreche. Augenscheinlich besteht danach bei dem Herrn Referenten die Ueberzeugung, daß die jetzige von den städtischen Behörden hochgehaltene und unter Aufwendung sehr erheblicher Mittel gepflegte Organisation diesen Forderungen nicht entspricht, da andernfalls nicht einzusehen wäre, weshalb die jetzige Einrichtung beseitigt werden soll.

Daß bei dieser Sachlage die Begrüßung des Braunschweigischen Lehrertages für mich als den zuständigen Dezernenten keine erfreuliche

Aufgabe sein kann, dürfte einer näheren Begründung kaum bedürfen. Mich an der Verhandlung selbst zu beteiligen, um die bestehende Einrichtung zu verteidigen, ist mir schon meiner sonstigen Berufsgeschäfte wegen nicht möglich, und andererseits widerstrebt es mir durchaus, die Herren „herzlich willkommen zu heißen“, während ich im vollen Einvernehmen mit der Behörde, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, die bevorstehende Erörterung lebhaft bedaure.

Ich sehe mich daher genötigt, auf die Teilnahme am Lehrertage zu verzichten.

Hochachtungsvoll

gez. Ketemeyer.“

Herr Stadtrat von Frankenberg entschuldigt sich, daß er aus denselben Rücksichten nicht am Lehrertage teilnehmen könne.

Ich bedaure diese Stellungnahme, welche die beiden berufenen Vertreter der Bürgerschaft gegenüber der hochwichtigen Frage der Einheitschule eingenommen haben, auf das lebhafteste. Es ist vorhin in der Debatte die Rede davon gewesen, daß man gewisse Höflichkeitsformen zu beobachten habe. Nun tagt hier ein Lehrertag, der aus dem ganzen Lande Braunschweig sehr gut besucht ist, und der Magistrat, der an sich berufen ist, das Gastrecht zu wahren und den Kongreß zu bewillkommen, wie das bisher auch geschehen ist, lehnt es ab, hier seiner Höflichkeitspflicht zu genügen. Er beruft sich sonderbarerweise darauf, daß die Verhandlungen erwarten ließen, es würde auf dem Lehrertage ein Standpunkt vertreten, der dem Magistrat nicht genehm wäre. Dieser Standpunkt hat mich sehr befremdet. Es geht daraus hervor, daß ein Magistrat, wenn er in den Mauern seiner Stadt einen Kongreß begrüßt, auch mit allem einverstanden sein muß, was auf dem Kongresse beschlossen wird. Hiernach muß ich noch mehr bedauern, daß Handwerkerstage, die meiner Meinung nach rückständig in ihren Beschlüssen gewesen sind, eine so ehrende Ansprache des Magistrates genossen haben, denn man muß naturgemäß daraus folgern, daß der Magistrat den politischen Standpunkt der Handwerkervereinigung vertritt. Ich habe das bisher nicht angenommen, sondern in der Begrüßung nur eine Ehrung erblickt, und solche Ehrung gebührte auch dem Lehrertage.

Das Anschreiben trägt auch dazu bei, uns klaren Wein einzuschenken, wie der Herr Oberbürgermeister über die Angelegenheit denkt, und nicht er allein, sondern die ganze Behörde, deren Vorsitz er innehat, steht anscheinend auf demselben Standpunkte. Der Herr Oberbürgermeister hat ja diese Ansicht auch schon in der Versammlung vertreten, wenn auch nicht in der schroffen Form, wie sie in dem Schreiben zum Ausdruck gekommen ist. Er geht darin so weit, daß er es noch nicht einmal für nötig und angebracht hält, die Verhandlungen, welche darüber

von berufener Seite gepflogen wurden, anzuhören. Wer anders als der Lehrer, der tagaus, tagein seine Erfahrungen an den Schülern sammelt, hat die beste Gelegenheit, ein sachverständiges Urteil über die Frage zu gewinnen. Wenn die Lehrerschaft aber eine Frage bespricht, die für unser Gemeindeleben und die Erziehung unserer Jugend von höchster Bedeutung ist, so kann sich der Magistrat nicht der Pflicht entziehen, wenn er es mit seiner Aufgabe ernst nimmt, diesen Verhandlungen zu folgen und ihnen seine Aufmerksamkeit zu widmen. Der Magistrat ist anderer Meinung und sagt: das kann ich nicht anhören, weil ich eine andere Meinung nicht vertragen kann; es könnte dabei unser System angegriffen werden, das über jeden Tadel erhaben ist. Jedenfalls ist es tief bedauerlich, daß der Magistrat es nicht für nötig gehalten hat, die für die Volksschule so wichtigen Verhandlungen mit anzuhören.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen.

Damit schließt die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

1904/1905.N^o 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. November 1904.

Tagesordnung:

I.	Antrag Böschigt: Instandsetzung des Hauptplatzes am Augustplatz . .	Seite 305
II.	Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten	" 306
III.	Statut, betreffend den Verkehr mit Milch etc.	" 307
IV.	Erweiterung der Straßenbeleuchtung	" 327
V.	Antrag Brückmann: Instandsetzung der Al. Töringstraße etc.	" 329
VI.	Antrag Jasper u. Gen.: Stellung des Magistrates zur Einheitschule	" 330
VII.	Aufnahme einer Klage des Viehhändlers Weinberg	" 346
VIII.	Ermietung von Wohnräumen für einen Schuldiener	" 346
IX.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 347
X.	Kanalisierung eines Teiles des Wendenmühlengrabens	" 347
XI.	Änderung des Fußweges im Rattreppehn.	" 348

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Meyer, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Messoren Happe und Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Rathe, Lupprian und Wiehle; später erscheint Herr Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und begrüßt zunächst das neu in die Versammlung eintretende Mitglied, Herrn Malermeister Louis Fricke; auch berichtet er eine in die Presse gelangte, anders lautende Mitteilung dahin, daß Herr Redakteur Herzberg seinen Fortzug von hier ihm unterm 10. Oktober d. Js. mitgeteilt habe.

Sodann macht der Herr Vorsitzende die Versammlung mit folgenden Eingängen bekannt:

1. Schreiben des Magistrates in Sachen der Besoldung und dienstlichen Bezeichnung städtischer Beamten folgenden Inhalts: In der Versammlung vom 19. Mai d. Js. — Seite 65 des Berichtes — sind dem Magistrate zwei Anträge zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen worden, welche dahin gehen, die zur Erreichung des höchsten Gehaltes der Bureaugehilfen erforderliche Zahl von Dienstjahren von 27 auf 18 herabzusetzen und den betr. Beamten eine angemessene Dienstbezeichnung zu verleihen. Bezüglich des ersten Antrages weist der Magistrat darauf hin, daß in den Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten die für die Erreichung des höchsten Gehaltes maßgebende Zeitdauer in den einzelnen Abteilungen ganz verschieden bemessen ist, sie schwankt zwischen 12, 15, 18, 21, 24 und 27 Jahren. Für ihre Bemessung ist einerseits die Höhe der Alterszulagen und andererseits der Unterschied zwischen dem Anfangs- und Höchstgehalte maßgebend gewesen. Die Zahl von 27 Dienstjahren ist für Erreichung des höchsten Gehaltes festgelegt worden in den Abteilungen X, XI, XIII, XIV und XV. Schon hieraus folgt, daß es im höchsten Grade bedenklich sein würde, wollte man jetzt eine einzelne dieser Abteilungen herausgreifen und bei ihr die Erreichung des höchsten Gehaltes schon nach 18 Jahren zulassen, denn diese Maßregel würde die Folge haben, daß ungeachtet gleichen Dienstalters Beamte einer niedrigeren Gehaltsklasse zeitweilig ein höheres Gehalt bezögen, als diejenigen einer höheren Gehaltsklasse. Erscheint somit eine derartige Ordnung der Gehaltsverhältnisse schon aus dienstlichen Rücksichten unzulässig, so liegt aber auch andererseits nach der Ansicht des Magistrates kein hinlänglicher Grund vor, gerade die Bureaugehilfen in der von der Versammlung empfohlenen Weise aufzubessern. Im Jahre 1900 ist ihr Höchstgehalt von 2400 M auf 2900 M in der Erwägung erhöht worden, daß nicht alle Bureaugehilfen in die besser dotierten Stellen aufrücken können; dabei war in der betr. Vorlage auch besonders darauf hingewiesen worden, daß die Bureaugehilfen, welche durchschnittlich im Lebensalter von 25 bis 27 Jahren zur Anstellung gelangten, das Höchstgehalt nach Vollendung des 52.—54. Lebensjahres erreichen würden. Dieser Grundsatz ist damals von der Versammlung nicht beanstandet worden und es liegt daher kein Grund vor, schon nach Verlauf von fünf Jahren eine so wesentliche Aenderung vorzunehmen, wenn gleich jetzt infolge Konkurrenz der Militäranwärter die Anstellung in der Regel

etwas später erfolgen wird. Die Lage der zurzeit im Amte befindlichen Bureaugehilfen hat sich jedenfalls inzwischen nicht verschlechtert. Wenn die zur Erreichung des höchsten Gehaltes erforderlichen Dienstjahre der in den Abteilungen X—XV der Gehaltsbestimmungen genannten Beamten wirklich von 27 bezw. 21 auf 18 Jahre ermäßigt würden, so entstände dadurch eine jährliche Mehrausgabe von rund 24000 M. Ueberdies ist aber wohl die Annahme gerechtfertigt, daß bei Durchführung dieser Gehaltsbestimmungen die städtischen Bürgerschullehrer die gleiche Vergünstigung fordern würden. Die hierdurch erwachsende jährliche Mehrbelastung würde aber rund 71000 M betragen. Obgleich auch der Magistrat der Ansicht ist, daß eine angemessene Besoldung der städtischen Beamten im Interesse des Gemeinwesens liegt, so vermag er doch einer so erheblichen Belastung des Etats jetzt nicht zuzustimmen.

Was den Antrag wegen Verleihung einer angemessenen Dienstbezeichnung betrifft, so hat sich der Magistrat zwar bisher für befugt erachtet, amtliche Bezeichnungen der einzelnen Beamten einzuführen, die lediglich zum Ausdruck bringen, welche Tätigkeit dem einzelnen obliegt, aber es steht dem Magistrate nicht das Recht zu, Bezeichnungen zu verleihen, die entweder wirkliche Titel sind, oder doch den Charakter von Titulaturen haben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Bezeichnung „Bureaugehilfe“ eine durchaus angemessene sei und sieht sich außerstande, wenn nicht etwa wie bei den staatlichen Behörden die Bezeichnung „Kanzlist“ vorgezogen werden sollte, eine anderweite Bezeichnung in Vorschlag zu bringen.

2. Eingabe des Vorstandes des Wilhelmi- und Hohetordistriktsvereins wegen Schaffung eines öffentlichen Spielplatzes vor dem Wilhelmitore.

3. Eingabe verschiedener Anlieger der verlängerten Wiesenstraße wegen Instandsetzung derselben.

Da die Eingaben unter 2 und 3 auch dem Magistrate zugegangen sind, dieser aber dazu noch nicht Stellung genommen hat, so werden sie der Gepflogenheit der Versammlung gemäß zurückgestellt, bis der Magistrat Entscheidung getroffen hat.

Eine Anfrage des Herrn Jasper, ob es geschäftsordnungsmäßig zulässig sei, das unter 1 erwähnte Magistratschreiben jetzt zur Besprechung zu stellen, verneint der Herr Vorsitzende.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Böschigt: Instandsetzung des Bauplatzes am Augustplatz.

Der in der Sitzung vom 30. Juni d. Js. — Seite 221 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, den Platz

am Augustplatze planieren zu lassen und mit Grand zu befahren. Ueber diesen Antrag berichtet namens der Baukommission

Herr Frühling: Da inzwischen der Winter eingetreten ist, so hat es keinen Zweck, jetzt in eine spezielle Behandlung des Antrages einzutreten. Die Baukommission empfiehlt deshalb, sich nur der Tendenz des Antrages anzuschließen und den Magistrat zu bitten, in den nächstjährigen Etat eine Summe aufzunehmen, wodurch dem Wunsche des Herrn Löschigk entsprochen werden könnte.

Herr Löschigk: Unter den vorliegenden Verhältnissen bin ich mit dem Kommissionsantrage einverstanden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auf die Verhältnisse am Augustplatze zu sprechen kommen. Verschiedene Anwohner dieses Platzes beschwerten sich, daß nach der Pflasterung der Kuhstraße und Auguststraße die Planierung des Platzes nicht so ausgefallen sei, um den Abfluß des Tagewassers zu ermöglichen. Man schreibt diesen Mißstand dem Umstande zu, daß dort das städtische und das fiskalische Gebiet zusammenstoßen und letzteres sich der Höhenlage der Auguststraße nicht angeschlossen habe. Ich möchte bitten, dort Abhilfe zu schaffen, damit der Platz auch bei Regenwetter passierbar ist.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

II. Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten.

Zur Errichtung einer öffentlichen Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten sind vor einiger Zeit Erweiterungsbauten im Gebäude des pathologisch-anatomischen Instituts des Herzoglichen Krankenhauses ausgeführt worden, und es werden jetzt noch weitere bauliche Aenderungen notwendig, die einen Kostenaufwand von 2000 M verursachen. Die Kosten der ersten Beschaffung der noch erforderlichen Einrichtungsgegenstände der Untersuchungsstelle belaufen sich ebenfalls auf 2000 M. Neben diesen einmaligen Ausgaben werden durch die Einrichtung auch laufende Kosten erwachsen. Zu den einmaligen Kosten haben die städtischen Behörden einen Zuschuß von 2000 M unter der Bedingung bewilligt, daß die im öffentlichen Interesse liegenden Untersuchungen kostenfrei erfolgen. Das Herzogliche Staatsministerium ist aber der Ansicht, es könne vom Staate nicht erwartet werden, daß er die entstehenden laufenden Ausgaben allein trage, sondern es sei gerechtfertigt, wenn die Stadt Braunschweig mindestens die Hälfte dieser Kosten übernehme. Es wird deshalb vom Magistrate anheimgegeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß stadtseitig die nach ungefährer Schätzung etwa 700—800 M jährlich betragende Hälfte der laufenden Unterhaltungskosten der Untersuchungsstelle vom Tage der Eröffnung ab übernommen werde.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Blasius berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

III. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch etc.

Das Statut vom 17. Juni 1862 *Nr.* 14, betreffend die Bestrafung der Milchverfälschung in der Stadt Braunschweig, reicht nach übereinstimmender Ansicht aller beteiligten Behörden und Interessenten nicht aus, um eine zulängliche Uebersicherung des Milchhandels möglich zu machen. Der Magistrat hat deshalb einem von Herzogl. Polizeidirektion unterstützten Antrage auf Erlaß neuer ausreichender Bestimmungen gern nachgegeben, und überreicht den Entwurf eines Statuts, betreffend den Verkehr mit Milch in der Stadt Braunschweig, mit dem Ersuchen um Genehmigung. Dieser Entwurf gibt im wesentlichen den Inhalt einer im Jahre 1902 erlassenen Berliner Polizeiverordnung wieder, modifiziert durch den Entwurf einer solchen, wie er anlässlich der Allgemeinen Ausstellung für hygienische Milchversorgung in Hamburg am 5. Mai 1903 einer Besprechung von Fachmännern zugrunde gelegt hat.

Im einzelnen sei nur erwähnt, daß im § 4 des Entwurfs von der Vollmilch ein Fettgehalt von mindestens 2,7% verlangt wird. Diese Zahl erscheint gerechtfertigt, weil in fast allen größeren Städten Preußens, also im Norden, Osten und Westen Deutschlands, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, 2,7% Fett verlangt werden. Der Magistrat meint, daß auf einen nicht zu niedrig festgesetzten Mindestgehalt an Fett in der Milch nicht verzichtet werden sollte, um den Milchproduzenten anzuhalten, durch entsprechende Auswahl der Rasse, sorgsame Pflege des Milchviehes und sorgfältige Auswahl des Futters auf Gewinnung einer an wertvollen Bestandteilen reichen Milch hinzuarbeiten, und um die Konsumenten vor der Einfuhr minderwertiger, wenn auch unverfälschter Milch zu schützen. Daß für Kindermilch ein höherer Fettgehalt (von 3%) verlangt wird, erscheint dem Magistrate gleichfalls gerechtfertigt.

Herr Blasius (als Berichterstatter der Statutenkommission): Das im Eingange der Magistratsvorlage erwähnte Statut vom 17. Juni 1862 ist wesentlich modifiziert worden durch das Reichsgesetz vom 14. Mai 1879, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, und hat dadurch in seinen Hauptpunkten die Gültigkeit verloren. Seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Kontrolle der Milch seitens der Stadt in der Weise ausgeübt worden, daß in bestimmten Zwischenräumen, durchschnittlich alle Vierteljahr, durch das Exekutivcorps der Herzoglichen Polizeidirektion Milchproben entnommen und auf die Trockensubstanz und den Fettgehalt untersucht worden sind. Es sind sodann diejenigen Milchhändler, bei denen man Milch gefunden hatte, die den Anforderungen nicht entsprach, zur Verantwortung gezogen worden. Dabei hat sich aber der Uebelstand ergeben, daß die Händler in einigen Fällen durch Stallproben nachweisen konnten,

daß sie keine verfälschte Milch feilgehalten haben. Es sind infolge dessen Freisprechungen erfolgt, und man hat von diesem Verfahren Abstand nehmen müssen.

In der Folge hat man den jährlichen Zuschuß der Stadt von 800 M dazu verwandt, Milchproben nehmen zu lassen und das Ergebnis ihrer Untersuchung durch das öffentliche chemische Laboratorium von Dr. R. Frühling & Dr. Julius Schulz in den Braunschweigischen Anzeigen zu veröffentlichen. Zur Bestrafung herangezogen hat man nur ganz augenfällige, auch für Laien erkennbare Verfälschungen der Milch. Das war ein den Verhältnissen wohl notwendig entsprechendes, aber an sich durchaus ungenügendes Verfahren, um die Stadt gegen Verfälschungen eines der besonders für Kinder wichtigsten Nahrungsmittel zu schützen.

In Erkenntnis der Tatsache, daß es wichtig ist, einer größeren Stadtgemeinschaft eine gesunde, nährhafte Milch zu liefern, sind in verschiedenen deutschen Städten eine Reihe von Statuten entstanden, die auf sicherer Grundlage ruhend alle Milchverfälschungen vermeiden wollen. Auf Grund namentlich der vom Königl. Polizeipräsident in Berlin und von der Hamburger Versammlung der Milchinteressenten erlassenen Publikationen ist sodann der hier vorliegende Statutentwurf ausgearbeitet worden. Das Statut legt nicht nur Wert darauf, daß hier gute, unverfälschte Milch zum Kaufe angeboten wird, sondern es sucht auch danach zu streben, daß die von auswärts eingeführte Milch möglichst von gesunden Tieren gewonnen wird; außerdem sind durch das Statut sehr wichtige Bestimmungen über die Behandlung und Aufbewahrung der Milch getroffen. Es kann nämlich eine an und für sich gute Milch durch mangelhafte Aufbewahrung eine schädliche, ja für kleinere Kinder sogar lebensgefährliche Form annehmen.

Zu dem Statutentwurfe selbst übergehend, habe ich namens der Kommission folgende Bemerkungen zu machen.

Zum § 1. Gegen den § 1 selbst hat die Kommission nichts einzuwenden, sie spricht nur den Wunsch aus, daß die polizeilichen Organe, welche die Probenentnahme der Milch und deren Untersuchung zu besorgen haben, vorher von sachverständiger Seite genau instruiert werden, damit sie wissen, worauf es ankommt. Sie müssen auch wissen, was bei der Inspektion der Verkaufsräume, der Ställe, der Milchgefäße, der Sterilisierungsapparate zc. zu beachten ist.

Herr Buchler: Nach dem Referate sucht das Statut dahin zu streben, daß von auswärts tadellose gesunde Milch in die Stadt kommt, daß auswärts tadellose gesunde Milchtiere gehalten werden und dort die Aufbewahrung der Milch in tadelloser Weise geschieht. Der § 1 des Statuts zeigt uns aber, daß sich das Statut nur auf den Milchverkehr im Bezirke der Stadt Braunschweig bezieht; ich verstehe deshalb nicht, wie die hiesigen Polizeibeamten nach auswärts geschickt werden können, um dort vielleicht die Ställe zc. zu untersuchen.

Herr Blasius: Das soll auch nicht geschehen, sondern wir wollen durch das Statut auf den Händler einwirken, daß er seine Milch möglichst aus gesunden Ställen bezieht.

Herr Nolte: Unter Hinweis auf die in der Landeszeitung vom 1. und 2. d. Mts. erschienenen sehr beachtenswerten Aufsätze des Herrn Prof. Dr. Frühling möchte ich zur Erregung anheimgen, ob der Titel des Statuts wohl richtig ist. Herr Professor Frühling weist mit Recht darauf hin, daß auch der Handel und Verkehr mit Sahne in das Statut einbezogen worden ist, obwohl Sahne keine Milch ist, sondern ein Produkt aus Milch. Da dieses bei etwaigen gerichtlichen Entscheidungen von Bedeutung sein kann, so empfiehlt es sich, den Umfang des Statuts möglichst schon in seinem Titel zum Ausdruck zu bringen. Ebenso würde der § 1 des Entwurfs entsprechend gefaßt werden müssen. Deshalb möchte ich anheimgen, im § 1 zu sagen:

„Die Aufsicht über die Einfuhr von Milch und Sahne, sowie über den Verkehr mit Milch und Sahne im Bezirke der Stadt Braunschweig . . .“

Herr Stadtrat Meyer: Es dürften keine Bedenken entgegenstehen, der Anregung Folge zu geben. Für den Fall, daß die Versammlung geneigt sein sollte, darauf einzugehen, möchte ich empfehlen, das nicht in der vorgeschlagenen Beschränkung zu tun, sondern lieber zu sagen: „von Milch und Milchprodukten“. (Zustimmung.) Buttermilch ist z. B. auch ein Milchprodukt.

Vorsitzender: Dann würden aber die Hauptprodukte aus der Milch, nämlich Butter und Käse, fehlen.

Herr Böschigt: Wenn wir ein Statut über die Behandlung der Milch machen wollen, so geht es zu weit, auch die Milchprodukte einzubeziehen, deshalb bin ich dafür, die Milchprodukte, zu denen auch der Käsequark gehört, wegzulassen. Vielleicht beschließen Sie, das Statut auf die Milch zu beschränken und deren Produkte ganz auszuschließen.

Herr Blasius: Ich möchte mich der Ansicht des Herrn Stadtrat Meyer anschließen, wenn ich auch bekennen muß, daß ich einen solchen Zusatz überhaupt nicht für nötig gehalten habe, weil der Begriff „Milch“ meiner Ansicht nach alles umfaßt. Wenn nun aber Herr Nolte sagt, daß der Richter sich daran stoßen kann, so muß man darauf hören, obgleich ich den Ausdruck „Milch“ für ausreichend erachtet habe. Ich bitte also zu sagen „Milch und Milchprodukte“, nicht aber „Milch und Sahne“, sonst müßte man für die übrigen Milchprodukte, z. B. für die Buttermilch, wieder ein besonderes Statut machen.

Herr Ribbentrop: Ich möchte vorschlagen, statt „Milchprodukte“ den im § 8 vorkommenden Ausdruck „Milchpräparate“ zu wählen. (Widerspruch.)

Herr Jasper: Mein Vorschlag geht dahin, die Ueberschrift zurückzustellen, bis wir gesehen haben, was in das Statut überhaupt hinein soll, also die Taufe des

Kindes erst nachher vorzunehmen. (Zustimmung.) In der Sache selbst kann ich die Bedenken des Herrn Buchler nur teilen, daß die Zuständigkeit der Stadtverwaltung über den Bezirk der Stadt nicht hinaus geht. Wir können durch das Statut nicht die Milchproduktion außerhalb der Stadt regeln, sondern müssen uns auf das Stadtgebiet beschränken. Jedenfalls ist es für den Händler sehr schwierig, seinerseits festzustellen, aus welcher Produktionsstätte seine Milch herkommt und außerdem stehen ihm auch keine Nachmittel zur Verfügung. Diese Bedenken scheinen mir aber nicht so groß zu sein, um das Gute, was uns das Statut nach 25 langen Jahren bringen soll, von der Hand zu weisen.

Die einzige Lösung dieser Frage im allgemeinen hygienischen Interesse könnte auch hier nur in der Kommunalisierung des ganzen Milchbetriebes der Stadt bestehen (Heiterkeit), indem wir uns von Stadt wegen angelegen sein lassen, die Herstellung und den Vertrieb der Milch und ihrer Produkte selbst in die Hand zu nehmen und Einrichtungen zu treffen, die der Hygiene nach jeder Richtung hin entsprechen. (Heiterkeit.) Dafür werden die Herren aber wohl nicht zu haben sein, obwohl alles Andere eine Halbschale ist. Wenn darum die jetzigen Einrichtungen nicht allen von uns gewünschten hygienischen Anforderungen genügen, so haben Sie sich selbst den Vorwurf zu machen, daß Sie nicht konsequent vorgegangen sind.

Vorsitzender: Wenn Herr Dr. Jasper von der Taufe des Kindes spricht, so meint er damit doch wohl das Statut und nicht die Milch? (Heiterkeit.) Wir werden also auf die Bezeichnung des Statuts zurückkommen.

Zum § 2. Herr Blasius: Dem ersten Absatz des § 2 beantrage ich folgende Fassung zu geben:

„Wer im Bezirk der Stadt Braunschweig gewerbsmäßig Kuhmilch oder Milchprodukte einführen, dort feilhalten oder verkaufen, oder wer Milchkuhe zum Zwecke des Erwerbs halten will, hat dies der Herzöglichen Polizeidirektion unter Angabe der regelmäßigen Bezugsquellen, bezw. der Zahl der von ihm gehaltenen Milchkuhe vorher anzuzeigen.“

Herr Nolte: Ich möchte anheimgeben, statt „der regelmäßigen Bezugsquellen“ zu sagen „seiner Bezugsquellen“.

Vorsitzender: Es kann aber die Unterlassung der Anzeigepflicht unmöglich strafbar sein, wenn es sich nicht um regelmäßige Bezugsquellen handelt, denn bei einem einzelnen ausnahmsweisen Bezuge von Milch lassen sich die Strafbestimmungen nicht anwenden. Darum können wir nicht weitergehen, als im Entwurfe angegeben ist.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte dringend empfehlen, es bei der Vorschrift des Statuts zu belassen. Der Sinn der Statutargesetzgebung geht doch dahin, das Publikum vor schlechter Milch möglichst zu schützen. Das geschieht aber, wenn die Leute, welche gewerbsmäßig Milch abgeben, angehalten werden, gute Milch zu

liefern. Ein Privater kann doch einmal von einem Bekannten Milch beziehen, ohne sich deshalb gleich strafbar zu machen. Wollte man in dieser Weise vorgehen, so würde dadurch der Milchhandel sehr erschwert, während andererseits der zu erwartende Vorteil nicht allzu groß sein könnte. Es wird dem Bedürfnisse Genüge geschehen, wenn der gewerbsmäßige Milchhandel den Vorschriften unterworfen wird.

Herr Altmann: Wenn wir dem Vorschlage des Herrn Nolte folgten, so würden wir es gegenüber dem Milchhandel zu Polizeischikanen kommen lassen. Das wird aber nicht beabsichtigt, sondern wir wollen nur die Konsumenten vor Uebervorteilungen schützen. Wer also einmal 100 Liter Milch ausnahmsweise von einem andern Produzenten kaufen will, der soll nach Herrn Nolte dies erst bei der Polizei anmelden. Das würde nichts als Plackerei und Schikaniererei für den Händler werden und das wollen wir doch nicht. Ich möchte deshalb bitten, den Wortlaut des Statuts beizubehalten.

Herr Wolters: Ich stimme der Ansicht des Herrn Stadtrat Meyer bei. Auch möchte ich den Herrn Referenten fragen, ob beabsichtigt wird, zu sagen „Ruhmilch oder Milchprodukte?“

Vorsitzender: Man könnte vielleicht die Ueberschrift des Statuts fassen:

„Statut, betreffend den Verkehr mit Milch und verschiedenen Milchprodukten in der Stadt Braunschweig.“

Im Eingange des § 1 würde es demzufolge heißen müssen:

„Die Aufsicht über die Einfuhr von Milch und die in diesem Statut genannten Milchprodukte, sowie über den Verkehr mit solchen im Bezirke der Stadt Braunschweig. . . .“

Der Eingang des § 2 hätte dann etwa zu lauten:

„Wer im Bezirk der Stadt Braunschweig gewerbsmäßig Ruhmilch oder eines der in diesem Statut genannten Milchprodukte einführen. . . .“

Herr Wolters: Ich möchte vorschlagen, „Milcharten“ zu sagen, da von „Milchprodukten“ bei keinem einzigen der im Statut erwähnten Sachen die Rede sein kann. Ein Milchprodukt ist nur Butter und Käse.

Herr Blasius: Es sind alles Substanzen, die aus Milch gewonnen werden und diese Sachen kann man mit einem einzigen Worte kaum anders ausdrücken, als durch „Milchprodukte“. Buttermilch ist z. B. ein Ueberbleibsel aus der Milch, wenn die Butter daraus entfernt worden ist. Käse ist der Caseinstoff aus der Milch usw. Ich kenne keinen anderen Ausdruck, der diese Sachen so zusammenfaßt wie „Milchprodukte“.

Herr Löschigk: Ich möchte Herrn Dr. Wolters beipflichten. So lange der Name Milch in einer Abart vorkommt, wie z. B. in der Buttermilch, so lange haben wir es mit einer Milchart zu tun. Sobald die Sachen aber einen anderen

Namen erhalten, wie Sahne, Butter und dergl., sind es Produkte aus der Milch. (Widerspruch)

Herr Probst: Ich fasse die Sache anders auf. Es handelt sich in allen Fällen um Milchprodukte, allerdings nicht immer um Hauptprodukte, sondern auch um Nebenprodukte. Die Buttermilch gewinnen wir z. B. aus der Milch als ein Nebenprodukt, ebenso die Magermilch. Das sind alles Milchprodukte bis auf die Kindermilch, welche kein Milchprodukt ist, sondern eine Milchart.

Herr Nolte: Herr Prof. Frühling ist der gleichen Ansicht wie Herr Probst, denn er sagt: „Es erscheint fraglich, ob solche Bestimmungen in ein Statut über den Verkehr mit „Milch“ überhaupt hinein gehören, denn diese Waren (nämlich Rahm oder Sahne) sind nicht mehr Milch, sondern Erzeugnisse oder Fabrikate aus Milch. . . .“

Vorsitzender: Sind Sie mit der von mir vorgeschlagenen Fassung der Ueberschrift, sowie des Einganges der §§ 1 und 2 des Statuts einverstanden? (Zustimmung.)

Zum § 3. Herr Blasius: Die Abschnitte III und IV des Entwurfs, umfassend die §§ 3—9, bitten wir zu einem Abschnitt zu vereinigen und ihm die Ueberschrift zu geben:

„III. Sorten von Milch und Milchprodukten, ihre Bezeichnung und Beschaffenheit.“

(Zustimmung.)

Zu dem § 3 ist dann beim Magistrate das Gesuch eines hiesigen größeren Milchhändlers eingegangen, das bezweckt, in die hier zulässigen Milchsorten auch die sogenannte Flösmilch oder Halbmilch aufzunehmen. Die Statutenkommission hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und zwar schon deshalb, weil nach den Angaben des Bittstellers hier eine ziemlich große Menge solcher Flösmilch, etwa 2500—3000 l täglich, verkauft werde, sie also eine in manchen Kreisen des Publikums sehr eingebürgerte Milchart sei. Die Flösmilch entsteht dadurch, daß der Vollmilch im süßen Zustande ein Teil des Rahms abgenommen wird. Während eine gute Vollmilch rund 3 0/0 Fett enthält, besitzt die Flösmilch bei dem betr. Händler durchschnittlich 1 1/2 0/0 Fett. Nach dem vorliegenden Materiale aus 81 deutschen Städten lassen etwa 75 0/0 nur Vollmilch und Magermilch zu, während 9 Städte Halbmilch mit aufführen. 9 Städte verbieten die Halbmilch ausdrücklich und 5 Städte unterscheiden zwischen mit der Hand abgerahmter und zentrifugaler Milch. In Hamburg ist z. B. Flösmilch nicht mit unter die zugelassenen Milcharten aufgenommen worden. Die betr. Städte haben die Flösmilch wahrscheinlich deshalb nicht mit zum Verkauf zugelassen, weil eine gewisse Unsicherheit für das Publikum darüber herrscht, wieviel Fettgehalt es für einen gewissen Preis in dieser Milch zu erwarten hat, und weil die Kontrolle über die Flösmilch eine außerordentlich schwierige ist.

Als Vertreter der Stadt haben wir aber darauf zu sehen, daß die hiesige Bevölkerung eine wirklich gute, normalfettthaltige Milch bekommt, ohne daß sie mit einem anderen Namen bezeichnet wird. Die Kommission hat sich deshalb dahin entschieden, bei der Fassung des Magistratsvorschlages zu bleiben und die Flösmilch nicht mit unter die zuzulassenden Milcharten aufzunehmen. Es wird dies auch schon deshalb nicht für nötig gehalten, weil jeder, der sich Flösmilch machen will, Voll- und Magermilch mit einander vermischen kann, und weil die Kontrolle über die verschiedenen Milchsorten nicht zu sehr erschwert werden soll.

Herr Esdorn: Ich bin zu sehr Laie, um beurteilen zu können, ob es möglich ist, eine genügende Kontrolle über Flösmilch zu führen, aber vom Standpunkte des Geschäftsmannes aus muß ich doch sagen, daß es hart sein würde, die Flösmilch sofort abschaffen zu wollen. Dazu wird in der Stadt ein zu großes Quantum dieser Milch verbraucht, als daß sich das Publikum sofort daran gewöhnen könnte, diese Milchsorte zu entbehren. Ich möchte daher beantragen, daß die Flösmilch wenigstens noch 1—2 Jahre verkauft werden darf.

Herr Blasius: Wenn ich vorhin gesagt habe, daß hier ein ziemlich großes Quantum Flösmilch verbraucht wird, so ist das nicht so zu verstehen, als ob dieses Quantum besonders groß wäre im Verhältnis zu dem Gesamtverbrauch an Milch, der sich auf 60 000—70 000 Liter täglich stellen soll. Was die Karenzzeit betrifft, so wird die Kommission auch schon wegen einer Reihe anderer Bestimmungen vorschlagen, daß das Statut erst 3 Monate nach seiner Verkündung in Kraft treten soll.

Herr Asmann: Es ist durch das Statut keinem benommen, die sogenannte Flösmilch auch später noch zu führen, er darf sie nur nicht unter diesem Namen oder als Vollmilch verkaufen, sondern muß sie Magermilch nennen. Jede Milch, die nicht mindestens 2,7 % Fettgehalt besitzt, darf später nur als Magermilch verkauft werden. Auf den Preis der Milch hat das Statut keinen Einfluß, weil ein solcher überhaupt nicht festgelegt worden ist.

Herr Esdorn: Ich erkenne die Wichtigkeit dieser Ausführungen wohl an, aber ich habe die Anregung gegeben, weil ein größeres Milchgeschäft seine Abschlüsse mit den Produzenten auf $\frac{1}{2}$ Jahr oder noch länger macht und dieses durch Ausschaltung der Flösmilch erheblich geschädigt werden kann. Ich bitte deshalb, die Karenzzeit länger als drei Monate zu bemessen.

Vorsitzender: Nach menschlichem Ermessen wird noch eine längere Zeit als sechs Monate darüber vergehen, bis dieses Statut in Kraft tritt, selbst wenn nur eine Karenzzeit von drei Monaten angenommen werden sollte.

Herr Stadtrat Meyer: Das Geschäft kauft doch die Milch nicht als Flösmilch, sondern als Vollmilch; ich will das wenigstens zu seinen Gunsten annehmen. Die Vollmilch wird dann erst in dem Geschäfte als Flösmilch präpariert. Bei

dieser Milch besteht aber der große Zweifel, wie viel Fettgehalt sie besitzt, weshalb sie zweckmäßig nicht in das Statut aufgenommen wird. Die Bedenken des Herrn Esborn halte ich auch schon deshalb nicht für stichhaltig, weil das Statut doch erst nach einer Reihe von Monaten in Kraft treten wird.

Herr Brückmann: Ich bitte, unter \mathfrak{A} 6 nicht „sterilisierte Milch“ zu sagen, sondern „Dauermilch“, die hiermit allein gemeint sein wird.

Herr Blasius: Darüber bin ich gerade entgegengesetzter Ansicht. Das Charakteristische an dieser Milch ist doch gerade, daß sie sterilisiert ist und alle Keime von Bakterien in ihr abgestorben sind. Der Ausdruck „sterilisierte Milch“ ist hier aber viel allgemeinverständlicher als „Dauermilch“. Es kommt ganz wesentlich darauf an, daß in der Milch keine lebensfähigen Organismen mehr enthalten sind.

Herr Brückmann: Ich kann diesen Ausführungen nicht zustimmen. Bei der sterilisierten Milch handelt es sich keineswegs um aufgekochte Milch, sondern es wird darunter eine Milchart verstanden, die eine längere Aufbewahrung ermöglicht.

Herr Blasius: Im § 7 des Entwurfs findet sich alles, was Herr Brückmann vorträgt. Wenn er aber Wert darauf legt, so können wir vielleicht sagen „Sterilisierte Milch (Dauermilch)“. Beides ist dasselbe, nur daß der Ausdruck „sterilisierte Milch“ hier allgemeiner bekannt ist.

Herr Meyerhoff: Zwischen sterilisierter und Dauermilch ist doch wohl ein Unterschied, denn zu letzterer gehört auch die kondensierte Milch. Es gibt auch Milchpräparate, die vollständig eingetrocknet sind, also einen konstanten Körper bilden, während sterilisierte Milch, wie sie auch in der hiesigen Molkerei hergestellt wird, flüssig ist.

Herr Blasius: Die kondensierte Milch ist ein Milchpräparat, das im § 8 des Entwurfs behandelt wird.

Der Antrag Brückmann wird hierauf abgelehnt, dagegen beschlossen, den Eingang des § 3 wie folgt zu fassen:

„Ruhmilch und nachstehende Milchprodukte dürfen in den Bezirk der Stadt Braunschweig . . .“.

Zum § 4. Herr Blasius: Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, den Absatz 1 des § 4 anzunehmen. Ich möchte dabei aber ein persönliches Bedenken vortragen und Sie bitten, die Worte „ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,028, entsprechend 14 Grad des polizeilichen Milchprobers bei 15° C., und“ wegzulassen. Ich halte diese Weglassung aus den von Herrn Professor Dr. Frühling in der Braunschweigischen Landeszeitung angeführten Gründen für zweckmäßig. Hiernach ist das spezifische Gewicht kein sicherer Maßstab für die Unverfälschtheit der Milch, denn es ist sehr leicht möglich, die Milch stark zu verfälschen und ihr doch ein spezifisches Gewicht von 1,028 zu geben. Es kann also sehr leicht kommen, daß der untersuchende Polizeibeamte ein geringeres spezifisches Gewicht bei einer

Milchprobe konstatiert, die hinterher beim Chemiker sich als unverfälscht herausstellt, während andererseits der Beamte Milch durchgehen läßt, die im hohen Grade verfälscht ist. Es erscheint daher besser, möglichst viele Proben zu entnehmen und sie chemisch untersuchen zu lassen. Am richtigsten ist es immer, den Fettgehalt der Milch untersuchen zu lassen, was sich leicht ausführen läßt.

Herr Stadtrat Meyer: Ich bin überzeugt, daß die Ausführungen des Herrn Professor Blasius richtig sind; gleichwohl möchte ich anheimgen, die Fassung des Statuts beizubehalten. Es ist nämlich noch lange nicht gesagt, daß jede verfälschte Milch das spezifische Gewicht von 1,028 haben muß, wenn es auch einmal vorkommen kann, daß eine verfälschte Milch dieses Gewicht besitzt. Jedenfalls ist es leicht, mittels des spezifischen Gewichtes die grob verfälschte Milch festzustellen, und das erscheint mir sehr wichtig. Daneben wird es geboten sein, viele Milchproben zu entnehmen und untersuchen zu lassen. Ich empfehle also, das bisherige Verfahren beizubehalten und zwar umsomehr, als daraus für niemand ein Schaden hergeleitet werden kann.

Herr Probst: Ich muß auch sagen, daß ich die eine Probe, nämlich nur das spezifische Gewicht festzustellen, für recht wenig maßgebend halte. Es gibt aber auch Milchprüfer, mit denen man den Fettgehalt der Milch auf sehr einfache Weise einigermaßen genau feststellen kann. Wenn solche Apparate, die nicht schwerer zu handhaben sind, als beispielsweise eine Spindel zur Feststellung des spezifischen Gewichtes der Milch, den Polizeiorganen in die Hand gegeben würden, so würde es sehr wohl möglich sein, einen festeren Anhalt für den Wert der Milch zu bekommen. Es könnten dann wenigstens nicht Milchproben beanstandet werden, die sich hinterher als gut erweisen. Jedenfalls ist es der Erwägung wert, ob man den Polizeiorganen nicht solche Apparate in die Hand geben will, welche Frage aber hier nicht zu erörtern sein dürfte, weil es sich dabei um die Handhabung des Gesetzes handelt.

Herr Stadtrat Meyer: Die beiden Herren scheinen überein zu haben, daß nach dem Statute neben dem spezifischen Gewichte auch noch der Fettgehalt der Milch festgesetzt werden soll. Das ist aber eine notwendige Voraussetzung für eine gründliche Prüfung. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, wenn schon bei der Feststellung des spezifischen Gewichtes sich ergibt, daß eine Fälschung der Milch vorliegt, daß dann der Fettgehalt der Milch nicht noch nachgeprüft zu werden braucht.

Herr Buchler: Was Herr Stadtrat Meyer sagt, verläuft in der Praxis anders. Wenn ein Polizeibeamter findet, daß das spezifische Gewicht nicht stimmt, so wird er die Milch unweigerlich untersuchen lassen. Die Untersuchung auf den Fettgehalt der Milch wird aber wohl ein Chemiker vornehmen müssen, denn das geht nicht so leicht. Hier im Statut steht dagegen, daß das spezifische Gewicht

und der Fettgehalt der Milch bestimmt werden soll. Stimmt nun das spezifische Gewicht nicht, so muß die Milch als verfälscht zurückgewiesen werden. Trotzdem kann aber das spezifische Gewicht allein das Maß der Glaubwürdigkeit nicht beanspruchen, denn es kann eine tadellose Milch auch ein zu geringes spezifisches Gewicht haben. Es wird doch keinem Menschen einfallen, eine Milch für verfälscht zu erklären, wenn sie zu fett ist und infolge dessen ein zu geringes spezifisches Gewicht besitzt. Der Polizeibeamte muß dagegen seiner Instruktion gemäß in solchem Falle sagen, daß die Milch verfälscht sei, weil sie eben zu fett ist. Deshalb halte ich es für praktisch, die Vorschrift über die Bestimmung des spezifischen Gewichtes fortzulassen. Da nach dem Statut das spezifische Gewicht und der Fettgehalt der Milch stimmen muß, so wird der Polizeibeamte die Milch für verfälscht erklären, sobald nur ein Erfordernis vorhanden ist. Wenn man aber das spezifische Gewicht nicht für einen absolut richtigen Maßstab ansehen kann, so soll man es doch lieber weglassen.

Herr Alßmann: Wenn der Polizeibeamte beides — das spezifische Gewicht und den Fettgehalt der Milch — absolut richtig prüfen könnte, so würde ich, wie ich das auch in der Kommission getan habe, dafür sein, daß beides als Wertbestimmung beibehalten würde, aber heute muß ich sagen, nachdem ich das Urteil der Sachverständigen gehört und die Ausführungen des Herrn Prof. Frühling gelesen habe, daß es nur auf eine Belästigung der Händler und Produzenten hinauslaufen würde, ohne jemand zu nützen, wenn wir das spezifische Gewicht mit maßgebend sein lassen wollen für die Bewertung der Milch. Wenn eins von beiden nicht stimmt, so darf der Polizeibeamte nach der Vorschrift des Statuts die Milch als minderwertig betrachten, trotzdem wir aus dem Gutachten der Sachverständigen wissen, daß sie gar nicht minderwertig zu sein braucht. Wir dürfen uns deshalb auf das spezifische Gewicht nicht versteifen, denn wenn auch Herr Stadtrat Meyer sagt, daß wir noch die Möglichkeit haben, den Fettgehalt der Milch zu prüfen, so kann dem Händler doch ein zu großer Schaden erwachsen, sofern diese Prüfung ein oder mehrere Tage dauert. Ich möchte deshalb bitten, die Feststellung des spezifischen Gewichtes wegzulassen.

Herr Löschigk: Man soll dem Laien keinen Apparat in die Hand geben, mit dem er nicht positiv festlegen kann, was im Gesetze steht. Wenn ein Polizeibeamter mit seiner Spindel feststellt, daß die Milch wertlos ist, während der Händler sie für gut erklärt, so kann die Milch verderben, bis das Ergebnis festgesetzt ist, und Produzent und Händler sind eventuell geschädigt. Deshalb bitte ich, von der Feststellung des spezifischen Gewichtes abzusehen. Wenn es nach der Angabe des Herrn Probst Apparate gibt zur Feststellung des Fettgehaltes der Milch, so könnten die Polizeibeamten lieber diese Apparate erhalten, ehe die Händler geschädigt werden. Bekanntlich sind die Polizeibeamten nicht die beliebtesten Per-

ionen für solche Untersuchungen, wie sich das bei den Nahrungsmittel-Untersuchungen gezeigt hat.

Herr Frühling: Ich möchte mich auch für die Annahme des Antrages Blasius aussprechen, weil nach dem Statute das spezifische Gewicht mit maßgebend sein soll für die Verbestimmung der Milch. Da es Vollmilch gibt, die bei geringerem spezifischen Gewichte einen höheren Fettgehalt hat, so müßte solche Milch nach dem Statut als Vollmilch verworfen werden, was ich nicht für angängig halte.

Herr Stadtrat Meyer: Die Ausführungen des Herrn Buchler sind mir neu. Wenn sie richtig sind, will ich mich bescheiden. Nach den Verhandlungen mit den Milchinteressenten in der Stadt Hamburg muß ich annehmen, daß sie nicht zutreffen, jedoch lasse ich mich gern eines Besseren belehren. Wenn daher die übrigen Sachverständigen in der Versammlung den Ausführungen zustimmen könnten, so erkläre ich mich auch für den Antrag Blasius.

Herr Esdorn: Ich habe mir auch von Sachverständigen sagen lassen, daß das spezifische Gewicht der Milch keine Bedeutung für ihren Wert habe. Da nun in dem Statut an erster Stelle steht, daß es auf das spezifische Gewicht ankomme und dann erst auf den Fettgehalt der Milch, so liegt in der Beibehaltung der Bestimmung doch eine gewisse Gefahr; ich glaube daher, wir schließen uns dem Antrage Blasius zweckmäßig an.

Herr Nolte: Aus den sehr klaren Ausführungen des Herrn Prof. Frühling ergibt sich, daß durch höheren Fettgehalt das spezifische Gewicht der Milch sinkt, und darin liegt bei unseren Bestimmungen eine große Gefahr. Unter 38 Milchproben, sagt Herr Prof. Frühling, deren Fettgehalt unter 2,7 % betrug, besaßen 6 ein spezifisches Gewicht von genau 1,028, die übrigen 32 hatten ein spezifisches Gewicht von 1,030 bis 1,033.

Herr Blasius: Zu der Bemerkung des Herrn Probst, daß die Polizeibeamten auch den Fettgehalt der Milch untersuchen sollten, möchte ich erwähnen, daß das nicht so leicht sein wird. Das kann uns aber gleichgültig sein, weil die Polizei ihre Untersuchungen vornehmen lassen kann, wie sie will und wir in das Statut nur Bestimmungen darüber aufnehmen müssen, wann die Händler zu bestrafen sind. Bemerken will ich ferner noch, daß mir seitens eines Milchwärendlers der Wunsch geäußert worden ist, man möchte den Mindest-Fettgehalt der Milch nicht auf 2,7 %, sondern auf 2,5 % festsetzen. Da indessen nach den Statuten der 81 Städte die bei weitem größte Mehrzahl der Städte im Norden, Osten und Westen Deutschlands 2,7 % angenommen hat, während in Süddeutschland, wo offenbar andere Futterverhältnisse und andere Klassen von Kühen einwirken, sogar ein Mindestgehalt von 3 % Fett für Vollmilch angenommen wird, so bitte ich, 2,7 % stehen zu lassen.

Herr Probst: Ich habe vorhin gleich gesagt, daß das nicht hierher gehöre, sondern daß es sich dabei um die Handhabung des Gesetzes handle.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag des Herrn Blasius, den Absatz 1 des § 4 folgendermaßen zu fassen:

„Vollmilch ist durch vollständiges Ausmelken der Kühe gewonnene Milch, welcher nichts hinzugesetzt und nichts genommen ist und welche einen Fettgehalt von mindestens 2,7 % hat?“

Der Antrag ist angenommen.

Herr Blasius: In dem zweiten Satz des Absatzes 2 bitte ich zu sagen:

„Unter Milch ohne nähere Bezeichnung wird im Handel immer nur Vollmilch verstanden.“

Vorsitzender: Ich kann diesen Wortlaut nicht schön finden und glaube, daß man die Worte „im Handel“ getrost weglassen kann.

Herr Blasius: Damit bin ich auch einverstanden und schlage vor, den Wortlaut der Magistratevorlage beizubehalten. (Zustimmung.)

Zu dem Absatz 3 will ich bemerken, daß mir von einem Milchproduzenten der Wunsch ausgedrückt worden ist, es möchte die mindeste Fettmenge der Kindermilch auch auf 2,7 % und nicht auf 3 % festgesetzt werden. Die Kommission hat sich indessen nach reiflicher Ueberlegung dahin entschieden, bei dem Satz von 3 % zu bleiben. Sie ist davon ausgegangen, daß, wenn auch durch gewisse Futtermethoden und Rassenverhältnisse der Kühe eine nicht so fetthaltige Milch gewonnen werden könnte, wie hier verlangt werde, es Sache der Produzenten sei, durch Rassenveränderung der Kühe, oder durch Aenderung der Futtermittel eine Milch von 3 % Fettgehalt zu erzeugen. Für die Kindermilch ist es von großer Bedeutung, daß eine besonders gleichmäßige Milch produziert wird, und wir waren alle darin einig, daß den Säuglingen eine 3 % Fett haltende Milch ganz ausgezeichnet bekommt und diese Milch als Nahrungsmittel für die kleinen Weltbürger besser ist, als Milch mit einem Fettgehalt von nur 2,7 %. Da außerdem der Preis für Kindermilch ein etwas höherer ist, als für gewöhnliche Vollmilch, so glauben wir, den Satz von 3 % beibehalten zu sollen. Ich habe hunderte von Analysen von Kindermilch der hiesigen Molkerei, aus Kliddagshausen, dem Pawelschen Holze, aus Lehndorf, Weltheim u. verglichen und gefunden, daß nur in sehr seltenen Ausnahmen der Fettgehalt unter 3 % ging. Wenn ein solcher Fall eintritt, so ist es Sache des Besitzers der Kühe, durch andere Futtermethoden dahin zu wirken, daß die Kindermilch ein Mindestgehalt von 3 % Fett bekommt.

Herr Böschigk: Mir ist von sachverständiger Seite gesagt worden, man möchte den Mindestgehalt auf 2,9 % festsetzen, um nicht eine öftere Belästigung der Produzenten u. durch die aufsichtführenden Organe zu veranlassen. Wie Herr Blasius eben selbst erklärt hat, kann es einmal vorkommen, daß der Milch $\frac{1}{10}$ %

Fettgehalt fehlt. In solchem Falle würde das aber als Betrug ausgelegt und dem Händler aufgegeben werden, die Milch nicht als Kindermilch zu führen. Im Interesse der Produzenten würde es ja trotzdem liegen, eine Milch zu erzeugen, die mehr als 2,9 % Fettgehalt besitzt.

Herr Stadtrat Meyer: Dieselbe Schwierigkeit für den Händler entsteht aber auch, wenn Sie den Mindestsatz auf 2,9 % statt 3 % festsetzen. (Zustimmung.) Wir können deshalb getrost den Satz von 3 % beibehalten, zumal eine Reihe anderer Städte einen noch höheren Satz angenommen hat und die Kindermilchstationen diesen Satz selbst vorgeschlagen haben.

Herr Buchler: Ich kann den Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer nicht ganz beipflichten. Die Produzenten wollen gern eine tadellose Milch liefern, die schon jetzt 3 % und mehr Fettgehalt besitzt. Hierin kann also die Schwierigkeit in der Beschaffung guter Kindermilch nicht liegen, sondern in dem Umstande, daß die Inhaber von Kindermilchstationen von den Ärzten gezwungen werden, eine ganz bestimmte Fütterungsart einzuhalten und sie es deshalb nicht immer in der Hand haben, eine gewisse fetthaltige Milch zu produzieren. Deshalb können die Inhaber unter Umständen gezwungen werden, sich bayrische oder Simmentaler Kühe anzuschaffen, die eine fettere Milch geben. Man könnte also einem solchen Manne sagen, er müsse seine 70 Kühe verkaufen und sich andere Rassenkühe dafür anschaffen, aber das würde ich für außerordentlich hart halten. Im Interesse dieser Herren möchte ich noch weiter gehen, als Herr Böschigt, und sagen, man möge von der Kindermilch nur verlangen, daß sie Vollmilch sei.

Herr Stadtrat Meyer: Diese Schlußfolgerung halte ich für irrig. Herr Dr. Buchler meint, wenn die Inhaber von Kindermilchstationen durch die Feststellung des Fettgehalts der Milch einsehen, daß sie keine 3prozentige Milch produzieren könnten, so würden sie gezwungen sein, eine andere Rasse Kühe einzuführen. Unsere Absicht geht allerdings dahin, eine Milch zu verlangen, die einen Fettgehalt von mindestens 3 % besitzt. Wenn jemand Kindermilch liefern will, muß er eben diesen Vorschriften nachkommen, sonst mag er gewöhnliche Vollmilch liefern. Uns kann hier überhaupt nicht das Interesse des Produzenten leiten, sondern wir müssen beschließen, was wir im Interesse der Kinder für nützlich halten. Wenn jemand 40 L für 1 Liter Kindermilch fordert, so können wir auch verlangen, daß sie einen Fettgehalt von 3 % hat, kann er aber so fettreiche Milch nicht liefern, so möge er seine Milch als Vollmilch, nicht aber als Kindermilch verkaufen. (Zustimmung.)

Herr Blasius: Ich bin bei den Kindermilchstationen, mit denen ich zu tun habe, immer für eine Futtermethode eingetreten, mit der sich 3prozentige Milch erzielen läßt, so daß eine Schwierigkeit für den Produzenten in dieser Beziehung nicht entstehen kann. Man muß sich auch hier wieder danach richten, wie andere

Städte vorgegangen sind. Unter den 81 deutschen Städten haben 9 norddeutsche Städte Kindermilch in ihre Statuten aufgenommen und zwar 8 mit 3prozentigem Fettgehalt und eine mit 3,2 %. Wir tun deshalb keinen ungerechten Schritt gegen die Produzenten, wenn wir einen Mindestgehalt von 3 % Fett festsetzen.

Der Antrag Böschigt wird darauf abgelehnt.

Herr Blasius: Den letzten Absatz des § 4 b bitten wir folgendermaßen zu fassen:

„Derartige Tiere, sowie an Verdauungsstörungen, Durchfall und Lecksucht erkrankte, oder der Tuberkulose verdächtige Kühe sind bis zur Entscheidung des Tierarztes sofort aus dem Stalle zu entfernen.“

Ferner ersuchen wir, dem Eingang des § 4 c folgenden Wortlaut zu geben:

„Schlempe darf an die Kühe nicht verfüttert werden.“

Der Abschnitt g des § 4 würde zu lauten haben:

„Die Bestimmungen des § 10 und § 4 c und e sind an die Stalltür anzuschlagen und stets leserlich zu halten.“

Herr Böschigt: Es hat doch wohl keinen Sinn, wenn wir für das Stadtgebiet die Schlempefütterung verbieten, während außerhalb Schlempe verfüttert wird.

Herr Blasius: Es handelt sich hier doch aber nur um Kindermilch. (Heiterkeit.)

Zum § 5. Wir beantragen, diesem Paragraphen die folgende Fassung zu geben:

„Rahm (Sahne) ist der durch Abrahmen von Milch gewonnene fettreiche Teil dieser Milch. Schlagrahm muß einen Mindestfettgehalt von 30 %, saure Sahne einen solchen von 20 %, Kaffeesahne einen solchen von 15 % haben.“

Zum § 6. Eine Aenderung wird nicht beantragt.

Zum § 7. Die hier vorgesehenen Bestimmungen lassen sich in der Praxis nicht gut durchführen, wir schlagen deshalb für den Absatz 1 des § 7 folgende Fassung vor:

„Als sterilisierte oder pasteurisierte Milch ist solche Milch zu bezeichnen, die sofort nach dem Melken von Schmutzteilen befreit und spätestens 12 Stunden nach dem Melken in entsprechenden, von Herzoglicher Polizeidirektion als leistungsfähig anerkannten Apparaten zur Befreiung von Keimen der Mikroorganismen zweckmäßig behandelt ist und später sachgemäß aufbewahrt wird.“

Herr Brückmann: Man verlangt hier eigentlich von der Herzoglichen Polizeidirektion zu viel, wenn sie erklären soll, ob Apparate geeignet sind zur Befreiung der Milch von Keimen der Mikroorganismen, oder nicht. Das sollte der Polizei eigentlich einerlei sein. Ich möchte deshalb beantragen, die Worte „von Herzoglicher Polizeidirektion“ zu streichen.

Herr Blasius: Das würde bei unseren heutigen Verhältnissen ganz unbedenklich sein; es können sich jedoch noch andere Anstalten zur Sterilisation von Milch hier etablieren, bei denen eine Kontrolle über die Apparate notwendig erscheint. Ich sehe deshalb nicht ein, daß der Polizei nicht auch die Kontrolle über die Einrichtung solcher Anstalten überlassen bleiben soll. Selbstverständlich wird diese Kontrolle im Auftrage der Herzoglichen Polizeidirektion durch Sachverständige ausgeübt werden.

Herr Wolters: Nach dem Antrage der Statutenkommission würde auch die in der Magistratsvorlage vorgesehene Bestimmung gestrichen werden, nach welcher die Flaschen der sterilisierten Milch mit dem Datum der Sterilisation versehen sein sollten. Ist das wohl richtig? Wenn solche Flaschen längere Zeit unverkauft bleiben, so würde sich deren Inhalt doch verschlechtern, die Milch also minderwertig werden. Gegen solche Gefahr könnte die Datierung der Flaschen doch Schutz gewähren.

Herr Blasius: Die Datierung der Flaschen würde viel Schwierigkeiten machen, ohne daß ich den Nutzen der Datierung bei Dauermilch einzusehen vermag. Ich habe solche Milch noch nach einem halben Jahre getrunken und sie für vorzüglich befunden. Die sterilisierte Milch wird hier in Kisten verschickt und außerhalb nach Bedarf verbraucht, denn ich weiß, daß Familien am Rhein und im Harz sich die Milch kommen lassen und sie ihren Kindern geben, denen sie stets gut bekommen ist. Diese Milch ist eben, wie Robert Koch sagt, unvergänglich. In der Praxis macht sich die Sache auch so, daß wöchentlich durchschnittlich 4000—5000 Flaschen Milch sterilisiert werden und man dieses Quantum schon wegen des Mangels an Raum schnell abzusetzen suchen wird. Das Publikum läuft hierbei also keine Gefahr.

Herr Löschigk: Betreffs der Kontrolle über die Apparate möchte ich der Ansicht des Herrn Referenten sein, denn die Apparate müssen geeignet sein, gute Milch zu liefern. Die Datierung der Flaschen würde ich auch für eine Belästigung des Produzenten ansehen. Wenn ich sterilisierte Milch kaufe, so setze ich voraus, daß sie monatelang sich hält.

Herr Brückmann: Wenn die Gewähr gegeben wäre, daß die mit einem von der Polizei als gut befundenen Apparate hergestellte Milch wirklich steril wäre, so würde ich dafür stimmen, aber der Apparat allein macht es nicht, da das Gelingen des Sterilisierens wesentlich von der Bedienung mit abhängt.

Der Antrag Brückmann wird darauf abgelehnt.

Zum § 8. Herr Blasius: Wir bitten, diesem Paragraph folgendes zuzusetzen:
„Als Milchpräparate gelten auch die Gärtnerische Kindermilch und ähnliche Präparate.“

Es handelt sich hier um eine Kuhmilch, die durch Zusatz von Milchezucker zc. so hergestellt ist, daß sie der menschlichen Milch am ähnlichsten ist. Würden wir

den Zusatz fortlassen, so dürfte die Gärtnersche Kindermilch hier gar nicht verkauft werden. (Zustimmung.)

Zum § 9. Den Punkt c bitten wir im Eingange folgendermaßen zu fassen:
 „c. von Rühen stammt, die an Milzbrand, Rauschbrand, Tollwut, Pocken, Strahlenpilzkrankheit, Gelbsucht, Ruhr, Enterentzündungen, Blutvergiftung, eitriger und jauchiger, an fauliger“

Herr Buchler: Die hier aufgeführten Vorschriften für die außerordentlich schwierig zu erkennenden Krankheiten und auszuführenden Untersuchungen sind doch wohl so zu denken, daß die Polizei, sobald sie erfährt, daß irgendwo nicht sauber verfahren wird, den Physikus beauftragt, eine Untersuchung vorzunehmen. Es kann doch unmöglich einem Polizeibeamten überlassen bleiben, eine solche Ordnungswidrigkeit festzustellen.

Herr Blasius: Wir haben uns gedacht, daß der Stadtphysikus oder der Kreistierarzt die nötigen Erkundigungen einzieht und die Herzogliche Polizeidirektion dann im gegebenen Falle die Untersuchung veranlaßt. Wir können auf die auswärtigen Produzenten keinen direkten Einfluß ausüben, wohl aber auf die hiesigen Händler, welche ihre Milch von auswärts beziehen.

Herr Buchler: Der Händler kann aber oft gar nicht wissen, woher seine Milch kommt. Er kennt wohl seinen Lieferanten, weiß aber nicht, wie dessen Ställe und Kühle aussehen. Soweit der Stadtbezirk geht, sind wir durch das Statut wohl geschützt, darüber hinaus aber nicht.

Herr Blasius: Die Gemeinde Berlin hat solche Einrichtung seit dem Jahre 1902 getroffen und sie hat sich nach der Äußerung des dortigen Magistrates gut bewährt. Herr Buchler kann deshalb ohne Bedenken dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirektion überlassen, die Untersuchungen in die Wege zu leiten. Wir wollen uns gegen solche Schäden nach Möglichkeit schützen und haben deshalb das Statut mit Freuden begrüßt.

Vorsitzender: Es ist nicht unsere Aufgabe, den Händlern Winke an die Hand zu geben, wie sie die Vorschriften umgehen können; es könnte das unter Umständen nicht ungefährlich sein.

Herr Blasius: Die Abschnitte V—VIII würden in IV—VII abzuändern sein.

Zum § 10. Die Statutenkommission findet nichts zu erinnern.

Herr Esborn: Ich finde, daß auch hier den hiesigen Milchhändlern wieder Vorschriften gemacht werden, die sie nicht befolgen oder überwachen können, weil sie sich auf die auswärtigen Produzenten und deren Bedienstete beziehen. Solche Bestimmungen scheinen mir doch ziemlich zwecklos zu sein, weil man die Polizeibeamten nicht auf die Dörfer schicken kann, um die Befolgung der Bestimmungen zu überwachen.

Vorsitzender: Wenn die Bestimmungen keinen anderen Zweck haben, so werden sie doch vielleicht von Einfluß auf die allgemeine Gestaltung der betreffenden Rechtsverhältnisse sein. (Zustimmung.) Wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir diesen abschwächen wollten. Jedenfalls sind sie auch insofern recht nützlich, als sie geeignet erscheinen, das Gewissen zu schärfen und die Herzoglichen Kreisdirektionen zu veranlassen, dieser Sache ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Auch für die Landes- und die Reichsgegesetzgebung dürfte ein Anlaß geboten sein, ihrerseits einzugreifen.

Zum § 11. Kommissionsseitig findet sich nichts zu erinnern.

Herr Kolte: In dem ersten Absätze bitte ich statt des unschönen Ausdrucks „Mischmilch des Gemelkes mehrerer Kühe“ zu sagen: „Mischmilch von mehreren Kühen“.

Herr Blasius: In dem Hamburger Statut findet sich der gleiche fachtechnische Ausdruck vor.

Der Antrag Kolte wird abgelehnt.

Herr Kolte: Die Worte des zweiten Absatzes „an die Konsumenten“ halte ich für überflüssig und bitte, dieselben zu streichen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zum § 12. Herr Blasius: Die Kommission beantragt, den zweiten Absatz des § 12 wie folgt zu fassen:

„In den Räumen, in denen Milch feilgehalten oder verkauft wird, ist die Aufbewahrung solcher Gegenstände unzulässig, welche geeignet sind, auf das Aussehen oder die Beschaffenheit der Milch schädlich einzuwirken.“

Zu den §§ 13 bis 15 ist nichts zu bemerken.

Zum § 16. Dem letzten Absatz bitten wir folgenden Wortlaut zu geben:

„Gefäße, in denen Milch gewerbsmäßig in den Bezirk der Stadt Braunschweig behufs Abgabe an Wiederverkäufer eingeführt wird, müssen bis zur Ablieferung an den Empfänger unter Plombenverschluß der Produzenten gehalten werden.“

(Zustimmung.)

Außerdem müßten verschiedene fremde Ausdrücke, wie Produzenten u. geändert werden.

Vorsitzender: Die Aenderung der fremden Ausdrücke kann wohl dem Magistrat überlassen werden? (Zustimmung.)

Zum § 17. Seitens der Kommission ist nichts zu bemerken.

Herr Buchler: Könnten nicht die Worte „wie mittels der Eisenbahn“ fortfallen? Die Händler können doch nicht auf die Eisenbahnverwaltung einwirken, daß sie ihre zur Milchbeförderung zu verwendenden Wagen gehörig reinigen läßt.

Wenn jemand Milch zur Beförderung auf einer Zwischenstation aufgibt, so muß sie schnell eingeladen werden und man kann die Wagen nicht erst nachsehen.

Herr Blasius: Die Bestimmung ist gerade für die Eisenbahnverwaltung berechnet worden, von der wir die Befolgung verlangen.

Zum § 18. Unter 1 beantragen wir den Satz: „Diese Inschrift muß durch Aufmalen mit schwarzer Farbe auf weißem oder hellgelbem Untergrunde angebracht werden“, zu streichen. Wenn die Gefäße tüchtig abgerieben werden, so kann die Farbe sehr bald fortgehen, deshalb erscheint es uns richtiger, dem Eigentümer zu überlassen, in welcher Weise er die Inschrift an den Gefäßen anbringen will. Der Magistrat ist hiermit einverstanden.

Herr Böschigt: Sollen sich diese Vorschriften auf sämtliche Gefäße beziehen, in denen die Produzenten ihre Milch aufbewahren, oder nur auf die Gefäße, in denen die Milch den Händlern geliefert wird? (Zustimmung.)

Herr Müller: Ich möchte dem Magistrate anheimgeben, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die feuerroten Streifen an den Gefäßen mit Magermilch verschwinden können. Die Farbe könnte schon durch ihren Geruch einen Einfluß auf die Milch ausüben und würde auch durch das Abwaschen mit Soda leicht verwischt werden. Vielleicht lassen sich die Gefäße durch Messingringe von den anderen unterscheiden.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat legt Wert darauf, daß die feuerroten Streifen bleiben. Sie haben den Zweck, dem Publikum von weither sichtbar zu zeigen, daß in den Gefäßen Magermilch enthalten ist. Dieser Zweck wird bei anderen Streifen nicht in vollem Maße erreicht.

Herr Böschigt: Ich bin auch nicht dafür, die roten Streifen fortzulassen, aber an den Wagen der hiesigen Molkerei ist auch die Firma mit roten Buchstaben angebracht. (Rufe: Das gehört nicht hierher.) Ich will das hier gleich erwähnen, um dazu nicht noch einmal das Wort nehmen zu müssen. (Heiterkeit.) Mir will es nicht einleuchten, daß alle anderen Bezeichnungen an den Wagen nicht in roter Schrift angebracht werden sollen.

Vorsitzender: Wir haben schon erwogen, daß Grün oder ein leuchtendes Gelb ganz passend zu den Anschriften sein würde.

Herr Blasius: Ich glaube, Herr Müller ist wegen des Geruches der Streifen zu ängstlich, denn die Streifen sitzen doch außerhalb an den Kannen. Auf meine einem Milchhändler vorgetragene Bitte, er möchte mir vorschlagen, wie man den roten Streifen ersetzen könnte, habe ich bislang eine Antwort nicht erhalten. Ich bin überzeugt, wenn wir die außerordentlich praktische Bestimmung, die Magermilch an den Gefäßen durch einen knallroten Streifen kenntlich zu machen, einführen, so wird die Industrie bald eine Farbenzusammensetzung finden, die jede schädliche Einwirkung verhindert.

Zu dem Punkte 3 des § 18 wird kommissionsseitig vorgeschlagen, die beiden letzten Sätze: „Die Inschriften — zu bezeichnen“, zu streichen, weil sich das von selbst versteht.

Herr Brückmann: Wenn nun ein Milchhändler an seinem Wagen das rote Kreuz angebracht hat und er soll es mit einem Male in ein blaues Kreuz umändern, so sieht das ja aus, als ob er zu den Antialkoholikern gehört. (Weiter-
keit.) Ich möchte beantragen, daß alle Bezeichnungen, die auf den Inhalt der Waren bezug haben, nur in roter Farbe angebracht werden dürfen. Wenn ein Wagen rote Streifen trägt, so kann man daraus doch nicht ohne weiteres schließen, daß er Magermilch führt.

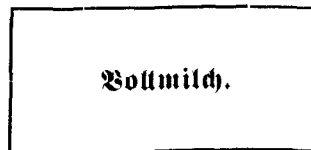
Herr Frühling: Das Bedenken des Herrn Brückmann ist unbegründet, weil das rote Kreuz ein geschütztes Zeichen ist, das ein Milchhändler an seinem Wagen nicht anbringen darf.

Herr Blasius: Ich möchte auch warnen, der Anregung des Herrn Brückmann zu folgen; wir wollen ja gerade die weniger wertvolle Milch durch in die Augen springende Merkmale kennzeichnen.

Der Antrag Brückmann wird abgelehnt.

Herr Blasius: Für die Punkte 4 und 5 des § 18 schlägt die Kommission folgende Fassung vor:

4. Beim Vertriebe der Milch in Flaschen sind die Bezeichnungen entweder in deutlicher, nicht verwischbarer Schrift auf fest angehefteten Etiketts, oder durch deutlich sichtbares Einpressen oder Einbrennen in die Flaschenwandungen anzubringen.
5. In den unter Ziffer 1 angegebenen Fällen sind die Inschriften sinn-
gemäß mit eckiger Umrahmung nach folgendem Muster herzustellen:



Bei Magermilch jedoch ist die Inschrift mit ovaler Einrahmung nach folgendem Muster anzubringen:



Die Inschrift muß an den Gefäßen mindestens 3 cm Buchstabenhöhe haben. In den unter 2 angegebenen Fällen kann die Einrahmung der Inschrift fehlen.

In den Räumen, in denen Milch feilgehalten und verkauft wird, sind die Verkaufsgefäße so aufzustellen, daß die angebrachten Bezeichnungen des Inhalts stets ohne weiteres sichtbar sind."

Zum § 19 findet sich kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Herr Brückmann: Mir ist aus Interessententeilen mitgeteilt worden, es bestehe der Wunsch, die Strafen noch höher zu bemessen. (Ruf: Ist unzulässig!)

Herr Stadtrat Meyer: Ich kann Herrn Brückmann beruhigen. Wenn schwerere Verfehlungen vorliegen, so kommen die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes in Betracht, wie das auch in § 19 des Statuts schon angedeutet worden ist.

Herr Löschigk: Es wäre besser, wenn gleich hier auch für schwerere Verfehlungen positive Strafen festgesetzt werden könnten. (Ruf: Das ist unmöglich!)

Herr Blasius: Den Abschnitt VIII bitten wir mit den §§ 20 und 21 als „Schlußbestimmungen“ zu bezeichnen.

Zum § 20 findet sich nichts zu erinnern. Der § 21 würde lauten:

„Dieses Statut tritt drei Monate nach seiner Veröffentlichung in Kraft.“

Herr Löschigk: Es scheint mir insofern ein Mangel in dem Statute zu sein, als nirgends vorgesehen ist, daß vorgeschundene schlechte Milch vernichtet werden muß, wie das z. B. bei schlechtem Fleische vorgeschrieben ist.

Herr Stadtrat Meyer: Meiner Ansicht nach fehlt es an einer gesetzlichen Unterlage, um solche positiven Vorschriften erlassen zu können. Die Konfiskation schlechter Milch ist nicht erlaubt, wohl aber würde es dem Richter möglich sein, die Einziehung schlechter Produkte zu verfügen.

Herr Löschigk: Unter solchen Umständen halte ich das ganze Statut für überflüssig. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Wenn jemand 25 mal mit 60 M Strafe belegt worden ist, wird er seine Uebertretungen wohl unterlassen.

Herr Meyerhoff: Ich wünschte auch, daß erweiterte Strafbestimmungen vorgeschrieben werden könnten.

Herr Stadtrat Meyer: Wir werden die Herzogliche Polizeidirektion bitten, darauf zu achten, daß die verfälschte Milch nicht mehr in den Verkehr gebracht und außerhalb des städtischen Gebiets geschafft wird.

Vorsitzender: Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Statut in der eben beschlossenen Fassung zustimmen und gleichzeitig den Magistrat ersuchen wollen, in dem Statute eine tunlichste Sprachreinigung eintreten zu lassen, sowie dafür zu sorgen, daß den Polizeiorganen eine möglichst eingehende und sachgemäße

Instruktion erteilt werde, die Hand zu erheben. — Ich konstatiere die Annahme des Statuts und der Nebenanträge.

IV. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Auf Empfehlung der Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke beabsichtigt der Magistrat, 16 Kandelaber-Gaslaternen und 2 Petroleumlaternen neu aufzustellen, 3 Wandlaternen anzubringen und 18 Laternen zu versehen. Die anschlagsmäßigen Kosten betragen 2795 M., und wird anheimgegeben, diese Summe zu verwilligen.

Von den 16 Kandelaber-Gaslaternen sollen erhalten 5 die Fallerleberstraße, je 2 die Laffertstraße und die Hamburgerstraße, je 1 die Ferdinandstraße, die Wendenstraße, die Chemnitzstraße, der Ruhfäutchenplatz, der Friedrich Wilhelmplatz, die Straßen am Hoftheater und am Fallerlebertore. Die beiden Petroleumlaternen würde der Kuddagshäuserweg erhalten, während die 3 Wandlaternen an der Wendenstraße Verwendung finden sollen.

Herr Fiedel: Die Finanzkommission schlägt Ihnen vor, sich diesem Antrage anzuschließen. Einzelne in der Kommission laut gewordene Wünsche sind vorläufig zurückgestellt worden, weil die Gepflogenheit besteht, solche Wünsche zu sammeln und sie erst nach Prüfung der Versammlung vorzuschlagen.

Herr Lord: In Bezug auf neue Laternen habe ich keine Wünsche, jedoch möchte ich eine andere Sache hier zur Sprache bringen. In der letzten Sitzung hat gelegentlich der Berichterstattung über die Beschwerde des Herrn Kalms Herr Fiedel eine Aufstellung über die Kosten mitgeteilt, welche eine teilweise elektrische Beleuchtung der Stadt erfordern würde. Die Besprechung fand erst in vorgerückter Stunde statt, weshalb dieser Punkt vielleicht der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen ist. Es war ausgeführt worden, daß die elektrische Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes, des Ruhfäutchenplatzes, des Kohl-, Altstadt- und Hagenmarktes und der einschließenden Straßenzüge einen Mehraufwand von 27 000 M. gegenüber der Gasbeleuchtung erfordern würde. Das ist ja eine Menge Geld, aber ich bin der Ueberzeugung, wenn wir nicht anderen Städten gegenüber rückständig bleiben wollen, daß wir wenigstens bald an eine teilweise Einführung der elektrischen Beleuchtung auf den Hauptstraßen und Plätzen der Stadt denken müssen. Ich halte dafür, daß die Intraden der Stadt aus der elektrischen Lichtanstalt einen wenn auch bescheidenen Anfang mit der elektrischen Straßenbeleuchtung zulassen. Es soll dieses nur ein Wunsch sein, aber ich hoffe, daß der Magistrat demnächst Veranlassung nehmen wird, in einer Vorlage näher darauf einzugehen.

Herr Alßmann: Die verlängerte, über die Gliesmaroderstraße nach Norden hinausgehende Grabenstraße hat keine Beleuchtung, obwohl dort zwei Wohnhäuser stehen. Wenn dort eine neue Laterne noch nicht aufgestellt werden kann, so bitte

ich, wenigstens die Laternen der Gießmaroderstraße so zu stellen, daß eine Laterne ihren Platz an der Ecke der Grabenstraße erhält und diese mit beleuchtet.

Herr Stadtrat Haake: Ich habe mir die Situation wenigstens am Tage angesehen. Es steht dort ganz vorn an der Straße eine Laterne, die das Haus № 33 a mit beleuchtet. Wenn aber jemand den Eingang in sein Haus an dessen Hinterseite verlegt, so muß er für die Beleuchtung des Einganges selbst sorgen.

Herr Riese: Ich möchte beantragen, mindestens eine Petroleumlaterne in den Hasenwinkel zu stellen, dort wo die Landeseisenbahn die Straße kreuzt. Man kann den Zug nicht eher bemerken, bis er um die Ecke biegt, also schon ganz nahe ist. Es wäre dort wohl schon mancher Unfall verhütet worden, wenn der Zug eher bemerkt werden könnte. Ich weiß nicht, wie weit wir etwa in der Lage sind, die Landeseisenbahn zu zwingen, diese Stelle zu beleuchten. Es handelt sich dabei um das Haus Hasenwinkel № 2.

Herr Ußmann: Ich verlange durchaus nicht, daß vor jedem Hause eine Laterne steht, aber andererseits können sich die Hauseingänge auch nicht nach dem Stande der Laternen, sondern nur nach den Bauvorschriften richten. An der Grabenstraße ist die Entfernung bis zur letzten Laterne so lang, daß mein Wunsch wohl gerechtfertigt sein dürfte.

Herr Koch: Ich möchte bitten, auf die östliche Seite der Salzdhumerstraße von Hillegeist bis zur Leisewigstraße noch eine Laterne zu stellen, weil die Strecke, namentlich nach der Errichtung zweier Wohnhäuser auf dem Hillegeist'schen Grundstück, zu dunkel ist.

Herr Probst: Ich möchte bitten, noch zwei Laternen auf dem Platze am Hohentore aufzustellen.

Herr Sander: Ich möchte wünschen, daß die auf den Brücken vorhandenen vier Laternen ihr Licht sämtlich leuchten lassen und daß nicht nur zwei Laternen angezündet werden. Bei dem starken Verkehre auf den meist engen Brücken ist es namentlich für die Führer von Kinderwagen und sonstigen kleinen Fuhrwerken gefährlich, in der jetzigen Dunkelheit die Brücken zu passieren. Da hier die Sparsamkeit am unrichtigen Platze angebracht ist, so bitte ich, die vier Laternen der Brücken wenigstens während der verkehrsreichen Abendzeit leuchten zu lassen.

Herr Fiedel: Auch in der Finanzkommission haben wir noch eine ganze Anzahl Wünsche auf bessere Beleuchtung von Straßen zc. gehabt. Da aber solche Wünsche erst an Ort und Stelle geprüft werden müssen, so wäre es doch viel einfacher, sie zunächst Herrn Stadtrat Haake oder der Deputation behufs Prüfung mitzuteilen. (Zustimmung.)

Vorsitzender: Ich stimme dieser Ansicht vollständig bei. Da indessen die hier vorgetragenen Wünsche in die Form von Anträgen gekleidet sind, so muß ich darüber abstimmen lassen.

Die Anträge Kiefe, Koch und Sander werden hierbei angenommen, die Anträge Alßmann und Probst aber abgelehnt.

V. Antrag Brückmann: Instandsetzung der Kl. Döringstraße 11.

Ueber den in der letzten Sitzung — Seite 297 des Berichts — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß auf Kosten der Stadt

- 1) der Teil des zur Kl. Döringstraße führenden Interessentenweges und auch die Kl. Döringstraße ordnungsmäßig hergerichtet werde, sei es durch Makadamisierung oder durch Kleinpflaster,
- 2) ein Trottoir in angängiger Breite auf diesen kurzen Straßenzügen angelegt, und
- 3) eine Gaslaterne auf der Kl. Döringstraße angebracht werde,“

berichtet namens der Baukommission Herr Frühling: Wenn auch anerkannt worden ist, daß die Zustände in den betreffenden Straßen sehr wenig befriedigen, so handelt es sich doch hier ausschließlich um Interessenten- und Privatwege, die auf Kosten der Stadt, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, nicht gebessert werden können. Außerdem liegt aber auch gerade hier kein besonderer Grund vor, stadtseitig einzugreifen, weil das Grundstück am Ende des Weges übermäßig durch Bebauung ausgenutzt ist, ohne daß dieses hat verhindert werden können, und hauptsächlich dadurch der Interessentenweg in letzter Zeit so schlecht geworden ist. Es wird deshalb Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Herr Brückmann: Die Bebauung der Grundstücke fiel mit Ausnahme eines Hauses in die Zeit, als hier in baupolizeilicher Beziehung noch vollständige Anarchie herrschte. Nach Einführung des Stadtbauplanes sind die Häuser dann zwischen die anderen Straßen eingeklemmt worden, so daß die Besitzer sich einen Privatweg anlegen mußten, um sich zu retten, und dieser Weg ist jetzt nur noch sehr schwer zu begehen. Ein Anlieger hat die Straße schon vor längeren Jahren auf eigene Kosten verbessert und einen Kanal legen lassen, so daß ich glaubte, es könnte meinem Antrage aus Billigkeitsgründen entsprochen werden. Wenn aber dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte, so erscheint mir die Sache auch bedenklich zu sein.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat steht auf dem Standpunkte der Baukommission und ist nicht dafür zu haben, einen Privat- und Interessentenweg auszubauen, oder ihn zur Ortsstraße zu erheben.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

VI. Antrag Jasper und Genossen: Stellung des Magistrates zur Einheitschule.

Der in der Sitzung vom 6. Oktober d. Js. — Seite 298 des Berichts — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung bedauert die ablehnende Haltung, welche der Magistrat gegenüber dem Braunschweigischen Lehrertage in seinem Schreiben auf die an ihn ergangene Einladung eingenommen hat, da der Magistrat hierdurch zu erkennen gab, daß er der hochwichtigen Frage der Einheitschule wenig Bedeutung beimißt, und nicht geneigt scheint, Erörterungen von Fachleuten in dieser Angelegenheit zu hören.“

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr Blasius:

Das Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters, um das es sich hier im wesentlichen handelt, ist schon in dem vorigen Berichte zum Abdruck gekommen. (Redner verliest das Schreiben nachmals.) Die Thesen, welche nach diesem Schreiben im Auftrage des hiesigen Lehrervereins veröffentlicht worden sind, lauten:

„1) Die Einrichtung solcher Schulorganisation (der Einheitschule) entspricht den Forderungen des wahren Christentums.

2) Sie entspricht auch dem Grundsätze der staatlichen Gerechtigkeit: Gleiches Recht für alle! — und wird zur Verständigung und gegenseitigen Achtung der verschiedenen Volksklassen beitragen und so das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit stärken.

3) Sie ist auch vom pädagogischen Standpunkte aus zu fordern; denn für einen Zweck soll nur eine Art von Schulen errichtet werden. Erziehung und Unterricht der Jugend werden durch sie nicht gehemmt, sondern erfahren im Gegenteil mannigfache Förderung, die Standeschulen, die nur von Kindern bestimmter Volksgruppen besucht werden, nicht bieten können.“

Die Schulkommission hat sich mit dieser Sache beschäftigt und hat zunächst die formelle Frage besprochen, ob es Sache der Versammlung wäre, sich mit einem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters zu beschäftigen, das im Namen des Magistrates an eine hier tagende Versammlung erlassen worden ist. Sie ist dabei zu der Ansicht gekommen, daß es sich um eine Aeußerung des Magistrates einer hier tagenden öffentlichen Versammlung gegenüber handelt und daß die Stadtverordnetenversammlung berechtigt ist, darüber Aufklärung vom Magistrate zu wünschen.

Was die Sache selbst betrifft, so steht die Schulkommission vollständig auf Seiten des Magistrates; sie meint, daß der Magistrat die volle Berechtigung und sogar die Verpflichtung hatte, eine solche, dem Lehrertage gegenüber abweisende

Haltung einzunehmen, weil einerseits die betreffenden Thesen keine andere Deutung zulassen können, als daß die hiesigen Einrichtungen von mittleren und unteren Bürgerschulen nicht den Forderungen wahren Christentums entsprechen und weil andererseits diese Einrichtung auch dem Grundsatz staatlicher Gerechtigkeit: „Gleiches Recht für alle“ nicht entsprechen sollte. Diese Thesen wurden uns dadurch noch krasser hingestellt, daß sie vorher in den Zeitungen veröffentlicht und dem großen Publikum bekannt gegeben wurden. Hierdurch wurde aber eine Frage berührt, die von den städtischen Behörden immer in dem Sinne erledigt worden war, daß wir stolz darauf sind, hier untere und mittlere Bürgerschulen zu haben. Die Schulkommission hat daher beschlossen, Ihnen vorzuschlagen:

über den Antrag Jasper und Genossen zur Tagesordnung überzugehen und gleichzeitig das volle Einverständnis der Stadtverordnetenversammlung mit der Haltung des Magistrates in dieser Angelegenheit und mit dem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters an den Lehrertag zu erklären.

Herr Jasper: Ich kann mich selbstverständlich mit der Stellung der Schulkommission in dieser Frage nicht befriedigt erklären, und ich muß die Haltung des Herrn Oberbürgermeisters als Vorstehers der städtischen Behörden in dieser Sache nach wie vor sehr lebhaft bedauern. Daß formell der Antrag zulässig ist, hat erfreulicherweise auch die Schulkommission anerkannt; es ist aber bezeichnend für die ganze Stimmung in der Schulkommission, daß von deren Mehrheit derartige formelle Bedenken in den Vordergrund gestellt wurden und man am liebsten aus formellen Bedenken kurzer Hand über die Sache hinweg kommen wollte, denn nur dem persönlichen Eingreifen des Herrn Oberbürgermeisters ist es zuzuschreiben, daß die Kommission nicht auf diesen formellen Ablehnungsgrund hineingefallen ist.

Die Schulkommission hat sich also sachlich mit dem Inhalte des Schreibens des Herrn Oberbürgermeisters vollkommen einverstanden erklärt. „Sachlich“ könnte in dieser Beziehung zweierlei bedeuten, nämlich einmal, daß nach dem Schreiben die Einheitsschule ein für unsere hiesigen Verhältnisse nicht erstrebenswertes Ziel sein würde. Wenn wir aber auf diese Seite des Schreibens eingehen wollten, so müßten wir in längerer Debatte über Zweck und Ziele der Schule, sowie über Schulpolitik eintreten. Ich glaube aber nicht, daß das von der Schulkommission beabsichtigt worden ist, denn es ist mir bekannt, daß auch unter denjenigen Mitgliedern, welche die Resolution der Kommission mit gefaßt haben, Freunde der Einheitsschule sind, die in sachlicher Beziehung mehr meiner Meinung und der Meinung meiner Freunde zuneigen.

Sachlich kann die Kommission sich anscheinend nur insoweit auf den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters stellen, als sie billigt, daß der Oberbürgermeister es nicht für nötig gehalten hat, seiner Pflicht als Repräsentant der Stadt

insoweit Genüge zu leisten, als er einen Kongreß, der hier in den Mauern der Stadt tagte und der immerhin sehr beachtliche Beratungen für das städtische Schulwesen pflegte, einer Begrüßung würdigte. Sachlich scheint die Kommission billigen zu wollen, daß der Oberbürgermeister notwendig mit allem einverstanden sein muß, was auf derartigen Kongressen verhandelt wird, um einen Kongreß im Namen der Stadt begrüßen zu können. (Widerspruch.) Das ist aber gerade das Eigentümliche an dem Standpunkte des Oberbürgermeisters und der Schulkommission. Schon bei der Begründung des Antrages habe ich ausgeführt, daß dann der Magistrat oder der Herr Oberbürgermeister, oder Herr Stadtrat von Frankenberg sich auch auf den Standpunkt derjenigen Herren gestellt haben mußten, die einige Wochen vorher hier getagt haben, nämlich auf den Standpunkt des deutschen Tischlertages. Sie werden sich erinnern, welche Vorgänge sich dort abgespielt haben und welche Beschlüsse gefaßt worden sind. Wenn aber alles gebilligt werden muß auf derartigen Kongressen, um eines Grußes der städtischen Behörden würdig zu sein, so hat der Magistrat sich wohl auch auf den Boden der Beschlüsse des deutschen Tischlertages gestellt und vielleicht auch das Vorgehen eines gewissen Mitgliedes desselben am letzten Tage gebilligt? (Heiterkeit und Unruhe.) Der Magistrat nimmt also alles, was auf solchem Kongreß vorgeht, auf seine Kappe, sobald er ihn begrüßt hat, sonst begrüßt er ihn lieber gar nicht. (Widerspruch.) Ich bedaure solche Stellungnahme, weil sie eine irrtümliche ist.

Was haben denn die Lehrer eigentlich für ein so großes Unrecht getan? Sie haben einen nach der Ansicht des Magistrates irrtümlichen Beschluß fassen wollen und Thesen aufgestellt, die nicht mit den Anschauungen im Einklange stehen, die der Magistrat seit langen Jahren in seiner Mehrheit für gut hält. Es kann aber keinem Lehrer und auch nicht der Gesamtheit der Lehrerschaft das Recht genommen werden, gerade in beruflichen Fragen anderer Meinung zu sein, als der Magistrat. Wenn aber die berufensten Fachleute über eine pädagogische Frage beraten wollen, so halte ich es für dringend wünschenswert, daß die städtischen Behörden diesen Verhandlungen ein aufmerksames Ohr schenken, wie das leider bisher geschehen ist. Wenn Fachleute über derartige Fragen verhandeln, so ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der städtischen Behörden, diese Verhandlungen zu verfolgen und es ist zum mindesten ein sehr eigenartiger Standpunkt, zu sagen: Ich bemühe mich nicht weiter darum, Ihr seid anderer Meinung, ich bin jedoch der Belehrung von Fachleuten nicht zugänglich, ich habe Eure Meinung schon gehört, mein Standpunkt steht aber fest, er ist über aller Kritik erhaben. Ein Beamter, der es mit den städtischen Aufgaben wirklich ernst meint, und das habe ich von dem Herrn Oberbürgermeister bisher immer angenommen (Heiterkeit und Bravorufe), hätte hier seine Pflicht ausüben müssen, was in diesem Falle nicht geschehen ist, denn hier hat der Herr Oberbürgermeister seine Pflicht vernachlässigt

und das bedaure ich unendlich. Auch in der Form, wie der Lehrertag vorgegangen ist, hat der Herr Referent einen besonderen Vorwurf gegen unsere städtische Schulverwaltung zu sehen geglaubt, indem er annimmt, daß in der Begründung der Lehrer, die Einheitsschule beruhe im Wesen des wahren Christentums und sie entspreche auch dem Grundsatz der staatlichen Gerechtigkeit: Gleiches Recht für alle, ein Vorwurf gegen unsere hiesigen Schulverhältnisse liegen solle, weil sie diesen Grundsätzen nicht entsprächen. Das ist aber doch kein Unrecht und jedenfalls kann der Herr Oberbürgermeister daraus nicht das Recht herleiten wollen, den Kongreß nicht zu begrüßen. Die Lehrer haben ihren Standpunkt vom pädagogischen Gesichtspunkte aus zu stützen versucht, man konnte dort also lernen und konnte eine Erörterung von Fachleuten darüber hören, ob der eine oder der andere Standpunkt der richtigere sei.

Ich bitte daher, aus den von mir angeführten Gründen nicht dem Vorschlage der Schulkommission beizutreten, sondern unsern Antrag anzunehmen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß in diesem Falle der Magistrat einmal daneben gehauen hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, daß der Magistrat niemals daneben haut: wir sind Menschen und können irren wie Herr Jasper, aber hier hat der Magistrat nicht daneben gehauen. Wir können es nur mit Freuden begrüßen, wenn die Herren Stadtverordneten uns bei Erledigung der Geschäfte unterstützen. Das gilt auch bei Beantwortung der Frage, wie weit der Magistrat nach außen hin zu repräsentieren hat. Aber die Herren Jasper und Genossen halte ich nicht für berufen, die Frage der Repräsentation zur Erörterung zu bringen. So oft die Stadt auch repräsentiert hat, sind die Herren doch nie dabei gewesen; ich habe sie bei der Gelegenheit immer vermißt, so erst neuerdings wieder bei der für die Stadt bedeutsamen Feier zur Enthüllung des Herzog Wilhelm-Denkmales und bei anderen wichtigen Gelegenheiten. Herr Riecke kommt wohl einmal, wenn ein neues Schulgebäude eingeweiht wird, im übrigen nehmen die Herren aber an Repräsentationshandlungen keinen Anteil. Ich will Ihnen daraus keinen Vorwurf machen, das muß jeder mit sich selbst ausmachen, wie das der Magistrat auch tut. Ich glaube allerdings, in diesem Falle ist für Sie nicht so sehr die Bedeutung des Lehrertages maßgebend gewesen, sondern nur der eine Punkt der Tagesordnung — Herr Günther lächelt mich verständnisinnig an und es wird wohl auch richtig sein. Sie vertreten den Standpunkt der Einheitsschule als den einzig richtigen. Ich glaube, wenn andere Themata auf der Tagesordnung gestanden hätten, die den Herren nicht paßten, so möchte der Lehrertag eine Bedeutung haben, so groß wie sie wollte, die Herren würden die Resolution hier nicht eingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Was aber den Herren recht ist, ist dem Magistrat billig. Wenn Sie in der Lage sind,

sich die Anlässe auszuwählen, an denen Sie teilnehmen wollen oder nicht, so müssen Sie uns ein gleiches Recht einräumen. Sie können nicht sagen, der Vorsitzende des Magistrates ist verpflichtet, nach jedem „Tage“ hinzugehen und dort eine Begrüßungsrede zu halten; das geht zu weit, dazu wird viel zu viel getagt. Wenn der Magistrat jeden „Tag“ begrüßen wollte, worauf für das betreffende Mitglied ein voller Morgen hingehet, so würden wir mit unseren Amtsgeschäften sehr zurückkommen.

Herr Jasper hat bei der Begründung des Antrages auch den Ausdruck gebraucht, der Magistrat hätte durch die Nichtteilnahme an dem Lehrertage die Regeln der Höflichkeit verletzt. Das muß ich ebenfalls zurückweisen. Herr Jasper ist vor allem nicht berufen, Regeln über die Höflichkeit zu geben, er selbst klammert sich hier bei seinen Reden auch nicht immer streng an die Regeln der Höflichkeit, sondern spricht, wie ihm der Mund gewachsen ist. Wenn der Magistrat ein Schreiben erlassen hat, von dem ich zugebe, daß es nicht gerade strotzt von Höflichkeit, das aber deren Form in keiner Weise verletzt, so soll es die Ansicht des Magistrates zum Ausdruck bringen. Die Sprache ist aber dem Menschen nicht gegeben, um seine Gedanken zu verbergen, sondern um offen zu sagen, wie seines Herzens Meinung ist.

Im übrigen können Sie uns einen Vorwurf nicht machen. Was hat denn nun der Magistrat eigentlich getan? Er hat nicht etwa auf die Lehrerschaft einzuwirken gesucht, das Thema nicht zu erörtern, das hat uns vollständig fern gelegen. Wir machen es nicht wie gewisse Parteitage, die ihren Mitgliedern vorschreiben: Du darfst Dich nicht äußern wie es dem Interesse der Partei nicht entspricht, sonst fliegst Du aus der Partei heraus. Der Magistrat läßt jedem seine Meinung und hat in diesem Falle nur gesagt: Lieben Freunde, das entspricht nicht unserer Meinung, wir wollen deshalb an Euren Verhandlungen nicht teilnehmen. Wenn Sie das Recht dem Magistrat nicht zugestehen wollen, dann können Sie nur gleich den ganzen Magistrat absetzen.

Zur Sache selbst will ich bemerken, daß ich mich nicht für kompetent halte, die Frage vom schultechnischen Standpunkte aus zu erörtern, ob die Einheitschule die einzig richtige Einrichtung ist. Wenn in anderen Staaten Einheitschulen bestehen, so folgt daraus für mich durchaus noch nicht, daß unsere Einrichtung keine gute gewesen ist. Ich habe schon auf der Schule gelernt, daß die Kleinstaaterie, wenngleich sie in politischer Beziehung häufig kein Segen für das deutsche Vaterland gewesen ist, auf dem Gebiete der Bildung und der Kunst entschieden die größten Vorteile im Gefolge gehabt hat. Ich ziehe also nicht den Schluß: Wenn Preußen die Einheitschule hat, daß sie auch Braunschweig haben muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Hauptsächlich kam hierbei aber für mich die Finanzfrage in Betracht. Die Herren sagen einfach, die Einheitschule muß eingeführt werden, aber sie haben sich über die Finanzfrage nicht geäußert. Kommt indessen die Einheitschule, wir wollen uns keinen Illusionen darüber hingeben, so wird selbstverständlich auch die freie Schule gefordert werden, und zwar mindestens in dem Umfange wie in den heutigen unteren Bürgerschulen die Schulgeldfreiheit besteht, so daß also das Schulgeld zum größten Teil wegfällt. Woher nehmen wir dann aber die Mittel, welche der Stadtkasse im Umfange von jährlich 180 000 M entgehen. Bei unserer Finanzlage spielt eine Summe von jährlich 180 000 M eine Rolle. Man könnte vielleicht auf die Idee kommen, das Schulgeld denen aufzulegen, die in der Lage sind, es bezahlen zu können. Aber das würde doch kein gleiches Recht für alle sein, sondern ein bitterböses Unrecht. Und wenn die Gesamtheit mit einem Male jährlich 180 000 M an Steuern mehr aufbringen soll, so werden Sie wohl nicht die Mehrheit auf Ihrer Seite haben. (Zustimmung.)

Ferner kam hierbei für mich noch in Betracht, daß sich bei dieser Gelegenheit ein unliebsames Verhältnis herausgebildet hatte, nämlich ein Gegensatz zwischen den hiesigen Schulinspektoren und den Lehrern. Hätte nun der Magistrat den Lehrertag in freundlicher Weise begrüßt, obgleich er dieses Verhältnis kannte, ich glaube die Inspektoren hätten daraus mit Recht den Schluß ziehen können, daß der Magistrat gegen sie Stellung nehme und sich auf die Seite der Lehrer stelle. Ich wiederhole also: Wir haben lediglich unser Recht ausgeübt, indem wir von Fall zu Fall entscheiden, wie weit wir die hiesigen „Tage“ begrüßen wollen. Ein Vorwurf ist den Lehrern nicht gemacht worden, wir haben vielmehr nur gesagt, die Herren wollen entschuldigen, wenn wir zu ihrem „Tage“ nicht kommen. Und das Recht lassen wir uns nicht bestreiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Günther: Der Herr Oberbürgermeister Metemeyer meinte, er würde den Lehrertag begrüßt haben, wenn die Frage der Einheitschule nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Das ist richtig. Aber ist denn dieser Punkt nicht wichtig genug, um eine solche Maßnahme zu rechtfertigen? Dem Magistrate hätte es doch keinen Schaden getan, ob ein Beschluß bezüglich der Einheitschule gefaßt wurde oder nicht, diese Erwägungen durften ihn doch nicht abhalten, den Lehrertag zu begrüßen. Es ist ja allerdings Sache des Magistrates, ob er eine Versammlung begrüßen will oder nicht, aber in diesem Falle liegt es doch insofern anders, als er sein Nichterscheinen besonders begründet hat. In dieser Begründung liegt ein Vorwurf für die Lehrer und man kann wohl ruhig annehmen, daß der Magistrat die Absicht gehabt hat, durch sein Schreiben die Lehrerschaft zu erschrecken, damit die Resolution nicht angenommen wurde. Nebenbei hat man die Lehrerschaft noch zu beeinflussen versucht, indem man die Verhandlungen des Lehrers-

tages mit unseren sozialdemokratischen Anträgen verquickle. Die Einheitschule ist keine spezifisch sozialdemokratische Forderung, denn Sie wissen genau, daß schon seit Jahrhunderten eine derartige allgemeine Volksschule angestrebt worden ist: Comenius, Diesterweg, Pestalozzi und auch viele neuere Pädagogen verlangten die Einheitschule. Ich habe mich schon öfter gewundert, daß die Lehrer sich gar nicht rührten in dieser Frage und ich freute mich, als ich las, daß sie jetzt dazu Stellung nehmen wollten. Sie haben es denn auch warmen Herzens getan. Wer den Vortrag des Referenten auf dem Lehrertage liest, muß sich sagen: Kann wohl etwas besseres angestrebt werden, oder ist es falsch, daß sie danach streben, eine Schule zu haben, die den Forderungen des wahren Christentums entspricht? Haben deshalb die Lehrer unrecht, wenn sie die Einheitschule fordern? In dem Referate wird wörtlich ausgesprochen:

„Ich bin auch weit entfernt, unser Schulwesen herunterzureißen. Ich weiß wohl, mit welcher Hingabe und Opferfreudigkeit allseits daran gearbeitet wird, es zu heben, und wir haben das dankbar anzuerkennen. Ich weiß auch, wie tüchtige Fortschritte wir durch diese rüstige Arbeit gemacht haben. Weit ab weise ich es, wenn man mir nachsagen wollte, ich habe kein Verständnis für die Leistungen unserer Schule und für die Opfer an Kraft und Geld, die ihr gebracht werden in unserm Vaterlande und gerade hier in Braunschweig. Doch aber weiß ich auch, daß sich vieles durchsetzt trotz der Schule, so daß wir uns nicht verantwortlich fühlen können weder für alles Gute noch für alles Böse, was geschieht. Ich will die heutige Schule nicht unterschätzen, nach keiner Seite hin. — Aber wie stände es denn wohl mit unserer Volksbildung, wenn wir nun schon fast ein Jahrhundert ein einheitlich geordnetes Schulwesen hätten, wie es den großen Männern jener Zeit vorschwebte? Das zu bedenken ist doch auch einmal der Mühe wert.“

Sie sehen, daß der Referent die heutige Schule durchaus nicht heruntergerissen hat; seine Grundlage zur Erstrebung der Einheitschule ist neben dem sozialen Gesichtspunkte in der Hauptsache die Religion, welche er stets in den Vordergrund stellt. Beispielsweise sagt er an einer Stelle:

„Bei allen ernstern Dingen, die an mich herantreten, stelle ich mich gern zunächst auf den Standpunkt der Religion und beurteile die Sache von ihr aus, um sie recht zu werten. Dann wechsle ich wohl den Standpunkt und stelle mich mitten ins Leben, in die Sache, die mich bewegt, und blicke von da aus auf die Religion, und so gewinne ich dann, soweit es menschenmöglich ist, wohl den rechten Einblick in das Ganze. Vor vielen Jahren machte ich die Bekanntschaft mit einem Buche, das die

Frage aufwarf: „Sind wir noch Christen?“ Sofort formte sich mir die Frage um und klang mir im Ohre bis heute so: „Sind wir schon Christen?“

Er steht also auf einem christlichen Standpunkte, wie es von einem Lehrer nicht anders zu erwarten ist. Die Lehrer gehen demnach von ganz anderen Gesichtspunkten aus, als wir. Von dem Magistrat wurde aber trotzdem hauptsächlich ins Feld geführt, wie ich schon bemerkte, daß die Lehrerschaft durch die Befürwortung der Einheitschule uns in unseren Bestrebungen Voranschub leistete. Das war ein versteckter Vorwurf für die Lehrer. Man hat ihnen auch in der Kommission vorgeworfen, daß sie agitatorisch wirkten, jedoch mit Unrecht. Ein solcher Vorwurf hat für sie einen häßlichen Beigeschmack. Man kann den Lehrern diesen Vorwurf aber überhaupt nicht machen, wenn man berücksichtigt, wie sie ihre Thesen verstanden haben wollen; denn es ist auch ein gutes Recht der Lehrer, für die Schaffung der Einheitschule zu wirken, wenn sie überzeugt sind, das richtige gefunden zu haben, und wir wollen nur wünschen, daß sie nicht davon abkommen. Sie sind in dieser Frage gerade die berufensten Beurteiler und sie müssen am besten wissen, was den Kindern nützt und sie ihrem Ziele am sichersten zuführt. Unsere heutige Schule ist noch lange nicht das Ideal, als das sie hingestellt wird. Herr Südel sagte einmal vor einigen Jahren, daß das der Schule gesteckte Ziel in den wenigsten Fällen erreicht würde und er legte zum Beweise dafür Briefe vor, die von jungen Kaufleuten geschrieben waren. Bei solcher Sachlage kann man doch nicht sagen, daß das Ziel der Schule erreicht wird und ebenso kann man daraus nichts als Begründung gegen meinen früheren Antrag auf Schaffung einer Einheitschule herleiten.

So viel steht fest: die ganze Behandlung dieser Sache von Ihrer Seite zeigt, Sie wollen Klassenschulen haben (Zustimmung), Sie wollen eine besondere Bildung für sich haben! Der Herr Oberbürgermeister hat auch gesagt, daß die mittleren Bürgerschulen ein weiter gestecktes Ziel haben, als die unteren Bürgerschulen. Bisher habe ich immer geglaubt, der Lehrstoff sei derselbe; hier ist es aber ausgesprochen worden, daß sich das Lehrziel in der letzten Zeit zu Ungunsten der unteren Bürgerschule verschoben hat. Wir sehen hier also deutlich, daß Sie nichts weiter wollen, als Klassenschulen schaffen und daß Sie auch auf Ihrem Standpunkte beharren. Diese sind es aber gerade, welche die Lehrerschaft befehtigt wissen will, und sie sollte es doch am besten wissen. Winkt ihnen daraus etwa ein pekuniärer Gewinn? Keineswegs. Wenn Sie bei den Sozialdemokraten und ihren Bestrebungen von Agitation sprechen, so sind wir das gewohnt; bei uns soll ja alles aus Egoismus geschehen, um mehr Lohn zu bekommen, denn „die Kerls wollen überhaupt nichts tun“. Das können Sie aber

bei den Lehrern nicht sagen, die in selbstloser Weise für eine gute Sache eintreten: sie wollen das Beste für das gesamte Volk, und das ist ein edles Streben. Der in dem Magistratschreiben liegende Vorwurf kann den Lehrern mit Recht nicht gemacht werden. Am Schluß sagte der Herr Oberbürgermeister in seinem Schreiben:

„Daß bei dieser Sachlage die Begrüßung des Braunschweigischen Lehrertages für mich als den zuständigen Dezernenten keine erfreuliche Aufgabe sein kann, dürfte einer näheren Begründung kaum bedürfen. Mich an der Verhandlung selbst zu beteiligen, um die bestehende Einrichtung zu verteidigen, ist mir schon meiner sonstigen Berufsgeschäfte wegen nicht möglich, und andererseits widerstrebt es mir durchaus, die Herren „herzlich willkommen zu heißen“, während ich im vollen Einvernehmen mit der Behörde, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, die bevorstehende Erörterung lebhaft bedaure.“

Darin liegt es gerade. Der Magistrat mußte der Sache mit Interesse gegenübertreten; es mußte ihm darauf ankommen, den Lehrertag zu besuchen, um zu hören, was dort ausgesprochen wurde. Ob er sich an der Diskussion beteiligte, war Nebensache, bei dem Tischlertage hat er es ja auch nicht getan. Der Magistrat hat hier also einen Fehler gemacht.

Mögen die Lehrer aber trotz dieses Vorgehens des Magistrates ruhig fortfahren in ihren Bestrebungen um die Einheitsschule, auch wir fahren fort, die alleinige wahre Volksschule, die Einheitsschule, anzustreben; und es steht für mich fest, Sie werden, so gut Sie manches zuerst abgelehnt, später aber doch eingeführt haben, auch noch auf den Standpunkt zur Einführung der allgemeinen Volksschule kommen. Die Kosten dieser Schule betragen nicht mehr, als das Schulgeld jetzt betragen hat (Auf: 180 000 M!), wenn aber die Einheitsschule als gut anerkannt wird, so sollte sie sich eine Stadt wie Braunschweig aus dem Grunde nicht nehmen lassen, weil ihre Einführung 180 000 M kosten würde. Auf diese Summe kann es dabei nicht ankommen und ist der Grund nicht ernst zu nehmen. (Widerspruch.) Sie haben es aber selbst ausgesprochen: wir wollen mit den Kindern des Arbeiters und des sonstigen niederen Volkes nichts zu tun haben, wir wollen unsere Kinder nicht mit jenen zusammengehen lassen.

Wir werden aber und jedenfalls auch die Lehrerschaft das vorgesteckte Ziel weiter verfolgen. Bisher haben wir geglaubt, wir wären die Dummen und ständen in dieser Frage allein da, jetzt wissen wir aber, daß wir nicht nur Geistesheroen aus alter und neuer Zeit auf unserer Seite haben; jetzt haben wir auch die Lehrerschaft auf unserer Seite, die berufensten Beurteiler der Frage, berufener, als alle

zusammen, berufener, als der Magistrat und die ganze Versammlung! (Unruhe und Heiterkeit.) Wir werden in diesem Bestreben weiter gehen und so lange arbeiten, bis wir das Ziel erreicht haben, wir, die Vertreter der Vaterlandslosen, der Elenden und Lumpen, wie kürzlich ein Bürgermeister sich geäußert hat.

Herr Jasper: Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, daß meine Freunde und ich nicht berufen seien, in dieser Weise Kritik zu üben, weil wir uns bei den Repräsentationsangelegenheiten der städtischen Behörden nicht beteiligten. Als besonderer Vorwurf wurde dann noch angeführt, daß wir nicht teilgenommen hätten an der Enthüllung des Herzog Wilhelm-Denkmals am Rathause, das sei eine sehr wichtige Angelegenheit gewesen, die durchaus im Interesse des städtischen Gemeinwesens gelegen habe. Ich glaube, der Herr Oberbürgermeister steht mit dieser Bewertung, die er dem Denkmale für die städtischen Interessen beimißt, wohl ziemlich allein da. (Widerspruch.) Ich kann wenigstens nicht einsehen, welche Förderung der Finanzen, der Kultur, des Ansehens und des guten Namens der Stadt dadurch gewonnen ist, daß sich vor dem Rathause ein Fürstendenkmal erhebt. Selbstverständlich konnten meine Freunde und ich an einer derartigen Enthüllungsfest nicht teilnehmen, weil wir uns zu solchen dynastischen Huldigungen nicht hergeben, mögen sie auch, wie im vorliegenden Falle, einen Fürsten betreffen, der hier in gewissen Kreisen verfehmt ist. Aus diesem Grunde machen wir derartige Huldigungen nicht mit. Dasselbe trifft zu bei anderen repräsentativen Angelegenheiten, wo der Rat der Stadt sich gemüßigt gesehen hat, zu repräsentieren. Der Magistrat befindet sich ja allerdings hier in einer Zwangslage, weil er nicht einen Selbstverwaltungskörper bildet, sondern sich nach gewissen höheren Instanzen richten muß. Das verpflichtet aber nicht die Vertreter der Bürgerschaft, an diesen dynastischen Huldigungen teilzunehmen. Außerdem hat der Herr Oberbürgermeister auch deshalb meine persönliche Zuständigkeit bestritten, an seinem Vorgehen Kritik zu üben, weil ich selbst nicht besonders höflich wäre. Ich habe aber gar nicht kritisiert, daß das Schreiben an sich unhöflich gewesen wäre, sondern die Unhöflichkeit erblicke ich darin, daß eine Tagung von solcher Bedeutung wie der Lehrertag einer Begrüßung seitens der Stadt überhaupt nicht gewürdigt worden ist.

Der einen für mich wesentlichen Frage ist der Herr Oberbürgermeister aber in seiner Replik vollends ausgewichen und ist darauf nicht eingegangen, ob er nämlich der Meinung sei, daß auf dem Tischlertage alles nach Sinn und Wunsch des Magistrates gewesen wäre. Er kann auch nicht sagen, daß er die vom Tischlertage vertretenen Ansichten nicht vorher gekannt hätte, denn er wußte ganz genau, welche Meinungen diese Herren haben, und er hat sie trotzdem einer Begrüßung gewürdigt. Wenn es richtig ist, daß er nur solche Kongresse begrüßen kann, die auf seinem Standpunkte stehen und daß er sie sich aussuchen muß, indem er nur

Gefinnungsgegnossen begrüßt, so hat er damit zum Ausdruck gebracht, daß er auch die Beschlüsse des Tischlertages billigt. Ist das aber nicht richtig, so muß er erklären: Davon hängt es bei mir nicht ab, sondern allein von der Bedeutung, die ich einem Kongresse beimeße. Eine solche Antwort würde ich für richtig halten, jedoch hat er die Frage in seinem Schreiben anders beantwortet, indem er ausführte: Es ist für mich maßgebend, was auf einem Kongresse geschieht und ob die Verhandlungen meiner Meinung und meinem Interesse entsprechen. Wenn aber der Magistrat sagen sollte, er habe seine Beteiligung allein von der Bedeutung der Kongresse abhängig gemacht, der Tischlertag sei ihm bedeutender erschienen, als der Lehrertag, so würde das höchst bedauerlich sein und beweisen, daß für ihn alle kulturellen und ideellen Interessen weniger Wert haben, als die Interessen gewisser Handwerkerkreise.

In seinem Schreiben ist der Magistrat auch sachlich auf die Frage eingegangen, weshalb ihm die Einheitschule nicht die richtige Einrichtung zu sein scheine. Als wesentlichen Grund für seinen Standpunkt hat er aber nur die Finanzfrage angeführt, und es scheint bei Herrn Hauswaldt besonders verfangen zu haben, daß dieser Grund durchschlagend sei. Wenn nun auch 180 000 M. absolut eine ganz hohe Summe sind, so hätte aber doch der Herr Oberbürgermeister, um ganz objektiv zu sein, auch erwähnen müssen, wie viel von der Stadt überhaupt für das Schulwesen aufgewendet wird, in welchem Verhältnis also die Summe steht zu der gesamten Aufwendung der Stadt für das Schulwesen. In der Schrift des Herrn Prof. Schaarschmidt: „Aus welchen Gründen unterhält die Stadt Braunschweig untere und mittlere Bürgerschulen?“ ist ausgeführt worden, daß auf die Stadt Braunschweig im Jahre 1904/05 825 100 M. an Zuschüssen für die Bürgerschulen entfallen. Dieser Summe gegenüber in Verbindung mit den staatlichen Zuschüssen, die beide etwa eine Million ausmachen, ist die an sich hohe Summe von 180 000 M. nicht relativ hoch zu nennen. Jedenfalls würde es dem Grundsätze der Gleichheit entsprechen, daß man nicht eine Klasse von Bürgern härter zu den Schullasten heranzieht und ihnen zur Pflicht macht, für ihre Kinder ein wesentlich höheres Schulgeld zu zahlen, als eine andere Klasse, namentlich, wenn auf den mittleren Bürgerschulen nicht mehr geboten wird, als auf den unteren. Wir haben ein Reichsgesetz, nach dem jeder Bürger gehalten ist, seine Kinder in die Schule zu schicken, deshalb dürfen wir gewissen Eltern nicht mehr Lasten auferlegen, als anderen. Wir haben die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine W.-hrpflicht. Wenn Sie aber nicht daran denken, etwa der Bürgerschaft zuzumuten, einem Sohne, der Soldat werden muß, Uniform, Gewehr und sonstige Ausrüstungs- und Ausbildungsgegenstände selbst zu beschaffen, so können Sie auch nicht verlangen, daß ein Teil der Bürgerschaft gezwungen sein soll, die Lehrmittel für ihre Kinder zu bezahlen. Das eine wie das andere beruht auf allgemeinen Grundsätzen und

infolgedessen bringt die allgemeine Verpflichtung auch mit sich, daß Gemeinde oder Staat gehalten ist, dasjenige zu gewähren, was den Bürgern zur Erfüllung ihrer Pflicht notwendig ist.

Was also der Herr Oberbürgermeister zur Rechtfertigung seines Standpunktes angeführt hat, kann hierzu nicht dienlich sein; ich bitte deshalb erneut, unserm Antrage beizutreten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nur weil ich persönlich ersucht worden bin, mich zu der Frage der Begrüßung des Tischlertages zu äußern, nehme ich nochmals das Wort, sonst aber geht meine persönliche Ansicht, die aber selbstverständlich für die Versammlung nicht maßgebend sein soll, dahin, daß über diese Sache schon genug geredet worden ist. Was zunächst den Tischlertag betrifft, so irrt sich Herr Jasper insofern, als ich ihn gar nicht begrüßt habe. (Ruf: Aber Herr Stadtrat von Frankenberg!) Wenn es Herr Stadtrat von Frankenberg getan hat, so ist das mit meinem vollen Einverständnis geschehen. Ich habe mich auch meinerseits bereit erklärt, den Lehrertag zu begrüßen, denn ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß der Magistrat nur Gesinnungsgegnossen zu begrüßen hat. Aber wenn, wie hier, vorher Thesen veröffentlicht werden und sich schon durch die Abstimmung im hiesigen Lehrervereine ergibt, daß sie auch auf dem Lehrertage zur Annahme gelangen werden, und wir weiter zu der Ansicht kommen, daß die Annahme der Thesen nur Wasser auf der Mühle der Herren Jasper und Genossen ist, so können Sie uns nicht verdenken, wenn wir eine ablehnende Stellung dem Lehrertage gegenüber einnehmen. (Hört, hört!)

Nicht aus Nichtachtung gegenüber der Lehrerschaft hat der Magistrat die Begrüßung des Lehrertages unterlassen, sondern nur der Thesen wegen, deren Annahme uns schon vorher gesichert erschien. (Zwischenrufe.) Wenn Sie das jetzt erst aus meinem Schreiben herauslesen, so muß ich mich sehr undeutlich ausgedrückt haben. Wir haben die beste Absicht gehabt, den Lehrertag zu begrüßen und nur die unglückliche Fassung der Thesen hat uns veranlaßt, davon abzusehen. Es war meiner Ansicht nach nicht recht von der Lehrerschaft, in dieser Weise vorzugehen. Ich habe diesen Punkt vorhin nicht erörtert, weil ich es nicht für gut hielt, ihn noch nachträglich zu besprechen. Aber jetzt komme ich ganz offen damit heraus, wir können ja auch ruhig darüber sprechen: Die Lehrer sind städtische Beamte (Zwischenrufe), und so lange die städtischen Behörden — Sie zehn Personen sind aber nicht die städtischen Behörden — auf dem Standpunkte stehen, daß sie sich berufen fühlen, gegenüber den auf Einführung der Einheitschule abzielenden Anträgen aus der Stadtverordneten-Versammlung eine ablehnende Haltung einzunehmen und die altbewährte Einrichtung der getrennten Schule aufrecht zu halten, halte ich es, offen gestanden, nicht für sehr taktvoll, wenn städtische Beamte Sie bei Ihrem

Vorgehen durch Annahme von Resolutionen unterstützen. Davon lasse ich mich nicht abbringen.

Nun haben die Herren hinterher erklärt, sie hätten das rein theoretisch gemeint. Wenn ich aber Ideale verfolge und meiner Ansicht durch Resolutionen Ausdruck gebe, so müßte ich doch ein wunderbarer Idealist sein, wenn ich nicht die Absicht hätte, meine Ansicht auch einmal zu verwirklichen. Die Herren mußten sich sagen, daß eine Erörterung der Thesen, wie die Verhältnisse einmal liegen, hier nicht am Platze war.

Ferner ist mir vorgehalten worden, ich hätte lediglich die Finanzfrage erörtert. Ich habe besonders erklärt, ich wagte nicht, weil ich mir in dem Punkte ein Urteil nicht zutraue, die Frage vom schultechnischen Standpunkte aus zu erörtern. Für mich ist allerdings, da ich den Etat aufzustellen habe, die Finanzfrage von großer Bedeutung; ich weiß jetzt schon nicht, wie ich schon einmal bei anderer Gelegenheit bemerkte, wie ich den Etat ohne Steuererhöhung zur Balance bringen soll. Wenn nun aber noch eine Ausgabe von 180 000 M., die nach der Ansicht der Herren Jasper und Günther allerdings verhältnismäßig klein sein soll, dazu kommt, so würde die Erhöhung der Steuer um ein Simplum gar nicht genügen. (Bewegung.)

Es ist auch eine eigene Sache, in der von Herrn Jasper beliebten Weise vorzugehen und zu sagen: wir haben die allgemeine Wehrpflicht und außerdem ist jeder von Reichswegen verpflichtet, seine Kinder in die Schule zu schicken. Mir ist ein solches Reichsgesetz nicht bekannt, sondern nur ein Landesgesetz. Wenn Sie aber solche Vergleiche ziehen wollen, so müssen Sie auch alles gleich machen. Wollen Sie die Bürgerschule als Einheitsschule haben und sagen, jeder könne verlangen, daß seine Kinder in die Einheitsschule gehen, weshalb machen Sie denn vor dem Gymnasium halt? (Rufe: Tun wir nicht! Heiterkeit) Der Unterschied ist doch noch viel größer, als bei den Bürgerschulen. Wer es in der Bürgerschaft machen kann, schickt seine Kinder in die mittlere, sonst in die untere Bürgerschule. Oder wollen Sie sagen, wir haben das Gymnasium nötig und behalten es in der Form bei, daß nur der es besuchen darf, der es bezahlen kann? (Widerspruch.) Wie können Sie also plötzlich bei dem Gymnasium aufhören wollen? (Widerspruch.) Herr Günther will alles gleich machen, und das machen wir nicht mit. Weil wir also zu der Ueberzeugung kamen, daß die Resolution der Lehrer Ihre Ansicht über die Einheitsschule unterstützte, nahmen wir an den Verhandlungen nicht teil. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Kieße: Ich habe den Antrag mit unterschrieben, aber nicht deshalb, weil ich mir das Recht herausnehmen wollte, den Herrn Oberbürgermeister zu zwingen, jede Versammlung zu besuchen und dort zu repräsentieren — die Meinung kann niemand dabei gehabt haben — sondern wir hielten es nur für eine Ehren-

pflicht, gerade an dieser Stelle zu erscheinen und nicht die Sache so zu erledigen, wie das geschehen ist. Geehrt habe ich mich aber dadurch gefühlt, daß man einmal auf die Ansicht der Sozialdemokraten Rücksicht genommen hat. Man kann sich in Braunschweig nur schwer an Neuerungen gewöhnen. Ich bin jetzt 26 Jahre in der Versammlung: wenn der Geist von damals hier in der Versammlung noch herrschte, so wäre dieser Antrag gar nicht zur Besprechung gekommen, denn damals gaben das die Mitglieder gar nicht zu. Schon in dem 48er Programm der Herren Lucius, Aronheim u. c. fand sich die Frage der Einheitsschule vor, sie ist also nicht neu und nicht erst von uns aufs Tapet gebracht. Ich will die von Herrn Oberbürgermeister für seine Person vorgebrachten Gründe als seine Ueberzeugung annehmen, aber ich halte ihn für viel zu klug, als daß er nicht einsehen könnte, daß das von uns angestrebte Ziel das beste sei. Man muß aber immer berücksichtigen, die Stadt Braunschweig besitzt keine Autonomie, das Ministerium steht über der Stadtverwaltung und was dorthin kommt, wie z. B. das neue Wahlgesetz, das schlechteste Wahlgesetz in Deutschland, die Handhabung der Polizeistunde u. c., das läßt darauf schließen, wie oben der Wind weht. Der Oberbürgermeister wird auf Lebenszeit gewählt; wenn der aber etwas tut, was oben nicht genehm ist, so ist es ihm doch nicht mehr geheuer an seinem Plaze. Das scheint mir der wahre Jakob zu sein. (Heiterkeit.)

Herr Stegmann: Ueber die letzten Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, der da meinte, wir wollten eine allgemeine Gleichmacherei, habe ich mich gewundert. Unsere Ansicht hierüber mußte doch nachgerade allen bekannt sein, welche an öffentlicher Stelle stehen: wir wollen eine allgemeine Volksschule, auf die sich dann die höhere Schule aufbaut. Der Schulbesuch soll eben nicht vom Geldsack des Vaters abhängig sein, sondern soll sich auf alle ausdehnen, die dazu befähigt sind. Aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters habe ich auch entnommen, daß auf die Lehrer ein gewisser Einfluß durch das Schreiben ausgeübt werden sollte, wenigstens haben es die Lehrer so aufgefaßt, wie ich aus einem Gespräch mit mehreren Lehrern weiß. Was aber der Magistrat durch sein Schreiben verhindern wollte, ist gerade eingetreten: der Antrag wäre vom Lehrertage nicht mit der Majorität angenommen worden, wenn das Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters nicht angekommen wäre, und es haben auch solche Lehrer für den Antrag gestimmt, die eigentlich dagegen waren.

Das Vorgehen des Magistrates erinnert mich lebhaft an das Verhalten des Junkertums gegenüber den Lehrern, die bei den Junkern gründlich verhaßt sind, weil sie zu viel Bildung verbreiten. Sie haben aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses wohl noch den bekannten Prozeß gegen den Lehrer Nickel in Trakehnen in Erinnerung, wobei die traurigen Zustände im ostpreussischen Schulwesen klar zu Tage traten. Es scheint mir nun fast, als ob der Magistrat

von diesem Juntergeiste etwas angekränkt wäre. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat er im Geiste der Junter gehandelt. Der beste Beweis hierfür wird dadurch erbracht, daß die „Krenzzeitung“ den Brief des Herrn Oberbürgermeisters lobend hervorgehoben hat. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das ist mir vollständig neu.) Ich begrüße es aber mit Freuden, daß die Lehrer trotz dieses Briefes ihre Ansicht festgehalten und verfochten haben, und trotzdem der Schuldirektor Schaarschmidt, die Schulinspektoren und der Magistrat sich dagegen erklärt haben. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Sache vorwärts gehen wird. Uns bereitet diese Sache eine besondere Genugtuung insofern, als wir sehen, daß die berufensten in dieser Frage, die Lehrer, in allen Versammlungen auf unserm Standpunkte stehen, und wenn das der Fall ist, muß die Sache vorwärts gehen, und wir werden zur Einheitschule gelangen trotz des Schaarschmidtschen Geistes und des engherzigen Standpunktes des Magistrates.

Herr Günther: Der Herr Oberbürgermeister hat bekannt, daß durch den Brief tatsächlich ein Druck auf die Lehrerschaft hat ausgeübt werden sollen. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) „Aber die Thesen sind es gewesen“, sagte der Herr Oberbürgermeister, „die uns veranlaßt haben, eine Repräsentation nicht auszuüben.“ Es ist also den Lehrern ihr Vorgehen übel vermerkt worden, und es fehlt nur noch die Drohung, daß die Lehrer aus dem Vereine austreten sollen. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das können wir ja gar nicht!) Weshalb sollen Sie es nicht können? Dem Lehrer wird eben gesagt, er verliere sonst seine Stellung. (Heiterkeit.) Oder es wird wenigstens den jungen Lehrern verboten, dem Vereine sich anzuschließen. Jedenfalls hat die Sache eine sehr häßliche Seite, denn es hat sollen vom Magistrate, als der vorgesetzten Behörde der hiesigen Lehrerschaft, ein Druck auf sie ausgeübt werden.

Es ist uns sodann vorgeworfen worden, wir wären unseren Repräsentationspflichten nicht nachgekommen. Ja, aber auf der anderen Seite fehlten aber auch oft viele bei solchen Gelegenheiten. So z. B. habe ich den Herrn Oberbürgermeister nicht gesehen, als wir unsern Freund Ribbentrop besuchten (große Heiterkeit) in dem Elektrizitätswerke. Bei der Gelegenheit waren wir Sozialdemokraten da. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich auch. Heiterkeit.) Dann ist der Vorwurf allerdings nicht gerechtfertigt. Bei der Einweihung der neueren Schulen bin ich stets zugegen gewesen, aber viele von Ihnen waren nicht da. Ich glaube, wir genügen in dieser Beziehung unseren Pflichten ausreichend und zwar in derselben Weise, wie Sie. Und wenn wir wirklich einmal bei solcher Gelegenheit fehlen, so spricht zu unseren Gunsten, daß wir die allerwenigste freie Zeit haben. — Ich möchte Sie nochmals ersuchen, unseren Antrag anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist wohl nicht ganz überflüssig, wenn ich im Namen der übrigen Mitglieder des Magistrates die Erklärung abgebe,

daß der Magistrat voll und ganz mit dem Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters in bezug auf den Brief und das heutige Auftreten einverstanden ist. Besonderen Wert muß ich darauf legen, daß bei der ganzen Erörterung der Sache im Magistrate auch nicht das mindeste zu Tage getreten ist, was auf jene dunkeln Ziele deuten könnte, die Herr Stegmann bei seiner Erwähnung der „Kreuzzeitung“ angedeutet hat. Endlich will ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das plumpe Liebeswerben der Herren Günther und Genossen um die Lehrerschaft ergebnislos verlaufen werde. (Lebhafte Zustimmung. Ruf: Psui!)

Vorsitzender: Ich muß den Ausruf Psui als unsittlich und unzulässig rügen. Es ist hier jedem genügende Gelegenheit gegeben, sich auszusprechen.

(Herr Ahmann: Wir haben schon müssen „Sammerseelen“ u. dgl. über uns ergehen lassen!)

Herr Hauswaldt: Es kann wohl niemand im Ernst glauben, daß wir den Antrag Jasper annehmen und dem Magistrate ein solches Mißtrauensvotum bei einer Gelegenheit aussprechen, wo Ansicht gegen Ansicht steht. Auch ich war zu der Lehrerversammlung eingeladen und hatte mir vorgenommen, hinzugehen, da ich zu der allgemeinen Volksschule anders stehe, als viele von Ihnen. Ich halte die Frage für sehr interessant und halte es für notwendig, daß sie gründlich beleuchtet wird, aber so einfach ist sie nicht, daß sie mit ein paar Schlagworten abgetan wäre. Wenn Sie sich in die einschlägige Literatur vertiefen, wie ich das getan habe, so werden Sie finden, daß schultechnische Gründe pro et contra bestehen; es wird von großen Autoritäten auf dem Gebiete des Schulwesens dafür und dagegen gesprochen. Deshalb freute ich mich, als die Frage auf die Tagesordnung des Braunschweigischen Lehrertages gesetzt wurde und ich wollte hingehen, um dort vielleicht eine Menge einschlägiger Fragen zu klären, was durch den Vortrag über die allgemeine Volksschule auch noch nicht geschehen ist. Von der Finanzfrage ist dabei für mich nicht die Rede, die will ich deshalb ganz ausschneiden. Herrn Dr. Jasper will ich aber bei dieser Gelegenheit erwidern, daß diese Frage, wenn ich die Ueberzeugung gewönne, die allgemeine Volksschule wäre von Vorteil, mich nicht aufhalten könnte und daß auch die 180000 M. für mich keinen Hinderungsgrund bilden könnten, dafür einzutreten. Aber mit der allgemeinen Volksschule allein ist es nicht getan: endet die Sache mit der konfessionellen Schule oder wird auch die Frage der Simultanschule mit hineinbezogen werden? Das ist dabei nicht zur Sprache gekommen.

Ich hatte mich also, wie Sie hören, darauf vorbereitet, aber ich bin doch nicht hingegangen, nicht etwa wegen des Magistrates, denn der geht mich hierbei nichts an, sondern aus folgendem Grunde: Ich gehe niemals zu Leuten, die mir mit Argumenten kommen, wie „wahres Christentum“ und „Forderung der Gerechtigkeit“.

keit". Mit solchen Leuten will ich nichts zu tun haben. Wenn man mir vorwirft, ich hätte kein wahres Christentum, so kann ich mich doch von solchen Leuten nicht belehren lassen? Als ich mich an dem Mittwoch morgen mit den betr. Schriften bewaffnete, um zu der Versammlung zu gehen und ich las die Sache mit dem wahren Christentum, da sagte ich mir, zu den Leuten gehst du nicht. Du hast schon genug mit Leuten zu tun, die allein für sich das wahre Christentum in Anspruch nehmen. Wer sich über etwas Klarheit verschaffen will, der darf nicht mit solchen Redensarten kommen; er muß sagen, wir wollen über eine sehr interessante Frage sprechen und sie beleuchten. Wenn das geschehen wäre, würde der Magistrat sicher hingegangen sein. Ueber unsere Schuleinrichtungen kann doch gesprochen werden, sie sind ja nicht tabu oder sakrosankt. Einrichtungen können wir jeden Augenblick ändern, aber mit Schlagworten, wie allgemeines Christentum usw., muß man dabei nicht kommen. Ich bin also aus privater Entschließung nicht zum Lehrertage gegangen, und ich konnte es auch dem Magistrat nicht verdenken, daß er sich nicht persönlich engagieren wollte.

Hinterher habe ich von einer ausschlaggebenden Persönlichkeit gehört, und ich zweifle nicht an der Wahrheit, daß es gar nicht in der Absicht unserer Lehrerschaft gelegen hat, den Thesen eine solche Auslegung zu geben, und der Vortrag hat sich ja auch von jeder Arroganz freigehalten; wer aber die Thesen vorher las, der mußte annehmen, daß in dem Vortrage gesagt wurde: Bist Du nicht meiner Ansicht, so gehörst Du dem wahren Christentume nicht an.

Der Antrag der Schulkommission wird darauf mit überwiegender Mehrheit angenommen.

VII. Aufnahme einer Klage des Viehhändlers Weinberg.

Der Viehhändler Josua Weinberg klagt wider den Magistrat auf Zahlung einer Summe von 140 M. nebst Zinsen als Ersatz für eine Kuh, deren Notschlachtung ihm durch den Direktor des Schlachthauses Koch verweigert worden sei. Der Magistrat ersucht um Aufnahme der Klage, indem er bestreitet, daß das Fleisch zu der Zeit überhaupt noch hätte verwertet werden können, als der Antrag auf Notschlachtung gestellt wurde.

Auf Antrag der Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VIII. Ermietung von Wohnräumen für einen Schuldiener.

Die von der Versammlung in der Sitzung vom 6. Oktober d. Js. beschlossene Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung des Lehrerinnenseminars und einer

sechsstufigen Übungsschule auf dem Grundstücke des alten Stadtkassengebäudes, sowie die Neubebauung verschiedener städtischer Grundstücke in der Kl. Burg machen die Niederlegung der gesamten alten Gebäude auf dem Grundstücke der ehemaligen Stadtkasse, sowie des Vorderhauses auf dem Grundstücke Kl. Burg 9 erforderlich. Das Hinterhaus wird noch von dem Schuldner Evers bewohnt, während im Vorderhause der Leichenwagen der Domgemeinde untergebracht ist und die im Obergeschoße gelegenen beiden Räume Bestandteile der Wohnung des Schuldners Schachel bilden. Diesem können bis zum 1. April 1905 zwei Dachkammern überwiesen werden; von diesem Zeitpunkte ab empfiehlt es sich aber, ihm die jetzt von dem Diener des städtischen Museums bewohnten Räume im alten Stadthause zu überweisen. Schachel wird dann die Ueberwachung dieses Hauses bis zu dessen Räumung besorgen können. Für den Schuldner Evers ist dagegen eine in der Nähe liegende Wohnung zu mieten, als welche eine Wohnung im Hause Kl. Burg 14 zum Jahrespreise von 400 M in Aussicht genommen wurde. Auch hat Evers gebeten, ihm 15 M Umzugskosten zu gewähren.

Der Leichenwagen der Domgemeinde läßt sich beim Fuhrherrn Wilhelm Drewes, Neue Knochenhauerstraße 12, bis zur Fertigstellung des neuen Wagenschuppens unterbringen. Herr Drewes will den Wagen gegen eine Entschädigung von 30 M in Verwahrung nehmen unter der Bedingung, daß er gegen Feuer versichert wird, was etwa 3 M jährlich kosten dürfte.

Hiernach ersucht der Magistrat, diesen Maßnahmen zuzustimmen und die entstehenden Kosten zum Höchstbetrage von 848 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, geschieht.

IX. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Dem Antrage des Gärtners Kemme um Erlaß der Steuer für einen Zieh-
hund wird von der Versammlung entsprochen.

X. Kanalisierung eines Teiles des Wendenmühlengrabens.

Das an der Leopoldstraße gelegene Grundstück des Allgemeinen Konsumvereins grenzt östlich an die im Ostteilteile gelegenen Grundstücke Nr. 50¹, 51, 52 und 53, die der Verein zu erwerben gedenkt, sofern er eine Ausfahrt nach der Straße „Hintern lieben Frauen“ anlegen kann. Er hat zu diesem Zwecke die Kanalisierung des Wendenmühlengrabens auf der Strecke zwischen Hintern lieben Frauen und der nördlichen Grenze des Grundstücks Regibienstraße Nr. 11, sowie den Ausbau des dadurch gewonnenen Terrains zur Ortsstraße angeregt, sich dabei

auch bereit erklärt, die von der städtischen Bauverwaltung auf 9000 M veranschlagten Kanalisationskosten zu übernehmen. Da einem Teile der Anlieger dieser Grabenstrecke die Tragung der auf 16000 M veranschlagten Straßenbaukosten nicht zugemutet werden konnte, es aber an hinreichendem öffentlichen Interesse fehlte, um etwa einen Teil der Kosten stadtseitig zu übernehmen, so konnte dem Allgemeinen Konsumverein ein Eingehen auf seinen Vorschlag nur für den Fall in Aussicht gestellt werden, wenn er selbst als Unternehmer für den gewünschten Straßenbau aufzutreten bereit sei. Das hat er allerdings abgelehnt, dabei aber den Antrag auf Kanalisation unter Bereiterklärung vorläufiger Kostentragung mit dem Ersuchen wiederholt, ihm das gewonnene Grabenterrain bis auf weiteres gegen Zahlung einer Gebühr zur Wegennutzung zu überweisen. Der Magistrat hat geglaubt, auf diesen Antrag eingehen zu sollen und hat mit dem Konsumverein einen notariellen Vertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung mit dem Kanalisationsprojekte er anheimgibt. Nach dem Projekte ist die Lage des Kanals so gewählt, daß er lediglich auf das Terrain der projektierten Straße zu liegen kommt und ohne Schwierigkeit bis zu dem bereits kanalisierten westlichen Teile verlängert werden kann.

Auch diese Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, genehmigt.

XI. Aenderung des Fußweges im Kattreppeln.

Der Reichspostfiskus hat das Kattreppeln Nr. 27 gelegene frühere Reichsbankgebäude angekauft, um dort die Paketannahme einzurichten. Es soll die Auslieferung von Paketen in größeren Mengen an einer nach dem Johannishofe zu gelegenen Laderampe, für die die Einfahrt von der Friedrich-Wilhelmstraße, die Ausfahrt nach dem Kattreppeln festgesetzt werden wird, die Auslieferung von von Paketen in geringerer Zahl vom Kattreppeln aus erfolgen. Um dem danach für den Kattreppeln zu erwartenden Verkehre eine etwas größere Bewegungsfreiheit zu ermöglichen, als bei der jetzigen Anlage der Straße angängig ist, um insbesondere für die vor dem Hauseingange anfahrenden Handwagen einen ausreichenden Halteplatz zu schaffen, ist von der Kaiserlichen Oberpostdirektion eine Verbreiterung der Fahrbahn vor dem Hause um etwa 1 m durch in demselben Umfange stattfindende Verschmälerung des etwa 3 m breiten Fußsteiges in Vorschlag gebracht und deren Durchführung auf ihre Kosten beantragt worden.

Wenn der Magistrat auch bedauern muß, daß es dem Reichspostfiskus nicht gelungen ist, eine für die Abwicklung des Verkehrs günstiger gelegene Paketannahmestelle zu schaffen, so stimmt er der Kaiserlichen Oberpostdirektion doch darin unbedingt zu, daß, wenn die Einrichtung in der in Aussicht genommenen Weise

durchgeführt werden soll, die Verbreiterung der Fahrbahn an der bezeichneten Stelle eine nicht unwesentliche Verbesserung für die in Betracht kommenden Verhältnisse bedeutet. Es wird deshalb ersucht, das vorgelegte Projekt und dessen Ausführung auf Kosten der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu genehmigen, was geschieht, nachdem Herr Bues die Vorlage namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

1904|1905.

№ 11.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. November 1904.

Tagesordnung:

I. Statut für ein Kaufmannsgericht	Seite 352
II. Hundesteuer-Erlassgejud.	" 373
III. Baulichkeiten beim Altstadtrathause und Verlängerung des Mietvertrages mit der Weinhandlung von Rittmeyer	" 373
IV. Mittel für Triangulierung des Stadtgebietes	" 376
V. Ausbesserung von Lichtmasten im Bürgerparke	" 377
VI. Beihilfe für den Ausschuß für Denkmalpflege	" 377
VII. Mittel für Anbringung neuer Straßenschilder	" 377
VIII. Erneuerung von Fenstern im Wirtschaftsgebäude des Bürgerparks	" 378
IX. Kostenverwilligung für die dreijährige Viehzählung	" 378
X. Projekt zum Ausbau eines Teiles des Rültenweges	" 379
XI. Aenderung der Pflasterung des Johannishofes	" 379
XII. Mittel für die Reinigung der Okerkanäle	" 380
XIII. Geschäftsordnungs-Debatte	" 380

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Heymann, Meyer, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange, sowie Reg.-Assessor Dr. jur. Hartweg.

Entschuldigt die Herren Ohlendorf und Ribbentrop.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Statut für ein Kaufmannsgericht.

Unter Ueberreichung eines Statutentwurfs für das Kaufmannsgericht, das nach gesetzlicher Vorschrift für jede Gemeinde von mehr als 20000 Seelen eingerichtet werden muß, ersucht der Magistrat, die Zustimmung zur Einführung des Statuts zu erteilen.

Abweichend von den im Preussischen Handelsministerium ausgearbeiteten amtlichen Vorschlägen hat der Magistrat davon Abstand genommen, die bereits im Gesetze enthaltenen Bestimmungen in das Statut aufzunehmen, damit dieses eine möglichst kurze Fassung erhält. Die vorgeschriebene Anhörung beteiligter Kaufleute und Handlungsgehilfen ist in der Weise erfolgt, daß der Stadtrat Wagner eine Versammlung einberufen, sämtliche hier bestehenden kaufmännischen Vereinigungen durch Rundschreiben eingeladen und alle sonst Beteiligten durch Bekanntmachung zum Erscheinen aufgefordert hat.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Ehe ich auf das Statut selbst eingehe, möchte ich mir einige Bemerkungen allgemeiner Natur gestatten. Den Standpunkt des Magistrates, die bereits im Gesetze enthaltenen Bestimmungen in das Statut nicht aufzunehmen, halte ich für richtig, jedoch würde es wünschenswert sein, daß nach Abschluß der betreffenden statutgrischen Gesetzgebung von der Stadt die sämtlichen Gesetze und Statuten, die sich auf die Gewerbe- und die Kaufmannsgerichte beziehen, zusammengestellt und vervielfältigt werden, damit ein einheitliches Ganze geschaffen wird.

Was den in dem Entwurfe vorgesehenen Wahlmodus anlangt, so handelt es sich ja um eine Wahl, die noch nicht praktisch erprobt worden ist. Ein ideales Wahlrecht hat es noch nie gegeben und auch das in dem Statutentwurfe vorgesehene Wahlrecht hat seine Mängel. Die Befürworter des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts glauben ein annähernd ideales System gefunden zu haben, müssen aber doch zugeben, daß sich das Ideal nicht vollständig verwirklichen läßt, weil sich der Verwirklichung zu viele Schwierigkeiten entgegenstellen. Wenn z. B. in einem Wahlbezirke von 1000 Wählern eine Partei 600 Stimmen zählt, eine andere Partei aber nur 400, dann kann es bei diesem Wahlsystem kommen, daß nur die größere Partei vertreten wird, während die andere unvertreten bleibt. Ein solches Resultat entspricht doch aber nicht der Gerechtigkeit. Das System der Verhältnisswahlen sucht diesem Uebelstande in der Weise abzuhelpen, daß es sagt: wenn 1000 Stimmen vorhanden sind, die durch zwei Parteien von 600 und 400 Stimmen vertreten werden, so erhält die eine Partei 6 und die andere 4 Mandate. Soweit es sich hierbei um runde Zahlen handelt, ist die Grenze allerdings leicht gezogen, aber bei entstehenden Bruchzahlen wird die Sache schwieriger, weil man nicht weiß, wo man mit den überschießenden Brüchen bleiben

soß. Nimmt man z. B. an, daß die beiden Parteien sich aus 630 und 370 Stimmen zusammensetzen, so würden auf die eine Partei 63 % und auf die andere 37 % der Mandate entfallen. Hier gibt es nun verschiedene Arten der Verteilung der Bruchzahlen. Nach dem Schweizer Gesetze erhalten das überschießende Mandat diejenigen Parteien, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. Nach einem anderen Systeme werden die zweifelhaft gebliebenen Mandate den größtenteiligen Bruchzahlen zugewiesen. Dieses System scheint mir den Vorzug großer Durchsichtigkeit zu haben. Ein drittes System ist in Belgien ausgearbeitet worden und hat auch in der Magistratsvorlage Berücksichtigung gefunden. Nach dem Urteile von Sachverständigen, die sich mit der Materie eingehend beschäftigt haben, soß dieses System der Gerechtigkeit am meisten entsprechen. Es hat auch in der That den Vorteil, am wenigsten Unbilligkeit bei der Verteilung der überschießenden Sitze zu zeigen, wenn man ausrechnet, auf wie viele Stimmen ein solcher Sitz entfällt. Aber es hat wieder den Nachteil, daß es nicht durchsichtig genug ist: es ist rein empirisch-formalistisch aufgestellt und es fehlt ihm eine innere Berechtigung. Dabei kommt auch noch in Betracht, daß die überschießenden Mandate fast immer den Mehrheitsparteien zufallen, ein Umstand, über dessen Wert man zweifelhaft sein kann. Jedenfalls bleiben die Minoritäten nach diesem Systeme fast immer unvertreten, während bei dem System, das die überschießenden Mandate den größten Bruchzahlen zuweist, die kleineren und kleinsten Parteien besser davonkommen. Die Statutenkommission hat nach Besprechung der verschiedenen Systeme geglaubt, Ihnen das System empfehlen zu sollen, wonach die überschießenden Mandate den größeren Bruchzahlen zufallen.

Ein anderer Punkt ist die Frage der Vorschlagslisten. Das Wahlverfahren, wie es hier vorgeschlagen wird, ist nur möglich, wenn vor der Wahl die Vorschlagslisten eingereicht werden. Die Listen können eine dreifache Bedeutung haben, nämlich einmal, daß der betreffende Wähler absolut an eine Liste gebunden ist, daß er also nur Kandidaten wählen kann, die auf dieser Liste verzeichnet sind. Es kann zweitens aber auch die Möglichkeit gegeben sein, daß der Wähler sich seine Kandidatenliste aus den verschiedenen Vorschlagslisten frei zusammenstellen kann. Ein dritter Weg ist der, daß der Wähler überhaupt nicht an die in den Listen stehenden Kandidaten gebunden ist, sondern sich seine Kandidatenliste beliebig zusammenstellen kann. Dieses System dürfte das idealste sein, aber wenn man sich die Sache praktisch ansieht, so verdient das zweite System doch den Vorzug. Nach dem Statute ist vorgesehen, daß zehn Wähler schon selbständig eine Vorschlagsliste aufstellen und einreichen können; wenn aber ein Kandidat nicht einmal zehn Wähler auf sich vereinigen kann, so hat er auch nur wenig Aussicht, gewählt zu werden, und es ist ein unnützer Ballast, ihn mit in die Wahl zu bringen. Außerdem würde die Wahl durch solche wilden Kandidaten

sehr erschwert werden, denn man müßte für jeden Kandidaten eine neue Liste anfertigen.

Nunmehr gehe ich zu dem Entwurfe selbst über.

Was zunächst die Einleitung betrifft, so wäre nach § 1 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904 die Möglichkeit gegeben, dieses Gericht auch auf die umliegenden Ortschaften auszudehnen, und es ist eine derartige Anregung auch von einer beteiligten Vereinigung gegeben worden. Die Statutenkommission hat sich aber mit dem Magistrate auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Vorschlag nicht zu befürworten ist. Dabei bleibt zu beachten, daß die kaufmännischen Betriebe in der Umgebung von Braunschweig verhältnismäßig sehr geringfügiger Natur sind. Wenn man aber diese Betriebe mit in das hiesige Kaufmannsgericht hineinnehmen wollte, so würde der Apparat dadurch sehr erschwert werden, namentlich in bezug auf die Kostenverteilung, die Wahl der Beisitzer, die Zuziehung von Zeugen etc., während andererseits der Erfolg nur ein sehr geringer sein könnte. Die Statutenkommission sieht deshalb davon ab, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Zum § 1 des Entwurfs wird vorgeschlagen, hinter „andererseits“ die Worte „(§ 5 des Reichsgesetzes)“ einzuschließen.

Herr Stadtrat Wagner: Der Magistrat ist mit dieser Einfügung einverstanden. Wenn es auch nicht absolut nötig erscheint, diesen Hinweis zu machen, so empfiehlt es sich doch der größeren Deutlichkeit wegen. Besser ist es dann aber noch, auch mit auf den § 4 zu verweisen und einzuschließen: „(§§ 4 und 5 des Reichsgesetzes)“.

Herr Weichsel: Dagegen findet sich nichts einzuwenden.

Zu den §§ 2 bis 6 des Entwurfs hat die Statutenkommission Änderungsvorschläge nicht zu machen.

Zum § 7 wird kommissionsseitig beantragt, hinter dem Absatz 2 zu sagen:

„Ist kein Bevollmächtigter benannt, so gilt als solcher der erste Unterzeichner der Liste,“

und dem Paragraphen am Schlusse hinzuzufügen:

„Eine Abschrift der Vorschlagslisten ist gegen Erstattung der Schreibkosten zu erteilen.“

Das Verfahren, die Vorschlagslisten durch die Zeitungen zu veröffentlichen, hat den Nachteil, daß es erhebliche Kosten verursachen würde, denn besonders bei den ersten Wahlen werden wohl umfangreiche Vorschlagslisten eingereicht werden. Außerdem ist es viel richtiger, wenn es den Parteien, also den kaufmännischen Vereinigungen, überlassen bleibt, für die Verbreitung der Kandidatenlisten zu sorgen, und zwar in der Weise, daß sie den Wählern die Wahlzettel zuschicken und sie zur Wahl auffordern.

Herr Stadtrat Wagner: Der Magistrat ist mit den Aenderungen einverstanden. Als Wortlaut für den letzteren Zusatz möchte ich vorschlagen:

„Wahlberechtigte erhalten auf Antrag gegen Erstattung der Schreibgebühr eine Abschrift der Listen.“

Ich glaube nämlich, daß man diese Berechtigung nicht auf andere, der Wahl fernstehende Personen auszudehnen braucht.

(Zustimmung.)

Zum § 8. Herr Weichsel: Die Kommission beantragt, statt „die Höhe des Gehalts“ zu sagen: „die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes“, um eine Uebereinstimmung mit der Fassung des Gesetzes zu schaffen. In den Jahresarbeitsverdienst sind auch Lantiemen, Wohnungsgeldzuschüsse und ähnliche Einkommensbeträge einbegriffen.

Herr Stadtrat Wagner: Der Magistrat ist auch hiermit einverstanden.

Zum § 9. Vorsitzender: Herr Wesemeier hat hierzu den Antrag gestellt, hinter Absatz 2 zu setzen:

„Die Stimmzettel liefert der Magistrat, nur diese Zettel sind gültig.“

Herr Weichsel: Ich halte diesen Antrag nicht für empfehlenswert. Wenn wir das System akzeptieren, daß innerhalb der Vorschlagslisten frei gewählt werden darf, so würde der Vorschlag nicht zweckmäßig sein; wenn aber die Wähler an die Vorschlagslisten gebunden sein würden, so würde es allerdings eine Kleinigkeit sein, daß die Wahlzettel vom Magistrate besorgt werden. Es ist deshalb wohl vorzuziehen, die Besorgung der Wahlzettel den betreffenden Vereinigungen zu überlassen.

Herr Wesemeier: Mein Antrag soll eine Durchführung des § 5 bezwecken, in dem es heißt: „Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim.“ Nach dem Vorschlage des Statuts ist aber eine geheime Wahl nicht genügend gewährleistet. Bei der Menge von Vorschlagslisten, die jedenfalls eingereicht werden, wird jede Partei bestrebt sein, ihrer Liste möglichst viele Wähler zuzuführen, so daß die Aufsicht bei den Wahlen eine sehr scharfe sein wird. In Magdeburg hat man deshalb diesen Passus dem Statute auch eingefügt. Die Stimmzettel können, auch wenn sie weiß sind, in alle möglichen Farben hinüberschimmern, sie können einen bläulichen, grünlichen, grauen u. Schein haben und dann auch ohne äußeres Merkmal leicht erkennbar sein. Aus diesem Grunde einigen sich bekanntlich auch bei den Stadtverordnetenwahlen die Parteien über die Verwendung möglichst gleichmäßigen Papiers. Es kann ja doch auch der Zettel einer anderen Partei genommen und unter Streichung der Namen verwendet werden.

Herr Stadtrat Wagner: Nach der Aeußerung des Herrn Weichsel schien es, als ob bei ihm die Meinung herrschte, daß vom Magistrate gedruckte

Stimmzettel geliefert werden sollten. Das würde doch aber nicht angängig sein sondern es könnte nur das Papier dazu geliefert werden.

Herr Wesemeier: Damit bin ich einverstanden.

Herr Weichsel: Auch ich würde nichts dagegen einzuwenden haben.

Herr Esdorn: Wenn der Magistrat das Papier gegen Zahlung liefern soll, so halte ich die Anregung des Herrn Wesemeier für begründet.

Herr Schöttler: Ich möchte empfehlen, den Antrag Wesemeier dahin umzuändern, daß der Magistrat nicht die Wahlzettel, sondern, wie bei der Reichstagswahl, Briefumschläge liefert. (Widerspruch.) Das scheint mir das einfachste zu sein.

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, den Antrag darauf zu beschränken, daß der Magistrat nicht die Zettel, sondern nur das Papier zu den Wahlzetteln liefert. Sie werden wissen, wie schwer es ist, geschriebene Zettel zu entziffern; wenn die Zettel aber bedruckt werden sollen, so empfiehlt es sich, der Druckerei die ganzen Bogen Papier zu geben und nicht einzelne Zettel, weil der Druck der letzteren sich teurer stellen würde. Ist man hiermit nicht einverstanden, dann bitte ich, den ganzen Antrag abzulehnen. Wenn die Zettel beschrieben werden sollen, so können die Stimmzähler bis Mitternacht sitzen, um die vielen Namen zu entziffern und das Ergebnis festzustellen.

Vorsitzender: Wenn Sie das System annehmen, so wird das Schreiben nicht zu vermeiden sein.

Herr Wesemeier: Da für die Lieferung gedruckter Stimmzettel eine Majorität nicht zu haben sein wird, so will ich den Antrag dahin modifizieren, daß nur das Papier geliefert wird. Der Magistrat mag dann anordnen, wie groß die Stimmzettel sein sollen. Bei den Reichstagswahlen ist ja die Größe auch immer vorgeschrieben.

Herr Brückmann: Ist denn diese Wahl ein so wichtiger Staatsakt, daß die Diskretion so außerordentlich scharf, selbst wegen der Färbung des Papiers der Stimmzettel, gewahrt werden muß? Es sollen doch in das Gericht nur Herren gewählt werden, um Recht zu sprechen, und es kommt dabei doch keine politische Partei in Betracht. Meinen Sie, daß die Rechtsprechung eine andere sein würde, wenn das Papier bläulicher oder rötlicher gefärbt wäre? Lassen Sie uns diese Frage praktisch behandeln und nicht den Magistrat mit der Lieferung des Papiers belästigen.

Herr Stadtrat Wagner: Ich möchte den Antrag Brückmann unterstützen. Der Magistrat kann die Geheimhaltung der Wahl nicht dadurch sichern, daß er das Papier zu den Wahlzetteln liefert. Man kann hinterher auch gar nicht ersehen, ob die zur Ablieferung kommenden Stimmzettel tatsächlich von dem gelieferten Papier herkommen. Wenn der Magistrat eine solche Grundlage für

die Geheimhaltung der Wahl schaffen soll, so muß aus jedem Stimmzettel zu ersehen sein, daß er vom Magistrate stammt. Würde aber nicht das Papier in Bogen, sondern in Zetteln geliefert werden, so würden in den Druckereien bei der Bedruckung der Zettel Schwierigkeiten entstehen.

Herr Alßmann: Gegenüber Herrn Brückmann möchte ich bemerken, daß die beteiligten Kreise die Wahl allerdings als einen wichtigen Akt für sich in Anspruch nehmen werden. Wenn nun ferner gesagt worden ist, es handle sich hier nicht um politische Parteien, so muß ich erwähnen, daß die Handlungsgehilfen mit den Prinzipalen nicht immer einer Meinung sein werden und es vorkommen kann, daß ein Gehilfe glaubt, er werde durch seinen Prinzipal an der Wahlurne beaufsichtigt. Deshalb ist es nötig, das Wahlgeheimnis auch in bezug auf die Wahlzettel streng zu wahren, und wir brauchen uns hier gar nicht groß zu entrüsten, wenn Vorschläge gemacht werden, das Wahlgeheimnis in volstem Maße zu wahren. Der Vorschlag des Herrn Wesemeier ist doch nicht so schwierig, daß er nicht angenommen werden könnte? Bei den Reichstagswahlen haben wir auch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und trotzdem haben wir die Sicherung mit den Kuverten bekommen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte auf ein Bedenken hinweisen. Es mag richtig sein, daß die Geheimhaltung der Wahl in den beteiligten Kreisen hochgehalten wird. Wenn es nun aber auch sehr einfach ist, daß bei den Reichstagswahlen die Lieferung von Kuverten vorgesehen war, so läßt sich das doch mit der Vorhaltung von unbeschriebenen Wahlzetteln im Wahllokale nicht so leicht machen, weil die Wähler gar nicht imstande sind, im Wahllokale die Zettel mit 12 Namen zu beschreiben, sondern dieses vorher zu Hause geschehen muß. Die Folge davon wäre, daß jeder einzelne vorher sich vom Rathause ein Stück Papier als Wahlzettel holen, diesen Zettel dann zu Hause beschreiben und ihn darauf zum Wahllokale bringen müßte. Wenn sich nun auch eine Anzahl Wähler zu Gruppen vereinigen und die Zettel gemeinsam vom Rathause abholen lassen wird, so gehören doch viele Kaufleute solchen Wählervereinigungen nicht an und müssen daher, wenn sie wählen wollen, einzeln im Rathause vorgehen und sich einen Wahlzettel ausbitten, oder aber sie haben schließlich keinen Zettel und können nicht wählen.

Herr Esdorn: So schwierig wird die Sache nicht sein, wie sie hier eben geschildert wird. Es sind immer größere Gruppen von Wählern vorhanden, die die Wahlzettel sich vom Rathause holen lassen. Eine Einzelabholung ist schon deshalb ganz ausgeschlossen, weil die Namen der Kandidaten von den Vorschlagslisten genommen werden müssen. Zur weiteren Geheimhaltung der Wahl müßte sogar bestimmt werden, daß die Namen der 12 Kandidaten mit schwarzem Druck hergestellt werden. Die Stimmzettel brauchen übrigens nicht bogenweise, sondern können auch einzeln gedruckt werden, selbst wenn es etwas teurer zu stehen kommen

solle. Im übrigen mag das Sache der einzelnen Verbände sein. Ich möchte also den Antrag Wesemeier unterstützen.

Herr Günther: Ich muß auch sagen, daß Herr Brückmann sich irrt, wenn er glaubt, es komme auf diese Wahl nicht soviel an. Sobald mehrere Gruppen bei der Wahl in Betracht kommen, ist es notwendig, daß die Stimmzettel aus gleichfarbigem Papier hergestellt werden. Bei den Reichstagswahlen habe ich die Erfahrung gemacht, daß aus demselben Bogen geschnittene Stimmzettel als verschiedenfarbige Zettel angesehen wurden (Heiterkeit), weil nämlich ein weißer Zettel schon eine andere Färbung bekommt, sobald er z. B. auf einem anderen Zettel liegt. Es ist deshalb notwendig, daß der Magistrat das Papier zu den Wahlzetteln liefert, und zwar in ganzen Bogen, weil sich dadurch der Druck bei größeren Mengen verbilligt. Wenn es sich hier auch nur um kleinere Auflagen handeln wird, so ist es doch richtiger, das Papier in ganzen Bogen zu liefern und dem Drucker zu überlassen, die Bogen in der vorgeschriebenen Größe zu zerschneiden. Wer seinen Zettel zu Hause schreiben will, kann ja anderes Papier nehmen. (Widerspruch.) Es handelt sich dabei nur um ängstliche Gemüter, die da glauben, die Wahl sei sonst nicht geheim. Ich bitte also, entweder den Antrag Wesemeier anzunehmen, oder aber zu der Wahl Kuvette zu liefern.

Herr Asmann: Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß jemand gar keinen Wahlzettel haben könnte, wird wohl niemals eintreten, weil die einzelnen Gruppen, die ihre Kandidaten gewählt sehen möchten, schon für Stimmzettel sorgen werden. Ich habe wenigstens noch nicht gefunden, daß bei der Wahl eine Partei mit Stimmzetteln geknaufert hätte. (Widerspruch.) Wenn aber wirklich jemand ohne Stimmzettel käme, so könnte er sich ja vom Wahlbureau einen Zettel geben lassen und ihn in einem Nebenraume beschreiben. Sollte indessen die Lieferung von Wahlzetteln nicht beliebt werden, so könnte man auch Kuvette liefern, die derartige Schwierigkeiten nicht bieten, ohne das Wahlgeheimnis preiszugeben.

Herr Weichsel: Der Vorschlag des Herrn Esdorn, das Papier zu den Stimmzetteln zu liefern, ist nur akzeptabel, wenn das System gutgeheißen wird, daß jeder Wähler an die Vorschlagslisten gebunden ist. Es liegt hier also das Gewicht mehr in der Persönlichkeit, als in der Einschwörung auf das Parteiprogramm. Die Lieferung des Papiers durch den Magistrat hat demnach einen bedenklichen Haken. Das einfachste scheint noch das Verfahren mit der Lieferung der Kuvette zu sein, da diese sich leicht im Wahllokale bereithalten lassen.

Vorsitzender: Herr Wesemeier hat weiter beantragt, am Schlusse des Abfages 2 zu sagen:

„Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und sind von dem Wähler in einem vom Magistrate zu liefernden Briefumschlage abzugeben. Im Wahllokale ist ein Nebenraum bereit zu stellen, der nur vom Wahl-

lokale aus betreten werden kann und unmittelbar mit ihm verbunden sein muß. Der Wähler muß seinen Stimmzettel in diesem Nebenraume unbeobachtet in den Briefumschlag stecken.“

Herr Bues: So ungeheuerlich der Vorschlag des Herrn Schöttler erst klang, den Wählern Kuverte zu liefern, so richtig scheint er mir doch zu sein. (Zustimmung.) Jeder wünscht, daß die Wahl geheim gehalten werde, aber niemand kann uns einen gangbaren Weg zeigen. Die Kuverte braucht man aber nicht erst im Wahllokale auszugeben, sondern sie können schon vorher angefordert werden.

Herr Böschigt: Ich möchte vorschlagen, nur die Größe der Stimmzettel festzulegen und zu bestimmen, daß sie von weißem Papier seien; das reicht hin.

Herr Meyerhoff: Ich beantrage, zu beschließen,

„daß zu den Wahlen für das Kaufmannsgericht Umschläge, die ein Erkennen der darin befindlichen Zettel unmöglich machen, geliefert werden.“

Ich glaube, wir kommen hiermit eher zum Ziele, als mit der Lieferung von Papier. Außerdem ist der Vorschlag praktischer, weil die Kuverte weniger kosten, als das Papier, von dem in Unkenntnis der Anzahl der Wähler große Massen geliefert werden müßten. Sobald aber solche Umschläge geliefert werden, kann jeder Wähler ein beliebig gefärbtes weißes Papier zu seinem Wahlzettel nehmen.

Herr Fiedel: Mir ist es an sich gleichgültig, welche Bestimmung Sie treffen werden; ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß im § 9 des Statuts ausdrücklich gesagt worden ist, daß die Stimmzettel keine äußeren Kennzeichen haben dürfen und diese Bestimmung schon die Gleichmäßigkeit der Zettel bedingt. Sonst neige ich mich mehr dem Antrage Meyerhoff auf Lieferung von Kuverten zu.

Herr Wesemeier: Wenn Sie meinem zuerst gestellten Antrage, dem ich den Vorzug gebe, nicht zustimmen wollen, so bitte ich, den zweiten Antrag zu genehmigen. Dieser unterscheidet sich von dem Antrage Meyerhoff nur dadurch, daß er noch einen Holierraum fordert, den ich bei der Lieferung von Kuverten für nötig halte. Herrn Fiedel kann ich deshalb nicht beistimmen, weil das Papier nie ganz gleichmäßig sein kann.

Die Anträge Wesemeier werden hierauf abgelehnt und der Antrag Meyerhoff wird angenommen.

Vorsitzender: Der Absatz 3 des § 9 würde nunmehr wie folgt zu lauten haben:

„Zur Aufnahme der Stimmzettel ist für jeden Wahlkörper eine Wahlurne aufzustellen, in welche die zur Abgabe der Stimme Zugelassenen ihre Stimmzettel in einem Umschlage, der das Erkennen des Stimmzettels unmöglich macht, durch die Hand des Wahlvorstehers einlegen. Die Umschläge liefert der Stadtmagistrat. Die Verwendung anderer Umschläge ist nicht statthaft.“

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Zum § 10. Herr Weichsel: Die Kommission beantragt, in dem Absatz 3 für „zuletzt“ zu sagen „an letzter Stelle“.

Es muß selbstverständlich als Prinzip angesehen werden, daß bei der Wahl möglichst der Wille der Wähler zum Ausdruck kommt und daß möglichst jeder Stimmzettel für gültig erklärt wird. Aus diesem Grunde ist hier auch bestimmt worden, daß selbst solche Wahlzettel noch gelten sollen, die mehr als 12 Stimmen tragen. Schwieriger wird die Sache aber, wenn auf den Zetteln weniger als 12 Personen verzeichnet sind. Der Wähler hat sein Wahlrecht auf die wenigen Personen seines Zettels konzentrieren wollen, und es gibt ein Verfahren, derartige Zettel in der Weise zu ergänzen, daß die darauf befindlichen Namen nach Bedarf wiederholt werden. Die Sache hat aber eine Unbilligkeit insofern im Gefolge, als ein Wahlzettel unter Umständen nur einen Namen enthalten kann und dieser dann 11 mal wiederholt würde, wodurch sein Träger eine unberechtigte Bevorzugung gegenüber den anderen Wahlkandidaten genießen würde. Eine kleine Partei könnte auf solche Weise einen oder zwei Kandidaten leicht durchbringen. Deshalb wird nichts anderes übrig bleiben, als solche Wahlzettel für ungültig zu erklären, die weniger als 12 Namen tragen.

Herr Brückmann: Ich habe schon in der Kommission gegen den Wortlaut dieser Bestimmung gesprochen, bin aber mit meiner Ansicht nicht durchgedrungen. Da man bei Wahlzetteln mit einer geringen Zahl von Namen nicht feststellen kann, welche Namen der Wähler wohl noch aufgeschrieben haben würde, so kann man auch nicht feststellen, welche überschießenden Namen ein Wähler gestrichen haben würde. Mir ist es wenigstens noch nicht vorgekommen, daß ein Wahlvorsteher das Recht hatte, überschüssige Namen auf einem Wahlzettel zu streichen. Bei anderen Wahlen sind auch Stimmzettel, die weniger als die zu wählende Zahl von Vertretern enthalten, nicht wertlos. Ich bin von den Vorständen von fünf kaufmännischen Vereinen ersucht worden, hier zum Ausdruck zu bringen, daß die Stimmzettel, die mehr als 12 Namen enthalten, ebenfalls für ungültig erklärt werden möchten. Die Handelskammer hat sich auf eine bezügliche Anfrage des Magistrates ganz passiv verhalten, was allgemein Befremden erregt hat. Ich bin also dafür, zu sagen:

„Enthält ein Stimmzettel mehr oder weniger als 12 Namen, so ist er ungültig.“

Herr Hauswaldt: Mir ist es auch schon aufgefallen, daß eine wunderbare Inkonssequenz in diesem Passus liegt: wenn ein Wähler mehr Namen auf den Zettel schreibt, als Vertreter zu wählen sind, so kann der Wahlvorsteher oder ein Beisitzer den Stimmzettel noch gültig machen; wird aber ein Name vergessen, oder enthält der Zettel einen Namen, der nicht in einer Vorschlagsliste steht, so

soll der Zettel ungültig sein. Das geht unmöglich: entweder müssen die Zettel in beiden Fällen gültig oder ungültig sein.

Herr Weichsel: Ich möchte vorschlagen, den ersten Satz des Absatz 3 im § 10 wie folgt zu fassen:

„Enthält ein Stimmzettel mehr oder weniger als 12 Namen, oder trägt er denselben Namen mehrfach, so ist der ganze Stimmzettel für ungültig zu erklären.“

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Herr Weichsel: Hinter dem Absatz 5 beantragt die Statutenkommission einzuschalten:

„Hierbei werden zunächst die auf die Listen entfallenden ganzen Zahlen berücksichtigt, der Rest der zu vergebenden Sitze entfällt auf die höchsten Bruchzahlen. Bei gleichen Bruchzahlen entscheidet das Los.“

Die Absätze 7 und 8 des Entwurfs würden dann ausfallen.

Herr Stadtrat Wagner: Wenn dieser Antrag angenommen wird, müßten aber die beiden ersten Sätze des Absatzes 7 stehen bleiben.

Herr Weichsel: Meine Ansicht geht allerdings dahin, auch diese Sätze wegfällen zu lassen. Wir brauchen uns nur darüber schlüssig zu werden, ob die zweifelhaften Sitze auf die größten Bruchzahlen oder die größten Parteien entfallen sollen, dann brauchen wir die in den Sätzen liegende Bestimmung nicht mehr.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Stadtrat Wagner hat doch recht. In den beiden ersten Sätzen wird nur die Direktive gegeben, was geschehen soll, und den Modus, wie das geschehen soll, haben Sie jetzt mit Ihrem Vorschlage getroffen.

Herr Frühling: Der Wortlaut der Bestimmung deckt sich nicht mit den hinterher gegebenen Erläuterungen. Wenn das alles genau ausgerechnet werden soll, so kann der Wortlaut nicht stehen bleiben und gesagt werden, es sollen die übrigbleibenden Sitze nach Verhältnis der Stimmenzahl verteilt werden. (Zustimmung.) Die Schwierigkeit läßt sich einfach dadurch lösen, daß ein Beispiel angegeben wird, nach dem verfahren werden soll. Nach den hier gegebenen Bestimmungen kann kein Mensch auf die beabsichtigte Berechnungsart kommen.

Vorsitzender: Ich glaube, es würde nicht gehen, das Beispiel als die eigentliche Norm zu geben. Es könnte vielleicht eine allgemein gültige Bestimmung gegeben und dann gesagt werden, nach Maßgabe des nachstehenden Beispiels.

Herr Stadtrat Wagner: Ich muß von vornherein zugeben, daß aus dem kurzen Beispiele in dem Begleitschreiben nicht zu ersehen ist, wie sich die Methode der Bruchverteilung mathematisch rechtfertigen läßt. Wenn ich das aber versucht hätte, so wären sehr lange Auseinandersetzungen nötig gewesen, die vielleicht auch

noch nicht eine genügende Klärung gegeben hätten. Eine bestimmte mathematische Formel für diese Berechnungsweise läßt sich allerdings nicht finden, aber durch praktische Versuche von mathematischen Autoritäten ist man schließlich einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß das praktische Ergebnis dieser Methode der gerechtesten Verteilung am nächsten komme. Eine absolut gerechte Verteilung kann überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die Zahlen nicht immer voll aufgehen. Es erscheint mir richtig zu sein, die Art und Weise der Verteilung der Mandate im Statut festzulegen, wie das auch in anderen Städten und Ländern geschehen ist. Sollte nachher einer der Beteiligten der Meinung sein, daß diese Art der Ermittlung des Wahlergebnisses nicht richtig sei, so bleibt es ihm unbenommen, eine authentische Erklärung durch die höchste Instanz im Wege der Anfechtung der Wahl herbeizuführen. Da ich nicht glaube, daß Bedenken gegen diesen Modus obwalten können, so dürfte es das beste sein, es bei der Magistratsvorlage bewenden zu lassen. Nach den Schriftstellern von Fach der neueren Zeit, und nach der Gesetzgebung, wie sie uns vorliegt, ist das Verfahren gerechtfertigt, und auch der Magistrat in Berlin hat der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Noch ein zweites Bedenken habe ich gegen den Vorschlag des Herrn Referenten zu erheben: das von ihm vorgeschlagene Verfahren ist wohl sehr einfach, — das Verfahren des Magistrates ist übrigens auch sehr einfach — aber ich habe drei verschiedene Beispiele ausgerechnet, die ganz schlagend ergeben, daß der Vorschlag der Statutenkommission zu einem ungerechten Ergebnis führen kann.

Angenommen, es sind 18 Sitze zu verteilen und 6 Vorschlagslisten aufgestellt worden, die eine Gesamtstimmenzahl von 1800 auf sich vereinigen, so entfällt auf je 100 Stimmen ein Vertreter. Die 1800 Stimmen verteilen sich auf die 6 Listen wie folgt: Es erhält:

Liste A	501	Stimmen	=	5	Sitze	und	1	überschießende	Stimme,
"	B	412	"	=	4	"	"	12	"
"	C	408	"	=	4	"	"	8	"
"	D	320	"	=	3	"	"	20	"
"	E	127	"	=	1	"	"	27	"
"	F	32	"	=	—	"	"	32	"

zusammen 1800 Stimmen = 17 Sitze und 100 überschüssige Stimmen.

Den 18. Sitz würde nach dem Vorschlage der Kommission die Liste F bekommen, die nur 32 Stimmen auf sich vereinigt hat, weil sie die größte Bruchzahl aufweist. Es erhalten dann also 32 Wähler einen Vertreter, während die Liste E bei 127 Wählern auch nur einen Vertreter erhalten würde. Obgleich ferner bei der Liste D die zehnfache Zahl an Wählern vorhanden ist, bekommt

sie doch nur die dreifache Zahl an Sitzen. Legen Sie aber dieselben Zahlen der Berechnungsart des Magistrates zugrunde, so bekommen Sie ein Resultat von 6, 4, 4, 3 und 1 Sitzen auf die Listen A bis E, während die Liste F ausfallen würde.

Ein ferneres Beispiel: Zur Verteilung kommen 6 Sitze bei 3 Vorschlagslisten und 600 abgegebenen Stimmen, so daß wieder auf 100 Stimmen ein Sitz entfällt. Es erhält:

Liste A	321	Stimmen	=	3	Sitze	und	21	überschießende	Stimmen,
"	B	234	"	=	2	"	"	34	"
"	C	45	"	=	—	"	"	45	"

zusammen 600 Stimmen = 5 Sitze und 100 überschießende Stimmen.

Demnach sind 5 Sitze durch ganze Zahlen besetzt, während den 6. Sitz die kleine Liste C erhält. Es haben hiernach also 234 Wähler nur doppelt so viel Vertreter, wie 45 Wähler. Nach dem Vorschlage des Magistrates würde die Liste A = 4 Vertreter und die Liste B = 2 Vertreter erhalten, während die kleine Liste C ausfiele.

Ein drittes Beispiel: 12 Sitze sind zu verteilen bei 5 Vorschlagslisten und 6000 gültigen Stimmen; es entfallen also auf einen Sitz 500 Stimmen. Es erhält:

Liste A	2504	Stimmen	=	5	Sitze	und	4	überschießende	Stimmen,
"	B	2011	"	=	4	"	"	11	"
"	C	1023	"	=	2	"	"	23	"
"	D	218	"	=	—	"	"	218	"
"	E	244	"	=	—	"	"	244	"

zusammen 6000 Stimmen = 11 Sitze und 500 überschießende Stimmen.

Den 12. Sitz würde also die Partei der Liste E bekommen, so daß eine Partei mit 2504 Stimmen nur fünfmal so viel Sitze erhielte als eine Partei mit 244 Stimmen. Nach der Magistratevorlage würde dagegen die Liste A = 6 Sitze, die Liste B = 4 Sitze und die Liste C = 2 Sitze erhalten, wogegen die Listen D und E ausfallen müßten.

Derartige Beispiele könnte man noch weiter anführen. Ich möchte befürworten, daß die Magistratevorlage bestehen bleibt.

Herr Hauswaldt: Uns beschäftigen hierbei zwei Sachen, die auseinander gehalten werden müssen. Ich werde dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, weil dessen Vorschlag am durchsichtigsten ist und in der Annahme, daß die ominöse Eins wegfällt. Einen wirklichen inneren Wert hat die vom Magistrate vorgeschlagene Art der Berechnung nicht. Wenn man Stichproben macht, so kann man nicht einsehen, weshalb die Eins zugezählt werden muß.

Herr Stadtrat Wagner: Das Rechnungsbeispiel des Magistrates hat mit dem Statute nichts zu schaffen, weil die ominöse Eins gar nicht im Statute erscheint. Es steht also nichts im Wege, daß der Wahlausschuß nach unserm Vorschlage das Wahlergebnis ermittelt, indem er es ohne Zuzählung der Eins macht. Die Zusehung der Eins ist nur erfolgt, weil die Bruchzahlen sonst oft so hoch werden, daß weniger Sitze auf die ganzen Zahlen entfallen.

Herr Weichsel: Diese Berechnungsart des Magistrates beruht auf dem höchst geistreich erdachten Systeme eines belgischen Professors, jedoch ist das Verfahren nicht so einfach, daß ich wagen möchte, es Ihnen hier auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Ohne Wandtafel ließe sich das gar nicht machen. Das darauf aufgebaute Verfahren ist aber nicht mehr logisch gerechtfertigt, sondern ein rein empirisches Verfahren, ein formelmäßig ausgedachtes System, in das sich ein vernünftiger Sinn nicht hineinbringen läßt; es ist eben rein mechanisch erdacht. (Heiterkeit.) Das sich nach dem von mir befürworteten Verfahren ergebende Resultat ist insofern ein schlechtes zu nennen, als es vorkommen kann, daß eine kleine Partei, die ein Anrecht auf einen vollen Sitz nicht hat, zu einem Vertreter gelangen kann, wenn sich bei den größeren Parteien die Zahlen ziemlich glatt aufteilen. Meiner Ansicht nach ist es aber gar kein Unglück, wenn hierbei eine kleine Partei etwas begünstigt wird. Nach dem Vorschlage des Magistrates fallen ohne weiteres die zweifelhaften Sitze den großen Parteien zu, die dadurch noch weiter gestärkt werden.

Vorsitzender: Gestatten Sie mir eine Bemerkung, die für den nicht erhabenen Standpunkt der Mitglieder der Statutenkommission sprechen soll. Wir haben geglaubt, es käme darauf an, Bestimmungen zu schaffen, die auch der normale Mensch versteht, ganz gleich, ob die Verteilung ganz richtig ist oder nicht. Nun haben wir uns gesagt: was die Statutenkommission vorgeschlagen hat, versteht man allenfalls, aber was der Magistrat vorgeschlagen hat, muß ich, im Gegensatz zu Herrn Frühling, allerdings als richtig bezeichnen, aber um das zu verstehen, muß man einen 24stündigen Kursus bei Herrn Schöttler nehmen, um es dann vielleicht auch noch nicht zu verstehen. (Heiterkeit.)

Herr Jasper: Diesen Ausführungen kann ich nur beipflichten. Herrn Stadtrat Wagner gegenüber halte ich es für durchaus notwendig, in das Statut auch eine Bestimmung über die Berechnung der Sitze aufzunehmen und dieses nicht der Willkür des Wahlbureaus zu überlassen. Ich will durchaus nicht annehmen, daß das Bureau parteiisch sei, aber man muß doch durchschauen können, was eigentlich beabsichtigt wird, selbst auf die Gefahr hin, daß eine kleine Partei dabei unterliegen könnte. Aus diesem Grunde bin ich für den Standpunkt des Herrn Weichsel.

Herr Schöttler: Ich will nur so viel sagen: Mathematisch richtig ist das komplizierte System des Magistrates auch nicht; es hat, soviel ich begriffen habe, eigentlich gar keine mathematische Begründung, sondern es ist nur ein Kniff, den sich die Leute ausgedacht haben, um die kleinen Parteien wegzudividieren. Deshalb sind die Ausführungen des Herrn Weichsel vollständig zutreffend. Nehmen Sie das System des Magistrates an, so begünstigen Sie die großen Parteien und nehmen Sie den Vorschlag der Kommission an, so werden die kleinen Parteien begünstigt: beides ist gleich recht und unrecht. Es kann im ersten Falle vorkommen, daß eine große Partei, wenn sie um eine einzige Stimme wächst, dadurch einen Vertreter mehr erhält, ist das etwa gerecht?

Was ist der Zweck der ganzen Wählerei? Daß das, was die Wähler wollen, und was sie nicht in ihrer Gesamtheit abmachen können, von den wenigen Abgeordneten abgemacht wird. Also kommt es auf die Majorität unter den gewählten Abgeordneten an. Es kann aber bei beiden Berechnungsarten vorkommen, daß die Majorität der gewählten Abgeordneten tatsächlich die Minorität der Wähler repräsentiert. Im Effekt macht es wirklich nichts aus, ob Sie den einen oder anderen Weg gehen. Einmal ist das eine System gerechter, im nächsten Jahre vielleicht das andere. Deshalb ist es gleichgültig, ob Sie dem Vorschlage des Magistrates, oder der Kommission folgen. Diese hat auf dem Standpunkte gestanden, daß sie unter solchen Umständen das System wählt, welches jeder Mensch leicht begreifen kann.

Herr Hauswaldt: Wenn wir den Antrag des Herrn Referenten annehmen, so ist damit festgelegt, daß der Wahlausschuß die Zahl der Vertreter ermitteln muß, indem er mit der Zahl der zu besetzenden Stellen von Abgeordneten in die Zahl der abgegebenen Stimmen hineindividiert und mit dieser Zahl wieder die für jede Vorschlagsliste abgegebenen Stimmen teilt. Die daraus entspringenden vollen Zahlen stehen dann fest. Wegen der Behandlung der Restzahlen teile ich vollkommen die Ansicht des Herrn Schöttler, denn da wir die Abgeordneten nicht teilen können, so müssen wir zu einer Wahl mit Majorität kommen. In diesem Falle ist es aber ohne Frage gerechter, wenn wir den Weg der Kommission gehen. Schon im Interesse der Vereinfachung der Wahl bitte ich den Antrag der Kommission anzunehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird beschlossen, den von der Statutenkommission beantragten Zusatz: „Hierbei werden zunächst — Los“ (Seite 361 des Berichtes) am Schlusse des zweiten Satzes im Absatz 7 hinter „je ein Beisitzer entfällt,“ einzufügen, den folgenden Teil des Absatzes 7 und den ganzen Absatz 8 aber fortfallen zu lassen:

Herr Jasper: Im Absatz 5 des § 10 heißt es:

„Demnächst wird zur Feststellung des Wahlergebnisses geschritten. Der Wahlausschuß ermittelt zunächst die Zahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und stellt danach — durch Zusammenzählung dieser Stimmen — fest, welche Zahl gültiger Stimmen auf jede der eingereichten Vorschlagslisten gefallen ist.“

Wie man diese Feststellung machen will, ist mir unklar geblieben, denn wir haben wohl angenommen, daß zwar bestimmte Vorschlagslisten einzureichen sind und jeder Kandidat nur auf einer derselben enthalten sein darf, aber im § 9 haben wir weiter angenommen, daß die Wählerschaft nicht an diese geschlossenen Vorschlagslisten gebunden ist, sondern ihre Stimmzettel aus den Kandidaten der verschiedenen Vorschlagslisten zusammenstellen kann. Danach liegt also die Möglichkeit vor, daß Stimmzettel aus drei geschlossenen und vier kombinierten Vorschlagslisten abgegeben werden. Ich verstehe nun nicht, wie es nach § 10, Absatz 5 technisch möglich sein soll, die gemischten Stimmzettel auf die eingereichten Vorschlagslisten zu verteilen.

Herr Stadtrat Wagner: Jede Vorschlagsliste enthält die Namen von zwölf Kandidaten. Innerhalb der sämtlichen Vorschlagslisten darf aber jeder Wähler seine 12 Kandidaten sich beliebig zusammenstellen. Nur muß nachher aus den einzelnen Stimmzetteln auseinandergerechnet werden, wohin die einzelnen Kandidaten gehören, damit jeder Vorschlagsliste die auf sie abgegebenen Stimmen angerechnet werden.

Herr Jasper: So habe ich mir die Sache auch gedacht, aber dann ist die Fassung des Absatzes 5 irrtümlich. Die einzelnen Kandidaten werden nach ihren Vorschlagslisten gruppiert, und ich sehe deshalb nicht ein, daß ein Kandidat nur auf einer Vorschlagsliste soll erscheinen dürfen.

Herr Stadtrat Wagner: Die Addition derjenigen gültigen Stimmen, welche auf die einzelnen Kandidaten einer Vorschlagsliste entfallen sind, bildet das Ergebnis für diese Vorschlagsliste. Wenn man streng gebundene Listen einführt und den Wähler verpflichtet, sich nur an eine dieser Listen zu halten, so ist der einzelne Wähler riesig in seiner Wahlfreiheit beschränkt: er kann unter Umständen nicht mehr die Männer seines Vertrauens wählen, sondern muß ohne Gnade die sämtlichen Kandidaten einer Partei wählen, obgleich er davon vielleicht nur einen Teil für tüchtig hält.

Herr Wolters: Ich möchte Herrn Stadtrat Wagner um eine Auskunft bitten. Wenn gezählt werden soll, was auf eine ganze Vorschlagsliste an Stimmen entfällt, so kann es bei der Wahl von Kandidaten aus verschiedenen Vorschlagslisten doch vorkommen, daß eine Vorschlagsliste die größte Zahl von Stimmen erhalten kann, obwohl in der Liste verschiedene Kandidaten stehen, die nur wenige

Stimmen erhalten haben. Dadurch können aber auch Kandidaten mit einer geringen Stimmenzahl zur Wahl kommen, weil eben andere Kandidaten derselben Liste ein Uebergewicht an Stimmen erhalten haben.

Herr Stadtrat Wagner: Man muß davon ausgehen, daß zunächst nicht die Kandidaten gewählt werden, sondern daß zu Gunsten der Vorschlagslisten gewählt und dann erst die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Kandidaten vorgenommen wird. Die Kandidaten einer Liste mit wenigen Stimmen würden aber erst die Anwartschaft auf einen Sitz erhalten können, wenn während der Wahlperiode durch Tod u. Lücken eingetreten sind, in die sie dann aufrücken.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Zur Ergänzung der Ausführung des Herrn Kollegen Wagner möchte ich bitten, den Absatz 6 zu vergleichen mit dem letzten Satz im Absatz 7. Da ist gesagt worden, daß in jeder Liste die Kandidaten geordnet werden nach den Points, die jedem zugefallen sind. Hierdurch dürfte die Sache etwas begreiflicher werden.

Herr Jasper: Wenn die Ordnung der Namen in den Listen vorgenommen werden soll nach den Punkten, die jeder bekommen hat, so ist es z. B. möglich, daß die Wähler durch Abgabe ihrer Stimmen zum Ausdruck bringen, sie geben einem in der Liste A an vierter Stelle, oder in der Liste B an dritter Stelle stehenden Kandidaten den Vorzug vor den Kandidaten, welche an erster und zweiter Stelle der Liste stehen. Es kann vorkommen, daß in der Liste A ein Kandidat mit 1100 Stimmen, in der Liste B aber mit nur 900 Stimmen die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen kann.

Herr Esdorn: Dieser Gegenstand ist in der einberufenen Versammlung auch schon besprochen worden. Die Handlungsgehilfen sprachen sich für streng gebundene Listen aus, während die Kaufleute vollständig freie Listenwahl haben wollten. Eins wie das andere würde ich für richtig halten. Bei gemischten Listen kann jemand mit geringer Stimmenzahl gewählt werden gegen einen andern mit größerer Stimmenzahl. Das richtigste würde doch wohl sein, vollständig gebundene Listen vorzuschlagen. Die Handlungsgehilfen sind organisiert und werden ihre Vorschlagslisten bringen, während die Kaufleute vielleicht zwei oder drei Listen vorlegen werden.

Herr Stadtrat Wagner: Das Beispiel des Herrn Esdorn stimmt nicht. Wenn Sie berücksichtigen, daß in jeder Vorschlagsliste 12 Kandidaten stehen müssen, so werden Sie finden, daß ein Kandidat dieser Liste, der nur wenige Stimmen erhält, durch das Uebergewicht an Stimmen der anderen Kandidaten nur gewählt werden kann, wenn die anderen Listen nicht durchkommen. Dagegen ist es richtig, daß der höchststehende Kandidat einer Liste mit 1100 Stimmen und in einer anderen Liste mit 900 Stimmen gewählt werden kann. Das gleicht sich

eben dadurch aus, daß die mittleren Kandidaten der einen Liste eine höhere Stimmenzahl erhalten haben, als diejenigen der anderen Liste.

Herr Weichsel: Daß dieses Wahlverfahren sehr geeignet wäre für die Wahlen zum Kaufmannsgerichte, habe ich nicht angenommen; wir wären glücklicher, wenn wir mit einfacher Majorität wählen könnten, denn wir bringen durch unser Verfahren unnötigerweise die Parteien gegen einander in Trab. Diese Art der Wahl ist uns indessen durch das Gesetz vorgeschrieben, und wir können nicht umhin, sie einzuführen. Deshalb ist es richtig, auf das nicht wieder zurückzukommen, was schon erledigt ist.

Vorsitzender: Ein Antrag liegt nicht vor, wir können also weitergehen.

Zu den §§ 11 bis 13 findet sich nichts zu bemängeln.

Zum § 14. Vorsitzender: Herr Wesemeier hat hierzu folgende Anträge gestellt:

1) Der § 14 ist im Eingange durch folgenden Satz zu ergänzen:

„Das Kaufmannsgericht verhandelt und entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.“

2) Am Schlusse des § 14 ist zu setzen:

„Der Vorsitzende muß von der Reihenfolge abweichen, wenn durch dieselbe bewirkt wird, daß an einer Sitzung Beisitzer teilnehmen, die zu einander im Verhältnis des Prinzipals und Gehilfen stehen.“

Herr Weichsel: Vom Magistrate ist zum § 14 im Einvernehmen mit der Statutenkommission folgender Zusatzantrag gestellt worden:

„Beisitzer, die zu einander im Verhältnis des Arbeitgebers und Arbeitnehmers stehen, sollen nicht an der Entscheidung derselben Sache teilnehmen. In diesem Falle hat der den Lebensjahren nach jüngere auszuscheiden.“

Herr Wesemeier: Ich ziehe meinen zweiten Antrag zu Gunsten des Magistratsantrages zurück.

Herr Weichsel: Zu dem ersten Antrage Wesemeier muß ich persönlich bemerken, daß ich eine Besetzung des Gerichtes mit zwei Beisitzern für vollständig genügend halte. Eine Besetzung mit vier Beisitzern würde den Apparat außerordentlich erschweren, ohne eine größere Garantie für gerechte Entscheidungen zu bieten.

Herr Wesemeier: Mein Antrag ist auch vom materiellen Standpunkte aus zu behandeln. Alle Gerichte, bei denen es keine Berufung gibt, sind mit fünf Richtern besetzt, und der Reichstag hat es auch abgelehnt, die Landgerichte nur mit drei Richtern zu besetzen. Bei dem Kaufmannsgerichte kommt in Betracht, daß es bei Wertobjekten bis zu 300 M ohne Berufung entscheidet und deshalb

seine Besetzung außerordentlich wichtig ist. Bei der Besetzung des Gerichtes mit fünf Richtern ist auch eher die Möglichkeit geboten, daß sich unter den Beisitzern Sachverständige aus der betr. Branche befinden. Auf dem Verbandstage der Gewerbegerichte hat der Beisitzer Wolff aus Offenbach eine Statistik aufgemacht, nach der 79 Gewerbegerichte mit 5 Richtern und 90 mit 3 Richtern besetzt sind. Von diesen 90 Gerichten haben aber 26 die Bestimmung, daß nach Wahl des Vorsitzenden oder auf Antrag vier Beisitzer eingestellt werden können. Dieser Standpunkt ist auch für uns bei Einbringung des Antrages maßgebend gewesen. In den meisten Städten von größerer Bedeutung besteht schon das Fünfmännersystem, und auch der Beisitzer Wolff tritt hierfür ein. Da man das System bei dem Gewerbegerichte hat, sollte man es auch hier einführen. Vom materiellen Standpunkte aus betrachtet ist zu erwägen, daß die durch die Besetzung des Gerichtes mit vier Beisitzern entstehenden Unkosten ganz minimale sind. Nach dem letzten Berichte über die Gewerbegerichte haben wir hier 47 Sitzungen in einem Jahre gehabt, was bei einer Entschädigung von 6 M für die Sitzung 282 M ausmacht. Da aber die Kaufmannsgerichte nicht so viel zu tun haben werden, wie die Gewerbegerichte, die Zahl der Sitzungen also erheblich geringer sein wird, so würde die Mehrausgabe für zwei Beisitzer tatsächlich gar nicht ins Gewicht fallen. Ich möchte deshalb bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Wagner: Ich bitte, es bei der Zusammensetzung des Gerichtes zu belassen, wie es im Gesetze vorgesehen ist. Wenn keine besonderen Gründe vorliegen, soll das Gericht mit 3 Richtern besetzt werden, was auch von den gesetzgebenden Faktoren für ausreichend erachtet ist. Die Fälle, wo das Klageobjekt an die Nähe von 300 M heranreicht, werden vor dem Gerichte wohl seltener zur Entscheidung kommen, denn es wird sich nur um Streitigkeiten über die kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnisse handeln. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells hat allerdings bei der Umarbeitung des Statuts für das Gewerbegericht vorgeschlagen, die Zahl der Richter auf fünf zu erhöhen, jedoch wird sich diese Erhöhung auch dort nicht empfehlen. Das Stimmenverhältnis würde sich auch durch die Erhöhung der Richterzahl auf fünf nicht verändern, da bei Interessengegensätzen zwischen den Prinzipalen und Angestellten dann auf jeder Seite zwei Beisitzer vorhanden wären, während jetzt je ein Beisitzer im Gerichte sitzt, der Vorsitzende aber auf jeden Fall den Ausschlag gibt.

Herr Wesemeier: Wir haben in dem Gewerbegerichte gesehen, daß es selbst für den vorsitzenden Richter nicht so einfach ist, eine Sache mir nichts dir nichts zu beurteilen, sondern daß er öfter einen Termin aussetzen muß, um erst noch weitere Informationen über den Fall einzuziehen. Bei vier Beisitzern wird schon eher die Möglichkeit gegeben, sich Klarheit über eine fachtechnische Sache zu verschaffen.

Der § 14 des Entwurfs wird darauf in seiner gegenwärtigen Fassung mit dem Zusatzantrage der Statutenkommission angenommen, der Antrag Wesemeier aber abgelehnt.

Zum § 15. Herr Weichsel: Die Kommission beantragt, im zweiten Absätze statt „binnen drei Tagen“ zu setzen: „binnen einer Woche“.

Herr Stadtrat Wagner: Der Magistrat ist damit einverstanden.

Die Aenderung wird von der Versammlung gutgeheißen.

Zum § 16. Vorsitzender: Herr Wesemeier beantragt, dem § 16 folgende Fassung zu geben:

„Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, als Entschädigung für Zeitversäumnis sechs Mark, wenn die Vormittags-sitzung über 12 Uhr mittags hinaus getagt hat, andernfalls drei Mark. Die Entschädigungen werden am Schlusse jeder Sitzung sofort ausgezahlt; ihre Zurückweisung ist nicht statthaft.“

Herr Wesemeier: Der Antrag soll nur bezwecken, eine Begrenzung der Zeit vorzunehmen, denn was ist ein halber Arbeitstag? Wird der halbe Tag zu 4 oder zu 5 Stunden gerechnet?

Herr Stadtrat Wagner: Die Fassung des Antrages wird sich deshalb nicht empfehlen, weil man noch nicht wissen kann, ob das Kaufmannsgericht vormittags sitzen wird.

Vorsitzender: Wenn eine Sitzung auch nur von 11 bis 2 Uhr dauert, so kann dadurch unter Umständen jemandem ein ganzer Tag verloren gehen. (Zustimmung.)

Herr Löschigt: Wäre es nicht einfacher, die Entschädigung für jede Sitzung festzulegen, mag sie dauern, so lange sie will? (Widerspruch.)

Herr Esdorn: Ich wäre dafür, eine Sitzung, die über 12 Uhr hinaus oder doch über vier Stunden dauert, für einen ganzen Tag zu rechnen.

Herr Schöttler: Ich beantrage, in dem Antrage Wesemeier statt „über 12 Uhr mittags hinaus“ zu sagen: „über 1 Uhr mittags hinaus“.

Herr Meyerhoff: Läßt es sich nicht machen, zu sagen, die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, die nicht 3 Stunden in Anspruch nimmt, drei Mark, sonst immer für jede Stunde eine Mark mehr? (Widerspruch.)

Herr Stadtrat Wagner: Von den verschiedenen Anregungen scheint mir der Antrag Meyerhoff noch am empfehlenswertesten zu sein.

Herr Wesemeier: Es fragt sich, ob sich die Sache in der Praxis auch für die Handlungsgehilfen so macht, daß der Arbeitgeber ihnen die Zeit, während der sie im Kaufmannsgerichte tätig sind, bezahlt?

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Wesemeier abgelehnt, der Antrag Wesemeier mit der Aenderung Schöttler aber angenommen.

Zum § 17 ist nichts zu bemerken.

Zum § 18. Vorsitzender: Herr Wesemeier beantragt, im zweiten Absätze hinter „Stadtmagistrat“ einzuschalten:

„. . ., die Stadtverordneten und auch die Beisitzer des Kaufmannsgerichtes . . .“.

Herr Wesemeier: Es ist doch wohl selbstverständlich, daß wir über die Geschäftstätigkeit des Kaufmannsgerichtes auch unterrichtet werden müssen, aber auch die Beisitzer müssen wissen, wie das Gericht gearbeitet hat. Aus solchen Berichten wird sich für die Folge erst das Material zu etwaigen Änderungen und Verbesserungen der Einrichtung ergeben.

Vorsitzender: Hat der Herr Antragsteller nicht im Sinne, daß der Magistrat von dem Geschäftsberichte den Stadtverordneten und den Beisitzern Abschriften zustellt? (Zustimmung des Herrn Wesemeier.)

Herr Stadtrat von Frankenberg: In den letzten Jahren ist es bei dem Gewerbegerichte immer so gehalten worden, daß dessen Vorsitzender dem Magistrate einen Bericht erstattet hat, der vervielfältigt und den Stadtverordneten, sowie den Mitgliedern des Gewerbegerichtes zugänglich gemacht ist. Vielleicht könnte es auch hier so gehalten werden, ohne daß eine derartige Bestimmung in das Statut aufgenommen zu werden braucht.

Vorsitzender: Herr Wesemeier beantragt, unter Zurückziehung seines letzten Antrages, eine Resolution dahingehend, daß der Geschäftsbericht den Stadtverordneten und den Beisitzern des Kaufmannsgerichtes zugänglich gemacht werde. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.)

Zum § 19 ist kommissionsförmig nichts zu bemerken.

Herr Brückmann: Das Kaufmannsgericht als Einigungsamt hat mit dem eigentlichen Kaufmannsgerichte doch nichts weiter zu tun, als daß dessen Vorsitzender gleichzeitig auch das Einigungsamt verwaltet. Die Beisitzer kommen hierbei doch nicht in Frage? Jedenfalls müssen die dabei etwa tätigen Lehrlinge mindestens 25 Jahre alt sein.

Herr Stadtrat Wagner: Nach dem Gesetze sind die Beisitzer des Kaufmannsgerichtes zu diesen Verhandlungen nicht zuzuziehen, sondern nur der Vorsitzende und in gleicher Zahl Vertrauensmänner der beiden Parteien. Wählen die Beteiligten die Vertrauensmänner nicht, so hat der Vorsitzende sie zu ernennen.

Vorsitzender: Da sich dieses im Statute vielleicht nicht genügend ausdrückt, so möchte ich bitten, im § 19 des Statuts auf den § 67 des Gewerbegerichtsgesetzes zu verweisen.

Herr Wolters: Ich würde es für richtiger halten, auf den § 17 des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1904 zu verweisen, da dieser das Einigungsamt behandelt.

Herr Stadtrat Wagner: Ich möchte bitten, beide Gesetze anzuziehen.
(Zustimmung.)

Zum § 20. Die Statutenkommission hat Aenderungen nicht zu beantragen.

Herr Brückmann: Da im § 19 nichts von Beisitzern gesagt worden ist, so müßte doch hier ein Hinweis darauf stattfinden, daß die Beisitzer mit denen des eigentlichen Kaufmannsgerichtes nicht identisch sind.

Herr Stadtrat Wagner: Da jetzt zum § 19 der Hinweis auf die beiden Gesetze beschlossen worden ist, kann ein weiterer Hinweis wohl unterbleiben.

Die Versammlung erklärt sich nach kurzer weiterer Besprechung mit der Beibehaltung der Fassung des § 20 einverstanden.

Zum § 21. Es wird beschlossen, neben dem § 18 des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte auch den § 75 des Gewerbegerichtsgesetzes anzuziehen.

Zum § 22. Herr Wesemeier: Der Statutentwurf sieht die Wahl des Ausschusses nach Mehrheitsstimmen vor und schließt die Verhältnisswahlen aus. Ich möchte aber die letztere Art der Wahl hier eingefügt sehen, damit es ausgeschlossen ist, daß eine Gruppe den ganzen Ausschuß besetzt. Da wir vorhin die Verhältnisswahlen bei den Beisitzern beschlossen und für gerecht gehalten haben, so sehe ich nicht ein, weshalb sie nicht auch hier zur Geltung kommen sollen. In München ist diese Art der Wahl auch eingeführt worden. Ich stelle deshalb den Antrag, den zweiten Satz des § 22 folgendermaßen zu fassen:

„Die Wahl des Ausschusses erfolgt, falls keiner der Beisitzer Widerspruch erhebt, durch Zuvuf, andernfalls getrennt von Kaufleuten und Handlungsgehilfen durch geschlossene Stimmzettel, jedoch derart, daß die im Kaufmannsgerichte vertretenen Gruppen entsprechend ihrer Stärke vertreten sind.“

Herr Stadtrat Wagner: München hat eine größere Zahl von Beisitzern als wir, nämlich 44. Mit 12 Wählern aber Verhältnisswahlen durchzuführen, ist eine sehr schwierige Geschichte. Außerdem würden auch die Verhältnisswahlen nicht der Billigkeit entsprechen. Da es sich um Gutachten und Anträge des Kaufmannsgerichtes handelt, die sich vielleicht auf bestimmte Branchen beziehen, so wird es sich empfehlen, gerade aus diesen Branchen die Ausschußmitglieder heranzuziehen, was sich bei Verhältnisswahlen nicht durchführen läßt. Ich bitte daher, die Bestimmung des Statuts beizubehalten.

Herr Weichsel: Es wird nicht sehr häufig vorkommen, daß das Gesamt-Kaufmannsgericht als gutachtende Behörde tätig sein wird, denn in erster Linie wird wohl die Handelskammer um solche Gutachten angegangen werden. Wenn es aber einmal vorkommt, möchte es das beste sein, die richtigen Leute durch Zuvuf zu wählen.

Herr Wesemeier: Nach diesem Standpunkte brauchten wir dem Kaufmannsgerichte überhaupt keine Gutachten aufzuerlegen; es ist jedoch im Gesetze vorgesehen, daß Körperschaften geschaffen werden, um solche Gutachten abzugeben. Ich denke mir auch diesen Ausschuß als eine ständige Einrichtung und nicht zu jeder einzelnen Sache gewählt. Wenn der Anschauung des Herrn Stadtrat Wagner entsprochen werden sollte, so würde nicht dem Sinne des Gesetzes gemäß gehandelt werden, denn man kann in solchen Ausschuß nicht Leute der jedesmal vorliegenden Materie entsprechend wählen, sondern muß ihn als eine ständige Einrichtung schaffen.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt.

Zu den §§ 23, 24 und 25 findet sich nichts zu bemerken.

Zum § 26 wird auf Antrag der Statutenkommission beschlossen, im zweiten Abzuge hinter „Protokolls“ einzuschalten „an die ersuchende Stelle“.

Zum § 27 ist nichts zu erinnern, wenn es auch der Kommission bedenklich erscheint, das Statut noch bis zum 1. Januar 1905 fertigzustellen und einzuführen.

Der Statutentwurf wird darauf mit den besonders beschlossenen Änderungen und Ergänzungen angenommen und der Magistrat gleichzeitig ermächtigt, an dem Entwurfe Änderungen, die lediglich Wortfassungen betreffen, selbständig vorzunehmen.

II. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Das Gesuch der unverehelichten Dorette Siegert um Erlass der Steuer für einen Ziehhund wird genehmigt.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

III. Baulichkeiten beim Altstadtrathause und Verlängerung des Mietvertrages mit der Weinhandlung von Rittmeyer.

Bei den früheren Verhandlungen wegen Erhöhung der Feuerficherheit des Altstadtrathauses hatte die Versammlung in der Sitzung vom 5. März 1903 dem Magistrat anheimgegeben, nach Ablauf des Rittmeyerischen Mietvertrages eine neue Vorlage wegen endgültiger Regelung der Angelegenheit einzubringen. Dieser Mietvertrag läuft am 31. Dezember 1904 ab. Wenn auch dessen gänzliche Aufhebung und die Freilassung des Grundstücks von jedem wirtschaftlichen Betriebe die Feuerficherheit des Gebäudes am meisten heben würde, so kann doch die Stadt nach der Ansicht des Magistrates bei ihrer bekannten Finanzlage nicht gut auf jede einträgliche Verwendung des Grundstücks verzichten. Auch dürfte es

sich nicht empfehlen, fortan lediglich die Wohnräume zu vermieten und jeden wirtschaftlichen Betrieb auszuschließen.

Zur weiteren Erhöhung der Feuerficherheit bringt der Magistrat in Vorschlag, die einer Inbrandsetzung durch die Nachbargebäude ausgesetzten Dachböden über den an der Westseite und der Nordseite des Grundstücks befindlichen Seitengebäuden zu entfernen und sie nach Aufführung von Brandgiebeln auf der Grenze durch flache Dächer mit doppelter Dachpappe abzudecken. Die zu 7350 M veranschlagten Kosten ersucht der Magistrat zu verwilligen.

Der Weinhändler Rittmeyer ist bereit, auf die in Wegfall kommenden Bodenträume zu verzichten und den mit ihm abgeschlossenen Mietvertrag über den 1. Januar 1905 hinaus zu dem bisherigen Pachtprice von 4400 M jährlich auf unbestimmte Zeit mit der Maßgabe fortzusetzen, daß die Kündigungsfrist auf ein Jahr, jedoch nur zum 1. Januar, festgesetzt werde. Der Magistrat hält es für unbedenklich, diesem Antrage zu entsprechen und gibt anheim, ihm zuzustimmen.

Herr Wolters: Die Baukommission ist zunächst der Frage nähergetreten, ob es sich empfehle, die wirtschaftliche Benutzung der Nebengebäude in bisheriger Weise auch ferner beizubehalten, oder ob man sie im eigenen städtischen Interesse, vielleicht für das Archiv, als Lesehalle zc. verwerten solle. Es ist indessen die Baukommission der Meinung, daß alle diese Projekte augenblicklich noch nicht spruchreif seien, sie meint aber, wenn der Magistrat zu geeigneter späterer Zeit mit einer Vorlage kommen sollte, die Nebenräume im eigenen städtischen Interesse zu verwenden, dieser Frage näher getreten werden könnte. Die in der Vorlage behandelten technischen Anlagen haben die Zustimmung der Baukommission gefunden, auch hat man keinen Anstand daran genommen, die flachen Dächer mit Pappe zu beziehen. Um indessen bei der Verwendung der Räume im eigenen Interesse freiere Hand zu haben, empfiehlt die Baukommission, den Mietvertrag mit der Firma Rittmeyer auf einjährige Kündigung, aber zu jedem beliebigen Tage abzuschließen.

Herr Hauswaldt: Den Ausführungen des Herrn Referenten glaube ich entnehmen zu sollen, daß die beantragten baulichen Änderungen auch dann notwendig oder doch wünschenswert erscheinen, wenn später das Terrain zu einer Lesehalle und dergleichen verwendet werden sollte.

Herr Wolters: Dieser Ansicht kann ich nicht ganz zustimmen. Sollte das Grundstück später einmal zu einem städtischen Bau nötig werden, so würden vermutlich die 7500 M zum großen Teile überflüssig aufgewendet sein. Wenn wir aber den Vertrag mit der Firma Rittmeyer verlängern wollen, so bleibt nichts anderes übrig, als diese Aufwendung zur Sicherung des Altstadtrathhauses zu machen. Wird später das Grundstück etwa mit einem Neubau besetzt werden, so muß das Nebengebäude wieder herunter.

Herr Rathe: Ist in dem Mietvertrage mit Rittmeyer vorgeesehen worden, ob eine Pfstervermietung stattfinden darf?

Herr Wolters: Die Pfstervermietung darf nur mit Zustimmung des Miet-
herrn stattfinden.

Herr Frühling: Ich kann auch nur empfehlen, die baulichen Kosten zunächst zu bewilligen, wenngleich sie vergeblich ausgegeben sein werden, sobald das Grund-
stück später einmal für andere städtische Zwecke Verwendung finden soll. Sie müssen bedenken, daß das jetzige Hintergebäude mit dem Nachbargebäude unter einem Dache steht und daß in diesem Gebäude eine Tischlerei betrieben wird. Wir bedauern, Ihnen heute keinen Vorschlag über die anderweite Verwendung des Grundstücks machen zu können.

Herr Schmidt: Die Feuergefährlichkeit für das Altstadtrathaus rührt nicht nur von der benachbarten Tischlerei, sondern auch von dem eigenen Grundstücke her, in dem Packstroh und sonstige feuergefährliche Sachen lagern sollen. (Wider-
spruch.) Der zwischen den beiden Gebäuden aufzuführende Brandgiebel würde also nur wenig nutzen und das dafür aufgewendete Geld zum großen Teile weg-
geworfen sein. Ich weiß nicht, ob es überhaupt noch lohnt, das alte Gebäude auszubauen und ob es nicht vorzuziehen wäre, es niederzulegen, da es doch nicht zu irgend welchem Zwecke benutzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Eine Feuergefährlichkeit lag früher tat-
sächlich in dem Gebäude vor insofern, als auf dem obersten Boden des Hinter-
gebäudes an der Nordseite des Grundstücks größere Mengen Stroh lagerten. Als das seinerzeit von der Baukommission gefunden war, hat der Magistrat Herrn Rittmeyer veranlaßt, diesen Boden vollständig zu räumen. Jetzt soll nun die Feuergefährlichkeit noch weiter dadurch vermindert werden, daß nach dem Projekte der oberste Boden ganz wegfällt und das Gebäude ein flaches Dach haben soll. Ebenso verhält es sich mit dem linksseitigen Gebäude. Die gründlichste Abhilfe würde allerdings geschaffen werden, wenn man die nicht sehr wertvollen Neben-
gebäude niederlegte, jedoch würde damit auch die Veruutzung des Vordergebäudes zu seinem jetzigen Zwecke wegsallen, weil die Firma Rittmeyer ihr Geschäft ohne solche Nebenräume nicht betreiben kann. An der äußersten Nordwestecke des Neben-
gebäudes liegt eben der große Weinkeller, der nicht entbehrt werden kann. Es tut uns auch leid, daß wir einen anderen Vorschlag nicht machen können. Wenn übrigens ein Teil des Grundstücks zu anderen Zwecken verwendet werden soll, so kann es nur das Vordergebäude sein, da die Hintergebäude nicht anderweit ver-
wertet werden können. Die Vorlage ist nichts als ein Nothbehelf, wir wollten die Verantwortung wegen der großen Feuergefährlichkeit nicht mehr auf uns nehmen.

Herr Meyerhoff: Die Tischlerei grenzt gerade da an das städtische Grundstück, wo die Brandmauer errichtet werden soll, so daß diese bei den jetzt vorhandenen

dünnen Wänden erst eine wirkliche Abgrenzung gegen das Nachbargrundstück schaffen wird. Deshalb ist das Geld für den Brandgiebel doch nicht weggeworfen. Sollte das Grundstück anderweit bebaut werden, so ist schon die feste Abschließung gegen das Nachbargrundstück das Geld wert, was wir dafür ausgegeben haben.

Herr Kieke: Die letzte Bemerkung des Herrn Meyerhoff trifft aber nur dann zu, wenn der Brandgiebel so tief gelegt wird, daß ihn eine spätere Unterkellerung des anschließenden Grundstücks nicht unbrauchbar macht. Wird der Brandgiebel nur in der gewöhnlichen Frosthöhe gelegt, so ist das aufgewandte Geld bei einer Unterkellerung des Grundstücks allerdings fortgeworfen.

Herr Oberbürgermeister Kietemeyer: Diese Frage ist schon vor Einbringung der Vorlage mit der städtischen Bauverwaltung erörtert worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Brandgiebel für die unteren Etagen schon vorhanden und auch stark genug sind, um die Mauern zu tragen.

Herr Frühling: Die Mauern sind allerdings so stark, daß sie die neuen Brandmauern tragen können, aber unterkellert ist das Grundstück nicht. Wenn dort also später ein Gebäude mit einem Keller aufgeführt werden soll, so würden die Mauern doch beseitigt werden müssen und das Geld dafür wäre umsonst ausgegeben. Trotz dieser Verhältnisse können wir aber nicht anders, als der Vorlage zu entsprechen.

Die Magistratsvorlage wird sodann nach dem Vorschlage der Baukommission gutgeheißen.

IV. Mittel für Triangulierung des Stadtgebietes.

Die städtische Bauverwaltung stellt anheim, die Mittel zur Herstellung eines Hauptdreiecknetzes für das Stadtgebiet durch Triangulierung im Betrage von 2000 M zu bewilligen. Die Ausführung der trigonometrischen Arbeiten würde den Stadtgeometer und mindestens einen Hilfsbeamten ohne Unterbrechung mehr als ein Vierteljahr in Anspruch nehmen. Wegen Gewinnung einer geeigneten Persönlichkeit hat der Stadtgeometer Verhandlungen eingeleitet, die zu einem günstigen Abschluß insofern gekommen sind, als ein Beamter der Herzoglichen Landesaufnahme für die Zeit der Beobachtungen und Berechnungen beurlaubt werden kann. Als Vergütung für diese Beihilfe sind 900 M in Anschlag gebracht worden. Ferner sind für die Versteinung der trigonometrischen Punkte und für den Signalbau 800 M, für Apparate 100 M und für unvorhergesehene Ausgaben 200 M angesetzt worden, so daß sich die Gesamtkosten auf 2000 M belaufen würden. Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung dieser Mittel,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Bucher berichtet.

V. Ausbesserung von Lichtmasten im Bürgerparke.

Nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung sind die im Bürgerparke zur Unterstützung der elektrischen Drahtleitung aufgestellten 15 hölzernen Lichtmasten unterhalb der Erdoberfläche in ziemlich hohem Maße angefault, so daß sie nicht mehr eine genügende Standfestigkeit besitzen. Um die Masten auch fernerweit noch beibehalten zu können, dürfte es sich empfehlen, sie nach Abtrennung der unteren zerstörten Teile mit zwei etwa 3 m langen, 14 16 cm starken Traghölzern zu versehen. Die Kosten belaufen sich mit den Nebenarbeiten auf 375 M. Der Magistrat ersucht, diese Arbeit genehm zu halten und die angeforderte Summe zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Rieke gibt die Baukommission anheim, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Koch: Ich möchte bitten, die Vorlage abzulehnen und statt der Ausbesserung der hölzernen Masten eiserne Masten neu aufzustellen. Die jetzigen Masten sind erst vor 3½ Jahren aufgestellt worden und jetzt schon total faul. Hieran hat nicht etwa die städtische Bauverwaltung Schuld, sondern allein der Boden im Bürgerparke. Die Hölzer sind nicht nur in, sondern auch über der Erde angefault und wir würden nur unnötig Geld ausgeben, wenn wir wieder hölzerne Pfähle in die Erde brächten.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn es auch von vornherein richtiger gewesen wäre, eiserne Masten dort anzubringen, so empfiehlt es sich doch nicht, auf den Antrag des Herrn Koch jetzt einzugehen. Der Magistrat hat nämlich, zur Verhütung von Schäden, schon einen Teil der Masten vorschauen oder ersetzen lassen. Ob nach vollständiger Abgängigkeit der Masten eiserne Masten genommen werden sollen, oder ob eine unterirdische Leitung vorgezogen wird, kann späterer Entscheidung vorbehalten werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

VI. Beihilfe für den Ausschuss für Denkmalpflege.

Auf Antrag des Ausschusses für Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig gibt der Magistrat anheim, dem Ausschusse bis auf weiteres jährlich 200 M. aus den Mitteln der Luise Ottmerstiftung zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Wechsel berichtet, geschieht.

VII. Mittel für Anbringung neuer Straßenschilder.

Durch die Umänderung der Bezeichnung „Promenade“ in „Wall“ wird die Anbringung von 84 neuen Straßenschildern notwendig. Die hierdurch und durch

die damit zusammenhängende Umnumerierung einiger Straßen entstehenden Kosten werden sich auf etwa 400 M belaufen. Da der im Etat für 1904/05 für Straßenschilder bewilligte Fonds von 600 M bereits in Anspruch genommen ist, so beantragt der Magistrat, diese 400 M noch zu Lasten des laufenden Etats zu bewilligen.

Wie Herr Esdorn berichtet, hat die Finanzkommission gegen die Vorlage nichts einzuwenden und gibt deren Genehmigung anheim.

Herr Schmidt: Ich habe schon in der Kommission angeregt, ob die Straßennamen nicht noch weiter vereinfacht werden könnten. So ließe sich für das lange Wort „Fallersebertorwall“ vielleicht kürzer sagen: „Fallerseberwall“. (Widerspruch.)

Herr Stadtrat Meyer: Wie ich mich schon in der Kommission dagegen ausgesprochen habe, muß ich das auch hier tun. Abgesehen davon, daß wir die Aenderung schon bekannt gegeben haben und sie auch schon beim Drucke des Adreßbuches berücksichtigt worden ist, will ich daran erinnern, daß die Beibehaltung des Wortes „Tor“ eine gewisse historische Unterlage hat, die man nicht ohne weiteres über Bord werfen, sondern der Nachwelt überliefern soll.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

VIII. Erneuerung von Fenstern im Wirtschaftsgebäude des Bürgerparks.

Die vier Fenster des mittleren Zimmers im Wirtschaftsgebäude des Bürgerparks sind so undicht geworden, daß deren Erneuerung notwendig erscheint. Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung beantragt der Magistrat, für die Erneuerung der Fenster 400 M zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Rathe den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

IX. Kostenverwilligung für die diesjährige Viehzählung.

Am 1. Dezember findet auf Beschluß des Bundesrats im ganzen deutschen Reiche eine Viehzählung statt, die für das Stadtgebiet von dem Magistrat zu besorgen ist. Um die pünktliche und ordnungsmäßige Ausfüllung der Zählungslisten durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter zu überwachen und die rechtzeitige Austeilung und Wiedereinsammlung der Listen sicherzustellen, hat der Magistrat in früheren ähnlichen Fällen gegen entsprechende Vergütung die Vermittlung polizeilicher Beamten in Anspruch genommen. Im Einverständnis mit der Herzoglichen Polizeidirektion gedenkt der Magistrat auch jetzt dieses Verfahren einzuschlagen und ersucht, die dafür erforderlichen 200 M zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, geschieht.

N. Projekt zum Ausbau eines Teiles des Bültenweges.

Am 7. September d. Js. — Seite 242 des Berichtes — hat die Versammlung das für den Bültenweg zwischen Nordgrenze des Grundstücks *N^o ass. 3752* und der Einmündung der projektierten Straße *N^o 168a* von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Projekt genehmigt. Versehenlich war das Projekt vom Magistrat vorgelegt worden als Projekt für den Ausbau der Strecke „Grundstück *N^o ass. 3752* und Einmündung des Langenkampes“ und unter dieser Bezeichnung ist das genehmigte Projekt auch öffentlich ausgelegt worden. Nachdem der Magistrat durch die Einsprache eines Anliegers auf den Widerspruch zwischen Projekt und Bezeichnung aufmerksam geworden ist, hält er zur Vermeidung weiterer auf den untergelaufenen Irrtum sich stützender Einreden eine nochmalige Genehmigung des Projektes unter richtiger Bezeichnung für unerlässlich. Die Versammlung wird daher ersucht, das Projekt über den Ausbau des Bültenweges auf der Strecke zwischen der Nordgrenze des Grundstücks *N^o ass. 3752* und der Einmündung der projektierten Straße *N^o 168a* zu genehmigen.

Namens der Baukommission ersucht Herr Frühling, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Rathe: Es ist zu bedauern, daß der Ausbau nicht bis zum sogenannten Bülten geschieht, da gerade dort bei feuchtem Wetter stets große Sümpfe stehen, die von den Passanten durchwatet werden müssen.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

XI. Aenderung der Pflasterung des Johannishofs.

Die Kaiserliche Oberpostdirektion ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Straßenbaugeschäft von Spindler für Rechnung der Postkasse nicht nur die Pflasterung der zu dem Postgrundstücke gehörenden freibleibenden Bodenfläche am Johannishofe, sondern auch eine Aenderung der anschließenden Straßeneinfestigung ausführe und hierbei das Material des zu beseitigenden Fußsteiges zu dem vor den Baulichkeiten herzustellen neuen Fußsteige mit verwende. Der Wert dieses Materials würde postseitig der Stadtkasse zu ersetzen sein. Die beabsichtigte Aenderung erstreckt sich auf die Entfernung der westlichen Teilstrecke des nördlichen Fußweges und auf die Umwandlung des zweiseitigen Fahrbahngeländes in ein einseitiges Gefälle nach der Südseite. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung dürfte auch die Anlage eines Straßeneinfallschachtes zu fordern sein, um das von dem Terrain des Postgrundstückes abfließende Wasser vor dem Uebertreten auf Straßengebiet abzufangen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die gewünschte Aenderung der Pflasterung des Johannishofes auf Kosten der Postkasse gutzuheißen.

Wie Herr Wolters berichtet, empfiehlt die Baukommission, der Vorlage zuzustimmen, gleichzeitig aber auch die Anlegung des Einsalsschachtes zu fordern. Um die Eigentumsverhältnisse kenntlich zu machen, wird auf der Grenze zwischen Post- und Stadteigentum ein Pflasterstreifen gezogen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf nach dem Antrage der Baukommission genehmigt.

XII. Mittel für die Reinigung der Okerkanäle.

Nachdem die Uebernahme der fiskalischen Okerkanäle durch die Stadt am 1. Juni d. J. stattgefunden hat, ist für die Unterhaltung und Erneuerung des Kanals unter dem Kalenwall, am Siegesplaz und an der Theaterpromenade eine einmalige Abfindung von 41876,02 M und für die Reinigung der betr. Kanäle, für die Unterhaltung und die Reinigung der übrigen an die Stadt übergebenen kanalisierten und noch offenen Okergräben und zur Unterhaltung der zur Spülung der Gräben vorhandenen Schutzvorrichtungen für das laufende Jahr die Summe von 1000 M an die Stadt ausgezahlt worden. Da nun die betr. Okerkanäle unter die Obhut der städtischen Bauverwaltung gestellt sind, so gibt diese anheim, ihr die dafür aufzuwendenden Mittel noch für das laufende Etatsjahr in Höhe von 1400 M zur Verfügung zu stellen, um die Arbeiten in Angriff nehmen zu können. Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung dieses Betrages,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Südel zu.

XIII. Geschäftsordnungs-Debatte.

Vorsitzender: Ich möchte die Versammlung fragen, ob wir in der Erledigung der Tagesordnung fortfahren, oder jetzt zur vertraulichen bezw. zur gemeinschaftlichen Sitzung übergehen sollen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Auf der Tagesordnung der gemeinschaftlichen Sitzung stehen heute einige Sachen zum dritten Male. Wenn die Versammlung jetzt beschließt, ihre Sachen noch weiter zu verhandeln, so geht der Magistrat mit der gemeinschaftlichen Sitzung wieder leer aus; ich möchte deshalb bitten, jetzt zur vertraulichen Sitzung überzugehen.

Herr Nolte: Meiner Ansicht nach können wir recht gut bis 8 Uhr verhandeln, namentlich da wir so selten zusammentreten.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird die Verhandlung abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7^{3/4} Uhr.

1904/1905.

№ 12.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. Dezember 1904.



Tagesordnung:

I.	Lohnerhöhung für die städtischen Heizer	Seite 382
II.	Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.	" 384
III.	Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen von 1899/00 bis 1901/02	" 389
IV.	Rechnungsabchlüsse der Kämmererkasse zc. für 1903/04.	" 390
V.	Weitervermietung des Markstellers	" 393
VI.	Änderung des Ortsbauplanes östlich des Westbahnhofes	" 393
VII.	Belegung eines Teiles des Fußweges der Salzdhahmerstraße mit Platten	" 393
VIII.	Verkauf von Flächen der alten Höfenstraße	" 394
IX.	Bepflanzung städtischer Plätze mit Bäumen	" 394
X.	Grundsteuer-Erlaßgesuche	" 398
XI.	Kanalisierung des Grabens an der Eisenbüttenstraße.	" 398
XII.	Arbeiten im Pflegehause und Anschaffung von Mobiliten	" 400
XIII.	Beschaffung von Turmhöfen für die Johannis- und die Paulikirche	" 400
XIV.	Ankauf des Grundstücks Ritterstraße № 27	" 401
XV.	Aufstellung eines Etats für die Umzugssteuer	" 405
XVI.	Beschaffung von Milchkochapparaten für das Pflegehaus	" 405
XVII.	Antrag Wesemeier: Vergabe des Altstadt-Matthauslaales zu Vorträgen	" 406
XVIII.	Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Elbe am Maschplatz	" 417

XIX. Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichts in den unteren Bürgerschulen	Seite 417
XX. Anfrage G ü n t h e r: Notstandsarbeiten	" 419
XXI. Geschäftsordnungs-Debatte	" 419

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Meyer, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Blasius, Frühling, Lord und Lupprian; später erscheinen die Herren Wolff und Göcke.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß ein Schreiben der Malerinnung eingegangen sei, das sich mit der Vergabung städtischer Arbeiten beschäftige. Da der Magistrat eine gleiche Eingabe erhalten habe, so könne sich die Versammlung nach ihrer Gepflogenheit vorerst nicht damit befassen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Lohnerhöhung für die städtischen Heizer

Die in den städtischen Schulen beschäftigten Heizer haben um Aufbesserung ihrer Bezüge, die bisher 70—80 M monatlich betragen haben, gebeten. Bei den aus Anlaß dieses Gesuchs mit der städtischen Bauverwaltung gepflogenen Verhandlungen hat sich ergeben, daß eine Bemessung der Entschädigung jedes einzelnen Heizers nach Verhältnis der Zahl seiner Arbeitsstunden nicht durchführbar ist, und daß andererseits die Leistungen der Heizer ihrem Umfange nach so verschieden sind, daß eine gleichmäßige Bemessung der dem einzelnen monatlich zu gewährenden Vergütungen gleichfalls erheblichen Bedenken unterliegen würde. Die von der städtischen Bauverwaltung vorge schlagenen Lohnsätze würden einschließlich der neuen Schule an der Comeniusstraße eine Gesamtaufwendung von 6241 M ergeben, während bisher für diesen Zweck ohne Berücksichtigung dieser neuen Schule 5036 M aufgewandt wurden. Gegenüber dem Etat würde die Aufbesserung der Heizerlöhne eine Mehraufwendung von 755 M bedingen. Der Magistrat ersucht, zu beschließen, daß die höheren Löhne bereits im bevorstehenden Winterhalbjahre gezahlt und in den nächstjährigen Etat eingestellt werden.

Namens der Finanzkommission gibt Herr Wolters die Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Ohlendorf: Wir begrüßen den Antrag mit Freuden, jedoch möchte ich den Magistrat ersuchen, die anderen städtischen Arbeiter in ähnlicher Weise mit einer Lohnaufbesserung zu bedenken. Wir sehen davon ab, Anträge in dieser

Richtung zu stellen, wie wir das früher regelmäßig getan haben, denn wenn Sie die Lohnstatistik der städtischen Arbeiter zur Hand nehmen, so werden Sie sehen, daß eine ganze Reihe weiterer Arbeiter einer Lohnaufbesserung dringend bedürftig ist. Ich stelle daher anheim, dem Magistrat in Erinnerung zu bringen, daß im nächsten Etat entsprechende Mittel gefordert werden möchten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Erinnerung hat in diesem Falle keinen rechten Zweck. Der Magistrat hat die Sache nicht vergessen, sondern hat sie noch in frischer Erinnerung. Wenn aber die Versammlung selbst beschließt, daß sie eine weitere Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter für unrichtig halte, so würde es doch wunderbar sein, entgegen dem Beschlusse der Versammlung Mittel zu solchen Lohnerhöhungen in den Etat einzustellen.

Herr Ohlendorf: Wenn es richtig wäre, was der Herr Oberbürgermeister sagte, daß der Magistrat keine Mittel zu Lohnerhöhungen in den Etat einstellen könne, weil die Versammlung in ihrer Mehrheit gegenteiliger Meinung gewesen sei, so wäre der Magistrat bei der Einbringung dieser Vorlage auch inkonsequent gewesen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe selbstverständlich nicht sagen wollen, daß der Magistrat in allen Fällen tun muß, was die Versammlung beschließt. Wenn aber eben die Versammlung sich dahin ausgesprochen hat, daß die Löhne der städtischen Arbeiter angemessen sind (Widerpruch) — das ist geschehen, denn der Antrag Ohlendorf ist damals meiner Erinnerung nach abgelehnt worden. Wo es also zweifelhaft sein kann, das Richtige zu finden, da stehe ich auf dem Standpunkte, wir richten uns nach dem Beschlusse der Versammlung.

Herr Stegmann: Ich möchte anfragen, ob bei der Einkommensverbesserung diejenigen Heizer besonders berücksichtigt worden sind, welche in den Schulen mit Wasserheizung beschäftigt werden und die einen schwereren und längeren Dienst zu verrichten haben, als die übrigen Heizer.

Herr Jasper: Der Herr Oberbürgermeister hat recht, daß der Antrag Ohlendorf in der Sitzung vom 19. November 1903 — Seite 243 des Berichtes — abgelehnt worden ist, jedoch trifft das, was er daraus herleitet, nur zum Teil zu. Es ist z. B. nicht abgelehnt worden, die Löhne in allen Fällen in ihrer bisherigen Höhe zu belassen. Herr Hauswaldt hat beispielsweise hervorgehoben, daß er nur deshalb gegen eine Lohnerhöhung sei, weil sich das nicht aus der Initiative der Versammlung heraus machen lasse, sondern ein entsprechender Antrag vom Magistrat ausgehen müßte. Daraus kann man aber doch nicht schließen, daß alle Löhne in den städtischen Betrieben ausreichend seien. Auch eine Besserung der Löhne der Rieselgutarbeiter hielt Herr Hauswaldt für diskutierbar, jedoch wollte er auch hier die Initiative in die Hand des Magistrates legen. Ich möchte des-

halb mit Herrn Ohlendorf wünschen, daß der Magistrat diese Sache dauernd im Auge behielte.

Herr Ohlendorf: Mein früherer Antrag ging dahin, den städtischen Arbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung zukommen zu lassen. Wenn der Beschluß der Mehrheit dieser Versammlung gegen den Antrag war und dieses bindend für den Magistrat sein sollte, so hätte die zur Beratung stehende Vorlage auch nicht kommen dürfen. Aus diesem Grunde habe ich den Wunsch geäußert, ohne einen Antrag stellen zu wollen, daß der Magistrat auch für andere Kategorien städtischer Arbeiter, die der Aufbesserung bedürftig seien, mehr Mittel in den Etat einstellen möchte.

Herr Wolters: Der von Herrn Stegmann geäußerte Wunsch ist tatsächlich berücksichtigt worden, indem die Heizer an Schulen mit schwieriger zu handhabenden Heizvorrichtungen mit einem erhöhten Einkommen bedacht worden sind. So z. B. erhält der Heizer an der Maschstraßenschule, der städt. Mädchenschule 2c. 5 M mehr als andere Heizer. Die Lohnsätze sind also den einzelnen Gebäuden angepaßt worden.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

II. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.

Die Verlagsbuchhandlung C. A. Schwetschke & Sohn in Berlin hat für Herstellung des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig, Band II und Folge in 300 Exemplaren, pro Druckbogen vertragsmäßig 50 M zu fordern. Bei Einreichung der Registerbogen des II. Bandes erklärte sie aber, daß deren Anfertigung ihr selbst viel teurer zu stehen käme und daß sie 84 M pro Bogen dafür haben müsse, wenn sie nicht Schaden leiden solle. Dieser Betrag ist ihr dann auch für die Registerbogen des II. Bandes im Juni 1900 tatsächlich gezahlt worden, jedoch im Sommer 1901, als auch Nachforderungen für die Textbogen gestellt wurden, mit Zustimmung der Versammlung eine Aenderung des Vertrages dahin beschlossen worden, daß in Zukunft für den Bogen des Buches 60 M entrichtet werden sollten. Nachdem die Textbogen des III. Bandes inzwischen für diesen Preis geliefert worden sind, stellt die Verlegerin unter Nichtbeachtung des Vertrages jetzt bei der Ablieferung der ersten 10 Bogen des Registers des III. Bandes wiederum 84 M pro Bogen in Rechnung. Wenn der Magistrat auch nicht anerkennen kann, daß der Firma ein Recht zustehe, diesen Satz zu fordern, so hat er doch seinen zuerst ablehnenden Standpunkt fallen lassen, nachdem ihm glaubhaft gemacht worden ist, daß die Firma aus der Herstellung der Textbogen etwa 60 M und der Registerbogen über 80 M pro Bogen an Kosten zu tragen hat. Es wird deshalb befürwortet, 75 M für den Registerbogen des III. Bandes des Urkundenbuches zu zahlen. Nachdem die Firma sich hiermit voll befriedigt erklärt hat,

wird die Versammlung ersucht, das Einverständnis dazu zu erklären, daß der bezeichneten Verlagsbuchhandlung für den Registerbogen des III. Bandes des Urkundenbuches anstatt des vereinbarten Preises von 60 M der Betrag von 75 M pro Bogen gezahlt werde.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Bei der Sachlage scheint es der Kommission angemessen zu sein, einen derartigen Vergleich mit der Firma C. A. Schwetschke & Sohn zu schließen und gibt Genehmigung der Vorlage anheim.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber im Einvernehmen mit der Kommission zwei andere Sachen zur Sprache bringen, nämlich einmal, ob es nicht richtig sein würde, bei dieser Gelegenheit den mit der genannten Firma abgeschlossenen Vertrag aufzuheben. Die Firma ist dazu gern bereit, und ich glaube, es liegt auch für die Stadt ein Interesse vor, von dem Vertrage zurückzutreten. Bei dem Abschluß des Vertrages war die Firma hier domiziliert, später haben sich dann die Inhaber Appelhaus und Pfennigstorff getrennt und hat letzterer die Firma mit nach Berlin genommen. Der verstorbene Stadtarchivar Hänfelmann hatte nun gewissermaßen aus Schönheitsrücksichten den Wunsch, daß die Firma Schwetschke & Sohn den Vertrag weiter führe, damit auch in den folgenden Bänden diese Firma als Druckerei aufgeführt werde. Es dürfte aber jetzt durchaus kein Grund mehr vorliegen, mit einer auswärtigen Verlegerfirma das Geschäft weiter zu betreiben, zumal da der Druck doch hier bei der Firma Appelhaus geschieht. Deshalb kann die Firma Schwetschke & Sohn umsomehr ausgeschaltet werden, als die hiesige Firma C. Appelhaus & Co. bereit ist, in den Vertrag unter den gleichen Bedingungen einzutreten.

Ferner erscheint es mir wünschenswert, daß, nachdem der Stadtarchivar Hänfelmann hier abberufen ist, bestimmte Vorschläge darüber entgegenzunehmen, in welchem Umfange das Urkundenbuch weitergeführt werden soll. Es geht mit dem Buche ebenso, wie bei anderen derartigen Werken, daß es bei der Bearbeitung über den ursprünglichen Rahmen hinauswächst. Der dritte Band des Urkundenbuches, der doch erhebliche Mühe und Kosten verursacht hat, umfaßt nur die Jahre 1320—1340, also 20 Jahre, und es sind in dem Bande mit außerordentlicher Mühe und Sorgfalt die sämtlichen Verträge über freiwillige Gerichtsbarkeit zusammengestellt und registriert. Das Sachen- und Personen-Register ist ja dabei die Hauptsache. Wenn das Werk aber in solchem Umfange fortgeführt werden sollte, so würden selbst unsere Enkelkinder dessen Abschluß nicht mehr erleben. Es ist deshalb notwendig, daß bei den nächsten Bänden eine Beschränkung des Stoffes eintritt und daß sich der Magistrat von dem Stadtarchivar Mack vor der Inangriffnahme der folgenden Bände eine Vorlage machen läßt, in welchem Umfange das Werk fortgesetzt werden soll, damit nicht aus reiner Liebhaberei das Werk unnötigerweise ausgedehnt wird.

Herr Sander: Ich kann mich mit der Vorlage nicht befreunden, weil der Magistrat in anderen Fällen auch nicht so gehandelt hat. Wenn die Firma Schwetsche & Sohn sich bei dem Abschluß des Vertrages verkalkuliert hat, so haben wir keine Veranlassung, ihr hinterher den Schaden zu bezahlen. Andere Geschäftsinhaber sind vom Magistrate auch ablehnend beschieden worden, wenn sie sich verkalkuliert haben, selbst wenn Naturereignisse den Schaden verursacht hatten. Wir dürfen hier also ein solches Präjudiz nicht schaffen.

Herr Esdorn: Es berührt mich komisch, daß hier Kosten nachgefordert werden, während sich die hiesige Firma Appelhans bereit erklärt haben soll, die Weiterlieferung des Werkes zu dem bisherigen Preise zu übernehmen. Hierüber möchte ich gern Aufklärung haben.

Herr Stadtrat Meyer: Der Vertrag war ursprünglich mit einer hiesigen Firma abgeschlossen worden und der Magistrat ist auch gern bereit, mit der Firma Appelhans in Verhandlungen einzutreten, sofern die Versammlung wünscht, daß der Vertrag mit der Firma Schwetsche abgebrochen werde. Im übrigen hat sich der Magistrat schon mit dieser und auch der Frage der Einschränkung des Werkes beschäftigt.

Was die Frage der Preisnormierung anlangt, so weicht die Sachlage hier doch insoweit von Fällen, wie sie Herr Sander angezogen hat, ab, als der Registerband zum II. Buche schon zu ähnlichen Venderungen am Vertrage Veranlassung gegeben hat und auch dafür schon 84 M. pro Bogen gezahlt worden sind. Ich halte es deshalb, wenn man der Firma nicht einen Dolus unterschieben will, für ausgeschlossen, daß sie nicht in dem guten Glauben gewesen sein soll, sie werde für diesen Registerband denselben Preis erhalten, wie für den zweiten Teil. Daher möchte ich empfehlen, daß die Herren sich zur Verwilligung des erhöhten Preises verstehen. Ob die hiesige Firma Appelhans bereit sein wird, das Werk zu demselben Preise fortzuführen, wird erst noch weiterer Verhandlung bedürfen. Soweit ich orientiert bin, sind die beiden Firmen früher vereinigt gewesen, während jetzt eine Trennung eingetreten ist und nun eine gewisse Spannung vorzuliegen scheint, die es vielleicht mit sich bringt, daß die hiesige Firma sich bereitwilliger hinsichtlich der Preisstellung zeigt. Wenn wir aber jetzt zu 75 M. für den Druckbogen abschließen, so würde die Firma Appelhans erheblich mehr bekommen, als die Firma Schwetsche & Sohn, die nur 60 M. erhalten hat. Herr Esdorn scheint auch keinen Unterschied zu machen zwischen dem Inhalte des Buches und den Registerbogen. Letztere sind nicht lang über die Seite gedruckt, sondern in zwei Kolonnen geteilt, wodurch sie erheblich mehr Arbeit verursachen als die eigentlichen Bücher selbst.

Was den Umfang des Werkes anlangt, so hat der Professor Hänselmann das Urkundenbuch auf sehr breiter Grundlage angelegt. Er hat nämlich nicht nur Urkunden in das Buch aufgenommen, die früher und auch noch heute ein gewisses

öffentliches Interesse beanspruchten, sondern auch die sogenannten Schichtbücher, also eine Zusammenstellung von Privatverträgen, die ehemals zwischen den Bürgern abgeschlossen worden sind. Solche Schichtbücher sind hier aber noch in sehr reicher Zahl vorhanden. Andere Städte, die solche Urkundenbücher herausgeben, haben sich dahin entschieden, die Schichtbücher herauszulassen, weil sonst für die Urkundenbücher ein Umfang geschaffen wird, der für die Öffentlichkeit nicht solchen Wert hat, wie er Aufwendungen macht. Wenn wir der Zustimmung der Versammlung sicher sind, so werden wir einen dem geäußerten Wunsche entsprechenden Auftrag geben. Sobald eine Aenderung beabsichtigt wird, werden wir der Versammlung eine entsprechende Vorlage machen.

Herr Weichsel: Herrn Esdorn möchte ich erwidern, daß die Differenz in den Preisen im Papier liegt und daß der dritte Band auf exorbitant teures Papier gedruckt worden ist. Die Firma Appelhans hat sich mir persönlich gegenüber bereit erklärt, in den Vertrag einzutreten, jedoch würde sie bei den ferneren Bänden nicht das sehr teure Papier nehmen, sondern ein durchaus gutes, aber billigeres Papier, wie es bei den ersten Bänden verwendet worden ist. Unter dieser Voraussetzung würde sich das Werk für 60 M pro Druckbogen fortführen lassen. Die Berliner Firma auszuschneiden, hat nur einen Zweckmäßigkeitsgrund, weil nämlich hier doch alles gedruckt wird. Die Einwendungen des Herrn Sander sind insofern nicht zutreffend, als es sich hier um Arbeiten handelt, die sich nicht so wie andere Arbeiten übersehen lassen, denn es sind Arbeiten, bei denen der Drucker den Weisungen des Verfassers in ausgiebigster Weise folgen muß. So z. B. ließ sich nicht übersehen, welche Korrekturen in den Registerbogen nötig waren. Deshalb darf man nicht ohne weiteres von diesem Falle auf andere exemplifizieren.

Herr Nolte: Mir scheint die Sachlage noch nicht genügend geklärt zu sein. Aus den Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer schien mir hervorzugehen, daß die Firma der Ansicht sein könnte, die Nachbewilligung beim vorigen Registerbände habe sich auch auf die folgenden Registerbände bezogen. Sollte das richtig sein, so würde eine Nachbewilligung stattfinden müssen, wenn wir nicht einen Prozeß befürchten wollen. Sonst aber muß ich mich auf den Standpunkt des Herrn Sander stellen. Wenn sich ein Verleger verkalkuliert hat, so brauchen wir deshalb keinen Nachschuß zu bewilligen. Es handelt sich dabei um ein gewagtes Geschäft, aber wer ein solches eingeht, muß auch das Risiko tragen. Die Firma mußte wissen, daß der Registerband mehr Kosten verursacht, als die anderen Bände. Ich würde bereit sein, die Mehrbewilligung auszusprechen, wenn ein Interesse der Stadt vorläge. Da man aber vorhat, den Vertrag mit der Firma Schwetjcke aufzuheben und mit einer anderen Firma einen Vertrag einzugehen, so hat die

Stadt kein Interesse daran, eine Nachbewilligung für schon gedruckte Sachen zu beschließen.

Herr Stadtrat Meyer: Die Firma Schwetschke & Sohn hat infolge der Schwierigkeiten, die sie bei der Erlangung des jetzt wieder von ihr gewünschten Preises gehabt hat, selbst angeregt, den mit ihr abgeschlossenen Vertrag aufzuheben. Einen Rechtsanspruch auf einen erhöhten Preis hat die Firma nicht, denn der Vertrag ist durchaus klar gehalten, aber da, entgegen der Vertragsbestimmung, schon bei dem Registerbände des II. Buches ein erhöhter Preis bezahlt worden ist, so mag sich die Firma in dem guten Glauben befunden haben, daß sie auch beim dritten Registerbände den erhöhten Preis erhalten würde.

Vorsitzender: Um wieviel handelt sich denn die Differenz?

Herr Weichsel: Es handelt sich um 10 Registerbogen, für die die Firma 840 M. haben will, während ihr nach dem Vertrage nur 600 M. zu zahlen sein würden und der Magistrat ihr nach der Vorlage 750 M. bewilligen will.

Herr Stadtrat Meyer: Der Registerband umfaßt aber nicht 10 Bogen, sondern etwa 30 Bogen, so daß die Mehrausgabe nach der Magistratsvorlage etwa 450 M. betragen würde.

Herr Sander: Ich würde für die Vorlage zu haben sein, wenn der Magistrat erklärte, in anderen Fällen auch so handeln zu wollen, sobald von einem Unternehmer nachgewiesen wird, daß er bei einer städtischen Arbeit Schaden gehabt habe. (Heiterkeit.) Nachdem hier aber erklärt worden ist, daß die Firma Schwetschke & Sohn ein kontraktliches Recht auf Nachforderung nicht hat, muß ich bitten, die Vorlage abzulehnen.

Herr Meyerhoff: Ich muß mich gegen eine Aeußerung des Herrn Referenten wenden, der meinte, die Firma habe den Umfang der Arbeit und deren Kosten vorher nicht übersehen können. Wenn auch im geschäftlichen Leben, wo häufig die Elemente dem Unternehmer noch Schaden zufügen, sich oft eine Arbeit nicht übersehen läßt, so handelt es sich doch hier um ein rein rechnerisches Geschäft, das sehr leicht zu übersehen sein muß. Mir ist ein Fall erinnerlich, daß der Magistrat einem Unternehmer nichts nachbewilligt hat, obwohl nachgewiesen wurde, daß er einen Schaden gehabt hatte, der in die Tausende ging, während es sich hier nur um eine Kleinigkeit handelt, die wir auch nicht zu bewilligen brauchen.

Herr Fiedel: Ich glaube, die Arbeit wird unterschätzt und ich möchte bestreiten, daß sie so leicht zu berechnen ist, wie hier angenommen wird. Der Schriftsatz ist im Gegenteil sehr schwer zu berechnen. Mir ist ein Fall bekannt, daß ein solches Register drei oder viermal umgearbeitet worden ist und erhebliche Kosten verursacht hat. Hier wird es wohl ebenso gewesen sein, so daß die Mehrkosten sich leicht erklären. Außerdem ist aber auch noch ein erheblicher Unterschied

zwischen diesem Vertrage und den Arbeiten, welche die Stadt sonst zu vergeben hat. In den allermeisten Fällen handelt es sich bei den sonstigen Arbeiten um die Heranziehung von Konkurrenten, deren billigster die Arbeit bekommen hat. Wenn nun ein solcher Unternehmer hinterher mit seiner Forderung nicht ausgekommen ist, so ist es schon mit Rücksicht auf die übrigen Konkurrenten, die eine höhere Forderung gestellt hatten, nicht möglich, ihm etwas nachzubewilligen. Geschähe das, so würden sich die Unternehmer am besten stehen, wenn sie nur einen billigen Preis forderten und hinterher nachwiesen, daß sie mit dem Preise nicht ausgekommen wären, um einen Nachschuß zu erhalten. Hier liegen aber andere Schwierigkeiten vor, die der Berücksichtigung, wenn auch nicht aus rechtlichen, so doch aus Gründen der Billigkeit wert sind.

Herr Günther: So einfach, wie Herr Meyerhoff das darstellt, ist denn diese Berechnung doch nicht. Man kann nicht sagen: so viel kostet das Papier, so viel der Druck und nun ist der Preis fertig. Das Werk ist schon eine Reihe von Jahren in Arbeit; inzwischen ist der Sekretarist erheblich erhöht, die Papierpreise sind gestiegen zc. Wenn es sich außerdem nicht um imitiertes, sondern um echtes Wüttenpapier handelt, so ist auch dieses sehr teuer. Also ist eine Verfallulierung auch hierbei sehr leicht möglich. Macht nun der Autor sehr viel Korrekturen in einem solchen Werke, so erhöht sich dadurch der Preis bedeutend. Wenn z. B. die Herren Redner in den ihnen zugesandten Korrekturbogen unseres Versammlungsberichtes sehr viel corrigieren, so muß die dadurch entstehende Mehrarbeit der Druckerei auch besonders bezahlt werden. Solche Mehrarbeiten kann aber keine Druckerei übersehen, sie müßte sonst den Preis von vornherein höher berechnen, als er sich unter normalen Verhältnissen stellen würde. Die von Herrn Sander erwähnten Arbeiten lassen sich also hiermit nicht vergleichen. Da es sich nur um eine geringfügige Summe handelt, so können wir die um so eher bewilligen, als wenn es sich um Tausende handeln würde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage abgelehnt.

III. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen von 1899/1900 bis 1901/1902.

Nach dem Berichte des Herrn Jüdel sind die städtischen Haushaltsrechnungen der Jahre 1899/1900, 1900/1901 und 1901/1902 von ihm einer Anzahl Stichproben unterworfen worden, die zu Anständen keinen Anlaß gegeben haben, so daß er nur empfehlen könne, die Rechnungen als richtig anzuerkennen,

was seitens der Versammlung geschieht.

IV. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse zc. für 1903/04.

Der Magistrat überreicht die Rechnungsabschlüsse

- 1) der Kammereikasse und der mit ihr durch Zu- oder Ueberschüsse in Verbindung stehenden Nebenkassen, sowie
- 2) der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen und der Kreiskommunalkasse

für das Rechnungsjahr 1903/04 zur Prüfung. Die Versammlung wird weiter ersucht, die aus den vorgelegten Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt worden sind, nachträglich genehm zu halten und danach die Exekutionsetats der sämtlichen Kassen vorbehaltlich der Rechnungsablage für gerechtfertigt zu erklären.

Die jedem Mitgliede der Versammlung in einem Abzuge zugestellten Rechnungsabschlüsse hat Herr Wolters im Auftrage der Finanzkommission geprüft und berichtet darüber wie folgt: Die Herren werden mit mir übereinstimmen, daß, soweit Ueberschreitungen vorgekommen sind, diese als gedeckt angesehen werden und zwar entweder durch den besonderen Beschluß der betreffenden Versammlung, oder dadurch, daß sie durch allgemeine gesetzliche oder statutarische Verpflichtungen geboten waren, oder daß sie dem bisherigen Gebrauche entsprachen. Die Finanzkommission beantragt, für die Rechnungsabschlüsse die Entlastung zu erteilen.

Aus den hochinteressanten Abschlüssen möchte ich nur folgendes hervorheben:

Das Ordinarium der Kammereikasse schließt mit einem Ueberschusse von 153 550,⁸⁸ M ab, während es sich nach dem Etat ausgleichen sollte. Die Einnahmen sind um 176 741,⁸⁹ M und die Ausgaben um 23 191,²¹ M höher gewesen, als der Voranschlag. Aus der Bewirtschaftung des Kieselgutes hat ein Gewinn von 11 915,⁸⁰ M eingestellt werden können. Der Zuschuß der Kammereikasse zum Kieselgute im Betrage von 29 657,⁶⁰ M hat ausschließlich zur Unterhaltung der Pumpstation gebient. Dieser Zuschuß ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und läßt das beste für die Zukunft erhoffen. An Pachtgeldern sind 40 867,⁴⁷ M vereinnahmt worden, nämlich 4373,⁴⁷ M mehr als im Etat angenommen war. Die verpachtete Länderei hat sich jetzt ziemlich verdoppelt, auch sind höhere Pachtpreise erzielt worden. Aus Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben resultiert eine Mehreinnahme gegen den Etat von 71 058,¹⁸ M. Dieser Betrag setzt sich in folgender Weise zusammen:

Mehr vereinnahmt sind an:

Bürgerrechtsgewinngebern	792 M — S,
Steuerrückständen aus dem Vorjahre	3 252 " 73 "
Gemeinde-Grundsteuern	2 224 " 71 "
" = Einkommensteuern	79 091 " 83 "
Biersteuern	1 966 " 95 "
Wanderlagersteuern	400 " — "
	<hr/>
	11. 87 728 M 22 S.

Weniger vereinnahmt sind an:

Gewerbesteuern	11 578 M 15 S,
Abgabe des Elektrizitätswerkes	5 091 " 89 "
	<hr/>
	11. 16 670 M 04 S.

bleibt eine Mehreinnahme von 71 058 M 18 S.

Was die ordentlichen Ausgaben der Rämmereikasse betrifft, so hat das Unterrichtswesen 28 067,58 M mehr erfordert, als der Voranschlag annahm. — Die Armenkasse machte einen Zuschuß von 393 006,19 M erforderlich, d. i. 41 306,19 M mehr, als der Etat annahm. Dieser Zuschuß ist innerhalb der letzten sechs Jahre um 130 000 M gewachsen. Die Finanzkommission hat sich an dieser Mehrausgabe nicht gestoßen, im Gegenteil die Herren sind erfreut, daß die Armenpflege in so vorzüglicher Weise gewirkt hat. Auch die Grundjäge sind zur Sprache gekommen, nach denen die Gelder verteilt worden sind und die sich in Uebereinstimmung mit der Ansicht des Magistrates befinden. Es sind nämlich nicht nur Geldunterstützungen, sondern auch Naturalien gegeben worden. Wenn nach einer Stelle hin durch freiwillige Schenkungen zc. außergewöhnliche Leistungen vorgekommen waren, so hat man nur aus diesem Grunde die Leistung der Armenkasse nicht ganz verschwinden lassen wollen, sondern man hat sie nur etwas beschränkt. — Der Zuschuß für die Straßenreinigung ist gegen den Etat um 32 200 M geringer gewesen, während für den Straßenbau 36 517,33 M mehr aufgewendet wurden, als der Etat annahm. Die Mehrausgabe rührt daher, daß eine Anzahl von im Etat nicht vorgesehenen Straßen auf Grund besonderer Beschlüsse der Versammlung ausgebaut worden sind.

Was den außerordentlichen Etat der Rämmereikasse anbelangt, so ist zunächst zu bemerken, daß die im Etat vorgesehenen Anleihen im Betrage von 897 300 M nicht aufgenommen worden sind. Bei den Ausgaben bietet ein besonderes Interesse das Kap. IV (Bauten und öffentliche Anlagen). Hier sind weniger ausgegeben für Hochbauten zc. 184 964,18 M. Dazu gehören: die dritte Rate für das Museumsgebäude mit 70 170,34 M, die letzte Rate für das Kinderheim mit 54 464,77 M, die Bau summe für das Lehrerinnen seminar mit 47 980,06 M.

Mehr wurden ausgegeben 214798,20 M, so daß die Etatssumme um 29834,02 M überschritten wurde.

Ueber den Schulhausbaufonds ist in den beigegebenen Bemerkungen des Magistrates gesagt worden, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Versammlung vom 4. Februar 1904 — Seite 349/350 des Berichtes — der Gewinn des Wasserwerkes für 1902/03 im Betrage von 112361,78 M einstweilen nicht dem Schulhausbaufonds zuzuführen sei, weshalb man ihn vorläufig als vorübergehende Einnahmen bei der Stadthauptkasse gebucht habe. Es ist das damals geschehen, um etwa noch nicht voranzuführende, oder noch nicht klargestellte Ausgaben zu sichern. Nachdem aber inzwischen sämtliche Kosten berechnet und gedeckt worden sind, beantragt die Finanzkommission, nunmehr den Betrag von 112361,78 M dem Schulhausbaufonds zu überweisen. Der Bestand dieses Fonds betrug Ende 1903/04 136682 M; dazu kommt der Gewinn des Gaswerkes aus dem Jahre 1903/04 mit 267118,31 M und der Gewinn des Wasserwerkes aus demselben Jahre mit 100667,98 M, so daß der Schulhausbaufonds am 1. April d. Js. 504468,29 M befeffen hat, und wenn man die 112361,78 M als Gewinn des Wasserwerkes aus dem Vorjahre hinzurechnet, so zählt der Fonds 616830,07 M. Für das laufende Jahr sind an Ausgaben 529480 M etatifiziert worden. Da aber hiervon verschiedene Posten noch nicht voll zur Ausgabe kommen werden, z. B. die erste Rate für den Neubau einer unteren Bürgerschule mit 175000 M, der Zuschuß für den Bau des Lehrerinnenseminars mit 60000 M, der erste Beitrag zu den Kosten des Neubaus für Archiv und Bibliothek mit 30000 M etc., so könnte es scheinen, als ob die Mittel des Schulhausbaufonds außerordentlich groß wären. Das ist aber deshalb nicht der Fall, weil im nächsten Jahre diese und noch andere Pauten zur Ausführung kommen werden, so z. B. auch die neue Realschule, die allein einen Kostenaufwand von 380000 M erfordern wird. Ferner wird es sich bald als unabweislich herausstellen, daß die Anlagen des alten Gaswerkes ersetzt werden müssen. Die Folge davon aber wird sein, daß der nächstjährige Ueberschuß des Gaswerkes dem Erneuerungsfonds dieses Werkes wird überwiesen werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist dankenswert, daß der Herr Referent diese Uebersicht den Rechnungsabschlüssen beigegeben hat, aber den Ansichten des Magistrates entspricht sie nicht in allen Punkten. So z. B. ist mir neu, daß die Realschule mit ihren 380000 M aus dem Schulhausbaufonds gebaut werden soll. Der Magistrat hat bisher den Standpunkt vertreten, daß dieser Fonds nur für den Bau von Bürgerschulen verwendet werden soll; wir müssen uns also den Punkt noch sehr überlegen. In Wirklichkeit ist aber auch der Schulhausbaufonds nicht so groß, wie von dem Herrn Referenten angenommen worden ist, denn von den 616830 M sind inzwischen schon verschiedene Ausgaben geleistet worden

und andererseits konnte auch der Gewinn des Wasserwerkes noch nicht ganz an den Fonds abgeführt werden, weil er von der Versammlung noch nicht festgestellt worden ist.

Herr Wolters: In der Vorlage über den Bau der Realschule ist allerdings nicht erwähnt worden, aus welchen Mitteln der Bau bestritten werden soll.

Herr Böschigt: Ich begrüße es mit Freuden, daß das Nieselgut jetzt besser abschließt als früher, wenn ich auch nicht so rosig in die Zukunft sehe, wie Herr Wolters.

Die Versammlung spricht die Entlastung für das Rechnungsjahr 1903/04 aus und beschließt, daß die 112361,78 M als Gewinn des Wasserwerks für 1902/03 nunmehr endgültig dem Schulhausbaufonds überwiesen werden.

V. Weitervermietung des Katskellers.

Die Versammlung beschließt auf Antrag, die Beratung der Vorlage in der vertraulichen Sitzung vorzunehmen.

VI. Aenderung des Ortsbauplanes östlich des Westbahnhofes.

Die Firma Karges = Hammer, Maschinenfabrik, ersucht um Verlegung der Teißstraße Nr. 433, die das Grundstück Blumenstraße 6 durchschneidet. Auf Empfehlung der städt. Bauverwaltung gibt der Magistrat anheim, dem Antrage in der Weise zu entsprechen, daß der Straßenzug Nr. 433 und in Verbindung damit die angrenzenden Straßenzüge Nr. 434 und 435 in westlicher Richtung verschoben werden, sowie daß die Straßenzüge Nr. 460 und 461 aufgehoben und dafür im Anschluß an die alte Blumenstraße neue Straßenzüge festgesetzt werden. Auch eine geringe Verschiebung der in der Verlängerung der Luisestraße gelegenen Straßenzüge Nr. 455—457 erscheint der städt. Bauverwaltung wünschenswert, mit welcher Aenderung der Magistrat ebenfalls einverstanden ist.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VII. Belegung eines Teiles des Fußweges der Salzdahlumerstraße mit Platten.

Auf Antrag von Anliegern wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der westliche Fußsteig der Salzdahlumerstraße zwischen Campe- und Leisewitzstraße in einer Breite von 1,80 m mit Platten belegt werde und das zwecks dieser Plattenlegung von der städt. Bauverwaltung ausgearbeitete Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Die gesamten Kosten werden sich auf 1370 M und der Anliegerbeitrag auf 8,30 M für 1 m Frontlänge belaufen.

Namens der Baukommission gibt Herr Rieke anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Brückmann: Ich möchte anfragen, ob es nicht angängig gewesen ist, auch die Fortsetzung der Straße mit Platten zu belegen.

Herr Stadtrat Meyer: Wir sind immer dem Grundsätze gefolgt, die Fußsteige einer Straße erst dann mit Platten zu belegen, wenn die Anlieger, welche die Kosten tragen müssen, es selbst wünschen. Sollte den Anliegern der weiteren Strecke der Salzdhallumerstraße ebenfalls daran gelegen sein, Platten vor ihren Grundstücken zu erhalten, so würde der Magistrat wahrscheinlich auf einen entsprechenden Antrag eingehen.

Herr Ahmann: Ich freue mich immer, wenn Fußwege in einen besseren Zustand versetzt werden, und ich möchte bei dieser Gelegenheit die freundlichen Augen des Magistrates auf den schlechten Zustand des Fußweges der Bertramstraße von der Helmstedterstraße bis zum Grundstück *N* 7 richten.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

VIII. Verkauf von Flächen der alten Höfenstraße.

Durch den Ausbau der Höfenstraße sind verschiedene Flächen verfügbar geworden, von denen der Magistrat eine 1,12 a große Fläche zum Preise von 12 *M* pro qm an den Gärtner Ristig, eine 1,82 a große Fläche zu 10 *M* pro qm an den Restaurateur Fritz Sonntag und eine 27 qm große Fläche zum Einheitspreise von 10 *M* an die Ehefrau des Stereotypenr's Abt verkauft hat. Die Stadt hat seinerzeit die zur Regulierung der Höfenstraße erforderlichen Flächen freihändig zu 12 *M* pro qm angekauft. Dem Herrn Sonntag wird das Kaufgeld in der Weise kreditiert, daß er vierteljährlich mindestens 50 *M* abzahlt, während Frau Abt mindestens 20 *M* vierteljährlich zu zahlen hat, Herr Ristig aber bar bezahlt. Dem Antrage auf Genehmigung des Verkaufs unter den vorstehenden Bedingungen

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Bues berichtet, zu.

IX. Bepflanzung städtischer Plätze mit Bäumen.

Der Stadtverordnete Löschig hat bei dem Magistrate die Bepflanzung einer Reihe innenstädtischer Plätze mit einzelnen Bäumen angeregt und die städt. Bauverwaltung hat eine Berücksichtigung dieses Wunsches empfohlen. Da ältere, an geeigneter Stelle allein stehende Bäume erfahrungsgemäß nicht nur den Umwohnern lieb zu sein, sondern infolge ihrer malerischen Wirkung auch Fernerstehenden Genuß zu bieten pflegen, so ist der Magistrat nicht abgeneigt, der Ausführung des Gedankens näherzutreten. Geeignet für eine derartige Bepflanzung scheinen dem Magistrate Bankplatz, Friedrich-Wilhelmsplatz, Kohlmarkt, Altstadtmarkt, Ruhfäutchenplatz, Burgplatz und Radeklint zu sein, und zwar wird für ausreichend

gehalten, wenn die fünf zuerst angeführten Plätze mit je einem, die beiden letzten aber mit je zwei Bäumen bepflanzt werden. Die Umpflanzung eines Baumes wird etwa 170 M. kosten, wenn er mit Granitbordquadern umpflastert und mit einer gußeisernen Wurzelroste versehen wird und nur etwa 50 M., wenn diese Sicherung unterbleibt. Zur Ermöglichung einer gedeihlichen Entwicklung der Bäume dürfte die Umpflasterung und Schözung der Wurzel bei den meisten nicht zu umgehen sein, sie kann nach der Ansicht des Magistrates nur unterbleiben bei den beiden Bäumen des Burgplatzes und dem Baume auf dem westlichen Teile des Radeflintes. Die Gesamtkosten für die neuen Bäume würden sich danach auf 1170 M. belaufen. Der Magistrat ersucht, diesen Betrag zu Lasten der Luise Ottmer-Stiftung zu bewilligen.

Herr Rathe: Die Baukommission hat der Vorlage im allgemeinen zugestimmt und gibt deren Genehmigung anheim. Persönlich bin ich allerdings der Meinung, daß man zweifelhaft sein kann, ob die Bäume sich an allen für sie vorgesehenen Stellen bewähren werden und ob nicht einzelne Bäume verkehrshindernd sein dürften. Zu der letzteren Kategorie zähle ich die Bäume auf dem Ruhfäutchenplatz, dem Friedrich-Wilhelmsplatz und dem Kohlmarke. Gerade auf dem letzteren Platz wird der Baum bei Aufstellung der Wessbuden recht hinderlich sein, ohne den Anwohnern Nutzen zu bringen. Für die Anbringung der übrigen Bäume kann ich mich dagegen auch nur aussprechen.

Herr Meyerhoff: Leider konnte ich gestern der Kommissionsitzung nicht beiwohnen, um meine Bedenken vorzubringen. Die Bäume auf dem Ruhfäutchenplatz und dem Friedrich-Wilhelmsplatz halte ich ebenfalls für verkehrshindernd und deren Aufstellung deshalb nicht für angebracht. So gut ein solcher Baum auch wirken mag, sind wir doch dem Verkehre schuldig, dort Bäume nicht hinzustellen. Ich möchte deshalb bitten, diese beiden Bäume abzulehnen.

Herr Böschigk: Ich freue mich, daß mein Antrag wenigstens etwas Anerkennung gefunden hat. Herrn Meyerhoff möchte ich erwidern, daß ein solcher Baum durchaus nicht verkehrshindernd wirkt. Wenn man vor 30 Jahren die Sandwüste auf dem Hausvoigteiplatz in Berlin gesehen hat, so wird man sich heute über die schönen Anlagen dieses Platzes wundern, der hundertmal so viel Verkehr hat, als unser Ruhfäutchenplatz. Mein Antrag soll nur bezwecken, dem hiesigen Stadtbilde etwas äußeren Schmuck zu geben und ich bin gar nicht so weit gegangen, für die Plätze gärtnerische Anlagen zu fordern, wie man sie in anderen Städten, namentlich in Berlin, Hannover, Cassel usw. findet. Wenn wir z. B. unsern Hagenmarkt mit gärtnerischen Anlagen versehen wollten, so würde dadurch der Verkehr nicht gestört, sondern geregelt werden. Ebenso verstehe ich nicht, wie ein Baum auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz verkehrshindernd wirken soll. Auch auf dem Ruhfäutchenplatz wird sich bei seiner Größe eine Stelle finden lassen, auf der

ein Baum den Verkehr schützt und mit regelt. Es ist zu bedauern, daß die Bäume auf dem Burgplatze und dem Radeflinte verschwunden sind und ich kann nur wünschen, daß dort recht bald wieder Bäume stehen. Unsere Nachkommen werden uns Dank wissen, wenn die Stadt auf ihren Plätzen etwas Grünes aufweist.

Herr Stadtrat Meyer: Herr Böschigt hat die Magistratsvorlage so warm verteidigt, daß ich dem kaum noch etwas hinzufügen kann. Herrn Rathe gegenüber muß ich bedauern, daß er mit seiner Ansicht nicht schon in der Kommissionsitzung hervorgetreten ist, da man sich dort darüber hätte unterhalten können. Im übrigen pflichte ich Herrn Böschigt bei, daß mit der Vorlage auch noch der Nebenzweck erreicht wird, den Verkehr auf den betreffenden Plätzen in bestimmtere Bahnen zu leiten, was ich für durchaus erstrebenswert halten muß. Auf die Befürchtung des Herrn Meyerhoff möchte ich bitten, nicht viel zu geben, denn wenn sich wirklich herausstellen sollte, daß der Verkehr auf den beiden Plätzen durch die Bäume litte, so würden sie eben nach Jahresfrist wieder weggenommen. Der Verlust würde nicht so groß sein, weil die Hauptkosten in der Bordquaderbefestigung stecken.

Herr Sander: Ich vermissе in der Vorlage den Wollmarkt und die Alte Wage. Wenn man durch die Bäume eine malerische Wirkung erzielen will, so sind diese beiden Plätze am allergeeignetsten dazu. Die Anlieger des Wollmarktes haben mich gebeten, diesen Wunsch hier vorzutragen. Wenn der Wollmarkt vielleicht deshalb nicht eingebegriffen ist, weil er erst instand gesetzt werden soll, so würden sich die Anlieger natürlich so lange zu bescheiden haben.

Herr Weichsel: Ich habe bereits den Antrag eingereicht, den Wollmarkt mit zwei Bäumen zu bepflanzen und ich beziehe mich zur Begründung des Antrages auf die Ausführungen des Herrn Sander.

Herr Esdorn: Ich begrüße die Vorlage mit Freuden, habe aber bezüglich des Altstadtmarktes zu erinnern, daß dort mindestens zwei Bäume hingehören und nicht nur ein Baum, für den noch dazu die ungünstigste Stelle des Platzes, wo gerade der lebhafteste Wagenverkehr herrscht, ausersehen ist. Ich möchte also beantragen, den Altstadtmarkt mindestens mit zwei Bäumen zu bepflanzen.

Herr Schmidt: Es ist noch nicht auf eine praktische Folge der Vorlage hingewiesen worden, daß nämlich durch das Einpflanzen der Bäume größere Plateaus entstehen, auf die sich die Fußgänger flüchten können. Der Ansicht des Herrn Meyerhoff kann ich nicht beipflichten, da die Bäume auch auf den beiden Plätzen nicht verkehrshindernd sind.

Herr Rathe: Herr Stadtrat Meyer hat in seinen Ausführungen vollständig recht. Ich würde auch meine Bedenken schon in der Kommissionsitzung geäußert haben, wenn ich Zeit und Gelegenheit gehabt hätte, mir die Vorlage vor der Sitzung gründlich anzusehen. Auch Herrn Schmidt gebe ich recht, daß es gut ist, auf einem freien Platze hier und da eine Stelle zu haben, wohin man flüchten

kann, jedoch muß ich trotzdem bitten, von der Aufstellung der Bäume auf dem Ruhfäutchen- und dem Friedrich-Wilhelmsplatz Abstand zu nehmen, weil hier die Bäume tatsächlich im Wege stehen würden.

Herr Meyerhoff: Von sogenannten Rettungseinseln kann hierbei keine Rede sein, denn die mit Bäumen bepflanzten Stellen der Plätze können diesem Zwecke nicht dienen. Ich möchte meinen Antrag dahin erweitern, die Bäume für den Friedrich-Wilhelmsplatz und den Ruhfäutchenplatz zu streichen und sie auf den Wollmarkt zu stellen. Dieser alte und schöne Platz kann den Baumschmuck besser gebrauchen und außerdem wirken die Bäume dort nicht verkehrshindernd.

Herr Fiedel: Für den gärtnerischen Schmuck von Plätzen würde ich immer zu haben sein, aber einzelne Bäume muß ich für verkehrshindernd halten. Ich weiß z. B. auch nicht, was der Baum auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz soll, da man doch ganz in der Nähe dort so schöne Anlagen im Eisenbahnpark etc. hat. Ebenso ist es mit dem Baume auf dem Kohlmarkt, wo er unzweifelhaft sehr verkehrshindernd wirken muß, und genau so geht es mit dem Altstadtmarkte. Mir erscheint es auch zweifelhaft, ob das Bild der Plätze durch einen einzelnen Baum gehoben werden kann, es müßten dann schon mindestens zwei Bäume gesetzt werden.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn die Kritik so weiter geht, wird kaum ein einziger Baum übrig bleiben. Der Wollmarkt scheint der einzige Platz zu sein, der sich in diesem Punkte der Gunst der Herren zu erfreuen hat. Ob und wie der einzelne Baum auf den einzelnen wirkt, ist natürlich Geschmacksache und der Geschmack ist bekanntlich verschieden. Wenn Sie aber noch weitere Bäume innerhalb der Stadt zu haben wünschen, so werden sie bei dem Magistrate wohl ein williges Ohr finden. In solchem Falle bitte ich aber nicht nur den Wunsch auszusprechen, weitere Bäume zu pflanzen, sondern gleichzeitig den Magistrat zu ermächtigen, die Pflanzung der Bäume zu Lasten der Ottmerstiftung auszuführen. Sollte die Stiftung zu weiteren Ausgaben im laufenden Jahre nicht mehr umstande sein, so würde die Pflanzung im nächsten Jahre ausgeführt werden.

Vorsitzender: Würde sich die Idee, die Plätze mit Anlagen zu versehen, mit den Baumpflanzungen vereinigen lassen? (Zustimmung).

Ich würde nun bei den auseinandergehenden Ansichten der Versammlung über jeden einzelnen Platz abstimmen lassen.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, die geforderten Mittel zu bewilligen und die Auswahl der Plätze der städtischen Bauverwaltung zu überlassen. Wenn ein Baum an eine Stelle kommen sollte, die sich hinterher als nicht geeignet erweist, so kann er leicht wieder beseitigt werden.

Herr Böschigt (zur Geschäftsordnung): Mir gefallen auch nicht alle vorgeschlagenen Plätze, deshalb würde ich dafür sein, dem Magistrate deren Auswahl zu überlassen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich empfehle Ihnen, dem Magistrate zu Lasten des laufenden Etatsjahres eine Summe bis zu 1200 M zur Verfügung zu stellen, sowie mit Rücksicht darauf, daß Sie noch weitergehende Wünsche bezüglich der Aufstellung von Bäumen haben, dem Magistrate für den nächstjährigen Etat noch 600 M zu bewilligen. Ob der Magistrat auf alle hier geäußerten Wünsche eingehen wird, ist allerdings eine andere Frage.

Herr Fiedel: Weshalb erscheint es dem Magistrate wünschenswert, daß wir uns heute schon für den nächsten Etat festlegen?

Herr Stadtrat Meyer: Herr Fiedel ist insofern im Irrtum, als der Magistrat einen Etat für die Luise Ottmerstiftung überhaupt nicht vorlegt. Im übrigen wird auch in anderen Fällen die Zustimmung der Versammlung zu diesen und jenen Anträgen schon vor Beginn des Etatsjahres eingeholt.

Die Versammlung beschließt nunmehr, zu Lasten des laufenden Etats 1200 M und zu Lasten des nächsten Etats 600 M dem Magistrate behufs Pflanzung von Bäumen an geeigneten Stellen der Stadt aus der Luise Ottmerstiftung zur Verfügung zu stellen.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

X. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Es wird beschlossen, die Steuer für einen Ziehhund der Frau Marie Bolze, sowie für einen Wachhund des Gärtners Hüfner, der außerhalb des Nachtwächterbeganges am Bülden wohnt, zu erlassen, das Gesuch des Arbeiters Heinrich Sternberg um Erlaß der Steuer für einen Wachhund aber abzulehnen. Die Gesuche des Arbeiters Jäger, des Maschinenwärters Altenhoff und des Arbeiters Cuhls, Salz Dahlumerstraße 40—42 finden insoweit Berücksichtigung, als den Genannten die Steuer auf die Hälfte ermäßigt wird. Maßgebend hierfür war der Umstand, daß nach einem Berichte der Herzoglichen Polizeidirektion vom Frühjahr 1903 die Grundstücke außerhalb des Nachtwächterbeganges liegen, während sie nach einem späteren Berichte innerhalb des Beganges liegen sollen.

XI. Kanalisierung des Grabens an der Eisenbütlerstraße.

Die Parkdeputation hat beschlossen, für die Anlegung eines Spielplatzes einen Teil des südlichen Bürgerparkes zu verwenden. Es wäre sehr erwünscht, zu diesem Zwecke den vom Lämmchenteiche westwärts zur Oker bei Eisenbütel führenden Wassergraben zu kanalisieren, damit das Spiel ungefährdet betrieben werden kann, Bälle nicht in den Graben fallen u. dgl. m. Das schon im Jahre 1902 angeregte

Projekt dieser Kanalisation wurde damals wegen des hohen Kostenanschlages und des hohen Preises der Röhren einstweilen bei Seite gelegt. Da indessen beim neuen Wasserwerke ein größerer Posten von Tonröhren lagert, die zu Straßenkanälen nicht verwendet werden sollen und trotz häufigen Angebots nicht verkauft werden konnten, so ist der Magistrat der Meinung, daß die Röhre zu diesem Zwecke unentgeltlich hergegeben und hier verwendet werden können. Unter dieser Voraussetzung würde die Kanalisation nur noch 5000 M Kosten verursachen. Die Versammlung wird um Bewilligung dieser Mittel ersucht.

Herr Schmidt: Der betreffende, den Elektrizitätswerken gegenüberliegende Graben hat eine Länge von 65 m. Hierfür 5000 M auszugeben — früher wurden sogar 9000 M gefordert — ist allerdings ziemlich viel, namentlich wo es sich mehr um einen idealen Zweck handelt. Wir befolgen dabei aber den weiteren Zweck, den offenen Graben als solchen zu beseitigen und können diese Arbeit auch als Notstandsarbeit betrachten. Die vom Magistrat weiter angeführte Motivierung, daß die Källe vom Spielplatze nicht mehr in den Graben fallen sollen, scheint mir recht unglücklich gewählt zu sein, denn dafür gibt man keine 5000 M aus. In Anbetracht der sonstigen Umstände empfiehlt aber die Finanzkommission, der Vorlage zuzustimmen, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß noch Ersparnisse gemacht werden möchten.

Herr Meyerhoff: Ich vermissen in dem Referate, was mit dem gewonnenen Terrain gemacht werden soll. Obwohl dort eine ganze Masse Leute gehen, findet sich doch kein Fußweg der Stadt in einem schlechteren Zustande als dieser. Deshalb möchte ich den Magistrat ersuchen, auf diesem Grabenterrain einen Fußweg anzulegen und die Bäume mit Bordquadern zu schützen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Auf diesen Wunsch können wir augenblicklich noch nicht eingehen, weil es sich um eine Staatsstraße handelt. Außerdem steht es auch dahin, ob die Straße so liegen bleiben wird wie jetzt; denn die Verhandlungen wegen des Bahnhofsumbaues sind jetzt anberaumt worden und soll in nächster Zeit die erste Sitzung stattfinden. (Hört, hört!) Wir müssen also abwarten, wie sich die Verhältnisse dort gestalten werden.

Herr Sander: Läßt es sich nicht ermöglichen, an diesen Kanal die Abwässer der in Eisenbüttel stehenden Häuser über die Oker weg anzuschließen? (Nein.)

Herr Bues: Der Zweck dieses Kanals ist nicht nur ein idealer, sondern ist eine große Notwendigkeit. An der Straße ist ein so gewaltiger Wagenverkehr, daß die Fußgänger oft in Gefahr kommen, unter die Räder zu geraten. Der Kanal würde also für die Passanten eine gewisse Sicherheit bieten. Da nun über kurz oder lang anderweitig über die Straße verfügt werden wird, so muß der Kanal doch bald gemacht werden und wird deshalb hier kein Geld weggeworfen.

Herr Meyerhoff: Ich habe nicht gewußt, daß es sich hier um eine Staatsstraße handelt. Vielleicht läßt sich aber auch die Herzogliche Baudirektion zu der von mir angeregten Aenderung bereitfinden.

Hierauf wird die Magistratsvorlage angenommen.

XII. Bauarbeiten im Pflegehause und Anschaffung von Mobilien.

Nach einem früheren Beschlusse der städtischen Behörden soll das alte Pflegehaus, das nach dem Bezuge des neuerbauten Kinderheims frei geworden ist, in Zukunft zur Unterbringung von siechen Männern und Frauen benutzt werden. Zu diesem Zwecke würde das Haus entsprechend umzugestalten sein. Namentlich handelt es sich dabei um die Einrichtung von Bade- und Waschzimmern und die Anlage von Wasser-Klosetts, sowie um die Erneuerung des Anstrichs der Decken- und Wandflächen, wie auch eines Theiles der Wandbekleidungen, Türen und Fenster. Nach der Instandsetzung soll der südliche Flügel des Hauses zur Unterbringung von siechen Männern, das Obergeschoß und die Räume im Dachgeschoß zur Unterbringung von siechen Frauen dienen. Im nördlichen Flügel des Erdgeschosses sind Räume für das Aufsichtspersonal, einige Wirtschaftsräume, sowie eine Wohnung für den Portier vorgesehen. Außerdem sollten daselbst an Stelle der seitherigen Waschzimmer zwei Badezimmer hergerichtet werden. Für ein Waschzimmer sind transportable Waschständer und ein Ausgußbecken anzuschaffen. Ferner würde unter dem Hofe durch eine Zuflußleitung für das benötigte warme Wasser von der Waschküche nach dem Pflegehause anzulegen sein. Erforderlich werden ferner 24 eiserne Bettstellen nebst Matratzen à 60 M = 1440 M. Insgesamt würde ein Betrag von 8440 M erforderlich sein. Da für den vorliegenden Zweck durch den diesjährigen Etat bereits ein Teilbetrag von 3000 M zur Verfügung gestellt worden ist, so würden noch 5440 M zu bewilligen sein. Dem Ersuchen des Magistrates um Bewilligung dieser Summe

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Bue s berichtet.

XIII. Beschaffung von Turmuhren für die Johannis- und die Paulikirche.

Auf Antrag des Kirchenkasten-Kollegiums und mit dem Einverständnis des Magistrates sind die in den Bauanschlägen der Johannis- und der Paulikirche vorgesehenen Kosten für Anschaffung von Turmuhren gestrichen worden, weil nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen die gemeine Kirchenkasse zur Anschaffung von Turmuhren nicht verpflichtet ist. Da indessen diese Anschaffung vorgesehen und für den allgemeinen Verkehr erforderlich erscheint, so hat der Magistrat beschloffen, aus den Mitteln des Kammereivermögens die Uhren zu beschaffen. Nach dem von der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Kostenanschläge sind

erforderlich für die Johannisikirche 4 und für die Paulikirche 3 Zifferblätter. Außerdem ist beabsichtigt, beide Uhren mit einem patentierten automatisch-elektrischen Aufzuge zu versehen. Allerdings werden hierdurch die Anlagekosten erhöht und zwar bei der Johannisikirche um 1400 M auf 4100 M und bei der Paulikirche von 2500 M auf 3800 M, jedoch hat sich die Einrichtung überall bestens bewährt. Die Uhren sollen auch an eine Zentraluhr angeschlossen werden. Die gesamten Kosten belaufen sich auf 7900 M, deren Verwilligung der Magistrat anheimgibt. Das Betglockenwerk kostet 275 M für jede Uhr.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Jasper: Die Finanzkommission ist den Ausführungen des Magistrates im allgemeinen beigetreten und hat auch ein allgemeines Bedürfnis für derartige Uhren anerkannt; sie empfiehlt daher die Genehmigung der Vorlage. Es war in der Kommission beantragt worden, wenigstens das Betglockenwerk abzulehnen, jedoch ist dieser Antrag, wenn ich nicht irre, mit Stimmengleichheit abgelehnt worden.

Herr Hauswaldt: Ich habe in der Finanzkommission beantragt, das Betglockenwerk zu streichen. Das ganze Betglockenanlagen ist nur noch ein Ueberbleibsel aus uralter Zeit; es geschieht im Winter um 6 Uhr und im Sommer um 5 Uhr morgens, außerdem aber um 11 Uhr mittags und um 6 Uhr abends. In meiner Stellung als erster Provisor der Magnikirche bin ich verpflichtet, darauf zu achten, daß die Betglocke rechtzeitig anschlägt. Da wir nun kein derartiges Werk besitzen, so ergeben sich Mißstände, sobald der Kirchendiener einmal die Zeit verschläft. Ich habe schon im Kirchenvorstande angeregt, die ganze Einrichtung zu beseitigen, weil ich sie für einen alten Topf halte, habe aber weder dort, noch in der Finanzkommission Gegenliebe gefunden, vermutlich weil verschiedene Herren den „Bum“ morgens nicht entbehren können. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob die Herren so früh aufstehen, oder ob es für sie ein angenehmes Gefühl ist, sich bei dem Hören des „Bum“ auf die andere Seite zu legen. (Heiterkeit.) Ich möchte die Sache hier zur Sprache bringen, um festzustellen, ob nach der Ansicht der Versammlung überhaupt ein Bedürfnis vorliegt, die Einrichtung beizubehalten. (Rufe: Nein!) Sollte die Majorität der Versammlung der Ansicht sein, daß wir den alten Topf nicht an die neuen Kirchen kleben wollen, so empfehle ich den Versuch zu machen, diese Einrichtung zu beseitigen.

Herr Wiehle: Ich möchte beantragen, die Summe von 7900 M überhaupt zu streichen. Der Magistrat begründet die Vorlage damit, daß er rechtlich zur Anschaffung von Turmuhren nicht verpflichtet sei, daß er aber deren Beschaffung aus Verkehrsinteresse befürworte, weil sich die Ummohner und Passanten nach den Uhren richten. Wenn wir aber dem Grundsatz des Magistrates folgen wollen, so haben wir weit mehr Interesse an einer anderen Neuerung, nämlich an der Aufstellung von Uraniasäulen an verkehrreichen Stellen der Stadt, wie das in

Hannover, Erfurt und vielen anderen Städten auch geschehen ist. Nach diesen Uhren können sich die Passanten auch abends richten, während die Turmuhren zur Nachtzeit nicht beleuchtet werden, also zwecklos sind. Nach meinem Dafürhalten würde eine derartige Säule dem modernen Verkehre viel mehr entsprechen, als eine Turmuhr. Andererseits hat sich Herr Hauswaldt schon gegen das Betglockenwerk gewandt, so daß ich nicht mehr nötig habe, einen Antrag auf Streichung dieses Ausgabenpostens zu stellen. Ich möchte beantragen, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen behufs Prüfung der Frage, wieviel die Beschaffung von Uraniasäulen kosten würde. Soviel ich weiß, kostet eine solche Säule etwa 750 M, so daß wir für die 7900 M zehn solcher Säulen aufstellen könnten. Hiermit würde aber der Stadt mehr gedient sein, als mit den beiden Kirchenguhren.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben geglaubt, durch die Einbringung der Vorlage den früher von der Versammlung wiederholt geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen. Ich erinnere daran, daß bei verschiedenen Schulbauten der Magistrat ersucht wurde, Uhren anzubringen, weshalb die Bürgerstraßenschule, das Kinderheim u. mit Uhren versehen sind. Wenn aber irgend ein Bauwerk geeignet ist, eine Uhr aufzunehmen, so sind es die neuen Kirchen, denn hier werden die Zifferblätter sehr hoch angebracht und können also weit gesehen werden. Wenn die Versammlung jetzt aber mit ihren früheren Grundsätzen in dieser Beziehung brechen will, so möge sie die Vorlage ablehnen. Im übrigen würde bei der Ablehnung der beiden Uhren ein sehr ungemüthlicher Zustand insofern geschaffen werden, als an beiden Türmen schon die Einrichtung für die Zifferblätter angebracht ist. Bekanntlich sind die Mittel für die beiden Kirchen sehr knapp geworden, und man hat daher die Ausgabe für die Uhren gestrichen, allerdings in der Erwartung, daß die Stadtverwaltung für deren Beschaffung sorgen würde. Im übrigen läßt sich für 750 M keine Uraniasäule herrichten. Der Magistrat hat hierüber schon einmal verhandelt und erfahren, daß unter 2000 M ein angemessenes Werk nicht zu haben sein wird. Die Säulen sind sehr fein gearbeitet und kosten daher auch etwa 2000 M, wenn man sie nicht in äußerst einfacher Form nehmen will. In der Innenstadt liegt hier weniger Veranlassung vor, solche Säulen aufzustellen, weil wir überall Kirchenguhren haben. Es läßt sich übrigens auch beides mit einander vereinigen: man kann die beiden Kirchenguhren bewilligen und daneben noch Uraniasäulen aufstellen. — Ueber das Betglockenwerk läßt sich allerdings streiten, wer es nicht für erforderlich hält, muß für die Streichung des Postens stimmen. Herr Hauswaldt irrt aber, wenn er meint, daß das Anschlagen fortfalle, sobald die Summe für das Betglockenwerk gestrichen werde. So lange in den alten Kirchen angeschlagen wird, werden sich das auch die Vorstände der neuen Kirchen nicht nehmen lassen.

Herr Löschigk: Mich wundert nur, daß man nicht dafür gesorgt hat, die Zifferblätter der Kirchenguhren zu beleuchten. Bei den kurzen Wintertagen kann man die unbeleuchteten Zifferblätter nur wenige Stunden erkennen, so daß sie dann nur geringen Zweck haben. Wenn der Arbeiter früh morgens zur Arbeit geht, kann er die Uhr nicht erkennen und wenn er erst warten soll, bis es schlägt dann ist es schon zu spät und er muß Strafe bezahlen, während er beim Erkennen der Uhr sich mehr beeilt hätte und vielleicht noch zur rechten Zeit gekommen wäre. Wie angenehm ein beleuchtetes Zifferblatt ist, zeigt uns unsere Rathhausuhr. Schon aus praktischen Gründen müßten wir für eine Beleuchtung auch der Zifferblätter an den Türmen eintreten. Deshalb bitte ich, in der Kommission noch einmal die Frage der Beleuchtung der Zifferblätter zu prüfen, da sich hinterher die Beleuchtung nur schwer anbringen läßt.

Herr Ribbentrop: Es ist allerdings ein alter Hopt aus der Pestzeit und Braunschweig ist vielleicht die einzige größere Stadt, die diese Einrichtung behalten hat, aber es hat mich doch immer angeheimelt, wenn es „bum“ schlug. Ich möchte nur befürworten, die Turmuhren zu beleuchten, denn es gibt für eine Stadt nichts angenehmeres, als beleuchtete Uhren.

Herr Koch: Ich würde es bedauern, wenn die Uhren an unseren beiden neuen herrlichen Kirchen wegfälen. Andererseits begrüße ich den Antrag Hauswaldt mit Freuden, da ich die armen Kirchendiener schon immer bedauert habe, welche des Morgens in aller Frühe aus dem Bette müssen, um das unnütze Anschlagen vorzunehmen, während die meisten anderen Menschen noch im Bette bleiben können. Dagegen wäre es zu beklagen, wenn die Turmuhren wegfallen sollten.

Herr Fiedel: Bisher war ich der Meinung, daß das Anschlagen für viele unserer Bewohner eine Unnehmlichkeit gewesen ist; sollten die Herren aber anderer Meinung sein, so würde ich auch nicht weiter dafür eintreten. Was den Antrag Löschigk betrifft, so würde ich bitten, die Sache an den Magistrat zu verweisen mit dem Ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob die Beleuchtung der Zifferblätter nicht auszuführen ist.

Herr Peplies: Wenn es Sache der Kirchengemeinde ist, die Uhren zu bezahlen (Rufe: Nein!) — dann allerdings würde ich die Ablehnung der Vorlage empfehlen. Wenn die Löcher einmal im Turme sind, so wird auch die Kirchengemeinde schon dafür sorgen, daß die Zifferblätter mit den Uhren hineinkommen.

Herr Esdorn: Herr Koch bedauert die Leute, welche früh morgens das Anschlagen besorgen müssen, dann muß er aber für die Magistratsvorlage eintreten, weil diese beabsichtigt, das Anschlagen auf elektrischem Wege vollziehen zu lassen. Da nun auch die dafür geforderte Summe nicht allzu groß ist und eine Menge Leute durch das Anschlagen geweckt werden, so sollten wir doch den geringen

Betrag von 275 M für jede Uhr bewilligen umsomehr, als der Herr Oberbürgermeister meint, daß das Anschlagen doch erhalten bleiben wird.

Herr Wiehle: Die beiden Kirchen sind für uns schon Schmerzenskinder geworden und wir sollten doch Bedenken tragen, noch unnötigerweise 7 900 M dafür zu bewilligen. Auch die vom Herrn Oberbürgermeister für die Vorlage angeführten Gründe können mich nicht überzeugen. Uhren an einer Schule und einer Kirche ist nicht dasselbe. An einer Schule haben die Uhren viel wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als an einer Kirche; die Kinder, wenn sie von weitem an der Uhr ihrer Schule sehen, daß sie nicht mehr viel Zeit haben, wissen, daß sie sich beeilen müssen. Wenn auch die städtische Bauverwaltung schon Löcher für die Zifferblätter an den Türmen hat anbringen lassen, so können wir uns dadurch doch nicht bewegen lassen, diese Löcher auch auszufüllen.

Herr Meyerhoff: Ich stehe auf einem entgegengesetzten Standpunkte und meine, daß gerade an den Kirchen Uhren angebracht werden müssen, weil man die Zifferblätter weit sieht. Also die für die Schulen angeführten Zweckmäßigkeitsgründe muß ich im erhöhten Maße auch für die Kirchen anerkennen. Wo haben Sie überhaupt schon eine Kirche ohne Uhr gesehen? Das einzige Beispiel in hiesiger Stadt bildet die neue katholische Kirche an der Goslarischenstraße, denn die Brüdernkirche kommt nicht in Betracht, weil sie keinen Turm hat. Jeder von Ihnen sieht unwillkürlich, wenn er an einer Kirche durchkommt, nach der Uhr und würde sich wundern, wenn er an den neuen Kirchen keine Uhr fände. Mich heimelt es auch an, wenn abends am Elisabethstift die kleine Glocke ertönt, deshalb lassen Sie das Bumschlagen ruhig weiter bestehen. Auch sehr vielen Arbeitern wird es erwünscht sein, morgens das Bumschlagen zu hören. Nehmen Sie daher die Vorlage an und zwar möglichst mit der Erweiterung, daß die Zifferblätter nachts erleuchtet werden.

Es erfolgt nunmehr die Abstimmung. Hierbei wird der Antrag Wiehle auf Zurückweisung der Vorlage an die Finanzkommission abgelehnt, dagegen die Magistratsvorlage, unter Ausscheidung des Betglockenwerkes, und ebenso der Antrag Böschigk auf Beleuchtung der Zifferblätter zur Nachtzeit angenommen.

XIV. Ankauf des Grundstücks Ritterstraße № 27.

Das an der Ritterstraße gelegene Grundstück № ass. 2473 ragt derart in das Grundstück der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule hinein, daß dessen angemessene Ausnutzung in dem angrenzenden Teile im höchsten Maße erschwert wird. Nachdem bekannt geworden war, daß der Kaufmann Louis Gerloff das Grundstück für 8250 M angekauft hat, sind Verhandlungen mit ihm wegen Abtretung des Grundstücks eingeleitet worden, die dahin führten, daß Herr Gerloff sich bereit erklärte, das Grundstück der Stadt zum Selbstkostenpreise zu überlassen,

wenn ihm vom Grundstücke der Fortbildungs- und Gewerbeschule eine etwa 15 qm große Teilfläche unentgeltlich überlassen und somit die Schaffung einer Einfahrt zu seinem am Monumentalsplaz gelegenen Gartengrundstücke ermöglicht werde. Da dem Magistrate diese Bedingung annehmbar erschien, ist mit Herrn Gerloff ein entsprechender Kaufvertrag abgeschlossen worden. Hiernach verbleibt die auf der abzutretenden Teilfläche stehende Einfriedigungsmauer im Eigentum der Stadt und wird von dieser auf eigene Kosten entsprechend der neuen Grenze zurückgesetzt, doch hat Herr Gerloff einen Zuschuß von 250 M zu zahlen. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des Vertrages,

entspricht die Versammlung nach Befürwortung der Vorlage durch die Baukommission, für die Herr Rathe berichtet.

XV. Aufstellung eines Etats für die Umsatzsteuer.

Die Versammlung wird ersucht, sich zur Vermeidung von Zweifeln damit einverstanden zu erklären, daß für das bis zum 31. März 1905 laufende Rechnungsjahr bei der Erhebung der Umsatzsteuer von der Aufstellung eines besonderen Etats Abstand genommen werde. Dabei erkennt der Magistrat ausdrücklich an, daß das Recht der Versammlung, mit dem Magistrate über die Verwendung der Erträgnisse aus der Umsatzsteuer für das Rechnungsjahr 1904/05 zu beschließen, hierdurch nicht berührt wird.

Auf Empfehlung des Herrn Südel stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XVI. Beschaffung von Milchkochapparaten für das Pflegehaus.

Es hat sich im Laufe der Zeit als ein Uebelstand herausgestellt, daß es in der Pflegehausküche an einer besonderen Vorrichtung für das Kochen von Milch fehlt. Die Folge davon ist, daß die in den gewöhnlichen Kochesseln zubereitete Milch trotz sorgfältiger Reinigung der Gefäße leicht abschmeckend ist und dann insbesondere von den Pfleglingen des Krankenhauses, wie von den Insassen des Kinderheims nicht gern genossen wird. Auch werden diese Gefäße infolge der vielen Reinigungen viel mehr der Gefahr baldiger Abnutzung ausgesetzt. Der Magistrat beantragt deshalb, zwei neue lediglich für die Milchzubereitung bestimmte Kochtöpfe in der Pflegehausküche aufzustellen und hierfür die veranschlagten Kosten von 750 M zu bewilligen. Die beiden doppelwandigen Dampf-Kipptöpfe würden 50 und 30 Liter Inhalt fassen und 718,⁶⁰ M, das erforderliche Mauerwerk aber etwa 27 M kosten.

Wie Herr Wolters berichtet, empfiehlt die Baukommission der Vorlage zuzustimmen, was seitens der Versammlung auch geschieht.

XVII. Antrag Wesemeier: Vergabe des Altstadt-Rathaussaales zu Vorträgen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem Gewerkschaftskartell der Stadt Braunschweig den Saal des Altstadt-Rathauses zu den geplanten Vortragskursen über Literatur und Staatsrecht zu überlassen.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Wesemeier aus: Es wird noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß vor einigen Jahren, besonders in den Jahren 1900/02, hier sogenannte populärwissenschaftliche Vorträge abgehalten worden sind unter besonderer Mitwirkung einiger Herren Professoren des hiesigen Polytechnikums, des Herrn Lord u. a, daß diese Vorträge aber eingestellt werden mußten, weil von oben herab sozusagen ein Druck auf die Vortragenden ausgeübt wurde und weil der Magistrat sich nicht bereit erklären konnte, zu diesen Veranstaltungen, die im Interesse der Arbeiter geschehen waren, geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Seit dem Eingehen der Vorträge habe ich mich nun als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells auf vielfache Anregung aus Gewerkschaftskreisen bemüht, die Vorträge wieder ins Leben zu rufen und habe mich schon seit einigen Jahren an den Herrn Geheimrat Koppe mit der Bitte gewandt, er möge den früheren Ausschuß wieder einberufen. Dieser Herr hat mir damals geantwortet, die Zeit wäre noch nicht dazu angetan, die Sache zu fördern, jedoch wolle er versuchen, etwas zustande zu bringen. Nachdem ich aber weiter nichts mehr von der Sache gehört habe, versuchte ich, mit einigen Herren aus anderen Kreisen die Sache wieder zusammen zu bringen und die Vorträge auf eigene Faust wieder einzurichten. Selbstverständlich ist das für das Gewerkschaftskartell weit schwerer als damals für den vorbereitenden Ausschuß. Wir haben nun vier Herren gewonnen, die derartige Kurse zu je sechs Abenden abhalten und über Mathematik, Gesundheitspflege, Literatur und Staatsrecht sprechen wollten. Darauf wandte ich mich, einem Beschlusse der Gewerkschaften Braunschweigs, die etwa 7000 Arbeiter umfassen, folgend, an den Magistrat und beantragte, uns zu diesem Zwecke den Altstadt-Rathausaal zur Verfügung zu stellen. Auf diesen mündlich gestellten Antrag erhielt ich folgende Antwort:

„Auf den am 4. dieses Monats gestellten Antrag teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, dem Gewerkschaftskartell hieselbst den Altstadt-Rathausaal gegen die übliche Benutzungsgebühr von 20 M pro Abend zu den bezeichneten Kursen insoweit zur Verfügung zu stellen, als durch die zu behandelnde Materie und die Person des Vortragenden hinreichende Gewähr für den Ausschluß der Erörterung parteipolitischer Fragen vor-

zuliegen scheint. Hinsichtlich der von Ihnen bezeichneten Materien ist das nach unserm Dafürhalten bei Staatsrecht, sowie bei Geschichte und Literatur ausgeschlossen; es kommen deshalb nur die auf dem Gebiet der Mathematik und der Hygiene beabsichtigten Kurse in Betracht und auch bezüglich dieser müssen wir uns für den Fall, daß sich unsere Annahme über den Ausschluß parteipolitischer Fragen als falsch erweisen sollte, das Recht jederzeitigen Widerrufs vorbehalten. Wenn Sie bei dieser Sachlage Ihren Antrag in dem durch die bevorstehenden Ausführungen beschränkten Umfange aufrecht erhalten wollen, ersuchen wir um alsbaldige Benennung von Namen und Wohnung der von Ihnen zu den Vorträgen gewonnenen Herren, damit wir vor endgültiger Entscheidung in die Lage versetzt werden, uns über die fraglichen Personen informieren zu können."

Man sollte nun fast nicht glauben, daß selbst bei Mathematik und Gesundheitspflege angenommen werden könnte, es sollte vielleicht Parteipolitik betrieben werden. Es dürfte sehr schwer sein eine solche Annahme, selbst vorausgesetzt, daß die beiden Vortragenden Herren meiner Partei angehören, herauszufaktulieren. Man hat uns also den Saal zu den beiden Vortragskursen unter der bezeichneten Voraussetzung zugesagt, während man bei den beiden anderen Vorträgen im Magistrat von vornherein weiß, daß dabei Parteipolitik getrieben wird. Der Magistrat schließt das daraus, daß Kollege Jasper über Staatsrecht und der Redakteur des „Volksfreund“ Friedrich über Literatur sprechen will. Bei den früheren Vorträgen ist auch eine derartige Materie behandelt worden, denn damals hat Herr Dr. Witte über die Befreiungskämpfe der Literatur zehn Abende gesprochen. So wenig wie damals irgend ein Teilnehmer an den Kursen vorausgesetzt hat, daß dort Parteipolitik getrieben werden könnte, so wenig sollte man auch heute voraussetzen, daß derartiges hier angenommen würde. Ich habe Herrn Stadtrat Meyer bei meinem Antrage besonders erklärt, daß die Referate vollständig tendenzlos gehalten werden sollen; ich weiß deshalb nicht, wie man trotz dieser Erklärung dazu kommt zu sagen, die Herren würden in den Vorträgen über Staatsrecht und Literatur Parteipolitik treiben.

Nach den Berichten der Zentralstelle für Arbeiter- Wohlfahrts-Einrichtungen, einer Stelle, wo die Berichte über abgehaltene Volkshochschulkurse aus allen deutschen Städten zusammenfließen, kann ich Ihnen folgendes mitteilen: In Stuttgart sind seitens des Gewerkschaftskartells die Vorträge arrangiert: trotzdem wurden die Räume, einschl. Heizung und Belichtung, von der Stadtverwaltung, dem Ministerium und dem Senate der Hochschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Genau dasselbe wünschen wir hier auch. Dort wurde gesprochen über die Grundlage unseres bürgerlichen Rechtes, also über nichts anderes, als was wir hier auch wollen, ferner über Kindererziehung etc. Obwohl hierbei also sehr wohl

Parteipolitik getrieben werden kann, hat man sich doch nicht daran gestoßen. In Hannover hat die Stadt Hannover 1500 Mark und Linden 300 Mark zu den Vorträgen gezahlt; dort ist gesprochen worden über Volksseuchen, über Klima, Gesundheitspflege etc. In Kiel sind solche Vorträge ebenfalls im Gange, dort hat Professor Dr. Baumgarten über die Geschichte der sozialen Bewegung gesprochen — und ich bitte Sie, nicht auf den Rücken zu fallen, über die Entwicklung der Sozialdemokratie seit 1891. So etwas bringt man in Kiel fertig unter der Mitwirkung von Professoren der Hochschule. Nur der Verftverwaltung scheint man dort zu weit gegangen zu sein, denn diese hat die Mitarbeit abgelehnt und auch die Zahlung eines Beitrages verweigert. Aber nichtsdestoweniger werden die Vorträge fortgesetzt. In Ludwigshafen hat ebenfalls das Gewerkschaftskartell die Vorträge arrangiert, ebenso in Altenburg und weiteren Städten. Ueberall werden die Vorträge in städtischen Räumen abgehalten.

In Braunschweig haben wir die Sache schon einmal im Jahre 1902 behandelt, bei welcher Gelegenheit Herr Lord sehr warm dafür eingetreten ist, daß das Gewerkschaftskartell 500 M erhalten sollte. Bei dieser Gelegenheit wurde von ihm ausdrücklich bemerkt und betont, daß die Einrichtung solcher Hochschulkurse mit Freuden zu begrüßen sei und dem allgemeinen Bildungsbedürfnisse der Arbeiterbevölkerung entspräche, ganz gleich, wenn auch hier und da einmal etwas über die Schnur gehauen würde. Bei den früheren Vorträgen ist auch einmal übergegriffen worden, indem man eine Verherrlichung Bismarcks vorgenommen hat. Wenn wir deshalb ebenso empfindlich sein wollten, hätten wir auch sagen können, wir machen nicht mehr mit, jedoch haben wir keinen Anstand daran genommen. Die Vortragenden Herren haben damals einstimmig erklären können, daß sie die Kurse mit großer Befriedigung abgehalten haben und von der Lernbegier der Zuhörer entzückt gewesen sind, indem sie ein so gewaltiges Interesse nicht vorausgesehen hätten. Recht sanguinisch wird dann am Schlusse des Jahresberichtes, den der Ausschuß für Volkshochschulkurse damals herausgegeben hat, erklärt, man hoffe, die Dinge im nächsten Jahre noch weiter ausbauen zu können — im nächsten Jahre aber kam der eifige Wind von oben und die Sache unterblieb.

In der Gesamtheit der Braunschweiger Arbeiterschaft würde es freudig aufgenommen werden, wenn jetzt die Vorträge wieder stattfänden und wenn der Altstadt-Rathausaal dazu hergegeben würde. Im Interesse der Innungen hat die Stadt 104000 M für die Errichtung des Gildehauses ausgeben können, obwohl dort auch manches gesprochen wird, das stark nach Parteipolitik riecht, jedoch nimmt man keinen Anstand daran. Wenn der Magistrat sich erst noch über die Personen der Vortragenden orientieren will, ob sie nicht vielleicht zu weit nach links stehen, so geht das doch wohl zu weit. Ich habe aber meines Erachtens auch hierüber vollständig Klarheit gegeben, indem ich erklärt habe, daß die Vorträge tendenz-

los sein sollten. Diese Erklärung habe ich im vollen Einverständniß meiner Kollegen und der beiden vortragenden Herren abgegeben; ich bitte daher, unserm Wunsche im Interesse der Arbeiterschaft Braunschweigs Rechnung zu tragen und den Magistrat zu ersuchen, den Saal, wenn nicht ganz gratis, so doch zu dem sonst üblichen Preise, dem Gewerkschafts-Kartell zu überlassen. Auch bitte ich um sofortige Beratung des Antrages.

Vorsitzender: Wird gegen die sofortige Beratung des Antrages Widerspruch erhoben?

Herr Hauswaldt: Ich halte eine sofortige Beratung des Antrages für bedenklich und meine, daß die Sache erst in der Kommission besprochen werden muß. Obwohl ich dem Antrage freundlich gegenüberstehe, muß ich doch wünschen, daß er erst ruhig in der Kommission überlegt wird.

Herr Wesemeier: Die Dringlichkeit ist deshalb von mir beantragt worden, weil die Vorträge möglichst gleich nach Neujahr beginnen sollen. Im Sommer können wir doch solche Vorträge nicht halten lassen.

Herr Hauswaldt: Unter den Umständen ziehe ich meine Bedenken zurück.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Im Interesse der Erledigung der Tagesordnung will ich nur darauf hinweisen, daß wir wieder nicht an verschiedene für die vertrauliche Sitzung zurückgestellte Sachen kommen werden, wenn die sämtlichen vorliegenden Anträge noch begründet werden sollen. Ich möchte dann wenigstens bitten, die dringenden Sachen der vertraulichen Sitzung vorweg zu nehmen.

Herr Böschigt: Ich glaube, dieser Antrag läßt sich kurz abwickeln.

Vorsitzender: Wir werden in 14 Tagen wieder eine Sitzung haben und können dann vielleicht die übrigen Anträge behandeln. Sind Sie mit der sofortigen Beratung dieses Antrages einverstanden? (Zustimmung.) Dann eröffne ich die Besprechung.

Herr Böschigt: Ich will nicht zu dem Antrage selbst sprechen, sondern möchte eine ähnliche Sache zur Sprache bringen. Neulich war eine Versammlung zur Auswahl der Beisitzer des Gewerbegerichtes nach dem Hofbrauhaus von Wolters einberufen worden, jedoch erwies sich das Lokal so klein, daß ein großer Teil der Erschienenen wieder weggehen mußte. Selbst dem Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Regierungs-Assessor Dr. Hartwig, gelang es erst nach längerem Bemühen, noch in den Saal zu kommen. Für solche absolut unpolitischen Verhandlungen könnte der Altstadt-Rathausaal recht gut hergegeben werden.

Herr Stadtrat Meyer: Die von Herrn Wesemeier erwähnte Verhandlung mit dem Magistrate ist im großen und ganzen richtig wiedergegeben worden, jedoch sind die daran geknüpften Schlußfolgerungen doch wohl nicht ganz richtig gewesen.

Wenn Herr Wesemeier nämlich meint, daß der Magistrat derartigen Kursen feindlich gegenüber stehe, so trifft das nicht zu. Niemand im Magistrat ist diesen Kursen mißgünstig gesonnen, ja, es würde deren magistratsseitige Unterstützung sogar noch in anderer Beziehung zu erwarten sein, wenn in hinreichender Weise Sicherheit dafür geboten wäre, daß es sich bei den Vorträgen tatsächlich um wissenschaftliche Ausführungen handelte. Das ist der springende Punkt in der ganzen Sache. Wir sehen nicht ein, weshalb wir dem Gewerkschaftskartell den Saal verweigern sollten, wenn wir diese Sicherheit hätten.

Herr Wesemeier hat gesagt, die beiden von uns abgelehnten Verhandlungsgegenstände seien Staatsrecht und Literatur, er muß aber noch hinzufügen „und Geschichte“. Das ist wichtig insofern, als der Magistrat bei der Prüfung der Frage, ob der Saal hingegeben werden könne, in eine Vorprüfung darüber eingetreten ist, ob die benannten Herren auch hinreichende Sicherheit dafür bieten würden, daß parteipolitische Sachen ausgeschlossen würden. Diese Sicherheit hat der Magistrat aber mit Rücksicht auf die vortragenden Herren nicht als vorliegend erachten können. Wir kennen doch Herrn Dr. Jasper aus den Verhandlungen dieser Versammlung und wissen, daß er in sehr schroffer, animierter Weise seine Auffassung auf sozialpolitischem Gebiete unter Umständen zur Geltung bringen kann, selbst in solchen Sachen, die sich nicht auf das sozialpolitische Gebiet beziehen, und wir haben weiter geglaubt, daß der leitende Redakteur des „Volksfreund“ wohl eine ähnliche Natur sein möchte, wie Herr Dr. Jasper. In dieser Auffassung werden Sie vielleicht dem Magistrate recht geben. Es dreht sich also nicht darum, daß der Magistrat irgendwie dem Wissensdurst der arbeitenden Bevölkerung entgegenzutreten wollte, sondern nur darum, daß er die Diskutierung parteipolitischer Fragen im Altstadt-Rathaussaale ausschließen wollte. Die Disposition über den Saal steht dem Magistrate zu und das Recht läßt er sich nicht nehmen. Jedenfalls wird er bei der gegenwärtigen Zusammenstellung der Rednerliste den Saal für diese Vorträge nicht hergeben.

Herr Hauswaldt: Ich glaube, darüber sind wir alle einig, daß wir unsern alten ehrwürdigen Altstadt-Rathausaal nicht hergeben wollen, damit er als Arena für parteipolitische Kämpfe diene, denn ganz sauber pflegt es bei solchen Kämpfen nicht herzugehen. Etwas anderes ist es nun aber, vorherzusagen zu wollen, daß dort auch wirklich Vorträge gehalten werden sollen, die in das Gebiet der parteipolitischen Kämpfe hineingreifen. Ich will ganz ehrlich bekennen: ich kann auch nicht recht annehmen, daß die beiden vortragenden Herren es über sich gewinnen würden, sich ganz frei von parteipolitischen Fragen zu halten, aber ich stehe doch keinen Augenblick an, zu erklären, daß ich es richtiger gefunden hätte, wenn man erst mit dem gegebenen Versprechen gerechnet hätte, und wenn eventuell hinterher gesagt worden wäre, die Herren haben nicht Wort gehalten, mithin kriegen sie den

Saal nicht wieder. Aus diesem Grunde bin ich in der traurigen Lage, mit dem Magistrat nicht einer Meinung zu sein. Wenn von Bürgern der Stadt ernsthaft erklärt wird, wir beabsichtigen das und das zu tun, wir werden die Vorträge von parteipolitischen Sachen freihalten, so sollte doch zuerst diese Erklärung als richtig angenommen werden, selbst wenn der schwache Glaube nicht zuläßt, die Erklärung als wahrscheinlich oder gar als sicher anzunehmen. Sofern also von den Herren erklärt wird, daß die Vorträge einen absolut wissenschaftlich-neutralen Charakter haben sollen, so sehe ich nicht ein, weshalb ihnen der Saal nicht gegeben werden soll. Der Saal wird viel zu wenig benutzt und steht zu viel leer; ich meine, es könnte dem Saale nichts besseres passieren, als wenn er Abend für Abend von wissenschaftigen Bürgern gefüllt wäre. Jedenfalls würde wohl von den Herren der ehrliche Versuch gemacht werden, dort rein wissenschaftlich zu sprechen. Es ist allerdings sehr schwer, zu sagen, wann die Wissenschaftlichkeit nicht mehr innegehalten wird, sodaß die Herren den Saal nicht wieder kriegen würden, aber ich würde dann doch anerkennen müssen, daß der Magistrat im Rechte ist.

Herr Rathe: Ich möchte den Herrn Antragsteller fragen, ob zu den Vorträgen nur Mitglieder der Gewerkschaften zugelassen werden sollen. Wenn die Vorträge so gehalten werden sollen, daß wir alle, die wir Lust und Liebe dazu haben, uns belehren zu lassen, daran teilnehmen können, so liegt die Sache auch schon anders, denn nicht nur die arbeitende Bevölkerung ist wissenschaftlich, sondern auch andere Bürger wollen unterrichtet sein und ihrem Wissen nachhelfen. Es scheint mir aber fast, als ob das Gewerkschaftskartell allein das Recht für sich in Anspruch nimmt, den Saal zu erhalten. Wenn dort allgemeine wissenschaftliche Vorträge gehalten werden sollen, so würde ich dafür zu haben sein, den Saal kostenlos herzugeben.

Herr Asmann: Man hört so oft im öffentlichen Leben, daß ein Teil derjenigen Personen, die sich bemühen, die Gegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden auszugleichen und die Schroffheit des gegenseitigen Verhaltens zu mildern, klagt, daß ein so großes Mißtrauen seitens der Arbeiter den herrschenden Klassen entgegengebracht wird. Was soll es nun aber bedeuten, wenn eine Organisation, wie die Vorsteher des Gewerkschaftskartells, kommt und erklärt, wir wollen wissenschaftliche Vorträge halten, die von Politik frei sind, und das bezweifelt wird? Wenn der Magistrat wirklich glaubt, daß das Gewerkschaftskartell den Versuch machen will, seine Mittel aus dem Fenster zu schmeißen, so irt er sich. Der Magistrat darf nicht vergessen, daß ein Redakteur des „Volksfreund“ auch wissenschaftlich sein kann. Auch Herr Jasper soll sich hier stets in einer solchen Weise bewegt haben, daß nicht anzunehmen sei, er werde draußen über wissenschaftliche Fragen sprechen, ohne Politik in die Diskussion hineinzuziehen. Als das Gewerk-

schaftskartell die Redner auswählte, mußte es genau, daß die Vorträge nicht mit Politik verquickt werden durften, weil es dadurch in Gefahr gebracht wurde und auch die Kosten aufs Spiel setzte. Die betreffenden Personen würden sich geradezu unmöglich machen, wenn sie über den Rahmen, der ihnen gesteckt werden ist, hinweggingen. Man soll aber nicht ohne weiteres Zweifel an den Worten und Absichten anderer hegen, und ich bedaure das immer, wenn es von der einen oder anderen Seite geschieht.

Es ist von den betreffenden Herren, die früher die Vorträge gehalten haben, konstatiert worden, daß die Arbeiterschaft sich bei den Vorträgen musterhaft bewegt und Ruhe und Ordnung gehalten hat, und daß sie selbst da nicht gemurrt hätte, wenn etwas vorgetragen sei, was ihr nicht gefallen habe. Die Vorträge sollen natürlich für jedermann sein, jedermann aus dem Volke, ob er Millionär oder Arbeiter ist, kann die Vorträge anhören und sich davon überzeugen, wie die Sache vor sich geht. Der Magistrat sollte die Sache anders auffassen und sollte nicht anderen Leuten Mißtrauen entgegenbringen, wenn er nicht will, daß auch ihm bei jeder Gelegenheit Mißtrauen entgegengebracht wird. Wenn aber sein Mißtrauen sich als gerechtfertigt zeigt, so hat er ja immer noch Gelegenheit, die Genehmigung wieder zurückzuziehen. Es denkt auch wohl niemand daran, daß der Altstadt-Rathausaal von der Arbeiterschaft zu sozialpolitischen Kämpfen ausgesucht werden sollte, dazu stehen hier größere Säle zur Verfügung. Der Altstadt-Rathausaal liegt für jedermann leicht zugänglich und außerdem ist man bei der Wahl des Versammlungsraumes gerade von dem Grundsatz ausgegangen, daß bei den Vorträgen nicht einseitige Politik getrieben werden sollte.

Ich möchte also bitten, den Antrag anzunehmen und hoffe, daß der Magistrat einsehen wird, daß er gar zu vorsichtig gewesen ist. Er wird sich dann überzeugen können, daß er im Irrtum gewesen ist. Bei früherer Gelegenheit sagte der verstorbene Oberbürgermeister Bockels einmal in der Statutenkommission: Wenn Sie sich entschließen können, die Sache in die Hand zu nehmen, so werden wir sofort bereit sein, eine Unterstützung zu gewähren. Jetzt wird aber nicht einmal eine materielle Unterstützung vom Magistrate verlangt, sondern nur eine moralische Unterstützung und doch weigert er sich, sie zu gewähren.

Herr Günther: Wenn der sozialdemokratische Arbeiterverein gekommen wäre und hätte den Saal zu seiner Maisfeier verlangt, so würde ich es für selbstverständlich gehalten haben, den Antrag abzulehnen (Heiterkeit), aber den Saal für derartige Vorträge zu verweigern, das geht noch über die Polizei hinaus und würde nicht einmal die Herzogliche Polizeidirektion gewagt haben. Wenn der Magistrat ferner erklärt, es sollten in dem Saale politische Versammlungen nicht abgehalten werden, so ist das noch nicht einmal richtig, denn es haben dort anfangs der 80er Jahre solche vom Bürgervereine einberufene Versammlungen tatsächlich mit Ge-

nehmung des Oberbürgermeisters Pockels stattgefunden, in denen politische Fragen behandelt wurden. In früheren Jahrhunderten sind dort aber noch ganz andere Versammlungen abgehalten worden. Für solche Vorträge, wie sie hier geplant sind und bei denen die Herren Jasper und Friedrich eine Gewähr dafür bieten, daß politische Dinge nicht verhandelt werden, kann der Saal ruhig hergegeben werden. In den 80er Jahren war ich einmal bei dem Polizeidirektor Orth, um den Saal für eine Rede Liebknechts zu erhalten. Es wurde der Antrag damals abgelehnt, weil Liebknecht eine Gewähr dafür bieten sollte, daß in der Rede politische Dinge nicht verhandelt würden, was er aber nicht konnte. (Heiterkeit.) Hier liegt die Sache weit anders. Bei den beiden Sachen Mathematik und Hygiene kann doch nichts passieren und selbst bei dem Thema „Geschichte“ dürfte der Magistrat zu weit gehen, wenn sich dabei auch politische Fragen nicht ganz werden ausschließen lassen. Ich glaube, selbst der spießbürgerliche Magistrat von Schöppenstedt würde solchen Antrag nicht abgelehnt haben. . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Einen solchen Ausdruck muß ich Ihnen als unstatthaft rügen. (Widerspruch des Herrn Günther.) Es ist der Ton, der die Musik macht, und es liegt in Ihrer Gewohnheit, stets den größten Hohn in Ihre Worte zu legen. Die anderen Herren haben ruhig und sachlich gesprochen und kein einziger der Vorredner hat etwas besonderes in seine Worte gelegt; ich muß Sie deshalb ersuchen, das zu unterlassen.

Herr Schöttler: Als ich die vom Magistrate dem Gewerkschaftskartell gegebene Antwort in den Zeitungen las, habe ich mich darüber insofern gewundert, als der Magistrat in dieser Antwort gewisse Gegenstände, nämlich Staatsrecht, Literatur und Geschichte, von der Behandlung ausgeschlossen hatte. Ich habe damals nicht recht verstanden, wie der Magistrat dazu gekommen ist. Nun höre ich heute, daß es mit diesen Gegenständen nicht anders liegt, als mit den übrigen Sachen, die er gestatten will: er würde nämlich auch gegen diese Gegenstände nichts einzuwenden haben, wenn sie von solchen Leuten behandelt würden, die er von seinem Standpunkte aus für geeignet hält, diese Materie zu behandeln. Es käme also darauf an, daß das Gewerkschaftskartell Vortragende beschafft, die dem Magistrate nach dieser Richtung hin persönlich genehm sind, und das wäre doch nicht so unmöglich. Aber, daß der Magistrat die Herren Jasper und Friedrich nicht im Altstadt-Rathaussaal will reden hören, wundert Sie denn das? Nennen Sie denn nicht die Kritik und hauptsächlich die Art der Kritik, die diese beiden Herren ununterbrochen am Magistrate üben? Das will sich aber der Magistrat nicht gefallen lassen und will ihnen noch weniger zu dem Zwecke den Altstadt-Rathausaal zur Verfügung stellen. Wenn er es aber täte, dann handelte er geradezu selbstmörderisch!

Ich würde es sehr bedauern, wenn der Magistrat den Arbeitern nicht entgegenkäme; es geht mir aber auch aus den Äußerungen vom Magistratsstische hervor, daß die ganze Sache an der Persönlichkeit liegt und daß dem Gewerkschaftskartell Entgegenkommen gewährt werden wird, wenn es sich nicht darauf versteift, für die Vorträge solche Persönlichkeiten zu wählen, die der Magistrat mit dem besten Willen nicht zulassen kann. Ich kann deshalb nur sagen: die Frage ließe sich in friedlicher Weise lösen, wenn die Herren vom Gewerkschaftskartell nur wollten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte zunächst einmal fragen: Weshalb steifen sich die Herren darauf, gerade den Altstadt-Rathausaal zu den Vorträgen zu nehmen, da doch einer der Herren schon anerkannt hat, es ständen ihnen Säle genug zur Verfügung? Sie bringen uns mit diesem Saale, wie ich ganz offen erkläre, nur in Verlegenheit. Deshalb nehmen Sie doch einen anderen Saal, wenn Sie so viele haben. Einer Auffassung möchte ich entgegentreten. Nichts liegt uns ferner und Sie kriegen es mit allen Mitteln der Dialektik nicht fertig, zu beweisen, daß der Magistrat gegen die Arbeiter eingenommen wäre. Nicht weil Sie den Arbeitern Vorträge halten wollen, verweigern wir Ihnen den Saal, sondern nur allein wegen der Personen, welche diese Vorträge halten sollen. Es ist auch nicht richtig, was Herr Hauswaldt sagt, daß wir abwarten möchten, ob in den Vorträgen Parteipolitik getrieben werden wird und dann eventuell die Genehmigung zurückziehen. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells kann seine Erklärung im besten Glauben abgeben und hinterher fehlt ihm doch die Macht einzugreifen. Ich bestreite z. B., daß Herr Jasper nach der ganzen Stellung, die er hier einnimmt, überhaupt imstande ist, einen Vortrag über Staatsrecht zu halten, in dem er die Monarchie verteidigte. Wir leben hier in einem monarchischen Staate, und ich würde es bedauern, wenn von uns Herren zu Vorträgen im Altstadt-Rathause zugelassen werden müßten, die sozialdemokratische Tendenzen vertreten. Ich glaube deshalb nicht, daß der Magistrat, auch wenn Sie den Antrag annähmen, den Saal hergeben könnte.

Bei dem dauernden Verkehr mit Ihnen hier in der Versammlung hat sich ein modus vivendi herausgebildet, so daß wir recht gut mit einander auskommen, aber trotzdem sind wir nicht im geringsten darüber im Zweifel, daß Ihre Lehre zum Verderben führt. Wenn wir aber diese Ueberzeugung haben, so können Sie uns nicht verdenken, daß wir demjenigen, der nicht anders kann, als diese Lehre zu vertreten, den Rathausaal nicht einräumen.

Herr Wesemeier: Wenn die Herren Stadtrat Meyer, Professor Schöttler und Oberbürgermeister Ketemeyer meinen, es wäre ausgeschlossen, daß Männer wie Dr. Jasper und Friedrich unpolitische Vorträge halten könnten und man dürfe dem Magistrate nicht zumuten, für solche Referenten den Altstadt-Rathausaal

herzugeben, so begreife ich diesen Standpunkt nicht. Es muß doch den Herren bekannt sein, daß wir auch an den Hochschulen Professoren haben, wie z. B. den Professor von Wendtstern, der in der Politik ein sehr scharfmacherischer Herr ist und der trotzdem seine Vorträge in wissenschaftlicher Weise gehalten hat. Nach dem Standpunkte des Herrn Schöttler muß aber Herrn von Wendtstern jede Fähigkeit abgesprochen werden, noch an der Hochschule zu lehren. Das ist dasselbe, wie bei den Herren Jäpper und Friedrich. Beide Herren haben studiert und sind imstande, auch ohne Parteipolitik zu treiben, wissenschaftliche Vorträge zu halten. Wenn Herr Stadtrat Meyer meinte, daß sozialpolitische Fragen im Altstadt-Rathaussaale nicht erörtert werden dürften, so könnte man annehmen, daß der Magistrat davon ausgegangen wäre, Sozialpolitik und Sozialdemokratie für identisch zu halten. Das wäre allerdings ein sehr schönes Lob für uns, weil damit erklärt würde, daß nur wir Sozialdemokraten wirkliche Sozialpolitik treiben. Das zeigt mir aber, daß er, in weit größerem Maße aber noch der Herr Oberbürgermeister, unsere Partei sehr wenig kennt. Das Urteil des Herrn Oberbürgermeisters fränkt ebenfalls an dieser Unkenntnis unserer Parteiverhältnisse. Vor einigen Sitzungen wußte z. B. der Herr Oberbürgermeister noch nicht einmal, wie wir das Schulwesen einrichten wollten und wie wir den höheren Schulen die Schüler zuführen wollten. Das zeigt deutlich, daß sich der Herr Oberbürgermeister sehr wenig um unsere Partei bekümmert hat. Wir können ihn deshalb als Beurteiler unserer Parteiverhältnisse nicht anerkennen. — Ich habe auch nicht gesagt Geschichte und Literatur; das konnte ich auch nicht sagen, weil wir noch nicht wußten, ob wir über Geschichte oder Literatur sprechen lassen wollten. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß über beides gelesen werden soll. Es wird außerdem auch noch verlangt, daß wir die Namen der Herren mitteilen sollen, die über Mathematik und Hygiene sprechen wollen. Das überschießt denn doch wohl das Ziel des Zulässigen sehr bedeutend und kann nur als eine Parteinahme gegen das Gewerkschaftskartell aufgefaßt werden. Am 8. und 9. Oktober d. Js. hat in demselben Lokale der Bismarckbund getagt, also eine rein parteipolitische Versammlung; weshalb sollen nun die Bürger Braunschweigs den Saal für ihre Zwecke nicht auch überwiesen erhalten können? Wenn die Versammlung sich schlüssig werden sollte, meinen Antrag anzunehmen, so wird sich der Magistrat die Sache wohl noch einmal überlegen und den Saal freigeben. Zu den Vorträgen selbst hat natürlich jedermann Zutritt.

Herr Wiehle: Wenn man die Antwort an den Lehrertag und die Antwort an das Gewerkschaftskartell in Betracht zieht, so muß man sich über die reaktionäre Haltung des Magistrates wundern. Es ist geradezu unbegreiflich, wie der Magistrat eine solche Stellung einnehmen kann. In der Nachbarstadt Hannover wird nicht nur die Aula der Hochschule für die Vorträge zur Verfügung gestellt,

sondern die städtischen Behörden haben auch noch einen Zuschuß von 1500 M bewilligt, und doch bleibt dort alles in den Angeln und geht nicht aus dem Leime. Wir müssen beinahe dem Pfefferküchler recht geben, daß die schlechte Entwicklung Braunschweigs lediglich durch die Engherzigkeit des Magistrates und der Versammlung veranlaßt werde, welche sich zu einem gesunden Fortschritte nicht entschließen können. Geht vielleicht Köln zugrunde, weil Bebel im Gürzenich gesprochen, oder Mainz, weil der Parteitag in der Stadthalle getagt hat? Unser Magistrat steht aber auf dem engherzigen Standpunkte, daß der Saal zu den Vorträgen nicht hergegeben werden darf, weil dabei ein Wort fallen könnte, das nach Politik riecht. Ich verstehe auch den Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters im Leben nicht, wenn er erklärt, daß Herr Dr. Jasper die Monarchie nicht verteidigen könnte. Muß man denn die Monarchie absolut verteidigen, wenn man über Staatsrecht sprechen will? Das ist ein Standpunkt, der die wahre Gesinnung des Magistrates verbirgt und der bezweckt, daß nur gesprochen werden soll, was dem Magistrate genehm ist. Nur aus diesem Grunde verweigert er dem Gewerkschaftskartell die Hergabe des Altstadt-Rathaussaales, und das kennzeichnet die ganze Stellung des Magistrates in dieser Sache. Ich bin der Meinung, daß der Magistrat von der Versammlung beauftragt werden muß, den Saal zu jedweder Versammlung herzugeben, damit die Mittel, welche man in diesen Saal steckt, auch durch den Gebrauch amortisiert und verzinst werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn Herr Wiehle sich veranlaßt sieht, dem Magistrate den Vorwurf der Engherzigkeit zu machen, so muß ich erklären, der Magistrat sieht genau so aus, wie ihn die Majorität der Versammlung zusammengesetzt hat, und wenn das der Versammlung nicht passen sollte, so muß sie ihn eben anders zusammensetzen. Es ist uns nicht eingefallen, was ich besonders wiederholen will, Partei gegen die Arbeiter zu nehmen, und wenn sich Herr Wiehle sogar zu der Behauptung aufschwingt, der Magistrat würde den Saal nur demjenigen geben, welcher die vom Magistrate gebilligte Ansicht in jeder Beziehung vertritt, so ist das auch nicht richtig. Ich habe nur als Beispiel angeführt, daß kein Redner aus seiner Haut herauskommen könne und daß z. B. Herr Dr. Jasper nicht in der Lage sein würde, die Monarchie als solche zu verteidigen. Wir leben hier aber in einem monarchischen Staate und es gehört mit zu den Aufgaben der Magistrate, für die Stärkung der Monarchie einzutreten. Den Herren, welchen dieser Standpunkt nicht paßt, möchte ich nur bemerken: Wenn es gelungen wäre, Ihren Zukunftsstaat zu verwirklichen und es käme dann eine kleine Partei und wollte gegen das, was Sie aufgebaut haben, agitieren, so möchte ich einmal sehen, was Sie dieser Partei sagen würden.

Herr Ribbentrop: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt, daß wir unsern Altstadt-Rathausaal nicht zu sozialdemokratischen und antimonarchi-

schen Manifestationen hergeben wollen, aber nicht auf dessen weiterem Standpunkte, daß der Magistrat erst hätte abwarten sollen, was vorkommen würde, um dann eventuell nein zu sagen. Daß der Magistrat hier in seinem vollen Rechte ist, geht schon aus der Aeußerung des Herrn Günther hervor, der nach dem damaligen Polizeidirektor Orth gegangen ist und die Versicherung abgegeben hat, es solle in dem Altstadt-Rathhause nicht über Politik gesprochen werden, obwohl Liebknecht dort einen Vortrag hat halten wollen. Herr Günther hat hierzu auch selbst gelacht. Wenn der Magistrat nunmehr Anlaß genommen hat zu glauben, daß ein solches Versprechen gar nicht gehalten werden kann, so kann ich das nur für recht erklären.

Herr Günther: Zu diesen Aeußerungen möchte ich nur eine kurze Erläuterung geben. Ich habe vorhin sagen wollen, daß der Magistrat jetzt in derselben Weise vorgegangen sei, wie damals der Polizeidirektor Orth, daß also der Magistrat polizeilicher sei, als die Polizei selbst.

Bei der nun folgenden Abstimmung über den Antrag Wesemeier stellt sich Stimmengleichheit heraus. Der Herr Vorsitzende stimmt darauf gegen den Antrag, so daß dieser abgelehnt ist.

XVIII. Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Oker am Waschplatze.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke über die Oker vom südlichen Ende des Waschplatzes nach der Pestalozzistraße.“

Zur Begründung führt Herr Stegmann aus, daß von den Anwohnern der dortigen Gegend der Bau einer solchen Brücke dringend gewünscht werde und dieser Wunsch auch gerechtfertigt erscheine. Da auf dem städtischen Lagerplatze am Westbahnhofe noch das Material zu einer Brücke vorhanden sei, so lasse sich der Wunsch ohne große pekuniäre Opfer erfüllen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XIX. Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes in den unteren Bürgerschulen.

Zur Begründung der Anfrage:

„Sind die Zeitungsnachrichten richtig, wonach der Magistrat den Nachmittagsunterricht in den unteren Bürgerschulen wieder einführen will? Wenn ja, welche Gründe sind die Veranlassung?“

führt Herr Stegmann folgendes aus: Die in der Anfrage erwähnte Zeitungsnachricht hat selbstverständlich bei den Eltern der die unteren Bürgerschulen besuchenden Kinder lebhaftere Erregung hervorgerufen. Es ist seinerzeit mit Freuden begrüßt worden, daß der Nachmittagsunterricht aufhörte und nur die höheren Klassen einige Nachmittage zur Schule mußten. Die Freude hierüber bei Eltern und Kindern ist auch leicht begreiflich: die Kinder können ihre Schularbeiten besser zu Hause machen, sie können sich mehr in der frischen Luft bewegen, können Schlittschuh laufen u. dgl. m., was beim Nachmittagsunterrichte ihnen nicht möglich ist. Auch die Mittagspause ist bei den teilweise sehr weiten Schulwegen zu kurz. Man muß bedenken, daß die Schularbeiten heutzutage keine Kleinigkeit sind, denn abgesehen von dem Ballast von auswendig zu lernenden Bibelsprüchen, werden noch hohe Anforderungen an die Kinder gestellt. Am schlimmsten sind hierbei die Kinder aus den unteren Bürgerschulen daran, die am Tage noch andere Arbeiten verrichten müssen und nur den späten Abend, wo sie müde sind, oder den frühen Morgen zur Anfertigung ihrer Schularbeiten verwenden können. Nach den Zeitungsmitteilungen soll der Magistrat hier dem Wunsche der Herzoglichen Polizeidirektion nachgekommen sein. Ich kann aber nicht annehmen, daß der Magistrat mit der Polizeidirektion ein Herz und eine Seele sein soll. Jedenfalls müssen schwerwiegende Gründe vorhanden sein, wenn man zu solcher Maßregel greifen will. Was ist nun aber vorgekommen? Das Rowdhtum soll hier erheblich zugenommen haben. Haben Sie aber jetzt mehr von derartigen Exzessen gehört, als früher? Mir ist nichts davon bekannt. Es mag von den Jungen wohl Unfug getrieben werden, aber der kommt auch auf dem Schulwege zum und vom Nachmittagsunterrichte vor, und der geschieht auch von den Schülern der höheren Schulen. Dort gibt es genau solche Rowdys, wie in den unteren Schulen. Wenn aber auch wirklich solche Exzesse vorgekommen wären, so berechtigt das doch noch nicht zu einer derartigen Maßregel. Lieber sollte der Magistrat dahin streben, daß mehr Kinderhorte eingeführt werden, damit die Kinder, wenn die Eltern in der Fabrik sind, zur Schule kommen und dort spielen können. Aber eine Verschlechterung der jetzigen Einrichtung soll man nicht eintreten lassen und dadurch Eltern und Kinder für die Exzesse einzelner bestrafen. Es würde der Nachmittagsunterricht gegen den Willen der großen Mehrheit der Eltern und gegen den Willen der Gesamtheit der Lehrer eingeführt werden. Wenn ich die Lehrer erwähne, so muß ich allerdings befürchten, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sagen wird, es handle sich um ein plummes Liebeswerben. Das hält mich aber nicht ab, auch diesen Grund hier vorzubringen.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß man heutzutage die Kinder schon lange genug in die Schulstube einsperrt und ein Unterricht von 8 bis 1 Uhr vollkommen genügt. Man sollte im Gegenteil darnach streben, daß sie mehr ins Freie hinaus-

kommen. Also nicht eine Verlängerung, sondern eine Verkürzung des Unterrichts wäre anzustreben. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß mir eine befriedigende Antwort erteilt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich hoffe, daß meine Antwort durchaus befriedigen wird. Die Antwort auf die Anfrage, ob die Zeitungsnachrichten begründet sind, wonach der Magistrat den Nachmittagsunterricht in den unteren Bürgerschulen wieder einführen will, lautet: Nein. Der Magistrat ist absolut unzuständig, den Lehrplan oder Stundenplan für die Schulen festzustellen; das ist nicht seine Aufgabe, sondern die Aufgabe des betreffenden Schulvorstandes. Diesem hat aber der Magistrat nichts zu sagen, sondern er steht unter dem Herzoglichen Konsistorium, und der Magistrat wird sich hüten, Maßregeln zu ergreifen, die einer fremden Behörde zugewiesen sind.

Der Herr Vorredner hat dann auch Veranlassung genommen, die Anfrage mit einigen Vorwürfen zu umgeben und das Vorgehen des Schulvorstandes kritisiert. Ich halte mich nicht für berufen, die Maßregeln des Schulvorstandes hier zu verteidigen, weil es mir bedenklich erscheint, die Maßnahmen einer fremden Behörde hier zur Erörterung zu bringen. Sie haben das Recht, sich den Magistrat vorzubinden und machen von dem Rechte ja auch den ausgiebigsten Gebrauch, aber die Tätigkeit einer fremden Behörde, in der nicht einmal ein Magistratsmitglied Vorsitzender ist, hier zu erörtern, halte ich nicht für zweckmäßig.

Herr Stegmann: Ich beantrage die Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Wird der Antrag unterstützt? — Die Unterstützung ist ausreichend.

Wollen Sie noch heute in die Besprechung eintreten? — Das ist die Minorität. Wir werden also die Besprechung in der nächsten Sitzung stattfinden lassen.

XX. Anfrage Günther: Notstandsarbeiten.

Die Anfrage lautet:

„Hat der Magistrat angesichts der bevorstehenden Arbeitslosigkeit die Ausführung von Notstandsarbeiten bereits in Erwägung gezogen?“

Die Begründung und Beantwortung der Anfrage soll wegen der vorgerückten Zeit in der nächsten Sitzung stattfinden.

XXI. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Jasper: Der Herr Vorsitzende hat darüber abstimmen lassen, ob die Besprechung der Stegmannschen Anfrage noch heute stattfinden soll oder nicht. Ich glaube, das entspricht nicht der Geschäftsordnung. Wenn neun Mitglieder der Versammlung das dringende Interesse haben, eine Anfrage besprochen zu sehen, so muß ohne jede weitere Abstimmung die Besprechung sofort stattfinden.

Vorsitzender: Sie haben vollständig recht, nur mit einer Ausnahme für den vorliegenden Fall. Wenn ich die Geschäftsordnung überall formell handhaben wollte, so müßte hier manches anders eingerichtet werden. So hat z. B. jeder Redner nur das Recht, zehn Minuten zu sprechen, aber trotzdem habe ich noch niemandem in diesem Punkte Fesseln angelegt. Eine Minorität von neun Mitgliedern der Versammlung kann allerdings die Besprechung einer Anfrage verlangen, aber die Majorität kann beschließen, ob die Besprechung noch heute stattfinden soll. Wenn diese meine Meinung Widerspruch finden sollte, so würde ich die Meinung der Versammlung darüber einholen.

Herr Jasper: Im § 13 des Verwaltungsstatuts heißt es wörtlich: „An die Beantwortung einer solchen Anfrage darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes anschließen, wenn mindestens neun Mitglieder darauf antragen“.

Vorsitzender: Das ist mir bekannt. Es heißt aber „darf“; die Majorität hat also zu entscheiden. Sie werden aber doch der Majorität der Versammlung nicht zumuten, daß sie der Popanz von neun Mitgliedern ist.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

1904|1905.N^o 13.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Dezember 1904.

Tagesordnung:

I.	Bildung eines Gesundheitsausschusses	Seite 422
II.	Vorprojekt für eine neue Bürgerchule	" 426
III.	Änderung des Statuts für ein Kaufmannsgericht	" 430
IV.	Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichts in den unteren Bürgerschulen	" 430
V.	Anfrage Günther: Notstandsarbeiten	" 444
VI.	Antrag Esborn: Änderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	" 449
VII.	Antrag Esborn: Neupflasterung der Gilden- und der Ehlernstraße	" 450
VIII.	Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenböttlerstraße	" 450
IX.	Anfrage Riecke: Handhabung der Polizeistunde	" 450
X.	Ausbau eines Teiles der Nordstraße	" 457
XI.	Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Elfer am Maschplatz	" 457
XII.	Einrichtung von Klassen der Hilfsschule im ehem. Stadthause	" 457
XIII.	Anschaffung von zwei Schreibmaschinen	" 458
XIV.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre 1903/04	" 458
XV.	Verlegung der Dienststunden für das Arbeitsamt	" 464
XVI.	Aufhebung des Othilienteiles und Verkauf von Straßenflächen	" 465
XVII.	Antrag Löschig: Zentralisierung des Sanitäts- und des Unfallwesens.	" 465

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Assessor Happe.

Entschuldigt die Herren Buchler, Lorb, Ohlendorf und Ribbentrop.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß der Kirchenvorstand zu St. Ulrich die Mitglieder der Versammlung zu der am 8. Januar k. Js. stattfindenden feierlichen Einweihung der renovierten Brüdernkirche einladet. Die Herren, welche an der Feier teilnehmen wollen, werden gebeten, entweder dem Herrn Vorsitzenden schon heute, oder sonst direkt dem Kirchenvorstande hiervon Mitteilung zu machen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

I. Bildung eines Gesundheitsausschusses.

Nach § 7 des Medizinalgesetzes Nr. 19 vom 9. März 1903 sind die Gemeinden befugt und auf Anordnung der Aufsichtsbehörde verpflichtet, Gesundheitskommissionen zu bilden, über deren Zusammensetzung und Aufgaben die §§ 7 und 8 des genannten Gesetzes nähere Bestimmungen geben.

Der Magistrat ist mit Herzoglicher Polizeidirektion, mit dem Sanitätsrat Dr. von Holwede und dem Stadtphysikus Sanitätsrat Dr. Roth der Ansicht, daß sich für die hiesige Stadt die Schaffung einer derartigen Einrichtung empfiehlt, und hat deshalb entsprechende Grundsätze entworfen, um für die Tätigkeit der Körperschaft der der Name „Gesundheitsausschuß“ zugebach ist, an der Hand des Medizinalgesetzes, der Städteordnung und des städtischen Verwaltungsstatuts (Nr. 1 vom 24. März 1893) eine Richtschnur zu liefern.

In der Voraussetzung, daß bei der der Versammlung obliegenden Wahl von sechs Mitgliedern des Gesundheitsausschusses ärztliche, bautechnische und sonstige Sachverständige ausreichend berücksichtigt werden, wird das Fortbestehen des bisherigen „Gesundheitsrats“, der eine nennenswerte Wirksamkeit im letzten Jahrzehnt nicht mehr entfaltet hat, für entbehrlich gehalten.

Die Versammlung wird daher ersucht,

- 1) den entworfenen Grundsätzen zuzustimmen,
- 2) sechs Mitglieder des Gesundheitsausschusses aus der Bürgerschaft zu wählen,
- 3) den Magistrat zu ermächtigen, bei Herzoglicher Polizeidirektion die Aufhebung der mit ihr unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung vereinbarten, von Herzoglichem Staatsministerium genehmigten Bestimmungen über den in hiesiger Stadt gebildeten Gesundheitsrat zu beantragen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Blasius: Die §§ 1 und 2 der vom Magistrate vorgelegten „Grundsätze für den in der Stadt Braunschweig zu bildenden Gesundheitsausschuß“ lauten:

§ 1. Auf Grund der Bestimmung in § 7 des Medizinalgesetzes (M. 19 vom 9. März 1903) wird in der Stadt Braunschweig eine Gesundheitskommission gebildet, welche den Namen „Gesundheitsausschuß“ führt.

A u f g a b e.

§ 2. Der Gesundheitsausschuß hat die Aufgabe:

- 1) von den gesundheitlichen Verhältnissen der Stadt durch Besichtigungen sich Kenntnis zu verschaffen und die polizeilichen Maßnahmen, insbesondere bei der Verhütung des Ausbruchs oder der Verbreitung gemeingefährlicher Krankheiten in geeigneter Weise (Untersuchung der Wohnungen, Belehrung der Bevölkerung u. dgl.) zu unterstützen;
- 2) über alle ihr von dem Stadtmagistrat, der Herzoglichen Polizeidirektion oder von den Aufsichtsbehörden vorgelegten Fragen des Gesundheitswesens sich gutachtlich zu äußern;
- 3) diesen Behörden Vorschläge auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu machen.

Die Statutenkommission hat hierzu nur zu bemerken, daß im § 2 unter 2 statt „ihr“ gesagt werden muß „ihm“.

Zusammensetzung.

§ 3. Der Gesundheitsausschuß ist eine der in § 111 der Städteordnung bezeichneten Deputationen und besteht aus sieben Mitgliedern.

Eins derselben, welches den Vorsitz führt, wird vom Stadtmagistrate aus seiner Mitte bestimmt, die sechs übrigen werden von der Stadtverordnetenversammlung teils aus ihrer Mitte, teils aus den Bürgern auf je zwei Jahre gewählt, wobei Wiederwahl zulässig ist.

Die Gewählten verwalten ihr Amt als Ehrenamt.

Die Kommission schlägt vor, den Ausschuß aus neun und nicht aus sieben Mitgliedern bestehen zu lassen, weil sich bei der Besprechung über die in Frage kommenden Persönlichkeiten als wünschenswert gezeigt hat, eine größere Anzahl Herren für diesen Zweck zur Verfügung zu haben. Im zweiten Satz würde dann statt „sechs“ gesagt werden müssen „acht“.

Die Versammlung ist mit dieser Aenderung einverstanden.

Mitwirkung des Stadtphysikus.

§ 4. Der Stadtphysikus kann an allen Sitzungen des Gesundheitsausschusses teilnehmen und darf jederzeit dessen Zusammenberufung verlangen, hat bei allen Verhandlungen desselben beratende Stimme und muß jederzeit gehört werden.

Kommissionsseitig findet sich nichts dagegen zu erinnern.

Herr Günther: Hier finde ich das ominöse Wörtchen „kann“. Es wäre doch wohl besser, dafür eine bestimmtere Form zu wählen und zu sagen: „Der Stadtphysikus hat an allen Sitzungen des Gesundheitsausschusses teilzunehmen . . .“ Der Stadtphysikus kann ja sonst auch die Beteiligung ablehnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte dem gegenüber darauf hinweisen, daß die magistratsseitig vorgeschlagene Fassung sich genau mit dem Gesetze deckt. Wir werden aber nicht berechtigt sein, über die gegebenen Grundsätze hinauszugehen und einen Beamten zur Teilnahme an den Sitzungen des Gesundheitsausschusses zu verpflichten, der kein städtischer Beamter ist. Im übrigen wird wahrscheinlich der Herr Stadtphysikus eins der eifrigsten Mitglieder des Ausschusses werden, so daß wir uns darum nicht zu sorgen brauchen.

Herr Löschigt: Ich möchte mir hierzu folgenden Antrag erlauben:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat Mittel einzustellen, um das Sanitäts- und das Unfallwesen der Stadt Braunschweig zu zentralisieren und einheitlich einzurichten.“

Vorsitzender: Der Antrag gehört aber nicht in den Rahmen der Vorlage, weshalb ich anheimegebe, den Antrag als einen selbständigen zu behandeln. (Zustimmung des Herrn Löschigt.)

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich halte den Vorschlag für durchaus beherzigenswert, und ich kann mitteilen, daß der Magistrat sich erst heute morgen mit der Frage beschäftigt hat, wie das Krankentransportwesen und das Unfallwesen einheitlich zu regeln sei. Wegen der Tragweite des Antrages möchte ich aber auch bitten, ihn als einen selbständigen zu behandeln und zwar umsomehr, als er Mittel für den nächstjährigen Etat verlangt. Wichtig ist, daß der Gesundheitsausschuß sich mit derartigen Fragen vorwiegend beschäftigen wird, aber er muß doch erst da sein, man kann ihm nicht gut vorgreifen.

Herr Rathe: Bei der Errichtung des Gesundheitsausschusses möchte ich anregen, auf die Mitwirkung der Polizeiorgane zu verzichten, da diese nicht das Verständnis haben können, als wenn eine besondere städtische Sanitätspolizei vorhanden ist. Eine solche Einrichtung würde in der Bürgerschaft jedenfalls warm begrüßt werden und auch durchaus zweckmäßig sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Gesundheitsausschuß wird auf dem Gebiete des Sanitätspolizeiwesens manche Vorschläge machen und der zuständigen Behörde unterbreiten können, jedoch werden wir nichts daran ändern können, daß die Herzogliche Polizeidirektion die zuständige Behörde für die Sanitätspolizei bleibt. Der Gesundheitsausschuß soll auch keine ausführende, sondern nur eine überwachende Gewalt haben, und wir können die Polizei hier nicht aufs trockene setzen. Herr Rathe wünscht wohl auch nur, daß dem Sanitätswesen mehr Aufmerksamkeit von der Bürgerschaft geschenkt werden möchte. —

Herr Blasius: Der letzte Paragraph lautet:

Geschäftsordnung.

§ 5. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses erläßt die zur Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse erforderlichen Verfügungen und beruft nach Bedarf die Mitglieder, sowie den Stadtphysikus zu den Sitzungen.

Zur Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der stimmführenden Mitglieder nötig.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Im übrigen gibt sich der Gesundheitsausschuß seine Geschäftsordnung selbst.

Die Statutenkommission bringt in Vorschlag, im ersten Satz hinter „nach Bedarf“ einzuschließen „(mindestens jedoch jährlich einmal)“.

Wenn diese „Grundsätze“ von der Versammlung angenommen werden, so ist die Wahl von acht Mitgliedern vorzunehmen. Auch erscheint es selbstverständlich, daß der Gesundheitsrat aufgelöst werden kann. Dieser hat ja im letzten Jahrzehnt keine große Tätigkeit entwickelt, jedoch steht zu hoffen, daß der neue Gesundheitsausschuß eine um so regere Tätigkeit entfalten wird. Die Tendenz beider Einrichtungen ist eigentlich dieselbe, aber ein Unterschied besteht u. a. doch auch darin, daß wir in dem Gesundheitsausschusse als Vorsitzenden ein Mitglied des Magistrates, also einen städtischen Beamten, haben, während im Gesundheitsrate der Polizeipräsident, also ein Herzoglicher Beamter, den Vorsitz inne hatte. Die Statutenkommission kann demnach die Vorlage in ihrem vollen Umfange mit den vorgetragenen Aenderungen zur Annahme empfehlen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat hält die Aenderungsvorschläge der Statutenkommission für sachgemäß und erklärt sich seinerseits mit der Einführung dieser Aenderungen einverstanden. Es würde also nichts entgegenstehen, schon heute acht Mitglieder in den Ausschuß zu wählen.

Herr Blasius: Ich möchte vorschlagen, die Wahl in der vertraulichen Sitzung vorzunehmen, weil über die einzelnen Persönlichkeiten vielleicht diskutiert werden muß.

Die Grundsätze werden darauf in der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Fassung angenommen, auch erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Wahl der Ausschußmitglieder in der vertraulichen Sitzung vorgenommen wird.

II. Vorprojekt für eine neue Bürgerschule.

Die städtische Bauverwaltung legt ein Vorprojekt zur Erbauung einer Bürgerschule auf den städtischen Grundstücken nördlich der Hildeheimerstraße mit dem Bericht vor, daß zunächst eine 26klassige Schule errichtet, zugleich aber die Möglichkeit der Erweiterung derselben zu einem 48klassigen Bau in Betracht gezogen werden soll. Da es sich nach erfolgter vollständiger Bebauung des Grundstücks um zwei annähernd gleich große Schulen handelt und die Gestalt des Bauplatzes geradezu zu einer Trennung beider Gebäude herausfordert, ist die städtische Bauverwaltung bei dem Vorentwurfe auch von dieser Voraussetzung ausgegangen. Eine derartige Bebauung bietet im Vergleich mit derjenigen durch ein einziges zusammenhängendes Gebäude wesentliche Vorzüge, indem sie die Möglichkeit gewährt, der zweiten hier unterzubringenden Schule ein besonderes Gebäude nebst Spielplatz überweisen zu können, auch in hygienischer Beziehung und namentlich wegen der freieren Gestaltung des Grundrisses, der Lage der Klassenzimmer und der Schaffung guter Licht- und Luftverhältnisse für die Flurgänge günstiger ist, außerdem die Ausführung des zweiten Schulhauses ohne Störungen für den Betrieb in dem zuerst errichteten Gebäude und ohne Gefahren für die das letztere besuchenden Kinder gestattet, und endlich die Schaffung getrennter Spielplätze für beide Schulen ermöglicht. Diesen erheblichen Vorteilen gegenüber dürfte der finanzielle Gewinn, der durch die Mitbenutzung der einen Giebelseite des zuerst aufzuführenden Gebäudes für den späteren Anbau zu erzielen ist, kaum von Bedeutung sein, zumal da derselbe noch durch Aufwendungen für die dabei erforderlich werdenden baulichen Veränderungen an der Giebelwand und dem Dache des zuerst errichteten Gebäudes erheblich geschmälert wird.

Das Bauprogramm ist in folgender Weise festgestellt worden:

- 1) Das Schulhaus enthält 26 Schulklassen, 1 Zeichenaal nebst Modellzimmer, 1 Inspektorzimmer, 1 Lehrer- und Konferenzzimmer, 1 Lehrerinnenzimmer, 1 Zimmer für Lehrmittel, 1 Schulküche, 1 Brausebad nebst Ankleideraum, Aborte für Lehrer und Lehrerinnen. Im Kellergeschoß sind vorgesehen die Räume für die Zentralheizungsanlage und für Brennmaterial, sowie eine Warmwasserbereitungsanlage.

2) Die Wohnung des Schuldieners soll erhalten 2 Stuben und 2 Kammern, 1 Küche nebst Speisekammer, 1 Keller, 1 Bodenraum und 1 Abort. Die Wohnung ist möglichst in einem besonderen, mit dem Schulhause in Verbindung stehenden Gebäude unterzubringen.

3) Eine Turnhalle und 4) Aborte.

Der Spielplatz soll für jedes Kind eine Fläche von 2–3 qm darbieten. Für die Heizung und Ventilation sämtlicher Klassenzimmer und des Zeichensaales ist eine Zentral-Feuerluftheizung vorgesehen.

Nach dem beigegebenen Kostenanschlage wird die Schule mit ihren Nebengebäuden 450 000 M kosten. Die städtische Bauverwaltung ersucht, ihr von dieser Summe vorläufig einen Betrag von etwa 2500 M behufs Ausarbeitung der speziellen Baupläne und Kostenanschläge zur Verfügung zu stellen. Der Gesamtbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Neubau des Schulhauses 310 000 M, Schuldienershaus 15 500 M, Turnhalle 31 900 M, Abortgebäude 17 280 M, Einfriedigung 4480 M, Gas- und Wasserleitung 4000 M, Instandsetzung des Spielplatzes 16 000 M, Mobiliar 39 000 M, Turngeräte 3000 M, Uhr 2500 M und verschiedene kleinere Ausgaben im Betrage von 6340 M.

Der Magistrat ersucht, das Vorprojekt zu genehmigen.

Dieses ursprüngliche Vorprojekt war von dem Magistrate zurückgezogen worden, weil die vereinigte Bau- und Schulkommission sich dahin schlüssig gemacht hatte, es nicht zu genehmigen, vielmehr anheimzugeben, seine Umarbeitung zu veranlassen und gleichzeitig die Frage zu prüfen, ob nicht eine andere weniger umfangreiche Heizanlage den Vorzug verdiene. Die Umarbeitung ist hauptsächlich aus dem Grunde für wünschenswert erachtet worden, weil bei der gewählten unsymmetrischen Grundrißanordnung für das Schulhaus die Vorteile der Anlage von Seitenkorridoren den beiden Abteilungen für Knaben und Mädchen nicht gleichmäßig zugute kommen würden und daß ferner die Zimmer für die Lehrer und Lehrerinnen nicht in der Mitte des Hauses, sondern in dem südöstlichen Gebäudeflügel untergebracht waren. Die städtische Bauverwaltung hat daraufhin ein anderes Vorprojekt ausgearbeitet, das nunmehr zur Beratung steht. Hiernach soll für beide Schulen nur ein Schuldienershaus mit zwei Stockwerken gebaut werden, dessen eine Wohnung vorläufig der Heizer der zuerst errichteten Schule erhalten würde.

Was die Frage der Beheizung und Lüftung des Schulhauses anlangt, so sind von dem Ingenieur Kelling in Berlin zwei Projektskizzen ausgearbeitet worden und zwar zu einer Niederdruck-Dampfheizung mit besonderer Lüftungsanlage und außerdem zu einer Luftheizung in der seither in den neueren Schulen hier ausgeführten Anordnung. Die Anlagekosten der Niederdruck-Dampfheizung sind zu 20 620 M veranschlagt worden, während die Luftheizung 15 447,25 M kosten würde.

Die Kosten des Schulhauses nebst Zubehör belaufen sich nach dem neuen Vorprojekt auf insgesamt 456 000 M. Die Erhöhung der Endsumme um 6000 M ist lediglich durch die Mehrkosten für das Schuldienerhaus mit zwei Wohnungen verursacht worden. In Wirklichkeit sind die Kosten etwas geringer, da die bebaute Grundfläche eine kleinere geworden ist. Der Einheitspreis für das Schulhaus ist mit Rücksicht auf die Anlage einer Niederdruck-Dampfheizung um 7 M erhöht worden.

Namens der vereinigten Bau- und Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Es möchte auffallen, daß nach dem Vorprojekte nicht ein, sondern zwei Gebäude aufgeführt werden sollen, jedoch widerspricht das nicht der Absicht, eine große Schule zu bauen. Es ist gleich, ob man zwei Gebäude nebeneinandersezt, oder ob man sie zu einem Doppelgebäude vereinigt. Demnach entspricht die Trennung durchaus dem Prinzip, das wir aufgestellt haben.

Bezüglich der Höhe des Gebäudes sind wir der Meinung gewesen, daß es nicht über drei Geschosse hinausgehen soll. Bisher waren die Schulhäuser so gebaut, daß die Korridore an beiden Seiten Klassen hatten; wenn dieses System auch das älteste und billigste ist, so hat es doch den großen Nachteil, daß die Korridore dunkel sind. Man hat deshalb das gemischte System gewählt, bei dem die Korridore nur an einer Seite bebaut werden. Darin liegt auch der weitere große Vorteil, daß man den Korridor an einzelnen Stellen weiter ausbauen kann, um Raum zu gewinnen, damit die Schüler sich bei schlechtem Wetter in den Zwischenpausen dort bewegen können. Obwohl das System etwas teurer ist, so bietet es doch einen so wesentlichen Fortschritt, daß die Kommission für dessen Anwendung stimmt.

Wie stellen sich nun die Kosten im Vergleich mit den früheren Schulbauten? Das vorliegende Projekt kostet überschläglich bei 26 Klassen 450 000 M, die ganze Schulanlage mit 52 Klassen wird kosten 860 000 M, das ergibt pro Klasse etwa 16 500 M, oder pro Schüler 330 M Baukosten. Die früheren Schulbauten dagegen, z. B. die Schule an der Voigts-Rhegstraße, haben erfordert 19 600 M Baukosten pro Klasse oder 390 M pro Schüler. Es werden also durch die jetzt geänderte Bauweise erspart an Baukosten rund 3000 M pro Klasse oder 60 M pro Schüler, das bringt für das vorliegende Schulprojekt bei vollem Ausbau der 52 Klassen eine Ersparnis von rund 150 000 M. Wir können daher mit dem durch unsere früheren Beschlüsse Erreichten sehr wohl zufrieden sein. Wenn wir, wie bei den früheren Schulbauten, die Anordnung mit beiderseitig voll bebauten Korridoren beibehalten hätten, würde die Ersparnis noch um etwa 20 000 M für jedes Schulhaus, im ganzen also um 40 000 M, größer geworden sein. Diese weitere Ersparnis anzustreben, empfiehlt sich aber nicht, weil die Beträge in keinem Verhältnis stehen zu der Minderwertigkeit, die damit in hygienischer und schultechnischer Beziehung verbunden sein würde.

Gegen das zuerst aufgestellte Vorprojekt fanden sich damals einzelne Bedenken. Es durfte z. B. nicht die eine ganze Hälfte, also z. B. die Knaben, finstere Korridore kriegen und die andere Hälfte helle Korridore, sondern wir waren für eine symmetrische Anordnung der Korridore. Dieser Wunsch der vereinigten Kommissionen ist ebenso, wie die weiteren Wünsche — Anordnung der Lehrerzimmer, Aenderung der Heizanlage, Ausbau des Dachgeschosses etc. — bei dem neuen Vorprojekte berücksichtigt worden. Die Aenderung ist auch nicht teurer geworden, sondern sie hat noch eine Ersparnis von etwa 17000 M durch Verminderung der bebauten Fläche im Gefolge und außerdem ist die durch Vereinigung der beiden Schuldienerhäuser zu erwartende Ersparnis auf mindestens 6000 M zu schätzen.

Was die Heizanlage betrifft, so wird kommissionsseitig empfohlen, die Niederdruck-Dampfheizung mit vorgewärmter Luft anzuwenden. Wenn die Anlage auch dem Anscheine nach etwas teurer sein mag, so stellt sie sich bei näherer Prüfung doch nicht teurer heraus. Auch der Antrag auf sofortige Bewilligung von 2500 M behufs Ausarbeitung der speziellen Baupläne und Kostenanschläge wird kommissionsseitig zur Annahme befürwortet.

Demnach empfehlen die vereinigten Kommissionen, das letzte Vorprojekt dem Bau zugrunde zu legen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte das Referat noch dahin ergänzen, daß die Baukommission auch beschlossen hat, den Magistrat zu ersuchen, die Erdarbeiten als sogenannte Notstandsarbeiten schon im Laufe des Winters ausführen zu lassen.

Herr Frühling: Ich kann das bestätigen und will nur noch bemerken, daß ich auf diese Sache nach Genehmigung der Vorlage zurückgekommen sein würde.

Herr Brückmann: In bezug auf die Heizungsanlage möchte ich erwähnen, daß die seit einiger Zeit angewendete Kellingsche Luftvorwärmemethode nur ein Teil der ganzen Heizanlage ist, so daß auch hiesige Firmen die Heizanlage herstellen können. Ich möchte daher bitten, die Arbeiten möglichst hier zu vergeben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es liegt nicht die Absicht vor, der Firma Kelling in Berlin die Lieferung der Heizanlage ohne weiteres zu übertragen, sondern es ist nur bei Gelegenheit erwähnt worden, daß die Firma einen sehr tüchtigen Ingenieur habe, mit dem über die Sache verhandelt worden sei. Die Vergebung der Anlage wird nach der öffentlichen Ausschreibung an diejenige Firma erfolgen, welche am geeignetsten erscheint.

Herr Hauswaldt: Es ist mir bei der Genehmigung von Projekten zu Schulbauten viel leichter ums Herz, seitdem sich ein Fachmann in die Baupläne vertieft hat. Daß bei unseren früheren Schulbauten viel gesündigt worden ist, sieht jeder, der selbst die neuesten Schulen einmal durchwandert. Ich bin deshalb erfreut, daß jetzt gewissermaßen eine Normalschule entstanden ist, auf der wir

weiter bauen können. Bisher haben wir immer viel Geld für unsere Schulen ausgegeben, ohne etwas Bedeutendes damit zu erreichen. Wenn es auch nicht Sitte der Versammlung ist, so glaube ich doch, daß wir dem Herrn Referenten und der Baukommission Dank für ihre Bemühungen schulden. Da nun zur Ausarbeitung der speziellen Baupläne 2500 M bewilligt werden sollen, so möchte ich fragen, ob diese Arbeit von den städtischen Baubeamten nicht geleistet werden kann?

Herr Frühling: Bei so großen Bauausführungen ist es wünschenswert, daß ein Beamter speziell mit der Aufstellung der Baupläne und der späteren Bauausführung beauftragt wird. Wenn die Pläne und Anschläge aber so genau aufgestellt werden sollen, wie es hier verlangt wird, so müssen wir dafür auch mehr Kosten aufwenden, die später wieder einkommen. Die geforderten 2500 M müssen wir aber bewilligen, weil die ständigen Hilfskräfte zur schnellen und sachgemäßen Bearbeitung nicht ausreichen.

Die Magistratsvorlage wird darauf im vollen Umfange angenommen und außerdem der Magistrat ermächtigt, zu etwaigen Notstandsarbeiten die Ausschachtungen sofort vornehmen zu lassen.

III. Aenderung des Statuts für ein Kaufmannsgericht.

Das Herzogliche Staatsministerium hat das in der Sitzung vom 24. November ds. Js. — Seite 352 des Berichtes — festgestellte Statut für das hier zu errichtende Kaufmannsgericht mit der Maßgabe genehmigt, daß im § 11 statt „von einer Woche“ gesetzt wird „von einem Monat“. (§ 15, Abs. 1 des Kaufmannsgerichtsgesetzes verglichen mit § 17 des Gewerbegerichtsgesetzes.) Der Magistrat ersucht, diese Aenderung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, geschieht.

IV. Anfrage Stegmann: Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes in den unteren Bürger Schulen.

Die Besprechung der in der Sitzung vom 8. ds. Mts. gestellten und beantworteten Anfrage — Seite 417 des Berichtes — leitet ein

Herr Brückmann: Ich war überrascht, als von den Herren zu meiner Linken in der letzten Sitzung die hier zur Besprechung stehende Anfrage gestellt wurde, umso mehr da diese Herren auf ihre Fahne schreiben: Bildung macht frei, und da sie so oft von einer Veredlung der Jugend sprechen. Es wundert mich, daß die Herren nicht wünschen, daß die Jugend an einigen Nachmittagen mehr unter Aufsicht sein und sich mehr in gesunden Schulräumen bewegen soll; die Herren haben doch sonst den Wunsch, daß die männliche Schuljugend mit den

Eltern gemeinsam das Mittagessen einnehmen kann, was im allgemeinen nur bei einem Schulschluß um 11 oder 12 Uhr geschehen kann. Ich verstehe den jetzigen Standpunkt der Herren wirklich nicht. Es hat mich dies unwillkürlich an die neuliche Aeußerung des Herrn Stadtrat von Frankenberg erinnert. Aber trotzdem stimme ich mit den Herren darin überein, daß ich es ebenfalls nicht für angängig halte, eine Art unserer Bürgerschulen besonders zu behandeln. Man soll keine Bürgerschulkinder erster und zweiter Ordnung schaffen und ebensowenig dürfen Lehrer erster und zweiter Ordnung geschaffen werden. Wenn auch die Lehrer diesen Unterschied nicht fühlen würden, so könnte doch beim Publikum ein solcher Gedanke leicht kommen. Deshalb bin ich entgegengelegter Meinung und stimme dafür, daß der Nachmittagsunterricht nicht beschränkt, sondern daß er nicht allein bei den unteren, sondern auch bei den mittleren Bürgerschulen angestrebt würde. Bezüglich der Lehrerverhältnisse haben sich ja im Publikum mancherlei sonderbare Ansichten herausgebildet; es war deshalb angenehm, zu lesen, daß hinfort ein Wechsel zwischen den Lehrern an den mittleren und unteren Bürgerschulen stattfinden soll. Hinterher verlautete dann aber, daß diese Nachricht unbegründet sei. Ich kann nicht beurteilen, ob die jetzige Handhabung der Verteilung der Lehrer auf die mittleren und die unteren Bürgerschulen richtig ist; jedenfalls sind aber die Lehrer an den unteren Bürgerschulen keine Lehrer zweiter Ordnung, denn sie haben ihren Beruf noch viel schwerer zu erfüllen, als die an den mittleren Bürgerschulen beschäftigten Lehrer.

Bei der Begründung der Anfrage wurde auch ein Ausfall auf den Herrn Oberbürgermeister wegen des unterlassenen Besuches des Lehrertages gemacht. Ich regte schon in der Kommission an, daß die Bestrebungen der Lehrer bezüglich der Einheitschule teilweise auch darauf zurückzuführen seien, daß eine Verjeugung der Lehrer von den unteren nach den mittleren Bürgerschulen nicht stattfindet. Das soll aber von maßgebender Stelle bestritten worden sein.

Man sagt nun, daß bei den jetzigen Bestrebungen auf Erweiterung des Nachmittagsunterrichtes an den unteren Bürgerschulen auch Erhebungen bei der Herzoglichen Polizeidirektion stattgefunden haben. Es tut mir leid, daß uns nicht eine Statistik über jugendliche Vergehen und Uebertretungen zur Verfügung steht, denn wir haben ein großes Interesse daran, zu erfahren, welche Ursachen die Menderung herbeigeführt haben. Andererseits glaube ich aber, daß sich bei den Wahrnehmungen der Polizei kein großer Unterschied zwischen den Schülern der unteren und der mittleren Bürgerschulen ergeben haben wird. Nach meinen langjährigen Beobachtungen benehmen sich die Jungen aus den unteren und mittleren Bürgerschulen in ihrer Gesittung und Aufführung nicht unterschiedlich, im Gegenteil, die Kinder der unteren Bürgerschulen benehmen sich noch reichlich so gut, wie die aus den mittleren Schulen. Man sagt nun auch, es habe eine gewisse Verrohung der

Jugend stattgefunden und auch aus Lehrerkreisen ist mir das bestätigt worden. Das liegt aber nicht an der Aufgabe des Nachmittagsunterrichtes, sondern weil den Lehrern das richtige Mittel zur Erziehung der Kinder mangelt; sie stehen mit einem Fuß im Gefängnis, wenn sie von dem notwendigen Erziehungsmittel Gebrauch machen wollen, mit dem wir alle wohl erzogen sind.

Die Frage ist so wichtig, daß wir sie nicht durch eine einfache Absprache erledigen können; ich stelle daher den Antrag, die ganze Angelegenheit erst einmal in der Kommission unter Zuziehung von Sachverständigen gründlich durchzusprechen. Wir alle, vielleicht mit Ausnahme des Herrn Günther, sind nicht pädagogisch und schultechnisch genug gebildet, um in dieser wichtigen Frage allein mitzusprechen, sondern wir müssen das Urtheil Sachverständiger hören.

Wie ist nun das Bürgerischulwesen in unserer Stadt beschaffen? Wir haben hier öfter gehört, daß wir in Braunschweig Bürgerschulen erster Ordnung haben. An dieser Ansicht bin ich aber durch zwei Momente zweifelhaft geworden. In der Handwerkskammer wurde darüber geklagt, daß die dem Handwerke zufließenden jungen Leute nicht mit der Vorbildung ausgerüstet seien, wie früher. Darauf wurde entgegnet, daß auch nur die dummsten Jungen sich dem Handwerkerstande widmen. Den Klagen über mangelhafte Vorbildung der jungen Leute kann ich mich von meiner Stellung als Vorstandsmitglied der kaufmännischen Fortbildungsschule aus nur anschließen. Auch dort findet sich nicht eine derartige Bürgerschulbildung, wie man sie von einem Kaufmannslehrling verlangen kann und auch verlangen muß. Ich will hierbei nicht eine Person oder eine Behörde angreifen, sondern nur das System, welches ich nicht für richtig halte. Es wurde auch gesagt, unser Verfassungswesen werde nicht richtig gehandhabt u. dgl. m.; jedenfalls bestehen die Tatsachen und auch ich werde mit weiteren Angaben dienen können, wenn die Sache in der Kommission besprochen wird. Die Sache ist mir viel zu wichtig, und ich halte dafür, daß unsere Ansichten und Erfahrungen auch an diejenigen Stellen gehört werden, die in dieser Sache zu entscheiden haben. Muß es z. B. nicht überraschen, daß in der ersten Knabenklasse durch den Konfirmandenunterricht die eine Schreibstunde in der Woche fortfällt? Dadurch wird den Knaben ein Mittel zu ihrer Ausbildung entzogen, was unentschuldig ist. Wie viele Knaben widmen sich nicht dem Schreiber-, dem Kaufmanns- und dem Handwerkerstande, bei denen eine gute Handschrift durchaus notwendig ist? Darum soll man hierauf mehr Wert legen und berücksichtigen, daß eine gute Handschrift auch den Schönheitsinn bildet. Indem ich den Magistrat bitte, meinen Anregungen Gehör zu schenken, erlaube ich mir, folgende Anträge zu stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Schulvorstande dahin vorstellig zu werden,

- 1) daß die Einschränkung des Nachmittagsunterrichtes in den Bürgerschulen vorläufig in dem bestehenden Umfange erhalten bleibe,
- 2) daß, falls der Schulvorstand eine Erweiterung dieses Unterrichtes beschließt, sie in gleicher Weise für die mittleren wie für die unteren Bürgerschulen erfolge,
- 3) daß Erhebungen darüber angestellt werden, welche Erfahrungen seitens der Schule mit der bisherigen Einrichtung gemacht sind, eventuell, welche Gründe eine Aenderung notwendig erscheinen lassen,
- 4) daß zu der Kommissionsberatung dieses Antrages als Sachverständige der Stadtphysikus, der Schuldirektor der Bürgerschulen, ein Schulinspektor, 2 Lehrer mit beratender Stimme hinzugezogen werden."

Ich bitte um Unterstützung des Antrages und um dessen Ueberweisung an die Schulkommission.

Herr Hauswaldt: Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat in der vorigen Sitzung schon richtig bemerkt, daß der Schulvorstand dieser Versammlung nicht untersteht. Sie haben mich aber als Mitglied dieser Versammlung in den Schulvorstand gewählt, und ich habe nun das Gefühl, daß ich hier meine Meinung über diese Sache aussprechen muß und ich gleichzeitig Ihre Wünsche entgegenzunehmen habe, um sie im Schulvorstande zu vertreten.

Zuerst möchte ich darauf zurückkommen, was denn eigentlich wirklich im Schulvorstande in dieser Sache geschehen ist, denn ich habe bei Betrachtung der bisherigen Verhandlung und auch des Antrages Brückmann die Empfindung, daß darüber im Publikum und in dieser Versammlung noch die verschiedensten unrichtigen Ansichten herrschen. Es scheint sich hier wieder einmal um eine Frage zu handeln, die zur Tages- oder Modefrage gemacht ist: Es wird nämlich zuweilen solche Frage aufgeworfen, die durch das Publikum und die öffentlichen Blätter getrieben wird, und bei der heißt es dann von der einen Seite: wer die Frage nicht so beantwortet, der ist ein Kretin oder er ist böswillig, während auf der anderen Seite behauptet wird, daß die Frage bereits längst beantwortet und gelöst sei. Zu solchen Modefragen, zu denen ich auch die „Einheitschule“ in einem gewissen Sinne rechne, gehört auch die Frage, ob Nachmittagsunterricht in den Schulen sein soll oder nicht. Ich möchte also hier zunächst feststellen, was denn der wirkliche Tatbestand ist, soweit ich das im Schulvorstande persönlich mit erlebt habe. Wir haben in unseren Bürgerschulen den Nachmittagsunterricht noch immer nach gesetzlicher Vorschrift. Er ist wohl früher stärker gewesen und ist durch einen, selbstverständlich den Verhältnissen sich anpassenden Schulplan unseres Schuldirektors von 8 Nachmittagsstunden (unter 32 Schulfunden überhaupt) auf

3—4 Nachmittagsstunden heruntergesetzt worden. Aber ein Beschluß darüber, daß kein Nachmittagsunterricht oder nur ein beschränkter sein soll, ist nie gefaßt worden, und der Schulvorstand würde das auch ohne Zustimmung des Herzoglichen Konsistoriums gar nicht durchführen können; es ist vielmehr nur ein Versuch gewesen, ein sich Anpassen an die hiesigen Verhältnisse. Im Schulvorstande ist auch kein Beschluß gefaßt worden, den Nachmittagsunterricht wieder einzuführen. Also alle die Klagen über die Bedrückung der Jugend, besonders derjenigen aus den ärmeren Klassen, haben gar keinen Grund. Die Veranlassung zu dem ganzen Gerede wird wohl in folgendem Vorkommnis zu suchen sein: Die Waisenhauslehrer sollen den Waisenhausinspektor gebeten haben, auch im Waisenhause den Nachmittagsunterricht fortfallen zu lassen oder zu beschränken, was aber abgelehnt werden mußte, weil mit dieser Schule ein Internat verbunden ist, und nun ist im Anschluß daran die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine Härte darin zu erblicken sei, daß die städtischen Bürgerschullehrer keinen oder wenig Nachmittagsunterricht hätten, während die Waisenhauslehrer nachmittags unterrichten müßten! Neben dieser Sache läuft ferner eine Bemerkung des Herrn Polizeipräsidenten, der in der Direktion des Waisenhauses sitzt, daß nach seiner Auffassung die hiesige Schuljugend in letzter Zeit stark verroht sei und dies mit dem Fehlen des Nachmittagsunterrichtes zusammenhinge. Diese Auffassung steht nicht allein, sondern sie ist auch von anderer Seite geteilt worden, indem man vielfach meint, daß unsere Schuljugend, die ja teilweise der Aufsicht durch die Eltern entbehrt, in den letzten Jahren mehr wie früher zu Uebergriffen aller möglichen Art geneigt gewesen ist. Es sind uns dafür sehr spaßhafte, aber auch sehr traurige Beispiele angeführt worden, und es wurde im Schulvorstande auf diese Anregung hin die Frage geprüft, ob nachzuweisen sei, daß die Verrohung durch den Fortfall des Nachmittagsunterrichtes eingetreten sei. Bei Beurteilung dieser Frage standen uns Zahlen nicht zur Verfügung, sondern es handelte sich um die reine Ansicht des Schulvorstandes, die allerdings von einer Reihe billig denkender Leute geteilt wird. Darauf wurde beschlossen, Erhebungen darüber anzustellen, welche Verhältnisse vor der Einschränkung des Nachmittagsunterrichtes bestanden haben und außerdem den Schuldirektor Prof. Schaarschmidt zu ersuchen, für Ostern Vorschläge zu machen, wie die Schulstunden, unter stärkerer Heranziehung des Nachmittagsunterrichtes, verteilt werden möchten.

Nun bitte ich Sie, diese Frage auch ganz objektiv zu behandeln. Es handelt sich doch nicht um eine Tagesfrage, oder eine politische Frage, sondern um eine Frage, die nur geklärt werden kann nach eingehender gewissenhafter Prüfung und zwar vom schultechnischen und vom sozialen Standpunkte aus. Wir sind alle nicht imstande — und ich nehme dabei unsern verehrten Kollegen Günther nicht aus — heute zu sagen, ob es für Kinder besser ist, fünf Stunden hinter einander zu

arbeiten, also nur einmal täglich zur Schule zu gehen, oder nur drei oder vier Stunden, dann Mittag zu machen und wieder zwei Stunden zu arbeiten, also zweimal in die Schule zu gehen; auch zu entscheiden, ob die Stunde von 2—3 Uhr minderwertiger für die Schule ist, als die Stunde von 12—1 Uhr. Alle diese Fragen können wir nicht beantworten, sondern das können nur pädagogisch gebildete Leute, die jahrelange Erfahrungen hinter sich haben.

Die andere hierbei in Betracht kommende Frage ist gesundheitlicher Art, und da müssen uns die Schulärzte belehren, ob es richtiger und vorzuziehen ist, fünf Stunden hinter einander zu arbeiten, oder nur drei Stunden und nachmittags noch einmal zwei Stunden. Wenn Sie mich danach fragen — und ich habe auch noch Kinder, die fünf Stunden hintereinander in der Schule sitzen müssen — so bin ich zweifelhaft geworden, ob die Unnehmlichkeit, das Kind am Nachmittage im Hause zu haben und event. bei nassem Wetter nicht nochmal den Schulweg machen zu müssen, die große Anstrengung während der fünf Stunden aufwiegt. Wir als Laien können diese Frage nicht lösen, sondern wir müssen uns dabei den Schulärzten anvertrauen, die nach ihrer besten Ueberzeugung die Frage entscheiden müssen.

Drittens haben wir noch zu fragen, welche Wünsche in der Bürgerschaft für und wider den Nachmittagsunterricht laut geworden sind? Diese Frage könnte allerdings bis zu einem gewissen Grade hier in der Versammlung entschieden werden, jedoch müssen wir billigen Wünschen dabei Rechnung tragen. Wenn z. B. aus einer Familie ein Kind die Oberrealschule und ein anderes die Bürgerschule besucht, so wird der Familienvorstand ohne Zweifel den Wunsch haben, daß beide Kinder gleichzeitig unterrichtet werden, damit gemeinschaftlich gegessen werden kann. Ferner ist zu entscheiden, ob es den Kindern der ärmeren Volksklassen, die naturgemäß vielfach ohne Aussicht sind, förderlicher ist, nachmittags Aufenthalt in der Schule oder im eigenen Heim zu nehmen. Wenn wir aber morgens die fünf Schulstunden beibehalten und nachmittags dann die Kinder in einen Schulhort schicken wollen, so kommt es fast auf eins heraus, als wenn wir den Nachmittagsunterricht wieder einführen.

Jedenfalls bin ich mir darüber klar geworden, daß diese Frage, ebenso wenig wie die Frage der „Einheitschule“, durch ein paar Schlagwörter und Redensarten gelöst werden kann. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Brückmann, daß wir nichts weiter hier tun können, als den Schulvorstand und die Schulbehörde zu bitten, diese Frage auf das eingehendste von allen Seiten zu prüfen und noch weitere Sachverständige zuzuziehen. Wir wollen also nichts weiter, als eine eingehende, sachliche Prüfung der Frage, die ich jetzt auch für praktisch und für politisch notwendig halte. Von einem Mitgliede des Herzoglichen Konsistoriums weiß ich z. B., daß diese Behörde niemals der Stadt Braunschweig gestatten würde, den Nachmittagsunterricht ohne weiteres ganz ausfallen zu lassen. Wenn wir

aber den Herren mit wohlervogenen gewichtigen Gründen kommen, so möchte ich die Behörde sehen, welche sich derartigen Wünschen starr gegenüberstellen könnte, während sie, wenn wir nur mit Schlagworten kommen, den Antrag leicht ablehnen kann.

Lassen Sie uns deshalb den Antrag Brückmann nicht in der vorliegenden Form annehmen, sondern lassen Sie uns den Magistrat nur auffordern, die Frage eingehend zu prüfen und diesbezüglich ein Gutachten von Schulinspektoren, Lehrern und Lehrerinnen — wir haben ja den Lehrerverein — sowie auch von den Schulärzten einzuholen, um sich auf Grund der Ansicht dieser Autoritäten ein eigenes Urteil zu bilden. Zu dem Schulvorstande müssen Sie dann aber so viel Zutrauen haben, daß er ohne weiteren Antrag tut, was vernünftigerweise geschehen muß, denn der Schulvorstand, wenn er auch Ihrer Autorität entzogen ist, besteht doch auch aus Leuten, die durch das Vertrauen der Bürgerschaft gewählt worden sind; außer mir gehören ihm noch der Oberbürgermeister Ketemeyer, der Schuldirektor Schaarschmidt, der General- und Stadtsuperintendent Lerche, sowie der Pastor Degering an. Wenn ich es auch im Hinblick hierauf eigentlich für überflüssig halte, noch einen besonderen Antrag zu stellen, so ist es bei der großen Erregung, die durch die Bürgerschaft und die Lehrerschaft geht, doch wohl richtiger, einen Antrag einzubringen. Ich möchte daher beantragen:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Schulvorstande dahin vorstellig zu werden, daß die Frage, ob in den städtischen Bürgerschulen voller, eventuell beschränkter Nachmittagsunterricht sein solle, oder aber kein Schulunterricht, sowohl nach schultechnischer, wie gesundheitlicher und sozialer Seite hin genau geprüft werde.“

Eine andere Lösung der Frage wüßte ich nicht zu empfehlen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte mir nur einige kurze Bemerkungen erlauben. Die Annahme des Herrn Brückmann, daß beabsichtigt würde, den Unterricht an den Bürgerschulen in Zukunft so zu gestalten, daß die unteren Bürgerschulen Nachmittagsunterricht haben und die mittleren davon befreit bleiben sollen, ist, wie Sie schon gehört haben, nicht richtig, denn solche Absicht hat bislang nicht vorgelegen. Ferner will ich darauf hinweisen, daß es nach der Städteordnung, soweit mir deren Bestimmungen gegenwärtig sind, kaum zulässig sein dürfte, wenn die Versammlung ihrerseits zu ihren Beratungen Kommissare aus dem Beamtenkörper der Stadt zuziehen wollte. Die Städteordnung kennt nur den Modus, daß der Magistrat Kommissare in die Sitzungen entsendet.

Die hier angeschnittene Frage zu erörtern, halte ich ebenfalls für wünschenswert und zwar wesentlich mit Rücksicht darauf, daß nach den Mitteilungen des Herrn Brückmann die Resultate des Unterrichtes der hiesigen Bürgerschulen mangelhaft gewesen sein sollen. Wenn eine Stadt wie Braunschweig so gewaltige

Summen für ihre Bürgerschulen aufwendet und es wird dann gesagt, die Resultate seien ungünstig, und wo möglich eine derartige Behauptung ziffermäßig belegt wird, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß es nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht der städtischen Behörden ist, sich nicht darauf zu beschränken, was der Schulvorstand in der Sache beschließt, sondern die Sache selbst genau zu untersuchen. Von diesem Standpunkte aus begrüße ich den Antrag mit Freuden.

Nun noch eine kurze Bemerkung, damit eine andere Behauptung des Herrn Brückmann nicht unwidersprochen bleibt. Herr Brückmann sagte, daß das bekannte Zuchtmittel, welches uns allen gut bekommen sei, den Lehrern durch ihre Dienstvorschriften und aus Furcht vor einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes entzogen wäre. Das ist aber nicht der Fall; ich wüßte sonst wenigstens nicht, wie es kommen kann, daß ich alle Vierteljahre mehrere Rechnungen für die Beschaffung von so und so vielen Rohrstöcken unterschreiben muß. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Es scheint mir wünschenswert zu sein, hier festzustellen, wie sich das Verhältnis des Magistrates bezüglich der Entsendung von Deputierten in die Versammlung und die Kommissionen gestaltet. Nach dem § 60 der Städteordnung ist der Magistrat befugt und auf den Antrag des Vorsitzenden der Stadtverordneten verpflichtet, zu den Versammlungen der Stadtverordneten, sowie zu den Kommissionsitzungen Deputierte zu senden, welchen auf Verlangen jederzeit das Wort zu gestatten ist. Bei der Beratung von technischen und Schulangelegenheiten kann der Stadtmagistrat auch die oberen technischen städtischen Beamten bezw. die Leiter der Schulanstalten als Deputierte senden. Im letzteren Falle bleibt es also dem freien Ermessen des Magistrates überlassen, ob er Deputierte entsenden will oder nicht.

Herr Stegmann: In der vorigen Sitzung hatte der Herr Oberbürgermeister in seiner Beantwortung der Anfrage auch ausgeführt, daß der Magistrat nicht berufen sei, in dieser Frage mitzureden, da sie allein Sache des Schulvorstandes sei und der Magistrat sich nicht für berufen halten könne, die Maßnahmen dieser Behörde hier zu verteidigen. Hiermit kann ich mich aber nicht befriedigt erklären. Es ist richtig, daß der Magistrat über die Aufstellung der Lehrpläne nichts zu sagen hat, aber das berechtigt noch nicht dazu, die Sache hier mit kurzen Worten abzutun, da, wie Sie eben selbst gehört haben, große Erregung darüber in der Bürgerschaft herrscht und dieses genügend beweist, daß die Sache nicht so einfach ist. Die Bürgerschaft steht auf dem Standpunkte, daß der Magistrat ihre Interessen auch in dieser Beziehung zu vertreten habe; denn warum sollte nicht der Magistrat und die Versammlung mindestens dasselbe Recht haben, wie die Herzogliche Polizeidirektion, deren Wünschen anscheinend sofort Rechnung getragen wird. Nach der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters schien es, als ob der Magistrat in der Sache absolut gar nichts zu sagen hätte, aber nach der Städteordnung liegen die Verhältnisse doch wohl etwas anders.

Der § 202 der Städteordnung lautet nämlich:

„Der Stadtmagistrat vertritt die Stadt in allen das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten und ist hierbei an die Mitwirkung der Stadtverordneten in gleichem Maße gebunden, wie solches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorgeschrieben ist.“

Wenn nun auch die Schulgesetze den städtischen Behörden große Beschränkungen auferlegen, so geht doch aus dieser Bestimmung der Städteordnung hervor, daß die Ansicht des Magistrates und der Versammlung mindestens gehört werden muß, wenn vom Schulvorstande Maßnahmen getroffen werden sollen, die im Interesse der Bürgerschaft zu verhindern sind. Es ist traurig, daß die Stadt in Schulsachen noch im 20. Jahrhundert so vollständig von der Kirche abhängig ist und dabei so wenig mitzusprechen hat. Sie hat den Löwenanteil an den Schullasten aufzubringen, hat aber sonst fast nichts zu sagen, sondern das Herzogliche Konsistorium. Man hätte wünschen können, daß bei dieser Gelegenheit einmal jedermann fühlbar würde, wie verkehrt es ist, daß dieses System heute noch besteht, und die städtischen Vertreter im Landtage hätten schon längst Gelegenheit nehmen müssen, auf eine entsprechende Aenderung hinzuwirken. Es genügt auch nicht, daß die Sache hier nur besprochen wird, sondern ich bin der Meinung, daß die Versammlung selbst eine Entscheidung trifft, wie sie über diese Frage denkt. Deshalb erlaube ich mir, der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die geplante Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes in den Bürgerschulen unterbleibt.“

Wenn die Versammlung solchen Beschluß faßt und die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Hauswaldt dann dafür im Schulvorstande eintreten, so bin ich der Meinung, daß die Aenderung unterbleiben wird. Gegenüber der Aeußerung, daß wir Laien seien und über solche Sache nicht urteilen könnten, will ich bemerken, daß es sich in erster Linie allerdings um eine Frage der Pädagogik und der Hygiene handelt, bei der nicht nur der Schuldirektor, sondern auch Lehrer und Schulärzte gehört werden müssen. Aber auch die Eltern der betreffenden Kinder sollte man hören, denn viele Eltern sind mit der Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes nicht einverstanden. Das Kind kann namentlich im Sommer bei dem Nachmittagsunterrichte auch niemals so frisch sein, wie jetzt, wo es nur vormittags unterrichtet wird.

Wenn nun ferner der Herr Oberbürgermeister sagte: Binden Sie sich den Magistrat nur gehörig vor, der muß hier Rede und Antwort stehen, so verstehe ich solche Aeußerung nicht, es liegt doch unsererseits keine Böswilligkeit vor, den Magistrat etwa schikanieren zu wollen, sondern wir gehen in dieser Frage nur

allein vor im Interesse der vielen Kinder der unteren Bürgerschulen. Mit der großen Mehrheit der Eltern dieser Kinder stehe ich aber auf dem Standpunkte, daß es in erster Linie Pflicht der städtischen Behörde ist, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Wenn sodann Herr Brückmann sagte, daß wir unbegreiflicherweise nicht dafür eintreten, die Kinder täglich noch einige Stunden mehr in die Schule einzusperren und sie Staub schlucken zu lassen, so muß ich mich über Herr Brückmann wundern. Wir streben dahin, daß an Stelle des verschiedenen Ballastes im Unterrichte mehr der Anschauungsunterricht im Freien eingeführt wird; wie kann ich nun wohl dafür eintreten, daß die Kinder noch länger in die Schulstube eingesperrt werden? Mit Herrn Brückmann bin ich dafür, daß alles, was für die mittleren Schulen zutrifft, auch auf die unteren Schulen paßt. Jedenfalls sollen die Kinder in sittlicher Beziehung gleichgestellt werden, und es ist das eine Forderung für unsere Einheitschule, von der ich hoffe, daß auch Herr Brückmann später dafür eintreten wird.

Herr Hauswaldt meinte, es würde von Zeit zu Zeit solche Modefrage aufgeworfen, aber ich denke doch, daß es sich hier nicht um eine Modefrage handeln kann, und ich muß gegen eine derartige Unterstellung, als hätten wir die Sache als Modefrage behandelt, protestieren. Und wenn Herr Hauswaldt ferner sagte, die Einheitschule würde auch als Modefrage angesehen, so scheint er sich sehr wenig mit der Frage der Einheitschule befaßt zu haben und sie nur oberflächlich zu kennen.

Herr Günther: Da ich hier verschiedentlich als pädagogische Autorität hingestellt worden bin, so gestatten Sie wohl, daß ich mein pädagogisches Licht leuchten lasse, wenn es sich auch nur als ein bescheidenes Lämpchen darstellt. (Heiterkeit.)

Die hier aufgeworfene Frage wäre leicht beseitigt gewesen und gar nicht zum Vorschein gekommen, wenn von den maßgebenden Behörden durch die Zeitungen sofort eine Aufklärung gegeben worden wäre, daß die erschienenen Zeitungsberichte nicht den Tatsachen entsprächen. Wenn der Nachmittagsunterricht neben dem gegenwärtigen Vormittagsunterrichte eingeführt werden sollte, so würde das eine bedeutende Belastung der Kinder sein, die wir nicht gutheißen können. Da ferner angenommen wird, daß unter der heutigen Schuljugend eine gewisse Roheit eingerissen ist, so möchte ich wissen, wer dafür bürgt, daß diese Roheit nicht auch noch nach dem Nachmittagsunterrichte zum Ausdruck kommt. Also daran würde durch die Einführung des Nachmittagsunterrichtes nichts geändert werden. Es ist richtig, daß der Schulunterricht früher ungefähr dieselbe Stundenzahl umfaßte und nur anders lag, denn während früher der Vormittagsunterricht bis 12 Uhr dauerte, schließt die Schule heute erst um 1 Uhr. Tatsächlich war anfangs dieser verän-

derte Schulschluß für manchen Arbeiter recht unbequem, indem der Mittagstisch zeitlich verlegt werden mußte, aber gegenwärtig hat man sich schon ganz darauf eingerichtet und es liegt nicht der geringste Grund vor, die jetzige Einrichtung wieder zu beseitigen. Es ist durchaus notwendig, den Kindern den freien Nachmittag zu belassen und außerdem darf man ihnen auch nicht gar zuviel zumuten, in welchem Punkte wohl die Lehrerschaft derselben Meinung sein wird.

Was die von Herrn Brückmann erwähnte Prügelstrafe anbelangt, so bin ich der Meinung gewesen, sie ist, wenn auch nicht gesetzlich abgeschafft, so doch derartig gemildert, daß sie kaum noch in Betracht kommt. Jeder Lehrer, der auf einem höheren pädagogischen Standpunkte steht, wird nur im ganz äußersten Notfalle zum Stocke greifen, und soviel ich weiß, geschieht das hier nur in ganz seltenen Fällen. Verschiedentlich ist auch geäußert worden, daß das der Schule gesteckte Ziel hier nicht vollständig erreicht werde. Ich habe schon in der vorigen Versammlung erwähnt, daß nach früheren Äußerungen des Herrn Jüdel das Schulziel betreffs der Orthographie und des Stiles nur sehr mangelhaft erreicht werde und es den Kindern nach dem Verlassen der Schule schwer falle, einen einigermaßen korrekten Brief zu schreiben. Es ist aber Aufgabe der Schulbehörde, diese Angelegenheit zu untersuchen und Wandel zu schaffen. Tatsächlich fehlt hier noch sehr viel und wir haben noch tüchtig zu arbeiten, wenn wir die Verhältnisse in dieser Beziehung ändern und unsere Kinder befähigen wollen, daß sie die Schule mit solchen Kenntnissen verlassen, um zu ihrer weiteren Fortbildung noch andere Schulen zu besuchen, oder sich allein weiter zu bilden.

Herr Blasius: Ich möchte bitten, den Antrag Hauswaldt anzunehmen. Die Ansichten über die vorliegende Frage sind sehr verschieden: der eine will den Nachmittagsunterricht wieder eingeführt wissen, während der andere ein Gegner desselben ist. Der Antrag Hauswaldt ist mir insofern sehr sympathisch, als er der Sache objektiv gegenübersteht und sie weiterer Entscheidung überläßt. Auf die Sache selbst jetzt näher einzugehen, hat keinen Zweck, da sie erst gründlich durchberaten werden muß.

Es würde sich aber darum handeln, ob nicht die anderen in die Besprechung gezogenen Fragen mit in die Anträge hineingebracht werden könnten, z. B. die von Herrn Brückmann berührte außerordentlich wichtige Frage, daß die Resultate in unseren Schulen nicht den Kosten und der Zeit, die darauf verwendet seien, entsprächen. Bei dem letzten Schulkongresse in Nürnberg ist z. B. auch die Frage erörtert worden, ob nicht das Mannheimer System eingeführt werden solle, da Mannheim ganz ausgezeichnete Resultate in bezug auf die Leistungen der Schüler gehabt hat. Es wäre deshalb interessant, auch diese Frage mit zu besprechen, zumal da hier höchst schwerwiegende Mitteilungen über ungenügende Unterrichtsergebnisse auf grund

eigener Erfahrungen gemacht worden sind. Ich möchte deshalb folgenden Zusatzantrag stellen:

„Bei den Besprechungen der vorliegenden Frage sind auch andere innere Schuleinrichtungen zu erörtern, wie z. B. die Einführung des sogenannten Mannheimer Systems.“

Herr Nolte: In meiner Eigenschaft als Vormundschaftsrichter habe ich in dieser Sache Erfahrungen gesammelt, die mitzuteilen ich mich für verpflichtet halte. Daß Mißstände bei unserer Jugend, insbesondere der großstädtischen Jugend, zurzeit bestehen, ist kein Zweifel, ferner auch nicht, daß die Mißstände in letzter Zeit gewachsen sind. Ich kann aus meiner Erfahrung mitteilen, daß die Anträge auf Anordnung der Zwangserziehung, oder auf Eingriff in die elterliche Gewalt in letzter Zeit tatsächlich zugenommen haben, wenn auch nicht in dem Maße, daß es besonders aufgefallen wäre. Was mir aber in letzter Zeit aufgefallen ist, besteht in der Tatsache, daß — was früher kaum je vorgekommen ist — sogar seitens der Eltern häufig Anträge auf Zwangserziehung kommen, indem sie sagen, wir können mit unseren Kindern nichts mehr anfangen, deshalb schreitet als Behörde ein. Das ist mir früher nicht vorgekommen; aber in letzter Zeit haben sich diese Anträge gemehrt, woraus ich geschlossen habe, daß ganz böse Zustände herrschen müssen. Ich habe die betreffenden Eltern eingehend vernommen und bin dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich um Eltern handelt, denen das Wohl ihrer Kinder ganz besonders am Herzen liegt. Deshalb kann ich auch das Mißtrauen des Herrn Antragstellers nicht teilen, der da meint, daß wir uns gegen das Einschreiten der Behörde wehren müssen, sondern ich habe es im Gegenteil mit Freuden begrüßt, daß man sich mit der Frage beschäftigt, wie dem Uebelstande abgeholfen werden könne. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt, der die Frage, in welcher Weise dem Uebelstande abgeholfen werden kann, nicht in der Versammlung und nicht in der Kommission gelöst wissen will, sondern durch die zuständige Behörde. Es ist die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Behörden, unter Benutzung der ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel zu prüfen, wie dem Uebelstande abgeholfen werden kann, und ich habe das Vertrauen zu unseren Behörden, daß sie das tun werden, zumal da der Schulvorstand sich schon damit beschäftigt hat. Wir könnten ja einfach sagen, wir wollen Vertrauen zu unseren Behörden haben und wollen uns hier nicht weiter mit der Sache beschäftigen, aber ich stimme doch dem Antrage Hauswaldt bei, da er nicht schaden, sondern nur Nutzen stiften kann.

Dagegen bin ich für den speziellen Antrag Brückmann nicht zu haben, denn eine Entscheidung kann doch nicht eher mit Nutzen gefällt werden, bis seitens der dazu berufenen Behörde eine sorgfältige Prüfung der Frage stattgefunden hat, die

aber sehr viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen wird. Ich wundere mich deshalb auch nicht, daß eine öffentliche Aufklärung seitens der Behörde noch nicht erfolgt ist; denn die Behörde wird kaum schon zu einem bestimmten Beschlusse gekommen sein. Von einer Erregung im Publikum habe ich nichts gemerkt, trotzdem ich mit sehr vielen Eltern zu tun habe, die ihre Kinder in die untere Bürgerschule schicken; sondern ich habe im Gegenteil gefunden, daß die Eltern sich freuen, wenn die Behörden etwas tun, das auf die gute Erziehung der Kinder einwirken kann.

Herr Brückmann: Was Herr Hauswaldt hier als Antrag einbringt, ist dasselbe, was ich vom Schulvorstande als selbstverständlich voraussetze. (Zustimmung.) Eines solchen Antrages bedürfen wir also gar nicht. Ich möchte, daß unsere Ansichten in einer Kommission zusammengetragen und der Behörde unterbreitet würden. Wir haben ja nichts zu beschließen, sondern wir wollen nur unsere Ansicht äußern, aber nicht sagen: Behörde mach Du das. Der Behörde wird es auch angenehm sein, unsere Ansicht zu hören.

Herr Günther: Herrn Nolte gegenüber, der meinte, die Roheit habe gegen früher zugenommen, möchte ich bemerken, daß es böse Buben immer gegeben hat trotz der Prügelstrafe. Durch Prügel bessert man den Menschen nicht. (Widerspruch.) Auch von Richtern ist schon konstatiert worden, daß man durch Prügel die Menschen nur noch schlechter gemacht habe, und ich kenne auch einen derartigen Fall. Mir ist die Prügelstrafe nicht bekannt, denn ich bin nicht mit Prügeln erzogen, und wenn Herr Brückmann mit Prügeln ein guter Mensch geworden ist, so bildet er eben eine Ausnahme. (Heiterkeit.) Rohe und verdorbene Menschen, sowie böse Buben gibt es auch in anderen Kreisen und zwar bis in die höchsten Kreise hinauf. Wenn wir nun noch in Betracht ziehen, daß die meisten Jungenstreiche, die früher nicht unter Strafe gestellt waren, z. B. das Werfen mit Steinen, das Herunterwerfen des Obstes u., heute bestraft werden, so können wir erst bemessen, was man heute unter bösen Buben versteht. Es werden Klagen darüber bei den Eltern vorgebracht, was der Junge alles ausgeübt hat, und er muß selbstverständlich Schläge bekommen; bekommt er sie nicht, so wird zum Lehrer oder gar zum Richter gelaufen und dann heißt es, die Eltern wissen sich des Jungen nicht zu erwehren; oder die Eltern wollen den Jungen vielleicht aus anderen Gründen gern los werden und beantragen dessen Zwangserziehung. Solche Fälle mögen wohl vorkommen, aber zugenommen hat die Roheit auf keinen Fall (Widerspruch), weder bei Kindern, noch bei Erwachsenen, sie hat vielmehr wesentlich abgenommen. (Widerspruch.) Wenn Sie vor 30—50 Jahren in den Häusern Parterrefenster ohne Läden gehabt hätten, so wären sie sicher nicht heil geblieben, aber heute findet man nur noch selten Läden, so daß sich die Zustände doch wesentlich gebessert haben müssen. Auf den Promenaden wurden früher die Bänke

häufig nachts in die Oser geworfen, während man heute nichts mehr davon hört. (Ruf: Weil die Bänke jetzt festgemacht sind. — Weiterkeit.) Das waren aber nicht die rohen Vuben aus den untersten Volksklassen, sondern andere Leute, nämlich die Polytechniker. Ebenso ist es mit den Diebstählen auf unseren Badeanstalten. In der Freibadeanstalt wird wohl auch gestohlen, aber in vermindertem Maße, wogegen auf den anderen Badeanstalten viel mehr Diebstähle vorkommen. Deshalb lehre man erst vor der eigenen Türe.

Herr Esdorn: Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin erklärt, der Rohrstock würde hier in der Schule noch angewandt. Das mag richtig sein, aber die Lehrer benutzen ihn sehr wenig, weil ihre Vorschriften so scharf sind, daß sie bei Anwendung dieses Zuchtmittels stets mit einem Fuße im Gefängnis stehen. Deshalb wundere ich mich nicht, daß der Rohrstock hier so wenig benutzt wird. In diesem Punkte nehme ich eine ganz andere Stellung ein, als Herr Günther, indem ich meine, eine ordentliche Tracht Prügel erzieht den Jungen immer noch am besten. (Widerspruch und Zustimmung.)

Herr Brückmann sagte sodann, die Schulbildung als solche sei nicht mehr so gut, daß sie ein Kaufmann gebrauchen könne. Das ist aber anders. In den kaufmännischen Geschäften ist heutzutage eine Vorbildung nötig, wie sie die Realschule bietet, aber die Schüler von der Realschule mit dem Berechtigungsscheine gehen nicht mehr in die Detailgeschäfte, sondern nur noch in die Engroßgeschäfte, weil sie hier ein bequemer und freieres Leben haben und weil ihnen in den Detailgeschäften Arbeit aufgebürdet wird, die eigentlich dem Hausknechte zukommt. Man kann es daher auch den Eltern nicht verdenken, wenn sie ihre Söhne nicht mehr in Detailgeschäfte geben. Auf diese Weise kommen aber manche junge Leute in Detailgeschäfte, die nicht die nötige Vorbildung haben und die sonst sich dem Handwerkerstande zugewandt haben würden. Deshalb ist es zu weitgehend, wenn Herr Brückmann meint, daß die hiesige Bürgerschulbildung im allgemeinen nicht genüge. Ich habe im Gegenteil gehört, daß unsere Bürgerschulbildung und zwar von beiden Arten der Bürgerschule eine vorzügliche sei. Wenn ich auch zugeben will, daß dem Lehrstoffe der Bürgerschulen mancher Ballast anhaftet, so muß ich andererseits aber auch hervorheben, daß es bei den höheren Schulen nicht anders liegt. Der Krebschaden der heutigen Zeit liegt darin, daß viele Eltern bestrebt sind, ihre Kinder über den eigenen Stand hinaus zu bringen.

Vorsitzender: Aus der Besprechung dieser Anfrage haben sich vier Initiativanträge entwickelt. Herr Brückmann hat seinen Antrag dahin geändert, daß unter Nr. 4 gesagt wird.

„ . . . daß zu der Kommissionsberatung des Antrages tunlichst Sachverständige verschiedener Art hinzugezogen werden.“

Man könnte nun der Ansicht sein, daß der Antrag Hauswaldt wohl spruchreif wäre und zur Abstimmung gebracht werden könnte; ich glaube aber, es entspricht der Stimmung der Versammlung, daß sämtliche Anträge zunächst in der Kommission vorberaten werden. (Zustimmung.) Ich stelle zunächst die Unterstützungsfrage für jeden der vier Anträge (geschieht) und konstatiere, daß sämtliche Anträge eine genügende Unterstützung gefunden haben. Demnach überweise ich die Anträge Brückmann, Hauswaldt, Stegmann und Blasius der Schulkommission zur Vorberatung und mache dabei auf die Bestimmung im § 61 der Städteordnung aufmerksam, wonach die Kommissionen zur Begutachtung andere Einwohner zuziehen können, um von ihnen Auskunft und Gutachten zu erhalten.

V. Anfrage Günther: Notstandsarbeiten.

Vorsitzender: Ich möchte vorweg die Gründe darlegen, weshalb ich die in der vorigen Sitzung mir übergebenen, aber nicht erledigten Anfragen und Anträge nicht in üblicher Weise an den Schluß der Tagesordnung gestellt habe. Wenn Anträge und Anfragen wegen Ueberlastung der Versammlung in einer Sitzung nicht erledigt werden können, so halte ich mich für befugt, sie in der folgenden Sitzung mitten in die Tagesordnung aufzunehmen. Sollten Sie dieses Verfahren mißbilligen, so bitte ich, das hier zum Ausdruck zu bringen. — Da sich niemand zum Worte meldet, werde ich auch in Zukunft hiernach erfahren. (Zustimmung.)

Herr Günther: Meine Anfrage lautet:

„Hat der Magistrat angesichts der bevorstehenden Arbeitslosigkeit die Ausführung von Notstandsarbeiten bereits in Erwägung gezogen?“

Es ist mir aufgefallen, daß diese so wichtige Anfrage nicht schon in der vorigen Sitzung an die Spitze der Tagesordnung gestellt worden ist, denn es gewinnt den Anschein, als ob diese Angelegenheit als minderwertig betrachtet und kein Gewicht darauf gelegt wird. Durch den Beschluß der Versammlung zu Punkt II der heutigen Tagesordnung ist ja dieser Sache schon in etwas Genüge geschehen, indem der Magistrat ermächtigt worden ist, mit den Ausschachtungen zu der neuen Bürgerschule bald zu beginnen. Wenn dadurch auch etwas Arbeit geschaffen wird, so ist es aber doch nicht so viel, daß man sagen könnte, die Angelegenheit sei dadurch erledigt und es gebe keine Arbeitslosigkeit mehr. Tatsächlich herrscht hier jetzt eine große Arbeitslosigkeit; ich möchte deshalb den Magistrat fragen, ob ihm diese Verhältnisse bekannt sind und ob Mittel vorhanden sind, um dem Uebelstande abzu-
helfen, oder ob solche noch bewilligt werden müssen. Obgleich die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig nicht so groß ist, wie vor einigen Jahren, so hat sie doch noch solchen Umfang, daß stadtseitig eingegriffen werden muß. Wenn gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen allein beim Arbeitsamte im vorigen Monate 364 betrug, wo-
von nur 108 untergebracht werden konnten, so ersehen Sie daraus, daß hier eine

erfleckliche Zahl von Menschen vorhanden ist, die nicht untergebracht werden konnte. Es kommt dabei noch in Betracht, daß sich zwischen den Untergebrachten viele Arbeiter befinden, die nur für kurze Zeit Arbeit erhalten haben und dann wieder nichts zu tun haben. Daß unter solchen Umständen die unverheirateten Arbeiter, oder bei verheirateten die ganze Familie herunterkommen muß, ist selbstverständlich. Es ist also Sache des Staates und der Stadt, hier einzugreifen, damit nach dem Prinzipie des Armenwesens einer Verarmung vorgebeugt wird. Vor Jahren ist hier einmal die Frage bestritten worden, daß die Stadt die Verpflichtung habe, für Arbeit zu sorgen. In unserer Instruktion für die städtischen Armenpfleger — die allerdings nur von Armen spricht, aber das Statut ist ja schon sehr alt und damals kannte man die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße wie heute — heißt es im § 8, daß der hilfsbedürftige aber arbeitsfähige Arme vorübergehend unterstützt werden kann, in der Regel aber durch Anweisung einer seinen Kräften angemessenen Arbeit. Man hatte also damals schon die Empfindung, daß Staat und Kommune die arbeitslosen Bürger unterbringen mußten. So lange der Staat nicht andere Mittel besitzt, so lange wir nicht vielleicht eine Kasse zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit haben, wo der arbeitslose Arbeiter eine bestimmte Unterstützung bekommt, so lange hat die Kommune die Verpflichtung einzugreifen und dafür zu sorgen, daß den Leuten geholfen wird. Es liegt das auch im Interesse der Kommunen selbst, denn die Zahl der Arbeitslosen wird nicht nachlassen, weil jede neu erfundene Maschine wieder eine Zahl von Arbeitern auf das Straßenpflaster wirft; daher müssen schließlich Mittel und Wege gefunden werden, diese arbeitslosen Kräfte unterzubringen und ihnen Gelegenheit zu verschaffen, sich auf ehrliche Weise ihr Leben zu fristen. Würde das nicht geschehen, so können schließlich Kollisionen kommen und Zustände eintreten, die für die ganze Gesellschaft von großer Gefahr sein würden. Diese Empfindungen hat wohl jeder einzelne städtische und staatliche Beamte, nur weiß man noch nicht, wie dem Uebelstande abzuhelpen ist. In der Zeit der großen Arbeitslosigkeit fehlt es nachgewiesenermaßen überall an Arbeit; deshalb bleibt nichts weiter übrig, als daß die Kommunen selbst Arbeit schaffen, um die vorhandenen Arbeitskräfte unterzubringen. Wir können das in der Weise machen, daß wir während der Zeit Straßenpflasterungen vornehmen, im Bürgerparke arbeiten lassen, Schulbauten in Angriff nehmen, kurz, in jeder Kommune gibt es immer wieder neue Gebäude aufzuführen und Erdarbeiten zu machen.

Die Zahl der beim städtischen Arbeitsnachweis angemeldeten Arbeitslosen bildet natürlich nur einen verschwindend kleinen Teil der sämtlichen Arbeitslosen hiesiger Stadt; denn die größte Zahl der Arbeitslosen meldet sich dort gar nicht, erstens weil es doch keine Arbeit gibt und außerdem auch, weil sie meinen, daß sie die ihnen etwa zugewiesene Arbeit doch nicht verrichten können. So z. B. eignen

sich ein Schneider, ein Tischler, ein Schriftsetzer weniger zu Erdarbeiten, aus welchem Grunde sich derartige Personen auch seltener beim städtischen Arbeitsamte melden. Die Zahl der Arbeitslosen ist hier also auch viel größer, als gewöhnlich angenommen wird. Auch bei den Maurern herrscht zurzeit eine überaus geringe Arbeitsgelegenheit. 120—150 hiesige Maurer sind in der näheren oder weiteren Umgebung der Stadt beschäftigt, weil sie hier keine Arbeit erhalten konnten, aber sie müssen dort bei einem geringen Lohne von 35—40 M die Stunde arbeiten und haben einen doppelten Haushalt zu führen, so daß nicht viel für die Familie übrig bleibt. Wenn sie nach Hause fahren wollen, müssen sie 3—4 M für Fahrgeld bezahlen, sie können sich diesen Luxus also auch nicht oft leisten. Ein solcher Zustand ist weder für die betreffenden Arbeiter, noch für die Stadt gut, weil ihr dadurch viele Steuern verloren gehen. Man braucht bloß die Steuerlisten einmal nachzusehen und das jetzige Einkommen mit demjenigen von vor 4—5 Jahren zu vergleichen, um feststellen zu können, daß sich die Verhältnisse ganz wesentlich verschlechtert haben. Andere Kommunen haben bereits Mittel für Notstandsarbeiten bewilligt, oder wollen sie doch bewilligen, z. B. Magdeburg, Hannover, Ulm etc.; wenn das aber andere Städte tun, können wir auch nicht zurückbleiben und müssen Arbeitsgelegenheit in größerem Maße schaffen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Günther hat in der vorigen und auch in der heutigen Sitzung verschiedentlich von Notstandsarbeiten gesprochen. Ich möchte aber bitten, nicht immer von einem Notstande zu sprechen, da ein solcher heutzutage nicht vorhanden ist; es sei denn, daß man den Umstand, daß Armut in der Welt herrscht und auch eine zeitweilige Arbeitslosigkeit, als Notstand bezeichnet. Wenn man das will, kann man aber den Notstand in Permanenz erklären, denn Armut und zeitweilige Arbeitslosigkeit gibt es immer. Wichtig ist es allerdings, daß ein großer Teil hiesiger Einwohner zurzeit hier Arbeit nicht finden kann und daß für die Kommunen Veranlassung vorliegt, darauf bedacht zu sein, ihren Bürgern Arbeit zu verschaffen. Das haben wir früher auch getan, jedoch nicht in der Weise, daß wir künstlich Arbeit schufen, sondern daß wir eine Anzahl größerer Arbeiten in den Wintermonaten, wo die Arbeitslosigkeit regelmäßig zunimmt, ausführen ließen. Auch in diesem Jahre stehen derartige Arbeiten in Aussicht, obwohl meiner festen Ueberzeugung nach in früheren Jahren dazu viel mehr Veranlassung vorlag, wie in diesem Jahre. Ich erinnere mich keines Winters, wo auf allen Bauten so lange hat gearbeitet werden können, wie in diesem Jahre. Die Tatsache ist auch nicht zu bestreiten, daß noch eine ganze Menge auswärtiger Maurer hier tätig ist, die sonst um diese Zeit längst in ihre Heimat zurückgekehrt waren.

Nun möchte ich kurz anführen, was für Arbeiten im bevorstehenden Winter ausgeführt werden können: Ausbau der Hoch- und Howaldtstraße, sowie der Verbindungsstraße zwischen Howaldt- und Giersbergstraße. Mit diesen ziemlich

umfangreichen Arbeiten kann begonnen werden, sobald die letzte, auf der heutigen Tagesordnung stehende Einsprache erledigt sein wird. Ferner soll ein Teil des Bültenweges ausgebaut werden, was nach der Erledigung der Einsprache des Herrn Rathe auch geschehen kann. Außerdem steht der Ausbau der Schloßstraße bevor und auch der Ausbau der Kramerstraße wird bald erfolgen können, nachdem die Verhandlungen darüber beendet sein werden. Ebenso wird es möglich sein, baldigst die Verhandlungen wegen Ausbaues der Kasernen- und der Humboldtstraße zum Abschluß zu bringen. Das sind sehr gute Arbeiten, die auch bei großer Kälte angefangen werden können, weil jeden Augenblick wieder damit aufgehört werden kann.

Es stehen aber noch weitere größere Arbeiten bevor. Der große Sammelkanal in der östlichen Außenstadt soll ausgebaut werden und diese Arbeit kann bald beginnen, da die Mittel schon bewilligt worden sind. Auch die Herrichtung von Stauanlagen am Burgmühlengraben, die Abbruchsarbeiten für das Lehrerinnen-seminar und die Übungsschule, die Neubebauung des städtischen Grundstücks an der Kl. Burg, die Kanalisierung des Grabens an der Eisenbüttlerstraße, die Instandsetzung der Umgebung des neuen Museums, die Erdarbeiten für die Schule an der Hildesheimerstraße, die Planierungsarbeiten im südlichen Teile des Bürgerparkes stehen bevor, oder sind schon in Angriff genommen worden. Also an Arbeiten, die die Stadt den Arbeitslosen zu bieten in der Lage und gewillt ist, fehlt es nicht.

Wenn aber Herr Günther wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Stadt die Verpflichtung hätte, jeden Arbeitslosen zu beschäftigen, so muß ich das auch jetzt wieder bestreiten. Insbesondere kann man das nicht aus der von ihm angeführten Bestimmung der Armenordnung folgern; im Gegenteil, wenn wir in der Lage und verpflichtet wären, den Arbeitslosen Arbeit zuzuweisen, so wäre es töricht, in die Armenordnung eine Bestimmung aufzunehmen, nach der wir verpflichtet sind, Armenunterstützungen zu geben. Herr Günther hat auch schon angedeutet, daß die Stadt gar nicht in der Lage sei, überall da für Abhilfe zu sorgen, wo Arbeitslosigkeit herrsche, da sie Schneider, Schriftsetzer u. nicht beschäftigen könne. Der Kreis der stadtsseitig nicht zu beschäftigenden Personen ist aber noch viel größer, als ihn Herr Günther annimmt, denn auch in den Kreisen anderer Bevölkerungsschichten herrscht Arbeitslosigkeit. Man soll nicht immer sagen: Arbeiter sind Leute, die mit der Hand arbeiten. Faulenzen wir etwa? Wir sind alle mit einander Arbeiter.

Ein Bedenken habe ich bei dieser Sache noch: Wenn öffentlich erörtert wird, daß die und die Arbeiten hier als „Notstandsarbeiten“, wie Sie sagen, bezw. als „Winterarbeiten“, wie ich sage, ausgeführt werden sollen, so seien Sie überzeugt, daß, sobald diese Nachricht durch die Zeitungen geht, viele fremde Arbeiter hierher

kommen, in der Erwartung, Arbeit zu finden. Wenn Herr Günther meint, es sollten stadtseitig nur hiesige Arbeiter beschäftigt werden, so ist das zum mindesten ein recht zweifelhaftes Abhilfemittel, weil die Fremden dann in die Stellen von Privaten einrücken, die sonst den hiesigen Arbeitern offen standen. Deshalb wäre es wohl richtiger gewesen, wenn Herr Günther die Anfrage nicht öffentlich vorgebracht hätte.

Ein Antrag des Herrn Bepliez auf Besprechung der Anfrage findet die erforderliche Unterstützung.

Herr Wesemeier: Ich bin erfreut darüber, daß uns die Auskunft geworden ist, es sollten so zahlreiche Arbeiten während der Zeit der größten Arbeitslosigkeit hier stadtseitig in Angriff genommen werden, und ich hoffe, daß das auch geschehen wird, da es überall an Arbeit gebricht. Dagegen muß ich ganz entschieden bestreiten, daß in diesem Jahre im Baugewerbe nicht so viel Arbeitsnot herrsche, wie in früheren Jahren. (Widerspruch.) Herr Oberbürgermeister Metemeyer sagte, es hätte bis jetzt auf allen Bauten gearbeitet werden können und es würde noch ein großer Teil fremder Arbeiter hier beschäftigt. Letzteres ist richtig, aber wo werden sie beschäftigt? Gerade bei den Arbeiten, die Staat und Kommune zu vergeben haben, denn die betr. Firmen beschäftigen fremde Arbeiter. Andererseits können wir aber konstatieren, daß nicht nur 120—150, sondern 300—400 Maurer von hier abreißen mußten, um sich außerhalb ihr Brot zu suchen. Welche Mehrausgaben hiermit verbunden sind, können Sie sich denken und ebenso ist es selbstverständlich, daß die hier zurückgelassenen Familien in Not geraten müssen. Woher sollen diese denn das Geld zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes nehmen? Deshalb kann mit gutem Grunde von einem Notstande gesprochen werden, ja, es besteht ein Notstand permanent, soweit nicht Zeiten mit einem ganz bedeutenden Geschäftsaufschwunge in Betracht kommen, wie zu Anfang der 1890er Jahre. Vor einigen Jahren war in der Metallbranche große Arbeitsnot, die indessen jetzt gemildert ist, jetzt besteht sie im Baugewerbe. Die Sache liegt heute so, daß die Organisation der Arbeiter, die man seitens der Arbeitgeber aufs heftigste bekämpft und die auch der Herr Oberbürgermeister in diesem Saale schon heftig angegriffen hat, ihre arbeitslosen Kollegen durch Gewährung von Unterstützungen bisher über Wasser gehalten und damit der Gesellschaft einen Teil ihrer Pflicht abgenommen hat. Das will ich hier öffentlich konstatieren. Es sind gerade die Organisationen der Arbeiter, die ihren Angehörigen Unterstützungen zahlen und deren Unterstützungswesen noch weiter ausgearbeitet werden muß; wenn die Beihilfen auch nicht so bemessen werden können, daß eine ganze Arbeiterfamilie davon leben kann. — Bezüglich der hier zu schaffenden Arbeitsgelegenheit möchte ich sodann noch wünschen, daß die hiesigen Arbeiter in diesen Zeiten der Krisis — das will ich besonders betonen, damit es nicht heißt, ich bekämpfe

dadurch indirekt die Freizügigkeit — an erster Stelle bei den Arbeiten berücksichtigt würden.

Die Anfrage ist damit erledigt.

VI. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Gehaltsordnung der städtischen Beamten bei Festhaltung von 27 Jahren zur Erreichung des Höchstgehaltes in der Weise abzuändern, daß die Beamten in den mittleren Jahren ein besseres Einkommen erzielen.“

Zur Begründung führt Herr Esdorn folgendes aus: In der Sitzung vom 3. November d. Js. — Seite 304 des Berichtes — ist uns durch ein Schreiben des Magistrates bekannt gegeben worden, daß er dem ihm in der Sitzung vom 19. Mai d. Js. — Seite 65 des Berichtes — zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesenen Antrage betreffs Herabsetzung der Dienstjahre der Bureaugehilfen von 27 auf 18 zur Erreichung des Höchstgehaltes nicht Folge geben könne. Obwohl der Magistrat selbst zugibt, daß durch die Konkurrenz der Militäranwärter die Anstellung der Beamten jetzt etwas später erfolgt, als in früherer Zeit, glaubt er vorwiegend aus finanziellen Gründen sich in der Sache ablehnend verhalten zu müssen, da die Annahme gerechtfertigt sei, daß sonst auch die städtischen Bürger-
schullehrer die gleiche Vergünstigung fordern würden. Die hierdurch entstehende jährliche Mehrbelastung des städtischen Etats würde allerdings eine bedeutende sein, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Lehrer mit einem höheren Gehalte anfangen und schon mit 25 Jahren angestellt werden, während die in Betracht kommenden städtischen Beamten durchschnittlich erst mit 30 Jahren zur Anstellung gelangen. Auch die Gehaltszulagen werden den Lehrern in anderer Weise gewährt, indem z. B. ein Lehrer im 37. Lebensjahre, also nach 12 Dienstjahren, bereits 2600 M Gehalt bezieht, während die betreffenden städtischen Bureaubeamten in demselben Lebensalter erst 1900 M Gehalt bekommen. Hierin liegt gerade die Härte.

Meinen Antrag habe ich gestellt, um die Möglichkeit zu schaffen, den Bureau-
beamten schon in den mittleren Lebensjahren, wo sie bekanntlich die meisten Auf-
wendungen zu machen haben, ein einigermaßen auskömmliches Gehalt zu sichern. Da dies ohne Herabsetzung der Dienstjahre möglich ist, so bitte ich Sie, meinen Antrag zu unterstützen. Durch den Antrag würde sich keine andere Beamten-
kategorie verletzt fühlen können, während andererseits die Wünsche unserer städtischen Beamten zum großen Teile befriedigt, unsere städtischen Finanzen aber nur in geringem Maße in Anspruch genommen würden. Beweisen Sie durch Unter-

stützung meines Antrages unseren Beamten Ihr Wohlwollen und bereiten Sie ihnen dadurch schon im voraus eine kleine Weihnachtsfreude.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

VII. Antrag Esdorn: Neupflasterung der Gilden- und der Echternstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat eine entsprechende Summe zur Pflasterung der Gilden- und der Echternstraße einzustellen.“

bemerkt Herr Esdorn: Wer die beiden Straßen in letzter Zeit namentlich zu Wagen oder zu Rad passiert hat, wird mir recht geben, daß diese Straßen bei den Neupflasterungen zuerst berücksichtigt werden müssen. Ich möchte auch die Mitglieder der Baukommission bitten, sich davon zu überzeugen. Namentlich befindet sich die Gildenstraße in einem so schlechten Zustande, daß die dort wohnenden Gastwirte klagen, es wollten die Fuhrleute bei ihnen wegen des Zustandes der Straße nicht mehr ausspannen. Die Neupflasterung der Echternstraße soll im Etat schon vorgesehen sein.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

VIII. Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenbüttlerstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, auf dem Grabenterrain an der Eisenbüttlerstraße einen Fußweg anzulegen.“

Herr Meyerhoff (zur Begründung): Jeder, der das Terrain und den jetzigen Fußweg kennt, wird mir zustimmen, daß es nicht darauf ankommen kann, hier für eine Besserung der Verhältnisse 500—600 M. auszugeben. Im übrigen beziehe ich mich auf meine Ausführungen bei Punkt XI der Tagesordnung der vorigen Sitzung. (Seite 399 des Berichtes.)

Auch diesen genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

IX. Anfrage Niese: Handhabung der Polizeistunde.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat mit dem hiesigen Polizeipräsidium über milde Handhabung der sogen. Polizeistunde bereits in Verhandlung getreten, und was ist der Erfolg davon?“

führt Herr Kiefe folgendes aus: Es ist wohl noch erinnerlich, daß gegen den Schluß des vorigen Jahres die Herzogliche Polizeidirektion verfügte, daß sämtliche Wirte ihre Lokale in der Silvesternacht nicht länger als bis 3 Uhr offen halten durften. Die Polizeiorgane machten von dieser Verfügung dann auch Gebrauch und warfen das gesamte, um 3 Uhr noch in den Wirtschaften befindliche Publikum auf die Straße. Schon bei früherer Gelegenheit erklärte ich in dieser Versammlung, es wäre wohl am Plage gewesen, daß die Polizei, wenn sie glaubte, eine gerechte und begründete Sache zu vertreten, den beteiligten Kreisen früher von ihrem Vorgehen hätte Mitteilung machen müssen, nicht aber so kurz vor Dorresschluß, da dies wie eine Ueberrumpelung ausgesehen hätte. Man konnte auch die Gründe nicht begreifen, weshalb die Polizei damals so rigorös vorging. Es wurde nach der damaligen Verhandlung in der Sitzung vom 18. Februar d. Js. — Seite 410 des Berichtes — der Magistrat ersucht, sich mit der Herzoglichen Polizeidirektion ins Benehmen darüber zu setzen, wie das in Zukunft gehalten werden sollte. Wir sind jetzt wieder an der Kiste des Jahres angelangt und ich möchte wissen, ob der Schluß der Wirtschaften in der Silvesternacht wiederum in das Ermessen der Herzoglichen Polizeidirektion gestellt werden soll, oder ob hier endlich ein Zustand Platz greifen wird, wie er in anderen Städten schon lange gang und gäbe ist. In Hannover können die Wintergarten-Konzerte bis 1 Uhr nachts dauern und Hannover ist dabei nicht zugrunde gegangen. Hier dagegen ekelt man die jungen Leute weg, und wenn sie sich amüsieren wollen, fahren sie nach Magdeburg oder Hannover, während Braunschweig das Nachsehen hat. Uebrigens will ich hier nicht die Sache der Wirte vertreten, sondern will diese Schäden nur im allgemeinen Interesse hervorheben. Die Wirte können ihre Interessen in dem großen Gastwirtsvereine selbst vertreten. Ueberall, wo sich die Polizeibehörde einmischt, entsteht eine große Unruhe, so daß ihre Absicht, Ruhe zu schaffen, in das gerade Gegenteil verwandelt wird. Man will durch die Polizeimaßnahmen in der Silvesternacht angeblich erzielen, daß die Leute am anderen Morgen in die Kirche gehen. Wer aber in die Kirche gehen will, kann das auch ohne Polizeimaßnahmen tun. Oder spielt sich die Polizei vielleicht als alleinige Förderin der Moral auf, so hat sie dazu auch keine Veranlassung. Wir müßten darauf dringen, daß der Magistrat so viel Einfluß auf die Einwohnerschaft gewinnt, um zu bewirken daß die Anordnungen der Behörde nicht belästigend und einschränkend wirken, sondern nur zum Wohle der Gesamtheit gegeben werden. Ich möchte den Magistrat um Beantwortung meiner Anfrage bitten.

Herr Stadtrat Meyer: Sowohl die letzte Äußerung des Vorredners, als auch die Klagen über die Bemessung der Polizeistunde am vorigen Silvesterabend veranlassen mich zu folgenden Erklärungen: In erster Linie war in der Verhand-

lung vom 4. und 18. Februar d. Js. für die Versammlung der Wunsch maßgebend, eine andere Polizeistunde für die hiesigen Wirtschaften einzuführen, als sie durch das Gesetz vorgeschrieben ist. Sie werden sich erinnern, es war der Antrag Jasper zuerst dahin formuliert worden, bei Herzoglicher Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß fortan die Polizeistunde für alle Wirtschaften allgemein auf 3 Uhr ausgedehnt werde. Das war indessen nicht angängig, weil die Polizeistunde durch Gesetz auf 11 Uhr festgelegt worden ist. Darauf modifizierte Herr Jasper seinen Antrag dahin, daß der Magistrat ersucht werden sollte, bei Herzoglicher Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß diese Behörde ihre Befugnis, die Polizeistunde über 11 Uhr hinauszurücken, in gleichmäßigerer und gerechterer Weise als bisher und unter stärkerer Berücksichtigung der Verkehrsinteressen einer Großstadt anwende. Genehmigt wurde schließlich ein Antrag, dahingehend, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß von Seiten der Polizeiorgane die Vorschriften bezüglich der Feierabendstunde fortan in einer milderen, gleichmäßigeren und die Interessen einer Stadt von der Bedeutung Braunschweigs mehr berücksichtigenden Weise gehandhabt werden. Dieser Antrag ist damals der Herzoglichen Polizeidirektion mit der Bitte um Aeußerung überwiesen worden, sobald der Versammlungsbericht vorlag. Die Begründung konnten wir uns aus dem Sitzungsberichte entnehmen. Die Herzogliche Polizeidirektion hat unserm Wunsche auf Erteilung einer Antwort zunächst nicht entsprochen, später haben wir eine solche nicht mehr erwartet, weil wenige Wochen nach unseren Verhandlungen Herr Geh. Rat Hartwig anlässlich der Interpellation des Abgeordneten Hauswaldt denselben Gegenstand in der Landesversammlung zur Sprache brachte. In der Interpellation war auch über die willkürliche Handhabung der polizeilichen Bestimmungen seitens der Behörde geklagt worden und Herr Geh. Rat Hartwig hat derzeit auf Grund eines eingeforderten Berichtes und gestützt auf seine Kenntnis der Verhältnisse erklärt, er müsse bestreiten, daß eine Willkür bezüglich der Handhabung der Polizeistunde herrsche; speziell müsse er auch bestreiten, daß es als Strafe anzusehen sei, wenn eine Beschränkung der Polizeistunde statfinde. Es werde dabei nur auf Grund bestimmter Tatsachen und des pflichtmäßigen Ermessens der Behörde verfahren. Er habe sogar ein Verzeichnis vorgezeigt, das 230 Wirte enthalten habe mit Notizen, aus denen hervorgegangen sei, wie weit jeder einzelne die Befugnis zur Offenhaltung seines Wirtschaftslokales besaß. Nachdem der Herr Minister weiter ausgeführt hatte, daß er von jeher bemüht gewesen wäre, nach Möglichkeit die Mißgriffe einzelner Beamten zu beschränken, habe städtischerseits keine Veranlassung mehr vorgelegen, einzugreifen; denn mehr konnten wir nicht erreichen, als daß der zuständige oberste Beamte des Landes öffentlich erklärte, er wäre nach Möglichkeit bestrebt, auf eine gesetzliche Handhabung der Polizeistunde zu halten und diese auch seinerseits durchzuführen.

Was den von Herrn Niese erwähnten Fall der Beschneidung der letzten Silvesterstunde anlangt, so hat der Herr Minister damals im Landtage getadelt, daß die Wirte erst wenige Stunden vor der Silvesterfeier von der beabsichtigten Beschränkung benachrichtigt seien, und er hat ausgeführt, daß er Anordnungen getroffen hätte, so einschneidende Maßnahmen in Zukunft früher bekanntzugeben. Inzwischen hat nun die Herzogliche Polizeidirektion unserm Ersuchen Folge geleistet und hat uns mitgeteilt, daß sie ihrerseits bestreiten müßte, mit Willkür vorgegangen zu sein. Sie hat ferner bedauert, daß sie nicht über die Tatsachen, die Anlaß zu der Beschwerde gegeben haben, vorher informiert worden sei, um vor der endgültigen Fassung des Beschlusses der Versammlung Gelegenheit gehabt zu haben, den Herren von ihrer Auffassung der Sache Kenntnis zu geben; sie habe die Ueberzeugung, daß dann ein anderer Beschluß der Versammlung zustande gekommen sein würde.

Auf Antrag des Herrn Wiehle wird in die Besprechung der Anfrage getreten.

Herr Jasper: Ich kann mich mit der Antwort, die der Magistrat nach langem Warten von der Herzogl. Polizeidirektion erhalten hat, durchaus nicht befriedigt erklären, insbesondere aber in dem letzten Punkte nicht. Herr Stadtrat Meyer hat durchblicken lassen, daß die Herzogliche Polizeidirektion wohl Gründe gehabt haben würde, weshalb sie in dem Falle des Gewerkschaftshauses vorgegangen sei. Nach der Mitteilung des Herrn Stadtrat Meyer hat die Herzogliche Polizeidirektion geäußert, es sei bedauerlich, nicht vorher über diesen Fall gehört worden zu sein, um die Gründe für ihr Vorgehen angeben zu können. Dagegen hat Herr Stadtrat Meyer nicht gesagt, ob sich die Herzogliche Polizeidirektion überhaupt zur Sache selbst geäußert hat, also, ob sie nicht ganz allgemein gesagt hat, wir haben unsere Pflicht getan und loyal gehandelt, sondern ob sie auch die der Versammlung seinerzeit unterbreiteten Tatsachen als richtig oder unrichtig anerkannt hat. Ferner möchte ich wissen, ob die Herzogliche Polizeidirektion die Gründe angegeben hat, weshalb sie — wenn sie die vorgebrachten Tatsachen als richtig anerkennen muß, und das hat sie schon getan und mußte sie auch tun — gleichwohl, wenn auch im Rahmen des Gesetzes, so doch nicht im Rahmen der Billigkeit, die Polizeistunde für das Gewerkschaftshaus auf 11 Uhr herabgesetzt hat und jetzt noch immer daran festhält, obwohl sie die Tatsachen kennt. Schaden hat hiervon niemand, denn es ist Vorkehrung getroffen, daß der Zweck der betr. Versammlungen doch erreicht wird, indem sie in Privaträumen abgehalten werden. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Polizei ihre Absicht, dem übermäßigen Alkoholenuß entgegenzutreten oder die Sittlichkeit der Arbeiter zu fördern, durch solche Maßnahmen erreichen kann. Es ist auch selbst von der Polizei nie ernsthaft bestritten worden, daß das Gesetz der Herzoglichen Polizeidirektion eine große Willkür in die Hand gibt, die

sie auch gehörig ausnußt. Sie hat sich z. B. erst nach Monaten bewogen gefunden, auf eine Beschwerde zu antworten und hat diese einfach zurückgewiesen ohne Angabe von Gründen. Bei dieser Antwort muß uns von neuem zu Gemüte geführt werden, daß die Polizeigewalt, die von einschneidendster Bedeutung für unser ganzes bürgerliches Leben ist, nicht in der Hand von Gemeindeorganen, sondern in der Hand einer Direktion liegt, die allein vom Staate abhängig ist, und die es nicht einmal für nötig hält, die erforderliche Fühlung mit den städtischen Behörden zu halten, sondern die nach Willkür schaltet, nicht aber im Interesse der Allgemeinheit.

Herr Bues: Nach der Mitteilung des Herrn Stadtrat Meyer soll die Herzogliche Polizeidirektion dem Magistrate geantwortet haben, daß sie in allen Fällen nach bestem Ermessen gehandelt habe. Ferner hat der Herr Minister im Landtage erklärt, daß eine ganz bedeutende Zahl Restaurateure eine verlängerte Polizeistunde bewilligt erhalten hätte. Die hiesigen Gastwirte sind sich nun in ihrem Vereine darüber klar geworden, daß die angegebene hohe Zahl nicht stimmen kann, wenn man nicht die ruhenden Konzessionen und die Hotels mit in Betracht zieht. (Zustimmung.) Die Hotels, welche nach dem Gesetze berechtigt sind, Fremde auch nach 11 Uhr zu bewirten, sind wahrscheinlich mit zu den Wirtschaften gerechnet worden, die unbeschränkte Freiheit genießen. Von wirklichen Restaurationen haben aber nur ganz wenige, vielleicht 4 oder 5, unbeschränkte Konzession, während bis 2 Uhr nachts allerdings mehrere, aber auch nicht so viele Wirte offen haben dürfen, wie im Landtage gesagt wurde. Wenn ferner von der Polizei behauptet wird, die Herabsetzung der Polizeistunde sei niemals zur Strafe verfügt worden, so muß ich das bestreiten. Wir sind vollständig damit einverstanden, daß eine Herabsetzung für solche Wirtschaften stattfindet, die unerlaubte Spiele geduldet oder die Sittlichkeit gefährdet haben; wenn aber jemand sein Geschäft ordentlich führt und es wird ihm nur deshalb die Polizeistunde geschmälert, weil er der Polizei nicht so viel Gehorsam entgegenbringt, wie sie verlangt, so ist das nicht mehr ein „bestes Ermessen“, sondern eine Bestrafung. Mir ist es selbst passiert, daß mir vom Herrn Polizeipräsidenten gesagt wurde: das soll eine Strafe für Sie sein; weil ich nämlich einem Vereine, dem ich mein Lokal vermietet hatte, die Polizeistunde nicht bieten wollte, sondern dem Polizeibeamten sagte, er möchte es selbst tun, wozu er aber kein Recht hatte. (Bewegung.) Der Herr Polizeipräsident sagte mir dann, ich führte mein Geschäft gut und er wollte mich nicht bestrafen, weil ich dann die richterliche Entscheidung anrufen würde, aber er setzte meine Polizeistunde herunter und das sollte eine Strafe für mich sein. Im Landtage ist auch erwähnt worden, daß die Bäcker vorige Weihnachten in Hünningen und Melverode ihr Vergnügen feiern mußten, weil ihnen hier die Genehmigung dazu versagt worden war; ich kann Ihnen nun mitteilen, daß den Bäckern auch jetzt wieder ein

abschlägiger Bescheid erteilt worden ist, ihr Weihnachtsvergnügen hier abzuhalten und daß sie wieder nach Künningen und Melverode gehen müssen. (Hört, hört!) In den letzten Jahren sind in den Ortschaften um Braunschweig herum so viele neue Etablissements entstanden und Säle erbaut und werden noch weiter gebaut, daß man auf den Gedanken kommen muß, es tue dieses unserm Steuersäckel doch einen erheblichen Schaden. In Melverode, Mascherode, Behndorf 2c., überall finden Sie neue Säle, die doch auch ihre Kosten einbringen werden. Die Ortsvorsteher sind eben gemüthlicher, als unsere Polizeidirektion. Ob es nun die Sittlichkeit mehr fördert, wenn die jungen Leute abends 11 Uhr mit ihren Damen von einem Nachbardorfe nach Braunschweig gehen, als wenn sie hier den kurzen Weg durch die Stadt machen, das will ich Ihrer Beurteilung überlassen. (Heiterkeit.)

Herr Stadtrat Meyer: Auf die Anfrage des Herrn Jasper, ob die Herzogliche Polizeidirektion auf die einzelnen in der Versammlung angeführten Fälle eingegangen wäre und sie klargestellt hätte, will ich erwidern, daß sie das nicht getan hat, aber auch nicht hat tun können, weil die Anfrage an sie gar nicht so gestellt worden war. Wir haben nach dem Sinne des Beschlusses der Versammlung das System bekämpft und es lag für uns kein Grund vor, den Vorgang im Gewerkschaftshause herauszugreifen. Das System selbst hat aber der Herr Geh. Rat Hartweg im Landtage so eingehend behandelt, daß sich die Herren von dem Inhalte der Rede vollständig befriedigt fühlen müssen, denn mehr als die Erklärung, nach bester Ueberzeugung dem Gesetze entsprechend verfahren zu wollen, können Sie von einem Beamten nicht verlangen.

Er hat auch behauptet, es sei nicht richtig, daß Bände von Beschwerden bei dem Ministerium eingegangen seien und hat dargetan, daß seit dem Jahre 1895 bis dahin nur 5 Beschwerden eingelaufen seien, nämlich 3 in bezug auf die frühere Schließung der Cafés und die beiden anderen in neuerer Zeit. Die früher von Herrn Bues hier erwähnten vielen Beschwerden müssen demnach doch anderer Art gewesen sein, als man sonst unter „Beschwerde“ versteht. Ich möchte deshalb empfehlen, sich nunmehr auf den Beschwerdeweg zu begeben, nachdem von dem Vertreter des Herzoglichen Staatsministeriums ausdrücklich erklärt worden ist, daß jede Beschwerde nach bestem Gewissen geprüft werden soll, und Sie werden eine Antwort bekommen, wie sie den Verhältnissen entspricht. Am System selbst läßt sich eben nichts ändern, das liegt am Gesetz, und ehe das Gesetz nicht geändert wird, werden wir auch in diesem Punkte nichts erreichen. Ebenso wenig werden wir ohne Gesetzesänderung erreichen, daß die städtischen Behörden einen entscheidenden Einfluß auf die Polizei gewinnen.

Herr Esdorn: Der Herr Geh. Rat Hartweg hat im Landtage erklärt, daß er nicht schuld sei an der vorjährigen Verfügung wegen Schließung der Restaurants

um 3 Uhr in der Silvesternacht. Der Vater dieser schönen Bestimmung scheint demnach überhaupt nicht zu ermitteln zu sein. Neulich gingen wieder Notizen durch die Zeitungen, daß eine Schließung der Restaurants um 3 Uhr auch in der bevorstehenden Silvesternacht nicht ausgeschlossen wäre. Ich will von einem Antrage absehen, hoffe jedoch, daß bei der Freundschaft zwischen dem Herrn Oberbürgermeister und dem Herrn Polizeipräsidenten (Heiterkeit) sich die Sache nach unserm Wunsche auf freundschaftlichem Wege erledigen wird und wir den vorjährigen unleidlichen Zustand nicht wieder bekommen werden.

Herr Wiehle: Es steht allerdings im Gesetze, daß die Wirtschaften in der Stadt um 11 Uhr und auf dem Lande um 10 Uhr geschlossen werden müssen; dieselbe Bestimmung findet sich aber auch in dem betreffenden preussischen Gesetze und trotzdem ist die Polizeistunde in Hannover einheitlich auf 2 Uhr festgesetzt worden. Was hindert nun unsere Polizeiverwaltung, ebenfalls alle Wirte gleichmäßig zu behandeln und einfach zu bestimmen, daß alle Wirtschaften bis 2 Uhr geöffnet bleiben können? Dadurch würde eine Masse Unwillen und Unzufriedenheit bei den hiesigen Wirten beseitigt werden. Der Unwille hat auch insofern seine Berechtigung, als auf den Dörfern und in den kleinen braunschweigischen Städten möglich ist, was in der Großstadt Braunschweig nicht erreicht werden kann. In Wolfenbüttel und den anderen Städten besteht überhaupt keine Polizeistunde, so daß dort kein Wirt wegen Uebertretung der Polizeistunde bestraft wird. Warum soll nun hier nicht möglich sein, was in Wolfenbüttel, Gandersheim, Schöningen etc. möglich ist? Braunschweig will mit seinen 130000 Einwohnern in der Reihe der Großstädte rangieren, aber es ist doch ein gewisses Etwas dabei, das sich nicht schildern läßt und das Braunschweig immer wieder herunterdrückt. Das ganze Konzeffionieren der Wirtschaften ist hier eine mangelhafte Einrichtung: es darf keine Musik gemacht werden, also darf kein Wirt seine Gäste unterhalten, während in anderen Orten den Wirten der weitgehendste Spielraum gelassen wird, damit die Fremden nicht nach anderen Orten gehen. Zu einer Großstadt gehören auch großstädtische Wirtschaften, aber wenn die Wirte immer Angst haben müssen, ein Strafmandat zu erhalten, so können sie sich nicht entwickeln und können ihren Gästen nichts bieten, so daß die Fremden lieber nach Magdeburg und Hannover fahren.

Ich kann es deshalb nur für wünschenswert halten, daß sich der Magistrat nochmals mit der Polizei in Verbindung setzt, um zu erzielen, daß für alle Wirtschaften eine einheitliche Polizeistunde vielleicht bis 2 Uhr, oder aber möglichst eine unbeschränkte Polizeistunde wie in Sachsen eingeführt wird. Wenn sonst auch Sachsen nicht gerade freiheitlich regiert wird, so geht es doch bezüglich der Handhabung der Polizeistunde in Preußen-Deutschland allen voran. Ich möchte

wünschen, daß die heute gegebene Anregung zu einer Besserung in dieser Sache beitragen möge.

Die Anfrage ist damit erledigt.

X. Ausbau eines Teiles der Nordstraße.

Die östliche Teilstrecke der Nordstraße zwischen der Spargelstraße und dem Bültentwege soll mit platzartiger Erweiterung derart ausgebaut werden, daß an der Südwestseite vor dem Grundstücke *M* ass. 4743 ein 5 m breiter Fußweg und an der Nordseite vor dem Grundstücke *M* ass. 3932 ein 4 m breiter Fußweg angelegt wird. Die Fußwege sollen auch in einer Breite von 1,50 m mit einem Belage von Zementplatten befestigt werden, während die Fahrbahn Kleinpflaster erhalten soll. An Gesamtkosten werden 25 200 *M* entstehen und der Anliegerbeitrag ist zu 462,20 *M* für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Dem Ersuchen des Magistrates auf Genehmigung von Projekt, Kostenanschlag und Verteilungsrechnung,

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Meyerhoff die Genehmigung der Vorlage namens der Baukommission befürwortet hatte.

XI. Antrag Stegmann: Bau einer Fußgängerbrücke über die Oster am Maschplatz.

Ueber den in der letzten Sitzung — Seite 417 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, betreffend den Bau einer Fußgängerbrücke über die Oster vom südlichen Ende des Maschplatzes nach der Pestalozzistraße,“

berichtet namens der Baukommission Herr Rathe: Die Baukommission ist nach längerer Beratung zu dem Beschlusse gekommen, die Versammlung zu ersuchen, den Antrag dem Magistrate zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Sie geht dabei von der Ansicht aus, daß es wohl ganz wünschenswert sein würde, an der Stelle eine Fußgängerbrücke errichtet zu sehen, daß indessen eine unbedingte Notwendigkeit dazu nicht vorliege, da in der Nähe sich die Brücken des Wendenringes und der Bammelsburgerstraße befinden. Eine große Annehmlichkeit würde die Brücke für die Anwohner allerdings wohl sein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

XII. Einrichtung von Klassen der Hilsschule im ehemaligen Stadthause.

Bekanntlich sind zurzeit 4 Klassen der Hilsschule im ehemaligen Standesamtsgebäude an der Peterfilienstraße untergebracht worden. Da dort schon jetzt der Hof als Spielplatz zu klein ist, aber zu Ostern noch zwei weitere Klassen ein-

gerichtet werden müssen, so ist der Magistrat der Ansicht, daß es sich empfiehlt, diese sechs Klassen einstweilen in dem westlichen massiven Anbau des ehemaligen Stadthauses unterzubringen. Die dort vorzunehmenden geringfügigen baulichen Aenderungen und Ausbesserungsarbeiten würden 740 M Kosten verursachen, während für das Mobiliar 260 M aufzuwenden sein würden. Der Magistrat ersucht deshalb, der Ueberweisung dieser Räume an die Hilsschule zu Ostern 1905 zuzustimmen und die Kosten mit rund 1000 M zu bewilligen. Es empfiehlt sich ferner, dem einen der beiden Bedellen der höheren Mädchenschule die jetzt vom Museumsdiener Telge im ehemaligen Stadthause benutzte Dienstwohnung zu überweisen, sobald diese frei geworden sein wird und ihm gegen entsprechende Vergütung auch die Wartung der sechs Klassenräume der Hilsschule zu übertragen. Auch dieser Maßnahme zuzustimmen, wird ersucht.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Blasius berichtet, wird die Vorlage im vollen Umfange genehmigt.

XIII. Anschaffung von zwei Schreibmaschinen.

Die Verwendung der vor 2½ Jahren angeschafften Schreibmaschine hat sich durchaus bewährt und hat eine wesentliche Erleichterung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes der Kanzlei erzielt. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, eine zweite Schreibmaschine anzuschaffen, indessen nicht nach dem System Post, sondern eine Adlermaschine, die sich für gleichzeitige Anfertigung mehrerer Abschriften besser eignet als die erstere. Der hiesige Vertreter für diese Schreibmaschine hat sich erboten, die Postmaschine für 200 M in Zahlung zu nehmen, sofern ihm zwei Adlermaschinen für 700 M abgenommen werden. Da dem Magistrate das Angebot zweckmäßig zu sein scheint, so ersucht er, zu diesem Zwecke 500 M zu bewilligen.

Es hat sich ferner herausgestellt, daß gute Leistungen mit der Schreibmaschine erst nach längerer Übung zu erzielen sind. Dieser Erfolg wird in der Magistratskanzlei aber dadurch beeinträchtigt, daß die Stellen der Hilsschreiber nur Durchgangsposten sind; es wird daher magistratsseitig empfohlen, in der Kanzlei zu der Bedienung der Schreibmaschine, zunächst versuchsweise, weibliche Hilfskräfte zu verwenden, zumal auch im Hinblick auf die geringere Besoldung von 60 M monatlich. Auch dieser Maßnahme ersucht der Magistrat zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission beantragt Herr Weichsel, die Vorlage zu genehmigen, was nach kurzer Besprechung geschieht.

XIV. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke im Jahre 1903/1904.

Unter Ueberreichung des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerks und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1903

bis 31. März 1904 bemerkt der Magistrat, daß der Bericht weder der betr. Deputation noch dem Magistrate zu Ausstellungen Anlaß gegeben habe. Da auch die von dem vereidigten Bücherrevisor Hermann Seyne vorgenommene Prüfung der Rechnungsabschlüsse und der Geschäftsbücher deren Richtigkeit ergeben hat, so wird beantragt, zuzustimmen, daß der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der Werke im Rechnungsjahre 1903/04 Entlastung erteilt werde.

Ferner empfiehlt der Magistrat, den bei Darleihung von 1 600 000 M zum Bau des neuen Wasserwerkes entstandenen Kursverlust, der bis auf den Betrag von 13 500 M gedeckt ist, dadurch schon jetzt im vollen Umfange auszugleichen, daß die obige Summe von dem Gewinne für 1903/04 zu 100 667,⁹⁸ M abgeschrieben, mithin dieser Gewinn auf 87 167,⁹⁸ M festgestellt werde.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Der Bericht ist wiederum in so ausgiebiger Weise erstattet worden, daß wir uns bei der Besprechung auf wenige Punkte beschränken können.

1. Städtische Gaswerke.

Auf Seite 11 und 12 finden Sie eine Zusammenstellung der Kosten für Herstellung unseres Gases, aus der hervorgeht, daß 100 cbm Nutzgas 11,¹⁵ M nach Abzug des Gewinnes aus den Nebenprodukten gekostet haben. Da der Preis des Leuchtgases 17 ₰ und des Kraftgases 13 ₰ für 1 cbm betrug, so resultiert daraus ein Gewinn von 5,⁸⁵ ₰ bzw. 1,⁸⁵ ₰ pro cbm. Bei jetzt erfolgter Herabsetzung der Gaspreise auf 16 ₰ und 12 ₰ ist der Gewinn um je 1 ₰ geringer.

Nach der Bilanz vom 31. März 1904 stehen die beiden Gaswerke noch mit 1 333 223,⁸⁶ M zu Buche, während sie ursprünglich 4 142 821,⁶¹ M gekostet haben, so daß schon 2 809 597,⁷⁵ M abgeschrieben worden sind. Jedenfalls ist der heutige Buchwert als niedrig zu bezeichnen. Auch bezüglich der Verpflichtungen ist die Situation günstig. Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 2 001 249,⁶³ M ab bei einer Höhe des Gewinn- und Verlustkontos von 267 118,³¹ M.

Im nächsten Jahre werden uns auf den Gaswerken große Veränderungen und Erneuerungen erblühen und die Deputation schätzt die Kosten dieser Erneuerungs- und Erweiterungsbauten auf 400 000 — 500 000 M. Die Finanzkommission hat nun mit Vergnügen und Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Deputation von dem Gesichtspunkte ausgeht, die Kosten nicht durch eine Anleihe aufzubringen, sondern aus den Ueberschüssen zu bestreiten. Wenn man den Erneuerungs- und den Reservefonds des Werkes zusammenzieht, so kommt man zu der respektablen Summe von 243 387,⁸⁵ M, jedoch ermöglicht die Summe noch lange nicht, die in Aussicht stehenden Baukosten zu decken, zumal da noch

größere Beträge daraus entnommen werden, um Straßen mit Gas zu belegen und mit Laternen zu besetzen. Die Finanzkommission war nun der Ansicht, daß es vorsichtiger und solider sein würde, wenn man diesmal nicht den ganzen Gewinn von 267 118,31 M dem Schulhausbaufonds zuführte, sondern wenn man davon 50 000 M zur Kräftigung des Erneuerungsfonds verwendet, um nicht gezwungen zu sein, im nächsten Jahre zu große Summen von dem Gewinne abzugeben und den Schulhausbaufonds dadurch allzu sehr zu schwächen. Was aber einmal in diesem Fonds enthalten ist, läßt sich schwer wieder herausnehmen, obgleich der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, daß er in diesem Punkte nicht auf einem so ablehnenden Standpunkte stehe, wie sein Vorgänger.

Ich habe nun zu beantragen, die Rechnungen als richtig anzuerkennen und die Dechargeerteilung auszusprechen, gleichzeitig aber dem Magistrate vorzuschlagen, dem Schulhausbaufonds nicht den ganzen Gewinn von 267 118,31 M, sondern nur 217 118,31 M, die restierenden 50 000 M aber dem Erneuerungsfonds des Gaswerkes zuzuführen. Diese Form des Vorschlages ist so liebenswürdig und sanft, daß sich der Magistrat hoffentlich bewogen fühlen wird, sich unseren Vorschlag zu eigen zu machen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist immer sehr angenehm, wenn uns Anträge in liebenswürdiger Form unterbreitet werden, jedoch darf Herr Hauswaldt nicht erwarten, daß wir aus diesem Grunde besonders geneigt wären, darauf einzugehen. Von großer prinzipieller Bedeutung ist die vom Herrn Referenten angeschnittene Frage gerade nicht; sie ist vom rein praktischen Standpunkte aus zu beantworten und ich möchte Veranlassung nehmen, darauf hinzuweisen, daß noch nicht feststeht, was für ein Projekt ausgeführt werden soll, da mir Herr Stadtrat Haake noch heute morgen gesagt hat, es würden vielleicht 400 000—500 000 M Kosten erforderlich werden. Also so notwendig ist es nicht, schon jetzt zu dem Zwecke noch weitere 50 000 M zurückzustellen. Der Magistrat hat schon beschlossen, in den nächstjährigen Etat 100 000 M für Neubauten einzustellen und diese Summe dem Betriebe zu entnehmen insofern, als die im Laufe des Jahres erübrigten Mittel zur vorläufigen Bestreitung der Kosten verwendet werden sollen. Dadurch werden die im nächsten Jahre entstehenden Kosten wohl bestritten werden können. Was im folgenden Jahre ausgeführt werden wird, steht noch dahin. In erster Linie ist hierzu natürlich der Reservefonds bestimmt. Zur Illustration der Finanzlage beider Werke dürfte es dienen, wenn ich darauf hinweise, daß das gesamte Vorratsvermögen des Erneuerungs- und Reservefonds und des Reservefonds der Neustadtmühle nach der Uebersicht vom 15. Dezember 1904 = 649 625 M beträgt. Das Geld steckt in der Stadthauptkasse, der es als Betriebsfonds dient, weil sie keinen besonderen Betriebsfonds besitzt. Die Vorschüsse konnten also nur dadurch gedeckt werden, daß das Vorratsvermögen und der

Schulhausbaufonds zeitweilig als Betriebskapital der Stadtkasse benutzt werden. Es wird sehr wohl möglich sein, im Jahre 1906 einen Teil des Erneuerungsfonds des Gaswerkes zu nehmen, und weshalb können wir dann nicht wieder eine entsprechende Ausgabe in den Etat des Gaswerkes einstellen, zumal wir dann 200 000 M zur Verfügung haben werden? Rechnerisch kommt die Sache auf dasselbe hinaus. Ich habe nur eins dabei: es kommt hier nicht nur das Gaswerk in Frage, sondern auch der Schulhausbaufonds, der außer den Bürgerschulbauten auch noch andere Zwecke zu erfüllen hat. Im Jahre 1895 ist darüber zwischen Magistrat und Stadtverordneten eine besondere Vereinbarung getroffen worden, die Ihnen ja bekannt sein wird. Wenn man jetzt dem Schulhausbaufonds gleich wieder 50 000 M aus dem Vorjahre entziehen will und im nächsten Jahre dann 100 000 M, so wird dieser Fonds sehr beschnitten. Ehe daher der Magistrat nicht mit seinen zahlreichen Vorschlägen über die Verwendung des Schulhausbaufonds hervortritt, sollten Sie sich doch überlegen, ob Sie den Fonds noch weiter beschneiden wollen. Im übrigen sind wir gern bereit, den Antrag der Finanzkommission noch weiter im Magistrate zu erwägen.

Herr Rathe: Nachdem wir gesehen haben, daß die Direktion der Licht- und Wasserwerke von den Gaswerken einen so großen Betriebsüberschuß erzielt hat, ist es an der Zeit, zu wünschen, daß besseres Gas und mehr Licht auf unseren Straßen und Plätzen geschaffen würde. Die Ueberschüsse würden dann allerdings nicht mehr so groß sein, wie jetzt, aber die Zufriedenheit im Publikum würde zunehmen. Man hat über die schlechten Strümpfe des Herrn Kalms hier gesprochen, aber der Herr hat erklärt, seine Strümpfe wären mindestens ebenso gut, wie die von der Stadt gelieferten. (Heiterkeit.) Ich muß in meinem Betriebe jetzt auch bedeutend mehr für Gas bezahlen als früher, obwohl ich nicht mehr Flammen habe, als sonst. Die Klempnermeister klagen, daß sie mit dem jetzigen Gas nicht löten könnten, also ist dessen Qualität schlechter geworden. Wenn ein Privatunternehmer ein solches Gas lieferte, würde man ihm etwas anderes sagen, jedoch will ich davon absehen, noch näher darauf einzugehen. Aber eins wünsche ich dringend: sorgen Sie für besseres Gas und für mehr Licht in den Straßen.

Herr Stadtrat Haake: Ich möchte mitteilen, daß der Gaskonsum seit dem 1. April um 10 % zugenommen hat; es sind 630 neue Gasmesser aufgestellt worden. Die einzelnen Rohre werden dadurch mehr in Anspruch genommen, und es hat sich herausgestellt, daß einzelne Rohre zu eng sind. Es wird deshalb ein weiteres Rohr bis in das Innere der Stadt gelegt werden müssen, und auch die Zuleitungsrohre in die Häuser sind teilweise zu eng. Dazu kommt, daß durch Verwendung des Benzols sich die Niederschläge, die sich an den Wandungen der

alten Röhre gebildet hatten, losgelöst haben und daraus ein feines Pulver entstanden ist, das auf die Zuleitung des Gases störend einwirkt. Obwohl es schwer sein wird, diesen Uebelstand zu beseitigen, so sind doch Bemühungen im Gange, die eine Besserung herbeiführen werden. Wenn also jetzt an einzelnen Stellen das Gaslicht nicht so brennt, wie zu wünschen wäre, liegt es mit an den Zuleitungsrohren.

Herr Hauswaldt: Ich war schon in der Kommission in der unangenehmen Lage, mit dem Herrn Oberbürgermeister hierüber nicht einer Meinung zu sein, aber ich kann zu meinem Leidwesen in dieser rein kaufmännischen Sache nicht nachgeben. Wir haben uns hier mit dem Gaswerke zu beschäftigen und können uns bei unserm Vorgehen nicht von anderen Beweggründen, z. B. von dem Schicksale des Schulhausbaufonds, leiten lassen. Die Sache liegt folgendermaßen: Das städtische Gaswerk hat einen Erneuerungsfonds von 217 921,95 M., von dem die Ausgaben des laufenden Jahres noch abgehen. Wir wollen nun die 50 000 M. vom Gewinn nicht willkürlich weglegen, sondern wir wollen sie zur weiteren Stärkung des Erneuerungsfonds verwenden. Ich bin dafür, im nächsten Jahre auch nur 50 000 M. in derselben Weise zurückzulegen. Als Referent hielt ich es für meine Pflicht, diesen Vorschlag, den ich als Geschäftsmann ebenfalls gemacht haben würde, hier zu machen.

Herr Bues: Es wurde gesagt, daß der Gewinn des Gaswerkes im nächsten Jahre kleiner sein würde, weil der Gaspreis herabgesetzt worden ist; ich bin aber der Meinung, er wird bedeutend größer sein, denn statt einen Pfennig weniger bezahlen die Abnehmer eigentlich einen Pfennig mehr, weil sie bedeutend mehr Gas verbrauchen als früher und infolgedessen höhere Rechnungen erhalten. Dazu ist das Gas noch schlechter als früher. Wenn daher mehr Licht in den Straßen verlangt wird, so können wir der Forderung bei dem guten Stande unseres Gaswerkes sehr wohl entsprechen.

Herr Koch: Den Ausführungen des Herrn Rathe muß ich zustimmen. In verschiedenen Familien wird auch über das Kochgas geklagt, das eine ungenügende Heizkraft besitzen soll. Wenn solche Klagen erst allgemein bekannt werden, wird man mehr und mehr wieder von der Verwendung dieses Gases abgehen.

Der Antrag der Finanzkommission wird sodann angenommen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich gehe doch nicht fehl in der Annahme, daß der Magistrat zu der Frage der Ueberweisung der 50 000 M. an den Erneuerungsfonds des Gaswerkes noch selbständig Stellung nehmen darf?

Vorsitzender: Selbstverständlich soll der Magistrat in seinen Rechten durchaus nicht geschmälert werden.

2. Städtisches Wasserwerk.

Herr Hauswaldt: Die gesamte Wasserabgabe betrug während des Jahres 1903/04 = 3 529 576 cbm gegen 3 393 704 cbm des Vorjahres und daher mehr 135 872 cbm oder 4 %; jedenfalls eine höchst bedenkliche Sache.

Bei dem Privat-Einrichtungs-Geschäfte sind wir insofern stugig geworden, als dessen Gewinn auf 34 689,09 M = 22,61 % zurückgegangen ist, obwohl die Versammlung den Wunsch ausgesprochen hatte, diesen Gewinn möglichst hoch zu halten. Es war gebeten worden, den Nutzen möglichst hoch zu kalkulieren, um diese Konkurrenz der Stadt weniger drückend für die hiesigen Installateure zu machen. Der geringere Gewinn rührt aber nicht daher, daß mit weniger Nutzen als sonst gearbeitet worden ist, sondern weil der Posten für vorhandene Warenvorräte geringer geschätzt werden mußte. Es ist uns auch die Versicherung gegeben worden, daß alles geschehen soll, um den hiesigen Geschäften eine drückende Konkurrenz nicht zu machen.

Nach dem Berichte sind für das Grundwasserwerk am Domesee bis zum 31. März 1904 = 1 447 730,39 M gezahlt worden, während noch 138 769,61 M zur Verfügung bleiben. Das Werk wird also rund etwa 1 600 000 M kosten. Die Selbstkosten für 1 cbm Wasser betragen 8,88 \mathcal{L} , während sich die Einnahmen auf 10,68 bzw. 10,75 \mathcal{L} pro Kubikmeter stellen; es verbleibt der Stadt also ein Gewinn von 1,80 \mathcal{L} bzw. 1,87 \mathcal{L} . Vor einigen Jahren haben wir der Erhöhung des Wasserpreises nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß wir uns nach Feststellung sämtlicher Kosten für das Wasserwerk orientieren wollten, ob die Erhöhung auch dann noch gerechtfertigt sein würde. Nachdem die Kosten aber festgestellt worden sind, müssen wir anerkennen, daß wir den obenbezeichneten Gewinn von 1,87 \mathcal{L} festhalten müssen, um gegen besondere Ausgaben geschützt zu sein. An eine Herabsetzung des Preises ist also leider nicht zu denken.

Bei der „Tilgung der Anleihen“ ist auf Seite 35 des Berichtes erwähnt worden, daß die Anleihe II bei der Kreis-Kommunalkasse im Nennwerte von 1 600 000 M einen Kursverlust von 29 500 M gebracht hatte, wovon 16 000 M aus den Einnahmen der Jahre 1902/03 und 1903/04 gedeckt wurden. Der Magistrat beantragt nun, die noch fehlenden 13 500 M von dem Gewinne dieser Jahre zu entnehmen, um das unglückselige Disagiokonto zu beseitigen. Das Gewinn- und Verlustkonto beträgt aus dem Jahre 1902/03 = 112 361,78 M und aus dem Jahre 1903/04 = 100 667,98 M, zusammen 213 029,76 M.

Die Finanzkommission gibt anheim, diesem Antrage des Magistrates zuzustimmen und die Entlastung auszusprechen.

3. Neustadtmühle.

Der Gewinn beträgt 7678,49 M. Bemerkungen hat die Kommission an diesen Abschluß nicht zu knüpfen; es wird vielmehr auch hier anheimgegeben, die Verwaltung zu entlasten.

Herr Rathe: Wenn man auch bei dem Gaswerke wohl oder übel einem Gewinne seitens der Stadt zustimmen muß, so ist bei dem Wasserwerke, das zur Gesundheit und zum Wohlbefinden der hiesigen Bevölkerung geschaffen ist, ein Gewinn von mehr als 100 000 M doch wohl nicht nötig. Ich möchte deshalb dem Magistrate empfehlen, den Wasserpreis bei nächster Gelegenheit wieder herunterzusetzen; es würde dadurch auch die Reinlichkeit in der Stadt wesentlich erhöht werden. Wenn wir auch sehr zufrieden sein können, so gutes Wasser zu haben, so brauchen wir doch den Preis nicht derartig hinaufzusetzen, daß wir einen solchen Ueberschuß erzielen.

Herr Hauswaldt: Das Wasserwerk verdient nur 60 000—70 000 M, während der Rest auf das Privat-Einrichtungs-Geschäft entfällt. So gerne ich auch den Wasserpreis auf die Selbstkosten heruntergedrückt sehen möchte, so muß man doch bei einem solchen Etablissement mit einem Ueberschusse von 60 000—70 000 M rechnen, sonst kann die Sache einmal schief gehen.

Die Anträge der Finanzkommission finden hierauf die Zustimmung der Versammlung.

XV. Verlegung der Dienststunden für das Arbeitsamt.

Die im Februar 1900 von den städtischen Behörden eingeführte Geschäftsordnung für das hiesige Arbeitsamt bestimmt im § 1, daß das Amt werktags von 9—1 Uhr und 4—6 Uhr geöffnet sein solle. Es ist nun der Wunsch laut geworden, die Dienststunden morgens früher beginnen und nachmittags eher aufhören zu lassen, weil erfahrungsgemäß gerade in den frühen Morgenstunden Arbeitgeber wie Arbeitnehmer am meisten das Arbeitsamt um Vermittlung angehen, dagegen mittags und nachmittags wenig zu tun ist. Der Ausschuß für das Arbeitsamt und dessen Geschäftsführer haben sich ebenfalls für eine Aenderung ausgesprochen und zwar dahingehend, daß die Dienststunden auf 8—1 Uhr und 3—5 verlegt werden. Der Magistrat ersucht, einer entsprechenden Abänderung der Geschäftsordnung für das Arbeitsamt zuzustimmen.

Wie Herr Weichsel berichtet, empfiehlt die Statutenkommission die Annahme der Vorlage. Die Nachmittagsstunden würden nur deshalb beibehalten, weil sie für die Dienstboten vorgesehen seien.

Die Vorlage wird angenommen.

XVI. Aufhebung des Dthilienteils und Verkauf von Straßenflächen.

In der Sitzung vom 3. November d. Js. — Seite 347 des Berichtes — hatte sich die Versammlung damit einverstanden erklärt, daß ein Teil des Wendemühlengrabens auf Kosten des Allgemeinen Konsumvereins kanalisiert werde, um diesem nach Erwerb verschiedener Grundstücke im Dthilienteile eine Einfahrt nach seinem Grundstücke an der Leopoldstraße zu ermöglichen. Nachdem der Konsumverein jetzt auch das letzte Grundstück im Dthilienteile angekauft hat, ersucht er, ihm auch das restliche Terrain des vor den Häusern des Dthilienteiles liegenden Zugangsweges zu überlassen und die Aufhebung des Weges einzuleiten. Der Magistrat beantragt, das Terrain zum Preise von 2 M pro qm zu verkaufen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Unterhaltungspflicht der nach dem Dthilienteile führenden Brücke von dem Allgemeinen Konsumvereine übernommen werde; außerdem aber der Aufhebung der Straße zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

XVII. Antrag Böschig: Zentralisierung des Sanitäts- und des Unfallwesens.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat Mittel einzustellen, um das Sanitäts- und das Unfallwesen der Stadt Braunschweig zu zentralisieren und einheitlich einzurichten.“

Herr Böschig (zur Begründung): Der Zufall hat mich auf gewisse Mißstände aufmerksam gemacht, die ich auf dem Rathause zu Protokoll gegeben habe. Ich möchte die Sachen nicht in der Öffentlichkeit detaillieren, aber sie liegen so, daß Wandel geschaffen werden muß. Man weiß im Publikum heute nicht, wo der Sanitätswagen, der Desinfektionswagen u. bestellt werden muß. In der Kommissionsberatung werde ich näher auf die Sachen eingehen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7³/₄ Uhr.

1904/1905.N^o 14.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. Januar 1905.

Tagesordnung:

I.	Stantoranlagen für den Burg- und Wendemühlengraben	Seite 468
II.	Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	" 470
III.	Antrag Esdorn: Neupflasterung der Gütten- und der Echternstraße	" 471
IV.	Vorprojekt für Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes	" 471
V.	Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenbütlerstraße	" 478
VI.	Antrag Böjchigt: Zentralisierung des Sanitäts- und Unfallwesens.	" 479
VII.	Ausführung von Arbeiten zur Erweiterung und Erneuerung des Rohrnetzes der Licht- und Wasserwerke	" 479
VIII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 480
IX.	Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Beschaffung von Schulbüchern zc. für Kinder der katholischen Schule.	" 480
X.	Baulichkeiten im Feuerlöschgebäude, Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr	" 481
XI.	Beschaffung von Mobiliar zc. für das neue Museum.	" 488
XII.	Errichtung einer Leses- und Bücherhalle	" 493
XIII.	Instandsetzung der Fußgängerbrücke im Bürgerparke.	" 500

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer und Stadträte Haake, Meher, von Frankenberg, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Göcke und Günther.

Den Vorsitz führt Herr Wolff.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Herr Vorsitzende mit, daß nach einer Anzeige des Magistrates die von der Versammlung am 10. März 1904 — Seite 460 des Berichtes — genehmigte Klage der Firma Hermann Mewes gegen den Magistrat durch rechtskräftiges Urteil des Herzoglichen Amtsgerichtes kostenpflichtig abgewiesen worden sei.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Stautoranlagen für den Burg- und Wendenmühlengraben.

Bei hohem Wasserstande der Oker ist wiederholt eine Gefährdung innerstädtischer Grundstücke durch Rückstau des Wassers im Wenden- und Burgmühlengraben eingetreten. Der Ausführung einer von dem Magistrate zur Beseitigung dieser Gefahr schon im Jahre 1901 in Aussicht genommenen Stautoranlage wurde von der Herzoglichen Baudirektion damals Bedenken entgegengebracht, die schließlich mit Veranlassung dazu geworden sind, die Reinigungs- und Unterhaltungspflicht bezüglich dieser Okergräben stadtseitig zu übernehmen. Nachdem durch die Uebernahme die vorher vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden sind, ist der Magistrat jetzt der Durchführung dieser Anlage wieder nähergetreten und legt in Betätigung dessen das von der städtischen Bauverwaltung schon im Jahre 1901 ausgearbeitete Projekt nebst Kostenanschlag mit dem Ersuchen um Genehmigung vor. Die hiernach erforderlichen Kosten betragen 8800 M.

Nach dem Projekte wird beabsichtigt, am unteren Ende des Burgmühlengrabens ein gemeinschaftliches Stautor, sowie am unteren Ende des Wendenmühlengrabens eine Stauklappe herzurichten. Sobald Hochwasser zu erwarten ist, werden die Tore resp. die Klappe geschlossen, so daß das Hochwasser nicht rückstauen und in das Kanalnetz gelangen kann. Sollte zu der Zeit, wenn die Oker Hochwasser führt, infolge von heftigen Niederschlägen in der Stadt den Okergräben sehr viel Wasser zugeführt werden, so wird das Tor nur so lange geschlossen bleiben, bis sich die Wasserspiegel auf beiden Seiten des Tores ausgeglichen haben; sobald aber auf der Innenseite der Wasserspiegel noch weiter steigen will, öffnet sich sofort infolge des Ueberdrucks das Tor resp. die Stauklappe von selbst, und die Vorflut ist vorhanden. Dieses Projekt ist, um ein absolut sicheres Funktionieren der Anlage zu gewährleisten, durch verschiedene Vorrichtungen hinterher noch ergänzt worden.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Schmidt und empfiehlt deren Genehmigung.

Herr Buchler: Wie verhält sich die Sache aber, wenn die Stautore geschlossen sind und Hochwasser kommt? Das bringt doch in die Kanäle ein und füllt sie? In dem Momente, wo die Kanäle von dem Abflußwasser gefüllt werden, wird dieses auch zurückstauen.

Herr Schmidt: Nur wenn gleichzeitig Hochwasser in der Oker und auch in den Kanälen auftritt, ist nichts zu machen; dann haben wir eben eine Wasserstrot.

Herr Stadtrat Meyer: Auch dieser Fall ist in dem Projekte mit vorgesehen. Das Stautor wird dann nur so lange geschlossen bleiben, bis sich die Wasserspiegel auf beiden Seiten des Tores ausgeglichen haben, sobald aber auf der Innenseite der Wasserspiegel noch weiter steigen will, öffnet sich sofort infolge des Ueberdrucks das Tor von selbst und läßt das Wasser hinaus. Es ist also, soweit möglich, alles getan, um etwaigen Nachteilen der hiesigen Bevölkerung entgegenzutreten.

Herr Wesemeier: Gerade für die niedriger gelegenen Straßen ist der durch Hochwasser entstehende Schaden unter Umständen ganz enorm, denn ich habe selbst gesehen, daß die Möbel der Anwohner des Nickenkultes im Wasser herumschwammen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen anderen Uebelstand zur Sprache bringen. An der Bammelsburgerstraße führt bekanntlich ein Dükter unter der Okerbrücke durch die Straße entlang. Wenn man nun über einen der in der Straße angebrachten Einsteigschächte weggeht, so muß man einen ganz entseßlichen Geruch einatmen, der für die Anwohner so lästig ist, daß sie kaum die Fenster zu öffnen vermögen. Ich möchte ersuchen, diesem Uebelstande baldigst abzuheffen.

Herr Löschnigk: Dieser Uebelstand findet sich in der ganzen Stadt vor, da alle die kleinen Kanalöffnungen riechen. Wenn seinerzeit meinem Räte gefolgt und nicht jeder Dachrinne ein Geruchsverschluß gegeben wäre, würde man diesen Mißstand nicht mehr zu beklagen haben. Durch den Verschluß wird die schlechte Luft in den Kanälen zurückbehalten und sucht nun aus den Kanalöffnungen zu entweichen. Wenn gesagt wird, daß die Dachetagen durch den Geruch aus den Dachrinnen belästigt würden, so meine ich, daß das nicht so schlimm ist, wie der heutige Zustand, wo alle Etagen und die Passanten erheblich durch den Geruch belästigt werden. Deshalb sollte man zunächst für eine Beseitigung der Sandfänger sorgen.

Herr Frühling: Der Uebelstand ist vorhanden und auch sehr empfindlich. Ganz läßt er sich nicht beseitigen, wohl aber dadurch wesentlich mildern, daß an der Kanalöffnung eine Zwischenklappe angebracht wird. Das ist schon vielfach geschehen und es wäre nur zu wünschen, wenn die Einrichtung noch allgemeiner durchgeführt würde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dem Wunche des Herrn Löschigt konnte seinerzeit unmöglich Rechnung getragen werden. Wenn solche Uebelstände vorhanden sind, so wirken sie in den Häusern jedenfalls noch viel intensiver, als wenn einmal jemand über einen offenen Schacht geht. Das letztere ist unangenehm, aber die von Herrn Löschigt empfohlene Maßnahme gesundheitsgefährlich. Ueber der Ausmündung der Dachrinne liegen sehr viele Stuben und Kammern und es ist außerordentlich schlimm, wenn die dort wohnenden Leute dauernd den schlechten Geruch in ihre Zimmer bekommen. Im übrigen hat sich die städt. Bauverwaltung davon überzeugt, daß der Durchbruch der Deckel auf den Straßenkanälen, der früher für erforderlich gehalten wurde, um den Kanal dauernd zu entlüften, nicht nötig ist. Deshalb wird schon seit längerer Zeit, sobald an einer Stelle Klagen über den üblen Geruch laut werden, ein Verschuß des in der Straße liegenden Einsteigeschachtes dadurch bewirkt, daß unter dem Verschußdeckel noch ein Blechdeckel eingefügt wird. Wahrscheinlich würde noch in energischerer Weise damit vorgegangen sein, wenn genügende Mittel dafür zur Verfügung gestanden hätten. Sobald diese Verschlüsse überall angebracht sein werden, hören die Klagen von selber auf. Die Einrichtung hat nur den Nachteil, daß vor jedem Besteigen der Kanäle durch die städtischen Arbeiter erst eine gründliche Entlüftung des Kanals stattfinden muß, wodurch natürlich für kurze Zeit ein schlechter Geruch an der betreffenden Stelle entsteht.

Herr Wesemeier: Meine Klage bezog sich nicht auf die mit durchbrochenem Deckel versehenen Oeffnungen auf den Fahrwegen, sondern auf die in dem Trottoir liegenden großen Oeffnungen, welche dauernd einen für die Passanten unangenehmen Geruch ausströmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auch dem kann durch solche Bleche abgeholfen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

II. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte.

Ueber den in der Sitzung vom 22. v. Mts. — Seite 449 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, die Gehaltsordnung der städtischen Beamten bei Festhaltung von 27 Jahren zur Erreichung des Höchstgehaltes in der Weise abzuändern, daß die Beamten in den mittleren Jahren ein besseres Einkommen erzielen,“ berichtet namens der Finanzkommission Herr Fiedel, daß man in der Kommission einer Aenderung der Gehaltsbestimmungen von der Abteilung X ab zwar wohlwollend gegenüberstehe, daß sie aber dennoch beantrage, die Beschlufsfassung hierüber bis zur Fertigstellung des nächstjährigen Etats auszusetzen, um der Versammlung

Gelegenheit zu geben, sich vorher über die finanzielle Seite des Antrages schlüssig zu werden.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

III. Antrag Gsdorn: Neupflasterung der Gilden- und der Echternstraße.

Der in der letzten Sitzung — Seite 450 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat eine entsprechende Summe zur Pflasterung der Gilden- und der Echternstraße einzustellen.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Rathe: Die Kommission schlägt Ihnen vor, den Magistrat zu ersuchen, tunlichst bald den südlichen Teil der Gildenstraße und den nördlichen Teil der Echternstraße auszubauen. Beide Straßen befinden sich in keinem besonders guten Zustande, jedoch wird die Gildenstraße hinsichtlich des Ausbaues den Vorzug verdienen. Im übrigen hat sich der Magistrat mit dieser Sache auch schon befaßt und erklärt, es werde ein Teil der Gildenstraße baldigst gepflastert werden, sofern die vorhandenen Mittel dazu ausreichen.

Der Antrag der Baukommission gelangt darauf zur Annahme.

IV. Vorprojekt für Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes.

Durch Beschluß vom 18. Februar 1904 — Seite 375 des Berichtes — hat die Versammlung ein Vorprojekt über den Neubau eines städtischen Archiv- und Bibliothekgebäudes auf dem Gewerbeschulgrundstücke am Magnitore mit der Abweichung genehmigt, daß die vorgesehene Seitentreppe des Archivgebäudes verbreitert werde und die Etagen durch Anbringung einer eisernen Wendeltreppe verbunden würden, daneben auch anheimgegeben, auf die Aufnahme der Volkslesehalle in das neue Gebäude bedacht zu sein. Was den letzteren Punkt anlangt, so hat der Magistrat durch besondere Vorlage — Punkt XII der Tagesordnung — mitgeteilt, daß die Frage der Volkslesehalle hier noch nicht die Klärung gefunden habe, der sie nach seinem Dafürhalten vor endgültiger Entschließung darüber, ob die Stadt zur Förderung des angestrebten Zweckes eine umfangreichere Bausumme zur Verfügung stellen solle, notwendig bedürfe. Nach einem von der städt. Bauverwaltung ausgearbeiteten Vorprojekte würde die Aufnahme der Volkslesehalle in den Archivneubau 75 000 M kosten, eine Summe, die weit über das dem Magistrate zulässig erscheinende Maß hinausgeht.

Im übrigen ist die durch die Anregung der Versammlung veranlaßte wiederholte Bearbeitung des Archivprojektes für dieses insofern von nicht zu unterschätzender Bedeutung geworden, als es der städtischen Bauverwaltung gelungen

ist, ein Projekt aufzustellen, dessen Ausführung auf nur 175 000 M., d. h. 75 000 M. weniger, als das von der Versammlung gebilligte frühere Projekt, veranschlagt worden ist. In der Hauptsache wurde das dadurch erreicht, daß die in dem Neubau vordem für Zwecke des Museums reservierten Räume der Bibliothek resp. dem Archiv vorbehalten bleiben und daß dadurch eine entsprechende Verkleinerung der zu bebauenden Grundfläche erzielt worden ist. Da für die Ueberweisung von Räumen an das Museum ein Bedürfnis nicht vorliegt, erscheint dem Magistrat die jetzige Lösung durchaus glücklich.

Die Versammlung wird ersucht, das Vorprojekt zu prüfen und sich damit einverstanden zu erklären, daß es an Stelle des am 18. Februar 1904 genehmigten als Unterlage für die Bearbeitung des Hauptprojektes herangezogen werde.

Herr Frühling: Die Baukommission hat das neue Projekt geprüft und dabei noch einige Wünsche auf Aenderung des Vorprojektes geäußert, die von der städtischen Bauverwaltung auch sofort berücksichtigt und in den anhängenden Klezeichnungen zur Darstellung gebracht worden sind, indem sie deren Zweckmäßigkeit anerkannt hat. Mehr Kosten werden durch diese Aenderungen nicht entstehen, sondern es lassen sich dadurch sogar noch geringwertige Ersparnisse erwarten. Die Baukommission befürwortet nunmehr die Genehmigung des Vorprojektes mit der Maßgabe, daß es nach der in Blei dargestellten letzten Fassung dem definitiven Projekte zugrunde gelegt werde. Ferner wird beantragt, zur Herstellung der nötigen Vorarbeiten schon jetzt 1000 M. zu bewilligen, welchen Antrag die Baukommission gleichfalls befürwortet.

Herr Lord: Ich komme mit meiner Ansicht vielleicht post festum, aber das liegt in den Verhältnissen. Die Verhandlungen über die Verwendung des Neustadt-Rathhauses haben ergeben, daß mit dem Gebäude so recht nichts anzufangen ist, deshalb lassen Sie uns doch Archiv und Bibliothek lassen wo sie sind, und die erheblichen Kosten eines Neubaus sparen. Bisher waren beide Institute in dem unteren Stocke des Neustadt-Rathhauses untergebracht, während oben das städtische Museum sein Heim hatte. Nachdem dieses anderweit untergebracht worden ist, läßt sich dort meiner Ansicht nach mit wenigen Kosten ein vollständig ausreichender Raum für Archiv und Bibliothek schaffen. Der einzige, bisher hiergegen geltend gemachte Einwurf besteht bekanntlich darin, daß das Gebäude durch seine Umgebung zu feuergefährlich sei. Wir haben aber die Schätze jahrzehntelang in dem Gebäude gehabt und es hat niemand Anstoß daran genommen, weshalb sollen wir daher jetzt so ängstlich sein? Wenn uns das Unglück treffen soll, kann ein neues Gebäude ebensogut abbrennen. Ich stehe also auf dem Standpunkte, das ganze Projekt abzulehnen.

Herr Frühling: Diese Frage ist zuerst im Februar v. Js. eingehend erörtert worden. Der Hauptgrund gegen den Vorschlag des Herrn Lord liegt allerdings

in der hohen Feuergefährlichkeit des Neustadt-Rathhauses. Das Gebäude ist so feuergefährlich, daß alle Beteiligten damals der Meinung gewesen sind und diese Meinung wohl heute noch haben werden, man könne es nicht verantworten, derartig wertvolle Schätze in einem so überaus feuergefährlichen Gebäude stecken zu lassen. Eine Beseitigung oder doch Herabminderung der Feuergefährlichkeit durch Umbau des Gebäudes würde aber einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern, da für einen Umbau, der das Gebäude nur notdürftig feuersicher machen würde, schon 75 000 M. gefordert worden sind. Trotzdem würde diese Summe gewissermaßen als weggeworfen zu betrachten sein, weil man ein wirklich brauchbares Archiv damit doch nicht erhalten würde, sondern nur einen Notbehelf, der den heutigen Ansprüchen in bezug auf ein Archiv und eine Bibliothek in keiner Weise entsprechen könnte.

Herr Hauswaldt: Ich stehe auch auf dem Standpunkte des Herrn Lord und halte den Neubau für gänzlich überflüssig, ja bei der heutigen Finanzlage der Stadt sogar für unmöglich. Wenn auch die frühere Vorlage am 18. Februar v. Js. im Prinzip angenommen worden ist, so sind doch inzwischen alle möglichen Bedenken dagegen aufgetaucht. In der Zwischenzeit ist nämlich von ausschlaggebender Seite der Plan erwogen worden, die Sachen in dem Neustadt-Rathause zu belassen, und zwar umsomehr, als man mit diesem Gebäude nichts anzufangen weiß. Die Feuergefährlichkeit ist allerdings groß und es muß ihr durch entsprechende Maßnahmen entgegengetreten werden. Wenn die städt. Bauverwaltung ausgerechnet hat, daß ein Umbau 75 000 M. kosten würde, so ist das ja noch kein Donnerwort, sondern der Umbau läßt sich vielleicht auch noch anders und zwar billiger bewerkstelligen. Das Gebäude ist vollständig massiv und es braucht nur feuersicher abgedeckt zu werden, auch muß man die Keller schließen und darf sie nicht weiter vermieten. Wenn man die erforderlichen Maßnahmen durch einen Privatarchitekten machen ließe, würden sie ohne Frage erheblich billiger durchzuführen sein. Das Gebäude steht nach allen Seiten frei da und ist bis zur Dachkante massiv; weshalb sollen wir also für einen Neubau 175 000 M. ausgeben und wissen mit dem vorhandenen Gebäude nichts anzufangen? Eine Schule hinein zu legen, werden die Herren auch nicht wünschen, so daß wir es tatsächlich nicht verwerten können. Ich werde deshalb gegen die Vorlage stimmen.

Herr Stadtrat Meyer: Es läßt sich allerdings nicht mathematisch genau nachweisen, daß die Feuergefährlichkeit für das Gebäude wirklich so groß ist, wie angenommen wird, aber sicher ist es, daß die Gefahr nicht unbedeutend ist und daß sie von Magistrat und Versammlung als so groß angesehen wurde, um die Aufwendung der Mittel für einen Neubau als notwendig anzusehen. Auch erscheint es nicht richtig, anzunehmen, daß nur das Dachgeschoß die eigentliche Feuergefährlichkeit in sich birgt, sondern auch der Keller kommt dabei in Betracht, da er nicht gewölbt,

sondern mit Holzbalken überdeckt ist, so daß bei dem Ausbrechen eines Feuers oben und unten der Brand hinreichende Nahrung finden würde. Daß der Umbau des Gebäudes geringere Kosten als 75 000 M verursachen soll, halte ich wohl für denkbar, aber nicht für wahrscheinlich, denn ich glaube, daß diese Kosten sich noch erhöhen werden, weil die bisherigen Umbauprojekte sich nicht auf die Einrichtung einer zeitgemäßen Bibliothek bezogen, sondern im wesentlichen nur auf die Umgestaltung der vorhandenen Zwischenwände und Zimmer zu anderen Zwecken, die es ermöglichten und auch zuließen, die jetzige Einteilung des Gebäudes beizubehalten. Wenn aber Archiv und Bibliothek eine neue Stätte in dem Gebäude haben sollen, so müßten wahrscheinlich mehr oder weniger sämtliche Wände entfernt werden, um Einrichtungen zu schaffen, die den heutigen Anforderungen an solche Anstalten entsprächen. Das würde sich aber kaum mit 75 000 M erreichen lassen. Ich möchte daher empfehlen, die Vorlage anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Ich will hierbei noch auf eins hinweisen: Wenn Magistrat und Versammlung sich im Prinzip über eine Sache geeinigt haben, so ist es nicht angenehm, wenn nach Ausarbeitung des Projektes die Versammlung sagen wollte, wir haben uns die Sache jetzt anders überlegt und wollen den früheren Beschluß wieder aufheben. In solchem Falle könnte einem die viele Arbeit leid tun, die auf die Ausarbeitung des Projektes schon verwendet worden ist. Gegen einen Umbau des Neustadt-Rathauses liegen dann aber noch sehr schwerwiegende Bedenken vor und gerade in diesem Dache liegt die größte Gefahr. Sowohl dieses, als auch das Dach des Altstadt-Rathauses ist nicht in moderner Weise konstruiert, sondern es sind dort förmliche Wälder von gewaltigen Tannensbalken verbaut und es ist die Gefahr vorhanden, daß bei einem Zusammenstürzen des Daches die Decken von den Balkenmassen durchschlagen werden. Auch die Decke im Obergeschoße des Neustadt-Rathauses ist schon so schadhast geworden, daß sie sich gebogen hat und es ist daher nicht möglich, die Bücher und sonstigen schweren Sachen in die obere Etage des Hauses zu bringen, wenn man nicht zur Sicherung der Decke neue Säulen aufstellen will, die erhebliche Kosten verursachen würden. Weiter kommt dabei in Betracht, daß die Räume zum großen Teile so dunkel und unglücklich angelegt sind, daß sich nur mit wesentlichen baulichen Veränderungen ein angemessener Aufenthalt für das Publikum und den Archivar wird beschaffen lassen.

Wenn Herr Hauswaldt ferner meint, es möchte der Keller des Neustadt-Rathauses freigemacht werden, so verweise ich nur auf das Begleitschreiben zum früheren Etat, aus dem hervorgeht, daß dieses schon geschehen ist. Was die Frage betrifft, ob das Gebäude nicht anderweit verwertet werden kann, so sind wir darüber noch nicht zu einer anderweiten Ansicht gelangt. Wenn die Stimmung in der Versammlung sollte umgeschlagen sein, so müßten wir dazu allerdings

Stellung nehmen. Wir haben aus den früheren Verhandlungen wohl herausgeföhlt, daß die Herren nicht geneigt waren, die Schule für schwachbefähigte Kinder in das Neustadt-Rathaus zu verlegen, aber die sogenannten fliegenden Klassen, die dort nur kurze Zeit verbleiben, würden nach Ausführung der geplanten Umgestaltung des Gebäudes dort sehr gut untergebracht werden können und ein viel besseres Unterkommen finden, als in dem Gebäude an der Katharinentirche 2c. Wir stehen auch auf dem Standpunkte, daß die Kosten des Umbaues in diesem Falle aus dem Schulhausbaufonds bestritten werden können, weil das Gebäude für die Schule in irgend einer Weise dienstbar gemacht werden soll. Wenn die Herren jetzt aber den früheren Beschluß über den Haufen werfen wollten, so sollte es mir sehr leid tun.

Herr Rathe: Als die Einrichtung des Kellers im Rathause zu einer Restauration beschlossen werden sollte, wurde mir auf meine Einrede erwidert, daß die Sache bereits im Prinzipie genehmigt worden sei und ich mich zufrieden zu geben hätte. Hier dürfte die Sache aber ähnlich liegen. Bezüglich der Feuergefährlichkeit des Neustadt-Rathauses stehe ich nicht auf dem Standpunkte des Magistrates, der mir reichlich ängstlich zu sein scheint. Das Gebäude steht wohl schon einige hundert Jahre und ist bisher immer noch vom Feuer verschont geblieben; auch haben wir hier noch kein Großfeuer gehabt, das einen ganzen Stadtteil niedergelegt hat. Meiner Ansicht nach könnte das Gebäude sehr gut so ausgenutzt werden, wie Herr Lord empfohlen hat, da es auch für jedermann reichlich so bequem zu erreichen sein würde, wie am Maguitore, aber da wir im Prinzipie der Neuerrichtung eines Archivgebäudes an dieser Stelle schon zugestimmt haben, so müssen wir die Vorlage jetzt auch genehmigen; ich kann Ihnen daher das vorliegende Projekt nur empfehlen. Man könnte allerdings sagen, daß man den früheren Beschluß aufheben und die Neuerrichtung einer späteren Zeit überlassen wollte, jedoch muß eine solche Stellungnahme dem einzelnen überlassen bleiben. Wir dürften auch wohl ziemlich sicher sein, daß der Wald von Bäumen in dem Dache des Gebäudes nicht gleich in Flammen aufgehen wird, und mir erscheint dieser Grund weniger stichhaltig zu sein, als der andere, ob wir einen früher gefaßten Beschluß wieder umstoßen wollen.

Herr Nolte: Es ist hier hervorgehoben worden, daß der Neubau auch aus dem Grunde nicht so sehr erforderlich erscheine, weil früher sogar das städtische Museum mit seinen reichen Schätzen dort untergebracht gewesen sei und man damals keine Gefahr befürchtet habe. Wenn man aber früher eine Unterlassungssünde begangen hat, und sie zu keinem Schaden führte, so darf man in einem andern Falle nicht wieder ebenso handeln, da ein Schaden täglich eintreten kann und er eintretendenfalls unberechenbar sein würde. Es handelt sich ja hier nicht nur um die Schätze der Bibliothek, sondern auch um die des Archivs, die völlig unersehbar

sind. Wenn diese Schätze verunglückten, würden sie nicht wieder zu beschaffen sein, und das würde ein so großer Schaden für die Geschichte unserer Stadt sein, daß ich die Verantwortung dafür nicht auf mich nehmen möchte. Da der Umbau 75 000 M, der Neubau aber nur 175 000 M kosten soll, so spricht auch schon dieser Umstand für die Bewilligung der letzten Summe, zumal sich die Feuergefahrlichkeit des Neustadt-Rathauses durch noch so viele bauliche Aenderungen nicht wird beseitigen lassen. Wenn es im Falle eines Brandes in der Umgebung dieses Gebäudes auch gelingen sollte, das Feuer von dem Gebäude selbst abzuhalten, so läßt sich doch nicht absehen, welcher Schaden an den Schätzen durch Wasser etc. entstehen könnte. Endlich will ich noch darauf hinweisen, daß man beabsichtigt, eine Lesehalle zu schaffen. Die städtische Bibliothek besitzt so viele Schätze, daß es dringend wünschenswert wäre, sie mehr als bisher zu benutzen und ein passendes Lesezimmer für sie einzurichten. Wer aber die dunklen Räume des jetzigen Bibliothekgebäudes kennt, der muß schon aus diesem Grunde die Vorlage genehmigen. Der jetzige Leseraum ist so dunkel, daß jeder, der ihn längere Zeit benutzt, sich dem Verderben seiner Augen aussetzt.

Herr Fiedel: Ich möchte auf den finanziellen Standpunkt der Vorlage eingehen. Herr Hauswaldt meinte, daß wir bei der finanziellen Lage der Stadt sparen müßten, was ich zugeben will. Wenn mir aber gesagt wird, daß der Ausbau des Gebäudes 75 000 M kosten würde, während ein Neubau an anderer Stelle für 175 000 herzustellen wäre, so kostet uns das Neustadt-Rathaus eigentlich nur 100 000 M, und das ist es wert, da sich für diesen Preis schon eine passende Verwendung finden wird. Ich möchte deshalb auch bitten, für den Neubau zu stimmen, um das Neustadt-Rathaus dann zur freien Verfügung zu haben.

Herr Lord: Ich muß anerkennen, daß der Herr Oberbürgermeister mit den Ausführungen zu Anfang seiner Rede recht hatte: wir sind mit der Durchführung des Projektes schon ziemlich weit vorgerückt und es hat seine Bedenken, noch jetzt etwas dagegen zu tun. Immerhin können allerdings Gründe eintreten, die es ratsam erscheinen lassen, ein noch so weit gediehenes Projekt fallen zu lassen. Ich gebe aber meinen Widerstand gegen den Neubau auf und bitte nur noch: schaffen Sie eine passende Verwendung für das Neustadt-Rathaus und machen Sie es zu einer Lesehalle und Volksbibliothek.

Herr Hauswaldt: Ich gebe meinen Widerstand nicht so leicht auf. Es hat allerdings viel für sich, was der Herr Oberbürgermeister sagt, daß wir mehr oder weniger an unseren früheren Beschluß gebunden sind, aber wenn dem Magistrate ein ganzes Jahr Zeit gelassen wird, sich die Sache zu überlegen, so kann ich nichts Unrechtes darin finden, wenn nach dieser Zeit auch die Versammlung einen anderen Standpunkt in der Sache einnimmt. Jedenfalls kann es dem Ansehen der Versammlung nicht schaden, oder darin eine Unliebenswürdigkeit erblickt

werden, wenn sie in ihrer Mehrheit nach so langer Zeit einen anderen Standpunkt einnimmt. (Zustimmung).

Herr Alßmann: Ich will nicht sagen, daß ich allzu baulustig bin, auch flehe ich nicht auf dem Standpunkte, daß wir nach längerer Zeit nicht ein im Prinzip genehmigtes Projekt zurückweisen können, wenn inzwischen gewichtige Gründe dagegen aufgetaucht sein sollten. In solcher Zurückweisung würde niemand etwas finden können und auch der Magistrat müßte einsehen, daß es nicht etwa aus Schifane geschähe. Aber hier liegt der Fall doch so, wie es am Magistratsstische schon vorgetragen worden ist: wenn wir zu wählen haben zwischen einem Ausbau zu 75 000 M. und einem Neubau zu 175 000 M., so ist das Letztere hier vorteilhafter. Herr Hauswaldt hat erwähnt, daß wir einen Ausbau des Neustadt-Rathauses einmal mit Privatunternehmern versuchen sollten und wir dabei billiger wegkommen würden. Wenn auch die Stadt ziemlich teuer bauen mag, so glaube ich doch, daß wir bei einem Privatunternehmer nicht billiger wegkommen würden, da diese auch verstehen, Rechnungen zu machen, namentlich wenn es sich um Lohnarbeiten handelt. Nach Herrn Hauswaldt sollen die Außenmauern des Neustadt-Rathauses noch gut sein; wenn aber nur diese Mauern stehen bleiben können und das Rajolen innerhalb der Mauern vor sich geht, so weiß man nicht, was das kosten wird. Der Vorschlag, eine Volkslesehalle daraus zu machen, ist auch nicht zu verachten, da wir dann gleich eine gute Verwendung für das mitten in der Stadt liegende Gebäude hätten. Ich erkläre mich also für die Magistratsvorlage.

Herr Weichsel: Der Herr Referent erwähnte, daß ein Plan vorgelegen habe, mit dem Neubau eine Volkslesehalle zu verbinden. Ich möchte anfragen, ob dieser Plan definitiv fallengelassen ist, oder ob sich das vorliegende Projekt eventuell noch entsprechend erweitern läßt?

Herr Stadtrat Meyer: Der Plan, mit dem Archiv eine Volkslesehalle zu verbinden, ist vom Magistrate wegen der verhältnismäßig hohen Kosten allerdings aufgegeben worden. Damit ist aber im Magistrate wegen der Gestaltung der Volksbibliothek keineswegs eine endgültige Entscheidung getroffen worden und es bleibt trotzdem die Frage offen, ob nicht ein städtisches Gebäude zu dem Zwecke hergegeben werden kann.

Herr Meyerhoff: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß uns das neue Gebäude eigentlich nur 100 000 M. zu stehen kommen wird, wofür wir ein zweckmäßig eingerichtetes Gebäude erhalten werden. Das ist aber ein gewaltiger Unterschied gegen das vorhandene Gebäude. Herr Alßmann deutete schon darauf hin, daß die Räume des Neustadt-Rathauses später zu einer Volkslesehalle benutzt werden könnten und ich stehe auch noch auf dem Standpunkte, daß weder die Schule für schwachbefähigte Kinder, noch die fliegenden Klassen dort untergebracht werden sollen, sondern daß es das bestgelegene Gebäude für eine Lesehalle ist.

In absehbarer Zeit wird an dem Gebäude die Straßenbahn nicht durchführen und es seine ruhige Lage behalten, auch hat es nach der Reichenstraße zu schönes Nordlicht, wenn auch die beste Front nach Westen zu gelegen ist. Jedenfalls ist dieser Platz der Verlegung der Lesehalle nach der Heinen- oder der Petersilienstraße vorzuziehen. Deshalb stimmen Sie dem vorliegenden Projekte bei.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf nach dem Antrage der Baukommission zur Annahme.

V. Antrag Meyerhoff: Herstellung eines Fußweges an der Eisenbüttlerstraße.

Nach dem in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrage — Seite 450 des Berichtes — wünscht Herr Meyerhoff, daß auf dem Grabenterrain an der Eisenbüttlerstraße ein Fußweg angelegt werde. Wie Herr Bues namens der Baukommission berichtet, läßt sich nicht annehmen, daß der Staat neben der Staatsstraße noch einen Weg für Fußgänger herstellen wird, während sich andererseits jetzt die beste Gelegenheit bietet, einen solchen Weg mit geringen Kosten anzulegen. Die Baukommission empfiehlt die Annahme des Antrages auch aus dem Grunde mit, weil das betreffende Terrain doch stadtsseitig instand gesetzt werden muß. Eine dauernde Befestigung des Weges läßt sich allerdings zurzeit nicht herstellen, weil man noch nicht weiß, ob das Terrain etwa später von der Eisenbahn wird gebraucht werden.

Herr Hauswaldt: Es ist in der Versammlung zur Gewohnheit geworden, daß man bei der Beratung des Ausbaues von Straßen auch andere Straße mit in die Unterhaltung zieht. Ich möchte deshalb bei dieser Gelegenheit einem mir gewordenen Auftrage gemäß zur Sprache bringen, daß ich den Dank der Anwohner der Leisewigstraße für die Instandsetzung der Fußwege hier aussprechen soll. Am 21. Dezember sind nämlich die Fußwege mit frischem Lehm beschüttet, so daß die Anwohner in die Lage versetzt sind, die Straße halb in ihre Häuser und halb in die Wolfenbüttlerstraße zu tragen. Die Leisewigstraße ist jetzt immer naß, wenn es auch anderswo trocken ist. (Heiterkeit.) Obgleich es nicht Brauch in der Versammlung ist, einen Dank auszusprechen, so halte ich mich doch in diesem Falle für berechtigt, von dem Brauch abzuweichen. (Heiterkeit.)

Herr Stegmann: An der Kreuzung der Dammelsburger-, Pestalozzi- und Wendenmaischstraße ist ein Rasenplatz angelegt worden; leider ist aber das Trottoir des dreieckigen Platzes nur auf der einen Seite fertiggestellt worden, während die beiden anderen Seiten recht unordentlich daliegen. Ich möchte den Magistrat bitten, recht bald etwas Steinschlag und einige Fuder Grand hinzubringen, damit der Zustand gebessert wird. Es sammeln sich dort Schmutz und Pfützen an, in die schon mancher Passant hineingeraten ist.

Herr Wolters: Ich möchte über die Leisewitz- und Bammelsburgerstraße nach dem Eisenbüttlerwege zurückkehren und in betreff der Kanalisation etwas zur Sprache bringen. In der Finanzkommission habe ich schon darauf hingewiesen, daß wir bei Schließung des Grabens am Eisenbüttlerwege einer Gefahr entgegengehen. Bei Hochwasser ergießt sich nämlich das Oerwasser durch den Park von Richmond über die Wiesen und den Eisenbüttlerweg, ja im Jahre 1898 ist es zum Teil bis unter die Eisenbahnbrücke hindurch gekommen und hat dann in dem jetzigen Graben seinen Ablauf gefunden. Wenn nun der Graben geschlossen wird und keinen genügenden Einfallsschacht erhält, so besteht die Gefahr, daß das Hochwasser auf den Bürgerpark übertritt; ich möchte deshalb empfehlen, dieser Gefahr in irgend einer Weise vorzubeugen.

Der Antrag Meyerhoff wird sodann genehmigt.

VI. Antrag Böschigt: Zentralisierung des Sanitäts- und Unfallwesens.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 465 des Berichtes — ist nach der Mitteilung des Herrn Vorsitzenden von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen worden, nachdem der Magistrat erklärt hat, auf die Wünsche des Antragstellers eingehen zu wollen.

VII. Ausführung von Arbeiten zur Erweiterung und Erneuerung des Rohrnetzes der Licht- und Wasserwerke.

Die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke hat anheimgegeben, sie zu ermächtigen, Arbeiten zur Erweiterung des Rohrnetzes beider Werke resp. zur Erneuerung oder aus sonstigen Gründen erforderlich werdender Auswechslung von Teilen beider Rohrnetze in dem Falle ohne vorgängige Genehmigung der städtischen Behörden auszuführen, daß die einzelne Ausführung anschlagsmäßig nicht mehr als 1000 M Kosten verursacht. Der Magistrat hält den Antrag für unbedenklich und glaubt, daß durch solche Ermächtigung der Geschäftsbetrieb beider Werke nicht unwesentlich würde erleichtert werden. Es wird daher anheimgegeben, dem Antrage zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Südel die Genehmigung der Vorlage.

Herr Sander: Ich möchte darauf hinweisen, daß an der Cellerstraße in letzter Zeit sehr häufig Rohrbrüche vorgekommen sind, wodurch die Anlieger jedesmal einen halben, oder auch einen ganzen Tag die Wasserleitung haben entbehren müssen. Nach der Mitteilung des Direktors des Wasserwerkes soll das in der Cellerstraße liegende Wasserrohr so schlecht sein, daß weitere Brüche nicht zu vermeiden seien, weil das Rohr die Stöße des Wassers nicht mehr

aushalte. Ich will deshalb beantragen, in die Cellerstraße ein neues Wasserrohr zu legen.

Vorsitzender: Diese Sache müssen Sie in einem besonderen Antrage behandeln.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch der Ehefrau des Arbeiters Druve um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund wird genehmigt.

Der Arbeiter Karl Messerschmidt gen. Wiebe hat in der Zeit von Mitte Februar bis Mitte August v. Js. eine Terrierhündin gehalten und deren Anmeldung unterlassen. Hierfür hat er nicht nur eine Geldstrafe von 5 M., sondern auch noch die Steuer für zwei Jahre im Betrage von 20 M. zahlen sollen. In Anbetracht der bescheidenen Verhältnisse des Genannten wird auf Empfehlung des Magistrates beschlossen, ihm eine Jahressteuer im Betrage von 10 M. zu erlassen.

Nach einer Eingabe des Gastwirts Heinrich Busch ist diesem Ende April v. Js. ein Hund eingegangen. Er hat neben der Hundesteuer wegen Nichtanmeldung des Hundes 6 M. 20 S. Strafe zahlen müssen und bittet um Erlaß von Steuer und Strafe. Bei der Untersuchung des Falles hat sich indessen herausgestellt, daß Busch den Hund noch Mitte August v. Js. besessen hat. Unter diesen Umständen ist die Statutenkommission einstimmig der Ansicht, daß von einem Erlaß der Abgabe keine Rede sein könne. Wie der Herr Vorsitzende weiter ausführt, erscheint es kaum begreiflich, wie ein Bürger in einer öffentlichen Eingabe erklären kann, er habe einen Hund bis Ende April gehabt, während er ihn tatsächlich bis Mitte August besessen hat.

Das Gesuch wird abgelehnt.

IX. Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Beschaffung von Schulbüchern u. für Kinder der katholischen Schule.

Seit einer langen Reihe von Jahren wird aus städtischen Mitteln an die katholische Schule ein Zuschuß zu denjenigen Kosten gezahlt, welche durch die Anschaffung von Büchern, Heften und Schreibgerätschaften für unbemittelte Kinder entstehen. Der sich ursprünglich auf 10 Taler belaufende Zuschuß wurde 1858 auf 15 Taler, 1881 auf 90 M. erhöht und wird in gleicher Summe noch jetzt aus der Armentasse gewährt. Mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der die hiesige katholische Schule besuchenden Kinder inzwischen stark gewachsen ist und im kommenden Schuljahre etwa 1225 betragen wird, hält der Magistrat den Antrag des Vorstandes der katholischen Schule auf Gewährung eines größeren Zuschusses

für gerechtfertigt und findet gegen die vom Schulvorstande vorgeschlagene Summe von 200 M nichts zu erinnern. Die Versammlung wird daher ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1905 ab dem Vorstande der katholischen Schule zur Beschaffung von Büchern zc. für die Kinder unbemittelter Eltern ein Zuschuß von 200 M jährlich gezahlt werde.

Herr Nolte: Es ist zwar nicht ersichtlich, in welchem Maße die Zahl der Kinder seit dem Jahre 1881 in der katholischen Schule gewachsen ist, jedoch leuchtet wohl auch ohne statistisches Material ein, daß der Zuwachs ein ganz erheblicher sein muß. Die Schulkommission hält den Antrag daher ebenfalls für gerechtfertigt und gibt dessen Genehmigung anheim.

Herr Lord: Ich möchte mir Belehrung darüber erbitten, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die katholische Schule an die Landesregierung zu verweisen, von der wir doch auch erst die Mittel zur Unterstützung unserer armen Schulkinder beziehen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Frage hätte allerdings noch einmal erwogen werden können, wenn auch das Ergebnis voraussichtlich nicht besonders ertragreich für die Stadt oder die katholische Schule gewesen sein würde. Die Landesregierung hat sich erst kürzlich auf die Frage, ob sie nicht einen Zuschuß zu der Besoldung der Schulärzte bewilligen wolle, ablehnend verhalten und darauf hingewiesen, daß der staatliche Zuschuß erst im vorigen Jahre auf 7000 M erhöht worden sei und daneben nicht noch ein Zuschuß für die Besoldung der Schulärzte zugestimmt werden könnte. Ich möchte daher empfehlen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Nolte: Die Verhältnisse bei der katholischen Schule liegen allerdings anders, als bei den übrigen städtischen Schulen; da es sich aber um Kinder von Gemeindeangehörigen handelt, so dürfen die Verhältnisse nicht dazu führen, daß letztere darunter leiden. Hoffentlich werden sich diese Verhältnisse wohl auch in absehbarer Zeit ändern. Ein Antrag auf Einstellung von Schulärzten für die katholische Schule wird auch noch kommen. Ich meine, man kann die Magistratsvorlage ruhig genehmigen.

Die Versammlung beschließt der Vorlage gemäß.

X. Baulichkeiten im Feuerlöschgebäude, Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr.

Bei Ueberreichung des Voranschlages für das Feuerlöschwesen auf das Jahr 1905/06 hat der Kreisbranddirektor Schlunk folgende Anträge auf Aenderungen gestellt:

1. Vergrößerung des Telegraphenzimmers und Herrichtung eines Schlafzimmers für den Radfahrer unter Zuhilfenahme je eines

Raumes der Wohnung des Kreisbranddirektors zu 950 M. Zur Begründung dieser Aenderungen wird angeführt, daß es im Interesse der Sicherheit der Stadt notwendig erscheine, noch vier weitere Morscheapparate aufzustellen, hierzu aber der vorhandene Platz nicht ausreiche. Es lasse sich dadurch Wandel schaffen, daß der Raum des Brandmeisterbureaus mit zum Telegraphenzimmer genommen und das Brandmeisterbureau sowie das Branddirektorbureau um je eine Fensterachse nach der Wohnung des Branddirektors verschoben würde. Der dem Zuge vorausfahrende Radfahrer schläft zurzeit auf dem Korridor der ersten Etage, um in unmittelbarer Verbindung mit dem Telegraphenzimmer zu bleiben. Dieser Schlafraum ist nur notdürftig abgetrennt, hat weder Luft noch Licht und ist zum Aufenthalt von Menschen gänzlich ungeeignet. Es würde daher zweckmäßig sein, den jetzt als Vorratskammer verwendeten Raum der Branddirektorwohnung als Schlafraum herzurichten, während eine Vorratskammer durch Abtrennung eines Theiles des Korridors leicht wiedergewonnen werden könnte.

IIa. Besoldungsverhältnisse der Mannschaften der Berufsfeuerwehr. Zurzeit stehen die Feuermänner im Tagelohn, welcher Zustand aber für die Dauer unhaltbar ist, weil bei der Unsicherheit der Dienststellung und dem geringen Entgelt unmöglich das für den Feuersdienst unerlässliche beste Material herangezogen werden kann. Das Interesse des Dienstes bedingt es auch, die Leute in den Feuermannsstellen dauernd zu haben. Auch im Interesse der Stadt möchte es liegen, ein Institut wie die Berufsfeuerwehr auf eine Höhe zu bringen und deren Angestellten auch nach außen hin eine Stellung zu geben, wie das in anderen Städten schon der Fall ist. Daß Braunschweig als einzige von 26 Städten die Oberfeuer männer und von diesen 26 Städten neben Braunschweig nur Bromberg und Posen die Feuermänner ohne Anspruch auf Pension anstellen, gibt die Veranlassung zu dem Antrage, den Angestellten der Berufsfeuerwehr die Beamteneigenschaft zu geben. Die Anstellungsbedingungen müssen nach der Ansicht des Branddirektors erheblich schwerer, als bei anderen Beamten der Stadt sein. So soll z. B. die Altersgrenze im allgemeinen das vollendete 30. Lebensjahr für eine Einstellung bilden. Zu den Forderungen in bezug auf Gesundheit tritt die Bedingung einer gewissen körperlichen Gewandtheit, auch ist es notwendig, daß die Bewerber ein bestimmtes Handwerk erlernt und betrieben haben, ebenso erscheint es unerlässlich, daß sie Soldat gewesen sind, mit mindestens guter Führung gebient haben und in jeder Beziehung unbescholten sind. Notwendig im dienstlichen Interesse ist auch, daß der Feuermann in der Nähe der Wache wohnt. Aus diesen und noch anderen Gründen erscheint es dem Herrn Kreisbranddirektor gerechtfertigt, dem Feuermann das Gehalt der Klasse XVI (1300—1800 M gegen jetzt 1000—1500 M) zu gewähren und die Fahrer in die Klasse der Feuermänner einzurangieren. Oberfeuer mann muß nur derjenige Feuermann werden können,

welcher als solcher mindestens 4 Jahre vorwurfsfrei gedient hat; die Beförderung erfolgt nach bestandnem Examen und es erscheint die Einreihung des Oberfeuermannes in die Gehaltsklasse XV gerechtfertigt, jedoch dürfte ein Höchstgehalt von 2100 M genügen, so daß er 1500—2100 M beziehen würde.

II b. Vermehrung der Mannschaften. Die Stärke der Berufsfeuerwehr beträgt zurzeit 5 Oberfeuerleute, 1 Oberfeuermannsmaschinist, 2 Feuermannsmaschinisten, 35 Feuerleute und 4 Fahrer. Sie sind in 4 Wachabteilungen eingeteilt, wovon 3 in ständiger Alarmbereitschaft sind, während eine dienstfrei ist. Es sind demnach täglich im Dienst 3 Oberfeuerleute, 2 Maschinisten, 25 Feuerleute und 3 Fahrer. Diese Wachstärke wird aber nie erreicht, denn es stehen häufig infolge von Erkrankungen oder von anderen Dienstleistungen kaum 14 Mann zur Verfügung. Das mindeste, was noch zu schaffen ist, wäre die Einrichtung einer Wache in der täglichen Stärke von 4 Oberfeuerleuten, 2 Maschinisten, 2 Reservemaschinisten, 22 Feuerleuten und 4 Fahrern.

Zurzeit sind die Feuerleute genötigt, ununterbrochen 72 Stunden ihre Kleidung zu tragen, auch haben die dienstfreien Mannschaften daneben die erforderlichen Sicherheitswachen für Theater u. zu stellen, was durchschnittlich 5 Stunden in Anspruch nimmt. Es erscheint daher eine Aenderung der Diensterteilung dringend notwendig und wird sie in der Weise vorgeschlagen, daß die Leute nur 2×24 Stunden im Dienst und darauf 24 Stunden frei sind. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, bedarf es einer weiteren Vermehrung der Mannschaften. Insgesamt würde ein Mehrbestand notwendig sein von 3 Oberfeuerleuten, 2 Oberfeuermannsmaschinisten, 10 Feuerleuten und 3 Fahrern, so daß dann vorhanden sein würden 8 Oberfeuerleute, 3 Oberfeuermannsmaschinisten, 2 Reservemaschinisten, 45 Feuerleute und 7 Fahrer. Es würden dann zum Feuertienst täglich bereit sein 4 Oberfeuerleute, 2 Oberfeuermannsmaschinisten, 2 Reservemaschinisten, 22 Feuerleute und 4 Fahrer. Hiermit würden 4 Fahrzeuge besetzt werden können. Die weiteren Forderungen beziehen sich auf die Dienstkleidung und Ausrüstung der Berufsfeuerwehr, auf die Bestellung eines vierten Gespannes, sowie die Heizung, Beleuchtung und Wasserversorgung der Wachlokale und der Dienstwohnung.

III. Endlich ist noch der Bau einer Nebenwache beantragt worden.

Um die Feuerwehr insland zu setzen, so schnell als möglich auf der Brandstelle zu erscheinen, wird empfohlen, zunächst eine Feuerwache außerhalb der Umflutgräben und zwar auf dem Grundstücke Ecke Kreuzstraße und Bürgerstraße mit einem Kostenaufwande von etwa 75 000 M zu erbauen. —

Der Magistrat bemerkt hierzu folgendes:

Zu I. Dem Antrage wird zugestimmt und die Bewilligung der Kosten von 950 M anheimgegeben.

Zu II. Den in bezug auf die Vermehrung, Stellung und Befoldung der Mannschaften der Berufsfeuerwehr geltend gemachten Forderungen kann nur teilweise entsprochen werden. Es darf hierbei die Rücksicht auf die Finanzen der Stadt und auch die Rücksicht auf die staatliche Beamten-Witwen und Waisen-versorgungsanstalt nicht außer acht gelassen werden. Die feste Anstellung der Feuerwehrleute als städtische Beamte erscheint dem Magistrat auch um deswillen nicht unbedenklich, weil die Mehrzahl der Leute regelmäßig bei Erreichung des 40. Lebensjahres zur Ausübung des Feuerwehrdienstes in vollem Umfange nicht mehr imstande sind und weil somit die feste Anstellung die unliebbare Folge haben würde, daß entweder die Schlagfertigkeit der Berufsfeuerwehr leiden, oder die Stadtkasse durch Pensionen sehr erheblich belastet würde. Wenn namentlich in letzter Zeit bei Besetzung der Unterbeamtenstellen (Schuldiener, Ratsdiener usw.) in erster Linie auf Unterbringung der ausgedienten Feuerwehrleute Bedacht genommen wird und wenn weiter die Erleichterung des Feuerwehrdienstes nebst Erhöhung der bisher gezahlten Löhne zugestanden wird, so dürfte es nicht schwer halten, für die Stellen der Berufsfeuerwehr durchaus geeignete Bewerber zu finden.

Auch in bezug auf die Frage, wie hoch die Zahl der Berufsfeuerwehrleute zu bemessen sei, vermag der Magistrat der Ansicht des Kreisbranddirektors nicht in vollem Umfange beizupflichten. Es ist zu berücksichtigen, daß bei umfangreichen Bränden noch immer die Hilfe der freiwilligen Feuerwehren zu Gebote steht und daß besonders gefährliche Feuerherde wie z. B. große Speichieranlagen u. hier nur in geringer Zahl vorhanden sind. Daß gleichwohl aller Vorsichtsmaßregeln ungeachtet unter Umständen ein größerer Brandschaden entstehen kann, muß zugegeben werden; aber eine übermäßige Belastung durch Aufwendungen für ihr Feuerlöschwesen kann man der Stadt umsoweniger zumuten, als die ihr aus der Teilnahme an der Landesbrandversicherungsanstalt erwachsenden Vorteile im Verhältnis zu denen der übrigen Landesteile gering sind.

Hiernach hat sich der Magistrat nur entschließen können, den Anträgen des Kreisbranddirektors im folgenden Umfange zu entsprechen:

1. Die im Jahre 1901 auf 900—1200 M und 1200—1600 M festgestellten Lohnsätze der Berufsfeuerwehr werden vom 1. April 1905 ab erhöht für die Feuerwehrmänner auf 1000—1500 M und für die Oberfeuerwehrmänner auf 1500—1800 M. Die höhere Befoldung der als Maschinisten fungierenden Mannschaften kommt dann in Wegfall.

2. Der Dienst der Mannschaften wird vom 1. April 1905 ab in der Weise geregelt, daß auf je 48 Stunden Dienst 24 Stunden freie Zeit folgen.

3. Die Theaterwachen werden wie bisher durch dienstfreie Mannschaften besetzt. Die für diese Dienstleistung gewährte Vergütung wird neben dem Lohne gezahlt.

4. Die Zahl der Oberfeuerwehrmänner einschließlich der Obermaschinisten beträgt 8 statt bisher 6 und der Feuerwehrmänner einschließlich Heizer und Maschinisten 45 statt 37.

Als Feuerwehrmänner werden fortan nur körperlich gewandte, völlig gesunde, durchaus zuverlässige und unbescholtene Personen angenommen, die ihrer Militärpflicht mit mindestens guter Führung genügt und ein Handwerk erlernt und betrieben haben. Oberfeuerwehrmann kann nur jemand werden, der mindestens vier Jahre als Feuerwehrmann vorwurfsfrei gedient und eine Prüfung bestanden hat, bei der er seine Fähigkeit für den praktischen Dienst wie für kleine theoretische Arbeiten dargetan hat.

5. Bei jeder Feuermeldung rückt, sofern es sich nicht um Gardinenbrände zc. handelt, die Berufsfeuerwehr mit einer taktischen Einheit von drei Fahrzeugen aus, daneben ist ein Gerät in Reserve zu halten. Der Feuerwehr werden daher vier Gespanne zur Verfügung gestellt.

6. Die Fahrer der Berufsfeuerwehr sollen als Feuerwehrleute ausgebildet sein, sie brauchen kein Handwerk erlernt zu haben, müssen aber im übrigen die Eigenschaften besitzen, durch deren Vorhandensein die Annahme als Feuerwehrmann bedingt ist. Sie erhalten den gleichen Lohn, wie die Feuerwehrmänner und sind auch jeden dritten Tag dienstfrei. Die Zahl der Fahrer beträgt 6 statt bisher 4.

Hiernach würde sich eine Ausgabe von 76950 M ergeben, mithin gegenüber dem Voranschlage für 1904/05 zu 49940 M ein Mehr von 27010 M. Dazu kämen dann noch die Nebenausgaben für die Ausrüstung und die Kosten für das vierte Gespann von 1800 M jährlich.

Zu III. Wegen der vom Kreisbranddirektor empfohlenen Einrichtung einer zweiten ständigen Feuerwache in der westlichen Außenstadt behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Nachdem sich die Herzogliche Polizeidirektion mit den unter I und II erwähnten Aufwendungen einverstanden erklärt hat, wird ersucht, die Ausführung der unter I erwähnten baulichen Aenderungen zu genehmigen und dafür 950 M zu bewilligen, auch der unter II erwähnten Vermehrung des Mannschäftsbestandes der Berufsfeuerwehr, der daselbst bezeichneten Regelung ihrer Dienst- und Lohnverhältnisse und außerdem der Feststellung der gedachten Grundsätze für die Annahme der Feuerwehrmänner und für das Aufrücken in die Stellen der Oberfeuerwehrmänner zuzustimmen.

Während den zurzeit im Dienste befindlichen Feuerwehrmännern und Oberfeuerwehrmännern die erhöhten Lohnsätze unter Anrechnung ihrer verflossenen Dienstzeit zu zahlen sein werden, würden den zurzeit bei der Berufsfeuerwehr beschäftigten Fahrern die höheren Lohnsätze nur insoweit zugestimmt werden können, als ihre Ausbildung zu Feuerwehrmännern angängig erscheint. Auch dieser Maßnahme zuzustimmen, ersucht der Magistrat.

Nachträglich wird noch beantragt, das Feuerlöschgebäude elektrisch zu beleuchten und für die Anlage 2700 M zu bewilligen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Gasbeleuchtung nicht anreicht, um die Beheizung der Fahrzeuge u. ordnungsmäßig vorzunehmen und daß außerdem das Gaslicht während der ganzen Nacht brennen muß, wogegen das elektrische Licht erst bei jedem Alarm angestellt zu werden braucht.

Ueber die Vorlage berichtet namens der Finanzkommission Herr Lord: Die hier vorgeschlagenen Aenderungen sind allerdings von großer Bedeutung, aber der Bericht des Kreisbranddirektors macht einen vortrefflichen Eindruck. Es ist die Ausarbeitung eines Mannes, der bemüht ist, das ihm anvertraute Institut in jeder Beziehung auf die Höhe der Zeit zu bringen und der außerdem ein warmes Herz für seine Untergebenen hat, die ja im Falle der Gefahr auch enger mit ihm verbunden erscheinen, als andere Untergebene ihrem Vorgesetzten gegenüber. Wenn die Finanzkommission trotzdem den Anträgen des Magistrates in jeder Beziehung folgt, so geschieht das hauptsächlich im Hinblick auf die augenblickliche finanzielle Lage der Stadt, die uns verbietet, weiter zu gehen. Bedenken Sie, daß die Vorschläge des Kreisbranddirektors darauf hinauslaufen, das Kap. VIII des Stadthaushaltsplanes in seiner Ausgabe von 81230 M des Jahres 1904/05 auf 246000 M zu erhöhen. (Bewegung.) Sie werden sich denken können, daß wir bemüht gewesen sind, mit dem Magistrate gemeinschaftlich auf Mittel zur Abhilfe zu sinnen, damit die Schlagfertigkeit der Feuerwehr in keiner Weise beeinträchtigt wird. Ich gehe nunmehr zu den einzelnen Punkten der Vorlage über.

Zu I. Die Finanzkommission erkennt die Notwendigkeit der baulichen Aenderungen an und empfiehlt Ihnen, die geforderten 950 M zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Zu II. Was die Aufbesserung der Besoldung der Feuerwehrmannschaften anlangt, so leidet allerdings die beigegebene Statistik der 26 Städte daran, daß diese Statistik, wie auch der Herr Oberbürgermeister durch eine Randnotiz angedeutet hat, nicht vollständig ist und man nicht untersuchen kann, ob vielleicht nur solche Städte herausgesucht worden sind, bei denen die Verhältnisse gerade in diesem Punkte besonders günstig liegen.

Zu den magistratsseitig gestellten Anträgen unter II hat die Finanzkommission in folgender Weise Stellung genommen: Den Punkten 1—4 wird zugestimmt mit

der Maßgabe, daß die am Schlusse des Punktes 4 erwähnte Prüfung wegfällt. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß innerhalb einer mindestens vierjährigen Dienstzeit der Kreisbranddirektor auch ohne solche Prüfung unzweifelhaft wird beurteilen können, ob sich ein Feuerwehrmann zum Oberfeuerwehrmann eignet.

Wir wünschen deshalb zu sagen:

„Die Oberfeuerwehrmänner werden auf Vorschlag des Kreisbranddirektors durch den Magistrat ernannt.“

Außerdem beantragt die Kommission, hier noch einzuschalten:

„Die Entlassung eines Feuerwehrmannes kann nach dreijähriger Dienstzeit nur mit Zustimmung des Magistrates erfolgen.“

Das soll durchaus keine Spitze gegen den Kreisbranddirektor sein, sondern es bewegt sich der Antrag ganz in dessen Gedankengänge. Wir wünschen, daß die Leute sich etwas sicherer in ihren Stellungen fühlen und wissen, daß sie nicht von dem Willen eines einzelnen abhängen, der unter Umständen leicht zur Willkür werden kann. Aus diesem Grunde soll die Entscheidung des Kreisbranddirektors von dem Magistrate gebilligt werden müssen.

Mit den Punkten 5 und 6 hat sich die Finanzkommission ebenfalls einverstanden erklärt. Da der Staat den achten Teil der durch die Feuerwehr entstehenden Kosten trägt, so würden von den Mehrausgaben zu etwa 32000 M auf den Staat etwa 4000 M entfallen.

Zu III. Dieser Punkt kommt für uns zunächst nicht in Betracht.

Ich empfehle also die Annahme der gesamten Vorlage mit Ausnahme der angeführten beiden Punkte und auch die Annahme des nachträglich eingereichten Antrages auf Anlegung elektrischer Beleuchtung in dem beantragten Umfange.

Herr Stegmann: Ich begrüße die Vorlage mit Freuden. Durch die Vorschläge des Kreisbranddirektors werden die von uns früher gerügten Mißstände zugegeben. Befremden muß es aber, daß wir von einer so wichtigen und umfangreichen Vorlage keinen Abdruck erhalten haben, da es kaum möglich ist, diese eigentlich aus drei Vorlagen bestehende umfangreiche Sache ohne schriftliche Unterlage zu erfassen; ich möchte daher beantragen, die Sache heute von der Tagesordnung abzuheben und die Vorlage erst zu vervielfältigen.

Herr Löschigk: Ich kann das nur voll und ganz billigen. Man kann bei der Vielgestaltigkeit dieser Sache sich mit dem besten Willen in deren Einzelheiten nicht hineinarbeiten, wenn man nicht eine schriftliche Unterlage besitzt. Wir haben einen Umdruck selbst bei minderwertigen Sachen erhalten, so daß bei dieser wichtigen Angelegenheit das erst recht geschehen mußte.

Vorsitzender: Diese Wünsche genügen mir, um die Sache heute von der Tagesordnung abzuheben und die Vervielfältigung der Vorlage zu bewirken.

Herr Meyerhoff: Ich freue mich, daß der neue Kreisbranddirektor energisch vorgeht und Remedur schafft, wo es notwendig ist. Wir sehen daraus, daß ein solches Amt im Nebenamte nicht richtig besetzt war. Ich wollte bei dieser Gelegenheit nur den Magistrat bitten, zu erwägen, ob es bei der Erweiterung des Programmes der Feuerwehr nicht möglich sein sollte, vom Staate einen höheren Zuschuß zu erlangen. Von der Verwaltung unserer Landesbrandkasse ist es nicht recht, daß sie uns mit einem so geringen Zuschusse bedenkt, da wir doch gegenüber dem Lande sehr erhebliche Summen aufbringen. Es ist die Pflicht der Landesbrandkasse, uns mit einem größeren Zuschusse zu bedenken und ich möchte den Magistrat bitten, energisch dafür einzutreten.

Vorsitzender: Diese Ausführungen sind heute nicht am Plage, sondern erst dann, wenn die Vorlage angenommen ist.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird die Vorlage behufs Vervielfältigung von der Tagesordnung abgesetzt.

XI. Beschaffung von Mobiliar etc. für das neue Museum.

Die bevorstehende Fertigstellung und Inbenutzungnahme des Museumneubaues macht eine Reihe von Aufwendungen erforderlich, die bei den bisherigen Bewilligungen noch keine Berücksichtigung erfahren haben. Es handelt sich dabei um die Kosten

- | | |
|---|----------|
| 1) der Beschaffung eiserner Schaukasten für die Münzsammlung zu | 3 800 Mk |
| 2) der Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Arbeitsräume, Treppen etc. zu | 1 050 „ |
| 3) der Anlage von Hydranten, der Beschaffung von Leinwand zum Beziehen der Wände, der Reinigung wertvollerer Gemälde etc. zu | 2 070 „ |
| 4) der Mobiliatbeschaffung für das erste und zweite Obergeschoß zu | 20 000 „ |
| 5) der Instandsetzung des Vorgartens zu | 1 750 „ |
| 6) der Herrichtung einer Einfriedigung des Museumsgrundstücks mit einem 188 m langen und 1,50 m hohen eisernen Staket auf Betonsohle zu | 7 800 „ |
| 7) des Umzuges in das neue Gebäude zu | 5 000 „ |

insgesamt 41 470 Mk.

Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, sich mit der Ausführung dieser Arbeiten einverstanden zu erklären und die vorbezeichnete Summe zu bewilligen.

Herr Wolters: Die Baukommission ist mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, bis auf den Punkt 6, der für eine Einfriedigung des Platzes 7800 M fordert. Nach dem Vorschlage des Magistrates und der städtischen Bauverwaltung soll der Platz um das Museum an der Stelle der jetzigen Einfriedigung ein neues eisernes Statet erhalten. Hierüber waren die Mitglieder der Baukommission verschiedener Ansicht: drei Herren waren dafür und drei dagegen, während das 7. Mitglied vor der Lösung der Frage die Sitzung verlassen hatte. In Würdigung der hier vorliegenden rechtlichen Verhältnisse möchte ich mitteilen, daß es sich nicht um einen öffentlichen Platz, sondern um einen privaten Platz handelt, der der Einfriedigungspflicht unterliegt. Man kann hier nicht auf den Platz am Sieges- und Augustplatz zurückgreifen und sagen, daß auch dieser Platz uneingefriedigt gelassen sei; denn dieser Platz harret der Bebauung, während hier eine weitere Veränderung nicht vorgenommen werden soll. Es ist hierbei ferner in Erwägung zu nehmen, ob der Platz um das Museum, der bisher dem Verkehr entzogen war, nunmehr insofern belastet werden soll, als er für den Verkehr freigegeben wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hierdurch eine spätere Bebauungsmöglichkeit, wenn auch vielleicht nicht ausgeschlossen, so doch mindestens sehr erschwert wird. Endlich bleibt zu erwägen, ob es angemessen erscheinen möchte, in Rücksicht auf die Art der dort stehenden Gebäude und namentlich deren Verwendung als Gewerbe- und Fortbildungsschule, sowie eventuell später als Realschule, den Verkehr über das Grundstück freizugeben und dadurch den natürlichen Zusammenhang dieses Gebäudelookplexes zu stören. Dabei führten die Gegner der Umfriedigung des Grundstücks aus, daß es dem Verkehr außerordentlich dienlich sein würde, eine gerade Linie für den Weg nach dem Magnitore zu erhalten und es sich auch aus diesem Grunde empfehle, die Position 6 abzulehnen.

Die Baukommission gibt also anheim, der Vorlage bis auf Punkt 6 zuzustimmen und stellt es in das Ermessen der Versammlung, über diesen Punkt zu beschließen.

Herr Rathe: Ich habe mich in der Baukommission gegen die Einfriedigung des Grundstücks ausgesprochen. Wenn Sie aber eine Einfriedigung beschließen sollten, so möchte ich ersuchen, sie nur in sehr beschränktem Maße eintreten zu lassen, damit unter allen Umständen der größte Teil des freien Platzes als Kinderspielplatz freibleibt. Bei der Einteilung des Monumentplatzes ist es nicht möglich, daß sich die Kinder dort austoben können und wenn hier auch eine gewisse Gefahr für die Fensterscheiben der Gewerbeschule und des Museums vorhanden sein mag, so ist doch für die Kinder der nächsten Umgebung ein solcher Spielplatz dringend erforderlich.

Für die Stellungnahme zu den Magistratsvorlagen treten wirklich immer neue Momente an uns heran. Ich hatte z. B. nicht geglaubt, daß die Stadt von der Polizei als Privatperson angesehen würde, namentlich da ich verschiedene Planken von solchen Privatgrundstücken seit Jahren in sehr mangelhaftem Zustande gesehen habe, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Noch viel weniger hätte ich aber angenommen, daß die Polizei uns zwingen könnte, solche offenen Promenadenstellen einzufriedigen. Wenn die Verhältnisse aber wirklich so liegen sollten, wie hier angegeben wurde, so wären wir allerdings gezwungen, eine Einfriedigung anzubringen. In Anbetracht des Museums selbst und auch des schönen Monumentplatzes möchte ich in diesem Falle aber bitten, den langjährigen Wünschen der Bürgererschaft entgegenzukommen und den Platz nur in möglichst beschränktem Maße einzufriedigen.

Herr Löschigt: Wenn eine Einfriedigung wirklich notwendig sein sollte, so bitte ich, sie schon der horrenden Kosten von 7500 M wegen auf das geringste Maß einzuschränken. Meiner Ansicht nach wird aber, wenn der Magistrat darum vorstellig würde, von der Polizei Dispens von der Einfriedigung erteilt werden. Wenn der Platz frei bleibt, läßt er sich auch mit gärtnerischen Anlagen versehen. Die Forderung für die Einfriedigung bitte ich vorläufig zu streichen.

Herr Koch: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß ein derartig prunkvolles Staket hier schon wegen des gegenüberliegenden, durch seine Einfachheit sich auszeichnenden Monumentplatzes nicht angebracht ist. Einen Spielplatz dort anzulegen, muß ich für recht gefährlich halten, und ich würde lieber sehen, eine Bedürfnisanstalt, welche man schon seit Jahren geplant hat, hinzubringen. (Widerspruch.) Die Kinder können auf der Promenade spielen und brauchen hier nicht noch einen besonderen Spielplatz zu haben, aber eine Bedürfnisanstalt wird von dem Verkehre gebieterisch gefordert.

Herr Stadtrat Meyer: Es tut mir leid, daß die Vorlage hier eine so schlechte Aufnahme findet. Man kann wohl verschiedener Meinung darüber sein, da es sich hier nicht nur um ein absolutes Bedürfnis, sondern auch um Schönheitsrücksichten handelt. Ich möchte die Ausführungen des Herrn Referenten bekräftigen und noch dahin ergänzen, daß das Polizeistraßengebüch Vorschriften enthält, nach denen die Herzogliche Polizeidirektion berechtigt ist, die Einfriedigung eines öffentlichen Grundstücks nach der Straße hin zu verlangen. Da die Stadt wiederholt davon Gebrauch gemacht hat, die Polizeidirektion zu ersuchen, von diesem ihrem Rechte bezüglich des einen oder anderen Grundstücks Gebrauch zu machen, so müßte es wunderbar aussehen, wenn sie ihr eigenes Grundstück nicht einfriedigen, sondern es darauf ankommen lassen wollte, sich von der Polizei daran erinnern zu lassen. (Ruf: Gesetz wird Unsinn!) Nun, von Unsinn kann man hier wohl nicht

reden. Wenn z. B. Vorgärten auf einer Straße vorgeschrieben sind, so müssen sie mit Einfriedigungen versehen werden und das hängt nicht von der freien Willensbestimmung des Eigentümers ab, sondern ist Ausfluß des Ortsbaustatuts. Zurzeit sind hier allerdings Vorgärten noch nicht vorgeschrieben, aber Sie werden selbst den Wunsch haben, daß für die gesamten dort liegenden Grundstücke solche noch angeordnet werden, und es wird Ihnen darüber auch über kurz oder lang eine Vorlage zugehen. Die Vorgärten sind hier auch schon wegen des speziellen Zweckes erwünscht, den die Gebäude zu erfüllen haben. Der Direktor des Museums hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es wünschenswert erscheinen müßte, das Publikum nicht ganz dicht an die Mauer des Museumsgebäudes herankommen zu lassen. Die Fenster des Souterrains sind zu ebener Erde angelegt und da ein Teil der Museumschätze auch im Souterrain untergebracht wird, so ist es allerdings nicht angenehm, die Fenster ständig mit der lieben Jugend besetzt zu sehen. Von der Museumsverwaltung wird es daher als wünschenswert angesehen, daß durch eine angemessene Einfriedigung in angemessener Entfernung — und die ist mit 8 m gegeben — das Publikum von dem Gebäude abgehalten wird. Das ist ein praktischer Grund, der der Erwägung wohl wert sein dürfte.

Die Kosten der Einfriedigung sind allerdings nicht ganz gering, und der Magistrat würde darüber gern mit sich verhandeln lassen, daß eine billigere Einfriedigung genommen werden könnte, aber Sie werden mir recht geben, daß an dem hervorragenden Platze der Stadt, um den wir in ganz Deutschland beneidet werden, eine schäbige Einfriedigung nicht Platz finden darf. (Zustimmung.) Einen Monumentalbau dürfen wir auch nicht offen an einem unumfriedigten Platze liegen lassen, so daß jedermann dicht herangehen kann; er muß durch eine äußere Umfriedigung eine Art Anstandsgrenze nach außen hin finden. Also auch eine gewisse Schönheitsrücksicht drängt dahin, von einer Einfriedigung des Grundstücks nicht abzusehen. Endlich kommt noch in Betracht, daß es wünschenswert erscheint, das Publikum auch von den übrigen Teilen des Grundstücks fernzuhalten, also von der Gewerbe- und Fortbildungsschule, sowie später von der Realschule, und Sie werden mir recht geben, daß ein solcher Wunsch vollberechtigt ist. Ich möchte deshalb empfehlen, die ganze Vorlage anzunehmen.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß der Zwischenruf sich nicht auf den Inhalt der Rede bezog, sondern ein bekanntes Zitat betraf, das Gesetz und Unsinn mit einander in Verbindung bringt.

Herr Rieke: Ich gehöre zu denen, die den Schönheitsfönn nicht begreifen können, der darin liegt, ein 1½ m hohes eisernes Gitter dort hinzustellen und das Museum zu einer Zwingsburg oder einem gräßlichen Schloß zu stempeln. Das würde ebenso wenig schön aussehen, wie das alte hohe Staket vor dem Schlosse. Sehen Sie sich doch den kleinen Vorgarten vor dem Herzoglichen Museum an, der

so schön gegen die Straße abgefriedigt, daß kein Vandalismus an dem Gebäude geübt werden kann. Ebenso ist es mit dem Polytechnikum, von dem ich auch noch nicht gehört habe, daß dort Kapitale abgehoben wären. Ich meine, daß hier in der Nähe des schönen Monumentplatzes eine einfache Maserkante mit einigen eisernen Böden nebst Verbindungsstangen vollständig genügt, um das Gebäude von der Straße abzutrennen und davon alle fremden Einflüsse fernzuhalten. (Zustimmung.) Wenn außerdem immer auf die Hunde hingewiesen wird, so meine ich, daß die auch nicht so furchtbar schädlich sind, wie sie meist verschrien werden. Meiner Ansicht nach würde die ganze Umgebung des neuen Museums viel schöner und romantischer aussehen, wenn das hohe Staket wegliebe und ein Durchblick von dem Sandwege nach dem Monumentplatz erhalten bliebe. Ich bitte daher um Ablehnung dieses Teiles der Vorlage.

Herr Sander: Ich würde es auch sehr bedauern, wenn dort ein hohes Staket gezogen werden sollte, weil dadurch die Schönheit des Gebäudes beeinträchtigt werden würde. Ich halte es für besser, ein solches Gebäude frei liegen zu lassen und mit einigen gärtnerischen Anlagen zu umgeben, als es mit einem hohen Staket einzugattern. In keiner Stadt habe ich gefunden, daß solche Gebäude eingefriedigt werden. Wenn Herr Stadtrat Meyer meint, daß uns die Polizei aufs Dach steigen wird, so teile ich die Angst nicht. Ein öffentliches Gebäude, das der Allgemeinheit dient, kann doch nicht mit einem Privathause verglichen werden. Sollte uns die Polizei aber trotzdem Schwierigkeiten bereiten wollen, so würde sich wohl auch noch ein Weg finden, daß uns die Einfriedigung erlassen würde. Neugierig des Schönheitsgefühls bin ich der Meinung des Herrn Riecke und glaube, daß es eher durch ein hohes Staket verletzt werden würde, als durch Anlagen, wie sie Herr Riecke geschildert hat.

Herr Nolte: Ich bin auch ein Staketgegner. Uebrigens dürfen wir in die Nähe eines Museums keinen Spielplatz legen, denn zu einem Kunstgenuß gehört Ruhe. Wenn ich in der Anschauung eines Kunstwerkes begriffen bin und ich werde dabei durch überlauten Kinderlärm gestört, so ist das nicht schön.

Herr Meyerhoff: Ich will mich weder für noch gegen eine Einfriedigung aussprechen und nur darauf aufmerksam machen, daß der Monumentplatz nördlich eine schöne Bogenform hat, die auf der Seite des Museumsgebäudes auch gewahrt werden muß, damit beide Seiten mit einander harmonieren, gleichgültig ob ein großes eisernes Staket oder eine niedrige Umzäunung gewählt werden soll. Geschieht das nicht, sieht es schlecht aus und kommt mir vor wie ein Engel mit einem Flügel.

Die Magistratsvorlage wird hierauf, unter Ablehnung der für die Einfriedigung geforderten Summe von 7800 M., genehmigt.

XII. Errichtung einer Lese- und Bücherhalle.

Die Versammlung hat am 30. April 1903 — Seite 34 des Berichtes — den Magistrat ersucht, der Errichtung einer Volkslesehalle zuzustimmen und demnächst eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Bei den Beratungen der zur weiteren Behandlung der Sache eingesetzten gemischten Deputation erwies es sich wünschenswert, von sachverständiger Seite Auskunft über die zweckmäßigste Art der Schaffung und Einrichtung einer solchen Lesehalle, über ihre etwaige Verbindung mit einer Volksbücherhalle, über die Auswahl des Lesestoffs, das Raumbedürfnis, die Kosten und den Umfang der Anlage einzuziehen.

Aus den Äußerungen der von dem Magistrate hierüber befragten Herren Stadtbibliothekar Dr. Friß in Charlottenburg und Bibliothekar Dr. Noerrenberg in Kiel ist hervorzuheben, daß die Verbindung der Lese- mit einer Bücherhalle besonders wegen der jugendlichen Leser, denen häusliche Leseräume fehlen, empfohlen wird, daß ferner die Meinungen der Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit des Auslegens politischer Zeitungen in der Lesehalle auseinandergehen, und daß der Raumbedarf der letzteren auf etwa 100 Sitzplätze zu veranschlagen ist. Die Notwendigkeit der Leitung der Anstalt durch einen akademisch gebildeten und entsprechend besoldeten Bibliothekar wird gleichmäßig betont.

Die Kosten der Einrichtung der Lese- und Bücherhalle, über die sich Dr. Noerrenberg nicht bestimmt äußert, sind von Dr. Friß auf 37500 M geschätzt, ohne daß dabei die Raumbeschaffung mit in Rechnung gestellt wird. Die Unterhaltungskosten beziffert Dr. Friß auf 19500 M, Dr. Noerrenberg auf 14000 M jährlich. Letzterer rät dringend davon ab, zunächst nur in bescheidenem Umfange die Einrichtung ins Leben zu rufen und ihren Ausbau der späteren Entwicklung vorzubehalten: besser sei es, ein paar Jahre zu warten und dann in größerem Maßstabe etwas zu schaffen, als wenn mit einem kleinen Anfange nur halbe Erfolge erreicht würden.

Der Magistrat vermag sich der Richtigkeit dieser Ansicht nicht zu verschließen und muß im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der städtischen Mittel für andere, noch dringendere Aufgaben Bedenken tragen, alsbald zu der Errichtung einer Lese- und Bücherhalle zu schreiten. Gleichwohl verkennt er nicht, daß es bei der Bedeutung der Angelegenheit für die Volksbildung ratsam ist, die zukünftige Schaffung einer derartigen Anstalt durch allmähliche Ansammlung von Mitteln zu fördern, und schlägt vor, von dem Bestande des Schulhausbaufonds, der bestimmungsgemäß neben seiner Hauptaufgabe zu der Deckung derartiger Auf-

wendungen geeignet ist, allmählich eine Summe zu erübrigen, die als Grundstock für diesen Zweck würde dienen können. In der Zwischenzeit wird es möglich sein, sowohl die Platzfrage, als auch die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Vereinigung oder ob die Stadt selbst die Trägerin der Anstalt sein, und wie diese im einzelnen verwaltet werden soll, der Klärung entgegenzuführen.

Wenn auch die beiden Sachverständigen im Endergebnis übereinstimmend eine städtische Einrichtung befürworten, so erkennt Dr. Fris doch an, daß es sich zunächst empfiehlt, durch einen Verein oder Ausschuß die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise für die Sache zu erwecken. In ähnlicher Weise ist man, dem Beispiel einer großen Reihe von Städten folgend, kürzlich in Halle vorgegangen.

Inzwischen sind der Stadt in dankenswerter Weise sowohl von der Eisenbahnsignalbauanstalt Mag Südel & Co., Aktiengesellschaft, als auch von dem Herrn Kommerzienrat Mag Südel hier je 2000 M, zusammen 4000 M für die Einrichtung der Volkslesehalle überwiesen worden. Die Stadthauptkasse ist beauftragt, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung, diesen Betrag mit 3½ % jährlich zu verzinsen und über das anzusammelnde Vermögen besondere Rechnung zu führen.

Aus dem Stadthaushaltsplane für 1904/5 geht ferner hervor, daß beim Schulhausbaufonds, wie das Begleitschreiben näher ausführt auf die Zurückstellung einer zu gleichen Zwecken verfügbar bleibenden Summe von 10000 M im laufenden Rechnungsjahre Bedacht genommen werden kann.

Die Versammlung wird ersucht,

der Zurückstellung dieses Betrages von 10000 M für eine Volkslese- und Bücherhalle zuzustimmen und sich mit der angegebenen Verzinsung obiger 4000 M einverstanden zu erklären.

Je nach dem Umfange der in den folgenden Jahren zur Verfügung stehenden Geldmittel behält sich der Magistrat weitere Anträge in der Angelegenheit vor.

Nach dem Berichte des Herrn Weichsel gibt die Statutenkommission anheim, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, da auch die Kommission der Ansicht sei, daß ein Ganzes geschaffen werde.

Herr Hauswaldt: Soviel ich mich entsinnen kann, hat die Versammlung noch nicht beschlossen, eine Volkslesehalle zu begründen, sondern es ist nur eine Deputation gewählt worden, die auch schon einmal zusammengetreten ist.

Ich bin bereit, für die Sache unter gewissen Voraussetzungen zu stimmen, wenn man nämlich in dem Magistratsantrage nicht „eine Volkslese- und Bücherhalle“ sagte, sondern „eine Volkslesehalle eventuell eine Bücherhalle“. Ich bin nämlich anderer Ansicht, als die beiden vom Magistrat in Rat genommenen Autoritäten. Meiner Meinung nach ist es nicht nötig, mit der Einrichtung zu

warten, bis man so große Schätze an Lese- und Bücherstoff zusammen hat, daß sich damit eine Lese- und Bücherhalle eröffnen läßt, sondern man kann schon früher damit anfangen. In Frankfurt a. M. habe ich mir die Sache angesehen und geprüft, bei welcher Gelegenheit mir der außerordentlich lebenswürdige und bewanderte Vorsitzende der Frankfurter Volkslese- und Bücherhalle erklärt hat, daß es sich nicht empfehle, mit der Errichtung einer Lesehalle anzufangen, sondern mit einer Volksbibliothek und Volksbücherhalle, die Lesehalle aber zunächst zurückzustellen. Es sei eine allgemeine Erfahrung, daß von den Volksschichten, die wir in dieser Weise unterstützen wollen, die Lesehallen viel weniger benutzt würden, als die Volksbibliotheken, aus denen sich die Leute Bücher mit nach Hause nehmen könnten, um sie dort zu lesen. In den Lesehallen träfe man am Tage hauptsächlich wohlhabende Rentiers und auch am Abend würden sie nicht lebhaft besucht. Dagegen sei es notwendig geworden, für die Volksbibliothek Filialen in verschiedenen Stadtteilen anzulegen, bei denen Bücher bestellt und am anderen Tage abgeholt werden könnten. Wenn wir also 15000 bis 20000 M zur Verfügung haben, so können wir mit der Einrichtung einer Volksbibliothek ruhig anfangen, zumal es eine allgemeine Erfahrung ist, daß eine Sache, wenn sie erst ins Leben getreten ist, von vielen Seiten Unterstützung findet, während sich niemand dafür interessiert, so lange sie nur auf dem Papiere steht. Eine rühmliche Ausnahme davon bildet hier allerdings der Herr Kommerzienrat Jüdel. Selbstverständlich müssen wir recht vorsichtig vorgehen und können mit den vorhandenen 14000 M noch nicht anfangen, aber in einigen Jahren wird sich das schon machen lassen. Jedenfalls möchte ich mich nicht gebunden sehen durch den heutigen Beschluß, bestimmt eine Lese- und Bücherhalle zu bauen, sondern ich möchte wünschen, daß wir uns freie Hand darüber lassen, wie die Sache praktisch ins Leben gerufen werden soll.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Gegen den sehr vorsichtigen Vorschlag des Herrn Hauswaldt wird magistratsseitig kaum etwas einzuwenden sein, denn dadurch wird das noch mehr gewahrt, worauf der Magistrat großes Gewicht legt, daß man sich nämlich die Sache reiflich überlegt und sich nicht jetzt schon bindet in einer Weise, die vielleicht hinterher verhängnisvoll werden könnte. Richtig ist es allerdings, daß an uns am 30. April 1903 das Ersuchen auf Errichtung einer Volkslesehalle ergangen ist, jedoch hat Herr Hauswaldt in einer Beziehung recht insofern, als von der Versammlung nicht eine städtische Lesehalle beschlossen wurde, sondern der Beschluß auch so verstanden werden kann, daß die Versammlung wünschte, es sollte hier überhaupt eine Volkslesehalle errichtet werden. Das ist denn auch tatsächlich der Wunsch der Versammlung gewesen, denn wenn auch eine ganze Anzahl Herren für die Errichtung einer städtischen Volkslesehalle gewesen sein mag, so waren doch auch andere der Meinung, daß es sich empfehle, abzuwarten, was sich daraus entwickeln werde. Jedenfalls war der Magistrat sehr wohl

in der Lage, zu dieser Sache so Stellung zu nehmen, wie es geschehen ist. Der Magistrat hat dann auch im Mai beschlossen, der Errichtung einer städtischen Lesehalle nicht zuzustimmen, trotzdem hat er sich aber sehr gern bereit erklärt, eine Deputation mit zu bilden. Gegen das von Herrn Hauswaldt angeregte Vorgehen, die Möglichkeit offen zu lassen, sich zunächst auf eine Bücherhalle zu beschränken, wird nichts einzuwenden sein, obwohl die beiden gutachtenden Herren sich warm dafür ausgesprochen haben, beide Einrichtungen in organische Verbindung mit einander zu bringen.

Herr Abmann: Herr Hauswaldt hat dafür gesprochen, an Stelle einer Volks-Lese- und Bücherhalle nur die letztere zu errichten, da er glaubt, daß für eine Lesehalle ein Bedürfnis nicht vorhanden ist (Widerspruch des Herrn Hauswaldt), sie wenigstens nicht oft benutzt werden würde. Es soll mir schon recht sein, wenn Herr Hauswaldt das Gegenteil wünscht, aber ich habe ihn so verstanden, daß er nicht eine Lesehalle und eine Bücherhalle, sondern eine Lesehalle eventuell eine Bücherhalle haben wollte. Darin lag doch wohl, daß Herr Hauswaldt nicht damit zufrieden war, die Errichtung einer Lesehalle als feststehend zu betrachten. Bisher schien aber die Meinung allgemein für beide Einrichtungen zu sein. Ich würde der Errichtung einer Volks-Bücherhalle allein nicht sehr sympathisch gegenüberstehen und würde es für zweckmäßiger halten, eine Volks-Lesehalle damit in Verbindung zu bringen. Ebenso stimme ich dem Vorschlage des Magistrates zu, die Gelder zinsbar anzulegen und sie nicht herrenlos umherirren zu lassen. Andererseits ist aber auch von anderer Seite mit Recht darauf hingewiesen worden — leider konnte der betreffende Herr heute nicht hier sein — daß es zweckmäßiger wäre, mit der Errichtung einer Lese- und Bücherhalle nicht so lange zu warten, bis das ganze Kapital vorhanden ist, sondern sofort mit der Begründung einer Lesehalle vorzugehen und einen Teil aus dem Fonds der Stadt dazu zu verwenden. Es ließe sich das leicht ermöglichen, indem die Etage eines Privathauses ermiethet und hier allen denjenigen Gelegenheit gegeben würde, ihr Lesebedürfnis abends zu befriedigen, die Lust und Liebe dazu besitzen. Früher ist von verschiedenen Seiten betont worden, daß bei Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses die jungen Leute nicht wüßten, wo sie den Abend verbringen sollten; geben Sie doch auch den strebsamen jungen Leuten aus dem Kaufmannsstande Gelegenheit, abends die Lesehalle zu besuchen und ihr Wissen zu bereichern. Deshalb würde die Sache zu weit hinausgeschoben werden, wenn man die Lesehalle erst bei dem Vorhandensein der ganzen dazu erforderlichen Mittel ins Leben treten lassen wollte. Auch die beiden Sachverständigen wollen etwas Ganzes geschaffen wissen. Ich möchte ebenfalls dafür eintreten, daß Lesehalle und Bibliothek nicht auseinander gerissen würden, wenn wir vielleicht auch erst mit bescheidenen Mitteln anfangen können, um Sympathie für die Einrichtung zu erwecken.

Was nun die andere Frage betrifft, ob es zweckmäßig sei, die Einrichtung stadtseitig zu übernehmen, oder nicht, so ist ja schon von Herrn Stadtrat von Frankenberg betont worden, daß sich der Magistrat auf solche Uebernahme nicht einlassen würde. Ich bedauere diesen Standpunkt, da ich es lieber gesehen haben würde, wenn die Sache von der Stadtverwaltung in die Hand genommen würde, jedoch dürfen wir die Sache daran nicht scheitern lassen. Wir werden zunächst alles daran setzen, die Einrichtung in städtische Regie zu bekommen, wenn das aber nicht möglich ist, werden wir auch lebhaft dafür eintreten, daß die Lese- und Bücherhalle unter privatseitiger Verwaltung ins Leben gerufen wird, wenn wir das auch erst in letzter Linie befürworten können. Wir dürfen hierbei nicht verkennen, daß eine Körperschaft vorhanden ist, die dem Magistrat mit Rat und Tat zur Seite steht, und das sind die Stadtverordneten, so daß die Arbeitslast des Magistrates durch stadtseitige Uebernahme der Halle nicht wesentlich würde erhöht werden. Wenn dagegen ein Verein die Sache in die Hand nehmen sollte, so dürften innere Streitigkeiten z. B. über die zu berücksichtigende Materie usw. leichter zum Verfall der Sache führen. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte es sich empfehlen, die Sache lieber stadtseitig in Benutzung zu nehmen und damit nicht zu warten, bis wir die Mittel dafür zusammen haben, sondern die Lesehalle baldmöglichst ins Leben zu rufen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich zweifle nicht daran, daß Herr Ahmann bestrebt ist, mit seinen Worten den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen. Trotzdem glaube ich aber, daß die Ausführungen des Herrn Hauswaldt in bezug auf die Bedeutung der Bücherhallen sehr beachtenswert sind und diese Einrichtung der arbeitenden Bevölkerung mehr dient, als eine Lesehalle. Auch die Sachverständigen sind dieser Ansicht, wie aus deren Gutachten hervorgeht. Sie sehen hieraus schon, daß durch eingehende Beschäftigung mit der Sache manche wünschenswerte Anregung gegeben werden kann und wie verfehlt es wäre, in der Sache vorzugehen, ehe man sich ein ausgereiftes Urtheil gebildet hat. Es sind auch hier Meinungen zum Ausdruck gebracht, die noch der Klärung bedürfen.

Herr Rathe: Ich bin für die Annahme der Magistratsvorlage. Aus einer Erfahrung von Jahrzehnten möchte ich Ihnen empfehlen, nichts anderes als eine Lesehalle einzurichten. Unsere Bibliothek im Bürgervereine repräsentiert einen Wert von mehr als 20 000 M und sie reicht trotzdem nicht aus, um sie jeden Tag offen zu halten. Sie müßten aber die Bücher einmal sehen, wie sie in den Wohnungen verlesen und beschmutzt werden. Deshalb kann ich im Interesse der Gesundheit nur dafür eintreten, vorläufig nichts weiter einzurichten, als eine Lesehalle, wo jeder, der das Bedürfnis dazu fühlt, ein anständiges Buch lesen kann. Dadurch wird dem dringendsten Bedürfnis Rechnung getragen. Sehen Sie dann ein, daß sich eine Erweiterung zu einer Bücherhalle mit wenigen Mitteln aus-

führen läßt, so schreiten Sie auf dem betretenen Wege weiter. Wenn es diesem und jenem angenehm ist, sich ein Buch nach der Wohnung mitnehmen zu können, so mag er sich das anderweit beschaffen, aber denjenigen, für die man die Einrichtung hauptsächlich schaffen will, ist mit einer Lesehalle am meisten gedient. Wir haben im Bürgervereine eine Anzahl Herren, die in uneigennützigster und fleißigster Weise für die Bibliothek arbeiten, aber etwas Vollkommenes kann trotz der Aufwendung erheblicher Geldmittel doch nicht geboten werden.

Herr Lord: Der kleine Irrtum des Herrn Referenten liegt darin, daß er anfangs sagte, die städtischen Behörden hätten die Errichtung einer Lesehalle beschlossen. Das ist nicht der Fall, sondern die Stadtverordneten haben den Magistrat nur aufgefordert, es zu tun, während dieser es noch nicht getan hat. Ich halte eine Lesehalle in sozialer Beziehung für das allerrichtigste, und der Herr Dr. Mörrenberg steht mit seiner entgegengesetzten Ansicht ziemlich allein unter den Autoritäten. Die mit einer Lesehalle in Elberfeld, Charlottenburg zc. gesammelten Erfahrungen sind außerordentlich günstig. Gerade die Lesehalle ermöglicht es Schlafgängern und derartigen Leuten, die keine feste Wohnung haben, ein Heim für den Abend aufzusuchen und diese Leute möchte ich dadurch gern seßhaft machen. Ich freue mich aber außerordentlich über die Vorlage des Magistrates und bitte, ihr zuzustimmen, daß 10000 M. für den Zweck zurückgestellt werden. Von vornherein habe ich erklärt, es würde eine schwere Geburt werden und kostete viel Geld, das Kind müßte mit Zangen geholt werden. Der Hauptwert der Vorlage liegt darin, daß in weiten Kreisen Lust und Liebe zu der Einrichtung hervorgerufen wird und daß es sich leicht wird ermöglichen lassen, ein Komitee zu bilden, das weitere hochherzige Leute auffuchen und ihnen sagen kann, sie möchten etwas zu dem Zwecke hergeben. Alles weitere überlassen Sie nur der Zukunft, denn von heute auf morgen schaffen wir keine Lesehalle.

Herr Peplics: Ich möchte bitten, die Errichtung einer Lesehalle nicht zurückzustellen, sondern ihr die gleiche Sympathie zuzuwenden, wie der Bücherhalle. Wenn Herr Hauswaldt bezweifelt, daß eine Lesehalle stark benutzt werden würde und wenn er meint, daß hauptsächlich Rentner sie besuchen würden, so habe ich darüber andere Erfahrungen gesammelt. Im Sommer 1903 hatte ich Gelegenheit, eine Woche in Nürnberg zu sein und habe damals regelmäßig abends die Lesehalle besucht. Obwohl der Raum nicht kleiner war, als dieser Saal, habe ich doch stets fast alle Plätze besetzt gefunden; es wurde dort mit großer Aufmerksamkeit gelesen und auch an der Bücherausgabe ging es lebhaft zu. Wenn aber selbst im Sommer eine so große Halle wiederholt gut besetzt gefunden wird, so liegt wirklich ein Bedürfnis dazu vor. Es hat ja auch jedermann eine angenehme Gelegenheit, sich dort zu unterhalten. In dem Herbst desselben Jahres habe ich die Hamburger

Lesehalle besucht und sie auch gut besucht gefunden, obwohl es auch zu jener Zeit noch nicht kalt war. Mancher, der zu Hause nicht die Gelegenheit hat, sich zu unterhalten, in der Wirtschaft aber sich nicht aufhalten mag oder kann, weil ihm vielleicht das Geld dazu fehlt, findet in einer Lesehalle die schönste Gelegenheit, den Abend nützlich zu verbringen.

Es handelt sich auch darum, ob die Lesehalle in städtische Regie oder einer Gesellschaft zur Verwaltung übergeben werden soll, jedoch brauchen wir uns heute darüber nicht zu streiten. Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Ahmann, daß es besser wäre, sie in städtische Verwaltung zu nehmen, weil man dann eine Kontrolle darüber hätte. Wenn dafür aber eine Mehrheit nicht zu haben wäre, so müßte man schließlich auch für Verwaltung durch eine Privatgesellschaft sein, da hieran die Einrichtung keinesfalls scheitern dürfte. Wir dürfen also nicht die Bücherhalle gegen die Lesehalle bevorzugen.

Herr Südel: Ich bin nicht sachverständig genug, um prüfen zu können, was richtig ist; jedoch finde ich es begreiflich, daß man für eine Bücherhalle zuerst eintritt, indem man sich sagt, die vorhandenen Gelder reichen nicht aus, um das große Projekt durchzuführen, deshalb soll man sie erst einmal für das kleinere nutzbar machen. Aus den Worten des Herrn Ahmann schien mir die Befürchtung hervorzugehen, als ob eine derartige Anstalt, wenn sie nicht unter der Kontrolle der Stadt stehe, der Gefahr ausgesetzt sei, einseitig politisch geleitet zu werden. Darauf will ich erklären, daß diejenigen Herren, welche sich dafür besonders interessieren, meinen, eine solche Anstalt könne nur dann existenzfähig sein, wenn sie unter Ausschluß jedweder politischen und konfessionellen Parteirichtung auf breiter Basis geleitet werde. (Zustimmung.)

Herr Weichsel: Herr Lord hat nicht recht, daß es sich nur um einen Beschluß der Stadtverordneten handelt, sondern der Magistrat hat zu der Sache auch schon Stellung genommen. Im übrigen hat das mit der heutigen Magistratsvorlage recht wenig zu tun, da hiernach noch alle Wege offen bleiben, sowohl der von Herrn Hauswaldt, als der von Herrn Ahmann angedeutete. Es handelt sich jetzt darum, die ersten Mittel für die Durchführung der Idee zu bewilligen, und darüber darf man nicht zweifelhaft sein, daß das die Grundlage für ein solches Unternehmen ist, während die Organisationsfrage weiter verhandelt werden kann. Wir können hierzu wohl Wünsche äußern, aber es muß Sache des Magistrates sein, diese Frage selbständig zu behandeln.

Herr Peplies: Die Diskussion war notwendig, selbst wenn man der Vorlage unbedingt zustimmen will. Aus den Worten des Herrn Stadtrat von Frankenberg war zu entnehmen, daß der Magistrat sich an erster Stelle für eine Bücherhalle entschieden hat (Widerspruch), während die Redner aus der Versamm-

lung meist für eine Lesehalle eintraten. Ich möchte beantragen, zu beschließen, daß wir die Errichtung einer Lesehalle unbedingt ins Auge fassen, dann bekommt die Sache wenigstens eine bestimmte Richtung.

Herr Hauswaldt: Ich bin nicht dagegen, eine Lese- und eine Bücherhalle zu errichten, wenn sich beides gleichzeitig verwirklichen läßt, sondern ich habe nur auf den technischen Unterschied aufmerksam gemacht, daß man zuerst eine Bibliothek haben muß, während der Etat einer großen Lesehalle, in der die Zeitungen sämtlicher konfessionellen und politischen Richtungen aufliegen müssen, bedeutend höher ausfällt, als der Etat einer einfachen Volksbibliothek mit einem Leseraume. Nur aus dem Wunsche, die Sache recht bald zu verwirklichen, sind meine Ausführungen hervorgegangen.

Herr Altmann: Ich habe den Herrn Vorredner richtig verstanden, nur gehen unsere Meinungen darüber insofern auseinander, als ich der Ueberzeugung bin, daß eine Lesehalle einen so hohen Etat nicht erfordern wird. Ein Mitglied der Versammlung stellte den Etat in der Weise auf, daß wir bei einer Ausgabe von 5000 M für eine Lesehalle den übrigen Teil des vorhandenen Kapitals zu einer Bücherhalle aufsparen könnten. Von diesen 5000 M entfallen 1000 M auf die Miete, 2000 M für die bereit zu haltende Lektüre und 2000 M auf die Verwaltung. Als Anfang der Einrichtung eine Lesehalle zu wählen, ist jedenfalls besser, als gar nichts. (Heiterkeit.) Es läßt sich darüber streiten: die einen glauben, die Mittel sind nicht da, um etwas Gutes zu schaffen, während die anderen auch das mit bescheidenen Mitteln zu Erreichende nicht machen wollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich will nur darauf hinweisen, daß der Beschluß der Herren Stadtverordneten vom 30. April 1903 dahin ging, den Magistrat zu ersuchen, der Errichtung einer Volkslesehalle zuzustimmen und der Versammlung eine bezügliche Vorlage zu unterbreiten.

Die Magistratsvorlage wird darauf dem Antrage der Statutenkommission gemäß angenommen.

XIII. Instandsetzung der Fußgängerbrücke im Bürgerparke.

Die städtische Bauverwaltung hatte bei dem Magistrate beantragt, für die Instandsetzung der Fußgängerbrücke über die Oker im Bürgerparke neben der früheren Reinigungsstation einen Betrag von 3000 M zur Verfügung zu stellen. Dem Magistrate ging dieser Antrag zu weit, weil nach seiner Ansicht mit Sicherheit zu erwarten sei, daß nach der hoffentlich in nicht allzu weiter Ferne stehenden Klärung der Bahnhoffrage die Brücke abgebrochen und durch eine Fahrbrücke ersetzt werden würde. Daraufhin reichte die städtische Bauverwaltung einen

anderen, unter diesen Gesichtspunkten aufgestellten Kostenanschlag über die notwendigen Reparaturen an der Brücke ein, bei dem sie davon ausgegangen ist, daß an Stelle der abgängigen Endjoche neue, aus fünf Pfählen und Holmen bestehende Joche angeordnet werden. Die Tragbalken der Endöffnungen bleiben erhalten, jedoch werden sie soweit verkürzt, als sie abgefault oder morsch geworden sind. An Stelle der alten Geländer sind neue aus Tannenholz aufzustellen und der Bohlenbelag wird ausgebessert. Der hierdurch verursachte Kostenaufwand beläuft sich auf 1200 M. Vom Magistrate wird indessen ersucht, nur 1000 M zu bewilligen, da sich das Geländer um 200 M werde billiger herstellen lassen, im übrigen aber den Antrag der städtischen Bauverwaltung zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Kieke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

1904/1905.N^o 15.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. Februar 1905.

Tagesordnung:

I.	Erwerb einer Fläche zur Kramerstraße	Seite 507
II.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 508
III.	Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Wasserwerks	" 508
IV.	Ankauf des Dowejees etc.	" 512
V.	Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr	" 514
VI.	Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für das Feuerlösch- grundstück	" 532
VII.	Übernahme einer Nebenbeschäftigung durch den Kreisbranddirektor	" 532
VIII.	Bau einer Osterbrücke auf dem Kieselgute	" 534
IX.	Anschließung von Wasserlosetts an den Straßenkanal	" 534
X.	Plattenbelag auf einem Teile der Leonhardstraße	" 534
XI.	Plattenbelag auf einem weiteren Teile der Leonhardstraße	" 535
XII.	Änderung in der Bewirtschaftung des Kieselgutes	" 535
XIII.	Erwerb einer Fläche zu einer Verbindungsstraße an der Korfesstraße	" 537
XIV.	Ueberlassung eines Unterrichtsraumes der Gewerbeschule	" 537
XV.	Einrichtung neuer Klassen bei den Bürgerschulen	" 538

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig. Später: Herr Kreisbranddirektor Schlunk.

Entschuldigt die Herren Bues, Lupprian und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

1. Gesuch des Vorstandes des Fallerkleber- und Steintorbezirksvereins um Beschleunigung des Neubaus der Steintorbrücke. Da der Magistrat ein gleiches Gesuch erhalten, hierzu aber noch nicht Stellung genommen hat, so bleibt die Eingabe der von der Versammlung geübten Gepflogenheit gemäß zunächst auf sich beruhen.

2. Schreiben des Magistrates in Sachen der von der Versammlung in der Sitzung vom 8. Dezember 1904 — Seite 404 des Berichtes — beantragten Beleuchtung der Zifferblätter der beiden neuen Kirchen. Nach dem hierüber eingeholten Berichte der städtischen Bauverwaltung erscheint die Anlage zur Beleuchtung des Zifferblattes der Paulikirche allenfalls noch ausführbar, während davon bei der Johanniskirche nach Lage der örtlichen Verhältnisse Abstand genommen werden muß. Die Anlagekosten für die Paulikirche würden sich auf etwa 2000 M und die Betriebskosten auf etwa 26,3 M für jede Brennstunde belaufen, das sind für einen durchschnittlich 5—6stündigen täglichen Betrieb 600—700 M jährlich. Mit Rücksicht auf die Höhe dieser Kosten glaubt der Magistrat von einer Beleuchtung des Zifferblattes der Uhr an der Paulikirche absehen zu müssen, während die Beleuchtung des Zifferblattes an der Johanniskirche überhaupt nicht durchführbar ist. — Dieses Schreiben wird zur Einsichtnahme ausgelegt.

Hierauf erhält das Wort zur Abgabe einer Erklärung

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren! Der Magistrat hält es, um unrichtigen Gerüchten vorzubeugen und auch um die Herren Stadtverordneten auf dem Laufenden zu erhalten, für angemessen, der geehrten Versammlung Mitteilung zu machen über den Verlauf der Verhandlungen wegen des Umbaus unserer Bahnhöfe.

Wie Ihnen bekannt, hatte die preussische Eisenbahnverwaltung der Stadt im Jahre 1902 ein Angebot gemacht dahingehend, daß der jetzige Personenbahnhof etwa 1800 m weiter hinausgelegt werden sollte und zwar in die Nähe des Rennels, daß außerdem der Güterbahnhof verschoben und der durch diese Verschiebungen freierwerdende Grundstückskomplex der Stadt überlassen werden sollte. In finanzieller Beziehung war dabei folgender Vorschlag gemacht worden: Der Wert der beiden Komplexe war auf Grund von Schätzungen hiesiger Sachverständiger zu insgesamt 10 194 000 M bemessen worden; es sollte also der Stadt in Form

von Grundstücken ein Wert in dieser Höhe überwiesen werden, wogegen sie sich verpflichten sollte, das Terrain für den neuen Ostbahnhof und die sonstigen neuen Anlagen, das zu 2 300 000 M geschätzt worden war, zu beschaffen und außerdem einen Barzuschuß von 7560 000 M zu leisten. Die gesamte Gegenleistung der Stadt würde demnach 9 860 000 M betragen haben, so daß, wenn wirklich der Wert des der Stadt zu überweisenden Terrains 10 194 000 M betragen sollte, die Stadt noch einen Ueberschuß erzielt haben würde.

Nachdem uns diese Offerte unterbreitet worden war, hielten wir es bekanntlich im Einvernehmen mit den Herren Stadtverordneten für angemessen, nicht ohne weiteres darauf einzugehen, sondern zu versuchen, durch Ausarbeitung und Vorlegung eines anderen Projektes die preußische Eisenbahnverwaltung dahin zu bringen, ein für die Stadt günstigeres Projekt verwirklichen zu lassen. Zu dem Zwecke wurde bekanntlich der Ingenieur Gleim in Hamburg beauftragt, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten. Es ist das geschehen und zwar hat Herr Gleim mehrere Projekte ausgearbeitet, von denen das erste, wenn man von dem Bestreben ausgeht, tunlichst die jetzigen Verhältnisse beizubehalten, das für die Stadt günstigste ist. Nach diesem Projekte sollte der Bahnhof nicht allzuweit südlich von dem jetzigen Bahnhofs angelegt werden und die Personengleise am Augusttore die Wolfenbüttlerstraße kreuzen, sowie durch die Gärten östlich der Brücke hindurch und schließlich die Campestraße entlang geführt werden. Dieses Projekt war naturgemäß das teuerste; es stieß aber auch insofern auf Widerspruch, als bei den staatlichen Behörden Bedenken obwalteten, die Straßenanlage am Augusttore durch die Bahnanlage zu beeinflussen. Infolgedessen haben sich der Magistrat und auch die eingesezte Deputation schließlich für das Projekt D entschieden. Dieses Projekt ging dahin, den Bahnhof etwa 1200 m von dem jetzigen Bahnhofs entfernt anzulegen und das Personengleis durch das ehemalige Bethanien hindurch und dort über die Wolfenbüttlerstraße hinweg zu führen. Nachdem wir dieses Projekt eingereicht hatten, ist uns aber durch das Herzogliche Staatsministerium von dem preußischen Herrn Eisenbahnminister die Mitteilung zugegangen, daß dieses Projekt nicht angenommen werden könnte, sondern darauf bestanden werden müßte, daß zunächst das preußische Projekt einer näheren Erörterung unterzogen würde. Wir haben geglaubt, diesem Ersuchen Folge geben zu sollen und haben bei den dieserhalb am 19. Dezember 1904 stattgehabten Verhandlungen diejenigen Wünsche geltend gemacht, die seitens der städtischen Bauverwaltung geäußert waren und die auch Herr Gleim in einem Projekte, das eine Umarbeitung des preußischen Projektes war, dargelegt hatte. Bei der Verhandlung der einzelnen technischen Fragen des Projektes wurde von den preußischen Kommissaren in den meisten Fällen Entgegenkommen auf die Wünsche der Stadt zugesagt, selbstverständlich in nicht verbindlicher Weise, weil bindende Erklärungen

nicht abgegeben werden konnten, jedoch darf angenommen werden, daß die Wünsche der Stadt tunlichst Berücksichtigung finden.

Was nun — und das ist für uns die Hauptsache — die finanzielle Frage betrifft, so war bei der ursprünglichen Offerte der Stadt insofern noch nicht die Möglichkeit gegeben, deren Tragweite zu übersehen, als nicht angegeben war, wann die von der Stadt zu leistende Barzahlung erfolgen sollte, und das war mit Rücksicht auf die Höhe der geforderten Summe ein wesentlicher Punkt. Ich habe deshalb als diesseitiger Kommissar bei der Verhandlung darauf hingewiesen, daß uns zurzeit eine endgültige Stellungnahme zu der Finanzfrage nicht möglich sei. (Redner verliest den betreffenden Teil des vorläufigen Protokolls über die Sitzung vom 19. Dezember 1904, wonach bezüglich der Finanzierung des Unternehmens der Stadt bestimmte Vorschläge unterbreitet werden sollen.)

Der Magistrat hat es sodann für richtig erachtet, auch der Deputation von diesen Verhandlungen Mitteilung zu machen, um zu erfahren, wie sie sich zu den von den Kommissaren der Stadt abgegebenen Erklärungen stellen würde. In der Deputation wurde von einer Seite geltend gemacht, daß die Hinauslegung des Bahnhofes für die Stadt durchaus kein Vorteil sei (Ruf: Sehr richtig!), im Gegenteil, daß sie einen Teil der Bewohner in der Gegend des jetzigen Bahnhofes, bezw. die betreffenden Grundstücksbesitzer sehr schädigen würde, daß folgeweise die Stadt keine Veranlassung habe, das Projekt in irgend einer Weise zu fördern und daß man, um das Projekt nicht zu verwirklichen, jedes weitere Eingehen auf diesen Vorschlag ablehnen sollte. (Bravo!) Mit Rücksicht auf dieses Bravo gestatte ich mir zu bemerken, daß diese Ansicht nur von einem Mitgliede der Deputation geäußert wurde, während die übrigen Mitglieder anderer Ansicht waren. (Heiterkeit.) Die übrigen Mitglieder der Deputation nahmen nämlich den Standpunkt ein, es unterliege bei Lage der Sache keinem Zweifel, daß die preußische Staatsregierung die Beibehaltung des jetzigen Bahnhofes nicht zugestehen werde. Hierbei sind nicht nur betriebstechnische Gründe maßgebend, sondern wesentlich auch finanzielle Gründe, indem die Beibehaltung eines Kopfbahnhofes der Verwaltung nachweisbar erheblich höhere Betriebsausgaben verursachen wird, als ein Durchgangsbahnhof. Mit Rücksicht hierauf und da die preußische Staatseisenbahnverwaltung genötigt ist, auf eine schnelle und glatte Abwicklung des Verkehrs Rücksicht zu nehmen, kann nach der Ansicht der betr. Deputationsmitglieder nicht darauf gerechnet werden, daß die preußische Staatseisenbahnverwaltung sich bei einem ablehnenden Verhalten der Stadt dazu verstehen würde, den Kopfbahnhof beizubehalten. Wir müssen also nicht nur mit der Möglichkeit, sondern mit der hohen Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Hinauslegung des Personenbahnhofes erfolgen wird. Unter solchen Verhältnissen liegt es nahe, zu fragen: wohin? Und da haben die preußischen Herren Kommissare erklärt, es werde selbstverständlich möglich sein, den Bahnhof weiter

nach der Stadt zu anzulegen, wenn dadurch aber, wie ermittelt worden sei, mehrere Millionen Mark Mehrkosten erwüchsen, so stellte man sich in Berlin auf den Standpunkt, daß das Projekt unannehmbar wäre. Eine Näherlegung des Bahnhofes um etwa 600 m gegenüber dem preußischen Projekte könnte nicht mit etwa 3 bis 5 Millionen Mark aufgewogen werden.

Es entsteht nun für die Stadt die Frage, ob sie, weil sie vielleicht kein Interesse an der Sache hat, sich gegenüber dem Vorgehen der preussischen Staatseisenbahnverwaltung passiv verhalten soll; man war jedoch der Ansicht, daß das nicht richtig sein würde. Wenn, wie hier, ein so gewaltiges Terrain aufgeschlossen wird, so liegt es nach der Ansicht der Deputation nahe, daß die Stadt sagt: wir haben ein Interesse daran, bei der Verwertung des Terrains mitwirken und mitbestimmen zu können. Allerdings haben wir dabei in erster Linie die Finanzen der Stadt im Auge zu behalten und dabei liegt die Sache einfach so, daß man sich die Frage vorzulegen und zu beantworten hat: Kann die Stadt, wenn sie das ganze Terrain zu einem bestimmten Preise übernehmen soll, darauf rechnen, daß sie das Terrain angemessen zu verwerten vermag und dabei wenigstens keinen Schaden macht, sondern möglichst noch Vorteil erzielt? Das ist aber lediglich eine Finanzfrage und muß geprüft werden. Wir haben deshalb beschlossen, die endgültige Offerte abzuwarten, die uns unterbreitet werden wird und einen Beschluß später darüber zu fassen. —

Auf Antrag des Herrn Esdorn wird darauf beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, zu der Beratung der Punkte V bis VII der Tagesordnung den Herrn Kreisbranddirektor Schlunk zuzuziehen.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

1. Erwerb einer Fläche zur Kramerstraße.

Zur Ausführung des von der Versammlung am 6. Oktober 1904 genehmigten Projektes über den Ausbau der Kramerstraße zwischen Ekbert und Schöttlerstraße — Seite 293 des Berichtes — bedarf die Stadt einer im Eigentum der Erben des Rentners Karl Schrader stehenden 10,91 a großen Fläche. Die als Vertreterin der Schraderschen Erben aufgetretene Witwe Schrader fordert für das Terrain 28,40 Ml pro qm, während die städtische Bauverwaltung dessen Wert auf nur 12,50 Ml schätzt. Nachdem die Verhandlungen auf Einigung über einen angemessenen Preis gescheitert sind, wird die Versammlung ersucht, zuzustimmen, daß wegen Erwerbes der betreffenden Fläche das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet werde.

Wie Herr Buchler berichtet, empfiehlt die Baukommission der Versammlung, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Meyer: Zur Erläuterung dieser Vorlage möchte ich mir einige Bemerkungen erlauben. Es handelt sich hier um den Erwerb einer Fläche,

die wir zum Ausbau der Kramerstraße unbedingt nötig haben. Vor annähernd 30 Jahren ist die Stadt schon nahezu daran gewesen, einen Weg dicht neben der jetzt projektierten Straße anzulegen und ist schon damals mit dem inzwischen verstorbenen Provisor Schrader wegen Abtretung des Terrains in Verhandlung getreten. Am 5. April 1876 hat darauf Herr Schrader 4,10 a des Terrains zu 1200 M an die Stadt verkauft und dabei vorbehalten, daß die Auflassung auf Anfordern der Käuferin eintreten solle. Die Zahlung des Preises ist damals sofort erfolgt, jedoch hat die Stadt unbegreiflicherweise niemals einen Antrag auf Auflassung des Terrains gestellt, weshalb das Land noch heute auf Schraders Namen eingetragen steht. Als nun vor kurzem die Verhandlungen wegen Erwerbes des Landes eingeleitet wurden, stellte sich heraus, daß ein Teil des vordem von Herrn Schrader an die Stadt verkauften Terrains gar nicht diesem, sondern der Interessentschaft des Wilhelmitores gehörte. Selbstverständlich hat Herr Schrader das Terrain im guten Glauben mit an die Stadt verkauft. Wir traten deshalb mit den Schraderischen Erben in Verhandlung, um deren ungerechtfertigte Bereicherung auszugleichen. Das hat aber die Familie Schrader verweigert und der Magistrat legt Wert darauf, dieses Vorgehen der Familie in öffentlicher Versammlung darzulegen. Der verstorbene Provisor Schrader hat stets sehr viel Gemeinfinn gezeigt und es liegt sicher nicht im Sinne des Erblassers, daß sich seine Familie eine ungerechtfertigte Bereicherung zum Schaden der Stadt zunutze macht. (Bewegung.)

Die frühere Forderung eines Einheitspreises von 28,40 M hat die Familie Schrader jetzt allerdings auf 19,50 M ermäßigt, jedoch können wir auch hierauf nicht eingehen, weil die städtische Bauverwaltung den Wert des Terrains auf nur 12,50 M pro qm geschätzt hat.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Der Arbeiter Georg Rahn, Ackerstraße 17, hat seit längerer Zeit einen Hund gehalten, ohne dafür Steuer zu zahlen. Die von ihm gemachten Angaben, er habe den Hund nur geliehen, beruhen auf Unwahrheit, weshalb der Herr Vorsitzende anheimgibt, dessen Gesuch um Niederschlagung der gegen ihn erkannten Strafe und um Erlaß der Steuer abzulehnen, was seitens der Versammlung geschieht.

III. Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Wasserwerks.

Behufs Ausführung des Beschlusses der städtischen Behörden, die Wasserfassung des neuen Wasserwerks durch Verlängerung der jetzigen Brunnenreihe über deren Endpunkte hinaus zu erweitern, sind mit den dabei in Betracht

kommenden Grundbesitzern Verhandlungen eingeleitet, die zu folgendem Ergebnisse geführt haben:

I. Westliche Brunnenreihe.

Die Quellwasserdeputation hatte in Aussicht genommen, ein der Schule in Rühme gehöriges Ackerstück zu 1 ha 12 a 28 qm zu erwerben. Für dieses Stück wird vom Herzoglichen Konsistorium ein Preis von 3300 M für 25 a, sowie Abfindung des Pächters, der das Ackerstück noch für drei Jahre gepachtet hat, gefordert.

Da bei der im Jahre 1902 erfolgten Enteignung der benachbarten gleichwertigen Kammerländerei ein Preis von 2250 M für 25 a gezahlt ist, so erscheint dem Magistrate, ungeachtet des Umstandes, daß bei den späteren Enteignungen für die östliche Wasserfassung höhere Entschädigungen festgestellt sind, die Forderung zu hoch; es wird sich daher empfehlen, von einem freihändigen Ankaufe Abstand zu nehmen.

II. Östliche Wasserfassung.

1. Der geradlinigen Verlängerung der auf dem ehemals Wachtmannschen Plane (etwa 30 m westlich der Mittelriede) auslaufenden Brunnenreihe nach Osten zu stellen sich insofern Schwierigkeiten entgegen, als das hier in Betracht kommende Müllersche Grundstück kürzlich an seiner Nordseite mit einem Wohnhause bebaut ist und der Eigentümer einerseits nur einen 15 m breiten Streifen abtreten und andererseits den an den Querumerweg grenzenden Grundstückteil behalten will; Herr Müller fordert überdies 3750 M und, soweit sein Grundstück mit Spargel belegt ist, 5000 M für 25 a nebst Einräumung einer Wegegerechtsame über den eventuell in das Eigentum der Stadt übergehenden Terrainstreifen. Mit Rücksicht auf diese Forderungen und im Hinblick auf den Umstand, daß die Stadt, wenn sie zur Enteignung einer größeren Teilfläche des fraglichen Grundstücks sich entschließen sollte, eventuell genötigt werden könnte, das ganze Grundstück nebst dem neu erbauten Wohnhause zu übernehmen, hat die Quellwasserdeputation empfohlen, das Müllersche Grundstück zu umgehen und zwar, da auch für das an seiner Nordseite gelegene, gleichfalls mit Spargelanlagen versehene Niechersche Grundstück 4000 M für 25 a verlangt wurden, in der Weise, daß das Sammelrohr in südöstlicher Richtung durch den Grotjahn'schen Plan № 113 und unter der Mittelriede sowie dem Querumerwege hindurch bis zu dem Ackerplane № 97 der Feldmark Gliesmarode fortgeführt wird und erst innerhalb dieses Planes wieder Brunnen angelegt werden.

Die Eigentümerin des letztgedachten 59 a 40 qm großen Stückes, Witwe Hinge in Gliesmarode, erklärte sich bereit, das ganze Stück der Stadt zum Preise von 7000 M (etwa 2900 M für 25 a) zu überlassen, auf welche Forderung der Magistrat glaubt eingehen zu sollen.

Der Verlegung des Sammelrohrs innerhalb ihres Grundstücks *N.* 113 hat die Ehefrau des Kaufmanns Grotjahn unter der Bedingung zugestimmt, daß ihr für die Einräumung eines entsprechenden dinglichen Rechtes eine einmalige Entschädigung von 200 *M.* gezahlt werde. Auch diese Forderung erschien annehmbar.

Mit der Witwe Hinge und mit dem Ehemann der Frau Grotjahn sind entsprechende Verträge abgeschlossen worden.

2. Nach Vorschlag der Quellwasserdeputation soll die Wasserfassung jenseits des Hingeshen Grundstücks in nördlicher Richtung an der Gifhorner Bahn entlang fortgeführt werden, weil hier zurzeit noch Wasser in reichlicher Menge vorhanden ist. Es muß deshalb das Sammelrohr ebenso wie zur Erreichung des Hingeshen Grundstücks auch behufs Fortführung durch das Rothesche Grundstück, mithin an zwei Stellen, innerhalb des Duerumerweges verlegt werden und es würde auch angängig sein, in dem an die Eisenbahn grenzenden Wegeterrain einen Rohrbrunnen anzubringen.

Der Vorstand der Feldmarksgemeinde Hagen verlangt für Benutzung der Wege keine besondere Vergütung, vielmehr nur für die Duldung der jetzt auszuführenden Anlagen sowie der schon früher an verschiedenen Stellen hergerichteten Kontrollebrunnen eine Anerkennungsgebühr von jährlich 4 *M.* 50 *S.* Diese Forderung kann zugestanden werden.

3. Der Rothesche mit dem zu 4900 *M.* versicherten Gebäude *N.* ass. 6563 bebaute und mit Obstbäumen und Sträuchern besetzte Garten umfaßt die beiden Pläne *N.* 138 zu 44 a 22 qm und *N.* 139 zu 47 a 15 qm, mithin zusammen 91 a 37 qm.

Der Kaufmann Rothe lehnte die Abtretung eines 20 m breiten Streifens seines Gesamtgrundstücks, der für die Herrichtung der Brunnenanlage genügen würde, ab und forderte für das ganze Grundstück 14 000 *M.*, mithin nach Abzug von 4900 *M.* für das Gebäude $\frac{9100}{9137} = \text{rund } 1 \text{ } M \text{ pro qm oder } 2500 \text{ } M \text{ pro } 25 \text{ a.}$ Diese Forderung erschien dem Magistrate annehmbar, wenngleich eine angemessene Verwertung des fr. Bauwerkes schwerlich zu erzielen ist. Es wurde deshalb das Gesamtgrundstück durch ein Mitglied des Magistrates vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Behörden für 14 000 *M.* angekauft.

In dem aufgenommenen Vertrage sind gleichzeitig, da das Grundstück *N.* 138 an den Schornsteinbauer Behrens und das Grundstück *N.* 139 an den Kaufmann Hieronymi auf mehrere Jahre verpachtet ist, Bestimmungen wegen Befriedigung der Pächter enthalten. Da indessen Herr Hieronymi alsbald nach Abschluß des Vertrages Forderungen geltend machte, auf die der Magistrat glaubte nicht eingehen zu können, so wurde Herrn Rothe eröffnet, daß der zwischen ihm und dem

betreffenden Magistratsmitglieder vereinbarte Kaufvertrag vom Magistrate nicht genehmigt werden könne.

Nach dieser Eröffnung hat Herr Rothe angezeigt, daß er bereit sei, das ganze Grundstück der Stadt zum 1. April cr. pachtfrei zu übergeben, wenn ihm außer der an Behrens zu zahlenden Entschädigung von 200 M ein Zuschuß zu der dem Herrn Hieronymi zu gewährenden Abfindung in Höhe von 250 M gezahlt werde. Diese Forderungen können nach der Ansicht des Magistrates bewilligt werden.

4. Der an die Nordseite des Rotheschen Grundstücks grenzende Acker- und Wiesenplan *N*. 137 zu 57 a 9 qm ist Eigentum des Gärtners Ehrenberg, der sich bereit erklärte, das ganze Grundstück der Stadt zum Preise von 2400 M pro 25 a zu überlassen. Da es nach Ansicht des Direktors von Feilich nicht ausgeschlossen war, die zunächst an der Ostseite des Grundstücks geplante Brunnenreihe entlang der Nordgrenze desselben bis an den das Grundstück im Westen begrenzenden Feldweg fortzuführen, so erschien es dem Magistrate zweckmäßig, das ganze Grundstück zu erwerben, was geschehen ist. Nach dem abgeschlossenen Kaufvertrage ist dem Herrn Ehrenberg außer dem oben gedachten Kaufpreise auch die Nutzung des zur Anlage der Wasserfassung nicht erforderlichen Grundstücksteiles bis zum Herbst 1905 zugebilligt worden.

Inzwischen sind nun aber Probebohrungen ausgeführt, die ergeben haben, daß auf dem Rotheschen Grundstück gutes, wenn auch eisenhaltiges Wasser zu gewinnen ist, während nach Norden zu und insbesondere auf dem Ehrenbergischen Grundstück die undurchlässige Schicht so stark ansteigt, daß hier die Anlegung von Brunnen nicht ratsam erscheint. Es soll festgestellt werden, ob diese Schicht weiter nach der Schunter zu sich wieder senkt; in diesem Falle würde es sich empfehlen, das Sammelrohr glatt durch das Ehrenbergische Grundstück hindurchzuführen und nördlich davon noch eine Anzahl Brunnen herzurichten. Hierüber behält sich der Magistrat einstweilen weitere Anträge vor.

Die Versammlung wird hiernach ersucht:

- 1) die mit der Ehefrau Grotjahn und dem Kaufmann Rothe hier selbst sowie mit der Witwe Hinge in Gliesmarode abgeschlossenen Verträge zu genehmigen;
- 2) die Zahlung der von der Feldmarksgemeinde Hagen geforderten Anerkennungsgeld zu bewilligen und
- 3) der Enteignung des der Schule in Rühme gehörigen Grundstücks zuzustimmen.

Schließlich wird noch bemerkt, daß der Kaufmann Hieronymi gebeten hat, ihm das obengedachte Rothesche Grundstück mit Ausnahme der zur Anlage der Wasserfassung bestimmten Teilfläche für 300 M jährlich mit der Maßgabe zu verpachten, daß die Stadt zur Aufwendung irgend welcher Unterhaltungskosten für die Ge-

bäude und Einfriedigungen nicht verpflichtet sein soll, diese vielmehr dem Pächter zur Last fallen, und daß die Lösung des Pachtvertrages immer nur zum 1. November nach ein Jahr zuvor erfolgter Kündigung zulässig sein soll. Aenderungen an den Gebäuden und Einfriedigungen sowie die Wegnahme von Bäumen und Sträuchern sollen der Genehmigung des Magistrates bedürfen. Es wird anheimgegeben,

für den Fall der Genehmigung des Ankaufes des Grundstücks auch der vorgedachten Verpachtung desselben zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, wird die Vorlage in allen ihren Teilen genehmigt.

IV. Ankauf des Domesees etc.

Bei Ausführung der Vorarbeiten für das neue Grundwasservert sind wegen stadtseitigen Ankaufs des den von Boffeschen Erben gehörigen Domesees und der dazu gehörigen Acker- und Wiesenflächen Verhandlungen gepflogen, die mit Rücksicht auf den derzeit geforderten Kaufpreis ohne Erfolg blieben.

Nachdem nun neuerdings die fraglichen Grundflächen (zusammen 11 ha 3 a 67 qm) der Stadt abermals und zwar nunmehr für 50000 M angeboten sind, hat der Magistrat geglaubt, auf dieses Angebot eingehen zu sollen.

Für die Wassergewinnung selbst sind die Grundstücke freilich ohne Bedeutung; aber es ist zu berücksichtigen, daß das Schunterwasser bei Hochwasser durch den Abflußgraben in den Domesee zurückgestaut wird, und daß hierdurch die an der Ostseite des Domesees hergerichteten Brunnen um deswillen gefährdet werden können, weil das Schunterwasser, wie hinlänglich bekannt, durch die Abflüsse des Beyenröder Kaliwerkes stark verunreinigt wird. Auch abgesehen hiervon erscheint es im Interesse der Reinerhaltung der Brunnen wünschenswert, die tief liegenden Flächen des Domesees selbst und des südlich davon gelegenen sogenannten Bullenteiches in das Eigentum der Stadt übergehen zu lassen, um die Einrichtung von Betrieben, die die Brunnen verunreinigen könnten, zu verhüten.

Endlich aber wird es auch für wünschenswert erachtet, daß die Stadt größere zusammenhängende Komplexe, auch wenn eine unmittelbare Verwendung dafür einstweilen nicht gegeben ist, bei annehmbaren Preisen zu erlangen sucht, weil andernfalls in späteren Zeiten die Schaffung größerer freier Plätze nur unter Aufwendung sehr erheblicher Mittel möglich sein wird. Der Magistrat hat hier nach den fraglichen Grundbesitz für 50000 M angekauft und dabei gleichzeitig die Verpflichtung übernommen, in die seitens der Verkäufer abgeschlossenen Pachtverträge, wonach die einzelnen Stücke für insgesamt rund 1200 M verpachtet sind, einzutreten. Von diesen Pachtverträgen läuft der mit Joh. Hüfner abgeschlossene, wonach dem Genannten rund 4 Morgen Spargelland für jährlich 120 M verpachtet

sind, bis 12. März 1912; die übrigen Verträge dagegen sind kündbar. Es wird sich, falls der Ankauf zustande kommt, empfehlen, einstweilen die Verträge fortzusetzen, dabei jedoch auf eine allmähliche Auffüllung und spätere Kultivierung der tief liegenden morastigen Flächen Bedacht zu nehmen.

Von dem vereinbarten Kaufpreise soll die Hälfte bar gezahlt werden, während der Rest auf Wunsch der Verkäufer zu deren Gunsten bzw. zugunsten einer durch sie vertretenen Familienstiftung auf das Kaufobjekt hypothekarisch eingetragen und mit $3\frac{1}{2}\%$ jährlich verzinst werden soll. —

Falls die Versammlung Bedenken tragen sollte, dem stadtseitigen Grunderwerbe zuzustimmen, ist das Große Waisenhaus B. M. V. bereit, den Komplex anzukaufen. Der Magistrat gibt anheim, den vorgelegten Vertrag zu genehmigen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Die Finanzkommission ist nach eingehender Beratung zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung zu empfehlen, den Ankauf des Domesees nebst angrenzender Länderei nicht dem Waisenhause zu überlassen, sondern auf eigene Rechnung auszuführen. Wenn man das ganze Geschäft als solches betrachtet und alle Vorteile, die der Stadt durch den Ankauf des Domesees zc. erwachsen, in Betracht zieht, gleichzeitig auch berücksichtigt, daß durch eine Verpachtung der Ländereien eine Verzinsung des stadtseitig aufgewendeten Kapitals mit fast 3% zu erwarten ist und daß der Stadt durch den Ankauf auch die Möglichkeit erwächst, das Terrain als Winterarbeit für Arbeitslose zu benutzen, so kann aus allen diesen Gründen der Ankauf nur empfohlen werden. Was den letzteren Punkt betrifft, so läßt sich wohl annehmen, daß nichts anderes übrig bleiben wird, als den See mit dem dort in der Nachbarschaft vorhandenen Boden zuzuschütten, das gewonnene Land mit dem Pfluge zu überziehen und vielleicht eine Spargelkultur darauf anzulegen. Der für das Terrain geforderte Preis ist nicht gerade sehr billig zu nennen, jedoch scheint er auch nicht übermäßig hoch zu sein. Auf die Einzelheiten des Vertrages einzugehen, ist nicht möglich, weil dessen Vergleichung mit den Plänen sich überaus schwierig gestaltet. Die Finanzkommission gibt also anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Nieke: Bekanntlich ist wegen Erwerbes der Ländereien schon früher mit den Eigentümern verhandelt worden. Damals haben diese einen erheblich höheren Preis, ich glaube etwa 70 000 M., gefordert. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob auch diesmal die auf dem Terrain stehenden Gebäude untersucht worden sind, da bei der früheren Besichtigung sich herausstellte, daß das Wohnhaus mächtig mit Schwamm durchsetzt war. Sollte das auch jetzt noch der Fall sein, so würde das Gebäude als minderwertig anzusehen sein. Da aus der Vorlage nicht zu ersehen ist, wie hoch die Gebäude bewertet sind, so möchte ich um Auskunft hierüber bitten.

Im allgemeinen bin ich prinzipiell dafür, daß die Stadt sich mehr als bisher den Erwerb von Grund und Boden rechtzeitig sichert, damit sie in der Lage ist, den sogenannten Mittelstandsrettern nicht in die Hände zu fallen, wenn sie Grundstücke gebraucht, denn diese Herren bieten ihre Grundstücke gewöhnlich zum Kauf an. Zum Beweise dessen brauche ich nur auf den Erwerb der Schulgrundstücke hinzuweisen.

Außer den schon in der Vorlage gekennzeichneten Vorteilen liegt in dem Erwerbe des Terrains noch der weitere Vorteil für die Stadt, daß sie einen Platz gewinnt zum Abladen des städtischen Kehrrechts und Bauschuttes, nachdem der Bürgerpark fertig gestellt sein wird. Wir brauchen nicht etwa das hohe Gelände in der Umgebung des Domeseeß abzutragen und damit den See auszufüllen, sondern es kann sogar der Torf und der Humus noch herausgebracht und der Schutt hineingefahren werden, um auf diese Weise den See auszufüllen. Wenn wir den geforderten Preis mit dem für die in der Nähe liegenden Kammerländereien gezahlten Preise in Parallele stellen, so ist er nicht zu hoch, da das Terrain, abgesehen von der sumpfigen Strecke, ebensoviel wert ist, wie die Kammerländereien.

Herr Hauswaldt: Die Frage des Herrn Rieke kann ich dahin beantworten, daß die Gebäude mit Ruß angenommen sind.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratsvorlage zu.

V. Vermehrung und Lohnaufbesserung der Berufsfeuerwehr.

Herr Lord: In der vorigen Sitzung habe ich die Magistratsvorlage bereits vollständig vorgetragen und auch namens der Finanzkommission ausführlich darüber berichtet. Da Vorlage und Kommissionsbericht Ihnen in dem Berichte über die Sitzung vom 26. Januar d. Js. auf den Seiten 481 bis 487 gedruckt vorliegen, so nehme ich an, daß Sie mein Referat nicht noch einmal zu hören wünschen. (Zustimmung.)

Ich möchte indessen mein Referat noch insofern vervollständigen, als ich mitteile, daß in der Finanzkommission der Antrag gestellt wurde, wenigstens die Oberfeuerwehrmänner fest anzustellen. Bekanntlich geht der Antrag des Herrn Kreisbranddirektors dahin, die sämtlichen Feuerwehrleute fest anzustellen, während der Magistrat dies ablehnt und zwar aus Gründen, denen man sich nicht verschließen kann. Trotz dieser Gründe habe ich aber in der Kommission den Antrag gestellt, wenigstens die Oberfeuerwehrmänner fest anzustellen und zwar unter Hinweis darauf, daß hierdurch diesen Bediensteten, die mindestens vier Jahre als Feuerwehrmänner tätig gewesen sind und sich dienstlich ausgezeichnet haben, eine festere Position gegeben wird. Von dem Magistrate ist darauf mit den Gründen erwidert worden, die Sie in der Vorlage finden und die allerdings nicht unerheb-

lich sind, daß nämlich die Feuerwehrmänner im allgemeinen mit dem 40. Lebensjahre abgängig und bei fester Anstellung dann in größerer Zahl anderweit in städtischen Diensten unterzubringen sein würden, wozu kaum Stellen genug vorhanden wären, oder daß der Pensionsfonds in erheblichem Maße anwachsen würde. Der wichtigste Grund des Magistrates gegen die feste Anstellung der Feuerwehrmänner besteht aber darin, daß der Staat sich die Zuführung einer neuen Kategorie von Beamten in größerer Zahl zur Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt voraussichtlich nicht gefallen lassen wird. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob diese Voraussetzung zutreffen würde; vielleicht könnte man es darauf ankommen lassen, ob seitens des Staates etwas dagegen eingewendet werden würde. Mein Antrag ist in der Kommission aber in der Minorität geblieben.

Ich empfehle Ihnen also nochmals, die Vorlage des Magistrates mit den in der vorigen Sitzung erwähnten beiden kleinen Aenderungen anzunehmen.

Herr Löschigt: Ehe ich auf die Einzelheiten der Vorlage eingehe, möchte ich mir die Anfrage an den Herrn Kreisbranddirektor erlauben, ob die von der Finanzkommission befürwortete Aufbesserung des Einkommens der Feuerwehrmannschaften genügen wird, um mit diesen Sätzen Material zu bekommen, wie er es für seinen Beruf gebraucht; ferner ob er mit den mehr bewilligten Leuten in der Lage ist, die Feuerwehr besser auszugestalten, obwohl zurzeit Feuernebenwachen noch nicht eingerichtet werden sollen, so daß wir auf alle Fälle gegen Feuergefahr geschützt werden.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Zu den gestellten Fragen möchte ich mir folgendes zu bemerken gestatten: Soweit ich die Verhältnisse hier übersehen kann, werde ich mit den Lohnsätzen genügend gutes Material bekommen. In der kurzen Zeit, seitdem bekannt geworden ist, daß eine Gehaltsaufbesserung der Feuerleute von 900 M bis 1200 M auf 1000 bis 1500 M stattfinden soll, haben sich zu den Stellen viele Handwerker gemeldet und zwar auch solche, die sich früher nie unter den Bewerbern um Feuermannsstellen befunden haben, nämlich Schlosser und Tischler, die ich bei der Feuerwehr gar nicht entbehren kann. Das Gehalt würde also für den Zweck ausreichen.

Was die zweite Frage betrifft, so muß ich allerdings bemerken, daß die Schlagfertigkeit der Feuerwehr durch die Anträge des Magistrates um fast nichts verbessert wird, weil die Vermehrung des Personals fast ganz durch die kürzere Dienstdauer der Leute verschlungen wird. Nach Genehmigung der Magistratevorlage werden mir täglich 18 Mann zur Verfügung stehen, wenn ich die regelmäßigen Abgänge absehe. Zur Besetzung von vier Fahrzeugen benötige ich aber unbedingt 16 Mann, so daß ich mit einer Verbesserung um 2 Mann zu rechnen habe. Das ist aber eine kaum nennenswerte Zahl, denn diese 2 Mann sollen

die Reservemannschaft bilden und eventuell ein zweites Feuer bekämpfen können. Kommt nun noch hinzu, daß der Unfallmelder gezogen wird, so müssen die 2 Mann mit dem Unfallwagen ausrücken, es ist dann also kein Mann vorhanden. Ein solcher Fall ist schon verschiedene Male vorgekommen. Die Bekämpfung eines zweiten Feuers ist dann also unmöglich.

Herr Ohlendorf: Entgegen der Ansicht der Finanzkommission sind wir der Meinung, daß die Forderungen des Herrn Kreisbranddirektors voll und ganz berechtigt sind. Was zunächst die Höhe des Einkommens betrifft, so möchte ich Sie dringend bitten, den von diesem geforderten Gehaltsätzen zuzustimmen. Betrachten Sie doch einmal die Anstellungsbedingungen: Sie verlangen völlig gesunde, durchaus zuverlässige und unbefohlene Personen. Wenn man aber geradezu tadellose Leute verlangt, so muß man ihnen auch ein anständiges Gehalt geben und unter diesen Umständen ist das vom Kreisbranddirektor verlangte Gehalt sicherlich nicht zu hoch gegriffen. In der letzten Sitzung ist auch bemängelt worden, daß die von dem Herrn aufgenommene Statistik, bei welcher Braunschweig 26 Städten gegenübergestellt wurde, vielleicht nicht ganz richtig sei. Ich kann das nicht glauben, da sonst jede andere Statistik auch bemängelt werden müßte. Unter den 26 Städten finden sich fast sämtliche Städte vor, die bei einem Vergleiche mit Braunschweig in Betracht kommen können, wenn auch die eine oder andere Stadt fehlen mag. Soweit also die Gehaltsfrage in Betracht kommt, möchte ich bitten, diejenigen Sätze zu bewilligen, welche der Kreisbranddirektor für notwendig gehalten hat.

Betreffs der Arbeitszeit kann ich mich den Forderungen dieses Herrn ebenfalls anschließen. Wir haben diese Aenderung schon früher für nötig gehalten, denn es ist nicht angängig, daß die Feuerwehrleute 72 Stunden hinter einander Dienst haben. Es kann der Fall eintreten, daß sie in der letzten Stunde ihres Dienstes zu einem Feuer gerufen werden; sie können dann aber nicht mehr so tüchtig arbeiten, wie es verlangt werden muß. Wir haben es deshalb mit Freuden begrüßt, daß jetzt nur noch eine Arbeitszeit von höchstens 48 Stunden verlangt wird und darauf eine Ruhepause von 24 Stunden eintritt. Leider sollen die Theaterwachen nicht wegfallen, sondern in der dienstfreien Zeit weiter ausgeübt werden. Aus dem Berichte des Kreisbranddirektors geht auch, in Bestätigung unserer früheren Mitteilung, hervor, daß diese Wachen sich oft auf fünf Stunden ausdehnen, die von den freien 24 Stunden dann noch abgehen. Das mindeste, was verlangt werden muß, sind deshalb 24 Stunden Dienst und 24 Stunden Ruhe (Feierzeit). Ich bitte daher dringend, auch diese Forderung des Kreisbranddirektors anzunehmen. Auch die Entlohnung für die Theaterwache ist nicht als angemessen zu bezeichnen, da die Leute für eine fünfstündige Wache im Hoftheater nur eine Mark erhalten, während sie allerdings im Saalbau besser bezahlt

werden. Wenn Feuerwehrleute nach einem 48stündigen Dienste eine Ruhezeit von 24 Stunden haben und sie müssen während dieser Ruhezeit noch 5 Stunden arbeiten, so ist das als eine Ueberstundenarbeit anzusehen, die nicht für eine Mark geleistet werden darf. Es wäre doch wohl möglich, auch nach dieser Richtung hin Remedur zu schaffen, damit eine bessere Entlohnung erfolgt.

Namens meiner Freunde zugleich will ich die Anträge des Herrn Kreisbranddirektors wieder aufnehmen und bitte, ihnen zuzustimmen. Wenn gesagt worden ist, wir könnten diese, auch von Ihnen als notwendig anerkannten Aenderungen aus finanziellen Rücksichten nicht durchführen, so will ich darauf hinweisen, daß wir für andere minder notwendige Sachen, z. B. für die Verschönerung von Brücken 2c., immer noch 10000 M. bis 20000 M. übrig gehabt haben. Wenn wir aber dafür solche Summen übrig haben, so muß auch hierfür Geld vorhanden sein.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Verhandlung auf die Einrichtung von Nebenwachen nicht ausgedehnt wird, da diese zurzeit nicht zur Beratung steht.

Herr Löschigk: Ich möchte nunmehr auf die Einzelheiten der Vorlage eingehen. Da der Herr Kreisbranddirektor die vom Magistrate beantragten Gehaltsätze vorläufig als genügend anerkannt hat, so scheidet diese Frage für mich aus. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Vermehrung der Feuerwehrmannschaften eine größere sein muß, als sie der Magistrat beantragt hat. Als wir seinerzeit beschlossen, das Amt eines Kreisbranddirektors als ein selbständiges zu schaffen, beabsichtigten wir damit auch, daß unsere Feuerwehr von ihm verbessert werden sollte. Wenn ihm jetzt aber nur zwei Mann mehr bewilligt werden, so ist damit gar nichts gebessert worden. Ich möchte vom Magistrate hören, wie viel Mann nötig sind, um im Notfalle zwei Feuer zugleich zu bekämpfen.

Was den Punkt: Anstellung der Chargierten, anbelangt, so mögen vielleicht Schwierigkeiten obwalten, um das Richtige wegen der späteren Pensionierung dieser Leute herauszufinden; es muß jedoch etwas für die Leute geschehen, wenn sie Lust und Liebe für ihren Beruf haben sollen. Man kann sie auch nicht mit anderen Subalternbeamten vergleichen, weil sie unter Umständen ihr Leben für uns in die Schanze schlagen müssen, was von anderen Beamten nicht verlangt wird. Der Umstand, daß die Leute schon vielfach mit dem 40. Lebensjahre aus dem Feuerwehrdienste scheiden müssen, ist ein Grund mehr dafür, sie besser zu stellen, als andere Beamte. Mit Rücksicht auf den schweren Beruf dieser Leute werde ich den Antrag stellen, die Oberfeuerwehrleute pensionsberechtigt anzustellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Ohlendorf hat seine Forderungen in einer Form geltend gemacht, als ob der Magistrat mit dem Kreisbranddirektor über die betreffenden Verhältnisse nicht einer Meinung wäre. Das ist aber nicht richtig. So ist z. B. die Frage der Dienstdauer der Feuerwehrmannschaften nach

den Vorschlägen des Herrn Kreisbranddirektors geregelt worden. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Herr Ohlendorf auch in dieser Beziehung den Antrag des Herrn Kreisbranddirektors wieder aufnehmen will. (Widerspruch des Herrn Ohlendorf.) Also dieser Punkt soll ausscheiden? (Zustimmung.) Ferner hat Herr Ohlendorf gemeint, die Theaterwache müßte wegfallen (Widerspruch) oder doch wenigstens besser bezahlt werden. In dieser Beziehung will ich bemerken, daß ich den Herrn Kreisbranddirektor gefragt habe, ob die weitere Stellung der Theaterwache, nach der Vermehrung und der Dienst erleichterung des Personals, Bedenken unterliegen würde, welche Frage er verneint hat. Unter diesen Umständen hielten wir es für zulässig, die Theaterwache weiter zu stellen. Was die Entlohnung für diese Wache betrifft, so schweben darüber zurzeit Verhandlungen, die bis zur Erledigung dieser Vorlage ausgesetzt worden sind. Es ist der Hoftheaterintendantur gegenüber der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte die Entschädigung für die Theaterwache erhöht werden, worauf sich diese an die Herzogliche Kammer gewandt hat, der die Feuerversicherung des Theaters obliegt.

Herr Löschigk möchte wissen, wie viele Mannschaften nötig sind, um die Stadt gegen jede Feuergefahr zu sichern. Diese Frage kann aber kein Mensch beantworten, so daß es ganz erklärlich ist, wenn in dieser Beziehung zwischen dem Magistrate und dem Kreisbranddirektor Differenzen obwalten. Ich verdanke es diesem gar nicht, daß er große Forderungen an Personal stellt. Man pflegt zu sagen: Neue Besen fegen gut. Das Sprichwort läßt sich auch hier anwenden, jedoch muß man berücksichtigen, daß der Herr Kreisbranddirektor die finanzielle Lage der Stadt noch nicht genügend kennt und diese hierbei nicht unberücksichtigt bleiben darf. Wir haben versucht, dies in der Vorlage näher darzulegen und es sollte mir leid tun, wenn Herr Löschigk durch unsere Gründe nicht überzeugt worden wäre. Auch hier habe ich den Herrn Kreisbranddirektor gefragt, ob er einstweilen mit unseren Vorschlägen einverstanden sei, welche Frage er mit Ja beantwortet hat. Daß er im stillen die Hoffnung hegt, im nächsten Jahre wieder einige Mann zu bekommen, will ich ihm nicht verdenken.

Ueber die Anstellung der Chargierten läßt sich streiten, aber so schlimm, wie Herr Löschigk die Sache darstellt, liegt sie auch nicht. Wir haben doch schon früher die Ruhegehälter für die städtischen Bediensteten eingeführt und in dieser Weise auch für die Chargierten der Feuerwehr Vorsorge getroffen. Unsere Bedenken gegen die feste Anstellung der Leute sind nicht von der Hand zu weisen, und ich sollte meinen, besonders der Umstand, daß bisher schon die Oberfeuerwehrleute zur Besetzung anderer städtischen Stellen verwendet worden sind, gibt die Gewähr dafür, daß die Leute nicht auf die Straße gesetzt werden. Es ist das durchaus nicht die Absicht des Magistrates. Wir sind der Ansicht, daß die Feuerwehrleute nicht nur als solche, sondern auch mit der Feder etwas ausgebildet werden, damit

sie später zu besser dotierten Stellen der Stadtverwaltung herangezogen werden können. Jedenfalls ist den Leuten mehr damit gedient, daß ihnen diese Laufbahn eröffnet wird, als wenn sie bei der Feuerwehr Pension bekommen.

Herr Wesemeier: Wenn der Herr Kreisbranddirektor Schlunt im vorigen Jahre das Unglück gehabt hätte, als Stadtverordneter seinen Antrag hier zu vertreten und einer bestimmten Parteirichtung anzugehören, dann hätte er müssen von Herrn Schmidt folgende Worte hören:

„Der Antrag charakterisiere sich als ein Tendenzantrag, der nur dazu eingebracht sei, um die städtischen Arbeiter in die Reihen der Herren dort drüben hinüberzuziehen. Die Mehrzahl der Arbeiter sei mit dem ihnen gezahlten Lohne zufrieden, aber wenn man ihnen sage, sie könnten einen um 10 % erhöhten Lohn erhalten, dann würden sie natürlich nichts dagegen haben. Die Arbeiter gehörten wohl noch nicht alle zu den Sozialdemokraten, deshalb müßte ihnen gezeigt werden, wer als ihre Beglückter anzusehen seien und damit sei der Zweck des Antrages erreicht.“

Diese Worte fielen, als wir den Antrag stellten, die Löhne der städtischen Arbeiter um 10 % zu erhöhen und dabei besonders auch auf die Gefährlichkeit der Arbeit bei der Feuerwehr aufmerksam machten. Man griff auch nicht etwa die Feuerwehrleute heraus und sagte, diese Leute haben einen schweren Beruf und müssen in ihrem Einkommen aufgebeffert werden, sondern man hielt uns die verlesenen Worte einfach entgegen. Von Herrn Ribbentrop wurde auch ein Schlußantrag gestellt und dieser in folgender Weise begründet:

„Er könne den Antrag auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung nur als einen Tendenzantrag ansehen, der alljährlich wiederkehre. Die für den Antrag vorgebrachten Gründe seien heute wieder dieselben, wie er sie immer gehört habe, und er betrachte es als ein Attentat auf die Zeit der Versammlung, daß der Antrag wieder eingebracht werde, obwohl die Antragsteller wüßten, daß er doch nicht zur Annahme gelangte.“

Diese Worte würde Herr Schlunt als einfacher Stadtverordneter zu hören bekommen haben, wenn er als solcher gewagt hätte, seine Anträge zu stellen.

Die Verhältnisse bei der hiesigen Feuerwehr müssen übrigens wohl ziemlich kraß liegen, wenn der Herr Kreisbranddirektor erst noch beantragen muß, daß ein Schlafrum für den Radfahrer geschaffen werde, der als menschlich und für einen Menschen bewohnbar anzusehen sei. Wie ist es nur möglich gewesen, daß, um mit dem Herrn Oberbürgermeister zu reden, erst ein neuer Besen von außerhalb kommen mußte, um herauszufinden, daß für den Menschen gar kein geeigneter Schlafrum da war? Herr Meyerhoff antwortete uns damals, als wir darauf hinwiesen, daß die Leute 3 × 24 Stunden nicht aus dem Zeuge kämen:

„Auch mit der 3×24 stündigen Dienstzeit ist es nicht so schlimm; es können ja allerdings große Brände ausbrechen, aber im allgemeinen werden die Leute nicht zu sehr angegriffen, und am vierten Tage sind sie vollständig frei, wenn sie frei haben wollen.“

Als wir also die Anregung gaben, die Zustände zu bessern, war nach der Meinung der Herren alles schön, und es ist auch nichts zu ihrer Besserung geschehen. Erst jetzt, nachdem ein neuer Kreisbranddirektor kam, der eine Abstellung der Mißstände beantragte, fühlte man sich gezwungen, sie anzuerkennen und für ihre Beseitigung einzutreten (Zustimmung des Herrn Hauswaldt), aber als wir die Anregungen gaben, fand man es nicht für nötig, sie zu beseitigen. Das kennzeichnet Sie so recht, meine Herren! Andererseits zeigt sich hierbei auch, daß wir lediglich im öffentlichen Interesse handelten, als wir die Mängel bei der Feuerwehr rügten, denn heute müssen Sie es, gezwungen durch einen auswärtigen Herrn, selbst einsehen.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Ich möchte noch eine Sache klarstellen, damit es nicht den Anschein gewinnt, als ob ich meine Ansicht hinsichtlich der Vermehrung der Zahl der Oberfeuerwehrleute geändert hätte. Als der Herr Oberbürgermeister mir sagte, daß aus finanziellen Gründen nur die jetzt vom Magistrat beantragte Vermehrung der Stellen genehmigt werden könnte, habe ich erwidert, daß ich selbstverständlich mit dem zufrieden sein müßte, was ich bekäme, wenn es eben unmöglich wäre, mehr zu bekommen. Das ist meine Zustimmung gewesen, jedoch ist meine Ansicht, daß die von mir beantragte Vermehrung an Mannschaften notwendig sei, um die Schlagfertigkeit der Feuerwehr zu verbessern, geblieben, und diese Ansicht muß ich auch heute noch vertreten. Also es ist keine Aenderung in meiner Ansicht eingetreten: durch die hier beantragte Vermehrung der Stellen werden lediglich die Dienstverhältnisse der Feuerwehrleute aufgebeßert, während die Schlagfertigkeit dieselbe bleibt.

Herr Esdorn: Nachdem wir von dem Herrn Kreisbranddirektor gehört haben, daß sich nach dem Bekanntwerden der Lohnaufbesserung für die Feuerwehrleute genügend gutes Material für deren Stellen angeboten hat, glaube ich, daß die vom Magistrat beantragten Lohnsätze vorläufig genügen werden. Es wäre ja möglich, daß sich bei der Durchführung der Anträge des Herrn Kreisbranddirektors noch mehr Militäranwärter zu den Stellen der Feuerwehrleute finden würden, jedoch sind diese nicht so gut zu gebrauchen, wie Handwerker. Was den zweiten Punkt anbetrifft, so hat der Herr Kreisbranddirektor erklärt, daß durch die Vorlage eine Verbesserung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr nicht erreicht würde. Wir sollten deshalb diesem Umstande Rechnung tragen und einige Leute mehr bewilligen. Ferner bin ich mit Herrn Böschigt der Meinung, daß wir auch dadurch ein besseres Material bekommen würden, wenn wir wenigstens den Oberfeuer-

wehrlenten die Beamtenqualität beileigten und ihnen Pension zusicherten. Hierin würde eine zu große Belastung der Stadt nicht zu erblicken sein.

Herr Wolters: Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Wesemeier zurückkommen, der einen Widerspruch fand zwischen den früheren Äußerungen des Herrn Schmidt und den heutigen Darlegungen verschiedener Herren. Richtig ist es, daß dem damaligen Antrage auf Erhöhung der Löhne aller städtischen Arbeiter nicht zugestimmt wurde, aber unter welchen Voraussetzungen soll heute auch die Aufbesserung eingeführt werden? In der Vorlage ist gesagt worden, daß als Feuerwehrmänner fortan nur körperlich gewandte, völlig gesunde, durchaus zuverlässige und unbescholtene Personen angenommen werden sollen, die ihrer Militärpflicht mit mindestens guter Führung genügt und, was das wichtigste ist, ein Handwerk erlernt und betrieben haben, wobei namentlich das Schlosser- und das Tischlerhandwerk in Frage kommen. Diese Forderungen stellte man früher nicht, darum: höhere Forderungen und höherer Lohn. Ich kann also einen Widerspruch zu den früheren Äußerungen nicht finden, und ich möchte befürworten, die Anträge der Finanzkommission hinsichtlich der Besoldung der Feuerwehrleute anzunehmen, um auszuprobieren, ob man damit auskommen wird.

Herr Jasper: Den Äußerungen des Herrn Wesemeier gegenüber nehmen die Herren eine zwiefache Stellung ein. Herr Wolters möchte die Sache so darstellen, als seien inzwischen neue Anforderungen an die Feuerwehrleute gestellt worden, während doch allgemein bekannt sein dürfte, daß auch früher schon überwiegend Handwerker, besonders auch Dachdecker, dazu herangezogen wurden, und man auch damals schon Wert darauf legte, daß den Leuten ein guter Leumund innewohnte und sie nicht stahlen. Ich glaube deshalb nicht, daß die Forderungen jetzt wesentlich erhöht worden sind und kann darin einen Grund für die Lohnerhöhungen nicht erblicken.

Herr Hauswaldt ist viel ehrlicher (Heiterkeit) und sagt mit lachendem Munde, wir haben damals der Erhöhung nicht zugestimmt, weil der Antrag von Ihnen kam. Dieses Bekenntnis einer schönen Seele werden wir Ihnen, um das Zitat eines von Ihnen geschätzten Mitgliedes des Magistrates zu gebrauchen, bei passender Gelegenheit gedenken.

Im übrigen möchte ich das vom Herrn Oberbürgermeister gebrauchte Sprichwort aufgreifen, nach dem neue Besen gut lehren. Es ist wahr: was der neue Herr Kreisbranddirektor hier befürwortet hat, scheint auch uns sehr gut zu sein. Hauptsächlich handelt es sich dabei auch um die Vermehrung der Feuerwehr, an der der Herr Kreisbranddirektor festhalten muß trotz der finanziellen Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters, des Magistrates und der Finanzkommission, und zwar einfach aus dem Grunde, weil er sich von seinem technischen Standpunkte aus

sagt, daß er sonst für die Feuerficherheit der Stadt nicht aufkommen kann. Auch heute sagt er noch, er könne beim besten Willen sein Gewissen nicht prostituieren. Es ist also eine weitere Vermehrung des Personals durchaus nötig, weil die vom Magistrate beantragte Vermehrung durch die anderweite Diensterteilung ver-
 schlungen wird. Während wir jetzt 5 Oberfeuerwehrmänner und einen Ober-
 maschinisten haben, soll diese Zahl nach der Magistratsvorlage um 2, also auf 8
 erhöht werden, während der Kreisbranddirektor 11 Mann verlangt. Ferner sind
 jetzt 2 Maschinisten und 35 Feuerwehrleute vorhanden, während fortan nach den
 Vorschlägen des Magistrates zusammen 45 Mann bewilligt werden sollen, der
 Kreisbranddirektor aber 47 Mann verlangt. Das auffälligste ist, daß Magistrat
 und Finanzkommission über die beantragte Vermehrung der Fahrer von 4 auf
 7 Mann einfach stillschweigend weggehen. (Widerspruch. Ruf: Es sind 6 Fahrer
 vom Magistrate beantragt worden!) Dann mag das ein Irrtum von mir sein.
 Wenn man den sachkundigen Ausführungen des Herrn Kreisbranddirektors
 Glauben schenken will — und das tue ich unbedingt — so sind jetzt regelmäßig
 nur drei Fahrer dienstbereit, so daß auch hier eine Vermehrung eintreten muß.
 Ferner kommt in Betracht, daß eine ganze Reihe Feuerwehrleute nicht im eigent-
 lichen Feuerlöschdienste tätig ist, sondern mit Nebenarbeiten beschäftigt wird, die
 an sich ja auch notwendig sind, aber die Leute doch ihrem eigentlichen Dienste
 entziehen. In der Sitzung vom 24. März v. Js. ist schon darauf hingewiesen
 worden, wie ungesund und gemeinschädlich die Nebenarbeiten der Feuerwehrleute
 seien, und hier wird offen zugegeben, daß 11 Mann dem eigentlichen Feuerlösch-
 dienste entzogen werden, so daß von 25 auf Wache befindlichen Leuten nur 14
 ausrücken können. Ein solcher Zustand kann aber bei der stets zunehmenden
 Ausdehnung der Stadt Braunschweig nicht als gut und gesund anerkannt werden.
 Man muß also der Vermehrung der Stellen dieser Bediensteten zustimmen.

Ferner muß man auch wünschen, die Gehalts- und Lohnverhältnisse der
 Feuerwehrleute so zu gestalten, wie sie der Herr Kreisbranddirektor ursprünglich
 formuliert hat. Wenn er auch heute anderer Meinung darüber ist, indem er sagt,
 daß sich inzwischen Leute genug gemeldet hätten, die für die vom Magistrate
 beantragten Löhne arbeiten wollen, so ist mir das doch noch kein Beweis dafür, daß
 die Löhne ausreichend sind. Hauptsächlich ist hierbei für mich maßgebend, daß die
 von ihm selbst angefertigte Statistik dadurch nicht widerlegt worden ist. Wenn in
 dieser Statistik auch wirklich einige deutsche Städte fehlen, so kann das für
 unsere Entscheidung umso weniger ausschlaggebend sein, als die in der Statistik
 angegebenen Zahlen selbst nicht angegriffen worden sind. Sofern dem Magistrate
 diese Statistik nicht vollständig genug erschien, wäre es ihm doch ein leichtes
 gewesen, sie entsprechend zu vervollständigen. Der Hinweis des Magistrates auf
 die Unvollständigkeit der Statistik scheint mir also nur ein Vorwand zu sein.

Selbst wenn auch nicht alle in Betracht kommenden Städte in der Statistik enthalten sein sollten und wirklich noch einige Städte vorhanden wären, die ebenso niedrige Löhne bezahlten wie Braunschweig, so braucht doch unsere Stadt nicht immer die letzte unter den deutschen Städten zu sein; jedenfalls ist es keine Ehre für Braunschweig, in diesem Punkte nachzuhinken. Die Gründe für die Erhöhung der Löhne bestehen also nach wie vor. In dem Berichte des Kreisbranddirektors ist auch besonders angeführt worden, daß als Anstellungsbedingung den Bewerbern aufgegeben worden sei — Herr Dr. Wolters wird allerdings sagen, daß diese Bedingung früher nicht gestellt worden sei, — in der Nähe des Feuerwehrgebäudes wohnen zu müssen. Hierdurch sind die Leute aber in der Auswahl der Wohnungen ungemein beschränkt und müssen relativ höhere Mieten zahlen. Außerdem haben sie eigentlich ständig zwei Haushaltungen zu führen, wodurch die Lebenshaltung ebenfalls verteuert wird. Solche Verhältnisse kommen bei keiner anderen Kategorie von städtischen Beamten vor, weshalb man einen Vergleich mit anderen Beamten gar nicht ziehen kann. Aus diesen Gründen ist der weitergehende Antrag des Herrn Ohlendorf vollständig gerechtfertigt.

Herr Rieke: Als in der vorigen Sitzung die Forderung des Herrn Kreisbranddirektors von Herrn Lord vorgetragen und dabei bemerkt wurde, daß die Durchführung der Wünsche des Kap. VIII von 81 230 M auf 246 000 M in seiner Ausgabe erhöhen würde, da erscholl ein allgemeines Oho. Sieht man sich jetzt aber die Sache näher an, so wird diese Summe nach den Anträgen des Magistrates bei weitem nicht erreicht, denn bei einer Vermehrung um zwei Mann und der beantragten Gehaltsverbesserung kann eine so hohe Summe lange nicht herauskommen. Ich halte es aber für notwendig, daß mindestens im Westen der Stadt in der Gegend der Bürgerstraße eine Feuernebenwache errichtet wird, und ich möchte ersuchen, die hierzu nötigen Schritte einzuleiten.

Da ich kein Hausbesitzer bin und daher Brandkassenbeiträge nicht bezahle, so hätte ich wohl erwartet, daß ein anderes Mitglied der Versammlung dafür eingetreten wäre, den Staat mehr zu den Feuerwehrlasten heranzuziehen, denn warum brennt es hier nicht, aber auf dem Lande viel mehr? Weil wir eben mit hohen Kosten uns einen Schutz in unserer Feuerwehr geschaffen haben, der in solcher Weise dem Lande fehlt. Es würde an sich gar nichts schaden, wenn eine ganze Masse von alten Kaffallen aus der Stadt verschwände; es dürfte dabei nur kein Menschenleben gefährdet werden. Was uns bis jetzt vom Staate geboten worden ist, ist nicht weit her, denn von den beiden Dampfsprizen konnte er wenigstens die eine behalten, wenn er nur in anderer Beziehung zu den uns erwachsenden Kosten beitragen wollte, damit wir das verwirklichen könnten, was der Kreisbranddirektor für notwendig hält. Im Interesse der Sicherheit möchte

ich ersuchen, dafür zu stimmen, daß eine zweite Feuerwache eingerichtet wird. Würden wir wieder eine Brandaffäre wie die Karstadtische hier haben, so würde es trotz der vom Magistrate beantragten Vermehrung der Feuerwehrmannschaften auch nicht viel besser ergehen als damals.

Herr Kolte: Nach genauer Prüfung der Angelegenheit glaube ich, daß man im allgemeinen wohl mit den Vorschlägen des Magistrates auskommen wird. Auf einen Punkt möchte ich aber doch hinweisen: Der Herr Kreisbranddirektor hat 47 Feuerwehrleute angefordert und der Magistrat will ihm nur 45 bewilligen, worauf ersterer erklärte, daß bei 45 Mann die Feuerwehr einmal ganz unbefest sein könnte, wenn nämlich während eines Feuers auch der Unfallwagen ausrücken müßte. Wenn die Verhältnisse so liegen, so trage ich von meinem Standpunkte aus darauf an, wenigstens in dieser Beziehung die Forderungen des Kreisbranddirektors zu erfüllen. Ich möchte die Verantwortung nicht übernehmen, daß ein solcher Fall einmal eintreten könnte. Berücksichtigt man, daß die finanzielle Belastung der Stadt hierdurch um jährlich 2000 M wachsen würde und später um 3000 M, so muß ich sagen, daß ich trotzdem ohne Bedenken dafür stimmen würde. Es ist kein Vergnügen, hohe Steuern zu bezahlen, aber wenn die Notwendigkeit einer Ausgabe so überzeugend nachgewiesen wird, so würde ich den dafür erforderlichen Betrag gern bewilligen.

Vorsitzender: Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich hier feststellen, daß die Anträge des Herrn Kreisbranddirektors sich von den Anträgen des Magistrates dadurch unterscheiden, daß ersterer mehr fordert 3 Oberfeuerwehrleute, 2 Feuerwehrleute und 1 Fahrer.

Herr Hauswaldt: Herr Dr. Jasper hat mich im Gegensatz zu einem anderen Mitgliede der Versammlung „ehrlicher“ genannt. Von diesem an sich schätzenswerten Worte kenne ich aber keinen Komparativ, sondern ich kenne nur ehrliche Leute, nicht auch ehrlichere Leute. Aber auch mit dem Worte ehrlich bin ich sehr vorsichtig. Soll in den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper etwa eine Drohung gegen mich liegen, so gehen sie spurlos an mir vorüber und sind mir ziemlich gleichgültig. Ich will Ihnen auch erklären, weshalb ich der Sache jetzt anders gegenüberstehe als damals. Die Herren glauben immer, wenn sie hier Anträge einbringen, daß wir ein Interesse daran hätten, dagegen zu sein. Das ist durchaus nicht der Fall und die Herren überschätzen sich wirklich. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man solchen Anträgen auf Erhöhung von Gehältern und Löhnen sehr skeptisch gegenüberstehen muß, weil sie immer etwas Agitatorisches an sich haben, auch wenn es gar nicht so gemeint sein mag. Die Beratung des städtischen Etats ist wirklich der einzig richtige Zeitpunkt, wo man solche Sachen in Ruhe besprechen kann. Daß ich heute der Frage anders gegenüberstehe, ist ganz natürlich: Die Anträge kommen von technisch gebildeter Seite, die wissen muß,

wie viel Mannschaften nötig sind, um uns genügenden Schutz gegen Feuersgefahr zu bieten und wie diese Mannschaften angemessen zu entlohnen sind. Sobald aber solche Anträge sporadisch aus der Mitte der Versammlung kommen, sehe ich ihnen immer mit sehr wenig Zutrauen entgegen, weil es ein sehr billiger Ruhm ist, zu lesen, der und der Stadtverordnete hat dafür gestimmt, daß der Lohn der Arbeiter erhöht wird, das kostet nichts und sieht schön aus. Mit Herrn Kiefe bin ich hier, wie öfter schon, derselben Ansicht, daß ich für die Feuersicherheit der Stadt nur das bewillige, was absolut notwendig ist und zwar, wenn ich es trennen könnte, nur so viel, daß das Leben meiner Mitbürger geschützt wird. Für sonstige Sachen würde ich nichts übrig haben, solange wir von Seiten der Landesbrandkasse so behandelt werden wie bisher. Wenn auch hier wieder gesagt wird, die städtischen Vertreter im Landtage müßten dafür sorgen, daß hier baldigst eine Menderung eintritt, so habe ich Ihnen doch im Landtage schon bewiesen, was dabei herauskommt; ich habe verschiedentlich versucht, eine Position für die Stadt zu schaffen, wie sie die Gerechtigkeit und die Höhe unserer Beiträge erfordert. Mit großen Reden kommen wir hier nicht weiter, sondern wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, nur das zu bewilligen, was absolut nötig ist. Lassen Sie es doch ruhig auch hier brennen; die Dörfer sind mit unserm Gelde aufgebaut, also kann damit auch einmal eine schöne Gäßchen- oder Gildenstraße aufgebaut werden. Wir würden die Landesbrandkasse am ehesten gefügig machen, wenn wir für das Feuerlöschwesen gar nichts bewilligten und sie ordentlich zahlen müßte. Sehen Sie sich doch einmal die Rechnung der Landesbrandkasse an: wir zahlen die Brände für das ganze Herzogtum. Sie wissen, daß der Antrag der Abgeordneten aus der Stadt Braunschweig auf Ermäßigung der Beiträge zur Landesbrandkasse einfach unter den Tisch gefallen ist, indem die Kommission ihn nicht beraten hat. Deshalb müssen wir hier gar nichts bewilligen.

Herr Meyerhoff: Ich wollte Herrn Wesemeier erwidern, daß die Feuerwehrleute während des Tagesdienstes mit Turnen beschäftigt werden, was doch wahrhaftig nicht so sehr angreift. Außerdem stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt, nicht mehr zu bewilligen als nötig ist, wenn ich auch die geforderten 5 bis 6 Mann noch gern bewilligen will, um die Feuerwehr noch schlagfertiger zu machen.

Im übrigen besteht doch ein Unterschied zwischen unserer Stadt und den übrigen benannten Städten insofern, als wir hier das Institut der freiwilligen Feuerwehr haben, die anderen Städten fehlt. Wenn wir hiermit brechen wollen, dann müssen wir allerdings die doppelte Mannschaft der Berufsfeuerwehr haben, mit der dann die Stadt nach allen Richtungen hin geschützt ist. Unter den hiesigen Verhältnissen sind aber sogar die nächstliegenden Ortschaften verpflichtet, uns bei ausbrechendem Feuer zur Hilfe zu kommen. Sind wir finanziell in der Lage, die

Mehrforderungen zu bewilligen, so können wir schließlich die geforderten sechs Mann auch noch bewilligen. Wir hatten im Landtage die Sache angeregt, der Stadt größere Zuschüsse zu ihrem Feuerwehrinstitute zu bewilligen, worauf uns erwidert wurde, das Land bezahle der Stadt die Polizei (Auf: 12 000 M) und die Stadt kriege noch so manches vom Lande geschenkt. Wenn wir höhere Zuschüsse für die Feuerwehr haben wollten, wurde uns gesagt, dann würden die Zuschüsse für die Polizei beschnitten werden. Ob das allerdings geht, weiß ich nicht. Herr Kiefe hat gesagt, auf dem Lande brenne es mehr, als in der Stadt; daß es mehr brennt, glaube ich nicht, aber es brennt dort besser! (Heiterkeit.) Trotzdem unsere Feuerwehr noch nicht auf der Höhe der Zeit stehen soll, haben wir vor einem Jahre bei dem Brande des Hagemannschen Hauses an der Echternstraße doch gesehen, daß das große gewaltige Feuer in sehr kurzer Zeit gelöscht wurde, was auf dem Dorfe einfach nicht möglich gewesen wäre. Die Feuerwehren auf dem Lande sind freiwillige und stehen nicht unter der Zucht der Berufsfeuerwehren, daß sie eventuell einmal ihr Leben für ihre Mitmenschen wagen müssen. Auf dem Lande pflegt so gelöscht zu werden, daß hinterher etwas Ersprießliches für den Besitzer des Gebäudes herauskommt. (Heiterkeit.) Ich möchte die Frage an den Herrn Kreisbranddirektor richten, wie er sich zu der freiwilligen Feuerwehr stellt und ob er es für wünschenswert hält, sie beizubehalten. Wenn wir hierüber klar werden, wissen wir auch eher, was wir an Feuerwehrmannschaften zu bewilligen haben. In Hamburg z. B. existiert eine freiwillige Feuerwehr nicht mehr. Wenn aber auch hier die freiwillige Wehr aufgehoben werden sollte, so würde durch die Verdoppelung der Berufsfeuerwehr die Stadt eine gewaltige Belastung erfahren, namentlich wenn man auch noch Nebenwachen einrichten wollte.

Zu der Frage der Landesbrandkasse möchte ich noch bemerken, daß dieser ein gewisses Beitragsgefühl zu fehlen scheint. Wir haben allerdings Zuschüsse zu unseren beiden Dampfprißen erhalten, nämlich vor etwa 20 Jahren 4000 M und später noch einmal 8000 M für die zweite Spritze, aber diese Zuschüsse fallen wenig ins Gewicht gegenüber den gewaltigen Aufwendungen der Stadt für das Feuerlöschwesen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die letzte Äußerung betrifft, so möchte ich dazu bemerken, daß die Summen für die beiden Dampfprißen von dem Herzoglichen Staatsministerium in der entgegenkommendsten Weise außer den gewöhnlichen Zuschüssen bezahlt worden sind. Daneben wurden noch besondere Zuschüsse in Höhe von früher 7000 M, jetzt 9000 M gezahlt. Was die Frage der Vermehrung des Personals betrifft, so läßt sich darüber streiten, ob noch zwei Feuerwehrmänner mehr bewilligt werden sollen oder nicht. Wir haben geglaubt, uns mit 45 Mann zunächst begnügen zu sollen, zumal die freiwillige Feuerwehr, die nicht zu unterschätzen ist, uns auch noch zur Verfügung steht.

Bezüglich des Antrages Riefe, sofort im Westen der Stadt eine Nebenwache zu errichten, hat der Magistrat bereits mitgeteilt, daß die Sache noch in der Schwebe sei.

Zu den Kosten der von dem Herrn Kreisbranddirektor beantragten Neueinrichtungen, die sowohl den ordentlichen, als auch den außerordentlichen Etat betreffen, muß übrigens der Staat zu seinem Teile ebenfalls beitragen und zwar nicht etwa, weil bei ihm ein gewisses Beitragsgefühl vorhanden sein muß, sondern auf Grund des Vertrages vom Jahre 1858. Der Staat ist hiernach verpflichtet, ein Achtel der durch den Feuerchutz entstehenden Kosten zu bewilligen und es ist nirgends gesagt worden, daß hierunter nur die Kosten der laufenden Unterhaltung der Feuerwehr verstanden sein sollen. Wenn wir also ein Grundstück in der Außenstadt zu einer Nebenwache einrichten, so hat der Staat dazu auch seinen Beitrag zu leisten. Darüber muß natürlich erst mit den staatlichen Behörden verhandelt werden; ich sollte aber meinen, Sie müßten herausfühlen, daß unsere Position bei diesen Verhandlungen verschlechtert wird gegenüber den staatlichen Behörden wenn Sie hier beschließen würden, die Nebenwache sofort einzuführen. Deshalb täten Sie wohl besser, diesen Punkt fallen zu lassen.

Vorsitzender: Es ist von Herrn Riefe auch nur ein solcher Wunsch ausgesprochen, nicht aber ein entsprechender Antrag gestellt worden.

Herr Wesemeier: Auf die Ausführungen des Herrn Hauswaldt will ich erwidern, daß es bezeichnend für die Mehrheit der Versammlung ist, bei allen Anträgen, die von uns ausgehen und auf Besserung der Lohnverhältnisse gerichtet sind, zu sagen, es geschehe das aus agitatorischen Rücksichten, statt uns praktisch zu beweisen, daß die gezahlten Löhne ausreichend seien. Eine Ausnahme machte seinerzeit Herr Fübels, der durch Aufstellung vergleichender Lohntabellen wenigstens den Nachweis zu erbringen versuchte, daß die Löhne gut seien. Ich bestreite entschieden, daß uns bei der Einbringung unserer Anträge andere Motive leiten, als die Wohlfahrt der städtischen Bediensteten. Sie haben es ja in der Hand, zu untersuchen, was an unseren Anträgen richtig ist, aber das geschieht nicht. In dem hier vorliegenden eklatanten Falle können wir klar beweisen, daß unsere Anträge seinerzeit im Interesse der Allgemeinheit gestellt waren und sie von Ihnen nur abgelehnt wurden, weil wir sie gestellt hatten. Sie können hierin aber leicht eine Aenderung eintreten lassen und unser „agitatorisches Vorgehen“ abstellen, wenn Sie selbst solche Anträge einbringen; ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Sie dabei unsere Unterstützung finden werden.

Herr Günther: Nach der Aeußerung des Herrn Kreisbranddirektors kann der Fall eintreten, daß die Feuerwehr einmal gar nicht besetzt ist, und bei der Meldung eines zweiten Feuers nicht direkt eingegriffen werden kann. Schon dieser Umstand müßte uns leiten, die Forderungen des Kreisbranddirektors zu bewilligen.

So leicht, wie Herr Hauswaldt meint, kann man doch nicht über die Sache wegkommen, indem man es ruhig in der Echternstraße brennen lassen will. Es handelt sich nicht nur darum, daß bei einem solchen Feuer Menschenleben in Gefahr kommen können, sondern daß manche Bewohner durch einen Brand schwerer geschädigt werden können, als die Landesbrandkasse. Wer würde außerdem in solchem Falle die Vorwürfe bekommen? Unser Feuerwehrwesen würde doch dann als mangelhaft hingestellt werden und die Hauptschuld daran träfe uns, weil wir die dafür erforderlichen Summen nicht bewilligt haben. Ich halte es also für durchaus notwendig, die Forderungen des Kreisbranddirektors für die Personalvermehrung zu bewilligen, zumal es sich dabei um eine recht unbedeutende Summe handelt, denn die mehr geforderten sechs Mann kosten doch nur etwa 10 000 M im Jahre.

Vorsitzender: Herr Löschigt hat sich zum dritten Male zum Worte gemeldet. Da es sich in dieser Vorlage um verschiedene Gegenstände handelt, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung an, daß ich Herrn Löschigt noch einmal das Wort erteilen darf. (Zustimmung.)

Herr Löschigt: Wenn wir unsere freiwilligen Feuerwehren aufheben wollten, so würde der Herr Kreisbranddirektor wahrscheinlich noch mit ganz anderen Forderungen kommen, deshalb müssen wir diese Frage hier ganz aus dem Spiele lassen. Ich setze auch voraus, daß uns unsere freiwilligen Feuerwehren nach wie vor im Falle der Not unterstützen werden. Damit aber der Fall vermieden wird, daß einmal die Feuerwache unter den vorgetragenen Verhältnissen ganz von Mannschaften entblößt ist, möchte ich bitten, die mehr geforderten fünf Feuerwehrmannschaften außer der vom Magistrat beantragten Erhöhung der Mannschaftszahl zu bewilligen. Ich kann nicht finden, daß unsere Finanzen so schlecht sein sollen, um diese fünf Mann nicht auch noch bezahlen zu können. Wenn wir uns auch im Augenblicke vielleicht in einer schwierigen Lage befinden, so ist es doch möglich, daß wir bei verschiedenen Sachen noch sparen können. (Widerspruch am Magistratsstische.)

Herr Wolters: Ich würde es für bedenklich halten, die über die Anträge der Finanzkommission hinausgehenden, von mehreren Rednern geäußerten weiteren Wünsche schon jetzt zu erfüllen. Als wir in einer früheren Sitzung über die Gehaltserhöhungen anderer städtischen Beamten verhandelten, haben wir die Beschlußfassung bis zur Kenntnissnahme und Prüfung des Etats für das nächste Finanzjahr hinausgeschoben. Ich empfehle, auch die Beschlußfassung über alle, die Anträge der Finanzkommission überschreitenden Wünsche in gleicher Weise hinauszuschieben.

Sodann möchte ich auf die von Herrn Wesemeier angeregte Frage zurückkommen, aus welchen Gründen eine höhere Besoldung der Feuerwehrleute jetzt gegenüber der früheren Zeit, als Herr Schmidt die angezogenen Aeußerungen

machte, gerechtfertigt erscheint. Neben den in der Magistratsvorlage dargelegten höheren Anforderungen an die einzustellenden Feuerwehrleute hat Herr Dr. Jasper selbst neu angeführt, daß ihnen jetzt zur Pflicht gemacht werden soll, in nächster Nähe des Feuerlöschgebäudes eine jedenfalls teurere Wohnung zu nehmen. Nun sollte man doch denken, daß Herr Dr. Jasper, bei dem ich, im Gegensatz zu seiner, andere Personen betreffenden Annahme, die Ehrlichkeit der Ueberzeugung und der Aeußerungen voraussetze, logischerweise zu dem Schlusse hätte gelangen müssen, daß kein Widerspruch zwischen dem früheren und dem jetzigen Verhalten der Mehrzahl der Versammlung wegen der Lohnerhöhung der Feuerwehrleute bestehe. Trotz seines eigenen Gegengrundes gelangte aber Herr Dr. Jasper zu einer gegenteiligen Ansicht; ich muß daher, wenn auch keineswegs eine Unehrllichkeit, wohl aber eine Inkonssequenz seines Denkens annehmen.

Herr Fiedel: Wenn 45 Leute angestellt werden sollen, so müssen davon nach dem bekanntgegebenen Dienstplane 30 fortwährend dienstbereit sein. Rücken nun 18 Mann aus, so bleiben doch nicht 2 zurück, sondern 12. Es mag sein, daß eine Anzahl von Feuerwehrleuten zeitweilig anderweitig beschäftigt wird, aber diese Leute sind doch mittels Telephons schnell wieder zur Wache zurückzubringen. Außerdem steht durch das Telephon eine ganze Anzahl von Turnerfeuerwehrleuten mit der Feuerwache in Verbindung, die in wenigen Minuten als Ersatz für die ausrückenden Mannschaften herangezogen werden können. Das sind die Gründe, die mich veranlaßt haben, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Wenn von dem Herrn Vorredner bemerkt worden ist, daß von 45 Feuermännern mindestens 30 zur Verfügung stehen müßten, so will ich im Anschluß an meinen Bericht hier noch einmal folgende Erläuterung geben: Von den 30 dienstbereiten Mannschaften gehen für den Dienst täglich verloren zunächst ein Oberfeuermann für den Telegraphendienst. Das Telegraphennetz ist vielen Störungen unterworfen und es muß namentlich bei Sturm ein Oberfeuermann auf der Wache sein, um die Störungen sofort zu beseitigen. 2 Feuermänner müssen außerdem für den Telegraphendienst zur Verfügung stehen, denn es sind zehn Morseapparate und eine große Schalttafel vorhanden, die der sorgsamsten Bedienung bedürfen. Ferner sind täglich 2 Feuermänner bei der Hydrantenkontrolle beschäftigt, die darin besteht, die Hydranten besonders bei schlechtem Wetter vom Schmutz etc. zu befreien, um sie leicht auffindbar zu machen. Die Leute sollen sich außerdem hierdurch eine genaue Kenntnis von der Lage der Hydranten verschaffen, um sie auch zu finden, wenn sie unter dem Schnee versteckt liegen. 2 Feuermänner müssen dem Oberfeuermann bei der Arbeit an den Telegraphen behülflich sein, um die vorkommenden Störungen zu beseitigen. 2 Feuermänner und 1 Fahrer sind für den Sanitätsdienst abgerechnet worden. Ein Transport mit dem Unfallwagen dauert durchschnittlich 2 bis 3 Stunden, und es werden im

Durchschnitt täglich nicht ganz zwei Transporte ausgeführt. 1 Feuermann muß als Posten bei der Wache zurückbleiben, da das Gebäude schon wegen etwaiger Diebstähle nicht ganz von Mannschaften entblößt werden kann.

Danach kommen in Abzug von den 30 Mann 1 Oberfeuermann und 11 Feuermänner und es bleiben 18 Mann über. Zur Besetzung der drei Fahrzeuge gehören 16 Mann, so daß 2 Mann dienstbereit zurückbleiben. Hierbei habe ich Krankheiten und Urlaube noch nicht mitgerechnet, obwohl ich mit durchschnittlich zwei solchen Fällen rechnen muß, denn die Leute leiden viel an Rheumatismus, Erkältungen etc.

Herr Meyerhoff: Ich hätte gewünscht, daß der Herr Kreisbranddirektor auch auf die von mir aufgeworfene Frage eingegangen und uns mitgeteilt hätte, wie er sich zur freiwilligen Feuerwehr stelle. Aus dem Vortrage habe ich entnommen, daß zur Bedienung der Telegraphen zwei Feuerwehrleute nötig sind. Da unsere Postverwaltung zu solchem Zwecke Damen eingestellt hat, die billiger zu haben sind als Feuerwehrleute, zumal sie keine Pension erhalten, so möchte ich einmal anfragen, ob es nicht möglich wäre, für diesen Teil des inneren Dienstes wenigstens bei Tage zwei Mädchen einzustellen. Der Versuch könnte doch sicher einmal gemacht werden.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Die erste Frage möchte ich dahin beantworten, daß ich auf die freiwillige Feuerwehr nur insofern glaube rechnen zu dürfen, als sie die Reserve bildet zur Ablösung der abgearbeiteten und erschöpften Berufsfeuermänner. Es sind zwar verschiedene Mitglieder der Turnerfeuerwehr mit der Feuerwache direkt verbunden, aber die Erfahrung zeigt, daß die wenigsten Mitglieder in der Not anzutreffen sind. Sie kommen immer erst nach und nach auf die Brandstätte und können deshalb zunächst ein Feuer nur in zerstreuter Ordnung bekämpfen, während sie in geschlossener Ordnung erst gegen das Element vorgehen können, wenn sie in genügender Zahl vorhanden sind. Das geschlossene Vorgehen ist aber gerade die Hauptsache für den ersten Angriff. Mit der freiwilligen Feuerwehr kann ich deshalb in erster Linie gar nicht rechnen, sondern ich muß eine Reserve von Berufsmannschaften haben. Ich könnte viele Beispiele dafür anführen, daß ein zu spätes Anrücken der Feuerwehr von den verhängnisvollsten Folgen gewesen ist, jedoch will ich davon absehen und nur auf das große Feuer in Baltimore verweisen.

Von einer Bedienung der Telegraphenapparate durch Damen möchte ich abraten, da ich mir einen Wechsel in der Bedienung vorbehalten muß und die Damen außerdem bald den Kopf verlieren würden. Sollen die Damen auch die Nachtwachen übernehmen, so würden dadurch viele Schwierigkeiten entstehen und sie auch bald nervös werden. Es handelt sich hier nicht darum, eine Nummer einzuschalten, wie bei den Telephonistinnen der Reichspostverwaltung, sondern es

müssen die Morsezeichen abgelesen, die Zeichen in Buchstaben übertragen und die Feuerwehrmannschaften in kürzester Zeit alarmiert werden.

Herr Fiedel: Ich möchte zur Erwägung vorstellen, ob es nicht richtiger und billiger wäre, die Hebung der Leitungstörungen Privaten zu übertragen und dadurch einen Oberfeuerwehrmann und zwei Feuerwehrmänner zu ersparen.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Es würde sich das kaum billiger durch Privatleute herstellen lassen. Außerdem müssen die Feuerleute Tag und Nacht zur Stelle sein, um Störungen abzustellen, wozu sich Privatunternehmer kaum würden bereitfinden lassen.

Herr Ribbentrop: Die Auseinandersetzung des Herrn Kreisbranddirektors hat mich sehr beruhigt. Wenn ich z. B. höre, daß zwei Mann für die Reparatur der elektrischen Leitung angelegt sind und zwei Mann zur Bedienung der Morseapparate, so könnten diese im äußersten Notfalle ebenso wie der Wachposten in kürzester Frist zur Verfügung gestellt werden, um mit auszurücken. Außerdem müßte schon ein besonders großer Unglücksfall vorgekommen sein, wenn der Sanitätswagen gerade während zweier großen Brände auszurücken hätte. Hiernach scheint mir die vom Magistrat beantragte Zahl von Feuerwehrleuten doch ausreichend zu sein.

Herr Weichsel: Wenn der Herr Kreisbranddirektor meint, daß die Feuerwache leicht entblößt werden könnte, so möchte ich wissen, wie lange es erfahrungsgemäß dauern kann, bis aus den dienstfreien Mannschaften, die doch in der Nähe wohnen müssen, wieder eine neue Wache zusammengesetzt werden kann.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Diese Pause würde sich auf 30 bis 40 Minuten stellen und die Feuerwache müßte so lange unbelegt bleiben. Ich möchte dann noch bemerken, daß die Reparaturen an den Gestängen und den Feuermeldern früher durch Zivilpersonen vorgenommen sind, dieses System sich aber als unzulänglich erwiesen hat. Die Reparaturen sind unter Umständen so kompliziert, daß sich Zivilpersonen nur sehr schwer einarbeiten und wir mit solchen keine guten Erfahrungen machen würden. Dasselbe gilt von der Bedienung der Morseapparate.

Die Besprechung wird darauf geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Hierbei wird der Antrag Ohlendorf auf Vermehrung der Feuerwehrmannschaften um 3 Oberfeuerwehrmänner, 2 Obermaschinisten, 10 Feuerwehrmänner und 3 Fahrer abgelehnt. Der fernere Antrag, die Zahl der Oberfeuerwehrmänner von 8 auf 11 zu erhöhen, wird bei Stimmengleichheit durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden gleichfalls abgelehnt. Dagegen genehmigt die Versammlung die Vermehrung der Feuerwehrmänner auf 47 und die der Fahrer auf 7. Der Antrag Ohlendorf, die sämtlichen Bediensteten der Feuerwehr als Beamte mit Pensionsberechtigung fest anzustellen, wird abgelehnt und

ebenso der Antrag Löschigt auf feste Anstellung der Oberfeuerwehrmänner. Im übrigen gelangen die Anträge der Finanzkommission zur Annahme.

VI. Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für das Feuerlöschgrundstück.

Wie schon in der vorigen Sitzung bekannt gegeben worden ist — Seite 486 des Berichtes — beantragt der Magistrat, das Feuerlöschgrundstück mit einem Kostenaufwande von 2700 M. elektrisch zu beleuchten.

Herr Lord: Ueber diesen Punkt hat die Finanzkommission noch nachträglich beraten und dessen Annahme empfohlen. Die im Etat für die Beleuchtung des Feuerwehrgebäudes ausgeworfene Summe wird gebeten, stehen zu lassen, um abzuwarten, ob durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung wirklich eine wesentliche Ersparnis eintreten wird.

Der Antrag wird angenommen.

— Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz. —

VII. Uebernahme einer Nebenbeschäftigung durch den Kreisbranddirektor.

Der Magistrat hat unterm 24. Dezember v. J. beschlossen, dem Kreisbranddirektor Schlunk fortan die Ueberwachung und Leitung des städtischen Desinfektions-, Unfall- und Krankentransportwesens unter seiner Oberaufsicht zu übertragen, weil er es für erforderlich hält, daß die betreffenden Einrichtungen einer einheitlichen Aufsicht unterstellt werden. Die Versammlung wird ersucht, sich nachträglich damit einverstanden zu erklären, daß der Kreisbranddirektor Schlunk diese Geschäfte bis auf weiteres im Nebenamte besorgt.

Herr Blasius: Die Statutenkommission empfiehlt, die beantragte Genehmigung nachträglich zu erteilen. Was die Sache selbst betrifft, so wurde anerkannt, daß es außerordentlich praktisch sei, diese Geschäfte in eine Hand zu legen. Persönlich möchte ich wünschen, daß der Kreisbranddirektor durch den Oberarmenarzt, Herrn Sanitätsrat von Holwede, über das Wesen und die Einrichtung der Desinfektion noch näher aufgeklärt werden würde, damit er darüber eingehend informiert ist.

Herr Löschigt: Ich verstehe nicht, daß der Kreisbranddirektor die Sache unter Oberaufsicht des Magistrates leiten und erst immer mit drei Personen konferieren soll, ehe er Anordnungen treffen darf. In meinem Antrage hatte ich vorausgesetzt, daß diese Sachen noch mehr zentralisiert werden sollten. Darin finde ich aber keine Zentralisation, wenn der Kreisbranddirektor sich immer erst mit dem Pflegehause und dem Wirtschaftshofe an der Taubenstraße in Verbindung setzen soll, ehe er disponieren kann. Außerdem wollte man dem Herrn ja vor-

läufig gar kein Nebenamt übertragen, damit er sich zunächst allein der Feuerwehr widmen könne. Wenn alle die hier in Frage kommenden Einrichtungen in der Münzstraße wären, würde ich dem Antrage mit Freuden zustimmen, aber nach der Vorlage bleibt jetzt alles beim alten, nur daß der Kreisbranddirektor der verantwortliche Redakteur ist. Eine solche Einrichtung, bei der drei Stellen mitzuwirken haben, kann ich nicht eine Zentralisierung, sondern nur eine Dezentralisierung nennen. Eine Verständigung mit den verschiedenen Stellen kann doch nur durch das Telephon geschehen, da es unmöglich ist, daß der Branddirektor jedesmal nach dem städtischen Krankenhause oder dem Wirtschaftshofe hinausgeht. Damit sind meine Wünsche wirklich nicht erreicht; denn ich hatte mir gedacht, daß im Interesse unserer erkrankten oder verunglückten Mitbürger etwas besseres geschaffen werden sollte.

Herr Blasius: Ich habe die Vorlage so aufgefaßt, daß es sich um einen ersten Schritt zur Zentralisierung der Sache handeln soll. Der Magistrat kann die von Herrn Löschigt mit Recht gewünschte Einrichtung nicht fertig aus dem Ärmel schütteln, sondern muß sie erst überlegen und ausprobieren. Wenn daher zunächst der Kreisbranddirektor mit der Leitung der ganzen Sache betraut worden ist, so liegt darin insofern schon ein großer Fortschritt, als die Sache in einer Hand vereinigt ist und der Herr Kreisbranddirektor dann, ähnlich wie bei der Feuerwehr, dem Magistrate mit Vorschlägen zur Zentralisierung kommen wird, so daß auf diese Weise die Wünsche des Herrn Löschigt ihrer Erfüllung entgegengehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Auffassung des Herrn Blasius ist zutreffend. Der Magistrat hat die Vorlage auch so aufgefaßt und nur beantragt, der vorgeschlagenen Regelung bis auf weiteres zuzustimmen. Im übrigen habe ich mich schon in der Kommission bereit erklärt, demnächst den Gesundheitsausschuß mit der wichtigen Angelegenheit zu befragen, jedoch glaubte ich, daß es richtig sei, dem Herrn Kreisbranddirektor einige Wochen zur Ausarbeitung seines Vorschlages Zeit zu lassen, damit er uns dann in sachdienlicher Weise bei den Beratungen unterstützen kann.

Herr Kreisbranddirektor Schlunk: Herrn Löschigt gegenüber möchte ich bemerken, daß ich mich durchaus nicht an verschiedene Stellen wenden muß, um einen Infektionstransport zc. ausführen zu können. Ich brauche mich vielmehr nur mit der Desinfektionsanstalt telephonisch in Verbindung zu setzen, um die Ausführung von Transporten zu veranlassen. Im übrigen übernehme ich diese mir vom Magistrate übertragene Arbeit, zu der ich mich sogar kontraktlich verpflichtet habe, gern, soweit ich eine Beeinträchtigung meiner Tätigkeit als Branddirektor darin nicht erblicken kann.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

VIII. Bau einer Okerbrücke auf dem Nieselfute.

Die auf dem Nieselfelde nach dem sogenannten Fettwinkel über die Oker führende Brücke ist so baufällig geworden, daß befürchtet werden muß, die Brückentafel würde bei dem nächsten Hochwasser oder Eisgange fortgeschwemmt werden. Da eine Wiederherstellung der alten Brücke gänzlich ausgeschlossen ist, so ist für deren Neubau ein Entwurf unter der Annahme aufgestellt worden, daß mit Ausnahme der Hälfte des Bohlenbelages sämtliches Holz von dem auf dem städtischen Lagerplatze befindlichen Holzmateriale der Ferdinand-, Bammelsburger- und Fallerslebertorbrücke, sowie der Emporen der Andreaskirche werde entnommen werden. Ein solcher Neubau würde rund 800 M kosten, falls der auf 380 M zu schätzende Wert des Altmaterials unberücksichtigt bleibt. Da das von den Emporen herrührende Holz Eigentum der Kirche ist, so müßte dessen Wert in Rechnung gestellt werden, ebenso dürfte der Wert des von der Fallerslebertorbrücke entnommenen Holzes dem Baufonds für deren Neubau zu ersetzen sein. Unter dieser Voraussetzung würden die Kosten um 240 M auf 1040 M zu erhöhen sein. Der Magistrat ersucht, der Ausführung des Projektes zuzustimmen und die Aufwendung von 1040 M zu genehmigen, dabei bemerkend, daß der im Etat für die Umdeckung des Scheunendaches in Hülperode vorgesehene Betrag von 600 M erspart werde.

Herr Rieke: Die Baukommission war zunächst geteilter Ansicht darüber, ob eine Brücke an der betreffenden Stelle nötig sei, oder ob vielleicht die Verbindung durch einen Kahn genüge. Da aber die Strömung dort sehr groß sein soll, so wurde einer Brücke der Vorzug gegeben und daher empfohlen, die Vorlage zu genehmigen,

was seitens der Versammlung geschieht.

IX. Anschließung von Wasserklosetts an den Straßentanal.

Die Abwässer einiger Klosetts der höheren Mädchenschule werden noch jetzt dem früheren Burgmühlengraben zugeführt, weshalb es vom Magistrate für notwendig erachtet wird, diesen Uebelstand zu beseitigen und für den Anschluß der Klosetts an den Straßentanal 538 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Lord berichtet, geschieht.

X. Plattenbelag auf einem Teile der Leonhardstraße.

Nach einem von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Projekte belaufen sich die Kosten für die Befestigung und Herstellung von Plattenbelag auf dem südlichen Fußwege der Leonhardstraße zwischen der kl. Bertramstraße und dem Alsterwiekringe auf 3800 M, die von der Stadt allein zu tragen sind. Dem Er-

suchen des Magistrates auf Genehmigung des Projektes und Verwilligung der Kosten,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Rathe die Vorlage namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

XI. Plattenbelag auf einem weiteren Teile der Leonhardstraße.

Der städtischen Bauverwaltung erscheint es angebracht, nach Fertigstellung der Johanniskirche auch auf dem südlichen Fußwege der Leonhardstraße zwischen dem Altwiekringe und der Helmstedterstraße Plattenbelag herzustellen. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß entsprechend dem schon am 18. Dezember 1902 von der Versammlung genehmigten Projekte nunmehr auch der südliche Fußweg der Leonhardstraße auf der bezeichneten Strecke mit Platten belegt werde. Der von der früher verwilligten Gesamtsumme verfügbar gebliebene Restbetrag von 1901,⁶⁵ M wird als ausreichend erachtet, um die hierdurch entstehenden Kosten zu decken.

Auch diese Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, gutgeheißen.

XII. Menderung in der Bewirtschaftung des Rieselgutes.

Es hat sich herausgestellt, daß die Haltung von Milchkühen auf dem Rieselgute Steinhof mit Verlust verbunden ist. Da sich außerdem die auf den selbst bewirtschafteten Acker- und Wiesenflächen gewonnenen Futtermassen, soweit sie nicht zur Unterhaltung der neben den 29 Kühen gehaltenen 36 Stück Zugochsen Verwendung finden, durch Verkauf werden verwerten lassen, und da überdies beabsichtigt wird, größere Flächen als bisher zu verpachten oder mit Weiden zu bepflanzen, so ist der Magistrat mit der Rieseldeputation der Ansicht, daß sich die Abschaffung der Milchkühe, abgesehen von 3 bis 4 Stück zur Deckung des Hausbedarfs an Milch seitens der Gutsverwaltung und der Deputatisten, zu Ende des laufenden Rechnungsjahres empfiehlt. Ein gleich ungünstiges Resultat hat sich übrigens in bezug auf das Halten von Schafen ergeben, weshalb deren Abschaffung schon in dem nächstjährigen Voranschlage vorgesehen worden ist. Die Versammlung wird ersucht, der dauernden Abschaffung der Milchkühe bis auf 3 bis 4 Stück zuzustimmen.

Wie Herr Wolters berichtet, befürwortet die Finanzkommission die Genehmigung der Vorlage, die eine kleine Verbeugung gegen den von Herrn Löschig vertretenen Standpunkt bedeute.

Herr Rieke: Man kann der Vorlage von jedem Standpunkte aus zustimmen. Ich hatte geglaubt, man würde noch weiter gehen. Wenn wir übrigens bislang zu dem Rieselgute zulegen mußten, so liegt das in der Natur der Sache, denn es

handelt sich um einen Erwerb, mit dem man nicht Ueberschüsse hat erzielen wollen, sondern der zur Gesundung der Stadt beitragen sollte. Sollten trotzdem aber Ueberschüsse erzielt werden, so kann man ihnen nur zustimmen.

Sehr lange wird es übrigens nicht dauern, daß die bis jetzt erworbenen Kieseländereien so viel Humus in sich angehäuft haben werden, um überflüssig und als Kieselgut ungeeignet zu sein. Deshalb möchte ich empfehlen, sich beizeiten nach weiteren Ländereien für das Kieselgut umzusehen. Wie groß der weiter zu erwerbende Länderkomplex sein muß, kann ich nicht sagen, jedoch würde ich empfehlen, außerhalb der braunschweigischen Landesgrenze, vielleicht bei Schwülper, einige tausend Morgen billiges Heidefeld zu diesem Zwecke zu erwerben. Wir würden dadurch auch in die Lage kommen, das seinerzeit von der Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, mit 400 000 M. teuer erkaufte Unland finanziell aufzubessern. Selbst wenn man auf dem Standpunkte steht, daß die Stadt nicht spekulieren soll, kann man dieser Anschauung doch zustimmen, denn ich nenne das nicht eine Spekulation, sondern eine weise Wirtschaft, um die Interessen der Stadt hinsichtlich ihres Grundbesitzes zu wahren, und ich möchte den Magistrat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob man nicht gut tut, sich schon jetzt darum zu kümmern. Dicht bei Gifhorn sind noch vor fünf Jahren fünf Morgen Land zu einem Preise von 40 M. pro Morgen verkauft worden, und jetzt wird das Land dort auch nicht viel teurer zu haben sein, da in dem ganzen Umkreise keine Ortschaften liegen. Wenn aber der Landrat in Gifhorn sich bemühen sollte, seine Grenzen gegen Verseuchungen zu schützen, so könnte man ja über die Grenzen noch hinausgehen. Das Heidefeld würde sich wahrscheinlich noch viel besser als Kieselgut eignen, als das Land von Hülperode, da dort nicht so viel Ortstein stehen wird wie hier.

Herr Blasius: Ich möchte anheimgeben, in diese Erwägungen nicht einzutreten, da ich sie zurzeit für gänzlich unnütz halte und es zwecklos ist, von Seiten der Stadt eine Landpekulation zu unternehmen. Wollten wir Herrn Rieke folgen, so müßten wir ein neues Pumpwerk und neue Kanäle anlegen, die schon wegen ihrer Länge sehr viel Geld kosten würden. Außerdem halte ich die Befürchtungen des Herrn Rieke für unbegründet: ich habe die Kieselfelder neun Jahre lang genau kontrolliert und ich kann Herrn Rieke beruhigen, sie arbeiten sehr gut und es ist noch kein Fall der Verunreinigung der Oker eingetreten. Der Magistrat wird meiner Ansicht nach absolut keine Veranlassung haben, in der Umgegend Land zuzukaufen, da das jetzige Kieselgut noch lange ausreichen wird. Wir haben außerdem eine ganze Reihe anderer Verfahren zur Reinigung der Abwässer, z. B. das biologische Verfahren, die man eventuell auf unserm jetzigen Terrain noch anwenden kann, aber eine Vergrößerung des Kieselgutes halte ich nicht für erforderlich. Was den Preis für die Ländereien des Steinhofs anlangt, so sind dieselben von der

Landesökonomiekommission genau abgeschätzt und wir haben einen Preis bezahlt, den das Land wert ist. Damit können wir uns beruhigen und brauchen nicht anzunehmen, daß uns vom Staate eine unverhältnismäßig hohe Summe für die Länderei abgenommen worden ist.

Herr Böschigt: Herr Dr. Wolters hat die Freundlichkeit gehabt, mir eine Verbeugung zu machen, aber ich muß sie zugunsten der Deputation zurückweisen, wenn diese auch ziemlich lange gebraucht hat, ehe sie mit mir einer Ansicht in der Sache war. Wir haben diese Sache schon vor fünf Jahren besprochen und sie wäre vielleicht noch nicht weiter gekommen, wenn sich Herr Oberbürgermeister Ketemeyer nicht dafür aufgeworfen hätte. Deshalb möchte ich die Verbeugung dem Herrn Oberbürgermeister zurückgeben, dessen Verdienst es ist, daß das Kieselgut jetzt viel besser ist als früher. Dem Herrn Referenten möchte ich in seiner Eigenschaft als Deputationsmitglied anheimgeben, dafür zu sorgen, daß den Pächtern, soweit dies unter den Bedingungen des Kieselplans möglich ist, in der Weise entgegengekommen wird, daß sie größere Schläge auf längere Jahre pachten können. Es liegt den Leuten sehr daran, bestimmt zu wissen, daß sie das Land so und so lange zur Verfügung haben.

Gleichzeitig möchte ich bitten, daß im nächsten Jahre die Obstzucht intensiver kultiviert wird als bisher. Sie hatten seinerzeit beschlossen, die Obstzucht durch die Kieselwärter u. mehr zu kultivieren, was aber bislang noch nicht geschehen ist.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIII. Erwerb einer Fläche zu einer Verbindungsstraße an der Korfessstraße.

Zur Anlage der projektierten Verbindungsstraße zwischen Korfessstraße und Kastanienallee ist für Rechnung der Herren Dörl und Friederich eine 37 qm große Fläche zu erwerben.

Dem Ersuchen des Magistrates, diesem Erwerbe zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet.

XIV. Ueberlassung eines Unterrichtsraumes der Gewerbeschule.

Der Lehrer H. Heinemann ersucht, der Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens ein Lokal in der städtischen Gewerbeschule an zwei Abenden der Woche von 5 bis 7 Uhr zur Benutzung zu überlassen und die hierdurch entstehenden Unkosten stadtseitig zu übernehmen, da die Bestrebungen der Vereinigung nicht nur im Interesse der Lehrer selbst, sondern in letzter Linie auch in dem Interesse des gesamten Fortbildungsschulwesens der Stadt liegen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, diesem Antrage im Hinblick auf den von den Beteiligten erstrebten guten Zweck zuzustimmen.

Im Namen der Schulkommission gibt Herr Brückmann anheim, den Antrag zu genehmigen.

Herr Tasper: Ich möchte um Aufschluß darüber bitten, was das für eine Vereinigung ist. Bisher bin ich der Meinung gewesen, daß das Fortbildungsschulwesen eine städtische Angelegenheit sei, und ich verstehe nicht, weshalb da noch eine besondere Vereinigung gebildet werden muß.

Herr Brückmann: Die an der Fortbildungsschule unterrichtenden Lehrer haben sich vereinigt, um sich gemeinsam eine Ausbildung in solchen Fächern anzueignen, die ihnen fremd sind, z. B. in der Buchführung. Um dieses zu ermöglichen und um sich gleichzeitig über die dabei in Betracht kommenden Fragen zu unterhalten, sollen die Zusammenkünfte stattfinden.

Die Vorlage gelangt hierauf zur Annahme.

XV. Einrichtung neuer Klassen bei den Bürgerschulen.

Nach dem Berichte des Schuldirektors Schaarschmidt sind für das Schuljahr 1905/06 in den städtischen Bürgerschulen zehn neue Klassen und ebensoviele neue Lehrkräfte in vorläufiger Anstellung erforderlich. Es wird deshalb magistratsseitig anheimgegeben, die durch die Einrichtung der zehn Klassen erwachsenden Kosten an Lehrerbefoldungen zc. schon jetzt zu verwilligen, damit die Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums eingeholt und wegen Annahme der Lehrer das Erforderliche rechtzeitig geschehen kann.

Nach Unterstützung der Vorlage durch die Schulkommission, für die Herr Müller berichtet, wird sie angenommen,

und darauf die Sitzung, nach Zurückstellung verschiedener Punkte, geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

1904/1905.N^o 16.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. März 1905.

Tagesordnung:

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts	Seite 540
II. Aenderung des Teilortsbauplanes für die Kl. Burg etc.	" 576
III. Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße	" 577
IV. Ankauf eines Grundstücks nördlich der Hildesheimerstraße	" 577
V. Ankauf von Grundflächen zum Ausbau einer Straße bei der Hildesheimerstraße	" 578
VI. Berechnung des Gewinnes der Gaswerke im Jahre 1903/04	" 578
VII. Ausbau eines Teiles der Thomaeßstraße	" 579
VIII. Plattenbelag auf der Leijewitzstraße	" 579
IX. Einrichtung einer Preßgasanlage im Schlachthause	" 581

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Meyer, von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Brückmann, Bues und Beplies.

Den Vorsitz übernimmt Herr Hauswaldt.

Nach Eröffnung der Sitzung wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts.

Den Mitgliedern der Versammlung ist der Entwurf eines Ortsbaustatuts zugegangen, aufgestellt nach beendigter zweiter Lesung der vereinigten Statuten- und Baukommission, über den Herr Wolff namens der beiden Kommissionen berichtet: Durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden war vor mehreren Jahren der Entwurf eines Ortsbaustatuts beschlossen worden, der den zuständigen staatlichen Behörden zur Genehmigung vorgelegt wurde. Unter Mitwirkung der Herzoglichen Baudirektion fand sodann eine Prüfung des Entwurfes statt, nach deren Beendigung der Magistrat auf dem ressortmäßigen Wege benachrichtigt wurde, daß eine ganze Reihe von Beanstandungen des Statuts seitens des Herzoglichen Staatsministeriums stattgefunden habe. Der Magistrat hat diese Beanstandungen einer Prüfung unterzogen und seinerseits an die Versammlung ein Schreiben gerichtet, in dem er in motivierter Weise zu diesen Aenderungen Stellung nimmt. Auf Grund dieser Vorschläge hat sodann die vereinigte Statuten- und Baukommission den Entwurf einer neuen Beratung unterzogen, als deren Ergebnis die jetzige Vorlage anzusehen ist. Die Neuerungen positiver Art finden sich in dem Entwurfe durch lateinische und unterstrichene Schrift gekennzeichnet. Die Streichungen sind auf der linken Hälfte kurz angedeutet, ebenso die von den vereinigten Kommissionen in Vorschlag gebrachten Resolutionen. Es wird jetzt Sache der Versammlung sein, diesen Entwurf durchzuberaten und ihn festzustellen. Ich gehe nunmehr zu dem Entwurfe selbst über.

Ueberschrift, Eingang und § 1 geben zu Bemerkungen keinen Anlaß.

Herr Südel: In diesem Statute ist durchgehends der Ausdruck gebraucht worden: „Wohngebäude, im Gegensatz zu sonstigen zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäuden, z. B. Fabriken.“ Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es nicht angängig ist, diesen Ausdruck zu ändern. Gerade in Handel und Industrie kommen Gebäude vor, bei denen man nicht sicher ist, ob sie als zum dauernden Aufenthalte von Menschen zu bezeichnen sind oder nicht; ich brauche nur die Speicher und Lagerräume von Fabriken zu nennen. Sind das solche Räume? Mir ist es sehr zweifelhaft. Es könnte sich vielleicht darum drehen, daß man einzelne Räume der Speicher zc. als zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt bezeichnet, nicht aber alle Räume, denn wenn in einem Speicher herumgearbeitet wird, so geschieht das vielleicht an wenigen Tagen der Woche einmal bald in diesem bald in jenem Raume, nicht aber wie bei den Werkstätten, wo die Leute an einem bestimmten Orte sitzen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Das Gesetz, auf das sich das Statut aufbaut, macht einen Unterschied zwischen Wohngebäuden und sonstigen, zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäuden. Der letztere Begriff

umfaßt ohne Frage die Wohngebäude mit, ist also nur ein weiterer Begriff dafür. Im § 3 der Bauordnung ist aber ausdrücklich von der Errichtung von Wohngebäuden die Rede. Ursprünglich hatten wir die Bestimmung auch so gefaßt, aber hinterher hielten wir es doch für zweckmäßiger, den Begriff noch klarer zu erläutern und den Zusatz in Klammern zu machen. An der sonstigen Terminologie und Ausdrucksweise des Gesetzes können wir nichts ändern.

Herr Fiedel: Ich wünschte gerade eine Auslegung der Worte: „Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Gebäude“. Im Gesetze findet man häufig Ausdrücke, die erst durch eine sachgemäße Interpretation vielleicht im Reichstage oder in den Einzellandtagen usw. geklärt werden. Es wäre mir sehr erwünscht, zu hören, wie Magistrat und Versammlung darüber denken, ob jeder Schuppen, jeder Raum, in dem Menschen verkehren, als zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt angesehen wird, z. B. Speicherräume und dergleichen, wo allerdings einige Leute vielleicht den ganzen Tag arbeiten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das Gesetz zu interpretieren ist nicht unsere Aufgabe; im übrigen glaube ich, die Sache liegt so, daß von Fall zu Fall die Frage zu beantworten sein wird, ob ein Gebäude zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt ist. Wenn in einen Speicher alle Woche einmal ein paar Leute hineingehen, vielleicht um Waren aufzustapeln etc., so würde ich, wenn ich im Verwaltungsgerichtshofe säße, solchen Raum nicht als zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt ansehen. Aber wenn Tag für Tag dort Menschen arbeiten müssen, so ist es allerdings unter Umständen ein zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmter Raum. Wir mögen hier aber erklären, was wir wollen, wir werden doch schließlich einen zur Entscheidung berufenen Richter des Verwaltungsgerichtes in seiner Entscheidung nicht binden können.

Herr Wolff: Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Verhandlungen der ersten Beratung des Statuts, über die allerdings eine lange Zwischenzeit verstrichen ist, in Vergessenheit geraten sind. Schon damals haben wir nämlich betont, daß wir nicht berufen seien, Ausdrücke, die das Gesetz für das ganze Land eingeführt hat, für unsere Stadt zu erläutern, und dieser Grundsatz zieht sich durch das ganze Statut, weshalb wir dem Bedauern, daß wir nicht in der Lage sind, in dieser Beziehung eingzugreifen, schon damals Ausdruck gegeben haben.

Zum § 2 ist kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Herr Schmidt: Der § 2 lautet in seinem Eingange: „Das Zurücksetzen der Vordergebäude hinter die Baulinie ist unter nachstehenden Voraussetzungen und Bedingungen gestattet:

1. Die freibleibenden Seiten der bereits vorhandenen Nachbarhäuser müssen eine angemessene architektonische Ausbildung haben, . . .“. Wenn nun ein Haus

abgerissen und in absehbarer Zeit der Platz nicht wieder bebaut wird, wie das z. B. im Marstall am „Deutschen Hause“ der Fall ist, so möchte ich wissen, ob der Besitzer des Platzes gezwungen werden kann, die beiden Flächen rechts und links in angemessener Weise architektonisch auszugestalten. Meiner Meinung nach müßte das geschehen, denn es ist ein Skandal, Zustände, wie sie hier z. B. auch in der Stephanstraße herrschen, dulden zu müssen!

Herr Wolff: Nicht der spezielle Antrag des Herrn Schmidt, sondern der Umstand, daß Herr Schmidt als erster in der Versammlung einen in seinem Wortlaute schon lange feststehenden Passus streift und dessen Aenderung wünscht, veranlaßt mich zu folgender Erklärung: Es ist natürlich keinem Stadtverordneten verwehrt, auch in bezug auf die festgestellte Fassung des Statuts neue Anträge zu stellen, jedoch glaube ich im Namen aller interessierten Kreise bitten zu sollen, sich in dieser Beziehung zu beschränken. Wenn wir das ganze Bild wieder aufrollen, das vor Jahren hier festgestellt ist, so kommen wir in diesem Jahrzehnt mit dem Statut nicht mehr zum Ziel. Ich möchte daher dringend bitten, nur wo offensichtlicher Unsinn oder unmögliche Bestimmungen von den städtischen Behörden beschlossen sein sollten, von dem Rechte der Stellung eines Antrages auf Aenderung Gebrauch zu machen, sonst aber sich zu bescheiden.

Vorsitzender: Die Anregung des Herrn Schmidt bezieht sich aber gar nicht auf die verlesene Bestimmung des Statuts (Zustimmung); Herr Schmidt müßte also schon einen besonderen Antrag stellen.

Herr Schmidt: Mir liegt nur daran, daß sich die Versammlung bereit erklärt, einen Ausweg zu finden, um einem Grundstückseigentümer sagen zu können, Du mußt entweder Dein Grundstück bebauen, oder es so ausgestalten, daß es der Umgebung angemessen aussieht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der hier angezogene Teil des § 2 bezieht sich nur auf den Fall, daß jemand sein Haus hinter die Baulinie zurücksetzen will. Das hat z. B. Herr Schrader im Marstall nicht getan, folglich kann auch die Bestimmung keine Anwendung auf den liegen gebliebenen Platz finden. Nur wenn jemand sein Haus zurücksetzen will, muß er für eine angemessene architektonische Ausbildung der freibleibenden Seiten der bereits vorhandenen Nachbarhäuser sorgen, sonst aber nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir zu bemerken gestatten, daß ich es für richtig gehalten habe, den gedruckt vorliegenden Entwurf zum Ortsbaustatut der städtischen Bauverwaltung zur Durchsicht zu überweisen. Daraufhin sind mir gestern abend und heute morgen von den Herren Stadtbauameistern Menadier und Röttcher einige Notizen zugegangen, die ich wegen Kürze der Zeit leider nicht mehr im Magistrate habe vortragen können. Ich will mich deshalb darauf beschränken, da sie wichtig zu sein scheinen, sie der Versammlung zu unterbreiten

und muß es dem Herrn Referenten überlassen, ob er davon Gebrauch machen will oder nicht. Im § 2. I. 5 wird anheimgegeben, hinter dem Worte „Vorgarten“ einzuschalten „oder Schmuckhof“. Ich selbst lege keinen Wert auf diesen Zusatz.

Herr Wolff: Ich lege ebenfalls keinen Wert darauf, daß wir uns mit dieser Sache befassen.

Der § 2 wird darauf in der vorliegenden Fassung gutgeheißen.

Zu den §§ 3 und 4 haben die vereinigten Kommissionen nichts zu erinnern.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: In der Ueberschrift ist von den vereinigten Kommissionen das Wort „bewohnten“ zugesetzt worden, während im Texte auch von anderen zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Gebäuden die Rede ist. Es wird deshalb vorgeschlagen, in der Ueberschrift zu sagen: „Zugänglichkeit der bewohnten oder sonst zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Grundstücke innerhalb des Baugrundes“. Meiner Ansicht nach war es nicht sehr glücklich, das Wort „bewohnten“ einzuschieben, vorher war die Fassung richtiger.

Herr Wolff: Das Wort „bewohnten“ wird am besten zu streichen sein, ich beantrage daher dessen Streichung.

— Dieser Antrag wird angenommen. —

Zum § 5 sind keine Bemerkungen zu machen. Was wir eben als nicht angemessen verworfen haben, kommt aber im § 6 wieder.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es dürfte sich empfehlen, in der Ueberschrift des § 6 die Worte „bewohnten oder zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden“ zu streichen. Auch im Texte ist hier eine Verschlechterung eingetreten, in dem eine stilistische Unmöglichkeit hineingebracht worden ist. Ein bewohntes Haus ist doch auch zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienend. Es müßte daher hinter „oder“ gesetzt werden „sonst“.

Herr Wolff: Ich muß das den Kommissionen gemachte Kompliment auf den Magistrat zurückweisen, denn die Einschreibung hat der Magistrat veranlaßt. (Heiterkeit.) Ich schließe mich aber der Anregung an und beantrage hinter „oder“ einzuschreiben „andere“.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich kann hier nur meine persönliche Ansicht mitteilen, und da will es mir scheinen, als ob die Bestimmung auch im Texte nicht nötig wäre, denn wenn ein Grundstück überhaupt kein Bauwerk hat, so kommt das Stadtbauamt gar nicht in die Lage, den Paragraphen anzuwenden, sondern es muß immer ein Bauwerk darauf stehen. Höchstens könnte es sich um ein kleines Bauwerk handeln, das weder zum Bewohnen noch zum dauernden Aufenthalte von Menschen dient.

Herr Wolff: Ich möchte den Wortlaut schon deshalb beibehalten wissen, als er dem Wortlaute im § 4 entspricht. In der Sache selbst wäre es allerdings gleichgültig.

Herr Nolte: Das ist nicht ganz richtig. Im § 4 handelt es sich um Gebäude, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienen und hier sind es Grundstücke. Das geht doch aber nicht. Man müßte deshalb das Wort „andere“ einschieben und kenntlich machen, daß es sich nur auf Gebäude beziehen soll. Das richtigste wäre schon, die ganze Geschichte wegzulassen, damit das Stadtbauamt von Fall zu Fall eine Entscheidung zu treffen hat.

Herr Wolff: Dann schlage ich vor, zu sagen „oder andere bebaute, zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienende Grundstücke . . .“

Herr Jasper: (Zur Geschäftsordnung.) Es ist sehr bedauerlich, daß die Feststellung dieses Statuts eine so lange Vorberatung erfordert hat, umsomehr muß es aber verwunderlich erscheinen, daß das Statut auch heute noch nicht genügend vorbereitet ist. Ich glaube, daß es der Wichtigkeit der Sache nicht angemessen ist, solche Aenderungen auf den Stuh vorzunehmen. Da es einmal so lange gedauert hat, können wir auch noch zehn Jahre warten, bis das Statut fertig wird. Ich stelle deshalb den Antrag, die Beratung heute abzusetzen und den Entwurf noch einmal gründlich vorzubereiten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn die Sache so weiterginge, würde ich dem Vorschlage auch zustimmen, es handelt sich aber nur noch um einige wenige Notizen und dann ist die ganze Sache erledigt.

Herr Wolff: Wenn wir die Sache noch einmal an die Kommissionen verweisen, so steht es mit absoluter Sicherheit fest, daß inzwischen von anderer Seite wieder neue Anregungen kommen. So gut aber aus der Versammlung noch bestimmte Anträge kommen können, so gut muß auch der Magistrat und der Referent derartige Anträge stellen können. Ein wirklicher inhaltlich erschöpfender Abschluß eines so wichtigen Statuts ist überhaupt gar nicht möglich.

Herr Jasper: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Herr Meyerhoff: Ich betrachte diesen Paragraphen als solchen, der dem Stadtbauamte eine Direktive darüber geben soll, was es unter Umständen zu tun hat. Wenn wir aber sagen „bebaute Grundstücke“, so würde der Paragraph nur rückwirkende Kraft haben, deshalb schlage ich vor, zu sagen „zu bebauende Grundstücke“.

Herr Wolff: Ich halte den Ausdruck „bebaute Grundstücke“ doch für richtiger.

Herr Löschigk: Wenn jemand sein Grundstück gebrauchen will, so muß er doch schon die Genehmigung dazu haben und deshalb tritt die Bestimmung auch hier in Kraft.

Herr Meyerhoff: Es können aber Fälle vorkommen, wo die Grundstücke tatsächlich noch nicht bebaut sind.

Herr Jasper: Ich möchte fragen, ob die hier getroffenen und durch Unterstreichen kennbar gemachten Aenderungen auf den Wunsch der Staatsbehörden zurückzuführen sind, und eventuell aus welchem Grunde diese Aenderungen gewünscht wurden. Sonst würde ich bitten, die alte Fassung wieder herzustellen.

Herr Wolff: Die Aenderungen sind auf Veranlassung des Magistrates aufgenommen worden.

Herr Jasper: Da ich keinen stichhaltigen Grund für die Aenderungen einsehe, so beantrage ich, die alte Fassung gutzuheißen.

Herr Wolff: Die Sachlage ist folgende: Es war vom Magistrate gewünscht worden, daß der Zusatz „bewohnte“ aufgenommen wurde, darauf haben weitere Erwägungen in den Kommissionen veranlaßt, nicht nur zu sagen „bewohnte“, sondern auch „oder zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienende“. Hieraus ist die Erweiterung der Bestimmung hervorgegangen. Wenn wir die bewohnten Grundstücke hier berücksichtigen wollen, so müssen wir auch noch sagen „oder andere bebaute, zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienende Grundstücke“. Ich möchte deshalb beantragen, diese letztere Fassung zu wählen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Meyerhoff abgelehnt und der § 6 nach dem Antrage der Kommissionen mit dem Zusatzantrage Wolff angenommen. Der Antrag Jasper ist damit gefallen.

Zum § 7 ist kommissionsseitig nichts zu bemerken, jedoch hat Herr Stegmann beantragt, die aus der ersten Vorlage gestrichenen Schutzbestimmungen wieder herzustellen.

Herr Wolff: Es ist wichtig, hervorzuheben, daß nach der Vorlage die §§ 12 bis 22 und 24a gestrichen werden sollen und diesem Antrage des Magistrates seitens der vereinigten Kommissionen aus folgenden Erwägungen stattgegeben worden ist: Das Herzogliche Staatsministerium hatte gerügt, daß unsere Vorschriften in den §§ 8—24 zu sehr ins einzelne gingen, weshalb sich die von der Herzoglichen Baudirektion vorgeschlagene allgemeinere Regelung der Angelegenheit empfehle. Es heißt dann weiter in dem Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums: „Wegen der Fassung im einzelnen wollen wir den Magistrat nicht an die Vorschläge der Baudirektion binden, überlassen es vielmehr zunächst seinem Ermessen und sehen seinen Vorschlägen entgegen. Bemerkt soll hier nur werden, daß die von der Baudirektion angeregten Zweifel über die Ueberschrift des § 17 zu klären sind, und ferner, daß auf die Aufnahme einer Bestimmung Bedacht zu nehmen ist, welche die Abänderung der fraglichen Paragraphen im Verwaltungswege (§ 22 Absatz 2 der Bauordnung) durch Herzogliches Staatsministerium vorbehält.“ Nun haben die vereinigten Kommissionen sich für die Streichung der

bezüglichen Arbeiterschutzbestimmungen ausgesprochen und sich dahin geeinigt, der Versammlung die Annahme einer Resolution folgenden Inhalts zu empfehlen:

„Die Stadtverordneten richten an den Stadtmagistrat das Ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium den schnelligsten Erlaß umfassender Schutzvorrichtungen für die gewerblichen Arbeiter in dringlicher Weise zu befürworten.“

Es schließen sich die Kommissionen den Ausführungen des Magistrates zu diesem Punkte des Ministerialerlasses an, jedoch in viel schärferer Weise bezüglich des Punktes, daß wir es nicht für angebracht halten können, ein städtisches Statut durch Verwaltungsmaßregeln abgeändert zu sehen. Wir halten es mit der Bedeutung eines Statuts für unvereinbar, wenn es im Verwaltungswege abzuändern sein soll, und würden es als einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Stadt ansehen müssen, wenn das Herzogliche Staatsministerium auf seiner Forderung beharrte.

Herr Stegmann: Ich bedauere, daß die Schutzbestimmungen gestrichen worden sind. Wenn Sie berücksichtigen, daß die hiesigen Bauhandwerker seit dem Jahre 1895 bemüht gewesen sind, bessere Schutzbestimmungen zu erlangen, daß sie sich an den Magistrat und an das Ministerium gewandt haben, so werden Sie ermessen können, daß sie endlich auf eine Besserung glauben rechnen zu dürfen. Als endlich im Jahre 1901 der Entwurf eines Ortsbaustatuts erschien, gewann es den Anschein, als ob die Wünsche der Bauhandwerker berücksichtigt werden sollten; nach längeren Beratungen gelang es auch, im Interesse der Bauhandwerker, eine Reihe von Verbesserungen, wenn auch nicht alle geforderten, in den Entwurf hineinzubringen. Die Bauhandwerker freuten sich, daß nunmehr bald bessere Zustände eintreten würden. Darauf ging der Entwurf des Statuts an das Ministerium zurück, und als er nach zwei Jahren zurückkam, traute ich meinen Augen kaum, daß die Schutzbestimmungen gestrichen waren. Die dafür angegebenen Gründe kann ich nicht für stichhaltig ansehen, denn ebenso gut wie die §§ 23 und 24 können auch die Schutzbestimmungen aufgenommen werden. Für die Streichung sollen zwei Gründe vorliegen. Einmal weil die Unfallverhütungsvorschriften geändert werden könnten und dann diese Bestimmungen auch geändert werden müßten. Diese Bestimmungen sind doch aber ganz unabhängig von den Unfallverhütungsvorschriften und können jederzeit ergänzt werden. Wenn wir uns auf die Kontrolle durch die Berufsgenossenschaften verlassen sollten, so wären wir wirklich verlassen genug, denn es muß jedem einleuchten, daß in dem großen Gebiete der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft drei Kontrollbeamte vollständig unzureichend sind. (Auf 5!) Wenn eine wirkliche Kontrolle stattfinden soll, so müßten allein in der Stadt Braunschweig bei einer floiten Bautätigkeit zwei Beamte tätig sein. Die jetzt stattfindende Kontrolle ist demnach gänzlich ungenügend.

Was den anderen Grund des Herzoglichen Staatsministeriums betrifft, daß Schutzvorschriften für das ganze Herzogtum erlassen werden sollen, so muß ich sagen, daß wir keine großen Hoffnungen darauf setzen, dieses jemals zu erleben. (Unruhe.) Wenn Sie bedenken, daß die Behörden seit dem Jahre 1895 fortgesetzt angebohrt worden sind, aber doch nichts geschehen ist, so muß auch bei Ihnen diese Hoffnung schwinden. Das Ministerium hätte Zeit genug gehabt, ein Statut für das ganze Land auszuarbeiten, wenn es diese Bestimmungen gestrichen haben wollte; aber es ist noch nichts in der Sache geschehen. Im Juni 1897 hat der Staatssekretär von Posadowsky sich an die sämtlichen Regierungen der Einzelstaaten gewandt zwecks Erlaß besserer Schutzvorschriften für Bauhandwerker. Das hiesige Ministerium hat darauf geantwortet, daß es in diesem Sinne wirken wollte, aber trotz dieses Versprechens ist nichts geschehen. Ich kann also kein Vertrauen dazu haben, daß überhaupt noch etwas geschehen wird. Wenn das Ministerium auch wirklich von dem Magistrate aufgefordert würde, schleunigst den Erlaß von Schutzvorschriften zu betreiben, so wird die Resolution doch nichts nützen und nur als ein Beruhigungsmittel für die Bauhandwerker aufzufassen sein. Es ist deshalb bedauerlich, daß die Kommissionen nicht von selbst die Schutzvorschriften wieder in den Entwurf eingestellt haben. Sie werden zugeben müssen, daß unsere damaligen Anträge sehr eingehend geprüft worden sind und daß nichts hineingekommen ist, was nach der einen oder anderen Seite Schaden könnte, aber trotzdem sind sie mit einem Federstriche beseitigt worden. Das sollte die Versammlung nicht ruhig hinnehmen, denn es ist eine Mißachtung der städtischen Behörden. In den letzten 1½ Jahren sind Wünsche aus den übrigen Interessentenkreisen, namentlich der Baupesulanten, berücksichtigt worden, weshalb hat man unter solchen Verhältnissen nicht mehr auf die Wünsche der Bauhandwerker gegeben? Ich beantrage, die Vorschriften, wie sie im früheren Statutentwurf vorgesehen waren, wieder herzustellen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann diese Äußerungen nicht unwidersprochen lassen. Der dem Herzoglichen Staatsministerium gemachte Vorwurf ist nicht begründet. Wenn das Herzogliche Staatsministerium in diesen 1½ Jahren anscheinend nichts in der Sache getan hat, so ist das ganz erklärlich; es hat nämlich gar nicht gesagt, die Vorschriften sollten nicht in das Statut aufgenommen werden, sondern die Herzogliche Baudirektion hatte die Bestimmungen in den verschiedensten Richtungen beanstandet, worauf dann das Staatsministerium sagte, es wünsche, daß die städtischen Behörden sich noch einmal mit der Frage befassen möchten. Das Herzogliche Staatsministerium ist bereit, die Bestimmungen aufzunehmen, allerdings mit der Zusatzbestimmung, daß ihm die Befugnis zustehe, unsere Vorschriften zu ändern. Darüber ist Herr Stegmann weggegangen, was mir ganz unverständlich ist. Ich muß sagen, ich halte einen derartigen Eingriff

in die Selbstverwaltung der Stadt für sehr bedenklich und würde lieber sagen, wir wollen vorziehen, die Vorschriften fallen zu lassen, ehe uns das Recht genommen wird, das Statut selbst zu machen. Das ist aber noch nicht einmal die Hauptsache: Wir haben die Bestimmungen auf Wunsch der Versammlung aufgenommen, obwohl unsere Bedenken bestehen blieben, daß, wie die Gesetzgebung nun einmal liegt, die Berufsgenossenschaften in der Lage sind, neben diesen Bestimmungen ihrerseits Bestimmungen zu erlassen. So wünschenswert es auch sein mag, daß Herr Stegmann für die Interessen der Bauhandwerker eintritt, so sind doch aber auch die Interessen der Arbeitgeber nicht unberücksichtigt zu lassen. Diese kommen aber in eine mißliche Lage, wenn zwei Stellen Vorschriften erlassen, die vielleicht nicht mit einander übereinstimmen. Das wird leicht eintreffen, weil die Bedürfnisse im Bauhandwerk es mit sich gebracht haben, daß die Bestimmungen fortwährend geändert worden sind. Wir müßten also, wenn wir die Arbeitgeber einigermaßen dagegen schützen wollen, daß sie in Zweifel geraten, wem sie eigentlich folgen sollen, uns hinsetzen und fortwährend unsere Statuten revidieren, um sie mit den Vorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Einklang zu bringen. Es handelt sich nun aber gar nicht allein um die Baugewerks-Berufsgenossenschaft, sondern es kommen noch andere Berufsgenossenschaften dabei in Frage, z. B. die Tiefbau-Berufsgenossenschaft etc. Wir hätten also fortwährend aufzupassen, ob nicht Vorschriften geändert werden, und müßten mit unserm Statut hinterher klappen. Das ist kein würdiger Zustand für eine Stadt. Die Herzogliche Baudirektion hat gesagt: Wir halten allgemeine Vorschriften auch für angemessen, d. h. solche, von denen man annehmen kann, daß sie in den Vorschriften der Berufsgenossenschaften wenigstens mit enthalten sind. Wenn nun Herr Stegmann sagt, er bezweifle, daß derartige Vorschriften für das ganze Land erlassen würden, so muß ich sagen, daß ich keinen Grund habe, an dieser positiven Erklärung des Herrn Geheimrat Hartweg zu zweifeln. Ehe der uns hier vorliegende Entwurf aber nicht festgestellt ist, wird wohl auch das Herzogliche Staatsministerium in der Sache nicht vorgehen.

Ich möchte also bitten, die Bestimmungen so zu lassen, wie es die Kommissionen beantragt haben; wir sind auch bereit, die Resolution zu befürworten.

Ferner hat Herr Stegmann auch darin nicht recht, daß in Zukunft nur die Kontrolleure der Berufsgenossenschaften die Ausführung der Bestimmungen überwachen würden. Wenn solche Vorschriften erlassen werden, so sind selbstverständlich auch Organe da, die die Ueberwachung der Vorschriften auszuführen haben. Das würden unsere Beamten beim Stadtbauamte sein. Ich gebe also zu: es läßt sich darüber streiten, ob demnächst alle die von Herrn Stegmann gewünschten Vorschriften werden aufgenommen werden, aber ein Schutz der baugewerblichen Arbeiter wird jedenfalls in genügendem Maße vorhanden sein. Sollten sich Mängel ergeben,

so steht Herrn Stegmann und den städtischen Behörden überhaupt das Recht zu, Aenderungen zu beantragen, und es wird solchen Wünschen wohl auch Rechnung getragen werden. Das ist aber leichter zu machen, als eine Aenderung des Statuts.

Herr Göcke: Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Stegmann, obwohl ich nicht annehme, daß die Sicherheitsvorschriften nicht nötig wären. Seit dem Jahre 1886 stehe ich in der Bewegung der Berufsgenossenschaften und seit jener Zeit werden jetzt die Vorschriften zum vierten Male umgestaltet. Alle fünf Jahre kommt eine neue Revision, bei der die Erfahrungen von Arbeitgebern und Arbeitern, sowie von der Aufsichtsbehörde vorgetragen werden. Wenn wir aber dort alle fünf Jahre ändern, müßte das auch hier geschehen. Ferner hat Herr Stegmann gemeint, daß keine genügende Kontrolle der Unfallverhütungs-Vorschriften vorhanden sei. Wir haben fünf Kontrolleure, die sitzen uns so auf den Hacken, daß man sie am liebsten gar nicht mehr sehen mag. (Heiterkeit.) Wenn Herr Stegmann einmal einer Sitzung der Berufsgenossenschaft beizuhöhen, würde er anders urteilen. Wir haben uns in Braunschweig direkt einen Kontrolleur angestellt, trotzdem kommen die Leute aus Hannover hierher und kontrollieren auch noch. Die Vorschriften selbst, die in so hervorragender Weise von den Berufsgenossenschaften ausgearbeitet werden, decken sich mit fast allen Anträgen, die hier in der Versammlung gestellt worden sind. Vor allen Dingen wird auch dafür gesorgt, daß die Kontrolle über die Gerüste zc. ausgeübt wird. Ich möchte daher ebenfalls bitten, die Vorschriften hier herauszulassen, also den Vorschlägen der Kommissionen zu folgen und die Resolution anzunehmen.

Herr Jasper: Herr Oberbürgermeister Metemeyer und der Herr Referent haben sehr schöne Worte über das Selbstverwaltungsrecht der Stadt geäußert, die meinen vollen Beifall finden; nur scheint es mir, daß sie die Worte wenig in die Tat umgesetzt haben, wenigstens soweit die Kommissionsbeschlüsse dabei in Frage kommen. Wenn hier davon die Rede ist, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde gewahrt werden müsse, so ist doch das nächstliegende, daß man die Beschlüsse des Magistrates und der Versammlung zunächst hochzuhalten sucht jeglichem staatlichen Eingriffe gegenüber. Davon habe ich aber nichts gemerkt, sondern nachdem die Herzogliche Baudirektion oder das Herzogliche Staatsministerium es für gut befinden, eine Aenderung darin herbeizuführen, so sind Magistrat und Kommissionen ohne weiteres bereit gewesen, diesen Wünschen, um nicht zu sagen „Befehlen“, Rechnung zu tragen. Man kann sagen „Befehlen“, weil die Wirkung der Aeußerung genau so gewesen ist, als ob ein Befehl ergangen war. Die Bestimmungen des Statuts sind eingeschränkt worden, oder haben müssen eingeschränkt werden, weil das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nur auf dem Papiere steht und wir unsere eigenen Angelegenheiten nicht in unserm Interesse regeln können.

Interessant war mir auch die Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters, daß das Herzogliche Staatsministerium gar nicht eine Streichung der Schutzbestimmungen gewünscht hat. Es war bisher von mir angenommen worden, daß die Kommissionen den Befehlen der Staatsaufsichtsbehörde folgend die Streichung vorgenommen hatten. Jetzt soll nun das Staatsministerium die Streichung gar nicht gewünscht haben, sondern sie soll nur auf Wunsch der Herzoglichen Bauverwaltung erfolgt sein. Es würde mir interessant sein, zu hören, in welcher Weise eine Aenderung gewünscht würde, dann ließe sich wenigstens darüber reden, ob nicht in dem Rahmen etwas ersprießlicheres für das Bauhandwerk erzielt werden könnte, als einfach zu sagen, wir streichen die ganze Sache, damit nicht gesagt wird: wenn Ihr das allergnädigst zulassen wollt, so sollt Ihr das Recht haben, im Verwaltungswege einzugreifen. Ich glaube auch nicht, daß das Drohmittel verwirklicht werden würde. Ich persönlich würde es darauf ankommen lassen und die Bestimmungen wieder aufnehmen. Dann können wir ja sehen, wie sich die nach dem Landesgesetz leider dazu berufene staatliche Behörde zu unserm Beschlusse stellen wird. Wenn sie es dann ablehnt, etwas für die Bauhandwerker zu tun, so kann man ja sehen, wie sie ihre Regierungsgeschäfte aufsaßt und daß sie zu dem Unglück, was daraus entstehen kann, beiträgt, weil sie es verhindert, ein Statut zu schaffen, daß hier im Sinne der Bauhandwerker ausgearbeitet worden ist.

Die vom Herrn Oberbürgermeister und von Herrn Göcke weiter vorgebrachten Gründe scheinen mir nicht stichhaltig zu sein, um eine vollkommene Streichung der Vorschriften vorzunehmen. Ich gebe zu, daß es dadurch unter Umständen zu gewissen Differenzen kommen kann, wenn zweierlei Vorschriften Anwendung finden, nämlich diejenigen der Stadt und der Berufsgenossenschaften; es gibt daraus aber eine einfache Lösung in der Weise, daß die weitgehendsten Bestimmungen anzuwenden sind, also diejenigen, welche den Interessen der Bauhandwerker am meisten dienlich sind. Sollte das nicht immer möglich sein, so ist nicht ohne weiteres zu sagen, daß die Vorschriften der Berufsgenossenschaften mehr gelten sollen, als die Vorschriften des städtischen Gemeinwesens. Man müßte also den staatlichen Behörden gegenüber standhalten und dürfte auch nicht ohne weiteres vor den Berufsgenossenschaften einen Klotz machen, indem die städtischen Behörden ihre Statuten zu ändern haben, wenn die Herren Unternehmer entsprechend zu pfeifen belieben. Das scheint mir durchaus nicht notwendig zu sein. Herr Göcke ist hier ja eingetreten für die Berufsgenossenschaften, worüber ich mich nicht besonders wundere. Ueber den Wert oder Unwert der einzelnen Vorschriften brauchen wir uns wirklich hier nicht den Kopf zu zerbrechen. Wenn Herr Göcke die Statistik der hiesigen Baugewerks-Berufsgenossenschaft einmal einsehen wollte, so würde er sagen müssen, daß sie nicht am besten abschneidet unter allen den Unternehmerverbänden.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn die Versammlung es wünscht, bin ich bereit, den Bericht der Herzoglichen Baudirektion hier vorzulesen, nicht aber wenn Herr Dr. Jasper allein es wünscht. Auf Wunsch eines einzelnen Mitgliedes der Versammlung kann ich mich dazu nicht verstehen. Im übrigen bemerke ich, daß es keinen rechten Sinn hat, zu empfehlen, diesen Punkt als Anlaß zu einem Konflikt mit dem Herzoglichen Staatsministerium zu nehmen. So stehen wir wirklich nicht mit unserer Landesaufsichtsbehörde, als daß dazu Veranlassung vorläge. Außerdem können wir ohne Genehmigung des Ministeriums Statuten überhaupt nicht erlassen. Man sucht doch wenigstens eine Verständigung anzubahnen. Wenn wir allerdings sämtlich derselben Ansicht wären, wie Herr Dr. Jasper, daß es also notwendig wäre, die Bestimmungen in das Statut aufzunehmen, dann müßte man sagen, entweder findet sich das Herzogliche Staatsministerium bereit, die Vorschriften aufzunehmen oder wir machen kein Statut. Hier liegt aber der Fall so, daß die Mehrheit der Kommissionen mit dem Magistrate der Ansicht war, daß es sich empfehle, die Vorschriften nicht in das Statut aufzunehmen. Wenn man aber eine solche Ueberzeugung hat, weshalb soll man die Stadtverwaltung dann in einen Konflikt treiben? Möge jeder nach seiner Ueberzeugung stimmen, dann sehen wir ja, wie die Mehrheit der Versammlung hierüber denkt.

Herr Wesemeier: Ich glaube, der Entschluß der Kommissionen und des Magistrates resultiert aus einer nicht genügenden Kenntnis der ganzen Sachlage. (Widerspruch.) Die Bauhandwerker haben seit dem Jahre 1895 hier immer und immer wieder nachgebohrt, um einen besseren Schutz für Leben und Gesundheit zu erhalten. Zwei Jahre später waren sie persönlich bei dem damaligen Herrn Bürgermeister Metemeyer vorstellig, bei welcher Gelegenheit dieser erklärte: Ich erkenne Ihren Entwurf als gut an, ja es ist eine Menge darin, was mir noch nicht weit genug geht, aber es mangelt zurzeit nur an Baubeamten, die Materie zu bearbeiten. Er stand also auf dem Standpunkt, daß wir damals schon von der Stadt aus die Materie bearbeiten konnten. Wie der Herr Bürgermeister äußerte, kamen verschiedene Sachen dazwischen, die eine Förderung der Sache hinderten: Der Kreisdirektor Orth sei gestorben, der Architekt Bertram sei abgegangen, ein anderer Beamter sei krank u. dgl. Aus diesen Gründen ruhe die Sache; er glaube aber, daß die Angelegenheit bei dem Erlaß der Landesbauordnung geregelt werde. Trotz dieser Erklärung ist aber nichts geschehen. Daß eine Aenderung hier nötig ist, wird Herr Göcke auch wissen. Wie Herr Dr. Jasper schon andeutete, weist die hiesige Sektion III der Hannoverschen Berufsgenossenschaft in Rücksicht auf die vorgekommenen Fälle keinen guten Stand auf, sie ist die zweitschlechteste im ganzen Deutschen Reiche und nur die Bayerische ist in diesem Punkte noch schlechter. Deshalb müßte man wirklich in dieser Sache schneller arbeiten, weil die Verzögerung

auf Kosten der gesunden Knochen der Arbeiter geschieht. Sie können hieraus wohl verstehen, daß wir ein ganz erhebliches Mißtrauen gegen die uns in bezug auf die Herausgabe von Unfallverhütungsvorschriften gemachten Versprechen hegen. Das Herzogliche Staatsministerium hat im Jahre 1897 die Anregung erhalten, etwas in der Sache zu tun, es hat aber nichts getan und heute will man ihm die Sache wieder mit dem Prädikat „dringlich“ zuschieben. Sie können uns aber aus den vorgetragenen Gründen nicht verdenken, wenn wir jedes Vertrauen zu dem guten Willen des Ministeriums verloren haben.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer sagte, die Interessen der Arbeitgeber müßten gewahrt werden. Das gebe ich zu, aber weshalb sollen nicht zweierlei Bestimmungen in einer Stadt neben einander bestehen können? In Frankfurt a. M. hat man seit dem Jahre 1895 ein städtisches Statut, das neben den Unfallverhütungsvorschriften gehandhabt wird, und das muß auch hier gehen. Es wurde ferner gesagt, die Vorschriften müßten dann zu oft geändert werden, und Herr Göcke ergänzte die Äußerung dahin, daß die Berufsgenossenschaft ihre Vorschriften in etwa 20 Jahren fünfmal geändert habe. Wir ändern aber doch unsere Statuten auch oft genug. Wenn es sich um die Gesundheit so vieler tausend Arbeiter handelt, so ist es doch wirklich nicht zu viel, wenn man dann und wann bessere Vorschriften erläßt.

Mit den Kontrolleuren mag es jetzt etwas besser sein, aber das ist erst durch das Drängen der Arbeiter geworden. (Widerspruch.) Im Jahre 1898 ist überhaupt keine Kontrolle durch die Berufsgenossenschaft vorhanden gewesen, und nach dem Streik wurden die Bauten von den Beauftragten der Berufsgenossenschaft überhaupt nur bei den Unternehmern kontrolliert, die die Forderungen der Maurer bewilligt hatten. Weshalb aber nur diese Bauten kontrolliert wurden, war ja doch klar ersichtlich. Erst auf das ständige Drängen der Arbeiter hin ist von der Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Kontrolle mehr und mehr eingeführt worden. (Widerspruch.) Die Berufsgenossenschaft hat bis vor wenigen Jahren gar nichts angewandt zur Ueberwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. Zieht man besonders die Unfallziffern in Betracht, daß wir nämlich in der Sektion III 45,75 Unfälle auf 1000 Vollarbeiter haben gegenüber 33,25 in ganz Deutschland, muß jedem schließlich einleuchten, daß hier mehr geschehen kann. Durch die Ueberweisung der Materie an das Herzogliche Staatsministerium wird die Sache nur wieder verschleppt, und die Bauhandwerker haben das Nachsehen. Deshalb nehmen Sie die Bestimmungen ruhig wieder in das Statut auf; werden sie dann gestrichen, so mögen die Herren das verantworten.

Herr Stegmann: Ich bin auch der Ansicht des Herrn Wesemeier, daß es keine Schwierigkeiten machen kann, die Bestimmungen wieder aufzunehmen. Daß die Arbeitgeber dadurch in eine mißliche Lage kommen sollten, ist nicht zu befürchten, aber auch gleichgültig. Die Bestimmungen sind gegeben, damit das Stadtbauamt eine Kontrolle

ausüben kann, alles übrige ist dessen Sache. Ich kann mir auch nicht denken, daß fortgesetzt aufgepaßt werden müßte, damit die Vorschriften in Uebereinstimmung gebracht werden mit den Vorschriften der Berufsgenossenschaften; dafür werden die Arbeiter schon sorgen, daß etwaige bessere Vorschriften in das Statut kommen. Zur besseren Beleuchtung der Verhältnisse in der Hannoverschen Berufsgenossenschaft will ich Ihnen einige statistische Zahlen mitteilen: Auf je tausend Vollarbeiter dieser Genossenschaft kamen im Jahre 1897 = 38,58, im Jahre 1900 = 38,23 und im Jahre 1901 = 38 Verletzte; hingegen stellen sich die Zahlen in den gleichen Jahren in der Sektion III (Braunschweig) dieser Berufsgenossenschaft auf 49,90, 44,78 und 45,75. Also gerade in der hiesigen Sektion stellen sich die Zahlen sehr viel schlechter, als im Durchschnitt der ganzen Genossenschaft; es ist daher dringend notwendig, daß etwas geschaffen wird. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, daß die Berufsgenossenschaften selber vorgehen und eine strenge Kontrolle einführen sollen. Es sind damals schon eine Menge Bestimmungen von unseren ursprünglichen Anträgen gestrichen worden, aber wir haben uns, um wenigstens etwas zu schaffen, darauf beschränkt, das gutzuheißen, was durchzusetzen war. Auf das Herzogliche Staatsministerium dürfen wir uns hierbei nicht verlassen.

Herr Büdel: Ich bin dafür, daß den Bauhandwerkern der größtmöglichste Schutz gewährleistet wird, und ich bin überrascht zu hören, daß die Herren glauben, die Unfallverhütungsvorschriften seien nicht ausreichend, und daß Herr Dr. Zäpper meint, die Berufsgenossenschaften seien Institutionen der Arbeitgeber, und die Unfallverhütungsvorschriften würden nur von diesen ausgearbeitet. Nach dem Reichsversicherungsgesetze darf aber ohne Anhörung der Arbeiter gar keine Unfallverhütungsvorschrift erlassen werden, so daß diese ihre Wünsche zur Geltung bringen können. Ich habe selbst wiederholt in einer anderen Berufsgenossenschaft mit diesen Herren zusammen gearbeitet, und ich habe mich gefreut, wie sachgemäß und energisch sie die von ihnen für notwendig gehaltenen Vorschriften durchgedrückt haben. Ich sollte aber meinen, daß die Verhältnisse in der Baugewerks-Berufsgenossenschaft ebenso liegen müßten. Wenn daher die Herren ihre Vertreter so unterrichten, wie sie es für nötig halten, so kann kein Statut so scharf gefaßt werden, wie die Unfallverhütungsvorschriften. Daher glaube ich auch, daß ein gut Teil der Schuld, wenn die Unfallverhütungsvorschriften bei der Baugewerks-Berufsgenossenschaft den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen, an ihnen selbst liegt.

Herr Göcke: Den Herren Wesemeier und Stegmann möchte ich erwidern, daß ihre Mitteilungen aus der Statistik gerade den entgegengesetzten Schluß ziehen lassen. Die Sektion III (Braunschweig) der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft arbeitet eben so intensiv und hat ihre Mitglieder so im Zuge, daß jeder geringe Unfall angemeldet werden muß und wenn es eigentlich gar kein Unfall ist. Zum Schutz der Arbeiter werden die Mitglieder angehalten, auch die

geringste Verletzung anzumelden. Es wird deshalb wohl keine Sektion so intensiv arbeiten, wie gerade unsere. Gehen Sie nur nach unserm Bureau hin und überzeugen Sie sich, wie die Sache gehandhabt wird. Ein solches Verfahren erhöht allerdings den Prozentsatz der Unfälle, aber es ist kein Zeichen dafür, daß unsere Sektion die traurigste ist. Die Herren Stegmann und Wesemeier haben eben keine blasse Ahnung mehr von den heutigen Arbeiten, sie kümmern sich um diese Sachen nicht und wissen nicht, wie es auf den Bauten heutzutage zugeht. Ich lade die beiden Herren ein, sich die Sachen auf unserm Bureau in der Willierstraße anzusehen. Wie können die Herren, die den Tag über auf dem Bureau arbeiten, wissen, wie es auf den Bauten zugeht!

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Wesemeier hat auf die Vorschriften hingewiesen, die in Frankfurt erlassen worden sind. Ich möchte hervorheben, daß sich seitdem auch die Gesetzgebung erheblich geändert hat durch das neue Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz und das Bau-Unfallversicherungsgesetz. Es ist jetzt vorgeschrieben, daß die Vorschriften nicht mehr statutarisch ohne weiteres erlassen werden dürfen, ohne sich vorher mit der zuständigen Organisation der Berufsgenossenschaft in Verbindung gesetzt zu haben. Es sollen eben die Widersprüche nicht heraufbeschworen werden, die entstehen würden und die auch die ganze Durchführung für den Arbeitgeber und Arbeiter in schlimmster Weise erschweren. Den Worten des Herrn Födel möchte ich noch hinzufügen, daß die Arbeiter nicht nur zur gutachtlichen Äußerung, sondern sogar mit vollem Stimmrecht zugezogen werden. Auch beim Reichs-Versicherungsamte werden Arbeiter zugezogen; es ist also dafür gesorgt, daß die Wünsche der Arbeiter gehört werden. Man hat vermeiden wollen, daß auf verschiedenen Wegen versucht wird das Ziel zu erreichen, weil dadurch eine Zersplitterung der Kräfte herbeigeführt werden würde.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wir mögen hier beschließen was wir wollen, es wird immer heißen: Wir, d. h. die Herren Jasper und Genossen, traten ein für den Schutz der Arbeiter und die anderen Herren waren dagegen. (Zustimmung.) Um welche Vorschriften handelt es sich denn hier eigentlich, die die Herren so gern in das Statut hinein haben wollen? Wir haben sie aus den Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufsgenossenschaften ziemlich wörtlich abgeschrieben und nur einige kleine Änderungen darin vorgenommen. Ein Unterschied liegt eigentlich nur darin, daß nicht dieselben Strafvorschriften von uns gewählt worden sind, sondern daß die Berufsgenossenschaften darin noch viel weiter gehen als wir. Wir können nur Strafen bis zu 60 M oder 14tägiger Haft festsetzen; wenn nun auch die Berufsgenossenschaften eine Gefängnisstrafe nicht dekretieren können, so haben sie doch eine sehr böse Strafe vorgesehen, die der Unternehmer unter Umständen zu gewärtigen hat, nämlich er haftet der Berufsgenossenschaft für den Schaden, der ihr entsteht aus der Nichtbeachtung der gegebenen Bestimmungen.

Diese Strafe ist aber unter Umständen viel härter, als die von uns in Aussicht genommenen Strafen.

Herr Jasper: Herr Südel hat, unterstützt durch die Worte des Herrn Stadtrat von Frankenberg, besonders hervorgehoben, daß bei dem Erlaß der Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufsgenossenschaften auch die Wünsche der Arbeiter gehört werden. Das ist mir bekannt und ich habe auch das Gegenteil nicht behauptet. Ich habe nur mehrfach statt „Berufsgenossenschaften“ den Ausdruck „Unternehmerverbände“ gebraucht und das halte ich aufrecht. Aber selbst wenn ich das gesagt hätte, was Herr Südel aus meinen Worten gelesen hat, so genügt es mir nicht, daß die Arbeiter nur gehört werden, denn man kann auch tauben Ohren predigen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat auch gesagt, die Arbeiter hätten Stimmrecht, das ist mir momentan nicht bekannt. Ich will das zugeben, aber bisher habe ich die Sache so aufgefaßt, daß sie nur gehört werden konnten. Was aber das „Hören“ anlangt, so weiß man derartige Einrichtungen zu würdigen. Der Vorwurf, der den Arbeitervertretern von Herrn Südel gemacht wurde, würde unter diesen Umständen nicht allzu stichhaltig sein. Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat es abgelehnt, auf meinen Wunsch allein die umfangreichen Bedingungen zu lesen, unter denen die staatlichen Behörden bereit sein wollen, die Unfallverhütungs-Vorschriften in unser Statut zu bringen. Ich kann ihm nicht verdenken, daß er nur auf Wunsch der Mehrheit der Versammlung in nähere Einzelheiten über die Sache eintreten will, um noch zu retten was zu retten ist. Fragen möchte ich aber, ob die Zuschrift der Baudirektion auch den vereinigten Kommissionen vorgelegt worden ist, ob diese sie geprüft haben und aus welchem Grunde die Kommissionen beschlossen haben, nicht in eine nähere Erörterung über die Aufnahme der abzuändernden Unfallverhütungs-Vorschriften einzutreten. Ich würde es für eine Pflicht des Magistrates und der Kommissionen halten, danach zu trachten, daß von den Schutzbestimmungen das möglichste aufrecht erhalten werde, was Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung seinerzeit beschlossen haben. Nach einem Konflikte lechze auch ich nicht, aber wenn es nicht anders geht und solche Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, dann darf man auch nicht davor zurückschrecken. Der Herr Oberbürgermeister sagte, der eine habe diese, der andere jene Ansicht; wir sind aber nicht hierher gekommen, um einfach abzustimmen, jeder mit einer vorgefaßten Meinung, sondern unsere Verhandlungen haben die Bedeutung, daß wir uns gegenseitig zu überzeugen suchen von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des einen oder anderen Standpunktes. Wenn aber unser Standpunkt dahin erkannt werden sollte, daß die Mehrheit der Versammlung mit dem Magistrate von dem Vorwurf getroffen werden, den Arbeiterschutz nicht genügend vertreten zu haben, so müssen das die Herren mit sich ausmachen. Die Mehrheit will dann eben mit dem Magistrate

weiter Menschenleben aufs Spiel setzen, statt hier zu handeln und dagegen aufzutreten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe im Eingange meiner vorigen Rede sagen wollen, Sie, nämlich die Herren Dr. Jasper und Genossen, werden uns den Vorwurf machen, daß wir nicht für den Schutz der Arbeiter eingetreten seien. Die Herzogliche Baudirektion hat sich in eingehender Begründung zu den einzelnen Paragraphen geäußert, während das Ministerium im einzelnen überhaupt keine Stellung dazu genommen, sondern sich so geäußert hat, wie der Herr Referent vorhin schon vorgetragen hat. — Seite 545 des Berichts. — Gerade der letzte Punkt hat uns dahin gebracht, zu erwägen, ob unter diesen Umständen die Aufnahme der Vorschriften überhaupt noch rätlich erscheint, und aus diesem Grunde haben wir mit den Kommissionen von der Aufnahme Abstand genommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im § 119 des Bauunfall-Versicherungsgesetzes ist vorgesehen, daß die Vertreter der Arbeiter zu den Beratungen der Berufsgenossenschaften mit vollem Stimmrecht zuzuziehen sind. Da sich Herr Dr. Jasper dieser Sache nicht erinnerte, so will ich mir erlauben, sein Gedächtnis etwas zu schärfen.

Herr Wesemeier: Es kommt hierbei gar nicht darauf an, ob die Arbeiter bei dem Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften Stimmrecht haben oder nicht (Heiterkeit), sondern darauf, daß die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften gut geübt wird. Die Hannoversche Berufsgenossenschaft hat am wenigsten getan, um die Arbeiter zu schützen. Deshalb wollen wir, daß die Arbeiter Aufsicht üben sollen. (Aha! Heiterkeit.) Das wollen Sie aber nicht, weil Sie wissen, daß Sie dann in den Beutel greifen müssen. (Unruhe.) Herr Göcke hat allerdings gesagt, die vielen Unfallmeldungen kämen nur daher, daß jeder kleine Riß am Finger gemeldet würde, was anderwärts nicht geschähe. Das ist aber nicht richtig. Ich kann Ihnen nämlich die Zahlen derjenigen Arbeiter mitteilen, die von der Berufsgenossenschaft entschädigt wurden, und da kommen 1901 in der Sektion III auf tausend Vollarbeiter 11,9 entschädigte Unfälle. Die Sektion steht damit an der sechsten Stelle der sämtlichen Berufsgenossenschaften in Deutschland. Das ist ein Beweis dafür, daß die Sache doch anders liegt, als hier vorgetragen wird. In der gesamten Hannoverschen Berufsgenossenschaft betrug die Zahl 7,39; es entfällt also ein bedeutend höherer Prozentsatz auf die Stadt Braunschweig.

Es ist übrigens eine alte Facke: Wenn wir derartige Anträge stellen, so wird von Ihnen stets gesagt, wir beabsichtigen damit nur, agitatorisch für uns zu wirken. Ach, die Melodie kennen wir schon genügend. Weshalb treten Sie denn nicht für den Schutz der Arbeiter ein? Lassen Sie doch diese Melodie weg, die ist so alt, daß sie die Späßen nachgerade von den Dächern pfeifen! Der Herr Oberbürgermeister sagte auch, die Unternehmer würden für den entstehenden Schaden unter

Umständen haftbar gemacht, nein, sie können nur haftbar gemacht werden. (Heiterkeit.) Ich erinnere an folgenden Fall: In Hedwigsburg fällt bei dem Bau eines großen Schornsteins einem Arbeiter ein Stein auf den Kopf, und tötet ihn. Ein Schuttdach fehlte, weshalb der Unternehmer vor Gericht gebracht wird. Während in der Verhandlung der Gewerberat Spemann ein Schuttdach für nötig hielt, erklärte ein von dem Beklagten als Sachverständiger zugezogener Berufskollege aus Hannover ein Schuttdach für unnötig oder unanbringbar, worauf der Unternehmer freigesprochen wurde. Das ist heutzutage der Schutz der Arbeiter. Mögen Sie reden, wie Sie wollen, wir wissen, daß ein Verlaß auf die Versprechungen, mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen, nicht ist. Seit dem Jahre 1895 jammern die Arbeiter nach Schutz, und ihre Wünsche werden nicht erfüllt. Ich bin übrigens lange genug im Beruf tätig gewesen, um die Verhältnisse auf den Bauten mindestens ebenso gut zu kennen wie Herr Göcke; ich kann noch heute genau beurteilen, ob ein Gerüst gut ist oder nicht, und diese Kenntnis werde ich beibehalten, auch wenn ich noch zehn Jahre älter sein werde.

Herr Meyerhoff: Mich wundert, daß die Herren so warm eintreten für die Wiederaufnahme der Schutzvorschriften in das Statut. In der ersten Beratung des Ortsbaustatuts haben die Herren doch die Vorschriften außerordentlich lebhaft bekämpft. Herr Wesemeier hat aber ganz recht bemerkt: Wir wollen die Aufsicht bei den Bauten. Bei der ersten Beratung waren die Unfallverhütungs-Vorschriften den Herren nicht nach dem Munde. Es ist aber keine Stadtverwaltung in der Lage, dem Arbeiter das Aufsichtsrecht über die Bauten zu übertragen, und es ist das auch nicht unseres Amtes.

Ich wollte eigentlich gar nicht zur Sache sprechen, werde nun aber doch dazu gezwungen. Wie liegen die Verhältnisse in Hannover? In Hannover ist ein Anhang zur Bauordnung herausgegeben, der generelle Vorschriften enthält, während hinterher in 39 Paragraphen Vorschriften für die Berufsgenossenschaften folgen. Hannover hat vor zwei Jahren sein Ortsbaustatut erneuert, ohne diese Bestimmungen aufzunehmen. So wie Hannover können wir aber auch hier verfahren. Es sollen hier generelle Vorschriften gemacht werden, die meinetwegen mit in den Anhang der Berufsgenossenschaften kommen können.

Ich neige auch der Ansicht des Herrn Göcke zu. In der Stahlberufsgenossenschaft, deren engerem Vorstande ich angehöre, werden auch viele Unfälle angemeldet, jede Kleinigkeit kommt zur Anzeige; wir haben alle vier Wochen über 60 bis 70 Fälle zu entscheiden. Dabei muß doch aber berücksichtigt werden, daß in diesem Berufe auch die Gefahr sehr groß ist. Zwischen der Anzeige und der wirklichen Entschädigung liegt nun aber ein großes Feld. Viele Sektionen leiden an dem Fehler, alles mögliche gleich des lieben Friedens willen zu entschädigen, andere sind darin wieder strenger. Gerade durch die Humanität einzelner Berufsgenossenschaften

werden die hohen Unfallziffern hervorgerufen. Wir wissen in unserer Berufs-genossenschaft ganz genau, was wir wollen, aber unsere Sektion erfordert stets Zuschüsse, während andere Sektionen Ueberschüsse erzielen. Es kommt dabei also nicht darauf an, daß die Unfallverhütungs-Vorschriften nicht scharf genug sind.

Herr Stegmann (als Antragsteller): Wenn Herr Meyerhoff meint, wir hätten seinerzeit die Anträge bekämpft, so scheint er ein schlechtes Gedächtnis zu haben. Gerade ich habe eine ganze Menge Anträge gestellt, und ein Teil davon ist auch angenommen worden. Was die Baukontrolle betrifft, so ist das eine selbstverständliche Forderung, jedoch ist damals mein Antrag abgelehnt worden. Verschiedene süddeutsche Städte haben Arbeiterkontrollen eingeführt, wie das z. B. auf Anordnung des bayerischen Ministeriums geschehen ist. Es liegt kein Grund vor, die Schutzbestimmungen fallen zu lassen, denn ein Antrag auf Anstellung von Baukontrollen ist von uns nicht wieder gestellt worden. Daß durch die Humanität die meisten Unfälle hervorgerufen werden sollen (Heiterkeit. Ruf: Entschädigungen!), so, das ist etwas anderes. Wenn Herr Göcke behauptet, daß wir keine Ahnung von den Bauten hätten, so muß ich ihm erwidern, daß man die Verhältnisse ganz genau kennt, wenn man so lange auf dem Bau gearbeitet hat. Außerdem weiß Herr Göcke, daß wir fortgesetzt mit den Bauhandwerkern verkehren, und zwar mehr als die meisten der Herren. Immer und immer wieder wird dann auf die schönen Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufs-genossenschaften hingewiesen; wir wollen aber unabhängig davon für die Stadt etwas schaffen. (Herr Oberbürgermeister Kettemeyer: Das sind dieselben Vorschriften!) Wenn Sie sagen, das sei nicht nötig, so hat ja auch das Ministerium Anlaß genug, gar keine Vorschriften für das Land zu schaffen.

Herr Wolff: Im Namen der vereinigten Kommissionen beharre ich bei den Ihnen vorgetragenen Anträgen, unter Streichung der §§ 9 und 10, sowie 12 bis 22 und 24 a, die vorgetragene Resolution zu fassen. Es kann unter Umständen vorkommen, daß eine Staatsregierung Forderungen stellt, die uns nicht annehmbar erscheinen; wir müßten alsdann Veranlassung nehmen, einer derartigen in das Selbstbestimmungsrecht der Städte eingreifende Forderung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Es wäre nicht unmöglich, gerade hierdurch einen Konflikt hervorzurufen. Aber wenn es eine Materie gibt, in der wir es nicht zum Konflikt brauchen kommen zu lassen, so ist es bei der Eigenart des jetzigen Ministeriums gerade diese, denn wir können sicher sein, daß das Ministerium zum Schutz der Arbeiter so scharfe Forderungen aufstellen wird, wie wir sie für nötig erachten.

Gegenüber der fernerer Behauptung, das Ministerium treffe die Schuld an der Verzögerung dieser Angelegenheit, will ich einige wirkliche Schuldige nennen. Als die Anregung des Staatssekretärs von Posadowsky kam, fehlte es an der nötigen gesetzlichen Grundlage für uns, die Sache zu betreiben; diese kam erst durch die Bauordnung vom 13. März 1899. Es ist nun naturgemäß, daß angesichts

der Bedeutung der Stadt Braunschweig die Landesregierung den Standpunkt einnahm, abzuwarten, welches Statut die Stadt Braunschweig einführen würde, um danach Stellung zu nehmen zu den Schutzvorschriften. Nun kam unser Statutenentwurf, über dem allerdings Unsterne der mannigfachsten Art geschwebt haben: Todesfall, Krankheitsfall und andere Ursachen haben veranlaßt, daß die Materie unerledigt geblieben ist. Hierzu kann aber das Ministerium nichts, und wenn es bislang keine Vorschriften erlassen hat, dieselben vielmehr gleichzeitig mit dem Ortsbaustatut herausgeben will, so kann man darin Grund zum Mißtrauen wirklich nicht erblicken. Daß die Erklärung des Herzoglichen Staatsministeriums aber keine willkürlich hingeworfene Aeußerung ist, liegt doch wohl auf der Hand. Unter Beachtung der vom Magistrat für die Verwerfung der Schutzvorschriften angeführten Gründe stehen die vereinigten Kommissionen auf dem Standpunkte, daß unter diesen Umständen die Vorschriften ruhig wegfallen können.

Herr Günther: Ich glaube, man predigt auch hier tauben Ohren, wie uns das so oft passiert. Bei der ganzen Frage würden wir weiter gekommen sein, wenn nicht die Sache der Berufsgenossenschaften hineingetragen wäre. Wir wollen, daß die Unfälle durch die eigene Kontrolle der Arbeiter verhütet werden sollen, die Berufsgenossenschaften wollen sie zwar auch verhüten, jedoch auf ihre Weise. Es wird nun so oft geprahlt mit den zu zahlenden Entschädigungen. Die sind ja allerdings nicht aus der Welt zu schaffen, aber wir kennen auch die Rentenquetschen, bei denen versucht wird, die Renten so weit als möglich herunter- oder ganz abzusetzen, oder aber dem Verletzten überhaupt keine Rente zu zahlen. Es ist notwendig, daß man dem Arbeiter den nötigen Schutz durch die eigene Kontrolle ange-deihen läßt, weil die Kontrolle durch die Berufsgenossenschaften nicht in der Weise ausgeführt wird, um Unfälle wirksam zu verhüten. Herr Meyerhoff hat uns einen Anhang aus Hannover gezeigt, den wir seiner Meinung nach nur brauchten. Das ist alles ganz schön, aber uns wohnt dabei ein gewisses Mißtrauen inne. Wüßten wir, daß in allernächster Zeit schnellstens ein Statut geschaffen würde, so würden wir dem Vorschlage gern zustimmen, aber wir trauen der Sache nicht und dieses Mißtrauen veranlaßt uns, dafür einzutreten, daß die betreffenden Bestimmungen in das Statut hineinkommen.

Herr Nolte: Nach der Aeußerung des Herrn Günther bestehen seine Freunde deshalb auf der Aufnahme der Schutzbestimmungen, weil viele Rentenquetschungen vorkämen und Versuche gemacht würden, den Verletzten Renten überhaupt nicht zu zahlen. Es ist möglich, daß das vorkommt, aber jedenfalls bietet die Reichsgesetzgebung in den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamte reiche Handhaben, solchen Versuchen entgegenzutreten. Nach meiner Kenntnis der Dinge sind auch die Arbeiter nicht so schüchtern, daß sie davon keinen Gebrauch machen. (Zustimmung.) Der Grund kann also hierbei gar nicht in Frage kommen.

Herr Löschigt: Ich wollte darauf hinweisen, daß solche Fälle von Rentenquetschungen immerhin vorkommen können, aber ich kann auch Fälle nachweisen, wo das Gegenteil vorkommt und Leuten zu hohe Renten zugebilligt werden. Wenn Sie sähen, was wir in unserer Berufsgenossenschaft jährlich zu zahlen müssen, so würde sich vielleicht sogar Herr Günther wundern. Der Arbeiter kann kostenlos bis ans Reichsgericht gehen und seine vermeintlichen Rechte verfechten. Wir als Arbeitgeber haben dabei gar nicht zu urteilen, wir sind nur die Dummen, die zahlen müssen. Durch Sachverständige, Doktoren und Juristen werden wir häufig in eine unangenehme Lage gebracht. Das Gesetz steht jedenfalls beiden Parteien zur Seite und es ist bis jetzt immerhin ordnungsmäßig gehandhabt worden.

Die nun folgende Abstimmung über den Antrag Stegmann ist eine namentliche. Es stimmen für den Antrag die Herren Bunge, Günther, Jasper, Ohlendorf, Kiefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle; gegen den Antrag die Herren Blasius, Buchler, Esborn, Friede, Frühling, Göcke, Jüdel, Kathe, Koch, Löschigt, Lord, Lupprian, Meyerhoff, Müller, Nolte, Probst, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Schöttler, Weichsel, Wolff und Wolters. Der Antrag ist somit abgelehnt worden.

Herr Stegmann (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, nunmehr über meinen weiteren Antrag abzustimmen, die betreffenden Schutzvorrichtungen als besonderes Ortsstatut herauszugeben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Antrag hat seine Bedenken insofern, als verschiedene Herren diese Vorschriften nicht zur Hand haben werden und daher nicht gut darüber abstimmen können. Es kann deshalb über ein neu zu erlassendes Statut doch jetzt nicht beraten werden.

Herr Wolff: Die Sache läuft darauf hinaus, daß die Herren Antragsteller die Resolution nicht wollen, weil sie ein besonderes Statut vorziehen. Wer diesen Standpunkt billigt, mag doch gegen die Resolution stimmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Gegen die Berücksichtigung des Antrages Stegmann liegen doch erhebliche Bedenken vor. Wenn wir uns nach Feststellung des Ortsbaustatuts mit dem Antrag Stegmann befassen müßten, so kann doch der Magistrat nicht im Sinne der Resolution an das Herzogliche Staatsministerium berichten. Die Sache würde dadurch also aufgehalten werden.

Herr Stegmann: Das ist ja richtig, aber die von den Kommissionen vorgeschlagene Resolution hat doch mit dem Ortsbaustatute absolut gar nichts zu tun. Sie können deshalb das Statut heute annehmen, den Antrag der Kommissio-

nen aber ruhig ausscheiden. Wird aber mein Antrag abgelehnt, dann könnte immer noch über die Resolution abgestimmt werden.

Herr Jasper: Es handelt sich darum, neben dem Statut noch die Resolution anzunehmen, oder den Antrag Stegmann. Je nachdem man nun mehr Vertrauen zu dem Staatsministerium oder zu den städtischen Behörden hat, stimmt man für die Resolution oder für den Antrag Stegmann. Es ist also ein Zusammenhang mit dem Ortsbaustatute tatsächlich vorhanden und der Antrag Stegmann daher als ein selbständiger nicht zu behandeln.

Herr Wolff: Eben hat die Versammlung in namentlicher Abstimmung beschlossen, die Sachen aus dem Statute auszuschneiden, insbesondere auch deshalb noch, weil wir uns die ministerielle Einmischung in unsere städtischen Angelegenheiten nicht gefallen lassen wollen, und nun kommt der Antrag Stegmann! Das verstehe ich nicht. Aber gegen die formelle Zulässigkeit des Antrags ist nichts einzuwenden.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt und die von den vereinigten Kommissionen vorgeschlagene Resolution angenommen.

Herr Wolff: Zu den §§ 8, 11, 12, 23 und 24 findet sich nichts zu bemerken. Da indessen die Fassung des § 12 an einer Stelle zu Bedenken Anlaß gibt, so wird empfohlen, den Schluß des ersten Absatzes wie folgt zu fassen:

„. . . es muß, wo ein Gerüst vorhanden ist, mindestens 1 m über dasselbe vortreten, andernfalls aber eine Breite von mindestens 2 m haben.“

Die bezeichneten Paragraphen werden mit dieser Ergänzung angenommen.

Zu den §§ 25 und 26 ist nichts zu bemerken, jedoch haben die Kommissionen Veranlassung genommen, der Versammlung zum § 26 folgende Resolution vorzuschlagen:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium den Erlaß eines Landesgesetzes anzuregen, durch welches die Erhaltung geschichtlich oder architektonisch wichtiger Bauwerke tunlichst gesichert und zur Vermeidung von Beeinträchtigungen solcher Bauwerke auch die Errichtung von Gebäuden in der Nähe der ersteren angemessenen Beschränkungen unterworfen wird.“

Diese Resolution hat ihren Entstehungsgrund in einer Anregung des Architekten- und Ingenieurvereins. Die Kommissionen hielten es wohl für gut, gewisse beschränkende Bestimmungen in diesem Punkte zu treffen, aber sie haben auch erwogen, daß ein unerträglicher Eingriff in bestehende Privatrechte und die Frage der Berechtigung einer Entschädigungspflicht entstehen könnte, weshalb sie der Meinung waren, daß eine entsprechende vernünftige Regelung dieser Angelegenheit nur im Wege des Gesetzes geschehen könnte.

Die Resolution wird ebenso wie die §§ 25 und 26 angenommen.

Gegen die §§ 27 und 28 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Die städtische Bauverwaltung hat zum Absatz 2 des § 28, der lautet:

„Die Abschließung der 5 m breiten Zwischenräume gegen das dahinterliegende Grundstück darf nur mittels leicht zu beseitigender durchbrochener Einfriedigung geschehen“,

das Bedenken geltend gemacht, es könnten Zweifel entstehen, ob das dahinter liegende Grundstück nicht etwa das Nachbargrundstück sein sollte, während doch gemeint ist der dahinter liegende Teil des Grundstücks. Es wird deshalb anheimgegeben, zu sagen „gegen den dahinter liegenden Grundstücksteil“.

Nachdem der Herr Referent dieses Bedenken für gerechtfertigt erklärt hatte, wird die Aenderung gutgeheißen.

Gegen die §§ 29—32 haben die Kommissionen nichts zu erinnern gefunden; sie werden ohne weitere Besprechung angenommen.

Zum § 33 äußert sich Herr Göde wie folgt: Diese Bestimmungen enthalten gewissermaßen eine große Härte. Wenn im Ortsbauplan eine Straße verbreitert werden soll, so sollen für die dort neu entstehenden Häuser, sofern die Straße entsprechend der Entfernung der neuen Fluchtlinien von einander noch nicht freigelegt ist, mit Rücksicht auf die vorgesehene Straßenverbreiterung eine Ueberschreitung der bisher zulässigen Gebäudehöhe um mehr als 3 m nicht gefordert werden können. Wenn also in der Innenstadt eine Straße 6,50 m breit ist, so würden dort nur Häuser in Höhe von 11 m errichtet werden können; würde sie aber 14 m breit sein, so könnten die Häuser 19 m hoch werden. Der Absatz 2 des § 33 heißt nun: „In besonderen Fällen kann von dieser Beschränkung Abstand genommen werden, namentlich dann, wenn die Freilegung der neuen Fluchtlinie im wesentlichen bewirkt ist, oder nahe bevorsteht.“ Wenn also auf einer langen Straße die Fluchtlinie festgelegt wird und es dauert 20—30 Jahre bis zu ihrer Durchführung, so muß innerhalb dieser Zeit die jetzige Gebäudehöhe angenommen werden und erst später darf die volle Höhe durchgeführt werden. Weshalb soll man aber nicht gleich so hoch bauen dürfen, wie es später gestattet sein soll?

Herr Wolff: Hier muß ich auf meine Worte im Eingange zurückkommen. Es handelt sich hier um eine Materie, bei der wir in der ersten Beratung fast unwohl geworden sind. Da die damals nach langer Besprechung angenommene Bestimmung unverändert in den jetzt vorliegenden Entwurf aufgenommen ist, so sehe ich wirklich keine Veranlassung ein, davon wieder abzuweichen.

Herr Meyerhoff: Ich wollte nur bemerken, daß es uns doch überlassen bleiben muß, im Plenum Anträge zu stellen. Als Mitglied der vereinigten Kommissionen konnte ich es nicht gut.

Herr Wolff: Ich habe Herrn Göcke das Recht auch nicht bestritten, aber ich mußte darauf aufmerksam machen, daß wir damals diese Sache in einer furchtbar langen Beratung behandelt haben und zu dem Schlusse gekommen sind, die vorliegende Fassung anzunehmen. Bestimmungen, über deren Zweckmäßigkeit man streiten kann, können Sie aber auf jeder Seite des Statuts finden.

Herr Göcke: Ich möchte empfehlen, bei der anderweiten Festlegung der Straßenfluchten die gleiche Höhe der Gebäude ausführen zu dürfen, wie bei neu-angelegten Straßen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das geht aber nicht. Sie wollen berücksichtigen, daß das, was Herr Göcke will, das Gesetz schon vorschreibt. Wenn man weiter nichts will, als die gesetzlichen Bestimmungen durchführen, so muß man beantragen, den ganzen Paragraphen zu streichen. Das hat aber seine großen Bedenken. Wir kommen wieder auf die Debatte von vor 1½ Jahren zurück. Es ist richtig, wenn wir eine Straßenfluchtlinie festsetzen und nun der eine nicht so hoch bauen kann als der andere, so würde darin allerdings eine Beschränkung der Rechte des einzelnen liegen. Wir müssen andererseits aber berücksichtigen, welcher Schaden entsteht, wenn wir diese Beeinträchtigung der Rechte des einzelnen Grundbesitzers vermeiden wollen, und das bitte ich besonders zu beachten. Ich setze den Fall, es wird für die eine Seite der Kaffeetwete eine neue Baulinie festgesetzt, so daß also die Straße nach einer Seite hin verbreitert werden soll; dann hat das vorläufig nur die Wirkung, daß die Baulinie auf dem Papiere steht und ein Anlieger, der auf der Seite bauen will, zurückweichen muß. Nun will z. B. Herr Göcke auf der andern Seite der Straße bauen und sagt, es kommt demnächst eine neue Baulinie zur Durchführung und ich will mit Rücksicht darauf schon heute so hoch bauen, wie die demnächstige Breite der Straße mir das Recht geben wird. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten würde das wohl führen? Wir haben gesagt, wir wollen dem Grundbesitzer an solcher Straße entgegenkommen und ihm das Recht geben, 3 m höher zu bauen, als sein jetziges Haus ist, und in besonderen Fällen soll sogar noch eine Ausnahme zugelassen werden. Wenn z. B. das Haus gegenüber abgerissen sein würde, so könnte höher gebaut werden. Daß hierin ein Eingriff in die Rechte der Grundbesitzer liegt, erkenne ich an, aber was ist denn überhaupt die Bauordnung anders, als ein großer Eingriff in die Rechte der einzelnen. Wenn man solche Eingriffe nicht will, so schädigt man wieder andere Interessen. Es empfiehlt sich also, bei dieser Bestimmung zu bleiben.

Herr Rathe: Die Anführung der Kaffeetwete war allerdings kein glücklicher Griff, weil die dort stehenden Häuser schon recht hoch sind und sie bei einer Erhöhung um weitere 2 m die schmale Straße erdrücken würden.

Der § 33 wird darauf in der von den vereinigten Kommissionen beantragten Fassung genehmigt.

Herr Wolff: Zu den §§ 34, 35 und 35a sind kommissionsseitig Bemerkungen nicht zu machen, jedoch ist der über dem § 36 stehende Hinweis: „Zu § 29 der Bauordnung“ über § 35a zu setzen.

Ebenso findet sich zu den §§ 36—38 nichts zu bemerken.

Die sämtlichen Paragraphen werden gutgeheißen.

Herr Wolff: Der § 38a ist ein wahres Schmerzenskind gewesen und hat lange Beratungen und viel Kopfzerbrechen verursacht. Einige Herren sollen der Ansicht sein, daß die vereinigten Kommissionen sich mit diesen Bestimmungen kolossal blamiert hätten. Ich kann das aber nicht finden; man muß die Sache nur gründlich prüfen. Wenn der Paragraph auch manchem auf den ersten Blick nur schwer verständlich und nicht ganz geschickt aussehen mag, so ist er aber doch richtig. Der Absatz 2 ist der besonders bestrittene Punkt. Aber auch diese Bestimmung ist durchaus richtig. Ein Mitglied der Versammlung hat zunächst die Behauptung aufgestellt, die Bestimmung sei gar nicht durchzuführen. Man müsse berücksichtigen, daß die Fenster, also die Verglasung, hinter der eigentlichen Gebädefront zurücktreten und dann sei es unmöglich, daß die tunlichst senkrechten Lichtstrahlen die Fenster treffen, weil der Rücktritt das unmöglich mache. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß nicht die Fensterfläche, sondern die Fensteröffnung, also selbstverständlich der Außenfläche getroffen werden soll. Wenn man das berücksichtigt und ausreichend Licht haben will, so muß man den § 38a billigen.

Herr Göcke: Der § 38a ist unter Umständen von schweren Folgen begleitet. Ich will nicht bestreiten, daß es teilweise vielleicht dringend notwendig ist, auf unseren neuen Straßen oder auch in der Innenstadt recht viel Luft zu schaffen, aber über die jetzige Bauweise wird sich wirklich niemand beklagen können, namentlich wenn er sich unsere neuangelegten Straßen ansehen will. Ich freue mich wenigstens jedesmal, wenn ich die großen freien Hintergärten sehe und ich habe das Gefühl, daß es in unserer Außenstadt an Luft und Licht nicht mangelt. Weshalb nun aber hier mit einem Male eine Bestimmung in das Statut kommen soll, wonach die Lichtstrahlen in ein Gebäude rechtwinklig zur Fensteröffnung unter einem Neigungswinkel gegen die Wagerichte von 60° und darüber fallen sollen, ist mir nicht erklärlich, man könnte ja ebenfögut sagen unter einem Neigungswinkel von 70° oder lotrecht. (Heiterkeit.) Das ist eine Angabe, die nicht gerechtfertigt ist. Die Landesbauordnung schreibt im § 31 vor, daß die Abstände zwischen zwei Gebäuden 4 m sein sollen und im § 28 unseres Statuts haben wir angenommen, daß diese Entfernung bestimmt 5 m betragen soll, womit ich auch ganz einverstanden bin. Wenn Sie die Sache nun weiter verfolgen, so ergibt sich, sofern die Lichtstrahlen unter einem Neigungswinkel von 60° einfallen und die Nachbargrundstücke als vorschriftsmäßig bebaut betrachtet werden sollen, folgendes Bild: In der Außenstadt haben wir eine Bauhöhe von 18 m angenommen, die bei einem

Neigungswinkel von 60° ergibt, wenn die Grenzen als bebaut anzusehen sind, daß Sie Ihr Haus nur 8,50 m von dem Nachbarhause entfernt errichten dürfen. Herr Professor Schöttler schüttelt hierzu den Kopf, aber es ist doch so. Wer baut denn überhaupt vor den Toren 18 m hoch? Man nimmt die Häuser doch höchstens 16 m hoch. Wer aber zuerst baut und eine Höhe von 18 m nimmt, der hat bei dieser Bestimmung den größten Schaden davon. Weshalb hat man überhaupt solche Bestimmung in das Statut aufgenommen? Ich sehe keinen Vorteil darin, sondern nur eine furchtbare Belästigung der Grundstücksbesitzer. Die Häuser kommen dadurch noch weiter auseinander zu stehen als früher. Wenn man sagen könnte, es wären jetzt vor den Toren ungesunde Wohnungen vorhanden und das müßte geändert werden, so wäre es noch zu rechtfertigen, aber der Fall liegt doch gar nicht vor. (Widerpruch.) Die Leute können sich glücklich schätzen, die in so schönen Häusern wohnen, wie wir sie hier vor den Toren haben und wie ich sie bei meinen häufigen Gängen stets beobachte. Die Bestimmung macht auch ein viel längeres Straßennetz erforderlich, wodurch wieder höhere Straßenbaukosten und Unterhaltungskosten entstehen. Ich möchte daher den Neigungswinkel hier ganz aus der Welt haben. Einen Abstand von 5 m will ich gern bestehen lassen, aber der Neigungswinkel muß wegfallen und dafür bei einer bestimmten Bautiefe auch ein bestimmter Zwischenraum verlangt werden. Dann kriegen Sie mehr Licht und Luft und bekommen nicht so furchtbar lange Straßen. In der Innenstadt kann bei solcher Bestimmung überhaupt niemand mehr bauen. Wenn ein Grundstück 10 m Front hat und 20 m Tiefe, also 200 qm Grundfläche, so dürfen jetzt davon $\frac{3}{4} = 150$ qm bebaut werden, bei Einführung des Neigungswinkels aber nur 100 qm. Wer hat davon den Schaden? Nur der kleine Grundbesitzer, der nicht mehr imstande ist, sein Grundstück nach seinem Wunsche zu bebauen. Die Grundstücke werden durch diese Maßnahme also entwertet. Es scheint gar nicht möglich zu sein, daß sich die Herren das klar machen. (Heiterkeit.) Ich beantrage also den Punkt 2 des § 38a ganz zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Wenn Sie den Punkt 2 des § 38a streichen wollen, so ist dem Paragraphen das beste genommen. Wir sind auf diese Bestimmung nicht von uns heraus gekommen, sondern wir haben auch diesen Paragraphen abgeschrieben und zwar aus der Bauordnung der Stadt Hannover. (Auf: Wird dort gar nicht angewendet!) Ob die Bestimmung in Hannover angewendet wird oder nicht, war mir auch zweifelhaft, wir haben deshalb an den Magistrat in Hannover geschrieben und der antwortete uns, daß die Anwendung der Bestimmung Härten nicht ergeben habe und Klagen aus den Kreisen der Bauenden an ihn nicht herangetreten seien. Die Bestimmung gelte seit dem Jahre 1894. Nach den gesammelten Erfahrungen liege vielmehr Veranlassung vor zu prüfen, ob die Bestimmung nicht noch zu milde sei, um den Wohnungen den erforderlichen Eintritt von Licht und Luft zu sichern.

Wenn die Ansicht des Herrn Göcke richtig wäre, so müßte allerdings erwogen werden, ob nicht Abhilfe zu schaffen sei gegenüber dem vorliegenden Entwurf, aber Herr Göcke hat sich geirrt, er operiert mit 5 m oder 4 m nach dem Gesetz. Diese Ansicht trifft nicht zu, denn es handelt sich ja nicht um die 5 m, die vorgeschrieben sind, sofern in Abständen gebaut werden soll. Das ist eine ganz andere Sache und bezieht sich nicht auf alle Straßen und Häuser, sondern nur auf diejenigen, welche die städtischen Behörden besonders festsetzen. Da an den Vorschriften des § 31 der Landesbauordnung nichts geändert werden soll, so handelt es sich im allgemeinen um einen Abstand von 4 m und nicht von 5 m. Nach dem § 31 der Landesbauordnung genügt aber ausnahmsweise sogar ein Abstand bis zu 2 m herab zwischen Gebäuden verschiedener Grundstücke, wenn mindestens eins derselben mit einer dem Nachbargrundstück zugekehrten feuersicheren Mauer versehen ist. Es haben sich hier schon Schäden über Schäden herausgestellt und es sollte mir leid tun, wenn Herr Göcke derartige Schäden bei seinen häufigen Gängen noch nicht beobachtet haben sollte. Was entsteht durch solche Bestimmung, wie sie § 31 der Landesbauordnung hat? Der eine Grundstücksbesitzer hat eine feuersichere Mauer stehen und der Nachbar baut sein Haus bis auf 2 m an das alte Gebäude heran. Woher sollen nun die unglücklichen Leute, die unten in diesem Hause wohnen und nur einen 2 m breiten Zwischenraum haben, Luft und Licht bekommen? Daß der Grundstückseigentümer sein Grundstück nach Kräften ausnützt, ist ihm nicht zu verdenken, aber wir haben hier nicht nur Grundstückseigentümer zu vertreten, sondern auch die Interessen der Mieter. Man kann auch nicht sagen, die Mieter brauchen nicht in ein solches Haus zu ziehen, denn manchmal sind die Wohnungen knapp und ein Familienvater ist froh, wenn er eine einigermaßen brauchbare Wohnung findet. Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege haben wir dafür einzutreten, daß derartige Zustände nicht geschaffen werden, und sie sind geschaffen, weil das Stadtbauamt nach den bisherigen Bestimmungen solche Bauten zulassen mußte.

Die vereinigten Kommissionen haben in verschiedenen Sitzungen überlegt, wie diesen Uebelständen abzuhelpen sei und sind schließlich auf diesen Vorschlag gekommen. Unter solchen Umständen kann aber Herr Göcke nicht sagen, wir wollen die Bestimmungen wieder streichen, sondern er muß dann etwas neues an deren Stelle setzen. Wenn Sie bessere Vorschläge haben, dann gut, dann läßt sich darüber sprechen, wenn nicht, muß es wohl oder übel bei diesen Bestimmungen bleiben.

Herr Wolff: Meine Befürchtung, daß die Einsicht einzelner Herren in den § 38a möglicherweise keine umfassende sei, hat sich bei Herrn Göcke bewahrheitet. Die etwa entstehenden Härten können nämlich durch die Bestimmung unter Ziffer 3 in vollständig genügender Weise ausgeglichen werden. Wenn Sie den Punkt 3

annehmen, entstehen wirklich keine unerträglichen Verhältnisse, sondern es wird dadurch eine ganz vernünftige Basis geschaffen.

Herr Löschigk: Ich bin dafür, den Paragraphen so zu lassen wie er ist, denn ich weiß aus dem Stadtbauamte, wie schwer es oft ist, durch gesetzliche Bestimmungen Licht und Luft in die Wohnungen zu bringen. Herr Böcke malt es so schön aus, wie herrlich hier die Wohnungen vor den Toren sind und ich wundere mich oft, wenn ich die Bauten ansehe, wie wunderbar hier noch gebaut wird. Man findet Häuser drei Stock hoch, das Badezimmer absolut dunkel, das Klosett dunkel und in beiden kein Fenster. Die vorgeschriebene Entlüftung der Räume soll durch Röhren vermittelt werden; das sind unhaltbare Zustände. Ich bin kein Baumann, aber ich meine, auch in solchen Räumen muß in erster Linie ein wenn auch noch so kleines Fenster sein. Gerade die Mißstände, die sich hier bei den neuen Häusern ergeben haben, haben die Anregung zu diesen Bestimmungen gegeben. Wir finden hier in solchen Häusern Korridore, die permanent beleuchtet werden müssen und zwar auf Kosten des Grund und Bodens, der ausgenutzt werden soll. Wenn man soviel Schäden in den Bauten gesehen hat, dann versucht man, nach Möglichkeit anderen Leuten ihr Recht zu schaffen, und solches Recht haben die Mieter auch. Hätten wir hier eine Wohnungsnot und die Leute müßten in jede Wohnung einziehen, so würden sie bald den städtischen Behörden auf den Kitteln steigen und sagen, wie könnt Ihr solche Wohnungen genehmigen.

Herr Schöttler: Ich glaube kaum, daß es noch nötig ist, hier eine lange Erläuterung zu geben. Was den Abstand von 8½ m anbetrifft, den uns Herr Böcke aufdemonstrieren will, so würde der nur vorliegen, wenn jemand ein unendlich langes Haus auf ein unendlich langes Grundstück setzen will; das brauchen wir aber nicht zu begünstigen. Durch den Punkt 3 des § 38a ist die nötige Rücksicht auf die Gebäudetiefen genommen und hiernach kann jeder ein vernünftiges Haus bauen. Wenn er aber tiefer bauen will, dann soll er allerdings auf 8½ m zurückgehen. Geschieht das nicht, so entstehen zwischen zwei benachbarten Häusern von 30–40 m Tiefe Gassen, die vollständig ohne Luft und Licht sind, und das können wir nicht wünschen. Wir haben wirklich lange genug überlegt und haben wohl gewußt, was wir tun. Was die Innenstadt anbetrifft, so hat der Herr Oberbürgermeister schon eine entsprechende Aufklärung gegeben.

Herr Nolte: Im Absatz 1 des § 38a heißt es: „Von den zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen müssen . . . unmittelbares Himmelslicht erhalten“, während im Absatz 2 gesagt wird: „Die Fensteröffnungen der bezeichneten Räume sollen in ihrer ganzen Fläche für alle Lichtstrahlen erreichbar sein . . .“. Im Bürgerlichen Gesetzbuche bedeutet das Wort „müssen“, daß etwas unbedingt befolgt werden muß, während „sollen“ nur instruktionellen Wert hat, und eine solche Bestimmung, wie man zu sagen pflegt,

dazu da ist, daß sie umgangen werden kann. Ich möchte anheimgeben, an beiden Stellen dieselbe Ausdrucksweise zu gebrauchen, und müssen zu sagen.

Herr Wolff: Ich beantrage, im Absatz 2 das Wort „sollen“ durch „müssen“ zu ersetzen.

Herr Rathe: Herr Göcke hat mit Recht auch die Verhältnisse der Innenstadt gestreift. Ein Statut muß unter allen Umständen auch dem beschränkten Untertanenverstande gerecht erscheinen, aber ich habe eine Gerechtigkeit namentlich den Grundstücksbesitzern an den kleineren Straßen gegenüber darin nicht erblicken können. Es wird diesen Leuten einfach gesagt, sie müssen sich nach der vorgeschriebenen Höhe richten; in der Innenstadt beträgt diese Höhe 20 m und es wird durch eine solche Bestimmung eine kolossale Entwertung der innenstädtischen Grundstücke eintreten. Nach den Vorschriften können sich nur drei Eigentümer von kleineren Häusern zusammentun und ein gemeinsames Haus bauen, denn einem Besitzer allein ist das gar nicht möglich. Das habe ich dagegen auszusprechen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn man diesem Gedankengange folgt, so setzt man sich folgender Möglichkeit aus: Ich baue, weil mein Nachbar kein hohes Gebäude errichtet hat, ziemlich nahe an die Grenze heran, übers Jahr baut nun aber mein Nachbar ein hohes Haus und ich habe denselben Schaden, der hier verhütet werden soll. Wenn Sie der Bestimmung Kraft und Nutzen geben wollen, so müssen Sie davon ausgehen, daß das Nachbargrundstück in zulässiger Höhe bebaut wird. Ich kann auch nicht erkennen, daß hierdurch in der Innenstadt so sehr große Unzuträglichkeiten entstehen. Die Herren sprechen immer von kleinen Grundstücken. Bei kleinen Grundstücken muß aber immer noch ein kleiner Hof da sein, wenn der fehlt, kann es überhaupt nicht angemessen bebaut werden. Es kann schon jetzt ohne Statut vorkommen, daß nach Maßgabe der Vorschriften der Landesbauordnung eine angemessene Bebauung eines kleinen Grundstücks nicht möglich ist. Nehmen Sie z. B. das Grundstück im Marstall an, von dem vorhin die Rede war, das kann eben nicht angemessen bebaut werden. Im übrigen weise ich noch darauf hin, daß durch die schon von dem Herrn Referenten angeführten Vorschriften in der Mehrzahl der Fälle den Leuten geholfen werden kann.

Herr Rieke: Dieser § 38a hat wirklich recht viel Kopfsarbeit auch Leuten außerhalb dieser Versammlung verursacht, aber es ist nichts Besseres dabei herausgekommen. In München und anderen süddeutschen Verwaltungen waren die betreffenden Bestimmungen noch schärfer und in Hannover werden sie als noch nicht ausreichend bezeichnet. Wir wollen uns deshalb hüten, aus Rücksicht auf einzelne Grundstücksbesitzer, die vielleicht hiernach ihr Grundstück nicht bebauen können, etwas an den Bestimmungen zu ändern. Braunschweig ist eine alte Festungsstadt, die Bestimmungen zur Gesundung der alten Straßen haben muß. Bei der eingeleiteten Enquete, die zunächst die Ritterstraße und den Klint betrifft, haben sich

schon ungeheure Verhältnisse ergeben. Durch diese Bestimmungen ist einmal Gelegenheit gegeben, der Stadt Luft und Licht zuzuführen, deshalb soll man sie auch annehmen. In der Außenstadt steht aber der Durchführung der Vorschriften wirklich kein Hindernis im Wege. In der kurzen Zeit, da ich im Stadtbauamt sitze, habe ich jedesmal meine Freude darüber gehabt, wenn Pläne kommen, bei denen gut disponiert ist. Man baut jetzt aber nicht nur mit einer Tiefe von 10—20 m, sondern man ist schon bis auf 27 m und darüber hinaus gegangen. Die Kiofette sind dunkel und ihr Geruch dient häufig zum Konservieren des Inhalts der Speisekammern, neben denen sie oft liegen. Wenn aber das Stadtbauamt keine Handhabe hat, die Leute an solcher Bauweise zu verhindern, so müssen wir sie ihm durch das Statut geben. In der heutigen Zeit, wo wir Veranlassung haben, für Luft und Licht überall einzutreten, müssen wir auch gegen solche Bauweise Front machen. Ich ersuche deshalb, den Paragraphen anzunehmen.

Herr Göcke: Die letzten Worte des Herrn Oberbürgermeisters gehen dahin, wir möchten die Bestimmungen annehmen, weil wir nichts besseres haben. Es ist mir auch gesagt worden, ich hätte die Vorschriften nicht verstanden. Verstanden hat aber diesen Paragraphen kein Mensch, auch die Kommission nicht. In der Kommissionsitzung wurden zuerst Sachverständige gehört, die den Wortlaut klar machen sollten. Wie kann man unter solchen Verhältnissen wohl verlangen, daß die gewöhnlichen Bürger diese Vorschriften verstehen? Da ich mich aber hineingearbeitet habe, so kann man mir nicht sagen, ich verstehe die Anordnung nicht. Tatsächlich sind die Beschränkungen, welche hierdurch hervorgerufen werden, so groß, daß wir es später noch unangenehm empfinden werden. Es ist hier auch wiederholt ausgesprochen worden, wir wollten Luft und Licht haben, das will ich aber auch. Ich verstehe nur nicht, weshalb gerade ein Neigungswinkel von 60° und nicht bestimmte Maßen vorgeschrieben werden sollen. In diesem Falle würde ein Techniker eine Zeichnung machen können, so aber muß er erst große Messungen vornehmen. (Heiterkeit.) In den außerstädtischen Straßen will ich auch keine 27 m langen Häuser haben. Man kann ja vorschreiben, wie man die Häuser haben will, aber nach bestimmten Maßen, nicht nach dem Neigungswinkel. Da meine Ansicht anscheinend keine Zustimmung in der Versammlung findet, so will ich nicht weiter gegen die Bestimmung opponieren, aber gut ist sie nicht. Mir ist schon von einer Menge Architekten gesagt worden, daß in Hannover auf den Paragraphen gar keine Rücksicht genommen wird. Ich will an dem Berichte des Herrn Oberbürgermeisters nicht zweifeln, aber ich kann meine Worte auch vertreten. Wahrscheinlich wird es hier auch so kommen, daß man Neigungswinkel Neigungswinkel sein läßt. (Heiterkeit.)

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Die von mir mitgeteilte Auskunft aus Hannover ist von dem dortigen Stadtbaupolizeiamte erteilt worden. Ich siehe nicht

auf dem Standpunkte, daß die Sache nur deshalb gut sein soll, weil sie eine andere Stadt eingeführt hat, aber wenn uns mitgeteilt wird, daß sich aus der Bestimmung noch keine Schwierigkeiten ergeben haben, so können wir sie wohl auch annehmen. Herr Göcke meint dann ferner, wir möchten zum besseren Verständnis des Publikums mit bestimmten Entfernungen operieren. Sie mögen aber Statuten und Geseze so klar und durchsichtig machen, wie Sie wollen, Sie erreichen damit niemals, daß jeder jede Bestimmung versteht. Die Techniker aber, sollte ich meinen, müßten sich hindurch finden können. Wollte man nun Herrn Göcke folgen und mit Entfernungen operieren, wohin würde das führen? Das würde dahin führen, daß die Rechte des einzelnen viel stärker beschnitten würden, als durch diese Bestimmung. Sie wollen beachten, daß es nach der vorliegenden Bestimmung zulässig ist, das Haus 2 m von der Grenze zu errichten, wenn nur nicht zwei Wohnräume an dieser Hausseite neben einander liegen. Nach der von Herrn Göcke befürworteten Vorschrift müßte der Bauende aber viel weiter von der Grenze wegbleiben und müßte mit Rücksicht auf das eine Zimmer mit dem ganzen Hause so weit abrücken, daß das eine Zimmer genügend Luft und Licht bekommt. Also bei der Vorschrift absoluter Maßen ist die Beschränkung viel höher, als wenn wir sagen, unter Berücksichtigung des Neigungswinkels kann er sein Haus einrichten wie er will und die Zimmer so legen, wie sie seinen Zwecken genügen. Das haben wir uns wohl überlegt und sind schließlich dahin gekommen, daß es im Interesse des Eigentümers liegt, absolute Maße nicht vorzuschreiben.

Herr Frühling: Ich hatte mich eigentlich nur deshalb zum Worte gemeldet, um diesen Paragraphen nicht gefährden zu lassen. Da sich aber ernstlich keine Stimme dagegen gewandt hat, so ist es gar nicht nötig, ihn noch eingehend zu empfehlen. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind in jeder Beziehung gemäßigt zu nennen, auch steht es fest, daß er sehr notwendig ist. Die Bebauung der hiesigen Stadt ist teilweise gar nicht schön, wenn es auch selbstverständlich schöne Bauten hier gibt; es wird hier teilweise geradezu unverantwortlich gebaut, indem eine so übermäßige Ausnutzung der Grundfläche vorgenommen wird, daß eine Einschränkung dieses Vorgehens stattfinden muß. Es ist auch versucht worden, die Bestimmungen in Zahlen festzusetzen, jedoch ließ sich das nicht durchführen. Im übrigen kann ich Herrn Göcke beruhigen: Ich habe den Eindruck in der Kommissionsitzung gehabt, daß die Herren den Paragraphen wohl verstanden haben.

Herr Rathe: Unsere Außenstadt halte ich für ganz gut bebaut, was schon dadurch bestätigt wird, daß Braunschweig bezüglich der Einwohnerzahl die zwanzigste Stelle unter den Städten des Deutschen Reiches einnimmt, hinsichtlich der Ausdehnung aber die fünfte Stelle. Im übrigen bin ich nach wie vor der Ansicht, daß die Leute in der Innenstadt, welche neu bauen wollen, am schwersten von der

Bestimmung betroffen werden. Sie dürfen bei einer Straßenbreite von 6,50 m nur 8,50 m hoch bauen, während ihnen die Grenzen der Nachbargrundstücke als mit 20 m hohen Gebäuden bebaut für den Einfallswinkel für Licht und Luft gerechnet werden. Eine solche Bestimmung wird jedermann als ungerecht vorkommen, und das ist doch bedenklich.

Herr Meyerhoff: Ich hatte den Auftrag, für die Ansicht des Herrn Göcke in der Kommissionsitzung einzutreten. Wenn wir Absatz 3 des § 38a nicht hätten, würde ich mich allerdings mit der Vorlage nicht einverstanden erklärt haben, aber durch dessen Einschaltung bin ich befriedigt. Für die Innenstadt werden sich wohl noch schwere Mängel ergeben und ich glaube, daß durch diese Bestimmung die Neubebauung der Innenstadt erschwert werden wird. Für die Außenstadt ist das Statut dagegen ganz vorzüglich. Wenn sich für die Innenstadt etwas besseres finden ließe, so wäre mir das ganz erwünscht, denn wir werden uns damit trösten müssen, daß durch Einführung des Statuts die Innenstadt noch auf Jahrhunderte dasselbe Äußere behalten wird, trotz der jetzt eingeführten Besichtigungen der minderwertigen Wohnungen.

Herr Rieke: Herrn Rathe möchte ich entgegenhalten, daß wir uns im Stadtbauamt das freibleibende Drittel häufig in allen Winkeln zusammensuchen müssen und dadurch die betreffende Bestimmung ganz illusorisch gemacht wird. Auch muß man häufig erleben, daß die Besitzer ihr Grundstück womöglich in acht Tagen veräußert haben und dann ist schließlich gar kein Hof mehr zu finden.

Herr Wolff: Ich habe die Empfindung, daß Herr Göcke auf einen kleinen Scherz meinerseits eine ungemein grobe Antwort gegeben hat. Ich habe ihm nur gesagt, daß er eine Vorschrift nicht berücksichtigt habe und darauf wurde er recht ausfallend. Was Herr Rathe wünscht, läßt sich in der Innenstadt bezüglich kleinerer Grundstücke sehr gut erreichen, wenn die Interessen der Nachbarn konform gehen und sie durch vertragsmäßige Regelung und grundbuchamtliche Eintragung sich ihre Rechte sichern. Wenn wir die fragliche Bestimmung aber nicht durchführen, so schaffen wir da, wo es unerlässlich ist, keine besseren Verhältnisse in unserer Stadt. Die Sonderinteressen der Eigentümer werden durch ein Ortsbaustatut aber selten oder gar nicht befriedigt. So ist z. B. eine den Interessen der Eigentümer dienende Neubebauung der Weberstraße nicht mehr möglich. (Zustimmung.)

Der § 38a wird darauf mit der Aenderung angenommen, daß bei Punkt 2 statt „sollen“ gesagt wird „müssen“.

Zum § 39 haben die Kommissionen nichts zu bemerken.

Herr Südel: In dieser Vorschrift kann unter Umständen eine sehr große Benachteiligung gewerblicher Grundstücke liegen. Wenn z. B. ein Grundstück ein Anschlußgleis besitzt, so wird dieses in der Regel möglichst auf die Grenze des

Grundstückes gelegt. Wenn Sie nun das Gleis durch einen offenen Schuppen führen wollen und Sie wollen diesen mindestens 6 m von der Eigentums Grenze errichten, so wirkt das außerordentlich störend. Ich möchte deshalb vorschlagen, hier eine entsprechende Aenderung zu beschließen. Es kann sehr wohl der Fall vorkommen, daß für ein Etablissement ein offener Schuppen sehr nötig ist. In Hamburg und Lübeck habe ich solche Schuppen massenhaft gesehen, die niemals so weit von der Nachbargrenze entfernt waren.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Es ist erklärlich, daß die Industrie bemüht ist, die Bestimmungen dieses Paragraphen einzuschränken, und ich erkenne auch an, daß dazu in gewissem Umfange eine Berechtigung vorliegt. Wenn wir trotzdem nicht darauf eingegangen sind, diesen Wünschen noch weiter entgegenzukommen, so liegt der Grund darin, daß solche Schuppen in verschiedenen Fällen mißbraucht worden sind zu dem Zwecke, daß leicht brennbare Stoffe in ganz unzulässiger Weise darin aufgestapelt wurden. Welche große Gefahr dadurch für das eigene Grundstück und die Nachbarn entstehen kann, ist klar. Wenn Sie daher auf die Anregung des Herrn Fiedel eingehen wollen, so möchte ich doch anheimgeben, besonders vorzuschreiben, daß die Schuppen nicht zur Aufbewahrung leicht brennbarer Stoffe dienen dürfen.

Herr Wolff: Meiner Erinnerung hat nach der Herr Oberbürgermeister bei der ersten Beratung des Entwurfes erklärt, die Bestimmung sei nicht zulässig, weil uns jedwede Kontrolle über die Durchführung der Beschränkung fehle und weil auch Zweifel vorhanden seien, ob wir die Bestimmung so treffen könnten.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Die Benutzungsart eines jeden Bauwerkes wird bei der Einreichung des Bauplanes angegeben; ich muß aber anerkennen, auch wenn Sie die von mir soeben befürwortete Bestimmung hinzufügen, so kann die Vorschrift doch leicht illusorisch gemacht werden. Besser ist es daher, man läßt es bei der Vorschrift, wie sie hier steht. Nur für den Fall, daß der Antrag Fiedel angenommen würde, möchte ich bitten, meinen Zusatz mit anzunehmen.

Herr Fiedel: Ich möchte darauf erwidern, daß das Lagern von leicht brennbaren Stoffen im Freien auch gefährlich sein kann. Sehen Sie sich doch einmal die großen Holzläger in Lübeck und Hamburg an, wo man das Holz direkt an die Grundstücksgrenze legt. Dort liegt dieselbe Gefahr vor, wie bei einem offenen Schuppen.

Herr Wolff: Sollte das Bedürfnis anerkannt werden, eine Bestimmung in der von Herrn Fiedel angedeuteten Richtung in das Statut aufzunehmen, so würde ich vorschlagen, am Schluß des § 39 zu sagen: „Weitere Ausnahmen sind nach dem Ermessen des Stadtbauamtes gestattet.“

Herr Rieke: Ich gehöre sicher nicht zu denen, die der Industrie Schwierigkeiten in den Weg legen wollen, aber hier würde noch nicht einmal die Bestimmung genügen, welche der Herr Oberbürgermeister angeführt hat. Erinnern Sie sich doch des Schuppens an der Kaiserstraße, in dem Knochen usw. gelagert waren, die über die ganze Straße stanken. Erst baut man derartige Schuppen ohne behördliche Genehmigung und dann verwendet man sie zu solchen Zwecken. Meiner Meinung nach können wir den § 39 so annehmen, wie er hier steht, ohne daß der Industrie dadurch Placereien entstehen.

Herr Südel: Ich möchte beantragen, dem § 39 einen Zusatz zu geben, wie ihn Herr Wolff soeben vorgeschlagen hat. Den zuerst gestellten Antrag ziehe ich dagegen zurück.

Der § 39 wird darauf mit dem Zusatzantrage Südel angenommen.

Die §§ 40, 42, 43, 44 und 45 werden nach der Vorlage genehmigt.

Zum § 46 ersucht Herr Nolte, für „Trottoir“ ein entsprechendes deutsches Wort zu wählen.

Herr Wolff: Die vereinigten Kommissionen haben beschlossen, die Versammlung möchte dem Magistrate das Vertrauen schenken und ihn ermächtigen, die Fremdwörter aus dem Entwurfe tunlichst zu beseitigen, ja auch sogar die richtige Reihenfolge der Paragraphen nach der Feststellung des Entwurfes selbständig vorzunehmen. Es wird also dem Wunsche nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Die §§ 46 bis 54 gelangen ohne Besprechung zur Annahme.

Zum § 55 bemerkt Herr Wolff: Ich habe hier einen persönlichen Wunsch, der sich auf die Benennung der Straßen bezieht. Es ist an sich erfreulich, wenn der Vater der hiesigen Straßennamen darauf bedacht ist, sie nach bedeutenden Männern zu nennen, aber eine Grenze muß damit doch dort gezogen werden, wo der Name sich dem Volksmunde nicht einzuprägen vermag. Es trifft das zu bei der Villier-, der Comenius-, der Pestalozzistraße u. a. Man glaubt gar nicht, was für Namen daraus gemacht werden. Ich möchte also die Anregung gegeben haben, schwer zu behaltende Namen bei der Benennung von Straßen tunlichst zu vermeiden.

Die §§ 55 bis 57, 57a und 58 bis 61 werden unverändert angenommen.

Zum § 62 bemerkt Herr Wesemeier: Ich möchte beantragen, hier einzufügen, daß hinsichtlich der Konstruktion der Umfassungswände bestimmt würde, die Wetterseiten eines jeden Gebäudes mit einem Schutz gegen durchschlagende Feuchtigkeit, vielleicht durch Ausfugen mit Zement, zu versehen. Denken Sie an das Wohngebäude bei dem neuen Wasserwerke, und denken Sie an die Familien, welche in solche Häuser ziehen müssen. Im Interesse der Einwohnerschaft müßte hier vorgebeugt werden.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben uns in dem Statut im allgemeinen darauf beschränkt, Vorschriften zu erlassen, die aus öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten aufgenommen werden müssen. Dieses ist aber eine Vorschrift, die lediglich im Interesse des Hausbesizers, indirekt also auch im Interesse der Gesundheit des Mieters getroffen werden würde. Ich bin auch zweifelhaft geworden, ob Herr Wesemeier mit der Vorschrift dahin kommen würde, wohin er kommen will. Ich habe z. B. derzeit selbst beantragt, daß das Wohnhaus am Wasserwerke ausgebessert werden möchte, insofern als die Fugen vollgestrichen werden sollten, nachdem Sachverständige erklärt hatten, daß wir dann gegen Feuchtigkeit gesichert seien. Jetzt haben wir dort aber wieder denselben unglücklichen Zustand, und es bleibt nun nichts weiter übrig, als die Gebäudeseite mit Platten zu behängen, wie das Herr Rieke damals schon empfohlen hat. Ob es aber nötig ist, solche Bestimmung vom öffentlich-rechtlichen Standpunkte aus zu erlassen, will ich dahingestellt sein lassen.

Herr Frühling: Die Absicht des Herrn Wesemeier ist ganz gut, aber es läßt sich der Zweck nicht erreichen, abgesehen davon, daß eine kolossale Beschränkung der Hauseigentümer darin zu erblicken sein würde. Es gibt doch noch andere Mittel, die Wände wasserdicht zu machen, und es muß das deshalb den Hauseigentümern überlassen bleiben.

Herr Rieke: Man überläßt aber auch nach den vorliegenden Bestimmungen dem Hausbesizer das nicht. Ich habe schon oft angeregt, städtischerseits den Versuch zu machen, das Mauerwerk mit einer Isolierschicht herzustellen; es wurde mir jedoch vorgeworfen, das erzeuge Schwamm. Wenn die Isolierung aber keine tote Luft erzeugen kann, so ist mir noch kein Fall bekannt geworden, daß solche Unzulänglichkeiten vorgekommen sind. In einem mir bekannten Hause ist diese Maßnahme getroffen und es kann dort kein feuchter Fleck nachgewiesen werden. Bei schmalen Fensterpfeilern ist es allerdings nicht angängig, aber bei Spiegelwänden und anderen größeren Wänden ist es sehr leicht durchzuführen, und es würde helfen.

Herr Meyerhoff: Alle Achtung vor Herrn Riekes Wissen in bezug auf Isolierschichten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß es trotzdem nach wie vor durchschlägt. Eine solche Bestimmung hier aufzunehmen wäre eine Beschränkung des eigenen Ichs. Ich kann ja vielleicht sehr gern in solcher feuchten Wohnung wohnen wollen? Darum hat sich niemand zu kümmern. (Heiterkeit.) In die Privatrechte der einzelnen darf nicht eingegriffen werden. Jeder kann es machen, wie er will. Im übrigen geht das Stadtbauamt sehr scharf in dieser Beziehung vor. Wir sind Fälle bekannt, daß Wohnungen nur wenig feucht gewesen sind und das Stadtbauamt hat den Mietern recht gegeben und gesagt, sie seien berechtigt auszuziehen.

Herr Wesemeier: Es ist wohl richtig, daß der Mieter aus einer ungesunden Wohnung ziehen kann, aber wenn die Wohnungsnot groß ist, kümmert sich keiner darum, sondern ist froh, daß er eine Wohnung hat. Mit der Isolierschicht liegt es aber doch anders. Es müssen nur die zu der Verbindung zwischen der Außen- und Innenwand benutzten Steine in Teer eingetunkt werden, dann geht das sehr gut. Man könnte auch so sagen: „Die Außenwände müssen nach der Wetterseite hin gegen durchschlagende Feuchtigkeit gesichert werden“. Wenn die Einwendungen des Herrn Oberbürgermeisters auch berechtigt sind, so müssen wir doch auf eine Besserung der bestehenden Verhältnisse bedacht nehmen, da wir hier so viele Puschbauten bekommen haben, in denen viele Wohnungen gar nicht bewohnt werden dürften und gegen die wir uns schützen müssen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte bitten, auch von dieser Bestimmung Abstand zu nehmen, da man nicht weiß, was das überhaupt bedeuten soll. Wie hätte z. B. unter Beachtung dieser Bestimmungen bei unserm Rathause verfahren werden sollen? Oder ist es vielleicht nach Westen hin gegen das Wetter dicht gemacht? (Ruf: Es ist ja massiv!) Wie könnte das überhaupt geschehen? Man kann doch solches Haus auch nicht mit Ziegeln oder Schiefer behängen.

Herr Wesemeier: Einen Antrag will ich nicht gestellt haben.

Die §§ 62—65 werden ebenfalls unverändert genehmigt.

Zum § 66 bemerkt Herr Müller: Ich möchte anfragen, wie es mit der Nachprüfung der älteren Anlagen steht, ob die von Zeit zu Zeit nachgeprüft werden? An vielen Gebäuden der mittleren Kaiser-Wilhelmstraße findet sich so viel Stuck, daß die Sicherheit der Passanten durch das Herunterfallen des Stucks gefährdet werden kann und wir doch wohl eine Nachprüfung vorschreiben müßten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich erkenne an, daß es wünschenswert sein würde, eine solche Kontrolle eintreten zu lassen. Mir ist schon häufig derselbe Gedanke gekommen, weil ich die Beobachtung gemacht habe, daß bei der Anbringung der Zierteile nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren wurde. Besonders ist das auch der Fall bei den großen Kreuzblumen, die man nach starkem Sturm häufig auf der Straße liegen sehen kann. Aber in dieser Beziehung eine dauernde Kontrolle eintreten zu lassen, ist uns mit dem jetzigen Personale der städtischen Bauverwaltung gar nicht möglich. Wir sind darüber aus, der Versammlung eine Vorlage wegen der dauernden Kontrolle der Wohnungen aus Gesundheitsrücksichten zu unterbreiten, aber eine dauernde Kontrolle der Gebäude ist mit dem jetzigen Personal nicht möglich. Es muß dem einzelnen Hausbesitzer überlassen bleiben, darauf zu achten, daß derartige Konstruktions Teile seines Hauses in Ordnung sind, andernfalls macht er sich eben strafbar.

Herr Wolff: Meiner Ansicht nach bedarf es überhaupt keiner statutarischen Bestimmung darüber. Wenn der Magistrat für angemessen hält, eine Revision der betreffenden Gebäudeteile vornehmen zu lassen, so kann das geschehen und die Hauseigentümer müssen dafür sorgen, daß alles in Ordnung ist.

Nach Annahme der §§ 66, 67 und 69 wird die weitere Besprechung des Ortsbaustatuts abgebrochen und bis zur nächsten Sitzung verschoben.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Vorsitzender: Ghe wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich Ihnen folgende Mitteilungen machen:

- 1) Herr Professor Schöttler hat namens der technischen Hochschule die Versammlung eingeladen, am 9. d. Mts. das mechanisch-technische Laboratorium zu besichtigen. Da indessen an diesem Tage wieder eine Sitzung der Stadtverordneten stattfinden wird, so soll ein anderweiter Zeitpunkt des Besuchs vereinbart werden.
- 2) Der Vorsitzende der Maurer Braunschweigs, Herr Schulz, hat an die Versammlung eine Eingabe gerichtet, betreffend die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Ein Eingehen auf die Eingabe erübrigt sich dadurch, daß der Magistrat eine gleiche Eingabe erhalten und dazu noch nicht Stellung genommen hat.
- 3) Von dem Vorstande der katholischen Schule ist eine umfangreiche Eingabe mit Belägen überreicht, die sich mit der Uebernahme der Schule auf die Stadt beschäftigt. Aus dem unter 2 dargelegten Grunde wird auch diese Eingabe zu den Akten genommen.
- 4) Herr Major a. D. Frühling hat den Rapport über den Braunschweigischen Landwehrverband zur Kenntnissnahme übersandt. Das Schriftstück wird zur Einsichtnahme ausgelegt.

Nunmehr wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren.

II. Aenderung des Teilortsbauplans für die Kl. Burg 1c.

Nach der früheren Verhandlung über die Verlegung des von dem freien Plage der Straße „Kleine Burg“ nach dem Stifte St. Aegidien führenden Weges sollte die neue westliche Straßengrenze mit der nordöstlichen Ecke des Nebengebäudes auf dem Stiftgrundstücke zusammentreffen. Durch Festlegung dieser Grenzlinie würde aber der Hof des für Zwecke des Straßenreinigungsinstitutes und der Kanalbauverwaltung bestimmten Grundstücks zu sehr eingeengt werden, weshalb es zweckmäßig erscheint, die Grenzlinien des neuen Weges um etwas nach Osten

zu verschieben. Der Magistrat gibt anheim, den hierüber aufgestellten Teilortsbauplan zu genehmigen und der dadurch eintretenden Verschiebung in dem Austausch von Flächen zwischen der Herzoglichen Kammer und der Stadt zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, geschieht.

III. Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße.

Nach dem Ortsbauplane sind für die Hennebergstraße in ihrem westöstlichen Schenkel 3 m breite Vorgärten festgelegt mit Ausnahme der Südseite in ihrer östlich an die Wolfenbüttlerstraße grenzenden Strecke. Da die früher gehegte Befürchtung, daß durch nachträgliche Anordnung von Vorgärten und die dadurch eventuell herbeigeführte Unmöglichkeit einer Bauausführung die Stadt sich schadensersatzpflichtig mache, jetzt nicht mehr begründet erscheint und der Eigentümer sich auch unter gewissen Bedingungen bereit erklärt hat, die eventuell zum Vorgarten bestimmte Fläche unbebaut zu lassen, so wird die Versammlung ersucht, der Anordnung eines 3 m breiten Vorgartens an der Südseite der Hennebergstraße für die betreffende Strecke zuzustimmen.

Auch diese Vorlage wird auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, angenommen.

IV. Ankauf eines Grundstücks nördlich der Hildesheimerstraße.

Die erhebliche Steigerung des Preises, welche die in unmittelbarer Nähe neu errichteter Schulgebäude gelegenen Grundstücke bislang regelmäßig erfahren haben, hat die städt. Bauverwaltung veranlaßt, den sofortigen Ankauf des Grundstücks Neupetritor A² 170 zu 20 a zu empfehlen, das, an der Nordseite des neuen Schulgrundstücks an der Hildesheimerstraße gelegen, Eigentum des Gärtners Hermann Dreves ist. Ein Teil dieses Grundstücks soll dem künftigen Schulhofe zugelegt werden, während der Rest, abgesehen von 130 qm, zur Anlegung der an der Nordseite des Schulgrundstücks vorgesehenen Straße bestimmt ist. Der Magistrat hält den Ankauf des Grundstücks ebenfalls für empfehlenswert und hat es zum Preise von 7,50 M pro qm angekauft. Mit dem Bemerkten, daß es sich empfehlen dürfte, auch diesen Kaufpreis einstweilen dem Schulhausbaufonds zur Last zu legen und die Abrechnung zwischen diesem und der Wegebaufasse bis dahin zu verschieben, daß die Straße ausgebaut sein wird, gibt der Magistrat anheim, den Vertrag zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Lord die Vorlage namens der Schulkommission zu Annahme empfohlen hatte.

V. Ankauf von Grundflächen zum Ausbau einer Straße bei der Hildesheimerstraße.

Um das an der Nordseite der Hildesheimerstraße erworbene neue Schulgrundstück zugänglich zu machen, empfiehlt sich der alsbaldige Ausbau der im Ortsbauplane vorgesehenen Straße *N* 304, die das Grundstück im Westen begrenzt. Die hierzu erforderlichen Flächen, soweit sie sich nicht schon im Besitze der Stadt befinden, beantragt der Magistrat zum Einheitspreise von 7,50 *M* pro qm in einem Gesamtumfange von 11,35 a von den Eigentümern, Wilkes Erben, Langeheine und Hagemann anzukaufen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Einfriedigungen der Wilkeschen Pläne und des Hagemannschen Grundstücks in die neuen Grenzlinien zurückgesetzt werden.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, genehmigt.

VI. Verrechnung des Gewinnes der Gaswerke im Jahre 1903/04.

In der Sitzung vom 22. Dezember v. Js. — Seite 458 des Berichtes — hat die Versammlung der Entlastung der Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke in Ansehung der Rechnung für das Jahr 1903/04 mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Magistrat ersucht werden solle, von dem zu 267 118,31 *M* ermittelten Gewinne der Gaswerke die Summe von 50 000 *M* behufs teilweiser Bestreitung der für das Gaswerk an der Taubenstraße auszuführenden Neu- und Erweiterungsbauten zurückzustellen.

Wenngleich auch der Magistrat der Ansicht ist, daß die Aufnahme von Anleihen behufs Deckung der Kosten für Erweiterung der Gaswerke wenn irgend tunlich zu vermeiden seien, so muß er doch darauf hinweisen, daß ihm bislang weder ein Projekt wegen der bevorstehenden Neuanlagen, noch ein bezüglich der Kostenanschlag zugegangen, vielmehr nur auf besondere Anfrage mitgeteilt worden ist, im nächsten Jahre würden für diesen Zweck 100 000 *M* aufzuwenden sein. Diese Summe ist aber bereits in den nächstjährigen Voranschlag eingestellt worden, und der Magistrat erklärt sich bereit, auch für die folgenden Jahre entsprechende Rücklagen vorzusehen, soweit das mit Rücksicht auf die Höhe des Reservefonds wünschenswert erscheint. Zurzeit belaufen sich dessen Mittel — einschl. der dem Fonds im laufenden Jahre zugeführten 60 000 *M* — auf 125 465,90 *M*, während im Reservefonds der Gaswerke jetzt 217 921,95 *M* vorhanden sind. Unter diesen Umständen hält der Magistrat nicht für geboten, noch weitere 50 000 *M* zurückzustellen und hat geglaubt, hiervon umsomehr absehen zu sollen, als dieser Betrag dadurch dem im laufenden und im nächsten Rechnungsjahre ohnehin stark in Anspruch genommenen Schulhausbaufonds würde entzogen werden.

Die Versammlung nimmt hiervon durch Vortrag des Herrn Fiedel Kenntnis.

VII. Ausbau eines Teiles der Thomaestraße.

Unter Ueberreichung eines Projektes über den Ausbau der Thomaestraße zwischen der Höfenstraße und der nach der Goslarischenstraße führenden Strecke der Klosterstraße ersucht der Magistrat, das Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Die Grunderwerbskosten sind zu 6626,³⁰ M, die Baukosten zu 800 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 1233,⁸² M für 1 m Frontlänge ermittelt worden.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

VIII. Plattenbelag auf der Leisewitzstraße.

Ueber die Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen der Leisewitzstraße wird ein Entwurf mit dem Ersuchen vorgelegt, sich mit dessen Ausführung einverstanden zu erklären. Die von den Anliegern zu erstattenden Kosten sind zu 2650 M angenommen worden, so daß der Einheitsbeitrag sich auf 7,⁹⁰ M für 1 m Frontlänge stellen wird.

Herr Wolters: In der Sitzung der Baukommission ist der Magistrat gefragt worden, ob er hinsichtlich der Belegung von Fußwegen mit Platten bisher die Praxis befolgt habe, solche Belegung nur dann anzuordnen, wenn die Mehrzahl der Anlieger damit einverstanden sei. Von dem Vertreter des Magistrates ist darauf erwidert worden, daß diese Praxis weder jetzt noch früher allgemein beobachtet sei und solche Anschauung sich auch nicht aus den Bestimmungen des Ortsbaustatuts herausbilden könne. Als rechtliche Grundlage zur Beantwortung dieser Frage müßte der Gesichtspunkt gelten, daß allein das öffentliche Interesse hierbei maßgebend sei. Diesen Standpunkt des Magistrates hat sich auch die Baukommission zu eigen gemacht, weshalb sie einstimmig empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt: Ich möchte anfragen, ob es mir als einem Anlieger der Leisewitzstraße möglich ist, hierzu das Wort zu nehmen?

Vorsitzender: Da Sie bezahlen müssen, so kann ein Sonderinteresse wohl nicht als vorliegend erachtet werden. Wenn man hierüber auch zweifelhaft sein kann, so trage ich doch kein Bedenken, Ihnen das Wort zu erteilen.

Herr Hauswaldt: Da es sich hier nicht direkt um Privatinteressen handelt, so halte ich es auch für unmöglich, einem Anlieger das Reden zu verbieten.

Die Sache ist für mich insofern höchst spaßhaft, als hier der Beweis erbracht ist, daß ein Bürger, der sich über unglaubliche Verhältnisse auf der von ihm bewohnten Straße beklagt, dafür durch Instandsetzung der Straße bestraft wird. Diese Vorlage ist die Strafe dafür, daß ich die Unfähigkeit der städtischen Bau-

verwaltung, einen Weg instand zu setzen, hier in das rechte Licht gerückt habe. Als guter Bürger trage ich natürlich die Strafe.

Herr Stadtrat Meyer: Das ist nicht der Fall. Vor einigen Wochen wurde in einer Einsprache gegen die Belegung der Salzdahlumerstraße mit Platten auch auf die Verhältnisse der Leisewitzstraße verwiesen und bemerkt, diese hätte noch nicht einmal Platten, obwohl sie eine hervorragendere Straße wäre, als die Salzdahlumerstraße. Dieser Auffassung hat sich der Magistrat im wesentlichen angeschlossen und, nachdem noch die Anregung des Herrn Hauswaldt dazu kam, hat er Veranlassung genommen, die städtische Bauverwaltung aufzufordern, ein Projekt vorzulegen. Ich erkenne an, daß die städtische Bauverwaltung bei der Bestreuung der Fußwege in der Leisewitzstraße mit Grand nicht ganz geschickt gehandelt hat, aber wenn man berücksichtigt, daß die städtische Bauverwaltung das Wetter nicht regulieren kann, so urteilt man wohl etwas milder über den Fall, als es Herr Hauswaldt getan hat. Es hatte nämlich gerade in den Tagen das Frostwetter zu weichen angefangen und der Boden war dadurch schlüpfrig geworden. Ein solcher Zustand ist an sich wohl zu bedauern, aber man kann doch deshalb die städtische Bauverwaltung nicht „unfähig“ nennen.

Herr Löschigt: Ich könnte auch ein Lied davon singen, wie die Promenadenwege hier ausgebessert werden, aber ich will mich bescheiden. Die Leute streuen 1 mm hoch Grand auf die Wege und dann ist die Sache fertig.

Herr Hauswaldt: Die Vorlage steht im engsten Zusammenhange mit der von mir gerügten Behandlung der Leisewitzstraße; daran wird wohl niemand zweifeln. Ich behaupte aber wiederholt: die städtische Bauverwaltung ist mehr als unfähig, eine Straße imstande zu erhalten. Mir liegt an anderer Stelle die Aufgabe ob, lange Wege imstande zu erhalten und zwar mit ganz geringen Kosten, deshalb glaube ich ein sachverständiges Urteil auf diesem Gebiete zu besitzen. Wenn man auf eine Straße, die undurchlässig ist, nicht reinen Grand bringt, sondern Lehm, so muß man wissen, daß die Straße dadurch schlecht wird. Diese Vorlage könnte ich von meinem Standpunkte aus sehr ernst behandeln, das will ich aber nicht, sondern ich lache darüber.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist sehr leicht gesagt, die städtische Bauverwaltung sei unfähig, aber die von Herrn Hauswaldt gerügten Zustände liegen nicht an der Unfähigkeit der Bauverwaltung, sondern daran, daß wir hier das Material zur Instandsetzung von Fußwegen nicht in der Güte haben, wie es in Harzburg reichlich vorhanden ist. Wenn nicht unser Grand durchweg zu sehr mit Lehm vermischt wäre, könnten wir auch bessere Wege bauen. Herr Hauswaldt kann aber nicht behaupten, daß er durch seine Klagen den Magistrat dahin gebracht habe, durch diese Vorlage eine Strafe für ihn eintreten zu lassen (Widerpruch des Herrn Hauswaldt); das bestreite ich entschieden, denn der Magistrat hat die

Leisewitzstraße schon lange ins Auge gefaßt und war schon länger der Ansicht, daß sie bei ihrem lebhaften Verkehre einen Plattenbelag haben müßte. Wir haben bisher den Grundsatz befolgt, um nicht vom grünen Tische aus zu regieren, eine Anregung zur Instandsetzung von Wegen zu erwarten und zwar seitens der Anlieger, oder der Stadtverordneten oder der städtischen Bauverwaltung. Hier ist uns nun eine Anregung von einem Anlieger gegeben, der Magistrat hat die Sache geprüft und hat es für nötig gehalten, der Anregung Folge zu geben; das ist der Sachverhalt. Wenn Sie aber mit der Vorlage nicht einverstanden sind, so lehnen Sie sie doch ab.

Herr Müller: Ich freue mich, daß wir aus der gewöhnlichen Manier herausgekommen sind und vor der Instandsetzung von Fußwegen nicht erst die Anlieger um Erlaubnis bitten müssen. Es tut mir leid, wenn hierdurch den Grundstücksbesitzern größere Ausgaben erwachsen, aber wir haben so viele Straßen, die der Instandsetzung bedürfen, daß wir es dankbar anerkennen müssen, wenn der Magistrat jetzt andere Wege einschlagen will. Die Hausbesitzer haben auch selber einen Vorteil davon, wenn sie auf ihren Straßen gute Fußwege erhalten, weil die Wohnungen dadurch im Werte steigen. Es ist für eine Residenz ein unwürdiger Zustand, noch Straßen, wie die Leisewitzstraße, ohne Platten zu haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich anregen, auch der Fasanenstraße Plattenbelag zu geben.

Herr Frühling: Ich möchte vor einer Ablehnung der Vorlage dringend warnen. Herr Hauswaldt kann sich freuen, daß er auf der Leisewitzstraße endlich Plattenbelag erhält, denn der Zustand der Fußwege ist dort wirklich schlecht genug. Ich wollte wünschen, daß endlich auch die Fußwege auf den Wällen Plattenbelag erhielten und dort die unschönen Kieselwege beseitigt würden. (Zustimmung)

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Einrichtung einer Preßgasanlage im Schlachthause.

Die seit Eröffnung des städtischen Schlachthauses in diesem vorhandene Gasbeleuchtung hat bei Erbauung des Kühlhauses eine zunächst für dieses bestimmte Ergänzung durch Einrichtung einer elektrischen Anlage erhalten. Die gesteigerten Anforderungen der jüngsten Zeit nach besserer künstlichen Beleuchtung haben indessen bald dahin geführt, die elektrische Anlage nach Möglichkeit auch für andere Teile des Schlachthausgrundstückes auszunutzen, und zwar so sehr, daß sie schon seit längerer Zeit eine weitere Belastung ohne Gefährdung der Betriebssicherheit nicht mehr vertragen kann. Das von der Schlachthausdeputation als berechtigt anerkannte Verlangen der beteiligten Stellen auf noch weitere Verbesserung der künstlichen Beleuchtung hat dieser Veranlassung zur Prüfung der Frage gegeben, ob es nicht zweckmäßiger sei, von der Erweiterung der elektrischen Lichtanlage abzusehen und vielmehr für bestimmte Teile des Schlachthofes Preßgasbeleuchtung einzuführen.

Nach den angestellten Ermittlungen erfordert solche Anlage nicht nur erheblich geringere Einrichtungskosten, sondern bei einer das elektrische Licht womöglich noch übertreffenden Lichtfarbe und Lichtfülle auch wesentlich geringere Betriebskosten. Gestützt hierauf hat die Schlachthausdeputation ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Großviehslachthalle mit Preßgasbeleuchtung versehen werde und daß die dadurch entstehenden Kosten von 4866,25 M dem Vorratsvermögen des Schlachthausess entnommen werden.

Unter ausdrücklicher Billigung der von der Schlachthausdeputation für Einführung der Preßgasbeleuchtung angeführten Gründe ersucht der Magistrat die Versammlung, der bezeichneten Anlage zuzustimmen und die erforderlichen Mittel zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, geschieht.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

1904/1905.

№ 17.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. März 1905.



Tagesordnung:

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Fortsetzung)	Seite 584
II. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	" 593
III. Antrag Rasper: Erwerb des Bürgerrechtes	" 593
IV. Anfrage Wiehle: Unfall im städtischen Krankenhaus	" 594
V. Anfrage Wesemeier: Notstandsarbeiten	" 597
VI. Gutachtliche Äußerung über die beabsichtigte Wiedereinführung des Streckentaris der Straßeneisenbahn	" 601
VII. Entwurf eines Statuts über das Halten von Hunden	" 606
VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 615
IX. Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche	" 615
X. Verlängerung des Anschlußgleises zum Lagerplatz am Westbahnhofe etc.	" 615
XI. Anfrage Nolte: Zustandsetzung eines Straßenüberganges an der Schubertstraße	" 616
XII. Antrag Bunge: Ueberweisung von Wählerlisten an einen Stadtverordneten	" 616

— 000045513 —

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Meyer, von Frankenberg und Wagner, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Frühling, Rathe, Lupprian, Probst und Sander.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß er in der letzten Sitzung — Seite 576 des Berichtes — mitgeteilt habe, es sei eine Eingabe des Vorstandes der katholischen Schule eingegangen wegen Uebernahme der Schule auf die Stadt, daß es sich indessen vorläufig erübrige, darauf einzugehen, weil eine gleiche Eingabe an den Magistrat gerichtet sei und dieser noch nicht Stellung dazu genommen habe. Inzwischen habe nun der Magistrat sich dahin schlüssig gemacht, sich mit der Materie nicht aufs neue beschäftigen zu wollen, weil er erst vor einigen Monaten einen gleichen Antrag abgelehnt habe. Bei der Wichtigkeit der Frage hält es der Herr Vorsitzende für angemessen, daß auch die Versammlung dazu Stellung nimmt und wird die Eingabe der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Fortsetzung).

Herr Wolff (als Referent der vereinigten Statuten- und Baukommission): Die Beratung des uns vorliegenden Entwurfs war in der letzten Sitzung bis zum § 69 gediehen. Ehe wir zur Besprechung der folgenden Paragraphen übergehen, muß ich Sie bitten, zum § 2 zurückzukehren. Es ist nämlich übersehen worden, eine von den staatlichen Behörden gewünschte und an sich unbedenkliche Aenderung zu beschließen, die dahin geht, im § 2 den Punkt I. 4) wie folgt zu fassen:

„4) ist die Grundfläche, auf der das zurücktretende Gebäude errichtet werden soll, höher oder niedriger, als die Oberfläche der vor ihr befindlichen Straße, so kann ein Abgraben beziehentlich Erhöhen derselben bis zur Höhe des Straßenterrains verlangt werden;“.

Die Versammlung ist mit der Aenderung einverstanden.

Wie Herr Wolff weiter mitteilt, sind die §§ 72 und 92a nochmals in die Kommissionen zurückverwiesen worden, weil sich dabei noch Schwierigkeiten ergeben haben; beide Paragraphen könnten daher der Versammlung heute noch nicht zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Zum § 70 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Meyerhoff: Von der Direktion der Gas- und Wasserwerke ist gelegentlich erwähnt worden, ob es nicht zweckmäßig sein würde, eine Bestimmung

darüber in das Statut aufzunehmen, wie weit die Gasrohre eines Hauses bei Neuanlagen zu wählen sind. Wir haben dieselbe Forderung bei den elektrischen Lichtanlagen, über die ein besonderer Plan zur Prüfung eingereicht werden muß. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß eine Menge Gasanlagen im Durchmesser der Röhren zu eng sind und daher den vorhandenen, nach der Anlage der Leitung vermehrten Flammen nicht genug Gas zuführen können. Wenn die Materie auch schwierig zu behandeln sein mag, so möchte ich doch bitten, ihr näher zu treten, damit wenigstens bei der Anlage neuer Gasleitungen die Kalamität gehoben wird.

Herr Wolff: Mit Vorbedacht ist hier von einer derartigen Bestimmung Abstand genommen worden, weil das Ortsbaustatut sich nur mit polizeilichen Bestimmungen im weitesten Sinne beschäftigt und es nicht erfindlich ist, inwieweit die Weite der Gasröhren in dieser Beziehung einwirken kann. Außerdem ist die Materie wirklich sehr schwierig zu behandeln, weshalb wir geglaubt haben, davon absehen zu sollen.

Herr Löschigt: Als Mitglied der Deputation für die Gas- und Wasserwerke hat Herr Meyerhoff die beste Gelegenheit, dahin zu wirken, daß von der Direktion aus solche Vorschriften erlassen und die Leitungen jedesmal unter Druck geprüft werden. Wenn bei solcher Prüfung der zehnfache Druck genommen wird, so werden die Leitungen wohl dicht bleiben.

Herr Meyerhoff: Eine solche Prüfung ist nicht möglich, denn es ist im Statut ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Leitungen bei einer Wassersäule von 32 cm nachgeprüft werden sollen. Wenn meiner vorhin ausgesprochenen Bitte nicht Gehör geschenkt werden kann, so möchte ich fragen, ob sich vielleicht im Verwaltungswege oder durch ein besonderes Statut eine solche Vorschrift geben läßt, in welchem Falle ich mich gern bescheiden würde. Es hat der jetzige Zustand insofern eine Gefahr für die Konsumenten, als wir die Klagen über schlecht brennendes Gas nicht los werden, und das manchen abhalten kann, sich eine Gasleitung anlegen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bezweifle, daß die Stadt in der Lage sein dürfte, solche Vorschriften durch ein Statut zu geben. Wir können kaum jemand zwingen, für sein Haus ein Gasrohr von bestimmter Weite zu nehmen, es sei denn, daß wir sagen, wenn du das nicht tust, liefern wir dir kein Gas. Es ist ein Unterschied, ob ein Statut auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften erlassen wird, oder ob wir hier als Produzenten und Lieferanten von Gas unseren Abnehmern sagen, daß sie sich unseren Bestimmungen zu unterwerfen haben. Für die Stadt liegt entschieden kein Grund vor, in die Privatrechte der Hausbesitzer einzugreifen. Wünschenswert ist es natürlich immer, daß ein Haus genügend Gas bekommt, aber in den meisten Fällen weiß der Abnehmer bei der Anlage der

Leitung noch nicht, wieviel Flammen er brennen wird. Die Leute fangen oft mit fünf Flammen an und hören mit hundert auf. Es muß im allgemeinen den Leuten überlassen werden, die Weite der Röhren zu bestimmen, wenn auch nichts dagegen einzuwenden sein wird, daß sie bei Anlage der Gasleitung darauf aufmerksam gemacht werden, welche Unannehmlichkeiten zu enge Röhren nach sich ziehen können.

Herr Südel: Ich gebe zu, daß das Statut nicht geeignet ist, in Privatrechte einzugreifen. Vielleicht könnten aber die vereinigten Kommissionen, welche die §§ 72 und 92a noch einmal nachzuprüfen haben, in Erwägung ziehen, ob es nicht möglich sei, eine Bestimmung in den § 70 aufzunehmen, nach der im Stadtbauamte von jeder Erweiterung einer Gasanlage Anzeige gemacht werden muß, damit dieses imstande ist, die Direktion der Licht- und Wasserwerke im gegebenen Falle zu benachrichtigen, daß an ein Zuleitungsrohr zu viele Flammen gehängt worden seien. Die Direktion würde hierdurch in die Lage versetzt, Maßnahmen zu treffen, um berechtigten Klagen über zu geringe Gaszufuhr vorzubeugen. Bei der Annahme solcher Vorschriften würden auch derartige Klagen von vornherein zurückgewiesen werden können. Vielleicht bietet hierzu allerdings der § 72 schon eine genügende Handhabe, jedoch kann ich das im Augenblick nicht so schnell übersehen, wohl aber könnten die vereinigten Kommissionen das noch prüfen.

Herr Wolff: Wir haben dieses genügend überlegt, jedoch haben sich Gesichtspunkte, die die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Statut rechtfertigen würden, nicht auffinden lassen. Ganz anders liegt die Sache bei den elektrischen Anlagen. Vielleicht lassen sich aber die gewünschten Bestimmungen als Bestandteile der Bedingungen aufnehmen, unter denen Gas geliefert wird. Die Kommissionen haben diesen Verhältnissen schon genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

Der § 70 wird darauf in der vorliegenden Fassung angenommen, ebenso der § 71.

Der § 72 soll aus dem schon mitgeteilten Grunde für heute von der Beratung zurückgestellt werden.

Herr Jasper: Ich möchte der Ausscheidung des § 72 widersprechen. Von dem Herrn Referenten ist in der vorigen Sitzung der Wunsch geäußert worden, es möchten alle Anträge, die nicht auf Wünsche der staatlichen Behörden zurückzuführen sind, zurückgestellt werden. Ich sehe deshalb nicht ein, weshalb Anträge, die von anderer Seite kommen, trotzdem Berücksichtigung finden sollen. Ebenfogut wie wir Beschränkung geübt haben, müssen wir das auch von anderer Seite erwarten.

Herr Wolff: Der Herr Vorredner irrt sich. Außer den von den staatlichen Behörden gewünschten Aenderungen sind hier ganz neue Bestimmungen über elektrische Anlagen aufgenommen worden, deren Fassung noch in letzter Stunde

durch Gründe beanstandet worden ist, die wohl der Beachtung wert sind und die insbesondere von den Herren Wolters und Frühling geltend gemacht worden sind. Aus diesem Grunde wird es für nötig erachtet, daß die Kommissionen sich mit der Sache nochmals befassen.

Vorsitzender: Es ist auch wohl eine allgemeine parlamentarische Sitte, daß, wenn eine Kommission einzelne Teile einer Vorlage noch einmal zu beraten wünscht, das Plenum sie daran nicht hindern darf.

Herr Jasper: Ich lasse meinen Widerspruch fallen.

Der § 72 wird sodann von der Beratung ausgeschlossen.

Die §§ 73—78 nimmt die Versammlung ohne Besprechung an.

Zum § 79 bemerkt Herr Südel: Man hat unter die Räume, welche Fenster erhalten müssen, noch nachträglich die Badezimmer aufgenommen. Bei sehr vielen Neubauten sind aber in letzterer Zeit Badezimmer geschaffen worden, die sehr klein sind und kein direktes Licht bekommen, aber doch so große Annehmlichkeiten für die Inhaber der Wohnungen mit sich bringen, daß es schade wäre, wenn diese Badezimmer beseitigt werden müßten. Es handelt sich dabei um Wohnungen im Preise von 350—500 M. Solche Wohnungen können aber kein Badezimmer mehr bekommen, wenn diese Bestimmungen in Kraft treten werden. Es würde sich fragen, ob der Aufenthalt von $\frac{1}{2}$ Stunde in solchem Räume, dem kein direktes Licht zugeführt wird und bei dem der Abzug des Dampfes durch den Schornstein bewirkt werden kann, so schädlich sein könnte, daß diese Bestimmung hier Platz greifen muß, oder ob die Annehmlichkeit eines Badezimmers doch weit größer ist, als die durch ein solches Zimmer hervorgerufenen Schäden.

Herr Wolff: Herr Südel irrt sich insofern, als die Badezimmer schon in dem früheren Entwurfe standen.

Herr Koch: Ich möchte bitten, das Wort „Badezimmer“ hier zu streichen. Wir finden in sehr viel neuen Häusern Badezimmer an versteckter Stelle angebracht. Man hat eben, wenn sich noch ein Platz dafür schaffen ließ, diesen zur Anlage eines Badezimmers verwendet. Sollten wir die Bestimmungen des § 79 auf die Badezimmer ausdehnen, würden in vielen Häusern diese Zimmer wegfallen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich gebe zu, daß bei den vorhandenen Häusern es schwer halten möchte, unter der Bedingung der Anbringung von Fenstern Badezimmer einzurichten, aber hier handelt es sich doch nur um neue Häuser. Da nun in diesen die Badezimmer doch wohl überall an der Außenseite der Häuser liegen werden (Widerspruch), so dürfte die Aufnahme der Badezimmer in den § 79 keine Bedenken haben. Es handelt sich ja nicht um die Anlegung größerer Fenster, sondern es würde ein ganz schmales Fenster genügen, durch das der Dampf abziehen kann. Im übrigen erkenne ich an, daß die Sache von keiner

großen Bedeutung ist und ich persönlich gegen den Fortfall der Bestimmung nicht opponieren würde. Wie der Magistrat darüber denkt, weiß ich aber nicht.

Herr Meyerhoff: Gerade in den neuerdings gebauten Häusern liegen die Badezimmer oft ganz im Dunkeln; man muß erst Licht anzünden, wenn man die Badewanne und den Badesofen finden will. Man findet die Zimmer hinter der Speisekammer, oder wo sich sonst ein Platz dazu geboten hat, aber direktes Licht kommt meistens nicht hinein. Wenn aber jemand die Ausbünstung des Badezimmers in seinem Korridor haben will, weshalb soll man ihm das nicht gestatten? Ich würde es nicht gerade als eine Unnehmlichkeit empfinden, ein solches Badezimmer zu haben, aber ich würde es anderen gern gestatten.

Herr Südel: Wenn die Badezimmer nach außen gelegt werden sollen, muß eine Erhöhung der bebauten Fläche des Grundstücks entstehen, wodurch die Wohnungen im Preise sich steigern würden. Es handelt sich für mich nur darum, ob der Nachteil, der durch das Einlassen eines Fensters für die Wohnung hervorgerufen wird, größer ist, als der Vorteil eines Badezimmers. Ist das aber nicht der Fall, so bitte ich, die Badezimmer hier zu streichen.

Herr Blasius: Eigentlich hatten wir ja verabredet, die einmal beschlossenen Sachen nicht mehr zu ändern. Wenn aber beantragt wird, hier die Badezimmer zu streichen, so möchte ich davor entschieden warnen. Es ist traurig, daß Wohnungen hergerichtet werden können, in denen sich Zimmer ohne direktes Licht von außen befinden; das übersteigt alles, was man sich nur denken kann, aber um so dringender ist es notwendig, daß wir für die Folge energische Maßregeln dagegen ergreifen.

Herr Müller: Ich möchte mich dem Antrage Koch anschließen, weil ich es für wichtig halte, auch den kleineren Wohnungen ein Badezimmer zu geben, ohne diese zu verteuern.

Herr Koch: Schon bei Wohnungen im Preise von 350—400 M gehen die Leute darauf aus, ein Badezimmer zu erhalten. Der Wert des Grund und Bodens ist aber schon so groß, daß wir die bebaute Fläche durch die Anlage von Badezimmern nicht vergrößern können, ohne eine Steigerung des Mietpreises damit zu verbinden. Lassen Sie das Badezimmer liegen, wo es will, wenn der Mieter die Annehmlichkeit einer Badeeinrichtung in seiner Wohnung haben kann, so machen Sie ihm keine Schwierigkeiten.

Herr Alßmann: Das Badezimmer darf aber unmöglich eine Brutstätte für Krankheiten werden, sondern es muß nach den Forderungen der Gesundheitslehre eingerichtet werden. Ich bin deshalb gegen den Antrag Koch.

Unter Ablehnung des Antrages Koch wird darauf der § 79 in der vorliegenden Fassung angenommen. Ebenso werden die §§ 80—85 unverändert gutgeheißen.

Zum § 86 nimmt das Wort Herr Fiedel: Der Punkt 2 des § 86 lautet: „Das bauberständige Mitglied des Stadtbauamtes ist zuständig . . . 2) zur Prüfung und Entscheidung der Frage, ob ein zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmter Raum in Benutzung genommen werden kann (vgl. § 81)“. Nach dem § 81 soll aber die Erlaubnis zum Bezuge neu hergestellter Wohnungen . . . frühestens nach Ablauf von sechs Monaten seit Aushändigung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues erteilt werden. Ich möchte nun fragen, ob der Beamte bei allen zum dauernden Aufenthalte von Menschen bewohnten Räumen an diese Frist gebunden ist? (Auf: „Nein!“) Dann möchte ich bitten, das zu ändern. Denken Sie sich, daß ein Schmiederaum erst 6 Monate unbenutzt stehen soll. Ich möchte anheimgen, den Hinweis auf § 81 zu streichen.

Herr Wolff: Es ist zuzugeben, daß der Wortlaut des § 81 zu Unklarheiten Veranlassung geben kann; denn es ist sicher, daß Fabrikräume nicht dazu gerechnet werden sollen. Im § 81 handelt es sich nur um Wohnungen, nicht aber um Fabrikräume.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich kann die Auffassung des Herrn Wolff nicht teilen. Ich gebe zu, daß die Ueberschrift des § 81 mit dem Text in Widerspruch steht, und wir werden uns darüber schlüssig machen müssen, was wir in dieser Beziehung tun wollen. Dieser Paragraph ist nichts anderes, als eine Ausführungsvorschrift zum § 68 der Landes-Bauordnung. Dort heißt es aber als Ueberschrift: „Austrocknen der Räume“, und dann im Text: „Für Räume, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, kann von der zuständigen Behörde eine Frist gesetzt werden, vor deren Ablauf mit dem Repuzen der Wände nicht begonnen werden darf“. Wenn Sie diese Worte nur auf Wohnungen beziehen wollen, so würde darin ein Widerspruch liegen, denn die ganze Wohnung ist in ihrer Gesamtheit nach dem Gesetze zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt. So unbedenklich es auch sein mag, einen großen Schmiederaum, der noch nicht einmal hermetisch verschlossen ist, und der auch in seinem Innern nicht überseht ist, schon früher als hier vorgeschrieben, in Benutzung zu nehmen, so bedenklich würde es sein, eine große Werkstätte nicht unter diese Vorschrift fallen zu lassen. Deshalb kann man diesen Ausdruck unmöglich auf die Räume in den Wohnungen beziehen. Es können ja auch Gebäude errichtet werden, in denen nur Werkstätten angelegt werden und gar keine Wohnräume.

Herr Wolff: Im § 80 des Ortsbaustatuts ist allgemein über das Austrocknen der Räume Bestimmung getroffen worden, und zwar heißt es dort: „Alle Räume, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, dürfen erst dann gepuzt werden, wenn seit Erteilung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues wenigstens sechs Wochen verstrichen sind.“ Der § 81 aber lautet: „Die

Erlaubnis zum Bezuge neu hergestellter Wohnungen soll erst nach völligem Austrocknen der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume (§ 68 der Bauordnung) und frühestens nach Ablauf von sechs Monaten seit Aushändigung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues erteilt werden." Im Gegensatz zum Herrn Oberbürgermeister muß ich behaupten, daß diese Bestimmung lediglich Wohnräume und deren Zubehör betrifft. Den Holzstall und den Keller wird man beispielsweise kaum als zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt ansehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es tut mir leid, daß ich mit dem Herrn Referenten nicht übereinstimme, aber ich kann mir nicht helfen. Es ist ausdrücklich ein Unterschied gemacht worden zwischen der Fristbestimmung, die gesetzt ist, wenn die Wände gepugt werden, und zwar ist hier eine Frist von wenigstens sechs Wochen vorgeschrieben worden, und der Erlaubnis zum Bezuge neu hergestellter Wohnungen, für die eine Frist von wenigstens sechs Monaten vorgeschrieben worden ist. Jedenfalls ist es die Absicht gewesen, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten gewerblichen Räume mit unter diese Vorschrift zu bringen; wenn das aber nicht der Fall sein sollte, so wäre das Statut höchst mangelhaft, denn Sie werden mir Recht geben, daß es dringend erforderlich ist, auch diese Räume nicht eher ihrer Benutzung zu übergeben, bis sie vollständig ausgetrocknet sind.

Herr Wolters: Ich möchte die Worte des Herrn Südel unterstützen, sofern Herr Oberbürgermeister Ketemeyer Recht hat und möchte beantragen, im § 81 statt „frühestens“ zu sagen „in der Regel“.

Herr Brückmann: Bei der Abfassung dieser Vorschrift hat man nicht daran gedacht, daß das Austrocknen der Räume auf mechanischem Wege viel gründlicher innerhalb acht Tagen geschehen kann, als auf gewöhnlichem Wege bei feuchtem Wetter innerhalb sechs Monaten. Unter solchen Umständen würde es aber aller Vernunft widersprechen, wenn ein derartig ausgetrocknetes Haus nicht früher bezogen werden soll. Ich möchte bitten, diesen Punkt besonders zu berücksichtigen, indem man sagt, daß die Baubehörde, sofern sie ein vollständiges Austrocknen schon früher feststellen sollte, auch die Genehmigung zum früheren Bezuge des Hauses geben darf.

Herr Meyerhoff: Die Bedenken des Herrn Südel habe ich schon in der Kommissionsitzung vorgetragen, jedoch wurde mir dort geantwortet, daß Fabrikräume nicht dazu gehörten. Als später der Herr Oberbürgermeister einmal an einer Sitzung teilnahm, äußerte er die entgegengesetzte Ansicht. Deshalb hat auch in der Kommissionsitzung eine vollständige Einigkeit nicht geherrscht.

Herr Schöttler: Die Fassung der beiden Paragraphen genügt wirklich allen Ansprüchen, wenn man nicht überhaupt die sechs Monate fallen lassen will. Nach

der Bestimmung des § 86 unter 2 des Statuts ist die Entscheidung der Frage, ob ein zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmter Raum in Benutzung genommen werden kann, dem bauverständigen Mitgliede des Stadtbauamtes überlassen; nun steht aber dahinter: „(vergl. § 81)“. Dieser Hinweis soll bedeuten, wenn Du Dich entscheidest, so hast Du Dich bei Wohnungen so zu verhalten, wie es § 81 vorschreibt, im übrigen hast Du freie Hand.

Herr Nolte: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Referenten. Meiner Meinung nach ist die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters nicht richtig. Es mag die Absicht gewesen sein, dem Paragraphen solche Fassung zu geben, aber der Wortlaut ist mit einer solchen Auffassung nicht vereinbar, denn sonst müßte es heißen: „Die Erlaubnis zum Bezuge neu hergestellter, zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienender Räume.“ Wenn die Ansicht der Versammlung dahin geht, daß solche Räume auch mit getroffen werden sollen, so möchte ich anheimgeben, den Antrag des Herrn Wolters zu genehmigen oder zu sagen: „Ausnahmen sind zulässig“.

Herr Wolff: Nachdem so viele verschiedene Meinungen hier zum Ausdruck gekommen sind, muß etwas geschehen. Ich schlage vor, in der Ueberschrift und im Texte des § 81 zu sagen: „Erlaubnis zum Bezuge der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume“. Am Schlusse des Textes würde dann außerdem zu sagen sein: „Die Abkürzung dieser Frist ist zulässig“.

Herr Löschigk: Wenn ein Haus nach sechs Wochen noch nicht trocken sein sollte, so wird der Beamte des Stadtbauamtes auch noch nicht die Genehmigung zum Verputzen des Hauses geben; wenn aber ein Bauender nach 14 Tagen nachgewiesen hat, daß der Bau trocken ist, so kann doch das Verputzen genehmigt werden.

Herr Fiedel: Ich bin mit dem Antrage des Herrn Wolff einverstanden, jedoch möchte ich bitten, das Wort „frühestens“ zu streichen.

Herr Brückmann: Die Sache würde geklärt werden, wenn im § 86 die Worte „(vergl. § 81.“ gestrichen würden. (Widerspruch.)

Herr Stegmann: Ich bin gegen die Aenderung, da ich nicht wünsche, daß die Frist verkürzt werde. Es gibt allerdings Fälle, wie bei Werkstätten, wo die Frist verkürzt werden kann, aber bei Wohnungen soll man sie nicht verkürzen, auch wenn die Räume künstlich getrocknet sind; denn es herrscht in solchem Falle dort gewöhnlich eine Luft, die nicht schön ist. Wenn hierüber heute keine Einigung zu erzielen ist, so möchte ich vorschlagen, den Paragraphen nochmals an die Kommission zurückzuverweisen.

Herr Meyerhoff: Bei dem Langerfeldtschen Neubau am Papenstiege haben die Messungen schon nach ganz kurzer Zeit ergeben, daß keine Feuchtigkeit mehr darin vorhanden war. Es ist das eine ganz neue Erfindung zum Austrocknen

von Neubauten. Wenn aber ein Haus so ausgetrocknet ist wie dieses, so ist es viel trockner, als wenn es noch zwei Jahre unbezogen bleibt.

Der § 81 wird darauf in folgender Fassung angenommen:

„§ 81: Erlaubnis zum Bezuge der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume.

Die Erlaubnis zum Bezuge der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume (§ 68 der Bau-Ordnung) soll erst nach völligem Austrocknen und in der Regel erst nach Ablauf von sechs Monaten seit Aushändigung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues erteilt werden.

Die Abkürzung dieser Frist ist zulässig.“

Die §§ 86—88 gelangen unverändert zur Annahme.

Zum § 89 bemerkt Herr Stegmann: Ich vermissе hier eine Bestimmung, die auf die §§ 12, 23 und 24 hinweist. Von den Schutzbestimmungen sind diese drei Paragraphen allein übriggeblieben. Ich halte es aber für dringend notwendig, wenn solche Revision, wie sie im § 89 vorgeschrieben ist, ausgeführt wird, daß sie sich auch hierauf mit erstreckt. Man kann doch damit nicht warten, bis eine Anzeige erstattet ist, zumal die Beamten häufig auf den Bauten erscheinen und auch diese mit revidieren können. Deshalb empfehle ich, eine Ziffer 5 einzuschalten, die lautet: „5) der Schutzbächer, Aborte und Unterkunftsräume für Bauarbeiter (§§ 12, 23 und 24).“

Herr Wolff: Dieser Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, aber er könnte in eine andere Form gekleidet werden, indem der erste Absatz des § 89 lautete:

„Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Abnahme des vollendeten Bauwerkes und der durch dieses Statut bedingten Einzelrevisionen (s. §§ 12, 23 und 24) sollen während des Baues Revisionen stattfinden: . . .“.

Der § 89 wird in dieser Fassung angenommen.

Unverändert gelangen zur Annahme die §§ 90—95 unter einstweiliger Ausschaltung des § 92a.

In den Anlagen A und B werden auf Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Ketemeyer folgende Aenderungen vorgenommen: 1) In der Anlage A werden unter I. 1. „Im Westen“ unter b hinter Kreuzstraße die Worte „bzw. deren Verlängerung“ eingeschaltet. 2) Der Punkt I. 5. erhält folgenden Wortlaut: „Die Südseite des Madamenweges bis zum Graben № 115 Blatt II der Feldmark Hohetor“. 3) Unter II. 1. c. „im Osten“ soll der Schluß lauten: „bis

zu deren Einmündung in den Querumer Weg;" und daselbst unter „Im Norden" soll es statt „und des Büldenweges" heißen: „und des Querumer Weges".

Damit wird die Beratung des Ortsbaustatutes abgebrochen.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

II. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Pflasterung der Kreuzstraße in diesem Frühjahr in Angriff zu nehmen."

Zur Begründung führt Herr Bunge aus: Bereits im vorigen Jahre habe ich diesen Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde; der Zustand der Kreuzstraße ist aber inzwischen nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Der Wunsch der sämtlichen Bewohner der Straße geht aber dahin, möglichst bald eine Straßenpflasterung zu erhalten. Ich bitte, meinen Antrag jetzt umsomehr anzunehmen, als Herr Stadtrat von Frankenberg bei anderer Gelegenheit erklärt hat, daß wir Geld genug hätten.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

III. Antrag Jasper: Erwerb des Bürgerrechtes.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen:

- 1) die Gebühr für Erwerb des Bürgerrechtes aufzuheben,
- 2) den Magistrat zu ersuchen, die zum Erwerb des Bürgerrechtes, Beschaffung des Staatsangehörigkeits-Ausweises usw. erforderlichen Schreibarbeiten für jedermann unentgeltlich resp. gegen Ersatz der notwendigen Auslagen in den städtischen Schreibstuben vornehmen zu lassen."

Herr Jasper (zur Begründung): Mein Antrag ist ein zwiefacher, er bezweckt einmal, die Gebühr für Erwerb des Bürgerrechtes, die hier im Höchstbetrage von 6 M erhoben wird, abzuschaffen. Da die Einnahmen hieraus nicht so erheblich sind, um die Stadt bei dem Fortfall der Gebühr in Verlegenheit zu bringen, so kann der Antrag aus finanziellen Gründen nicht zurückgewiesen werden. Es ist eine Unbilligkeit gegen die hierher verziehenden Angehörigen anderer deutschen Staaten, eine solche Gebühr zu erheben; wir haben ein Reichsindigenat, so daß jeder Reichsangehörige in der einen Stadt soviel zu gelten hat, als in der anderen.

Sodann habe ich in dem Antrage gebeten, die Schreiberei, die bei dem Erwerbe des Bürgerrechtes notwendig ist, den Antragstellern möglichst zu erleichtern

und zu verbilligen. Es ist gar nicht so einfach, einen Staatsangehörigkeitsausweis zu bekommen, da trotz der Vorschriften der Reichsverfassung und des Unterstützungswohnsitzgesetzes von den Heimatbehörden alle möglichen Scherereien gemacht werden. Häufig sind die Antragsteller gar nicht in der Lage, das Schreibwerk selbst zu besorgen, und die Stadt hat auch ein gewisses Interesse daran, die Sache in die Hand zu nehmen.

Ich beantrage hiermit nichts Neues, da die Stadtverwaltung in den letzten Monaten des vorigen Jahres solche Arbeiten schon in erheblichem Umfange übernommen hat, wenn ihr die Antragsteller von bestimmter Seite zugewiesen wurden und sie die notwendigen Auslagen ersetzt erhielt. Dieses Verfahren möchte ich auf alle hiesigen Einwohner ausgedehnt wissen.

Herr Hauswaldt: Können wir diesen Antrag nicht gleich beraten, da wir uns doch erst vor kurzem mit einem gleichen Antrage zu befassen gehabt haben?

Vorsitzender: Das geht nicht. Ich überweise den ausreichend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

IV. Anfrage Wiehle: Unfall im städtischen Krankenhause.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat unterrichtet, auf welche Ursache der Sturz der Witwe Vogelbein aus dem Fenster des städtischen Krankenhauses zurückzuführen ist?“

Herr Wiehle (zur Begründung): Am 31. Januar d. Js., abends gegen 5 Uhr, ist im städtischen Krankenhause die Witwe Vogelbein aus dem Fenster gestürzt, was allgemeines Befremden hervorgerufen hat. Nach der mir gewordenen Mitteilung ist die Witwe Vogelbein auf Wunsch des Herrn Dr. Salomon in das Krankenhaus aufgenommen worden, weil sie in der Wohnung ihres Sohnes einen Anfall von Tobsucht gehabt hat und es geraten erschien, die Frau unter ständige Aufsicht zu bringen. Wenige Stunden nach ihrer Aufnahme ist sie aus dem Fenster gestürzt. Ob jemand ein Verschulden daran trifft, weiß ich nicht, aber jedenfalls wäre es am Platze, nähere Auskunft über diesen Fall hier zu geben, damit nicht bei der Einwohnerschaft der Gedanke Platz greift, man kümmere sich um die Kranken im städtischen Krankenhause nicht in genügender Weise.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der bedauerliche Unfall hat sich nach dem Berichte des Oberarmenarztes, Herrn Sanitätsrat Dr. von Holwede, folgendermaßen zugetragen: Die getrennt lebende Ehefrau Minna Vogelbein wurde am 31. Januar d. Js. mittags auf Grund eines durch den Armenarzt Dr. med. Salomon ausgefertigten Antrages in das städtische Krankenhaus eingeliefert; laut Schein sollte sie an Nervenschwäche und Bandwurm, nicht aber an Tobsucht leiden. Die Angehörigen, welche die Kranke brachten, vermochten über sie nichts weiter

auszusagen, insbesondere sprachen sie sich auf Befragen, ob die Kranke ruhig sei, in bejahendem Sinne aus. Zur Beobachtung brachte man sie zunächst auf eine unserer Zellen. Die Kranke machte nicht den Eindruck einer Geistesgestörten. Nachmittags gegen 5 Uhr, als die mit der Aufsicht beauftragte Schwester sich einen Augenblick entfernt hatte, hat sich die Kranke aus dem Fenster gestürzt und ist sogleich zu Tode gekommen. Herr Dr. v. Holwede bezeichnet das Vorkommnis als ein Unglück, für das niemand ein besonderes Verschulden zugemessen werden könne.

Ich habe Veranlassung genommen, mich an Ort und Stelle über den Unfall zu informieren und mit den Herren Sanitätsrat Dr. v. Holwede und Dr. Rackwitz darüber Rücksprache zu nehmen, endlich habe ich mir auch die Akten der Staatsanwaltschaft erbeten und durchgesehen. Hiernach hat der eigene Sohn der Verunglückten erklärt, daß ihnen allen der Zustand seiner Mutter nicht recht klar gewesen sei, und aus diesem Grunde hätte er auch nicht sachgemäß an den Dr. Rackwitz berichten können. Jedenfalls sei bei dem Unfalle ein Verschulden Dritter ganz ausgeschlossen.

Gleichwohl gibt mir der Vorfall Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Versammlung sich im Laufe der allernächsten Zeit mit einem Bauplan beschäftigen wird, der dahin geht, einen besondern Pavillon neben dem städtischen Krankenhaus für unruhige und unreine Kranke aufzuführen, und wir hoffen, daß dadurch solche traurigen Vorkommnisse vermieden werden. In den außerordentlichen Etat sind dafür bereits 80000 M. eingestellt worden.

Auf Antrag wird in eine Besprechung der Anfrage eingetreten.

Herr Wiehle: Nach der Mitteilung des Sohnes der Verunglückten hat dieser gewußt und auch dem Krankenhausarzte erklärt, daß seine Mutter tobsüchtig sei, denn er will sogar erzählt haben, wie er schon einmal nachts im Hemde hinter ihr hergelaufen sei, als sie sich habe wollen ein Leid antun. Hierbei kommt auch für mich in Frage, ob das Fenster des betreffenden Zimmers überhaupt verschlossen gewesen ist, denn es dürfte in solchem Zimmer doch überhaupt die Möglichkeit nicht vorhanden sein, daß eine Kranke das Fenster öffnen kann. Ferner gibt mir dabei zu denken, was Herrn Stadtrat von Frankenberg vielleicht auch bekannt sein wird, daß an dem Tage nur eine Hilfschwester im Krankenhaus tätig gewesen ist, die 30 Kranke zu versorgen und 6 neue Aufnahmen zu bewerkstelligen hatte. Die Schwester hatte also so viel zu tun, daß sie gar nicht wußte, was sie zuerst anfangen sollte, und sie war außerdem auch nicht genügend über den Raum, in dem die Kranke untergebracht werden sollte, informiert. Dies Vorkommnis dürfte uns Veranlassung geben, darauf bedacht zu sein, daß in einem städtischen Krankenhaus nicht allzusehr gespart werde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann mich lediglich auf das beziehen, was ich über den Vorfall soeben mitgeteilt habe. Auch der Assistenzarzt, Herr Dr. Rackwitz, ist über den Vorfall vernommen und hat erklärt, es hätte niemand geahnt, daß sich die Frau mit Selbstmordgedanken getragen habe, denn wenn ihr Zustand von ihren Angehörigen als Tieffinn oder Melancholie bezeichnet worden wäre, würden andere Maßnahmen ergriffen worden sein. Herr Sanitätsrat von Holwede machte auch darauf aufmerksam, daß das Verschließen der Fenster durch Läden, die tatsächlich vorhanden seien, nur in wirklich dringenden Fällen angeordnet werde, weil bei Patienten, die nur an Nervenschwäche leiden, eine unverantwortliche Verschlimmerung ihres Zustandes durch solche sie bedrückende Maßnahmen eintreten könnte.

Herr Ohlendorf: Soweit ich orientiert bin, ist die Kranke auf ein Zimmer gebracht worden, das dazu eingerichtet ist, solche Unfälle zu verhüten. Der Fehler scheint hier darin zu liegen, daß die Lehrschwester — die eigentliche Schwester ist krank gewesen — zu sehr belastet gewesen ist und die Kranken gar nicht alle hat beobachten können. Man hätte noch eine zweite Schwester einstellen und nicht so sehr sparen müssen, dann wäre der Unfall wohl verhütet worden. Wenn eine Hilfschwester 30 Kranke zu versorgen und sechs neue Aufnahmen zu bewirken hat, so kann ihr nicht viel Zeit übrig bleiben, die Kranke zu beaufsichtigen, zumal die Neuaufgenommenen doch sämtlich zuerst ins Bad gebracht werden müssen. Deshalb trifft diejenigen die Schuld an dem Unfälle, die nicht für einen genügenden Ersatz für die erkrankte Schwester gesorgt haben. Wenn aber solche Schutzvorrichtungen unterlassen werden, wie das hier geschehen ist, dann nützt auch der geplante Neubau dem städtischen Krankenhause nichts.

Herr Löschigk: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Das Unglück hätte auch durch keine Schutzvorrichtung verhütet werden können. Mit Genugtuung ist es aber zu begrüßen, daß endlich 80 000 M für den Erweiterungsbaue des Krankenhauses in den Etat eingestellt worden sind, denn dieser Bau ist schon seit Jahren nötig gewesen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte die Verwaltung des Krankenhauses dagegen in Schutz nehmen, daß zu sehr gespart sein soll. Es hätte nur eines Handgriffes bedurft, um die Schutzvorrichtung an dem Fenster anzubringen, aber es ist, wie ich schon bemerkte, nicht in allen Fällen ratsam, es zu tun. Selbst bei einer bestgeleiteten Krankenhausverwaltung können sich solche Fälle ereignen, weil sie sich eben vollständig nie werden beseitigen lassen. Auch die Schwester trifft keine Schuld an dem Unfälle. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Neubau im Krankenhause schon längst vor diesem Unfälle geplant worden ist.

Damit ist die Anfrage erledigt.

V. Anfrage Wesemeier: Notstandsarbeiten.

Die Anfrage lautet:

„Welche städtischen Arbeiten sind seit der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in der Sitzung vom 22. Dezember 1904 in Angriff genommen worden, um der Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt zu steuern?“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Wir haben im Monat Dezember diese Frage besprochen, und bei der Gelegenheit hat der Herr Oberbürgermeister Kete-meyer erklärt, daß eine ganze Reihe von Arbeiten in Angriff genommen werden würde. Gleichzeitig hat der Herr Oberbürgermeister auch bestritten, daß hier eine große Arbeitslosigkeit herrsche, obwohl sich hinterher herausgestellt hat, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre viel größer ist, als in den früheren Jahren. Außerdem hat sich auch herausgestellt, daß die in Aussicht gestellten Arbeiten zum guten Teile noch gar nicht in Angriff genommen sind, oder doch der Arbeitslosigkeit keinen wesentlichen Abbruch getan haben.

Herr Stadtrat Meyer: Es haben allerdings nicht alle Arbeiten ausgeführt werden können, die damals als zur Ausführung reif bezeichnet worden sind, weil sich bei einigen Arbeiten Schwierigkeiten ergeben haben, die sich vorher nicht mit Sicherheit übersehen ließen. Es sind jedoch eine große Menge und auch noch andere als die damals erwähnten Arbeiten zur Ausführung gekommen, nämlich folgende: Kanalisierung der Schloßstraße, Planierungsarbeiten auf der Schloßstraße, Ausbau der Bernerstraße, Abbruch des Hauses Hochstraße 20, Erdarbeiten zur Instandsetzung der Vorgärten am städtischen Museum, Kanalisierung des Grabens am Eisenbüttlerwege, Erdarbeiten zur Schule hinter der Hildeheimerstraße, Abbruch der Gebäude der vormaligen Stadtkasse und Erdarbeiten für den Neubau des Lehrerinnenseminars, Kanalisierung der projektierten Straße Nr. 48 zwischen Giersberg- und Howaldtstraße, sowie die der Howaldtstraße selbst. Auch ist Auftrag erteilt worden zur Kanalisierung der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Korfesstraße, sobald die Unternehmer die erforderliche Sicherheit eingezahlt haben werden. Außerdem sind die Arbeiten im Bürgerparke nicht unterbrochen gewesen, und es sind dort wohl ständig 30 Arbeiter tätig gewesen.

Auf Antrag wird in eine Besprechung der Anfrage getreten.

Herr Wesemeier: Es hört sich ganz schön an, wenn es heißt, es seien eine ganze Reihe von Arbeiten in Angriff genommen worden; ich hätte nur gewünscht, daß hierbei von vornherein bemerkt wäre, wie viele Arbeiter bei diesen städtischen Arbeiten Beschäftigung gefunden haben. Nach meinem Dafürhalten ist seitens der Stadtverwaltung nicht genügend eingegriffen worden. In der Sitzung vom 22. Dezember v. J. wurde von uns besonders betont, daß in diesem Jahre hier die Arbeitslosigkeit besonders im Baugewerbe nicht allein der Witterungsverhältnisse wegen, sondern in-

folge des Arbeitsmangels überhaupt erheblich größer sei als sonst. Inzwischen ist nun mit absoluter Sicherheit festgestellt worden, daß unsere Angaben zutreffend waren. Damals konnten wir keinen Nachweis über die Zahl der Arbeitslosen bringen, während wir jetzt dazu imstande sind. Es wird auch niemand bestreiten wollen, daß wir am besten über den Stand der hiesigen Arbeitsgelegenheit unterrichtet sind, da wir mit den Arbeitern am meisten in Fühlung sind. Das Gewerkschaftskartell hat eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen und obgleich diese Zählung sich nicht einmal auf die ganze Stadt erstreckt hat, so haben wir in diesen Tagen trotzdem 1204 Arbeitslose festgestellt, darunter 806 Verheiratete. Das sind aber Zahlen, die zu denken geben. Daß diese Leute nicht bloß ganz kurze Zeit gefeiert haben, will ich ebenfalls beweisen. Nach unseren Ermittlungen haben Ausgang Februar über 700 Arbeiter länger als vier Wochen gefeiert. Dazu kommt, daß gerade in der Baubranche hier eine gewaltige Arbeitslosigkeit herrscht, denn von 600 verheirateten Maurern waren hier im Februar nur 235 in Arbeit gewesen. Aber nicht allein im Winter, sondern während des ganzen Jahres fand sich hier nur wenig Arbeitsgelegenheit. Im Baugewerbe allein hatten wir in diesem Winter 868 Arbeitslose ermittelt, darunter 631 Verheiratete, während im Winter 1904 nur 730 arbeitslose Bauhandwerker ermittelt waren; die Arbeitslosigkeit hat also sehr zugenommen.

Es wird nun so oft, auch vom Magistratsstische aus, gesagt, in anderen Ständen wären auch sehr viele Erwerbslose. Man möge aber nur den Arbeitern Arbeitsgelegenheit schaffen, dann verdienen die kleinen Händler und Handwerker auch.

Der Schulbau an der Hildesheimerstraße soll nach den mir gewordenen Mitteilungen auch nicht mit der nötigen Energie angegriffen sein, da dort nur etwa zehn Arbeiter Beschäftigung gefunden haben sollen. Wenn aber schon im Dezember auf diese Arbeit mit hingewiesen wurde, so konnten dort jetzt, also nach fast drei Monaten, mehr Arbeiter untergebracht werden. Weiter wird mir mitgeteilt, daß dort in erster Linie Leute eingestellt seien, die bis dahin Armenunterstützungen erhalten hätten, während man andere Arbeiter zurückgewiesen habe. Wenn das richtig sein sollte, so wäre das entschieden zu verurteilen, denn man treibt dadurch wieder andere Arbeiter der Armenkasse zu, die ihrer politischen Rechte verlustig gehen, ohne daß ihnen Gelegenheit zum Erwerbe geboten wird. Wenn im Jahre 1901 bei 600—700 hiesigen Arbeitslosen der Oberbürgermeister Bockels einen Notstand anerkannte und infolge dessen 100 000 M zur Beschäftigung Arbeitsloser bereitgestellt wurden, so wäre eine solche Maßnahme heute bei mehr als 1200 Arbeitslosen noch weit eher nötig. Da schon während des ganzen vorigen Sommers die große Arbeitslosigkeit in der Baubranche auf dem Stadtbauamte bekannt war, so mußte dieser dem Magistrate Vorschläge zur Vinderung derselben machen, oder dieser selbst

Arbeitsgelegenheit zu schaffen suchen. Heutzutage ist der Lohn des Arbeiters nicht ausreichend, um einen Spargroschen zurückzulegen, und es muß einen in der Seele jammern, daß hier so viele Familien darben müssen. Ich kenne es aus Erfahrung, was es heißt arbeitslos zu sein und ich habe ein Urteil darüber. Wenn hier seit Anfang März über 700 Arbeiter länger als vier Wochen arbeitslos sind, so bedeutet das, daß es seit dieser Zeit über 2000 Personen an Subsistenzmitteln fehlt. Unter solchen Verhältnissen müßte vom Magistrate aus mit anderen Vorschlägen zur Milderung der Arbeitslosigkeit an die Versammlung herangetreten werden. Jedenfalls würde hier ein anderes Gefühl für die Arbeitslosigkeit Platz greifen, wenn jedes Mitglied der Versammlung einmal ein Jahr mit einem Arbeitereinkommen sich durchschlagen müßte. Bei der Arbeitslosenzählung sind mir Dinge berichtet worden selbst aus Straßen, wo man das Elend nicht vermutete, daß sich einem die Haare sträuben. Die Zähler sagten mir, wir hätten Kapitalisten sein mögen, um Geld unter diese Bedauernswerten verteilen zu können. Es ist deshalb bedauerlich, daß hier nicht mehr für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung getan wird. Außer den verheirateten Bauhandwerkern, die außerhalb sich Arbeit gesucht haben und nun gezwungen sind, einen doppelten Haushalt zu führen, wobei natürlich für die Familie nicht viel übrig bleibt, kommen hier mindestens 4000 Personen in Betracht, die ohne Subsistenzmittel sind.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn auch in den Ausführungen des Herrn Wesemeier viel Wahres liegt, so erscheint doch andererseits der Vorwurf gegen die Stadtverwaltung nicht begründet. Als vor bald drei Monaten Herr Günther die betreffende Anfrage an den Magistrat richtete, ist man davon ausgegangen, besondere Mittel zur Verfügung zu stellen, um für den Fall des Eintretens des Notstandes Arbeit schaffen zu können. Damals konnte man ebenso wenig wie heute nach der Ansicht des Magistrates von einem eigentlichen Notstande reden. Richtig ist es, daß während der Winterszeit viele von den Einwohnern, die auf Handarbeit angewiesen sind, arbeitslos werden, und die Stadt hat auch in Berücksichtigung dieses Umstandes derzeit in Aussicht gestellt, die so wie so durchzuführenden Arbeiten möglichst in die Winterszeit zu verlegen. Das ist geschehen.

Man kann aber der Stadt nicht daraus einen Vorwurf machen, daß diese und jene Arbeit nicht schnell genug durchgeführt wäre. Ueber die Vorbereitung des Schulbaues an der Hildesheimerstraße bin ich allerdings nicht so genau orientiert, um eine erschöpfende Auskunft geben zu können, aber wahrscheinlich konnten dort nicht mehr Leute beschäftigt werden, weil das Bauprojekt noch nicht endgültig genehmigt worden ist.

Ferner hat Herr Wesemeier unter Hinweis auf die vielen Arbeitslosen dem Stadtbauamte den Vorwurf gemacht, es habe den Magistrat nicht davon in Kenntnis gesetzt, daß so wenig Neubauten angemeldet worden seien. Davon braucht aber

der Magistrat wirklich nicht benachrichtigt zu werden, da das alle Jahre ebenso geht. Die Maurer haben eben im Winter nichts zu tun und sind auf Nebenarbeiten angewiesen; wenn aber in diesem Jahre nicht so zahlreiche Nebenarbeiten vorhanden gewesen sind, wie in anderen Jahren, so ist doch darin noch kein Notstand für die Maurer begründet.

Um aber noch andere Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, verstelle ich in das Ermessen der Herren, nachher noch einen von der städtischen Bauverwaltung eingebrachten Antrag auf Erweiterung des Lagerplatzes am Westbahnhofe zur Verhandlung zu stellen. Da die hierfür geforderte Summe von 15 000 M nicht ganz klein ist, so kann sie wohl mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein bezeichnet werden, zumal auch Maurerarbeit dabei ist.

Herr Koch: Wenn auch zugegeben werden muß, daß in diesem Winter nicht viel Arbeitsgelegenheit vorhanden gewesen ist, so kann ich doch einen Fall mitteilen, daß solche Gelegenheit von Arbeitslosen verweigert wurde. Ein hiesiger Bürger bot zwei Arbeitern auf längere Zeit leichtere Erdarbeiten zu einem Stundenlohne von 30 S an, aber beide Arbeiter sind nicht gekommen. Als später der eine dieser Arbeiter eine Armenunterstützung beantragte wegen Mangel an Arbeit und infolge Todes der Ehefrau, da wurde ihm von demselben Bürger nochmals Arbeit angeboten, die er auch annahm. Als er aber 14 M verdient hatte, holte er sich das Geld und sagte dem Arbeitgeber, dieser möchte seine Arbeit nur selber machen, für 30 S arbeite er nicht. Derartige Fälle stehen aber durchaus nicht vereinzelt da.

Herr Wesemeier: Die Mitteilung des Herrn Koch glaube ich ohne weiteres, aber ich glaube auch, daß es hier manchen braven Bürger gibt, der bei seinen vielen Schulden es sehr nötig hätte, zu arbeiten, der es aber als Beleidigung auffassen würde, wenn man ihm Arbeit nachweisen wollte. Wenn man aber einen Fall, daß einmal Arbeitslose Arbeit ausschlagen, verallgemeinern will, so zeigt das ein so geringes Verständnis, daß man solche Frage hier im Ernst nicht diskutieren kann.

Mein Vorwurf gegen Magistrat und Stadtbauamt richtet sich weniger dagegen, daß die am 22. Dezember v. Js. in Aussicht gestellten Arbeiten nicht schnell genug in Angriff genommen seien, sondern vielmehr dagegen, daß Magistrat und Stadtbauamt nicht schon im Sommer vorausgesehen haben, wie es kommen mußte, da doch der Arbeitsmangel schon damals schlimm war. Der Maurer richtet sich allerdings für den Winter auf Arbeitslosigkeit ein, wenn er aber schon im Sommer feiern muß, wie das bei 80 % der hiesigen Maurer der Fall gewesen ist, so ist es natürlich im Winter um so schwerer, ohne Verdienst auszukommen. In solchen Fällen müssen die städtischen Behörden einmal einige Augenblicke Zeit haben, um darüber nachzudenken, was für die Arbeiter in einer Zeit so großer Arbeitslosigkeit geschehen muß. Hierbei hätte ein statistisches Amt wirksam ein-

greifen können, um festzustellen, wie groß die Arbeitslosigkeit ist, und ich glaube, daß dann noch weit höhere Zahlen ermittelt worden wären, wie ich sie angegeben habe. Es ist deshalb dringend nötig, daß das statistische Amt demnächst diese Frage anschnidet.

Die Besprechung wird damit geschlossen

VI. Gutachtliche Äußerung über die beabsichtigte Wiedereinführung des Streckentarijs der Straßeneisenbahn.

Nach § 12 des im Jahre 1896 mit Zustimmung der Versammlung zwischen dem Magistrate und dem Vorstande der Straßeneisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Konzessionsvertrages unterliegt die Feststellung der Fahrpreise der Genehmigung des Magistrates und der Herzoglichen Polizeidirektion. Im März 1904 hat nun die Straßeneisenbahn-Gesellschaft dem Magistrate davon Mitteilung gemacht, daß sie beabsichtige, von dem versuchsweise eingeführten 10-S-Tarife Abstand zu nehmen und den alten, bei Errichtung der elektrischen Bahn genehmigten Streckentarif wieder einzuführen. Zur Begründung dieser Maßnahme wurde angeführt, daß die durch den 10-S-Tarif erzielten Einnahmen nicht ausreichten, um die Gesellschaft leistungsfähig zu erhalten und die Erhöhung der Einnahmen für sie eine Existenzfrage sei.

Diesem Antrage zuzustimmen würde der Magistrat in Würdigung der großen Vorzüge des 10-S-Tarifs für die Einwohnerschaft der Stadt selbst dann keine Veranlassung gefunden haben, wenn die Berechtigung der Gesellschaft zu ihrem einseitigen Vorgehen klar zutage gelegen hätte. Das war aber durchaus nicht der Fall: nicht nur, daß die im Jahre 1898 erfolgte Genehmigung schlechthin, d. h. ohne Beschränkung auf einen Versuch, erteilt worden war, sondern auch, daß seit Einführung des 10-S-Tarifs sechs Jahre verflossen waren, ohne daß von irgend einer Seite Einsprache dagegen erhoben wäre, sprechen dagegen. Der Magistrat hat deshalb der Gesellschaft geantwortet, und an diesem Standpunkte auch bis heute festgehalten, daß der 10-S-Tarif seinen versuchsweisen Charakter auf alle Fälle verloren habe und daß die beabsichtigte Minderung der polizeilichen und der magistratsseitigen Genehmigung bedürfe, sowie daß der Magistrat in dieser Richtung Entgegenkommen zu zeigen für den Fall bereit sei, wenn ihm der Nachweis der behaupteten Existenzgefährdung erbracht werde.

Diese Beweisführung ist von der Gesellschaft nun zwar versucht, aber nach dem Dafürhalten des Magistrates nicht gelungen. Nichtsdestoweniger hält sie an der Absicht der Wiedereinführung des Streckentarifs fest und es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich über die Frage schlüssig zu machen: Steht der Straßeneisenbahn-Gesellschaft auf Grund des mit ihr abgeschlossenen Konzessionsvertrages das Recht zu, diesen Streckentarif ohne Genehmigung des Magistrates

wieder zur Einführung zu bringen? Angesichts der vorhandenen Zweifel über die für die Beantwortung maßgebenden rechtlichen Gesichtspunkte und mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche die Angelegenheit für die hiesige Einwohnerschaft hat, würde es dem Magistrate angenehm sein, vor endgültiger Stellungnahme die Ansicht der Versammlung zu wissen; es wird deshalb ersucht, sich zu der gestellten Frage gutachtlich zu äußern.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel wie folgt: Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat ein Gutachten des Geh. Justizrats Semler beigebracht, in dem dieser die Gesellschaft für berechtigt hält, den Streckentarif ohne magistratsseitige und polizeiliche Genehmigung wieder einzuführen. (Das Gutachten wird verlesen.) Die Statutenkommission kann sich diesem Standpunkte nicht anschließen, obwohl anerkannt werden muß, daß mancherlei dafür spricht. Was zunächst den Standpunkt der Straßeneisenbahn-Gesellschaft anbetrifft, daß ihr durch eine Klausel des Tarifs ohne weiteres das Recht eingeräumt worden sei, von dem magistratsseitig genehmigten Streckentarif auf den 10 S-Tarif überzugehen, wenn er nur billiger sei, so ist das nicht anzuerkennen. Schon der Wortlaut des § 12 des Vertrages, nach dem auch die Fahrpreise magistratsseitig zu genehmigen sind, spricht dagegen. Außerdem ist der Straßeneisenbahn auch besonders gestattet worden, innerhalb des 10 S-Tarifs noch mit dem Preise herunterzugehen und 11 Fahrscheine für eine Mark zu verkaufen. Keinesfalls ist es ihr aber gestattet, von dem genehmigten Tarife auf ein ganz anderes System der Fahrgelderhebung, z. B. auf den 10 S-Tarif überzugehen, bei dem von Teilstrecken keine Rede mehr ist. Aus diesem Grunde wird man dem Standpunkte der Straßeneisenbahn, daß ihr durch den Tarif das Recht der Fahrpreisänderung eingeräumt worden sei, nicht beitreten können.

Ihr eigenes Verhalten spricht auch offenbar dafür, daß sie nicht der Ansicht gewesen ist, den 10 S-Tarif ohne weiteres einführen zu können, weil ihr damals an den Magistrat gerichtetes Schreiben offenbar ein Gesuch um Genehmigung des 10 S-Tarifs enthält und nicht etwa nur einen Akt der Kulanz und Höflichkeit darstellt. Etwas zweifelhafter dürfte allerdings der andere Punkt sein, ob sie mit Rücksicht auf den in dem Schreiben gebrauchten Ausdruck „versuchsweise“ jetzt ohne weiteres zu dem definitiv genehmigten Streckentarife zurückkehren kann. Bei der Beurteilung dieser Frage wird man nicht allein von den Grundsätzen des Privatrechts ausgehen dürfen, sondern es ist zu berücksichtigen, daß hier eine Mischung von öffentlichem und privatem Rechte in Betracht kommt. Der Vertrag setzt die der Straßeneisenbahn eingeräumten Rechte und die von ihr zu übernehmenden Pflichten fest. Andererseits ist er aber auch wesentlich geschlossen worden im Interesse der hiesigen Bürger. Insbesondere ist das dem Magistrate und der Polizeidirektion gegebene Recht zur Genehmigung der Fahrpreise nicht allein nach

privatlichen Grundsätzen, sondern auch nach öffentlichem Rechte zu beurteilen. Nimmt man das an, so wird man daraus folgern müssen, daß es sich hier nicht um eine derartige Aenderung handelt, die als ein Vertragsrecht anzusehen ist. Ist das aber richtig, so wird man auch sagen müssen, daß die Rückkehr von dem 10 S-Tarife zum Streckentarife der Genehmigung des Magistrates und der Herzoglichen Polizeidirektion unterliegt.

Das sind die Rechtsgründe, welche die Kommission veranlaßt haben, sich dahin schlüssig zu machen, das Verlangen der Straßeneisenbahn zu verneinen.

Ein weiterer Punkt ist der folgende: Es fragt sich, wie soll man das Wort „versuchsweise“ hier auslegen. Nach der Ansicht der Kommission ermöglicht die Klausel eine doppelte Auslegung: es kann heißen, wir behalten uns vor, wenn der Versuch mißglückt, jederzeit wieder einseitig auf den Streckentarif zurückzukehren, und so hat Herr Geh. Justizrat Semler die Klausel ausgelegt; oder aber es bietet sich noch die Möglichkeit, sie so aufzufassen: wir wollen versuchen mit dem 10 S-Tarif zu wirtschaften, wenn er aber nicht einschlägt, so behalten wir uns vor, mit Anträgen auf Genehmigung eines neuen Tarifs, oder mit der Bitte um Rückkehr zum alten Tarif zu Euch zu kommen. Wäre diese Auffassung richtig, so wäre zweifellos auch der Standpunkt des Magistrates gerechtfertigt, der sagt, wir gestatten der Straßeneisenbahn-Gesellschaft nicht, ohne unsere Genehmigung von dem 10 S-Tarife wieder abzugehen.

Durch alle diese Gründe hat sich die Statutenkommission veranlaßt gesehen, der Ansicht des Magistrates beizutreten, daß die Genehmigung zu der geplanten Aenderung beansprucht werden kann. Die Ansicht erscheint um so begründeter, wenn man berücksichtigt, daß es sich in der That gar nicht um eine Rückkehr von einem Versuche handelt. Die Straßeneisenbahn veröffentlicht allmonatlich ihre Betriebseinnahmen, sie hat also seit Jahren genau festgestellt, wie die Einnahmen aus dem 10 S-Tarife gewesen sind und sie hat seit dem Jahre 1898 bis jetzt mit diesem Tarife gewirtschaftet, ohne auch nur die geringsten Klagen über die Einnahmen laut werden zu lassen, abgesehen von den Zuschriften an den Magistrat. Wenn ihre Erwartungen sich tatsächlich mit dem Tarife nicht erfüllt hätten, so hätte sie das schon nach einem Jahre feststellen können. Die Straßenbahn hat auch den 10 S-Tarif nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit im Interesse der Bürger eingeführt, sondern in der Annahme, daß sich dadurch die Einnahmen heben und die Ausfälle an Fahrgeld durch die höhere Frequenz gedeckt würden; es handelt sich also um eine Spekulation der Gesellschaft. Dazu kommt noch, daß die Einnahmen aus dem 10 S-Tarife kaum wesentlichen Schwankungen unterworfen waren. Es lassen sich die Zahlen, welche auf den Stadtkreis Braunschweig entfallen, nicht angeben, weil bei den veröffentlichten Gesamteinnahmen auch die Linie nach Wolfenbüttel mit einbezogen ist; aber aus dem Geschäftsberichte habe ich festgestellt,

daß pro Wagenkilometer eingegangen sind: Im Jahre 1900 = 26,8, 1901 = 26,8, 1902 = 25,8 und 1903 = 26,7 M. Das sind aber so geringe Schwankungen, daß die Vermutung gerechtfertigt sein dürfte, die Straßeneisenbahn habe sich nicht bei der Kalkulation über die Erträgnisse des 10 S-Tarifs geirrt, sondern etwa bei der Kalkulation anderer Ausgaben, indem vielleicht die Betriebsausgaben höher gestiegen sind, als von ihr angenommen wurde. Aus der von der Straßeneisenbahn gelieferten Aufstellung ist nicht zu erkennen, ob der Rückgang bei den hiesigen Strecken der Straßeneisenbahn, oder beim Lichtwerke, oder bei der Wolfenbüttler Linie entstanden ist. Von großer Bedeutung dürfte es aber sein, daß die Gesellschaft, obwohl sie nach ihren Angaben nicht mehr glaubt existieren zu können, doch in der Lage gewesen ist, eine ganz leidliche Dividende zu verteilen; es sind nämlich verteilt worden 1901 = $4\frac{1}{4}\%$ + $\frac{1}{4}\%$ Superdividende, 1902 daselbe und 1903 = 4% + 1% Superdividende. Die Dividenden sind also nicht gefallen, sondern gestiegen. Unter diesen Umständen wird man nicht anerkennen können, daß es sich für die Straßeneisenbahn um eine Existenzfrage und eine Notlage handelt.

Die Statutenkommission steht auf dem Standpunkte, daß der Magistrat, wenn er eine Notlage als vorhanden ansähe, ohne weiteres dazu bereit sein würde, in Verhandlungen über die Genehmigung eines neuen Tarifs einzutreten und zwar schon deshalb, weil die Stadt an dem Gedeihen der Gesellschaft selbst erheblich interessiert ist und sie auch im Jahre 1939 berechtigt sein wird, die Straßeneisenbahn selbst zu erwerben. Hier handelt es sich um die Rechtsfrage, ob die Straßeneisenbahn ohne Genehmigung des Magistrates eines Tages von dem 10 S-Tarife abgehen und zu dem wenig angenehmen Streckentarife zurückkehren kann oder nicht. Die Statutenkommission glaubt sich aber auf das entschiedenste dagegen aussprechen zu müssen und gibt anheim, die Versammlung möge sich dahin aussprechen, daß der Gesellschaft nicht das Recht zustehe, ohne Genehmigung des Magistrates den Streckentarif zur Einführung zu bringen.

Herr Hauswaldt: Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Aus den Ausführungen des Herrn Referenten ergibt sich für mich als Nichtjuristen nach Treu und Glauben die Möglichkeit für die Straßenbahn, auf den uns unangenehmen Streckentarif zurückzukehren. Da aber die Herren Juristen im Magistrate und in der Statutenkommission anderer Ansicht sind, so halte ich es für eine Notwendigkeit und zugleich für eine Pflicht der Versammlung, daß wir es zu einem Rechtsstreite kommen lassen, denn wir dürfen unter keinen Umständen ein Recht aufgeben, das wir zu haben glauben. Unter dieser Motivierung meiner Ansicht bin ich für den Antrag der Statutenkommission.

Herr Löschigk: Wer recht hat, weiß ich nicht, nur meine ich, daß Treu und Glauben auf beiden Seiten hochgehalten werden muß. Es handelt sich hier um

eine schwere Schädigung für unsere Mitbürger, wenn der alte Streckentarif wieder eingeführt werden soll. Die Straßeneisenbahn ist für den öffentlichen Verkehr da, und ich erinnere daran, wie schwer wir haben bluten müssen bei der Konzessionsverlängerung, als der elektrische Betrieb eingeführt werden sollte. Ich könnte eine Menge Sachen nennen, wo wir der Straßeneisenbahn Entgegenkommen gezeigt haben, während auf der anderen Seite davon keine Rede war. Als wir im Jahre 1898 den Ausbau der Delper Linie wünschten, wurde als Gegenleistung von uns verlangt, der Abschaffung der Schaffner und der Einrichtung von Zahlkästen zuzustimmen. Ueberall, wo die Gesellschaft für sich einen Nutzen entdeckte, wollte sie ihn ausnützen, aber auf das öffentliche Wohl sah sie nicht. Die Wagen nach dem Friedhofe sollen nach einem Beschlusse der Versammlung von 8—8 Uhr fahren, aber der erste Wagen fährt erst 9.¹¹ Uhr dorthin und um 5.¹¹ Uhr kommt der letzte Wagen schon zurück und dabei wird noch eine einstündige Mittagspause gemacht. Es wird immer vorgeschoben, die Königliche Eisenbahndirektion in Magdeburg gestattete die Ueberführung der Wagen über die Gleise nur zu der angegebenen Zeit, jedoch habe ich mir sagen lassen, daß das der Eisenbahnverwaltung höchst gleichgültig sei, wenn nur die Eisenbahnstrecke 15 Minuten vor Eintreffen eines Zuges frei sei. Wenn aber für die Strecke eine Extragebühr von 5 \mathcal{M} bezahlt werden müßte, so hätte ich mir damals nicht so viele Mühe zu geben brauchen, um die Friedhofsstrecke besser in Schwung zu bringen. Auch unserm Wunsche auf Freilassung eines Eckplatzes auf der Hinterfront der Wagen ist die Straßeneisenbahn nicht nachgekommen. Ich bitte dringend, dem Antrage der Statutenkommission zuzustimmen.

Herr Brückmann: Von dem Herrn Referenten ist noch übersehen worden, daß die Straßeneisenbahn nach dem Uebergange zu dem 10 \mathcal{M} -Tarif auch die kleinen Abonnementshefte eingeführt hat und nach 10 Jahren die 11. frei gibt. Sie verschenkt auf diese Weise aus freien Stücken eine ganze Menge; wenn ich mich auch freue, daß diese Einrichtung getroffen ist.

Herr Alßmann: Bei der Abgabe des Gutachtens würden wir auch die Billigkeitsgründe zu prüfen haben. Von dem Herrn Referenten ist schon angeführt worden, welche Dividende in den letzten Jahren verteilt worden ist und daß es sich schwer prüfen lasse, wie die Straßeneisenbahn als solche rentiere, weil die sonstigen Unternehmungen der Gesellschaft das Bild trüben. Wenn die Straßeneisenbahn nur ihren Bahnbetrieb hätte, so ließe sich leichter übersehen, wie die Verhältnisse stehen und ob das Institut nicht mehr leistungsfähig ist. Bei Lage der Sache ist indessen die Bilanz verhältnismäßig unklar, weil sie mit den übrigen Unternehmungen der Gesellschaft, namentlich auch mit dem Sternhausbetriebe, verquickt ist. Wenn die Straßenbahn aber mit ihrem städtischen Betriebe nicht auskommen könnte, so würde die Stadt jedenfalls gern bereit sein, auch schon

vor 1939 den Betrieb zu übernehmen, damit sich die Gesellschaft mit dieser Sache nicht mehr zu quälen und Geld zuzulegen brauchte.

Auch rechtlich dürfte die Entscheidung des Magistrates vollständig zutreffend sein. Es liegt außerdem keineswegs im öffentlichen Interesse, mit dem Tarife immer hin und her zu pendeln und die Fahrpreise herauf und herunter zu setzen, sondern der Magistrat muß dagegen gewissermaßen als Aufsichtsbehörde einschreiten. Der Magistrat kann sagen, wenn Ihr einmal einen Preis heruntergesetzt habt, so dürft Ihr ihn nicht ohne weiteres wieder heraufsetzen. Ich erkläre mich für die Auffassung des Magistrates.

Herr Schöttler: Aus einigen Reden klang heraus, als ob man den Standpunkt der Versammlung davon abhängig machen wolle, wie sich die Straßenbahn bisher der Stadt gegenüber gezeigt habe. Darauf kommt es hier aber nicht an. Wir haben hier über eine einfache Rechtsfrage ein Gutachten abzugeben und dürfen nicht die Meinung aufkommen lassen, daß wir uns dabei von Gunst und Haß leiten lassen. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt. Persönlich bin ich der Ansicht, wenn ich mit jemand verabrede, ich will einen Versuch machen, so kann ich diesen Versuch auch hinterher wieder einstellen, aber ich wage nicht, den ziemlich einstimmigen Meinungen der rechtskundigen Mitglieder der Versammlung zu widersprechen und bin deshalb bereit, dem Antrage der Statutentkommission Folge zu geben.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

VII. Entwurf eines Statuts über das Halten von Hunden.

Vorsitzender: Der Vorstand des kynologischen Vereins Braunschweig hat an die Versammlung eine Eingabe gerichtet, dahingehend, die Versammlung wolle die Erhöhung der Hundesteuer ablehnen, da die jetzt bestehende Steuer von 10 M schon eine recht hohe Luxussteuer sei, wenn man bedenke, daß sie ein Steuerkapital von 1000 M darstelle, der Betrag von 15 M aber einem solchen von 1600 M entspreche. Durch die Erhöhung würden eine Menge Hunde abgeschafft werden, was umsomehr zu bedauern sein würde, als die Besitzer von Hunden durch die Veranstaltung von Hundeaussstellungen viel Geld in die Stadt brächten. Bei einer etwaigen Erhöhung des Steuerfaktes für Zwinger auf 45 M würde sich die Besteuerung der Hunde für den Züchter bei Hinzunahme von nur zwei Hundemarken allein auf 75 M jährlich belaufen, was einer Luxusbesteuerung von 3400 M entspräche, eine Steuer, die jeden Züchter veranlassen müsse, seine Zucht wieder abzuschaffen.

Herr Weichsel: Der Magistrat hat der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen etwa folgenden Inhalts: In der Sitzung vom 19. Mai 1904 — Seite 76 des Berichtes — ist der Magistrat ersucht worden, einer Erhöhung der Abgabe

für die im Stadtbezirke gehaltenen Hunde zuzustimmen und hinsichtlich des Erlasses von Bestimmungen zum Schutze der öffentlichen Anlagen gegen Hunde die nötigen Maßregeln zu ergreifen. Dieser Anregung folgend hat der Magistrat über die in 22 anderen großen Städten geltenden entsprechenden Vorschriften Erkundigungen eingezogen und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Erhöhung der Hundeabgabe und auch eine Verschärfung der Bestimmungen über das Mitführen und das Umherlaufenlassen von Hunden in öffentlichen Anlagen angezeigt erscheint. Während die mit Herzoglicher Polizeidirektion angeknüpften Verhandlungen wegen einer Abänderung des § 124 der Straßenpolizeiordnung noch schweben und voraussichtlich erst in einiger Zeit zum Abschluß kommen werden, legt der Magistrat Wert darauf, die Abgabeerhöhung von 10 M auf 15 M möglichst schon am 1. April d. Js. in Kraft treten zu lassen. Unter Vorlegung des Entwurfs eines die §§ 63—72 des Verwaltungsstatuts ändernden neuen Statuts ersucht der Magistrat um dessen Genehmigung. —

Die Statutenkommission hält es für richtiger, an Stelle einer Revision der alten, in den §§ 63—72 des Verwaltungsstatuts enthaltenen Vorschriften lieber ein ganz neues Statut zu schaffen, weil das alte Statut so wie so schon zu einem Torio geworden sei und weil die Interessenten sich bei Herausgabe eines selbständigen Statuts dieses leichter beschaffen könnten. Aus diesem Grunde hat die Statutenkommission einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der sachlich mit dem Entwurfe des Magistrates bis auf einige kleine Änderungen übereinstimmt. Da der Magistrat gegen die Herausgabe eines selbständigen Statuts nichts einzuwenden haben wird, so wird der kommissionsseitig ausgearbeitete Entwurf der Beratung zu Grunde gelegt werden.

Bemerkt soll vorweg noch werden, daß die Versammlung sich durch das Gesuch des Vorstandes des kynologischen Vereins wohl nicht veranlaßt sehen wird, ihren früheren Beschluß auf Erhöhung der Hundesteuer rückgängig zu machen. Die Hunde bringen so erhebliche Mißstände in den Straßen mit sich, daß eine Erhöhung der Hundesteuer durchaus angebracht erscheint.

Zum § 1 des Entwurfs findet sich kommissionsseitig nichts zu bemerken. Wenn es auch nicht erfreulich ist, die polizeilichen Verpflichtungen der Einwohnerschaft noch zu vermehren, so läßt sich das doch im Interesse einer schärferen Kontrolle der hier gehaltenen Hunde nicht umgehen.

Herr Nolte: Im Punkte 1 des § 1 ist nicht klar zum Ausdruck gebracht worden, was unter „Anschaffung“ eines Hundes zu verstehen ist. Soll unter solcher Anschaffung auch verstanden werden, wenn Hunde geboren werden?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Dieser Umstand hat schon in dem vorletzten Satze des Punktes 1 Berücksichtigung gefunden, indem dort gesagt worden

ist, daß betreffs der jungen Hunde die Meldepflicht ruhe, bis die Abgabefreiheit fortfalle.

Zum § 2. Herr Weichsel: Der Magistrat hat vorgeschlagen, die Hundesteuer von 10 M auf 15 M zu erhöhen. Daß an und für sich die Steuer erhöht werden soll, hat die Versammlung bereits beschlossen, jedoch kann man über das Maß der Erhöhung verschiedener Meinung sein. Ich persönlich bin, und ebenso wohl noch andere Mitglieder der Versammlung, der Ansicht, daß selbst eine Erhöhung der Steuer auf 20 M in Anbetracht der Belästigung der Einwohnerschaft durch die Hunde nicht zu unbillig erscheinen dürfte. Mit Rücksicht auf den Umstand indessen, daß eine Steigerung des Satzes von 10 M auf 20 M wahrscheinlich einen übermäßig starken Rückgang in der Hundehaltung nach sich ziehen und der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen einen empfindlichen Ausfall schaffen würde, wird kommissionsseitig empfohlen, den Mittelweg zu beschreiten und einen Steuerfuß von 15 M zu beschließen. Die Erhebung eines Zuschlages für den zweiten und jeden fernerer Hund desselben Besitzers würde dann fortfallen.

Was die Abgabe für Zwingerhunde betrifft, so könnte man über deren Erhöhung verschiedener Ansicht sein, insofern, als sie keine Belästigung für die Straße mit sich bringen, jedoch muß man hierbei andererseits berücksichtigen, daß durch Zwingerhunde leicht die Nachbarschaft erheblich belästigt werden kann und daß bei einer Erhöhung der Hundesteuer im allgemeinen auch eine Erhöhung der Steuer für Zwingerhunde gerechtfertigt erscheint. Wenn es außerdem in den Nachbardörfern auch Hundezwinger in größerer Zahl geben mag, so kommen sie doch hier nur vereinzelt vor, so daß die Belastung der Inhaber von Zwingern nicht allzu groß sein kann. Die Erhöhung der Steuer für Zwingerhunde wird demnach ebenfalls zur Annahme empfohlen.

Herr Fricke: Ich bin gleichfalls für die Erhöhung der Hundesteuer, möchte dabei aber in Anregung bringen, ob es sich nicht ermöglichen ließe, auch auf die sogenannten Luxuspferde eine Steuer zu legen. Wenn mir auch nicht genau bekannt ist, wie viele solcher Pferde hier gehalten werden, so glaube ich doch, daß eine derartige Steuer einen ganz erheblichen Betrag aufbringen würde. Mit demselben Rechte wie die Hunde können auch die Luxuspferde besteuert werden.

Zu den §§ 3 und 4 ist kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Herr Bunge: Ich möchte folgenden Antrag stellen:

„Im § 4 wird folgende Bestimmung hinter Ziffer 2 eingeschaltet:

- 3) als Ziehunde benutzt werden, oder welche zur Bewachung von Grundstücken außerhalb des Nachtwächterbeganges dienen und bei Tage an der Kette liegen oder eingesperrt sind.

Die Absatz 2 des § 4 erhält hiernach in seinem ersten Satze folgende Fassung:

Der Stadtmagistrat ist auf Antrag berechtigt, von der Erhebung der Abgabe für solche Hunde, welche zur Bewachung von Grundstücken innerhalb des Nachtwächterbeganges dienen und bei Tage an der Kette liegen oder eingesperrt sind, ganz oder teilweise Abstand zu nehmen.

Ferner wird im § 4 unter Ziffer 2 hinter dem Worte „Nachtwächter“ eingefügt „sowie von Feldhütern der Interessenschaften“.

Zur Begründung will ich nur anführen, daß die Feldhüter der Interessenschaften auch nachts ihre Rundgänge zu machen haben und sie dann notwendigerweise einen Hund mit sich führen müssen. Bei dem kärglichen Verdienste dieser Leute wäre es gut, wenn sie von der Hundesteuer befreit würden. Ebenso würde ich es für richtig halten, auch solche Grundstücksbesitzer innerhalb des Nachtwächterbeganges von der Steuer zu befreien, die ein tiefes Grundstück haben und zu dessen Bewachung einen Hund halten müssen, weil der Nachtwächter, auch wenn er von der Straße aus auf das Haus acht gibt, doch einen Dieb hinten auf dem Grundstück nicht bemerken würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Eine Bestimmung wegen der Feldhüter aufzunehmen dürfte überflüssig sein, weil sie zu den Polizeibeamten gehören und diese schon Aufnahme gefunden haben. Soweit mir bekannt geworden, haben die Feldhüter die Befreiung von der Steuer auch jetzt schon nachgesucht, und wenn die Entscheidungen über diese Gesuche bisher vielleicht wechselnd ausgefallen sind, so wird durch die Bestimmung im § 4, 2 jetzt Gewähr dafür geboten, daß die Feldhüter ein für allemal von der Steuer befreit bleiben.

Auf die anderen Anträge einzugehen muß ich Bedenken tragen, da ich es für richtiger halte, die Frage, ob Zieh- oder Wachhunde von der Steuer befreit sein sollen, der Entscheidung des Magistrates von Fall zu Fall zu überlassen. Die Aenderung, daß diese Entscheidung der Versammlung abgenommen und dem Magistrate übertragen worden ist, dürfte insbesondere zur Entlastung des Herrn Vorsitzenden dienen und als zweckmäßig zu erachten sein. Darüber hinaus sollte man aber nicht gehen.

Herr Stegmann: Wenn man von dem Standpunkte ausgeht, daß die Hundesteuer als eine Luxussteuer anzusehen ist, so muß man es für ungerechtfertigt halten, auf Zieh- und Wachhunde eine solche Steuer zu legen. Deshalb halte ich den Antrag Bunge für gerechtfertigt. Der Ziehhund gehört zum Inventar der kleinen Leute, die sich durch den Hund mit ihren Lebensunterhalt verdienen. Da man auch die Pferde nicht versteuert, ja nicht einmal die Luxusperde, so sehe ich nicht ein, weshalb diese Hunde versteuert werden sollen. Auch

die Wachhunde außerhalb des Wächterbeganges müssen generell von der Steuer befreit werden, ohne daß erst die Genehmigung des Magistrates einzuholen ist. Anders liegt die Sache allerdings in der Innenstadt, wo der Wachhund mehr als Luxushund angesehen und dem Magistrate die Entscheidung über eine etwaige Steuerbefreiung übertragen werden kann.

Herr Jasper: Die Einwendungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg hinsichtlich der Feldhüter können mich nicht überzeugen, daß der Antrag Bunge überflüssig sein soll. Es sind Forst-, Jagd- und Polizeibeamte im § 4 aufgeführt worden, weshalb ich es der Vollständigkeit wegen und zur Vermeidung anderer Auffassung für richtig halte, auch die Feldhüter mit aufzunehmen. Jedenfalls würde diese Ergänzung des Statuts nichts schaden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anfrage an den Magistrat richten, ob die von Herrn Polizeiiinspektor Bussenius gehaltenen Polizeihunde, mit denen er teilweise Handel treibt, auch in Zukunft frei von Steuer bleiben sollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Auf die letztere Anfrage möchte ich erwidern, daß nicht der Magistrat, sondern die Stadtverordneten-Versammlung die Abgabebefreiheit der Bussenius'schen Polizeihunde für dieses Jahr gewährt hat. Was die Feldhüter anlangt, so sind diese nach allgemeiner Praxis stets als Polizeibeamte betrachtet worden, jedoch habe ich gegen den von Herrn Bunge befürworteten Zusatz nichts einzuwenden, wenn ich ihn auch für überflüssig halte. Dagegen möchte ich warnen, die Ziehunde und die außerhalb des Nachtwächterbeganges gehaltenen Wachhunde ohne weiteres für abgabefrei zu erklären. Es gibt Hunde, die nur ab und zu zum Ziehen benutzt werden, und die aus diesem Grunde nicht ohne weiteres von der Abgabe befreit werden können, während andererseits für ein größeres Grundstück oft ein Wachhund nicht genügt. So z. B. hat der Besitzer der Moritzburg einen Wachhund frei bekommen, während er für seine anderen Hunde die Abgabe bezahlt. Wenn Sie dem Antrage des Herrn Bunge auch hierin entsprächen, so würde bei entstehender Differenz solcher Abgabe wegen der Verwaltungsgerichtshof angerufen werden können, was doch auch nicht als wünschenswert zu bezeichnen ist.

Vorsitzender: Ich möchte den Magistrat fragen, ob er der Meinung ist, daß nach der vorliegenden Bestimmung ein Kammerrat für seinen Hund die Abgabe zu bezahlen hat.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ein Kammerrat muß die Abgabe zahlen, weil er den Hund nicht regelmäßig zu seinem Verufe benutzt. Die Herren geben sich dem edlen Weidwerk doch nicht in so überwiegender Weise hin, daß man es als ihren Beruf ansehen könnte.

Vorsitzender: Ich habe angenommen, die Herren könnten als Forstpolizeibeamte von der Abgabe befreit werden. Wir haben kein Interesse daran, einer solchen Befreiung Vorschub zu leisten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Herren Kammerräte haben forstpolizeiliche Funktionen nicht auszuüben und kommen daher hier nicht in Betracht. Bezüglich der Ziehunde möchte ich erwähnen, daß wir bei Gesuchen um Abgabefreiheit immer die Frage geprüft haben, ob der Gesuchsteller bedürftig ist. Es kann sehr wohl der Fall vorkommen, daß ein sehr wohlhabender Schlachter es für angemessen hält, den Transport des Fleisches vom Schlachthause zu seinem Geschäfte mittels eines Hundegespannes zu bewirken; weshalb sollen wir nun aber den Mann steuerfrei lassen? Im allgemeinen ist vom Standpunkte des Tierfreundes aus die Benutzung des Hundes als Zugtier nicht wünschenswert, denn der Hund ist von Natur aus nicht dazu geeignet.

Es besteht auch ein Widerspruch zwischen den Ansichten der Herren Bunge und Stegmann. Ersterer will jedem Grundstücksbesitzer einen Hund freigeben (Widerspruch), während letzterer die Freigabe nur auf die Grundstücksbesitzer außerhalb des Nachtwächterbeganges ausdehnen will. Herr Bunge hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Nachtwächter vor dem Hause stehen und auf dem Grundstücke doch gestohlen werden könne, also muß es sich um ein Grundstück innerhalb des Beganges handeln. Auf solche Bestimmung einzugehen, möchte ich warnen, da sie, wie wir aus früheren Erfahrungen wissen, zu unangenehmen Weiterungen führt. Der Beweis, daß die Haltung eines Hundes auf einem Grundstücke wünschenswert erscheint, wird meist gelingen, und die Folge davon würde bei Annahme des Antrages Bunge sein, daß die Hundesteuer ganz gewaltig zurückginge. Davor möchte ich aber die Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen bewahren.

Herr Esborn: Die Ziehunde sämtlich abgabefrei zu lassen, wäre nicht recht, weil es dabei vielfach auf Tierquälereien hinausläuft. Auch benutzen die Schlachter häufig Ziehunde und vor den Toren setzen sich die Gesellen noch auf den Wagen. (Rufe: Ist verboten!) Sie tun es aber doch. Wenn wir aber die Polizeihunde für nützlich halten, dann sollten wir auch den Wächtern des Wach- und Schließinstituts je einen Hund frei geben, da dieses Institut vor den Toren außerordentlich nützlich ist, namentlich, wenn nach den betreffenden Stellen die städtischen Wächter nicht hinkommen.

Vorsitzender: Wenn wir soweit gehen, so können wir den gewerblichen Etablissements, denen wir wohlwollen, auch einen Hund frei gewähren. Das geht aber wirklich nicht.

Herr Nolte: Ich würde es für ausreichend halten, unter Nr. 2 zu sagen: „von allen Polizeibeamten“.

Vorsitzender: Es scheint mir aber doch angenehm zu sein, die einzelnen Kategorien von Polizeibeamten im Statute zu benennen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte mich dieser Ansicht anschließen, denn der Flusspolizeibeamte braucht wirklich keinen Hund frei zu bekommen.

Vorsitzender: Herr Bunge hat den betreffenden Teil seines Antrages dahin abgeändert, daß der Punkt 2 des § 4 lautet:

„2. von Forst-, Jagd-, Feld- und sonstigen Polizeibeamten, von Hirten oder städtischen Nachtwächtern zu ihrem Berufe benutzt werden.“

Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist angenommen.

Die übrigen Anträge des Herrn Bunge werden abgelehnt.

Zu den §§ 5—9 findet sich nichts zu erinnern.

Zum § 10 bemerkt Herr Weichsel: Ich bin noch nachträglich auf folgendes Bedenken aufmerksam gemacht worden: Wenn ein abgabensfreier Hund, z. B. ein noch nicht drei Monate alter oder ein nur vorübergehend sich hier aufhaltender Hund, ohne Marke betroffen und eingefangen wird, so kann dessen Besitzer doch nicht mit Strafe belegt werden. Man könnte daher vielleicht sagen:

„Außerhalb geschlossener Grundstücke betroffene, nicht mit einer Marke (§ 7) versehene Hunde werden, wenn sie nicht offenbar abgabensfrei sind, von den dazu . . .“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, es bei der Vorschrift des Statutenentwurfs bewenden zu lassen, weil im § 7 ausdrücklich angedeutet worden ist, daß nur die Hunde gefangen werden dürfen, die eine Marke tragen müssen. Es wird nicht leicht sein, den Hundefänger anzuweisen, abgabefreie Hunde nicht zu fangen. Man wird also mit dem Vorschlage des Herrn Vorredners nicht viel erreichen, denn welchem Hunde sieht man es sofort an, daß er abgabensfrei ist? Der Hundefänger muß aber solchen Hund wieder herausgeben.

Vorsitzender: Wir können den hieraus entstehenden Konflikt vermeiden durch Annahme des folgenden Schlussesatzes zu § 10:

„Erweist sich, daß der gefangene Hund abgabensfrei war, so erfolgt die Herausgabe ohne Vergütung.“

Der § 10 wird mit diesem Zusatz angenommen.

Zum § 11 hat Herr Lord folgenden Antrag gestellt:

„Der Magistrat wird ersucht, denjenigen Ertrag der Hundesteuer, welcher den Betrag von 30000 M übersteigt, dem Fonds zur Errichtung einer Les- und Bücherhalle dauernd zu überweisen.“

Zur Begründung führt Herr Lord aus: Als seinerzeit Herr Rathe den Antrag auf Erhöhung der Hundesteuer einbrachte, war er lediglich der Meinung, daß durch solche Erhöhung der Unfug durch die Hunde eingeschränkt und die Zahl

der Hunde vermindert werden würde. Ich habe damals als Kommissionsreferent ausdrücklich betont, daß auch die Finanzkommission der Meinung sei, es solle mit dem Antrage eine finanzielle Blusmacherei nicht beabsichtigt werden. Auch der Magistrat wird sich bei seiner heutigen Vorlage von diesem Gedanken haben leiten lassen. Wenn diese meine Annahme aber zutrifft, so können die Herren meinem Antrage ruhig zustimmen. Die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen soll durch den Antrag nicht geschädigt werden, da sie im laufenden Jahre eine etatsmäßige Einnahme von 28600 M aufweist, also die Summe von 30000 M noch nicht erreicht ist. Da nun andererseits die Errichtung einer Lese- und Bücherhalle eine der vornehmsten Aufgaben der Kasse sein kann, so bitte ich dem Antrage zuzustimmen. Erweist sich im Laufe der Zeit, daß die Summe von 30000 M nicht erreicht wird, so kann für die Lesehalle nichts zurückgestellt werden, tritt dagegen der freundliche Umstand zutage, daß sich das Aufkommen aus der Hundesteuer wesentlich erhöht, so können wir uns freuen, für diese gemeinnützige Einrichtung einen größeren oder kleineren Fonds zu erlangen, ohne die Finanzen der Stadt zu schädigen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Antrag klingt wohl ganz plausibel, jedoch erscheint es mir bedenklich, ihm Folge zu geben, und zwar einmal aus dem formalen Grunde, daß man nicht ohne Not die Einnahmen für alle Zukunft durch ein Statut festlegen soll, wie das der Antrag bezüglich der die Summe von 30000 M übersteigenden Einnahmen tun würde. Gesezt den Fall, das neue Statut besteht sehr lange und die Hundesteuer steigt auf das Doppelte, so können wir doch heute noch nicht wissen, ob wir für die Lesehalle dauernd 30000 M jährlich hergeben wollen. Weiter kommt dabei in Frage, daß wir wegen mangelnder Mittel seit Jahren nicht in der Lage gewesen sind, allen Anträgen und Wünschen in bezug auf diesen Fonds Rechnung zu tragen. Wir sind Ihnen mit solchen Anträgen nicht gekommen, weil keine Mittel zur Verfügung standen. Weshalb wollen wir uns also so sehr die Hände binden? Wir können doch bei Uebereinstimmung der städtischen Behörden einen derartigen Beschluß immer noch fassen, ohne ihn statutarisch festzulegen. Der Magistrat ist den Wünschen der Versammlung, obwohl er nicht ohne Bedenken gegen die Errichtung einer Lesehalle war, immer noch entgegengekommen, denn er hat schon zweimal je 10000 M zur Verfügung gestellt und wird wohl auch weiter so verfahren. Was spielen dabei aber wohl 2000 M für eine Rolle? Darum können wir eine solche Bestimmung unmöglich in das Statut bringen.

Herr Löschigt: Ich bedauere, daß die Hunde in dem Statut nicht klassifiziert sind. Die Hunde ohne Maulkorb müßten entschieden eine höhere Steuer tragen, als die dem Maulkorbzwange unterliegenden Hunde. (Heiterkeit.)

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich begreife den Eifer des Herrn Lord, mit dem er für den Gedanken der Schaffung einer Lesehalle in schöner

Begeisterung eingetreten ist, aber ich meine, der Gedanke wird sich so weiter entwickeln, daß noch mehrere Mitbürger der in hochherziger Weise gegebenen Anregung folgen und noch namhafte Beiträge geben werden. Mit Rücksicht hierauf scheint es mir nicht zweckmäßig zu sein, die Gebefreudigkeit der betreffenden Mitbürger dadurch anzuspornen, daß man die Hundesteuer erhöht in der ausgesprochenen Absicht, mit dem erhöhten Steueraufkommen den Bau der Lesehalle zu fördern, die Mitbürger also in gewisser Weise doppelt zu belasten. Wenn man unter solchen Verhältnissen privatim an sie herantritt, um sie zu einer Gabe zu veranlassen, riskiert man, daß sie sagen: wir bezahlen schon zu dem Zwecke die erhöhte Hundesteuer und haben weiter nichts dafür übrig. Deshalb scheint es mir richtiger, eine abwartende Stellung einzunehmen. Außerdem werden noch mancherlei andere Aufgaben an die Stadt herantreten, welche die Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen in Anspruch nehmen, so z. B. die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes 2c.

Herr Födel: Den Ausführungen vom Magistrats-tische habe ich nichts mehr hinzuzufügen und bitte um Ablehnung des Antrages.

Herr Jasper: Die Ausführungen vom Magistrats-tische scheinen mir nicht stichhaltig zu sein, während ich die Ausführungen des Herrn Lord für zutreffend halte. Der Herr Oberbürgermeister hat uns nicht gesagt, welcher Art die weiteren Aufwendungen aus der Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen sind; handelt es sich um notwendige Aufwendungen, so müssen die Mittel dafür eben beschafft werden. Für die obligatorische Fortbildungsschule dürften doch die Mittel schon in der Warenhaussteuer vorhanden sein, so daß diese hier nicht in Betracht kommen kann. Da andererseits die Einrichtung einer Lesehalle unstreitig zu den Wohlfahrts-einrichtungen gehört, so würden die Gelder dieser Kasse ihrem Zwecke nicht entfremdet werden, wenn sie zu einem Teile der Lesehalle zugute kämen. Dabei ist es gleichgültig, ob das durch Statut, oder durch einen besonderen Beschluß der städtischen Behörden angeordnet wird. Sonst wird uns immer vom Magistrats-tische entgegengehalten, wir möchten das nur erst einmal annehmen, hinterher ließe sich das immer noch ändern. Weshalb soll es nicht hier auch so gemacht werden?

Herr Stegmann: Die formellen Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters kann ich allerdings nicht teilen. Wenn aus der Lesehalle überhaupt etwas werden soll, so müssen ihr mehr Mittel als bisher zugeführt werden, wozu sich hier eine günstige Gelegenheit bieten würde. Wenn aber die Befürchtung vorliegen sollte, daß sich die Hundesteuer einmal verdoppeln könnte, so ließe sich ja der Zuschuß zu der Lesehalle auf eine bestimmte Summe abgrenzen.

Herr Nolte: Mir ist es unverständlich, wie jemand beantragen kann, einen derartigen Zuschuß im Statut festzulegen. Es ist für den Magistrat und auch für die Versammlung von Wert, die Ausgaben nach dem Bedürfnis und nach den

vorhandenen Mitteln abzumessen, nicht aber statutarisch festzulegen. Ich würde mir wenigstens mein Bewilligungsrecht für die einzelnen Fälle nicht gern nehmen lassen. Bei der Staatsberatung wird sich darüber eine angemessene Vereinbarung schon treffen lassen.

Herr Lord: Ich ziehe meinen Antrag hier zurück und werde ihn bei passender Gelegenheit in veränderter Form wieder einbringen.

Der § 11 des Statuts wird darauf angenommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, den Magistrat zu ermächtigen, etwaige von den staatlichen Behörden gewünschte redaktionelle Änderungen des Statuts selbstständig vornehmen zu dürfen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und nimmt auch den ganzen Statutentwurf nach den gefaßten Beschlüssen an.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch des Karussellbesizers Lumann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird genehmigt.

IX. Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche.

Die Stadt ist Eigentümerin der an der Katharinenkirche unter *N* ass. 1986 bis 1988 gelegenen Grundstücke. Das angrenzende Grundstück *N* ass. 1989 ist der Stadt wiederholt von dem Vorstande der Katharinenkirche zum Kaufe angeboten worden, jedoch wurde das Angebot wegen der Höhe des geforderten Preises stets abgelehnt. Jetzt fordert nun der Kirchenvorstand für das 46 qm umfassende Grundstück einen Preis von 3000 *M*. Da dieser Preis der städtischen Bauverwaltung und dem Magistrate angemessen erscheint, so wird die Versammlung ersucht, dem Ankauf des Hauses zuzustimmen, weil hierdurch eine bessere Bewertung des ganzen Komplexes ermöglicht werde.

Auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Verlängerung des Anschlußgleises zum Lagerplatze am Westbahnhofe etc.

In Kap. IV des außerordentlichen Etats sind 15 000 *M* für Verlängerung des Anschlußgleises zum Lagerplatze am Westbahnhofe, für Herrichtung der neu erworbenen Ländereien daselbst zu Lagerzwecken, sowie für Abgrenzung des Platzes gefordert worden.

Herr Stadtrat Meyer gibt anheim, diese Summe jetzt endgültig zu bewilligen, weil dadurch die Möglichkeit erwachse, sofort noch weitere Beschäftigung für Arbeiter zu schaffen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Anfrage Nolte: Instandsetzung eines Straßenüberganges an der Schubertstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist die Instandsetzung des Straßenüberganges über den Wall zwischen Schubertstraße und Bammelsburgerstraße bald zu erwarten?“

führt Herr Nolte folgendes aus: Wer im Winter bei nassem Wetter von der Schubertstraße nach der Bammelsburgerstraße oder umgekehrt zu gehen gehabt hat, wird bemerkt haben, daß diese Wegestrecke sich in außerordentlich schlechtem Zustande befindet, so daß es einem Fußgänger nicht möglich ist, die Strecke ohne erhebliche Beschmutzung des Schuhwerkes zu passieren. Während der Weg früher dem Staate gehörte, ist er jetzt in das Eigentum der Stadt übergegangen, so daß diese ihn in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen hat. Bei Regen- und Schneewetter kann man regelmäßig beobachten, wie die Passanten die Wegestrecke im Gänsemarsche auf den Bordsteinen passieren, ein Zustand, der als ein erfreulicher sicher nicht bezeichnet werden kann. Nach der Mitteilung eines Beamten der städtischen Bauverwaltung soll ein Projekt über den Straßenbau aus Anlaß einer Eingabe der Anlieger schon ausgearbeitet, dessen Ausführung neuerdings aber auf Schwierigkeiten gestoßen sein; ich möchte daher anfragen, wann eine Vesserung des gegenwärtigen Zustandes zu erwarten ist.

Herr Stadtrat Meyer: Auf Grund einer Eingabe der Anlieger hatte die städtische Bauverwaltung ein Projekt eingereicht derart, daß die Strecke auf beiden Seiten mit Fußwegen versehen würde und diese in ihrer ganzen Breite Plattenbelag erhielten. Da die Frage der Kostenpflicht der Anlieger nicht vollständig geklärt war und auch der Magistrat ein Bedürfnis, die Ostseite der Straße mit Plattenbelag zu versehen, nicht als vorliegend ansehen konnte, so beschloß er, auf den Vorschlag nicht ganz einzugehen, sondern einstweilen nur die Westseite mit Platten zu belegen. Uebrigens dürfte es möglich sein, die Strecke in der Verlängerung der Schubertstraße nach dem Inselwall zu überall auf gepflasterter Bahn zurückzulegen.

XII. Antrag Bunge: Ueberweisung von Wählerlisten an einen Stadtverordneten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er die von dem Stadtverordneten Günther nachgesuchte Vorlegung der Urwählerlisten der letzten Landtagswahlen zwecks Einsichtnahme bewillige.“

Herr Bunge (zur Begründung): Nach einer mir gewordenen Mitteilung ist dem Stadtverordneten Günther die Einsichtnahme in die bezeichneten Listen vom

Magistrate verweigert worden. Da Herrn Günther sehr daran gelegen ist, die Listen zwecks Feststellungen einzusehen, so ersuche ich um Annahme des Antrages, der Herrn Günther voraussichtlich in den gewünschten Besitz bringen wird.

Herr Jasper: Die Sache ist nicht so harmlos, als sie erscheinen mag. Herr Günther hat den Antrag schon vor längerer Zeit beim Magistrate gestellt und auch den Grund dafür angegeben, daß er nämlich die Listen einsehen möchte, um festzustellen, wie es bei früheren Wahlen hinsichtlich der Besetzung der Wahlurnen gehandhabt worden sei. Herr Stadtrat von Frankenberg hat damals erklärt, er wolle die Sache zunächst in der Magistratsitzung vortragen und heute hat er Herrn Günther eröffnet, die Auslieferung der Listen wäre nicht angängig, weil damit Unfug getrieben werden könne. Der Herr Stadtrat hat dabei allerdings erklärt, Herr Günther könnte ja die Listen bei der anhängig gemachten Klage als Beweismittel anziehen, worauf sie vorgelegt werden würden. Wenn es wahr ist, daß Herr Stadtrat von Frankenberg das Ansuchen im Namen des Magistrates deshalb abgelehnt hat, weil ein Stadtverordneter Unfug mit den Listen treiben könne, so ist das ein sehr eigenartiger Standpunkt. Da der Antragsteller ein Stadtverordneter ist und da es sich um Vorgänge handelt, die die Versammlung schon beschäftigt haben, so stand dem Antrage wohl ein Bedenken nicht entgegen. Ich möchte deshalb ersuchen, den Antrag anzunehmen, weil der Magistrat sich dann vielleicht veranlaßt sieht, dem Wunsche des Herrn Günther zu willfahren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Nicht vor längerer Zeit, sondern am Montag, als die Magistratsitzung zu Ende war, trug mir Herr Günther seinen Wunsch vor. Ich erklärte ihm sofort, daß ich für meine Person Bedenken trüge, dem Antrage zu willfahren. Es besteht beim Magistrate nicht der Brauch, daß die Magistratsakten ohne weiteres einem der Herren Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden, sondern es geschieht das im allgemeinen nur dann, wenn einer der Herren sich als Berichterstatter oder aber durch ein besonderes Interesse an einem Gegenstande der Tagesordnung legitimiert. In dem vorliegenden Falle hat sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß er die Einsicht in die betr. Akten nicht gestatten könnte. Ich habe darauf Herrn Günther gesagt: Der Magistrat kann auf Ihren Antrag nicht eingehen, weil das zu Berufungen führen könnte. Für diese meine Äußerung habe ich einen zuverlässigen Ohrenzeugen. Ich wüßte auch gar nicht, wie ich dazu kommen sollte, Herrn Günther zuzutrauen, daß er mit den Magistratsakten Unfug triebe, das traue ich ihm wirklich nicht zu. Es würde eine solche Erlaubnis auch dahin führen, daß andere Bürger, nicht nur Stadtverordnete, unsere Akten einsehen wollten, wohin sollte das wohl führen. Ich habe sogar Herrn Günther selber den Weg gezeigt, wie er resp. sein Anwalt Einsicht in die Akten bekommen kann, sobald der Verwaltungsgerichtshof das

Beweismittel für erheblich hält. Herr Günther hat die betr. Vorschriften übrigens bei den Landtagswahlen richtig befolgt und die Wahlgehilfen aus dem engsten Wahlbezirke zugezogen.

Herr Jasper: Die Sache mit dem Unfug hat sich als ein Mißverständnis herausgestellt und ist demnach hinfällig. Ich habe nochmals das Wort ergriffen, weil es mir prinzipiell bedeutsam erscheint, ob der Magistrat so zurückhaltend sein soll, wenn ein Mitglied der Versammlung Einsicht zu haben wünscht von Akten, die Auskunft über städtische Angelegenheiten geben. Wenn es sich z. B. um eine Erhöhung der Straßenbahntarife handelt, so ist es vielleicht manchem Stadtverordneten erwünscht, die Sache in den Akten des Magistrates selbst nachzusehen, und ich würde die Ablehnung solcher Anträge für bedenklich halten. Ähnlich scheint es mir hier zu liegen. Bedenken in der Person des Antragstellers dürften doch wohl nicht vorliegen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Nachdem Herr Jasper die Sache jetzt dahin gedreht hat, daß es sich um die prinzipielle Berechtigung jedes Stadtverordneten handelt, unsere Akten herauszufordern, muß ich erklären, daß ich darauf zu meinem Bedauern nicht würde eingehen können, weil unsere Akten auch Sachen enthalten, die den Herren Stadtverordneten nicht überwiesen werden dürfen. Wir haben auch Staatsgeschäfte zu erledigen und dürfen die hierüber zu führenden Akten unter Umständen auch keinem der Herren Stadtverordneten aushändigen.

Herr Asmann: Hier handelt es sich um Akten, die eigentlich als Akten des Magistrates gar nicht anzusehen sind, da es sich um Wählerlisten handelt, über die der Magistrat nur die Aufsicht zu führen hat. Man kann hier also von Magistratsakten gar nicht reden.

Der Antrag Bunge wird darauf abgelehnt

und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 7^{3/4} Uhr.

1904/1905.№ 18.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 16. März 1905.

Tagesordnung:

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Schluß)	Seite 620
II. Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc.	" 626
III. Plattenbelag in der Kastanienallee	" 657
IV. Ausbau zc. der Schloßstraße	" 657

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Meyer, von Frankenberg, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Göcke, Rathe und Böschigt; später erscheinen die Herren Frühling und Lord.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und teilt darauf folgende Eingänge mit:

- 1) Einladung der Oberin des Schwesternhauses vom Roten Kreuz zu der am 24. März stattfindenden Prüfung von Lehrschwestern,
- 2) Eingabe des Kaufmanns Franz Lüdeckens um Beseitigung der Planke und der Möbelwagen vom Landgestüte.

Die letztere Eingabe wird zu den Akten genommen, weil die Versammlung nach der Ansicht des Herrn Vorsitzenden keine Veranlassung hat, zu dieser Sache von Amtswegen Stellung zu nehmen. Wenn der Herr sich in seinen Rechten beeinträchtigt fühle, möge er Klage erheben.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

— Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz. —

I. Entwurf eines Ortsbaustatuts (Schluß).

Namens der vereinigten Statuten- und Baukommission berichtet über die Vorlage wiederum Herr Wolff: Wir haben uns noch mit den zurückgestellten §§ 72 und 92a zu befassen. Diese beiden Paragraphen waren in der letzten Sitzung zurückgestellt worden, weil von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft und auch von verschiedenen Mitgliedern der Versammlung die von den Kommissionen vorgenommene Fassung beanstandet worden war. Die Angelegenheit hat sich infolge erneuter Beratung so gestaltet, wie der den Mitgliedern der Versammlung im Umdruck zugestellte anderweite Entwurf zeigt. Es ist jedoch in diesem neuen Entwurfe wiederum ein Fehler enthalten, indem es im § 92a unter AI heißen muß:

„I. Für Prüfung elektrischer Beleuchtungsanlagen: bei Anlagen mit 50 oder weniger Glühlampen 1—5 M. Die Gebühr von 5 M erhöht sich: 2c.“

Diese Aenderung ist nötig, weil sonst für eine einzige Glühlampe schon 5 M erhoben werden müßten. Im übrigen schlagen die vereinigten Kommissionen vor, die beiden Paragraphen in der vorgelegten Fassung anzunehmen.

Zur Rechtfertigung der gegen früher vorgenommenen Aenderungen und verschiedener Bedenken gegen den Inhalt der Paragraphen möchte ich mir erlauben folgendes zu bemerken: Im § 72 unter Punkt 1 sind die nach Lage der Verhältnisse widersinnigen „Mittelspannungsanlagen“ gestrichen worden. Hinsichtlich der Ueberwachungspflicht der elektrischen Anlagen hat der Herr Oberbürgermeister im Schoße der Kommissionen wiederholt zur Sprache gebracht, daß nach der Fassung der Bauordnung im § 60 die Regelung dieser Ueberwachung durch das Stadtbauamt werde erfolgen müssen. Gegenüber einer etwaigen Beanstandung, daß das Gesetz möglicherweise geändert werden könne, sei zu erwägen, daß man solche Aenderung getrost erwarten dürfe und die städtischen Behörden keine Träne darum zu ver-

gießen brauchten, wenn eine andere gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgen sollte. Wir betrachten diese Vorschrift mit dem Herrn Oberbürgermeister durchaus nicht als eine Angelegenheit, die uns erfreut, sondern als eine solche, die uns als unabwendbare Pflicht erscheint. Andererseits ist erwogen worden, daß die Ueberwachung der gesamten elektrischen Anlagen, solange für die Stadt die Pflicht besteht, die Ueberwachung eintreten zu lassen, eine außerordentlich schwere Belastung des Stadtbauamts in sich schließen würde. Man hat auch erwogen, daß die Straßen-eisenbahn-Gesellschaft kraft Vertrages eine gewisse Gebühr für die Abnahme der Anlagen erhebt, und endlich, daß der Betrieb der genannten Gesellschaft ein solcher ist, der bei seiner gegenwärtigen Gestaltung wohl die Ueberzeugung der Ordnungsmäßigkeit gewährleistet. Trotzdem wäre es töricht, von der Ueberwachung der elektrischen Anlagen der Straßeneisenbahn-Gesellschaft ganz abzusehen, denn Leitung und Betrieb können sich ändern und der jetzige gute Betrieb kann jeden Tag in einen üblen umschlagen. Deshalb sollen die Anlagen der Gesellschaft jederzeit der Kontrolle des Stadtbauamts unterstehen, jedoch hat man diesem die Befugnis erteilt, die Ueberwachung zu unterlassen, solange ein ordnungsmäßiger Betrieb stattfindet.

Herr Asmann: An sich kann man die Art und Weise, wie jetzt die Ueberwachung der elektrischen Betriebe seitens des Stadtbauamts vor sich gehen soll, als recht und gut anerkennen. Da aber einmal der Fehler gemacht worden ist, daß dem Lichtwerke die Genehmigung erteilt wurde, von denjenigen Einwohnern, die von ihm Elektrizität beziehen, eine Ueberwachungsgebühr zu erheben, das Lichtwerk also in gewissem Sinne als Ueberwachungsbehörde anerkannt wurde, welche die Installation der Betriebe kontrollieren darf, so halte ich es für ungerecht, wenn das Stadtbauamt die Betriebe noch einmal soll prüfen lassen und dafür eine Gebühr erheben können. Hierdurch kommt es, daß die Einwohner zweimal eine Untersuchungsgebühr bezahlen müssen. Jedermann wird aber einsehen, daß das eine Ungerechtigkeit bedeutet. So angenehm es auch ist, daß das Stadtbauamt die Nachprüfung übernehmen soll, so halte ich es doch für eine Härte, daß man zweimal dafür bezahlen soll. Es muß deshalb ein Ausweg gefunden werden. Mir wurde die Versicherung gegeben, daß solche Bestimmungen bisher nicht vorhanden gewesen sind, sofern man die Ueberzeugung hatte, daß der Betrieb ordnungsmäßig vor sich ging. Gegen die Kontrolle der Betriebe durch das Stadtbauamt habe ich also nichts einzuwenden, aber die doppelte Belastung werden die Einwohner nicht verstehen können, welche sich elektrischen Betrieb anlegen lassen. Deshalb kann ich für diese Bestimmung nicht eintreten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es muß anerkannt werden, daß die doppelte Belastung der Abnehmer von Elektrizität eine sehr unangenehme Zugabe ist. Wir haben deshalb vor Einbringung der Vorlage versucht, sie aus der Welt

zu schaffen, indem wir die Straßeneisenbahn-Gesellschaft ersucht haben, auf das Recht, Gebühren für die Abnahme der Einrichtungen zu erheben, zu verzichten, jedoch ist uns das nicht gelungen. Herr Alßmann irrt sich aber insofern, als die Straßeneisenbahn-Gesellschaft die Gebühren nur einmal erhebt, und zwar für die Abnahme einer neuen Einrichtung nach deren Anbringung, nicht aber auch für die spätere Ueberwachung. Da eine solche Ueberwachung aber eintreten muß, so ist es auch gerechtfertigt, daß wir unsererseits eine Gebühr dafür erheben. Ferner irrt sich Herr Alßmann darin, daß er glaubt, diese doppelte Belastung der Anschlußinhaber sollte erst jetzt eingeführt werden; das ist nicht richtig, denn tatsächlich wird hier weiter nichts beabsichtigt, als einen Wechsel zwischen der Herzoglichen Polizeidirektion und dem Stadtbauamt eintreten zu lassen. Bis jetzt hat nämlich die Herzogliche Polizeidirektion die Oberaufsicht über die für die Ueberwachung der Betriebe konzessionierten Personen geführt und dafür eine Gebühr erhoben, so daß die doppelte Belastung schon jetzt besteht. So leid es uns tut, wir können die Sache nicht anders regeln, als es hier vorgeschlagen ist. Wenn wir davon absehen, so würde sich folgendes ergeben: Das Herzogliche Staatsministerium würde auf Grund des bestehenden Gesetzes verfügen, daß die Tätigkeit der Herzoglichen Polizeidirektion in dieser Sache aufhören und das Stadtbauamt die Oberaufsicht auszuführen habe, letzteres müßte dann seinerseits die Kontrolleure beschaffen und besolden, ohne daß die Stadt dafür Gebühren erheben könnte. Die ganzen Kosten fielen dann der Stadt zur Last, was aber doch wohl nicht angängig sein würde.

Herr Wolff: Ich möchte Herrn Alßmann zur Erwägung vorstellen, ob ihm nicht zunächst der § 72 des Statuts annehmbar erscheint, da dieser mit seinen Wünschen gar nichts zu tun hat. Wenn er in der angedeuteten Richtung eine Aenderung herbeigeführt zu haben wünscht, so könnte dabei doch nur der § 92 a in Frage kommen.

Herr Weichsel: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was im § 72 unter 5, Absatz 2, wo es heißt: „Das Stadtbauamt ist befugt, die Ueberwachung der elektrischen Anlagen der Straßeneisenbahn-Gesellschaft einschließlich des Lichtwerkes zu unterlassen . . .“, unter den elektrischen Anlagen der Straßeneisenbahn und des Lichtwerkes zu verstehen ist. Handelt es sich dabei um alles, was an den Stromkreis des Lichtwerkes der Straßeneisenbahn angeschlossen ist, also auch um alle privaten Einrichtungen, oder nur um solche Anlagen, die der Straßeneisenbahn gehören? (Ruf: Ja!) Man kann darüber nach der gewählten Fassung zweifelhaft sein.

Herr Wolff: Wenn dieser Zweifel mehrfach geteilt werden sollte, so möchte ich anheimgeben zu sagen:

„Das Stadtbauamt ist befugt, die Ueberwachung der der Straßen-eisenbahn-Gesellschaft gehörigen elektrischen Anlagen einschließlich des Lichtwerkes zu unterlassen, . . .“

Herr Altmann: Ich halte es für ganz gerechtfertigt, daß die Anlagen später nachgeprüft werden, wie das auch schon jetzt geschehen ist. Wenn die Ueberwachung von der Polizei auf die städtischen Behörden übergeht, so entsteht allerdings keine doppelte Belastung der an das Lichtwerk angeschlossenen Personen. Das dem Lichtwerke einmal eingeräumte Recht können wir ihm nicht entziehen, jedoch möchte ich dafür eintreten, daß die Anschlußinhaber nicht noch einmal Gebühren an die Stadt zu bezahlen haben. Wenn das festgelegt werden könnte, würde ich befriedigt sein. Außerdem meine ich aber, wenn wir heute das Lichtwerk von der Untersuchung seiner Betriebe bis auf weiteres ausschließen, so brauchen wir auch die Privatbetriebe nicht untersuchen zu lassen. Man könnte vielleicht auch sagen, alle einmal von dem Lichtwerk geprüften Anlagen sind gebührenfrei, selbstverständlich aber die späteren Revisionen nicht.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich verstehe nicht, daß Herr Altmann diese Sachen, die gar nicht so einfach sind, nicht in der Kommissionsitzung vorgebracht hat. Sein Wunsch läuft darauf hinaus, die Untersuchungen der Straßen-eisenbahn-Gesellschaft als gleichwertig mit den Untersuchungen hinzustellen, die wir durch das Stadtbauamt im öffentlichen Interesse, also wesentlich aus Gründen der Feuer-sicherheit, vornehmen lassen. In bezug hierauf ist aber von verschiedenen Seiten schon in der Kommission geäußert worden, daß die Straßeneisenbahn-Gesellschaft bei ihren Untersuchungen nicht sowohl das öffentliche Interesse, als vielmehr das eigene Interesse als Lieferant im Auge hat. Wenn das aber der Fall ist, so decken sich beide Untersuchungen nicht.

Herr Fiedel: Im § 72 unter 2 ist gesagt worden: Das Stadtbauamt hat alle Anlagen der unter 1 erwähnten Art in bezug auf ihre Betriebssicherheit nach Bedarf dauernd überwachen und untersuchen zu lassen.“ Der Begriff „nach Bedarf“ ist aber außerordentlich weitgehend; ich gebe deshalb anheim, eine bestimmte Frist zu setzen. Um die Anlage gegen eine übermäßige Zahl von Untersuchungen zu schützen, bringe ich ferner ich Vorschlag, den Abschnitt B des § 92 a etwa folgendermaßen zu fassen:

„B. für die Prüfungen nach § 72 Ziffer 2 werden Gebühren nach dem Umfange der Untersuchungen bis zu den höchsten Sätzen unter A erhoben; für eine einmalige Untersuchung aber nur dann, wenn irgend welche Mängel dabei festgestellt werden.“

Wenn wir das nicht tun, sind wir eventuell der Willkür eines Beamten preisgegeben, der zehnmal zu mir kommen kann, obwohl er nichts an meiner Leitung

gefunden hat. Wenn Mängel nicht gefunden werden, muß der Anschlußinhaber Gebühren bezahlen, sonst aber nicht.

Herr Wolff: Wenn man eine so wichtige Ueberwachungspflicht einem Organe wie dem Stadtbauamte überträgt, so ist es doch wohl selbstverständlich, daß von diesem außerhalb des Statuts gewisse bindende Verwaltungsvorschriften aufgestellt werden. Sollten Uebergriffe dabei vorkommen, so reguliert sich das von selbst. Es handelt sich dabei doch nicht um Privatunternehmer, die möglichst viel bei den Untersuchungen herauschlagen wollen, sondern um die Betätigung einer amtlichen Pflicht.

Herr Wolters: Der Einwand des Herrn Füdel ist auch in der Kommission zur Sprache gebracht worden. Es würde nicht recht sein, nur dann eine Gebühr zu erheben, wenn sich Mängel herausstellen sollten, sondern es muß die Zeit der geleisteten Arbeit bezahlt werden. Herrn Alßmann möchte ich erwidern, daß sein Vorschlag darauf hinauslaufen würde, den gegenwärtigen Zustand insofern zu ändern, als die betreffenden Anschlußinhaber zwar entlastet, die Stadt aber zu deren Gunsten belastet würde, und das kann doch seine Absicht unmöglich sein.

Herr Füdel: Herr Dr. Wolters hat mich insofern falsch verstanden, als ich die Untersuchungen an sich zulassen, sie aber im Zeitmaße begrenzt wissen will. Bei den Dampffessel-Revisionen ist z. B. nach der gemachten Erfahrung ein Zeitraum festgesetzt worden, innerhalb welches die Untersuchung vorgenommen werden muß, während es hier der Willkür des betreffenden Beamten überlassen bleibt, zu kommen so oft er will. Dagegen müßte ein Schutz geschaffen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hatte ursprünglich vorgeschlagen, zu sagen, alle Jahre einmal, das wurde aber sehr energisch beanstandet und darauf wurde gesagt „nach Bedarf“. Ich gebe zu, daß bei nicht sachgemäßer Behandlung der Angelegenheit die Vorschrift zu Schikanen mißbraucht werden könnte, jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Sache nicht der einzelne Beamte in der Hand hat, sondern das Stadtbauamt, durch welches bald Remedur eintreten würde. So ungerechtfertigt es nun auch sein würde, die gut eingerichtete Leitung eines Privathauses selbst alle Jahre zu untersuchen, so muß ich es doch für nötig halten, bei Warenhäusern eine mehrmalige Untersuchung im Jahre eintreten zu lassen. Weshalb dafür aber nur einmal die Gebühr erhoben werden soll, sehe ich doch nicht ein. Wenn das aber wirklich geschehen sollte, würden wir festsetzen mit der weiteren Bestimmung, daß das Stadtbauamt die Untersuchung ausführen lassen kann durch seine eigenen Beamten oder durch zugezogene Sachverständige, denn letztere können doch unmöglich hingeschickt werden, ohne daß eine Gebühr erhoben wird. Wir wollen mit der Vorschrift kein Geschäft machen, aber es wäre entschieden nicht recht, daß die Stadt die Kosten dafür tragen soll, wenn hier und da mangelhafte Anlagen vorhanden sind. Daß solche Anlagen aber vorhanden sind, wird Herr Füdel zu-

geben, zumal jeder eine Anlage machen kann, einerlei ob er es versteht oder nicht. Ferner wird jeder rechtgeben, daß insbesondere in den Warenhäusern eine mehrmalige Untersuchung der Anlage im Jahre geboten erscheint.

Herr Wolff: Die vereinigten Kommissionen sind davon ausgegangen, daß bei einer normalen Haushaltung keineswegs alle Jahre eine Revision stattzufinden hat, sie haben aber ferner erwogen, daß eine Grenze zwischen Anlagen, die eine Untersuchung erfordern, und solchen, die keine erfordern, nicht zu ziehen ist, und dieses dem Verwaltungswege überlassen bleiben muß.

Vorsitzender: Zum Wort hat sich Herr Ribbentrop gemeldet; ich glaube annehmen zu dürfen, daß ein Sonderinteresse bei ihm hier nicht vorliegt und ich werde ihm das Wort erteilen. Ist jemand hierüber anderer Meinung? — Das ist nicht der Fall.

Herr Ribbentrop: Die Frage wird sich sehr bald insofern regeln, als die Sicherheitsvorschriften des elektrotechnischen Verbandes gesetzlich eingeführt werden sollen, nachdem fast sämtliche Regierungen ihnen Gesetzeskraft gegeben haben. In diesen von dem Verbands herausgegebenen Vorschriften ist ausgeführt worden, daß Warenhäuser, Theater und derartige Institute alle Jahre untersucht werden müssen, alle zwei Jahre dagegen Tanzlokale usw., während Wohnungen nur alle fünf Jahre zu untersuchen sind. Da zu erwarten steht, daß auch von unserer Regierung die Vorschriften hier Gesetzeskraft erhalten werden, so würde sich die ganze Angelegenheit dadurch schon von selbst erledigen.

Die §§ 72 und 92a werden darauf mit den von Herrn Wolff beantragten Änderungen in getrennter Abstimmung gutgeheißen. Herr Ribbentrop hat sich der Abstimmung enthalten.

Herr Wolff: Ich möchte folgendes beantragen:

- 1) dem Magistrate die Ausscheidung der Fremdwörter aus der Vorlage nach eigenem Ermessen zu überlassen und
- 2) ihm auch die folgerichtige Anordnung der einzelnen Paragraphen selbstständig zu übertragen.

Auch diese Anträge werden angenommen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte zum § 38a noch einmal das Wort nehmen. Es ist hier erwähnt worden, daß sich die Vorschriften dieses Paragraphen den betreffenden Hannoverschen Bestimmungen angelehnt hätten und daß nach einem Berichte aus Hannover die Bestimmungen keine Kalamität ergeben hätten. Wie mir erst jetzt bekannt geworden ist, lautet aber das Hannoversche Gesetz wegen des Lichteinfallwinkels ganz anders, als das hiesige.

Vorsitzender: Es tut mir leid, Sie können nicht zu einem beliebigen Paragraphen noch Anträge stellen. Wenn Ihnen das Gesetz nicht paßt, so können Sie es höchstens ablehnen.

Herr Meyerhoff: Ich habe die Sache aus praktischen Gründen hier vorgebracht. Das Ministerium muß und wird diese Bestimmung ändern, wenn es darauf hingewiesen wird, und dann müssen wir das Gesetz hier noch einmal beraten. Um das zu vermeiden, bringe ich die Sache zur Sprache, damit wir nichts Unmögliches annehmen.

Vorsitzender: Herr Meyerhoff erklärt, die Abstimmung über den § 38a sei von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn die Versammlung beschließt, auf diesen Paragraphen noch einmal zurückzukommen. Wenn das aber beschlossen wird, rollen wir das ganze Gesetz wieder auf. Wer ist dafür, daß noch einmal in eine Beratung des § 38a eingetreten wird?

Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Kieke hat sodann noch eine Anfrage folgenden Wortlauts eingereicht: „Werden die Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter (§ 9) einseitig erlassen oder auch Arbeiter darüber gehört werden?“ Diese Anfrage können wir nicht mit der Abstimmung über das ganze Gesetz verquicken, sondern sie kann hinterher noch erledigt werden.

Wer ist für das ganze Gesetz, wie es jetzt in seinen einzelnen Paragraphen beschlossen worden ist? — Das Gesetz ist mit 15 : 14 Stimmen abgelehnt worden.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

II. Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc.

Herr Büdel: Das Äußere des Haushaltsplanes hat gegen früher eine andere Gestalt angenommen. Wer sich an die althergebrachte Weise gewöhnt hat, wird diese Aenderung unangenehm empfunden haben. Auf Wunsch der Finanzkommission wird der Magistrat im nächsten Jahre die alte Form wieder eintreten lassen.

Was den Inhalt des Haushaltsplanes angeht, so werden die Herren daraus ersehen haben, daß er uns kein erfreuliches Bild bietet. Sie werden gefunden haben, daß die Uebereinstimmung der Ausgaben und Einnahmen nur unter Anwendung der allergrößten Sparsamkeit und durch eine Erhöhung der Einkommensteuer um $\frac{3}{4}$ Einheiten möglich gewesen ist. Wenn wir daraus einen weiteren Schluß für die Zukunft ziehen wollen, so werden wir bei näherer Prüfung des Etats sehr bald finden, daß das ungünstige Ergebnis desselben keineswegs durch eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben entstanden ist, sondern daß die Steuerkraft der Einwohner nicht mit den Ausgaben gewachsen, sondern eher noch zurückgegangen ist. Die Erhöhung der Einkommensteuer um $\frac{3}{4}$ Einheiten ist außerdem

nur deshalb so niedrig ausgefallen, weil wir in der Lage gewesen sind, in diesem Jahre noch einen erheblichen Ueberschuß aus 1903/04 im Betrage von 153 000 M mit zu den Einnahmen nehmen können. Wenn wir noch berücksichtigen, daß aller Voraussicht nach das laufende Jahr keinen oder nur einen sehr geringen Ueberschuß bringen wird, so ist der Blick in die Zukunft für uns ein recht betrübender, und zwar umsomehr, als wir nicht darauf rechnen können, daß die Steuerkraft der hiesigen Einwohnerschaft sich wieder so rasch heben wird, wie wir es alle dringend wünschen müssen. Sie wissen, daß die ungünstigen Verhältnisse der Jahre 1900/01 erst jetzt infolge der Dreiteilung der unsicheren Einnahmen zum Ausdruck gelangen und wir in Berücksichtigung dieser Verhältnisse auch erst nach dem Verlaufe von 3—4 Jahren wieder auf den vollen Ertrag der besseren geschäftlichen Lage rechnen können.

Ich möchte bitten, diese Verhältnisse bei allen Wünschen, die sonst wohl bei der Beratung des Etats aufzutreten pflegen, zu berücksichtigen.

Wir treten nunmehr in die Etatsberatung selbst ein.

I. Etat der Kämmereikasse.

A. Ordentliche Einnahme.

Kap. I (Kämmereivermögen).

Herr Büdel: Auf Seite 9 muß der Zinsfuß des Kapitals von 3200 M $3\frac{1}{2}\%$ statt 4% lauten. An dem Zinsbetrage ändert sich dadurch nichts, weil es sich um einen Schreibfehler handelt. Das auf Vers.-N. 5017 am Madamenwege stehende Kapital von 1000 M bringt nicht 23,25 M, sondern 33,25 M Zinsen. Das Zinsaufkommen unter b 9 beträgt demnach 2857,47 M, und es wird empfohlen, zum Ausgleich den Betrag unter d „Verschiedenes“ um 10 M auf 81,15 M herabzusetzen.

Wie unter N. 15 des Begleitschreibens erläutert worden, ist der Restbetrag der auf das Grundstück Vers.-N. 5149 eingetragenen Straßenkosten von 3195,05 M bei der im Jahre 1904 erfolgten Zwangsversteigerung des Grundstücks ausgefallen. Es ist dies das erste Mal, daß die Stadt tatsächlich einen Verlust bei einem Grundstück erlitten hat. Dieser Umstand hat Veranlassung gegeben, die Sache in der Finanzkommission zu besprechen. Es handelt sich darum, daß die Stadt das Recht hat, ein solches Kapital in den ersten zwei Jahren an erster Stelle auf ein Grundstück eintragen zu lassen. Wenn sie aber von diesem Rechte Gebrauch machte, so würde eine große Anzahl von Grundbesitzern in erhebliche Verlegenheit geraten, weil schwerlich der Inhaber der ersten Hypothek ohne weiteres zurücktreten würde. Der Magistrat hat nun bisher die Praxis befolgt, daß er die Straßenkosten zwar

nach Möglichkeit gesichert, aber doch nicht eine unbedingte Sicherheit in allen Fällen gefordert hat. Die Finanzkommission ist aber einstimmig der Ansicht gewesen, daß es sich empfehlen möchte, die bisherige Praxis beizubehalten und nicht zu einer strengeren Sicherung dieser Kapitalien überzugehen, zumal der hier vorgekommene Verlust tatsächlich nur einen äußerst winzigen Teil der im Laufe der Jahre zurückgezahlten ganz erheblichen Straßenbaukosten beträgt, und wir uns sagten, daß es besser wäre, die Stadtkasse übernehme einmal solchen verhältnismäßig geringen Verlust, als daß durch ein zu rigoroses Vorgehen eine große Anzahl von Hausbesitzern geschädigt, oder gar gezwungen würde, den Besitz aufzugeben. Vielleicht erscheint es der Versammlung erwünscht, hierzu Stellung zu nehmen.

Vorsitzender: Ich eröffne darüber die Besprechung. — Da sich niemand zum Worte meldet, nehme ich an, daß die Versammlung mit dem Herrn Referenten einverstanden ist.

Herr Fiedel: Auf Seite 7 des Haushaltsplanes unter b 2 sind die Zinsen für das der Zentralfriedhofskasse gewährte Darlehn von ursprünglich 300 000 M nur für ein halbes Jahr eingestellt worden, weil angenommen worden ist, daß dieses Darlehn gemäß dem Beschlusse der städtischen Behörden im Laufe des Jahres werde eingezogen werden. Wenn dieser Fall aber wirklich eintreten würde, so könnte auch der auf Seite 10 unter c 2 mit 2701,41 M gebuchte Abtrag dieses Kapitals nicht mehr vereinnahmt werden. Da es sich nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters sehr wohl einrichten lassen würde, dieses Darlehn nicht vor dem 1. Januar 1906, oder überhaupt nicht in diesem Rechnungsjahre zurückzuzahlen, so könnte man den Abtrag von 2701,41 M bestehen lassen und auch, in konsequenter Verfolgung dieses Gedankens, auf Seite 7 die Zinsen des Kapitals auf das ganze Jahr in die Einnahme stellen. Mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Haushaltsplanes empfehle ich daher namens der Finanzkommission, auf Seite 7 den Zinsbetrag unter b 2 auf 10 798,60 M und auf Seite 11 die Gesamteinnahme auf 206 899,30 M zu erhöhen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Zu den Einnahmen der Kap. II, IV und VI—XIV findet sich nichts zu erinnern. Die Kap. III (Unterrichtswesen) und V (Armenpflege) werden bis zur Erledigung der zugehörigen Spezial Etats zurückgestellt.

B. Ordentliche Ausgabe.

Kap. I (Kämmereivermögen).

Zum Punkt D, 4 (Instandhaltung des Leonhardplatzes) auf Seite 29 äußert Herr Koch: Mir ist von sachverständiger Seite gesagt worden, daß durch das langjährige Lagern der Komposthaufen an der Westseite des Leonhardplatzes die

dort stehenden Linden eingehen würden. Man hat die Haufen diesen Winter allerdings aus der Umgebung der Bäume entfernen lassen, aber es bleibt doch zu bedauern, daß die schöne Allee dem Untergange geweiht ist. Man will für alle freien Plätze Bäume anschaffen und hier läßt man sie hinsiechen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich hoffe, daß die Befürchtung des Herrn Koch nicht zutreffen wird. Im vergangenen Jahre war eine gleiche Klage laut geworden, worauf die Haufen entfernt worden sind. Im übrigen scheint es mir zweifelhaft zu sein, ob die Bäume aus dieser Ursache gekränkt haben, weil gleichzeitig auch die benachbarten Friedhofsbäume dieselbe krankhafte Erscheinung zeigten. Vor etwa $\frac{3}{4}$ Jahren sind außerdem die Komposthaufen schon aus der unmittelbaren Umgebung der Bäume entfernt worden.

Zu D, 10, a, dd (S. 30) bemerkt Herr Südel, daß die große Ausgabe von 900 M für die Regulierung des Okerbettes durch Beseitigung der angeschwemmten Sandmassen in der Kommission bemängelt und die Frage aufgeworfen sei, ob sich die Arbeit nicht mit einem Frühlingschen Wagger billiger machen lasse. Vielleicht äußere sich Herr Frühling hierzu einmal.

Herr Frühling: Ich kann darauf ohne Prüfung eine Antwort nicht geben und werde mich mit der städtischen Bauverwaltung darüber in Verbindung setzen.

Herr Schmidt: Ich habe hier die Zeichnung eines kleinen Wagger's aufgehängt, der 600 M kostet und mit dem der Sand aus dem Okerbette geholt werden kann.

Herr Stadtrat Meyer: Eine Waggereinrichtung ist dort schon im Betriebe gewesen. Die Hauptkosten liegen in den Löhnen für die Fortschaffung des Sandes mittels der Karre, so daß die von der Finanzkommission durch die Einstellung eines Wagger's erhoffte Ersparnis nicht allzu groß sein kann.

Herr Günther: Schon im vorigen Jahre habe ich darauf hingewiesen, daß das Okerbett bei der Freibadeanstalt ausgebaggert werden müßte; jedoch ist es aus dem Etat nicht ersichtlich, ob das im bevorstehenden Jahre geschehen soll. Als ich außerdem im vorigen Jahre den Antrag stellen wollte, die weitere Vergrößerung der Freibadeanstalt und die Errichtung eines Frauenbades unter Benutzung der beiden Filter in Aussicht zu nehmen, da wurde mir erwidert, daß von selbst dafür werde gesorgt werden. Wenn in der Sache noch nichts geschehen ist, so soll den Magistrat deswegen kein Vorwurf treffen, weil der Stand der Bahnhoffrage ein Vorgehen nicht zuließ. Jetzt steht es aber wohl ziemlich fest, daß gerade der Teil des Bürgerparkes durch den demnächstigen Bahnhofsbau nicht beeinträchtigt werden wird, da der neue Bahnhof weiter hinauskommen wird. (Widerspruch.) Wenn diese Tatsache richtig ist, so möchte ich den Magistrat ersuchen, nunmehr die erwähnten Einrichtungen für die beiden Badeanstalten zu treffen. Sollte das aber nicht möglich sein, so würde ich beantragen, ein Frauenbad zu errichten und zwar

dort, wo es schon früher in Aussicht genommen war. Wir sind selbst kleineren Städten gegenüber in diesem Punkte noch sehr zurück und müssen endlich ein Frauenbad, wenn auch vielleicht zunächst in kleinerem Maßstabe, an der betreffenden Stelle errichten, sofern die Benutzung der beiden Filter noch in weiter Ferne stehen sollte. Wenn damals versichert wurde, daß sich mit dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine Vereinbarung auf Vergrößerung des Platzes nicht treffen ließe, so könnte jetzt doch wenigstens noch einmal ein Versuch gemacht werden.

Herr Stadtrat Meyer: Die im Etat für die Regulierung des Okerbettes ausgeworfenen 900 M werden allerdings nur für die Zivilbadeanstalt angefordert worden sein, weil die städtische Bauverwaltung eine Ausbaggerung der Freibadeanstalt im kommenden Sommer nicht für nötig halten wird. Nach meinen Beobachtungen lagern auch vor der Zivilbadeanstalt viel größere Sandmassen, als bei der Freibadeanstalt, weil letztere einen natürlichen Schutz besitzt in der Okerbiegung und in der angebrachten Umgitterung. Im übrigen würden wir im Laufe des Sommers immer noch Schritte in dieser Richtung tun können, sofern es für nötig gehalten würde.

Wenn Herr Günther aber meint, es wäre keine Erweiterung der Freibadeanstalt eingetreten, so ist das nicht richtig; er kann sich vielmehr bei Lage der Verhältnisse mit der Erweiterung der Anstalt für die nächsten Jahre recht wohl zufrieden erklären. Erst wenn die Frage des Wasserwerkes ihre endgültige Erledigung gefunden haben wird, kann einer nochmaligen Erweiterung der Badeanstalten nähergetreten werden. Die Freigabe der Filterbassins wurde noch nicht für opportun gehalten, weil sie noch für die Aufnahme von Leitungswasser bereitgehalten werden müssen. Man kann sie auch nicht etwa zunächst für Badezwecke und hinterher noch einmal als Reservoir für Leitungswasser benutzen.

Herr Günther: Hinsichtlich der Ausbaggerung der Oker bei der Freibadeanstalt bin ich anderer Meinung. Das Schilf wächst bis an die Anstalt heran, weshalb sie notwendigerweise ausgebaggert werden muß. In der Zivilbadeanstalt dagegen ist das Wasser bedeutend tiefer und der Sand häuft sich dort nur in dem Bassin für Nichtschwimmer an. Wenn man daher für die Ausbaggerung der Oker einmal eine Ausgabe auswirft, so kann man auch 100 bis 200 M mehr auswerfen und dafür die Freibadeanstalt mit ausbaggern lassen. Die Angabe des Herrn Stadtrat Meyer über die Benutzbarkeit der Filter treffen ebenfalls nicht zu, denn wenn auch Zweifel geäußert worden sind, ob die Filter nicht noch einmal zu Zwecken des Wasserwerkes gebraucht werden könnten, so war doch der Hauptgrund gegen ihre Benutzung zu Badezwecken die mißliche Bahnhofsfrage. Von der Erweiterung der Freibadeanstalt habe ich selbst abgesehen, weil ich in Voraussicht des Umstandes, daß die Verlegung der Anstalt nach den Filtern hin in naher Aussicht stände, den gegenwärtigen Zustand noch für erträglich hielt. Wir müssen

aber damit rechnen, daß die Anstalt an einigermaßen warmen Tagen stets überfüllt ist.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn sich nach Ablassen der Oter ergeben sollte, daß die Freibadeanstalt wirklich so verandert ist, wie es Herr Günther befürchtet, so kann immer noch etwas geschehen. Ich bitte deshalb, den Magistrat zu ermächtigen, im Bedarfsfalle auch die Ausbaggerung der Freibadeanstalt mit vornehmen zu lassen. (Zustimmung.)

Zu Seite 34 (a, 17) bemerkt Herr Fiedel: Der Magistrat hat diesmal Zinsen für anzuleihende Kapitalien nicht ausgeworfen, weil er annimmt, daß durch Einziehung der der Zentralfriedhofskasse und bezw. der Gemeinde-Kirchenkasse gewährten Darlehen die Aufwendungen zu außerordentlichen Zwecken voraussichtlich werden gedeckt werden können. Dieser Punkt hat in der Finanzkommission zu eingehenden Erörterungen geführt. Ich habe die Einstellung einer gegrieffenen Summe für notwendig gehalten, weil ich glaube, daß sich die Aufnahme einer Anleihe nicht wird umgehen lassen. Man kann allerdings der Ansicht sein, daß es überhaupt nicht nötig gewesen wäre, im außerordentlichen Etat schon jetzt für Deckung zu sorgen, sondern daß man eine spätere Deckung hätte in Aussicht nehmen können. Der Herr Oberbürgermeister hat uns in der Finanzkommission mit ziemlicher Sicherheit erklären können, daß bei dem jetzigen Vorrat an Geld die Aufnahme einer Anleihe im Laufe des Jahres nicht zu erwarten sein würde. Diese Erklärung hat die Mehrheit der Kommission bestimmt, auf die Einsetzung einer Summe hier auch schon mit Rücksicht darauf zu verzichten, daß wir sonst den Etat mit einer Fehlsomme abschließen würden.

Ein Teil der Finanzkommission hat auch meiner Anschauung zugestimmt, daß es uns erwünscht gewesen wäre, wenn der Magistrat eine Erhöhung der Steuersimplen auf $10\frac{1}{2}$ statt auf $10\frac{1}{4}$ vorgeschlagen hätte, weil wir dann in der Lage gewesen wären, mit einem Ueberschusse zu rechnen und wir uns auch in den noch in Aussicht stehenden Bewilligungen beweglicher gefühlt haben würden. Die Herren wissen, daß wir den Antrag Esdorn auf Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten nur bis nach Durchnahme des Haushaltsplanes zurückgestellt haben. In der Finanzkommission waren wir zu gleichen Stimmen für und gegen die Erhöhung der Steuersimplen.

Die Kap. I (Kämmereivermögen) und II (kirchliche Zwecke) werden auch in der Ausgabe genehmigt, und das Kap. III (Unterrichtswesen) wird zurückgestellt.

Zum Kap. IV (Kunst und Wissenschaft) nimmt das Wort Herr Fiedel: In der Finanzkommission ist der Wunsch laut geworden, man möchte auch der Museumsverwaltung, sowie der Verwaltung von Archiv und Bibliothek eine Deputation zur Seite stellen, wie das bei anderen städtischen Einrichtungen ebenfalls geschehen sei. Der Antrag wurde damit begründet, daß nicht unerhebliche

Summen für sachliche Ausgaben bewilligt würden, die es wünschenswert machten, den leitenden Persönlichkeiten einige Herren zur Seite zu stellen. Die Finanzkommission stellt daher den Antrag,

den Magistrat zu ersuchen, die Einsetzung einer Deputation für die Museumsverwaltung, sowie für die Verwaltung von Archiv und Bibliothek in Aussicht zu nehmen.

Herr Hauswaldt: Ich habe mit der Stellung des Antrages in der Kommission zwei verschiedene Zwecke verfolgt: einmal, daß sich eine Reihe von Herren mit der Kontrolle der nicht unerheblichen sachlichen Ausgaben befassen möchte und außerdem denke ich mir, daß durch solche Deputation das allgemeine Interesse an den Sammlungen gehoben wird.

Herr Nolte: Ich kann den Antrag nur warm unterstützen und will zugleich anregen, ob es nicht möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Bücherschätze der Bibliothek katalogisiert werden. Bei meiner öfteren Benutzung der Bibliothek habe ich bemerkt, daß sie außerordentliche Schätze besitzt, die aber leider schwer zugänglich sind, weil nur ein Zettelkatalog vorhanden ist. Der Registrator Krökel weiß in der Bibliothek allerdings genau bescheid, aber wenn der Herr beschäftigt ist, steht man ratlos da.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist furchtbar schwer, den an sich berechtigten Wünschen nachzukommen, weil es an den erforderlichen Arbeitskräften fehlt. Herr Dr. Mack ist der einzige wissenschaftliche Arbeiter an der Bibliothek und der hat es zunächst als seine Hauptaufgabe betrachtet, das von Herrn Prof. Hänselmann begonnene Urkundenbuch, wenigstens in dem jetzt zum Druck gegebenen Bande, fortzusetzen. Daneben haben wir das Glück gehabt, seit über einem Jahre junge Damen in der Stadtbibliothek tätig zu sehen, die ihr Examen als Bibliothekarin gemacht haben oder noch machen wollen, und die in der angedeuteten Richtung gewirkt haben. Leider sind wir nicht in der Lage gewesen, die Damen für ihre Tätigkeit honorieren zu können, weil wir so umfangreiche Ausgaben nicht machen konnten.

Herr Jasper: Da ich eine Katalogisierung der Bücher ebenfalls für notwendig halte, für Herrn Prof. Hänselmann aber eine neue Kraft nicht gewonnen ist, so stelle ich zur Erwägung, noch eine wissenschaftliche Hilfskraft für die Bibliothek einzustellen.

Herr Lord: Eine Katalogisierung halte ich auch für sehr wünschenswert, aber ohne Anstellung eines Bibliothekars läßt sie sich nicht durchführen, denn junge Damen können das nicht machen. Wir hätten damals den Dr. Rentwig, der diese Sache vorzüglich eingeleitet hatte, behalten müssen. Es können Jahre darüber vergehen, ehe ein solcher Katalog fertiggestellt sein wird.

Herr Hauswaldt: Eine Bibliothek ohne Katalog kommt mir vor, wie eine gute Flasche Wein, die ich nicht aufziehen kann. Eine Bibliothek muß einen Katalog haben, sonst hat sie keinen Wert. Jetzt ist ja in der Person des Herrn Krökel ein lebendiger Katalog vorhanden, aber das geht nicht auf die Dauer. Wenn, wie ich höre, der Zetteltatalog fertig sein soll, so würde es vielleicht möglich sein, daß sich interimistisch jemand fände, den Katalog druckfertig zu machen. Alle diese Fragen würde eine Deputation am besten vorbereiten können.

Der Antrag der Finanzkommission auf Einsetzung einer Deputation wird darauf angenommen.

Herr Südel: Da die Gesamtausgaben des Kap. IV mit 68 000 M gegenüber dem Voranschlage für 1904/05 mit 19 500 M anscheinend ganz außerordentlich gestiegen sind, so will ich erläuternd bemerken, daß darin nicht nur 33 670 M einmalige bzw. vorübergehende sachliche Ausgaben für das Museum enthalten sind, sondern auch die persönlichen Ausgaben für die Archiv- und Bibliotheksbeamten, die bisher im Kap. XIII verbucht wurden. In Wirklichkeit beträgt die Erhöhung gegen das Vorjahr nur etwa 8000 M.

Das Kap. V wird von der Beratung einstweilen zurückgestellt.

Zum Kap. VI (Gesundheitswesen) fragt Herr Stegmann an, ob nicht ein Bericht über Art, Umfang und Erfolg der Tätigkeit der Schulärzte, die nun ein Jahr in Funktion gewesen seien, zu erwarten stehe.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich werde dem Magistrate vorschlagen, mit den Schulärzten dieserhalb in Verhandlung zu treten und ich glaube, daß sich dem Wunsche wird Rechnung tragen lassen.

Zum Kap. VII (Vereinszwecke und Volksfeste) nimmt das Wort Herr Kieke: Wir haben zu Anfang der Etatsberatung die beweglichen Klagen des Herrn Südel über die schlechten Konjunkturen und die voraussichtliche Unterbilanz im städtischen Etat gehört. Zur Herabminderung der Ausgaben möchte ich vorschlagen, den alle Jahre wiederkehrenden Zuschuß von 600 M zum Sedanrummel zu streichen. Nachdem die denkenden Franzosen ihren Chauvinismus längst abgelegt und die Franzosen mit den Deutschen in China Waffenbrüderschaft gemacht haben, wäre es wirklich endlich am Plage, mit dem Sedanfeste aufzuräumen. Wenn wir einmal sparen müssen, so sollen darunter die Kulturaufgaben nicht leiden, wohl aber können solche Ausgaben fortfallen. Wenn man den Tag von Sedan noch einmal feiern will, so mag das vielleicht alle 10 oder 25 Jahre einmal geschehen, wie das bei der Schlacht bei Leipzig u. auch geschieht, nicht aber alle Jahre. Die Taten bei Sedan sind doch wirklich Kindereien gegen das, was die Menschheit heute auf diesem Gebiete erlebt. Wenn der Sedanzuschuß zehn Jahre aufgespart würde, so hätten Sie für die Lesehalle einen Zuschuß von 6000 M, der dann für eine wirk-

liche Kulturaufgabe angelegt werden könnte. Ich beantrage daher, diesen Zuschuß abzulehnen.

Der Antrag Riese wird von der Versammlung abgelehnt.

Vorsitzender: Wie ist es mit dem Königsschießen, Herr Günther?

Herr Günther: Der Herr Vorsitzende müßte doch wissen, daß seit 10—15 Jahren ein derartiger Antrag nicht mehr gekommen ist, weil gesagt wurde, es ließe sich gegen diesen Zuschuß nichts machen.

Vorsitzender: Es freut mich, daß Sie diesen Standpunkt einnehmen, hoffentlich haben Sie ihn im nächsten Jahre nicht wieder vergessen.

Zum Kap. VIII (Feuerlöschwesen) nimmt das Wort

Herr Jasper: Wir haben vor einiger Zeit schon eine ausgiebige Debatte über die Feuerwehr und deren Einrichtungen gehabt, und es wurde bei der Gelegenheit von der Mehrheit beschlossen, daß eine Vermehrung der Zahl der Feuerwehrmänner eintreten sollte. Zu meinem Bedauern habe ich nun erfahren, daß der Magistrat sich nicht veranlaßt sehen soll, unserem Beschlusse beizutreten; ich möchte deshalb den Herrn Oberbürgermeister bitten, uns mitzuteilen, aus welchem Grunde diese Wendung des Magistrates sich vollzogen hat, da bei der damaligen Beratung anscheinend keine prinzipielle Abneigung des Magistrates gegen den Beschluß der Versammlung vorhanden war.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben allerdings beschlossen, dem Antrage der Versammlung auf Vermehrung der Oberfeuerwehrleute und der Feuerwehrleute um je 2 Mann nicht zuzustimmen. Auch wir wollen selbstverständlich die Feuersicherheit der Stadt in jeder Weise fördern, aber uns war ein strikter Beweis dafür, daß die von der Versammlung festgesetzte Zahl Feuerwehrleute absolut notwendig sei, nicht erbracht worden. Die Verhandlungen hatten sich damals weit ausgedehnt, und ich wollte nicht nochmals auf die vom Kreisbranddirektor aufgestellte und recht anfechtbare Berechnung eingehen. In dieser Berechnung war z. B. darauf hingewiesen, es könne vorkommen, daß die Feuerwache einmal nur mit zwei Mann besetzt wäre. Denkbar möchte ja der Fall sein, aber jedenfalls kann er nur höchst selten eintreten, und es gibt auch noch andere Wege, ihn zu verhüten, als eine Vermehrung der Mannschaften. Es ist auch gesagt worden in dem Berichte, daß dauernd zwei Mann unterwegs sein müßten, um die Hydranten zu besorgen; das trifft aber nicht zu, denn wir haben die Wartung der Hydranten dem Wasserwerke übertragen und der Herr Kreisbranddirektor hat auf diesen Einwand erwidert, es wäre wünschenswert, daß die Feuerwehrleute sich über die Lage der Hydranten orientierten. Das ist ja selbstverständlich, aber wir brauchen deshalb nicht zu sagen, es müßten dauernd zwei Leute zu dem Zwecke unterwegs sein. Ferner bedarf die Frage einer näheren Prüfung, ob man dauernd zwei Mann unterwegs haben soll, um die Telegraphendrähte zu unterhalten. Diese

Unterhaltung würde sich billiger durch die Uebertragung der Arbeit auf eine Firma herstellen lassen und ich kann wirklich nicht einsehen, daß die Drähte dauernd durch Feuerwehrleute unterhalten werden müssen. Es sollen auch zwei Mann nötig sein für etwaige Meldungen, die im Bureau eingehen. Dazu kann ich folgendes bemerken: Es wird nötig sein, den jetzigen Brandmeister zu pensionieren, weil er nicht mehr in der Lage ist, seinen Dienst ordnungsmäßig zu versehen, wohl aber würde er die Meldungen im Bureau entgegennehmen können, wenn er auch vielleicht noch einen zweiten Mann neben sich haben müßte, der aber nicht Feuerwehrmann zu sein braucht.

Endlich kommt noch in Betracht, daß der Berechnung der Umstand zugrunde gelegt ist, es müßte die Feuerwehr regelmäßig mit drei Geräten ausrücken. Das ist an sich richtig, aber in den allerwenigsten Fällen brauchen die drei Geräte an Ort und Stelle zu bleiben, sondern ein Gerät ist meistens sofort nach Ankunft auf dem Platze in der Lage, wieder abzurücken, meistens sogar zwei. Mit einem Worte, diese Berechnung ist sehr anfechtbar. Da wir aber allen Grund haben, unsere Ausgaben zu beschränken, uns auch eine weit größere Ausgabe bevorsteht, sobald wir die zweite Feuerwache einrichten, so hat der Magistrat geglaubt, diesem Wunsche der Versammlung einstweilen nicht entsprechen zu können.

Herr Jasper: Nach diesen Ausführungen werden die Herren sehen, wie schnell der Ruhm einer technisch-sachverständigen Kapazität verfällt. Uns wurde der Kreisbranddirektor als eine Autorität hingestellt, auf die sich die Versammlung verlassen könne; jetzt sind aber schon Bedenken dagegen gekommen, indem dessen Berechnung anfechtbar sein soll, weshalb, das habe ich noch nicht einzusehen vermocht. Ich möchte daher bitten, sich auf das technische Gutachten des Kreisbranddirektors zu verlassen und an dem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse auf Vermehrung der Feuerwehrmannschaften festzuhalten und die Mittel dafür einzustellen. Dadurch würde der Haushaltsplan nicht allzu sehr belastet werden, und für notwendige Zwecke müssen wir die Mittel eben aufbringen. Die Mehrheit der Versammlung hat sich noch vor kurzem auf den Standpunkt gestellt, daß diese Vermehrung nötig sei und sie wird wohl auch daran festhalten. Ich hätte übrigens wohl erwartet, daß der Magistrat auch ohne meine Aufforderung seine Gründe dargelegt hätte, in welcher Weise von ihm zu unseren Beschlüssen Stellung genommen war.

Der Antrag Jasper wird darauf abgelehnt.

Herr Meyerhoff: Dieses Kapitel sieht wieder eine Mehrausgabe gegen das Vorjahr von rund 36000 M vor. Wenn darunter auch verschiedene Sachen als einmalige Ausgabe figurieren, so kann man doch dreist sagen, daß die dauernde Mehrbelastung 25000 M betragen wird. Da wir unser Feuerlöschwesen immer mehr vervollkommen, so wäre es vielleicht angebracht, wenn die Versammlung die Frage einmal ventilirte, ob es nicht möglich sei, die Landesbehörden zu veran-

lassen, der Stadt einen größeren Zuschuß zu bewilligen. Ich glaube fest, es würde ein solcher Antrag, den ich damit gestellt haben will, keine Fehlbitte sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat würde sehr gern bereit sein, einem solchen Beschlusse der Versammlung Folge zu leisten.

Der Antrag Meyerhoff wird einstimmig angenommen.

Zum Kap. IX (Ortspolizei) bemerkt Herr Nßmann: Am 19. Mai 1904 beschloß die Versammlung, den Antrag Esdorn auf Erhöhung der Löhne für Nachtwächter dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen. Der Magistrat hat diesem Antrage, der bezweckte, die Löhne der Nachtwächter um 5 M monatlich zu erhöhen, nicht im vollen Maße stattgegeben, sondern hat unter Beibehaltung des Anfangssatzes von 70 M beschlossen, nach Ablauf von 5 Jahren eine Alterszulage von 5 M und nach Ablauf von weiteren 5 Jahren nochmals eine Zulage von 5 M monatlich zu gewähren. Ich bedaure, daß der Magistrat sich nicht hat entschließen können, den Anfangssatz auf 75 M zu erhöhen, und ich möchte den Antrag stellen, dieses noch jetzt zu tun und die Etatssumme entsprechend zu erhöhen.

Ferner erscheint mir die Gnadenpension der Nachtwächter zu gering. Drei Wächter erhalten jährlich je 72 M, 1 Wächter 60 M, 3 Wächter 48 M und 1 Wächter gar nur 36 M. Ich möchte deshalb weiter beantragen, daß die Gnadenpension mindestens 144 M jährlich beträgt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, es in beiden Beziehungen bei den Vorschlägen des Magistrates zu belassen.

Was zunächst die Aufbesserung der Nachtwächterlöhne betrifft, so hat der Magistrat geglaubt, in der Weise wie es der Haushaltsplan ergibt, Ihren Wünschen entsprechen zu sollen; darüber hinaus wollten wir nicht gehen, einmal, weil die Nachforschungen ergeben haben, daß ein großer Teil der Nachtwächter mit einer Nebenbeschäftigung einen Verdienst erzielt, der nicht unwesentlich ist und der bei der Art der Tätigkeit der Nachtwächter mit ins Gewicht fallen muß. Der andere Grund ist darin zu erblicken, daß wir wünschen müssen, die Nachtwächter möglichst lange in ihrer Tätigkeit erhalten zu sehen und daß wir für treue Pflichterfüllung eine Belohnung dadurch aussetzen, daß wir ihnen eine Alterszulage gewähren. Eine solche Aufbesserung von vornherein stattfinden zu lassen, erschien uns dagegen nicht zweckmäßig.

Hinsichtlich der Gnadenpension bitte ich zu berücksichtigen, daß es sich hier um Leute handelt, die längst vor Einführung des Ruhegehalts als Nachtwächter tätig gewesen sind, daß also überhaupt keine rechtliche Verpflichtung für die Stadt bestand, ihnen ein Ruhegehalt zu geben. Außerdem kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß gerade diese Personen in ganz ausgiebiger Weise bei der Verteilung von Legaten berücksichtigt worden sind, was ich ihnen auch von Herzen gönne.

Wenn wir die verschiedenen Beträge zusammenrechnen, so erreichen die meisten Pensionäre schon die Summe, welche der Herr Vorredner gezahlt zu sehen wünscht.

Herr Esdorn: Der Magistrat hat unseren Wünschen in gewisser Weise allerdings Rechnung getragen; ich hätte aber auch gern gesehen, wenn bei dieser Gelegenheit etwas mehr für die Kleidung der Nachtwächter getan wäre.

Von einem Antrage will ich absehen, weil die Nachtwächter dieserhalb ein Bittgesuch an den Magistrat richten wollen. Es ist mir übrigens bekannt geworden, daß der früher wegen Falscheides bestrafte Nachtwächter Steinmann zwei Tage nach der Entlassung aus der Strafanstalt wieder als Nachtwächter eingestellt sein soll. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob sich das bestätigt, da ich mir nicht denken kann, daß jemand unter solchen Verhältnissen wieder als Nachtwächter beschäftigt werden kann.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Annahme der Nachtwächter erfolgt durch die Herzogliche Polizeidirektion; ich bin jedoch bereit, dort Erkundigungen darüber einzuziehen und der Versammlung demnächst Mitteilung über den Ausfall der Erkundigungen zu machen.

Herr Bues: Es sind hier 1200 M eingestellt worden für 8 zur Kontrolle herangezogene Nachtwächter. Diese Zahl ließe sich wohl vermindern, da es sich anscheinend nur darum handelt, einige renitente Polizeisergeanten, welche nicht genügend darauf achten, daß die Wirtschaften rechtzeitig geschlossen werden, zu überwachen. Die 8 Wächter müssen doch wohl nicht voll als solche beschäftigt werden, da sie noch zu anderen Diensten herangezogen werden können.

Es wurde von Herrn Stadtrat von Frankenberg auch gesagt, daß es wünschenswert wäre, wenn die Nachtwächter längere Zeit in ihrem Dienste blieben und sie daher zweimal eine Alterszulage erhalten sollten. Solange aber die Anstellung und Entlassung der Wächter in diesen Händen ruht, wird von einem längeren Verbleiben derselben kaum die Rede sein. Man muß sich wirklich wundern, daß die diesem Beamten übertragene große Vollmacht sich sogar schon auf die Stadt ausdehnt.

Herr Ashmann: Auf die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß viele Nachtwächter eine Nebenbeschäftigung hätten, möchte ich erwidern, daß ich diese am liebsten vermieden sehen möchte. Die Leute würden zu solcher Nebenbeschäftigung auch nicht gezwungen sein, wenn sie nicht mit einem so geringen Einkommen eingestellt würden. Ich kann auch nicht finden, daß es gerade angenehm für die Stadt ist, wenn ihre Beamten sich noch Nebenbeschäftigung suchen müssen. Demnach beantrage ich, auf Seite 48 des Etats unter 2a zu sagen: Löhne der 78 Nachtwächter, 10 je 85 M, 14 je 80 M, 54 je 75 M monatlich = 72240 M.

In betreff der Gnadenpension hat Herr Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen, daß der größte Teil der betreffenden Personen durch milde Stiftungen bedacht werde. Solche Sachen sind aber schwer kontrollierbar und gefallen mir gar nicht, denn dabei bekommt meist der eine viel und der andere wenig. So sehr ich den alten Leuten das gönne, so würde ich es doch für besser halten, wenn jedem aus den städtischen Mitteln gegeben würde, was ihm zugedacht wäre. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich die Pensionen festgesetzt wissen.

Herr Wesemeier: Der Zweck der Lohnerhöhung für die Nachtwächter soll sein, sie länger an ihre Stelle zu fesseln. Daß das aber bei den ausgelegten Löhnen nicht möglich sein wird, unterliegt keinem Zweifel. Als am 14. Mai vorigen Jahres diese Sache zur Beratung stand, wurde von uns der Einwand geltend gemacht, daß die Nachtwächter meist nicht lange im Dienste blieben, jedoch wurde dieser Ansicht widersprochen. Jetzt wird durch Einstellung einer weiteren Alterszulage und durch deren Begründung zugegeben, daß wir recht hatten. Wie soll aber ein Mann mit solchem Lohne eine Familie ernähren können? Man spreche doch nicht von der Nebenbeschäftigung der Nachtwächter. Einige mögen wohl Nebenbeschäftigung erhalten, soweit es sich um Hausarbeit handelt, aber auf der Straße dürfen sie nicht arbeiten, also entfällt für die meisten die Möglichkeit, eine Nebenbeschäftigung zu bekommen.

Eine kleine Erhöhung des Lohn Einkommens ist allerdings vorgesehen, indem die Nachtwächter jetzt nach 10jähriger Dienstzeit bis auf 80 M. kommen können, aber das ist nicht ausreichend. Die Nachtwächter haben auch am Tage noch Dienstverrichtungen zu besorgen, die gar nicht zu ihrem Dienste gehören. Jedenfalls liegt es außerhalb ihrer Dienstverpflichtung, daß sie am Tage für ihr Geld nach dem Hundezwinger beim Schützenhause fahren müssen, um die Hunde mit zu dressieren. In der Sitzung vom 14. Mai vorigen Jahres hatte ich auch behauptet, daß im Laufe eines Vierteljahres 21 Nachtwächter ihre Stelle gewechselt hätten, was von Herrn Ribbentrop bestritten und behauptet wurde, es hätten nur 9 die Stellen gewechselt. Ich behaupte jetzt nochmals, daß meine damaligen Angaben richtig waren, während Herrn Ribbentrops Angaben den Tatsachen nicht entsprachen.

Herr Müller: Ich möchte hier eine andere Angelegenheit besprechen, nämlich den gefährlichen Eisenbahnübergang an der Helmstedterstraße. Am 9. Dezember 1904 passierte abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr ein Güterzug bei nicht geschlossener Schranke den Uebergang und streifte einen Wagen der Nationalbrauerei in der Weise, daß die Hinterräder des Wagens ruiniert und Menschenleben in Gefahr gebracht wurden. Dieserhalb hat denn auch am 2. März dieses Jahres eine Verhandlung vor dem Herzoglichen Landgerichte stattgefunden, die aber zur Freisprechung des betreffenden Bahnwärters führte. Wenn meinem vor etwa 5 Jahren gestellten Antrage entsprochen wäre, dann hätte die königliche Eisenbahn-Direktion in Magdeburg

wenigstens erfahren, in welcher unglaublichen Weise die Beaufsichtigung des gefährlichen Ueberganges stattfindet und es wäre in der Zwischenzeit wohl etwas geschehen. (Redner verliest einen Zeitungsbericht über die betreffende Gerichtsverhandlung, wird aber von dem Herrn Vorsitzenden gebeten, von der Fortsetzung der Verlesung abzusehen, da vorausgesetzt werden könne, daß die Mitglieder der Versammlung den Bericht bereits gelesen haben.)

Auch die Frau des Friedhofsverwalters Heumann mit ihren beiden Töchtern ist nach einer mir gewordenen Mitteilung bei der Gelegenheit in Lebensgefahr geraten. Ich muß es für die Pflicht der Vertreter der Bürgerschaft ansehen, dafür zu sorgen, daß unsere Mitbürger nicht mehr in solche Gefahr geraten können und ersuche Sie, folgender Resolution zuzustimmen:

„In Rücksicht auf die seit Jahren wiederholt vorgekommenen Nachlässigkeiten im Dienste bei dem Bahnübergange an der Helmstedterstraße ersucht die Versammlung den Magistrat, bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg beschwerdeführend vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß in Zukunft nur zuverlässige, im kräftigen Mannesalter stehende Wärter bei den Uebergängen, speziell bei dem gefährvollen, außergewöhnlich stark belasteten Uebergange an der Helmstedterstraße, angestellt werden, damit das Leben der Vorübergehenden und Vorüberfahrenden nicht ferner mehr gefährdet ist.“

Herr Wesemeier: Wenn ich auch einen Zusammenhang der Resolution mit dem uns augenblicklich beschäftigenden Kapitel des Haushaltsplanes nicht zu finden vermag, so will ich doch meine Ansicht darüber äußern. Aus den Preßberichten war mir ersichtlich, daß nicht sowohl eine Nachlässigkeit der Wärter vorlag, sondern daß ihnen die Zeit gefehlt hat, um Trinkwasser zu holen. Da in der Resolution aber dem Wärter die Schuld beigemessen wird, so kann ich ihr nicht zustimmen, obwohl ich in der Sache mit Herrn Müller vollständig übereinstimme.

Vorsitzender: Die Versammlung soll also das Verdikt fällen, daß die Ursache des Unfalles in der Nachlässigkeit des Wärters gelegen hat. Wer ist für die Annahme der Resolution? — Dieselbe ist abgelehnt.

Herr Günther: Es ist eine alte Sache: Wenn ein Arbeitgeber Arbeiter haben will, so muß er sie gut bezahlen und darf sie nicht darauf vertrösten, daß er ihnen im Alter mehr geben will. Die Nachtwächter sind aber die schlechtest bezahlten städtischen Arbeiter und bekommen ihren Lohn noch dazu für eine Zeit, die allen Menschen die unangenehmste ist, nämlich für die Nachtzeit. In anderen Berufen wird die Nachtarbeit besser bezahlt und hier will man sie geringer bezahlen. Die Leute haben einen sehr unangenehmen Dienst, sie müssen in der heißen Sommernacht und in der kalten Winternacht, bei Regen, Sturm und Schnee sich

im Freien bewegen und sie haben außerdem noch mit allen möglichen schwer zu behandelnden Leuten, z. B. mit Betrunknen, zu tun, so daß sie oft in eine recht fatale Lage geraten. Dazu kommt, daß sie am Tage schlafen müssen, wenn andere Leute spazieren gehen können, und der Schlaf am Tage ist bekanntlich nicht der gesündeste. Während man früher alte ausgediente Leute einstellte, verlangt man heute junge kräftige Leute, für die eine Bezahlung von 75 M monatlich recht bescheiden genannt werden muß. Wenn man dazu die Pension von jährlich 48 M rechnet, so kann die Lage der Nachtwächter nicht als eine beneidenswerte angesehen werden, denn wieviel müssen die Pensionäre wohl aus Stiftungen zubekommen, um wöchentlich wenigstens 4—5 M insgesamt zu erhalten? Es ist keine Vertröstung, wenn man sagt, die Pensionäre bekommen von anderer Seite so viel, daß sie leben können, denn leben können sie davon auch noch nicht, sie brauchen nur nicht zu verhungern. Da die anderen Arbeiter in den städtischen Diensten besser bezahlt werden, so muß man das auch bei den Nachtwächtern verlangen.

Herr Peplics: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es wahr ist, daß den Nachtwächtern für Krankheitstage der Lohn abgezogen wird. Wenn das wirklich geschieht, was ich nicht wünsche, so möchte ich wissen, welche Verwendung die Abzüge finden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Sache liegt folgendermaßen: Der Magistrat hat mit Genehmigung der Versammlung vor einer langen Reihe von Jahren veranlaßt, daß die Nachtwächter sich gegen Krankheit freiwillig versichern, weil eine gesetzliche Verpflichtung nicht besteht und der Magistrat hat seinerseits das betreffende Drittel des Beitrages auch freiwillig übernommen. Nachdem dieser Schritt getan war, wird man sich keinen Vorwürfen aussetzen haben, wenn man sagt: Für Krankheitsfälle sorgt die Krankenkasse. Bei einer ganzen Reihe von städtischen Arbeitergruppen und auch bei den Nachtwächtern findet bei einer ganz kurzen Krankheit meines Wissens kein Lohnabzug statt. Aber ein Nebeneinandergehen des vollen Krankengeldes und des vollen Lohnes würde doch wohl ein Ansporn für Simulationen sein, die wir unmöglich fördern können. Herr Günther scheint die Gnadenpensionen und die Ruhegehälter aus neuerer Zeit zu verwechseln. Die Gnadenpensionen haben mit den Ruhegehältern gar nichts zu tun. Soweit mir erinnerlich ist, erhalten die betreffenden 8 Nachtwächter ausnahmslos eine solche Gnadenpension, daneben aber noch eine Invaliden- und Alterspension, die vielleicht 150 M für jeden ausmacht.

Herr Riese: Das Kapitel „Ortspolizei“ ist eins derjenigen, die nicht unwichtig sind für die Entwicklung der Stadt Braunschweig. Wir leiden gegenüber den 13 braunschweigischen Landstädten unter der Ausnahmestellung, daß unsere Polizei eine Herzogliche ist. Wir haben hier eine Polizei ersten und zweiten Grades, nämlich die Tages- und die Nachtpolizei. Je nachdem wird auch der betreffende

Beamte entlohnt. Wer aber am Tage für die Sicherheit einer Gemeinde sorgt, verrichtet keine wichtigeren Funktionen, als wer diese Funktionen des Nachts ausübt. Die früheren Verhandlungen deuten wohl einmal darauf hin, daß in diesem Punkte eine Einheitlichkeit erzielt werden sollte, jedoch bezifferte sich die Ausgabe dann auf 163 000 M, weshalb man davon Abstand genommen hat. Wenn wir aber für 54 Nachtwächter nur 70 M monatlich bezahlen, so scheint mir das mit den heutigen Verhältnissen nicht im Einklange zu stehen. Ein Satz von 75 M ist wirklich nicht zu hoch für diese Leute.

Ferner beantrage ich, den Posten 2 d von 1200 M für die zur Kontrolle herangezogenen 8 Nachtwächter und den Posten 2 f von 750 M für die Aufsicht über das Nachtwachwesen seitens der Herzoglichen Polizeidirektion zu streichen. Beide Posten halte ich für überflüssig. Als seiner Zeit die Affäre im Konzerthause passierte, hatte man das Gefühl, als ob es sich um eine einfache Polizeischikane handele. Ohne näher hierauf eingehen zu wollen, möchte ich nur bemerken, daß diese Sache viele Unzufriedenheit in der Bürgerschaft geschaffen hat. So gut am Tage der Wachtmeister seine Sergeanten kontrolliert, so gut können auch einzelne Kontrolleure die Nachtwächter überwachen, ohne daß die Herzogliche Polizeidirektion dafür eine besondere Vergütung bekommt.

Was die Gnadenpensionen anlangt, so muß jeder, der diese winzigen Beträge sieht, darüber mit dem Kopfe schütteln, denn selbst die kleinsten Städte werden wohl höhere Ruhegehälter geben. Lieber sollte man den Leuten gar nichts geben, als solche geringen Beträge. Was aber die Leute aus den milden Stiftungen dazu bekommen, entzieht sich unserer Kenntnis. Man sollte doch wenigstens so viel geben, wie die Armenpflege für das Individuum bewilligt.

Herr Jasper: Es bedarf wohl keiner weiteren Erörterung, daß das Ruhegehalt der Nachtwächter eine Erhöhung erfahren muß. Wenn auch die Nachtwächter keinen rechtlichen Anspruch darauf besitzen, so liegt doch für eine Stadt die sittliche Verpflichtung vor, die in ihrem Dienst alt und grau gewordenen Arbeiter bei ihrer Dienstunfähigkeit zu versorgen. Bezüglich der Anfrage meines Freundes Peplics ist Herr Stadtrat von Frankenberg die Antwort darauf schuldig geblieben, wo die Abzüge von dem Lohn in Krankheitsfällen der Nachtwächter bleiben. (Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Der Lohn wird eben nicht ausgegeben! Heiterkeit.) Der Lohn ist aber doch voll ausgeworfen und zwar als Ausgabe für die Ortspolizei, dann müßte doch bei der Abrechnung am Schluß des Jahres der Abzug in die Erscheinung treten. (Widerspruch.) Ich werde mich davon überzeugen und mir das Weitere vorbehalten.

Wie mein Freund Riefe schon andeutete, ist es sehr bedauerlich, daß wir keine städtische, sondern eine staatliche Polizei haben, sonst würde es hier anders liegen, und es würden nicht solche Willkürlichkeiten vorkommen, wie sie jetzt von seiten der

Herzoglichen Polizei vielfach beliebt werden. Ich erinnere nur an die Vorgänge hinsichtlich der Polizeistunde.

Es ist inzwischen damit nicht viel anders geworden und gerade in den letzten Monaten sind wieder Fälle von „Polizeiermessen“ und Polizeiwillkür vorgekommen, wie man sie sich nicht unangenehmer denken kann. Von der Polizeidirektion ist nämlich beschlossen worden, gegen die sogenannten Mädchenkneipen strenger vorzugehen. Es wird nun den Leuten häufig am Sonnabend nachmittag oder abend mitgeteilt, daß sie die Bude schließen müssen; hierdurch wird es ihnen aber unmöglich gemacht, den Beschwerdeweg sofort zu beschreiten und sie müssen damit warten bis zum Montag. Im weiteren Verlauf wird die Sache sehr willkürlich nach dem Ermessen der Polizei behandelt, indem dem einen die Erlaubnis zum Betriebe der Wirtschaft wiedergegeben, dem andern aber auch verweigert wird. Rechtsbehelfe gibt es bekanntlich dagegen nicht. Ich will mich hier nicht zum Verteidiger der Mädchenkneipen aufwerfen, sondern will nur betonen, daß es unter Umständen sehr hart und einer Behörde nicht angemessen ist, in der Weise vorzugehen, ohne die Möglichkeit zu bieten, bei der vorgesetzten Behörde den Beschwerdeweg zu beschreiten. Ein Wachtmeister sagt: Du hast die Bude zumachen, und der Polizeipräsident ist an dem Tage nicht zu sprechen; wenn man dann am Montag hinkommt, sagt der Herr Präsident, ich weiß nichts davon, der Herr Regierungsrat Koch weiß auch nichts (Heiterkeit), und schließlich muß der Herr Polizeinspektor Bussenius die nötige Auskunft geben. Das sind Verwaltungszustände, die nicht erfreulicher Natur sind. Wenn ich gesagt habe, der Herr Regierungsrat Koch weiß nichts, so meine ich natürlich, von dieser Sache (Heiterkeit), denn sonst weiß die Polizei immer sehr viel, sie ist nicht nur Mädchen für alles, sondern steckt ihre Nase auch in Angelegenheiten, wo wir sie nicht gern sehen möchten. Dieselbe Willkür der Polizei zeigt sich auch bei den Tanzvergügen. In gewissen maßgebenden Kreisen weht ja der Wind in der Richtung, daß das Tanzen eine Unsitte sei, die sich mit der wahren Frömmigkeit nicht in Einklang bringen lasse und deshalb möglichst gehindert werden müsse. Wir haben ja ein Gesetz über die Veranstaltung öffentlicher Tanzmusiken. Wenn hiernach ein Verein eine Tanzmusik veranstalten will, so muß er sie anmelden und die Polizei verfügt dann, daß nur die Mitglieder des Vereins sich beteiligen dürfen, was besonders bei Gewerkschaften und politischen Vereinen sehr eigentümlich wirkt, weil doch keine Frau in solcher Vereinigung sein darf und ohne Frauen ein Tanzvergnügen nicht gut stattfinden kann. Die Polizei will also das Vergnügen unter Umständen nicht genehmigen und Bedingungen stellen, die mit dem Gesetze nicht im Einklange stehen. Schließlich erteilt sie die Genehmigung zum Tanzvergnügen, wenn dann aber der Freund eines Vereinsmitgliedes mittanzt, wird das Vergnügen zu Ehren der höheren Sittlichkeit geschlossen und der Wirt bestraft. Eine solche Polizeiwillkür

kann aber nicht im allgemeinen Interesse liegen; ich möchte deshalb bei dieser Gelegenheit die frühere Klage von neuem vorbringen und den Magistrat ersuchen, dahin zu wirken, daß gegen solche Veranstaltungen nicht so rigoros vorgegangen wird.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Ich möchte fragen, ob ein Bittgesuch der Nachwächter beim Magistrate schon eingegangen ist?

(Herr Stadtrat von Frankenberg: Nein!)

In der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Aßmann und Nieke abgelehnt und das Kap. IX unverändert angenommen.

Zum Kap. X (Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen) bemerkt Herr Südel: In diesem Kapitel sind 60400 M für die Instandsetzung der Gildenstraße zwischen Gieseler und Sonnenstraße ausgeworfen worden. In der Finanzkommission wurde angeregt, ob es zur Erreichung eines günstigeren Statsabschlusses nicht zweckmäßig sein würde, diese Ausgabe um ein Jahr zurückzuschieben. Nach verschiedenen Erwägungen ist man indessen davon abgekommen, solchen Vorschlag zu machen.

Herr Stegmann: Es findet sich in diesem Kapitel unter 3 c, dd eine Ausgabe von 452 M für Instandhaltung der Geräte und Wärterbuden zc. Wenn mit den Wärterbuden die Blechbuden gemeint sein sollten, so möchte ich anheimgeben, die Zahl dieser Buden zu vermehren. Außerdem steht die an der Ludwigstraße befindliche Bude an einer sehr ungeeigneten Stelle, neben einer Sandgrube, weshalb ich bitte, sie an einen anderen Platz zu stellen.

Herr Ohlendorf: Die städtischen Wegewärter haben verschiedene Wünsche an die städtische Bauverwaltung gerichtet, auf die sie eine Antwort erhalten haben, dahingehend, daß diese Wünsche im allgemeinen wohl als berechtigt anerkannt würden, daß die städtische Bauverwaltung aber wegen Mangel an Mitteln nicht in der Lage sei, die Wünsche zu befriedigen und die Wegewärter deshalb an die Stadtverordneten-Versammlung mit ihren Wünschen verwiesen würden. (Widerspruch am Magistratsstische.) Ich möchte daher folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, in den Haushaltsplan Mittel einzustellen, die es ermöglichen

- 1) den Lohn der Wegewärter um täglich 50 Pfennig zu erhöhen,
- 2) die Sonntagsarbeit der Wegewärter mit mindestens einem halben Tagelohn zu vergüten,
- 3) den Wegewärtern Kleidungsstücke (nämlich je 2 Joppen, Mantel, Stiefel, Hose, Hösche usw.) in größerem Umfange zu gewähren,
- 4) Baubuden in den einzelnen Bezirken anzuschaffen.“

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Bemerkung des Herrn Ohlendorf hat mich im höchsten Grade überrascht, daß eine städtische Behörde ihren Arbeitern gesagt haben soll: wir haben keine Mittel, wendet Euch an die Stadtverordneten-

Versammlung. Das erkläre ich für unrichtig, denn das ist unmöglich. Nicht an die Versammlung haben sich die städtischen Bediensteten zu wenden, sondern an den Magistrat. (Zustimmung.) Herr Dr. Jasper hat schon gestern in der Finanzkommission erklärt, daß ein Gesuch der Wegewärter eingegangen sein solle. Hiernach gewinnt es den Anschein, als ob die Herren Arbeiter ihre Wünsche nicht, wie es sich gehört, bei dem Magistrate vorbringen, sondern bei einzelnen Mitgliedern der Versammlung. Es paßt sich für unsere Arbeiter aber, sich mit ihren Wünschen an den Magistrat zu wenden und erst, wenn dieser sich ablehnend verhält, sie bei der Versammlung vorzubringen. In diesem Augenblicke wird mir ein Antrag der städtischen Bauverwaltung wegen der Bezüge der im Kanalbau beschäftigten städtischen Arbeiter vorgelegt, den wir sachgemäß prüfen werden.

Herr Ohlendorf muß einsehen, daß hier nicht Anträge auf Lohnerhöhungen gestellt und beschlossen werden können, ehe wir diese Anträge geprüft haben. Wenn die städtische Bauverwaltung bei uns den Antrag stellt, ihre Arbeiter im Einkommen aufzubessern, so wird es dem Magistrate nicht in den Sinn kommen, solchen Antrag abzulehnen nur, weil keine Mittel vorhanden wären. Das ist noch niemals geschehen. Allerdings über den Kopf der zuständigen städtischen Verwaltung hinweg werden wir auch nicht erklären, daß die Lohnsätze der betreffenden Arbeiter nicht richtig wären und aufgebessert werden müßten; denn dazu haben wir die betreffende Deputation. Ich möchte anheimgeben, diesen Antrag als zwecklos fallen zu lassen, da es nichts verspricht, noch nachträglich ein paar tausend Mark in den Etat einzustellen.

Herr Ohlendorf: Ich kann die Erregung des Herrn Oberbürgermeisters nicht verstehen. Es scheint von ihm ja als ein Verbrechen angesehen zu werden, wenn die Wegewärter ein Gesuch um Verbesserung ihrer Lage an die städtische Bauverwaltung einreichen. Die Bauverwaltung hat darauf den Leuten mitgeteilt, daß keine Mittel zur Berücksichtigung ihrer Wünsche vorhanden seien. Sollte aus meiner Äußerung aber hervorgehen, daß der Magistrat von den Wegewärtern hat übergangen werden sollen, so habe ich mich nur verkehrt ausgedrückt. Jedenfalls ist es aber das Recht eines Stadtverordneten, zu beantragen, für diese oder jene Sache Mittel in den Etat einzustellen, denn dazu beraten wir den Etat.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich muß dabei bleiben und möchte nicht, daß in diesem Punkte eine Unklarheit Platz greift: Wenn unsere Arbeiter mit ihrem Dienst Einkommen nicht zufrieden sind, so halte ich es nicht für richtig, daß sie sich mit ihren Wünschen an einen der Herren Stadtverordneten wenden, sondern zuerst an uns. Herr Ohlendorf ist doch selbst an einer großen Verwaltung beschäftigt, die viele Löhne zu zahlen hat, deshalb muß er unseren Standpunkt billigen. Wohin soll ein solcher Zustand führen? Ich halte es nicht für recht, daß die städtischen Arbeiter, ehe wir Kenntnis von ihren Wünschen erhalten,

einzelne Stadtverordnete auffuchen und sie bitten, für die Erfüllung der Wünsche einzutreten. Das heißt so viel als: Der Magistrat tut für seine Arbeiter nicht, was sich gehört, die Stadtverordnetenversammlung muß ihn erst dazu zwingen.

Herr Südel: Der Antrag des Herrn Ohlendorf ist geschäftsmäßig unmöglich, weil wir zum Etat nur Abänderungsanträge mit bestimmten Summen gebrauchen können. Andernfalls muß der Antrag als ein selbständiger behandelt werden.

Herr Jasper: Es scheint hier ähnlich herzugehen, wie ich es vorhin von der Polizeidirektion geschildert habe, daß man von der einen Stelle zur anderen geschickt wird. Wenn im Laufe des Jahres ein Antrag gestellt wird, so erklären die Herren, es möchte die Sache beim Etat vorgebracht werden; geschieht es da, dann wird erwidert, es gehöre nicht dahin. Wohin gehören denn nun eigentlich diese Sachen? Es ist das Recht eines Stadtverordneten, jederzeit die Anträge einzubringen, die er im Interesse der Stadtgemeinde und der von ihr beschäftigten Arbeiter für gut hält, und nichts anderes hat Herr Ohlendorf getan. Wenn er bei Einbringung des Antrages darauf Bezug genommen hat, daß gleichzeitig ein Besuch der Arbeiter im Gange sei, das auf dem instanzmäßigen Wege, auf dessen Innehaltung der Herr Oberbürgermeister mit Recht großen Wert legt, der vorgesetzten Behörde überreicht werden solle und dabei bemerkt, daß diese wohl zustimmend geantwortet, aber vorgeschützt habe, sie müsse das Gesuch an den Magistrat weitergeben, weil die Stadtverordneten-Versammlung noch keine Mittel bewilligt habe, so kann dieses ein Stadtverordneter sehr wohl zur Begründung eines Antrages anführen, weil er damit nichts anderes sagt, als daß die technischen Sachverständigen derselben Meinung seien, wie der Antragsteller. Darauf Bezug zu nehmen, ist den Stadtverordneten wohl gestattet und das hat uns der Herr Oberbürgermeister sicher nicht verwehren wollen. Herr Ohlendorf hat also keineswegs versucht, in den instanzmäßigen Weg einzugreifen.

Vorsitzender: Um den Antrag verhandlungsfähig zu machen, kann er eingangs in folgender Weise geändert werden:

„Die Versammlung wolle beschließen, in den Haushaltsplan 15 000 M einzustellen, um

1) 2c.“

Herr Jasper: Gegen die Aenderung habe ich nichts einzuwenden. Wenn in dem Antrage Ohlendorf auch eine Vermehrung der Baubuden angestrebt wird, so liegt das einerseits im Interesse der Arbeiter, die dann ihr Frühstück auf der Arbeitsstelle einnehmen können und nicht auf die Schnapspintchen angewiesen sind, und die auch ihre Rösche während der Arbeit ordnungsmäßig unterbringen können. Andererseits liegt es aber auch im Interesse der städtischen Bauverwaltung, die ihre Gerätschaften in den Buden zweckmäßig unterbringen kann. Daß aber eine

Lohnerhöhung für diese Arbeiter dringend geboten ist, wird den Herren auch klar sein.

Herr Fiedel: Ich bin nicht gegen die Stellung von Anträgen beim Etat, sondern ich meine nur, daß in den Anträgen bestimmte Summen genannt werden müssen, um diese eventuell noch in den Etat einstellen zu können.

Herr Hauswaldt: Es ist ein angenehmes Gefühl, wenn man einen Freund hat, der einem aus der Sackgasse heraushilft. Was Herr Dr. Jasper gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort, aber Herr Ohlendorf sagte vorhin dem Sinne nach folgendes: Die Arbeiter hatten sich an die städtische Bauverwaltung gewandt mit der Bitte um Lohnerhöhung, die ihnen erwiderte, wir haben kein Geld, und nun haben sich die Arbeiter an ihn gewandt. Es ist allerdings das Recht der Stadtverordneten, bei der Etatsberatung Anregung zu geben und den Magistrat zu ersuchen, diese oder jene Position noch einmal zu prüfen.

Herr Ohlendorf: Ich glaube mich nicht so ausgedrückt zu haben, wie Herr Hauswaldt eben meint. Die Arbeiter werden ihren Weg wohl so gehen, wie es der Herr Oberbürgermeister wünscht. Sie sind zunächst an die Bauverwaltung gegangen und werden, nachdem ihr Besuch dort abgelehnt worden ist, dem Magistrat damit kommen. Wenn nun die Arbeiter von ihrer vorgesetzten Stelle ein Schreiben bekommen haben und sie machen einem Stadtverordneten hiervon Mitteilung, so ist das doch kein Geheimnis, und wenn dieser das bei der Etatsberatung benutzt, um zu versuchen, die Wünsche schon in dem bevorstehenden Jahre durchzuführen, so ist das doch auch nicht schlimm.

Der Antrag Ohlendorf wird darauf abgelehnt und das Kap. X genehmigt.

Die Kap. XI (Gemeindesteuern) und XII (Staatsbedürfnisse) geben zu Bemerkungen keinen Anlaß.

Zum Kap. XIII (Stadtverwaltung) bemerkt Herr Stegmann, daß sich die technischen Hilfsbeamten des Stadtbauamtes wiederholt an den Magistrat um Aufbesserung ihres Einkommens gewandt haben. (Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Die Sache liegt jetzt vor.)

Herr Jasper: Auf Seite 63 findet sich unter IV b ein Posten von 600 M als Kosten des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts. Früher ist seitens dieser Gerichte beliebt worden, der Versammlung über ihre Tätigkeit Berichte zuzuschicken, was in letzter Zeit unterblieben ist. Ich würde gern sehen, wenn das wieder geschähe.

Ferner ist mir aus den Zeitungen bekannt geworden, daß wiederholt städtische Betriebe vor dem Gewerbegerichte verklagt wurden. Es ist an sich schon für eine städtische Verwaltung ein eigen Ding, die Rechtsordnung so wenig innezuhalten,

daß man es auf eine Klage der Arbeiter ankommen läßt, aber hier liegt die Sache insofern noch ungünstiger, als die Klagen vor dem Gewerbegerichte jedesmal mit einer Verurteilung der betr. städtischen Anstalt geendet haben, und zwar scheint der Richter dabei niemals zweifelhaft gewesen zu sein. In einem Falle hat ein Arbeiter gegen die Neustadtmühle klagen wollen, worauf der betr. Bureaubeamte die Klage dadurch vermieden hat, daß er auf einen Zettel schrieb, der Lohn müßte gezahlt werden. Es ist zu beklagen, daß das nicht auch in anderen Fällen geschehen ist.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite: der Vorsitzende des Gewerbegerichtes war ein Mitglied der beklagten Behörde. Nun soll ein Richter unparteiisch sein und über den Parteien stehen. Wie ist es aber wohl möglich, daß ein Magistratsmitglied in einer Klage gegen den Magistrat unparteiisch Recht sprechen kann? Einem solchen Richter müssen wirklich zwei Seelen in einer Brust wohnen. Wenn es sich bei den Klagen auch um Bagatellen für die Stadtverwaltung handeln mag, so stimmt eine solche Besetzung des Gewerbegerichtes mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen doch nicht überein. Der Magistrat sollte deshalb darauf bedacht sein, daß solche Sachen nicht wieder vorkommen.

Es wurde mir auch mitgeteilt, daß der gegenwärtige Gewerbeichter auf einem sehr eigentümlichen Standpunkte insofern zu stehen scheine, als er diejenigen Beamten unserer Gewerkschaften, die vor dem Gewerbegerichte die Sache für einen abgereiften Kollegen führen wollten, nicht zugelassen habe, weil nach seiner Auffassung von den betreffenden Gewerkschaftsbeamten das Auftreten vor dem Gewerbegerichte geschäftsmäßig behandelt werde. Es ist aber keine Rede davon, daß der Geschäftsführer für diese Vertretung eine Vergütung erhält, sondern es handelt sich dabei um ein reines Vertrauensgeschäft. Der Herr Stadtrat soll, wenn mein Bericht mich nicht trügt, gesagt haben, die Geschäftsmäßigkeit liege darin, daß der Betreffende aus seiner Tätigkeit als Vertrauensmann der Gewerkschaften ein Geschäft mache, denn er bekomme als deren Geschäftsführer eine Besoldung, damit er im Interesse der organisierten Arbeiter tätig sei. Diesen Standpunkt des Herrn Stadtrat würde ich sehr bedauern.

Ich bringe die Sache hier zur Sprache, damit Herr Stadtrat Wagner Gelegenheit nehmen kann, sich darüber zu äußern. Wenn auch bezweckt wird, rechtskundige Vertreter beim Gewerbegerichte auszuschließen, so kann sich das Verbot doch nicht auf solche Personen erstrecken, die das Vertrauen der Arbeiter genießen, ohne rechtskundig zu sein. In Nürnberg, Berlin und anderen Städten ist seit Jahren der Geschäftsführer der einzelnen Gewerkschaften zu Vertretungen vor dem Gewerbegerichte zugelassen worden, also könnte hier wohl in gleicher Weise verfahren werden.

Herr Stadtrat Wagner: Als Vorsitzender des Gewerbegerichtes bin ich Richter und in dieser Tätigkeit unabhängig. Ich bin der Meinung, daß ich den städtischen Behörden über diese Tätigkeit wohl einen Geschäftsbericht zu erstatten habe — und der befindet sich schon in der Ausarbeitung —, daß ich aber im übrigen mich über meine Tätigkeit als Richter nicht zu verantworten habe. (Zustimmung.)

Gleichwohl will ich mich über die Sache äußern. Es ist richtig, daß in zwei Fällen Klagen gegen städtische Betriebe vorgekommen sind und daß beide zu Ungunsten dieser Betriebe ausgefallen sind. Daraus dürfte aber zur Genüge hervorgehen, daß ein städtischer Beamter auch in der Lage ist, städtische Angelegenheiten unparteiisch zu behandeln. Ob ein städtischer Betrieb einmal für 14 Tage Lohn zu zahlen hat, muß einem solchen Richter ganz gleich sein. Wenn bei mir aber nur im entferntesten die Idee aufgetaucht wäre, ich könnte in einer Sache befangen sein, so würde ich von selbst nicht als Richter auftreten. In den beiden Klagefällen ist es zu einer Verurteilung nicht gekommen, sondern gegen die betreffenden städtischen Stellen sind die Klagen nach Beendigung der Beweisaufnahme zurückgezogen. Der betr. Zettel war übrigens nicht von einem Subalternbeamten, sondern von mir geschrieben. Ich habe in dem Falle den Sachverhalt aufgeklärt und dem Beamten gesagt, er möchte nach dem Werke gehen und die Sache schlichten. Wenn ich eine Sache rechtzeitig erfahre, tue ich das immer, um einen Prozeß vor dem Gewerbegerichte zu vermeiden.

Nun komme ich zu der Ausschließung des Geschäftsführers des Metallarbeiterverbandes. Als der Herr vor einigen Tagen in zwei Fällen als Vertreter eines Klägers auftrat, habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, daß ich nach dem Gewerbegerichtsgesetz wahrscheinlich verpflichtet sei, ihn als Vertreter auszuschließen, weil dort stehe, daß jeder, der solche Vertretung geschäftsmäßig betreibt, nicht zugelassen werden könne. Diese Vorschrift ist für das Gericht bindend. Ich würde über die Ausschließung nicht allein entschieden haben, sondern hätte von dem Gerichtskollegium einen entsprechenden Beschluß fassen lassen, der darin bestanden haben würde, daß der betreffende Herr gewohnheitsmäßig Vertretungen übernimmt, ohne einen Erwerb daraus zu ziehen und er ausgeschlossen werden müßte, weil seine Stellung als bezahlter Geschäftsführer des Verbandes als geschäftsmäßiger Vertreter einer Partei aufgefaßt werden könnte.

Vorsitzender: Diese Besprechung gibt mir Veranlassung zu einer Anregung. Es ist auch an anderen Stellen des öffentlichen Lebens in letzterer Zeit beliebt, mit Rücksicht darauf, daß jetzt mehrfach Spezialgerichte bestehen, bei denen die Vertretung durch eine einzelne Abteilung der Verwaltung zweckmäßig ist, einzelne Verwaltungszweige zur Vertretung zu ermächtigen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ohne solche Ermächtigung möglicherweise die Belangung einzelner

Geschäftsstellen vor dem Gewerbegerichte, wie sie hier eben geschildert worden ist, zu großen Bedenken Veranlassung geben kann, und ich möchte anregen, die Möglichkeit zu schaffen, daß solche Vertretung gesetzmäßig wird, da sie ein Bedürfnis ist. Bei der Herzoglichen Hofstatt ist bereits eine ähnliche Verordnung ergangen.

Herr Stadtrat Wagner: Ich möchte das unterstützen. Da ich in den betr. Fällen auch zweifelhaft war, so habe ich dem Kläger geraten, er möchte lieber gegen die Stadtgemeinde seine Klagen richten, weil die einzelnen städtischen Betriebe nicht verklagt werden könnten.

Herr Hauswaldt: Ich möchte bitten, bei einer gegen einen städtischen Betrieb gerichteten Klage nicht dem Vertreter des Magistrates, sondern dem Mitgliede, das nicht in städtischen Diensten steht, den Vorsitz im Gewerbegerichte zu übertragen. (Widerspruch.) Dann muß allerdings eine Aenderung eintreten. Niemand wird auf den Gedanken kommen, daß ein Mitglied des Magistrates, noch dazu wegen einer Bagatellsumme, das Recht beugen könnte; wenn aber von der verklagten Behörde ein Mitglied in dem die Entscheidung abgebenden Gerichte sitzt, so liegt es nahe, das nicht für richtig zu halten. Deshalb muß ein dem Magistrate nicht angehörender Ersatzmann vorgesehen werden.

Herr Meyerhoff: Auf Seite 63 unter IV, i sind 6000 M zur Reinigung des Rathauses eingesetzt worden, während dafür früher 9000 M ausgeworfen wurden. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob bisher im Rathause vielleicht zu viel gereinigt worden ist. Man hat allgemein gehört, daß man ein so propres Rathaus noch nirgends gefunden habe wie hier. Bei der künstlerischen Ausgestaltung der Korridore erscheint es mir zweifelhaft, ob wir mit den 6000 M auskommen werden, ohne daß die Reinlichkeit der Ornamentik darunter leidet. Sollte das nicht möglich sein, so möchte ich bitten, eine höhere Summe dafür auszuwerfen.

Herr Födel: Es soll im Rathause allerdings eine übertriebene Reinlichkeit geübt worden sein; wir waren deshalb der Meinung, den Betrag von 6000 M stehen lassen zu sollen, um zu versuchen, ob mit dem Betrage auszukommen sein wird. Wir glaubten, daß etwas weniger Wasser in vieler Beziehung wünschenswert wäre.

Vorsitzender: Die Finanzkommission wird aber trotzdem der Ansicht sein, daß im Rathause äußerste Reinlichkeit anzustreben sei. (Zustimmung.)

Herr Hauswaldt: Es kann auch zu viel gereinigt werden. Man kommt nicht in das Rathaus, ohne daß dort das Wasser in Strömen fließt, und ich glaube, es ist hier fast gesünder mit dem Reinigen. Es handelt sich doch nicht um einen Fliesenfußboden in den Gängen des Rathauses, sondern um einen Linoleumbelag, der meiner Ansicht nach durch die Wasserfluten schon gelitten

hat. Für die Erhaltung des Linooleums ist es deshalb wünschenswert, nicht gar zu viel mit Wasser zu reinigen.

Herr Blasius: Ich bin der Ansicht, man kann ein Haus nicht reinlich genug halten. Unser Rathaus ist ein Muster von Reinlichkeit, und so wollen wir es uns auch erhalten. Was kommt es dem gegenüber auf 3000 M im Jahre an? Schon die Gesundheit unserer Magistratsmitglieder legt uns die Verpflichtung auf, ihnen ein reinliches Haus zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit.) Ohne Wasser läßt sich aber kein Haus rein erhalten, und wenn das Linooleum verbraucht ist, wird es eben erneuert. Ich möchte beantragen, wieder 9000 M einzustellen, wie im Vorjahre, denn mit der Reinlichkeit dürfen wir nicht zurückgehen.

Herr Südel: Herr Blasius kann überzeugt sein, daß auch wir für die Reinlichkeit sind. Wenn aber Zimmer, die gar nicht benutzt werden, doch alle zwei Tage gereinigt und geschauert werden, so ist das übertrieben. Deshalb soll dafür gesorgt werden, daß eine gewisse Einschränkung stattfindet. Außerdem hat den Vorschlag der Magistrat gemacht, und der wird schon für Reinlichkeit im Rathause sorgen. Wenn hinterher mehr als 6000 M ausgegeben werden, so wird das Mehr nachträglich bewilligt; stellen wir aber von vornherein 9000 M in den Etat ein, so werden sie auch verbraucht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es erschien uns zweifelhaft, ob es nötig und nicht sogar schädlich sei, das Linooleum stets mit heißem Wasser und Seife bearbeiten zu lassen. Die Sachverständigen sind darüber verschiedener Ansicht. Man erreicht jedenfalls eine genügende Reinlichkeit mit dem Aufwischen des Linooleums, und wir wollten diesen Versuch einmal machen. Wenn das nicht reichen sollte, müssen wir den Ausgabeposten wieder erhöhen.

Herr Blasius: Die Zimmer, die nicht benutzt werden, brauchen natürlich nicht so oft gereinigt zu werden, wie die übrigen Zimmer, aber die vom Publikum besuchten Zimmer und Korridore müssen jeden Tag eine gründliche Reinigung erfahren. Wenn wir jetzt 9000 M einstellen und verbrauchen sie nicht, so ist dagegen auch nichts einzuwenden, deshalb empfehle ich, sie vorläufig erst einmal einzustellen.

Nachdem noch die Herren Meyerhoff und Brückmann für die Einstellung von 9000 M eingetreten waren, findet die Abstimmung über den Antrag Blasius statt. Da sich Stimmengleichheit zeigt, hat der Herr Vorsitzende die Entscheidung abzugeben, was zugunsten des Antrages Blasius geschieht, der damit angenommen ist.

Die Ausgabe des Kap. XIII wird dadurch um 3000 M auf 369 600 M erhöht.

Zum Kap. XIV (Insgemein) bemerkte Herr Südel: Wir haben im Kap. I der Einnahmen 5399,30 M und im Kap. XIII der Ausgaben 3000 M zugelegt,

mithin müssen wir hier noch 2399,30 M. zusehen, um Einnahmen und Ausgaben zu balanzieren.

Herr Hauswaldt: Die im Kap. XIII mehr bewilligten 3000 M. bitte ich im Kap. XIV bei dem Punkte 3 der Ausgaben wieder abzusetzen und außerdem die 5399,30 M. neu einzustellen.

Damit sind die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kammereikasse erledigt.

Herr Südel: Ich möchte bitten, den außerordentlichen Etat von der Beratung zurückzustellen und zunächst die Voranschläge der mit der Kammereikasse in Verbindung stehenden Verwaltungen zu beraten. (Zustimmung.)

Zu I. Städtisches Rieselgut Steinhof und Ia. Abwässer-Pumpstation findet sich nichts zu erinnern.

II. Städtische Markthalle. Herr Südel: Es ist, wie auch die Finanzkommission schon erörtert hat, bedauerlich, daß die Erträge aus der Markthalle immer mehr zurückgehen und der Ueberschuß nicht mal mehr zur Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals hinreicht. Die Finanzkommission ersucht daher den Magistrat, Mittel und Wege zu finden, um hier Abhilfe zu schaffen und ein besseres Erträgnis der Markthalle herbeizuführen.

Herr Meyerhoff: Es wird Ihnen aus den Zeitungen bekannt geworden sein, daß die sämtlichen Markthallen in Berlin ebenso franken, wie unsere Markthalle, und daß selbst die große Markthalle am Bahnhof Alexanderplatz nicht mehr die entsprechenden Revenüen abwirft. Man hat dort verschiedene Mittel ergriffen, um den Verkehr in den Markthallen zu heben und hat u. a. auch die Deputation beauftragt, die Hallen schöner auszusmücken, um dadurch die Käufer mit anzulocken. Solche Mittel können aber nicht dauernd wirken, weshalb ich davon absehe, einen derartigen Antrag zu stellen. Wenn wir hier nicht den Wochenmarkt auf dem Altstadtmarkt einschränken, so werden wir keinen Erfolg mit der Markthalle haben. Wir müssen eben die kleinlichen Bedenken fallen lassen, daß der Westen der Stadt bei Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Altstadtmarkte zugrunde geht, sonst kann eine Besserung in den Verhältnissen der Markthalle nicht eintreten. Es gibt nur ein Mittel zur Hebung der Markthalle, nämlich den ganzen Marktverkehr hineinzubringen.

Herr Blasius: Ich bin für den Antrag der Finanzkommission. Wer die Entwicklung unserer Markthallenangelegenheit verfolgt hat, der wird mir zustimmen, daß unsere Markthalle erst dann florieren kann, wenn die offenen Märkte mit ihren geringeren Standgeldern aufgehoben werden. Es muß notgedrungen im Westen der Stadt eine zweite Markthalle errichtet werden, sonst wird unsere Markthalle ewig franken. Der Wochenmarkt auf dem Altstadtmarkte läßt sich nicht eher be-

seitigen, bis wir als Ersatz dafür eine Markthalle in der westlichen Gegend der Stadt errichtet haben werden.

Herr Sander: Ich muß mich wundern, daß Herr Meyerhoff als Vorsitzender des Grundbesitzervereins für eine Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Altstadtmarkte plädieren kann. Durch Aufhebung der Wochenmärkte werden Sie allerdings die Käufer in die Markthalle treiben, aber Sie werden dadurch auch eine Menge Existenzen nicht mehr steuerkräftig erhalten. Der Westen der Stadt hinkt so wie so immer nach, und dessen Bewohner halten sich nicht ganz mit Unrecht für die Stiefkinder der Stadt. Wenn Sie dem Westen auch noch diesen Verkehr nehmen, so unterbinden Sie seinen letzten Lebensnerv. Jetzt kommen die Landleute mit ihren Sachen in die Stadt, spannen in den westlichen Stadtteilen aus, verkaufen ihre Waren und nehmen dort ihre eigenen Bedürfnisse bei den Kaufleuten wieder mit, so daß sie noch etwas Leben in die Gegend der Stadt bringen. Ich werde deshalb mit allen Kräften gegen eine Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Altstadtmarkte zu wirken suchen. Wenn dort eine Aenderung beabsichtigt wird, so möge man in der Gegend eine zweite Markthalle bauen. (Zustimmung.)

Herr Koch: Es ist bedauerlich, daß die Markthalle so wenig benutzt wird und die städtischen Behörden mit ihrer Errichtung vollständig vorbeigehauen haben. Unter solchen Umständen wäre es besser gewesen, wir hätten unser Geld in der Tasche behalten und keine Markthalle gebaut. (Zustimmung.) Die wenigen Verkäufer, welche jetzt die Markthalle noch bevölkern, nehmen an manchem marktfreien Tage keine Mark auf. Wenn morgen der Hagenmarkt für den Marktverkehr wieder freigegeben würde, bliebe kein Verkäufer in der Halle. Die Verhältnisse werden immer noch schlechter, wenn nicht energisch auf Besserung gedrungen wird. Nicht nur eine neue Markthalle im Westen der Stadt ist nötig, sondern auch eine Beschränkung des Hausierhandels während der Marktzeit muß angeordnet werden. Solange der Hausierhandel hier ohne Beschränkung betrieben werden kann, läßt sich auf eine Besserung der Verhältnisse in der Markthalle nicht rechnen. In Köln a. Rh. ist der Hausierhandel auf allen verkehrsreichen Straßen der Stadt verboten, in München in der nächsten Umgebung der großen Markthalle, in Frankfurt a. M. während der Marktzeit, in Leipzig in der gesamten Innenstadt und in Hannover, Straßburg u. schweben noch Verhandlungen über ähnliche Anordnungen. Wenn wir unsere Markthalle betriebsfähig erhalten wollen, muß hier auch etwas in der angeedeuteten Richtung geschehen, denn so kann es nicht weiter gehen, sonst bleiben mit der Zeit die ganzen Stände leer. Im vergangenen Sommer habe ich beobachtet, wie auf den am Altstadtmarkte zum Verkauf gestellten Eßwaren der Staub und Dreck schichtweise lag und wie sich die Hunde an die Körbe stellten. Auch die Buden der Schlachter sahen wenig appetitlich aus, die Schußlaken waren

mit Blut und Schmutz bedeckt u. dgl. m. Trotz aller dieser wenig günstigen Verhältnisse ziehen die Frauen doch den Einkauf auf dem Altstadtmarkte vor, weil sie glauben, es sei dort billiger; wenn wir aber keine Markthalle hätten, möchte ich das Lamento darüber wohl hören. Die Inhaber der Tagesstände müssen täglich 6 M bezahlen, während auf dem Altstadtmarkte der Tagesstand 65 S kostet; es müssen daher unsere Sätze ermäßigt, oder die des Altstadtmarktes erhöht werden.

Herr Meyerhoff: Ich habe nur darüber gesprochen, wie es sich ermöglichen läßt, Verkehr in die Markthalle zu bringen. Dem Westen will ich die Lebensader nicht abschneiden, aber es wird uns nichts weiter übrig bleiben, als auch dort noch eine neue Markthalle zu bauen. Solange wir den Preisunterschied bei den Ständen haben, werden wir die Leute nicht in die Markthalle hineinziehen. Wir können im Westen der Stadt eine weniger opulente Halle bauen und erheben dieselben Gebühren, wie bei unserer jetzigen Markthalle, dann werden beide florieren.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Obwohl die hier geäußerten Ansichten erheblich von einander abweichen, wird der Magistrat doch in eine Prüfung der Sache eintreten. Uebrigens hat sich der Magistrat heute morgen mit dieser Angelegenheit ebenfalls befaßt und hat sich dahin schlüssig gemacht, sich mit der Herzoglichen Polizeidirektion in Verbindung zu setzen, um gewisse Uebelstände im Marktverkehre zu beseitigen. Dazu gehört insbesondere eine ausreichende Berücksichtigung des gesundheitlichen Interesses der hiesigen Einwohnerschaft, das von Herrn Koch schon in überzeugender Weise vorhin vertreten ist. Außerdem werde ich auch Gelegenheit nehmen, den Gesundheitsausschuß, der morgen zum ersten Male zusammentritt, mit dieser Sache zu befaßen.

Wenn ich als Vorsitzender der Markthallen-Deputation auch beklage, daß ihre Einnahmen zurückgegangen sind, so würde ich doch Bedenken tragen, das finanzielle Interesse allein maßgebend sein zu lassen und zu einer so einschneidenden Maßregel, wie der Aufhebung der Wochenmärkte usw., zu greifen, jedoch wird man sich, soweit das gesundheitliche Interesse solches fordert, gegen die gemachten Vorschläge nicht ablehnend verhalten dürfen. (Zustimmung.) Dazu gehört die Erwägung, ob nicht z. B. der Fleischhandel vom Altstadtmarkte verschwinden und ausschließlich der Markthalle überwiesen werden soll, weil gerade hierbei der Gesundheit sehr erhebliche Schädigungen drohen. Wie weit das auch beim Hausierhandel der Fall ist, weiß ich im Augenblicke nicht. Jedenfalls muß der Pollasfleischhandel ernstlich bekämpft werden.

Herr Fiedel: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß diese Frage auch in der Finanzkommission besprochen war und zu der in Vorschlag gebrachten Resolution die Veranlassung gegeben hat. Da wir hier doch nicht zum Schlusse über diese Frage kommen können, so glaubten wir die Sache durch Einbringung der Resolution abzukürzen.

Herr Sander: Um das Gleichgewicht zwischen der Markthalle und dem Wochenmarkte herzustellen, halte ich es für angezeigt, die Standgelde auf dem Wochenmarkte ganz wesentlich zu erhöhen. Hierdurch würde wenigstens erreicht werden, daß die Schlachter aus der nördlichen und östlichen Umgebung der Stadt zur Markthalle gingen.

Herr Esdorn: Ich bin auch dafür, daß in gesundheitlicher Beziehung Maßnahmen getroffen werden. Den Schilderungen des Herrn Koch muß ich aber widersprechen, denn solche trassen Fälle, wie er sie hier vorgeführt hat, existieren gar nicht. Wenn es so schlimm auf dem Altstadtmarkte aussähe, würden sich wohl keine Käufer finden, während tatsächlich die Markthalle nur deshalb so schlecht besucht wird, weil sich die Käufer alle nach dem Altstadtmarkte drängen. Im Westen der Stadt liegt ein großes Interesse vor, einen Wochenmarkt zu behalten, weil die Frauen nicht Zeit haben, nach der Markthalle am Hagenmarkte zu gehen. Das radikalste Abhilfemittel wäre, im Westen der Stadt noch eine zweite Halle zu bauen.

Die Resolution der Finanzkommission wird darauf angenommen.

Bei der jetzt beginnenden Beratung der einzelnen Schuletats übernimmt Herr Hauswaldt das Referat für die Finanzkommission.

III. Oberrealschule. Der Schüler kostet 273,33 M; der Zuschuß der Stadt beträgt bei fremden Kindern 123,33 M und bei einheimischen 146,40 M.

Die Finanzkommission hat angeregt, ob nicht das Schulgeld für fremde Schüler von 150 M auf 180 M erhöht werden kann, wie das in anderen Städten auch der Fall ist.

IV. Höhere Mädchenschule. Das Kind kostet 159 M; der stadtseitige Zuschuß beträgt bei fremden Kindern 9 M, bei einheimischen 36,15 M.

V. Lehrerinnenseminar. (Nichts zu bemerken.)

VI. Mädchenschule. Das Kind kostet 137,77 M; die Stadt leistet einen Zuschuß von 27,77 M bei fremden und von 62,65 M bei einheimischen Kindern.

VII. Bürgerschulklasse. Das Kind kostet 71,45 M; der Zuschuß der Stadt beträgt bei fremden Kindern 7,03 M, bei einheimischen aber 37,03 M, bezw. 57,03 M, bezw. 61,03 M, je nachdem das Kind 24 M, 4 M oder gar kein Schulgeld bezahlt.

Bei dieser Gelegenheit könnte auch das Schreiben des Magistrates vom 28. Februar d. Js., betreffend die Besoldung der Lehrerinnen, mit zur Beratung kommen. Diese Angelegenheit hat viel Staub aufgewirbelt und ich habe bewegliche Zuschriften von Lehrerinnen bekommen, die sich beklagen, daß ihr Gehalt vermindert werden sollte. Davon kann aber keine Rede sein, da es sich um Lehrerinnen handelt,

die am 1. April d. Js. erst angestellt werden sollen. Ich möchte indessen bitten, diese Sache aus dem Etat auszuscheiden, da sie für den Etat gar keinen Wert hat, und sie besonders zu behandeln.

Vorsitzender: Ich habe die Sache auch nicht der Finanzkommission, sondern der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen, die demnächst besonders darüber berichten wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es empfiehlt sich, daß der Magistrat den am 1. April d. Js. zur Anstellung kommenden Damen einstweilen ein Gehalt von 1200 M anweist. Sollten die städtischen Behörden später beschließen, bei der bisherigen Gepflogenheit zu bleiben, so läßt sich eine Aenderung immer noch treffen. Es handelt sich hier übrigens nicht um die Aenderung eines Statuts, sondern der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den hiesigen Bürgerschulen, nach der 1200 M als Anfangsgehalt zu zahlen sind.

Vorsitzender: Wir nehmen also den Etat der Bürgerschulen an, ohne aber dadurch hinsichtlich dieses Punktes ein Präjudiz zu schaffen.

Herr Wesemeier: Da die Zahl der Schulkinder sich nach dem Begleitschreiben zum Etat gegen das Vorjahr wesentlich vermindert hat und dieses auch mit der Verminderung der Einkommensteuer in Verbindung gebracht wird, so kann man mit Recht annehmen, daß die Erwerbsverhältnisse gegen früher sich hier wesentlich verschlechtert haben. Ich möchte Auskunft darüber haben, worauf der Rückgang der Kinder zurückzuführen ist.

Herr Hauswaldt: Es handelt sich hier nur um ein Rechenexempel. Um das Schulgeld für das kommende Jahr veranschlagen zu können, wird eine runde Zahl von Kindern angenommen. Alle die vielen Kinder aber, die kein Schulgeld bezahlen, sind in dieser Zahl nicht enthalten. In dem Begleitschreiben des Magistrates ist besonders gesagt worden, daß die Gesamtzahl der Schulkinder sich nicht vermindert habe, jedoch waren wir mit unseren Zahlen der wirklichen Zahl immer vorausgeeilt. Da indessen im Monat November eine genaue Zählung der Schulkinder vorgenommen ist, so haben wir nicht mehr, als die hierbei ermittelte Zahl einstellen können. Diese Zahl wird am 1. April um etwa 150 Kinder überholt werden.

Herr Wesemeier: In dem Begleitschreiben zum Etat ist aber auf Seite 17 wörtlich gesagt worden: „Da überdies im laufenden Jahre die Zahl der Schulkinder der unteren Bürgerschulen nur von 10006 auf 10016 gestiegen ist, während die Frequenz der mittleren Bürgerschulen abgenommen hat, so ist der vorjährige Ansaß für Schulgeld unverändert beibehalten“. Worauf ist dieser Rückgang wohl zurückzuführen?

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist eine Tatsache, daß in der Industrie eine große Zahl von Arbeitern weniger beschäftigt wird, als früher. Da dieses aber im allgemeinen die kinderreichsten Familien sind, so ist es erklärlich, daß bei deren Fortzug auch die Zahl der Schulkinder abnimmt.

Herr Günther: Auf Seite 134 des Stats findet sich ein Posten von 1100 M für die Haushaltungsschule ausgeworfen. Von diesem Betrage werden auch die Speisen bezahlt, welche dort zubereitet und von den Kindern selbst verzehrt werden. Wenn aber jedesmal 20 Kinder Mittagessen erhalten, so reicht der Betrag dafür nicht aus. Vielleicht ließe sich bei der neuen Schule an der Hildesheimerstraße die Zahl der zu speisenden Schulkinder vermehren. (Heiterkeit.) Man kann eine derartige Einrichtung unmöglich lächerlich finden, denn in vielen Städten, namentlich in Frankreich, hat man die regelmäßige Speisung der Schulkinder eingeführt und zwar nicht nur der armen, damit diese nicht verlegt werden, sondern aller Schulkinder.

Herr Hauswaldt: Herr Günther scheint sich unter der Haushaltungsschule eine Einrichtung zu denken, wo jeden Mittag ein Diner gekocht und verabreicht wird. Das liegt dort aber anders. In den ersten Wochen wird z. B. das Thema „Wasser“ behandelt, also wieviel Grade zum Kochen des Wassers nötig sind und bei welchem Grade die Gefrierung eintritt; dann kommt das Thema „Feuer“, darauf beide zusammen, sodann wird das Ei besprochen, woran man frische Eier erkennt u. Von der Herstellung von Speisen ist also zunächst keine Rede. Zum Schluß kommen dann die Kinder dazu, aus ein paar Pfund Fleisch Bouillon zu kochen, die verschiedenen Fleischarten kennen zu lernen, Gemüse zuzubereiten und zu kochen u. Von einer Kochschule, die im größeren Umfange Mittagessen kocht, ist also hier nicht die Rede. Die Idee, aus der Haushaltungsschule eine Kochschule zu machen, ist aber unmöglich; sie dient nicht dazu, Gerichte herzustellen, sondern die Kinder im Haushalte zu instruieren.

Herr Günther: Das schließt doch nicht aus, die Haushaltungsschule zur Kochschule auszugestalten.

VIII. Fortbildungs- und Gewerbechule. (Nichts zu bemerken.)

IX. Mädchen-Fortbildungsschule.

Herr Günther: Ich werde einen Antrag auf weiteren Ausbau und auf Umgestaltung dieser Schule einbringen. Es sind im ganzen 194 Mädchen für die Schule vorgesehen, also eine sehr geringe Zahl, wenn man bedenkt, welche Bedeutung solche Schule haben soll. Da jetzt eine Deputation zum Studium der Fortbildungsschulen nach verschiedenen Städten entsandt werden soll, so möchte ich den Magistrat bitten, die Deputation zu beauftragen, auch die Einrichtung der Mädchen-Fort-

bildungsschulen mit zu studieren. Diese Schulen werden eine Zukunft haben. Die Mütter gelten heutzutage allein als die Erzieherinnen ihrer Kinder und diese Erziehung wird infolge mangelhafter Vorbildung der Mütter vielfach arg vernachlässigt. Der hier erteilte Unterricht ist aber so kärglich, daß wir darauf bedacht sein müssen, die Schule weiter auszubauen.

Damit gilt das Kap. III (Unterrichtswesen) als genehmigt.

Die Staatsberatung wird hier abgebrochen.

III. Plattenbelag in der Kastanienallee.

Eine größere Anzahl Anlieger der Kastanienallee hat gebeten, die Fußwege dieser Straße vom Altemiekringe bis zum Nußbergpark mit Platten belegen zu lassen. Nach dem vorliegenden Anschlage betragen die Kosten solcher Belegung 10700 M, wovon die Anlieger 8400 M und die Stadt 2300 M zu tragen haben würden. Der voraussichtliche Beitrag der Anlieger würde sich auf 7,80 M für 1 m Frontlänge stellen. Der Magistrat ersucht, sich mit der Ausführung des Projektes, sowie mit dem Kostenanschlage und der Verteilungsberechnung einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

IV. Ausbau u. der Schloßstraße.

Es wird beabsichtigt, die Schloßstraße bei einer Breite von 12 m derartig auszubauen, daß 7 m auf die Fahrbahn und je 2,50 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll mit Gabbropflastersteinen erster Klasse in Grandbettung abgepflastert werden und die Fußwege will man durch einen Belag aus Gußasphalt auf Betonbettung befestigen. Bei der Ritterstraße ist im Hinblick auf das starke Steigungsverhältnis der Schloßstraße eine teilweise Abtragung zur Ausführung zu bringen. Die Kosten des Ausbaues belaufen sich auf 44500 M Grunderwerbskosten und 18000 M Straßenbaukosten, zusammen 62500 M, und die Anlieger würden einen Beitrag von 349 M für 1 m Frontlänge zu tragen haben.

Der Magistrat ersucht, das nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung beigelegte Projekt über den Ausbau der Schloßstraße zu genehmigen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß sie zur Ortsstraße erklärt werde.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Buchler die Genehmigung der Vorlage.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist von der städtischen Bauverwaltung in Aussicht genommen, das Niveau der Ritterstraße etwas zu erniedrigen und diese Straße auf 40—50 m neu zu pflastern. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären und die Kosten aus dem Fonds zur Unterhaltung der innerstädtischen Straßen zu bewilligen.

Die Vorlage wird mit dieser Ergänzung angenommen
und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8³/₄ Uhr.

1904/1905.№ 19.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. März 1905.



Tagesordnung:

I.	Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc. (Schluß)	Seite 660
II.	Erwerb einer Fläche in der Nähe der Kastanienallee	" 680
III.	Antrag Esborn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	" 681
IV.	Anordnung von Vorgärten für die Wallpromenaden zc.	" 682
V.	Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hildesheimerstraße vorge- fehene Straßen	" 687
VI.	Antrag Koch: Schillerfeier betreffend	" 688
VII.	Anfrage Rieke: Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter	" 688
VIII.	Antrag Stegmann: Verteilung eines Schiller=Gedächtnisbuches	" 689



Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Meyer, Seele und Wagner, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Bues, Rathe, Löschigt, Müller und Ribbentrop; außerdem fehlt Herr Frühling.

Den Vorsitz führt Herr Wolff.

I. Stadthaushaltsplan für 1905/06 zc. (Schluß).

Die in der vorigen Sitzung abgebrochene Verhandlung über den Stadthaushaltsplan wird fortgesetzt bei X. Armenkasse. Der Referent, Herr Südel, bemerkt, daß die Finanzkommission nichts gegen den Voranschlag einzuwenden habe.

Zu Seite 164 nimmt das Wort Herr Jasper: Ich möchte wissen, wie es mit der Wiedereinziehung der an unterstützungsbedürftige Familien gezahlten Gelder gehalten wird. Mir ist zu Ohren gekommen, daß hierbei seitens der städtischen Behörden ziemlich rigorös vorgegangen wird, indem z. B. solche Unterstützungen auch von Arbeitern wieder eingezogen werden, die infolge mangelnder Arbeitsgelegenheit von ihren Angehörigen getrennt leben müssen. Ich möchte also die Grundsätze kennen lernen, nach denen hierbei verfahren wird und möchte weiter wissen, ob es richtig ist, daß unter Umständen sogar vom Magistrate für die Einziehung eine Gebühr erhoben wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In Abwesenheit des durch eine Dienstreise behinderten Dezernenten will ich die Frage beantworten. Besondere Grundsätze sind für derartige Fälle nicht aufgestellt worden. Die Städteordnung schreibt im § 200 vor, daß die geleisteten Unterstützungen als Vorschüsse zu betrachten sind, welche von den unterstützten Armen selbst, sowie von den alimentationspflichtigen Verwandten oder von den Erben der Unterstützten im Wege der Klage zurückverlangt werden können. Es wird infolge dieser Vorschrift von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob jemand in der Lage ist, die Beihilfen zurückzuzahlen. Daß eine Gebühr für die Einziehung erhoben werden soll, ist mir nicht bekannt und ich glaube auch, daß wir dazu mangels einer entsprechenden Vorschrift nicht berechtigt sind.

Herr Schmidt: Die Frage der Unterstützung von Familien, deren Oberhaupt sich von der Familie getrennt hat, ist tief einschneidend für die Armenkasse. Wenn Leute ohne ihr Verschulden arbeitslos werden, wird niemand ein Bedenken haben, eine Unterstützung zu gewähren. Sobald aber der Mann seine Familie aus Widerwillen verläßt, haben wir einen anderen Maßstab anzulegen. Es ist deshalb nur zu empfehlen, daß die Stadt gegen solche Leute, die für ihre Familien kein Geld hergeben wollen, in scharfer Weise vorgeht. Es soll in einem Falle gerichtlich ausgetragen sein, daß ein Mann seiner Familie wöchentlich nur 2 bis 3 M abzugeben hat, während der Mann den Rest von 14 bis 16 M für sich behalten kann. Hierüber herrscht bei den Armenpflegern ein begründeter Unwille. Wenn

der Magistrat daher scharf gegen solche nichtsnutzigen Leute vorgeht, so kann man sich nur freuen.

Herr Jasper: In der Würdigung solcher Familienväter, die imstande sind, ihre Familie zu unterstützen, ihrer Pflicht aber nicht nachkommen, bin ich einig mit Herrn Schmidt. Man kann den Fall aber nicht generalisieren, denn die Schuld liegt oft auch auf der anderen Seite. Mir war es mit meiner Frage um das Verhalten des Magistrates zu tun. Es ist mir nämlich berichtet worden, es solle nicht selten vorkommen, daß vom Magistrate sogar mehr Geld wieder erhoben werde, als ursprünglich an eine notleidende Familie gezahlt worden sei. Das läßt sich ja vielleicht in der Weise erklären, daß der Magistrat schon früher Unterstützungen an die Familie gewährt hat und diese mit späteren Unterstützungen zusammen wieder einzieht. In manchen Fällen ist der Magistrat aber doch wohl zu scharf vorgegangen und hätte lieber auf den Weg der Privatklage verweisen sollen. Es wird z. B. eines schönen Tages ein Familienvater auf das Rathhaus zitiert und ihm eröffnet, daß seine Frau eine Unterstützung verlangt und auch erhalten habe, von der er nichts weiß. Der Armenpfleger hat nicht genau untersucht, ob der Mann seine Familie böswillig verlassen oder weshalb die Frau um eine Unterstützung nachgesucht hat. Auf diese Weise kommt der Mann ohne sein Zutun in das Register der Unterstützten und verliert sein Wahlrecht, selbst wenn er das seiner Frau gezahlte Geld zurückzahlt.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Der Magistrat hat mit der Sache gar nichts zu tun, sondern die Armendirektion, in der auch ein Vertreter der Versammlung sitzt. Das Gesetz sieht jede Armenunterstützung als ein Darlehn an, das wiederzubekommen die Stadt versuchen muß. Hierbei stellt die Herzogliche Polizeidirektion, also nicht der Magistrat, fest, wieviel abgetragen werden soll und erteilt die entsprechende Zahlungsaufgabe. Wenn wir eine Klage hätten erheben wollen, mußten wir uns an die Versammlung wenden, was aber bislang nicht geschehen ist.

Herr Nolte: Wenn wiederholt derartige Anträge von Familienmitgliedern gegen ihren unterhaltsfähigen Vater bei der Armendirektion angebracht würden, so könnte diese sich an den Waisenrat wenden, der dann bei der Vormundschaftsbehörde die Bestellung eines Pflegers beantragen könnte.

Herr Kieße: Solche Fälle sind noch nicht die schlimmsten. Viel schlimmer ist es, wenn ein Mann oder eine Frau, die hier 50 Jahre lang ihre Steuern bezahlt haben und im hohen Alter wegen mangelnden Verdienstes eine Armenunterstützung von sechs Mark monatlich erhalten, mit ansehen müssen, wie ihrem Sohne, der mit seinen vier oder fünf Kindern selbst eine große Last hat durchzukommen, der ganze Betrag der Armenunterstützung wieder abgezogen wird. Das war früher nicht Brauch in der Armenverwaltung, aber neuerdings sind derartige Fälle teilweise so

traß geworden, daß junge Leute in ihrer Entwicklung durch solche Inanspruchnahme gehindert worden sind. Einem Manne war das Wahlrecht genommen, weil er eine Armenunterstützung bekam, aber auch der Sohn wurde zum Verbrecher degradirt, weil er von seinem Verdienste diese Unterstützung nicht wieder ersetzen konnte. Ob unter solchen Umständen die Armenpflege zum Wohle der Armen gereicht, erscheint mir recht zweifelhaft. —

Der Anhang zum Voranschlage der Armenkasse veranlaßt Herrn Koch, die Bitte auszusprechen, die Backwaren für das Pflegehaus nicht von einem einzigen Bäcker zu entnehmen, sondern den Bezug unter fünf oder sechs Bäcker zu verteilen, auch nicht denjenigen Bäcker zu bevorzugen, der die Ware am billigsten liefere, da die Insassen ein kräftiges und gutes Brot haben müßten.

Zu XI. Straßenreinigungsinstitut, bemerkt Herr Jasper: Die auf Seite 180 des Stats aufgeführten Löhne von 960 M für die Fahrer und 900 M für die Auflader und sonstigen Straßenreinigungsarbeiter sind bei den gesteigerten Wirtschaftsverhältnissen der Jetztzeit zu gering, ich möchte daher beantragen, die Löhne auf 1080 M für die Fahrer und 1020 M für die Auflader und sonstigen Arbeiter zu erhöhen. Auch müssen diesen Leuten Kleidungsstücke im größeren Umfange als bisher geliefert werden. Man braucht die Leute nur anzusehen, wenn sie ihre berühmte Fahrt vor Herrn Lords Villa vorüber machen und wird sich sagen müssen, daß die Kleidungsstücke gerade bei diesen Leuten mehr abgenutzt werden, als bei allen anderen. Ferner ist mir bekannt geworden, daß es diesen Arbeitern zwar im allgemeinen ermöglicht ist, ihre Waschungen nach Beendigung der täglichen Verrichtungen vorzunehmen, daß aber häufig kein warmes Wasser zu diesem Zwecke mehr vorrätig sein soll. Außerdem erscheint es mir wünschenswert, daß den Arbeitern, die beim Abtragen von Kots verwendet werden, die hierfür stadtseitig erhobene besondere Gebühr zugute kommt, und daß den Arbeitern des Straßenreinigungsinstituts kleine Schränke zur Aufbewahrung ihrer Kleidungsstücke zur Verfügung gestellt werden.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, Mittel von 10000 M in den Haushaltsplan einzustellen, um

- 1) den Lohn der Fahrer auf je 1080 M,
- 2) den Lohn der Auflader auf je 1020 M zu erhöhen,
- 3) den Auflagern Kleidungsstücke in größerem Umfange zu gewähren (besonders Schutzbrille, Lederschürze u. dgl.),
- 4) den Arbeitern des Abfuhrwesens allabendliche Waschungen zu ermöglichen,
- 5) denjenigen Arbeitern, die Kots tragen, für diese Arbeit eine besondere Vergütung zu gewähren,

- 6) den auf dem Wirtschaftshofe beschäftigten Arbeitern Kleiderschränke zur Verfügung zu stellen."

Herr Stadtrat Meyer: Herr Dr. Jasper kommt mit seinen Wünschen insofern post festum, als die betreffenden Arbeiter schon durch ihren Ausschuß bei der Deputation wegen der Aufbesserung ihres Einkommens vorstellig geworden sind und die Deputation diese Wünsche, wenn auch nicht im ganzen Umfange, als berechtigt angesehen hat. Von der Deputation ist daraufhin beschlossen und vom Magistrate auch schon bestätigt worden, daß der Lohn der Fahrer sich vom fünften Jahre ab auf 85 M und vom zehnten Jahre ab auf 90 M monatlich erhöhen soll, während den Ausladern, die einen weniger verantwortungsvollen Dienst haben, eine Lohnerhöhung auf 80 M zuteil werden soll. Hoffentlich wird auch die Versammlung diesen Lohnaufbesserungen demnächst zustimmen. Auch die Wünsche hinsichtlich der Kleidungsstücke sollen berücksichtigt werden, indem die Arbeiter noch einen zweiten Kittel und zu dem einen Paar Stiefel, das sie jährlich erhalten haben, noch ein Paar Sohlen geliefert erhalten sollen. Weitere Wünsche sind von den Arbeitern selbst als nicht begründet anerkannt worden.

Schutzbrillen wurden auf Wunsch schon jetzt geliefert, jedoch haben sie die Leute nicht getragen; wir wollen versuchen, sie mehr als bisher dazu zu veranlassen, wenn wir sie auch nicht zwingen können, solche Brillen zu tragen. Die Sache mit den Schränken ist auch alt. Wir haben früher schon kleine Schränke zur Aufbewahrung von Viktualien angebracht, während es infolge Raummangels schwer halten wird, große Schränke zur Aufnahme von Kleidungsstücken dort unterzubringen. Wir wollen aber den Versuch machen, zunächst einige Schränke aufzustellen und hoffen, daß wir nach und nach eine genügende Zahl großer Schränke unterbringen können.

Die Forderung unter A 5 halte ich für ungerechtfertigt. Wenn man den Koksabträgern die Abtragegebühr besonders vergüten wollte, so würde mir das so ähnlich vorkommen, als wenn ich neben meinem Gehalte für jede Stadtverordneten-sitzung besonders honoriert sein wollte, und das würde mir Herr Dr. Jasper vielleicht auch nicht zubilligen. Die betreffenden Arbeiter bekommen ihren Tagelohn für ihre Leistungen und sind nicht berechtigt, das Abtragen von Koks, das zu ihren Arbeitsleistungen gehört, besonders vergütet zu verlangen. Die Stadt stellt zu der Abfuhr von Koks ihre Gespanne und ihre Leute und die Abnehmer von Koks haben die Abfuhrgebühren an die Stadt zu bezahlen, wie an jeden anderen Fuhrunternehmer. Außer dieser Abtragungsgebühr wird übrigens noch eine kleine Nebengebühr erhoben für die Hinauffschaffung von Koks in die oberen Etagen eines Hauses. Da hierbei die Träger eine besonders schwierige Arbeit zu leisten haben, so hat die Deputation beschlossen, ihnen die Extragegebühr zu

überweisen. Diese Gebühr ist übrigens sehr gering, sie hat im Laufe dieses Jahres zwischen 40 und 50 M betragen und kann den Arbeitern noch nachgezahlt werden.

Herr Jasper: Von dieser Entschließung der Deputation war mir nichts bekannt; ich mußte mich auch an den vorliegenden Etat halten, der als Grundlage der künftigen Entlohnung der Arbeiter anzusehen ist. Bei der wohlwollenden Haltung des Magistrates gegenüber den Wünschen der Arbeiter darf ich wohl annehmen, daß mit der Festlegung des Etats der weiteren Lohnerhöhung nicht präjudiziert werden soll. Zur Förderung unserer heutigen Etatsberatungen bitte ich, meinen Antrag als einen selbständigen zu behandeln und ihn an eine Kommission zu verweisen, um auf diese Weise über die Einzelheiten noch eine Verständigung zu ermöglichen.

Herr Stadtrat Meyer: Von der Ueberweisung des Antrages Jasper an eine Kommission kann wohl abgesehen werden, weil der Magistrat sich entschlossen hat, auch noch für andere Arbeiter Lohnerhöhungen zu beantragen und die Versammlung um ihre Zustimmung dazu zu ersuchen, daß die betreffenden Sätze im Etat nicht innegehalten zu werden brauchen. Es ist also mit Sicherheit zu erwarten, daß der Magistrat noch eine Vorlage machen wird.

Der Antrag Jasper wird darauf derjenigen Kommission zur Vorberatung überwiesen, die die demnächste Magistratsvorlage vorberaten wird.

Herr Lord: Was meine von Herrn Dr. Jasper erwähnte Villa betrifft, so habe ich erstens keine und zweitens ist es auch keine, sondern ein Haus, in dem ich mein Geschäft betreibe. Seit vier bis fünf Jahren habe ich vergeblich versucht, dem Corso der Dreckwagen im Namen und im Sinne der Mitbewohner des Wohlwegs mal eine andere Richtung zu geben; es ist mir aber nicht gelungen, indem der Magistrat sagt, es wäre der kürzeste Weg zwischen dem Süden und dem Norden der Stadt. Daß es keine angenehme Zugabe ist, wenn täglich etwa 40 Wagen in dem bekannten Zustande durch die Mitte der Stadt rollen, liegt doch wohl auf der Hand.

Herr Weichsel: Nach dem Statute wird die Pflicht zur Reinigung der Fußsteige allerdings den Anliegern und nicht der Stadt obliegen (Widerspruch); immerhin wäre es aber wünschenswert, wenn von den Straßenreinigungsarbeitern mehr Rücksicht darauf verwendet würde, als bisher. Vor den Toren befinden sich einige Straßen oft tagelang in einem recht bedauernswerten Zustande, dessen Hauptursache die Hunde sind. Nach der Erhöhung der Hundesteuer wird eine Verpflichtung der Stadt anerkannt werden müssen, in dieser Beziehung mehr zu tun, als bisher.

Herr Stadtrat Meyer: Was die Benutzung des Bohlweges durch die Abfuhrwagen anbelangt, so muß das als ein Uebelstand anerkannt werden, dem aber nicht abzuhelpen ist, solange der Schuttabladeplatz im Süden und der Marstall im Norden der Stadt liegt. Sobald der Schutt erst an einer anderen Stelle abgeladen werden wird, tritt von selbst eine Aenderung ein. Wir haben eigentlich nur zwei Straßen, die eine Verbindung zwischen dem Norden und Süden der Stadt vermitteln, nämlich den Bohlweg und die Adolfsstraße. Als Anlieger der letzteren kann ich erklären, daß auch die Adolfsstraße von den Wagen nicht verschont wird und ich werde amtlich den Auftrag erteilen, daß die Straße noch mehr von diesen Wagen befahren werden soll. Da aber dort nicht nur Stadträte und sonstige städtische Beamte wohnen, so muß auch auf die anderen Anwohner Rücksicht genommen und eine gewisse Gleichmäßigkeit beobachtet werden.

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, die Segnung mit den Dreckwagen nicht nur dem Bohlwege zukommen zu lassen, sondern auch andere Anwohner damit zu bedenken. Die Beschießung von Mütten kann die Einwohnerschaft nicht schlimmer berührt haben, als die Anwohner des Bohlweges von dem Donner der Dreckwagen täglich berührt werden. (Heiterkeit.) Die Vorschrift, daß die Wagen in 20 m Abstand fahren sollen, kann wegen des sonstigen Straßenverkehrs nicht immer eingehalten werden; für Anwohner, die krank oder nervös sind, ist es aber furchtbar, dieses Geräusch täglich mit anhören zu müssen. Die Anwohner der Adolfsstraße werden hiervon bei dem vorhandenen Kleinpflaster bei weitem nicht so berührt, wie gerade die Anwohner des Bohlwegs.

Herr Ohlendorf: Die Leute, welche täglich mit den Wagen zu fahren haben, werden durch das Geräusch doch wohl noch mehr angegriffen, als die Anwohner der Straßen, welche von den Wagen einmal passiert werden. Als ich früher die Lohnerhöhung dieser Arbeiter auch mit ihrer aufreibenden Beschäftigung begründete, wurde das Argument von der Versammlung nicht anerkannt; jetzt aber ist das Geräusch der Wagen mit einemmal so schrecklich, daß hierin die beste Begründung für die Lohnerhöhung liegen dürfte. (Heiterkeit.) —

Es folgt die Beratung des Vorschlages der städtischen Gaswerke.

Herr Pepliez: Zu dem Kap. 2 der Ausgabe (S. 187) „Betriebslöhne“ möchte ich bemerken, daß hier für die Ofenarbeiter noch immer die 12stündige Arbeitszeit in den Gasanstalten besteht. Eine so lange Arbeitszeit ist aber nicht mehr Sitte in den Fabriken, und gerade bei städtischen Betrieben sollte man sie nicht mehr finden. Die Arbeit in einer Gasanstalt ist um so schwerer, als die Räume meist mit Gasgeruch angefüllt und daher ungesund sind. Wenn auch die Leute öfter die Räume verlassen können, so müssen sie doch schließlich immer wieder hinein, und die wechselnde Temperatur übt erst recht einen schlechten Ein-

fluß auf die Gesundheit der Leute aus. Aus diesem Grunde ist schon in verschiedenen Städten, wie Bremen, Mainz, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart zc. ein achsstündiger Schichtwechsel eingeführt worden. Ich möchte Deputation und Magistrat bitten, darauf auch hier Bedacht zu nehmen.

Herr Stadtrat Haake: Die Deputation wird Veranlassung nehmen, diese Sache ins Auge zu fassen.

Herr Wesemeier: Ich halte es für selbstverständlich, daß der Verkauf von Koks in erster Linie an Gemeindeangehörige erfolgt und zwar derart, daß den Käufern von Koks möglichst geschäftsmännisch entgegengekommen und der Kauf erleichtert wird. Ich war nun am Donnerstag, den 28. Juli 1904, auf der Direktion der Gas- und Wasserwerke und bestellte mir Koks. Darauf wurde ich gefragt, in welchem Zeitraume ich den Koks wollte abfahren lassen, worauf ich erwiderte, in den ersten Tagen der nächsten Woche, jedenfalls aber innerhalb fünf Tagen. Vorher hatte ich mich auf der Taubenstraße überzeugt, daß nur ein geringes Quantum Koks vorrätig war. Der betreffende Kassierer antwortete mir in brüskem Tone — der Ton kann allerdings in der Person liegen —, das geht nicht, Sie müssen den Koks innerhalb drei Tagen abfahren lassen. Ich erwiderte, daß ich noch keinen Fuhrmann bestellt hätte und es wohl nicht schlimm wäre, wenn ich den Koks bis Mittwoch abfahren ließe, da Platz genug auf der Taubenstraße vorhanden wäre. Darauf erhielt ich die Antwort, daß der Platz nicht für die Konsumenten da sei. Das mag richtig sein, erwiderte ich, aber es schlägt für den Platz wohl nichts, wenn der Koks noch darauf lagert. Wenn ich den Fuhrmann schon bestellt hätte und ich könnte keinen Koks bekommen, so müßte ich doch den Fuhrmann bezahlen. Deshalb würde es schon besser sein, wenn amtlich bekannt gemacht würde, daß Koks zu haben und binnen drei Tagen abzufahren sei. Der Kassierer erwiderte, das haben wir nicht nötig. Der Käufer soll also absolut nötig haben, doppelte Wege zu gehen, denn es ist nirgends bekannt gemacht, daß der Koks innerhalb drei Tagen abgefahren werden muß, sondern es wird noch dazu brüsk erklärt, das haben wir nicht nötig. Anderen Tages schickte ich jemand hin, um den Koks für mich zu kaufen und dem Herrn ist dann auch der Koks anstandslos zu den von mir erstrebten Bedingungen verkauft worden.

Daß auch sonst nicht bekannt gemacht ist, der Koks müßte innerhalb drei Tagen abgefahren werden, beweist die amtliche Bekanntmachung vom 13. Mai 1904, in der empfohlen wurde, den Winterbedarf bald möglichst zu decken, da die Lieferung sofort erfolgen könne. Da am 8. August 1904 eine neue Bekanntmachung erfolgte, so war dies ein Beweis dafür, daß ich den am 28. Juli 1904 bestellten Koks ruhig hätte länger liegen lassen können als drei Tage. Ich habe den Vorfall dem Herrn Direktor von Feilisch mitgeteilt, der mir schrieb, daß die Vorräte in kurzer Zeit abgesetzt wären und daß der Verkauf auf einem Irrtum beruhen müsse. Um

eine solche Silbenstecherei der Beamten in Zukunft zu vermeiden, stelle ich den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Bekanntmachungen, den Verkauf von Gaskoks betreffend, in allen hiesigen Tageszeitungen zu veröffentlichen.“

Herr Weichsel: Ich möchte mich diesem Antrage anschließen, da auch mir von den verschiedensten Seiten Klagen über mangelhafte Kulanz bei der Abfertigung von Koksäufern bekannt geworden sind.

Herr Stadtrat Meyer: Mir ist der von Herrn Wesemeier vorgetragene Fall bekannt geworden; ich halte jedoch dessen Beschwerde nicht für begründet. Die Stadt braucht nicht im voraus bekannt zu machen, daß der Koks innerhalb 3 bis 4 Tagen abzunehmen ist, sondern es ist allgemein bekannt, daß Koks da ist und daß sich jeder darauf Reflektierende melden kann. Man erfährt auch auf dem Bureau, innerhalb welcher Zeit der Koks abzunehmen ist, also liegt darin doch keine Belästigung. Die Direktion hatte ein Interesse daran, auf die Fortschaffung des Koks zu dringen, weil die Bestände zu der Zeit nur gering sind und die zahlreichen Abnehmer kleiner Quantitäten von dem großen Haufen aufladen, Herr Wesemeier aber, wenn er zu lange mit der Abfuhr seines bestellten Quantum wartet, vielleicht nichts mehr vorfindet. Deshalb war es richtig, ihm zu sagen, er möchte den Koks innerhalb dreier Tage abholen. Daß aus dieser ganz korrekten Haltung der Direktion nun aber ein Grund hergeleitet werden könnte, den Koksverkauf in den sämtlichen hiesigen Zeitungen zu veröffentlichen, verstehe ich nicht recht. Wer Koks beziehen will, wird sich schon an den einschlägigen Stellen erkundigen, ob Vorrat da ist.

Herr Nolte: Ich als Stadtverordneter bin nicht dafür, unnötige Kosten zu verwilligen. Wenn ich mein Quantum Koks bestellen will, muß ich öfter auch mehrere Wege machen, bis die Bestellung ausgeführt ist. Ich würde den Erlaß solcher Bekanntmachung nur dann für berechtigt halten, wenn die Stadt ihren Koks nicht los werden könnte; da sie aber reichlichen Absatz hat, so halte ich die Bekanntmachung für unnötig.

Herr Wesemeier: Ich halte es für selbstverständlich und geschäftsmännisch richtig, daß die Stadt als Verkäuferin der gesamten Bevölkerung bekannt gibt, unter welchen Bedingungen der Gaskoks verkauft wird; denn weshalb soll die Stadt in diesem Falle anders handeln, als der Kaufmann? Herr Nolte mag wohl mehr Zeit haben, als der größte Teil der übrigen Bevölkerung, um verschiedene Male zu der Direktion der Gaswerke gehen zu können. Die geringen Kosten der Bekanntmachung können doch wirklich kein Hinderungsgrund sein, meinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt.

Der Voranschlag des städtischen Wasserwerks gibt zu Bemerkungen keinen Anlaß.

Zu dem Anhang: „Wirtschaftsrechnung der Neustadtmühle“, bemerkt Herr Jasper: Mir ist berichtet worden, daß der Neustadtmühle in größerem Umfange sogenannte Flugkleie erwächst, die einen verkäuflichen Wert darstellen soll. Aus dem Etat kann ich aber nicht entnehmen, in welchem Umfange diese Kleie verkauft worden ist; ich bitte deshalb um Aufklärung.

Herr Stadtrat Haake: Bei dem Mahlen des Getreides erhält jeder Kunde für 100 Pfund Getreide 70 Pfund Backmehl, 5 Pfund Futtermehl und 20 Pfund Kleie zurück; in der Mühle verbleiben $2\frac{1}{2}$ Pfund Staub (Schlamm) und $2\frac{1}{2}$ Pfund Spizentkleie und Schmutz aus den Reinigungsmaschinen. Der Schlamm oder Staub wird durch das Kehren der Fußböden und das Reinigen der Maschinen erhalten, er wird durch Siebung gereinigt, nochmals durchgeschrotet und jährlich im ganzen für 5 M pro 100 kg verkauft. Im vorigen Jahre sind 2100 Tonnen Getreide geliefert worden, von denen der Schlamm verkauft worden ist. Die andere Hälfte des Abfalles, die Spizentkleie, besteht in der Hauptsache aus Schmutz und Schalen und ist deshalb wertlos; sie wird in der Hauptsache an unsere Kunden vom Lande unentgeltlich zur Wiefendüngung abgegeben.

Herr Jasper: Zunächst wäre aufgeklärt worden, daß der Wert der einen Hälfte des Abfalles, des sogenannten Schlammes, in dem Kap. 2 der Einnahme steckt. Die andere Hälfte wird für wertlos erklärt und umsonst abgegeben. Mir wird demgegenüber berichtet, daß für diese Spizentkleie eine Mark für den Zentner geboten sein solle, und daß der Direktor von Feilighs erklärt habe, wenn sich Käufer dafür fänden, so könne sie verkauft werden. Als dann ein Käufer den Mühlenmeister Nicolai nach der Kleie gefragt habe, solle ihm dieser erwidert haben, es sei wohl welche da, aber sie sei nicht zu verkaufen, sondern sie werde an die Kunden auf dem Lande abgegeben. Tatsächlich soll denn auch die Spizentkleie an Landwirte in Thune unentgeltlich abgegeben werden, einem Orte, in dem auch Angehörige von Nicolai ansässig sein sollen. In welchem Zusammenhange beides steht, will ich nicht einmal vermuten, jedoch meine ich, daß das Gut der Stadt nicht ohne weiteres auf die Straße geworfen werden soll.

Herr Stadtrat Haake: Die Angelegenheit soll daraufhin untersucht werden.

Die Versammlung geht nunmehr zurück zum Kap. XI der ordentlichen Einnahmen (Gemeindesteuern).

Herr Büdel: Obwohl es nach den bisherigen Beratungen des Stadthaushaltplanes gelungen ist, den Etat in Einnahme und Ausgabe auszugleichen und sogar noch einige tausend Mark zur Verfügung der städtischen Behörden zu stellen, so hält doch ein Teil der Finanzkommission seinen schon früher in Aussicht genommenen Antrag aufrecht, die Gemeindeeinkommensteuer nicht auf $10\frac{1}{4}$, sondern

auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten zu erhöhen. Wir sind uns dabei aufs vollste bewußt, daß dieser Weg ein ungewöhnlicher ist und unsere Wähler es uns recht übel nehmen werden, wenn wir diesen Antrag stellen; wir tun es aber in der Ueberzeugung, daß der Haushaltsplan, wie er uns vorliegt, sich zwar ausgleicht, daß wir aber innerhalb dieses Jahres mit den Beschlüssen, die schon jetzt teilweise gefaßt sind und mit den Anträgen, die während der Beratung des Haushaltsplanes gekommen sind und ein wohlwollendes Entgegenkommen des Magistrates gefunden haben, vor der Gewißheit stehen, daß der vorliegende Haushaltsplan mit seinen vorgesehenen Einnahmen nicht genügen werde, um die an uns herantretenden Forderungen zu decken. Wir würden also mit dem Bewußtsein in das neue Jahr hineingehen, daß uns für die in Aussicht stehenden Gehalts- und Lohnerhöhungen die tatsächliche Deckung fehlen wird. Das ist ein Zustand, den zu empfehlen sich die eine Hälfte der Finanzkommission nicht hat entschließen können. Sie hält es auch deshalb für ihre Pflicht, den Antrag einzubringen, weil sie die feste Ueberzeugung gewonnen hat — und wohl Sie alle mit uns —, daß die dann kommenden Jahre uns sonst unbedingt wieder eine Steuererhöhung bringen müßten. Bei Durchführung unseres Antrages würde ein Ueberschuß von 53 000 M gewonnen werden, und wir erhielten dadurch die Möglichkeit, mit einer gewissen Ruhe den Gehalts- und Lohnerhöhungen entgegenzusehen, die uns demnächst vom Magistrate werden vorgelegt werden. Von einer Seite ist allerdings darauf hingewiesen worden, daß es wünschenswert wäre, diese Knappheit in unserem Haushaltsplane aufrecht zu halten, weil es erziehllich auf uns wirken würde insofern, als wir uns dann aufs notwendigste in den Ausgaben beschränken würden. Das erkenne ich ganz und voll an. Wenn man aber vor der Gewißheit steht, daß eine ganze Reihe von Ausgaben uns nahe bevorsteht und wir das Empfinden haben, daß wir uns gegenüber diesen Ausgaben nicht werden ablehnend verhalten können, so halte ich es für richtiger, Ihnen den Antrag nochmals dringend ans Herz zu legen.

Herr Wolters: Die andere Hälfte der Finanzkommission, zu der ich gehöre, ist folgender Meinung: Es wird nicht verkannt, daß bei Aufrechterhaltung des Voranschlages, wie er im Stadthaushaltsplane vorliegt, die Möglichkeit, ja sogar die Gewißheit vorliegt, am Schlusse des nächsten Etatsjahres einen Fehlbetrag zu erhalten, und es wird ferner nicht verkannt, daß für das Etatsjahr 1906/07 sicher eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer notwendig werden würde. Trotz dieser Bedenken sind aber die anderen Herren der Meinung, man möchte es einstweilen bei dem Vorschlage des Magistrates belassen. Es ist zu bedenken, daß jetzt schon die Erhöhung der Einkommensteuer ungefähr 10 % des bisher bezahlten Steuerbetrages ausmachen wird, während andererseits es unbedenklich erscheint, wirklich einmal einen Etat von solchem Umfange mit einem kleinen Fehlbetrage abschließen zu müssen. Dabei wurde auf frühere Etatsjahre hingewiesen, bei denen man den

Fehlbetrag sogar in den Etat eingesezt hat. Ganz unbedenklich erschien es ferner, daß im nächstfolgenden Jahre wieder eine Steuererhöhung eintreten würde und der im Jahre 1905/06 entstehende Fehlbetrag dann dazu gerechnet werden müßte. Man sagte sich, es wäre als untunlich zu bezeichnen, einen Mehrbetrag von 53 000 M zu schaffen, nur um bevorstehende Ausgaben auszugleichen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es handelt sich um eine schwierige Frage, die uns hier zur Entscheidung unterbreitet wird. Ich glaube namens des Magistrates erklären zu können, wenn dem Magistrate bei Aufstellung des Stats bekannt gewesen wäre, daß in dem bevorstehenden Jahre noch verhältnismäßig so große Aufwendungen nötig sein würden, so hätten wir selbst die Erhebung von $10\frac{1}{2}$ Einheiten vorgeschlagen. Wir haben das im voraus nicht wissen können, weil die Anträge auf Einkommensverbesserungen zum großen Teile erst hinterher gekommen sind. Weiter kommt in Betracht, daß der Antrag Esdorn auf Erhöhung der Beamtengehälter bis zur Feststellung des Stats zurückgestellt worden ist, wir also auch damit nicht ohne weiteres schon vorher rechnen konnten. Ich habe diesen Beschluß so aufgefaßt, daß die Finanzkommission bei ihrem Vorschlage von der Ansicht ausging, daß die Versammlung bei einem ungünstigen Statsabschlusse sagen würde, es ließen sich die Beamtengehälter bedauerlicherweise unter solchen Verhältnissen nicht erhöhen. Wenn die Versammlung aber dem Antrage dennoch zustimmen würde, so bringt das nach den Erhebungen des Herrn Födel eine Mehrausgabe von 14 000 M jährlich. Es sind auch noch andere Mehrausgaben in sicherer Aussicht: Die Pensionierung des Kämmerers erfordert z. B. eine Mehrausgabe von etwa 5 000 M jährlich und die in naher Aussicht stehende Einrichtung einer dauernden Wohnungsaufsicht wird durch die Neuanstellung eines technischen Beamten eine weitere Mehrausgabe von 2 500—3 000 M im Gefolge haben. Seit der Aufstellung des vorliegenden Stats haben wir von der Versammlung noch weitere Ausgaben bewilligt bekommen, die mit den vorbezeichneten Ausgaben zusammen gegenüber den Statsansätzen eine Mehrausgabe von 40 000—50 000 M ergeben werden.

Ich stimme Herrn Dr. Wolters ohne weiteres zu, daß bei einem Etat von dem Umfange des unsrigen ein Defizit von 40 000—50 000 M an sich nichts schadet, wenn es auch nicht angenehm ist; aber dieses Defizit würde in Verbindung mit der späteren Erhöhung der Einkommensteuer um so unangenehmer empfunden werden, als der Staat seine Steuer auch noch wird erhöhen müssen. Deshalb wäre es mir persönlich angenehm, wenn wir in dem bevorstehenden Rechnungsjahre nicht mit einem Defizit abschließen. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse hat der Magistrat beschlossen, durch mich die Erklärung abgeben zu lassen, daß wir der Steuererhöhung auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten zustimmen würden, sofern die Versammlung einen entsprechenden Beschluß fassen sollte.

Herr Esdorn: Die Bürgerschaft hat allerdings die in Aussicht stehende Steuererhöhung nicht mit Freuden begrüßt. Eine Erhöhung um $\frac{3}{4}$ Einheiten macht etwa 8% und eine solche um eine ganze Einheit etwa $10\frac{1}{2}\%$ des jetzigen Steuerbetrages aus. Die Erregung ist nun doch einmal in der Bürgerschaft vorhanden, deshalb bin ich dafür, jetzt gleich so viel zu nehmen, daß wir nächstes Jahr die Steuer nicht schon wieder erhöhen müssen. (Heiterkeit.) Außer den schon bezeichneten Mehrausgaben wird auch ein Antrag auf bessere Beleuchtung unserer Straßen nicht ausbleiben, dessen Durchführung ebenfalls Geld kostet. Lassen Sie uns deshalb dem Vorschlage des Herrn Büdel auf Erhebung von $10\frac{1}{2}$ Einheiten zustimmen, denn es ist besser, fürsorglich, als mit Schulden zu arbeiten.

Herr Jasper: Vor 6—8 Wochen habe ich bereits den Antrag gestellt, den Posten 1 des Kap. XI „Einnahme an Bürgerrechtsgewinngeldern 2000 M.“ wegzufallen zu lassen. Durch zu starke Belastung der Tagesordnung und durch andere Umstände ist der Antrag zwar der Kommission überwiesen, im Plenum aber noch nicht zur Beratung gekommen; ich sehe mich daher veranlaßt, ihn bei dieser Gelegenheit erneut einzubringen, indem ich bitte, den Posten von 2000 M. im Kap. XI zu streichen. Zur Begründung dieses Antrages möchte ich auf meine früheren Ausführungen zurückkommen. Es erscheint mir unbillig, von deutschen Reichsangehörigen, die hier dauernd ihren Wohnsitz nehmen, eine solche Gebühr zu erheben. Auch mit dem Geiste der Reichsverfassung läßt sich diese Gelderhebung nicht in Einklang bringen, denn wir haben ein gemeinsames Reichsindigenat und ein Reichsbürgerrecht. Man geht hier sogar soweit, daß man von Bürgerkindern extra noch Bürgerrechtsgewinnelder erhebt. Wenn also mein Vater und Großvater von jeher hier ansässig und Bürger gewesen sind, so muß ich trotzdem noch 6,50 M. aufwenden, damit ich der Ehre teilhaftig werde, in meiner Vaterstadt die politischen Rechte ausüben zu können, also das zu tun, was nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht eines jeden denkenden Menschen sein soll. Unter diesem Gesichtspunkte ist es aber unbillig, eine Extrasteuer auf den Gewinn des Bürgerrechtes zu legen. Nach der Städteordnung ist die Stadtverwaltung nicht gezwungen, ein solches Geld zu erheben, sie kann jedoch bis zu 6 M. erheben. Da nun bei einem Etat von vier Millionen Mark die 2000 M. nicht soviel verschlagen, um sie als eine besondere Einnahmequelle anzusehen, so bitte ich um Annahme meines Antrages.

Sodann möchte ich zu der Frage der Steuererhöhung Stellung nehmen. Ich würdige die Finanzlage der Stadt ebenso, wie der Herr Referent es getan hat, bin aber gleichwohl für eine weitere Steuererhöhung jetzt noch nicht zu haben, wenn ich auch weiß, daß die notwendigen Ausgaben gestiegen sind und weiter steigen müssen, und zwar aus dem Grunde, weil ich der Meinung bin, daß der Magistrat zunächst bestimmt erklären mag, er brauche die Mehreinnahme. Wenn

der Magistrat aber sagt, er komme mit den $\frac{3}{4}$ Einheiten aus, so ist es nicht meine Sache, ihm noch mehr Mittel zu bewilligen.

Ich verfolge mit dieser Stellungnahme noch eine Nebenabsicht, indem ich nämlich der Ansicht bin, daß unser ganzes Steuersystem, wie es nach der Landesgesetzgebung geordnet ist, nicht der Billigkeit entspricht, da es die weniger Bemittelten verhältnismäßig mehr belastet, als die besser Bemittelten. Die ganze Abstufung der Einkommensteuer entspricht hier in den unteren Klassen nicht der Billigkeit, was schon daraus hervorgeht, daß sie höher ist und stärker wächst, als in Preußen und Sachsen. Was aber in diesen gut bürgerlichen Staaten möglich ist, sollte doch wohl auch hier durchgeführt werden können.

Ich bin nicht der Meinung, daß sich diese Steuergesetzgebung von Landeswegen mit einem Male ändern läßt, dazu ist unsere Macht zu gering, aber wir haben noch andere Mittel in der Hand, durch welche die Differenz einigermaßen ausgeglichen wird, so daß diejenigen, welche einen verhältnismäßig leichteren Einkommensgewinn haben, als solche, die ihren Lebensunterhalt mit der Hand verdienen müssen, mehr zu den Steuern herangezogen werden. Nach dem Gemeindeabgabengesetze ist es uns frei gestellt, Sondersteuern zu erheben, sei es in Form von Umsatz- oder in Form von Zuwachsteuern, worauf ich besonders hinweisen und zugleich anregen möchte, daß der Magistrat sich dieses Jahr mit der Frage befassen wolle, ob nicht in der einen oder anderen Weise eine neue Steuer eingeführt werden könne, die einen Ausgleich schaffe wegen der zu geringen Heranziehung der Besserbesitzenden im Gegensatz zu den Minderbesitzenden. Besonders möchte ich dabei auf die Umsatzsteuer und die Zuwachsteuer hinweisen. Natürlich müssen vom Magistrate zunächst Erhebungen darüber stattfinden, ob diese Steuern auch ertragsreich sein werden.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, es hat keinen Zweck, sich bei der Etatsberatung darüber schlüssig zu machen, was für eine neue Steuer noch erfunden werden könnte. Die Möglichkeit, noch andere Steuern auszusprechen, ist allerdings vorhanden, aber ich möchte dabei eins hervorheben: Herr Jasper hat sich im Anfange seiner Rede auf den Standpunkt gestellt, wir bewilligen die Ausgaben und der Magistrat mag dann das dazu erforderliche Geld schaffen. Der Standpunkt ist nicht richtig, denn Sie haben auch ein Interesse daran, daß wir nicht bankrott werden; Sie können nicht alles dem Magistrate in die Schuhe schieben und sagen, warum hat der Magistrat den Etat nicht besser aufgestellt. Es handelt sich hier um Mehrausgaben, die erst im letzten Momente gekommen sind, weshalb wir nicht schon bei der Aufstellung des Etats entsprechende Vorschläge zu deren Deckung machen konnten.

Wenn Herr Jasper dann ferner einen Antrag auf Aufhebung der Bürgerrechtsgewinnelder gestellt hat, so möchte ich bemerken, daß das nicht so ohne

weiteres geht. Man kann zwar beantragen, einen Einnahmeposten im Etat zu streichen, aber man kann damit nicht auch zugleich ein städtisches Statut außer Kraft setzen. Wenn die Versammlung daher dem Antrage folgen sollte, so würde der Magistrat gleichwohl nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sein, die Gebühr weiter zu erheben, sofern er der Ansicht sein sollte, daß die Aufhebung der Bestimmung des Statuts nicht gerechtfertigt sein sollte. Ich möchte anheimgeben, diesen Antrag zurückzuziehen, zumal auch das Herzogliche Staatsministerium die Genehmigung zu der Aufhebung verweigern kann.

Herr Sander: Ich bin der festen Ueberzeugung, man wird es in der Bürgerschaft nicht verstehen, daß die Versammlung dem Magistrate mehr bewilligen will, als er beantragt hat. Ich sehe nicht so schwarz, wie einige Herren und glaube, daß wir bei der Ablehnung der Erhöhung auf 10¹/₂ Einheiten selbst unter der Bewilligung der beantragten Gehaltserhöhungen noch nicht mit einem Defizit abschließen werden. Eine gewisse Schwarzmalerei ist hier immer getrieben worden und trotzdem sind wir meist mit einem erheblichen Ueberschusse in das neue Rechnungsjahr hinübergegangen. Die Verhältnisse der Industrie werden sich wohl derartig wieder heben, daß die Einkommensteuer noch etwas steigt und die Ueberschüsse des Gaswerkes werden auch noch steigen, so daß wir auch ohne weitere Erhöhung der Steuer nicht mit einem Defizit abschließen werden. Ich stimme deshalb gegen die Erhöhung um ein weiteres Viertel.

Herr Wolters: Nachdem ich vorhin die Ansicht der anderen Hälfte der Finanzkommission vorgetragen habe, will ich auch noch meine persönliche Ansicht mitteilen. Der Verlauf der Statsberatung und insbesondere die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters haben mich dahin gebracht, daß ich persönlich jetzt mit der weiteren Erhöhung der Einkommensteuer einverstanden bin. Herrn Jasper möchte ich erwidern, daß in Preußen die Einkommensteuer sich wesentlich höher progressiv steigert als hier, weil dort die Staats-Einkommensteuer sich von 1 : 4 erhöht und bei uns von 1 : 6, während die Gemeinde-Einkommensteuer in Preußen als ein Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer in Höhe von etwa 100 Prozent erhoben wird.

Herr Esdorn: Der Standpunkt des Herrn Jasper überrascht mich außerordentlich. Die Herren haben Lohn- und Gehaltserhöhungen beantragt oder doch unterstützt und ich bin auch bereit gewesen, diese Anträge mit zu unterstützen, aber wenn ich einmal A gesagt habe, muß ich auch B sagen. Die Art und Weise, wie Herr Dr. Jasper die Mehrausgabe aufgebracht wissen will, überrascht mich. Jede indirekte und jede Sondersteuer wird von den Herren bekämpft — in der Finanzkommission wurde sogar auf eine Erhöhung der Grundsteuer hingewiesen —; daß nun aber Herr Dr. Jasper auf die Umsatzsteuer zu sprechen kommt und dem Magistrate den Weg zur indirekten Steuer zeigt, hat mich wirklich überrascht.

Ich bin ein Gegner der indirekten Steuern und die Freunde des Herrn Dr. Jasper sind es auch stets gewesen, umsomehr muß ich mich über dessen heutiges Auftreten wundern. Die Freunde des Herrn Jasper haben immer gesagt, daß uns nur die direkten Steuern nützen können. Ich erinnere daran, wie sich die Herren und zwar mit Recht gegen die Einführung der Biersteuer gesträubt haben, und jetzt soll womöglich der Magistrat zu einer Lustbarkeitssteuer gebracht werden. Lieber lassen Sie uns ein Simplum mehr nehmen, als indirekte Steuern einführen.

Herr Födel: Herr Sander sprach davon, daß etwaige Mehreinnahmen des Gaswerkes unseren Rämmereikassenetat aufbessern könnten; ein alter Stadtverordneter müßte aber doch wissen, daß diese Einnahmen dem ordentlichen Etat nicht zugute kommen.

Die hier aushängenden Tabellen zeigen deutlich das Anwachsen der Einnahmen und Ausgaben in den verschiedenen Jahren. Wir haben allerdings mehrere Jahre mit einem Fehlbetrage gearbeitet, aber wir haben stets danach gestrebt, ihn so schnell wie möglich auszugleichen. Im Jahre 1899/00 wurden unsere Steuereinheiten auf $9\frac{1}{2}$ herabgesetzt und wir haben von da ab an Gemeinde-Einkommensteuer vereinnahmt: 1899/00 = 1760626 M, 1900/01 = 1907692 M, 1901/02 = 1977245 M und 1902/03 = 2024833 M. Diese ständige Erhöhung der Einnahmen geriet aber im Jahre 1903/04 ins Stocken, indem dort nur 1988092 M eingegangen waren. Wir wissen außerdem schon jetzt, daß das Jahr 1904/05 nicht den veranschlagten Ertrag von 2040250 M erreichen wird. Ich würde mich auch nicht davor fürchten, in das neue Rechnungsjahr mit einem Fehlbetrage zu gehen, wenn nicht der Fehlbetrag des Jahres 1905/06 erst im Jahre 1907/08 bei uns in die Erscheinung träte. Nun haben wir aber hier mit einem großen Ueberschusse der Rämmereikasse aus dem Jahre 1903/04, nämlich mit 153550,68 M zu rechnen, d. i. zugunsten des vorliegenden Haushaltsplanes etwa $\frac{3}{4}$ Einheiten, während wir keineswegs auf einen annähernd so großen Ueberschuß, wenn nicht mit einem Fehlbetrage aus dem laufenden Jahre zu rechnen haben werden. Aus diesem Grunde wird der Ausgleich uns im kommenden Jahre zu schwer werden. Außerdem haben wir vom Jahre 1910 ab mit ganz erheblich höheren Amortisationssummen zu rechnen als jetzt, während bisher sich die Amortisations- und Zinssumme alljährlich etwa deckte. Was wir an Zinsen ersparten, gaben wir an Amortisationen mehr aus. Vom Jahre 1910 ab tritt aber aus einer Anleihe eine neue jährliche Amortisationssumme von anfänglich 60000 M hinzu, die sich von 1915 ab um abermals 60000 M steigert. Damit müssen wir aber schon jetzt rechnen und ich müßte uns für schlechte Haushalter ansehen, wenn wir heute wissentlich mit einem Fehlbetrage für 1905/06 rechnen wollten. Wollten wir den Konsequenzen des Herrn Dr. Jasper folgen und nur die Ausgaben bewilligen, während wir dem Magistrate überließen, dafür zu sorgen, wo das Geld

herkommt, so wird der Magistrat uns mit Recht sagen: Wenn Ihr uns kein Geld bewilligt, so können wir auch nicht zahlen, oder er würde erklären, dasjenige, was wir sehr gern im Interesse der Arbeiter und Beamten bewilligen möchten, können wir unter diesen Umständen nicht bewilligen.

Herr Kolte: Ich stehe auf dem Standpunkte der anderen Hälfte. In meiner Praxis als Stadtverordneter habe ich wiederholt die Erfahrung gemacht, daß der Exekutionsetat günstiger ausgefallen ist, als der Voranschlag. Wenn man bedenkt, daß es sich um einen ordentlichen Etat von rund vier Millionen Mark handelt, während die Differenz, um die es sich hier dreht, 50 000 M. beträgt, so halte ich es unter den vorliegenden Umständen für richtig, zunächst abzuwarten, wie sich die Sache gestalten wird. Ich bin nicht der Ansicht, daß es die hiesige Bevölkerung nicht empfinden werde, ob $\frac{3}{4}$ Einheiten oder eine volle Einheit an Steuern mehr erhoben wird, sondern ich glaube, daß es der Bevölkerung angenehmer und finanzpolitisch richtiger erscheint, die weitere Erhöhung um $\frac{1}{4}$ Einheit erst dann eintreten zu lassen, wenn es auf Grund der gemachten Erfahrungen nötig ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn man diesen Standpunkt auf Grund der gemachten Erfahrungen als richtig ansieht, so muß ich positiv erklären, daß die Erfahrung für die Erhöhung auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten spricht. Wodurch ist es denn gekommen, daß wir fortwährend mit Ueberschüssen operiert haben? Weil die Herren Stadtverordneten stets mehr an Steuern ausgeschrieben haben, als der Magistrat eingestellt hatte. Das konnten natürlich die Herren vorher auch nicht wissen. Nun ist jetzt zum ersten Male der Fall eingetreten, daß noch nicht einmal soviel Steuern ausgeschrieben wurden, wie in den Etat eingestellt worden sind. Auf die Steuernachträge ist auch kein großer Wert zu legen, weil sie sich meistens mit den Steuererlassen decken. Da nach den eingereichten Steuerdeklarationen im nächsten Jahre auf eine wesentliche Erhöhung des diesjährigen Betrages nicht gerechnet werden kann, so ist positiv anzunehmen, daß wir, wenn die Ueberschüsse aus dem Vorjahre wegfallen und die weitere Erhöhung der Steuern nur um $\frac{3}{4}$ Einheiten angenommen wird, mit einem Defizit werden rechnen müssen. Es können allerdings im nächsten Etatsjahre Minderausgaben eintreten; z. B. haben wir für die Beseitigung von Schnee und Eis weniger ausgegeben, als in den Vorjahren, aber das schlägt doch auch nur wenig. Unsere Einnahmen werden sich nicht erhöhen, wenn wir nicht die Steuern erhöhen, weil es uns an schwankenden Einnahmen fehlt. Hiermit müssen Sie sich vertraut machen, und Sie können auch nicht sagen, daß bisher entgegen den Anschlägen des Magistrates meist noch ein Ueberschuß herausgekommen ist, denn das hat aufgehört.

Herr Jasper: Ich habe allerdings übersehen, daß die Bürgerrechtsgewinnelder statutarisch festgelegt worden sind und hier beim Etat nicht ohne weiteres

aufgehoben werden können; ich stelle daher meinen heutigen Antrag zurück bis zur Beratung des früher von mir eingereichten Antrages.

Herr Esdorn möchte ich erwidern, daß ich mit keiner Silbe von indirekten Steuern geredet habe, er scheint mich demnach nicht verstanden oder schlecht zugehört zu haben, oder aber nicht zu wissen, was direkte und was indirekte Steuern sind. Persönlich bin ich sehr wohl für indirekte Steuern zu haben, wenn nämlich das direkte Steuersystem so schlecht abgestuft ist, daß es keinen angemessenen Ausgleich zwischen den besitzenden und den nicht besitzenden Klassen bietet. Wenn die Einkommensteuer z. B. die weniger starken Schultern unverhältnismäßig belasten würde, wie das hier beim Staatseinkommensteuergesetze der Fall ist, so bin ich unter Umständen persönlich für indirekte Steuern zu haben, aber die Zuschlagsteuer und die Umsatzsteuer, für die Herr Esdorn doch sonst schwärmt, kann ich nicht als indirekte Steuern ansprechen. Für notwendige Ausgaben müssen von uns auch die notwendigen Mittel bewilligt werden. Wenn der Magistrat indessen sagt, er komme mit $10\frac{1}{4}$ Einheiten aus, so haben wir keine Veranlassung, zu sagen, wir wollen noch $\frac{1}{4}$ Einheit mehr geben. Sowie der Herr Oberbürgermeister erklärt, wir kommen mit den jetzigen Bewilligungen nicht aus, sondern wir müssen $10\frac{1}{2}$ Einheiten haben, stehe ich persönlich nicht an, das zu bewilligen, aber Uberschüsse zu bewilligen haben wir keinen Anlaß.

Herr Sander: Wenn Herr Fiedel meint, ich müßte als alter Stadtverordneter wissen, daß die Uberschüsse aus dem Gaswerke nicht in den ordentlichen Etat übernommen werden, so will ich darauf erwidern, daß ich das weiß, daß ich aber trotzdem glaube, es würde sich bei dem Abschlusse des ordentlichen Etats mit einem Defizit doch ermöglichen lassen, von den erheblichen Uberschüssen des Gaswerkes durch Beschluß der städtischen Behörden einen Teil auf die Rämmereikasse zu überweisen. In der Finanzkommission habe ich von dem Herrn Oberbürgermeister heraus gehört, daß er eigentlich gar nicht dafür sei, das eine Viertel mehr zu erheben, und das war für meine Stellungnahme mit ausschlaggebend. Wie soll ich dazu kommen, mehr zu bewilligen, als der Magistrat haben will? Annehmen wird er das Mehr allerdings, aber es ist doch zunächst auch nach den heutigen Erklärungen vom Magistratsstische nicht durchaus notwendig. Wenn wir demnächst wirklich mit einem Defizit abschließen, so sind wir dazu verpflichtet, die Steuern weiter zu erhöhen, und es wird dann kein Bürger sagen, wir seien die reinen Steuerbewilligungsmaschinen, aber jetzt würde das bei der Annahme des Antrages Fiedel gesagt werden können.

Herr Meyerhoff: Ich stehe auf dem Standpunkte des letzten Redners, denn ich sehe auch nicht ein, weshalb wir dem Magistrate mehr Steuern bewilligen sollen, als er haben will. Die älteren Stadtverordneten wissen, daß wir ein

Defizit nicht zwei oder drei Jahre, sondern zehn Jahre in unserm Etat gehabt haben (Widerspruch), na, dann sind es vier oder fünf Jahre gewesen. (Widerspruch.) Da es sich hier bei unserm Etat von vier Millionen Mark nur eventuell um ein Defizit von 50 000 M handelt, so können wir darüber ganz ruhig weggehen und dem Magistrate nur das bewilligen, was er fordert. Zeigt sich dann im folgenden Jahre, daß der Steuerbetrag nicht ausreicht, so können wir offen auftreten und sagen, daß die Steuererhöhung notwendig gefordert wird. Heute bin ich davon aber noch nicht überzeugt, trotz der in Aussicht stehenden Gehalts- und Lohnerhöhungen, die sich im Rahmen des heutigen Etats noch werden vornehmen lassen.

Herr Riese: Als ich den Etat durchlas und dabei an die Aufgaben dachte, die noch erfüllt werden müssen, sagte ich mir, daß es doch wohl praktisch sein würde, eine Viertel Einheit an Steuern mehr zu erheben, als der Magistrat beantragt hatte, weil mir aus meiner Tätigkeit in der Versammlung erinnerlich war, daß wir in einem Etatsjahre einmal ein Defizit von 52 000 M hatten, das im andren Jahre schon 104 000 M ausmachte. Seinerzeit wurde mit Recht gesagt, schrapt einmal die Ecken aus und das Defizit wird verschwinden. Wir hatten damals die sogenannten fetten Jahre und vermieden das Defizit dadurch, daß mehr Steuern ausgeschrieben werden konnten, als im Etat festgesetzt worden waren. Jetzt liegt die Sache aber anders. Wir haben jetzt das Prinzip der Steuereinschätzung nach dreijährigem Durchschnitt und nun tritt zum ersten Male der Fall ein, daß dieser Durchschnitt zurückgegangen ist. Im Jahre 1911 werden wir außerdem eine ganze Masse Mehrausgaben durch die dann eintretende Amortisation der neuen städtischen Schuld kriegen. Wenn das Kind aber ertrunken ist, kann man es nicht mehr ins Leben zurückrufen; es muß deshalb die einsichtige Bürgerschaft für die weitere Steuererhöhung sein, weil wir dadurch die größere Gefahr verhindern. Gelingt es uns, uns auf diese Weise bis 1911 einigermaßen zu erholen, so wäre das sehr angenehm. Wenn auch niemand mit Freuden Steuern bewilligt und jeder den Postboten, der Geld bringt, lieber empfängt, als den Exekutor, der Steuern holen will, so muß doch andererseits auch jeder die Konsequenz aus unserer finanziellen Lage ziehen. Heute ist der Etat dem Magistrate viel geläufiger als früher, denn heute weiß er ganz genau, wo das Geld zu holen ist. Beim Oberbürgermeister Caspari hieß es: wir müssen Steuern einschätzen, der Kassierer hat kein Geld mehr in der Kasse. Heute ist diese Sache viel geregelter, aber die Stadt hat sich auch mehr entwickelt und hat größere Ausgaben, allerdings auch größere Einnahmen als früher. Bei der heutigen Krise müssen wir aber Wandel schaffen und Geld daher nehmen, wo es zu finden ist. Deshalb, unbekümmert darum, ob meine Parteigenossen dafür stimmen werden, oder nicht, stimme ich für die Erhöhung auf 10¹/₂ Steuereinheiten.

Herr Lorb: Ich gehöre zu den Mitgliedern der Finanzkommission, die Ihnen eine Erhöhung der Steuern auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten vorschlagen. Neues vermag ich dafür nicht vorzubringen und ich berufe mich nur auf die Ausführungen des Herrn Südel. Ganz leicht ist uns der Entschluß nicht geworden, aber wir finden, daß es im Interesse der Stadt das beste ist, die Steuern auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten zu erhöhen. —

Bei der nun folgenden Abstimmung über den Antrag Südel zeigt sich Stimmengleichheit, indem 13 Herren für und 13 Herren gegen die Erhöhung auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten stimmen. Durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden wird der Antrag indessen angenommen.

Hiernach erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß an Gemeindegemeinkommensteuer $10\frac{1}{2}$ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle, an Gemeindegemeindegrundsteuer 7,5 % vom Grundsteuerkapitale und an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuern ausgeschrieben werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es würde sich empfehlen, den Mehrbetrag an Einnahmen des Kap. XI unter den Ausgaben des Kap. XIV, 4 „Zur Verfügung der städtischen Behörden“ erscheinen zu lassen und die betr. Etatssumme von 12000 M auf 65000 M zu erhöhen.

C. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Herr Südel: Da wir in der vorigen Sitzung — Seite 628 des Berichtes — angenommen haben, daß die Rückzahlung des der Zentralfriedhofskasse bzw. der Gemeinde Kirchenkasse gewährten Darlehens von 300000 M im Laufe des Jahres 1905/06 noch nicht erfolgen wird, so müssen wir den im Kap. II der Einnahme (Seite 68) unter *N* 3 stehenden Betrag um 300000 M auf 139300 M herabsetzen und können dafür die *N* 4b des Kap. II um den gleichen Betrag auf 1195600 M erhöhen.

Der gesamte außerordentliche Etat wird sodann mit dieser Aenderung genehmigt.

Es folgt der Voranschlag für den Schulhausbaufonds, der ohne Besprechung genehmigt wird. —

Nunmehr geht die Versammlung über zur Beratung des Anhangs zum Stadthaushaltsplane und zwar zunächst

zum Voranschlage der Kanalbaukasse, der für Neubau und Unterhaltung genehmigt wird.

Auch zu dem Voranschlage des städtischen Schlachthauses findet sich nichts zu bemerken.

Zu dem Voranschlage der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen bemerkt Herr Sander: Ich möchte beantragen, im Kap. V der Ausgaben die Iſd. № 17 „Zuschuß für die Braunschweiger Baugenossenschaft 1000 M.“ (Seite 232) zu streichen. Dieser Zuschuß wurde der Baugenossenschaft gewährt, als es noch an kleinen Wohnungen mangelte, jetzt aber, wo genug solche Wohnungen vorhanden sind, kann der Zuschuß gestrichen werden.

Herr Meyerhoff: Vor einem Jahre wurde schon gesagt, der Zuschuß würde im nächsten Jahre wohl nicht mehr nötig sein. Man kann daher die 1000 M jetzt besser zu Wohltätigkeitszwecken verwerten. Augenblicklich scheint mir die Baugenossenschaft den Zuschuß wirklich nicht nötig zu haben.

Herr Fudel: Der städtische Zuschuß ist wesentlich dadurch hervorgerufen, daß die Baugenossenschaft das große Terrain an der Helmstedterstraße seinerzeit in der Hoffnung angekauft hatte, es wieder verwerten zu können. Das ist aber vereitelt worden und die Baugenossenschaft dadurch in eine üble Lage gekommen. Sie hat auch eine Unterstützung vom Reiche bekommen. Da indessen nur die Möglichkeit vorlag, außerhalb der Stadt Wohnungen zu bauen, so sind Reichsbeamte nicht hineingezogen, weil sie ihnen zu weit abliegen. Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie den Zuschuß bewilligen wollen oder nicht.

Herr Meyerhoff: Diese Erscheinung hat sich überall gezeigt, wo die Baugenossenschaften von oben unterstützt wurden: die Beamten haben die Wohnungen nicht bezogen, weil sie sich nicht kasernieren lassen wollten, und das kann ich vom menschlichen Standpunkte aus nur billigen. Deshalb halte ich aber auch hier eine Unterstützung nicht für nötig. Früher mag sie der Baugenossenschaft sehr erwünscht gewesen sein, aber heute würde diese unter der Streichung nicht schwer zu leiden haben.

Herr Fudel: Ich leite die Baugenossenschaft und habe die Gründe, welche für die Bewilligung sprechen, dargelegt. Damit habe ich meine Schuldigkeit getan. Ich möchte Herrn Meyerhoff nur noch bitten, vorzuschlagen, wer im Falle der Ablehnung des Zuschusses an die Baugenossenschaft die im Etat ausgeworfenen 1000 M haben soll.

Herr Nolte: Ich wollte anregen, ob eventuell nicht zur Unterstützung der Kinder der Hilfsschule größere Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. (Zustimmung des Herrn Meyerhoff.)

Herr Wesemeier: Ich bitte, den Antrag Sander abzulehnen. Wenn irgend etwas wohlthätig gewirkt hat, so ist es die Unterstützung der Baugenossenschaft. Die vor einigen Jahren gesteigerten Wohnungsmieten gehen so leicht nicht wieder zurück und der Grundstückswucher ist überall so groß, daß er auch von städtischer Seite bekämpft werden muß. Der minder bemittelten Bevölkerung kann es nur

angenehm sein, wenn es recht viele solche gesunden Wohnungen gibt, wie sie von der Baugenossenschaft hergestellt worden sind.

Herr Sander: Ich habe nicht bestritten, daß die tausend Mark bisher wohlthätig gewirkt haben, jedoch halte ich den Zuschuß jetzt nicht mehr für nötig, zumal dem Bauwucher dadurch nicht gesteuert werden wird. Ich möchte mit meinem Antrage den Hausbesitzern, die kleine Wohnungen frei haben, entgegenkommen. Wenn es mal wieder an gesunden billigeren Wohnungen mangelt, können wir den Zuschuß immer wieder bewilligen.

Herr Alßmann: Es kann leicht festgestellt werden, daß in Wohnungen, wie sie die Baugenossenschaft geschaffen hat, eine Ueberproduktion noch nicht vorliegt. Wenn in besseren Wohnungen ein Ueberfluß vorhanden ist, so hat darauf die Baugenossenschaft keinen Einfluß, aber in kleineren gesunden Wohnungen ist ein Ueberfluß nicht vorhanden (Widerspruch), weshalb die Konkurrenz der Baugenossenschaft immer noch sehr angebracht ist.

Der Antrag Sander wird darauf abgelehnt.

Der Etat der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen findet die Genehmigung der Versammlung.

Zum Voranschlage der Kreiskommunalkasse bemerkt Herr Südel, daß der bei der vorjährigen Etatsberatung geäußerte Wunsch, die Kreiskommunalkasse mit der Kammereikasse zu vereinigen, sich noch nicht habe durchführen lassen. Die Vorerhebungen dazu seien im Gange, jedoch bedürfe es erst noch einer Aenderung der betreffenden gesetzlichen Vorschriften.

Hiernach werden die sämtlichen Voranschläge der eben gedachten Kassen nach Maßgabe des Entwurfs festgestellt, auch erklärt die Versammlung ihre Zustimmung dazu, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 % des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Darauf wird auch der Stadthaushaltsplan mit den beschlossenen Aenderungen in seinem vollen Umfange genehmigt.

II. Erwerb einer Fläche in der Nähe der Kastanienallee.

Die Verlegung des für die projektierte Straße 34 in Aussicht genommenen Kanals, dessen Kosten durch den Etat der Kanalbaukasse für 1904/05 mit 44 000 M zur Verfügung gestellt sind, zieht das an der Kastanienallee Nr. 5436 gelegene Grundstück des Schneiders Voges in Mitleidenschaft. Herr Voges hat eine 1,34 a große Fläche seines Grundstücks der Stadt zum Preise von 10 M pro qm zum Kauf angeboten, und der Magistrat gibt anheim, diese bei Ausführung der Straße so wie so zu erwerbende Fläche für den angegebenen Preis anzukaufen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zustimmt.

III. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte.

Der in der Sitzung vom 22. Dezember 1904 — S. 449 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Gehaltsordnung der städtischen Beamten bei Festhaltung von 27 Jahren zur Erreichung des Höchstgehaltes in der Weise abzuändern, daß die Beamten in den mittleren Jahren ein besseres Einkommen erzielen.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Züdel: Bei der Aenderung von Gehaltsordnungen ist es nicht damit getan, eine besondere Klasse von Beamten herauszugreifen und deren Gehälter zu ändern, sondern man muß dann dem Sinne der Gehaltsbestimmung entsprechend auch auf andere Gehaltsklassen zurückgreifen, weil man sonst zu Erscheinungen kommen kann, die weder den Wünschen der Beamten, noch der Gerechtigkeit entsprechen würden. Die Finanzkommission ist deshalb nach eingehender Beratung des Gegenstandes in mehreren Sitzungen zu dem Entschlusse gekommen, der Versammlung eine Durchsicht und teilweise Aenderung der gesamten Gehaltsbestimmungen zu empfehlen. Gleichzeitig mit dem vorliegenden Antrage ist der Finanzkommission durch den Magistrat ein Bericht der städtischen Bauverwaltung überreicht worden, in dem diese um eine anderweite Festsetzung der Gehaltsätze ihrer Beamten ersucht. Auch diese Eingabe ist mit geprüft und sind die beantragten Aenderungen als berechtigt anerkannt worden.

Nach den aufgestellten Berechnungen würden die Erhöhungen für die sämtlichen Beamten etwa 12500 M ausmachen. Dazu kommt noch, daß auch beantragt werden soll, den Magistrat zu ermächtigen, einzelne städtische Baubeamte, die nach der jetzt beliebten Fassung der Gehaltsordnung nicht in höhere Amtsstellen aufrücken können, die aber durch langjährige Tätigkeit im Stadtbauamte und durch ihre gesammelten Erfahrungen ersetzen, was sie durch die Ableistung eines Examens sonst nachweisen müßten, in eine höhere Gehaltsklasse versetzen zu dürfen. Hierdurch würde sich die gesamte Mehrausgabe um weitere 1500 M auf jährlich 14000 M erhöhen.

Ich würde nunmehr zu den einzelnen Gehaltsklassen übergehen.

Vorsitzender: Veranlaßt durch den Antrag eines Stadtverordneten hat die Finanzkommission ein sehr gegliedertes Programm von Gehaltserhöhungen aufgestellt. Zu einer solchen Vorlage müssen wir aber dieselbe Stellung nehmen, wie zu jeder Magistratsvorlage; ich möchte daher die Finanzkommission bitten, ihre Anträge zuvor schriftlich niederzulegen, damit sie vor der Durchberatung vervielfältigt den Mitgliedern der Versammlung zugestellt werden können. (Zustimmung.)

Die weitere Beratung wird demnach bis zur nächsten Sitzung vertagt.

IV. Anordnung von Vorgärten für die Wallpromenaden etc.

Die den Promenadencharakter stark beeinträchtigende Bebauung des südwestlich der Straße „am alten Petritore“ gelegenen Eckgrundstücks des Petritorwalls hat Veranlassung gegeben, die städtische Bauverwaltung mit der Ausarbeitung eines Projektes über Anordnung von Vorgärten an den Wallpromenaden zu beauftragen, sowie mit der Herzoglichen Baudirektion wegen Erteilung der generellen Zustimmung zur Durchführung des Projektes in Verbindung zu treten. Die Vorschläge der städtischen Bauverwaltung nehmen verhältnismäßig stark auf die gegenwärtige Bebauung der an die Wälle angrenzenden Grundstücke Rücksicht insofern, als im allgemeinen für solche Grundstücke, die bis an die Straßenfluchtlinie bebaut sind, die Anordnung von Vorgärten nicht vorgesehen ist. Der Magistrat ist aber mit dem Stadtbauamte der Meinung, daß kein hinreichender Grund vorliegt, die augenblicklichen, dem Promenadencharakter widerstreitenden Bebauungsverhältnisse zu verewigen und daß vielmehr anzustreben ist, diese Verhältnisse mit der Zeit so umzugestalten, daß sie den berechtigten Anforderungen an den Charakter einer Wallpromenade entsprechen. Das ist aber nur möglich, wenn auch für diese Grundstücke Vorgärten angeordnet werden, selbst auf die Gefahr hin, daß bis zum endgültigen Eintritt des gewünschten Zustandes für einzelne von ihnen durch Verzögerung der Neubebauung der Nachbargrundstücke Nachteile nicht ausgeschlossen sind. Ferner hält es der Magistrat mit dem Stadtbauamte für wünschenswert, für die Herzoglichen Parks am Theaterwall und am Fallerslebertorwall Vorgärten anzuordnen, weniger, weil befürchtet wurde, die Herzogliche Verwaltung würde die Grundstücke in der Fluchtlinie bebauen, als vielmehr, um den Verdacht auszuschließen, für diese Grundstücke eine Ausnahmestellung schaffen zu wollen. Im Gegensatz zum Stadtbauamte hält der Magistrat hingegen die sonst außer für die Westseite des Theaterwalls durchweg angeratene Breite der Vorgärten von 3 m für verschiedene Strecken wegen der verhältnismäßig geringen Tiefe der Mehrzahl der angrenzenden Grundstücke für zu groß; es erscheint zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes in diesen Fällen schon eine Vorgartenbreite von 2 m ausreichend zu sein.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß an den Wallpromenaden und einigen angrenzenden Straßenstrecken Vorgärten in dem hierunter näher bezeichneten Umfange angeordnet werden:

- 1) Wilhelmitorwall zwischen dem Hohetorwall und der Ferdinandstraße beiderseits 3 m;
- 2) Wilhelmitorwall zwischen den beiden Einmündungen der Ferdinandstraße einschließlich der Südseite des Langerfeldtschen Grundstücks *N*. ass. 562 = 3 m;

- 3) Gieselerwall zwischen „am Wilhelmitore“ und Gieseler, Südseite 3 m;
- 4) Kalenwall und Friedrich-Wilhelmsplatz von „am Gieseler“ bis zum Haafeschen Grundstücke *N* ass. 477, Nordseite 3 m;
- 5) Bruchtorwall einschließl. Ostseite des Aronheimschen Grundstücks *N* ass. 4838 beiderseits 2 m;
- 6) Siegesplatz beiderseits 3 m;
- 7) Augustplatz zwischen dem Siegesplatze und dem Gebäude *N* ass. 2555 I/2556 beiderseits 2 m;
- 8) Augusttorwall Nordseite 2 m, Südseite 3 m;
- 9) „am Augusttore“ beiderseits 2 m;
- 10) Löwenwall beiderseits 3 m, Ostseite und am Windmühlenberge 2 m;
- 11) Steintorwall beiderseits 3 m;
- 12) Leonhardstraße zwischen Oker und Steintorwall beiderseits 3 m;
- 13) Museumstraße bis zum östlichen Umflutgraben beiderseits 3 m;
- 14) „am Magnitore“ vor dem Grundstücke des städtischen Museums ausschl. Bauplatz für Bibliothek und Archiv südlich 3 m;
- 15) Sandweg und am Theater beiderseits 3 m;
- 16) Theaterwall vor dem Grundstücke *N* ass. 1917 westlich 2 m;
- 17) Theaterwall einschl. den Herzoglichen Park, Ostseite, 3 m;
- 18) „am Fallerlebertore“ und Fallerlebertorwall bis zur Hochschulbrücke beiderseits 3 m;
- 19) Wendentorwall einschl. *N* ass. 4250 beiderseits 3 m;
- 20) „am Wendentore“ vor dem Grundstücke des Amtsgerichts östlich 3 m;
- 21) „am Wendentore“ vor dem Grundstücke *N* ass. 1495 I unter gleichzeitiger Feststellung einer neuen Fluchtlinie an der Westseite, West- und Nordostseite 3 m;
- 22) „am Wendentore“ vor dem Grundstücke des Polizeigebäudes westlich 3 m;
- 23) „am Wendentore“ vor den Grundstücken *N* ass. 2876 II, 4249 und 4250 östlich 2 m;
- 24) „am Gaußberge“ von der Südgrenze des Grundstücks *N* ass. 4111 bis zur Ostgrenze des Grundstücks *N* ass. 5511 westlich 3 m;
- 25) Inselwall und Petritorwall beiderseits 3 m;
- 26) Hohetorwall vom Nordende bis zum Süden der Anlagen östlich 3 m;
- 27) Hohetorwall vom Süden der Anlagen bis zur Straße „am Hohentore“, bis zum Wilhelmitorwall und bis zum Neustadtmühlengraben beiderseits 3 m;
- 28) „am Hohentore“ beiderseits 3 m.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die Baukommission ist, mit wenigen Ausnahmen einstimmig, der Ansicht, daß man dem grundsätzlichen Charakter der Vorlage zustimmen solle. Es muß dahin gestrebt werden, für alle Zukunft den jetzigen schönen Charakter der Wallpromenaden zu erhalten und die Art und Weise, wie an einigen Stellen angefangen ist zu bauen, nicht ferner zu dulden. Für viele Anlieger, die Grundstücke mit geringer Bautiefe besitzen, werden sich durch die Annahme der Vorlage allerdings Unzuträglichkeiten herausstellen, aber die Baukommission ist der Ansicht, daß besondere Wünsche den Interessen der Allgemeinheit nachzustellen sind. Es ist ferner anerkannt worden, daß es an solchen Stellen der Wallpromenaden, wo Gebäude bis ziemlich nahe an die Straßenfluchtlinie herantreten, ein recht häßliches Bild geben wird, wenn Neubauten nach Maßgabe der hier vorgesehenen Baulinien zurücktreten müssen, indessen würde sich ein solcher Einwand stets erheben lassen, so daß bei dessen Anerkennung niemals daran gedacht werden kann, Vorgärten anzuordnen. Dieser Grund hat die Baukommission nicht bestimmen können, seine grundsätzliche Zustimmung zu der Vorlage zu verweigern. Dagegen war man in der Kommission verschiedener Meinung über die Breite der einzelnen Vorgärten. —

Ehe in die Einzelberatung der Vorlage eingetreten wird, beantragt Herr Meyerhoff deren Drucklegung, die indessen nach längerer Besprechung abgelehnt wurde.

Herr Wolters: Zu den unter 1—4 der Vorlage aufgeführten Vorgärten findet sich nichts zu erinnern.

Zu 5 (Bruchtorwall) bemerkt Herr Südel: Es handelt sich hier nur um ein Gebäude, das durch die Anordnung von Vorgärten leiden könnte, während alle anderen Grundstücke bis zur Fluchtlinie bebaut sind. Das erscheint mir hart.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist bei einzelnen Grundstücken und Straßenstrecken tatsächlich fraglich, ob man gut tut, Vorgärten anzuordnen oder nicht. Die städtische Bauverwaltung hatte ursprünglich eine ganze Masse Straßen in dem Verzeichnisse weggelassen, aber das Stadtbauamt hat sich dahin schlüssig gemacht, die Bedenken der städtischen Bauverwaltung nicht teilen zu können und es lieber den Interessenten zu überlassen, gegen die Anordnung von Vorgärten Beschwerde zu erheben, um daraufhin die Sache noch einmal nachzuprüfen. Der Bruchtorwall drängt wohl geradezu dahin, dort Vorgärten auszuschließen, aber sollen wir denn an dieser Stelle die Fehler unserer Vorfahren weiter machen? Die sämtlichen dort liegenden Grundstücke sind so tief, daß sie auch bei der Anordnung von Vorgärten eine ausreichende Bebauung zulassen. Stadtbauamt und Magistrat haben in viel kritischeren Fällen Vorgärten in Aussicht genommen, so daß hier unmöglich davon abgesehen werden kann. Jedenfalls ist es schwer, in dieser Beziehung eine bestimmte Grenze zu ziehen. Berücksichtigen Sie, daß das

bekannte Grundstück am Langenhofe nur 2 m und das Grundstück Ecke Wolfenbüttler- und Hennebergstraße nur 4,35 m tief ist, und doch haben nach den bestehenden Bestimmungen die Bauprojekte vom Stadtbauamte genehmigt werden müssen. Mit diesen Grundstücken wird auch bei der Durchführung der Vorgärten kaum ein einziges Grundstück am ganzen Walle in Vergleich gestellt werden können. Am Theaterwalle sind z. B. von den Anliegern freiwillig Vorgärten liegen gelassen und gerade hier sind die schmalsten Grundstücke am ganzen Walle. In der Gliesmaroderstraße liegt ein ähnlicher Fall vor. Die städtischen Behörden haben dort die Anordnung von Vorgärten beschlossen, aber die Aufsichtsbehörden haben dazu ihre Genehmigung nicht erteilt und gleichwohl haben die Anlieger freiwillig die Vorgärten gehalten.

Bei dem Bruchtorwalle können wir uns von den Rücksichten auf das eine Grundstück unmöglich in unserm Vorgehen bestimmen lassen, denn wenn wir jetzt keine Vorgärten anordnen, so ist dieser Wall für alle Zukunft von Vorgärten ausgeschlossen. Es würde aber bedauerlich sein, wenn diese Strecke keinen Promenadencharakter erhielte, da sie von den Fremden beim Verlassen des Bahnhofes zuerst erreicht wird.

Herr Meyerhoff: Ich bin anderer Ansicht, weil die Straße bis auf das eine Grundstück schon voll bebaut ist. Welchen schlechten Eindruck macht wohl die Tiergartenstraße in Berlin durch die vorspringenden Giebel der vorgebauten Häuser und ähnlich würde die Sache sich hier machen. Auch der Giebel des Reichsbankgebäudes ist durchaus nicht schön anzusehen. Vorgärten sind angenehm, wo die Straße schmal ist, aber hier ist das Trottoir schon sehr breit und außerdem könnte von dem gegenüberliegenden Eisenbahnpark noch etwas zum Trottoir abgeschnitten werden. Auch ist der Bruchtorwall eine reine Geschäftsstraße geworden und hat seinen Promenadencharakter vollständig verloren. Ich halte es nicht für recht, zu ungunsten eines einzigen Menschen Vorgärten vorzuschreiben, denn ehe einmal die Reichsbank umfällt oder umgerissen wird, können Jahrhunderte vergehen. Ich möchte bitten, hier die Vorgärten abzulehnen.

Herr Schmidt: Ich kann mich dieser Ansicht nur anschließen. Wir können unmöglich um das eine kleine Haus dort Vorgärten anordnen.

Herr Stadtrat Meyer: Die Sache wird nicht ganz richtig dargestellt. Es handelt sich hier nicht um ein einziges Grundstück, sondern um das Bierbergische und die Grundstücke neben Hotel Monopol, sowie auch um das Grundstück in der Nähe von Aronheim. Ferner gibt es dort einige ältere Grundstücke, von denen anzunehmen ist, daß sie innerhalb der nächsten 20—30 Jahre neu bebaut werden.

Herr Hauswaldt: Die Vorlage kommt 30 Jahre zu spät. Einen Fehler kann man aber nicht dadurch verbessern, daß man einen noch größeren Fehler

macht und das würde geschehen, wenn man hier Vorgärten vorschriebe. Ich bin deshalb dafür, diese Straße als Promenade aufzugeben.

Herr Wolters: Die Baukommission hat diese Gründe auch sehr wohl erwogen. Es ist bedauerlich, daß solche Gebäude, wie die Reichsbank, bis hart an die Straße gehen, aber es sind doch noch verschiedene unbebaute Grundstücke vorhanden und das Aronheimsche Grundstück steht auch zurück. Mehrere Gebäude sind außerdem Fachwerksbauten, die über kurz oder lang neu bebaut werden. Ich möchte deshalb für Vorgärten sein.

Herr Meyerhoff: Die unbebauten Grundstücke machen zusammen mit dem Aronheimschen nur etwa 60 m Straßenfront aus, also einen ganz unwesentlichen Teil der ganzen Strecke. Wenn hier Vorgärten angeordnet werden, so bleiben die alten Häuser erst recht noch lange stehen und werden nicht abgerissen. Unsere Nachkommen würden sich über einen solchen Beschluß, der ihnen die Flügel binden würde, nur wundern.

Herr Günther: Wenn irgendwo, so sind hier Vorgärten am Platze; es fragt sich nur, ob wir nicht statt 2 m lieber $2\frac{1}{2}$ —3 m nehmen sollen. Uebrigens können wir den Nachkommen ruhig überlassen, sich über einen solchen Beschluß zu wundern, denn wenn sie sich über weiter nichts lustig zu machen haben, können wir es wohl verantworten.

Herr Schöttler: Ich möchte bitten, bei der Abstimmung den Bruchtorwall, nördliche Seite, in zwei Teile zu teilen. Vom Friedrich Wilhelmsplatz bis zur Leopoldstraße können wir keine Vorgärten mehr anordnen, weil es sich dort nur noch um einige winzige Bauplätze handelt, aber von der Leopoldstraße bis zum Siegesplatz geht es.

Nach Ablehnung des Antrages Meyerhoff beschließt die Versammlung, den Teil des Bruchtorwalles (Nordseite) bis zur Leopoldstraße ohne Vorgärten zu belassen und den anderen Teil bis zum Siegesplatz, sowie die Südseite des Bruchtorwalles mit 2 m breiten Vorgärten zu versehen.

Der Punkt 6 (Siegesplatz) wird angenommen.

Zum Punkte 7 (Augustplatz) beantragt Herr Hauswaldt, die Vorgärten für die Südseite zu streichen.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Punkte 8 (Augusttorwall) beantragt Herr Hauswaldt, die Nordseite ohne Vorgärten anzuordnen.

Herr Stadtrat Meyer: Für mich persönlich ist bestimmend, nicht nur die Möglichkeit zu geben, daß die Straße einmal verbreitert werden kann, sondern ihr auch den Promenadencharakter zu erhalten. Den schließen Sie aber aus, wenn Sie für dieses Häuserdreieck die Vorgärten fallen lassen. Wir wollen doch, was früher gesündigt ist, wieder gut machen. Wenn Sie aber allein Schönheits-

rücksichten maßgebend sein lassen wollen, können wir niemals etwas Vollkommenes erreichen. Unsere Nachkommen würden uns jedenfalls Dank wissen, wenn wir in diesem Punkte scharf durchgreifen.

Herr Hauswaldt: Wenn wir durch diesen Beschluß dem Walle seinen ursprünglichen Charakter wiedergeben könnten, würde ich noch viel größere Gärten vorschlagen. Aber dieser Charakter ist schon längst ausgeschlossen, auch ohne unsern Beschluß. Eine Stadt, die sich erweitert, muß solche Sachen mit in Kauf nehmen. Der Erfolg eines Beschlusses auf Vorgärten würde in diesem Falle der sein, daß jemand, der in 150 Jahren dort einmal bauen will, sein Haus 2 m zurücksetzen muß.

Herr Buchler: Nach der Theorie des Herrn Hauswaldt müßten wir einfach sagen: wo ein neues Haus steht, fallen die Vorgärten fort. Das ist aber nicht richtig. Wir haben leider früher versäumt, daran zu denken und haben nun solche Bauten bekommen, wie am Petritore. Wenn die Häuser am Walle immer mehr in die Straßenfluchtlinie gestellt würden, könnten auch die Bäume nicht mehr gedeihen und würden absterben. Wir müssen dafür sorgen, daß überall, wo demnächst noch Neubauten entstehen können und noch entsprechender Raum ist, Vorgärten angeordnet werden. Die Wälle sollen Vorgärten haben, das muß unser Grundsatz sein, wenn man nicht einzelnen Anliegern gegenüber unrecht handeln will.

Der Antrag Hauswaldt wird darauf abgelehnt.

Zu 9 („Am Augusttore“) beantragt Herr Meyerhoff, die Vorgärten beiderseits auszuschließen, da es sich doch nur um Zukunftsmusik handle.

Beschlossen wird, auf der westlichen Seite keine Vorgärten vorzuschreiben, auf der östlichen Seite solche aber 2 m breit anzuordnen.

Zu 10 und 11 wird gutgeheißen.

Zu 12 (Leonhardstraße) beantragt Herr Hauswaldt Ablehnung der Vorgärten.

Der Antrag findet keine Mehrheit, die Vorlage ist daher genehmigt.

Zu 13 (Museumstraße) wird ein Antrag Meyerhoff auf Ablehnung der Vorgärten an der Südseite der Straße nach kurzer Besprechung abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Die Punkte 14—28 der Vorlage werden ohne Stellung von Gegenanträgen nach den Vorschlägen des Magistrates angenommen und gilt damit die ganze Vorlage mit den besonders beschlossenen Aenderungen als genehmigt.

V. Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hildesheimerstraße vorgesehene Straßen.

In dem von den städtischen Behörden genehmigten Vorprojekte zum Neubau der Schule an der Hildesheimerstraße sind an den Straßenseiten des Schulgrund-

stück's Vorgärten von 3 m Breite angenommen worden. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung dürfte es erforderlich sein, auch für die dem Schulgrundstücke gegenüberliegenden Straßenseiten gleich breite Vorgärten anzuordnen, um den straßenseitig gelegenen Klassenzimmern das nötige Licht zu sichern. Behufs Erzielung einer einheitlichen Anlage würde es ferner wünschenswert sein, die Vorgärten für die ganze Ausdehnung der Straßenzüge *N* 302—308 festzulegen. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß für diese Straßen Vorgärten in Breite von 3 m beiderseits angeordnet werden,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

VI. Antrag Koch: Schillerfeier betreffend.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem Festausschusse für die im Monat Mai geplante Schillerfeier einen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu bewilligen, und einen geeigneten Platz für eine Schillereiche in Aussicht zu nehmen.“

Zur Begründung führt Herr Koch aus, daß am 14. Mai d. J. in verschiedenen größeren Sälen der Stadt volkstümliche Gedächtnisfeiern zu Ehren unseres am 9. Mai 1805 verstorbenen großen Dichters Friedrich von Schiller abgehalten werden sollen, zu denen Geld gebraucht werde. Da auch andere Städte derartige Zuschüsse geleistet haben, bitte er um Unterstützung des Antrages. Der zweite Teil des Antrages, betreffend das Pflanzen einer Schillereiche, bedürfe wohl einer besonderen Begründung nicht.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

VII. Anfrage Rieke: Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter.

Herr Rieke bemerkt zu der Anfrage, ob die Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiter vom Herzoglichen Staatsministerium einseitig erlassen, oder ob auch Arbeiter darüber gehört werden, daß er vorläufig auf eine Beantwortung verzichten und demnächst eventuell einen Antrag stellen wolle. Wenn das Ministerium in der Sache hätte etwas tun wollen, könnte das schon lange geschehen sein. Bei der jetzigen Sachlage habe er gar kein Vertrauen mehr dazu, daß brauchbare Schutzvorschriften geschaffen würden. Das sei auch der Grund gewesen, weshalb das Ortsbaustatut von ihm und seinen Freunden abgelehnt worden sei.

VIII. Antrag Stegmann: Verteilung eines Schiller-Gedächtnisbuches.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate die Mittel zur Verfügung zu stellen zur Anschaffung eines gratis an die Schüler sämtlicher städtischen Schulen zur Verteilung gelangenden Schiller-Gedächtnisbuches.“

Herr Stegmann (zur Begründung): Der Antrag ist als ein Gegenantrag gegen den Antrag Koch anzusehen. Ich bin damit einverstanden, daß unser großer Dichter Schiller geehrt wird, aber die hier von einem Festauschuß geplante Schillerfeier kann als eine volkstümliche nicht bezeichnet werden, obwohl der Aufruf sie eine solche nennt. Nach den Unterzeichnern des Aufrufs scheint es mir, als ob man bei der Feier den Dichter gewissermaßen als Vorspann zu einer nationalen Gefinnungsfeier benutzen will. Eine große Klasse der Bevölkerung hat man dabei ausgeschlossen, obwohl es doch wohl die Pflicht des Ausschusses gewesen wäre, sich auch an die Arbeiterschaft und deren Gesangsvereine behufs Mitwirkung zu wenden. Bei dem hier beliebten Vorgehen des Ausschusses wird die Feier die große Masse der Bevölkerung nicht interessieren. Aus diesem Grunde kann ich nicht für den Antrag Koch sein. Damit aber etwas geschieht, habe ich meinen Antrag gestellt. Wenn man den Schülern ein bei der großen Masse vielleicht auf 25 \mathcal{M} zu veranschlagendes Gedächtnisbuch gratis überwies, so hätten sie ein dauerndes Andenken an Schiller.

Auch dieser Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1904/1905.№ 20.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. März 1905.

Tagesordnung:

I.	Änderung des Statuts über das Halten von Hunden	Seite 692
II.	Vorprojekt für Errichtung einer Realschule.	" 692
III.	Anträge Blasius, Brückmann, Hauswaldt und Stegmann: Nachmittagsunterricht in den Bürgerschulen.	" 694
IV.	Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	" 713
V.	Antrag Jasper: Erwerb des Bürgerrechtes.	" 713
VI.	Hundesteuer-Erlaßgesuch.	" 724
VII.	Verkauf von Böschungsterrain des Wendenringes	" 725
VIII.	Antrag Esborn: Änderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	" 725
IX.	Entwurf eines Ortsbaustatuts.	" 727
X.	Anträge Koch und Stegmann: Schillerfeier betreffend	" 737
XI.	Verbesserung des Unfallwagens	" 742
XII.	Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße	" 742

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Heymann, Meyer, von Frankenberg, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Löschig und Supprian.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und teilt zunächst mit, daß der Bismarckbund die Mitglieder der Versammlung zu dem am 1. April stattfindenden Herrenkommers eingeladen habe.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Aenderung des Statuts über das Halten von Hunden.

Herr Weichsel: Das in der Sitzung vom 9. März d. Js. — Seite 606 des Berichtes — festgestellte Statut über das Halten von Hunden hat beim Herzoglichen Staatsministerium insofern zu Bedenken Veranlassung gegeben, als die Steuerbefreiung der dem Landesfürsten und dessen Familie gehörenden Hunde nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist. Die Statutenkommission hält den Wunsch auf Vervollständigung des Statuts für berechtigt und gibt anheim, den § 4 Abs. 1 des Statuts wie folgt zu fassen:

„Die Abgabe ist nicht zu entrichten für Hunde,

- 1) welche dem Landesfürsten oder einem Mitgliede der landesfürstlichen Familie gehören, oder aus gesetzlichen Gründen der Abgabepflicht nicht unterliegen,
- 2) u.

Die Aenderung wird genehmigt.

II. Vorprojekt für Errichtung einer Realschule.

Der Magistrat hatte unterm 1. Dezember v. Js. ein Schreiben etwa folgenden Inhalts an die Versammlung gerichtet:

Nachdem die städtischen Behörden die Errichtung einer sechsstufigen Realschule beschlossen haben, auch mit der Einrichtung solcher Schule durch Schaffung einer dritten Sexta bei der Oberrealschule der Anfang gemacht ist, erscheint es geboten, beizeiten auf die Erbauung eines eigenen Schulgebäudes für die neue Schule Bedacht zu nehmen. Bei dem starken Andrang von Schülern zur Oberrealschule erscheint es ferner angezeigt, schon jetzt die Räume der neuen Schule so zu bemessen, daß darin eine volle Doppelschule (12 Klassen, 2 Reservelassen und Nebenräume) untergebracht werden kann.

Ein für die Errichtung eines derartigen Schulhauses nach Lage und Größe durchaus geeignetes Grundstück ist der hinter der ehemaligen Husarenkaserne gelegene Garten der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule, von dem zugleich eine so große Fläche behufs Schaffung eines Schulhofes abgezweigt werden kann,

daß bei einer Schülerzahl von rund 500 auf jeden Schüler ein Raum von reichlich 3 qm entfallen würde. Für die Fortbildungs- und Gewerbeschule ist der betreffende Garten entbehrlich.

Wenn das in diesen Garten vorspringende Grundstück *M. ass. 2473* stadtheftig angekauft wird, worüber der Versammlung eine besondere Vorlage zugeht, so würde im Anschluß an das Gebäude der Gewerbeschule ein durchaus angemessenes Schulhaus für die neue Realschule nebst Turnhalle auf dem gedachten Grundstücke in Gemäßheit des vom Schulvorstande der städtischen Oberrealschule bewilligten Vorprojektes errichtet werden können, dessen Kosten einschließlich der Aufwendungen für das Mobiliar zu 380 000 *M* ermittelt sind.

Bei Ausführung dieses Projektes würden Aufwendungen für Erwerb des Bauplatzes nicht erforderlich werden, und es würde überdies die Möglichkeit gegeben sein, das fragliche Gebäude für Zwecke der Gewerbe- und Fortbildungsschule in dem Falle ohne nennenswerte Opfer nutzbar zu machen, daß für diese letztere Schule in späterer Zeit die ihr jetzt überwiesenen Räume nicht mehr reichen sollten.

Die Kosten der Unterhaltung einer einfachen sechsstufigen Realschule sind zu jährlich 15 000 *M* ermittelt worden.

Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß unter Zugrundelegung des gedachten Vorprojektes ein endgültiges Projekt nebst genauem Kostenanschlage ausgearbeitet werde.

Namens der vereinigten Schul- und Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Die vereinigten Kommissionen haben sich seinerzeit mit dem vorgelegten Entwurfe nicht einverstanden erklären können, weil sie gemeint haben, das Grundstück würde zu ungünstig bebaut und die Kosten des Gebäudes würden zu hoch. Es haben vielfache Verhandlungen darüber stattgefunden, auch sind verschiedene neue Projekte ausgearbeitet worden und schließlich haben sich die beiden Kommissionen unter Zustimmung des Magistrates einstimmig dafür erklärt, das hier ausgestellte Projekt V Ihnen zur Annahme zu empfehlen. Sie können aus den verschiedenen Projekten entnehmen, wie sich die Sache allmählich entwickelt hat und welcher Fortschritt in den einzelnen Projekten liegt. Nicht nur eine Verbesserung der Bebauung des Grundrisses, sondern auch eine Verbilligung der Gebäude ist eingetreten, und zwar sind die Kosten unter Zugrundelegung derselben Preise und Räume wie bei dem Projekte I von 380 000 *M* auf 320 000 *M* ermäßigt worden. Die Kommissionen empfehlen Ihnen deshalb, zu beschließen, daß auf Grund des Vorprojektes V ein endgültiges Projekt ausgearbeitet werde.

Hierzu ist aber noch ein anderer Beschluß notwendig, nämlich das der Witwe Brandt gehörende Grundstück *M. ass. 2475* zu erwerben, um dadurch eine vorteil-

hastere Ausnutzung des Terrains zu ermöglichen. Das Grundstück soll 11 500 M kosten. Es ist zwar teurer, als das bereits angekaufte Grundstück, jedoch ist der Preis mit Rücksicht darauf für angemessen erachtet worden, als auf dem Grundstück die Gerechtame zum Kleinhandel mit Branntwein liegt und die Gegend auch durch Anlegung der Schloßstraße wertvoller geworden ist. Der Magistrat ersucht daher zuzustimmen, daß das Grundstück für 11 500 M angekauft werde. Diese 11 500 M sind in der Anschlagssumme von 320 000 M nicht enthalten.

Ferner wird ersucht, behufs Ausarbeitung der speziellen Baupläne zc. einen Betrag von 1500 M auf die Baukosten zur Verfügung zu stellen.

Die vereinigten Kommissionen empfehlen, diese drei Anträge anzunehmen.

Herr Hauswaldt: Ich will die Erklärung abgeben, daß ich gegen die Vorlage bin, weil ich es für überflüssig und schädlich halte, sich in die großen Kosten einer zweiten Realschule zu stürzen. Eine solche Schule zu errichten, ist Sache des Staates.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Beschluß, eine zweite Realschule zu errichten, ist von der Versammlung schon gefaßt worden. (Zustimmung des Herrn Hauswaldt.)

Die Magistratsvorlage wird darauf nach den Anträgen der vereinigten Kommissionen genehmigt.

III. Anträge Blasius, Brückmann, Hauswaldt und Stegmann: Nachmittagsunterricht in den Bürgerschulen.

Namens der Schulkommission berichtet über diesen Gegenstand Herr Nolte wie folgt:

In der Sitzung vom 8. Dezember v. Js. hat Herr Stegmann folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

„Sind die Zeitungsnachrichten richtig, wonach der Magistrat den Nachmittagsunterricht in den unteren Bürgerschulen wieder einführen will? Wenn ja, welche Gründe sind die Veranlassung?“

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat darauf die Erklärung abgegeben, daß der Magistrat die erwähnte Absicht nicht habe, und zwar schon deshalb nicht, weil er unzuständig sei, den Lehr- oder Stundenplan der städtischen Bürgerschulen festzustellen, indem dies Sache des unter der Aufsicht des Herzoglichen Konsistoriums stehenden Schulvorstandes sei.

Es hat dann in der Sitzung vom 22. Dezember 1904 eine Besprechung der Sache stattgefunden, auf die ich hier verweisen kann. Der Niederschlag dieser

Besprechung sind nun vier Anträge der Herren Brückmann, Hauswaldt, Stegmann und Blasius, welche lauten:

1. Antrag Brückmann:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Schulvorstande dahin vorstellig zu werden,

- 1) daß die Einschränkung des Nachmittagsunterrichtes in den Bürgerschulen vorläufig in dem bestehenden Umfange erhalten bleibe,
- 2) daß, falls der Schulvorstand eine Erweiterung dieses Unterrichtes beschließt, sie in gleicher Weise für die mittleren wie für die unteren Bürgerschulen erfolge,
- 3) daß Erhebungen darüber angestellt werden, welche Erfahrungen seitens der Schule mit der bisherigen Einrichtung gemacht sind, eventuell, welche Gründe eine Aenderung notwendig erscheinen lassen,
- 4) daß zu der Kommissionsberatung des Antrages tunlichst Sachverständige verschiedener Art hinzugezogen werden.“

2. Antrag Hauswaldt:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Schulvorstande dahin vorstellig zu werden, daß die Frage, ob in den städtischen Bürgerschulen voller, eventuell beschränkter Nachmittagsunterricht sein solle, oder aber kein Unterricht, sowohl nach schultechnischer, wie gesundheitlicher und sozialer Seite hin genau geprüft werde.“

3. Antrag Stegmann:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die geplante Wiedereinführung des Nachmittagsunterrichtes in den Bürgerschulen unterbleibt.“

4. Antrag Blasius:

„Bei den Besprechungen der vorliegenden Frage sind auch andere innere Schuleinrichtungen zu erörtern, wie z. B. die Einführung des sogenannten Mannheimer Systems.“

Diese Anträge sind sodann der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen worden und ich habe namens derselben zu berichten.

Zunächst wurde in der Kommission der Punkt 4 des Antrages Brückmann erörtert, ob es zulässig sei, Sachverständige zu der Kommissionsberatung zuzuziehen. Da nach § 61, Abs. 2 der Städteordnung die Stadtverordneten und deren Kommissionen zur Begutachtung, sowie zur Mitausführung einzelner zu ihrem Wirkungskreise gehörender Geschäfte andere Einwohner ziehen können, um von ihnen Auskunft und Gutachten zu erhalten, und da es der Schulkommission praktisch erschien, dem Brückmannschen Vorschlage zu entsprechen, so sind zu den betreffenden Verhandlungen, die drei Nachmittage in Anspruch genommen haben,

zugezogen: der Schuldirektor Schaarschmidt, die Schulinspektoren Sattler und Aug. Oppermann, die Lehrer Sander und Eise, die Schulärzte Dr. Bernhard und Dr. Reck und der General- und Stadtsuperintendent Lerche. Außerdem waren eingeladen der betreffende Beamte der Herzoglichen Polizeidirektion und der Abt Schütte als Referent des Herzoglichen Konsistoriums über Schulangelegenheiten, und zwar letzterer, da es sich nicht um einen hiesigen Einwohner handelte, mit Zustimmung des Magistrates. Die beiden Herren sind der Einladung nicht gefolgt, während die übrigen Herren an den Beratungen sehr eifrig teilgenommen haben. Damit würde der Punkt 4 des Antrages Brückmann erledigt sein.

Hiernach wurde der Antrag Stegmann und der Antrag Brückmann in den Punkten 1 und 2 behandelt. In dieser Beziehung hat Herr Oberbürgermeister Metemeyer die Erklärung abgegeben,

daß der Schulvorstand einen Beschluß über die betreffenden Fragen überhaupt noch nicht gefaßt habe, daher nicht in der Lage sei, eine entsprechende Erklärung abzugeben und daß auch eine Beschlußfassung bis dahin ausgesetzt werden würde, daß die Stadtverordneten-Versammlung auf Grund der Kommissionsverhandlungen und Vorschläge sich über die Sache geäußert habe.

Da die hier in Rede stehenden Fragen von der Kommission eingehend erörtert sind und da die Kommission Ihnen über die Beantwortung derselben bestimmte Vorschläge machen wird, so können auch diese Anträge als erledigt angenommen werden.

Ebenso verhält es sich mit dem Antrage Brückmann unter Nr. 3, sowie mit den Anträgen Hauswaldt und Blasius. Auch diese Antragsteller sind damit einverstanden, daß ihre Anträge als erledigt angesehen werden.

Die Kommission hat ihren Beratungen folgende Fragen zu Grunde gelegt:

- 1) Wie sind die jetzigen Verhältnisse rücksichtlich der Verteilung des Unterrichts auf die Vor- und Nachmittage?
- 2) Beabsichtigt der Schulvorstand eine Aenderung, eventuell welche und warum?
- 3) Liegt eine Verrohung der jetzigen Schuljugend vor und wenn ja, ist dieselbe auf die Beschränkung oder den Fortfall des Nachmittagsunterrichts zurückzuführen?
- 4) Ist geteilter oder ungeteilter Unterricht vom schultechnischen und ärztlichen Standpunkte aus zu empfehlen?
- 5) Kann man nicht nötigenfalls die Kinder nachmittags in anderer Weise, als durch den Unterricht, beschäftigen und unter Aufsicht bringen? Empfiehlt sich in dieser Beziehung eine Beschränkung?

- 6) Sind die Klagen über mangelhafte Erreichung des Schulzieles begründet?
- 7) Wie ist ihnen abzuhelpfen? Insbesondere empfiehlt sich die Einführung des sogenannten Mannheimer Systems? —

Die Beratung über diese Fragen hat folgendes ergeben:

Zu 1. Auskunft in dieser Beziehung hat in eingehender Weise Schuldirektor Professor Schaarschmidt erteilt. Es ergibt sich aus dessen Mitteilungen folgendes:

Im ersten Schuljahre werden erteilt:

- a. in den mittleren Bürgerschulen 18 Stunden,
- b. in den unteren Bürgerschulen 20 Stunden wöchentlich.

Davon entfallen bei den mittleren Schulen sämtliche 18 Stunden auf die Vormittage, nämlich auf jeden Schultag 3 Stunden, bei den unteren Bürgerschulen 18 Stunden auf die Vormittage (also je 3) und 2 Stunden auf einen Nachmittag. Das Mehr von 2 Stunden wird erteilt, um den Kindern der unteren Bürgerschulen die häuslichen Schularbeiten möglichst zu ersparen.

Im zweiten Schuljahre werden erteilt 22—26 Stunden wöchentlich; davon entfallen 3—4 auf die Vormittage und 4 auf die Nachmittage und zwar je 2 Stunden auf zwei Nachmittage.

Im dritten Schuljahre werden erteilt 24—27 Stunden. Die Verteilung ist wie im zweiten Jahre.

Im vierten Schuljahre werden erteilt 28—31 Stunden, und zwar 4—5 an den Vormittagen, je 2 an zwei Nachmittagen.

Der Unterricht beginnt:

- im ersten Schuljahre während des Sommers um 8 Uhr, und während des Winters um 9 Uhr;
- im zweiten bis einschließlich zum vierten Schuljahre im Sommer und Winter um 8 Uhr;
- im fünften bis einschließlich zum achten Schuljahre im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 8 Uhr.

Die Schulleitung bemerkt, daß sie es nicht für tunlich hält, die Schule in den vier unteren Schuljahren vor 8 bzw. 9 Uhr (erstes Schuljahr im Winter) beginnen zu lassen, daß die Kinder der oberen Schulklassen aber im Winter verpflichtet sind, von 8—9 Uhr die kirchliche Kinderlehre zu besuchen, daß die Zahl der Schultunden festgelegt ist und daß bei dieser Sachlage, insbesondere mit Rücksicht auf die Verteilung der Turn-, Haus- oder Handarbeits-, Zeichen- und Singstunden ohne Nachmittagsunterricht nicht auskommen werden kann.

Zu 2. Ist erledigt durch die oben erwähnte Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters.

Zu 3. In dieser Beziehung sind die Ansichten sehr verschieden. Herr Professor Schaarschmidt hat seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß eine Verrohung tatsächlich eingetreten sei und zwar hauptsächlich nach zwei Seiten hin. Die Verfehlungen gegen das Eigentum (Diebstähle, Entwendungen und Sachbeschädigungen) hätten zugenommen, und ferner trete fast überall ein auffallend freches Benehmen der Jugend gegen Erwachsene hervor. Der Grund hierfür liege seiner Ansicht nach weniger in der Verrohung der Jugend, als vielmehr darin, daß wir eine sehr bedeutende Anzahl sogenannter fahrender Kinder in der Schule haben, d. h. solcher Kinder, die nicht sesshaften Familien angehören und mit diesen häufig ihren Aufenthalt wechseln, und ferner darin, was die Kinder zu Hause und auf der Straße sehen und hören.

Dagegen ist seitens der an den Beratungen teilnehmenden Lehrer die Erklärung abgegeben worden, daß sie über eine zunehmende Verrohung der ihrer Aufsicht unterstellten Kinder nicht klagen könnten.

Aus der Statistik, die ich durch die Gerichtsschreiberei des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichtes habe aufstellen lassen, geht hervor, daß die öffentliche Zwangserziehung (wegen Vernachlässigung von Kindern seitens ihrer Eltern und wegen sittlicher Verwahrlosung von Kindern) angeordnet worden ist in den Jahren 1890 in 16, 1891 in 8, 1892 in 18, 1893 in 24, 1894 in 12, 1895 in 30, 1896 in 22, 1897 in 11, 1898 in 17, 1899 in 15, 1900 in 19, 1901 in 30, 1902 in 42, 1903 in 36 und 1904 in 47 Fällen, und daß allein im Januar 1905 eine solche Anordnung wieder in 8 Fällen notwendig geworden ist. Ferner haben seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches Entziehungen der elterlichen Gewalt, die man früher in dieser Weise nicht kannte, stattgefunden in den Jahren 1900 in 7, 1901 in 2, 1902 in 2, 1903 in 6 und 1904 in 15 Fällen. Es ergibt sich hieraus, daß in den letzten Jahren, besonders rücksichtlich der Zwangserziehung, eine sehr erhebliche Zunahme eingetreten ist, die zu denken gibt. Wenn die Zahlen auch zuerst schwanken, so ist doch in den Jahren 1900 bis 1904 ständig eine ziemlich erhebliche Steigerung vorgekommen.

Aus den von der Justizverwaltung des Herzogtums veröffentlichten statistischen Zusammenstellungen ergibt sich, daß verurteilt sind wegen Verbrechen und Vergehen:

1890 = 753,	darunter	77 jugendliche Personen,			
1891 = 764,	"	81	"	"	'
1892 = 864,	"	61	"	"	'
1893 = 843,	"	61	"	"	'
1894 = 899,	"	107	"	"	'
1895 = 854,	"	96	"	"	'
1896 = 714,	"	100	"	"	'

1897 = 735,	darunter	82	jugendliche	Personen,
1898 = 886,	"	92	"	" "
1899 = 817,	"	87	"	" "
1900 = 731,	"	83	"	" "
1901 = 895,	"	85	"	" "
1902 = 911,	"	95	"	" "
1903 = 881,	"	103	"	" "

Auch hier ergibt sich in den letzteren Jahren eine Zunahme der verurteilten jugendlichen Personen im Verhältniß zu der Gesamtzahl der Verurteilten von 10 % auf 12 %.

Auffallend ist die Steigerung der Verurteilungen Jugendlicher wegen strafbarer Handlungen gegen das Eigentum und gegen die Sittlichkeit. Diese kamen vor: 1890 in 50 bezw. 7 Fällen, 1900 in 52 bezw. 9 Fällen und 1903 in 57 bezw. 24 Fällen. Im letztgedachten Jahre erfolgten in 21 Fällen Verurteilungen Jugendlicher wegen Notzucht. Zu den „Jugendlichen“ gehören Personen vom 12. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Man wird also durch die Statistik den Nachweis einer zunehmenden Verrohung und Verwahrlosung der Jugend als erbracht ansehen müssen, auch wenn sich das Verhältniß der Verurteilung Jugendlicher zu der Gesamtzahl der Verurteilten nur verhältnismäßig wenig zu ungunsten der Jugendlichen verschoben hat.

Nachträglich ist es mir noch gelungen, die Reichsstatistik einzusehen. Daraus geht hervor, daß wegen Vergehen und Verbrechen gegen die Reichsgesetzgebung im Jahre 1883 = 329 938, darunter 30 719 jugendliche Personen, und im Jahre 1900 = 469 819, darunter 48 657 jugendliche Personen verurteilt worden sind. Die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist hiernach in dem fraglichen Zeitraume um 58,4 % und die Zahl der verurteilten Erwachsenen nur um 40 % gestiegen. Das gibt aber ein sehr trauriges Bild.

Zu 4. Die Beantwortung dieser Frage hängt von der Beantwortung einer Anzahl Einzelfragen ab, und so hat die Schulkommission ihren Verhandlungen die folgenden Fragen zugrunde gelegt:

A. Wann soll der Schulunterricht beginnen?

B. Wieviel Stunden darf der Schulunterricht an den Vormittagen dauern unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen Pausen und des Alters der Kinder?

C. Ist eine fünfte Morgenstunde empfehlenswert? Wenn ja, von welchem Lebensalter an?

Zur Frage A hat Herr Schuldirektor Schaarschmidt erklärt, daß es nach seinen Erfahrungen und mit Rücksicht auf die — schon bei Frage 1 erörterte Zahl

der wöchentlich zu erteilenden Stunden — schon durch Einführung der mitteleuropäischen Zeit eingetretene Verfrühung des Unterrichtsbeginnes angemessen erscheint, den Unterricht beginnen zu lassen:

- a. für das erste Schuljahr im Winter und Sommer um 9 Uhr,
- b. für das zweite bis einschließlich vierte Schuljahr im Winter und im Sommer um 8 Uhr,
- c. für das fünfte bis achte Schuljahr im Winter um 8 Uhr und im Sommer um 7 Uhr.

Im wesentlichen war man mit diesen Ausführungen einverstanden, nur waren die Ansichten darüber verschieden, ob nicht auch der Unterricht im ersten Schuljahre um 8 Uhr beginnen könne. Von den anwesenden drei Ärzten waren zwei gegen den früheren Beginn im Winter, während offenbar die Majorität dafür war, daß der Unterricht auch für die untersten Klassen im Sommer unbedenklich um 8 Uhr beginnen könne. Dafür scheint mir insbesondere der Umstand zu sprechen, daß dann die 3—4 Stunden der untersten Klasse in der Zeit von 8—11 Uhr, bezw. 8—12 Uhr erteilt werden können und nicht die Zeit von 9—12 Uhr bezw. 9—1 Uhr in Anspruch nehmen.

Zur Frage B hält es Herr Professor Schaarschmidt für wünschenswert, im ersten Schuljahre nur 3 Stunden, im zweiten und dritten 3 bis höchstens 4 Stunden, im vierten bis achten Schuljahre 4—5 Stunden am Vormittage zu erteilen. Wesentliche Bedenken sind dagegen nicht erhoben. Hält man dies für richtig, so würde sich die nach den Äußerungen zur Frage 1 hier schon bestehende Verteilung ergeben. Aus der Beratung ist noch hervorzuheben, daß fast alle Teilnehmer dafür eingetreten sind, die Schulstunden möglichst auf die Vormittage zu verlegen und die Nachmittage frei zu lassen. Dem gegenüber hat Herr Professor Schaarschmidt hervorgehoben, daß bei den hier bestehenden Verhältnissen ein beschränkter Nachmittagsunterricht schon mit Rücksicht auf die erforderliche Verteilung der Turnhallen, der Zeichen- und Singsäle auf die einzelnen Klassen gar nicht zu entbehren sei. Einig war man ferner darüber, daß

- 1) wenn einmal Nachmittagsunterricht erteilt werden müsse, die zu erteilenden Stunden zu je zwei auf die einzelnen Nachmittage zu verteilen seien, da die Erteilung nur einer Nachmittagsstunde nach den gemachten Erfahrungen schon wegen der weiten Schulwege ganz zu verwerfen sei;

- 2) eine Herabsetzung der Zahl der Schulstunden überhaupt unmöglich sei.

Einmal ist die Stundenzahl durch die Aufsichtsbehörden festgelegt. Ferner ist die angeordnete Zahl der Stunden nach den gemachten Erfahrungen absolut erforderlich, damit das Schulziel erreicht werde. Dabei wird seitens der Schulleitung besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Hauptarbeit in der Schule selbst erledigt werde und die häuslichen Arbeiten tunlichst beschränkt würden, be-

sonders in den unteren Bürgerschulen. Gewiß ein äußerst lobenswerter Grundsatz.

Zur Frage C haben sich die meisten Teilnehmer an unseren Beratungen bejahend ausgesprochen. Insbesondere wurde von den Ärzten hervorgehoben, daß sich die medizinische Fakultät der Universität Göttingen vor kurzem für Verlegung des Unterrichtes auf die Vormittage ausgesprochen habe. Der betreffende Beschluß nebst Begründung lag leider nicht vor.

Die gemachten Beobachtungen ergaben nach Herrn Dr. Bernhard folgendes: Bei getrenntem Unterrichte fehlt es an einer genügenden Mittagspause, die Kinder machen nachmittags nicht den Eindruck, als ob sie gut auffassen könnten. Untersuchungen ergaben, daß nach einer Mittagspause von 2—3 Stunden eine Erholung des Gehirns noch nicht eingetreten ist. Bekanntlich verlangt die Verdauung einen erheblichen Blutzufluß im Magen. Dadurch wird im Gehirn Blutleere erzeugt und ehe nun der größere Blutzulauf nach dem Magen nicht wieder gehoben ist, ist das Gehirn nicht so fähig, Gedankenarbeit vorzunehmen. Dazu kämen die schädigenden Einflüsse der doppelten weiten Schulwege, der Hitze, der Kälte, des Regens, der künstlichen Beleuchtung im Winter zc. Dagegen schade nach dem Resultate der Untersuchungen die fünfte Vormittagsstunde nicht soviel, wie der Nachmittagsunterricht. Besonders trete durch ordnungsmäßig innegehaltene Pausen Erholung ein. Besser erscheine es, den Unterricht früher beginnen zu lassen und dann fünf Stunden am Morgen zu erteilen, als am Nachmittage nochmals zu unterrichten.

Ganz scheint der Kommission diese Frage noch nicht geklärt zu sein, namentlich auch mit Rücksicht darauf, daß die auf dem im vergangenen Sommer in Nürnberg abgehaltenen Kongresse für Schulhygiene stattgehabte Erörterung der Frage zu einem bestimmten Ergebnisse noch nicht geführt hat. Die beiden Referenten, Oberrealschuldirektor Dr. Himmann aus Elberfeld und Stadtphysikus Dr. Semerad aus Jungbunzlau in Böhmen, haben sich zwar für ungeteilten Unterricht ausgesprochen, die den Verhandlungen folgende Diskussion hat aber eine sehr erhebliche Meinungsverschiedenheit ergeben. Insbesondere haben sich gegen die Aufhebung des Nachmittagsunterrichtes an den Volksschulen ausgesprochen: Seminarlehrer Dr. Lay aus Karlsruhe, Schulinspektor van Goor in Amsterdam, Professor und Medizinalrat Leubuscher aus Meiningen, Seminardirektor Dr. Wagner aus Rotenberg-D./G. und Realschullehrer Dr. Stanger. Die Referenten haben darauf beantragt, eine Resolution dahin zu fassen, die Schulbehörden möchten Anträge auf Einführung des ungeteilten Unterrichtes wohlwollend prüfen. Dieser Antrag ist angenommen.

Endlich ist bei dieser Gelegenheit noch zur Sprache gekommen, daß die bei den hiesigen Bürgerschulen seit einiger Zeit eingeführte Beschränkung des Nachmittagsunterrichtes bislang ohne Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums erfolgt sei

und daher der gesetzlichen Grundlage entbehre. Darüber, daß in den ersten vier Schuljahren eine fünfte Morgenstunde nicht zu empfehlen sei, herrschte Uebereinstimmung.

Zu 5. Ich will zunächst erwähnen, daß die Frage, ob geteilter oder ungeteilter Unterricht vorzuziehen sei, anläßlich der betreffenden Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung auch in Versammlungen und Vereinen mehrfach erörtert worden ist, so insbesondere am 13. Januar 1905 im Braunschweiger Lehrerverein, wo Herr Lehrer Flügge, und am 30. Januar 1905 im Verein für öffentliche Gesundheitspflege, wo Herr Schulinspektor A. Oppermann einen Vortrag über dieses Thema gehalten hat. Ueber diese Versammlungen haben die Zeitungen so eingehend berichtet, daß ich darüber weggehen kann. Hervorheben will ich nur, daß beide Vortragende die Wirksamkeit der bei einzelnen Schulen eingerichteten Knabenhorte — es handelt sich hier im wesentlichen nur um Knaben — lobend erwähnt und eine Vermehrung dieser, zurzeit nur aus Liebesgaben unterhaltenen Horte, sowie die Veranstaltung von Wald- und Turnspielen, von Schulausflügen u. dgl. unter Aufsicht von Lehrern sehr empfohlen haben, da hiervon ein großer Segen für die Jugend zu erwarten sei. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht gewesen, daß dieser Vorschlag außerordentlich glücklich sei, und ich glaube, auch die Versammlung wird der Ansicht beitreten müssen. Man braucht dabei die Frage, ob in letzter Zeit tatsächlich eine Verrohung oder Verwahrlosung unserer Jugend eingetreten ist, durchaus nicht zu bejahen, sondern nur zu berücksichtigen, daß die Gefahr hierzu vorliegt und daher Veranlassung gegeben ist, dem entgegenzutreten. Man wird auch den Beweis nicht führen können, daß eine etwa eingetretene Verrohung durch die Beschränkung des Nachmittagsunterrichtes herbeigeführt ist.

Bei unseren Beratungen über diesen Punkt sind wir, und zwar überall ziemlich einstimmig, zu folgenden Ergebnissen gelangt:

- 1) Kinderhorte wirken sehr segensreich und müssen im Interesse unserer Jugend vermehrt und möglichst bei allen Bürgerschulen eingerichtet werden.
- 2) Sollen sie wirklich der Allgemeinheit nützen, so müssen diese Horte von der Stadt eingerichtet und unterhalten und von der Schule beaufsichtigt werden.
- 3) Aufzunehmen sind alle Kinder:
 - a. deren Aufnahme von ihren Eltern oder gesetzlichen Vertretern beantragt und von der Schule für angemessen erachtet wird,
 - b. rücksichtlich deren nach dem Urteile der Schule die Gefahr der sittlichen Verwahrlosung begründet ist, sei es, daß sie sich schlecht geführt haben, oder daß ihre häuslichen Verhältnisse dies erfordern.

Nach der Meinung der Mehrheit der Teilnehmer an unseren Beratungen wird es zweckmäßig sein, für die Aufnahme von Kindern in diese Horte eine Gebühr oder Vergütung nicht zu fordern. Geteilter Meinung war man rücksichtlich der Frage, ob man getrennte Horte für gut geartete und für Kinder von schlechter Führung errichten solle; indessen neigte die Mehrheit doch der Ansicht zu, daß dies nicht empfehlenswert sei, und zwar einmal, weil man nicht für gut hielt, Kindern von schlechter Führung durch Aufnahme in besondere Horte von vornherein einen gewissen Makel aufzudrücken, weil vielmehr der Zweck der Aufnahme Besserung ist und weil man durch Zusammenbringen solcher Kinder mit gut gearteten Kindern bei der bestehenden Aufsicht keine Gefahr für letztere erblickt, für jene aber in solchem Zusammensein ein Ansporn für künftige gute Führung liegt. Man muß sich auf den Standpunkt stellen, daß im allgemeinen nicht die Kinder die Schuld an der Verrohung tragen, sondern daß dies besonders an der Erziehung und den häuslichen Verhältnissen liegt. Zweifelhaft war man, ob man die Aufnahme sittlich gefährdeter Kinder erzwingen könne, während man durchweg einen Zwang gegen solche Kinder zum Besuche der Horte für sehr wünschenswert, ja für notwendig hielt.

Die Kommission ist der Ansicht, daß ein großer Teil der Eltern und Vormünder solcher Kinder ihre Kinder bezw. Mündel zum Besuche der Horte anhalten wird, daß aber etwa widerspenstige Eltern oder Vormünder durch Anordnung des Vormundschaftsgerichtes, eventuell auf Grund der §§ 1666 und 1837 des Bürgerlichen Gesetzbuches gezwungen werden können, ihre Kinder zu schicken. Man muß davon ausgehen, daß die Eltern auch in dieser Beziehung das Gute derartiger Einrichtungen einsehen und verständig genug sein werden, mit die Hand dazu zu bieten, daß die Kinder bewahrt oder gebessert werden.

Der § 1666 des B. G. B. lautet:

„Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater oder die Mutter das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, oder das Kind vernachlässigt, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen.“

Dazu kommt der § 1837 des B. G. B., lautend:

„Das Vormundschaftsgericht hat über die gesamte Tätigkeit des Vormundes die Aufsicht zu führen und gegen Pflichtwidrigkeiten durch geeignete Gebote und Verbote einzuschreiten. Es kann den Vormund zur Befolgung seiner Anordnungen durch Ordnungsstrafen anhalten.“

In solchen Fällen würde sich die Schule entweder an den betreffenden Waisenrat oder direkt an das Vormundschaftsgericht zu wenden haben. Endlich

könnte das Vormundschaftsgericht in besonders schweren Fällen geradezu die Zwangserziehung anordnen.

Außerdem hält es die Kommission für höchst wünschenswert, daß seitens der Schule, wie von den Herren Flügge und Oppermann vorgeschlagen worden ist, an freien Nachmittagen Spiele auf freien Plätzen, insbesondere den Schulhöfen, und Ausflüge der Klassen ins Freie, insbesondere in die umliegenden Waldungen, veranstaltet werden, und zwar alles unter Aufsicht der Schule. Man wird den Segen solcher Veranstaltungen an dem körperlichen Befinden und der besseren geistigen Entwicklung unserer vielfach in engen Wohnungen und Straßen aufwachsenden Jugend bald empfinden. Insbesondere werden Ausflüge ins Freie gute Gelegenheit bieten, die Kinder auf die Schönheiten und die Wunder der Natur hinzuweisen und ihnen Liebe zur Natur einzuflößen.

Zu 6. Wie Ihnen erinnerlich sein wird, hat Herr Brückmann hier Klage darüber geführt, daß die Leistungen an den städtischen Bürgerschulen zurückgegangen seien, und als Beweis dafür die Probearbeiten angeführt, die zu Ostern 1904 an der kaufmännischen Fortbildungsschule eingeliefert worden sind. Im Auftrage des Schulvorstandes hat Herr Professor Schaarschmidt die Sache geprüft und insbesondere die betreffenden Probearbeiten durchgesehen. Es handelte sich dabei um einen deutschen Aufsatz, um ein Diktat und um mehrere Rechenaufgaben. Der Aufsatz hatte zur Aufgabe die Umwandlung eines den jungen Leuten dreimal vorgelesenen Gedichts: „Der alte Lotse“ in eine Erzählung. Diese Aufgabe war für den betreffenden Zweck zu schwer. Einmal lag sie den Kindern zu fern und außerdem konnten sie den Stoff nicht vollständig beherrschen, weil ihnen das Gedicht nur vorgelesen war. Nach der Meinung der Kommission war eine solche Beherrschung aber nötig, da man in Examensängsten mindestens doch den zu bearbeitenden Stoff beherrschen muß. Die Aufgabe war also für unsern Zweck, beurteilen zu können, ob die in den Bürgerschulen erzielten Resultate mangelhaft seien, nicht geeignet. Ähnlich verhielt es sich mit dem Diktate, in dem verschiedene sehr schwierige Worte vorkamen, auch war der Satzbau so schwierig, daß es selbst Erwachsenen schwer geworden wäre, die Interpunktion richtig zu setzen. Dagegen waren die Rechenaufgaben richtig gewählt und im allgemeinen auch sicher und gleichmäßig gelöst, während die Lösung der beiden anderen Aufgaben eine mangelhafte war. Die Arbeiten haben in Handschrift und Ausführung den Eindruck der Ueberhastung und Flüchtigkeit gemacht. Im allgemeinen sind die von den Schülern auswärtiger Schulen und der hiesigen höheren Schulen gefertigten Arbeiten minderwertiger, als die von den Schülern der hiesigen Bürgerschulen gefertigten, und nur ein kleiner Teil der ersteren ist besser.

Hiernach hat Herr Professor Schaarschmidt erklärt — und die Kommission hat sich in der Mehrzahl ihm angeschlossen — daß das auf die fraglichen Arbeiten

gegründete Urteil der Rückständigkeit der städtischen Bürgerschulen nicht gerechtfertigt sei, daß aber die Schule aus diesen Vorkommnissen die Folgerung ziehen werde, auf dem Gebiete des deutschen Unterrichtes noch eindringlicher und nachhaltiger mündlich und schriftlich zu arbeiten als bisher. Nach der Statistik erreichen ca. 80% der Schüler das Schulziel. Andererseits muß die Schule aber erwarten, daß bei den betreffenden Aufnahmeprüfungen die bewährten Grundsätze der Unterrichtslehre mehr als bisher berücksichtigt werden.

Begründet erscheinen dagegen der Kommission die Klagen über Mangelhaftigkeit der Schrift, sowohl was Deutlichkeit, als auch Schönheit anbetrifft, und die Kommission hält es allerdings für dringend wünschenswert, diesem tatsächlich vorhandenen Uebelstande abzuhelpen und noch mehr Gewicht auf den Schreibunterricht, besonders in den oberen Klassen zu legen. Endlich hält es die Kommission mit Rücksicht auf die jetzt aufgetauchten Klagen und überhaupt im Interesse der Schule für erwünscht, daß der Schulvorstand regelmäßig, etwa jährlich einmal, sich unter Berücksichtigung der hier geltenden Grundsätze der Unterrichtslehre in ihm geeignet erscheinender Weise etwa durch Einsicht der schriftlichen Arbeiten, oder auch durch eine von ihm anzustellende Prüfung davon überzeugt, ob die Leistungen der Schulen den zu stellenden Anforderungen entsprechen.

Zu 7. Es ist zwar eben hervorgehoben, daß die Klagen über Mangelhaftigkeit der Leistungen der hiesigen Bürgerschulen -- abgesehen von der Mangelhaftigkeit der Schrift -- zurzeit nicht begründet seien, jedenfalls, daß erhebliche Mängel nicht nachgewiesen seien. Dieses Urteil ist aber selbstverständlich kein absolutes, sondern nur ein relatives, d. h. es will nur aussprechen, daß die Leistungen der hiesigen Schulen im Verhältnis zu den gleichen Schulen anderer Städte keine besonders schlechten seien; aber es läßt natürlich den Erfahrungssatz bestehen, daß die Leistungen der Schulen insofern immer mangelhaft bleiben, als stets nur ein größerer oder geringerer Bruchteil der Schüler das Schulziel erreicht, während vom idealen Standpunkte aus streng genommen alle Schüler das Schulziel erreichen müßten. Das wird sich aber bei der Mangelhaftigkeit der menschlichen Einrichtungen, bei der Verschiedenheit der körperlichen und geistigen Beschaffenheit der Kinder, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Eltern, nie erreichen lassen. Trotzdem ergibt sich aus diesem Uebelstande die Pflicht für die Unterrichtsverwaltung, nicht zu ruhen, sondern stets rastlos weiter zu streben, um dem Ideale wenigstens möglichst nahe zu kommen.

Von diesem Standpunkte aus erschien auch trotz der auf die Frage 6 erteilten Antwort die Prüfung der Frage 7 erwünscht, ob es sich empfehle, das Mannheimer System einzuführen. Es haben uns vorgelegen die Berichte der städtischen Bürgerschulen für die vier Schuljahre 1900/01 bis 1903/04. Daraus ergibt sich, daß von 100 zu Ostern der betreffenden Jahre aus den Schulen ausgetretenen

Kindern besucht haben die erste bzw. Oberklasse der unteren und mittleren Bürgerschulen (ohne die Hilfschule) 1900/01 = 75,5 %, 1901/02 = 77,7 %, 1902/03 = 75,3 % und 1903/04 = 78 %. Etwas ungünstiger wird das Ergebnis, wenn man die unteren Bürgerschulen allein berücksichtigt, da dort nur etwa 75 % durchschnittlich das Schulziel erreichen, während in den mittleren Bürgerschulen etwas über 80 % die Schule aus der ersten oder der Oberklasse verlassen. Erfreulich ist immerhin, daß nach der vorliegenden Statistik sich das Ergebnis seit vier Jahren — abgesehen von einem geringen Rückschritt im Schuljahre 1902/03 — immer günstiger gestaltet hat.

Das sogenannte Mannheimer System bezweckt nun, in dieser Beziehung günstigere Ergebnisse zu erzielen. Ich muß gestehen, daß ich vor Einbringung des Antrages Blasius keine Ahnung davon gehabt habe, was es mit dem sogenannten Mannheimer Systeme für eine Bewandnis habe, und ebenso wird es vermutlich der Mehrheit der Versammlung ergangen sein. Es möchte daher notwendig sein, daß ich zunächst einige erläuternde Bemerkungen in dieser Beziehung vorwegschicke. Ich glaube, zu diesem Zwecke nichts Besseres tun zu können, als Ihnen einen kurzen Auszug aus dem Vortrage mitzuteilen, den der Stadtschulrat Dr. Siedinger zu Mannheim, der Begründer des sogenannten Mannheimer Systems, auf dem Kongresse für Schulhygiene im Frühjahr 1904 zu Nürnberg über das Thema: „Organisation großer Volksschulkörper nach der natürlichen Leistungsfähigkeit der Kinder“ gehalten hat. Der Vortrag führt etwa folgendes aus:

„Die geistige Arbeit kann dem Menschen und insbesondere dem Kinde sowohl zum Glücke, als zum Segen gereichen. Wichtig bemessen, ist sie das wirksamste Mittel, den in der Entwicklung begriffenen Menschen in den Besitz der ihm von der Natur verliehenen Kräfte zu setzen. Unrichtig bemessen führt sie entweder zur Ueberspannung oder zur Verkümmern der jugendlichen Kräfte. Deshalb ist zu fordern, daß die in der Unterrichtsarbeit verlangte Leistung zu den vorhandenen Kräften in angemessenem Verhältnis steht. Das kann im Einzelunterrichte leicht geschehen. Ganz anders ist es aber bei der Volksschule, in der Schüler von den verschiedensten Fähigkeiten und Verhältnissen unterrichtet werden müssen. Nun ist der nach der Abgangsstatisik zu beurteilende Erfolg der Volksschule unzureichend. Das statistische Jahrbuch Deutscher Städte, das die Ergebnisse der Erhebung in 44 der größten deutschen Städte, insbesondere fast aller Großstädte — mit Ausnahme von Aachen, Braunschweig, Elberfeld, Cassel, Grefeld und Nürnberg — enthält, ergibt, daß im Jahre 1900/01 nur 64 % der im normalen Alter entlassenen Kinder die oberste Stufe erreicht haben. Berücksichtigt man dabei noch, daß die Versekung oft sehr lag gehandhabt wird, daß insbesondere viele Schüler nicht auf Grund ihrer Reife, sondern aus anderen Gründen fortgeschoben werden,

so rechtfertigt sich die Ueberzeugung, daß nicht einmal die Hälfte aller Kinder innerhalb der gesetzlichen Schulzeit das wirkliche Schulziel erreicht.

Eine Besserung kann nur durch Aenderung in der Unterbringung der zurückbleibenden Schüler erreicht werden, und zwar in der Weise, daß man Parallelklassen einrichtet für

- 1) die besser und mittelbefähigten Schüler,
- 2) die unter dem Mittel leistungsfähigen, aber nicht abnorm schwachen, sowie die aus äußeren Gründen (z. B. Krankheit und Zuwanderung aus schlechteren Schulverhältnissen) unregelmäßig geförderten Kinder,
- 3) für die krankhaft schwach begabten Kinder, für die ja jetzt schon an vielen Orten besondere Hilfschulen bestehen.

Wenn nun die krankhaft schwachen Kinder durch individualisierende Behandlung gefördert werden können, um wievielmehr ist dies der Fall bei den viel zahlreicheren und viel bildungsfähigeren mäßig Schwachbegabten? Bisher läßt man diese Schüler, wenn sie nach Ablauf des Schuljahres nicht versetzt werden können, in der bisher besuchten Klasse sitzen und schult sie zu jüngeren Schülern ein. Künftig werden diese eigentlichen Sorgenkinder, anstatt, wie bisher, den geisttötenden und entfittlichenden Folgen des Repetententums unterworfen zu werden, mit Genossen gleichen Alters und nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit in sogenannten Förderklassen stufenweise weitergeführt und zu einem planvollen Abschlusse ihrer schulmäßigen Ausbildung gebracht."

Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen hier entwickeln wollte, wie die Sache im einzelnen weiter geht. Wer sich darüber näher unterrichten will, möge den in dem vierten Bande des Berichtes über den internationalen Kongreß für Schulhygiene in Nürnberg abgedruckten Vortrag des Dr. Sickinger und auch das Referat des Stadtarztes Dr. Moser in Mannheim über das Sonderklassensystem der Mannheimer Volksschule nachlesen. Auch in dem „Neuen Braunschweigischen Schulblatte" Nr. 6 vom 15. März 1905 findet sich ein Artikel über diesen Gegenstand.

Auf den ersten Blick scheinen diese Ausführungen sehr viel für sich zu haben, und ich muß gestehen, daß ich nach dem Lesen des Vortrages sehr für das darin entwickelte System eingenommen war. Nachdem wir aber in unseren Verhandlungen auch die Ansicht von Schulmännern gehört haben, sind wir doch anderer Ansicht geworden. Gegen das System spricht insbesondere folgendes: Die Durchführung des an und für sich guten Gedankens ist sehr schwer. Man müßte die ganze Stadt als eine einheitliche Schulgemeinde auffassen. Die Kinder müßten aus sämtlichen Schulen ihren Leistungen entsprechend gesondert und in Klassen zusammengefaßt werden. Das bietet schon große Schwierigkeiten. Vor allem aber zerstört das

Mannheimer System die einzelne Schule als Organismus. Bei ihm wird zu Beginn des neuen Schuljahres die gesamte Schülerzahl jeder Klassenstufe in die erforderliche Anzahl von Parallelabteilungen zerlegt und nach Maßgabe der Wohndichtigkeit auf die einzelnen Schulhäuser verteilt. Nur so ist es möglich, daß die sogenannten Förderklassen sich mit den Hauptklassen in demselben Gebäude vereinigen lassen, was Dr. Sickinger für notwendig hält, damit nicht den in die Förderklassen gebrachten Kindern ein gewisser Makel aufgedrückt wird, was aber doch wohl geschieht, und zwar in nicht geringerer Weise als bei uns den nicht versetzten Kindern.

Bei uns bildet jede Bezirksschule einen festgefügtten Organismus, und das wird von den meisten Schulmännern für einen großen Segen gehalten, besonders mit Rücksicht auf die Erziehung der Kinder. Beim Mannheimer System lösen sich die einzelnen Schulen in Klassenkonglomerate auf, und es wird dabei auf die Vermittlung eines möglichst großen Wissens das Hauptgewicht gelegt, während das Hauptziel der Schule: Bildung des Denkens, der Gesinnung und der Sitten, also Erziehung ist. Gerade die Erziehung wird aber vernachlässigt, wenn man die Schwachen aus dem Verbande der Klassengenossen herausnimmt und ihnen den Ansporn der Nachäferung nimmt, es ihnen unmöglich macht, durch eifriges Streben es den guten Schülern gleichzutun. Gerade im Interesse der Schwachbegabten sollte man an dem gemeinsamen Unterricht festhalten.

Es ist durchaus nicht gesagt, daß die Kinder, welche in einem Jahre mangelhafte Leistungen gezeigt haben, wirklich leistungsunfähig, also schwach begabt sind. An den mangelhaften Leistungen sind oft äußere Umstände, ungenügende Beaufsichtigung, körperliche Schwäche schuld, die sich möglicherweise im zweiten Jahre beseitigen lassen. Man findet denn auch sehr oft, daß die Sitzengebliebenen, die sogenannten Repetenten, im zweiten Jahre mit großem Interesse und gutem Erfolge dem Unterrichte folgen. Die Gliederung der Schüler in drei Kategorien erscheint zu schematisch; man könnte ebenso gut vier oder mehr Kategorien bilden. Durch das Mannheimer System wird eine große Unruhe in den Schulorganismus gebracht, auch setzt es sehr willige Eltern voraus. Verfehlt ist endlich der Hinweis auf die sogenannten Hilsschulen, denn hier hat man es mit abnorm veranlagten Kindern zu tun.

Ohne weiter auf das Mannheimer System einzugehen, will ich nur noch anführen, daß dieses System tatsächlich bislang nur in Mannheim eingeführt ist. Immerhin mag es manches Beherzigenswerte bieten, und es empfiehlt sich deshalb wohl, dasselbe im Auge zu behalten und es durch geeignete Personen auf seinen Wert oder Unwert prüfen zu lassen.

Unsere Schulmänner und auch die Kommissionsmitglieder sind im wesentlichen der Ansicht, daß sich die Schwierigkeiten, welche sich der Schule durch die Ver-

chiedenheit der Kinder in Anlage und Befähigung, durch die Verschiedenheit der sozialen und häuslichen Verhältnisse und durch Verziehen der Kinder von auswärts hierher entgegenstellen und die nie zu vermeiden sein werden, am besten bekämpfen lassen,

- 1) durch Anpassung des Lehrplanes an die tatsächlichen Verhältnisse, d. h. dadurch, daß der Lehrplan nicht mehr verlangt, als tatsächlich im Durchschnitt erreicht werden kann — durch gute Lehrmittel, insbesondere gute Lehrbücher;
- 2) durch gute Einwirkung der Lehrer auf die Kinder in erziehlicher Hinsicht;
- 3) dadurch, daß sich die Lehrer hauptsächlich mit den Schwächeren beschäftigen;
- 4) durch Einführung von Wiederholungsstunden und
- 5) durch möglichste Herabsetzung der Klassenfrequenz.

In dieser Richtung wird hauptsächlich weitergearbeitet werden müssen.

Auf Grund der stattgehabten Beratungen schlägt Ihnen nun die Schulkommission vor, sich mit folgenden Sätzen einverstanden zu erklären:

- 1) Die Frage, ob der Schulunterricht besser nur auf die Vormittage zu verlegen oder auf Vormittage und Nachmittage zu verteilen sei, ist noch nicht völlig geklärt, auch wenn die Meinung zu überwiegen scheint, daß sich eine möglichste Beschränkung des Unterrichtes auf die Vormittage empfiehlt, besonders in den ersten Schuljahren. Demgemäß wird anzustreben sein, auch in den hiesigen Bürgerschulen die Unterrichtsstunden, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, auf die Vormittage zu verlegen.
- 2) Die Statistik scheint eine allmählich zunehmende Verrohung und Verwahrlosung unserer Jugend zu ergeben. Auch wenn nicht nachzuweisen ist, daß diese Erscheinung auf eine Beschränkung des Nachmittagsunterrichtes zurückgeführt werden kann, so empfiehlt sich doch, die Fürsorge der Schule für die Jugend an den Nachmittagen zu verstärken, und zwar durch von der Stadt einzurichtende und zu unterhaltende, von der Schule zu beaufsichtigende Horte oder ähnliche Einrichtungen. Daneben ist die Anordnung von Spielen auf freien Plätzen, insbesondere den Schulhöfen, von Ausflügen ins Freie, insbesondere in die umliegenden Wälder, unter Aufsicht der Schule, und die Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze zu empfehlen.
- 3) In die Horte sind tunlichst alle diejenigen Kinder aufzunehmen, deren Aufnahme von den gesetzlichen Vertretern beantragt wird, ferner die

Kinder, rücksichtlich deren nach dem Urtheile der Schule die Gefahr der sittlichen Verwahrlosung begründet ist, sei es, daß sie sich schlecht betragen haben, oder daß ihre häuslichen Verhältnisse es erfordern.

- 4) Die hier angeführten Tatsachen, insbesondere der mangelhafte Ausfall der zu Ostern 1904 gelieferten Prüfungsarbeiten für die kaufmännische Fortbildungsschule, sind nicht geeignet, den Nachweis zu liefern, daß in unseren Bürgerschulen das Schulziel nur mangelhaft erreicht wird. Der Zustand dieser Schulen gibt zurzeit zu besonderen Bedenken keine Veranlassung. Nur empfiehlt es sich, auf den Unterricht im Schönschreiben, besonders in den oberen Klassen, mehr Gewicht zu legen.
- 5) Es ist wünschenswert, daß sich der Schulvorstand der Bürgerschulen regelmäßig, etwa gegen das Ende jedes Schuljahres, von den Leistungen der nach erfüllter Schulpflicht abgehenden Kinder überzeugt.
- 6) Die Frage, ob das sogenannte Mannheimer System zu empfehlen oder zu verwerfen sei, ist noch nicht geklärt. Es ist wünschenswert, daß der Magistrat durch eine an Ort und Stelle zu entsendende Kommission Ermittlungen in dieser Beziehung anstellen läßt.

Herr Brückmann: Ich muß auf den Beschluß der Kommission zurückkommen, der sich mit meinen Äußerungen in der Sitzung vom 22. Dezember v. Js. betreffend die Erfahrungen, die in der kaufmännischen Fortbildungsschule mit den Prüfungsarbeiten gemacht worden sind, befaßt. Man könnte mir den Vorwurf machen, daß ich mit diesen Äußerungen unvorsichtig gewesen wäre, jedoch muß ich das zurückweisen und zwar umsomehr, als ich der Sache ganz objektiv gegenüberstehe. Ich berufe mich dieserhalb auf das Zeugnis der Sachverständigen. Bei der Prüfung der eingereichten Arbeiten stellte sich das für mich überraschende Resultat heraus, daß von 224 Prüflingen, die natürlich aus allen Schulen zusammengesetzt waren, 50 aus unseren städtischen Bürgerschulen das verlangte Ziel nicht erreicht hatten und zwar wunderbarerweise davon 40 aus den mittleren und 10 aus den unteren Bürgerschulen. Wenn in den Berichten der städtischen Bürgerschulen gesagt worden ist, daß das Schulziel von 78—80 % der Schüler erreicht worden sei, so ist das nicht ganz richtig. Man mag wohl sagen können, daß dieser Prozentsatz die erste Klasse durchlaufen hat, nicht aber, daß er das Schulziel erreicht hat.

Auf Grund der von mir gemachten Erfahrungen glaubte ich verpflichtet zu sein, die Sachen damals vorzutragen, aber die Schulkommission scheint darüber nicht so tragisch zu denken wie ich. Trotzdem glaube ich aber der Schule einen guten Dienst geleistet zu haben, denn ich habe aus den geführten Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ausbildung der Jugend hinfort mit erhöhtem Eifer von der Schule fortgesetzt werden wird. Hierin darf ich aber wohl mit

Nicht eine Anerkennung meiner früheren Ausführungen erblicken und ich will nur hoffen, daß meine Anregungen dazu beitragen mögen, die Schule zu veranlassen, ihre Aufgaben jetzt noch in höherem Maße als bisher zu erfüllen. Für manchen mögen auch die bisherigen Ergebnisse der Schule schon genügt haben, aber mir genügten die in den Aufnahmeprüfungen für die kaufmännische Fortbildungsschule gezeigten Ergebnisse nicht, und ich will deshalb hoffen, daß hierin eine Besserung eintritt. Jedenfalls werde ich dem Magistrate von dem Ausfalle der zukünftigen Prüfungen Kenntniß geben.

Herr Günther: Wir können mit dem Ergebnis der geführten Verhandlungen wohl zufrieden sein, wenn auch nicht das erreicht ist, was die Antragsteller haben erreichen wollen. Wenn aber der Herr Referent ausführte, daß die Kommission der Meinung gewesen sei, es sollte unter den in die Kinderhorte zu entsendenden Kindern eine Auslese getroffen und nur solche Kinder hineingeschickt werden, die sich irgendwie vergangen haben (Widerspruch), so halte ich das nicht für richtig. Wir haben jetzt schon zwei Kategorien von Volksschulen — die mittleren und die unteren Bürgerschulen — und nun will man womöglich noch eine dritte Kategorie errichten, bei der die Kinder gleich das Brandmal der Schande aufgedrückt erhalten. (Widerspruch.) Wenn die Kinder für die Horte ausgelesen werden sollen, so sind sie dadurch doch sofort gekennzeichnet. Das darf aber nicht sein. Deshalb müssen die Horte anders gestaltet und von vornherein so eingerichtet werden, daß alle Kinder ohne Ausnahme darin Aufnahme finden können.

Was nun die behauptete größere Verrohung der Jugend anbetrifft, so genügen mir die dafür angeführten Beweismittel nicht. Die von dem Herrn Referenten gemachten statistischen Angaben beziehen sich auf Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren, also nicht nur auf Schulkinder, so daß sie für diese Frage nicht maßgebend sein können. Dazu tritt auch noch der Umstand, daß jugendliche Streiche heutzutage von den Gerichten und den Gesetzen viel strenger getroffen werden als früher, indem sogenannte dumme Streiche, über die die Eltern teilweise lachen, bestraft werden. Wenn heutzutage ein Junge mit Steinen in Obstbäume wirft, hat er Strafe zu gewärtigen, was früher nicht in dem Maße geschah. Wenn aber die Knabenhorte so ausgebildet werden, daß alle Schulknaben darin Aufnahme finden können, so sind sie zu empfehlen.

Was das Mannheimer System betrifft, so war der Standpunkt des Herrn Blasius früher ein anderer als heute, denn er trat ehemals sehr eifrig dafür ein und von ihm ist ja auch der Antrag ausgegangen, eine Anzahl Fachmänner zum Studium des Systems zu entsenden. Ich meine, daß diese Angelegenheit recht genau untersucht werden muß, denn mir scheint, als ob die vom Herrn Referenten vorgetragene Ansicht doch recht stark von anderen Gesichtspunkten beeinflusst wäre; ich kann mir wenigstens nicht denken, daß das Mannheimer System so schädlich

auf die Schulbildung einwirken soll, um es deshalb verwerfen zu müssen. Selbstverständlich würde der Durchführung des Systems die Einheitschule vorausgehen müssen (Feiterkeit), denn bei unserer Einteilung der Bürgerschule würde das System schwer durchzuführen sein. Sie belustigen sich darüber, daß ich die Einheitschule hier wieder vorbringe, aber sie wird bald in vielen großen Städten eingeführt sein, und ich sehe nicht ein, weshalb wir immer die letzten sein sollen. Neuerdings ist z. B. eine derartige Einrichtung wieder in Jena getroffen worden, weil man sich nicht anders retten konnte. So wird es auch hier noch gehen. Geistesgaben sind eben nicht nach Ständen verteilt und gerade darum ist es wünschenswert, das Prinzip der Einheitschule durchzuführen. In der Einheitschule ist eine höhere Gesamtleistung gewährleistet, als in getrennten Schulen, und bei der Ueberfüllung der einzelnen Klassen läßt sich durch Einrichtung von Parallelklassen leicht ein Ausgleich schaffen. Auch der soziale Gegensatz, der das Volksleben zu vergiften droht, wird in der Einheitschule beseitigt oder doch ferngehalten, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Schule darunter leidet. Diesen Standpunkt teilt auch die oberste Schulbehörde des Großherzogtums Sachsen-Weimar. Ich möchte wünschen, daß der Magistrat dem betreffenden Gesichtspunkte der Kommission Rechnung trägt und eine Abordnung von Fachleuten nach Mannheim ins Auge faßt. Was den Nachmittagsunterricht betrifft, so stimme ich den Vorschlägen der Kommission zu.

Herr Rolke: Ich möchte auf einige Punkte der gehörten Ausführungen erwidern. Wenn Herr Brückmann die Statistik angreift, so muß ich zugestehen, daß jede Statistik mangelhaft ist. Wir haben aber auch nur gesagt, aus der Statistik ergibt sich das und das, und soweit man einen Schluß daraus ziehen kann, ist es der, daß die Zustände der hiesigen Schulen nicht schlechter sind, als die der auswärtigen Schulen.

Herrn Günther habe ich zunächst zu entgegnen, daß seine Annahme rücksichtlich der Orte unrichtig ist. Ich habe besonders hervorgehoben, daß nach der Ansicht der Kommission alle Kinder in die Orte aufgenommen werden sollen, deren Aufnahme von den Eltern oder den sonstigen gesetzlichen Vertretern beantragt wird, ferner alle Kinder, deren sittliche Verwahrlosung zu befürchten steht, und die Kommission hat durch mich ausdrücklich zum Vortrage bringen lassen, daß für Kinder, die gebessert werden sollen, keine besonderen Orte einzurichten seien, sondern diese Kinder mit anderen Kindern zusammengebracht werden sollen. Von der Anhängung eines Tafels kann also keine Rede sein.

Auch die Einwendungen des Herrn Günther gegen die kriminalistische Statistik scheinen mir nicht richtig zu sein. Ich bemerke dazu noch einmal besonders, daß die Statistik sich nur auf Bestrafungen von Vergehen und Verbrechen bezog, nicht aber auch auf Uebertretungen; auch muß ich bezweifeln, daß jetzt eine strengere

Bestrafung stattfindet als früher: gerade das Gegenteil ist der Fall. Ueber das Mannheimer System habe ich mir bislang ein Urtheil nicht bilden können; ich habe mich deshalb lediglich darauf beschränkt und auch ausdrücklich hervorgehoben, daß ich nur die Ansicht der in der Kommissionsberatung mit tätig gewesenen Schulmänner wiedergegeben habe.

Darauf wird die von der Schulkommission vorgeschlagene Resolution angenommen.

IV. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße.

Ueber den in der Sitzung vom 9. März d. Js. — Seite 593 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag, die Pflasterung der Kreuzstraße in diesem Frühjahr in Angriff zu nehmen, berichtet Herr Wolters: Die Baukommission hat sich nicht entschließen können, den Antrag zur Annahme zu empfehlen, sondern gibt dessen Ablehnung anheim. Wenn auch anerkannt worden ist, daß der Zustand der Kreuzstraße verbesserungsbedürftig ist, so hat die Kommission es doch nicht für angemessen erachtet, einen so erheblichen Ausgabeposten noch in den nächstjährigen Etat einzustellen. Der Etat enthält bereits einen Ausgabeposten von 70400 M zur Instandhaltung der im Gebiete des vormaligen Allgemeinen Pflasterungsfonds gelegenen Straßen und einem solchen von 242000 M zur Unterhaltung der Straßen und Wege in den Außengebieten der Stadt; es ist deshalb nicht möglich, noch einen so erheblichen Posten in dem Etat einzustellen, wie ihn die Pflasterung der Kreuzstraße erfordern würde. Da nun der im Etat vorgesehene Posten von 242000 M ausreichen wird, um auch die Kreuzstraße in einen Zustand zu versetzen, der den berechtigten Anforderungen des Herrn Bunge entsprechen dürfte, so hat letzterer keinen Wert mehr auf die Durchführung seines Antrages gelegt.

Herr Bunge: Es tut mir leid, daß die Kreuzstraße im bevorstehenden Jahre nicht mehr gepflastert werden kann; ich werde jedoch im nächsten Jahre meinen Antrag rechtzeitig wiederholen, damit dann wenigstens für das folgende Jahr die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt werden können.

Der Antrag ist damit erledigt.

V. Antrag Jasper: Erwerb des Bürgerrechtes.

Der in der Sitzung vom 9. März d. Js. — Seite 593 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen,

- 1) die Gebühr für Erwerb des Bürgerrechtes aufzuheben,
- 2) den Magistrat zu ersuchen, die zum Erwerb des Bürgerrechtes, Beschaffung eines Staatsangehörigkeitsausweises usw. erforderlichen

Schreibarbeiten für jedermann unentgeltlich resp. gegen Ersatz der notwendigen Auslagen in den städtischen Schreibstuben vornehmen zu lassen.“

Herr Brückmann (als Kommissionsreferent): Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen die Annahme des ersten und die Ablehnung des zweiten Theiles des Antrages.

Zur Begründung dieses Beschlusses führe ich folgendes an: Es ist bekannt, daß der größte Teil der sich um das Bürgerrecht bewerbenden Einwohner unbekannt ist und es dürfte deshalb die bisher erhobene Gebühr für Erlangung des Bürgerrechtes schon aus diesem Grunde zu erlassen sein. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Söhne der hier wohnenden Bürger zum Erwerb des Bürgerrechtes herangezogen werden können und daß es nicht gerechtfertigt erscheint, bei einem solchen Zwange eine Gebühr zu erheben.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so ist anzuerkennen, daß die schriftlichen Bemühungen, die für außerhalb des Herzogtums geborene Einwohner zur Erlangung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit erforderlich werden, teilweise schwierig und umständlich sind. Da diese Vorschriften aber seitens der staatlichen Behörden erlassen worden sind, so konnte sich die Statutenkommission nicht entschließen, Ihnen vorzuschlagen, daß die Stadt die notwendigen schriftlichen Arbeiten übernehmen sollte. Dabei wurde auch besonders betont, daß in den Zeiten vor den Wahlen die Anmeldungen zum Bürgerwerden sich sehr häufen, in allen anderen Zeiten aber recht gering sein würden, so daß in den ersteren Zeiten Hilfskräfte zur Bewältigung des Schreibwerks eingestellt werden müßten. Andererseits wies man darauf hin, daß sich verschiedene politische und andere Vereine mit der Anfertigung dieser Arbeiten befaßten und es auf diese Weise den Interessenten schon jetzt ziemlich leicht gemacht würde, das Bürgerrecht zu erwerben. Durch die Annahme des ersten Theiles des Antrages würde übrigens eine Veränderung des § 2 des Verwaltungsstatuts vom 24. März 1893 notwendig werden.

Herr Hauswaldt: Ich bin anderer Ansicht, als die Mehrheit der Statutenkommission. Meiner Meinung nach hat die Stadt kein Interesse daran, das Bürgererwerbsgeld herunterzusetzen, im Gegenteil, wenn ich könnte, würde ich das Bürgerwerden noch erschweren. Die Stadt kann gar kein Interesse daran haben, die sich hier einige Zeit aufhaltende fluktuierende Bevölkerung als Bürger aufzunehmen. Wer hier dauernd bleiben will, wird auch in der Lage sein, das geringe Bürgergeld zu zahlen, während bei Aufhebung der Gebühr auch die fluktuierende Bevölkerung sich zum Bürgerwerden melden wird, um an der Verwaltung der Stadt und zwar nicht zu deren Wohle, mitzuwirken. Die Städte können nur durch eine sesshafte Bevölkerung gedeihen, und ich habe für die fluktuierende Bevölkerung, sobald sie in

die Verwaltung der Stadt eingreifen will, nichts übrig. Ich bitte deshalb dringend, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender: Zur Ergänzung des Referates mache ich noch darauf aufmerksam, daß die Statutenkommission sich nicht gefragt hat, was hierbei ideal richtig ist, sondern was als die richtige Konsequenz aus den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen anzusehen ist. Da nun die zur Erwerbung des Bürgerrechtes befähigten männlichen Einwohner nach diesen Bestimmungen Bürger werden müssen, so hat die Kommission geglaubt, daß unter diesen Umständen von der Erhebung eines Bürgergeldes Abstand zu nehmen sei.

Herr Jasper: Mit dem Ergebnis der Kommissionsberatung über den ersten Teil meines Antrages bin ich vollkommen einverstanden und möchte die Versammlung bitten, diesem Vorschlage zuzustimmen. Was Herr Hauswaldt dagegen gesagt hat, ist vollkommen unstichhaltig. Die Gebühr für den Erwerb des Bürgerrechtes bietet keine Gewähr dafür, daß nur feste Leute, auf die Herr Hauswaldt so großen Wert legt, das Bürgerrecht erwerben. Außerdem ist es ja für jeden braunschweigischen Staatsangehörigen, der hier zuzieht, Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben, also die sechs Mark zu opfern, mag er nun 1 oder 20 Jahre hier bleiben. Mit der Sesshaftigkeit hat also der Zoll auf das Bürgerrecht nichts zu tun. Im übrigen bestreite ich, daß es wünschenswert sei, nur feste Einwohner auf die städtischen Verhältnisse einwirken zu lassen. Herr Hauswaldt sucht diesen seinen Standpunkt damit zu begründen, daß er sagt: wer nicht fest ist, leistet nichts für die Allgemeinheit. Ich glaube, am zwingendsten kommt die Leistung jedes einzelnen Einwohners dadurch zur Geltung daß er zu allen Gemeindesteuern herangezogen wird, die bekanntlich ohne Rücksicht auf die Bürgerqualität erhoben werden. Da diese Pflicht auch für Nichtbürger besteht, so kann keine Rede davon sein, daß diese Einwohner nicht nach ihren Kräften mit zu den städtischen Aufgaben beitragen. Wer aber die städtischen Steuern mit bezahlen muß, muß auch das Recht haben, mit zu raten und zu taten.

Im Gegensatz zu Herrn Hauswaldt möchte ich betonen, daß es im allgemeinen Interesse der Kommunen liegt, einen möglichst großen Kreis der Einwohnerschaft zu den Wahlen heranzuziehen und recht viele Stimmen mit in die Waagschale zu werfen, damit in der Stadiverwaltung nicht eine Cliqueswirtschaft einiger weniger Einwohner einreißt, die hier Haus und Hof haben, sondern damit die Versammlung eine Vertretung der großen Allgemeinheit der Braunschweiger Einwohnerschaft ist und deren Interessen vertritt. Daß das hiesige Wahlrecht nicht so bestellt ist, wie ich es wünsche, will ich nur streifen.

Herr Frühling: Ich kann dem Vorschlage der Kommission nicht zustimmen, weil ich keinen Grund einzusehen vermag, weshalb wir die bisher bestehenden Bestimmungen ändern sollen. Die Folge würde sein, daß wir wohl eine größere

Anzahl Bürger bekämen, aber nicht solche Bürger, die Interesse für die Stadt haben. Wer ein dauerndes Interesse für die Stadt bekunden will, kann auch die sechs Mark anwenden. Von einer Cliquenwirtschaft kann hier aber wirklich keine Rede sein, denn hier ist keiner, der mit Lehnsgütern bedacht ist, wie schon aus der Zusammensetzung der Versammlung hervorgeht. Der Erfolg der Abschaffung des Bürgergeldes würde der sein, daß auch die fluktuierende Bevölkerung, ohne ein Interesse für die Stadt zu haben, das Recht der Wahlen erlangte, und das ist nicht wünschenswert. Es würde die Maßnahme auch dazu dienen, daß Leute, die heute in der Bürgerschaft keinen Hinterhalt haben, die Möglichkeit erlangten, durch nicht interessierte Leute solchen Hinterhalt zu bekommen und sich bei den Wahlen ein Uebergewicht zu verschaffen; ich sehe deshalb keinen Grund ein, die jetzige Einrichtung zu ändern.

Herr Blasius: Ich gehöre zu der Minorität der Statutentkommission und möchte bitten, aus den schon von den Herren Hauswaldt und Frühling vorgetragenen Gründen gegen den Kommissionsantrag zu stimmen.

Herr Wolters: Ich verkenne keineswegs die von den Herren Vorrednern geäußerten Bedenken und ich würde ihnen auch zustimmen, wenn sie tatsächlich in dem angeführten Maße zuträfen. Das Gesetz hat aber in zwiefacher Hinsicht der fluktuierenden Bevölkerung einen Damm zum Bürgerwerden entgegengesetzt, nämlich einmal den Besitz der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und außerdem einen Aufenthalt von mindestens einem Jahre in der hiesigen Stadt. Die eigentliche fluktuierende Bevölkerung wird dadurch bereits genügend abgehalten, das Bürgerrecht zu erwerben.

Herr Schöttler: Ich stehe auch auf dem Standpunkte der Herren Hauswaldt und Frühling, bin dabei aber zu einem entgegengesetzten Ergebnis gekommen. Es ist in der That auch meine Ueberzeugung, daß es verfehlt wäre, der fluktuierenden Bevölkerung das Bürgerrecht an den Hals zu werfen, und es sollte nur derjenige bei der Stadtverwaltung mit zu sprechen haben, der schon mit den Interessen der Stadt genügend vertraut ist, und dazu gehört eine längere Aufenthaltszeit. Ich bedaure es deshalb außerordentlich, daß das Bürgerwerden an eine nur so kurze Aufenthaltszeit als Vorbedingung geknüpft ist, und ich würde diese Vorbedingung durch eine ganz wesentliche Verlängerung der Wohnzeit zu erschweren suchen. Diese Sache steht hier aber nicht zur Beratung, und wir können auch nicht ohne weiteres einen Beschluß nach der Richtung hin fassen. Das Mittel der Erhebung von sechs Mark ist mir aber nicht recht, um die fluktuierende Bevölkerung von dem Bürgerwerden abzuhalten; es ist mir schon deshalb zuwider, weil es einen unfreiwilligen Beitrag an die Stadt voraussetzt, indem jeder gezwungen werden kann, sofern er die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt, Bürger zu werden, und außerdem, weil es die Einwohnerschaft

mit verschiedenem Maße mißt, da für den einen die sechs Mark eine Kleinigkeit sind, während ein anderer sich dreimal überlegen muß, wie er diesen Betrag erübrigen kann. Ich bin deshalb für die Aufhebung des Bürgergeldes.

Herr Kieße: Der Ausdruck „fluktuierende Bevölkerung“ wird hier doch schon dadurch illusorisch, daß als Voraussetzung zum Bürgerwerden die braunschweigische Staatsangehörigkeit und ein Wohnjahr gefordert wird. Was aber durch die eben gehörten Reden durchschimmert, sind ganz andere Dinge, die wir, trotzdem wir nicht sehr feinfühlig sind, sehr gut begreifen. Es handelt sich hier darum, den Klassenstandpunkt in jeder Beziehung hochzuhalten und die arbeitende Bevölkerung an dem Bürgerwerden möglichst zu verhindern. Wenn früher eine solche Besteuerung in Form von Bürgererwerbsgeld notwendig war und die größeren Städte Deutschlands die Gepflogenheit hatten, eine höhere Gebühr dafür zu erheben — hier sind ehemals 16 Taler erhoben worden —, so muß dabei berücksichtigt werden, daß heutzutage das indirekte Steuersystem soweit ausgebaut ist, daß eine Arbeiterfamilie dadurch in weit höherem Maße belastet ist, als durch das frühere Bürgergeld. Mit Rücksicht hierauf müßte aber die jetzige Kopfsteuer wegfallen. Außerdem liegt es auf der Hand, daß die 2000 M. Bürgerrechtsgewinnelder bei unserm städtischen Haushalte nicht zu Buche schlagen, während die Biersteuer, die von der Arbeiterschaft und überhaupt von den Minderbemittelten getragen wird, das hundertfache einbringt. Bei einigem sozialpolitischen Verständnis sollte man doch endlich dahin kommen, solche Einrichtungen abzuschaffen. Für mich steht es fest, daß in der dritten Wählerklasse die größte Zahl der Intelligenten vertreten ist, denn selbst ein Professor und höherer Lehrer, wenn er nichts ererbt hat, bringt es nicht zu dem Einkommen der zweiten Klasse. Und gerade diese Klasse will man nicht vergrößern.

Herr Frühling: Ich muß mich dagegen verwahren, daß mir Gründe untergeschoben werden, die ich nicht ausgesprochen habe. Wenn mich diese Gründe zu meiner Stellungnahme veranlaßt hätten, würde ich sie auch ausgesprochen haben.

Herr Jasper: Nach dem § 15 der Städteordnung — an der wir leider nichts ändern können — ist die Voraussetzung zum Bürgerwerden der Besitz der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und ein mindestens einjähriger Aufenthalt in hiesiger Stadt. Es soll durch den Antrag hieran nichts geändert werden, sondern das Bürgerwerden soll nur nichts mehr kosten. Wenn die Herren sonst immer eintreten für ein einiges Deutsches Reich, in dem jeder Reichsangehörige gleiche Rechte haben soll, so ist es nicht zu verstehen, daß für den Erwerb des Bürgerrechtes in der Stadt Braunschweig noch eine besondere Gebühr erhoben werden soll und daß nur in Braunschweig geborene und ergraute Männer etwas von den hiesigen Verhältnissen verstehen sollen. Gerade umgekehrt ist es richtig: Wer sich

draußen die Welt angesehen hat, versteht die städtischen Verhältnisse besser zu beurteilen, als wer aus Braunschweigs Mauern nicht hinausgekommen ist.

Herr Hauswaldt: Nach den letzten Worten des Herrn Vorredners kann es scheinen, als ob er mich für einen Pfahlbürger hält, was mir natürlich vollständig gleichgültig ist. Es handelt sich hier wieder um eine von den bekannten oratorisch feinen Redewendungen, die Herr Jasper sehr häufig gebraucht und mit denen er jemandem Worte unterschiebt, die dieser gar nicht gebraucht hat, und auf Grund deren er dann gegen den Unglücklichen vom Leder zieht. Mir ist es gar nicht eingefallen, zu verlangen, daß jemand hier geboren sein soll, wenn er das Bürgerrecht erwerben will. Ich weiß sehr wohl, daß uns das Bürgergeld von sechs Mark gegen die fluktuierende Bevölkerung auch nicht schützt und ich würde gegen dessen Aufhebung nichts einzuwenden haben, sofern eine längere Aufenthaltszeit als ein Jahr vorgeschrieben werden könnte. Unter den heutigen Verhältnissen werden selbst Saisonarbeiter gekeilt zum Bürgerwerden, damit sie wählen können; mein Wunsch geht dahin, daß diese Leute einen indirekten Einfluß auf die Stadtverwaltung nicht haben sollen. Wenn ein Einwohner erst nach einer Aufenthaltszeit von 5 bis 10 Jahren das Bürgerrecht erwerben könnte, wäre ich für die Aufhebung des Bürgergeldes; jedoch lassen sich die bestehenden Gesetze nicht so leicht ändern. Wenn Herr Rieke mir sozialpolitisches Verständnis abspricht, so läßt mich das kalt, denn es ist immer das letzte, daß einem das Verständnis für politische Dinge abgesprochen wird.

Herr Kathe: Während ich früher für die Abschaffung des Bürgergeldes gewesen bin, stehe ich heute auf einem anderen Standpunkte. Mit dem Bürgerrechte gewinnt man nämlich nicht nur das Wahlrecht, sondern noch ganz andere Berechtigungen, und es ist durchaus nicht zu viel, daß man angesichts der einem Bürger zustehenden Rechte für die Erlangung des Bürgerrechtes sechs Mark bezahlt. (Rufe: Welche Rechte denn?) Es scheint, als ob sich die Herren, welche mir eben die Frage zurufen, nicht darum kümmern, welche Rechte einem hiesigen Bürger zustehen. Kennen Sie die vielen Stiftungen nicht, in die nur Braunschweiger Bürger aufgenommen werden und aus denen nur Söhne solcher Stipendien erhalten können? In demselben Moment, wo der Mann Bürger wird, hat dessen Frau die Berechtigung in ein Stift aufgenommen zu werden. Bei meinen eigenen Arbeitern habe ich Verständnis für diese Verhältnisse gefunden. Darum bitte ich, bei der Erhebung der sechs Mark stehen zu bleiben.

Die nun folgende Abstimmung ist auf Antrag des Herrn Jasper eine namentliche.

Für den ersten Teil des Antrages Jasper auf Wegfall des Bürgergeldes stimmen die Herren Altmann, Brückmann, Bunge, Esdorn, Günther, Jasper,

Ohlendorf, Beplies, Kieße, Schöttler, Stegmann, Weichsel, Wesemeier, Wiehle und Wolters.

Gegen den Antrag stimmen die Herren Blasius, Buchler, Bues, Fricke, Frühling, Göcke, Hauswaldt, Jüdel, Rathe, Koch, Lorb, Meyerhoff, Müller, Nolte, Probst, Ribbentrop, Sander und Schmidt.

Der Antrag ist demnach mit 18:15 Stimmen abgelehnt worden.

Es wird nunmehr in die Beratung des zweiten Theiles des Antrages eingetreten.

Herr Jassper: Dieser Teil meines Antrages ist von der Statutenkommission nicht zur Annahme empfohlen worden, aber gleichwohl halte ich ihn aufrecht, und zwar hauptsächlich um deswillen, weil die Stadt in der letzteren Zeit die Schreibarbeiten entweder unentgeltlich oder gegen Erstattung der notwendigen Auslagen schon für einen Teil derjenigen Einwohner besorgt hat, die ihr von bestimmter Seite, nämlich durch Herrn Rathe vom hiesigen Bürgervereine, zugewiesen worden sind. Ich wäre sonst gar nicht darauf gekommen, daß der Magistrat einem Bürger einmal hilfreich sein könnte. Man soll ja auch von dem Gegner lernen und Herr Rathe hat hier mal einen ganz vernünftigen Gedanken gehabt, daß er sich dieser Sache angenommen hat, aber was denjenigen recht ist, die sich der hilfreichen Hand des Herrn Rathe bedienen, muß der Allgemeinheit billig sein. Ich möchte nun bitten, wenn Sie hinsichtlich des ersten Theiles meines Antrages anderer Meinung gewesen sind als die Statutenkommission, auch hier anderer Meinung zu sein (Heiterkeit) und den Antrag anzunehmen. Der von der Kommission gegen meinen Antrag angeführte Grund, daß bei dem Wegfall des Bürgergeldes ein solcher Andrang nach dem Erwerbe des Bürgerrechtes sein würde, daß die Schreibarbeit ins unendliche anwachsen und der Magistrat nicht die erforderlichen Schreibkräfte stellen könnte, fällt jetzt fort und es werden sich nicht so viele Einwohner melden, die bereit sind, den Eingangszoll von sechs Mark zu zahlen. Die meisten Gesuche sind außerdem jetzt schon durch den Bürgerverein gekommen, so daß für die Magistratsbeamten kein wesentlicher Unterschied in der Arbeitsleistung eintreten kann.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Ausführungen des Herrn Jassper enthalten ohne weiteres die Behauptung, daß innerhalb des Magistrates gewissermaßen mit zweierlei Maß gemessen und ein Unterschied gemacht wäre zwischen angenehmen und weniger angenehmen Bürgerkandidaten. Ich muß auf das entschiedenste bestreiten, daß eine derartige Unbilligkeit und Willkür in der städtischen Verwaltung vorgekommen ist, da ich mich aufs sorgfältigste bei allen in Betracht kommenden städtischen Beamten erkundigt habe. Zunächst gehöre ich selber als Dezerent des Magistrates zu dieser Abteilung und auch mir ist nichts davon bekannt, daß ein hiesiger Einwohner von, wenn ich so sagen soll, Rathescher

Färbung anders behandelt worden wäre, als ein Einwohner Jasperscher Färbung, wenn er in Sachen der Erlangung des Bürgerrechtes zu mir gekommen ist. Ich bin dabei vollständig gleichmäßig vorgegangen und habe jedermann meinen Rat erteilt, der ihn haben wollte; aber auch die Beamten der Registratur und des Steuerbureaus versichern auf das bestimmteste, daß von einer tendenziösen Stellungnahme bei ihnen nicht die Rede sein könnte. Richtig ist es aber, daß sich städtische Beamte ganz außerhalb ihrer Amtstätigkeit als Mitglieder des Bürgervereins für die Sache interessiert haben, wie das z. B. Herr Dr. Jasper innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und des sozialdemokratischen Arbeitervereins auch tut. Warum sollte das auch nicht geschehen? Der Magistrat wird es seinen Beamten nicht verwehren. Wenn diese Herren z. B. ein zweckmäßiges Formular entwerfen und verwenden, so steht es bei Herrn Dr. Jasper, sein umfassendes Wissen und Können zu verwerten, um auch ein solches Formular herzustellen und in Anwendung zu bringen. Herr Rathe wird mir bestätigen, daß der Bürgerverein seine Erfolge aus sich selbst heraus erreicht hat.

Herr Rathe: Im Bürgervereine haben sich ursprünglich 60—70 Herren gemeldet, um in der Sache tätig zu sein, jedoch haben intensiv nur wenige daran gearbeitet. Ich habe noch jetzt 24 Sachen im Hause liegen, woran ich mich ergötzen kann. Wenn aber gesagt wird, daß Magistratsbeamte im Dienste an den Sachen gearbeitet hätten, so ist das nicht wahr. Die Herren haben sich allerdings mit an der Arbeit beteiligt und haben in ihrer freien Zeit manche Laufereien besorgt, auch sind sie uns freundlich entgegengekommen, wenn wir ihnen mit Fragen kamen und das würden sie bei anderen auch tun, aber alles andere muß ich bestreiten. Ich bin auch bei verschiedenen Behörden gewesen, um uns die Sache zu erleichtern, jedoch ist jedes Entgegenkommen abgeschlagen. Im übrigen ist die von uns in Szene gesetzte Tätigkeit eine Notwendigkeit für die Stadt, denn hier wohnen viele selbst sehr angesehene Leute, die die braunschweigische Staatsangehörigkeit nicht besitzen und daher auch vom Magistrate nicht aufgefordert werden können, das Bürgerrecht zu erwerben. Ob unser Vorgehen allen Leuten angenehm ist, weiß ich nicht, aber uns ist auf dem Rathause nicht mehr entgegengekommen, als anderen Leuten.

Herr Jasper: Was Herr Hauswaldt mir vorhin zu Unrecht vorgeworfen hat, das ist hier gegen mich geschehen. Herr Stadtrat von Frankenberg verteidigt sich gegen einen Vorwurf, den ich dem Magistrate gar nicht gemacht habe. Ich habe gar nicht behauptet, daß der Magistrat mit ungleichem Maße gemessen hätte, sondern ich habe nur gesagt, daß er die ihm vom Bürgervereine überwiesenen Gesuche sehr liebevoll behandelt, nicht aber auch, daß er Anträge von anderer Seite abgelehnt hätte. Ich entnehme daraus, daß der Magistrat in Zukunft jedem Einwohner in gleicher Weise entgegenkommen, also meinem Antrage Rechnung

tragen wird, während ihm bislang keine Gelegenheit geboten ist, sein Entgegenkommen überall praktisch zu beweisen. Die Herren Stadtrat von Frankenberg und Rathe bestreiten, daß in der von mir geschilderten Weise bisher verfahren worden sei und speziell Herr Rathe sucht die Sache so hinzustellen, als ob nur Mitgliedern des Bürgervereins die nötigen Papiere zur Erlangung des Bürgerrechts verschafft worden seien. Das ist aber nicht richtig. Ich habe drei hiesige Einwohner gesprochen, die nicht Mitglieder des Bürgervereins sind, sondern ihrer politischen Richtung nach uns sehr nahe stehen. Diese Leute haben wir, da wir mit der Beschaffung der Papiere Schwierigkeiten hatten und uns Ihre Technik gut erschien, Ihnen zugesandt und sie haben dann auch durch Ihre gütige Vermittlung nach einiger Zeit die Papiere in einem Bureau des Rathauses während der Dienststunden entgegennehmen können. Ich habe nichts dagegen, daß städtische Beamte ihr Interesse an den städtischen Angelegenheiten dadurch betätigen, daß sie einem politischen Vereine beitreten, um innerhalb ihrer Gesinnungsgenossen wirken zu können, wenn mir auch im einzelnen deren Stellungnahme unklar und nicht den eigenen Interessen entsprechend erscheint. Wenn aber städtische Beamte während der Dienststunden Papiere ausstellen, so kann man nicht behaupten, daß sie dieses als Privatleute getan haben. Was indessen bisher nur einem Teile der Einwohnerschaft zugute gekommen ist, nach der Ansicht des Herrn Stadtrat von Frankenberg aber auch bisher schon der Allgemeinheit hätte zuteil werden können, wenn sie nur darum gebeten hätte, das möchte ich in meinem Antrage dem Magistrate als Wunsch nahe legen.

Darin muß ich übrigens Herrn Rathe beipflichten, daß es oft verdammt schwer ist, die vorgeschriebenen Papiere zu beschaffen, denn die auswärtigen Behörden machen teilweise soviel Schwierigkeiten, daß ein gewöhnlicher Mann aus eigener Kraft sie kaum beschaffen kann. Da nun jede Stadtgemeinde ein Interesse daran haben muß, daß möglichst alle Einwohner ihr Interesse an den Gemeindeangelegenheiten betätigen können, so ist es auch ihre Pflicht, diesen Einwohnern die Erlangung des Bürgerrechtes zu erleichtern.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, Herr Jasper sieht doch wohl ein, daß sein Vorwurf, der Magistrate habe eine Bevorzugung einzelner vorgenommen, unbegründet ist. Wenn er weiter behauptet, daß einzelne städtische Beamte die Papiere im Bureau ausgehändigt hätten, so muß ich dazu bemerken, daß dem Magistrate das nicht bekannt gewesen ist und er auch nicht Stellung dazu hat nehmen können. Ich mache aber kein Hehl daraus, wenn einzelne Beamte tatsächlich in dieser Weise verfahren sein sollten, so würde ich das nicht für korrekt halten können. Wenn ein Beamter außerhalb der Bureaustunden derartige Geschäfte unentgeltlich besorgt, so kann ihm das Recht dazu nicht bestritten werden, aber innerhalb der Bureaustunden darf er solche Geschäfte nicht erledigen, und ich würde

es auch nicht einmal für taktvoll halten, derartige Privatgeschäfte außerhalb der Bureaustunden im Rathause abzuwickeln. Ich werde Erkundigungen einziehen, ob das tatsächlich geschehen ist und werde dem Magistrate darüber Vortrag halten.

In der Sache selbst möchte ich bemerken, daß es ein himmelweiter Unterschied ist, ob der Magistrat den betreffenden Personen, die die braunschweigische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, einen Rat erteilt, denn dazu ist der betreffende Dezernent da, und das kann auch auf dem Bureau geschehen, oder ob dekretiert wird, daß der Magistrat die Verpflichtung haben soll, jedem, der die Staatsangehörigkeit erwerben will, die nötigen Papiere zu beschaffen. Man hat dabei die Schwierigkeiten nicht nur darin zu suchen, daß auswärtige Behörden oft nicht genügendes Entgegenkommen zeigen, sondern es ist häufig sehr schwierig, den Nachweis zu erbringen, wo jemand früher staatsangehörig gewesen ist, wie mir speziell Herr Kollege Lange aus eigener Erfahrung bestätigen kann.

Herr Günther: Wenn dieser Teil des Antrages vor dem ersten Teil beraten worden wäre, würde Herr Rathe für die Aufhebung des Bürgergeldes habe stimmen müssen, denn er beklagte die Schwierigkeiten, welche sich manchem Einwohner bei der Beschaffung der Papiere für die Erlangung der Staatsangehörigkeit entgegenstellen und er wird auch anerkennen müssen, daß die Leute vielfach die sechs Mark scheuen. (Widerspruch.) Auch in Ihren Kreisen gibt es viele Leute, denen dieser Betrag nicht leicht abgeht, zumal dem Bürger nur wenig dafür geboten wird. Die von Herrn Rathe erwähnten Stiftungen schreiben nur in ganz vereinzelt Fällen vor, daß deren Erträge nur Bürgern zugute kommen sollen. In dem zur Beratung stehenden Antrage verlangen wir nichts Neues, denn schon in den 70er Jahren wurden die zum Bürgerwerden nötigen Ausweispapiere vom Magistrate beschafft. Ich habe z. B. seinerzeit keinen Schritt darum getan, sondern der damalige Stadtrat Gebhardt hat alles für mich besorgt. Wenn wir aber danach streben, daß möglichst viele Einwohner das Bürgerrecht erwerben, so müssen wir ihnen diesen Schritt auch zu erleichtern suchen, und das geschieht am besten, wenn die Stadt die Schreibereien besorgen läßt. Die hinterher einzuzahlenden sechs Mark machen diese Arbeit des Magistrates schon bezahlt. Für letzteren ist es auch viel leichter, die erforderlichen Schritte einzuleiten, als für einen gewöhnlichen Mann, der gar nicht weiß, an welche Behörden er sich zur Erlangung der erforderlichen Papiere zu wenden hat. Mir ist jemand bekannt, der an Porto und Spesen sieben Mark hat bezahlen müssen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die hier mehrfach erwähnten Kosten für Beschaffung der Ausweispapiere sind unvermeidbar, denn es handelt sich dabei um die Geburtsurkunden für die gesamten Angehörigen, sowie um einen Nachweis über die bisherige Staatsangehörigkeit, und alle diese Papiere erfordern neben den Portokosten auch Stempelposten und sonstige Gebühren, die der Magistrat unmöglich

verauslagen kann, um sie hinterher nicht wieder zu erhalten. Die Beschaffung der Papiere muß deshalb Sache des betreffenden Einwohners oder, wenn es zur Partei-sache gemacht werden soll, Sache der Partei sein. In einer großen Reihe von deutschen Städten wird diese Sache von sogenannten Volksekretrariaten für alle Parteien behandelt, darum richten Sie doch auch hier, vielleicht unter Beschränkung auf diese Fälle, ein Arbeitssekretariat ein, das den Schriftwechsel mit den Behörden führen kann. Wollten Sie beschließen, daß die Angelegenheit von dem Magistrat vorbereitet werden sollte, so würden wir es Ihnen nach Ihrer Auffassung doch nicht recht machen und man würde uns fortwährend mit Klagen und Vorwürfen kommen, indem man behauptete, daß der Magistrat diesem oder jenem die Erlangung des Bürgerrechtes verkümmert hätte. Es kommen dabei auch Rechtsfragen in Betracht, deren Lösung nicht immer leicht ist. So z. B. wurde von der Herzoglichen Polizeidirektion die Auffassung vertreten, man müsse bei der Erlangung des Bürgerrechtes seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben, während der Magistrat mangels gesetzlicher Bestimmung beschlossen hat, seinerseits nicht die Anregung dazu geben zu wollen, daß jemand deshalb aus dem anderen Bundesstaate austreten müsse. Wir wissen aus Erfahrung, daß viele Einwohner die braunschweigische Staatsangehörigkeit nicht erwerben, weil sie annehmen, sie müßten dann ihre bisherige Staatsangehörigkeit in Preußen, Sachsen zc. aufgeben. Mit der tendenziösen Stellungnahme des Magistrates gegen das Bürgerwerden kann es also nicht weit her sein.

Herr Stegmann: Von dem Vorschlage des Herrn Stadtrat von Frankenberg, Arbeitssekretariate einzurichten, können wir keinen Gebrauch machen. Was die Behandlung dieser Angelegenheit seitens der Polizei betrifft, so will ich einen Fall erwähnen, der die Sache ziemlich deutlich illustriert. Die Polizei suchte einen Arbeiter in der Wohnung auf, fand ihn aber nicht und ging nach der Fabrik, dort wurde der Arbeiter nach dem Kontor gerufen und ausgefragt, ob er dem sozialdemokratischen Arbeiterverein angehöre u. dergl. m., was sich der Arbeiter verbat. Diese Fragerie kann doch nur in bestimmter Absicht geschehen sein, wozu der Beamte gar kein Recht hat.

Sie haben nun vorhin beschlossen, die Bürgerrechtsgebühr nicht abzuschaffen, haben aber wiederholt die Schwierigkeit bei der Beschaffung der Papiere hervorgehoben. Dabei handelt es sich nicht nur um die Staatsangehörigkeitspapiere, sondern auch um die Geburtscheine der sämtlichen Familienangehörigen. Für diese Scheine muß man auch hier auf dem Standesamte unnütze Kosten tragen, indem für jedes Kind ein besonderer Geburtschein beschafft werden muß. Ich möchte wiederholt anregen, diese Sache dadurch zu vereinfachen, daß für sämtliche Kinder ein einziger Geburtschein ausgefertigt wird. Der Magistrat hat mir allerdings, auf meine Anfrage den Bescheid erteilt, daß er in der Sache nichts tun könne

weil das Standesamt eine staatliche Behörde sei. Wir zahlen aber für das Standesamt für das Jahr 17520 M, während wir vom Staate nur eine Rückvergütung von 1200 M erhalten, so daß wir den Löwenanteil der Kosten des Standesamtes tragen, ohne dafür beim Staate auch nur das geringste Entgegenkommen zu finden. Wenn der Magistrat ernstlich will, so wird es ihm auch gelingen, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß diese Geldschneiderei beim Standesamte aufhört.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das vollständig unschuldige Standesamt möchte ich gegen die erhobenen Beschuldigungen in Schutz nehmen. Das Standesamt muß die gewünschten Urkunden nach denjenigen Mustern ausstellen, die angeordnet worden sind; wenn nun die Staatsbehörde die Geburtsurkunden der betreffenden Personen im einzelnen fordert, damit sie weiß, mit welchen Personen sie zu tun hat, dann kann doch Magistrat und Standesamt nicht anders, als für jede einzelne Person, nicht aber summarisch etwa für fünf Personen, eine Urkunde auszustellen. Es ist ja für gewisse Fälle schon eine wesentliche Vereinfachung eingeführt, indem die für das staatliche Versicherungswesen und für den Konfirmandenunterricht notwendigen Urkunden in vereinfachter Form unentgeltlich geliefert werden, aber auf diese Fälle muß sich das Standesamt beschränken und kann nicht eigenmächtig darüber hinausgehen. Ich bin auch im Zweifel darüber, ob ein Erfolg zu erwarten wäre, wenn man dießerhalb bei der staatlichen Behörde vorstellig würde.

Der zweite Teil des Antrages Jasper wird sodann ebenfalls abgelehnt.

VI. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Der Schneidermeister Ebers, der ebenso wie seine Ehefrau taubstumm ist, hat gebeten, ihm einen Wachhund freizugeben, da er ihn zu seiner persönlichen Sicherheit gebrauche.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, empfiehlt die Statutenkommission in diesem besonderen Falle die Steuer um die Hälfte zu ermäßigen.

Herr Rieke: Das hier gezeigte Entgegenkommen mag sehr human erscheinen, wenn man aber fürstliche Hunde und Polizeihunde, für die man allerdings einen gewissen Nutzen nicht abstreiten kann, freiläßt, so erfordert es doch wohl die Billigkeit, daß man auch solchen Hund abgabefrei läßt, den zwei unglückliche Menschen als Ersatz für die ihnen mangelnden Sinne gebrauchen. Ich möchte einen dahingehenden Antrag stellen.

Herr Koch: Ich stehe auf demselben Standpunkte und möchte den Antrag auf Freilassung des Hundes von der Steuer unterstützen.

Nachdem noch Herr Esdorn für die Steuerfreiheit des Hundes gesprochen hatte, wird der Antrag Rieke angenommen.

VII. Verkauf von Böschungsterrain des Wendenringes.

Der Auktionator Christian Bertram hat beantragt, ihm zum Preise von 5 M pro qm zwei 14 qm große Flächen zu verkaufen, die, am Wendenringe als Böschungsterrain liegend, für die Stadt keinen besonderen Wert mehr haben. Die Versammlung wird vom Magistrate ersucht, dem Verkaufe zuzustimmen, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buess berichtet, geschieht.

VIII. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte.

Die in der letzten Sitzung — Seite 681 des Berichtes — abgebrochene Verhandlung wird jetzt wieder aufgenommen, nachdem die Vorschläge der Finanzkommission vervielfältigt und jedem Mitgliede der Versammlung zugestellt worden sind.

Herr Jüdel: Nachdem ich in der vorigen Sitzung über den Gegenstand schon eingehend berichtet habe, gehe ich nunmehr zu den vorgeschlagenen Aenderungen der Gehaltsordnung über.

Die Abteilung VI soll in Zukunft lauten: „1) Geprüfte Baumeister, sofern nicht zur Abt. V gehörend. 2) Ingenieure und Architekten mit abgeschlossener Hochschulbildung 3400 M — 5800 M mit 8 Zulagen von je 300 M.“

Die Abteilung IX erhält folgenden Wortlaut: „1) Betriebsleiter der Gasfabriken. 2) Ingenieure und Architekten mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulbildung 3000 M — 4400 M mit 7 Zulagen zu je 200 M.“

Herr Schöttler: Was versteht man eigentlich unter einem Ingenieur und Architekten mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulbildung? Soll das heißen, daß der eine ein Semester spazieren gegangen ist und der andere 8 Semester gearbeitet hat? Einen Abschluß in der Hochschulbildung kann man doch nur darin erblicken, daß jemand die Diplomprüfung gemacht hat.

Herr Jüdel: Der Ausdruck ist einem Schreiben des Stadtbaurats Winter entnommen. Es handelt sich dabei um Herren, die wohl eine Hochschule besucht, den Abschluß aber durch eine Prüfung nicht bekundet haben.

Herr Schöttler: Ich will einen anderen Ausdruck nicht vorschlagen, aber ich muß es für bedenklich halten, einen so unbestimmten Begriff in die Gehaltsordnung einzustellen. Es kann sich doch nur um eine abgeschlossene Hochschulbildung oder eine Mittelschulbildung handeln. Eine Gehaltsklasse für Leute mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulbildung zu schaffen scheint mir bedenklich zu sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich weiß nicht, ob wir schon Beamte haben, die unter diese Bestimmung fallen würden. Die Schwierigkeit liegt darin, festzustellen, wer Architekt und wer Bautechniker ist; ich vermute aber, daß sich

dieser Unterschied in der Praxis schon herausgebildet hat. Im übrigen kann ich es nicht für bedenklich erachten, wenn in unsere Gehaltsbestimmung eine derartige Ausdrucksweise hineinkommt. Die Hände werden uns dadurch nicht gebunden, denn wir haben hinterher zu entscheiden, ob wir einen Herrn, der die Hochschule nicht ganz durchgemacht hat, annehmen wollen oder nicht.

Herr Frühling: Ich kann auch keinen Unterschied zwischen den beiden Arten von Architekten machen. Ein Architekt mit nicht abgeschlossener Hochschulbildung ist eben ein Architekt ohne Hochschulbildung.

Herr Rathe: Mir ist bekannt, daß in Sachsen ein Architektenexamen gemacht werden kann, ohne daß die betr. Herren eine abgeschlossene Hochschulbildung in unserm Sinne besitzen.

Vorsitzender: Die Herren scheinen sich an dem Negativum zu stoßen. Die Sache hat aber gar nichts zu sagen, da der Magistrat in jedem Falle erst Vorschläge zu machen und die Versammlung diese zu genehmigen hat. Es können also Schwierigkeiten nicht entstehen.

Die Abteilung IX wird genehmigt.

Zur Abteilung X „Kassierer der Stadthauptkasse etc.“ werden kommissionsseitig Änderungen nicht beantragt.

Herr Sander: Nach den bestehenden Bestimmungen sollen die Beamten dieser Gehaltsklasse ihre Zulagen in 9 Malen mit je 200 M erhalten, während die Beamten der Klasse XIII bezw. XIV 3×300 M, 2×200 M und 4×100 M erhalten sollen. Diese Ungleichmäßigkeit möchte ich beseitigt sehen und bitten, den Beamten der Klasse X 3×300 M, 3×200 M und 3×100 M Zulage zu bewilligen, damit sie in den mittleren Jahren, wo die Bedürfnisse am meisten zu steigen pflegen, ein höheres Einkommen erhalten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es ist schwer, bei solcher Gehaltsskala es allen recht zu machen. Nach meiner Ueberzeugung würde einem derartigen Beschlusse irgend welcher praktische Erfolg nicht beizumessen sein, weil die Beamten dieser Abteilung doch schon mindestens neun Jahre in einer geringer besoldeten Stelle beschäftigt sein werden.

Herr Südel: Wir haben diese Abteilung unverändert gelassen, weil wir angenommen haben, daß die Herren erst dann in dieselbe einrücken werden, wenn die anderweite Gehaltsaufrückung keine Wirkung mehr ausüben kann.

Herr Sander: Ich muß widersprechen, daß in meinem Antrage kein finanzieller Vorteil für die Beamten liegen würde. Wenn z. B. ein Beamter nach 15jähriger Dienstzeit in diese Abteilung einrückt, erhält er nach der bisherigen Bestimmung 3200 M, nach meinem Vorschlage aber 3500 M, nach 18jähriger Dienstzeit 3400 M bezw. 3700 M etc.

Der Antrag Sander wird darauf angenommen.

Herr Füdel: Da durch die Annahme dieses Antrages auch in den übrigen Abteilungen Verschiebungen notwendig werden, diese sich aber im Augenblicke nicht übersehen lassen, so muß ich bitten, die Beratung hier abzubrechen, was geschieht.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

IX. Entwurf eines Ortsbaustatuts.

In der Sitzung vom 16. d. Mts. — Seite 626 des Berichtes — ist der Entwurf des Ortsbaustatuts in der Schlußabstimmung mit 15 : 14 Stimmen abgelehnt worden, obwohl die einzelnen Paragraphen vorher angenommen waren. Der Magistrat glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß dieses Resultat lediglich eine Folge des Umstandes gewesen ist, daß ein zuvor gestellter Antrag wegen nochmaliger Beratung des § 38a des Entwurfes verworfen war und nunmehr verschiedene Mitglieder der Versammlung den ganzen Entwurf in der Absicht ablehnten, dadurch eine Wiedereröffnung der Verhandlungen über den gedachten § 38a herbeizuführen; denn die Annahme, daß die Versammlung den Erlaß eines Ortsbaustatuts überhaupt nicht für erforderlich hält, erachtet der Magistrat für ausgeschlossen. Im Hinblick hierauf dürfte es nach der Ansicht des Magistrates unbedenklich und behufs Vereinfachung des weiteren Verfahrens zweckdienlich erscheinen, die Beratung über den § 38a nochmals aufzunehmen und zwar umso mehr, da er sich inzwischen überzeugt hat, daß eine Aenderung der genehmigten Fassung angezeigt erscheint.

Da nämlich die einfallenden Lichtstrahlen die ganze Fensteröffnung noch unter einem Winkel von nicht mehr als 60° treffen sollen, so ist es klar, daß, je tiefer die Fenster angelegt werden, desto größer die Entfernung des zu erbauenden Gebäudes von der Nachbargrenze sein muß und daß somit, je mehr Licht durch ein zwar mit seiner Oberkante die normale Höhe erreichendes, aber sich weit nach unten erstreckendes Fenster dem betr. Raume zugeführt wird, desto weiter das neue Gebäude von der Grenze entfernt bleiben muß. Dieses Resultat ist nicht gewollt und nicht sachgemäß. Es wird vielmehr genügen, wenn die Belichtung der Fensteröffnungen in der im § 38a vorgesehenen Weise nur insoweit erfolgt, wie Lichtöffnungen nach § 79 des Entwurfes erforderlich sind, und es dürfte sich daher empfehlen, im § 38a *M* 2 hinter den Worten „in ihrer ganzen Fläche“ den Passus einzuschalten: „jedoch nur, soweit Lichtöffnungen nach § 79 erforderlich sind“.

Mit dem Bemerken, daß der Magistrat mit den einzelnen von der Versammlung beschlossenen Aenderungen und Ergänzungen des Entwurfes einverstanden ist, gibt er anheim, die Beratung über den Entwurf nochmals aufzunehmen, der

Einfügung dieser Worte in den § 38a zuzustimmen und danach den ganzen Statutenentwurf zu genehmigen.

Herr Wolff (als Referent der vereinigten Statuten- und Baukommission): Es ist kein Zweifel, daß der Magistrat in der Lage ist, die abgelehnte Vorlage mit der betreffenden Aenderung wieder einzubringen. Daraus folgt dann weiter, daß das ganze Statut wieder zur Beratung steht. Die vereinigten Kommissionen empfehlen, das Statut in der vorliegenden Form mit dem beantragten Zusatz, der als zweckmäßig befunden ist, anzunehmen.

Die Kommissionen haben auch eingehend darüber beraten, ob die vielfach angefeindete Fassung des § 38a vielleicht noch gemildert werden könne, sie haben aber nach wie vor in ihrer Mehrheit den Standpunkt vertreten, daß die Vorschrift im § 38a mit der jetzt vom Magistrat vorgeschlagenen Aenderung durchaus anzuraten sei, und insbesondere ist von den Kommissionen Wert darauf gelegt worden, zu betonen, daß anscheinende Härten durch den Absatz 3 des § 38a in genügender Weise beseitigt werden. Es hat nun nahegelegen, angesichts der Anzweiflungen, die gegen die Richtigkeit der vorgeschlagenen Bestimmungen des § 38a erhoben worden sind, diese Bestimmungen vom technischen Standpunkte aus nochmals zu beleuchten, und Herr Frühling hat sich bereit erklärt, an der Hand der vorliegenden Zeichnungen die Rechtslage zu erläutern.

Herr Frühling: Wenn ich auch nicht weiß, was ich zur Erläuterung des § 38a noch besonders sagen könnte, so will ich doch hervorheben, daß der jetzt beantragte Zusatz eine weitere wesentliche Ermäßigung der Vorschriften darstellt, indem nach der bisherigen Fassung die Meinung entstehen konnte, daß die sämtlichen Fenster den Lichteinfallwinkel haben müßten.

(Redner erläutert die Bestimmungen an den ausgehängten Zeichnungen und fährt dann fort:) Wenn die Herren sich die Bebauung auf dem Plane angesehen haben, so wird niemand mehr sagen können, daß ihm die Bebauung eines Grundstücks innerhalb der Stadt unmöglich gemacht werde. Ich habe sogar die Empfindung, daß es wünschenswert wäre, nicht soweit zu gehen, wie es jetzt gestattet werden soll. Deshalb können Ihnen die Kommissionen nur anraten, den heute vorliegenden Entwurf zu genehmigen. Wenn der Entwurf jetzt abgelehnt wird, läßt sich für die nächsten 6 bis 7 Jahre nicht erwarten, daß wir ein anderes Ortsbaustatut kriegen. Es würde dadurch nur die jetzige Bauweise auf lange Zeit festgelegt und mancher Grundbesitzer erheblich geschädigt werden. Sehen Sie sich nur die Bebauung am alten Petritore an, wo ein so kolossaler Kasten hingesezt und dem Nachbar das Licht genommen ist. Deshalb möchte ich dringend warnen, dem einen Grundbesitzer geringere Baubedingungen aufzuerlegen und dadurch die große Menge der Grundbesitzer schwer zu schädigen.

Es ist auch vorgeschlagen worden, lieber einen festen Abstand zwischen zwei Gebäuden vorzuschreiben, als einen Einfallswinkel, aber der feste Abstand würde, wie diese Zeichnung ergibt, eine viel härtere Bestimmung gewesen sein, als der Einfallswinkel. Wenn Sie alles vorurteilsfrei erwägen, müssen Sie im allgemeinen Interesse und im Interesse der Grundbesitzer dafür stimmen, daß wir endlich ein neues Ortsbaustatut bekommen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn auch der § 38a den Entwurf zu Fall gebracht hat, so möchte ich gleichwohl dafür eintreten und darauf hinweisen, daß eine Ergänzung des Gesetzes durchaus nötig ist. Im Laufe der Kommissionsberatung habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Herren, welche gegen den § 38a waren, nicht ganz genau in den Geist der Bauordnung eingebrungen waren. Das nehme ich niemand übel, denn die Bestimmungen sind nicht sehr leicht zu begreifen.

Ueber Zuführung von Luft und Licht haben wir in der Bauordnung nur allgemein gehaltene Vorschriften, mit denen in der Regel nur wenig zu machen ist, unter Umständen allerdings sehr viel, weil sie sehr dehnbar sind. Das Stadtbauamt kann deshalb bei dieser Bestimmung sehr harte Bedingungen vorschreiben und darin liegt eine große Gefahr. Die Menschen sind dem Irrtum unterworfen und die Behörden ebenfalls; es wäre daher kein Wunder, wenn das Stadtbauamt bei einer anderen Zusammensetzung zu einer gegen früher vollständig entgegengesetzten Entscheidung käme. Das ist aber ein unerträglicher Zustand und deshalb müssen wir das Gesetz durch statutarische Vorschriften ergänzen. Nun kommen allerdings neben den allgemeinen Vorschriften noch andere Vorschriften in Betracht, die indirekt dazu führen, daß Luft und Licht gewahrt bleiben, nämlich die §§ 31 und 27 der Bauordnung. Wenn man diese Bestimmungen liest, so sollte man meinen, es wäre überflüssig, auf die Vorschrift wegen Einführung des Lichteinfallswinkels noch Gewicht zu legen.

(Redner weist an der Hand von Zeichnungen nach, daß solche Bestimmung doch erforderlich ist und fährt dann fort:)

Es ist klar, daß diese Vorschrift ursprünglich ganz etwas anderes gewollt hat, als die Zuführung von Licht und Luft, der Gesetzgeber hat vielmehr gemeint, je höher ich ein Gebäude baue, desto größer muß der leere Raum vor dem Gebäude sein, und er ist zu der Vorschrift gekommen nicht mit Rücksicht auf die Zuführung von Licht und Luft, sondern aus feuerpolizeilichen Rücksichten. Man soll eben mit den Löschgeräten operieren können. Ich sehe also keine andere Möglichkeit ein, als in der vorgeschlagenen Weise vorzugehen, nämlich nicht mit einer bestimmten Entfernung zwischen zwei Gebäuden zu operieren, sondern zu sagen, die betreffenden Räume sollen wenigstens etwas direktes Licht erhalten. Uebrigens wird es nicht so sehr viele Fälle geben, in denen diese Vorschrift überhaupt zur

Anwendung kommt, weil durch die Zulassung von zwei ungenügend erhaltenen Zimmern der § 38a nicht zu häufig zur Anwendung kommen wird.

Herr Schöttler: Ich habe den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen, sondern möchte sie nur noch etwas verdeutlichen. Zu dem Zwecke habe ich hier ein ganz einfaches Modell und werde daran zeigen, daß unsere Vorschrift keineswegs zu weit geht.

(Redner gibt entsprechende Erläuterungen an der Hand des Modells und fährt dann fort:)

Für mich ist nun die weitere Frage entstanden, ob die jetzige Vorlage des Magistrates zur Annahme gelangen wird, was ich allerdings nach den schon gehörten Reden glaube hoffen zu dürfen. Ich möchte Ihnen aber für den Fall, daß das trotzdem nicht geschähe, noch einmal vorführen, was geschehen könnte, um in anderer Weise das Ortsbaustatut zu sichern. Die eine Möglichkeit wäre, daß wir die Bestimmungen über den Schutz der Bauhandwerker, die wir auf Verlangen der Regierung beseitigt haben, wieder in das Statut einstellten. Wollen wir aber diesem Gedanken näher treten, so müssen wir uns über die Sache ganz klar sein. Sie liegt so: Die in dem Statut ursprünglich vorhandenen Bestimmungen bestehen jetzt schon als Bestimmungen der Berufsgenossenschaften, sie sollten von uns nur deshalb in das Statut übertragen werden, weil man dabei den Vorteil sah, daß die Revisionen dann nicht durch Beamte der Berufsgenossenschaften, sondern durch städtische Beamte erfolgten. Es ist mir bei den Beratungen ein angenehmes Gefühl gewesen, daß die Herren von der sozialdemokratischen Seite darauf soviel Wert gelegt haben, denn bisher sind wir doch immer so dargestellt, als ob wir nur die Geschäfte der Berufsgenossenschaften und der Unternehmer besorgten. Ich erblicke in dem Werte, den man darauf legt, das Zugeständnis, daß man annimmt, unsere städtischen Beamten arbeiten unparteiischer, als die Beamten der Berufsgenossenschaften und daß es nicht ganz so schlimm ist mit der so oft gehörten Behauptung, wir betrieben nur die Geschäfte der Unternehmer. Mir scheint es jetzt fast, als ob es sich unter Umständen nur um Redensarten handelt, die einmal nützlich verwendet werden können. Die Vorschriften sind bekanntlich aus dem Statut entfernt, weil die Regierung sich vorbehalten wollte, die Bestimmungen unabhängig von uns ändern zu können, und wir sind nicht darauf eingegangen, weil wir uns gesagt haben, daß das gegen die Selbstständigkeit der städtischen Verwaltung sei. Von jener Seite ist uns nun immer gesagt worden, wir achteten nicht genug auf unser Selbstverwaltungsrecht und nun mit einem Male wird es nicht für opportun gehalten, dieses Recht hoch zu halten. Wie oft sind uns nicht schon Opportunitätsgründe vorgeworfen worden! Ich will den Herren daraus keinen Vorwurf machen, denn ich mache eine Sache immer, wenn sie mir opportun zu sein scheint. Wenn ich mich aber auf den Stand-

punkt der Herren stelle, so muß ich notwendig ein großes Mißtrauen gegen die Regierung haben und dieses Mißtrauen hindert mich, daran zu glauben, daß die Regierung ihr Versprechen halten und die Schutzbestimmungen in einer Weise herausgeben wird, wie ich es wünsche. Bringe ich nun aber die Bestimmungen in das Statut hinein, so gebe ich der Regierung die Macht, sie jederzeit abzuändern. Mit einem Male schenke ich also der Regierung das volle Vertrauen, sie werde die Bestimmungen nicht gegen unsern Wunsch ändern. Das verträgt sich nicht mit einander. Deshalb kann ich nicht empfehlen, die Bestimmungen wieder in das Statut aufzunehmen, wir müssen bei unserer Resolution stehen bleiben.

Es hat sich dann noch ein anderer Weg gezeigt, den Herr Rathe beantragt hatte, der aber von der Kommission abgelehnt wurde. Der Antrag ging dahin, alle Hintergebäude in der Innenstadt nicht höher als 12 m zu bauen. Damit wäre weitgehenden Wünschen Genüge geleistet. Wir würden dadurch allerdings Verhältnisse erhalten, die besser sind, als die durch die Magistratsvorlage bedingten, es wären himmlische Zustände, die uns da entgegenblühten.

Ich will Ihnen diese etwas erläutern. Verschiedene Herren hören nicht gern von einem Einfallswinkel, weil sie mit der Trigonometrie auf etwas gespanntem Fuße stehen, ich ersetze ihn aber durch folgende Regel: Nimm die zulässige Gebäudehöhe, ziehe die Sohlbankhöhe des Fensters davon ab und multipliziere den Rest mit 0,58, so erhältst du den Gebäudeabstand.

(Redner gibt einige Beispiele, wie sich der Rathesche Vorschlag im Vergleich zu dem Magistratsvorschlage in der Praxis stellt.)

Für den Fall also, daß der Magistratsvorschlag abgelehnt werden sollte, nehme ich den Antrag Rathe wieder auf und stelle den Antrag, in den § 35 des Statuts folgende Ziffer 3 aufzunehmen:

„3. Die Höhe der Seiten- und Hintergebäude darf in der Innenstadt (§ 29), vorbehaltlich der Bestimmung im Satz 2 des § 27 der Bauordnung wegen der Seitenflügel, 12 m nicht überschreiten.“

In erster Linie empfehle ich aber die Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Oberbürgermeister Rietmeyer: Einen solchen Vorschlag halte ich für gefährlich, weil es mir nicht unmöglich erscheint, daß das Statut mit diesem Antrage angenommen werden könnte und ein derartiges Statut die behördliche Genehmigung nicht finden würde. Was haben Sie z. B. an unserem Rathause auszufehen, weshalb soll es nicht zulässig sein, auf dem Hofe noch einen Seitenflügel zu bauen, hat jemand das geringste daran auszufehen? Außerdem hat die Sache noch ein großes Bedenken: Sie können die zu errichtenden Gebäude so niedrig machen wie Sie wollen, Sie erreichen mit dieser Bestimmung doch nicht, was Sie beabsichtigen. (Redner erklärt das an einer Zeichnung.)

Auch die Schutzbefehle sind hier erwähnt worden, Sie gestatten mir daher wohl einige Bemerkungen dazu.

Das Gesetz hat bekanntlich die Vorschrift, daß Ausführungsbestimmungen zum Schutze der Arbeiter erlassen werden können entweder auf dem Wege durch Statut oder im Verwaltungswege, d. h. durch Verordnung oder durch Bekanntmachung. Das Herzogliche Staatsministerium ist bei den Beratungen hier nicht gerade gut weggekommen und es ist so dargestellt, als ob die höchste Instanz des Herzogtums kein Interesse dafür hätte, den Arbeitern den nötigen Schutz zu gewähren. Ich glaube, der Herr, der hier so gesprochen, hat die Sache nicht richtig dargestellt. Als bald nach Erlaß der Bauordnung ist eine Ausarbeitung des Statuts in Angriff genommen worden. Es nun ist lediglich ein Entgegenkommen gegen die Stadt, wenn das Herzogliche Staatsministerium abzuwarten wünscht, ob nicht die Stadt ihrerseits Vorschriften in das Statut aufnehmen will, die dem Herzoglichen Staatsministerium den Erlaß solcher Bestimmungen ersparen. Das haben wir getan. Hinterher aber sind sie wieder gestrichen, weil aus der Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums ein Eingriff in unsere Selbstverwaltung herausgelesen werden konnte. Auch in dieser Beziehung hat Herr Dr. Kasper dem Herzoglichen Staatsministerium den Vorwurf gemacht, das wäre nicht sachgemäß und man könnte abwarten, ob das Ministerium seine Ansicht aufrecht erhalten würde. Hiergegen möchte ich das Herzogliche Staatsministerium in Schutz nehmen. Wie kommt das Staatsministerium überhaupt dazu, solche Vorschriften zu verlangen? Meinen Sie, daß es nicht das gleiche Interesse daran hat, wie wir alle, den Bauarbeitern den nötigen Schutz zu gewähren? Weshalb sollten wir ihnen überhaupt den Schutz versagen? Meinen Sie etwa, im Interesse der Bauunternehmer? Das liegt uns fern und dem Herzoglichen Staatsministerium auch. Das Staatsministerium hat sich gesagt: Heute ist die Versammlung vielleicht sehr geneigt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und scharfe Bestimmungen zu erlassen; aber im Laufe der Zeit ändern sich die Anforderungen und wir können nicht wissen, ob die städtischen Behörden dann den neueren Anforderungen folgen und das Statut ändern werden. Wenn das Herzogliche Staatsministerium ein Statut genehmigt, obgleich es im Wege der Verordnung die Sache regeln kann, verzichtet es auf einen Erlaß derartiger Vorschriften. Wenn die städtischen Behörden dann nicht folgen, kann das Ministerium nichts ausrichten. Deshalb hat das Ministerium gesagt: „Wir verlangen, daß diese Vorschrift in das Statut aufgenommen wird.“

Der Hauptgrund für uns, diese Vorschriften nicht in das Statut aufzunehmen, ist doch der gewesen, daß solche Vorschriften schon seitens der Berufsgenossenschaften erlassen waren. Es ist mir jetzt auch der Entwurf zu anderen Vorschriften für die Hannoversche Baugewerkschaft überreicht worden. Der Entwurf liegt in 48 Paragraphen hier vor. Wenn wir nun das Statut mit den

Vorschriften angenommen hätten, wie sie 1901 erlassen waren, so müßten wir jetzt unser Statut schon wieder ändern. Es dürfte aber für uns keine angemessene Aufgabe sein, den Berufsgenossenschaften fortwährend nachzuhinken. Außerdem erscheint es mir auch jetzt noch bedenklich, von zwei Stellen aus — den Städten und den Berufsgenossenschaften — solche Schutzvorschriften zu erlassen. Nur in einem Punkte gebe ich dem Vorredner recht, daß es wünschenswert wäre, neben den Vorschriften der Berufsgenossenschaften allgemeine Vorschriften seitens der Staatsbehörden zu erlassen.

Es wäre nämlich der Stellung der Baupolizeibeamten nicht angemessen, wenn sie nur das Recht haben sollen, bei den Berufsgenossenschaften zu denunzieren. Sie müssen das Recht haben einzugreifen. (Herr Stegmann: Sehr richtig!) Es freut mich, daß Herr Stegmann mir zustimmt. Aus diesem Grunde bin ich dafür eingetreten, solche Vorschriften zu erlassen, und sie werden erlassen werden. Wollte man aber Vorschriften erlassen, die den Vorschriften der Berufsgenossenschaften widerstreiten, was soll dann der unglückliche Unternehmer tun? Daraus folgt, daß die vom Herzoglichen Staatsministerium zu erlassenden Vorschriften generell gehalten werden und sich mit den Vorschriften der Berufsgenossenschaften decken müssen.

Ich habe übrigens gleichzeitig Veranlassung genommen, — weil ich den Verdacht, der hier ausgesprochen ist, daß der Magistrat oder das Herzogliche Staatsministerium an den Arbeiter-Schutzbestimmungen kein Interesse hätte, gründlich zerstören wollte, — mit Herrn Geheimen Rat Hartweg darüber zu sprechen und der Herr Minister sagte, er wäre keinen Augenblick bedenklich, Vorschriften zu erlassen; aber nachdem die Stadt solange gewartet hätte, müßten nun erst noch die zuständigen Behörden gehört werden. Die Herzogliche Baudirektion soll aufgefordert werden, mit einem Berichte über den Entwurf des Statuts gleichzeitig auch Vorschläge für den Schutz der Bauhandwerker zu machen. Der Herr Minister erklärte übrigens noch, er wäre auch geneigt, vorher noch Arbeiter-Vertreter darüber zu hören. Mehr können Sie aber nicht verlangen. (Beifall.)

Wenn das Ortsbaustatut jetzt noch einmal abgelehnt werden sollte, so würde das einen geradezu traurigen Eindruck machen. Das Stadtbauamt kann auch mit Hilfe der jetzigen Vorschriften auskommen, aber Sie wollen berücksichtigen, wie lange wir gebraucht haben, um das Statut hier zum Abschluß zu bringen und weiter, daß die übrigen Städte des Herzogtums, die ebenfalls Entwürfe zu einem Ortsbaustatut eingereicht haben, vom Herzoglichen Staatsministerium dahin beschieden worden sind, zu warten, bis unser Statut genehmigt worden sei. Wenn das Statut, obgleich für jeden einzelnen Paragraphen eine ziemlich große Majorität vorhanden gewesen ist, jetzt trotzdem fallen sollte, so muß ich sagen: Wir blamieren uns vor dem ganzen Lande.

Herr Rathe: Ich bin ein Gegner des vorliegenden Ortsbaustatuts. Es ist wirklich zu viel verlangt, 100 Paragraphen der Landesbauordnung und 95 Paragraphen des Ortsbaustatuts im Kopfe behalten zu sollen, wenn man bauen will. Man sollte nicht königlicher sein, als der König und man soll als Bürger einer Stadt mit Selbstverwaltung die Bestimmungen der Bauordnung nicht noch weiter verschärfen. Ich will mich auf meinem Grund und Boden möglichst frei bewegen können, während das Ortsbaustatut viele Verschärfungen der Landesbauordnung enthält, die ich nicht für nötig erachten kann. Die hier als Beispiele vorgeführten starken Ausnutzungen von Grundstücken sind entweder künstlich herbeigeführt oder übertrieben. Am meisten haben mich die §§ 30 und 38a gegen das Ortsbaustatut eingenommen. Nehmen Sie das Statut an, so steht das Stadtbauamt nicht mehr unter den städtischen Behörden, sondern unter der Herzoglichen Kreisdirektion und es gehören ihm dann nur noch 3 Stadtverordnente an. Wir müssen deshalb in dem Vergeben von Rechten sehr vorsichtig sein und sollten uns hüten, uns solche Erschwerungen aufzuerlegen. Bezüglich der Außenstadt bin ich mit allen Maßnahmen des Ortsbaustatuts einverstanden, und ich möchte nur die innenstädtischen kleinen Grundstücke zu schützen suchen. Was soll ich in der Innenstadt mit einem Hause anfangen, das höchstens 10 m hoch gebaut werden darf? Das kann ich nicht gebrauchen, ich muß deshalb lieber die alte Bude stehen lassen. Wenn in Zukunft jemand zu mir kommt und sagt, er wolle bauen, dann erwidere ich ihm, hier ist die Landesbauordnung und da ist das Ortsbaustatut. Lesen Sie die beiden Sachen durch und kommen Sie nach drei Tagen wieder. Wenn er dann wiederkommt und doch bauen will, dann sage ich, fahren Sie nach Königsutter! (Heiterkeit.) Was den § 38a betrifft, so bin ich viel mehr für eine festgelegte Höhe von Hinter- und Seitengebäuden auf 12 m, als für den Einfallswinkel, denn mit diesem kann das Stadtbauamt mit uns machen was es will.

Herr A h m a n n: Herr Oberbürgermeister Metemeyer meinte, es wäre zweifellos, daß das ganze Ortsbaustatut nur des § 38a wegen abgelehnt worden wäre. Ich glaube wirklich, daß der Herr Oberbürgermeister besser darüber orientiert wäre. Es mußte doch schon in der vorigen Sitzung klar sein, daß wir nicht deswegen gegen das Statut gestimmt haben, weil einzelne Bestimmungen einen Bürger vielleicht hart treffen würden, sondern um deswillen, weil die Aufnahme der Schutzvorschriften von der Mehrheit abgelehnt worden ist. So gut wie das Gesamtinteresse erfordert, ein gutes Ortsbaustatut zu erhalten, so gut erfordert das Interesse der Arbeiter, die Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, die Herausgabe der Schutzvorschriften. Wir haben beides als gleichwertig und gleich wichtig gehalten. Herr Schöttler hat uns Opportunitätsgründe vorgeworfen, jedoch muß ich gestehen, daß ich seine Rede nicht habe begreifen können und es

mir scheint, als ob man die Universität hätte besucht haben müssen, um das alles verstehen zu können. Es waren darin sehr viele Vorwürfe gegen uns enthalten, die darauf hinausliefen, daß wir das Selbstverwaltungsrecht der Stadt verkaufen oder verraten wollten, und ich muß diese Vorwürfe ganz entschieden zurückweisen. Uns liegt nichts daran, daß das Ministerium die Schutzvorschriften erlassen soll, sondern wir sind auch damit einverstanden, daß die Stadt diese Vorschriften erläßt. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, ob etwa diese Vorschriften den von den Berufsgenossenschaften erlassenen Vorschriften widersprechen sollten, so muß ich darauf erwidern, daß das allerdings nicht geht. Darum handelt es sich aber auch gar nicht, sondern um die Ueberwachung der Vorschriften. Es wird uns immer vorgeworfen, wir wollten die Unfallberufsgenossenschaftsbeamten in Mißkredit bringen, davon kann aber keine Rede sein. Diese Kontrollbeamten haben einen ganz anderen Zweck, als die Kontrolle im öffentlichen Interesse auszuüben. Wer das nicht begreifen kann, kann darüber auch nicht diskutieren. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ein solcher Beamter kommt, oder ein von der Stadt oder dem Staate entsendeter Beamter.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister aber die Erklärung abgegeben hat, der Herr Minister habe gesagt, daß alles geschehen solle, was gewünscht wird, daß also ein entsprechender Erlass erscheinen solle und daß man auch die Arbeiter darüber hören will, so kann ich hier erklären, daß uns dieses zunächst befriedigt. Es kann sich höchstens nur noch darum handeln, ob sich der Minister darüber ausgelassen hat, daß die Herausgabe der Schutzvorschriften mit dem Ortsbaustatut zusammenfallen wird. Wir werden deshalb nach Abgabe dieser Erklärung jetzt für das Ortsbaustatut stimmen. Bisher haben wir nicht aus Niedertracht dagegen gestimmt, sondern um der Sicherheit der Arbeiter wegen und auch des Publikums wegen, das in den Wohnungen später wohnen soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Erklärung, daß die Schutzvorschriften auf jeden Fall erlassen werden sollen, hat Seine Exzellenz nicht abgegeben. Im Reichstag wird z. B. fortwährend bombardiert, solche Vorschriften von Reichswegen zu erlassen, sollten diese nun schon vorher erscheinen, braucht unsere Regierung doch keine herauszugeben. Ich persönlich zweifle aber keinen Augenblick daran, daß Vorschriften werden erlassen werden. Ich habe dem Herrn Minister auch die Frage vorgelegt, ob die Vorschriften nicht gleichzeitig mit dem Ortsbaustatut veröffentlicht werden sollten, worauf er erwiderte, daß er dieses nicht gern aufhalten möchte. Sollte die Herzogliche Baudirektion keine Einwendungen gegen unser Statut haben, so wäre es allerdings wünschenswert, das Statut sofort zu erlassen. Daneben werden aber die Herzoglichen Kreisdirektionen aufgefordert werden, sich gutachtlich über die Unfallverhütungsvorschriften zu äußern, was ja

auch erst geschehen muß. Da nun die Vorschriften bei der Herzoglichen Bau-direktion schon vorberaten sind, und diese daher sofort einen Entwurf vorlegen kann, so müßte es merkwürdig zugehen, wenn die Kreisdirektionen sich nicht sofort darüber äußerten. Vielleicht werden die Vorschriften noch eher erlassen, als unser Statut.

Herr Niese: Durch die Vorschriften mit dem Einfallswinkel, der nun bald zum Einfaltspinsel werden wird (Heiterkeit), werden die Bauvorschriften keineswegs beschränkt, denn das Klebersche Grundstück am Deutschen Hause kann trotz der Vorschriften doch bebaut werden.

Herr Meyerhoff: Nach der Erklärung des Herrn Ahmann ist die Schlacht allerdings für uns verloren. Ich möchte aber doch noch einiges richtig stellen. Wir glauben ebenfalls das Beste unserer Mitbürger im Auge zu haben.

Der Einfallswinkel wird ja genehmigt werden, aber wundern Sie sich nur nicht, wenn dadurch hunderte von Existenzen in der Stadt verloren gehen, denn es ist unmöglich, aus den alten Grundstücken einen Neubau herauszukriegen. Dazu kommt noch, daß die Leute von solchen Grundstücken ihre Hypotheken zurückziehen werden.

Die von Herrn Professor Schöttler vorgenommene Beweisführung kann ich nicht als zutreffend anerkennen, wogegen ich dem Wunsche des Herrn Rathe zustimmen möchte. Mit gegebenen Maßen ist außerdem nicht schlecht, sondern gut zu operieren. Mit dem Einfallswinkel werden selbst Architekten in Verlegenheit gesetzt, da niemand weiß, was man eigentlich damit will. Die kleinen Grundstücksbesitzer werden mit der Vorschrift beschränkt, und diese herrschen doch in der Innenstadt vor; also zugunsten der großen Besitzer kann sich der Magistrat erwärmen, nicht aber zugunsten der kleinen. Das geht auf die Theorie hinaus: Die kleinen Besitzer tragen die Lasten, und die großen haben den Profit davon.

Hinsichtlich des § 38 a habe ich nur den Wunsch, daß wir ebenso vorgehen möchten, wie in Hannover. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, es wären dort noch größere Härten als hier, so kann ich Ihnen mitteilen, daß wir ganz andere Nachrichten dorthier erhalten haben. Es ist mir nämlich mitgeteilt worden, daß eine Aenderung des Lichtwinkels von 60° auf 45° dort bis jetzt gar nicht angeregt worden sei; es solle auch in der Altstadt der Lichtwinkel gar nicht vorgeschrieben sein, sondern es werde von Fall zu Fall entschieden. Mehr haben wir auch nicht verlangt, denn wir wollen nichts unmögliches, sondern wir wollen unsere Mitbürger nur gegen späteren Schaden schützen. Wenn aber die Schlacht auch für uns verloren ist, so ist unsere Liebesmüh' doch nicht umsonst gewesen, weil in der Kommission inzwischen dieser Paragraph wenigstens etwas abgeschwächt worden ist. Ich habe meine Pflicht in dieser Beziehung getan und eine spätere Zeit wird mir recht geben.

Herr Wolff: Ich kann diese Ausführungen nicht ganz unwidersprochen lassen. Wenn Herr Meyerhoff sagt, daß in Hannover in der Innenstadt von Fall zu Fall entschieden würde, so liegt die Sache dort so, daß der Lichtwinkel für die Stadt Hannover festgesetzt ist, daß aber das Stadtbaupolizeiamt nach Lage des Falles u. a. auch für die Innenstadt Ausnahmen gewähren kann. Das ist aber ganz etwas anderes, und solche Ausnahmen sind ja auch bei uns zulässig.

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer ist für den § 38a in der neuen Fassung?

Der Paragraph ist angenommen.

Wer ist für den Entwurf des ganzen Ortsbaustatuts mit dieser eben beschlossenen Aenderung des § 38a?

Damit ist das ganze Ortsbaustatut angenommen.

Es ist schon früher beschlossen worden, den Magistrat zu ermächtigen, die Fremdwörter aus dem Entwurfe auszumergen und die Folge der Paragraphen richtig zu stellen, ebenso sind zwei Resolutionen bei der früheren Beratung angenommen worden. Wir brauchen hierüber nicht noch einmal abzustimmen, sondern ich konstatiere — wenn sich kein Widerspruch erhebt —, daß die Versammlung die früheren Beschlüsse auch heute noch aufrecht erhält.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

X. Anträge Koch und Stegmann: Schillerfeier betreffend.

In der Sitzung vom 20. d. Mts. sind folgende Anträge gestellt worden:

1) von Herrn Koch:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem Festausschusse für die im Monat Mai geplante Schillerfeier einen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu bewilligen, und einen geeigneten Platz für eine Schillereiche in Aussicht zu nehmen.“

2) von Herrn Stegmann:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrate die Mittel zur Verfügung zu stellen zur Anschaffung eines gratis an die Schüler sämtlicher städtischen Schulen zur Verteilung gelangenden Schiller-Gedächtnisbuchs.“

Namens der Statutenkommission berichtet über die Anträge Herr Ahmann: Die Statutenkommission empfiehlt Ihnen, zu der Schillerfeier einen Zuschuß von

1000 M zu bewilligen. Ueber die Bedeutung Schillers brauche ich wohl nicht zu sprechen, Sie alle sind darüber selbst genau unterrichtet.

Den zweiten Teil des Kochschen Antrages, betreffend die Pflanzung einer Eiche, hat dagegen die Kommission einstimmig abgelehnt, weil sie der Ueberzeugung war, daß eine einfache Eiche der Größe und Würde des Mannes, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren wollen, nicht entsprechen würde.

Hinsichtlich des Antrages Stegmann schlägt Ihnen die Kommission vor,

den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, wonach es ermöglicht werde, den Schülern der Oberklassen der Bürgerschulen ein Gedenkbuch an Schiller zu verabsfolgen.

Die Kommission hält es für zweckmäßig, nur den Schülern der oberen Klassen ein solches Buch zu geben, weil sonst sehr viel Geld weggeworfen werde. Der Schulvorstand soll nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters schon beschlossen haben, daß diejenigen Kinder, die sich in der Schule besonders hervorgetan haben, ein derartiges Buch erhalten sollen; die Kommission meint jedoch, daß man weitergehen und allen größeren Kindern ein Gedenkbuch geben solle, um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß die übrigen Kinder zurückgesetzt werden sollten. Man wünscht ein solches Buch ausgewählt zu sehen, das nicht allzuviel über Schiller, sondern mehr von Schiller bringt, also nicht eine lange Lebensbeschreibung, sondern mehr Auszüge aus seinen Werken.

Persönlich kann ich indessen nicht dafür stimmen, die 1000 M zu bewilligen, weil mit der Schillerfeier nicht erreicht wird, was man hat erreichen wollen, indem man die Arbeiterschaft von der aktiven Beteiligung an der Feier vollständig ausgeschlossen hat. Dadurch ist der Feier aber der Charakter eines Volksfestes im heutigen Sinne vollständig genommen. Die Arbeiterschaft hat sich bisher immer noch würdig gezeigt, solche Feste mit feiern zu können und da die Arbeiter kein schlechtes Andenken an Schiller haben möchten, so wäre es gerechtfertigt gewesen, sie zur Mitwirkung an den geplanten Gedächtnisfeiern heranzuziehen. Hinsichtlich des Antrages Stegmann ging mir der Beschluß der Kommission nicht weit genug, weil ich gern allen Kindern das Buch gegeben hätte.

Vorsitzender: Soviel ich von den Veranstaltern der Feier gehört habe, ist deren Besuch für alle Bewohner ohne Unterschied geplant. Herrn Ahmanns Bedenken kann sich also nur darauf beziehen, daß sich unter den zur Feier Einladenden keine Arbeiter befinden.

Herr Stegmann: Ich bin gegen den Zuschuß. Wenn Sie den Aufruf durchlesen, so können Sie auf den Gedanken kommen, daß es sich um eine offizielle Feier handeln soll. Das ist aber nicht richtig, weil die Unterzeichner gar nicht das Recht hatten, sich an die Allgemeinheit zu wenden. Zu einer offiziellen Feier

hätten wir gern einen Zuschuß gegeben, aber hier handelt es sich um eine Vereinsfeier, für die die Vereine auch die Kosten tragen mögen. Da den Aufruf 18 Vereine unterzeichnet haben, so weiß ich nicht, wie man dazu kommt, auch noch den Stadtsäckel in Anspruch zu nehmen. Wenn die Veranstalter nicht selbst die Mittel aufbringen wollen, so sollen sie doch lieber die Schillerfeier ganz unterlassen. Mit demselben Rechte könnten doch auch die Arbeiter eine besondere Schillerfeier veranstalten und einen stadtseitigen Zuschuß beanspruchen, jedoch verzichten wir auf letzteren und nehmen lieber ein geringes Eintrittsgeld.

Herr Nolte: Es ist erfreulich, daß das ganze deutsche Volk zusammensteht in dem Urteil, eine Feier des 100jährigen Todestages dieses Mannes begehen zu müssen. Den Standpunkt des Herrn Ahmann bedaure ich, da es nicht darauf ankommen kann, ob bei einer derartigen erhebenden Feier die Etikette vielleicht etwas vernachlässigt worden ist. Daß die Arbeiter nicht zur Mitwirkung bei der Feier aufgefordert worden sind, bedaure ich ebenfalls, aber es scheint mir nicht richtig zu sein, deshalb die Beteiligung an der Feier zu verweigern. Es wäre besser, man stellte sich auf einen höheren Standpunkt und stimmte für eine Sache, wenn man sie als berechtigt ansieht.

Herr Hauswaldt: Von der hiesigen Schillerstiftung, zu der ich auch gehöre, ist die Idee ausgegangen, diesen Tag zu feiern. Dabei ist von vornherein die Rede gewesen, eine Feier zu veranstalten, die sich auf sämtliche hiesige Einwohner erstrecken sollte, soweit sie sich für Schiller begeistern, gleichgültig, welcher kirchlichen, politischen oder sozialen Stellung sie angehören. Das Komitee hat in Aussicht genommen, in drei großen Sälen öffentliche, für jedermann unentgeltliche Vorträge zu bieten. Ich kann fest versichern, daß keinen Augenblick jemand daran gedacht oder gar beabsichtigt hat, die Arbeiterbevölkerung zu kränken oder auch nur zur Beteiligung nicht aufzufordern; im Gegenteil, es wurde angenommen, daß die Arbeiter als eingeladene Gäste zu der Feier gern kommen würden. Daß die Arbeitervereine nicht unter den Einladenden stehen, erklärt sich daraus, daß man nicht weiß, wie weit man damit gehen sollte. Wir konnten doch unmöglich politische Vereine zur Mitwirkung auffordern, denn wenn z. B. der sozialdemokratische Arbeiterverein aufgefordert wurde, mußten wir auch andere politische Vereine einladen, und das ging doch wohl zu weit. Es ist also unter keinen Umständen beabsichtigt, die Arbeiter zu beleidigen.

Da nun außerdem bekannt wurde, daß die sozialdemokratische Partei eine eigene Schillerfeier halten wollte, so habe ich geglaubt, die Herren würden Schiller durch einen besonderen Gesichtswinkel betrachten, wobei sich allerdings der Schillerverein nicht engagieren lassen konnte. Man hat sich seitens des Komitees nur an Vereine gewandt, die Aufführungen veranstalten und die singen, so daß von einer tendenziösen Stellungnahme des Komitees nicht die Rede sein kann. Ich möchte

daher bitten, nicht Mißstimmung in das schöne Fest zu bringen und zu sagen, wir hätten irgend welche Leute nicht einladen wollen.

Ich möchte eigentlich noch einen höheren Zuschuß als 1000 M. haben und zwar aus folgendem Grunde. Die Studenten des Polytechnikums haben vor, auf dem Ruckberge Wallensteins Lager aufzuführen. Diesem Plane haben sich große Schwierigkeiten entgegengestellt, weil vom Hoftheater die nötigen Kostüme nicht hergeliehen werden konnten; jedoch sind die Schwierigkeiten jetzt zum Teil gelöst. Eine solche Feier würde sich jedenfalls großartig ausnehmen und allgemeine Beteiligung finden. Die dadurch entstehenden Kosten sind aber ganz beträchtlich und wenn sie auch zum Teile schon gedeckt sind, so wäre es doch im Interesse der Veranstaltung wünschenswert, die Summe möglichst zu erhöhen.

Herr Koch: Ich muß bedauern, daß die Herren drüben meinem Antrage nicht zustimmen wollen. Der Arbeiterschaft gegenüber hat tatsächlich kein Argwohn vorgelegen, da die drei Vorträge für jedermann frei sein sollen. Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Hauswaldt möchte ich bitten, wenigstens 2000 M. zu bewilligen. In anderen Städten haben die Behörden die Schillerfeiern sogar selbst in die Hand genommen, während man hier die Kosten in der Hauptsache durch Sammlungen aufbringen will; jedoch läßt sich annehmen, daß bei den mancherlei Sammlungen, die hier fortwährend stattfinden, nicht allzuviel aufkommen wird.

Herr Ußmann: Ein Komiteemitglied soll beantragt haben, den Arbeitergesangverein mit zu der Feier heranzuziehen, jedoch soll dieser Antrag abgelehnt worden sein. Hieraus darf man wohl schließen, daß man den Verein nicht hat haben wollen. Das Gewerkschaftskartell hat jetzt selbst eine Schillerfeier geplant und wird sich in würdiger Weise dem Sinne des Tages entsprechend geistig anregen. Mehr oder weniger muß heutzutage bei derartigen Gelegenheiten auf die Arbeiter Rücksicht genommen werden, wenn der Zweck volkstümlicher Feiern nicht verfehlt werden soll. Jedenfalls würde das Andenken Schillers dadurch nicht herabgewürdigt werden. Ich bedaure deshalb die hier gezeigte Engherzigkeit.

Herr Jasper: Ich kann Herrn Hauswaldt insofern beipflichten, als sich hier eine Gelegenheit bot, wo die gesamte Bürgerschaft sich einheitlich hätte betätigen können. Es ist übrigens nicht eine reine Etikettenfrage gewesen, daß die Arbeiterorganisationen nicht zur Beteiligung herangezogen sind, sondern es ist mir mitgeteilt worden, daß eine Anregung, den Arbeitergesangverein einzuladen, abgelehnt sei. Außerdem würde es auch kein Unding gewesen sein, politische Vereine heranzuziehen. Die Einladenden haben anscheinend den Standpunkt einnehmen wollen, den Arbeitern etwas zu geben, aber der Arbeiter, der sich seiner Rechte bewußt ist, will bei solchen Gelegenheiten auch mitwirken können. Wenn Herr Hauswaldt gegenüber der Veranstaltung des Gewerkschaftskartells meint, die Arbeiter schienen Schiller unter eine besondere Lupe nehmen zu wollen, so scheint

mir daraus klar hervorzugehen, in welchem Sinne die von dem Komitee veranlaßten Schillervorträge gehalten werden sollen. Ob man dabei dem Freiheitsdichter Schiller gerecht werden wird, scheint mir doch fraglich zu sein.

Herr Weichsel: Ich war ursprünglich der Ansicht, daß ein Zuschuß von 1000 M reichlich bemessen sei, jedoch bin ich durch die bestechenden Ausführungen des Herrn Hauswaldt vollständig bekehrt. Vielleicht würde es sich auch ermöglichen lassen, den Kindern aus den oberen Klassen der Bürgerschulen statt der Bücher eine Theatervorstellung zu geben.

Herr Fricke: Ich kann hierzu mitteilen, daß außer den Bundesliedertafeln kein Gesangverein zur aktiven Beteiligung an der Feier aufgefordert worden ist, obwohl noch eine Menge anderer Gesangvereine hier existieren. Das ist dem bisherigen Brauch entsprechend geschehen und es hat sich niemand etwas dabei gedacht. Wenn man diesen Einspruch hätte voraussehen können, würden, sofern der Platz ausgereicht hätte, vielleicht die sämtlichen hiesigen Gesangvereine zur Beteiligung aufgefordert worden sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Den Äußerungen der Herren Hauswaldt und Fricke kann ich aus eigenster Wissenschaft hinzufügen, daß das lebhafteste Bestreben bestanden hat, die Feier auf der allerbreitesten Grundlage zu veranstalten. Dieses Verlangen besteht auch noch jetzt, was ich Herrn Dr. Jasper und seinen politischen Freunden zu bedenken geben möchte. Ich bin z. B. von verschiedenen Seiten gebeten worden, die eine Festrede zu übernehmen, ich habe jedoch darauf verzichtet in dem Wunsche, daß die Beteiligung eine allgemeine auch aus den Kreisen werden möchte, die Herrn Dr. Jasper nahestehen. Da ich gerade aus diesen Kreisen öfter angegriffen worden bin, so sah ich die Erfüllung meines Wunsches gefährdet und bin lieber zurückgetreten. Die Hoffnung, daß die Feier auch aus Arbeiterkreisen eine lebhafte Beteiligung finden möchte, halte ich auch heute noch aufrecht.

Herr Hauswaldt: Die Worte des Herrn Ahmann will ich nicht in Zweifel ziehen, und ich werde mich morgen danach erkundigen. In dem Sinne aber, wie Herr Ahmann die Sache hier dargestellt hat, kann sie nicht gelegen haben. Ebenfogut wie der Arbeitergesangverein könnte sich übrigens auch der Handwerker-gesangverein gekränkt fühlen. Wenn wir hier erklären, wir haben eine Zurücksetzung oder gar eine Kränkung der Arbeiterschaft nicht gewollt, so müssen Sie sich darüber auch beruhigen.

Herr Günther: Es ist recht zu bedauern, daß bei der Gedekfeier für den größten deutschen Dichter in Braunschweig solche Mißheiligkeiten entstehen konnten und die Feier nun in zwei Strömungen vor sich geht. Von allen Arbeitergesangvereinen ist der Typographia-Gesangverein allein von dem Komitee zugelassen worden und zwar nicht zufällig, sondern mit voller Absicht. —

Der Antrag des Herrn Hauswaldt, für die Schillerfeier einen Zuschuß von 2000 M zu bewilligen, wird darauf abgelehnt und der Antrag der Kommission auf Bewilligung von 1000 M angenommen.

Bezüglich des weiteren Antrages Koch auf Pflanzung einer Schillereiche bemerkt

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist bei mir ein Herr gewesen, der erklärte, es handle sich in dieser Sache nicht nur um die Pflanzung des Baumes, sondern es werde beabsichtigt, für die Kinder eine nette Feier auf dem Aegidienmarkte zu veranstalten und dabei die Eiche zu pflanzen. Es würde nun einen schlechten Eindruck machen, wenn angesichts dieser Lage der Antrag abgelehnt würde, ganz abgesehen davon, daß der Magistrat wohl soviel Recht haben würde, auch ohne die Genehmigung der Versammlung einen Baum pflanzen zu lassen.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung, dem Magistrate die Entscheidung in dieser Sache zu überlassen.

Den Antrag Stegmann auf Stiftung eines Schillerbuches

präzisiert der Herr Antragsteller dahin, daß für die vier oberen Klassen der Bürgerschulen ein solches Buch gestiftet werde, bei Ablehnung des Antrages aber für die drei oberen Klassen.

Nach kurzer Besprechung wird der Magistrat ermächtigt, nach eigenem Ermessen auch in dieser Sache zu verfahren.

XI. Verbesserung des Unfallwagens.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtische Unfallwagen mit Gummireifen Kellyscher Art versehen werde und die entstehenden Kosten bis zum Betrage von 1100 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, geschieht.

XII. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten an der Hennebergstraße.

Der Maurermeister Heinrich Antoni hat gegen die von der Versammlung am 2. März 1905 beschlossene Anordnung von Vorgärten für einen Teil der südlichen Seite der Hennebergstraße Einsprache erhoben und zwar mit der Begründung, daß er für das Terrain ein genehmigtes Bauprojekt besitze. Der Magistrat gibt anheim, die Einsprache als unbegründet zu verwerfen,

was geschieht, nachdem Herr Wolters den Magistratsantrag namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 9 Uhr.

